101
334 — 90.
IX — 24

F. g.
0 5.

F. p.
0.
101
4

Geiſtliches und Weltliches

Staatsrecht

der

Deutſchen, Catholiſchgeiſtlichen

Erz= Hoch= und Ritterſtifter,

entworfen

von

Joſeph Edlen von Sartori,

des H. R. R. Ritter, weil. Sr. Kaiſ. Maj. Joſeph II. Rath.

BIBLIOTHECA BAMBERGENSIS

Zweyten Bandes zweyter Theil, erſter Abſchnitt.

Nürnberg,
bey Ernſt Chriſtoph Grattenauer, 1790.

Staatliche
Bibliothek
Bamberg

Des
zweyten Bandes zweyter Theil,
erſter Abſchnitt.

Neun und dreyſigſtes Capitel.

Von der Hierarchiſchen Verfaſſung der C. G. Reichsſtifter.

Inhalt.

§. 1116. Einleitung. 1117. Von den Beſtandtheilen der deutſchen Hierarchie. 1118. Von dem Pabſt. 1119. Cardinälen. 1120. Patriarchen. 1121. Primaten. 1122. Erzbiſchöfe. 1123. Biſchöfe. 1124. Ordensmeiſter. 1125. Pröbſten und Aebte. 1126. Von den Vicarien der deutſchen Biſchöfe überhaupt. 1127. und insbeſondere von den Chorbiſchöfen. 1128. Coadjutorn. 1129. Generalvicarien. 1130. und Officialen. 1131. Dom- und Ordenskapitul. 1132. Niedere Geiſtlichkeit. 1133. Regierungsform in der deutſchen Kirchenhierarchie. 1134. Verhältniß der geiſtlichen Stände gegen die Weltlichen. 1135. Befeſtigung der deutſchen Kirchen-Hierarchie. 1136. Etwas Bezugsweiſe. 1137. Schriften.

§. 1116.

Einleitung.

In gegenwärtigem Capitel iſt die Rede nicht von jener allgemeinen Hierarchie, welche ſich auf die ganze Kirche erſtreckt, ſondern nur von derjenigen, welche in der deutſchen Kirche beſteht; nach der kürzeſten Beſtimmung iſt die Hierarchie: die Verfaſſung der deutſchen Kirche, und ihrer Mitglieder. Gleichwie die allgemeine Hierarchie aus einer Geſellſchaft geiſtlicher Perſonen beſteht, die einander an Hoheit, Würden, und Gewalt nicht gleich ſind, und von denen einige gebieten können, die andere Gehorſam leiſten müſſen, eben dieſes

Verhältniß hat es auch in der beſondern deutſchen Kirche, derſelben Oberhaupt der Pabſt iſt, dem die Primaten, Erzbiſchöfe, Biſchöfe, Ordensmeiſter, Pröbſte, Aebte, und die übrigen geiſtlichen Glieder unterworfen ſind, ob ſie ſchon ebenfalls nach dem Grad ihrer Hoheit, Würde und Gewalt in gewißer maſſe und größtentheils von einander abhangen, und nach der Form der hierarchiſchen Verfaſſung zum Theil zu gebieten, und zum Theil zu gehorchen haben. Die Verſchiedenheit der Glieder, aus welchen die Hierarchie der deutſchen Kirche insbeſondere beſteht, wird dieſe allgemeine Vorausſetzung vollkommen aufklären.

Indeſſen, wenn wir auf die Beſchaffenheit der deutſchen Kirchenhierarchie nach den erſten Jahrhunderten zurück ſehen, war ſolche äußerſt wandelbar. Es mangelte zwar nicht an Geſetzen wodurch der Gottesdienſt, die Kirchenzucht und dergleichen Dinge eine Norm erhielten 1) aber nirgends waren ächte, und verbindliche Geſetze und Verträge vorhanden, welche die Rechte des Pabſts, das Verhältniß der Kirche gegen den Staat, den König und die weltliche Stände beſtimmten. 2) Der König, der Pabſt, die Geiſtlichkeit, und die weltlichen Stände übten daher immer diejenigen Rechte aus, welche ſie durch die Obſervanz, durch die Umſtände, durch ihre Macht und Liſt, öfters durch ein Ungefähr, oder auch durch die Conivenz der andern ſich zu behaupten getrauten. 3)

Unter

1) Regino Abt zu Prüm, welcher zu Ende des 9ten Jahrhunderts lebte, hat in ſeinem Buch de diſciplina eccleſiaſtica viele von dieſen Geſetzen zuſammen getragen.

2) Zu den ächten und verbindlichen Geſetzen werden diejenige Conſtitutionen nicht gezogen, die Iſidor nur zur Vergrößerung des Pabſtlichen Anſehens zuſammen getragen hat.

3) Die Könige haben öfters Biſchöfe ernennt, ohne auf das den Domkapituln verliehene Wahlrecht Rückſicht zu nehmen.

Unter der Aufſicht des Pabſts wurde die Römiſch-Catholiſche Kirche in Deutſchland, wie jetzo hauptſächlich von den Biſchöfen regiert, die, einige wenige Exemten ausgenommen, unter den Erzbiſchöfen ſtunden. Unter den letztern waren die Primaten, und hauptſächlich die Erzbiſchöfe von Maynz, die zuweilen Pontifices maximi genennt wurden, in vorzüglichen Anſehen. Die Primatsrechte hatten in dem eigentlichen Deutſchland die Erzbiſchöfe von Maynz, und von Cölln, in dem Lotharingiſchen Reich der Erzbiſchof von Trier, und in einem Theil von Sachſen ſowohl als in den Wendiſchen Ländern der Erzbiſchof von Magdeburg. Von dem Salzburgiſchen Primat wuſte man gar lange nichts; wohl aber war der Abt zu Fulda ſchon 968. Primas unter den Aebten. Bis ſich endlich das Hierarchiſche Syſtem der deutſchen Kirche einerſeits durch den Zuwachs der Biſchöflichen Macht, andererſeits durch verſchiedene merkwürdige Revolutionen deſto mehr entwickelte, und befeſtigte.

§. 1117.

Von den Beſtandtheilen der deutſchen Hierarchie überhaupt.

Die Hierarchie der deutſchen Kirche beſteht überhaupt in dem Pabſt, Erzbiſchöfen, Biſchöfen, Ordensmeiſtern, Pröbſten, Aebten, Domkapituln, und in der niedern Geiſtlichkeit; dieſe verſchiedene Gattungen der Glieder wollen wir und zwar jede im einzelnen betrachten und zugleich unterſuchen, in wie ferne die Cardinäle, Patriarchen und Primaten, zu der deutſchen Kirchen-Staats-Verfaſſung gehören.

§. 1118.

Von dem Pabſt.

Alle Römiſchcatholiſche in Deutſchland erkennen wie ich ſchon vorher erwähnet habe, in geiſtlichen Dingen den Pabſt vor ihr Oberhaupt: Bey den geiſtlichen Perſonen gilt dieſes in gedoppelten Ver-

ſtand, indem ſie ihn nicht nur in Glaubens- Gewiſſens- und Kirchenſachen, ſondern auch wegen ihres Amtes, und was dahin einſchlägt, als ihren Vorgeſetzten verehren.

Barthel ſchreibt aber von denen deutſchen Erz- und Biſchöfen: Summo Pontifici non caecam obedientiam, ſed rationabile praeſtant obſequium, quia in multis reſtituta, et jure poſtliminii reddita eſt eisdem poteſtas et obſequium. — Allein die Luſt nach der Biſtümermehrheit oder der Bedürfnisfall einiger Diſpenſationen, Indulten ꝛc. ſchließt manchem Biſchof dennoch öfters die Augen ſo feſt zu, daß dem Pabſt, ſo lang man ihn nöthig hat, alles zugeſtanden wird. Ob Bonifacius, da er das Anſehen des Pabſts in Deutſchland durch ſeine Unterwürfigkeit befeſtiget hatte, auch aus der nehmlichen Abſicht es gethan, kann ich mir von dieſem ganz apoſtoliſchen Mann (§. 9.) nicht vorſtellen.

Was die deutſche Erz- und Biſchöfe und die übrige Geiſtlichkeit in Anſehung des Pabſtes für Obliegenheiten auf ſich haben, werden wir im 41ſten Cap. erſehen.

§. 1119.

Cardinälen.

In Deutſchland ſieht man die Cardinalswürde eben als ein päbſtliches Hofamt an, welches die Würde und den Rang eines deutſchen Erz- oder Biſchofs nicht erhöhet. Der Cardinal iſt eben ein Glied des geiſtlichen Senats, oder Conſiſtoriums am Römiſchen Hof, und kann deswegen keinen Vorzug vor einem deutſchen Erz- und Biſchof verlangen. Die Päbſte haben zwar von jeher ſich angelegen ſeyn laſſen, das Anſehen, und die Rechte der Cardinäle zu vermehren; Nicolaus II. gab 1060. ihnen das Recht, mit Ausſchluß anderer den Pabſt aus ihren Mitgliedern zu wählen. 1311. erhielten

hielten ſie durch ein päbſtliches Decret den Vorrang vor den Erzbiſchöfen, und endlich ließ Pabſt Julius II. in ſeinem Hofceremoniel 1504. die Cardinäle mit den Königen alterniren. Sixt V. wiederholte dieſe Verordnung, und nahm nur den König von Frankreich aus. Die Cardinäle haben noch mehrere Privilegien, welche zwar nur auf den Römiſchen Hof, keineswegs aber auf das deutſche Reich, und eben ſo wenig auf die Verfaſſung der deutſchen Reichsſtifter wirken. Es ſind zwar beſtändig einige deutſche Erz- und Biſchöfe, zuweilen auch Aebte und Landcommenthuren, Cardinäle: indeſſen iſt dieſe Würde mit keinem Erz- und Hochſtift verbunden, ſondern es kommt entweder auf des Kaiſers Benennungsrecht, oder auf des Pabſts freyes Belieben an. Die Cardinalswürde ſcheint von deutſchen geiſtlichen Fürſten entweder blos der Ehre wegen, oder auch manchmal aus politiſchen Ruckſichten des deutſchen Kaiſerhofs geſucht zu werden, damit man für Deutſchland die Gleichheit mit anderen Cronen wegen dieſer Würde erhalte. Zumal es dennoch bey dermaligen Verhältniſſen dem deutſchen Reich daran liegt, einen näheren Einfluß in die innerliche Staatsgeſchäfte des Römiſchen Hofs, durch die Mehrheit der deutſchen Cardinäle zu erhalten.

Die Verhältniſſe, welche ein Cardinal gegen die deutſche Staatsverfaſſung, und deren Stände hat, laſſen ſich ohngefähr in folgenden Sätzen beſtimmen.

1) Kann der Kaiſer einen fähigen Canditaten zum Cardinal ernennen; der Pabſt ſieht zwar dieſes Recht als eine bloße Gefälligkeit an, hat auch dißfals zu Ende des vorigen Jahrhunderts einen Schluß in der Congregation gemacht; aber der Kaiſer kann dieſes Recht für vollkommen halten, wenn er will. Dann die deutſche Kirche hat vor allen übrigen in

Anſehung ihres Alterthums einen weſentlichen Vorzug, und der Römiſche Hof würde durch eine dißfallſige Verweigerung nicht nur ſehr unpolitiſch, ſondern zu ſeinem nicht geringen Schaden handeln.

2) Der Kaiſer hat das unſtreitige Recht einen Cardinal zum Protector der deutſchen Nation bey dem Römiſchen Hof zu verpflichten, zu inſtruiren, und abzuſetzen, wie es 1701. dem Cardinal Mediens wiederfuhr. Ein ſolcher Protector erhält von dem Kaiſer 3000 Scudi jährl. Gehalt, und einige Accidentien z. B. für Beſorgung Päbſtlicher Beſtättigungen. Seit Leopolds Wahlcapitulation muß er ein Deutſcher, oder doch dem deutſchen Reich mit Lehenspflichten verwandt, des Reichsweſens kundig, und nicht niedern Standes ſeyn; ſeine Obliegenheit beſtehet darinn, daß er die Gerech'ſame der ihm anbefohlenen deutſchen Nation ſchütze, und wache, daß nichts darwider vorgenommen werde, und hat bey ſich ergebenden Fällen ſein Anſehen dafür zu verwenden. Er hat auch gemeiniglich die andern Geſchäfte ſeiner ihm anvertrauten Nation, und Kirche zu beſorgen, die neue Wahl eines Erzbiſchofs, oder anderen Prälaten dem Pabſte anzuzeigen, und die Beſtättigung davon zu bewirken. Es iſt deswegen der Politik gemäs, und für jeden, der den Römiſchen Hof nöthig hat, räthlich, ſich eher an den Protector, als an den Pabſt zu wenden, wenn man von dem Ausſchlag ſeines Geſchäfts einige Vorausſichten zu haben wünſchet. In der kaiſerlichen Wahlcapitulation Art. 23. §. 4. ſind die Haupteigenſchaften, und Fähigkeiten vorgeſchrieben, die bey demſelben erfordert werden. 4)

3) Die Cardinäle ſchreiben an den Kaiſer mit der Titulatur, Sereniſſimus princeps Romanorum Rex

4) Vincenz. de Luna (L. de Cardinale S. Eccleſ. pragmatico c. 15.) beſchreibt auch das Amt eines Cardinalprotectors ſehr ausführlich.

Rex in imperatorem Electus ſemper auguſtus, caeſarea Majeſtas. Der Kaiſer ſchreibt an einen Cardinal: Reverendiſſime in chriſto Pater. Amice chariſſime, iſt er ein deutſcher Fürſt, oder hat er ein gefürſtetes Bißthum, wird zugeſetzt: Dilectio veſtra. Euer Liebden. Der Reichshofrath gibt den Cardinälen das Prädicat Herr.

4) Das Reich hat zwar im Gutachten vom 17 Febr. 1717. dem Cardinal Rohan das Prädicat Eminenz gegeben; überhaupt ſieht man es aber nicht gern, wenn der Principalcommiſſar zugleich Cardinal iſt.

5) Von dem Rangſtreit, den die Churfürſten mit den Cardinälen haben, wurde (§. 1038.) ſchon Erwähnung gethan. 1556. muſte der Cardinal Morono auf dem Reichstag erfahren, daß ihm Churcölln nicht nachgieng, da die Chur- und Fürſtliche Würde mit den deutſchen Erz- und Biſchöfen gleichſam untrennbar verbunden iſt, ſo kann die Cardinalswürde mit jener niemals in eine Gleichheit geſtellt, vielweniger den Cardinälen ein Vorzugsrecht eingeraumt werden.

In wie ferne der Churfürſt von Cölln ein gebohrner Cardinal ſeyn ſoll, zeigt Olenſchlager 5) umſtändlich an. Ueberhaupt gehören die Cardinäle in keinem Betracht zur Hierarchie der deutſchen Kirche.

§. 1120.

Eben ſo wenig gehören die Patriarchen zur beſondern Hierarchie der deutſchen Kirche. Deutſchland hat gegenwärtig gar keinen Patriarchen mehr. Zu Aquileja oder Aglar 6) im Oeſterreichiſchen Friaul war das einzige Patriarchat in Deutſchland, über Patriarchen.

5) In der Erläuterung der gold. Bulle. §. 87. S. 339.
6) Büſchings Erdbeſchreib. Tol. 3. S. 403.

über deme zwiſchen Oeſterreich und Venedig viele Händel entſtunden. Sie verglichen ſich mit Päbſtlicher 1751. erfolgter Beſtättigung, ſo daß das Patriarchat aufgehoben, und dagegen zwey Erzbißthümer eines zu Görz im Oeſterreichiſchen, und das andere zu Udine im Venetianiſchen Gebiet, errichtet wurden. Merkwürdig iſt inzwiſchen, daß in den öſterreichiſchen Erklärungen die Patriarchalkirche von Aquileja ein Reichslehen zu ſeyn behauptet wurde, und deswegen die Wahl eines Patriarchen dem Reich zugeſtanden ſey. 7) Indeſſen hat es ſehr viel Anſchein, daß die Patriarchatsrechte mit den Primatiebefügnißen der deutſchen Erzbiſchöfe, wenigſtens dem Anſehen nach vereiniget ſeyn, dann die deutſchen Erzbiſchöfe machten ſich nichts aus der Patriarchatswürde. Ich finde, 8) daß Pabſt Urban VI. den Erzbiſchof Ludwig zu Maynz 1378. zum Patriarchen von Jeruſalem und zum Erzbiſchof zu Kämmerich machen wollte, dieſer ſich aber für alle Gattung von Patriarchate bedankt habe, und zu Maynz geblieben ſey. Im J. 1717. meldete man in öffentlichen Nachrichten von Cö[illegible] Churfürſt ſey, nebſt den Churfür[illegible] und Trier, von dem Pabſt zu Patri[illegible] ruſalem, Antiochia, und Alexandrina [illegible]et, und dadurch die alte Rangſtreitigkeit zwiſchen ihnen, und den Cardinälen abgethan worden, weil die Patriarchen den Rang vor dieſen leztern hätten. Allein ſo falſch das leztere iſt, ſo falſch war auch die Nachricht ſelbſt, welche aber doch von einigen der neuern Scribenten nachgeſchrieben worden. So wenig als die geiſtliche Churfürſten und der Erzbiſchof zu Salzburg den Cardinälen den Rang geſtatten, eben

ſo

7) Die Aufhebungsgeſchichte liefert Le Bret in der Geſchichte von Venedig lezt. B. III. Cap. B. 4. S. 777. umſtändlich.

8) Joann. rer. mogunt. tom. 1. S. 687.

ſo wenig würden ſie ſolchen den Patriarchen einraumen, weil der Pabſt weder durch die Cardinalats- noch Patriarchatswürde den geiſtlichen Erzbiſchöfen ihren uralten Primatenrang nicht benehmen kann, und die Patriarchen, wie die Cardinäle eigentlich die beſondere Hierarchie der deutſchen Kirche nicht betreffen. Zu deme iſt bekannt (§. 203.) daß nur die Patriarchen in den älteſten Zeiten ſich den Titel eines Primaten beygeleget haben. Aus dieſem ziehe ich den ganz natürlichen Schluß a) daß die geiſtliche Primaten Deutſchlands den Cardinälen an und vor ſich ex jure Primatum ſchon vorgehen, und daß b) die Primaten- und Patriarchatswürde ſchon in den älteſten Zeiten conſolidirt geweſen ſey. Da man den Erzbiſchofen zu Maynz in der Erzdiöceſe den Metropoliten, und in der Diöceſe den Patriarchen nennte.

§. 1121.

Der Primat ſelbſt gibt in der Hierarchie der deutſchen Kirche einen entſcheidenden Vorzug, weil [illegible] Begrif der weſentlichen Primatie [illegible]ſchen kann. Von dem Primat der [illegible]rzbiſchöfe zu Maynz, Trier, Cölln un[illegible]zburg hab ich (§§. 203—207.) ſchon umſtändlich gehandelt. Ich glaube eben bey Zuſammenhaltung ſo vieler von dem Primat ſich einander widerſprechenden Meinungen, 9) daß man die vier obgenannte Erzbiſchöfe in Deutſchland nicht nur Primaten nennen, ſondern auch dafür halten könne, und

Primaten.

9) Zech. de orig. Primat. germ. und in der hierarch. eccl. Tit. 17. de gradibus Episcoporum. Petri de Marca diſſ. de primatibus. Moſer von der deutſchen Religionsverfaſſung. §. 32. S. 791. Mascov. de primat. eccl. germ. Pet. Ludwig jura primatus arch. Magdeburg. in opusc. miscell. tom. 2. S. 769. nebſt denen von dem Primat der 3 Rheiniſchen Erzbiſchöfe (§. 203—207.) angezeigten Schriftſtellern.

und daß ſie es bloß dieſerwegen wirklich ſeyn, weil ſie die erſten, und vornehmſten biſchöflichen Sitze bey der deutſchen Nation inne haben 10) kein anderer zureichender Grund läſt ſich nicht angeben.

Daß der Primat eine bloße Titulſache ſey, ſcheint mir durch die äbtliche Primatiewürde von Fuld (§. 231.) ziemlich erwieſen zu ſeyn, weil ſich der ehemalige Abt zu Fuld ſchon 968 einen Primaten von Deutſchland, und Gallien ſchrieb, und dieſes Prädicat ſo gar auf ſeine Nachfolger rechtmäßig gebracht habe.

Nach einer gewißen beym Reichshofrath 1750. übergebenen Vorſtellung, ſcheint Salzburg die Gerechtſame ſeines Primats darinn zu ſetzen, daß es im Ceremoniel den geiſtlichen Churfürſten gleich gehalten werde. Allein der kaiſerl. Hof war nicht dieſer Meinung. 11) Wenn der Salzburgiſche Primat ein wahrer Primat des ganzen deutſchen Reichs wäre; ſo muſte auch der Erzbiſchof zu Salzburg den Erzbiſchöfen zu Maynz, Trier, und Cölln vorgehen, welches aber Reichskündigermaſſen nicht iſt. Man muß aber auf der andern Seite auch bemerken, daß Salzburg keinen Erzbiſchof einen primatum

10) Holl. Statiſtica eccl. german. S. 100 wer in der Eccleſia africana der primas geweſen, werden wir in folgendem §pho erſehen. Zallwein Princ. Jur. eccl. tom. 3. quaeſt. I. c. 2. § 5. erinnert mit Recht, daß manche deutſche Erzbiſchöfe Primaten genennt worden ſeyn. Es war in dem 5ten und 6ten Jahrhundert ſehr geläufig, daß die Metropolitanen, oder unſere heutige Erzbiſchöfe Primaten genennt wurden, weil man dieſen Ehrennamen eben ſo wenig ſtreng, als jenen eines Patriarchen genommen hatte, de Marca hat in der angezeigten Diſſertation §. eine Menge von Beyſpielen. In den Capitularen Carl G. und Ludwig des Frommen ward im 7. Buch C. 439. feſt geſetzt, daß niemand ſich als Primas betragen ſoll, als jener, deſſen Bißthum die Väter in einer Synode durch Apoſtoliſche Macht zum Primatſitz erklärt hatten. Die übrige aber die auf Metropolitanbißthümer ſäſſen, ſollen nur Metropolitanen genennt werden.

11) Moſers Staatsarch. 1751. Thl. 5. S. 152.

matum dignitatis et officii hierarchici jemals eingeraumt, oder im geringſten zugegeben, daß ein anderer deutſcher Erzbiſchof ſeine Handlung prüfen, oder unterſuchen könne, und eben ſo wenig einem Erzbiſchof einen Vorzug oder primatum honoris, auſſer jenem Vorrang geſtattet habe, welches den Erzbiſchöfen von Maynz, Trier, und Cölln nicht in ordine hierarchico eccleſiaſtico, ſondern wegen ihrer durch die güldene Bulle erhaltenen Churwürde gebührt. 12)

§. 1122.

Was das Wort Erzbiſchof bedeute, hab ich (§. 180.) zwar ſchon überhaupt angezeiget. Allein gegenwärtig erfordert es der Zuſammenhang etwas mehreres davon zu ſagen. Erzbiſchöfe.

Der Erzbiſchöfliche Name iſt an ſich ſehr alt, die erſte allgemeine Synode von Nicea vom J. 325. ſo wie ſie in der Arabiſchen Sammlung vorkommt, bedient ſich deſſelben, und wie es ſcheint, hat der Biſchof von Alexandria ſich dieſe Benennung zuerſt beygelegt, 13) wiewohl einige 14) glauben, daß man vor dem 9ten Jahrhundert den Namen Archiepiscopus wohl nicht antreffe.

Ueberhaupt hatte man dieſen glänzenden Titul im Anfang nur einem oder dem andern Biſchof Gelegenheitweiſe beygelegt, weil er ſich vorzügliche Verdienſte geſammelt hatte; als aber dieſer Name allbereits zu gemein ward, ſetzten ſich die africaniſche Biſchöfe in einer Synode vom J. 397. Cap 26. dawider, und verordneten, daß keiner hinführo der Fürſt

12) Nachrichten von Juvavien. S. 287.
13) Pilati orig. Juris pontif. L. 1. tit. 8. und dupin diſſ. Ima de antiquit. eccleſ. diſcip.
14) Vorzüglich Mabillon de re dipl. L. 2. c. 2. Es hat aber nicht Grund.

Fürſt unter den Prieſtern, oder der höchſte Prie- ſter oder etwas dergleichen genennt werden, ſondern nur der Biſchof des erſten Bißthums heißen ſoll; ſie nennten denjenigen Primas, der in einer andern Kirchen Erzbiſchof, und Metropolit geweſen war, und auſſer dem Biſchof von Carthago, war in Affrica kein ſtändiger Erzbiſchof, ſondern wer der älteſte Biſchof der Weihe nach geweſen iſt, der war auch Erzbiſchof, oder nach ihrer Sprache *Primas* oder *primae ſedis epiſcopus*. 15)

Die ſchwankenden Begriffe von dem Weſen eines Erzbiſchofs erhielten ſich bis in das 9te Jahrhundert; alſo, daß ſelbſt der ſcharfſichtige Hincmar Erzbiſchof von Rheims nicht aus der Sache kommen konnte; die falſchen Decretalen, die unter dem Namen des Iſidors von Sevilla im 9ten Jahrhundert ihr unverdientes Glück machten, haben auch hier Verwirrung verurſacht: der verkappte Iſidor gibt dem Pabſt Anacletus die Worte in den Mund, „in den großen Ständten ſollen auf Befehl der göttlichen, und menſchlichen Geſetzen Patriarchen und Primaten niedergeſetzt werden,“ 16) welche beyde Benennungen eine und dieſelbige Sache bezeichnete, obſchon die Namen verſchieden ſind. Es hat zwar die große Synode von Chalcedon verordnet, daß die Metropolitanen von dem Primaten der Diöceß könnten belangt werden, allein unter den Primaten der Diöceß verſtand die Synode diejenigen Biſchöfe, welche ganz großen Strecken Landes 17) wie die Patriarchen, vorgeſetzt waren. Allein man hatte keine Oberbiſchöfe angeleget, welche

15) Pilati l. c. Petrus de Marca in diſſ. de Primat. §. 3.
16) Es gieng faſt auf die Conſtitution des Concil. Sardicenſis vom J. 350. hinaus, wovon ich (§. 622. n. 2. Erwähnung gethan.
17) Bekanntlich waren im Orient und im Abendländiſchen Theile, 7 bis 8. dergleichen groſe Diöceſen.

che den Erzbiſchöfen, oder Metropolitanen zu befehlen hatten.

Als nun der falſche Iſidor aus Mißverſtand des Calcedonenſiſchen Canons in die ganz großen Städte ſolche Primaten wollte geſetzt haben, die auch den Metropolitanen über den Kopf gewachſen wären, ſo wuſte ſich der ehrliche Hincmar keine andere Luft zu machen, als daß er dreyerley Gattungen von Primaten annahm; die erſten waren die Erzbiſchöfe, oder Metropolitanen, die zweyten diejenigen Primaten, die auch den Metropolitanen zu gebieten hatten, und die dritten jene Primaten, die mit den Patriarchen eine Perſon machten. Hier kamen alſo die Erzbiſchöfe auch in den abendländiſchen Provinzen unter einen Primas zu ſtehen, der von dem Römiſchen Patriarchen unterſchieden war. Man hatte aber in der Folge kein Beyſpiel, daß auſſer dem Erzbiſchof von Lyon, an den die Appellationen von Tours, Sens, und Paris gehen, 18) ein Primas in Europa ein großes Glück gemacht habe.

So wie die Erzbiſchöfe oft mit den Primaten vermenget wurden, ſo kamen ſie nach und nach in ihrem Amt und Stand mit den Metropoliten überein, alſo, daß bey unſern Zeiten, Erzbiſchof, und Metropolitan gleichviel bedeutende Worte ſind. 19) Es läſt ſich gar leicht begreifen, daß vor Zeiten beſonders nach dem Verfall der Römiſchen Regierung, mehrere Metropolitanen oder Städtebiſchöfe unter einem Primaten geſtanden, weilen in jeder Römiſchen Hauptſtadt, oder Metropolis ein Biſchof war. Daher iſt es gekommen, daß in Worms ehmals als einer Römiſchen Metropoli ein Metropolitan geſeſſen, welcher aber nur ein Stadt-

18) Fleuri inſtit. Jur. eccleſ. Part. 1. c. 14

19) Cap. 7. X. de Praeb. des Pabſtes Alexander III. im J. 1180.

Stadtbiſchof, oder Metropolitan geweſen, und keine Diöceß und Biſchöfe unter ſich gehabt, und daß nach der großen Volkswanderung, und nach dem ſich die nordiſchen Stämme in die Römiſche Provinzen getheilt hatten, dergleichen Metropolitan-Sitze eingegangen, und andere dafür aufgekommen ſind; Deutſchland bekam ohnehin viel ſpäter ſeine Erzbiſchöfe, und Metropolitane, weil es erſt nach dem Umſturz des Römiſchen Staats, das Chriſtenthum angenommen hat. 20) Man muß alſo den Urſprung der Metropolitan- und erzbiſchöflichen Würde im geiſtlichen Fache nicht in der Römiſchen Anlage, ſondern in der Kirchlichen ſuchen, und zwar ſehr frühe, wenn anderſt der Brief des Pabſts Symachus ohngefähr vom J. 504. die Kritick aushalten könnte, in dem darinn ſchon der Erzbiſchof von Lorch angegeben wird, als habe er ganz andächtig bey dem Pabſt um das Pallium angeſuchet. 21)

Es wird eine wichtige Frage aufgeworfen, ob die Entſtehung der Metropolen von dem Stifter der Kirche,

20) Es verſteht ſich von ſelbſt, daß nicht eine jede Römiſche Metropolſtadt ſogleich eine geiſtliche werden konnte; weil das Bekehrungsgeſchäft zur chriſtlichen Religion in einigen Gegenden langſamer gieng, und manche Gegenden länger ohne hinlängliche Anzahl neuer Chriſten geblieben iſt. Aus dieſer Ruckſicht läſt ſich der Grund erklären, warum die Römiſche Stadt Cölln am Rhein, wie viele und inſonderheit Hontheim hiſt. trev. tom. 1. diſſ. praev. §. 16. und ad ſaecul. 6. §. 26. behauptet, erſt im 8ten Jahrhundert eine Kirchenmetropolis geworden iſt, und überhaupt nimmt dieſer Gelehrte, wie Dupin an, daß in Gallien die Metropole allererſt nach den Zeiten K. Conſtantin zu ſuchen ſeyen. Hontheim gibt in prodromo hiſt. trev. S. 136. die Urſachen auch an, warum Maynz, und Cölln viele Jahr hindurch ihr Metropolitanrecht nicht ausüben konnten. Der h. Bonifaz war lang Erzbiſchof zu Maynz, ehe er die Metropolitanwürde daſelbſt erlangen konnte, wie es Neller in ſeiner diſſ. de primatu S. Eccl. trev. anführt: daher ſind die Worte des h. Bonifaz in ſeinem Brief an den Pabſt Zacharias ſehr begreiflich, — indem er ſchreibt: „ die Franken hätten durch 80. Jahr keine Synode gehalten, auch keinen Erzbiſchof gehabt. „

21) Hanſitz German. ſacra tom. 1. die Vorrede.

Kirche, oder ſeinen Apoſteln, oder von der freyen Willkühr der Kirche herrühre. Ich glaube, ohne mich in dieſen zum Kirchenrecht eigentlich gehörigen Streit einzulaſſen, 22) daß, was Deutſchland betrift, die Entſtehung der Metropolen ganz von der Verfaſſung dieſes Reichs abgehangen hat, in dem die deutſche mit ſo ſchnellem Fortgang angewachſene Kirche nicht lang ohne ſtuffenweiſe Ordnung habe beſtehen können, und wie ich in der Ueberſicht der Geſchichte 23) gezeigt, ſo hatte man in Deutſchland ſchon zu Anfang des 6ten Jahrhunderts Metropoliten, Erzbiſchöfe und Biſchöfe.

Von Rechtswegen muſte von jeher jeder Erzbiſchof einige Biſchöfe unter ſich haben, welche Suffraganen genennet werden. In neuern Zeiten, da man nicht ſo genau auf die Sache ſah, als auf die Nahmen, ward die Aenderung getroffen, daß man Erzbiſchöfe zehlt, die gar keine Suffraganen haben. Z. B. der Erzbiſchof zu Lanciano, der Erzbiſchof zu Wien hatte gar nur einen, weil ſein Erzbiſthum zu ſpät errichtet worden, und jedes Bißthum ſchon ſeinem Metropoliten unterworfen war. In der griechiſchen Kirche war es lang vorher ſchon eingeführt, daß eine Menge Biſchöfe den Titul eines Erzbiſchofen, ohne das Amt deſſelben, annahmen, die weder einen Suffraganen unter ſich, noch einen Metropolitan über ſich hatten. 24) Man nahm den Nahmen Erzbiſchof nicht ſo ſtreng. Bonifacius, wie ich erwähnet, war Erzbiſchof ſogar ohne eine Dióceß, noch weniger ein Erzbißthum mit Suffraganen zu haben, 25) es werden deßwegen noch heut zu Tag Erzbiſchöfe ad honores, oder Erzbiſchöfe in

 Partibus

22) In der deutſchen Encyclopädie B. 8. voc. Erzbiſchof. S. 832. werden alle die verſchiedene Meinungen geprüfet.
23) B. 1. Thl. 1. C. 1. §. 4. S. 5.
24) Thomaſius P. 1. c. 25. n. 5.
25) Harzheim Concil. germ. Tom. 1. S. 96.

Partibus von dem Pabſt ernennt, in dieſer Art wurde dergleichen 1788. der Churmaynziſche Coadjutor Freyherr Carl von Dahlberg zum Erzbiſchof zu Tharſus erhoben. Bald werden wir auch einen Patriarchen in Norden erhalten.

Ueberhaupt iſt aus der Geſchichte Deutſchlands eine erwieſene Sache, daß die Erzbiſchöflich- oder Metropolitanwürde nach dem Pabſt der erſte Hoheitsgrad in der Hierarchie der deutſchen Kirche ſey. Worinn die Erzbiſchöfliche Amtsobliegenheit beſtehe, iſt in dem 40. Cap. zu erſehen.

§. 1123.

Biſchöfe. Von der Bedeutung des Worts Biſchofs hab ich (§. 179.) ſchon gehandelt. In der Hierarchie der deutſchen Kirche nimmt der Biſchof nach dem Erzbiſchof den erſten Platz ein; ungeachtet die Erz- und Biſchöfe in Anſehung ihrer Wahl, Conſecration, und Kleidung in keinem weſentlichen Stück von einander unterſchieden ſind. Ich gehe nicht gerne in die Kirchengeſchichte über, wenn es nicht unmittelbar zur Erläuterung des geiſtlichen Stift-Staatsrecht erforderlich iſt. Daß der Presbyterat in der kirchlichen Hierarchie die höchſte Würde ſey, kann nicht widerſprochen werden; er gibt das Kirchenregiment einem Senat der würdigſten Mitglieder, und erhält die Einförmigkeit; eben ſo richtig iſt, daß der Episcopat, oder die geiſtliche Regierung, welche ein Individuum ausübt, für die Kirche in einem Lande die beſte Gattung der Hierarchie ſey.

Die Kirchengeſchichte überzeugt uns, daß der Presbyterat mit dem Episcopat lang ohne ſonderheitliche Unterſcheidung beſtanden ſey. Der Name Biſchof ward gar nicht gebraucht. Hermas ſagt, daß die Presbyters der Kirche vorſtünden, und macht dabey den Biſchof nicht nahmhaft, ob er gleich die

Bi-

Biſchöfe die Vorſteher der Kirche nennt, woraus man den Schluß ziehet, daß die Wörter Biſchöfe, und Presbyters damals noch einerley bedeutet hätten. Clemens von Rom nannte die Kirche eine Heerde mit den Presbyters ohne des Biſchofs zu gedenken; er empfahl den Gehorſam gegen die Presbyters, und ſchweigt von den Biſchöfen, woraus man ebenfalls ſchließet, daß er Biſchöfe, und Presbyters für einerley gehalten habe. Die Meinung wird auch durch das Zeugniß des Hieronymus beſtättigt, welcher behauptet, daß ein Aelteſter, und Biſchof urſprünglich einerley geweſen ſey. „Ehe noch (ſagt er) durch Antrieb des Satans Trennungen in der Kirche entſtanden, und einer unter dem Volk Pauliſch, der andere Apoſtoliſch, der dritte Kephiſch heißen wollte, iſt die Kirche gemeinſchaftlich von den Aelteſten regieret worden, nachdem aber ein jeder Aelteſter diejenigen, die er getaufet, ſich als die Seinigen zugeeignet, hat man in der ganzen Welt beſchloſſen, daß einer unter den älteſten über die andern geſetzt, und demſelben die Sorge der ganzen Kirche anvertraut werden ſollte, damit auf ſolche Weiſe die Trennungen aufhören möchten.“ Dieſe Erzehlung ſcheint um ſo wahrhafter zu ſeyn, als ſie mit den gewöhnlichen Lauf der Dinge in der Welt übereinſtimmt. Sie erhält auch noch dadurch einiges Gewicht, daß Ignatius in ſeinen Briefen ſo oft die Achtung gegen die Biſchöfe einſchärft, weil dieſe Anſtalt (nehmlich die Aufſtellung der Biſchöfe) zu ſeiner Zeit noch nicht gar alt ſeyn, und alſo wohl manchen Widerſpruch erfahren möchte. 26)

Ich führe dieſe Geſchichtszeugniſſe hier aus dem Hauptbeweggrund an, damit die Biſchöfe dem Presbyterat nicht ſo ſehr herabſetzen, und ſich nicht einbilden, daß man glaube, der Biſchof ſey allein

 aus

26) Encyclopädie. voce Biſchof. S. 814.

aus göttlicher und apoſtoliſcher Inſtitution die Kirche zu regieren geſetzt, ſondern daß man vielmehr wiſſe, daß dieſe Pflicht dem ganzen Presbyterat auferlegt worden. Ohne mich weiter zu erklären wird hievon genug geſagt ſeyn, da die heutigen wenigſtens die deutſchen Biſchöfe, dem erſten Berufsalter ohnehin nicht mehr gleichen, und in ihren Fürſtenthümern weit mehrere Beſchäftigung als in ihren Diöceſen finden.

Indeſſen beſetzten die Biſchöfe in der Hierarchie der deutſchen Kirche nach dem Pabſt, und den Erzbiſchöfen den erſten Platz. Sie erhoben ſich ſehr weit über die Presbyters, und übrige Geiſtlichkeit, wie auch über das Volk, ob ſie gleich noch in den wichtigſten Stücken an die Einwilligung von beyden gebunden, und alſo nichts weniger als Herren waren, die aus eigener Macht als geiſtliche Geſetzgeber und Richter, handeln konnten.

Die vornehmſten Urſachen der biſchöflichen Vergrößerung ſind in folgenden Umſtänden zu ſuchen, und zwar a) in dem eigenen Verdienſt der Biſchöfe b) in dem von menſchlichen Schwachheiten herrührenden Ehrgeitz anderen zu befehlen, c) in Scheingründen, als wenn ſie von Chriſto oder den Apoſteln ganz allein eingeſetzt wären, d) in den Concilien, auf welchen die Biſchöfe anfangs im Namen ihrer Kirche, und nachher im eigenen die Stimme gaben, und ſich ein entſcheidendes Anſehen verſchaften. e) Durch das Schiedrichteramt, welches ſie ſich in den Streitigkeiten über weltliche Sachen beylegten, f) in dem Ausſchluß des Adels und Volks von den Biſchofswahlen und ſtiftiſchen Regimentsſachen, g) durch Benutzung der mannichfaltigen politiſchen Reichsverwirrung, h) in dem Anſehen an den Höfen der Könige und Fürſten, i) durch den Zuwachs der Kirchengüter, wegen reichen Stiftungen, Schenkungen,

kungen, Tauſch- und Kaufhandlungen, k) und endlich ſelbſt durch ihre Erhebung zur Reichsſtandſchaft, und Theilnehmung an der geſetzlichen Macht, und aller davon abhängenden Befugniſſe.

Die Vergrößerung der Biſchöfe überhaupt gieng ſowohl in geiſtlichen als weltlichen Dingen mit gleich ſtarken Schritten vor ſich.

Die Biſchöfe in Deutſchland ſind nach dem Staatsrecht betrachtet, von einander unterſchieden. Sie ſind zum Theil Reichsbiſchöfe, zum Theil Provincialbiſchöfe. Jene ſind Stände des Reichs, und genieſſen gleich andern weltlichen Fürſten des Reichs, Sitz und Stimmrecht auf Reichstagen, auch haben ſie wie die weltlichen Fürſten ein weltliches Territorium mit Ausübung einer vollkommenen Landesherrlichkeit. Die Provincialbiſchöfe hingegen werden nur als Landſaſſen betrachtet, und ſo anſehnlich auch übrigens ihre Würden, und Einkünfte ſind, haben ſie dennoch keine andere weltliche Vorzüge als insgemein die vorzüglichſten Stellen auf den Landtägen. Allein dieſer Unterſchied betrift eigentlich die Hierarchie der deutſchen Kirche nicht.

Die Biſchöfe in Partibus infidelium, und bey den deutſchen die ſogenannte Chor- und Weybiſchöfe, nehmen zwar in der Hierarchie der deutſchen Kirche keine beſondere Stelle ein, indeme ſie in gewißermaſſe als biſchöfliche Stellvertretter, und Helfer mit den Biſchöfen eine Perſon ausmachen. Indeſſen verdienen ſie hier ſchon ihres Urſprungs wegen bemerkt zu werden. Als im 8ten Jahrhundert Spanien von den Mohren überwältiget worden, führte man den Gebrauch unter den Biſchöfen ein, daß der Titul, und Nahme der Bißthümer ferner angenommen, und beybehalten wurde, als die Biſchöfe ſelbſt, welche aus ihren Kirchen vertrieben wurden, mit Tod abgegangen waren, weil man

aber für ſie keine Einkünfte wuſte, indem die Feinde das Land, worin die Diöceßen lagen, inne hatten, ſo wurden die mehreſten in die Stadt und Diöceß Oviedo verlegt, mit gewißen Arbeiten, und Einkünften verſehen, und ſo lang allda behalten, bis die Länder und Diöceſen wieder eingenommen worden ſind. Oviedo erhielt den Nahmen: die Stadt der Biſchöfe. In die Stelle des abgelebten wurde immer wiederum ein neuer ordinirt; jeder aber blieb, wie der Spaniſche Geſchichtſchreiber Mariana ſagt, ein kleiner Biſchof, und nicht viel mehr als dem bloßen Nahmen nach. Als die Chriſten ihre Morgenländiſche Eroberungen fahren laſſen muſten, und als 1453. Conſtantinopel an die Türken übergieng, flüchteten ſich die chriſtlichen Biſchöfe, wie vormals die Spaniſchen nach Oviedo, ebenfalls haufenweiſe nach Italien, und beſonders nach Rom, wo ſie freundlich aufgenommen, theils mit Bißthümern, theils mit anderen Pfründen oder ſonſtigen Einkünften großmüthig verſorget wurden. Von dieſen Zeiten behielten die Chriſten die Gewohnheit bey, nicht nur Biſchöfe, ſondern auch Erzbiſchöfe, und Patriarchen auf jene Diöceſen, und Provinzen zu ordiniren, die unter der Herrſchaft der Saracenen, Tartarn, und Türken ſeufzen. Es werden daher zwey Urſachen angegeben, warum die Nahmen der längſt erlöſchenen Diöceſen noch durch die Titularbiſchöfe nachgeführt werden. Die erſte iſt: damit die Rechtsanſprüche auf ſolche Sprengel in friſchem Angedenken bleiben, ſo wie bey den Monarchen der Titel König zu Jeruſalem. Die andere Urſache, die ſich mehr zu den kirchlichen Recht ſchickt, iſt dieſe, weil die Canones verbieten, keinen Biſchof zu weihen, dem keine Stadt, und Diöceß angewieſen werden kann; ſo wieß man einsweilen dieſen Titulaturbiſchöfen ſolche Städte, und Diöceſen an, damit

die Canones wenigſtens dem Schein nach beobachtet würden. Nachdeme die im 8ten Jahrhundert von den deutſchen, und Franzöſiſchen Biſchöfen ſo ſehr verhaßten Chorbiſchöfe 27) abgeſchaft, und die meiſten Biſchöfe große Herren wurden, ſo ließen ſie ſtatt der Chorbiſchöfe die Weyhbiſchöfe, oder ſogenannte Titulars, oder Biſchöfe in partibus eintreten, welche ihnen die biſchöfliche Arbeit verrichten muſten.

§. 1124.

Ordens-meiſtern.

Es entſtund öfters die Frage: ob der Deutſch- und Johanniterordensmeiſter Geiſtliche seyn; dieſe iſt Bejahungsweis (§. 209. 234.) entſchieden. Allein es fragt ſich, ob dieſe Ordensmeiſter auch Beſtandtheile der deutſchen Hierarchie ſeyn? Ich glaube es zuverläßig behaupten zu können, weil dieſe geiſtliche Reichsfürſten ihr ihnen unterworfenes Kapitul und ſonſtige niedere Geiſtlichkeit haben: die Ordensmeiſter ſelbſten, und viele Ordensglieder wiewohl gröſtentheils nur zufälligerweiſe, Prieſter ſind. Denn nach dem wahren Begriffe der deutſchen Kirchenhierarchie gehören nur diejenigen Glieder unmittelbar dazu, welche mit der Presbyteratwürde begabt ſind. In Anſehung aber dieſe Ordensmeiſter, die Ordensland- und Commenthuren und Ritter einen gewißen Rang in der Hierarchie ihres für geiſtlich geachteten Standes wegen hergebracht haben, ſo kann man ſie auch mit Fug darunter begreifen, ungeachtet ſie einen Mittelſtand zwiſchen dem Geiſtlich- und Weltlichen ausmachen.

§. 1125.

Pröbſten und Aebten.

Daß die Pröbſte und Aebte als Kirchenvorſteher wahre Beſtandtheile der deutſchen Kirchenhierar-

 chie

27) Die Chorbiſchöfe ſind eigentlich Landbiſchöfe und der Gegenſatz eines Biſchofs in der Stadt. Eine umſtändliche Nachricht hievon iſt in der deutſchen Encyclopädie, voce Chorbiſchöfe anzutreffen.

chie ausmachen, iſt auſſer allem Zweifel geſetzt; beſonders da einige der Gefürſteten, von denen in dieſem Werk die Rede iſt, mit ſolchen Exemtionen, und Freyheiten in geiſtlichen Dingen begabt ſind, welche ſehr nah an die Episcopatsbefügniſſe gränzen, wie ich anderwärts (§. 186.) ſchon gezeiget habe.

§. 1126.

Von den Vicarien der deutſchen Biſchöfe überhaupt,

Zur Mitregierung der Biſchöfe gehören überhaupt noch einige Perſonen, die, ob ſie ſchon nicht insgemein die biſchöfliche Würde begleiten, dennoch die Amtsverrichtungen mit denſelbigen entweder in älteren Zeiten getheilet hatten, oder noch wirklich theilen. Hierunter begreiſt man die Chorbiſchöfe, Archidiaconen, Generalvicarien, Officialen, und Coadjutoren. 28) In wie weit eine, oder die andere dieſer Würden noch in deutſchen Bißthümern beſtehe, werden wir in der Folge erſehen.

§. 1127.

und insbeſondere von den Chorbiſchöfen.

Unter den Chorbiſchöfen verſtand man vor Alters die Landbiſchöfe. Vor dem vierten Jahrhundert war ihr Nahme nicht einmal bekannt. Erſt in einigen Concilien des 4ten und 5ten Jahrhunderts ward ihrer Meldung gethan. 29) Man iſt aber nicht einig, ob ſie wahre Biſchöfe, oder nur Prieſter, 30) oder, wie die mehrſten und ſelbſt Benedict XIV. dafür hielten, 31) nur einige unter dieſen wahre Biſchöfe geweſen ſeyn. 32)

Daß es in Deutſchland ſogenannte Chorbiſchöfe gegeben habe, läſt ſich aus den Synodalhandlungen zu Regensburg 796. Achen 809. und Rhems

28) Holl. ſtatiſtica eccleſ. germ. P. 1. c. 9. S. 205.
29) Holl. l. c.
30) Pertſchius in der Kirchenhiſtorie ſaec. I. c. 10. ſect. 4.
31) de Synod. diaeceſan. l. 3. c. 3. n. 6.
32) Turriani in not. ad. can. 4.

Rhems 811. erweiſen. 33) Da ſie aber ſeit dem 11ten Jahrhundert in Deutſchland gänzlich abgeſchaft worden ſind, ſo hat man dennoch in einigen Stiftern präbendirte Perſonen, welche die Würde, und Titel der Chorbiſchöfe noch haben. Das Cathedralkapitul zu Trier hat derer fünfe, und zu Maynz führt derjenige Canonicus den Titul eines Chorbiſchofs, der in zweyter Veſper an St. Stephanstag nach den Verdienſten hierzu erwählt wurde. 34) Nun wechſelt aber dieſe Würde; der Erwählte gibt ſeinen Chorbrüdern ein Gaſtgelag, und hat hievor das Vergnügen, das ganze Jahr hindurch, ohne Verluſt einiger Einkünften, von dem Chor befreyt zu ſeyn. Es iſt ſehr wahrſcheinlich, daß mit den Chorbiſchöfen von Alters die Archidiakonatswürde öfters verwechſelt wurde, welches auch Herr von Hontheim von den Trieriſchen Chorbiſchöfen glaubt. Aus dieſer Vermiſchung leitet er auch die obgedachte 5 Archidiakonen her, die noch heutzutage aus dem Domkapitul zu Trier hierzu genommen, und mit dem Titul Chorbiſchöfe benennt werden. *) An und vor ſich ſelbſt ſind die Chorbiſchöfe heutzutage keine Perſonen, welche in der Hierarchie der deutſchen Kirche einen Rang mit den Biſchöfen, oder an den Amtsverrichtungen derſelben mehr einen Theil haben.

§. 1128.

Die Coadjutoren der deutſchen Erz- und Biſchöfe haben in der Kirche des Coadjuvanden faſt die nehmlichen Rechte (mit Ausnahme des Rangs) als wie der noch regierende Erz- und Biſchof. In Anſehung der fremden Kirchen und Perſonen auſſer der

Coadjutoren.

33) Holl. l. c. S. 206.
34) Dürr. Coment. hiſt. de epiſcopo puerorum.
*) Eine vollſtändige Geſchichte der Chorbiſchöfe findet man unter dieſem Wort in der deutſchen Encyclopedie, und die Schriften hievon zeigt Holl. l. c. an.

der Erz- oder Biſchöflichen Dioceß, kann er dieſe Vorzüge nicht behaupten. Das mehrſte von dem Anſehen, Würde, und Amt eines Coadjutors kam ſchon im 8ten Capitul vor. Hier iſt nur zu bemerken, daß die Coadjutoren in der Hierarchie der deutſchen Kirche keinen beſtimmten Rang, und Platz einnehmen. In Synodalverſammlungen treten ſie zwar ſtatt ihrer Biſchöfe auf, müſſen aber denen älter geweihten Biſchöfen und Coadjutorn den Rang laſſen. 35)

§. 1129.

Generalvicarien, Auſſer den Chorbiſchöfen und Coadjutorn kommen die Vicarien der Biſchöfe vor. Dieſe Vicarien werden eigentlich in die Vicarios entweder in Pontificalibus, oder in ſpiritualibus, oder auch in temporalibus eingetheilt. Vor Zeiten wurden unter den Vicariis Epiſcopi die Archidiaconen, als die Miniſter 36) der Biſchöfe (oculus Epiſcopi) verſtanden; und weil das Vicariatamt nach den Rechten der Archidiaconatswürde gleichſam anhängig war, ſo wurde insgemein der Archidiacon *Vicarius natus Epiſcopi* genannt.

In den deutſchen Stiftern hat es aber mit den Archidiaconaten eine ganz andere Bewandniß; wenigſtens iſt dieſe Würde in dem Umfang der Gerecht-

35) Ein anderes iſt bey dem Reich, allwo es auf die Rangordnung der Länder und Fürſtenthümer ankommt, ſo haben den Reichsabſchied zu Speyer 1529. Heinrich Coadjutor zu Worms und Johann Coadjutor zu Fuld; den R. A. zu Augsburg 1530. Ernſt Adminiſtrator zu Paſſau; eben dieſer Erneſt 1532. den R. A. zu Regensburg als Adminiſtrator daſelbſt, ſodann den R. A. zu Augsburg 1548. Johann Adminiſtrator zu Regensburg, und Heinrich Adminiſtrator zu Worms, den R. A. zu Regensburg 1576. Ernſt Adminiſtrator zu Hildesheim nach der Rangordnung ihrer Coadjuvanden unterzeichnet, ſ. *Zech.* de Hierarch. tit. 26. §. 297. und *Holl.* l. c.

36) C. 6. et 11. diſt. 93.

rechtſamen bey weitem das nicht mehr, was ſie vor Alters war. In dem Bißthum Lüttich haben mehrere Archidiaconen gewiße ausgetheilte Gebiete zu regieren. In andern Stiftern hat der Archidiacon zwar eine vorzügliche Würde, und Rang vor den übrigen Canonicis; allein entweder gar keine Jurisdiction, oder nur eine beſtimmte über die ihm untergebene Geiſtlichkeit der Cathedralkirchen, wie ſich aus der unter Biſchof Otto zu Augsburg gehaltenen Synode c. 7. erſehen läßt. In der Salzburgiſchen Erzdiöceſe ſind die Archidiaconate mit den regularen Abteyen, und Probſteyen verbunden, derer Prälaten ſowohl in Ehe- als anderen Sachen von erſter Inſtanz wegen erkennen.

Zu Hildesheim ſind 12 Archidiaconate, die ihr beſonderes Verhältniß 37) wie auch in dem Erzſtift Maynz 38) und Trier 39) haben. Von Straßburg 40) und Oſſnabrück, 41) insbeſondere iſt die Beſchaffenheit der 25 Archidiaconaten aus der beſtändigen Wahlcapitulation bekannt, und von Freiſingen findet man auch deßwegen verſchiedenes. 42)

So viel iſt inzwiſchen gewiß, daß an die Stelle der Archidiaconen von den Biſchöfen die Generalvicarien geſetzt worden ſind; ihre Gerichtsbarkeit iſt von der Biſchöflichen in gar keinem Betracht unterſchieden, und der Vicar kann alles dasjenige ausüben, was ſeine allgemeine Vollmacht ausweiſet. 43) Es hat aber auch ſeine Richtigkeit, daß nach der Ver-

37) Pertſchius de archidiaconis in eccleſia hildeſienſi.
38) Wurdwein de archid. dioceſi mogunt. in archidiaconat. diſtincta.
39) Hontheim in prodrom. hiſt. trevirenſ. S. 312.
40) Alſatia diplomatica T. I. 1772. S. 46.
41) Eſtors deutſche Rechtsgelehrſamkeit Thl. 2. §. 63. 64.
42) Harzheim in concil. germ. tom. 3. S. 161.
43) Cap. 2. de Conſult. in 6. C. 3. de appel. in 6.

Verſchiedenheit der Diöceſen die Gewalt der Generalvicarien größer, oder auch eingeſchränkter iſt. 44)

Meiner Meinung nach waren die Archidiaconen vor Alters nichts anders, als die erſten Pfarrer nach dem Biſchof, wie derſelbe oberſte Pfarrer ſeiner Diöceſe (Pfarr) ware, und hatten die biſchöflichen Amtspflichten mit ihm getheilt, da die Sorge und das Amt der Biſchöfe durch den ſtarken Zuwachs der Seelen ſich vergrößerte; die Archidiaconate, weil derer zu viel waren, konnten am Ende ihr Anſehen nicht mehr behaupten, folglich muſten die Biſchöfe durch die Generalvicarien ihre eigene Würde deſto verehrlicher machen, welche gute Einrichtung auch in einer Perſon beſſer als bey mehrern dergleichen Vicarien erhalten werden konnte. Dieſe blieben nach Abſtellung der Chorbiſchöfe, welche eigentlich auch nur die erſten Landpfarrer mit der Befreyung von dem Domchor ausmachten, und der Einſchränkung der Archidiaconatsgerichtbarkeit die ſogenannte Vicarii in Pontificalibus, und Suffraganbiſchöfe der Hauptkirche, ohne daß ſie aber in der Hierarchie der allgemeinen, und deutſchen Kirche einen beſondern Rang behaupten konnten.

§. 1130.

und Officialen.

Die Officialen kommen eigentlich nach den Generalvicarien, und den Biſchöfen in Pontificalibus. Jedes Stift hat nach ſeinem Verhältniſſe derer mehrere, oder weniger. Ihre Gerichtsbarkeit iſt auch nicht allerorten gleich. Insgemein hatte der Vicar die Jurisdictionem voluntariam, der Official hingegen die Contentioſam auszuüben. Heut zu Tag aber, und in denenjenigen Stiftern und Diöceſen, wo ſich Erz- und Biſchöfliche Officialen vorfinden, beſorgen

44) Holl. l. c. S. 214. Schmid de Synodis archidiacon. et archipresbyt. in germ. Heidelb. 1773.

beſorgen ſie die Gerichtsſachen in Ehe- Zehend, und dergleichen Streitigkeiten. Sie ſind wie ich kurz vorher erwähnet, von den Biſchöfen abhängig, und eben auch wie die Generalvicarien; Diener des Kirchenvorſtehers, ohne daß ſie eine beſondere Perſon in der Hierarchie der Kirchen vorſtellen. 45)

Alle die Chorbiſchöfe, Archidiacone, Generalvicarien, Weihbiſchöfe, Biſchöfe in Pontificalibus Coadjutorn, und Officialen gehören in der allgemeinen Hierarchie der Kirche nicht zur hohen Geiſtlichkeit, in der Hierarchie jeder einzelnen deutſchen Kirche, machen ſie aber unſtreitig die hohe Geiſtlichkeit aus, beſonders, da die mehrſten unter ihnen die erſte Stiftsprälaten, Domprobſte, und Diaconen ſind. Die Generalvicarien haben ſonach wiederum ihre untergeordnete Provicarien, welche an und vor ſich zu der niedern Stiftsgeiſtlichkeit gehören, Räthe des Biſchofs, keine Domherren, und dem Generalvicar nur zur Erleichterung zugegeben ſind, auch in Abweſenheit deſſelben ſeine Geſchäfte als Stellvertreter beſorgen.

§. 1131.

Dom- und Ordenskapitul

Es entſtehet eine Frage, die ich nirgend weder aufgeworfen, noch beantwortet finde, ob die deutſchen Dom- und Ordenskapitul unmittelbarer Reichsſtifter (wovon ich ſchon (§. 182.) verſchiedenes vorausgeſetzt habe) zur hohen, oder niedern Geiſtlichkeit gehören? Es hat zwar ſeine Richtigkeit, daß, wenn man von der Hierarchie der allgemeinen Kirche redet, die Dom- und Ordenskapitul zwar einen Beſtandtheil derſelben, aber keinen einzelnen ausmachen, oder in der Klaſſe der hohen Geiſtlichkeiten erſcheinen, worunter nur die mit Patriarchaliſch- Erz- und Biſchöflicher

45) *Ludolf* diſſ. de Jurisdict. official. in cauſis civilibus. ſpec. de recurſ. ad offic. metrop. colon. ab officiali Leodienſi et Monaſterienſi.

ſchöfliche Würde und Gewalt begabte Perſonen begriffen ſind.

Allein ich glaube, daß, ſo bald in der Hierarchie der deutſchen Kirche hierüber gefragt wird, die Dom- und Ordenskapitul ganz zuverläßig einen mittlern Stand zwiſchen der hohen- und niedern Geiſtlichkeit ausmachen. Es iſt bekannt, daß ſich in jedem Domkapitul vorzüglich Stiftsprälaten befinden, welche infulirt ſind. Man weiß, daß in vielen Domkapituln Domherren anzutreffen, welche in andern Erzbiſchöfe, Biſchöfe und Prälaten ſind, und zu dem gibt es ja ganz infulirte Domkapitul; es läſt ſich alſo nicht wohl ſagen, daß die Domkapitul zur niedern Geiſtlichkeit in der Hierarchie der deutſchen Kirche gehören. Es würde aber auch weit gefehlt ſeyn, wenn man ſie zur hohen Geiſtlichkeit in der Hierarchie der deutſchen Kirche ziehen wollte. Dann für das erſte, ſind die Dom- und Ordenskapitul im einzelnen, und im ganzen ſowohl geiſtlich- als weltlichen Dingen, dem zeitlichen Stiftsvorſteher unterworfen, und für das zweyte kann ſich kein Domherr eines Stifts, wenn er auch in einem andern eine Erz- und Biſchöfliche Würde hat, von dieſer Subjection los machen.

So bald aber mit Beyſeitſetzung der Hierarchie entweder der allgemeinen oder beſondern deutſchen Kirche die Frage aufgeworfen wird, ob die Dom- und Ordenskapitul in ihrem Stiftslande oder dem Ordensgebiet zur hohen- oder niedern Geiſtlichkeit gehören, ſo iſt die Frage in praxi ſchon entſchieden, weil die Dom- und Ordenskapitul den erſten Stand eines jeden Stiftlandes ausmachen, ſowohl in geiſtlichen als weltlichen wichtigen Geſchäften den erſten Antheil nehmen, und die niedere Stiftsgeiſtlichkeit gröſtentheils ohnehin den erſten Prälaten des Domkapituls in den mehreſten Fällen ſubordinirt iſt.

Es

Es waltet alſo bey Entſcheidung dieſer Frage ein dreyfacher Unterſchied vor: In der allgemeinen Hierarchie der ganzen Römiſchcatholiſchen Kirche gehören die Dom= und Ordenskapitul nicht zur hohen Geiſtlichkeit. In der Hierarchie der beſondern deutſchen Kirche machen ſie einen mittlern Stand aus, und in den Stiftslanden ſelbſt muß man ſie als die hohe Stiftsgeiſtlichkeit von darum anerkennen, weil ſie im Rang, Vorzug, Gerechtſamen und Gewalt, weſentlich von der niederen Geiſtlichkeit unterſchieden ſind. Was für hohe Aemter mit einem Domkapitul vereiniget ſind, als z. B. Domprobſt, Archidiacon, Domcuſtos, u. d. wird im dritten Bande umſtändlich vorkommen.

§. 1132.

Niedere Geiſtlichkeit.

Zur niedern Geiſtlichkeit werden alle Geiſtliche ohne Unterſchied gerechnet, wenn ſie auch nur mit einer Weyhe verſehen ſind. In einigen Stiftern als z. B. in Maynz, wird der Clerus oder die Geiſtlichkeit in 3 Claſſen eingetheilt. Der *Primarius* beſteht aus dem Domkapitul, und dem Ritterſtift St. Alban. Der *Secundarius* aus den übrigen Stiftern und Prälaten, und die dritte Claſſe aus dem niedern Clero. 46) Auch zu Lüttich, und in andern Stiftern geht es faſt ebenfalls auf dieſe Eintheilung hinaus.

§. 1133.

Regierungsform in der deutſchen Kirchen-Hierarchie.

Eine der wichtigſten Fragen in dem deutſchen Stifterſtaatsrecht beſteht darinn, was für eine Regierungsform in der Hierarchiſchen Verfaſſung der deutſchen Stifter obwalte. Es ſcheint eine ausgemachte Sache zu ſeyn, daß, gleichwie die Regie- rungs-

46) Moſers Maynz. Staatsrecht. S. 241—248.

rungsform der deutſchen Kirche nach der Hierarchiſchen Verfaſſung der allgemeinen Kirche zu bemeſſen iſt, man auch die Regierungsform aller und einzelner Stifter nach eben derſelbigen beurtheilen müſſe. In der allgemeinen, und beſonderen deutſchen Kirche findet weder ein ganz Monarch- noch Ariſtocratiſch, am allerwenigſten aber eine Demokratiſche, ſondern eine mit der Monarch- und demokratiſchen Verfaſſung vermiſchte Regierungsform ſtatt. Eben dieſelbige iſt auch in jedem einzelnen Stifte anzutreffen, weil der Stiftsvorſteher in wichtigen ſowohl geiſtlichen, als weltlichen Angelegenheiten ohne Concurrenz ſeiner geiſtlichen Stiftsſtänden des Cleri primarii ſowohl als Secundarii, und in jenen Stiftern, in welchen nicht mehrere Claſſen der höhern geiſtlichen Stiftsſtände ſind, ohne Beyzug ſeines Kapituls nicht vornehmen kann. Dieſer Hauptſatz wird ſchon durch dasjenige, was ich anderwärts vorausgeſetzt, ohne weitere Ausführung beſtättigt. Es kommt auch hiemit ſowohl die geſetzliche obſervanzmäſige Conſtitution der deutſchen Kirche, und die allgemeine geiſtliche deutſche Staatsrechtslehre 47) dergeſtalten überein, daß alle weitere Meinungen von einer Anomarchie, oder Antarchie auf eine unbedeutende Logomachie hinaus gehen, und keine Ruckſicht verdienen.

§. 1134.

Verhältniß der geiſtlichen Stände gegen die Weltlichen.

Die weltlichen Stände in Deutſchland hatten über die geiſtliche keine andere Rechte als diejenigen, welche ihnen vermög der weltlichen Jurisdiction, der Kirchen- und Schutzvogtey, oder wegen beſondern Kaiſerlich- Königlich- oder anderer Fürſten Comiſſionen, 48) oder ſelbſt durch die gewiße ſonderheitliche

47) *Holl.* ſtatiſtica eccleſ. germ. Thl. 1. Cap. 5. §. 14. S. 41.
48) ſ. die Urkunden in Leuckfeld antiquit. Gandersheim. S. 98. und in Schminkens monimentis haſſiacis Thl. 2. S. 659.

liche Verträge, und Concordaten zukommen. Die geiſtlichen hohen Stände hingegen hatten aus der Weſenheit ihres Standes, ihrer Würde, und zum Theil ſelbſt erworbenen, zum Theil zugeſtanden wordenen Anſehens das Vorzug- und Rangrecht unwiderſprechlich eigen gemacht, und man kan behaupten, daß ihr Vorzug nunmehro auch Conſtitutionsmäßig ſey. In Hinſicht der geiſtlichen Gerichtsbarkeit in Religions- und vornehmlich Gewiſſensſachen, haben die geiſtlichen Stände in Deutſchland eben ſo, wie in anderen Ländern, über alle weltliche Stände und geringere Perſonen ohne Unterſchied die geiſtliche Gerichtsbarkeit ausgeübt. 49) Selbſt in den Eheſachen der mächtigen weltlichen Stände fand dieſe geiſtliche Gerichtsbarkeit ſtatt, 50) und wenn ſich ſchon ſonderheitliche Fälle in Eheſachen der mächtigen Stände vorfinden, in welchen dieſer Gerichtsbarkeit Einſpruch, oder Einhalt geſchah, ſo kann man ſolche Ereigniſſe nicht als Ausnahmen ſondern als bloße Zufälligkeiten anſehen, die wegen Ehe- und dergleichen Sachen gegen die geiſtliche Gerichtsbarkeit keinen allgemeinen Beweis jemahls machen werden.

§. 1135.

Befeſtigung der deutſchen Kirchenhierarchie.

Vor der Reformation war das Syſtem der deutſchen Kirchenhierarchie noch ſehr ſchwankend. Die Eiferſucht mehrerer weltlichen Fürſten über die große Macht, und den Güterſtand der Geiſtlichen zielte auf nichts weniger, als auf eine noch weit größere Zerſplitterung derſelbigen ab. Die Geiſtlichkeit muſte

 noth-

49) Conring de Judiciis reipubl. germ. §. 72.
50) Ludwig l. c. heinricus anceps. hiſtor. anceps. c. 1. §. 8. etc. Gundling de henrico aucupe not. h. S. 35. aus einer Stelle bey Dietmar B. 1. S. 325. behaupten es einſtimmig. Hauriſius in hiſt. S. R. J. tripart. F. II. ſect. 2. S. 80. hält aber, wiewohl nicht mit Grund die gegentheilige Meinung.

nothwendig alles anwenden, um die weitere Schwächung der Hierarchiſchen Kräften zu verhüten. Die Gewähr gegen eine weitere Zerſplitterung erhielten ſie durch den Weſtphäliſchen Frieden. Dieſer verſicherte der deutſchen Kirchenhierarchie ihre Beſitzungen auf ewig, und eben ſo auch ihre Rechte. So fürchterlich alſo für die deutſche Kirchenhierarchie die Reformationsepoche, und ſo ſchädlich ſolche derſelben auf einer Seite wegen dem Verluſt ſo vieler und großen Kirchengüter und Rechten war, ſo gewann die Catholiſch- deutſche Geiſtlichkeit dennoch auf der anderen Seite durch die auf ewig gewährte Sicherſtellung ihrer dermalig innhabenden Befügniſſen weit mehr, als ſie auf der anderen Seite verlohren hatte, was die geiſtliche Stifter an Bildung in Wiſſenſchaften und Moralität durch die Reformation gewonnen, hab ich (§. 140.) ſo ausführlich dargethan, als es vor mir gewiß noch kein Schriftſteller von meiner Religion gezeigt hat. Allein ich fand mich der Wahrheit verpflichtet, ihr dieſes Opfer mit deutſcher Freymüthigkeit zu bringen. Meine Leſer werden jenen §. welcher einer der wichtigſten des ganzen Werks- und den Grund meiner Denkart, und Syſtems ganz ausmachet, ja nicht auſſer den Augen laſſen.

Der herrliche Freyherr von Moſer 51) führt mit mir die nehmliche Meinung, da er ſchreibt: „Die „geiſtlichen Reichsſtände, vom erſten Biſchof an bis „zum letzten Reichsprälaten im Schwarzwald wur„den durch den Weſtphäliſchen Frieden, durch die„ſen großen, und allgemeinen Kriegs- und Fürſten„bund nicht nur in voller Gleichheit der Rechte ih„rer weltlichen Mitſtände feyerlich anerkannt, ſon„dern, was das wichtigſte war, durch das Bun„des-

51) Ueber die Regierung der geiſtlichen Staaten in Deutſchland S. 31. 34.

„desſacrament der Guarantie von Frankreich, und
„Schweden, von der Furcht vors künftige befreyt,
„irgend eine neue Umſchaffung und Verwandlung
„beſorgen zu müſſen. Die Vorſicht vor dieſe Si-
„cherſtellung ward auf alle nur denkbare Fälle, auf
„alles, was nur geiſtliche Nahmen Strich, und
„Farbe trug, ausgedehnt, und dieſer Wachſamkeit
„hatte der hohe, und niedere Clerus, ſeine fort-
„daurende Exiſtenz, den Beſitz, und die Rettung
„ſeiner Aecker, Wieſen, Weinberge, Zehenden,
„und anderer Gefälle, gegen die Gelüſte und Hab-
„ſucht, weltlicher, Catholiſch ſowohl als Proteſtan-
„tiſcher Landesherren, und deren Cameraliſten,
„Publiciſten, und Encyclopädiſten zu verdanken. —
„Dieß war Glück und Heil vor die Hierarchie,
„Glück vor den Stiftsmäßigen Adel, und das zahl-
„loſe Heer der niedern Cleriſey, und des Mönch-
„thums, aber wahrlich nicht das Glück vor das In-
„tereſſe der den höhern und niedern geiſtlichen
„Reichsſtänden unterthänigen Menſchheit, — die-
„ſer Geiſt der Hierarchie (fährt er fort) iſt es nun,
„der in Catholiſchen Landen mit allgewaltigen Druck
„das Volk beherrſchet, in ſolchem aber am würk-
„ſamſten iſt, wo die Geiſtlichkeit an der Regierung
„des Staats Antheil nahm, und unmittelbaren
„Einfluß oder das Land ſelbſt einen geiſtlichen Herrn
„zum Regenten hat.“

Ob zwar die letzte Stelle, was von dieſem beſon-
dern Geiſt der Hierarchie hier geſagt wird, in et-
was durch meine Vorausſetzung (§. 174.) über den
gegenwärtigen Zuſtand der deutſchen Domſtifter
überhaupt gemildert werden dürfte, ſo bleibt ſie den-
noch für einzelne Domſtiftiſche Regierungen unver-
fälſchte und heilige Wahrheit.

§. 1136.

§. 1136.

Etwas Bezugs⸗weiß. In der deutſchen Kirchenhierarchie nehmen die Suffraganbiſchöfe, wegen ihrer Abhängigkeit von den Erzbiſchöfen keine beſondere Stelle ein, und es benimmt ſolches ihrer biſchöflichen Eigenſchaft nichts. — Unter welchen Erzbißthümern die mehrſte deutſche Biſchöfe als Suffraganen gehören, hab ich (§. 210 bis 231.) ſchon angezeigt. Wegen Regensburg iſt allein (§pho 221. zu berichtigen, daß es kein exemtes, ſondern ein unſtreitiges Suffraganatsbißthum von dem Erzbißthum Salzburg ſey. 52)

Auch die unter den deutſchen Kirchen ſo äuſſerſt ſchädliche Afterbiſchöfe (die Reſultate einer zwieſpaltigen Wahl) kommen in der nehmlichen Claſſe der Biſchöfe vor; da in ältern Zeiten dieſen Afterbiſchöfen, um Land und Leute zu ſchonen, öfters ein gewißer Theil des Stiftslands und der Diöceß eingeraumt worden. Der Afterbiſchof Conrad zu Münſter ließ von 1306—1309. die Rechte der Kirche eingehen, er ertheilte dem Adel wider die Domherren Freyheiten, er verſchwendete die geiſtlichen Güter um ſich zu erhalten, und mißbrauchte ſie auch zur Pracht, um des Adels Gunſt zu gewinnen. 53)

§. 1137.

Schriften. Es ſind zwar viele Schriften von der catholiſchen Kirchenverfaſſung überhaupt vorhanden. Die wenigſten betreffen aber die Hierarchie der deutſchen Kirche inſonderheit der Stifter, von denen, welche hier einſchlagen, ſind vorzüglich folgende.

Pich⸗

52) Oberdeutſche Litteraturzeitung.
53) Godeau Kirchengeſch. Thl. 26. S. 104.

Pichlers (Joh. Melch.) Syſtem der von Chriſto eingeſetzten Regierungsform, und deren Verbindung mit der Regierungsform catholiſcher Staaten. Frankf. 1773.

Schilter (Joh.) de libertate eccleſiarum germaniae Jen. 1683. 4.

Steck (Jo. Chriſt. Wilh.) progr. vindiciae libertatis eccleſiae germ. circa moliendas in hierarchia novationes Hal. 1755.

Moſer (J. Jac.) in ſeinem Tractat von der deutſchen Religionsverfaſſung. B. 3. C. 4. von der catholiſchen Kirchenverfaſſung. S. 752.

Am beſten und kürzeſten hat die Materie von der Hierarchie der deutſchen Kirche *Holl.* in ſeiner Statiſtica eccleſiae germ. Cap. 4. §. 10—12. S. 33—40. abgehandelt.

Vierzigſtes Capitel.

Von der Gewalt der Biſchöfe ihre Diöceſen zu regieren.

Inhalt.

§. 1138. Einleitung. 1139. Von den Rechten der Erzbiſchöfe überhaupt, 1140. und inſonderheit von dem Beſtättigungsrecht. 1141. Befeſtigung dieſes Rechts. 1142. Die Päbſte erkannten die Rechtmäßigkeit. 1143. Anfang dieſes abgenommenen Metropolitanrechts. 1144. Römiſche Anmaßungen. 1145. Noch weitere Fortſchritte. 1146. Hierzu waren die Grundſätze der hohen Geiſtlichkeit fürträglich. 1147. Behauptung der Erzbiſchöfe. 1148. aber ohne Erfolg. 1149. Was demſelben im Wege ſteht. 1150. Conſecration. 1151. Sie gieng an die Päbſte über. 1152. Was hierzu beytrug. 1153. Noch mehrere Urſachen. 1154. Bedingungen der Erzbiſchöfe bey ihrer Nachgiebigkeit. 1155. Bemühungen die Conſecratorsrechte wiederum zu erlangen. 1156. Wie es jetzt in Deutſchland gehalten wird. 1157. Sufraganeneid. 1158. Auswahl der Biſchöfe. 1159. Zeugenſchaft. 1160. Direction der Provincialſynoden. 1161. Urſach von dem Abgang derſelben. 1162. Bemühungen fruchtloſe ſie wiederum in Gang zu bringen. 1163. Urſachen dieſes ſchlechten Erfolgs. 1164. Verkündigung der Geſetze. 1165. Erzbiſchöflicher Beyrath. 1166. Formatenabgab. 1167. Verwahrung der Sufraganatskirchengüter. 1168. Beſtimmung der Oſterfeyer. 1169. Beſorgung der Kirchengüter Oeconomie. 1170. Kircheneinweihung. 1171. Erſcheinen der Biſchöfe bey den Erzbiſchöfen. 1172. Rechte bey Kirchenverſammlungen. 1173. Forderung der biſchöflichen Beſuche. 1174. Meinungen hierüber. 1175. Erzbiſchöfliches Viſitationsrecht. 1176. Geſinnungen der Päbſte. 1177. Die Biſchöfe ſuchen

ſich

ſich davon los zu machen. 1178. Unthunlichkeiten der Viſitationen in Deutſchland, 1179. Auskunftsmittel ſolche abzuleinen. 1180. Meine Meinung. 1181. In Nothfällen muß die Viſitation ſtatt finden. 1182. Abſtrafung der Beleidiger. 1183. und offenbarer Verbrechen. 1184. Abſchaffung eingewurzelter Mißbräuche. 1185. Sorge für die Seminarien. 1186. Devolutionsrecht. 1187. Vicariatsbeſetzung. 1188. Appellation der Sufraganatsunterthanen. 1189. Geſinnung der Nation hierüber. 1190. und des Kirchenraths zu Trient. 1191. Eingriffe der Erzbiſchöfe. 1192. Was hiebey zu beobachten. 1193. Aufſicht über die Prediger, 1194. beſonders der exemten Klöſter. 1195. Allmoſencollecte. 1196. Creuz und Benediction. 1197. Zurechtweiſung der Sufraganatsdomkapitul. 1198. Gerichtsbarkeit über die Sufragantbiſchöfe. 1199. Einſchränkung der Erzbiſchöfe. 1200. Verordnung des Tridentinums. 1201. Rechte bey Abweſenheit der Biſchöfe. 1202. Verbannung der Ketzerbeſchützer. 1203. Gleichförmigkeit des Gottesdienſts. 1204. Auflöſung des Kirchenbannes. 1205. Eintretung des Erzbiſchöflichen Richteramts. 1206. Beſtellung eines Biſchofs. 1207. Conſecrirung eines Erzbiſchofs. 1208. Errichtung eines Erzbißthums. 1209. Die Päbſte behaupteten dieſes Recht. 1210. Beſchaffenheit der alten Biſchöfe. 1211. Von der biſchöflichen Gewalt überhaupt. 1212. Und der poteſtate ordinis. 1213. Dann von einer jeden Wirkung insbeſondere u. z. von der Geſetzgebung. 1214. Von der poteſtate jurisdictionis überhaupt. 1215. Dem Diſpenſationsrecht. 1216. Zuſtand der erſten J. H. 1217. Des mittlern Kirchenalters. 1218. und des gegenwärtigen. 1219. Entſcheidung der geiſtlichen Rechtshändel. 1220. Beſtrafung, und Losſprechung. 1221. Diöceſenviſitation in ältern. 1222. und neuern Zeiten. 1223. Allgemeine Regeln. 1224. Synodenhaltung. 1225. Urſachen und Hinderniſſe. 1226. Nähere Beſtimmung derſelben. 1227. Ablläßertheilung. 1228. Be- und Entſetzung der Kirchendiener. 1229. Dermaliges Verhältniß. 1230. Weitere Folgen. 1231. Verwaltung der Kirchengüter. 1232. Benutzungen der geiſtlichen Verlaſſenſchaften. 1233. Art zu verfahren.

fahren. 1234. Ertheilung der Entlaßbriefe. 1235. Biſchöfliche Rechte vi legis dioeceſanae. 1) Das Cathedraticum. 1236. 2) Synodaticum. 1237. 3) Subſidium Charitativum. 1238. 4) quarta decimarum. 1239. Noch einige Auflagen. 1240. Biſchöfliche Gerechtſame vi ſtatus episcopalis u. z. der Rang. 1241. Criminalſachen. 1242. Straffälle. 1243. Würden. 1244. Thronrecht. 1245. Entſcheidungszeichen, u. z. die Mitra, 1246. Hirtenſtab. 1247. Fingerring. 1248. Pectoral. 1249. Hand- und Fußſchuhe. 1250. Dalmatika. 1251. Tunicella. 1252. Rochetum. 1253. Mozeta. 1254. Pallium. 1255. Ehrenprädikate. 1256. Ehrenbezeugungen. 1257. Biſchöfliche Amtspflichten. 1258. Beyſpiele. 1259. Eigenſchaften. 1260. Gelehrſamkeit. 1261. Amtsberuf. 1262. Mitarbeiteranſtellung. 1263. Beſtellung der Gerichte. 1264. Seelſorge. 1265 Gehorſamseinprägung. 1266. Sorge für die Kranken. 1267. Sanftmuth. 1268. Verhältniße gegen den Pabſt. 1269. Berichtserſtattung. 1270. Sparſamkeit. 1271. Von den Erz- und Biſchöfen in partibus. 1272. Verordnung des Tridentinums. 1273. Allgemeines Verhältniß in Deutſchland. 1274. und ihre beſondern. 1275. Etwas Bezugsweis. 1276. Schriften.

§. 1138.

Einleitung.

Da in dieſem Capitel von der Macht der Biſchöfe ihre Diöceſen zu regieren die Rede iſt, wird vorzüglich bemerkt, daß der Epiſcopat als ein ganz origineller, und von dem Stifter unſerer heiligen Religion eingeſetzter Stand ſey, die Metropoliten und Erzbiſchöfe aber in Anſehung ihrer Metropolitanwürde keine originelle Autorität haben. Der gelehrte Verfaſſer einer ganz neuen Schrift 1) drückt ſich hierüber folgendermaſſen aus: „Die Autorität „der Metropoliten war nicht originell — war nur „will-

1) Meine Gedanken über die gründliche Entwickelung der Diſpenſ- und Nunciaturſtreitigkeiten. Mannheim 1786 S. 228.

„willkührlich übertragen. Fürwahr; kein Gelehrter „wird heut mehr eine göttliche Einſetzung der Me„tropolitane bejahen. Es kompromittirten die Bi„ſchöfe in einige aus ihrem Mittel von vorzüglicher „Geſchicklichkeit von bekanntem Anſehen bey den „Fürſten. — Alſo meiſt in Biſchöfe von den „Hauptſtädten: um ſo viel mehr, weil man ohne„hin das Jahr über öfter, den Fürſten ſeine Unter„würfigkeit zu bezeugen, dieſelben bereiſen muſte; „hatte man folglich welche Händel, die ſich von „einzelnen hart enträthſeln ließen, ſo lag jedem „gleichſam der hauptſtädtiſche Biſchof am Weege, „bey dem ſich alle gelegenheitlich Raths erholen „konnten. Dazu kam noch die Beſtättigung der „Päbſte, die ſich mit den Kaiſern über ihre künftige „Verhältniße benahmen, und ſo rechtfertigt ſich der „Satz, daß die Metropoliten ihr beſtändiges An„ſehen ſelbſt den Päbſten zu verdanken haben. — „Eine Betheurung, die ſich in unſeren deutſchen „Erzbißthümern pragmatiſch erweiſet: wer weis „nicht, daß Maynz vom Pabſte Zacharias im „J. 748 — Salzburg vom P. Leo im J. 798. „zu Erzbißthümern erhoben worden ſeyen? Das „Ganze kurz geſagt, ſo dünkts mir ſehr überzeugend, „daß wie die Biſchöfe einige aus ſich willkührlich zu „Erzbiſchöfen erhoben, die nehmlichen ſelbe wiede„rum aus Mißbrauch ihrer Macht zur erſten Gleich„heit haben erniedrigen können.“

Dieſes könnte nun freylich nicht einmal geſagt, vielweniger ausgeführt werden, wenn die erzbiſchöfliche Gewalt originell wäre. Es beruhet alſo das Ganze darauf, daß zwiſchen dem Erz- und Biſchof in Anſehung der Macht kein Unterſchied obwalte, ſondern daß jeder auf ſeiner anvertrauten Gemeinde in einem gewißen Strich Landes, welchem er von dem Oberhaupt der Chriſtenheit vorgeſetzt worden,

ihre Sitten, und Gottesdienſt Achtung gebe, und ſelbige nebſt den Zugeordneten Geiſtlichen, nach den geiſtlichen, und göttlichen Rechten, und Satzungen regiere. Die biſchöfliche Würde, und Gerechtſame haben von ihrer Originalität bey weitem dasjenige nicht verloren, und ſind niemals den Schickſalen unterworfen geweſen, ſo die Metropoliten auszuſtehen hatten, 2) wie wir in der Folge erſehen werden. Die Urſach liegt in der Originalität.

§. 1130.

Von den Rechten der Erzbiſchöfe überhaupt.

So ferne man nicht die Amtsobliegenheit, und die Verrichtungen eines Erzbiſchofs, und Metropolitans genau, und in einzelnen Stücken durchgeht, können die Rechte und Befugniſſe deſſelben niemal ganz überſehen werden. Die Geſchichte muß hierinnfalls jederzeit zum Leitfaden dienen; dieſe zeigt uns allein, was für Gerechtſame die Erzbiſchöfe und Metropoliten noch in den zehenten Jahrhundert gehabt haben, und wie ſehr nachher die Metropolitanbefugniſſe durch die auf das höchſte geſtiegene päbſtliche Gewalt zum Theil eingeſchränkt, zum Theil aber durch ſelbe ſelbſt hinweg geriſſen worden. Die Beſchwerden der deutſchen Erzbiſchöfe über Schmälerung und Zerſplitterung ihrer Gerechtſamen, wurden in keinem Jahrhundert gegen den Römiſchen Hof mit ſo vieler Lebhaftigkeit der deutſchen Nation an das Herz gelegt, als es ſeit wenigen Jahren durch den Anlaß der neuerlichen Nunciaturſtreitigkeiten geſchah; die Nation und jeder Unbefangene kan über das Recht, oder Unrecht des einen oder andern Theils nicht urtheilen, ehe, und bevor man nicht die genaue Ueberſicht hat, was für Rechte den Metropo-

2) Hievon zeugen die Nachrichten von Juvavien S. 151. 169. auch von Maynz bey Lünig in ſpicil. eccleſ. Fortſ. 1. S. 208. 210. von Baiern. l. c. S. 204.

tropoliten nach der Weſenheit ihrer Würde, und Amts zuſtehet, was für Befügniſſe in dem Alterthum der deutſchen Kirche gegründet, welche von ihnen ausgeübt, und in wie weit ihre Erzbiſchöfliche Gewalt durch jene des Römiſchen Hofs zuruck geſetzt, oder gar zum Nachtheil der deutſchen Kirchenfreyheit von daher untergraben worden. Nur die Geſchichte führt uns zu dieſen Kenntniſſen, nur hiſtoriſche Thatſachen überzeugen uns von dem Recht oder Unrecht des einen- oder andern Theils, und als ein ſtändiges Staatsrecht kann nur jenes Reſultat angeſehen werden, welches ſich auf die Geſchichte der Vorzeiten gründet.

Deutſchlands Erzbiſchöfe rechnen zu ihren gemeinſamen Befügniſſen vorzüglich die Rechte der Gerichtsbarkeit (Jurisdictionis) und der Amtswürde (honoris.) 3)

Die Rechte der Gerichtsbarkeit theilen ſich in drey Claſſen. Zu der erſten gehört die Gewalt über ihre eigene Erzdiöceſen, zu der zweyten die ordentliche Gewalt, und Gerichtsbarkeit über ihre untergebene Suffraganbiſchöfe, und zu der dritten die über die Unterthanen der Suffragandiöceſen in gewißen rechtmäßigen Fällen auszuübende Gewalt.

Die Rechte der Ehre und Würde beſtehen hingegen in gewißen äuſſerlichen Zierden, und Vorzügen, woran zwar auch andere Biſchöfe, jedoch nur aus beſondern Vergünſtigungen, Theil nehmen.

Das mehrſte von den Rechten der Erzbiſchöflichen Gerichtsbarkeit läßt ſich aus der Beſtimmung ihrer Amtsobliegenheiten erheben. Die ich in jener Ordnung abhandlen werde, wie ſie zum Theil unter allen

3) *Holl.* ſtatiſtica eccleſ. germ. S. 105.

allen Zeitſchriften am beſtimmteſten bereits ſchon anderwärts 4) vorgetragen worden iſt.

§. 1140.

und insonderheit von dem Beſtättigungsrecht.

Eines der vorzüglichſten Erzbiſchöflichen Rechten und Beſtättigungen war das alte Recht, die ihren Erzdiöceſanſtabe untergebenen Biſchöfe zu beſtättigen. Ich habe hievon ſchon (§. 487—489.) Einleitungsweiſe gedacht, wie auf was Art, die Päbſte ſolches an ſich gezogen haben. Allein hier iſt der Platz umſtändlicher hievon zu reden.

Dieſes Recht wird ihnen ausdrücklich in dem 4. und 6. Canon der Nicäniſchen allgemeinen Kirchenverſammlung zugeſchrieben. Die Lesart dieſes Canons, die von der Confirmation oder Beſtättigung ſpricht, läſt ſich nicht verdrehen, oder auf die Wahl eines Biſchofs auslegen, indem die Wahl damals nicht einmal dem Erzbiſchof, ſondern der Geiſtlichkeit, und mit gewißer Beſchränkung auch dem weltlichen Stand zukam. Die lateiniſche Ausgaben des beſagten Canons ſtehen alle für dieſe Beſtättigung, beſonders eine ſehr alte von Rom.

§. 1141.

Befeſtigung dieſes Rechts.

Nebſt dieſem hat eine beſtändige ununterbrochene Reihe von Päbſtlich- und Synodalausſprüchen, und Zeugniſſen dieſe nicäniſche Verfügung oder vielmehr Beſtättigung der alten Metropolitanrechte bis bereits an 13 Jahrhundert erhärtet. Die Synode von Antiochia can. 19. jene von Laodicea can. 12. treten in die Fußſtapfen des Kirchenraths zu Nicea; und die Synode zu Turin (Taurinenſis) can. 2. ſetzt noch die Urſach hinzu, daß nehmlich die Biſchöfe, da ſie von ihren Metropo-

4) Deutſche Encyclopädie Thl. 8. voce Erzbiſchof. S. 833. bis 856. nur muß ich hierbey einige Zuſätze oder Abweichungen mir erlauben, welche mit meinem Plan und gefaßten Syſtem übereinkommen.

tropoliten eingeſetzt, und geweihet werden, welches die alte Beſtättigung war, eben dadurch die ihnen ſchuldige Achtung, Anhängigkeit, und Untergebung lernen möchten. 5)

Dieſes Beſtättigungsrecht ward noch rechtmäßig beſtärkt, da manchmal die Biſchöfe es wagten, ſich von andern einweihen zu laſſen, welches mit der Beſtättigung eine, und dieſelbe Wirkung hatte. Die Erzbiſchöfe ſträubten dagegen, und erhielten allemal den Sieg, ſogar wenn die Kaiſer den ſeltenen Einfall hatten, einen Biſchof von dem Pabſt ſelbſten einweihen zu laſſen, widerſetzten ſich die Metropolitane beherzt, ſo daß die Päbſte, und Kaiſer der alten Kirchenzucht nachgeben muſten. Ein auffallendes Beyſpiel findet man bey Hederich. 6)

Gleiche Stärke des Geiſtes bezeigte der Erzbiſchof von Maynz Sigfrid, in einem Schreiben an den Pabſt Alexander II. im J. 1071. er verlangt beſonders von dem Pabſt, daß dieſer den von dem Kaiſer zum Bißthum Coſtanz ernennten Carl nicht einweihen möge, wenn gleich der Kaiſer ſelbſt ihn (den Pabſt) zu dieſem Ende verführen würde, ſondern der Pabſt ſoll ihn, wenn er ſich von der angeſchuldigten Simonie freyſtellen könnte, nach Maynz ſchicken, um daſelbſt von ſeinem Erzbiſchoffe, dem es nach der Vorſchrift der Kirchenſatzungen zukäme, die Einweihung zu erhalten. 7)

§. 1142.

5) Hederich diſſ. de Jur. conſecrandi ſuffraganeos Trier 1774. in eben dieſem Werk §. 2. kommen viele Päbſte vor, als Innocenz I. deſſen Ausſpruch can. 5. diſt. 64. wiederholet wird; Zoſimus, Leo G. Gelaſius I. Joannes VIII. Stephanus VI. Leo IX. Gregorius VII. legen mit einhelligen Stimmen den Erzbiſchöfen das Recht ihre Suffraganbiſchöfe zu beſtättigen bey.

6) a. a. O. §. 3.

7) Harzheim concil. germ. Thl. 3. S. 157.

§. 1142.

Die Päbſte erkannten die Rechtmäßigkeit.

Selbſt die Päbſte entſchuldigten ſich, und verwahrten den Erzbiſchöfen ihre Gerechtſame, wenn ſie je zuweilen aus dringenden Umſtänden einen Biſchof conſecrirten, ohne die Einwilligung des einſchlagenden Erzbiſchofs zu haben. In allen Kirchenverſammlungen wo nur von der Wahl eines Erzbiſchofs die Rede iſt, ward den Biſchöfen das Recht der Beſtättigung vorbehalten, 8) nur in Spanien ausgenommen, wo es dem Erzbiſchof zu Toledo glückte, alle Beſtättigungen derer vom König ernennten Biſchöfe an ſich zu ziehen, und den übrigen Metropoliten nur dieſes noch übrig zu laſſen, daß die von ihm beſtättigte Biſchöfe innerhalb 3 Monathen ſich bey ihrem eigenen Metropoliten ſtellen, und Unterricht einnehmen muſten, wie ſie ſich als Biſchöfe zu betragen hätten. 9)

§. 1143.

Anfang dieſes abgenommenen Metropolitanrechts.

Zu Pabſt Innocenz III. Zeiten fieng das Metropolitanrecht zu wanken an. Dann dieſer meinte es mit den Erzbiſchöfen nicht gut. Hier und da ſtand noch ein Metropolitan für ſeine Gerechtſame, wie der Erzbiſchof von Maynz Heinrich III. der mit K. Ludwig dem Baier, den Vertrag gemacht hatte, daß er mit allem Ernſte die Sache dahin zu bringen trachten wolle, damit die Biſchöfe ihre Beſtättigung, und Weihe von niemand, als dem Erzbiſchof nehmen ſollten. 10)

Dieſe Rechte der Metropolitanen giengen nicht auf einmal, ſondern nach und nach Stückweiſe verlohren.

8) Pereira von dem Recht der Metropolitanen über ihre Biſchöfe 2 und 3ter Satz. S. 6. der deutſchen Ausgabe bis 24.

9) Concil. toletan. 12. im J. 655. 6. Cap. bey Thomaſſin vet. et nov. diſcipl. Thl. 2. B. 2. C. 18. n. 8.

10) Gudenus Codex diplom. Thl. 3. S. 306.

lohren. Der Pabſt Innocenz III. behauptet ſchon in dem Cap. *cum nobis* 19. und *cum inter* X. de Elect. daß er bey einer ſtreitigen Wahl der Biſchöfe, wenn ſolche durch Appellation nach Rom gekommen war, das Recht habe, durch eben den Spruch, den er darüber fällen würde, das Beſtättigungsrecht auszuüben. Da nun wegen Unterlaſſung der Provinzialſynoden, und wegen Nichterrichtung der Metropolitangerichtshöfe dergleichen Berufungen nach Rom ſehr häufig waren, und wegen tauſend Grübeleyen, die bey den Wahlen immer Platz hatten, es werden muſten, ſo lerneten die Metropolitanen ihre ſo heilig verwahrte Rechte allmälig verkennen.

§. 1144.

Römiſche Anmaſſungen.

Hierauf kamen die merkwürdigen von eben dem Innocenz III. ausſtudirten Lehren, von dem ausſchließenden Päbſtlichen Rechte die Biſchöfe zu verſetzen, ihre Niederlegungen anzunehmen, und ſie abzuſetzen 11) die um die nehmliche Zeit erſonnene, oder doch in ihre Beſtandtheile gebrachte Lehre von den cauſis majoribus, weniger nicht die dem Pabſt eigen gemachte Gewalt in vielen, bey der Biſchofswahl, oft vorkommenden Hinderniſſen zu diſpenſiren, ferner die Exemtionen verſchiedener Biſchöfe von der Gerichtsbarkeit der Metropoliten thaten trefliche Wirkung. 12)

Nach all dieſen Vorbereitungen lagen doch noch die Beweiſe von dem Metropolitanrecht in den Päbſtlichen Decretalen, als in Cap. 5. und 20. X. de *Elect.* Cap. 1. und 2. X. de *translat. Episcop.* Cap. 1. und 6. X. de *Temp. ordin.* noch in den Zeiten P. Bonifaz

11) Cap. 2. incorporalia X. de translat. Episcop.
12) Zallwein Princ. Jur. eccl. tom. 4. Q. 2. c. 2. §. 7. Meine Geſchichtsüberſicht der deutſchen Stifter B. 1. Thl. 1. §. 76. S. 78.

Bonifaz VIII. Dieſer Pabſt ließ, ungeachtet er gewiß von ſeiner Hoheit nichts wegſchenkte, die Verfügung der Kirchenverſammlung zu Lyon vom J. 1274. etwas gelten, und erlaubte, die Streitigkeiten über eine Biſchofswahl dem nächſten Richter, dem Metropolitan zu entſcheiden, und folglich denjenigen, der Recht hatte, zu beſtättigen, ſo fern der Beruf nach Rom offenbar, und augenfällig ungegründet geweſen iſt. 13) Freylich wollte dieſer ſehr beſchränkte Nachlaß nicht viel ſagen, indem eine Wahl, in welcher die Curialiſten nichts zu grübeln finden ſollten, die ſeltſamſte Sache von der Welt ſeyn muſte.

§. 1145.

Noch weitere Fortſchritte.

Bey allem dem lag der Grund der Beſchränkung der Erzbiſchöflichen Rechte ſelbſt auch in den Decretalen, und vorzüglich in der falſchen Iſidoriſchen Sammlung: es entwickelte ſich immer mehr. Clemens IV. in Cap. 2 *licet* de *praebend.* in 6to ſchrieb ſchon dreiſt in die Welt, daß er, als Pabſt volle Gewalt habe, mit den geiſtlichen Pfründen, nach ſeinem Belieben zu ſchalten, die *Clementina I. ut lite pendente* führt die nehmliche Sprache, und nun war nur noch ein Schritt zu jenen Reſervationen zu thun, die auch bald darauf folgten. Die Extravaganten *ex debito* vom J. 1316. und *ad regimen* vom J. 1335. ſind redende Zeugen davon. Doch ward noch immer die Einſchränkung angehängt, daß der Biſchof, deſſen Bißthum dem Pabſt zu vergeben, heimgefallen ſeyn ſollte, in Rom, oder einige Tagreiſen davon verſchieden ſeyn muſte, bis endlich

13) Cap. 10. quamvis in 6to de Electione, auch das Cap. 16 in 6to eod. auch in den Clementinen, und ſelbſt in den Extravaganten ſind Spuren, daß das Erzbiſchöfliche Confirmationsrecht noch nicht ganz, auch im 14. Jahrhundert erloſchen war, Pereira l. c. Satz 7. §. 24. 25. 26.

endlich alles reif genug war, um die allgemeine Reſervation aller Bißthümer in Gang zu bringen. 14)

Bey dieſer Lage der Sachen hatten die Canzleyreguln wenig Schwierigkeiten bey ihrer Aufnahme zu überſteigen. Die Biſchöfe, und Erzbiſchöfe, die für die Freyheit der Kirchen hätten ſorgen ſollen, waren unvermerkt an das Joch gewöhnt, und da die Bißthümer mit den Erzbißthümern von dem Willen des Pabſts ganz abhiengen, ſo hielt man es für einen Eingriff in die göttliche Vorrechte des Römiſchen Hofes, wenn ein Metropolitan es wagen wollte, einen von dem Pabſt eingeſetzten Biſchof mit dem ſo tief unter der päbſtlichen Majeſtät liegenden Metropolitanansehen zu beſtättigen, indem der Pabſt nach der herrſchenden Meinung nicht nur alle Rechte, und Geſetze in ſeinem Buſen (Scrinium Pectoris) trug, ſondern auch durch die ſeine Machtvollkommenheit über alles, was nicht gerade Gott ſelbſt war, hinausgeſetzt geweſen iſt.

§. 1146.

Hierzu waren die Grundſätze der hohen Geiſtlichkeit fürträglich.

Wahrſcheinlicherweiſe hat auch dies zu einer leichtern Verſchmerzung der Metropolitanrechten viel beygetragen, weil um dieſe Zeiten die hohe Geiſtlichkeit ihr Hauptaugenmerk dahin richtete, nur der weltli-

14) Pereira hat l. c. Satz 11. §. 7. 8. 9. ſehr artige Anmerkungen unter andern auch dieſe gemacht: Da die Biſchöfe von der Provinz Narbonne ihr Bißthümer von dem Pabſt empfangen hatten, folglich von ihm auch zugleich beſtättigt wurden, ſo wollten ſie nun auch den gewöhnlichen Eid der Treue dem Metropolitan nicht mehr ſchwören; indem ſie ihm nichts zu verdanken hätten. Zum Glück war der Metropolitan von Narbonne ein Neffe Clemens VI. und die Biſchöfe muſten ſchwören. — Als man eben dieſem Pabſt die Bewunderung über ſeine allgemeine Reſervationen aller Bißthümer an den Tag legte, mit dem Zuſatz, daß keiner ſeiner Vorfahren ſo weit umgegriffen habe, ſagt er ohne Ruckhalt: dieſe ſeine Vorfahren hätten nicht gewußt, was ein Pabſt ſey, oder wie man ſich das Pabſtthum im ganzen zu Nutzen machen könne, (neſciverunt eſſe Pappam.)

weltlichen Hoheit nichts einzuräumen, was in ihren Augen, kraft der Kirchenfreyheit zu der geiſtlichen Gerichtsbarkeit gehörte. Sie hatte ihrem Bedünken nach noch immer gewonnen, wenn das, was verlohren gieng, nur nicht an die weltliche Herrſchaft, ſondern an die geiſtliche übertragen wurde.

Das Confirmationsrecht der Erzbiſchöfe kam alſo mit dem freyen Wahlrecht der Domkapituln in ein, und daſſelbige Grab. Allein, da die Päbſte es zu grob machten, ſo weckten ſie dadurch die Nationen auf, zu ihren alten Gerechtſamen wieder zu greifen. Im J. 1408. drang die Nationalſynode von Paris can. 4. mit Ernſt darauf, daß die Biſchöfe von den Metropoliten ihre Beſtättigung ſuchen, und erhalten ſollten.

§. 1147.

Behauptung der Erzbiſchöfe,

Die Deutſchen machten mit all ihrer dem Römiſchen Stuhl ſonſt bethätigten Ergebenheit, dennoch auch einige lebhafte Schritte. In den bekannten Aviſamentis, welche ſie dem Coſtnitzer Concilium übergeben haben, forderten ſie ausdrücklich, daß die Metropoliten ihre untergebene Biſchöfe zu beſtättigen hätten. Dieſe Forderung wiederholten die Aviſamenta moguntina vom J. 1440. wie auch das Acceptationsinſtrument, durch welches die Deutſchen während der Neutralität zu Maynz 1439. gewiße Decreten des Baßler Conciliums angenommen hatten.

§. 1148.

aber ohne Erfolg.

So offenbar gerecht, und von dem ganzen Alterthum unterſtützt dieſes Begehren war, ſo wußten doch die Italiener die Deutſchen an der Wahrheit und Gerechtigkeit vorbey zu führen, und in den Aſchaffenburger Concordaten vom J. 1448. in dem

Ab-

Abſchnitt, *item in Eccleſiis metropolitanis* — oder nach der päbſtlichen Bulle, *item placet nobis, quod in metropolitanis* — dem Pabſt allein das Beſtättigungsrecht zuzuſpielen, und die guten Deutſchen zu bereden, daß es Glück genug für ſie ſey, wenn der heil. Vater ihnen die Wahl ihrer Biſchöfe unbeſchnitten überlaſſe, und noch als eine Zugabe den Erzbiſchöfen das Recht nicht nähme, von ihren Suffraganen den Eid zu verlangen. Unter allen Erzbiſchöfen, auch ſogar in Frankreich, war keiner ſo glücklich, das Beſtättigungsrecht ſeiner Suffraganbiſchöfe beyzubehalten, als der Erzbiſchof von Salzburg, den Grund hierzu mag freylich gegeben haben, daß die 4 Bißthümer Gurk, Chiemſee, Lavant, und Senau aus den Mitteln des Erzbißthums, oder der Erzdiöceß geſtiftet worden ſind. 15)

§. 1149.

Es iſt freylich ſonderbar, daß die deutſchen Erzbiſchöfe dieſes entriſſene Recht nicht wieder an ſich zu bringen ſuchen. Allein es ſind die zwey Haupturſachen, warum es nicht geſchieht, noch weit begreiflicher; für das erſte, wollen die deutſchen Erzbiſchöfe diejenige nicht ſeyn, welche die zwiſchen dem Pabſt und der Nation geſchloſſene Concordaten durch Vindicirung dieſes an denſelben vertragsmäſig übergangenen Rechts, ihres eigenen Intereſſe wegen brechen wollen, und weil ſie für das andere, wohl einſehen, daß die Einigkeit und Zufriedenheit der Suffraganbiſchöfe, welche die Vergrößerung der Metropolitan- *Was demſelben im Wege ſteht.*

 gerecht-

15) Der Grund, den man angiebt, daß dieſes Beſtättigungsrecht den Erzbiſchöfen blos wegen ihrer ſonderbaren Ergebenheit an den Römiſchen Hof verblieben ſey, iſt unrichtig, denn es haben ſich wenig deutſche Erzbiſchöfe um die Aufrechterhaltung ihrer Rechte gegen die Römiſche Curialiſten ſo wie Salzburg gewehret. Hievon hab ich entſcheidende Beyſpiele vorwärts ſchon angeführt.

gerechtſamen immer mehr hindern, als befördern, hierüber niemals zu erzielen ſeyn dürfte. Es erhellet ſelbſt aus der Coblenzer und Emſer Punctation (§. 166.) daß die vereinigten Erzbiſchöfe das Beſtättigungsrecht nur per indirectum n. VII. zum Vorwurf gebracht haben, wäre Deutſchlands Erz- und Biſchöfen die weltlichen Fürſtenrechte nicht mehr als ihre geiſtlichen Befugniſſe am Herzen gelegen, ſo hätte der päbſtliche Hof niemals es ſo weit mit Entziehung der uralt hergebrachten Gerechtſame bringen können.

§. 1150.

Conſecration.

Von der Conſecration, und Benediction der catholiſchgeiſtlichen Reichsſtände hab ich (§. 505—517.) ſchon umſtändlich gehandelt. Allein, da hier die Rede von den Gerechtſamen der Erzbiſchöfe iſt, welchen die Conſecration in den älteſten Zeiten zuſtändig war, ſo will ich von der Geſchichte, wie ſie dieſes Recht verlohren haben, aus dem Grund etwas mehreres erwehnen, weil die vereinigten Erzbiſchöfe in der Emſer Punctation die Wiedererlangung dieſes Rechts zwar nachdruckſam (§. 516.) aber leider, bisher noch ohne Wirkung antrugen.

Es iſt eine ausgemachte Sache, daß die Einweihung oder Conſecration, in den erſten Jahrhunderten der deutſchen Kirche als ein unlaugbares Recht den Metropoliten zuſtunde; und eben ſo richtig iſt auch, daß dieſe Einweihung mit der Beſtimmung oder Einſetzung zum Bißthum ein Ding war. Die Collation einer Pfründe war von der Ordination nicht unterſchieden. So bald der Biſchof gewählt war, unterſuchte der Metropolit mit den übrigen unter dem Provinzialſprengel ſtehenden Biſchöfen die Wahl, und die Eigenſchaften des Neugewählten, fanden ſie alles richtig, ſo ward er geweyht, und war Biſchof.

ſchof. Die große Synode zu Nicäa gab hierinn die pünktliche Vorſchrift can. 6. welche auch diſt. 64. can. 8. eingerückt iſt. Der can. 4. des Nicäniſchen Conciliums verfügte noch, daß wenn es nicht thunlich wär, daß alle Biſchöfe der Provinz zuſammen kommen könnten, der Metropolit dieſes Geſchäft wenigſtens mit Zuziehung zweyer Biſchöfe unternehmen ſolle.

§. 1151.

Man wird im ganzen Alterthum der Kirche kein Beyſpiel finden, daß die Biſchöfe von jemand anders wären conſecrirt worden, als von ihren Erzbiſchöfen. Es iſt kurz vorher angeführt worden, wie ſich die Metropolitanen widerſetzten, und die Päbſte entſchuldiget hatten. Selbſt Gregor VII. der die Römiſche Hoheit ſo hoch getrieben hatte, ſchrieb an den Graf Robert, der von ihm die Einweihung oder Ordination eines Biſchofs für Maltha verlangte, zu: Dies ſtehe ihm, dem Pabſt, nicht zu, ſondern dem Metropolitan von Reggio. 16) Sie gieng an die Päbſte über.

Allein, ſo wie die Beſtättigung unvermerkt von den Erzbiſchöfen an den Pabſt ſchlich, ſo zog auch dieſer die Einweihung an ſich, es iſt gar kein Zweifel, daß unter andern die alte Verfaſſung der Römiſchen Kirche vieles dazu beygetragen. Unter des Pabſt ſeinen Primat, welches mit dem Metropolitan recht oft verwechſelt, und in eines geſchmolzen ward, gehörten nach den Nachrichten des de *Murca* 17) neun und ſechzig, und nach dem Pereira 18) wohl 70. Bißthümer, die er alle von Rechtswegen als Metropolit oder Primas zu beſtättigen, und einzuweihen hatte. Dieſe waren in jenen

16) Pereira vom Recht der Metrop. Satz. 8.
17) de Concord. ſac. et imper. l. 2. C. 3 §. 12.
18) l. c.

nen Ländern, die ſchon zur Zeit des großen Nicäniſchen Conciliums *ſuburbicariae* hießen, und ſich auf 10 Provinzen erſtreckten, worunter ſich ſogar die Inſuln Sardinien, Sicilien, und Corſica befanden, 19) und der große Jacob Sirmondus, und nach ihm mehrere bewieſen, daß dieſe ſuburbicariae Eccleſiae über ſehr viele und große Ländereyen im Occident ſich erſtreckt haben, 20) noch zu Zeiten Innocenz III. hatte der Pabſt, nebſt den 7 Cardinalbiſchöfen mehr als 60. Suffraganbiſchöfe unter ſich, welches um ſo begreiflicher iſt, als man aus der neuen Geſchichte weiß, daß die Päbſte nach und nach verſchiedene Bißthümer zu Erzbißthümer erhoben haben, wie zu Florenz, Siena, Urbino und andere.

§. 1152.

Was hierzu beytrug.

Da nun die Päbſte in all dieſen ſo weit entlegenen Gegenden das Metropolitanrecht vertraten, ſo iſt ſehr leicht geweſen, daß in dunkeln Zeiten der Unwiſſenheit, die Welt, und vielleicht ſelbſt Rom glaubte, daß der Pabſt eben dieſes Recht als Pabſt über alle Biſchöfe wenigſtens in den abendländiſchen Staaten auszuüben habe. Hierzu kam noch das Schickſal der Zeiten, oder der feine Griff der Curialiſten, daß eine große Menge Biſchöfe ſich von dem Metropolitanrecht los zählen, oder eximiren ließen, welche alle vom Pabſt als ihrem unmittelbaren Oberhaupt oder auf deſſen Vollmacht von einem anderen Biſchofe conſecrirt wurden. Es war alſo der Uebergang auf den Schluß hierdurch ſehr erleichtert, daß der Pabſt alle Biſchöfe, wenn er wollte, conſecriren könnte. Dieſe Meinung ward noch mächtiger

19) Bingham Vol. 3. lit. 9. c. 1. §. 9.
20) Bachimi diſſ. de Eccl. hierarchiae origg. und Carolus a S. Paulo in ſeiner Geographia ſacra.

tiger erleichtert, als die Päbſte die Bißthümer ſelbſt zu vergeben beliebten. Diejenigen Geiſtliche, welche von den Päbſten die Bißthümer bekamen, muſten ſich nach Rom verfügen, um daſelbſt wenigſtens den Schein nach geprüft zu werden; waren ſie einmal in Rom, und von dem Pabſt als Biſchöfe beſtättigt, ſo war es ſehr natürlich, daß derjenige, der ihnen die Beſtättigung gab, auch das ganze Geſchäft durch die Handauflegung vollendete. Es ſchien daher, daß die Curialiſten hierdurch, da es zu ihrem Vortheil gereichte, indem eine Conſecration nie leer ausgieng, die alte Kirchenzucht im 14. Jahrhundert wieder hervor geſucht, nach welcher die Beſtättigung von der Einweihung des Biſchofs unzertrennt war, und dem Pabſt welcher nun confirmirte, auch das Conſecriren als etwas unzertrennbares zugewieſen haben. 21)

§. 1153.

Noch mehrere Urſachen.

Die deutſchen Erzbiſchöfe waren auch ſo billig und nachgebend, daß ſie durch die Finger ſehen wollten, wenn ihre Suffraganbiſchöfe alsdann zu Rom eingeweiht wurden, ſo ferne ſie in eigener Perſon zu Rom die Beſtättigung einholten. Sie ſchalteten dieſes Nachgeben in die Concordata ein, und bezogen ſich auf das Cap. Cupientes 16 in 6to welches dieſen Gebrauch ſehr feſt geſetzt hatte.

Nebſt den ſchon angeführten Urſachen gaben auch die häufigen Streitigkeiten zwiſchen den Päbſten, und Kaiſern ſehr oft Gelegenheit, daß die Biſchöfe ſich durchaus von jenen Metropoliten nicht wollten einweihen laſſen, die von den Päbſten in den Bann gethan, oder abgeſetzt worden waren, weil ſie ihrem

 Kaiſer

21) Barthel diſſ. III. ad Concordata Cap. 3. §. 30. van Eſpen l. c. P. I. Tit. 15, Cap. 1. und alle Canoniſten, die ihre Wiſſenſchaft aus alten guten Urkunden der Kirchengeſchichte hernehmen.

Kaiſer anhiengen. Da nun die Ordinationen von ſolch einem Erzbiſchoſe genommen, den Neugeweihten in tauſend verdrießliche Folgen hätte ziehen können, ſo wollten ſie ſich lieber vom Pabſt, oder einem ſeiner Legaten oder einem Biſchoſe, der bey dem Römiſchen Hoſe in gutem Ruf ſtand, einweihen laſſen. 22)

§. 1154.

Bedingungen der Erzbiſchöfe bey ihrer Nachgiebigkeit.

Als nun dieſe Verwirrungen ganz, oder zum Theil gelegt waren, und als die deutſchen Erzbiſchöfe ſchon nachgegeben hatten, daß die Biſchöfe, die in Rom beſtättigt wurden, auch daſelbſt die Weihe mitnehmen könnten, ſo waren doch noch in den Concordatis Principum 23) ausdrucklich bedungen, daß die Biſchöfe, die durch einen Bevollmächtigten die Päbſtliche Beſtättigung erhielten, und aber ſelbſt für ihre Perſon zu Haus blieben, d. i. nicht nach Rom reiſeten, von Niemand andern, als ihren eigenen Metropolitanen die Einweihung nehmen ſollten.

Auf dieſe Concordata Principum folgte zwar die Schließung der Aſchaffenburger Concordaten, in welchem manches abgeändert, und anderſt eingerichtet ward, als in Concordatis Principum. Allein in Betreff des ausſchließenden Rechts der Metropolitanen, ihre Suffraganten zu conſecriren, wurde nicht die mindeſte Aenderung getroffen; indem ſolche mit keinem Wort berühret worden. Im Gegentheil ſcheint vielmehr ſelbſt in den Aſchaffenburger Concordaten verſehen zu ſeyn, daß die Suffraganten nach dem allgemeinen Recht ſich von ihren Erzbiſchöfen einweihen laſſen muſten, indem ſie befehlen, daß dieſe Suffraganten nebſt dem gewöhnlichen

22) de Pilati orrig. Jur. pontif. S. 79.
23) Hederich l. c. §. 7.

chen Eid, alle das übrige leiſten ſollen, wozu ſie von Rechtswegen verbunden ſeyn. Nun aber iſt kein Recht in der ganzen kirchlichen Verfaſſung, welches ſo hell gegründet, ſo allgemein, ſo ununterbrochen von den Erzbiſchöfen ausgeübt worden wäre, als das Recht, ihre Suffraganten zu conſecriren; und wenn man die Bemühungen betrachtet, mit welchen die deutſchen Erzbiſchöfe das Recht ihre Suffraganten zu conſecriren, zu erhalten ſuchten, ſo kann man nicht träumen, daß ſie in den Aſchaffenburger Concordaten ſtillſchweigend ein ſolches Recht verſchläfert haben ſollten. In den großen Synoden zu Coſtanz und Baſel überreichten ſie ihre Beſchwerden, und Anſprüche auf eben die Art, wie ſie ſolche hernach in den Aviſamentis moguntinis 1440. wiederholten, 24) daß man den Pabſt anhalten möge, die Biſchöfe, die er zu beſtättigen haben würde, ihren einſchlagenden Erzbiſchöfen zur Conſecration zu überlaſſen. Allein alles dieſes nützte nichts, die Römer gaben der Sache gleich wiederum eine andere Wendung, 25) beſonders, da nach dem neuen Decretal ein Beſtättigter ohne die Conſecration Biſchof ſeyn, und die Einweihung nach des Pabſts Diſpenſation auf einige Zeit verſchieben konnte.

§. 1155.

Bemühungen die Conſecratorsrechte wiederum zu erlangen.

Allen dieſen bis hieher vorgebrachte Betrachtungen nach hatten die deutſchen Erzbiſchöfe gewiß den beſten Grund noch gegenwärtig auf die Wiedererhaltung dieſer Gerechtſamen zu denken; ſie thaten es auch nach der Coblenzer, und Emſer Punctation. Allein da bekannt iſt, daß die deutſchen Biſchöfe ausdrück-

24) Senkenberg 1ter Band der Reichsab. S. 166.

25) Die Allegorie von der Beſtättigung und Einweihung, auf die vollzogene oder nicht vollzogene Ehe iſt ein ganz ſonderbarer Griff geweſen, das deutſche Geld an ſich zu ziehen. Man leſe es umſtändlich in der deutſchen Encyclopädie B. 8. S. 836.

drücklich (§. 516.) ſich erklärt, keine Vermehrung der Erzbiſchöflichen Gewalt, oder ihrer Abhängigkeit zuzugeben, ſo iſt an die Vindicirung dieſer Conſecrationsrechte ohne eine ſonderbare Revolution nicht zu gedenken, bey welcher aber die deutſchen Erzbiſchöfe in andere Wege mehr verlieren könnten, als ſie auf einer Seite durch Wiedereroberung dieſes Rechts gewinnen dürften. Warum ſich die deutſchen Biſchöfe ſo ſehr gegen Aufhebung des Erzbiſchöflichen alten Conſecrationsrechts ſetzen, kommt zum Theil von dem Mißbrauch und großen Aufwand her, den einige Erzbiſchöfe bey Ausübung dieſes Rechts den Suffraganatbiſchöfen verurſacht haben, welches heut zu Tag, da die Erzbiſchöfe, und einige Biſchöfe große Fürſten ſind, noch mehrere Koſten nach ſich ziehen würde. Ueberhaupt ſcheint es, die deutſchen Erzbiſchöfe hielten es nicht der Mühe werth zu ſeyn, auf die Wiedererwerbung des Conſecrationsrechts ſo ſtark zu dringen, weil entweder ſie, oder ihre Räthe glaubten, daß es mit der Beſtättigung an den Römiſchen Hof übergangen ſey.

§. 1156.

Wie es jetzt in Deutſchland gehalten wird.

Da die Biſchöfe Deutſchlands wegen der großen Entfernung, nicht angehalten werden, ihre Beſtättigung zu Rom perſönlich einzuholen, ſo iſt es bereits zur Gewohnheit geworden, daß ſie ſich von dem Römiſchen Hof die Vollmacht auf denjenigen Biſchof geben laſſen, der ſie conſecriren ſoll; und dieſer, wenn er im Begriff iſt, die Einweihung vorzunehmen, fragt vorher die Biſchöfe, die ihm den Neuerwählten vorſtellen, ob ſie auch einen Auftrag vom Pabſt hätten; worauf denn anderſt, da die Antwort bejahend ausfällt, die Einweihung vorgenommen wird. 26) Bloß allein Salzburg hat ſich der Con-

26) Pontificale Roman. tit. de conſecrat. electi in Epiſcopum.

Conſecration ſeiner vier geſtifteten Suffraganbiſchöſe nicht begeben; die übrigen, als Regensburg, Brixen, Freyſingen halten ſich an ihr Recht dem Pabſt nach Maßgabe anderer Suffraganbiſchöſe einen Conſecratorem vorzuſchlagen.

§. 1157.

Von demjenigen Eide, den die Suffraganbiſchöfe ihren Metropoliten, ehedeſſen zu erſtatten hatten, kommt ſchon (§. 464.) etwas vor. Allein auch dieſes Recht gieng gröſtentheils verlohren. Der Eid, den die Suffraganbiſchöfe den Erzbiſchöfen ablegen muſten, war demjenigen gleich, den P. Gregor VII. ſich ſchwören ließ. 27) Es iſt zwar von den älteſten Zeiten her ſchon eingeführt geweſen, daß die Biſchöfe bey ihrer Weihe ihren Erzbiſchöfen eine Art von einem Gelöbniß und Verſprechen ablegten, daß ſie ihnen nach den canoniſchen Geſetzen gehorſam, und ergeben ſeyn wollten: es läſt ſich auch aus vielen Nachrichten 28) ſchließen, daß ſie dieſen Verſpruch ſchriftlich abgegeben haben. Es war aber weder ein Jurament, noch der Ton einer Huldigung, und aus dem Lehnrecht genommenen Vaſſallenunterwerfung dabey, wie ſolcher hernach, nach den Zeiten und dem Beyſpiel des Gregorius VII. zuſammen geſetzt worden iſt. Suffraganeneid.

Inzwiſchen erhielt ſich dieſer dem Metropolitanen zu leiſtende biſchöfliche Eid bis in das 14ten Jahrhundert. Als die Erzbiſchöfe von Deutſchland noch vor Errichtung der Aſchaffenburger Concordaten wahrnahmen, daß ſie weder das Beſtättigungsrecht, noch das Recht wieder erhalten würden, ihre Suffraganten, deren Beſtättigung von Rom abhieng, zu

27) Man kann ſolchen in der deutſchen Encyclopädie B. 8. S. 837. wörtlich finden.

28) van Eſpen P. 1. tit. 15. C. 2. §. 2 et 3. Thomaſius P. 2. lib. 2. C. 45. N. 4. 5. 6.

zu conſecriren, ſo drangen ſie wenigſtens auf das gewöhnliche Jurament, deren pflichtmäſige Ablegung ſie von ihren Suffraganten fordern konnten, ob ſie gleich die Römiſche Beſtättigung hatten; in dem 6ten Spho derer erwehnten Beſchwerden, wird behauptet, daß der auch gleichwohl vom Pabſt beſtättigte und conſecrirte Biſchof nichts deſto weniger an den Metropoliten angewieſen werden ſoll, den wohlhergebrachten Eid abzuſchwören. Ja der Pabſt Nicolaus V. der die Aſchaffenburger Concordata durch ſeinen Beytritt erhärtet hatte, ſah die Billigkeit des Erzbiſchöflichen Anſpruchs ſo ſtark einleuchtend ein, daß er in die Beſtättigungsbulle vom J. 1448. die ausdrückliche Verfügung ſetzte, daß die Biſchöfe der Deutſchen ihren Metropolitanen die ſchuldige Juramenten ſchwören ſollten. Nichts deſtoweniger haben die Metropolitanen in Deutſchland, den einzigen von Salzburg im Bezug auf ſeine aus ſeiner Erzdiöceßmitteln geſtifteten 4 Biſchöfe ausgenommen, auch dieſes herrliche Recht ſchwinden laſſen, alſo zwar, daß man kein Beyſpiel mehr findet, wo ein deutſcher Biſchof ſeinem Erzbiſchof dieſen ſo lang beybehaltenen, und ſelbſt in den Concordaten feſtgeſetzten Eid abgeleget hätte. 29) Selbſt in den Coblenzer- und Emſer Punctationen ward des an die Metropoliten zu erſtattenden biſchöflichen Eides nicht erwehnet, (§. 485.) ſondern nur auf eine Abänderung des dem Pabſt von dem deutſchen Epiſcopat zu leiſtenden Eide, wie billig, angetragen. Ich halte dafür, die Simplificirung der Eide beſonders bey geiſtlichen Perſonen dürfte unter die erſten Reformationspuncte in der deutſchen Kirchenhierarchie geſetzt werden. 30)

§. 1158.

29) Barthel Diſſ. ad Concordata. C. 3. §§. 35. 36.

30) In den Nachrichten von Juvavien kommt S. 266. vor, daß die geſtiftete Salzburgiſchen Suffraganatsbiſchöfe ihre Gehorſamsleiſtung dem Erzbiſchof per reverſales verſichern müſſen, welches auch ein Mittelweg wäre, den Eid ganz abzubringen.

§. 1158.

In åltern Zeiten hatte der Erzbiſchof bey der Auswahl der Biſchöfe ein ſtarkes Gewicht, ſo wie er mit den übrigen Biſchöfen ſeiner Provinz das Volk, und die Geiſtlichkeit leitete, daß ſie nicht in Ausſchweifungen, oder in unwürdige Abſichten bey der zu wählenden Perſon verfielen, ſo war durchgehends der Blick des Volks und der Geiſtlichkeit auf den verehrungswürdigſten unter den Biſchöfen, beſonders auch in Ruckſicht auf die Hauptſtadt gerichtet, in welcher bey dem Biſchof auch der oberſte Reichsbeamte wohnte. Auswahl der Biſchöfe.

So bald eine biſchöfliche Stelle erlediget war, muſte es gleich dem Metropolitan angezeigt werden, damit dieſer einen gemeiniglich benachbarten Biſchof an die ohne Vorſteher ſich befindende Kirche ſchickte, der im Namen des Metropolitanen, und deren Mitbiſchöfen die Wahl einleitete. Wo es aber thunlich war, da verſammlete ſich der Erzbiſchof mit den übrigen Biſchöfen, und ordnete alles ſelbſt, was zur Wahl nöthig, und erſprießlich war. 31)

Dieſer Mühe ſind die deutſchen Erzbiſchöfe nunmehr überhoben, da die Domkapitul ſich in ihrem freyen Wahlrecht nicht den geringſten Eintrag, noch weniger eine Vorſchrift über die Würdigkeit der Canditaten machen laſſen. Dieß gieng wohl noch in dem erſten Alter der deutſchen Kirche an, wo nur Biſchöfe gröſtentheils auf höhere Bißthümer bey Abgang eines oder des andern verſetzt wurden. Allein in dermaligen Zeiten, wo die Mehrheit der Bißthümer den Metropoliten nach jedem in ſeinen Metropolitanſprengel lüſtern machen könnte, würde es durch einen ſolchen Wahldiſponenten um das freye Wahlrecht der deutſchen Domkapitul für allzeit geſchehen ſeyn.

Oft,

31) van Eſpen. l. c. P. 1. tit. 13. c. 1.

Oft, wenn das Volk und die Cleriſey über die Wahl eines Biſchofs nicht einig werden konnten, gaben die benachbarten Biſchöfe und unter dieſen auch der Metropolit den Ausſchlag. Es fällt aber durch das päbſtliche uneingeſchränkte Erkenntnißrecht (§. 487.) über ſtreitige Wahlen aller Einfluß der Metropoliten von ſelbſt hinweg.

§. 1159.

Zeugenſchaft.

Ein Erzbiſchof ſoll ſo viel Gewicht als 3 Biſchöfe haben, wenn er dem Biſchof durch ſeine Zeugſchaft, und ſeinen Beiſchwuhr die Unſchuld des Biſchofen beſtättigt. Die Synode zu Frankfurt vom J. 794. verordnete es alſo, daß der Biſchof Peter angehalten wurde, entweder durch 3 Mitbiſchöfe, welche in dieſem Falle *Conſacramentales* genennt werden, oder durch einen Erzbiſchofen ſeine Unſchuld, daß er gegen den Kaiſer keine Meuterey getrieben, beſchwören laſſen ſolle. 32) Da die deutſchen Biſchöfe heut zu Tage wegen ihrer fürſtlichen Würde eine zweyfache Perſon vorſtellen, ſo kann dieſes Zeugniß höchſtens in geiſtlichen Dingen gelten. Denn in der Eigenſchaft eines Reichsſtandes betrachtet, da es auf klare Thatſachen ankommt, findet alle Gattung von Conſacramentalität keine Anwendung mehr; ſonſt wär es vielleicht dem Cardinal Fürſtenberg 1688. ein leichtes geweſen, auf dieſe Art ſich der damaligen Verlegenheit zu entreißen.

§. 1160.

Direction der Provincialſynoden.

Der Erzbiſchof hat die Synoden der Biſchöfe in der Metropolitanprovinz zuſammen zu rufen. Sie wurden von jeher ſo lang es Kirchenverſammlungen gab, als das ſicherſte Mittel angeſehen, ſowohl die Reinigkeit des Glaubens, und der Sitten als auch die

32) Harzheim concil. germ. tom. I. S. 326.

die Kirchenzucht unter den Geiſtlichen aufrecht zu erhalten. Die Synode von Antiochia ſetzt ausdrücklich can. 20. die Verordnung, daß die Biſchöfe nicht ohne ihren Metropoliten zuſammen kommen ſollen; nur jene Kirchenverſammlung ward für recht und vollkommen gehalten, in welcher der Metropolit zugegen war, can. 16. Dieſe Zuſammenkünfte muſten zweymahl im Jahr veranſtaltet werden, wie die Synoden zu Nicäa 325. zu Antiochia 341. Calcedon 451. verfügten. Gratian hat dieſe und noch' andere gleichmäſige Verordnungen diſtinct. 18. beygebracht. Die Synode von Conſtantinopel, die unter dem Namen *Trullana*, oder *quinti ſexta* bekannt iſt, ſtellt es dem Metropolitan in ſeinen Willen, ob er die jährliche Verſammlungen ein- oder zweymal halten wolle, ſie giebt die vernünftige Urſach an, weil es ſich nicht allemal thun laſſe, daß wegen dem öftern Einbruch der barbariſchen Völker dieſe Zuſammenkünfte in einem Jahr verdoppelt werden. Eben dieſe Synode überläſt es auch dem Metropolitan den Ort zu beſtimmen, wo er es am ſchicklichſten finden würde die Zuſammenkunft zu halten.

Das Anſehen der Erzbiſchöfe in Betref dieſer Provinzialſynoden erhielt ſich ſehr lange, und ſtiftete recht viel Gutes; die Biſchöfe von einer oft großen Provinz blieben unter einem Hut; ſie arbeiteten mit vereinigten Kräften an dem Wohl der Menſchen, und machten ſelbſt durch die Einförmigkeit in ihren Reguln, die durch die Gleichförmigkeit mit ihrem Haupt erzielet ward, der Religion, und der Kirche Ehre.

§. 1161.

Urſache von dem Abgang derſelben.

Endlich kam der Geiſt des Betrugs in den Iſidoriſchen Decretalen, und zerſprengte auch dieſe Vereini-

Vereinigungen, ſo wie die Provinzialkirchenverſammlungen; gleichwie ſich nach dem Geiſt der chriſtlichen Kirche, der nichts weniger, als deſpotiſch, oder allein herrſchend iſt, die erzbiſchöfliche Kraft hauptſächlich in den Kirchenverſammlungen äuſſerte, alſo ward nun auch dieſe Kraft gelähmt, und entnervt, da die Kirchenverſammlungen gröſtentheils kraftlos gemacht wurden.

Iſidor, oder wer immer der Verfälſcher war, brachte die unerhörte Meinung in die Kirche, daß die Provinzialſynoden keine Kraft zu verbinden hätten, wenn ſie nicht von dem Pabſt ihr Anſehen borgten. Gratian hat dieſe falſche Münzen in ſein Decret geſammelt, und diſt. 17. der Reihe nach zuſammen geſtellt. Harduin hat die den Päbſten angedichtete Briefe der Länge nach 33) ausgeſchrieben, aus denen auch Gratian ſeine Bruchſtücke genommen.

So bald alſo die Provincizialſynoden nichts mehr gelten, ſo dachten die Erzbiſchöfe, daß die mühſame Zuſammenkünfte überflüſſig wären, indem dennoch bey dem Schluſſe der vorkommenden Angelegenheiten alles auf die Bewilligung des Pabſts ankäme, und hierinn wird wohl eine der erſten, und vielleicht auch der Hauptveranlaſſungen zu ſuchen ſeyn, wie und warum das erzbiſchöfliche Anſehen gefallen iſt. Da nun die falſche Decretalen in das decretum Gratiani verwebt, und der Kirche als eine allgemeine Richtſchnur aufgedrungen wurden, ſo iſt der Aufſchluß ganz leicht, warum im 13. Jahrhundert, ohne Zweifel auch länger vorher, die Provinzialſynoden unterblieben, und eben darum das Anſehen, und die kirchliche Gewalt derer Metropolitanen geſunken ſeyen. 34)

§. 1162.

33) Im erſten Band ſeiner Concil. S. 566. 763. 764.

34) van Elpen l. c. P. 1. T. 20. C. 1. n. 7. Fleuri diſcours ſur l'hiſtoire eccleſ. diſc. 4. am Ende.

§. 1162.

Die große Kirchenverſammlung zu Trient hat zwar befohlen, daß alle 3 Jahre eine Provinzialſynode zuſammen treten ſolle. Allein nebſt andern Hinderniſſen kommt auch noch dieſe dazwiſchen, daß die Provincialſynoden nicht zu Stand kommen dürfen, wenn nicht vorher die Congregatio concilii tridentini interpres ihre Einwilligung dazu gegeben hat. 35) Bemühungen fruchtlos ſie wiederum in Gang zu bringen.

Man muß ſich aber nicht einbilden als wenn die Metropolitane in ihren Provinzialverſammlungen das Wort allein zu führen, und den endlichen Ausſpruch zu geben gehabt hätten; nein, in dieſen Synoden wurde alles, wie es in allen Kirchengeſchäften geſchehen ſollte, durch die Mehrheit der biſchöflichen Stimmen entſchieden. 36)

Hierbey verdient auch noch angemerket zu werden, daß ein jeder gefreite, und unmittelbar unter dem Pabſt ſtehende Biſchof ſich ein für allemal erklären müſſe, welchem Erzbiſchof er gehorchen, und erſcheinen will, ſo ferne eine Provinzialſynode ausgeſchrieben wird. Der Biſchof von Paſſau erklärte ſich in dieſer Art, daß er den Erzbiſchof von Salzburg als ſeinen ausſchreibenden Metropoliten erkennen werde. 37)

§. 1163.

Wahrſcheinlich haben die deutſchen Erzbiſchöfe, weil ſie die Hinderniſſe von Seiten des päbſtlichen Hofs wegen Wiederemporbringung der Provinzialſynoden ſchon vorſahen, auf die Errichtung der Provinzialſynodalgerichte in der Emſer Punctation ad. n. 22. und eben ſo auch auf die Abhaltung eines National- Urſachen dieſes ſchlechten Erfolgs.

 con-

35) Cardinal de lucca annot. ad Concil. trident. diſcurſ. 30. n. 5.
36) Fagnanus ad cap. olim. 25. X. de accuſ.
37) Zech de hierarchia eccleſiaſtica tit. 17. §. 184.

conciliums binnen 2 Jahren angetragen, allein beydes wird große Schwierigkeiten, ſo erſprießlich und treffend der Vorſchlag auch iſt, in der Ausführung finden. Ein Umſtand, warum die deutſchen Biſchöfe für die Provinzialſynoden nicht eingenommen ſind, ſcheint auch zu ſeyn, weil ſie hierdurch die Vermehrung der Metropoliten Gewalt zwar nicht ganz ohne Grund vermuthen, und eben ſo auch aus vielen andern Vorgängen beſorgen, daß für die Metropoliten am Ende aus der Haltung der Provinzialſynode, beſonders in Beſtimmung des Orts, und der mit der öftern Zuſammenrufung verbundenen Umſtände, eine Finanzquelle entſpringen dürfte. Indeſſen bleiben dennoch den deutſchen Erzbiſchöfen ihre Metropolitenrechte theils wegen Zuſammenrufung, Anordnung, und Leitung der Provinzialſynode wenigſtens von Seiten der deutſchen Nation unbeſtritten, wie wir (im 44. Cap.) des mehrern erſehen werden.

§. 1164.

Verkündigung der Geſetze ꝛc.

Wenn der Pabſt als das Oberhaupt der Römiſch catholiſchen Kirche, oder der Kaiſer als Advocat der deutſchen Kirche zum Beſten derſelben Geſetze, oder Verordnungen verkündigen lieſen, ſchickten ſie ſolche an die Metropolitane, welche ſie dann weiter unter die Biſchöfe gelangen ließen.

Heut zu Tag wird dieſe Ordnung wenigſtens von Seiten des Pabſts gröſtentheils noch beybehalten. Z. B. die Bullen wegen einem Jubeljahr werden von dem Pabſt denen Erzbiſchöfen zugeſchickt, um ſolche an ihre Suffragane zu befördern. Doch ſieht man dieſe Abſendung, und nöthige Verkündigung nicht als ein poſitives erzbiſchöfliches Recht, ſondern vielmehr als eine in dem Geſchäftsgang übliche Ordnung an. Dann die Bullen wegen Aufhebung

des

des Jeſuiterordens ſind gleich nicht an die Erzbiſchöfe, ſondern auch unmittelbar an die deutſchen Biſchöfe, und übrige exemte geiſtliche Reichsſtände geſchickt worden.

Hat der Kaiſer 38) in Sachen, die das deutſche Episcopat in geiſtlich- oder vermiſchten Dingen angehen und ſo weit ſie zur Reichsoberhauptlichen Verfügung geeigenſchaftet ſind, etwas an ſelbiges zu erlaſſen, ſo gehet es auch ebenfalls an den betreffenden geiſtlichen Reichsſtand unmittelbar, wie wir es in den in der Nunciaturſache in Betref des Biſchofs zu Speyer, und anderen ähnlichen Fällen aus mehreren Stellen dieſes Staatsrechts erſehen werden.

§. 1165.

Erzbiſchöfli-cher Beyrath.

Die Erzbiſchöfe hatten vor Alters nicht nur auf ihre eigene, ſondern auf jeden Sprengel ihres Erzbiſzthums nach der Verordnung der Synode von Antiochia die beſondere Sorge, und Oberaufſicht zu tragen, daß kein Biſchof ein Geſchäft abthun ſoll, welches von Folge, und Wichtigkeit wäre, es ſey dann, daß er ſeinen Metropoliten darüber zu Rath zog. Die von den Päbſten einigen Biſchöfen, und geiſtlichen Fürſten ertheilte Exemtionen, und die von Seiten Roms verminderte Erzbiſchöfliche, und Metropolitangewalt, ſetzte dieſes uralte Recht allerdings vollkommen aus der Uebung. Vielleicht haben die Erzbiſchöfe auch ihren Beirath manchmal zu weit erſtreckt, und ſich das Vertrauen der Biſchöfe ſelbſt genommen, wie es aus verſchiedenen Vorfallenheiten, beſonders in Anſehung einiger incorporirten Abteyen ſich bemerken läſt. Ich glaube, daß die Errichtung der eigenen Gerichtshöfe dieſe Bei-

38) Kaiſer Juſtinian lieſz ſeine Verordnungen die Kloſtergeiſtlichen beyderley Geſchlechts betreffend, durch den Patriarchen von Conſtantinopel an die Metropoliten, und durch dieſe an die übrige Biſchöfe ausgehen. Nov. 5.

Beirathsſuchung gänzlich überflüßig gemacht und auſſer Uebung geſetzt habe.

§. 1166.

Formatenabgabe.

Die Metropoliten muſten in dem erſten Alter der Kirche wachen, daß die ihrem Stab untergebene Biſchöfe nicht ohne ihre Erlaubniß und Zeugniß Briefe (*Formatae*) auſſer ihren Diöceſen verreißten. Die 3te Synode von Carthago c. 28. beſtimmet dieſes ausdrücklich, und Gregorius der G. 39) bezeiget, daß dieſe Sitte allgemein, und von allen Zeiten her eingeführt geweſen ſey. 40) Sogar wenn ein Biſchof nach dem kaiſerlichen Hoflager eine Bittſchrift, oder ſeinen Diacon ſchicken wollte, müſten vorher die Schrift und der Diacon von dem Metropolitan durchſucht, und ausgefragt werden, alsdann gab der Metropolitan ein Schreiben an den Biſchof jener Stadt, in welcher der Kaiſer ſeinen Hof hielt. 41)

Die Formatenabgabe kann heut zu Tag bey dermalig veränderter Kirchen- und Staatsverfaſſung für kein Erzbiſchöfliches Recht mehr angeſehen werden. Dieſes lief dem deutſchen Fürſtenrecht entgegen, welches keine dergleichen kindiſche, und knechtiſche Feßeln mehr dultet. Jeder Erz- und Biſchof, oder anderer unmittelbarer geiſtlicher Reichsſtand gibt ſich, ſeitdem die Bißthümer und Beneficienmehrheit in Deutſchland faſt nicht mehr zu vertilgende Wurzeln gefaßet hat, ſeine Formaten ſelbſt. Sogar die Domherren bedürfen derſelben nicht mehr, und ſind ihrer Abweſenheit wegen ſchon durch die Capitularſtatuten eingeſchränkt, wie wir anderwärts ſehen werden; auch die Recursfälle haben in den deut-

39) Lib. 7. Epiſt. 8.
40) Bingham orig. Lib. 2. Cap. 16. §. 19.
41) Synodus Sardicenſis can. 7. Bey thomaſin in vet. et nov. Diſcipl. P. 1. l. 1. c. 40. n. 7.

deutſchen Stiftern nach der Eigenſchaft der Perſon, oder der Sache ſchon ihr gewißes Ziel, und Maß.

§. 1167.

Den Erzbiſchöfen lag ob, bey erledigtem Stuhle eines unter ſie gehörenden Bißthums über das Kirchenvermögen einſtweilen die Aufſicht zu nehmen; gemeiniglich geſchah dies durch einen benachbarten Biſchofen, dem der Erzbiſchof die Verwahrung der biſchöflichen Kirchengüter übertrug; es war dies ein Amt, welches nicht ganz umſonſt verſehen ward. Pabſt Gregor G. erlaubte einem Biſchof in Campania (wo er die Rechte eines Erzbiſchofs, oder Metropolitans ausübte) hundert Solidos und ein Waiſenkind männlichen Geſchlechts aus den Sclaven der Kirche, als eine Belohnung für ſeine Zwiſchenverwaltung zu nehmen. 42) Verwaltung der Suffraganats-Kirchengüter.

Die Synode von Valenz (*Valentina*) vom J. 524. ſetzet hinzu, daß der einſtweilige Biſchof, wenn ſich die Wahl des Neuen in die Ferne verzögern ſollte, dem Metropolitan Rechnung über die verwaltete Kircheneinkünfte abzulegen ſchuldig ſey. Erzbiſchof Hincmar von Rheims hielt mit aller Standhaftigkeit auf ſeine Gerechtſame einen Biſchof der verwittibten Kirche zu benennen: Ich (ſagte er) und nicht du haben einen Viſitator zu ſetzen. 42)

Dieſe ſehr alte Sitte, daß die erledigten Bißthümer unter der Aufſicht der Metropolitanen ſtanden, wird nebſt den vorhergezehlten Gründen noch aus einem häßlichen Misbrauch erwieſen, den verſchiedene Metropolitane ſchon vor der großen Synode zu Calcedon trieben; weil ſie die Obſorg über ſolch ein erledigtes Bißthum trugen, ſo machten ſie ſich

42) Epiſt. 35. lib. 2.
43) opp. tom. 1. bey Böhmer diſſ. de Jure cuſtod. reditus vacan. Beneficii §. 10. Baluſius tom. 2. Capitularia 259. c. 8.

ſich auch allerley Nutzungen zu Theil, und hintertrieben die Wahl eines neuen Biſchofs ſo lang als ſie konnten, um dieſen Biſſen nicht zu verlieren; die Synode von Calcedon legte ihnen aber dadurch dieſe Griffe auf einmal nieder daß ſie nach dem Synodalbefehl innerhalb 3 Monaten einen neuen Biſchofen einweihen, das heiſt, in das Bißthum durch Wahl und Beſtättigung einſetzen, und alsdann abziehen muſten. 44) Wenn ein Biſchof 2 Jahr die Diöceß ohne eigenen Biſchof offen ſtehen ließ, war er auf ein ganzes Jahr vom Meſſe leſen ausgeſchloſſen. 45)

Nachdem aber die deutſchen Domkapitul in das vollkommne Wahlrecht eingeſetzt, dieſe Freyheit und Befügniß ihnen durch Kirchen- und Reichsgeſetze befeſtiget, zugleich aber ſede vacante die gänzliche Adminiſtration der Kirchengüter, und der Interimsregierung eingeraumt wurde, ſo konnten die Erzbiſchöfe auf obgedachte Befügniſſe keinen Anſpruch mehr machen.

§. 1168.

Beſtimmung der Oſterfeyer.

Zu der alten Amtspflicht der Metropolitane gehörte, die Tage, und beſonders den Anfang der Oſterfeyer erſt unter ſich auszumachen und zu beſtimmen, alsdann den übrigen Biſchöfen ihrer Provinz anzuſagen. Allein, da die alten auſſerordentlichen Schwierigkeiten 46) wegen der Oſterfeyer gänzlich, und zum Theil durch die Reichsverordnungen abgethan

44) Ich finde aber, daß man ſchon frühzeitig die Bißthümer von der Erzbiſchöflichen Aufſicht los gemacht habe, denn wie uns Godeau in ſeiner Kirchengeſchichte Thl. 28. S. 61. berichtet, haben die Biſchöfe zu Würzburg 795. ſchon die Aufſicht über Paderborn gehabt, bis das Stift von Heriſtall dahin verlegt wurde.

45) Synode von Orleans J. 537. c. 1. Dupin de antiq. Eccleſ. diſcipl. diſſ. 1. §. 12. S. 67.

46) Huders Repertorium voce Oſterfeyer, deutſche Encyclopädie Thl. 8. S. 838.

than ſind, auch die Biſchöfe in Anſehung der allgemeinen, und beſonderen Diöceßfeyertagen von keinen Metropolitanverordnungen mehr abhängen, ſo iſt die dißfallſige Metropolitanpflicht als gänzlich erloſchen anzuſehen.

§. 1169.

Beſorgung der Kirchengüter Oeconomie.

Nach der Vorſchrift der 7 allgemeinen Synode vom J. 787. waren die Metropolitanen darauf zu ſehen berechtiget, daß jeder Biſchof in ſeiner Kirche einen Beamten anſtelle, der die Einnahm, und Ausgabe, wie auch die Güter der Kirche beſorgt, (Oeconomus) ſo ferne nun der Biſchof in dieſem Stück ſäumig wäre, hätte der Metropolitan ſelbſt ſolch einen Haushalter anzuordnen. 47) Nunmehro da bey ganz veränderten deutſchen Staatsſyſtem jeder geiſtliche Reichsſtand in ſeinem Stiftslande regierend- und gebietender Herr iſt, und die oberſte Aufſicht über die Erhaltung der durchgehends Reichslehnbaren Kirchengüter dem Kaiſer als Reichsoberhaupt, Reichslehnherrn und oberſten Advocaten der deutſchen Kirchen zuſteht, ſo hört die Obſorge der Metropoliten auch in dieſem Stück ganz auf. Die in Oeconomieſachen der deutſchen Stifter häufig ergangenen kaiſerlichen Verordnungen ſind hievon die beſten Beweiſe.

§. 1170.

Kircheneinweihung.

Es ſcheint, die Metropoliten haben ſich vor Alters auch das Recht beilegen wollen, daß kein Biſchof ohne Vollmacht derſelben eine Kirche einweihen ſolle. 48) Allein bey Zuſammenhaltung der Geſchichte,

47) Cauſa 9. quaeſt. 3. can. 3.

48) Nach der Meinung David Blondell bey Bingham. l. c. §. 2. allwo ſich auf eine Verordnung des Pabſt Gelaſius vom J. 494. Epiſt. 9. c. 4. wiewohl aus einem Mißverſtand, bezogen wird.

ſchichte, mit dem älteſten Kirchenrechte war jeder Biſchof an und vor ſich berechtiget, ſeine Kirchen einzuweihen, zumal dieſes Recht unmittelbar unter die jura episcopalia gehörig iſt.

§. 1171.

Erſcheinen der Biſchöfe bey den Erzbiſchöfen.

In der Synode zu Tarragone cap. 5. ward verordnet, daß, ſo ferne ein Biſchof mit Erlaubniß des Metropoliten von einem anderen Biſchofe eingeweihet worden wäre, ſolcher ſich doch innerhalb der zwey erſten Monate bey dem Metropoliten ſtellen ſolle. 49) In Hinſicht, daß ſowohl die Erlaubnis zur Weihe zu ertheilen kein erzbiſchöfliches Recht mehr ausmacht, fällt auch die prätendirte Stellung der Biſchöfe hinweg. Wohl bringt es der Anſtand, die Ordnung, und ſelbſt die Abhängigkeit eines Suffragans mit ſich, daß er, wie es auch insgemein auf einmal geſchieht, ſeinem Metropoliten, ſeine Wahl, Beſtättigung, und Conſecration, wie die Beſitznehmung des Bißthums durch ein Empfehlungsſchreiben eröffne.

Freylich hat es in einigen Erzbißthümern als wie zu Salzburg eine Ausnahme, allwo die eigene geſtiftete vier Suffraganatsbiſchöfe ganz von den Erzbiſchöfen ſowohl in der Benennung, Beſtättigung als andern Metropolitanrechten abhangen, ja ſo gar den Erzbiſchöfen in geiſtlichen und weltlichen Aemtern zu dienen verbunden ſind. 50)

§. 1172.

Rechte bey Kirchenverſammlungen.

Wenn eine allgemeine Kirchenverſammlung berufen wurde, ſo wurden alle Metropoliten dazu geladen, aber nicht alle Biſchöfe, damit die weitſchichtigen Kirchenſprengeln nicht ohne alle Biſchöfe leer

49) Dupin de antiq. eccleſ. Diſcipl. diſſ. 1. §. 12. S. 66.
50) Nachrichten von Juvavien. S. 269. 303.

leer ſtehen möchten; als Kaiſer Theodoſius II. die allgemeine Synode nach Epheſus berief, forderte er alle Erzbiſchöfe dazu auf, und ſtellte es in ihre Willkühr, welche, und wie viele Biſchöfe ein jeder aus ſeiner Provinz mitnehmen wolle. 51) Aus dieſen Vorgängen können die deutſchen Erzbiſchöfe gewiß kein Einberufungsrecht gegen die Biſchöfe erzwingen. Bey dem Kirchenrath zu Coſtniz, Baſel, und Trient erſchienen die deutſchen Biſchöfe nach ihrer Willkühr, und da ihre Diöceſen in geiſtlichen Sachen durch die Generalvicarien bey jeder Abweſenheit ſchon verwaltet werden, ſo fällt auch dieſes Bedenken hinweg. Das freye Stimmrecht der deutſchen geiſtlichen Reichsſtände gibt den Biſchöfen ſchon das volle Befügniß bey allen Verſammlungen ohne eine dißfallſige Metropolitanabhängigkeit aufzutreten. Es wäre freylich beßer geweßen, wenn ſich bey dem Kirchenrath zu Trident mehrere deutſche Biſchöfe eingefunden hätten; man erinnere ſich, was ich hierüber (§. 111.) leider! ſagen muſte.

§. 173.

Forderung der biſchöflichen Beſuche.

Die Biſchöfe muſten jährlich ihrem Erzbiſchof einen Beſuch machen; es mag nun ſeyn, daß die alle Jahr gehaltenen Provinzialſynoden die Veranlaßung dazu gegeben, oder aber die Metropolitane die Abſicht gehabt haben, ihre Hoheit über ihre Suffraganen dadurch zu befeſtigen. Dieſer Gebrauch war noch bey Lebzeiten Pabſt Innocenz III. welcher wegen der Unterlaſſung ſolches Beſuches dem Biſchof zu Poitier einen Verweiß gab. 52) Eben ſo beſchwerte ſich der Erzbiſchof zu York in England über das Ausbleiben ſeines Suffraganbiſchofs zu Durham, und noch im Jahr 1317. behauptete der

51) Thomaſin l. c. Lib. 1. c. 40. n. 5.
52) Laut ſeines Regiſters 13. Ep. 92.

der Erzbiſchof zu Ravenna dieſes Recht gegen ſeine untergebene Biſchöfe in einer Synode von dieſem J. 53) Von den deutſchen Biſchöfen, ob ſchon die Domherren in dem Viſitenmachen, wegen vieler Muße, es allen Ständen bevorthun, findet man dennoch in der Geſchichte der deutſchen Stifter wenige Beyſpiele von den ihren Metropoliten erſtatteten Beſuchen.

In dem Kirchenrath zu Trient kam die Sache zwiſchen den Erzbiſchöfen zur Frage; der Patriarch zu Venedig drang hitzig auf die alte Gewohnheit, um die Biſchöfe zu dieſer Viſite anzuhalten, allein es waren vielmehr Biſchöfe als Erzbiſchöfe, mithin da man die Stimmen zählte, muſten die Metropoliten nachgeben. 54) Ich wollte ſicher behaupten, die wenige zugegen geweſene deutſche Biſchöfe haben gegen dieſe Beſuche geſtimmt. Palavicini 55) gibt als die Urſache der von den Biſchöfen verweigerten Viſite an, weil die Erzbiſchöfe oder deren Abgeordnete die Biſchöfe nicht ſtandesmäßig empfangen und gehalten hätten. Dem ſey ihm wie ihm wolle, die jährlichen Beſuche wurden durch den Kirchenrath Seſſ. 24. c. 2. abgethan. Da aber die Worte dieſes Decrets nur eigentlich die Perſonen der Biſchöfe von beſagtem Beſuch befreyeten, und ihre Abgeordnete nicht mit zu begreifen ſcheinen, ſo kam die Sache nachher zu Rom wieder zur Sprache; es wurde den Erzbiſchöfen auch dieſes Recht abgeſprochen, die biſchöfliche Abgeordnete an ihren Höfen zum Beſuch zu zwingen.

§. 1174.

53) can. 11.
54) Sarpi hiſtor. concil. trid. lib. 8.
55) Lib. 23. c. 5.

§. 1174.

Zallwein 56) geſteht aus dem Fagnani 57) offenherzig, daß die Congregatio concilii tridentini interpres ihren vorigen Spruch, nach welchem die Biſchöfe ihre Abgeordnete an den Erzbiſchof ſchicken muſten, feyerlich wiederrufen, und das Gegentheil geſprochen habe. Jedoch ſagt eben dieſer Fagnani, 58) daß die Biſchöfe nur von jenen Beſuchen des Metropolitans frey geſprochen worden wären, die durch eine beſondere Gewohnheit eingeführt geweſen ſeyen, nicht aber von jenen, die in den geiſtlichen Geſetzbuch enthalten wären. Z. B. im Fall, wenn der Erzbiſchof conſecrirt wird; ſo wahrſcheinlich (ſagt Van Eſpen) 59) dieſe Meinung ſeyn mag, ſo iſt doch heut zu Tage durch den Gebrauch auch hierin die Freyheit der Biſchöfe von dergleichen Viſiten beſtättigt. Man hält dafür, daß die Mehrheit der Bißthümer dieſe Viſitenaufhebung von ſelbſt überflüſſig gemacht habe. Der Erzbiſchof nahm lieber das Bißthum, als die Viſite an. Es muſte ſich gegenwärtig mancher Erzbiſchof ſeines Suffraganbißthums wegen, ſelbſt die Viſite machen. Wie die ganze Sache ins lächerliche fällt, ſo war meines Erachtens manches Bißthum frohe, wenn es nur eine Viſite alle Jahr von ſeinem Erzbiſchof bekommen konnte, damit die Kräften des Landes durch den Geldhinauszug nicht zu ſehr erſchöpfet werden.

Meinungen hierüber.

§. 1175.

Einer der wichtigſten, und angeſehenſten Ausflüſſe der Metropolitanhoheit, beſtand in der Macht der Erzbiſchöfe über die Diöceſen ihrer untergeordneten

Erzbiſchöfliches Viſitationsrecht.

56) Princ. Jur. publ. eccleſ. tom. 2. quaeſt. 3. cap. 7. §. 5.
57) ad cap. quoniam X. de Conſtit. n. 57.
58) ad cap. ſi Archiepiſcopus X. de temp. ord.
59) l. c. P. 1. tit. 19. c. 4. n. 8.

neten Biſchöfe die obrigkeitliche Beſichtigung vorzunehmen, oder die Diöceß zu viſitiren. Dieſes Recht ſchlägt das ächte Gepräg der Hoheit der Metropolitanen über die Biſchöfe, wenigſtens nach dem Zuſtande älterer Zeiten auf. Schon zu Zeiten des H. Auguſtins als am Schluß des 4ten Jahrhunderts, ward die biſchöfliche Kirche zu Hippon viſitirt. 60) In Africa war man ſo eifrig auf dieſe Kirchenviſitationen, daß ſogar der Primas von Carthago, dem ganz Africa gehorchte, alle Provinzen zu viſitiren hatte. 61) In der allgemeinen 8ten Kirchenverſammlung, welche die 4te zu Conſtantinopel war, im J. 869. can. 19. werden die Erzbiſchöfe häßlich abgefertiget, weil ſie aus den Viſitationen der Provinzen ein niederträchtiges Handwerk gemacht, und ſolche geiſtliche Beſichtigungen anderſt nicht als gemächliche, denen Biſchöfen aber, und anderen Chriſten, ſehr koſtſpielige Spaziergänge vorgenommen hatten.

Von dieſer Zeit an mögen die erzbiſchöfliche Viſitationen in den Morgenländern ganz eingegangen ſeyn. In den abendländiſchen Kirchen findet man auch keine entſcheidende Spuren, daß die Metropolitane nach der eingerichteten Kirchenhierarchie mit dergleichen Revüen ſich abgegeben hätten. Carl G. der in den mittlern Zeiten durchgehends der Vater der Kirchenverordnungen war, hielt die Biſchöfe in verſchiedenen Synoden, und gemiſchten Reichsconventen an, ihre Diöceſen fleißig zu viſitiren. Von den Erzbiſchöfen findet man aber nichts, daß ſie die untergebene Bißthümer, und ihre Kirchenzucht in Augenſchein nehmen ſollten. 62)

Nur

60) Poſsidius in vita S. Auguſt. c. 2.
61) Codex Affrican. Eccleſiae can. 52.
62) Thomaſſin l. c. P. 2. l. 3. c. 79.

Nur zufälliger Weiſe kamen die Erzbiſchöfe in Europa manchmal zu dergleichen Viſitationen. Der Biſchof Jvo von Chartres hatte einen Streit mit ſeinem Domkapitul wegen Vergebung einiger Pfründen, und erſuchte den Erzbiſchof als Schiedrichter um die Viſitation ſeiner Diöceß, weil ihn ſowohl die Geiſtliche als Layen derſelben, gröblich beleidiget hätten. Dieſer Vorgang erweiſet aber noch kein Recht für die erzbiſchöfliche Viſitationen, indem ſie äußerſt ſeltſam waren, von den deutſchen Erzbiſchöfen findet man faſt gar keine Beyſpiele.

§. 1176.

Es ſchien zwar, daß einige Päbſte inſonderheit Innocenz III. 1212. die erzbiſchöflichen Viſitationen gut heißen wollte. 63) Auch Pabſt Gregor IX. drang darauf, daß ſolche von den Erzbiſchöfen wie wohl in des Pabſts Namen geſchehen ſollen. 64) Bonifaz VIII. war gegen die erzbiſchöflichen Viſitationen nicht abgeneigt. Es entſtanden aber deßwegen viele Widerſprüche und Irrungen, die bis auf das Concilium zu Trient nicht abgethan wurden. Geſinnungen der Päbſte.

§. 1177.

Auf dieſem Concilio hatten die Biſchöfe die längſt gewünſchte Gelegenheit ſich von den erzbiſchöflichen Viſitationen beynahe ganz los zu machen, jedoch nicht gerade zu, ſondern durch einen neuen erfundenen Umweg. Sie ſagten, daß ſie zwar bereit wären, die einmahl eingeführten erzbiſchöflichen Viſitationen fernerhin beyzubehalten. Da aber nicht billig ſey, der bloſen Willkühr der Metropolitanen zu überlaßen, wann, und wie oft ſie ihre Suffraganbißthümer mit den damals üblichen koſtſpieligen Gepränge Die Biſchöfe ſuchen ſich davon los zu machen.

63) Cap. 16. X. de Proſcript.
64) Cap. 25. X. de Cenſibus.

Gepränge heimzuſuchen, ſo ſoll allemal vor ſolch einer Viſite auf der Provinzialſynode ausgemacht werden, ob es die Noth, oder der Nutzen erheiſche, ſolche Viſitationen vorzunehmen; es müſte alſo vorher auf der Synode unterſucht, und durch die Mehrheit der Stimmen entſchieden ſeyn, daß dieſe Viſitation einrücken ſoll. Allein, hier ſteht zu erwegen, daß in einer Provinzialſynode ein einziger Erzbiſchof gegen alle ſeine in ihrer eigenen Sache ſprechenden Biſchöfe auftrete; es wird daher Augenfällig, daß die erzbiſchöflichen Viſitationen unter die Seltenheiten unſerer Zeiten und ſchier unter die Unmöglichkeiten wenigſtens nach dieſer Verfahrungsart gehören. 65)

§. 1178.

Unthunlichkeit der Viſitation in Deutſchland.

Aller Tridentiniſchen dieſerwegen ergangenen Verfügungen ungeachtet, befahl doch die Synode zu Tours im J. 1583. daß ein jeder Erzbiſchof die Biſchöfe ſeiner Provinz im erſten, oder anderen Jahr der Gelangung zum Erzbißthum viſitiren ſoll. Thomaſin 66) gibt die Auskunft, daß dieſe Einrichtung um deswillen nicht gegen das Tridentinum anſtoße, weil zu Tours nur befohlen ſey, die Biſchöfe an ihren Perſonen, und nicht die ganze Diöceß zu viſitiren. Allein in Deutſchland würde das eine eben ſo wenig als das andere gehen, weil ſich in Hinſicht der Bißthümer Pluralität mancher Erzbiſchof wegen ſeinen Suffraganbißthum ſelbſt viſitiren, oder wenn er, wie der Erzbiſchof zu Trier dermal das Bißthum Augsburg darneben hat, geſchehen laſſen müſte, daß ihn der Erzbiſchof von Maynz viſitire. 67)

§. 1179.

65) Sarpi l. c. Van Eſpen P. 1. tit. 19. c. 4. n. 7. Concilium trident. ſeſſ. 24. c. 3.

66) P. 2. Lib. 3. C. 82. n. 5.

67) Die Viſitationsvorſchrift, die für den Metropoliten in der Zuſammenkunft der franzöſiſchen Geiſtlichkeit zu Melun

§. 1179.

Wohl aber wirft man nicht ohne Grund die noch nicht entſchiedene Frage auf, wie weit die Rechte eines Metropoliten giengen, wenn er ein oder das andere deren in einem Suffragantbißthum gelegenen Klöſtern, Stiftern, Pfarreyen viſitiren wollte, ohne daß der Diöceſanbiſchof dazu einwilligt? Dieſe Frage ſcheint in Bewegung gekommen zu ſeyn, als die bekannte Schwarzacher Kloſterſache betrieben wurde. Das Metropolitangericht zu Maynz äuſſerte zwar ſchon im J. 1766. als es zwey von ihren Aemtern und Stellen entſetzte Mönche wieder durch Urthel einſetzte, daß es ſich die Metropolitanviſitation vorbehalte. 69) Allein die Sache kam nicht ſo weit, ſonſt würde ſich der eigentlich einſchlagende Biſchof zu Straßburg etwa widerſetzt, und auf das Tridentinum angezeigtermaſſen Seſſ. 24. c. 3. ſich berufen haben. Da im J. 1777. der Metropolitan zu Maynz in einem freundſchaftlichen Schreiben den Biſchof von Straßburg von einer erzbiſchöflichen Viſitation, als dem einzigen Mittel die klöſterliche Zerrüttungen zu heben, geſprochen, fand der Biſchof noch ein beſſeres politiſches Auskunftsmittel die Viſitation abzuleinen, da er in ſeiner Rückerklärung äuſſerte, wie er ſeine für dieſen Fall habende biſchöfliche Ordinariats- und ſonſtige Rechtszuſtändigkeiten dem Metropolitan zur Entſcheidung lediglich überlaſſen haben wollte, 70) und auf dieſe

Auskunftsmittel ſolche abzuleinen.

lun entworfen worden, paſſet freylich für die deutſchen Biſchöfe nicht. Dann der Metropolitan wurde beordert zu unterſuchen, ob der Biſchof in ſeiner Diöceß bleibe, und ob er ſelbſt predige u. d.

68) Thomaſin l. c. n. 5.

69) S. Churmaynziſches Promemoria wegen dem Recurs an den Reichstag gegen das Kaiſ. und Reichskammergericht, §. 10. S. 5. wie auch unter den Beylag. Zif. 11.

70) Gedachtes Promemoria §. 34. Beyl. Ziffer 22.

dieſe Art blieb die Sache unerörtert. Denn der Richter konnte nicht zugleich Viſitator ſeyn, und an den Pabſt wollte der Erzbiſchof zu Maynz dieſen Punct nicht gelangen laſſen.

§. 1180.

Meine Mei-nung. Hierdurch iſt aber dem deutſchen Staatsrecht nicht geholfen. Die Frage muß doch in etwas beantwortet werden, haben die deutſchen Erzbiſchöfe das Recht in den Sprengeln ihrer Suffraganen zu viſitiren oder nicht? Ich bejahe es, aber mit der nothwendigen Motification.

Die ſtuffenweiſe Ordnung der Hierarchiſchen Verfaſſung ſetzt die Erzbiſchöfe und Metropolitane den Biſchöfen eben ſo vor, wie jene von dem Pabſt als dem höchſten Oberhaupt in ganz geiſtlichen Dingen abhängig ſind.

Nur den Erzbiſchöfen ſteht als Metropoliten das Viſitationsrecht der biſchöflichen Suffraganatsdiöceſen in gleicher maſſe zu, wie dieſes Befügniß auch dem Pabſt als dem Vorgeſetzten der Erzbiſchöfe in Nothwendigkeitsfällen über die erzbiſchöfliche Diöceſen zuſtändig iſt. Ich ſetze mit Vorbedacht in Nothfällen, dann auſſer dieſen iſt den Erzbiſchöfen dieſe Viſitation nach dem Tridentinum verbotten.

Der wahre Sinn des Tridentinums konnte niemals auf gänzliche Aufhebung der erzbiſchöflichen Viſitationen gehen, denn ſonſt wäre der Hierarchiſchen Verfaſſung, der Erhaltung guter Kirchenzucht, und ſelbſt einigermaſſen dem Zweck des Conciliums entgegen gearbeitet worden.

Die Gerichtsbarkeit der Erzbiſchöfe iſt der Päbſtlichen an und vor ſich eben ſo untergeordnet, wie die Biſchöfliche der Päbſtlichen, und die Pfarrliche der Biſchöflichen; würde das Concilium die Viſitationen der Erzbiſchöfe eingeſtellt haben, ſo wäre ein

Zweig

Zweig der dem Pabſt, den Erz- und Biſchöfen zuſtändigen Gerichtsbarkeit abgenommen worden. Nur dem Mißbrauch der erzbiſchöflichen Viſitationen wurde durch die Unzuläßigkeit derſelben auſſer Nothfällen Gränzen geſetzt.

§. 1181.

Die erzbiſchöfliche Viſitation über die Diöceſen ihrer Suffraganten hat in allen denenjenigen Fällen ſtatt, wo die Nothdurft erfordert, in Glaubens- oder ſehr wichtigen Diſciplinarſachen, proviſoriſche Verordnungen ergehen zu laſſen, oder gar eine Localeinſicht vorzunehmen. Z. B. es wäre der Fall, die biſchöfliche Kirche beſorge an ihrem Vorſteher in Religionsſachen einen Seitenſprung, der ſogar noch Anhänger oder eine Irrlehre nachziehen dürfte. Hier wäre der Fall nicht, erſt eine Provinzialſynode über die Nothwendigkeit einer Viſitation abhalten zu laſſen, ſondern der Erzbiſchof als Metropolit nimmt ſolche aus der ihm zuſtehenden hierarchiſchen Gewalt eben ſo ungehindert vor, als der Pabſt gemäs ſeiner Kirchenoberhauptlichen allgemeinen Gewalt und Gerichtsbarkeit ohne Zuſammenberufung eines Nationalconciliums durch einen zu delegirenden Erzbiſchof die Viſitation über eine Erzdiöceß die ſich in einer jener ähnlichen Gefahr befände, verrichten läßt. Dann auſſer Nothfällen würde eine päbſtliche Viſitation in einer Erzdiöceſe gegen die deutſche Kirchenfreyheit eben ſo anſtößig ſeyn, als der Mißbrauch der Erzbiſchöflichen in einer Diöceſe. In Nothfällen muß die Viſitation ſtatt finden.

Wenn eine proviſoriſche Viſitation in Nothfällen einem Metropolitan nicht durch die Geſetze der hierarchiſchen Verfaſſung zuſtehen ſollte, würde ein Erzbiſchof weiter herunter geſetzt ſeyn, als ein Landdekan, der in jedem Beſorgnißfalle eine ſeiner un-

tergeordneten Pfarreyen vermög Ordinariatsvollmacht viſitiren kann.

Zuſtändigkeit gibt noch lang kein unbeſchränktes Ausübungsbefugniß. Dem Pabſt ſteht wie dem Kaiſer vieles zu thun zu, ungeachtet deſſen darf jener ſolches nach den Concordaten wie dieſer nach ſeiner Wahlcapitulation nicht ungehindert und nach Willkühr ausüben.

Nothfälle machen alſo die erzbiſchöfliche Viſitation zuläßig, ſey es nun um ein proviſorium, oder um eine andere Verordnung zu thun. So bald aber der Nothfall nicht eintritt, oder die Sache Verzug leidet, kömmt es darauf an, ob der Gegenſtand in die Gerechtigkeit des Metropoliten einſchlage, oder ob ſelber zur Kirchenoberhauptlichen gehöre? im erſten Fall, weil das Tridentinum die erzbiſchöfliche Viſitationen aufhebt, kommt es auf die Ermäßigung des Metropolitanen, ob er den Localaugenſchein und die Viſitation unumgänglich, und der Weſenheit nach zu ſeiner Erkenntniß und Gerichtbarkeitsausübung nöthig hat: iſt dieſes ſo kann die Viſitation ohne weiters und ohne Rückfrage vor ſich gehen; im andern Fall, wenn der Gegenſtand das Erforderniß der Viſitation noch in Zweifel ſtellen ſollte, hängt es von der kirchenoberhauptlichen Entſcheidung ab. Zu welchem der beyden Fällen die Schwarzacher Sache gehörig geweſen, läſt ſich nun gar wohl urtheilen.

Daß die Bißthümer Pluralität der erzbiſchöflichen Viſitationen augenfällige Hinderniſſe in Weg lege, aber deſſen ungeachtet nicht auf Zernichtung derſelben im ganzen wirke, hat ſo gewiß ſeine Richtigkeit, als wie der Mißbrauch eines gemeinſamen Rechts nicht die Abſtellung deſſelben zum Schaden eines dritten Unſchuldigen nach ſich ziehet. Der Sinn des Kirchenraths zu Trident konnte auch nicht

auf

auf die gänzliche Abſtellung gehen, denn dieß hieß ein kleines Uebel wegen dem Mißbrauch abſtellen, um einem großen Thür, und Thor zum Nachtheil der Kirche zu öfnen. In dieſem Betracht glaube ich auch mit meiner Meinung nicht irre zu gehen.

§. 1182.

Wenn der eine biſchöfliche Diöceß viſitirende Erzbiſchof oder ſeine Abgeordnete während der Verrichtung ihres Amts auffallend beleidiget werden, kann der Erzbiſchof ſogleich dieſes Hinderniß durch eigenmächtige Beſtrafung hinweg raumen, weil er alle Mittel zu Ausübung ſeines Rechts in Handen haben muß, 71) iſt er aber durch die Beleidigung nicht gehindert, ſo ſteht ihm zu die Genugthuung gegen den Beleidiger bey der Behörde nachzuſuchen. Abſtrafung der Beleidiger,

Ob aber der Erzbiſchof bey der Viſitation noch heut zu Tage einen Suffraganbiſchof in Bann werfen könne, 72) wenn er von dieſem nicht behörig empfangen wird, dieſes bleibt um ſo wahrſcheinlicher zur höheren Erkenntniß dem Kirchenoberhaupt anheim geſtellt, als hier leicht ein derjenigen Mißbräuche eintreten könnte, wegen welche zum Theil der Tridentiniſche Kirchenrath die erzbiſchöfliche Viſitationen einſtellte, und es nicht wohl angehet, ſich in ſeiner, ſo zu ſagen, eigenen Sache oder Rechtsausübung ſogleich ſelbſt Recht zu ſprechen.

§. 1183.

Bey der Viſitation ſoll der Erzbiſchof noch das beſondere und ungewöhnliche Recht haben, daß er in eines andern Biſchofen Bothmäßigkeit die offenbaren, ohne weitere Unterſuchung ſich ſelbſt zu Tag legende und offenbaren Verbrechen.

71) Nach der Verordnung Pabſts Innocenz IV. ſ. Cap. 1. de poenis in 6to.

72) Cap. romana de ſuppl. negl. Prael. in 6 Gibert Corp. Juris can. de Eccleſ. tit. 7. ſect. 14. n. 4.

legende Verbrechen abſtrafen könne. Dieſes ſoll deßwegen verordnet ſeyn, 73) weil es eben als eine Strafe des Biſchofs angeſehen werde, welcher dergleichen in die Augen fallende Unordnungen nicht abgethan hat. Es iſt daher nichts natürlicher, als daß die Biſchöfe dergleichen mit ſo vielen Facultäten verſehene Metropolitanviſitatore eben ſo dringend als die Erzbiſchöſe die mit päbſtlichen Facultäten ausgerüſtete Nuntien vom Hals zu ſchaffen ſich bemühet haben.

§. 1184.

Abſchaffung eingewurzelter Mißbräuche.

Wahrſcheinlich auch zur Straf des Suffraganbiſchofs ward denen erzbiſchöflichen Viſitatorn eingeraumt, in andern Diöceſen eingewurzelte Mißbräuche auszurotten. Z. B. die anſcheinende Erblichkeit der geiſtlichen Pfründen, 74) vernachläßigte biſchöfliche Beneficiateninſtitution, 75) inſonderheit aber die Simonie 76) wegen letzteren Punct hatte mancher Erzbiſchof in ſeinem Haus genug zu kehren, überhaupt erſtreckt ſich heut zu Tag eine Metropolitanviſitation, wenn eine immer ſtatt findet, nicht weiter als auf den eigentlichen Viſitationsgegenſtand.

§. 1185.

Sorge für die Seminarien.

Wenn die Biſchöfe oder andere Prälaten als Vorſteher der Cathedral- und anderen Kirchen säumig ſind, geiſtliche Pflanzſchulen (Seminaria) zu errichten, oder aber den nöthigen Beyträg zu deren Unterhalt zu beſorgen, ſo will das Tridentinum 77) daß den ſäumigen von den Erzbiſchöfen ſcharfe Verweiſe gegeben, und mit rechtlichen Zwangsmitteln zugeſetzt

73) Cap. 1. de Cenſibus in 6 §. Sané.
74) Cap. 11. X. de filii presbyt.
75) Gap. 3. X. de Inſtit.
76) Cap. 36. X. de Simonia.
77) Seſſ. 23. c. 18. de reformat.

geſetzt werden ſolle. Ueberhaupt bleibt den Erzbiſchöfen noch heut zu Tag Fug, und Recht auch die ſchwere Verbindlichkeit die in ihren Suffraganatsdiöceſen obwaltende Saumſeeligkeiten der untergeordneten Biſchöfe zu verbeßern. 78) Freylich wird erfordert, daß der Erzbiſchof ſeinem Suffraganatbiſchof nach der Würde deſſen Amts eine brüderliche Erinnerung vorausgehen laſſe, und verſuche, ob mit Güte die Sache nicht beygelegt werden könne, denn ſonſt würde nur das Uebel ärger gemacht.

§. 1186.

Den Erzbiſchöfen gebührt in gewißen Fällen das Devolutionsrecht, oder das Recht diejenige geiſtliche Aemter und Pfründen zu vergeben, die der Biſchof in der vorgeſchriebenen Zeit zu vergeben vernachläßiget hat. 79) Wenn der Biſchof ohne hinreichende Urſach einem Geiſtlichen die Einſetzung in eine Pfründe (inſtitution) oder auch den von dem Patrono präſentirten oder von anderen gewählten die Confirmation verweigerte; wenn er denjenigen nicht examiniren, oder ihm widerrechtlich das Zeugniß, daß er würdig ſey, abſchlagen wollte (denegata viſa) welcher von dem Pabſt ein Beneficium bekommen hat, ſo könnte der Erzbiſchof hierinn ſein biſchöfliches Recht ausüben, 80) eben ſo könnte er das Teſtemonium ideonitatis einem Unterthanen eines Suffraganbiſchofen ertheilen, etwa auch, wenn es der Biſchof noch nicht abgeſchlagen hätte; ſo ferne nur der Erzbiſchof den Geiſtlichen durch gute Zeugniſſe kennt, der ſolches Teſtimonium verlangt. Gleichwie der Metropolitan überhaupt durch ſich erſetzen, und ergänzen

Devolutionsrecht.

78) Synode zu Toledo cap. 2. van Eſpen. P. 1. tit. 19. cap. 4. n. 15.

79) Cap. ult X. de ſuppl. negl. Praclat. van Eſpen P. 2. tit. 22. c. 5. n. 11.

80) la Combe recueil de Jurisprudence canonique mot. Archeveque. n. 4.

gänzen kann, was in die freywillige Gerichtsbarkeit (Jurisdictio voluntaria) einſchlägt, und von den Biſchöfen verweigert wird. 81) Nicht weniger hat das Tridentinum den Erzbiſchöfen das Recht eingeraumt, die Proceßſachen welche innerhalb 2 Jahren an der biſchöflichen erſten Inſtanz hangen, ohne ausgemacht zu werden, an ſich abzuberufen. 82)

§. 1187.

Vicariatsbeſetzung. So ferne das Domkapitul bey erledigtem Biſchofsſtuhl innerhalb 8 Tagen keinen Generalvicarius niederſetzt, oder den alten beſtättiget, ſo fällt dem Erzbiſchof das Recht heim, einen anzuſtellen. 83)

§. 1188.

Appellation der Suffraganats-unterthanen. Unter den weſentlichen Vorzügen der Metropolitanen zeichnet ſich vor allen das Recht aus, die Appellationen von den Unterthanen der Suffraganbiſchöfe anzunehmen. Dieſe Einrichtung darf eben ſo wenig in der ganz alten Kirchenzucht, als die Proceßordnung geſucht werden. Die Sprüche der erſten Biſchöfe waren ſo beſchaffen, daß man ſelten davon weiter zu gehen Luſt hatte, wurde auch jemand er mochte geiſtlich, oder weltlich ſeyn, von der Chriſtengemeinde durch die Biſchöfe ausgeſchloſſen, ſo muſte er nach der Verordnung der großen Synode zu Nicea 325. can. 5. ſeine Strafe gedultig tragen. Da aber die Väter dieſer Synode doch wuſten, daß die Biſchöfe Menſchen und oft mit Schwachheiten umgeben ſeyn, ſo verfügten ſie, daß der beſchwerte Theil ſeine Klage bey der alle Jahr zweymal gehaltenen Provinzialſynode anbringen, und von daher Recht erwarten ſollte. Die Straf, und ſelbſt der Bann hatte effectum ſuſpenſivum ſo lang, bis

81) la Combe l. c.
82) Barthel annotat. ad un. Jus. can. lib. tit. 33. §. 4.
83) Trident ſeſſ. 24. c. 16. de Reform.

bis ihn die Provinzialſynode abnahm. Hierbey iſt ſonderbar merkwürdig, daß man um dieſe Zeiten in dergleichen Geſchäften, wo die von dem Biſchof entſchiedene Sache an die Provinzialſynode gebracht wurde, das Wort Beruf, Appellation in den Kirchenurkunden gar nicht antrift. Erſt in jenem Streit, den die africaniſche Kirche mit dem Pabſt über die Frage hatte, ob ein Prieſter der von ſeinem Biſchof verurtheilt worden iſt, nach Rom, und auſſer ſeiner Provinz ſich berufen könne? kommt das Wort Appellation öfter vor. Ungeachtet auch der Römiſche Hof ſchon nach ſeinem zur Reiſe gekommnen Plane alle Appellationen an ſich ziehen wollte, ſo gaben die Väter aus Africa dennoch nicht zu, daß ein Prieſter oder Diakon nach Rom appellirte, ſondern ſie blieben feſt dabey ſtehen, daß das Geſchäft in eben der Provinz, allenfalls von einer und dem Erzbiſchof verſammleten Synode ausgemacht werden muſte, wo es entſtanden iſt. Dieſe Biſchöfe ſagten ausdrücklich, daß die nicäniſche Synode ſowohl die geringere Geiſtliche, als die Biſchöfe, wenn über ſie geurtheilt werden ſollte, ſolches den Metropolitanen unleugbar überlaſſen hätte. 84) Ueberhaupt gaben die Erzbiſchöfe durch ihr beſtändiges Anfragen, weil ſie vor den Zeiten der großen Volkswanderungen in Wiſſenſchaften unerfahren, und ſchwache Köpfe waren, dem Pabſt Anlaß die Appellationen häufig an ſich zu ziehen. 85) Nach den falſchen Decretalen des Iſidors, ob er gleich den Gebrauch der Appellationen an die Erzbiſchöfe, oder an die Provinzialſynode nicht ableugnen konnte, 86) ſo gieng doch ſein, und ſeiner Nachfolger ganze Anlage dahin, daß die Appellation an die

84) Epiſtola concilii affricani ad Coeleſtinum Papam.
85) van Eſpen Scholia in Canones diſſ. in Synodos africanas §. 10. art. 1.
86) Can. 3. Cauſa 2. Q. 6.

Erzbiſchöfe nur deßwegen ſtatt finden ſollte, damit die Sache deſto gewißer von ihnen nach Rom übergieng, wobey die Erzbiſchöfe auch einigermaſſen zufrieden zu ſeyn ſcheinen.

§. 1189.

Geſinnungen der Nationen hierüber, Es haben die Niederländer und Franzoſen aber in der Folge nicht mehr zugegeben, daß die Appellationen mit Uebergehung ihrer Erzbiſchöfe zu Rom ſollten angenommen werden, ja ſogar haben erſte den Ausweg gefunden, daß die Appellationen von Rom aus an die vaterländiſche Stellen als delegirte Richter muſten zurück geſchickt werden. 87)

Selbſt die Deutſchen haben ſich die Baßler Verfügung zu Nutze gemacht; ſchon in den bekannten Aviſamentis beſchwerten ſie ſich in der großen Synode zu Coſtanz, 88) über dergleichen Appellationen, die allgemeine Kirchenverſammlung zu Baſel entſchied endlich ſeſſ. 31. in dem Decret, 89) daß die Appellationen mit Uebergehung der Erzbiſchöfe (ommiſſo medio) nichtig ſeyn, und die feyerliche Annahm dieſer Entſcheidung iſt in den Concordatis Principum eben ſo zuverläßig, als befeſtigt. Von dieſer Zeit (ſagt Neller 90) wachen die Erzbiſchöfe, daß, welches vorher durch Verſchläferung eingeſchlichen war, ihre Metropolitangerichtshöfe nicht mehr um die Inſtanz gebracht werden.

Die Italiener konnten ſich aber dennoch nicht enthalten, daß ſie nicht gegen die Concordata Principum gehandelt hätten. Im J. 1510 und 1518. beſchwerte ſich die deutſche Nation über ſie, daß der Gerechtigkeitsfolge ihr Lauf nicht gelaſſen, ſondern oft

87) van Eſpen P. 3. tit. 10 c. 2.
88) ſ. von der Hard tom 1. S. 900.
89) Eccleſiaſt. ſollicitudinis ſtudium.
90) In diſſert. de certis Concilii Baſilejenſis decretis Cap. 2. §. 17.

oft ein hangender Rechtsſtreit nach Rom abberufen wurde. 91)

§. 1190.

Die große Kirchenverſammlung zu Trient 92) hat auch für die Erzbiſchöfe geſorgt, und verſprochen, daß die anhängende Rechtshändel nicht nach Rom abgefordert werden ſollen. Allein dieſe ſo billig als der Gerechtigkeit angemeſſene Verordnung ward durch die Römiſcher Seits beygefügte Clauſel faſt ganz fruchtlos gemacht, indem ſich der Pabſt vorbehielt, daß doch diejenigen Rechtshändel von dem ordentlichen Lauf durch die gewöhnliche Inſtanzen ſollten ausgenommen ſeyn, die der Pabſt aus vernünftigen und dringenden Beweggründen für gut finden würde, von ihren rechtmäßigen Inſtanzen abzuberufen, und andern als den ordentlichen Richtern zu übertragen. Hierdurch ſchien die Metropolitaninſtanz ſo gut als abgeſchaft zu ſeyn, wenn der Pabſt, der nach den Grundſätzen ſeines Hofs niemand Rechenſchaft über die Gründlichkeit und Dringlichkeit deren ihn bewegenden Urſachen zu geben hat, freye Hände hätte, die hangende Rechtsſachen entweder von der erſten biſchöflichen Gerichtsſtelle, oder nach dem Spruch derſelben nach Rom, oder an ſeine Nunciaturen abzufordern. Allein ſo bald der Römiſche Hof ſich dieſes Mittel bedienen wollte, ſo würden ſich wohl die deutſchen Erzbiſchöfe, wie ſie es in der Coblenz- und Emſiſchen Punctation hinlänglich zu erkennen gaben, äuſſerſt widerſetzen, ſich auf Verträge und die Concordata Principum berufen, und am Ende den Kaiſer um den Reichsgeſetzmäſigen Schutz zur Erhaltung der deutſchen Kirchenfreyheit anrufen. 93)

und des Kirchenraths zu Trient.

91) Horix de appell. et Evoc. §. 45 und 49.
92) Seſſ. 24, Cap. 20.
93) Jung hiſtoria quorund. decret. Baſilejenſ. beſonders gegen dieſe Clauſel §. 13, Heidelberg 1781.

§. 1191.

Eingriffe der Erzbiſchöfe.

Inzwiſchen ſo richtig und ungezweifelt die erzbiſchöfliche Gerichtsbarkeit über die Suffragantiſche Unterthanen in Appellationsfällen iſt, ſo ward es auch nöthig die Biſchöfe gegen bie erzbiſchöfliche Eingriffe zu decken; dann

a) einige Erzbiſchöfe machten den Anſpruch dahin, daß ſie in den Bißthümern ſelbſt einen ordentlichen Appellationsgerichtshof ohngefähr ſo aufſchlagen wollten, wie hernach die Päbſte ihre Nunciaturen in das Herz der Erz- und Bißthümer gepflanzet haben; allein dieſen widerſprach das Capit. *Romana* de officio Judicis ordinario in 6to.

b) andere Erzbiſchöfe giengen ſelbſt in die Diöceſen ihrer Suffraganen, und hielten ordentlich Gericht, dieſes ward durch eben dieſes Cap. verbotten.

Die Erzbiſchöfe brauchten Zwangsmittel, um die untergebene Biſchöfe zu nöthigen, daß ſie als delegirte Richter die an die Metropolitane durch Appellation gediehene Rechtsſachen abthun mußten; ferner, daß ſie ſich als Executoren ſollten gebrauchen laſſen, wenn das Metropolitangericht geſprochen hatte, oder auch daß ſie als Zeugen in ſolchen Appellationsfällen auftretten mußten. Alle dieſe Anmaſſungen derer Erzbiſchöfe wurden mit der Mäßigung aufgehoben, 94) daß ſie in jenen Diöceſen bleiben ſollen, wo es die Erzbiſchöfe hergebracht hatten. Dieſe Verordnung ergieng unter Pabſt Innocenz IV. im J. 1252. deßwegen merkte die Synode zu Maynz vom J. 1261. can. 36. ſo fleißig an, daß es in der Maynziſchen Provinz von jeher gebräuchlich geweſen ſey, aus den untergebenen Diöceſen Männer zu delegirten Richtern aufzuſuchen, und ſie, wenn ſie nicht gutwillig wollten, mit

94) Durch das Cap. Romana de foro competente in 6to.

mit Zwangsmittel zur Uebernahme ſolcher Richterſtellen anzuhalten. 95) Die Synode gibt die menſchenfreundliche Urſach an, damit nehmlich die Partheyen nicht genöthigt wären lange Zeit, und koſtſpielige Reiſen nach der Hauptſtadt Maynz zu unternehmen.

d) Wenn ein Biſchof jemand in den Bann gethan hatte, ſo kam es dem Erzbiſchof nicht zu, ſolchen Bann auf die geſchehene Appellation an ihn aufzuheben; ſondern er muſte ihn an ſeinen Biſchof zurück ſchicken, um den Bann auflöſen zu laſſen; thats der Biſchof nicht, ſo konnte zwar der Erzbiſchof den Bann aufheben, jedoch nicht anderſt, als wenn es klar und deutlich war, daß der Bann ungerechter Weiſe aufgelegt worden. 96)

e) Keinem Erzbiſchofen iſt es vergönnet, einen Gerichtsbeamten in einer untergebenen Diöceß anzuſtellen; der in Sachen, die noch nicht durch den Apell an den Metropolitan gebracht iſt, Ladungen, und Verbotte gegen die biſchöfliche Vollſtreckung, könnte ergehen laſſen. 97) Geſetzt auch, daß es hergebracht wäre, ſolch einen Officialen zu halten, ſo darf dieſer die obengenannte Verbote nicht ausgehen laſſen; bevor die Sache nicht an dem Metropolitangericht anhängig gemacht iſt.

f) Wenn gleich die im Streit befangene Geiſtliche ihre Rechtsſache in der erſten Inſtanz vor dem Erzbiſchof ausfechten wollten, ſo darf doch dieſer den Proceß ohne Einwilligung des Biſchofs nicht annehmen. 98) Ueberhaupt iſt verboten den Biſchof vorbey zu gehen, und ſich gleich an den Erzbiſchof zu wenden.

g) So

95) Harzheim tom. 3. S. 605.
96) Cap. 8. X. de offic. jud. ord.
97) Cap. 1. l. c. de offic.
98) Cap. de foro compet. in 6to und Cap. 66. X. de Appellat.

g) So ferne ein Streit zwiſchen den Advocaten, oder Procuratorn des Erzbiſchofs, und den Unterthanen oder Officialen der Suffraganen über den Verdienſt der Salarien entſteht, kann der Erzbiſchof nicht der ordentliche Richter ſeyn. 99)

h) Auch kann er die Gerichtsbeamte (officiales) ſeiner Suffraganen nicht mit Cenſuren belegen, weil ſie vor ſeinem Gericht nicht erſcheinen wollen, wenn gegen ſie geklagt wird. 100)

i) Weder darf der Erzbiſchof ſogleich auf die gemachte Appellation eine Ladung erkennen, ſondern er muß vorher finden, daß die Appellation Grund habe. 101)

k) Die Appellationsrechtsſache muß er in ſeiner Diöceß, oder in jener des einſchlagenden Suffraganen vornehmen, und die Appellanten ſind nicht ſchuldig auſſer dieſen zwey Stellen vor dem Erzbiſchof Recht zu ſtehen, damit ſie nicht etwan in entfernte Gegenden, wo ſich allenfalls der Metropolitan aufhalten möchte, gezogen werden. 102)

§. 1192.

Was hiebey zu beobachten.

Was endlich die Appellation von dem Biſchof an den Erzbiſchof betrift, ſo muß man den Unterſchied der Gegenſtände betrachten, über welche das biſchöfliche Urtheil ergangen iſt, war der Gegenſtand eine Sache, die der Biſchof auf einen beſondern Auftrag des Pabſts auszumachen hatte; ſo lauft der Appell freylich nicht an den Erzbiſchof ſondern an den Pabſt. Nun iſt aber den Biſchöfen nach der politiſchen Sprache des Tridentinums in vielen Fällen der Auftrag gegeben worden, im Namen, und Anſehen des Pabſts zu handeln. Allein ſehr viele

99) Cap. 1. de foro comp. in 6to.
100) l. c. §. 4.
101) Cap. 3. de Appell. in 6to.
102) Cap. 3. de off. ord. in 6to.

viele dieſer Fälle mögen gewiß ſchon ſo beſchaffen ſeyn, daß die Biſchöfe in eigenem Nahmen, und aus biſchöflicher Gewalt, ohne Vollmacht des Pabſts handeln können, und ſollen; mithin gehört die Ausübung der Gerichtsbarkeit unter die ordentliche biſchöfliche Gewalt, folglich, wann apellirt wird, muß die Appellation gerade an den Erzbiſchof, und nicht an den Pabſt gerichtet werden.

Man hat nach den Zeiten des Tridentinums beſſer die Gewalt der Biſchöfe einſehen gelernt, und ihre ordentliche Gewalt von jener, die ſie vom Pabſte haben, getrennt, folglich überzeugend geſehen, daß die Päbſte die Biſchöfe in vielen Sachen zu ihren gevollmächtigten Stellverweſern gemacht haben, in denen ſie Kraft ihres Hirtenamts ohne Vollmacht eine eigenthümliche Vollmacht ausüben können. Ueberhaupt zeichnen die Coblenzer, und Emſiſche Punctationen, wenn man auch in einigen Stücken zu weit gegangen wäre, doch die Gränzen der eigenthümlich erz- und biſchöflichen Gewalt gegen den Römiſchen Hof, nach dem Umriß der deutſchen Kirchenfreyheit ziemlich aus. Selbſt die Materie von verbottenen Recurſen nach Rom, die ich insbeſondere (Cap. 48.) abgehandelt habe, gibt hierinn vollkommenes Licht, wie viele Fälle gar nicht für das Römiſche Tribunal gehören. Hier iſt aber eigentlich nur von den Rechten der Erzbiſchofe die Rede.

§. 1193.

Den Erzbiſchöfen ſoll auch das Recht zuſtehen, jenen Predigern, die ſie als ſchädliche Kirchendiener erkennen, nicht blos in ihrer Erzdiöceſe, ſondern durch die ganze Provinz das Predigamt zu verbieten. 103) Hierüber möchte doch eine Widerrede ſtatt

Aufſicht über die Prediger.

103) Cap. 11. X. de Privilegiis.

ſtatt finden, weil in dem Fall des unten angezeigten Capituls, der Erzbiſchof zugleich aus Vollmacht des hierüber befragten Pabſts dieſes Verbot hätte ergehen laſſen. Allein es kommt darauf an, ob der Erzbiſchof vorher die Schädlichkeit, und Abſtellung des Predigers dem ordentlichen Biſchof angezeigt habe, denn ohne dieſen zu hören, würde es ein offenbarer Eingrif in die eigenthümliche biſchöfliche Gewalt ſeyn. Es läſt ſich nicht alles mit der deutſchen Kirchenfreyheit, und der urſprünglichen Gewalt der Biſchöfe nach der dermaligen ſeit den Decretalen ſo ſehr geänderten deutſchen Kirchenverfaſſung vereinigen, was in dieſen ultramontaniſchen Geſetzbüchern einzelnen damaligen Vorkommenheiten für eine in ſeiner Grundlage dem deutſchen Kirchenſtaate ganz entgegen geſetzten welſchen Provinz ſtatuirt wurde.

§. 1194.

Beſonders der exemten Klöſter.

Nach der Tridentiniſchen Verordnung 104) hat der Erzbiſchof das Recht, wenn gefreyte Klöſter (exempta monaſteria) Pfarreyen zu beſetzen haben, ſo kann der Erzbiſchof, in deſſen Provinz ſolch ein Kloſter liegt, es anhalten für das Wort Gottes zu ſorgen. In dieſem Falle ſcheint, daß ein jeder Biſchof in ſeiner Diöceß ſolches gegen exemte Klöſter vermög ſeiner hirtenamtlichen Pflicht und Gewalt eben wie der Erzbiſchof zu thun berechtigt ſey. Dann in dieſem Stück waltet zwiſchen beeden kein Unterſchied ob; es würden ſich aus dergleichen Eingriffen unvermeidliche Colliſionen, und Irrungen ergeben.

§. 1195.

Allmoſencollecte.

Wenn der Erzbiſchof eine Allmoſenſammlung zum Behuf ſeiner Metropolitankirche ausſchreibt, ſoll er

104) Seſſ. 5. c. 2.

er dieſe Sammlung aus eigener Gewalt in allen ſeinen untergebenen Suffraganatsdiöceſen vornehmen zu laſſen, nach dem Cap. de poenit. remiſſ. in 6to berechtigt ſeyn. Allein, da alle Gattungen geiſtlicher Collecten ſchon auf die weltliche Regierungsrechte der deutſchen Fürſten (wenn ſie gleich geiſtlichen Standes ſind) ſchon Einflus haben, die Armencollecten aber überhaupt nicht einmal mixti fori, ſondern gänzlich zur weltlichen Regierungsverfaſſung gehören, ſo verdient dieſes erzbiſchöfliche Recht, wiemehr andere, in Bezug auf die Decretalen, keine Rückſicht.

§. 1196.

Kreutz, und Benediction.

Der Erzbiſchof hat das Recht ſich in der ganzen Provinz das erzbiſchöfliche Kreutz vortragen zu laſſen: Auch in jenen Oertern, welche gefreyt ſind, ſowohl in als auſſer der Viſitation. 105) Die Congregatio rituum zu Rom hat zwar entſchieden, daß der Erzbiſchof dieſe Vorrechte nicht ausüben könne, wenn ein Cardinal, oder päbſtlicher Legat, oder Nuncius mit der Vollmacht eines legati a latere zugegen wäre; allein ein deutſcher Erzbiſchof der ſeine Würde kennt, wird ſich an dieſen Machtſpruch ſo wenig kehren, als an jenen, welchen die nehmliche Congregation in eben derſelben Sache *una taurinenſi* den 9 Merz 1593. gegeben hat, daß der Erzbiſchof, welcher in allen Diöceſen in, und auſſer der biſchöflichen Viſitation den feyerlichen Seegen (Benedictio ſolennis) geben kann, 106) wenn ein Nuncius zugegen iſt, ſolchen dieſe Segengebung übertragen, dieſer aber dem Erzbiſchof wieder zurück laſſen ſoll, damit das Volk die Hoheit des apoſtoliſchen Stuhls erkennen

105) Clem. 2. de Privileg.
106) Vermög des Cap. 2. de Privileg.

erkennen könne. Dieſsfalls wiſſen die Erzbiſchöfe ſich ſchon dagegen zu benehmen. Das Ceremoniale Episcoporum 107) verbietet dem Biſchof den Seegen an das Volk zu geben, wenn der Erzbiſchof zugegen iſt. Hier iſt der beſondere Vorfall nicht zu umgehen, daß der päbſtliche Legat Compegius 1730. den Cardinal Lang zu Salzburg in der Domkirche mit ungeſtümmen Worten zurück gewieſen habe, als dieſer den anweſenden Kaiſer den Seegen ertheilen wollte; der Legat gab über den Kaiſer den Seegen, nach gehaltenem *Te deum etc.* eben ſo, wie bey Eintritt des Kaiſers in die Kirche ſolchen der Biſchof Chriſtoph zu Augsburg über ihn ſprach. Dieſe Beſchimpfung konnte Cardinal Lang nicht verſchmerzen. 108)

§. 1197.

Zurechtweiſung der Suffraganats-Domkapitul.

Zu den Rechten des Erzbiſchofs gehört, daß er, wenn die Domherren einer Cathedralkirche auf die Cenſuren ihres Biſchofs nicht achten, und ohne augenſcheinliche Urſache den Gottesdienſt einſtellen (ceſſare a divinis) auf Anſuchen des Biſchofs, mit ſeinem höheren Anſehen die Domherren zum Reſpeckt für ihren Biſchof anhalten ſolle. 109) Pabſt Innocenz III. ſetzte zwar darzu, daß der Biſchof als Stellvertreter des Pabſts es thun ſoll; allein dieſer Zuſatz muß entweder darum angeflickt worden ſeyn, um die Domherren auf einmal mit dem ganzen Gewicht der Kirchenmacht zu beugen, oder er ſteht ohne alle Urſach da. Indem es gegen die ganze Uebereinſtimmung der Kirchenhierarchie anſtoßen würde, wenn der Erzbiſchof, da er beſonders von dem Biſchof als der nächſte Obere angerufen wird, nicht aus eigener Metropolitanmacht ſeine Gerichts-

107) lib. 1. c. 4.
108) Paul von Stettens Lebensbeſchr ꝛc. Saml. 2. S. 157.
109) Cap. 13. X. de off. Jud. ord. §. Coeterum.

richtsbarkeit brauchen könnte, wollen die Domkapitul ihrem ordentlichen Biſchof nicht gehorchen, kann ſie der Metropolit um ſo zuverläßiger zurecht weiſen, als der Clerus primarius wozu das Domkapitul gehört, und der Secundarius ſeiner Mittelbarkeit wegen, den Biſchöfen und Erzbiſchöfen unterworfen iſt.

§. 1198.

Gerichtsbarkeit über die Suffraganatbiſchöfe.

Die Biſchöfe hatten in dem erſten Zeitalter der Kirche eine ſehr große Gerichtsbarkeit ſowohl in geiſtlichen, als weltlichen, in Civil- und Criminalfällen über ihre Suffraganatsbiſchöfe. Wenn jemand gegen ſeinen Biſchof etwas zu klagen hat, (ſpricht die Synode zu Macon, 110) der belange ihn bey dem Erzbiſchof, der den Biſchof vorfordern, und ihn wegen der Klage zu Rede ſtellen ſoll; iſt die Sache etwas mehr verwickelt, ſo hat der Erzbiſchof einen oder zwey Biſchöfe dazu zu ziehen; fällt auch dieſem die Entſcheidung zu ſchwer, ſo muß eine Synode berufen werden um die Klage abzuthun. 111)

Dieſe erzbiſchöfliche Gewalt nahm aber merklich ab. Unter den fränkiſchen Königen beſonders in ſpätern Zeiten, hatte man, wie es ſcheint, ſo viel Zutrauen auf die Erzbiſchöfe nicht. In den Capitularien, 112) wie auch in dem Capitulari Carl des Gr. 113) werden die Klagen gegen einen Biſchof geradezu an die Provinzialſynode verwieſen. 114)

Es war alſo bey dem Erzbiſchof ordentlicher Weiſe, oder nach den ſo eben angezogenen Capitularien bey der Provinzialſynode die erſte Inſtanz, wenn der Biſchof verklagt werden ſollte, weigerte er

 ſich

110) Matis conenſis cang. J. 585.
111) Van Eſpen. P. 1. tit. 19. cap. 2.
112) Buch 7. Cap. 358.
113) Zu Frankfurt 794. errichtet Cap. 4.
114) Traité contentienſe tom. 1. chap. 1. §. 2. n. 4.

Staats-Bibliothek Bamberg

ſich der erzbiſchöflichen Urthel nachzuleben, ſo konnte er von dem Erzbiſchof mit den gewöhnlichen Kirchenſtrafen angeſehen werden.

§. 1199.

Einſchränkung der Erzbiſchöfe.

Wenn man nun die alten Urkunden in ihren Quellen aufſucht, und mit dem bereits vorausgeſetzten vergleicht, ſo finden wir, daß die Erzbiſchöfe zwar eine Zeit lang noch immer den Hauptantheil an der Verurtheilung der ſtraffälligen Biſchöfe, niemal aber allein das ganze Geſchäft, wenn die Strafe groß war, in ihren Händen hatten.

Die große Synode von Nicäa, jene zu Sardica, und die von Antiochia vom J. 341. ſprechen ſehr ausdrücklich, daß die ſündhafte Biſchöfe von ihres gleichen in einer Verſammlung unter dem Vorſatz des Erzbiſchofs geurtheilet werden ſollen. Die letztere ſetzen hinzu, wenn die Stimmen der richtenden Biſchöfe getheilt ſeyn ſollten, ſo ſoll der Erzbiſchof noch einige Biſchöfe aus einer benachbarten Provinz herbeyrufen, und mit dieſer ihrer Beſtimmung den Spruch auf eine, oder die andere Seite fällen, wäre aber der beklagte Biſchof von allen einhellig verdammet worden, ſo ſollte es unabbrüchig dabey bleiben. Man wird kaum unter den Kirchenordnungen eine finden, welche durch öftere, gleichförmigere, und nachdruckſamere Einſchärfung wäre wiederholet worden, als dieſe, nach welcher die Biſchöfe mit Zuziehung der übrigen Provinzialbiſchöfe in ſchwehren Verbrechen, und Straffällen ſollten gerichtet werden.

§. 1200.

Verordnung des Tridentinums.

Dieſe Verordnungen dauerten aber nicht lange, in der tridentiniſchen Kirchenverſammlung Seſſ. 23 und 24. ward entſchieden, daß die Biſchöfe wegen groben,

groben, die Entſetzung ihrer Würde verdienten Verbrechen bey niemand anders, als zu Rom verklagt, verurtheilt, und geſtraft werden ſollten. Die Franzoſen widerſetzten ſich heftig, und blieben bey dem Syſtem der Provinzialſynode. 115) Selbſt das Tridentinum 116) hat verordnet, daß, ſo ferne es nöthig ſeyn werde, die Unterſuchung eines biſchöflichen groben Verbrechens auſſer den Römiſchen Gerichten, an jemand anderſt zu überlaſſen, dieſer durchaus der Erzbiſchof oder doch ein anderer Biſchof ſeyn ſollte. Sind die biſchöfliche Sünden ſo halsbrechend nicht, ſo hat das Concilium, um dem Erzbiſchof auch hierinn die Hände zu binden verordnet, daß die minder großen peinlichen Klagen wider Biſchöfe in der Provinzialſynode, oder durch einen von denſelben zu beſtimmenden Ausſchuſſe abgethan werden ſollen.

In Deutſchland würde es aber, wie wir aus verſchiedenen merkwürdigen Vorfällen bereits ſchon erſehen haben, weder auf den Erzbiſchof, noch auf die Provinzialſynode, vielleicht auch nicht einmal auf den Pabſt ankommen, wenn ein Biſchof abgeſetzt werden ſollte. Die kaiſerliche Wahlcapitulation dient hierinn ſchon zu einiger Belehrung, man ſtelle hier zuſammen, was ich anderwärts über dieſen wichtigen Gegenſtand voraus geſetzt habe.

§. 1201.

Rechte bey Abweſenheit der Biſchöfe.

Wenn ein Biſchof von ſeiner Diöceß über die geſetzmäßige Zeit abweſend ſeyn will, ſoll er laut des Tridentinums 117) ſolches entweder dem Pabſt, oder dem Erzbiſchof anzeigen, auch die Urſach ſeiner Abweſenheit beyſetzen, und den Ausſpruch des Erzbiſchofs erkennen, auch darüber ſich ein ſchriftliches Zeugniß ausſtellen laſſen. Hierdurch wären nun die Bi-

115) Pallavicini lib. 23. c. 7.
116) Seſſ. 24. Cap. 5. de Reform.
117) Cap. Seſſ. 23.

Biſchöfe ziemlich gebannt, und die Erzbiſchöfe mit einem mächtigen Arm verſehen.

Allein die Willkühr an den Pabſt zu gehen, und die in eben dem Capitel beigeſetzte Clauſel, ſo fern nicht der Biſchof ein Amt bekleidet, welches ſeine Abweſenheit zuweilen nothwendig, und ſchnell dringend macht, gibt dem Biſchof Anlas genug den Erzbiſchöfen die Ehre der Anfrage zu entziehen; und den Biſchöfen das ausdrückliche Recht in ſolchen Fällen den Erzbiſchöfen nicht einmal die Urſachen ihrer Abweſenheit anzuzeigen.

In Deutſchland denkt kein Biſchof daran, ſeine Abweſenheit bey dem Pabſt oder dem Erzbiſchof weder anzuzeigen noch zu entſchuldigen. Die Bißthümerpluralität hat die Abweſenheit der Erz- und Biſchöfe zur Gewohnheitsſache gemacht. Warum ſollte wohl der Biſchof ſeinem Erzbiſchof, der ſich eben dieſer Abweſenheitsfreyheit bedienet, eine Anzeige machen. Die Erzbiſchöfe opfern dieſes nach dem Tridentinum erhaltene Recht der Annehmlichkeit der Bißthümerpluralität gar gerne auf. Wir wiſſen in unſerem Jahrhundert Erzbiſchöfe, die in ihrem ganzen Leben nicht in die neben dem Erzbißthum beſeſſene Bißthümer gekommen ſind. Einige unſerer noch jetzt lebenden Erzbiſchöfe beſuchen ihre Nebenbißthümer vielleicht alle vier bis ſechs Jahre nach Zuläßigkeit der Finanzumſtände. Churfürſt Clemens Wenzeslaus zu Trier machte im J. 1782. ſeine Reſidenz im Bißthum Augsburg, und 1789. kam er wieder auf ein paar Monath. Die Päbſtliche Diſpenſationsbulle über die Bißthümerpluralität ſetzt jeden Pluraliſten in foro fori ſeiner Abweſenheit wegen auſſer Verantwortung. In dem Gewiſſen aber, oder (in foro Poli) wie die Theologen ſich ausdrücken, iſt die Bißthümerpluralität auſſer einem dringenden Nothfalle niemals zu recht-

fertigen,

fertigen, wenn man erweget, wie der Biſchof beſchaffen ſeyn ſoll und wie er in Anbetracht ſeiner zugleich begleitenden weltlichen Fürſtenwürde und getheilten Amtsobliegenheit ſeine biſchöflichen Pflichten bey der Bißthümermehrheit niemals nach Erforderniß erfüllen kann. Die Verantwortung nimmt daher jeder Pluraliſt unauflößlich mit ſich ins Grab. Das 119. Capitel 118) wird dieſe Wahrheit in ein ganz helles Licht ſetzen. Das Tridentinum 119) berechtigt nicht nur, ſondern verpflichtet auch die Erzbiſchöfe bey dem Pabſt jene Biſchöfe anzugeben, welche über ein Jahr von ihren Sprengeln ſich entfernet halten. Allein nach dem das Bißthümerpluralitätsſyſtem einmal in Deutſchland gleichſam zum Geſetz geworden iſt, ſo bekümmert man ſich um die Verordnungen des Kirchenraths wenig, oder gar nichts. 120)

§. 1202.

Verbannung der Ketzer, beſchützer.

In der großen Synode zu Rom im Lateranenſiſchen Pallaſt vom J. 1215. welche in Anſehung der Beyſitzer-Anzahl von 1285. Köpfen eine der gröſten war, wurde den Erzbiſchöfen das Recht eingeraumt, mit

118) Von der Pluralität der geiſtlichen Beneficien.
119) Seſſ. 6. C. 1.
120) Mir ſcheint die Erz- und Biſchöfe denken in dieſem Fall, wie jener Ritterſchaftliche Cavalier, deſſen Pfarrer in ſeiner Anweſenheit heftig über die Nichthaltung des 6ten Gebots, und ſelbſt in Bezug ſeiner adelichen Dorfsherrſchaft gepredigt hat. Der hierüber betroffene Dorfsherr lud ihn deſſelbigen Tags zur Tafel, und verwieß ihm die Unanſtändigkeit gegen ſeine Herrſchaft in dieſem Punkte ſo ſtarke Kanzeldeutungen zu geben, mit der beygefügten Aeuſſerung: „wiſſen ſie auch Herr Pfarrer daß wir im Canton „Donau das ſechſte Geboth gar nicht angenommen haben,“ ſo wie man ungefähr von der Annahme des Concilii Tridentini in dem Punkt der heimlichen Ehen ſpricht. Moſer über Regenten und Regierung. — Vielleicht war dieſes die Urſache, warum ſo wenige deutſche Biſchöfe ſich bey Abhaltung des Tridentiniſchen Kirchenraths eingefunden haben, und einige Schlüſſe nicht angenommen worden ſind.

mit Zuziehung der übrigen Biſchöfe alle diejenige in den Kirchenbann zu thun, welche ihre Länder nicht von Ketzern geſäubert haben, nachdem ſie dazu ermahnt worden ſind. Die Erzbiſchöfe ſollten alſo der Werkzeug zu einer ſolchen harten Unternehmung ſeyn. Allein einerſeits erweiſet ſchon Düpin daß der Canon in Anſehung dieſes Rechts nicht von der Synode, ſondern von P. Innocenz III. eingeſchoben worden ſey. Andererſeits hat dieſes Recht ſowohl in den Ländern der deutſchen Reichsſtifter, als der weltlichen Fürſten, in welchen die Biſchöfe die geiſtliche Gerichtsbarkeit auszuüben haben, keine Anwendung. Ein Ketzergericht im geiſtlichen Verſtande iſt in Deutſchland ohnehin faſt eine Chimäre; in geiſtlichen Stiftsſtaaten kan der Erz- und Biſchof keine andere Religionspartheyen dulten, als welche die Conſtitution und Geſetze ſeines Landes mit ſich bringen. In weltlichen Staaten hat weder der Erz- noch Biſchöfe über die Dultung oder Nichtdultung anderer Religionspartheyen, als jene des Landes iſt, etwas zu ſagen, weil ſeine Epiſcopalgerichtsbarkeit nur über die Römiſchkatholiſche, auch ſelbſt über dieſe mit gewißen Modificationen heut zu Tage ſich nur erſtreckt. Bey Reichsgeſetzmäſig gedulteten Religionstheilen lauft das Wort Ketzer gegen die Reichsgeſetze, und iſt höchſt verpönt, und ſelbſt gegen all andere Religionspartheyen läſt ſich das Wort Ketzer gar nicht gebrauchen, weil die Begriffe eines Ketzers, oder Irrlehrers heut zu Tage bloß nach bürgerlichen Verſtand genommen, und von demjenigen geſagt werden, welcher Meinungen verbreitet, die die nothwendigen Grundſätze der Religion, der Sitten, der bürgerlichen Verfaſſung, und die dahin gehörige Ordnung erſchüttern, den Bürger in Ungewißheit ſetzen, und überhaupt Gelegenheit geben, daß die Denkungsart eines Bürgers

verdeckt wird — gegen einen ſolchen Auswurf der menſchlichen Geſellſchaft macht jeder gutdenkende Landesfürſt kurzen Proceß, ohne auf das heut zu Tage gar nicht mehr übliche Erzbiſchöfliche Abmahnungsrecht Rückſicht zu nehmen.

§. 1203.

Die Synode zu Toledo vom J. 675. ſchreibt, um die Ungleichheit des Gottesdienſtes zu vermeiden, can. 13. hiſt. 12. vor, daß alle Biſchöfe die Art des Gottesdienſts nachmachen ſollen, welche in der erzbiſchöflichen Kirche eingeführt iſt, würde ſich der Biſchof deſſen weigern, ſoll der Erzbiſchof berechtigt ſeyn, ihn mit Bußen und Schärfe, zur perſönlichen Erlernung einer gleichförmigen Gottesdienſtsweiſe anzuhalten. Allein, da es darauf ankommt, was für Gewohnheiten in jeder Cathedralkirchen hergebracht ſind, und über das jeder Biſchof mit einem Generalvicar verſehen iſt, ſo findet dieſes Erzbiſchöfliche Recht beſonders bey dermalig veränderter Kirchenverfaſſung nicht mehr ſtatt, und dient den Biſchöfen der can. 11. diſt. 12. zum Schutz.

Gleichförmigkeit des Gottesdienſts.

§. 1204.

Wenn jemand ſich bey dem Erzbiſchof beſchweret, daß ihn der Biſchof auf eine ungerechte Weiſe in Kirchenbann gethan habe, darf der Erzbiſchof, ohne den Verbannten an den Biſchoffen zurück zu ſchicken nicht auflöſen, nur alsdann wenn der Biſchof halsſtarrig ſich erzeiget, und der Kläger durch einen Eid verſichert, im Fall der Schuldhaftigkeit dem Biſchof Genugthuung zu verſchaffen, darf er ihn losſprechen, im Fall des Eidbruchs oder der nicht geleiſteten Sicherheit würde der Losgeſprochene wieder in den Bann gerathen. 116)

Auflöſung des Kirchenbannes.

G 5 §. 1205.

116) Cap. 8. X. de off. Ind.

§. 1205.

Eintretung des Erzbiſchöflich. Richteramts.

Sobald es erwieſen iſt, daß ein Biſchof ſein Richteramt gegen einen ſeiner Unterthanen (verſteht ſich in einer ganz geiſtlichen Sache) verdächtig gemacht, ſo hat der Erzbiſchof das Recht für dieſen Fall das Richteramt zu vertreten 117). Allein die Erzbiſchöfe ſind zu vernünftig, als daß ſie eine Verfügung treffen, ehe und bevor nicht unwiderſprechliche Beweiſe vorliegen.

§. 1206.

Beſtellung eines Biſchofs.

Nach dem Cap. *ne pro defect.* X. *de Election:* hatte der Erzbiſchof das Recht, ſo ferne das Cathedralcapitel innerhalb drey Monaten keinen neuen Biſchofen erwehlet hatte, einen ſolchen ſelbſt zu ſetzen. In Deutſchland fällt dieſes Recht nach den Concordaten dem Pabſt bereits ſchon erwähnter maſſen (§. 311.) anheim. Der einzige Fall in Deutſchland macht hier eine Ausnahme, wenn nemlich der Reihe nach, das Bißthum Osnabrück einen proteſtantiſchen Biſchof hat, alsdenn tritt der Erzbiſchof von Cölln als Metropolitan von Osnabrück ipſo Iure in das Recht ein, die geiſtliche und biſchöfliche Verrichtungen zu beſorgen. (§. 277.)

§. 1207.

Conſecrirung eines Erzbiſchofs.

Es war ehedeſſen eine wichtige Frage, von wem der Erzbiſchof ſollte conſecrirt werden? Nach den alten Rechten ſtund dieſe Verrichtung der Provincialſynode faſt bis in das 13te Jahrhundert zu. (§. 505.) Wie aber die Einweihung der deutſchen Biſchöfe in die Hände des Pabſts geſtellt wurden, ſo geſchah es auch mit der Conſecration und Benediction der Erzbiſchöfe. Die Unterlaſſung der Provinzialſynoden, die Uneinigkeiten im deutſchen Reich, und in der Kir-

117) Cap. 61. X. de Apellat.

Kirche, die Einbildung, daß die Conſecration von den Päbſtlichen Händen ehrſamer ſey, und noch mehr Bewegurſachen und Gelegenheiten haben die Conſecration der Erzbiſchöfe nach Rom eingeleitet. 118) Nach dem Tridentiniſchen Kirchenrath ſoll ein Erzbiſchof von ſeinem älteſten Suffraganten conſecrirt werden: allein der Erzbiſchof ſchlägt insgemein den Conſecrator, den er zu haben wünſchet, dem Pabſt vor, und dieſer erhält ſo nach die Vollmacht dazu (§. 510.) Churfürſt Clemens Auguſt zu Cölln ließ ſich zu Viterbo von dem Pabſt Benedict XIII. conſecriren, weil man ihm zu Rom wegen des Ceremoniels Schwierigkeiten machte.

§. 1208.

Errichtung eines Erzbiſthums

In älteſten Zeiten war das Wort Metropolis bald im weltlichen bald im kirchlichen Verſtand genommen. Dann die Erzbißthümer entſtunden wie die Erzbiſchöfe gleichſam von ſelbſten. Welcher Erzbiſchof in einer römiſchen Metropolitanſtadt ſeinen Sitz aufſchlug, der war Erzbiſchof; und die Stadt, die im Staat ſchon die Metropolis, Haupt, oder Mutterſtadt war und blieb, wurde auch eine Metropolitanſtadt genannt, auf dieſe Art entſtanden viele kirchliche Metropolitane, je nachdem die neuen Kaiſer, deren manchem die alte Einrichtung nicht gefiel, manchem auch die Begierde etwas neues zu ſtiften, und ſeinen Namen zu verewigen, kizelte, bald aus dieſer, bald aus jener gemeinen Stadt eine Hauptſtadt oder Metropolis zu machen.

Da aber die Abänderung zu oft vorkam, und die eben ſo herrſchſüchtige als des Gehorſams müde gewordene Biſchöfe ſo viele Verwirrungen machten, indem ſie nach der Ehre der Metropoliten lüſterten, ſo ließ Pabſt Innocenz I. das Verbot ergehen 119) mit

118) Thomaßin P. 2. Lib. 2. c. 43.
119) Man ſehe ſeinen 18ten Brief deswegen nach.

mit der Veränderung der Metropolitanſtädte nicht auch die kirchliche zu vermengen; ſondern denjenigen Biſchof nur als Biſchof zu belaſſen, deſſen biſchöfliche Stadt von den Kaiſern zu einer Metropolis erhoben ward. Daher läßt ſich leicht erklären, daß zu Worms ehmals ein Metropolitanſitz geweſen, der ſodann auf die nemliche Art auch eingegangen iſt.

§. 1209.

Die Päbſte behaupteten dieſes Recht.

Die Könige und Kaiſer ſchienen ſchon zufrieden zu ſeyn, wenn ſie die neu errichtete Erzbißthümer nur mit Güter und Nutzungen beſchenken konnten, die Ehre der Errichtung ward dem Pabſt gerne überlaſſen. Die Könige bekümmerten ſich auch mehr Jahrhunderte hindurch nicht nm die Einrichtung, Erhaltung und Abänderung der Erzbißthümer, weil ſie die chriſtliche entweder nicht angenommen hatten, oder ſich mit der Sorge über ihre äuſſere Einrichtung nicht abgeben wollten. Hieraus iſt der Grund zu nehmen warum die Metropolitan-Städte Mainz und Cölln und noch einige andre erſt im 8ten Jahrhundert zu ihrer Ständigkeit gekommen ſind. Ungeachtet Carlmann in der Synode 742 zu Chambray ſagte, daß er mit Einholung des Raths ſeiner Geiſtlichen und Großen, den Bonifacius, der ſchon lang Erzbiſchof ohne ein Erzbißthum zu haben, zum Erzbiſchof in Mainz beſtellt, und gemacht, ſo läßt ſich doch abnehmen, daß es mit Genehmigung des Pabſtes jederzeit geſchehen ſey. 120) Zu Ende des 8ten Jahrhunderts dachte man ſchon gar nicht anderſt, als daß die Erzbißthümer von den Päbſten entweder errichtet, oder doch beſtätiget werden müſſen, beſonders da die Erzbiſchöfe ohne das Pallium ihrem Amt nicht vorſtehen konnte. Allein da nunmehro wenigſtens

120) Schmidts Geſchichte der Deutſchen. 2. B. 2. B. Cap. 12.

ſtens in Deutſchland, alle Diocöſen ausgetheilt ſind, ſo hält es ſehr hart, ein neues Erzbißthum zu errichten. Es würde auch in anderweiterm Betracht hart halten, da ſich kein Erzbiſchof, oder Biſchof von ſeinem Sprengel etwas entziehen läßt, und der Pabſt auch keine freye Hand mehr hat, hierüber zu diſponiren, weil bey einer ſolchen Veränderung wegen gar vielen erheblichen Urſachen, die Genehmigung der Landesherren vorzüglich erforderlich iſt. Die wichtigſte Beweggründe, daß die Errichtung der Erz- und Bißthümer nach der heutigen deutſchen Reichsverfaſſung den Landesherrn allein zuſtehe, ſind ſchon (§ §. 243. bis 247.) angezeigt worden.

§. 1210.

Die Würdigkeit der erſten und alten Biſchöfe gründete ſich ganz allein auf ihre perſönliche Verdienſte. Sie waren Männer, welche wo nicht gerad in Anſehung der Gelehrſamkeit doch in der practiſchen Kenntniß der chriſtlichen Lehre über die übrigen Lehrer erhaben waren. Männer, denen es mit der Ausübung und Fortpflanzung des Chriſtenthums ein wahrer Ernſt war, und die ſich deswegen keine Mühe verdrießen ließen; Männer, die ihrer Gemeine und den übrigen Geiſtlichen mit den löblichſten Beyſpielen vorleuchteten, und nicht ſelten als Bekenner, Wunden und Narben davon getragen hatten, alle Augenblick ſelbſt bereit waren, um dieſelbe in den Tod zu gehen, auch ihn ſehr oft mit vieler Standhaftigkeit erduldeten.

Beſchaffenheit der alten Biſchöfe.

Die Gemeinen und übrigen Lehrer ſchätzten ſich glücklich ſolche Direktoren, Vorſteher und Anführer gehabt zu haben. Man vergab ihnen wegen ihren vielen und großen Tugenden einige Fehler, welche ſie hatten. Was ſie vorſchlugen war wohl gemeint, und geſchah ohne Abſicht auf eigenen Nutzen und

Ehre.

Ehre. Man ließ ihnen gerne manches zur Entſcheidung, da man es keinen beſſern Händen anvertrauen konnte.

Das eigene und perſönliche Verdienſt der Biſchöfe war alſo die erſte Quelle ihres Wachsthums, ſo wie in den älteſten Zeiten manche Regenten ihre Erhebung und ihre Vorzüge ihren großen und edlen Thaten zu danken hatten, durch welche ſie ſich vorher, oft bey den gefährlichſten Gelegenheiten, um das Volk verdient gemacht hatten.

Ob die heutige Erz- und Biſchöfe an Selbſtverdienſt und andern Eigenſchaften mit den erſten und alten Biſchöfen die nemliche Gleichheit habe, hierüber will ich aus Beſcheidenheit nicht entſcheiden. Doch läßt ſich eine allgemeine Meinung leicht begreifen, wenn man mit der bereits geſagten, dasjenige, was von dem Amt eines Biſchofs vorkommt, vergleichen will.

§. 1211.

Von der Biſchöflichen Gewalt überhaupt.

Bisher ward von der Erzbiſchöflichen Gewalt in all ihren Theilen gehandelt; nun trift es die Ordnung auch von der Biſchöflichen zu reden. Vorausgeſetzt, daß die Erzbiſchöfliche Gewalt in ihrem weſentlichen Verhältniſſe nicht größer iſt dann die Biſchöfliche. Die Erzbiſchöfe, wenn ſie ſchon als Metropoliten und Vorgeſetzte in gewiſſen Fällen den Biſchöfen zu befehlen, und von dieſen eine hierarchiſche Abhängigkeit erlangen, ſo ſind ſie dennoch eben auch nicht mehr und nicht weniger als Biſchöfe, in Rückſicht ihrer eigenen Erzdiöceſen. Ueberhaupt und im Grund genommen, giebt es alſo nur allgemeine und zwar nur eine Hauptgewalt in der Kirche, und dieſe iſt die Biſchöfliche, in der ſich Pabſt- Erz- und Biſchofthum ſowohl wegen des allgemeinen Endzwecks, als wegen der Einſetzung und Gewaltausübung conzentri-

zentriret. Der Grund des Ganzen iſt und bleibt eben auch wieder das Presbyterat, dann alle müſſen nach den Päbſtlich- und Römiſchkatholiſchen biſchöflichen Syſtem Prieſter ſeyn.

Die Hauptvollmacht oder Vollmacht der Biſchöfe zerfällt in zwey Haupttheile, von denen der erſte die Gewalt enthält, welche kraft der biſchöflichen Weihe (Poteſtas ordinis) ihnen zukommt. Der andere ſchließt die Gerichtsbarkeit (*Poteſtas jurisdictionis*) ein, welche zu dem Kirchenregiment gehört.

Neben dieſen Haupttheilen ſind noch zwey Vorrechte, welche den Biſchof auszeichnen, nemlich das Recht *legis dioeceſanae*, welches die Canoniſten unter dieſen Namen beylegen, wodurch der Biſchof gleichſam eine geiſtliche Territorialhoheit erlangt, wiewohl dieſe Gattung von Gewalt mit der Poteſtate Iurisdictionis ſchon ſo genau verbunden iſt, daß das Recht legis dioceſanae keiner beſondern Abtheilung bedarf, und endlich die *Iura ſtatus*, worinn die Freiheiten und Vorzüge begriffen ſind.

§. 1212.

Vermöge der Poteſtatis ordinis muß man zum voraus jene Gewalt bemerken, die den Biſchöfen mit den Prieſtern gemein iſt, als 1ſtens die Gewalt zu taufen, 2tens zu predigen, 3tens die Büſſende los zu ſprechen, und 4tens das Abendmahl unter beiden Geſtalten zu conſecriren, und zu empfangen, und 5tens ſolches nach dermaliger Gewohnheit unter einer Geſtalt auszutheilen. Den bekannten Streit, der ſelbſt unter den Catholicken obwaltet, von denen einige ſagen, daß die obige Vollmacht der Prieſter lediglich von dem Willen der Biſchöfe abhange, andere aber beſonders die Franzöſiſche behaupten, daß ſolche Vollmacht von Chriſto ſelbſt durch die 72 Jünger den ſeelſorgenden Prieſtern verliehen, und nur

Und der Poteſtate ordinis.

denen

denen Biſchöfen die Eintheilung in die Arbeiten überlaſſen worden ſey, muß ich als eine zu den Kirchenrecht ganz allein gehörige Sache übergehen. Genug, daß alle Biſchöfe eben ſo wie alle Prieſter ordinirt ſeyn müſſen, und keiner ſich die Weihen ſelbſt geben kann, mithin nicht aus der Gewalt des Biſchofthums, ſondern des Prieſterthums die Hauptgewalt herzuleiten ſeye.

Die andere Gattung der biſchöflichen Gewalt iſt, wenn es bey der Ordnung bleibt, den Biſchöfen mit Ausſchlieſung aller geringeren Kirchendiener ganz allein eigen. Als 1ſtens die Gewalt die Kirchendiener zu ordiniren, 2tens das Sakrament der Firmung zu ertheilen, 3tens den Chryſam zu weihen, 4tens Kirchen zu weihen, 5tens entehrte Kirchen und Kirchhöfe wiederum herzuſtellen, 6tens die Aebte, Aebtiſſinnen und Nonnen einzuſegnen; unter dieſen Wirkungen der biſchöflichen Gewalt ſind einige Vollmachten, die der Biſchof andern Prieſtern übertragen kann, und andere, die er nicht übertragen kann. Die einzige Gewalt Prieſter und Biſchöfe zu weihen iſt diejenige, welche nach dem katholiſchen Kirchenſyſtem niemand als der Biſchof ausüben kann.

Die übrigen Arten ſind entweder nicht aus der göttlichen Anordnung, ſondern nur aus der Kirchen Willkühr dem Biſchof allein eigen; oder ſie werden ſelbſt von den katholiſchen Theologen bezweifelt, ob ſie den biſchöflichen Amt ſo weſentlich angeheftet ſeyn, daß ſie einem Prieſter nicht anvertrauet werden dürfen. Selbſt die Prieſterweihe kann im Nothfall nach der Meinung vortreflicher Männer als des Morinus, Eſpen, Stattler u. a. von einem Prieſter verrichtet werden, wenn ihm ein Biſchof dieſe Gewalt aufträgt.

In der Ausübung dieſer Wirkungen der biſchöflichen Gewalt hat ſich durch zwölf bis dreyzehn Jahr-

hundert auſſerordentlich vieles geändert: hauptſächlich haben die Biſchöfe wenigſtens was den Predig- und Beichtſtuhl auch die Adminiſtration der Sacramente betrift, alles perſönlich und zwar mit einer großen Genauigkeit verrichtet, welches anjetzo größtentheils von dem niedern Clerus vollbracht wird. Man kann die merkwürdigen Veränderungen die allein das Kirchenrecht angehen, umſtändlich anderwärts 121) nachleſen.

§. 1213.

Was nun die geſetzgebende Macht der Biſchöfe anlangt, iſt ſolche in römiſch katholiſcher Kirche immer anerkannt worden: ſie war aber und iſt noch gegenwärtig nichts weniger als uneingeſchränkt: ſie hat in Rückſicht ihrer Gränzen die Kirchenzucht zu ihrem Gegenſtand, und darf weder gegen die geoffenbarte Geſetze, noch gegen die einmal von der geſamten Kirche angenommenen Masregeln anſtoſſen; es ſey dann daß die Noth es erfordere, in einem und dem andern Falle, durch eine Diocöſanſatzung ſelbſt von dem allgemeinen Kirchengeſetz abzugehen. So lang aber das neue biſchöfliche Geſetz nicht gegen die allgemeine Kirchenſatzungen ſtreitet, ſind dem Biſchof die Hände ungebunden, weil er auch allein in ſeiner Diöceß ohne Zuziehung des übrigen Clerus, nach dem die Geiſtlichkeit ſo ſehr angewachſen iſt, und die Diöceſanſynoden aufgehört haben, die Geſetzgebende Gewalt hat. Dann v. einer jeden Wirkung insbeſondere und zwar von der Geſetzgebung.

Durch die häufige Exemtionen der Klöſter hat freylich die Geſetzgebende Gewalt der Biſchöfe in dem Ausübungskreiſe ſehr vieles verlohren. Doch ſetzte das

121) Deutſche Encyclopädie Th. 3 voce Biſchof. S. 825. allda dieſe Materie ſehr erudit und weitläufig ausgearbeitet iſt

das Tridentinum, wie wir anderwärts erſehen werden, den Exemten wiederum gewiſſe Grenzen, daß beſonders die Ordensgeiſtliche ſich nicht ganz von der biſchöflichen Diöceſangerichtsbarkeit losmachen konnten.

Bey der Geſetzgebenden Gewalt haben die Biſchöfe daher vier Stücke nothwendig zu beobachten: erſtlich, daß die Geſetze gegen die geoffenbarte und allgemeine Kirchengeſetz, ſelbſt gegen die Kirchenzucht, und die Regeln und Statuten der Exemten nicht anſtoſſen; zweytens daß die biſchöfliche Geſetze ſich nicht weltlicher Gegenſtände wegen der weltlichen und landesfürſtlichen Geſetzgebung zu nahe kommen, und ſich ſelbſten den Vollzug nehmen, drittens daß die Biſchöfe ſorgen, damit ihnen keine andere Geſetze aufgedrungen werden, z. B. von Seiten des römiſchen Hofs, welche ſie mit gehöriger Mäßigung aus aller Wirkung zu ſetzen haben 122) und viertens daß die Biſchöfe nicht nur auf den Vollzug ihrer gegebenen Geſetze genau halten, ſondern daß ſie mit gutem Beyſpiel vorangehen, als Geſetzgeber ſelbſt ſolche ſtreng beobachten, und den erſten und größten Schritt kraft ihres Amts, zur chriſtlichen und biſchöflichen Vollkommenheitsausübung machen.

Ueberhaupt wenn einmal angenommen iſt, daß der Biſchof in ſeiner Kirche Geſetze geben kann, ſo folgt ungezwungen, daß er die alte abſchaffen und neue dafür einführen darf. Da aber die biſchöfliche Gewalt nichts weniger als willkührlich, und immer durch

122) Wie auf was Art das Placetum Epiſcopale gegen die päbſtliche Bullen in Ausübung zu bringen, und wie, wenn ſolche den Biſthum nicht angemeſſen, auſſer Wirkung zu ſetzen ſeyn, hierüber hab ich in meinem herausgegebenen Commentario Eſpeniano ad jus canonicum noviſſimum animadverſionibus ad ſtatum germaniae accomodato cum facultate ſuperiorum Auguſtae Vindelicorum 1782. S. 9. und 10. meine Meinung ſchon geſagt.

durch die nothwendige Ruckſicht auf das einzige Beſte der Seele eingeſchränkt iſt; ſo wird niemand zweifeln, daß ohne dringende Urſache die alten Geſetze welche immer deſto beſſer ſind, je näher ſie an die apoſtoliſche Zeiten hinreichen, nicht abgeſchaft werden ſollen.

§. 1214.

Der zweyte Haupttheil der biſchöflichen Gewalt enthält die Gerichtsbarkeit, welche der Biſchof in der katholiſchen Kirche auszuüben hat. Hierunter iſt begriffen die Macht des Biſchofs für ſeine Dioeeſe Geſetze zu geben, 2tens ſolche aufzuheben, 3tens in den allgemeinen Kirchengeſetzen, und wenn es die Noth oder der Nutzen erheiſchet zu diſpenſiren, 4tens die geiſtliche Rechtshändel zu entſcheiden, 5tens Kirchenſtrafen anzuſetzen, 6tens von ſolchen loszuſprechen, 7tens die Diöceſen zu viſitiren, 8tens eine Kirchenverſammlung zu berufen, 9tens Ablässe zu ertheilen, 10tens geiſtliche Pfründen zu vergeben, 11tens die zu ſolchen Pfründen von andern präſentirte Geiſtliche zu beſtättigen, 12tens die geiſtliche Kirchendiener nach Verdienſten ihrer Aemter zu entſetzen, 13tens die Kirchengüter rechtmäſig zu verwalten, 14tens denen Geiſtlichen eines Sprengels Dimmiſſoriales von verſchiedener Art zu ertheilen.

Von der Poteſtate Iurisdict. überhaupt.

Nun iſt gewiß, daß in dem Verlauf ſo vieler Jahrhunderte und durch die in der Kirchenverfaſſung vorgegangenen auſſerordentlichen Veränderungen, einige dieſer Gerechtſamen wo nicht ganz in Verfall gerathen ſind, doch von der vorherigen Uebung manches verlohren haben. Es iſt deßwegen nothwendig eine jede der obangezeigten Wirkungen nur insbeſondere zu betrachten. Hiebey iſt anzumerken, daß alles, was hier von der biſchöflichen Gewalt geſagt wird, die Biſchöfe wie die Erzbiſchöfe in glei-

chem Maße angehe, indem dieſe nur in Rückſicht ihrer Suffraganbiſchöfe Erzbiſchöfliche Gerechtſame auszuüben haben, in Belang ihrer Erzdiöceſen nicht mehr und nicht weniger Gewalt, als andere Biſchöfe haben.

§. 1215.

Dem Diſpenſationsrecht.

Die Gewalt eines Biſchofs in allgemeinen Kirchengeſetzen jedoch nur in Nothfällen zu diſpenſiren, gründet ſich darauf, daß ein jeder Biſchof die Angelegenheiten der ganzen Kirche zu beſorgen hat. Als Biſchof hat er die Pflicht und folglich auch das Recht das Beſte der ganzen Chriſtenheit zu betreiben. Nebſt dieſem iſt denen Biſchöfen zu allen Zeiten das Wohl ihrer chriſtlichen Heerden am Herzen gelegen: die Kirchengeſetze ſollen dieſes befördern: tritt nun der Fall ein, daß ſolch ein Geſetz entweder der Heerde nichts nützet, oder nach der Lage der Umſtände zu ſchwer wird, ſo folgt von ſelbſten, daß es dem Vorſteher der Kirche erlaubt ſey, das Geſetz in dieſem Falle zu erlaſſen; vorausgeſetzt, das ſolche Geſetze weder von dem Recht der Natur noch von dem göttlichen ausdrücklichen Gebot herrühren, mithin weder den Glauben, noch die allgemeine Lebenspflichten, ſondern blos die Kirchenzucht oder Diſciplin angehen, welche ohne dies der Abänderung öfters ſelbſt zur beſſern Aufrechthaltung unterworfen iſt. Ueberhaupt hat es nach einſtimmiger Meinung aller Gottes- und Rechtsgelehrten, welche ihre Lehre nicht aus Schulbüchern, ſondern aus den Quellen und Kirchenalterthümern herholen, und zugleich der Kirchengeſchichte ſelbſt ſeine Richtigkeit, daß die Biſchöfe in den erſten und beſten Zeiten, in denen Kirchengeſetzen diſpenſiret haben, welche in den allgemeinen Kirchenverſammlungen gemacht worden ſind.

§. 1216.

§. 1216.

In den erſten Jahrhunderten diſpenſirten die Biſchöfe vor ſich ſelbſten, ohne einen Pabſt, und manchmal ohne eine Kirchenſynode zu Rath zu ziehen. In den folgenden Zeiten geſchahen dergleichen Erläſſe meiſtentheils in den Synoden, weil die Fälle, wo Diſpenſation geſucht ward, ſehr ſelten waren. In ſpätern Zeiten verlangten die Biſchöfe, welche ſtreng auf die Kirchengeſetze hielten, gar nicht zu diſpenſiren, und ſchoben ſolches den Päbſten aus verſchiedenen Urſachen zu, beſonders um den Ueberlauf und Verdruß abzuleinen, den ſie ſich zuzogen, wenn ſie den Mächtigen geiſtlich- oder weltlichen Perſonen die Diſpenſationen abſchlagen mußten. Den Layen war es wie den Geiſtlichen angenehmer ihre Diſpenſation zu Rom zu ſuchen, weil ſie wußten, daß ihre Diſpenſationsurſachen in der weiten Entfernung nicht ſo, wie von den Einheimiſchen der Sache ſchon kundigen, oder ſehr genau auf den Grund ſehenden Biſchof unterſuchet wurden. Alles fieng daher an vorzüglich aus dieſer Urſach nach Rom zu laufen.

Zuſtand der erſten J. H.

Als ſonach Pabſt Alexander III. und Innocenz III, ſich diejenigen Diſpenſationen ſo gar allein vorbehielten, die allen Biſchöfen von Rechtswegen zukommen; und Innocenz III. als das Orakel der Rechten ſeiner Zeit, die Grundſätze noch über dies hin aufſtellte, 123) " der Pabſt habe die Völle der Macht erhalten, da die andere (Biſchöfe) nur zur Hilf gerufen ſeyn, einen Theil der biſchöflichen Sorgen zu übernehmen, und hiemit der Pabſt, wenn er die Canones als moderator canonum unter ſeinen Händen habe, durch ſeine Diſpenſation in die Rechte keinen Eingrif mache, ſo war es um das biſchöfliche Diſpenſationsrecht größtentheils geſchehen. (§§. 76. 77.)

 §. 1217.

123) In Regeſt. 16. Epiſt. 154.

§. 1217.

Des mittlern Kirchenalters, Auf den Coſtnitzer und Basler Kirchenverſammlungen ſuchten die Biſchöfe das Diſpenſationsrecht, welches ſie beſonders in Eheſachen bis in das 11te Jahrhundert ohne Erlaubniß der Päbſte ausgeübt, wieder in volle Wirkung zu ſetzen, es war aber vergebens, den Römiſchen Schritten dießfalls mehr Einhalt zu thun. Martin V. und ſeine Nachfolger machten es den Biſchöfen deswegen ſchwierig, weil ſie mit den Diſpenſationen Mißbrauch getrieben hätten. Allein hierzu gehört ein ſtarker Glaube und große Beweiſe, da einer Seits wenige Beyſpiele noch nicht hinreichen, das ganze Episcopat eines urſprünglichen Rechts zu entſetzen, beſonders da die ganze Welt weis, daß eben in den Diſpenſationsfällen zu Rom ſo gut als anderswo Menſchen bisher wohnten.

Die Sache gieng endlich, weil die Päbſte dennoch ſahen, daß ſie durch die Alleinausübung, und die biſchöfliche Rechtsentſetzung ſelbſt bey der ganzen Chriſtenheit beſonders in Fällen, wo Gefahr auf den Verzug haftet, ihr Würde und Anſehen verliehren, und ſich eine große Verantwortung auf den Hals ziehen dürften, dahin aus, daß die weit von Italien wohnende, mithin auch die deutſchen Biſchöfe ein indultum erhielten, kraft deſſen ſie in nachfolgenden Fällen diſpenſiren können, a) mit Armen, die im 4ten oder 3ten Grade der Blutsfreundſchaft oder Schwägerſchaft ſich befinden, und heurathen wollen. b) In ſchon geſchloſſenen Ehen der Ketzer ſoll der Biſchof auch im zweyten Grad der Blutsverwandſchaft diſpenſiren können. c) ingleichen in impedimentis publicae honeſtatis d) auch in impedimentis criminum nach gewiſſer Maße, und e) in Fällen der cognationis ſpiritualis.

§. 1218.

§. 1218.

Die Erz- und Biſchöfe müſſen dieſe päbſtliche Erlaubniß alle fünf Jahr wiederum erneuern laſſen, damit der biſchöflichen Gerichtsbarkeit die Wunde immer offen, und ungeheilet bleibe. Es haben zwar die vereinte vier deutſche Biſchöfe ſowohl in Coblenzer (§. 151.) als in der Emſiſchen Punktation (§. 166.) auf die Abſtellung der Indulten und Diſpenſationen angetragen, und zwar heiſet es in letzterer n. 2. die Abſtinenzgebote a) und Diſpenſationen, ſollen nicht minder b) alle Ehediſpenſen im 1ten und 2ten Grade der Conſanguinität, und in dem 1ten und 2ten Grad der Affinität, ſo wie c) die Diſpenſen in den übrigen Graden, die bishero ſchon von den Biſchöfen abhiengen und die Impedimente gar aufgehoben werden; auch ſoll d) der Biſchof die Verbindlichkeiten die aus den Weihen entſpringen, aufheben, und e) die Ordensgeiſtliche von Gelübden losſprechen, beynebens verordnen können, daß in Mannsklöſtern die Gelübde mit dem 25ten und in Weibsklöſtern nach dem 40ſten Jahr abgeleget werden — auch ſollen die facultates quinquenales ebenfalls aufhören. Allein da der deutſche Epiſcopat mit den vier deutſchen Erzbiſchöfen über die ganze kirchliche Reformationsſache nicht einig iſt, ja ſelbſt von einigen Biſchöfen 124) behauptet wird, daß die Biſchöfe ſo wenig als der Pabſt, nicht einmal zur Aufrechthaltung der Kirchenzucht in allgemeinen Kirchengeſetzen diſpenſiren könne, ſo läßt ſich vor Herſtellung einer unter den deutſchen Biſchöfen durchgehends einigen und gleichförmigen Denkart, auch die Wiedereinführung der biſchöflichen Diſpenſationsrechte nicht erwarten.

und des gegenwärtigen.

124) Weißmanns Bemerkungen ad §. 2. des Emſer Reſultats S. 15.

Inmittelſt wenn die vereinigten Erzbiſchöfe widerſprechende Biſchöfe behaupten wollen, daß der Pabſt nicht einmal zur Erhaltung der Kirchendiſciplin in allgemeinen Kirchengeſetzen diſpenſiren könne, er aber ſolches täglich dennoch und zwar aus einem ſelbſt angemaßten Recht (§§. 76. 77.) thut, eine allgemeine Kirchenverſammlung aber gegenwärtig nicht ſo leicht mehr wie in vorigen Zeiten zu erwarten ſteht, hingegen Nothfälle eintreten, wo Gefahr auf den Verzug haftet, ja ſelbſt Recurſe nach Rom den Zeitumſtänden nicht angemeſſen ſind, ſo folgt hieraus von ſelbſt, daß die Biſchöfe, die nicht in partem ſollicitudinis, ſondern als die wahren Glieder der in der allgemeinen Kirche geſetzgebenden Macht berufen und aufgeſtellt ſind, aus der Weſenheit ihres Daſeyns, und urſprünglichen Gewalt das Diſpenſationsrecht, beſonders in Nothfällen wie der Pabſt und ohne Rückfrage ausüben können. Von den Geſetzen hingegen, die der Biſchof oder ſein Vorfahrer machte, iſt ſchon gar keine Frage, indem ein jeder Geſetzgeber nach Erforderniß und den Umſtänden die alten aufheben, und neue machen kann.

§. 1219.

Entſcheidung der geiſtlichen Rechtshändel.

Das Recht über die Streitigkeiten geiſtlicher Perſonen zu erkennen, haben die Biſchöfe von den älteſten Zeiten hergebracht. Wie wohl ſie ihre dießfalſige Gerichtsbarkeit durch die Nachſicht der Fürſten, und weil ſie zugleich ſelbſten Fürſten geworden ſind, nicht über die nach der anfänglichen Befugniß ganz geiſtliche Gegenſtände, ſondern auch über halb und ganz weltliche Vorfallenheiten erſtrecket haben. Das was eigentlich zu dem biſchöflichen Entſcheidungsrecht gehört, beſteht darinn, daß der Biſchof in ſeiner Diöceß der ordentliche Richter ſey, es mögen die Streitigkeiten

über

über die Lehre, oder über Perſonen, oder über die Sachen, oder über die Verbrechen obwalten.

Dieſe Gerichtsbarkeit der Biſchöfe iſt von ihrer Macht die Kirche, und ihre Diöceſen zu regieren, unzertrennlich, und ſie leidet nur von Rechtswegen die einzige Beſchränkung, daß von dem Ausſpruche des Biſchofs nach den ordentlichen Stuffen der hierarchiſchen Verfaſſung, weiter appellirt werden kann; denn daß verſchiedene Sachen, welche unter die ſogenannte cauſas majores gehören, der biſchöflichen Erkenntniß entzogen ſind, dieſes iſt durch die unterſchobene Iſidoriſche Decretalen, und nicht von Rechtswegen geſchehen, ſo wie durch die viele Exemtionen beſonders der Klöſter und anderer Perſonen im mittlern Zeitalter gar vieles, und in verſchiedenem Betracht zu Ungebühr und widerrechtlichen Gerichtsbarkeit, wovon ſchon Erwähnung geſchehen iſt, entriſſen wurde, beſonders nachdem die Diöceſenſynoden, als das wahre Mittel zur Erhaltung der Kirchenzucht und guten Verfaſſung in Abgang gekommen ſind, wodurch die Päbſte Gelegenheit erhielten, ihren Arm über die biſchöfliche Gerichtsbarkeit weiter auszuſtrecken, und das mehrſte an ſich zu ziehen; denn in allen Streitſachen, welche nicht den unwandelbaren Glauben, die zur Erkenntniß der allgemeinen Kirchenverſammlungen allein gehörten, ſondern Anſprüche und Gerechtſame der Menſchen angiengen, erkannte der Biſchof entweder allein mit ſeiner bey ihm wohnenden Geiſtlichkeit, oder mit ſeiner Diöceſanſynode. Indeſſen iſt es dennoch eine in der Kirchenverfaſſung ausgemachte Sache, daß die biſchöfliche Gerichtsbarkeit noch dermal unwandelbar, und aller Einſchränkungen ungeachtet auf dieſen Grund beſtehe.

§. 1220.

Beſtrafung und Losſprechung. So wie der Biſchof die Macht hat, alles in ſeiner Diöceß zu thun, was zu einem guten Regiment derſelben erforderlich iſt, kann er auch diejenige beſtrafen, die ſeinen Anordnungen nicht nachleben. Die Art der Strafen iſt aber ganz anders, als jene eines weltlichen Regenten, der ſeine Befehle mit dem Schwerdt durchſetzet. Die Kirche Gottes, die nur das Beſte der Seele zu beſorgen hat, erhielt von ihrem Stifter weiter keine Gewalt, als ſolche Strafen wider die Verbrecher zu verhängen, die den Geiſt unter das Joch der Buſſe demüthigen: ihre ganze Gerichtsbarkeit geht dieſem zufolge auf geiſtliche Strafen, welche die Seele erſchüttern, von denen der ſchärfeſte, und letzte Grad die Ausſtoſſung aus der Kirche iſt.

Ueberhaupt hat die Nachſicht und Gefälligkeit der Fürſten denen Biſchöfen nach und nach vieles eingeräumet, woraus ſich die Kirche eine Hoheit über Perſonen und Sachen zuſammengebildet hat, welche eben der geiſtlichen Regierung zu ihrem Weſen nicht nöthig iſt.

Die Kirchenſtrafen ſind ordentlicher Weiſe die Buſſe nach ihren Stuffen, das Verbot, keine Kirchendienſte zu leiſten, die Entſetzung von dem Kirchenamt, und endlich obgedachter maſſen der Bann. Weil aber bey Leuten, die ganz ſinnlich ſind, ſolche geiſtliche Züchtigungen wenig Eindruck machten, ſo verfielen die Biſchöfe auf den Gedanken mit körperlich ſinnlichen Strafen die Kirchenzucht zu erhalten. Die Kirchenverſammlung zu Trient ſetzte die Geldſtrafen feſt, will aber, daß die einkommende Gelder zu milden Stiftungen verwendet werden ſollen. Daher muß in Frankreich ſo gleich im Urtheil der Ort genannt werden, wohin dieſe Gelder verbraucht werden.

den. In Deutſchland ſcheinen die geiſtlichen Räthe der Biſchöfe öfters dieſe milde Stiftungen zu ſeyn. Der heutigen Gewohnheit nach, unterhält jeder Biſchof ſeinen Kerker für die unbiegſame Geiſtliche. Schläge werden nur in dem äuſſerſten Fall, wenn alle andere Mittel nicht helfen, angewendet.

Eben ſo iſt keinem Zweifel mehr unterworfen, daß die Biſchöfe vermög ihrer Gewalt die angeſetzten Strafen erlaſſen. Da ſie aber keine willkührliche Herren und Meiſter im Anſetzen ſondern an die canones, beſonders in rebus arduis, gebunden ſind, ſo hat es mit dem Erlaſſen eine gleiche Beſchaffenheit, und ſo ferne die Strafe von der allgemeinen Kirche beſtimmt iſt, ſo kann der Biſchof nicht anders, als durch eine vernünftige Diſpenſation, oder durch eine Erklärung, daß der vorliegende Fall in dem allgemeinen Strafgeſetz nicht begriffen ſey, die Strafe aufheben. Das weitere, von der Beſtrafungsart, gehört in das Kirchenrecht, und nicht hieher.

§. 1221.

Von dem Recht die Diöceſen zu viſitiren iſt zwar ſchon etwas geſagt worden. Dieſes gieng aber vorzüglich nur die Metropoliten an. Allein dieſes Recht iſt ein Hauptzweig der biſchöflichen Gewalt. Der Biſchof unterſuchet alles, was zu ſeiner Diöceß gehöret, auch wenn er durch keine Parthey dazu aufgefordert wird, und hierinn beſteht das Viſitationsrecht. Dieſes hat ſeinen einzigen Grund in der Oberaufſicht, die jedem Biſchof über ſeine Heerde aus göttlicher Anordnung zukommt; alles was zum Beſten derſelben dienen kann, gehört unter ſeine Sorge, mithin hat er Fug und Macht bey allen Gegenſtänden ſeiner Sorgfalt umzuleuchten, ob jeder in ſeiner angewieſenen Ordnung iſt.

Diöceſenviſitation in ältern —

Bey und nach den apoſtoliſchen Zeiten verrichteten die Biſchöfe das Viſitationsgeſchäft in eigener Perſon. Dadurch lernten ſie ihre Heerde und untergeordnete Hirten kennen. Sobald aber die Biſchöfe, Reichthum, weltliches Anſehen, Titel und Ehrenämter an ſich gebracht hatten, verlor ſich gar bald der Gebrauch, dieſe Arbeit ſelbſt zu verrichten, weil mit dem Ueberfluß der Hang zur Gemächlichkeit, und mit den Ehren die Zerſtreuung in viel Geſchäfte die Biſchöfe glauben machte, das Hauptweſen des Hirtenamts könnte eben ſo gut durch ihre untergeordnete Kirchendiener verſehen werden. Jedoch hielten ſie ſich die Gewalt, Geſetze vorzuſchreiben bevor, und ſolche ſtatt mit ihren eigenen Beyſpiel, durch Cenſuren und Strafen geltend zu machen, öfter auch mit ihrem Weltlichkeits Anſehen durchzuſetzen; ſie hielten anfangs gewiſſe Leute, die man *periodentas* nannte, das iſt, Leute, die herumgehen mußten. Nachmals übertrugen ſie dieſes Geſchäft den Archidiakonen, Archipresbytern, Weihbiſchöfen u. d. und gewöhnten ſich dasjenige, was ſie mit eigenen Augen ſehen ſollten, mit fremden zu ſehen.

§. 1222.

und neuern Zeiten.

Die Kirchenverſammlung zu Trient brachte zwar die Viſitationen nach der Vorſchrift der alten Canonum wieder in den Gang: ſie verfügte, jeder Metropolitan und Biſchof ſollten im Jahr einmal ihre Diöceſen viſitiren, und wenn dieſe zu groß wären, wenigſtens in zwey Jahren damit fertig ſeyn. Die Synode hängte aber den Zuſatz an, wenn der Biſchof verhindert wäre, ſollte er das Viſitationsgeſchäft durch jemand anderen vornehmen laſſen. Dadurch ward nun gänzlich der größte Vortheil, den der Biſchof bey einer perſönlichen Viſitation in Rückſicht auf die Kenntniß und Verwaltung ſeiner Diöceß

zie-

ziehen konnte, auf einmal zernichtet, weil die Biſchöfe ſich leichtſinnig bereden, und glauben machen lieſen, daß es auf eines hinausliefe ob man durch untergeordnete Geiſtliche die Mängel des Bißthums auf der Stelle ſelbſt, oder durch die nachgeſetzte Vikariaten, mittelſt einzuholender Berichte einſähe und rügte.

Nach der Anordnung des Tridentinums kann ein Biſchof mehr als einmal im Jahr ſeinen Sprengel unterſuchen, wenn er es für nöthig hält; er kann alles, es mag den innern oder äuſſern Zuſtand ſeiner Kirche betreffen, ſich vorlegen laſſen, und was er ſchiefes antrift, in die Ordnung richten. Der Hauptgegenſtand muß aber immer den Geiſt der Kirchengeſetze, das iſt, gute und vollkommne Sitten der Geiſtlichkeit und des weltlichen Standes zum Zweck haben.

§. 1223.

Gemäs der allgemeinen Regel kann der Biſchof alle geiſtliche Stellen und Stiftungen viſitiren. Selbſt die Cathedralkapitel ſind nicht davon ausgenommen, wenn gleich wie das Tridentinum 125) ſich ausdrückt, durch Verträge, Exemtionen, Freybriefe, und Eidſchwüre der Stiftsherren ſich vor dergleichen Viſitationen zu decken geſucht hätten; ſolche Verbindlichkeiten keineswegs die Nachfahrer begünſtigen. Eben dieſes allgemeine Concilium verbietet zwar den Biſchöfen die exemten Klöſter zu viſitiren, als welche unmittelbar dem Römiſchen Stuhl unterworfen ſind. Allein es hängt ſo gleich einige Fälle an, in welchen auch dieſe Klöſter der Viſitation nicht ausweichen können, und zwar

Allgemeine Regeln.

Erſtens wenn ſolche Klöſter wider die Ermahnung des Metropolitanbiſchofs nicht unter gewiſſen Generalen ſtehen, oder ihre ordentliche Viſitatoren haben, kann der Ortsbiſchof mit der Viſitation vorfahren.

Zwey-

125) Seſſ. 6. Cap. 4. de reformat.

Zweytens: wenn Klöſter, die in eine Commende übergeben ſind, oder Abteyen und Prioraten die exemt ſind, die klöſterliche Zucht vernachläßigen oder aber auch, wenn dieſe Zucht nicht vernachläßiget iſt, ſo fern die Kloſterobern auf Erinnerung des Biſchofs die Fehler nicht ſtrafen oder beſſern, ſo haben die Biſchöfe die Gewalt zu viſitiren, und zwar nach den Grundſätzen des Römiſchen Hofs, als Stadthaltere des Pabſtes.

Drittens: wenn in einem exemten Kloſter einige Seelſorge über Perſonen die nicht zum Kloſter gehören, ausgeübet, oder auch nur ein Sakrament gereichet wird, ſo bleibt das Kloſter in Betref der Seelſorge und Sakramentenreichung der Viſitation unterworfen.

Viertens: ſind auch die exemten Nonnenklöſter der biſchöflichen Viſitation unterworfen, ſo ferne der Biſchof für nöthig erachtet, dieſe Klöſter mit einer Clauſur zu verwahren, d. i. zu gebieten, daß keine Mannsleute Zutritt haben.

Der Biſchof hat auch das Recht nebſt den Kirchenſtiftern, Kapituln und Klöſtern alle milde Stiftungen, als Spitäler, Leihhäuſer (montes pietatis) Bruderſchaften, Armenvermächtniſſe und dergleichen zu viſitiren, wenn ſie nicht unter der unmittelbaren Aufſicht des Landesherrn ſtehen. Bey der Viſitation ſoll der Biſchof nicht ſo wol den Richter als ſorgfältigen Hausvater machen, daher auch keine Appellation ſtatt hat, gehet er aber nicht nach der Proceßordnung und Gerichtsform zu Werk, muß er ſich auch die Appellation gefallen laſſen, und manchesmal wird ſein Richteramt vereitelt, wenn er mit dem weltlichen Arm nicht aufrichtig vorher handelt.

§. 1224.

§. 1224.

Dem Kirchenregiment iſt nichts angemeſſeners als daß die Biſchöfe nicht nach ihrer Willkühr ſondern mit Rath und Einſtimmung ihrer Geiſtlichkeit die Kirchengeſchäfte behandeln, daher entſtanden in der erſten Kirche, und in den nachfolgenden Zeiten die ſo häufigen Kirchenverſammlungen und Synoden. Jeder Biſchof hat nicht nur die Gewalt, ſondern die theure Pflicht dieſe Synode zu halten; anfänglich geſchahe es, wenn die Angelegenheiten der Kirche es erforderten; hernach wurde durch die Canones feſtgeſetzt, daß jährlich zweymal dergleichen Zuſammenkünfte von dem Biſchof in ſeiner Diöceß, wie von dem Metropolitan in ſeiner Provinz angeſetzt würden. Endlich ſchien es den Biſchöfen genug zu ſeyn, wenn alle Jahr eine Synode zuſammen kam, und bey dieſer Gewohnheit blieb es ſehr lang. Im 12ten Jahrhundert, war es nach der lateraniſchen Synode unter Pabſt Innocenz III. eine Regel, jährlich eine Diöceſan- und eine Provincialſynode zu halten.

Synodenhaltung.

Die Biſchöfe gaben in den Diöceſanſynoden den Ausſchlag. Ganz unvermerkt nahmen aber die erdichteten Iſidoriſchen Decreten den Biſchöfen dieſes Recht, und führten die grundloſe Meinung ein, daß keine Synode ihre Kraft und Wirkung habe, wenn ſie nicht vom Pabſt beſtätiget ſey. Daher entſtand, daß viele Biſchöfe theils dieſe Beſtätigung ſuchten, theils ihre Synoden unter dem Vorſitz der päbſtlichen Legaten halten ließen, und von ihren Rechten dadurch ſehr viel vergaben. Hieraus erfolgte Lauigkeit, am Ende blieben die Biſchöfe gar zu Hauſe, und lieſen auch ihre Geiſtlichkeit in Ruhe, ſo, daß die Provincial- und Diöceſanſynoden faſt gar aus der Uebung kamen, deſto ſtärker aber die Ausſprüche der Päbſte in ihren Decretalbriefen, Bullen und Breven eintraten.

§. 1225.

rſachen und Hinderniſſe.

Das Tridentinum verordnete zwar, daß alle Jahr eine Synode gehalten werden ſolle. Dieſe Verfügung ward aber weder allgemein noch lang beobachtet. Der Urſachen, warum keine Synoden mehr gehalten werden, giebt man ſehr viele an. Einer der neueſten Schriftſteller behauptet, daß blos die verfallene Kirchenzucht bey der hohen Geiſtlichkeit, der mit dem Presbyterat gar nicht vereinbarliche Fürſtenſtand, die hierdurch zwiſchen dem Presbyterat, und der hohen Geiſtlichkeit ſich ergebene Standes Ungleichheit, dann der durch die Beneficien und Bißthümer Mehrheit, bey der hohen Geiſtlichkeit ſich eingeſchlichene allgemeine Luxus die einzige Urſache von dem Verfall der Synoden ſeyen. „Natürlich (fährt „er fort) müßte in den Synoden die alte Kirchen„zucht nach den Canonen wiederum hergeſtellt, und „die hohe Geiſtlichkeit mit dem Beyſpiel vorangehen, „Fürſtenwürde abzulegen, ſich dem Presbyterio „wieder ähnlicher zu machen, der Bißthümer und „Beneficienmehrheit zu entſagen, und den Luxus „mit einen dem Seelenhirten angemeſſenen Betra„gen zu verwechſeln; da die Schafe nicht gewöhnt „ſind, ſich in den Schafſtall eines Hirten zu bege„ben, deſſen Zutritt mit Leibgarden und Hatſchieren „im blanken Gewehr umgeben ſind. Von den ho„hen Menſchen des achtzehnten Jahrhunderts läßt „ſich keine ſolche Standesherablaſſung erwarten; und „deßwegen bleibt in der biſchöflichen Regierung al„les nur äuſſerlicher Schein — Seelen erbauliches „faſt gar nichts. Die Proteſtantiſchen und Refor„mirten Religionstheile würden mit Haltung der Sy„noden geſchwinder aufkommen, da ihre Geiſtlich„keit nicht nur von den Adelsklaſſen gereiniget, ſon„dern auch der ältern Kirchenzucht ſelbſt ſchon we-

„gen

„gen der Staatsverhältnißmäſigen Geiſtlichkeitsan„zahl näher iſt. 126) Man kann ſich daher nicht „vorſtellen, wie ein heutiger Synode, welcher der „alten Kirchenzucht gerad aus dem Benehmen ſei„ner Glieder entgegen ſtände, bey den Catholiken „von einer Wirkung ſeyn könnte. Man würde wahr„ſcheinlich in ſolcher die erz= und biſchöflichen Rechte „gegen die Anmaſſungen des Römiſchen Hofs retten „wollen, um hiedurch die eigene Diöceſanunvollkom„menheit und Gebrechen in Haupt und Gliedern deſto „leichter vergeſſen zu machen.“

§. 1226.

Es läßt ſich ſchon aus dem Entwurf einer ſolchen Synode heut zu Tag auf deſſen Unvollkommenheit ſchlieſſen, da die Frage aufgeworfen wird, ob exemte Pröbſte, Aebte, Dom= und anderer Stifter Capitularen, und was für Claſſen von dem clero ſecundario dazu gezogen werden ſollen? Wozu dieſe neu erfundene geiſtliche Standesungleichheiten? — bey einer Synode kommt es auf Beſſerung der Seelenpflege an, und bey dieſer wirkt eine Presbyterats und Predigerverſammlung mehr, als eine Adelsſynode, worunter vielen nur um den Beſitz der Kirchengüter zu thun iſt, und die ſich Geld und Mühe nicht reuen laſſen, um das Presbyterat vor ſich, wo nicht für allezeit doch auf mehrere Jahre abzuleinen. Ich kann am Ende hier nicht übergehen, was in der vorigen ganz ähnlichen und merkwürdigen Zeitſchrift wegen Abhaltung der Synoden 127) geſagt wird, daß ihre

Nähere Beſtimmung derſelben

Nicht=

126) Ich halte meines Orts dafür, man könnte noch andere Urſachen finden, die ſich nicht ſo bitter an das Herz legten, alles kann beſtehen, und doch Synoden gehalten werden.

127) Meine Gedanken über die gründliche Entwicklung der Diſpens= und Nunciaturſtreitigkeiten. Mannheim, 1789. S. 230.

Nichthaltung von denen Hinderniſſen herrühre, die der römiſche Hof in Weg gelegt haben ſolle, es heißt: „wo „hinderte denn jemals die päbſtliche Zwiſchenkunft „die Veranſtaltung der Diöceſenſammlungen? wie „ſelten ſind ohne dieſe Römiſchen Hinderniſſe ihre „Beyſpiele? — fürwahr andere Urſachen, als die „man auf die Rechnung Roms erklügelt! ganz „ungerecht iſt die Beſchuldigung, die man dem „päbſtlichen Stuhle über die Verhinderung der Pro„vincialſynoden macht. Neller 128) zieht viele an„dere Gründe an — den beſchwerlichen Comitat, — „das köſtliche Ceremoniel, die große Koſten, die „geſtörte Harmonie zwiſchen den Metropoliten „und Comprovincialen, die gefliſſentliche Ableh„nung der Erzbiſchöflichen Macht von Seiten der „Biſchöfe. Dies waren nach ihm die gefährlichen „Klippen, an denen der heilſame Anſchlag Provin„zialſynoden zu halten, ſo oftmal ſcheiderte," Doch hievon wird das 44ſte Capitel noch ein und das andere aufklären.

§. 1227.

Ablaßer-theilung. Das Recht Ablässe zu ertheilen ſtund von jeher den Biſchöfen zu. Dieſes beweiſet die Geſchichte von dem Urſprung und Fortgang des Ablaſſes, in dieſem Fall hat ſelbſt der Metropolitan und Erzbiſchof kein Vorzugsrecht, dann dieſe werden, ſo bald von biſchöflichen Gerechtſamen die Rede iſt, den Biſchöfen vollkommen gleich gehalten.

Die auf öffentliche oder wie andere wollen, auf grobe Sünden geſetzte Busübungen, wurden von den Biſchöfen angeordnet und verhängt. Ihnen kam es alſo zu, bey den Büſenden ab- und zuzugeben. Erlieſſen ſie einem an der aufgelegten Buſe einen Theil,

128) In den angezogenen Principiis Iur. publ. catholici: ed. Francf. 1746. ad n. IV. S. 60.

Theil, ſo war dieß der Ablaß; da aber die Biſchöfe mit den Abläſſen allzufreygebig umgiengen, und ſolche nach dem 12ten Jahrhundert, wo man die Buſſen mit Geld und Geldswerth abzulöſen anfieng, zum Schaden der Seelen verſchwendeten, ſo wurde im 4ten Lateraniſchen Concilium das allgemeine Geſetz gemacht, daß kein Biſchof einen größern Ablaß als von 40 Tägen ertheilen ſoll. Nur am Tage wo ſie eine Kirche einweiheten, erhielten ſie die Erlaubnis einen Ablaß von einem Jahre zu geben. An und vor ſich ſelbſt kann jeder Biſchof ſeinen Diöceß- und Pfarrkindern, ſo gut als der Pabſt einen vollkommenen Ablaß austheilen, wenn er nur die Bedingniſſe beobachtet, die mit der Schärfe der alten Kirchenzucht übereinkommen.

§. 1228.

Be- und Entſezung der Kirchendiener.

Nach dem Beyſpiele der Apoſtel, welche Kirchendiener, Prieſter und Leviten anſetzten, hatten die erſten Biſchöfe das unſtreitige Recht ein gleiches in ihren Sprengeln vorzunehmen; ſelbſt durch die Einweihung vergaben ſie die Kirchendienſte, indem Niemand ordiniret war, als gerade dazu, damit er das erledigte Amt beſetzte. Gleichwie nun die Biſchöfe allein ordinirten, alſo hatten ſie auch allein die Gewalt, oder beſſer zu reden, die Laſt für die Beſtellung der Kirchendiener zu ſorgen. Sobald ſich auch der Mönchſtand empor ſchwang, kam es den Biſchöfen zu, ihnen Aebte und Vorſteher zu ſetzen, oder wenigſtens die Wahl der Aebte durch ihr bisheriges Anſehen zu unterſtützen, von daher noch heut zu Tage üblich iſt, daß der Abt von dem Biſchof benedicirt werden muß. Nach und nach bekamen aber die Biſchöfe beſonders in Deutſchland mit Beſetzung der Kirchendiener immer weniger zu thun, da die häufigen Patronatsrechte der weltlichen Fürſten und

Herren, und den geiſtlichen Gemeinheiten das Ernennungsrecht verſchaften; den Biſchöfen blieb ungeachtet auch die Päbſte die heftigſten Eingriffe in das Recht der Biſchöfe, die Kirchendiener zu beſtellen, machten, das Inſtitutions- oder Einſetzungsrecht vorbehalten.

§. 1229.

Dermaliges Verhältniß.

Ueberhaupt da man gar wohl einſahe, daß nur den Biſchöfen das Recht die Kirchendiener zu beſtellen zuſtehen könne, und dieſes ihrer biſchöflichen Verantwortung obliege, ſo folgt von ſelbſt, daß, da die Annahme in den ſpätern Zeiten auf die Wahl der mindern Geiſtlichen ankam, man dem Biſchof jedoch keine Perſon in ſeinem Sprengel eindrängen konnte, ohne daß er darum wußte. Daher haben die Biſchöfe das gegründete Recht in den Klöſtern und Abteyen beyderley Geſchlechtes, daß entweder ſie, oder welches insgemein geſchieht, ein biſchöflicher Commiſſär den Wahlen beywohnt, allenfalls uneinige Wahlgemüther vereinigt, und in Wahlſtreitigkeiten entſcheidet. Es wird ſo gar die Wahl ſelbſt, wo es hergebracht iſt ungültig, wenn die Wählenden den Biſchof nicht erwarten. 129) Diejenigen Klöſter, welche davon exemt ſeyn wollen, müſſen es erweiſen.

Was die Prälaten des Weltgeiſtlichen Standes betrift, wenn beſonders das Haupt der Geiſtlichen gewählet wird, kann der Biſchof ebenfalls ſeinen Commiſſarius dazu ſchicken.

In den Cathedralkirchen aber iſt dieſes nicht üblich, weil die Domkapitel ihre Prälaten ohne Beyzug des Biſchofs wählen. Indeſſen hängt heut zu Tage alles von dem Herkommen ab. Dem Biſchof kommt aber ſelbſt in Fällen, wenn der Pabſt nach den

129) Cap. 28. de Elect. Cap. 2. de in integr. reſtitut.

den Concordaten einen Prälaten in dem Stift zu ſetzen hat, das beſondere Recht zu, dem Vorgeſchlagenen ein teſtimonium Idoneitatis zu ertheilen. Es iſt aber eine allgemeine, und nur durch das gegentheilige äuſerſt ſeltſame Herkommen in einem oder dem anderen Stift und Kloſter beſchränkte Regel, daß der gewählte Prälat, er ſey weltlich, oder Ordensgeiſtlicher von beyderley Geſchlechte von dem Biſchof beſtättiget werden müſſe. Nur die exemten Prälaten ſind nach den Concordaten der deutſchen Nation, von dieſer biſchöflichen Confirmation befreyet, welche ſie zu Rom einholen müſſen. Auſſerdeme hat aber der Biſchof das ihm zuſtehende Recht 130) die Wahl und Eigenſchaften der Gewählten zu unterſuchen, nud er muß unter gewiſſen daſelbſt vorgeſchriebenen Strafen ſich hüten, daß er keinen unwürdigen beſtättige, dagegen kann er von dem Regularprälaten den Eid des Gehorſams, oder einen ſchriftlichen Schein darüber verlangen.

Wenn die Prälaten der deutſchen Hochſtifter von dem Pabſt und nicht von ihrem Biſchof die Beſtättigung ſuchen, ſo kommt dieſes daher, weil man geglaubet hat, daß die Prälaturen nach den Concordaten, dem Pabſt zu vergeben, vorbehalten wären. Weil nun der Pabſt denen Hochſtiftern die vermeintliche Gnade erwieſen hatte, daß ſie ſolche Prälaten welche die erſte Würde im Stift begleiten, ſelbſt wählen könnten, ſo war man ſchon zufrieden, und nahm mit beyden Händen die beygeſetzten Bedingniſſe an, daß dergleichen gewählte Prälaten ihre Beſtättigung von Rom aus erhalten ſollten.

§. 1230.

Aus der nehmlichen biſchöflichen Gewalt, jeder Kirche ihre Diener anzuordnen, flieſet das Recht, daß weitere Folgen.

130) Cap. 44. de Electio.

der Biſchof die Pfarreyen einrichten, wo es nöthig neue anlegen, oder wenn eine überflüſſig iſt, ſolche mit einer andern zuſammen zu ſchmelzen, und die zuſammengeſetzte wieder trennen könne. Es folget weiter, daß er den Ordensgeiſtlichen ihre Zahl, wenn ſie zu gering iſt, vergrößern, und wenn ſie zu groß iſt, verringern könne, ſo ferne der Landesherr oder der Stifter hiebey nichts zu ſagen haben. Daß er befugt ſey, ſowohl den Weltgeiſtlichen als Kloſterleuten Vorſchriften zu machen, wie ſie in ihren Sitten, in ihren Wiſſenſchaften beſchaffen ſeyn müſſen, um aus ihnen gute Diener der Kirche bilden zu können, daß er einen Ordensmann aus einem Kloſter an ein Kirchenamt anſtellen darf, wenn gleich die Ordensobere nicht einwilligen wollten, und daß er endlich die Verfügung treffen darf, welche Geiſtliche ſich mit der Seelſorge abgeben, und welche mit andern Beſchäftigungen in der Kirche beladen werden ſollen.

Gleichwie nun der Biſchof das Recht hat die Kirchendiener einzuſetzen, ſie ihrer Tauglichkeit wegen zu prüfen, und da er überhaupt ihrer wegen reſponſabel werden kann, wie wir bey den Gerechtſamen der Metropolitanen bemerkt haben, ſo ſteht ihm auch das volle Recht zu, dieſe offentliche Diener, wenn ſie es verdienen, mit zu ermahnen, ſie zu beſtrafen, oder gar ihres Amts zu entſetzen. Was für Arten der Strafen und Züchtigungen der Biſchof gegen die Kirchendiener verfügen könne, zeigt das Kirchenrecht.

§. 1231.

Verwaltung der Kirchengüter.

Die Verwaltung der Kirchengüter war in älteſten Zeiten ſowol eine Befügniß als Pflichtmäßige Beſchäftigung der Biſchöfe; nur mit dem Unterſchied, daß ſie bald mehr bald weniger damit zu thun hatten. Als die Güter der Kirche mehr und

mehr

mehr anwuchſen, hielt der Biſchof welcher ſich mit höhern Arbeiten abgeben mußte, ſeine Verwalter (oeconomos) Nach dieſen kamen die Archidiaconen an ihre Stelle; jedoch immer unter der Aufſicht der Biſchöfe. Als die Theilung der Kirchengüter vorgegangen war, hatten die Kirchen, die Armen, die Geiſtlichen, und der Biſchof die Verwaltung ihres Theiles; jedoch unausgeſetzt des Biſchofs, dem ſie in gewiſſen Fällen Red und Antwort darüber geben mußten, und dieſes Recht blieb den Biſchöfen, ob ſie gleich oft zur Ungebühr in die Kirchengüter eingegriffen hatten. Daher kommt es, daß die den Biſchöfen noch ganz untergeordnete Kirchen denſelben über ihre Einkünfte Rechnung ablegen müſſen, welches auch die Klöſter, und alle der Kirche untergeordnete milde Stiftungen betrift.

Die Tridentiniſche Kirchenverſammlung will zwar, 131) daß dieſe Rechnungen alle Jahre abgeleget werden, und ſelbſt die Cathedralkirchen davon nicht befreyt ſeyn ſollen; es ſey dann, daß die milde Stiftung bey ihrer Fundation ihre Freyheit erhalten hätte. Bey der Kirchenviſitation war die Unterſuchung der Einkünfte und aller Habſchaften der Kirche eine der Hauptbeſchäftigungen.

Allein in Deutſchland hat die Verfaſſung dieſes biſchöfliche Recht ſehr geſchwächt. Die Verwaltung der Kirchen, und hauptſächlich der Pfarrkirchengüter ſtehen gröſtentheils unter dem Landesherrn, welcher ſie ſeinen Beamten und einigen von ihm in Pflicht genommenen Kirchenpflegern anvertraut. Es kommt hiebey gröſtentheils auf die Obſervanz an, ob, was, und wie viel, der Biſchof hiebey noch zu ſagen habe, beſonders wenn er nicht Landesherr, und nur der Diöceſan iſt.

 Die

131) Seſſ. 22. cap. 9. de reform.

Die Domkapitul haben ſich der unabhängigen Adminiſtration ſowol der Fabrickgüter, als ihrer Eigenen faſt aller Orten durch Verträge, das Herkommen und die Capitulationen verſichert; und bey den Klöſtern kann der Biſchof, ohne klaren Beweis ſeines Oberaufſichts- und Mitverwaltungsrecht zu führen, in regula ſich auch nicht mehr einmiſchen. Blos in Veräuſſerung, oder Verſchlimmerungsfällen der Kirchengüter ſteht ihm zu, ſeiner biſchöflichen Amtspflicht ein Genügen zu thun, und dem Uebel durch angemeſſene und Verfaſſungsmäßige Mittel abzuhelfen. Gleichwie er ſelbſt bey Veräuſſerung ſeiner Tafelgüter der geſetzlichen Einſprache des Capituls unterworfen iſt.

§. 1232.

Benuzzung der geiſtl. Verlaſſenſchaften.

Eine weitere Folge, der biſchöflichen Gewalt und Oberaufſicht über die Kirchengüter iſt auch dieſe, daß die Pfarrer und noch mehrere Geiſtliche in ihrem letzten Willen nichts ohne die Erlaubnis des Biſchofs vermachen können. Daher kommt es heut zu Tage noch, daß die Geiſtliche von dem Biſchof, oder vielmehr ſeinem Vicariat die Erlaubnis zu teſtiren nachſuchen müſſen. Man hielt anfangs ſehr mit Ertheilung derſelben an ſich. Nachdem aber die Geiſtliche bey Lebszeiten ihr Vermögen gröſtentheils hinweggeſchenkt, und der Kirche am Ende öfters gar nur die Schulden hinterlaſſen haben, nachdem man auch eingeſehen, daß denen Geiſtlichen, welche eigenes Vermögen hatten, wegen ihrem Stande das natürliche Freyheitsrecht, mit ſolchem zu diſponiren, nicht könne genommen werden, und nachdem man überzeuget worden iſt, daß die Kirche bey einem uneingeſchränkten Willen immer mehr, als bey einem Zwangsgeſetze gewinne, ſo finden die geiſtlichen Vicariate, die auch wie die Biſchöfe keine Nepotiſmusfeinde

ſind,

ſind, bey der Diſpenſationserlaubnis keine Schwierigkeiten mehr. Allein nachgeſucht muß ſie werden, um die Ordnung, und die Bewilligungstaxe aufrecht zu erhalten. Auſſerdeme würde der Pfarrer, oder jeder Geiſtliche in einer Diöceſe, wo man ſtricte auf Verordnungen hält, Gefahr laufen, daß ſein ganzes Vermögen, wenn er ohne Teſtament, oder mit Teſtament aber ohne hierzu die Erlaubnis gehabt zu haben verſtirbt, dem Biſchof anheim falle, der es zú einem guten Gebrauch z. B. zu milden Stiftungen, oder für die Arme, und die Kirche verwenden ſoll.

§. 1233.

Es kommt jedoch alles in Deutſchland auf das Gewohnheitsrecht an, ob und in wie weit der Biſchof über die Verlaſſenſchaften ſich eines Rechts anmaſſen kann. In einigen Diöceſen fällt dem Biſchof nach dem Tode des Geiſtlichen, er ſey mit, oder ohne Teſtament verſtorben, der hundert- oder fünfzigſte Pfenning zu. Insgemein wenn ein Geiſtlicher ſchnell von einer Krankheit überfallen wird, teſtirt, und die Erlaubnis hierzu nicht mehr einholen kann, ſo iſt in einigen Diöceſen ſchon hinlänglich, wenn er durch die Bitte ſeinen Gehorſam und Unterwürfigkeit in dem Teſtament anführet, und ſtatt der Erlaubnis um die Beſtättigung anſtehet, in andern aber muß die Beſtättigung noch vor dem Ableben, und wenn es öfters nur eine Viertelſtunde betrift ertheilt werden, weil mehrentheils nicht die Erlaubnis zu teſtiren, ſondern die Beſtättigung des beygelegten Teſtaments Salva venia teſtandi, mutandi addendi gleich auf einmal geſucht wird. Art zu verfahren.

Bey dem Nutzen den der Biſchof aus der Verlaſſenſchaft ſeiner Geiſtlichen ziehet, hat er auch die Obliegenheit für die Erhaltung dieſer Verlaſſenſchaft

zu ſorgen; daher kommt ſein Recht nach dem Sterbfalle das hinterlaſſene bewegliche Vermögen zu beſieglen, ein Inventarium darüber zu errichten, und ſich Rechnung darüber ablegen zu laſſen, auch Concursproceſſe, Subhaſtationen, und Erbvertheilungen zu machen, Streitigkeiten zu entſcheiden, und in ſeiner Maaſe, wenn es untergeordnete Geiſtliche betrift, oder auch Laien, wo der Biſchof zugleich die weltliche Gerichtsbarkeit hat, zu exequiren.

Die biſchöfliche Gewalt erſtreckt ſich in dieſem Stück in einem Land weniger oder mehr. Es kommt auf Verträge und Concordaten an, wie wir nachher (Cap. 43.) ſehen können. In einem Land ſiegelt, inventirt, verſteigert, theilt der biſchöfliche Bevollmächtigte, und thut alles allein; in einem anderen Land der Geiſtliche und Weltliche zugleich, oder einer oder der andere mehr oder weniger. Man kann es am beſten aus den Concordaten der Baieriſchen Landesregenten mit denen eingelegenen Stiftern erſehen.

Der Biſchof muß auch ſeine Einwilligung geben, wenn eine milde Stiftung, im Fall er ein Oberaufſichtrecht hierüber erweislich hergebracht hat, von den weltlichen Stellen abgeändert werden, oder in eine andere übergehen ſoll. Allein hier muß immer ein beiderſeitiges gutes Verſtändnis ſchon vorher zum Grund gelegt ſeyn, ſonſt kommt kein Theil mit Beruhigung zum Ziel. — Auſſer der Biſchof iſt zugleich regierender Vorſteher, und die Veränderung geht keinem Dritten etwas an.

§. 1234.

Ertheilung der Entlaßbriefe.

Noch eine Gattung der biſchöflichen allgemeinen Gerichtsbarkeit beſtehet in dem Recht, daß die Geiſtliche ſeines Sprengels von dem Biſchofe Dimiſſorialien, oder Entlaßbriefe haben müſſen, wenn ſie ſich auf eine längere Zeit, oder hauptſächlich ihr Unter-

Unterkommen zu ſuchen, oder anderwärts niederzulaſſen gedenken. Die Gattungen der Entlaßbriefe ſind daher, wie uns das Kirchenrecht lehret, ſehr verſchieden.

Hierinn beſtehen nun die Wirkungen und Rechte der allgemeinen biſchöflichen Gerichtsbarkeit welche die Eingangs erwähnte Poteſtatem juridisctionis ausmachen.

Nun folgen auch die Rechte, die ein Biſchof kraft der legis dioeceſanae auszuüben hat.

§. 1235.

Das Recht welches die Biſchöfe, kraft der legis dioeceſanae oder ihrer geiſtlichen Territorialrechte hergebracht haben, wird von denen Canoniſten bald weiter ausgedehnt, bald enger zuſammen gezogen, und vieles dazu gezählet, welches ſchon in vorhergehenden zwey Abtheilungen vorgekommen iſt. Allein zu der geiſtlichen Territorialhoheit gehören in allem Betracht folgende Befugniſſe. Biſchöfl. Rechte in legis dioeceſanae. 1. Das Cathedraticum.

Das Recht, das Cathedraticum zu haben, welches eine Abgabe iſt, die von dem Diöceſangeiſtlichen dem Biſchof zum Unterhalt, und als ein Zeichen der Abhängigkeit, wie ein Canon gegeben wird. Kurz es iſt eine Gattung von einer geiſtlich- landesherrlichen Steuer. In ältern Zeiten ſah man es für nichts weniger als eine Simonie an, in der zweyten Synode zu Braga vom J. 572. (*braccorenſis*) ward es ſcharf verbotten. Gregor der Gr. machte dieſer Abgabe zwar wiederum Luft. Man hieß es Paſtellum oder etwas weniges an Speiſen für den ſich bey der Ordination ermüdenden Biſchof. Allein das Concilium zu Trient verbott alle dergleichen Abgaben. Das Cathedraticum hat ſeiner ächten Bedeutung nach, heut zu Tage nur den Verſtand der Abgabe, die wegen dieſer, oder jener beſondern geiſtlichen Verrichtung

richtung andern blos zum Unterhalt des Biſchofs gereichet wird, und unterſcheidet ſich deßwegen von dem Synodatico. Der Betrag des Cathedraticums kommt ſeiner Beſtimmung nach ganz auf die alten Gewohnheitsrechte an. Es iſt gar kein Zweifel, daß nach Erheiſchung der Umſtände der Biſchof ſolches erhöhen könne, beſonders wenn der auswärtige Landesherr nichts dabey zu erinnern findet. Der Erzbiſchof **Hartuin** zu Bremen mußte ganz von dem Cathedratico leben. 132) Doch die Zeiten ſind vorbey, da die deutſchen Biſchöfe, von denen eigentlich die Rede iſt, Fürſtenthümer beſitzen. Deſſen ungeachtet wird das Cathedraticum doch bezogen. In jedem Stift hat es faſt ſein beſonderes Quantum; in dem Maynziſchen giebt jeder Pfarrer einen Reichsthaler, der Frühmeſſer 45 kr. Die Congregation des concilii tridentini von 1731. hat die Capelläne, weil ſie keinen ſtabilen Platz haben, von den Cathedraticum aller Orten frey geſprochen. Ein biederer Rechtsgelehrter hält dafür, das Cathedraticum und dergleichen Abgaben ſollten nicht auf die wirkliche Seelſorger und biſchöfliche Amtsgehülfen, ſondern ganz allein auf die Dom- Stifts- und andere Herren, die ihre Einkünfte blos durch ihre Exiſtenz ohne Seelſorgarbeit — verdienen auferleget werden. — Indeſſen iſt das Cathedraticum ſo enge mit der weſentlichen biſchöflichen Gerichtsbarkeit verbunden, daß weder Verjährung noch Exemtion nicht einmal des Pabſtes den Biſchöfen nehmen kann; nur ein rivaler Landesherr könnte mit Grund vieles in Weg legen.

§. 1236.

2. Synodaticum. **Das Synodaticum** zu beziehen, flieſſet aus der nemlichen Quelle. Dieſes ward ehedeſſen bezahlt, wenn der Biſchof die Diöceſe viſitirte, oder eine Diöce-

132) Arnold. lubec. in chron. Sclavor.

Diöceſanſynode hielt, als die Gewohnheit das Ca- thedraticum zu beziehenſo allgemein wurde, hieß man daſſelbe Synodaticum. Einige Gelehrte glaubten, daß es wirklich von dem Cathedraticum unterſchieden, und eine ganz andere Abgabe ſey, allein es iſt gegenwärtig eine allgemeine beſtättigte Meinung, 133) daß beyde ein Ding, und eben dieſelbe Abgabe ſeye. Es fragten einige Canoniſten: ob der Biſchof, wenn er keinen Synodum hält, das Cathedraticum fordern könne? die Antwort muß bejahend ſeyn, weil die Synode nur die Gelegenheit war, nicht aber der Grund, das Cathedraticum einzufordern. Wenn jedoch eine Gewohnheit daraus geworden wäre; das Cathedraticum anders nicht, als in der Synode zu zahlen, ſo müßte er hiermit zufrieden ſeyn, weil ſeine Gerechtſame das Cathedraticum zu fordern, hiedurch genug gerettet wären.

§. 1237.

Das Subſidium Charitativum, oder die Bede von dem Clerus einzuforderen; da manche Biſchöfe ſo wohl in den Zeiten, da ſie noch mit ihrer Geiſtlichkeit beyſammen lebten, als nachher da ſie ſchon ihren eigenen Tiſch und ihre beſondere Haushaltung führten, mit ihren ſtändigen Einkünften nicht auskommen konnten; dachten ſie auf Mittel Geld zu heben. Sie legten neue Penſionen auf die Pfarreyen, die ſie zu vergeben hatten, und erpreßten auf eine andere unedle Art Geld. Es mußte alſo nothwendig ein Riegel geſchoben werden, damit die Biſchöfe nicht aus jeder Gelegenheit einen Nothfall machten, die untergebene Kirchen und Geiſtliche nach Willkühr unter die Contribution zu ſetzen. In der allgemeinen Lateraniſchen Kirchenverſammlung vom J. 1179. ward feſtgeſetzt, daß die Biſchöfe zwar eine Beyſteuer von ihren Untergebenen einfordern könnten, aber nicht anders als in einem

3. Subſidium Charitativum.

133) Decretal. Honor. III. de officio jud. ord. cap. 16.

einem großen Nothfall, wo die Noth und der aus dem Beytrag erwachſende Nutzen für die biſchöfliche Kirche augenfällig ſind, und alsdann darf der Biſchof nicht mit Gewalt zufahren, ſondern er muß durch freundſchaftliche Vorſtellungen 134) ſeinen Zweck zu erreichen ſuchen. Es wird hiebey eine wichtige Frage aufgeworfen: ob ein deutſcher Biſchof von ſeiner untergebenen Geiſtlichkeit wohl ein Subſidium Charitativum einfordern könne? und man verneint es auf jedem Fall. — Dann entſteht eine Noth z. B. durch Kriegs- und andere harte Zufälle, daß die Hauptkirche, die biſchöfliche Wohnung zerſtöhrt, oder der Biſchof auf eine Zeit ſeines Unterhalts entſetzt wird, warum ſoll der Pfarrer, und Amtsmithelfer, der bey weitem nicht aus Gnade des Biſchofs ſein Amt hat, hier ſteuren? dieſe Obliegenheit wäre vielmehr der ganzen biſchöflichen Heerde und Gemeinheit, als einem öfter kaum in dem Competenzfall ſtehenden Pfarrer oder Beneficiaten zu zumuthen. Da die Biſchöfe überflüßigen Reichthum und auch die Kirchen hinlängliche Güter und Einkünfte haben, ſo dürften nur bey guten Zeiten der Biſchof und die Kirche ſparen, um bey widrigen Ereigniſſen ſich nicht des gemeinen Mitleidens bedienen zu müſſen; freylich wenn die übrige Einkünften entweder zerſplittert oder gar getheilet werden, ſo kann kein Nothpfenning vorhanden ſeyn, und man muß zu ſolchen harten Zuflußmitteln ſchreiten. Dieſes geht wohl in einem Land, wo der Biſchof zugleich Landesherr iſt an, wenn die Contribuenten ſich ſolches gefallen laſſen. Allein die in einem fremden Lande, dem Biſchof nicht unmittelbar Untergebene ſo wohl geiſtliche als weltliche Perſonen würde er hierzu, ohne es mit dem Landesherrn hierüber aufnehmen zu müſſen, nicht zwingen können. Ueberhaupt finden alle dergleichen

134) Decret. X. de Cenſibus.

gleichen Contributionen heut zu Tage nicht ſo leicht mehr ſtatt, weil das Intereſſe des Landesherrn in Anſehung ſeiner Untergebenen darunter verſiret, und dergleichen Steuren eines auswärtigen Biſchofs unter die unleidentliche Staatsdienſtbarkeiten gehören.

§. 1238.

Das Recht die *quartam decimarum* oder den vierten Theil der Zehenden zu erheben, kommt den Biſchöfen von der erſten Theilung der Kirchengüter zu, wenigſtens leiten ſie ihr Recht daher, den vierten Theil des Zehendens zu nehmen, der den Kirchen und Altären zu ihrer und der Kirchendiener Unterhaltung zugemeſſen ward. Da aber die Biſchöfe ſich ſchon bey der erſten Theilung nicht vergeſſen hatten, ſo iſt das Recht dieſer Quartae theils durch Verjährung, theils durch der Biſchöfe erhaltenen großen Güterſtand, und Nachſicht ſelbſt ſchier überall auſſer Gange gekommen. 4. quarta decimarum.

§. 1239.

Der vierte Theil deren den Kirchen und milden Stiftungen heimgefallenen Erbſchaften gebühret auch dem Biſchof, und iſt unter dem Namen *quarta funerum*, oder *funebris*, oder auch *quarta mortuariorum*, bekannt. Er hat mit der quarta decimarum einerley Urſprung und Grund in der erſten Theilung der Kirchengüter. In Deutſchland wird dieſem Recht nicht mehr ſtatt gegeben, und es gehet dieſes nur Italien an. noch einige Auflagen.

Endlich hat der Biſchof auch das Recht von derjenigen Kirche, die er viſitiret, Koſt und Lager zu fordern. Dieſe Abgabe iſt auch unter dem Namen *Portio canonica* bekannt.

Die übrigen Vorrechte des Biſchofs gehören größtentheils ad ſtatum epiſcopalem, wie aus nachſtehenden §. zu erſehen iſt.

§. 1240.

§. 1240.

Biſchöfliche Gerechtſame vi Status Epiſcopalis u. z. der Rang.

Diejenige Gerechtſame, welche die Biſchöfe gemäs ihres biſchöflichen Standes auszuüben hergebracht haben, gehören zwar eines theils zum Kirchenrecht. Allein man kann dieſelbe in dem geiſtlichen Kirchenſtaatsrecht nicht übergehen.

Die Iura Status epiſcopalis zeichnen ſich 1ſtens vorzüglich in der hohen Würde mit dem äuſerlichen Gepränge aus, in welcher ein Biſchof bey der Kirche ſtehet. Hieher gehöret vorzüglich der Rang, den er in der Chriſtenheit vor allen geiſtlichen und weltlichen Perſonen behauptet, wenn er in ſeinen geiſtlichen Verrichtungen beſchäftiget iſt.

Auſſer den geiſtlichen Verrichtungen behaupten ſie in manchen Ländern, und beſonders im deutſchen Reiche einen höheren, in manchen einen geringeren Rang, je nachdem die Geiſtlichkeit mehr oder minder eingeſchränkt, oder angeſehen iſt.

Es wäre faſt kein Wunder, wenn die Biſchöfe in allen Staaten ſehr tief herabgeſunken wären; indem an dem päbſtlichen Hofe ſelbſt die biſchöfliche Würde, durch die Erhebung der Cardinäle, welche nicht Biſchöfe ſind, einen gewaltthätigen Stoß gelitten hat.

So wie der päbſtliche Stuhl immer mehr in ſeiner Hoheit geſtiegen iſt, wurden auch die Geiſtliche, die um dieſen Thron ſtanden, um ihm den Hof zu machen, mit mehr Glanz und Herrlichkeit umgeben, alſo zwar, daß die Cardinäle, die urſprünglich Pfarrer und Diaconen der römiſchen Pfarrkirchen waren, nach dem Pabſte die erſte Perſonen der Kirche Gottes werden mußten.

Der Zeitpunkt, wo dieſe Veränderung vorgieng, trift ſehr ſchicklich mit der Regierung des Pabſts Gregor VII. ein. Als nun der erſte Schritt gethan

war, folgten die andere nach: die Päbſte Clemens V. Johannes XXII. die ſo viele Neuerungen eingeführet hatten, gaben auch der Hoheit der Cardinäle neuen Zuwachs. Die nachfolgenden Päbſte legten ihnen ſo viele Titel und Ehrenzeichen bey, daß die Biſchöfe immer mehr verdunkelt wurden, und es gab Biſchöfe ſelbſt unter den unmittelbaren deutſchen Reichsbiſchöfen, die ihre Würde zu vergrößern glaubten, wenn die Cardinäle Prieſter und Diaconen wurden. Folglich iſt dermalen die biſchöfliche Würde, wenigſtens nach dem Inbegriff, unter jener der Cardinälen.

§. 1241.

Die Biſchöfe haben zwar durch die falſchen Decretalen des Iſidors viel verlohren, dagegen gewannen ſie das rangmäßige Hoheitsrecht, daß ſie in Criminalſachen nicht wie vorhin von ihren Mitbiſchöfen, ſondern von dem Pabſt zu Rom verhöret, und beurtheilet werden. Criminalſachen

§. 1242.

Wenn Strafbullen von Rom ausgehen, trift die Strafe die Biſchöfe nicht, wenn ſie nicht ausdrücklich genannt werden. Ob die Bulle ſelbſt gleich alle Chriſten beiderley Geſchlechts darunter begreift. Straffälle.

§. 1243.

In dem weltlichen Staatsrecht ſind bereits die hohe Würden des weltlichen Fürſtenſtandes, den die Biſchöfe begleiten, ſchon angeführet worden, und ein mehreres wird in der Folge noch vorkommen. Würden.

§. 1244.

In der Kirche haben die Biſchöfe den Vorzug, daß ſie unter einem Throne ſitzen. Der Gebrauch iſt Thronrecht.

ſo alt als die Kirche, daß der Biſchof auf einem beſonderen und mehr erhabenen Platz unter den Geiſtlichen der Kirche ſich aufhielt: es war aber im Anfang nur ein ganz einfacher Stuhl ohne Zierde, ohne Baldachin, ohne Gepränge. Dem Paulus Samoſatenus, wurde daher bey dem Euſebius der Vorwurf von den katholiſchen Biſchöfen gemacht, daß er ſich einen prächtigen und hohen Thron ſo wie die weltlichen Richter hatten, habe machen, und dadurch ſeinen Stolz blicken laſſen. Nachdem aber mit der Zeit der Gedanke unter die Geiſtlichkeit gekommen war, daß durch den äuſſerlichen Prunk die Religion verherrlichet, und das Anſehen der Geiſtlichen nur zum Beſten der Religion beſtärket werde, und nachdem die Stelle Petrus 135) welche von dem königlichen Prieſterthum ein Wort verliehrt, ſo aufgefangen und ausgelegt ward, als wenn dadurch ein königlicher Pracht den Prieſtern zugedacht worden; ſo fiel alles Aufſehen weg, welches ſonſt in der erſten Kirche ein ſolcher Thron gemacht haben würde, und nun iſt man dieſes Hoheitrechts gewohnt.

§. 1245.

Entſcheidungszeichen, u. z. die Mitra.

Die Biſchöfe behaupten als ein Entſcheidungszeichen vor den übrigen Geiſtlichen die Mitra, oder Biſchofskappe. In der erſten Kirche, waren die Biſchöfe durch keine beſondere Kleider ausgezeichnet. Es iſt aber nach den Zeiten Conſtantin des Großen, da einmal Kaiſer und Könige mit ihrem ganzen Hofſtaat die chriſtliche Religion angenommen hatten, auch in die Kirche ein äuſſerliches Gepräng übergangen, und nach und nach eine gewiße Kleiderordnung eingeführet worden, worunter die Mitra eines der erſten Stücke war. Nach dem 10ten Jahrhundert haben die Klöſteräbte und Prälaten in den Domſtiftern,

135) Im erſten Brief. §. 2. v. 9.

tern, ja ſelbſt ganze Domkapitel das Ius mitrae von den Päbſten erhalten. 136)

§. 1246.

Der **Hirtenſtab** (*Pedum*) war von ſeinem Urſprung an nichts anders als ein gemeiner hölzerner Stab, worauf die Biſchöfe, die durchgehends alte Leute waren, ihr ehrwürdiges Alter ſtüßten. Nachher ward er von Gold und Silber gemacht, endlich gar mit Edelgeſteinen geziert, und auch den Aebten, Prälaten, Pröbſten beiderley Geſchlechts von dem Pabſt beygelegt. Ich glaube, daß der Hirtenſtab nicht als ein Zeichen des biſchöflichen Paſtoralamts eingeführt, und beybehalten worden, wie einige wollen, ſonſt könnten Perſonen, die kein Hirtenamt begleiten, ſolchen nicht führen. 137) Hirtenſtab.

§. 1247.

Der **Fingerring** (annulus Epiſcopalis) mag die geiſtliche Ehe des Biſchofs mit ſeiner Kirche bedeuten. Zu den Hauptzeichen der biſchöflichen Würde gehört er gewiß nicht, ſonſt würden Aebte und Aebtiſſinnen mit ſolchen nicht prangen, 138) und da in Ungarn die Pfarrer dergleichen biſchöfliche Ehrenzeichen führen. Fingerring.

§. 1248.

Die Biſchöfe tragen ein **Creutz** auf der Bruſt (*pectorale*) ſolches kommt aus dem Alterthum her, Pectoral.

 nach

136) Wer einmal eine ganze ſolche Gemeinheit mit Mitren geſehen hat, wird ſich überzeugt finden, daß ſo wenig ſolche jedem Menſchen gebühre, eben ſo aber manchem Kopf anſtehen, als wenn ſie ſchon in der Wiege wären angemeſſen worden.

137) Was für eine neue Auslegung des biſchöflichen Hirtenſtabs P. Hanſiz einen Cavalier machte, habe ich in meiner ſtaatiſtiſchen Abhandlung über die Mängel. S. 114. angeführt.

138) Vilati in origin. Iur. pontificii.

nach welchen die mehrſten Chriſten Weiber und Männer, Reliquien der Heiligen, oder ein Stück von den Evangelien auf der Bruſt trugen, und Amuleten, oder Philacteria genannt wurden. Die Päbſte trugen das Creutz aus Andacht. Die Biſchöfe Aebte und Aebtiſinnen machten es nach. Allein heut zu Tage wird erfordert, daß in Gegenwart eines Erz- oder Biſchofs die äbtliche Creuze verborgen werden müſſen. 139)

§. 1249.

Hand- und Fußſchuhe.

Beſondere Hand- und Fußſchuhe tragen die Biſchöfe bey feyerlichen Verrichtungen, auch die Aebte und Stiftsprälaten bedienen ſich derſelben. Da die andern Prieſter ohne Handſchuh und nur in ihren gemeinen Schuhen den Gottesdienſt verrichten. Vor Zeiten hatten die Prieſter auch beſondere Schuhe vorräthig, mit welchen ſie der Sauberkeit wegen, an den Altar giengen. Dieſer Gebrauch kam aber ab, nachdem die Stipendien es entweder nicht mehr austrugen, oder als die Domherren ſich der Jagdſtiefeln öfter ſchon in der Kirche bedienten. Nichts deſtoweniger gehen die Biſchöfe von dieſer Reinlichkeit nicht ab. Die offenen Schuhe der Biſchöfe bey ihren Amtsverrichtungen ſollen bedeuten, daß gleichwie der Biſchof das Evangelium nicht jedermann verheelen, und nicht jedermann aufdecken ſoll, auch der Fuß nicht ganz entblöſet, und nicht ganz bedeckt ſeyn ſoll. Mir ſcheint aber dieſe Auslegung dergleichen mehrere 140) vorkommen, ſehr übertrieben zu ſeyn; dann das Evangelium, als die reineſte und allein hei-

139) Deßwegen ſagt ein Engländer bey Anweſenheit des Pabſts in Wien, als er einen Prälaten, der an der Kutſche eines Biſchofs vorbeyfuhr, ſchnell ſein Creuz einſchieben ſah: ſehet, wie die geiſtliche Creuze troz den Lehnkutſchern einander ausweichen können. Ohne Tadel läßt ſich dieſes von dem Etiquet ſagen, mit welchem die Geiſtliche einander öfters zur Laſt, und ſelbſt in den Geſchäften hinderlich ſind.

140) In des du Gange Gloſſario.

heiligſte Glaubenslehre ſoll keinem Chriſten verborgen werden. — Dieſe geheimnißreiche Sachen gehören zum geiſtlichen Staatsrecht eben ſo wenig als die bey Ueberreichung der Handſchuhe in der Conſecration des Biſchofs gebräuchliche Formul: deine Rechte ſoll nicht wiſſen, was deine Linke gutes thue, u. d. Es iſt aber augenſcheinlich, daß die Biſchöfe und die Kirchenprälaten deswegen Handſchuhe bey ihren Gottesdienſtlichen Handlungen tragen, weil man geglaubt hat, es diene, wie es auch wahr iſt, mehr zum Anſehen und zur Pracht, wenn der Biſchof, der Abt, oder auch ein Stiftsprälat mit Gold, und einem Creuz geſtickten Handſchuhen, als nur mit bloſen Händen erſcheinen; denn ſonſt müßte daraus folgen, daß die gemeinen Prieſter entweder eine Unanſtändigkeit begiengen, oder die Kirchenprälaten einige Unwürdigkeit ihrer Seits hiedurch zu erkennen geben wollteu.

§. 1250.

Die Dalmatika iſt ein weiter Rock mit langen Aermeln; welche Art von Kleider mit jenen der Leviten oder Diaconen übereinkommt, wenn ſie bey einer feyerlichen Meſſe bey dem Altar dienen. Dieſer Gattung von Kleidertracht, welche nach dem orientaliſchen Putze nur Kaiſern und Königen eigen war, bedienten ſich die Biſchöfe zu Verherrlichung ihres Anſehens. Die myſtiſchen Erklärungen die hierüber gemacht worden, fallen in das Fabelhafte. Dalmatika.

§. 1251.

Die Tunicella iſt ebenfalls ein Theil der biſchöflichen Kleidung, und ein langer Rock, den der Biſchof unter dem Meßgewand, oder der Planeta trägt. Tunicella.

§. 1252.

Roche-tum. Noch eine andere Gattung der biſchöflichen Kleidung macht das Rochetum aus. Es iſt eine Art Chorrock, von weiſſen Leinen mit geſchloſſenen Aermeln, dieſes tragen alle Biſchöfe über ihren langen Rock, wenn ſie auch keinen feyerlichen Dienſt verrichten: das ſonderbare dabey iſt, daß die Biſchöfe, die aus einem Mönchs- oder Bettelorden zum Bißthume gekommen ſind, ſolche Rochetten nicht tragen dürfen. 141) Sie ſollten vielmehr kraft des unten bemerkten Capitels ihr gewöhnliches Ordenskleid tragen; allein ſie haben es dahin gebracht, daß ſie von dieſem Ordenshabit nur die Farbe beybehalten, im übrigen aber der Schnitt der Kleidung, wie andere Biſchöfe haben.

§. 1253.

Mozeta. Das ſonderbare der biſchöflichen Tracht macht unter andern die Mozeta oder das kleine Mäntelchen aus, welches der Biſchof mit einem kleinen Capuzen am Rücken trägt. Es hat die Farbe wie der lange Rock des Biſchofs.

§. 1254.

Pallium. Endlich das koſtbarſte der biſchöflichen Kleidung macht das Pallium aus; es iſt eine weißwollene, mit Creuzen bezeichnete Binde, die dem Biſchof um den Hals gehet, und mit einem Ende über die Bruſt, mit dem andern über die Schulter abhängt. Dieſer Zierath iſt freylich nur einigen Biſchöfen mitgetheilt worden. Doch wurden einige Biſchöfe, die nicht exemt geweſen ſind, mit ſolchen begnadigt. Zum Seelenheil trägt dieſer äuſerliche Prunk ſo wenig bey als der weltliche Fürſtenhut in dem Wappen der geiſt-

141) Gemäs dem ceremon. Epiſcop. und dem cap. clericis officio de vita & honeſt. cler.

geiſtlichen Reichsfürſten zum Wohl ihrer Stiftsländer eines und des anderen wird durch eben dieſe äuſerliche Erhabenheit deſto leichter vergeſſen, weil die vornehme Kleidung insgemein einen Fürſten verhindert, das Elend ſeiner Unterthanen und Mitmenſchen mit eigenen Augen anzuſehen.

§. 1255.

Von den Benennungen der Biſchöfe in Hinſicht des Staatsrechts habe ich ſchon in vorhergehendem Theil geſagt. Allein in Bezug des Kirchenſtaatsrechts kommen ganz beſondere Ehrentitel vor, die den Biſchöfen in dem Alterthum beygelegt worden ſind. Ehren⸗prädikate

Nach der Anmerkung des Mabillon 142) fehlte den Biſchöfen an ihren Titulaturen nichts als archangeli und Prophetae. — Man gab ihnen alle Titel die den Pabſt zugelegt worden. Sie hieſſen *domini*, *domini ſancti*, *Reverendiſſimi*, *beatiſſimi*, *ſanctiſſimi*, *apoſtolici*, *Vicarii chriſti*, *Papae*, denn dieſer Name Papa iſt nach einigen dem Pabſt im 6ten nach einigen im 11ten nach andern im 12ten Jahrhundert erſt eigen geworden. Ferner hieſen ſie Patres und ſie erregten (ſagt Moſer) im vorigen Jahrhundert den Jeſuiten einen heftigen, aber wahrhaft übertriebenen Streit, als wenn ſie ſich auch den Namen eines Vaters anmaßten; bey ihrer Aufhebung hätten ſie den Biſchöfen als Patribus Patrum wohl eine ſehr paſſende Erinnerung auf dieſen Streit machen können — Ferner wurden ſie genennt *doctores*, *Medici*, *angeli Eccleſiae*, *ſal terrae*, *oculus univerſi*, *Principes*, *Reges*, *Imperatores eccleſiae*, *Apoſtoli* (ſo wie ihre biſchöfliche Kirche apoſtolica ſedes) *Praepoſiti*, *Praeſules*, *Antiſtites*, *Principes Sacerdotum*, *Pontifices maximi*, *ſummi ſacerdotes*, *vicarii ſedis apoſtolicae*, *Patriarchae*, *Patres Patrum*, & *Epi-*

142) De re diplomat.

ſcopi Epiſcoporum, beſonders wenn es verdiente Biſchöfe waren, und was dergleichen Benennungen mehr ſind, deren jede den Biſchof an eine beſondere Pflicht ſeines hohen und wahrhaft engliſchen Amts erinnnert.

§. 1256.

Ehrenbezeugungen. Nebſt dieſen Titeln genoſſen auch die Biſchöfe andere Ehrenbezeugungen von den Chriſten; welche, wenn ſie ihnen begegneten, ihr Haupt neigten, ihre Füſſe küßten, von ihnen den Seegen verlangten, und oft, welches aber gar nicht gebilliget ward, das Hoſanna entgegen ſangen. Sogar wurde in der Synode zu Trois die Verordnung des Pabſt Johannis VIII. vom J. 878. erneuert, daß kein Lai weſſen Standes er immer ſey, in Gegenwart des Biſchofes, ohne deſſen Willen ſich niederſetzen ſolle. Einige Biſchöfe in partibus beſannen ſich ſchon ob ſie wohl gar einen Laien mit entblößtem Haupt den Gruß geben ſollten, wogegen aber der Hanöveriſche Geſandte zu Cölln 1688. ein unangenehmes Compliment machte.

Man übergeht diejenige Beyſpiele, die von einer auſſerordentlichen Demuth der gekrönten Häupter gegeben wurden, als von dem Kaiſer Heinrich dem Heiligen, der ſich zu Frankfurt in der Synode 1006. vor den Biſchöfen auf die Erde niedergeworfen hat: von dem König in England Heinrich II. der dem Erzbiſchof von Canterburi, da er vom Pferd ſtieg, den Biegel gehalten hatte; ſo war es auch der allgemeine Gebrauch, daß die Biſchöfe von den Königen mit einem Kuß empfangen, und ihnen vor allen Großen des Reichs der erſte Plaz eingeräumt wurde.

Man kann aber dieſe für dermaliges Zeitalter übertriebenſcheinende Titel- und Ehrenbezeugungen der Denkart und den Sitten der vorigen Jahrhunderte

derte größtentheils zuſchreiben. Einigen Biſchöfen dieſes Jahrhunderts muß man es zum Ruhm nachſagen, daß ſie in der Herablaſſung und in einem gegen ihren Mitmenſchen gefälligen Betragen, welches ihrem hohen Stande mehr als alle Titel und Ehrenbezeugungen erhebt, den gemeinen Geiſtlichen weit, den Mönchen aber über alle Maße übertreffen, und beiden zum Beiſpiel der Demuth in dieſem Falle dienen.

Wegen dem Titel *dei & apoſtalicae ſedis gratia* iſt noch zu bemerken, daß dieſe dem römiſchen Hof ſo vortheilhafte Benennung ſich allererſt im J. 1251. von dem Erzbiſchof zu Nicoſea in der Inſel Cypern herrühre, der zugleich über die armeniſche, maronitiſche und neſtorianiſche Biſchöfe dieſer Inſel ſich als Erzbiſchof darſtellte, und vielleicht eben deswegen den römiſchen Stuhl im Titel führte, damit er dieſen abtrünnigen Chriſten den Weg nach Rom zur Vereinigung zeigte. Zudem, ſo waren um dieſe Zeiten die Grundſätze der päbſtlich-monarchiſchen Hoheit ſchon ſehr tief gewurzelt und weit verbreitet, daß ein Biſchof Urſache genug haben konnte, dem römiſchen Hof dieſe Höflichkeit zu erweiſen. Die Italiener folgten dieſem Beyſpiele nach, und als die Bißthümer dem Pabſt reſervirt zu ſeyn anfiengen, war dieſe Titulatur noch gemeiner.

Das Salbung- und Krönungsrecht gehört auch allerdings unter die vorzüglichen Ehrenämter der Biſchöfe, wovon ich ſchon gehandelt habe; auch daß, wenn der Biſchof durch ſeine Diöceß reiſet, derſelbe unter Läutung der Glocken von der Geiſtlichkeit an der Kirchenthür mit dem Creuz empfangen werden ſolle.

§. 1257.

Biſchöfliche Amtspflichten. Da die zu Regierung der Diöceſen größtentheils erforderlichen Gerechtſame der Biſchöfe angeführet worden, ſo iſt es nöthig auch von ihren Amtspflichten eine Erwähnung zu thun. Unter die Hauptpflichten gehöret vorzüglich die Schuldigkeit das Wort Gottes ſelbſt vorzutragen, zu beleuchten, und dergleichen; denn was nützt die biſchöfliche Figur ohne Einwirkung. Ein Hochamt zu halten, zu firmen, und zu weihen, macht noch keinen Biſchof aus. Die Hauptpflicht iſt ſeinem Pflegbefohlenen perſönlich das Wort Gottes vorzutragen. Sein hohes Anſehen würde Eindruck, ſein Beyſpiel Nachahmung, und ſein Eifer die beſten Wirkungen nach ſich ziehen. Seine fürſtliche Hoheit, die geänderte Kirchenverfaſſung, und das bisherige Herkommen, das Wort Gottes durch fremden Mund vortragen zu laſſen, entſchuldigen ihn nicht daß er auf der Kanzel niemal erſcheine, denn das Volk hat Anſpruch auf ſeine perſönliche Lehre, weil er Biſchof iſt, und der Fürſtenſtand nur eine Nebenſache ausmachet; wenn der Biſchof die Fähigkeit nicht hat ſelbſt zu predigen, ſo gehet ihm die Haupteigenſchaft eines Biſchofs ab, uud er kann nach den Canonen nicht Biſchof ſeyn. Wenn er den Willen nicht hat zu predigen, ſo erfüllt er ſeine Amtspflicht nicht, wenn er hiedurch ſeiner fürſtlichen Würde Abbruch zu thun glaubt, ſo fehlt ihm die biſchöfliche Demuth. Und der ganze Biſchof, da er nur verrichtet, was er ohne Anſtrengung ſeiner öfter nur ſchwachen Geburtskräfte leicht thun kann, iſt und bleibt eine äuſerliche Figur, keineswegs aber dasjenige, was die alten Biſchöfe waren. Was zu den Amtspflichten eines Biſchofs gehört, wollen wir das weitere nachholen.

§. 1258.

Eine ununterbrochene Sorge für das Heil ſeiner Kirche, wenn er gleichwohl nicht alle Arbeiten ſelbſt verrichten kann, ſo muß er dennoch durch Befehle, Ermahnungen, und vorzüglich durch Beyſpiele alle Hände gleichſam beſeelen. Beyſpiele.

§. 1259.

Er muß nach Vorſchrift des H. Paulus 143) die Eigenſchaften eines vollkommenen Menſchen, vollkommenen Chriſten, und eben ſo vollkommenen apoſtoliſchen Mannes haben, ſo wie ſie in den Canonen erfordert werden. 144) Eigenſchaften.

§. 1260.

Ein Biſchof muß eine ſeinem Amt angemeſſene Gelehrſamkeit ſich eigen gemacht haben, hauptſächlich eine ſtarke Kenntniß in der göttlichen Schrift, und Erblehre, in den Schriften der Väter, und anderer großen und geiſtreichen Männer. 145) Er muß die Selbſtprüfungsfähigkeit in einem höheren Grad dann ſeine untergeordneten Geiſtlichen beſitzen, um ſie mit Nachdruck ſelbſt belehren zu können; und weil er ſeiner Pflicht nach allein das Recht hat über Irrthümer ſelbſt zu richten und zu entſcheiden, was geoffenbaret iſt, oder nicht; von ſeinem Mund und ſeiner Wiſſenſchaft erfordert die Kirche den perſönlichen Ausſpruch welche Erblehre in ſeiner Kirche beſtehe. Er muß die ganze Schrift zu erklären, und Gelehrſamkeit.

die

143) In den Briefen an dem Timotheus und Titus.

144) Im erſten Thl. des decreti Gratian. diſt. 35 — 90.

145) Ein Biſchof muß alſo die lateiniſche Sprache weit beſſer als ein gemeiner Prieſter verſtehen, damit es ihm nicht wie einem Prieſter Virgil zu Salzburg ergeht. Dieſer gebrauchte ſich in der Taufsformel des Ausdrucks: in nomina patria & filia, & ſpiritua ſancta, und kam mit dem heil. Bonifaz in einem heftigen Streit. ſ. Godeau Kirchengeſchichte. Thl. 17. S. 88.

die Tradition ſelbſt zu beſtimmen fähig ſeyn. Zu dem muß er auch ſelbſt Klugheits- und Oekonomieeinſichten, auch große Menſchen- und Weltkenntniſſe beſitzen, damit er durch einen blinden Eifer, die Eintracht der weltlichen Fürſten mit der Kirche nicht zerſprenge, ſeine Kirchengüter immer mehr in Auf- als Abnahme bringe, und wenn er ſich als Fürſt darſtellen muß, niemals gegen ſeinen Nebenmenſchen, und gegen ſeine Untergebene vergeſſe, daß er auch zugleich ein Biſchof ſey.

§. 1261.

Amtsberuf.

Das Amt eines Biſchofs iſt an ſich ſelbſt ſchon eine Kette von abwechſelnder Arbeit, welche den ganzen Mann einnimmt, und beſchäftigt. Aus dieſem läßt ſich auch gar leicht begreifen, warum in der erſten Kirche ſo viele Männer ſich der Laſt, ein Bißthum zu übernehmen, entzogen und nur durch Zwang und Bitten zur Annehmung dieſes Amts entſchloſſen haben. Er hat keine leere Stunden, als jene, die er zur Nothdurſt der Natur, und zu ſeiner Erholung nöthig hat. Der Gegenſtand ſeiner Arbeiten begreifet das Seelenheil aller insgeſammt, und eines jeden ins beſondere. Die Seelen, oder die Menſchen laſſen ſich nicht anders als mit der größten Schwierigkeit leiten, und ſetzen eine Kenntniß von der Seelenlehre voraus. Jede Diöceß hat eine beſondere moraliſche Lage, beſondere Menſchen, beſondere Umſtände; um ſich in dieſe ſo viele als verſchiedene Gegenſtände zu ſchicken, gehört eine lange anhaltende und unermüdete thätige Bearbeitung dazu. Aus dieſen folgen auch drey unwiedertreibliche Schlüſſe; erſtens daß der arbeitende Biſchof bey ſeiner Arbeit, auf ſeinem Feld bleibe, oder daß er in ſeiner Diöceß beſtändig reſidire. Zweytens daß er nicht von einem Bißthum in das andere übergehe,

und alſo vielerley Arbeiten anfange, und keine recht nach Würde ausführe. 146) Drittens: daß er aber auch nicht mehr dann ein Bißthum habe, weil nach den weitſchichtigen Amtspflichten ein Biſchof unmöglich mehr dann einem einzigen mit Würde, und nach ſeiner Obliegenheit vorſtehen kann, beſonders wenn er neben zu noch Pflichten vermög ſeines weltlichen fürſtlichen Standes auf ſich liegen hat. Alles was dieſe drey Schlüſſe in ihrem weiten Umfang in ſich faſſen, will ich übergehen, weil ſich aus dem bereits geſagten ſchon erwähret, daß die heutige Fürſtbiſchöfen nur eine Figur, keineswegs aber das Bild ihrer erſten Vorfahrer mehr vorſtellen und ihre Amtspflicht bey der Mehrheit der Bißthümer hart mehr zu erfüllen im Stand ſind. Was aus dieſem folgt, gebeut mir die Beſcheidenheit dem Denken und der Ueberlegung des Leſers zu überlaſſen.

§. 1262.

Mitarbeiter Anſtellung.

Zu der nemlichen Pflicht zum beſten ſeiner Kirche ohne Aufhören zu arbeiten, gehört auch die Schuldigkeit dahin zu ſehen, daß er die möglich beſten Mit-

arbei-

146) Daher entſtanden die viele und ſcharfe Canones in der alten Kirche, welche die Translation denen Biſchöfen verbotten haben, und daher kommt der Begriff eines Bräutigams, durch welchen der Biſchof an ſeine Braut, die Diöceß ſo eng verbunden wird, daß wenn er ſie verläßt, er der nemlichen Kirchenbuße, durch den 2ten Canonen der Sardicenſiſchen Kirchenverſammlung vom J. 337. unterworfen war., die ein Ehebrecher auszuſtehen hatte. Erſt nachdeme aber einmal die Chriſten daran gewöhnt worden ſind, Biſchöfe genug zu ſehen, die nicht ſelbſt an ihrem Amt arbeiteten, ſo wurde die alte Schärfe vergeſſen, und der Willkühr des Pabſtes, ohngefähr im 13ten Jahrhundert überlaſſen, die Erlaubniß zu geben, von einem Bißthum auf das andere überzugehen, und nachhero auch mehrere zuſammen anzunehmen. Allein dieſe Erlaubniß, weil ſie die biſchöfliche Amtspflichtenerfüllung trennt, zieht die Laſt einer Verantwortung nach ſich, die kein Biſchof jemals von ſich mehr werfen kann, doch bey der Materie von der Pluralität der Beneficien iſt dieſes ausführlicher geſagt.

arbeiter in der Dioceß anſtelle. Nun da gehört freywillig wiederum zum voraus des Biſchofs eigene Kenntniß dazu, wie wird er aber ſolche Mitarbeiter wählen und prüfen können, wenn er nicht ſelbſt der beſte Arbeiter und Dienſtkenner iſt? — überhaupt ſoll er alles anwenden, ſolche Leute zu erziehen, auch keine Koſten ſparen, einen rechtſchaffenen Clerum durch Errichtung der Seminarien zu bilden, wann auch ſeinen eigenen Einkünften hierdurch Abbruch geſchieht. Freylich geht dieſes dem Grundſaz der geiſtlichen Finanzräthe gerad zuwider. Auch bey Beſezung der Pfründen und Pfarreyen muß der Biſchof die äuſerſte Sorge anwenden, die beſten und verdienteſten Männer auszuheben, nichts als eines jeden Verdienſt im Auge zu haben, daß Gott und die Kirche ihm, dem Biſchof, alle Fehler zurechne, die von Leuten begangen werden, die der Biſchof ohne genugſame Kenntniß niedergeſetzt, oder auch nur zugegeben hat, daß ſie vor andern eingeſtellt worden ſind. Da aber die geiſtliche Menſchen auch der Veränderung ihrer Sitten und Denkart unterworfen ſind, ſo erfodert die Schuldigkeit des Biſchofs, ſolche Mittel zu treffen, durch welche er jede Hauptveränderung erfahren, und jeden Geiſtlichen oft unter die Augen bekommen kann. Hiezu ſind Dioceßviſitationen und Synoden die beſten Mittel. Allein wegen der Bißthümer Pluralität, der Fürſtenwürde, und den vielen Zerſtreuungen fällt dieſes alles weg.

§. 1263.

Beſtellung der Gerichte.

Eine der weitern Hauptpflichten iſt, daß der Biſchof ſeine geiſtliche Gerichte mit den rechtſchaffenſten Männern zu Beilegung der Rechtsſtreitigkeiten beſetze, und daß in ſelbigen alle Factionen unterdrüket werden, überhaupt daß ſolche Leute ſich in ſelbigen befinden, die dem Biſchof gerade die Wahrheit

heit hinſagen dürfen, ohne befürchten zu müſſen, durch die Ränke eines weltlichen Miniſters, oder andern Dieners dafür geſtraft zu werden. Er ſoll nicht zugeben, daß ein Miniſter verdrüßliche Sachen unter dem Vorwand zu unterdrücken ſich unterfange, damit der Biſchof die gute Laune nicht verliere, oder gar unpäßlich werde, ſo handelten wenigſtens die alten Biſchöfe nicht.

§. 1264.

Da der Biſchof die Führung der Seelen und ihr ewiges geiſtliches Heil zum Zweck ſeines ganzen Berufs hat, muß er vor allen die grenzenloſe Weitſchichtigkeit dieſer Gegenſtände betrachten: auch hierzu gehört wiederum eine ſtarke Kenntniß. — Es folgt alſo von ſelbſt, daß er den Abgang der Synoden und Viſitationen durch getreue Berichte erſetzen laſſe, wodurch die Seelenkrankheiten in der ganzen Diöceß, die Mängel im Unterricht, die der Religion ſo ſchädliche Aberglauben, überhaupt der ganze innere und äuſere Zuſtand der Pfarreyen und anderer Stiftungen nebſt den ſchicklichſten Mittel dagegen vor die Augen geleget werden, freylich wären Synoden hierzu der beſte Werkzeug, ſelbſt die Ehre die der Geiſtliche genießt, in einer freyen Synode als Mitglied zu ſprechen, hebt die Seele zu großen Gedanken. Allein die Hinderniße ſo den Biſchöfen ihrer eigenen politiſchen Exiſtenz wegen entgegen ſtehen, erſchweren die Abhaltung der Synoden, auch vorzüglich darum, um den gemeinen Geiſtlichen nicht zu viel Anſehen zum Abtrag der hohen Geiſtlichkeit zu geſtatten. Seelſorge.

§. 1265.

§. 1265.

Gehorſams Einprägung. Eben weil die Biſchöfe kraft ihres Amts das Volk zum Guten lenken und vom Böſen abhalten müſſen, ſo hätten an und vor ſich die weltlichen Fürſten keine beſſern Unterthanen und Landeseinwohner als die Biſchöfe. Da ihre Pflicht erfordert, die Unterthanen in dem Gehorſam gegen ihre natürliche Herrſchaft zu erhalten, ihnen wahre Liebe zu dem Landesherrn und ihrem Vaterland einzuflöſen, und ſelbſt das Muſter abzugeben, nach welchem jeder Theil ſich zum beſten des Ganzen verwenden, und im Nothfall aufopfern muß.

§. 1266.

Sorge für die Kranken. Wenn Krankheiten, oder Peſt in der Diöceß einreiſſen, darf der Biſchof dieſelbe nicht verlaſſen, damit er keinen Miethling gleich werde, und durch ſein feiges Beyſpiel die übrigen Seelſorger nach ſich ziehen. Zu deme ſind die Biſchöfe ſchuldig die Väter und Helfer der Armen und Nothleidenden zu ſeyn.

§. 1267.

Sanftmuth. Den Biſchöfen ſind die Gerechtſame der Kirche in die Hände geſtellt; ihre Pflicht erfordert ſolche nicht als ihr Eigenthum, ſondern als ein vertrautes Gut anzuſehen. Wollten ſie aber alle und jede Gerechtſame gegen jedermann mit ſteifer Unbiegſamkeit behaupten, ſo würden ſie ſich der Gefahr vieler unnöthigen Verdrießlichkeiten, ihre Kirche aber eines noch größern Verluſtes ausſetzen. Wenn die Rechte der Kirche deutlich, und ungezweifelt in der Religion gegründet ſind; ſo müſſen die Biſchöfe ſie mit ihrem Blute vertheidigen; ſind ſie es nicht; ſo müſſen ſie ſich erinnern, daß der Chriſt, und noch mehr das Muſter des Chriſten, die erſte Tugend

ihres Stifters. Die Sanftmuth auszuüben, und lieber in auſſerordentlichen Dingen nachzugeben, als die Kirche mit dem Staat in einem der ſchädlichſten Kriege zu verwickeln habe.

§. 1268.

Verhältniſſe gegen den Pabſt.

In was für einem Pflichtenverhältniſſe die Biſchöfe gegen den römiſchen Pabſt ſtehen, habe ich ſchon anderwärts gemeldet, und hievon kommt ein mehreres noch in der Folge vor. Ein Biſchof muß ihn als das ſichtbare Oberhaupt, oder deſſen Primat, und die mit dem Primat weſentlich verbundene Rechte über die ganze Kirche anerkennen. Er muß in Glaubensſachen, ſo die ganze Kirche antreffen können, an ihn berichten, und ſeine Beſcheide ſo lange befolgen, bis die geſamte Kirche anderſt ſprechen, oder ein nahmhafter Theil derer Biſchöfe den Pabſt beſſer belehren wird.

§. 1269.

Berichtserſtattung.

Statt der ehemals von den Päbſten verlangt gewordenen Reiſe nach Rom erſtatten die Biſchöfe alle 4 Jahre ihre Berichte dahin, wie dieſe manchmal beſchaffen ſind, habe ich ſchon erwähnet.

§. 1270.

Sparſamkeit.

In Anſehung ſeiner eigenen Haushaltung hat der Biſchof nach den Canonen eine große Sparſamkeit an ſeinem Tiſche, Hausrath, und an ſeinen Kleidungen pflichtmäßig zu beobachten. Die alten Kirchengeſetze erlauben dem Biſchof aus denen Kircheneinkünften nicht mehr zu nehmen, als was er zu ſeiner Erhaltung nothwendig hat. Die Canones, 147) die heiligen Väter, und noch im 16ten Jahrhun-

147) 21. und 22. Cauſ. 11. v. 1.

hundert die Kirchenverſammlung zu Trient ſchreiben die ſchönſten Vorſchriften über den mäßigen Aufwand, worauf die Biſchöfe zu ihrer Nothdurft und nicht weiter Anſpruch machen ſollen. Allein bey den deutſchen Reichsbiſchöfen, die zugleich Fürſten, und gebietende Herren ſind, finden dieſe Vorſchriften keine Anwendung mehr. Eben ſo iſt es auch in Anſehung der Wohnung. Die alten Biſchöfe lebten immer mitten unter ihren Geiſtlichen. Sie hatten allzeit welche, als Zeichen ihrer guten Aufführung um ſich, oft erzogen ſie in ihren Häuſern ſelbſt junge Geiſtliche, an welche ſie die wenige Stunden anwendeten, die ihnen von ihren nöthigen Amtsgeſchäften übrig geblieben ſind. Heut zu Tage ſind die clericaliſche Pflanzſchulen und Seminarien dafür aufgekommen, da die Biſchöfe in ihren Reſidenzen wegen den weltlichen Regierungsgeſchäften keine Zeit Unterricht zu geben übrig haben; und hierzu gehört wiederum eine gründliche Wiſſenſchaft, die nun freylich nach der heutigen Art, wie die Adelskinder erzogen werden, aus denen man Biſchöfe formet, ſo ſtreng nicht erfordert wird.

Ueberhaupt iſt aus der angeführten Beſchreibung der biſchöflichen Pflichten ſchon klar zu erſehen, daß ein großer Theil in Rückſicht der Selbſtausübung wo nicht hinweggefallen ſind, dennoch ſich ſehr geändert haben, und daß die dermaligen Biſchöfe den ältern in ſehr wenigen Stücken mehr gleichen. Man muß aber auch nehmen, daß die Verfaſſung der Kirche, und des deutſchen Reichs zur Zeit der erſten Biſchöfe eine ganz andere Geſtalt, als die dermalige an ſich hatte.

§. 1271.

§. 1271.

Die urſprüngliche Geſchichte der Erz- und Biſchöfe in partibus infidelium habe ich ſchon ſo viel hieher erfoderlich ſeyn will, angeführet. Die Unordnungen welche dieſe Titularbiſchöfe veranlaßten, waren ganz ſonderbar; weil ſie keine Diöceß hatten, zogen ſie herum, und nährten ſich hauptſächlich von den Geſchäften, welche ſie von den exemten geiſtlichen Pröbſten und Aebten erhalten konnten, indem ſie ſich in ſolchen Gegenden, die keinen Biſchof (oder nach den erkünſtelten Namen nullius dioeceſeos) unterworfen waren. Im 15ten und 16ten Jahrhundert dauerte die Unordnung mit den Titularbiſchöfen noch immer fort. Alle Verordnungen die man machte waren vergebens. Selbſt zur Zeit der Kirchenverſammlung zu Trient war dieſem Unweſen noch nicht abgeholfen. Dem Kirchenrath wurden die Beſchwerden gegen die Titularbiſchöfe auf das neue vorgetragen, beſonders daß ſie aus Abgang einer bleibenden Stätte noch überall herumliefen, und wie Miethlinge Verdienſt ſuchten. Es fehlte ihnen auch nicht an Unterſtützern; ihr ſtärkſter war P. Lainez: er behauptete ganz frey, man könnte die Titularbiſchöfe gar wohl beybehalten; denn, ob ſie gleich auf keine gewiſſe Diöceß geweiht wären, ſo könnten ſie dennoch eben ſowohl beſtehen, als die Bettelmönche, die eben auch auf kein gewiſſes Kloſter angenommen wären.

Von den Erz- und Biſchöfen in partibus.

Bey der Kirchenverſammlung ſelbſt wurden diejenige, welche die Titularbiſchöfe ad partes ſchicken wollten, theils durch die Mehrheit der Stimmen überſchrien, theils auch durch das Uebergewicht der ſchon herrſchenden Gewohnheit, und beſonders durch den Ausſpruch der 5ten lateraniſchen Synode unter Pabſt Leo X. im J. 1515. unterdrückt, woraus den

Cardinälen erlaubt wird, ihre Bißthümer, deren ſie zwey, drey, und mehrere unter dem Namen der Commende beſaſſen, durch Titularbiſchöfe in den geiſtlichen Ordinations- und Weihungsſachen verwalten zu laſſen.

§. 1272.

Verordnung des Tridentinums wegen den Weihbiſchöfen.

Die Tridentiniſche Verſammlung begnügte ſich damit, daß ſie die gar zu ſehr in die Augen fallende Mißbräuche bey den Weihbiſchöfen abſchnitt, und einmal ſie allzeit verbott, daß keiner einen Unterthan eines Biſchofen die geiſtliche Weihe ertheilen ſoll, ohne von dieſem Biſchof die Erlaubnis zu haben; welches auch ſchon vorher verordnet war: ferner, wenn der Weihbiſchof auch in einer Gegend, die keinen Biſchof hat, oder in einem exemten Kloſter ſäſſe, ſoll er eben ſo wenig ohne die Erlaubniß des ordentlichen Biſchofs jemand auch nur zu den geringen Weihen, oder der Tonſur ordiniren, geſetzt daß auch dieſes unter dem Vorwand geſchähe, als wenn der zu ordinirende zu denen Haus- und Tiſchgenoſſen (miliares & continini commenſalis) des Weihbiſchofes gehörte, und dagen ſoll kein Freyheitsbrief, von welcher Gattung er immer ſeyn möge, ſchützen. Allein die Päbſte ließen ſich dennoch nicht einſchränken den Titularbiſchöfen ſolche öfters zu ertheilen.

Es geſchah alſo doch etwas zur Einſchränkung der Titularbiſchöfe. Hätten die deutſchen Erz- und Biſchöfe die Kirchenverſammlung zu Trient in einer angemeſſenen Zahl beſucht, und ſich erklärt, für den nöthigen Unterhalt derjenigen Weihbiſchöfe, deren ſie nothwendig hätten, zu ſorgen, ſo würde der ganzen Unordnung abgeholfen geweſen ſeyn; ſo aber ſtieß ſich alles an dem Hauptpuncte der Unterhaltungsmittel.

Es

Es ward zwar nach dem J. 1565. von Pabſt Pius IV. ein und die andere Verfügung wegen Unterhaltung der Weihbiſchöfe getroffen; ſie machte aber dennoch dem Ganzen kein Ende, es kam nun mit den Cardinälen und anderen Biſchöfen zu einem Vergleich, nach welchem dieſe jenen aus ihren Tafelgeldern (reditus menſae epiſcopalis) 200 Ducaten oder ſonſt eine beliebte Summe zum Unterhalt auswarfen: Pius verordnete darauf noch mehr, daß dieſe angewieſene Perſonen durchaus nicht durch Verzicht, oder ſonſt einen Vergleich getilgt werden ſollen. Die Weihbiſchöfe ſollen nach der Vorſchrift des Tridentinums in der ihnen aufgetragenen Diöceß reſidiren, oder ihren Unterhalt verliehren. Sollten ſie gar aus der Diöceß entweichen, ſo ward ihnen unterſagt, in irgend einer andern Diöceß die biſchöfliche Verrichtungen vorzunehmen, geſetzt auch, daß ihnen der Diöceſanbiſchof ſolches erlauben wollte. Nach dieſer Einrichtung kam eine neue von dem Pabſt Pius V. welcher verordnete, daß kein Biſchof in partibus angeſtellt werden dürfte, dem nicht 200 Ducaten ſichere und ſtändige Einkünften von ſeinem Prinzipal verſichert würden. Nach der Hand kamen immer neue Verfügungen hinzu, die theils durch päbſtliche Bullen, theils durch den Gebrauch endlich eine geſetzte Verfaſſung veranlaſſet haben.

§. 1273.

Allgemeines Verhältniß in Deutſchland.

In Deutſchland, beſonders als die Mehrheit der Bißthümer durch die päbſtliche Diſpenſationen, und hauptſächlich nach dem päbſtlichen Beyſpiel, da man den Cardinälen mehrere Bißthümer unter den Namen der Commenden zuließ, immer mehr über Hand nahm, ward die Würde eines Titularbiſchofs, reſpectabel, und nahm an ihren Vorzügen, bey denen ſie noch beſtehet, immer zu. Die deutſchen

 Biſchöfe

Biſchöfe wählten vorzüglich aus ihren Cathedralkapiteln, die angeſehnſten und würdigſten Männer zu Weihbiſchöfen, ſie erſetzten hierdurch dasjenige in der Verwaltung ihrer Hirtenamtlichen Pflichten, was ihnen der Beſitz mehrerer Bißthümer, und Fürſtenthümer ſelbſt zu verrichten nicht geſtattete. Der römiſche Hof hatte nicht mehr Urſach gegen die deutſchen Weihbiſchöfe etwas einzuwenden, weil die Erz- und Biſchöfe für ihre genugſame Unterhaltung ſorgten. Hierdurch wurde auf einmal auch dem Unweſen aller Titularbiſchöfe ein Ende gemacht. Die exemte Pröbſte und Aebte waren zwar an keine Diöceß gebunden, ſie mußten aber dennoch an eine Diöceß ihre untergebene Geiſtlichen der Ordinationen und andern Nothwendigkeiten halber hinweiſen, weil kein fremder Titularbiſchof ohne eine bleibende Stätte in Deutſchland mehr geduldet wurde. Der Pabſt ſelbſt hielt an ſich keinem den Titel eines Erz- oder Biſchofs in Partibus zu ertheilen, der nicht zu einer Kirche durch eine Coadjutorie oder ſonſt auf eine Art, als z. B. zur Stellvertrettung, Vicarie u. d. nebſt dem hinlänglichen Unterhalt beſtimmt war. Das Anſehen der Titular- Erz- und Biſchöfe und der Weihbiſchöfe hat in Deutſchland nach gewiſſen Verhältniſſen faſt die gleichen Grade der wirklichen biſchöflichen Würden, Ehren, und Vorzügen erhalten. Man kann es aus dem erſehen, das Pabſt Pius VI. den Churmaynziſchen Coadjutor von Dahlberg zum Erzbiſchof von Tharſus ernannt, und dieſer ſchon die anſehnlichſten Erz- und biſchöflichen Verrichtungen ſelbſt durch die Conſecration des Fürſtbiſchofs von Fuld im J. 1788. vollzogen habe.

§. 1274

§. 1274.

Von den beſonderen Verhältniſſen ſowol der Weihbiſchöfe ſelbſt, als ihrer Ernennung, Inſtitution und Unterhaltung iſt noch weiters zu bemerken: und ihre beſonderen

1) Daß Niemand einen Weihbiſchof habe, der ihm nicht von dem Pabſt gegeben würde; denn man ſieht die Ernennung eines Biſchofs in partibus als eine der wichtigen und großen Angelegenheiten (cauſae maiores) der Kirche an, die dem Pabſt reſervirt iſt.

2) Der Biſchof, der einen gewißen Mann zum Weihbiſchof verlangt, darf ſolchen dem heiligſten Vater, anders nicht, als Bittweis empfehlen, denn der Pabſt will hierin freye Hände, und keinen Zwang haben.

3) Will der Pabſt nicht gebunden ſeyn, einem Biſchof einen Weihbiſchof zuzulegen, es ſey dann, daß der Biſchof etwa langwierig krank, oder wegen dem hohen Alter unvermögend, oder ſeine Diöceß ſo weitläufig ſey, daß er allein in derſelben die biſchöfliche Arbeiten nicht beſtreiten kann, welcher Fall nun bey allen deutſchen Biſchöfen, die mit der Regierung der weltlichen Fürſtenthümer beladen ſind, und wozu noch öfter die Bißthümermehrheit kommt, nach dem Hauptgrundſatz der gelehrteſten Männer eintritt, daß wegen der Größe und dem weiten Umfang der biſchöflichen Pflichten, ein Biſchof auſſer Stand ſey, ſolche kaum in einer Diöceſe den Canonen gemäs zu erfüllen.

4) Soll eigentlich ein altes Herkommen vorgeſtellet werden, nach welchen von langen Jahren her, die Weihbiſchöfe in Dienſten geſtanden ſind.

5) Muß der Biſchof bewähren, daß ſein Weihbiſchof 300 Ducaten Einkünften habe.

 6) Iſt

6) Iſt zu beſcheinigen, daß dieſe 300 Ducaten keine Beneficialeinkünfte, ſondern ſonſtige auf die biſchöfliche Tafelgüter ausgeworfene Gelder ſind.

7) Weil aber mit 300 Ducaten nicht viel Staat gemacht werden kann, erhalten die neue Biſchöfe in partibus ganz leicht die Erlaubniß von dem Pabſt, daß ſie ihre ſchon an ſich gebrachte Pfründen dabey behalten dürfen, welche ſonſt mit Erhaltung des Bißthums in partibus abgelegt werden mußten, und manche Verwirrungen erregen könnten, weil die Erhebung zu dem neuen Bißthum in Curia, und von dem Pabſt geſchehen wäre; worüber doch für Deutſchland gegen die allenfalſige Aufforderungen Roms die ſtärkſte Gründe aufgeſtellet werden könnten. Ueberhaupt verſehen die deutſche Erzbiſchöfe ihre Weihbiſchöfe, ſo viel aus der Verfaſſung aller Diöceſen bekannt iſt, mit hinlänglichen Einkünften; weil ſie ſelbſt erkennen, daß auf dem Amt eines Weihbiſchofs eine große Laſt ihrer biſchoflichen Amtspflichten ruhet, die Biſchöfe in Partibus oder Weihbiſchöfe erhalten deswegen in den Stiftern zu ihrer beſſeren Subſiſtenz insgemein die einträglichſten Stellen, z. B. Generalvicariate, Präſidenten, Stadthalterſchaften u. d. weil die Biſchöfe durch die gute Beſoldung eines Weihbiſchofs, an dem wegen den manichfältigen Eigenſchaften ohnehin das mehreſte gelegen iſt, kein Aufwand verſchwendet ſondern am nützlichſten und rühmlichſten zum allgemeinen Beſten der Diöceß gemacht wird.

8) Iſt in einer Diöceß mehr als ein Weihbiſchof wegen der Weitſchichtigkeit derſelben nöthig; oder wird ein zweyter bey Lebzeiten des erſteren unvermögend gewordenen nothwendig; ſo muß jeder derer beyden 300 Ducaten Einkünften frey, und ungehindert beziehen können.

9) Der

9) Der nemliche Titul eines Biſsthums in Partibus wird nie dem Nachfahrer gegeben, damit man nicht denken ſolle, daſs ein Biſchof in Partibus einigen Anſpruch auf dieſen Titel machen könne.

10) Niemal, oder nur ſehr ſelten erhält der Titularbiſchof den Titel eines Erzbiſsthums in Partibus, wie es im J. 1787. der Fall bey Mainz war. Nicht nur allein wegen Deutſchland, ſondern auch wegen andern Ländern iſt der römiſche Hof auſſerordentlich ſparſam mit Ertheilung des Erzbiſchöflichen Titels. Als der Cardinalerzbiſchof von Liſabon, von ſeinem König unterſtützt, einen Titularerzbiſchof zu ſeinem Weihbiſchof im J. 1718. erbat, und erhielt, muſste ſich der portugieſiſche Geſandte ſchriftlich verbürgen, daſs dieſe, nur auf dieſen Fall, geſchehene beſondere Gnade, keineswegs zur Folge in andern Fällen gezogen werden ſolle.

11) Die Titularbiſchöfe werden bald Suffraganten im uneigentlichen Verſtand, und im Vergleich mit denen unter einem Erzbiſchof gehörigen Biſchofen genennet; bald vicarii in ſpiritualibus generales, weil ſie die Stelle ihres Biſchofs in Sachen, die zur Weihe gehören, vertreten. 148)

 12) Wenn

148) Von Mainz weiſs man, daſs Erzbiſchof Diether 1460. den erſten Vicarium in ſpiritualibus ſchon aufſtellte, damit die Kirchenſachen gut regieret würden. Ioannis rer. mog. T. 1. S. 773. und von Trier berichtet Hontheim in hiſt. trev. t. 2. S. 354. daſs 1416. Erzbiſchof Werner zu Trier dem Wilhelm Biſchof von Aſcalonien in Partibus, das Vicariat in Pontificalibus, durch das Erzſtift Trier aufgetragen habe. 1417. ward Mathias *de Boppardia* als Vicarius generalis in ſpiritualibus im Trieriſchen aufgeſtellt, und in dieſer Art wurden ſchon frühzeitig die Vicariate eingeführt; Lehman führt in der Speyriſchen Chronick S. 168. zwar an, daſs auf dem Concilio zu Mantiſcon vom J. 560. den Biſchöfen aufgetragen worden ihr Amt perſönlich und nicht per vicarium verrichten zu laſſen, ſelbſt zu lehren, und zu predigen, und die Gemeinde Gottes zu erbauen. Allein Zeiten und Umſtände ſchufen zwar keine andere Menſchen, aber doch andere Biſchöfe, dann man hält die alte Kirchenverfaſſung in dieſem Stück heut zu Tage für eine Legende.

12) Wenn die Weihbiſchöfe vor ihren Biſchof kommen, ſtecken ſie ihr an der Bruſt hangendes Creuz (Pectorale) unter ihr Kleid, vermuthlich um anzuzeigen, daß ihr Schimmer vor ihrem des Hauptbiſchofes ſich verbergen, und zugleich auch ihre Abhängigkeit zu bekennen.

13) Beinahe in allen Ländern haben die Biſchöfe es hergebracht, ſich Weihbiſchöfe zu halten. Die Franzoſen machen hievon eine Ausnahm. In Italien ſind die Weihbiſchöfe wegen dem engen Bezirke der kleinen Bißthümer und Diöceſen ſehr ſelten; weil ſie den Gehalt für die Weihbiſchöfe nicht aufbringen.

14) Die Titularbiſchöfe werden geprüſt wie die rechten Biſchöfe.

15) Auch werden ſie nach allgemeiner Uebereinkunft der Catholicken für wahre Biſchöfe, ihrem Character, und ihrer geiſtlichen Weihe nach gehalten. Die Folge davon iſt, daß ſie an ihrer Würde in ihrem Amt, in ihrer Beſtimmung mehr erhabener, und größer ſind, als die Prieſter: kurz, was man von einem Biſchof, der die Macht zu weihen, und ſeine Diöceß zu regieren hat, zu ſeiner Hoheit über die übrige Kirchen, und Altardiener ſagt, dieß gilt auch von Titularbiſchöfen.

16) Diejenigen, die nebſt denen Weihbiſchöfen als Titularbiſchöfe ordinirt werden; ſind gemeiniglich die päbſtlichen Nuntien, die apoſtoliſchen Vicarien, und Coadjutoren.

17) Die Ordensgeiſtliche, welche zu Titularbiſchöfen eingeweihet worden, kommen dadurch aus dem Gehorſam, den ſie ihren Ordensobern ſonſt ſchuldig ſind, und dies mag eine der ſtärkſten Urſachen geweſen ſeyn, warum ſo viele Ordensgeiſtliche ſich beſtrebet haben, daß ſie unter der Regierung des Pabſtes

Bene-

Benedict XIII. von eben dieſem Pabſt zu Titularbiſchöfen gemacht worden ſind; ohne daß ſie an eine biſchöfliche Kirche wären angeſtellt, und mit einem anſtändigen Unterhalt verſehen geweſen, daher, als dieſer Pabſt ſtarb, hinterließ er ſolche ſeine Creaturen ohne Verſorgung, und die Klöſter von deren Orden die Titularbiſchöfe waren, mußten ſie oft mit ihrer größten Unbequemlichkeit erhalten.

§. 1275.

Ich zeigte hier nur die Gewalt, und die Pflichten, die ein deutſcher Biſchof bei der Regierung ſeiner Dióceß auf ſich hat, verſchiedene Stellen dürften vielleicht nicht ganz allein die deutſche, ſondern die allgemeine Römiſchkatholiſche Kirche betreffen; man konnte ſie aber eben ſo wenig trennen, als die Amtsobliegenheit nicht zu erzehlen, die den deutſchen Biſchöfen mit allen übrigen der römiſchen Kirchen gemein iſt. Freylich ſind ſehr viele biſchöfliche Amtsverrichtungen nicht inſonderheit angeführt worden; weil ſie ganz zum Kirchenrecht und nicht zum geiſtlichen Kirchenſtaatsrecht gehörig ſind. Indeſſen läßt ſich aus dieſem Capitel dennoch etwas genauer erſehen, was für Rechte und Pflichten in geiſtlichen Sachen dem Epiſcopat überhaupt, und dem Deutſchen nach den Verhältniſſen der deutſchen Kirche insbeſondere aufliegen, wie die urſprüngliche Macht, und Gewalt der Biſchöfe in der Regierungsart ihrer Diöceſen ab- und zugenommen habe; das mehrere wird ſich im nachſtehenden Kapitel aufklären. Etwas Bezugsweis.

§. 1276.

Von der allgemeinen Gewalt der Biſchöfe ihre Diöceſen zu regieren, haben wir in unſerm deutſchen Staatsrecht faſt die einzige Abhandlung die uns Hauß unter dem Titel: diſſert. inaugur. Publica Schriften.

cano-

canonica de poteſtate Epiſcoporum primigenia, & ſolita ſuas regendi dioceſes Würzburg 1759. lieferte; da ſie aber hauptſächlich ſich auf die allgemeine Einſetzung der Biſchöfe, und den Urſprung ihrer geiſtlichen Gewalt beziehet, und die einzelne Rechte und Zweige derſelben nicht darſtellet, ſo verſchaft ſie für Deutſchland nicht den Nutzen und Gebrauch den man ſich von dem Titel verſprechen ſollte. Selbſt Holl hat in ſeiner Statiſtica ecclesiar. Germaniae beſonders in dem Cap. 8. de Epiſcopis Germaniae gar keine befriedigende Ausführung unternommen. Am allerausführlichſten hat aber die deutſche Encyclopädie unter den Wörtern Erzbiſchof, Biſchof, die Gewalt der Biſchöfe ihre Diöceſen zu regieren, ſowohl Geſchichtmäßig, als auch practiſch behandelt, allwo noch weit mehr vorkommt, als ich Auszugsweiſe zu meinem Zweck benutzet habe. Ich finde deswegen überflüſſig, diejenige Schriften hier anzumerken, die gewiße Theile der biſchöflichen Gewalt ausgeführet haben, weil ſie größtentheils zum Kirchenrecht gehören, und diejenige, ſo das deutſche Kirchenſtaatsrecht unmittelbar angehen, in den Capiteln, wo von einzelnen Theilen der biſchöflichen Rechte die Rede ſeyn wird, dennoch vorkommen.

Ein

Ein und vierzigſtes Capitel.

Von dem Verhältniß der Catholiſch-deutſchen Reichsſtifter in Anſehung des Pabſtes.

Inhalt.

§. 1277.) Einleitung. 1278.) Verdienſte päbſtliche, um die deutſchen Kirchen. 1279.) Durch Geſetze. 1280.) Er- und Einrichtung der Domſtifter. 1281.) und hohen Schulen. 1282.) Inſonderheit der Seminarien. 1283.) Verdienſte der deutſchen Kirchen um das Pabſtthum durch Gehorſam und Hilfe. 1284.) Durch Verſchaffung würdiger Päbſte. 1285.) Und Cardinäle aus deutſchen Stiftern. 1286.) Von den päbſtlichen Rechten in Anſehung der Stifter überhaupt. 1287.) Befehl- und Ermahnungsbriefe. 1288.) Rechte bey Errichtung neuer Erz- und Bißthümer und andern Veränderungen. 1289.) Bey Wahlen, Verſetzungen, u. d. 1290.) Reſervationen. 1291.) worin der Grund liege. 1292.) Ein ſonderbares Beyſpiel. 1293.) Rechte bey Beſtättigung eines Biſchofs. 1294.) und Adminiſtrators. 1295.) Wahlfähigkeitserkenntniß. 1296.) Schwierigkeiten. 1297.) Päbſtliches Beſtrafungsrecht durch Abſetzung der Erz- und Biſchöfe. 1298.) Beyſpiele. 1299.) Eine Frage wegen Salzburg ins beſondere. 1300.) Päbſtliche Belohnungsart. 1301.) Verbindlichkeit des Pabſts in Anſehung der Concordaten. 1302.) Rechte der Kirchengüter. 1303.) Von den Zahlungen nach Rom überhaupt. 1304.) Von dem Diſpenſenrecht. 1305.) Deſſen Mißbrauch iſt zu verwerfen. 1306.) Deſſen Ertrag von den deutſchen Stiftern. 1307.) Nuntiaturlieferungen. 1308.) Taxen bey Pfründenvergebungen, und andern Vorfällen. 1309.) Noch etwas zu dem päbſtlichen Beſtättigungsrecht. 1310.) Mannigfältigkeit der Bullen. 1311.) Päbſtliche Conſecrationsrechte. 1312.)

Von

Von den Annaten. 1313.) Den Wahl- und Indulten. 1314.) Und andern Indulten überhaupt. 1315.) Rechte wegen Ertheilung des Palliums. 1316.) Verminderung der Pallientaxen. 1317.) Noch andere Zahlungen. 1318.) Betrag der ſämmtlichen Zahlungen. 1319.) Theilnehmung päbſtliche an den Schickſalen der deutſchen Biſchöfe. 1322.) Reſultate. 1323.) Päbſtliche Rechte bey Proviſoren, und Proviſionen überhaupt. 1324.) Päbſtliches Geſandſchaftsrecht. 1325.) Fragen worauf es ankommt. 1326.) Beantwortung der erſten. 1327.) Der zweyten. 1328.) Der dritten. 1329.) Eine Nebenfrage. 1330.) Modificationen. 1331.) Vierte Frage. 1332.) Etwas Bezugsweis. 1333.) Schriften.

§. 1277.

Einleitung.

Das Verhältniß der katholiſchgeiſtlichen Reichsſtifter in Anſehung des Pabſtes iſt von einem ſehr weiten Umfang. Man wird es aus dieſer Abhandlung erſehen. Die Darſtellung dieſes Verhältniſſes zeigt die Rechte des Pabſtes, die er ſich über die beſondere deutſche Kirchen erworben hat. Der Einfluß, den er ſich in die Verfaſſung der Stifter auf ſo manchfältige Art verſchafte, und welcher den Grund zu ſeinen dermaligen Rechte legte, iſt aus der Geſchichte des 10ten und 11ten Jahrhunderts (§. 44.) zu entnehmen. Die Befeſtigung ſeines Anſehens, Gewalt und Rechte kann man eines theils Bonifacens Unterwürfigkeit zuſchreiben (§. 1117.) Anderntheils trug die Unvorſichtigkeit der deutſchen Nation hierzu faſt das meiſte bey 1) Dann ſo ſehr die geiſtliche und weltliche Fürſten Deutſchlands vor ihre Freyheit beeifert waren, und ſich dahin zuſammen ſchloſſen, um den Kaiſern Muth und Kräfte zu benehmen, Deutſchland als Alleinherr zu unterjochen, ſo wenig waren ſie gegen die auswärtige am römiſchen Hofe

1) Nachrichten von Juvavien. S. 202.

Hoſe auf ihrer Hut, und machten ſich von ſelbem immer mehr abhängig.

Die Biſchofswahlen geriethen ganz aus den Händen der Layen in die geiſtliche, und zwar der Domkapiteln. 2) Der Verluſt der kaiſerlichen Vorrechte gieng noch weiter als es dem Vertrage Heinrich V. und Calixtus II. gemäs war. Anſtatt, daß dem Kaiſer die Erkenntniß über ſtreitige Biſchofswahlen nach Rath, und Beurtheilung der Metropolitanen und Biſchöfe zukam, und daß der Pabſt ſchuldig war, die vom Kaiſer befehlene Biſchöfe zu beſtättigen, zog der römiſche Hof auch nach und nach obiges Erkenntniß an ſich, und brachte es dahin, daß ſeine Beſtättigung der kaiſerlichen Belehnung vorgieng.

Da die geiſtliche Fürſten die Weltlichkeiten und Regalien, welche auf des Hochſtifts Gütern, und Beſetzungen ausgeübt werden, von den Kaiſern zu Lehen erhielten, ſohin dieſe in keiner andern Geſtalt, als eines Reichslehnsvaſſallen genieſen, ſo behaupteten die Kaiſer über die durch den Tod eines Erz- und Biſchofs verwaißte Hochſtifter die tutelam feudalem, und bezogen in deſſen Kraft die einsweilen aus Lehen verfallende Renten. Sie eigneten ſich ſogar den Verlaß der verſtorbenen Erz- und Biſchöfe zu. Kaiſer Otto IV. und Friederich II. entſchlugen ſich aber deſſen, 3) die geiſtliche Fürſten bedungen ſich auch ausdrücklich bey beſagtem Kaiſer, Friederich daß er die Appellationen in geiſtlichen Sachen frey nach Rom gehen laſſe. 4) Es gieng hiedurch immer wei-

2) Aurea Bulla Friderici II. de libert. eccleſ. Bey Goldaſt. Conſt. imper. tom. 1. S. 289.

3) Ibidem l. c.

4) In der nemlichen Bulle vom J. 1213. heißt es: appellationes autem in negotiis et cauſis eccleſiaſticis ad ſedem apoſtolicam libere fiant, earum perſecutionem ſive proceſſum nullus impedire praeſumat. Nacherinnerung. Schilter

weiter: kein Concilium ſollte ohne päbſtlichen Conſens gehalten werden. Die Verurtheilung der Biſchöfe ſollte von dem Pabſt allein geſchehen. Ihm ſollte auch allein die Gewalt zuſtehen, Bißthümer zu transferiren, neue zu errichten, zu vereinigen und auszulöſchen. Metropolitanen und Primaten zu vereinigen, und ſofort jeder Biſchof im Fall der Beſchwerde an den Pabſt zu recuriren befugt ſeyn. Alles dieſes ward durch die Einverleibung in die Decretalen befeſtiget. Die größten Rechte befanden ſich in den Händen des Pabſtes, die geringeren fielen ihm von ſelbſt zu, ſeine concurente Gerichtsbarkeit mit dem deutſchen Episcopat druckte das Siegel auf den Verluſt der unabhängigen kirchlichen Freyheitsrechte, und ſo ward aus der kaiſerlichen eine päbſtliche Abhängigkeit durch dies Verſehen der Nation gemacht. Die Kette der päbſtlichen Rechte iſt nun ſo ſtark, daß aus Abnehmung eines Gleichs die Zerrüttung der ganzen kirchlichen Verfaſſung erfolgen dürfte.— Iſt die päbſtliche zu ſtarke Gewalt für den deutſchen Episcopat gegenwärtig als ein wahres Uebel etwa anzuſehen, ſo duldet es der deutſche Staatsbürger doch lieber, als daß er durch eine noch unvorſichtigere Trennung ein größeres der kirchlichen Verfaſſung zuziehe.

§. 1278.

Verdienſte päbſtliche um die deutſchen Kirchen.

Es dürfte ein der größten Unbilden ſeyn, wenn die deutſche Kirche überhaupt, und insbeſondere die deutſchen Stifter dem päbſtlichen Hof nicht einige Dankbarkeit wegen denen von älteſten Zeiten erhaltenen Wohlthaten erzeigte. Die chriſtliche Glaubenslehre in Deutſchland würde ohne die ſonderbare Verwendung, Eifer und Sorgfalt der Päbſte gewiß nicht

ter de Libert. de eccleſ. Germ. cap. 8. §. 12. Es ſolle zwar Kaiſer Friederich dieſe Conſtitution de appellationibus widerrufen haben. Dieſer Widerruf aber war ohne allen Erfolg.

nicht in jener Maaſe, und ſo ſchnell verbreitet worden ſeyn. Dieſes verkennen alle deutſche Kirchen an dem Pabſtthum nicht, denn die Beweiſe ſind zu klar. Man werfe nur einen Blick auf die Kirchengeſchichte zurück. Pabſt Gregor G. brachte zu Ende des 6ten Jahrhunderts die Angelſachſen, der Geburt nach Deutſche, in England, durch den H. Auguſtin und ſeine Geſellen, die von Rom dahin geſchickt wurden, zum chriſtlichen Glauben. In Oſtfranken verbreitete durch die Sendung Pabſt Cono der H. Kilian die Lehre des Evangeliums 5) (§. 8.) auf gleiche Art geſchahe es in Baiern. Die Einrichtung der deutſchen Kirchenverfaſſung unter Bonifaz dem Apoſtel der Deutſchen geſchah durch die Sorgfalt der Päbſte Gregor II. Gregor III. und Zachariä, die den Stiftungseifer der deutſchen Domſtifter durch die beſte Verfügungen (§. 9.) belebten, und unterſtützten 6) ich entübrige mir alle Weitſchichtigkeit die Beweiſe hier anzuführen, von denen theils die allgemeine Kirchengeſchichte, theils die Particulargeſchichte der deutſchen Stifter (§§. 608. 644.) über die Verdienſte Roms dieſerwegen darſtellt.

§. 1279.

Durch Geſetze.

Die ſonderbare Sorgfalt Roms für die Einrichtung und Aufrechthaltung der deutſchen Stifter durch Feſtſtellung ſo vieler Geſetze, Reſcripten, und Decretalen, erweiſen die geiſtlichen Geſetzbücher insbeſondere das Corpus Iuris canonici, und das Bullarium. 7) Die Hauptabſicht der Päbſte war gewiß zum beſten der Kirche, wenn ſchon durch menſchliche Zuſätze in eben dieſen Geſetzen und Verordnungen ſich ſo vieles einſchlich,

5) Baronius ad ann. 597.
6) Fleurins in diſſ. III. in hiſt. eccl. S. 219. Baronius in annal. eccleſ. in crit. ad Baronium.
7) Holl ſtatiſtica eccleſ. germ. S. 43.

ſchlich, welches zur Vergrößerung der päbſtlichen Macht den Grund legte, und den deutſchen Kirchen in der Folge zur Laſt war.

§. 1280.

Er- und Einrichtung der Domſtiſter,

Die weſentliche Verdienſte ſind auch keinem Zweifel unterworfen, welche das Pabſtthum ſich bey Errichtung der deutſchen Dom- und Collegiatſtifter durch Anwendung ſeines Anſehens erworben hat, wovon auch die vielen Incorporationen, Unionen, Dißmembrationen (§§. 244. bis 254.) die unwiderſprechlichſten Beweiſe geben; ob auch ſchon in dieſen Fällen manches einer Particularkirche zum Nachtheil unterlief, ſo kam es dennoch einer anderen, im weſentlichen Betracht aber der Verfaſſung des Ganzen zu gut.

§. 1281.

und hohen Schulen,

Um die deutſche hohe Schulen haben ſich die Päbſte ſonderbare Verdienſte erworben. Die Geſchichte der mehreſten Univerſitäten und Akademien in den deutſchen Stiftern ſind von den Päbſten ihrer Errichtung wegen befördert und beſtättigt worden. Rom verſah ſie mit auſſerordentlichen Freyheiten, gab ihnen Protectoren, und Conſervatoren, und wieß ihnen öfters geiſtliche Güter zwar nicht aus eigenen, doch Vorſorgsweis aus andern Mitteln an. Für die Verfaſſung und Beſchaffenheit Deutſchlands in damaligen Zeiten war dieſer päbſtliche Eifer immer eine große Wohlthat, weil der Anfang aller Dinge doch einer guten Unterſtützung nöthig hat.

§. 1282.

insonderheit der Seminarien.

Die Errichtung der Seminarien in- und auſſerhalb Deutſchland mußte dieſes Reich als eine der größten Wohlthaten des römiſchen Hofes anſehen. Hierunter zeichnet ſich vorzüglich die Errichtung des deutſchen Col-

Collegii zu Rom aus, wozu Julius III, den Grund legte, und ungeachtet dieſes Inſtitut einige Schickſale auszuſtehen hatte, durch Gregor. XIII 1575. in ſeinem vollkommenen Glanz hergeſtellt wurde. Aus dieſem Zöglingshauſe hatte manches deutſches Erz- und Domſtiſt die würdigſten Vorſteher erhalten. Die Cardinäle Dietrichſtein, Ernſt Albert Harrach, Guido Thun, Schrattenbach, dann ſonderheitlich die Mainziſche Erzbiſchöfe Schweichhard, Cronenberg, Friederich Greifenklau, Anſelm Wambold, der Trieriſche Erzbiſchof Chriſtoph von Sontern, und mehrere andere ſind hievon geſchichtsmäßige Beweiſe. Die Anzahl der Biſchöfe, Pröbſte, Aebte, Comendatoren, und die große Menge von deutſchen Domherren, welche alle dieſes Erziehungshaus mit Nutzen bis auf jetzige Zeiten beſucht haben, iſt ohnehin bekannt. Dasjenige, was man dieſem römiſchen Zöglingshauſe in Bezug auf die allda in Deutſchland verpflanzte große Anhängigkeit gegen Rom, deſſen Sitten und Intereſſe entgegenſetzt, verdient nur Verachtung. Dann die Denkart unſerer Zeitgenoſſen, ſelbſt derjenigen geiſtlichen Fürſten und Domherren beſtättigen das Gegentheil.

Aber auch innerhalb Deutſchland hat Rom für das Beſte der Seminarien geſorgt. 8) In allen deutſchen Ländern wurden durch den Betrieb der Päbſte Seminarien errichtet. Das Wiener für Oeſterreich und die Schweiz, das Prager für Böhmen, Schleſien, Pfalz, Brandenburg und Sachſen, das Cölniſche für Niederdeutſchland, das Fuldiſche für Franken, Heſſen, Thüringen, und das Dillingiſche für Oberdeutſchland. Bey vielen haben die Päbſte insbeſondere Gregor XIII. aus ihrem Cammerbeutel bis auf gegenwärtige Zeiten die Koſt-

8) Helyot. Hiſt. des ordres monaſt. T. 8. c. 12.

und Unterhaltungsmittel 9) für eine gewiſſe Zahl der Seminariſten gereichet.

Durch die Zeiten der Reformation haben freylich wegen dem Abfalle ſo vieler deutſchen Provinzen von der Römiſchcatholiſchen Religion die geiſtlichen und weltlichen Fürſten in Deutſchland und zwar in jedem Bißthum eigene Seminarien errichten, oder ſolche vermehren müſſen; das Hauptverdienſt bleibt aber der erſten Errichtung wegen doch immer vorzüglich dem römiſchen Hofe.

§. 1283.

Verdienſte der deutſchen Kirchen um das Pabſtthum, durch Gehorſam u. Hülfe.

So groß aber auch die Verdienſte des Pabſtthums um die deutſche Kirche überhaupt, und vorzüglich um die deutſchen Erzbißthümer, und Stifter waren (denn die Verſchaffung des wahren Glaubenslicht bleibt ewig die größte und niemal zu entgeltende Wohlthat) ſo ſind doch die Verdienſte ſonderheitlich der deutſchen Stifter um das Pabſtthum auch nicht gering. Die deutſchen geiſtlichen Fürſten zeichneten ſich aus allen europäiſchen Bißthümern von jeher darin aus, daß ſie den römiſchen Hof den größten Gehorſam und Unterwürfigkeit, und auch die ſtärkſte Hülfe und Unterſtützung zu ſeiner eigenen Subſiſtenz bethätigt haben. Nur Deutſchlands Biſchöfe waren ohne Unterbruch in Anerkennung des päbſtlichen Primatus honoris und Iurisdictionis immer beſtändig. Sie waren es aber auch in Reichung der größten Geldabgaben. Das erſte geſchah um das koſtbarſte Kleinod der kirchlichen Einigkeit aufrecht zu erhalten das andere theils zur Unterſtützung und Handhabung des centri unitatis, und auch eigener Vortheile wegen; nur die deutſche geiſtliche Bißthümer und Stifter konnte Rom zu ſeiner Schatzkam-

9) ſ. mein momentum gratitudinis in reſtaurat, academ. Dilinganae. 1782.

kammer machen; dann ſolche Biſchöfe und eine ſolche Geiſtlichkeit die mit großen weltlichen Fürſtenthümern, ſo anſehnlichen Einkünften, Reichthümer und Macht verſehen iſt, läßt ſich auſſer Deutſchland nicht finden.

Die Beweiſe von dem Gehorſam der deutſchen hohen und niederen Stiftergeiſtlichkeit gegen den römiſchen Hof, kann man ſchon aus dem dritten Capitel von der Subordination und den Diöceſen (§§. 194. — 259.) und aus der allgemeinen (§. 4. — 175.) und der Particulargeſchichte der deutſchen Stifter (§§. 600. — 644.) erſehen. Dieſes ganze Werk enthält aber noch weit mehrere Beweiſe in jeden einzelnen Gegenſtänden, 10) was die deutſchen Stifter aber für ungeheure Geldſummen nach Rom geliefert, hievon zeugen ſchon die Vorausſetzungen (§§. 524. 526. 539. 544. —) ein mehreres kommt aber inſonderheit anderwärts 11) und noch nachher (§. 1318.) vor. Daß es Schuldigkeitsſache ſey, dem römiſchen Hofe zu Beſtreitung ſeiner eigenen großen Koſten wegen Haltung ſeines Kanzleyperſonalis verhältnismäßige Beyträge zu machen, iſt keinem Zweifel unterworfen. Daß aber die Abgaben von dem römiſchen Hof eben ſo übertrieben worden, als die deutſche Geiſtlichkeit die Begierde der Unerſättlichkeit durch Nachſuchung auſſerordentlicher Freyheiten und Diſpenſen überſpannet haben, hievon zeugen ebenfalls die unlaugbarſten Thatſachen. Im Ganzen aber wird der Beweiß hierdurch unumſtößlich befeſtigt, daß Rom den deutſchen geiſtlichen Stiftern den größten Theil ſeiner bisherigen Subſiſtenz zu danken habe.

10) Iſt nicht auch ein ſtattlicher Beweiß, daß nur Deutſchland mit dem Namen des regni obedientiae belegt wird?

11) Meine ſtaatiſtiſche Abhandlung über die Mängel in der Regierungsverfaſſung der deutſchen Stifter. S. 2404.

§. 1284.

Durch Verſchaffung würdiger Päbſte,

Zum allgemeinen Staatsrechte des deutſchen Reichs gehört vielmehr der Schuz des römiſchen Pabſtthums, wofür Kaiſer und Fürſten des Reichs vorzüglich geſorgt haben. Das Anſehen, die Macht, und die Kräften der geiſtlichen Reichsfürſten trugen hierzu gewiß das mehreſte bey, weil ihre Selbſterhaltung zum Theil auf jener des päbſtlichen Hofs ſich ſtützte. Von Seiten der Kirchenpolitick iſt dieſer Satz ſo richtig, als durch die Staatspolitick bewährt.

Den deutſchen Stiftern hat aber auch der römiſche Hof manch würdiges Kirchenoberhaupt zu verdanken; ich will hier nicht die Päbſte, die von Geburt Deutſche waren, anführen, 12) ſondern nur diejenigen Biſchöfe die aus deutſchen Bißthümern zu dieſer Würde gelangt. Das Bißthum **Brixen** gab 1048. Rom den **Damaſſus** II. 13) **Eichſtätt** 1049. den **Victor** II. 14) **Worms** 1458. ſeinen Domprobſten **Pius** II. 15) Es iſt hier auch nicht zu übergehen daß das Hochſtift Eichſtätt in dem eilften Jahrhundert und faſt zu einer Zeit der römiſchen Kirche einem Pabſt in **Victor** II. den Patriarchat zu Aquileria einen **Gebold**, und dem Erzbißthum von **Ravenna** einen **Gerhard** gegeben habe. 16)

§. 1285.

und Cardinäle aus deutſchen Stiftern.

Man kann es Rom nicht verdanken, wenn es deutſche Biſchöfe zu Cardinälen der römiſchen Kirche gemacht hat, wohl aber muß der päbſtliche Hof es als eine Wohlthat anſehen, wenn deutſche geiſt-

liche

12) Dieſe kann man bey Coll in ſtatiſtica germ. S. 55. und bey Sandini in vitis Pontificum Rom. finden.

13) Hundius in Metropol. t. 1. S. 297.

14) Fleuri hiſt. eccl. tom. XIV. L. 60.

15) Schannat. in hiſt. Epiſcop. Wormat. c. 3.

16) Gretſcher. tom. X. S. 851.

liche Reichsfürſten dieſe Würde annehmen mögen, die ihnen in manchem Betrachte Hinderniſſe und Schwierigkeiten ſelbſt in dem politiſchen Verhältniſſe macht, wie ich anderwärts ſehr ausführlich beſonders in Anſehung der geiſtlichen Churfürſten gezeigt habe. Erzbiſchof Adolf I. zu Mainz ſchlug 1386. die von dem Pabſt **Urban** ihm angetragene Cardinalswürde aus, 17) und nach ihm noch mehrere. Andere geiſtliche Prälaten beſtreben ſich nicht ſo ſehr um die Cardinalswürde, weil ſie zwar den **Fürſtlichen**, aber nicht **Reichsfürſtlichen** Character mit ſich führet. Denn wenn letzteres wäre, ſo hätte der Cardinal **Dietrichſtein** nicht nöthig gehabt, ſich 1622. vom Kaiſer erſt zum Fürſten machen zu laſſen. 18) Indeſſen dürfen die Römer zufrieden ſeyn, von jeher auch unter den deutſchen Biſchöfen ſolche erhabene Männer gefunden zu haben, die zum beſten der Kirche dieſer Würde vorſtunden. Nur von jenen Hochſtiftern, die in gegenwärtigem Werk vorkommen, will ich die Biſchöfe und ehemalige Domherren benennen, welche dieſe Würde nur in dieſem Jahrhundert begleitet haben, hierunter ſind: 1704. **Wilhelm Egon von Fürſtenberg.** 1712. **Johann Philipp von Lamberg.** 1725. **Chriſtian Auguſt von Sachſen.** 1737. **Joſeph Dominicus von Lamberg.** 1738. **Wolfgang Hannibal von Schrattenbach.** 1743. **Damian Hugo von Schönborn.** 1747. **Philipp Ludolf von Sinzendorf.** 1756. **Franz Conrad von Rodt.** 1757. **Johann von Trautſon.** 1761. **Chriſtoph von Migazi.** 1763. **Johann Theodor von Bayern.** 19)

Es fragt ſich nun auch, ob wohl die Deutſchen mit Recht auf den Cardinalshut Anſpruch machen können? ich glaube es zu bejahen: und zwar derge-

 ſtal-

17) Ioannis rer. mog. tom. 1. S. 697.
18) Moſers Staatsrecht. Thl. 4. S. 112.
19) Merkwürdige Lebensgeſchichte aller Cardinäle. Joh. Friederich Schannat. de cardinalibus germanis. Holl ſtatiſtica.

ſtalten, daß der päbſtliche Hof, weil die Cardinäle einmal in der allgemeinen Kirchenhierarchie einen Rang einnehmen, und zur Mitregierungsbeſorgung berufen ſind, auch von allen Nationen der Römiſchkatholiſchen Kirche Männer hiezu erſehen werden, aus Schuldigkeit, Achtung und auch Nothwendigkeit das Cardinalscollegium jedesmal mit wenigſtens einem, wo nicht mehreren Deutſchen und aus zwar einer Nation beſetze, von welche der römiſche Hof den größten Gehorſam von jeher gerühmet, und die ſtärkſten Unterhaltungsbeyträge nnd Contributionen bezogen hat. Der letzte Grund dürſte wohl ganz zur Staatspolitick gehören, um ſo nothwendiger aber bey dermaligen Zeiten eine kluge Anwendung finden. Vielleicht könnte Rom ſich bey den geiſtlichen Fürſten des deutſchen Reichs durch dieſes politiſche Mittel zu ſeinem eigenen Vortheil die in etwas geſtörte Vertraulichkeit wieder erwerben. Dann nichts iſt der Veränderung ſo ſehr unterworfen, als die Denkart der hohen Geiſtlichkeit, die Beweiſe führt das Reſultat des Emſer Congreſſes mit ſich. 20)

§. 1286.

Von den päbſtlichen Rechten in Anſehung der Stifter überhaupt.

Da nun einmal von allen katholiſchgeiſtlichen Reichsſtänden der Pabſt als das Oberhaupt anerkannt wird, ſo läßt ſich leicht erachten, daß derſelbe ſehr viele Gerechtſame in Anſehung ſeines Primatus honoris, und Iurisdictionis hergebracht habe. Es läßt ſich auch ſehr wohl unterſcheiden, in welchem Bezug der Pabſt dieſes oder jenes auszuüben habe. Viele der päbſtlichen Gerechtſamen über die deutſche Stifter

20) Der Churfürſt von Trier ſchrieb 1781. dem Kaiſer Joſeph II. daß Rom gar nicht mehr eingreifend in die Rechte der Biſchöfe ſey, und ſich höchſtens nur bey dem Beſiz ſeiner Gerechtſamen zu ſchützen ſuche. Bey dem Emſer Congreß 1786. ward dieſe Sprache aber ſo ſehr verändert, daß man alles für Eingriffe der römiſchen Curie hielt.

ter ſind ſchon in dem erſten Bande angeführet worden. Ich will alſo nur Beziehungsweiſe noch einiges nachtragen, was alldort nicht vorkommt.

§. 1287.

Vor Alters war nichts üblicher, als daß die Päbſte entweder, den Biſchöfen nach Rom zu kommen befahlen, oder ihnen durch Ermahnungsbefehl- und Gehorſambriefe verſchiedenes auferlegten. Pabſt Zacharias ertheilte dem H. Bonifaz öfter in Briefen einen Rath, wie er ſich in unterſchiedlichen Fällen zu verhalten habe. 21) Bonifaz gab durch ſein öfteres Anfragen, ſey es nun aus Demuth, Zaghaftigkeit, oder ſeiner eigenen Sicherheit wegen geſchehen, hierzu Anlas. Anfänglich kamen die Weiſungen von Rom aus nur in der Art ſanfter Ermahnungen, oder eines Beyraths; ſeine zwey Vorfahrer und zwar Pabſt Gregor II. ermahnte die geiſtliche und weltliche Altſachſen in Deutſchland in einem Brief zur Standhaftigkeit im Glauben, und dem H. Bonifaz zum Gehorſam. 22) Gregor III. empfahl durch einen Brief einigen Biſchöfen Deutſchlands den H. Bonifaz. 23)

Befehl- und Ermahnungsbriefe.

Sobald die Päbſte aber in einem nähern Zuſammenhang mit den deutſchen Kirchen geſetzt waren, wurden die Ermahnungs- und Beyrathsbriefe ſchon in Breven, Bullen, Befehl- und Gehorſamsbriefe verändert. Pabſt Leo III. erließ 398. ſchon ein Breve an verſchiedene Biſchöfe, daß ſie dem Biſchof Arno zu Salzburg allen Reſpect und Gehorſam leiſten ſollen. 24) Pabſt Eugen II. wieß 826. durch eine Bulle den Biſchof zu Paſſau ſchon an den Erzbiſchof

M 5 zu

21) Lunigs Spicil. eccleſ. Thl. 1. c. 1. S. 2.
22) Ibid. S. 1.
23) L. c. S. 1.
24) L. c. Thl. 1. S. 946.

zu Lorch an, und machte den Letztern zu ſeinem Stadthalter in Mähren und Hungarn. 25) Pabſt Nicolaus I. 860. ertheilte dem Biſchof Ratbold zu Straßburg den Befehl, wie er mit einer Perſon, die ihre Mutter zu tod geſchlagen, verfahren ſolle. 26) Pabſt Johann X. befahl dem Erzbiſchof Hermann I. zu Cölln 921. daß er mit den zwey Competenten um die Erzbißthümer Tongern und Lüttich nach Rom kommen ſolle. 27) Pabſt Paſcal II. erließ an Erzbiſchof Rothard zu Mainz 1059. ein Breve, die Sache des Erzbiſchofs Siegfried zu Augsburg zu unterſuchen. 28) Gregor VII. trug dem Biſchof Heinrich I. zu Lůttich 1016. auf, wie er ſichgegen den Biſchof von Utrecht wegen deſſen Umgang mit Kaiſer Heinrich IV. und dem davon herrührenden Kirchenbann benehmen ſolle. 29) Eben dieſer Pabſt gab 1074. dem Erzbiſchof Ano zu Cölln einen harten Verweiß daß er ihm als Pabſt noch nicht geſchrieben habe 30) Gregor VII, erließ 1074. ein Breve an Biſchof Hermann zu Bamberg, worinn er ihm auftrug, demjenigen, was ihm der Biſchof zu Mez ſagen würde, nachzukommen, und ſein Leben zu beſſern, 31) dieſer Pabſt verwieß dem Biſchof Heinrich zu Lůttich ſeine ſcharfe Schreibart gegen den päbſtlichen Stuhl 1078. durch ein ſehr ſcharfes Breve. 32) P. Calixt II. trug 1120. den geſamten Clero, und der Burgerſchaft zu Augsburg durch ein Breve auf, daß ſie den Biſchof Hermann vor ihren rechtmäßigen Biſchof erkennen und ehren ſollen. 33) P. Innocenz III. ermahnte 1206. den Erzbiſchof Adolf zu

25) L. c. Fortſ. 1. S. 678.
26) L. c. Fortſ. 2. S. 870.
27) L. c. Fortſ. 1. S. 321.
28) L. c. S. 89.
29) L. c. Thl. 2. S. 436.
30) L. c. Thl. 1. S. 380.
31) L. c. Thl. S. 134.
32) L. c. S. 496.
33) L. c. Fortſ. Thl. 1. S. 611.

zu Cölln durch ein Breve zur Beſſerung ſeines Lebens ſehr ernſtlich 34) P. Pius II. befahl 1461 allen geiſtlich- und weltlichen Perſonen des Erzſtifts Maynz daß ſie den Erzbiſchof Dietherr nicht weiter vor ihren Herrn erkennen, ſondern den Graf Adolf von Naſſau vor ihren Erzbiſchof halten, und ehren ſollen. 35) P. Julius II. Trug 1503. der Stadt Worms auf, daß ſie dem von ihm beſtättigten Biſchof Rheinhard zu Worms allen Reſpect erweiſen ſollen. 36) Nach einer Bulle des P. Clemens IX. vom J. 1668. wurden die Unterthanen des Hochſtifts Münſter angewieſen, dem beſtättigten Coadjutor Biſchof Ferdinand zu Paderborn zu gehorſamen. 37)

Aus dieſen nur von jedem Jahrhundert ausgehobenen einzelnen Beyſpielen läßt ſich erſehen, wie die Päbſte nach und nach ihre Macht und Einfluß in alle Geſchäfte der deutſchen Kirche ausgebreitet, und bisher noch ſtandhaft behauptet haben. Der Pabſt erläßt noch jetzo Ermahnung- Befehl- und Gehorſamsbriefe an die deutſche Biſchöfe in geiſtlichen Sachen. An die Unterthanen kommen ſolche gar nicht mehr vor, auſſer bey Wahlbeſtättigungen, wo dergleichen Breven an die Stiftsgeiſtlichkeit, Vaſalen, und Unterthanen der gewöhnlichen Taxen wegen in einzelnen ausgefertigt, aber ſelten mehr verkündigt, öfters nur in einer Bulle gegen Bezahlung eines Averſionaltaxes zuſammengefaſſet werden. Ueberhaupt hat der Pabſt das Recht in geiſtlichen Sachen die Biſchöfe und Kirchenvorſteher zu ermahnen, ihnen zu befehlen, und ſie zu ſtrafen; denn ſonſt müßte man ſeine oberſte Hirtengewalt, Amtspflicht und Machtvollkommenheit, insbeſondere aber ſeinen Juriſdic-

34) L. c. Thl. 2. S. 4.
35) l. c. Fortſ. 2. S 254.
36) l. c. Fortſ. Thl. 1. S. 72.
37) L. c. Thl. 2. S. 928.

riſdictionsprimat vorkommen. Hingegen muß man dennoch die Sätze dabey nicht auſſer Augen laſſen. a) daß der Pabſt wegen ſeinen Gehorſam- Befehlbrieſen und Verordnungen das Placitum epiſcopale nicht ganz beſeitigen, b) gegen die Concordaten der deutſchen Nation nicht handeln, und c) endlich auch in Sachen, Ius circa ſacra, oder etwa gar nur Immunitäten, Freyheiten, und Staatsſachen betreffen, auch das Placitum der Landesfürſten nicht umgehen könne.

§. 1288.

Rechte bey Errichtung neuer Erz- und Bißthümer, und andern Veränderungen.

Was der Pabſt für Rechte bey Errichtung neuer Erz- und Bißthümer in Deutſchland habe, iſt (§§. 246. 247.) ſchon umſtändlich angezeigt worden.

Er allein errichtet freylich heut zu Tage nicht anders dann durch die Uebereinkunft mit den Landesherrn die neue Erz- und Bißthümer, Stifter, und Abteyen, die Beſtättigung derſelben iſt insgemein das mehrſte, was dem Pabſt hiebey zu ſtatten kommt.

Eben ſo caſſirt, vereinigt und trennet er nach erheiſchenden Umſtänden mit Bewilligung der weltlichen Fürſten und der Stiftkapiteln und Landſtänden, 38) die bereits errichtete Erz- und Bißthümer, Stifter und Abteyen (§§ 248. 251. 256.) Er eximirt die Biſchöfe, Aebte, Orden, aber auch mit Genehmigung der Landesfürſten, von ihrer ſonſt erdenklichen Erz- oder Biſchöfe Gewalt, und verſetzt die exemten wieder unter andere. (§§. 258. 259.)

Des-

38) Unter Biſchof Theodorich zu Paderborn einem Grafen von Mörß gab ſich P. Martin IV. mit dieſes Biſchofs Hülfe alle Mühe das Bißthum Paderborn mit dem Cöllniſchen Erzbißthum zu vereinigen, und jenes erlöſchen zu machen. 1429. ſetzten ſich aber die Stände des Kapitels, und die Bürger dagegen, appellirten an das Concilium zu Baſel, von dem die Conjunction verworfen wurde. *Annales Baderbornenſes* tom. 2. S. 559 — 604.

Desgleichen hat er das Recht die Mönchsorden, und deren Regeln zu beſtättigen, verändert eine Stiftsregel in eine andere, macht aus regularen weltliche Stifter, wie das Beyſpiel bey dem Stift Ellwangen vorliegt. Freylich kommt es bey Veränderungen der Klöſter öfter auf das nothwendige Einverſtändniß der Landesherren an, worauf ſich die römiſche Politick in gegenwärtigen Zeiten zu verſtehen ſcheint, und die Sache vor ihrem Beſchluß abgethan wird, wie es bey Aufhebung des Jeſuiterordens geſchah.

§. 1289.

Das päbſtliche Recht bey Wahlen der deutſchen Biſchöfe und Aebten (§§. 264. — 286) Beſtättigungen (§. 487. — 503.) Conſecrationen (§. 509.) Beeidigungen (§§. 465. — 476.) Coadjutorien (§§. 348. — 373.) Translationen (§. 576.) ſind bereits ſchon erörtert worden, woraus ſich ergiebt, wie beträchtlich die Gerechtſame des Pabſtes bey allen dieſen Fällen ſeyn, und daß ohne dießfalls mit ihm in Ordnung zu ſeyn, der Gang aller Geſchäfte gehemmt werde: über ein und das andere wird noch Erläuterungsweiſe manches vorkommen. Bey Wahlen, Verſetzungen u. dgl.

§. 1290.

In Anſehung der Reſervatrechte iſt ebenfalls das hiehergehörige ſchon (§§. 82. – 93. und 96) abgehandelt worden. Ich habe auch dasjenige (§. 109. 141. 151. inſonderheit 296. bis 314.) ſchon vorausgeſetzet, wie weit in Collationsfällen die päbſtliche Reſervaten wirken mögen. Reſervationen.

Es hat freylich bey den Reſervatrechten des Pabſtes in einigen Stiftern noch ſonderbare Anſtände, und eine vollkommne Gleichförmigkeit hierüber läßt ſich nicht antreffen.

In

In dem Erzſtift Salzburg ſetzte es wegen verſchiedenen Reſervaten ſchon in den älteſten Zeiten Schwierigkeiten ab. Nach dem im J. 1365. erfolgten Tod des Erzbiſchofs Ortolf reſervirte P. Urban V. ſeiner päbſtlichen Kammer alle Renten, welche der erzbiſchöflichen Tafel von dem Tage des Hintritts des Ortolfs bis zu deſſen Beſetzung anfallen, und deputirte zu Einhebung derſelben den Biſchof zu Speyer, der hierauf erwählte Erzbiſchof Pilgrim II. ſchien ſchon hiemit unzufrieden zu ſeyn, er ließ ſich aber doch eine gütliche Handlung mit dem Pabſt, und die Zahlung eines Averſionalis von 1100 fl. auri de camera gefallen. 39) Allein dergleichen Reſervationen ſind dem päbſtlichen Hof nun in allen deutſchen Stiftern (wenn man die Straffälle etwa noch ausnimmt) gänzlich hinweggefallen.

Ueberhaupt ſcheint es, daß man ſich der päbſtlichen Reſervatrechte bey allen Stiftern faſt in der Art benehme, wie es im Hauptweſen bey dem Erzſtifte Salzburg geſchieht. Es heißt: 40) in dieſem Erzſtift gibt man den Concordaten deutſcher Nation vom J. 1448. in Rückſicht, daß die darin an die päbſtliche Curie eingeraumte Reſervationen gegen die alte Kirchendiſciplin, und Verfaſſung laufen, und der Freyheit der deutſchen Kirche, und den Gerechtſamen der Metropoliten und Ordinarien zu enge Gränzen ſetzen, die ſtrengſte Deutung, gleiches auch von den übrigen Erz- und Hochſtiftern Deutſchlands meiſtentheils zu geſchehen pflegt. —

Es ſind alſo vermög beſagter Concordaten und der darinn angenommenen Reſervation *ad regimen* jene Erz- und biſchöfliche Würden und andere gröſſere und kleinere beneficia, welche per depoſitionem, privationem, translationem, renunciationis vel reſi-

39) Nachrichten von Juvavien. S. 207.
40) Eben daſelbſt. S. 282.

reſignationis admiſſionem, electionis caſſationem, poſtulationis repulſionem ledig werden, nur alsdenn dem päbſtlichen Hof reſervirt, wenn dergleichen Verfügungen unmittelbar von dem Pabſt, oder aus deſſen Authorität geſchehen; ſo ſieht man im Erzſtift die Würden und andere Beneficia der Biſchöfe zu Gurk, Chiemſee, Sekau, und Lavant, keineswegs für reſervirt an, wenn einer dieſer vier Biſchöfe von einem der benennten vier Bißthümer zum anderen überſetzt wird.

Ein gleiches hält man auch zu Salzburg dafür, wenn ein Domherr zu einem der obigen vier Bißthümer benennet wird. Auch ſeine Präbende fällt nicht der römiſchen Curie zu beſetzen zu.

§. 1291.

Der Grund von einem und dem andern beruhet darin, daß die Conſtitution *ad regimen* ſowohl in dem erſten Fall der Translation, als in dem zweyten, wenn die Erledigung eines beneficii durch Promotion zur Patriarchal- Erz- und biſchöflichen Würde, oder zur Regierung eines Kloſters geſchieht, ſelbſt erfordern, daß dergleichen Translation und Promotion in curia romana durch den Pabſt, oder in ſeinem Namen, wie es die conſtitutio *ad regimen* durch die Worte: *per nos authoritate noſtra* ausdrückt, verfüget werden. Gleichwie aber die Salzburgiſchen Erzbiſchöfe in dieſem Fall ſowohl die Translationen von einem Bißthum zum anderen, als die Collation, und Confirmation derſelben nicht aus einer päbſtlichen Delegation ſondern aus eignem Metropolitanbefügniß, alten Recht und Gewohnheit, welcher die Päbſte ſelbſt ihren Beyfall und Beſtättigung gegeben, fürnehmen, ſo tritt hier nicht die Verordnung der Concordaten, ſondern der alten Kirchenzucht ein, welche keine päbſtliche Reſervationen kannte. 41)

Worin der Grund liege.

Indeſ-

41) Die Fälle ſind ſehr rar, daß eine ſolche Präbende zu einer wirk-

Indeſſen (heißt es weiter) gehen die Curialiſten gleichwohl mit ihren Auslegungen der Concordaten immer ſo weit, als ſie nur können, und als man es geſchehen läßt. Wenn z. B. ein Domherr zu einem Erz- oder Bißthum gelanget, und dabey mit dem indulto papali verſehen wird, daß er ſeine vorhin inngehabte Domprábende beybehalten könne, ſo achten ſie dadurch dieſe Pfründe ſchon dermaſſen dem römiſchen Hof affect, daß ſie, wenn ein ſolcher Erz- oder Biſchof verſtirbt, deſſen ex indulto pontificio beybehaltene Präbende vor reſervirt, ſohin deſſen Verleihung dem Pabſt heimgefallen zu ſeyn behaupten.

§. 1292.

Ein ſonderbares Beyſpiel.

So wenig aber ein Grund hievor aus den Concordaten ſelbſt zu erholen iſt, ſo wenig wird von Seiten des Erzbiſchofs zu Salzburg, und ſeines Domkapitels zugegeben, daß dergleichen Präbenden, bevor wenn ſie ein Biſchof in Partibus, oder Weihbiſchof inne hat, und durch ſeinen Tod offen wird, dadurch der päbſtlichen Curie heimfallen. Der letzte und wichtigſte Fall ereignete ſich darüber 1764. als Graf von Daun, welcher Weihbiſchof zu Paſſau und Epiſcopus thieninſis in partibus infidelium war, mit Tod abgieng.

Der päbſtliche Hof hielt ſein in Salzburg inngehabtes Canonicat für affect, und verlieh es dem zwölfjährigen Grafen von Kevenhüller. Erzbiſchof Sigmund von Schrattenbach gab es dagegen den Grafen von Straſoldo. Von Seite des Grafen von Kevenhüller ward zwar die Sache in Rom anhängig gemacht, und bey der Rota wirklich 1765. in Contumaciam gegen den Grafen Straſoldo geſprochen.

Erzbi-

wirklichen Erledigung kommt; denn gleich ſuchen die transferirte zu Rom ein Diſpenſe zu Beybehaltung derſelben nach, und erhalten ſie auch ohne alle Schwierigkeit.

Erzbiſchof Sigmund faßte aber die ſtandhafteſten Maßregeln, und gab dem römiſchen Hof deutlich zu erkennen, daß die vorliegende Präbendalſache nicht zur Entſcheidung nach Rom erwachſen ſey. Die Vergebung an dem Grafen von Kevenhüller eigne ſich zur allgemeinen Beſchwerde der geſamten deutſchen Hochſtifter, dieſe müßte durch Kaiſer und Reich hingelegt werden. Von dieſem Schluß würde man ſich Salzburgiſcher Seits weder durch Excommunicationen, welche Unſchuldige nicht treffen könnten, noch durch andere Drohungen irre machen laſſen. Dieſes ſtandhafte Benehmen des Erzbiſchofs war auch von der Folge, daß der römiſche Hof von allen weiteren Bewegungen und Vollſtreckung der Rotaldeciſion abgeſtanden, ſohin Graf von Straſoldo im ruhigen Beſitz des vom Erzbiſchof verliehenen Canonicats verblieben iſt.

Dieſer Vorfall verbreitet über die Anmaſſungen der römiſchen Curialiſten in Anſehung der Reſervationen großes Licht, zugleich gibt er auch allen deutſchen Stiftern zu ihrer Maßnahm eine richtige Weiſung. Es mag freylich ſeyn, wie der Salzburgiſche Geſchichtſchreiber ſelbſt bemerkt, daß in älteren Zeiten einige Präbenden, die ein wirklicher Biſchof oder Cardinal der nicht blos titularis war, ex indulto pontificio beſeſſen, und hernach verſtorben, von dem päbſtlichen Hof als reſervirt behandelt worden. Allein ein ſolches Verſehen, welches gegen offenkündige und allgemeine Grundſätze anſtöſſet, kann niemal zu einem Recht erwachſen.

§. 1293.

Rechte und Beſtätigung eines Biſchofs.

Daß die Erz- und Biſchöfe nothwendig von dem Pabſt beſtättiget werden müſſen, ehe ſie ihrem Amt in eccleſiaſticis vorſtehen können, habe ich ſchon (§. 493.)

(§. 493.) angeführt, nur ein und das andere iſt hievon noch nachzuholen.

Die Erz- und Biſchöfe ſind gehalten nach dem canoniſchen Rechte die päbſtliche Beſtättigung innerhalb drey Monat nachzuſuchen. Allein Hauptumſtände geben auch einer Verlängerung ſtatt. Erzbiſchof Johann zu Trier ward 1531. wegen damaligen Kriegsunruhen eine halb jährige weitere Verlängerung zugeſtanden. 42)

Sie kann aber aus der Weſenheit des Kirchenrechts nicht nachgeſehen werden; unter den bekannten Beyſpielen die man hat, kommt Biſchof Otto III. zu Hildesheim ein Graf von Schaumburg vor; dieſer ließ ſich weder weihen noch beſtättigen. Er ward entſetzt, und die Domherren erhielten vom Pabſte die Weiſung binnen ſechs Monaten einen andern zu wählen, widrigenfalls der Pabſt einen ſetzen werde. Otto begab ſich des Bißthums und heurathete. 43)

Wenn in zwieſpaltigen Wahlen der Pabſt ausſprechen, und eine oder die andere Wahl beſtättigen muß, ſo ſucht insgemein die römiſche Politick Auswege zu finden, um dem verliehrenden Theil keine üble Empfindung zu machen. So geſchah es 1763. zu Lüttich bey der Beſtättigung der zwieſpaltigen Wahl des Grafen von Uitremont, welche (§. 453.) umſtändlich vorkommt, der Pabſt ſagte nur mit den wenigen Worten; *conſtare de Electionis comitis ab ultremont, eandemque eſſe confirmandam* 44) und dabey blieb es, ungeachtet aller nachherigen Streitigkeiten.

§. 1294.

42) Hontheim hiſt. trevir. tom. 2. S. 625.
43) Godeau Kirchengeſch. Thl. 25. S. 134.
44) L. c. Thl. 24. S. 235.

§. 1294.

Daß der Pabſt berechtigt ſey einen Adminiſtrator eines Erzbißthums oder Stifts in Bezug auf die Regierung in geiſtlichen Sachen eben ſo wie einen Biſchof zu beſtättigen, hievon habe ich ſchon (§§. 375. — 390.) gehandelt; indeſſen will ich die Beyſpiele von ſonderbaren Adminiſtrationsfällen aus den Geſchichten der Stifter hier noch nachtragen, weil der Pabſt ſolche größtentheils wo nicht ſelbſt verfüget, doch beſtättiget hat: als 1216. Biſchof Lupold zu Worms ins Exilium geſchickt wurde, adminiſtrirte Erzbiſchof Sifried II. zu Mainz auf Befehl des Pabſts das Hochſtift. 45) Biſchof Friederich zu Worms zog ſich 1284. wegen einem Kuß den er der Kaiſerinn gab, die Ungnade des Kaiſers dergeſtalt zu, daß Erzbiſchof Heinrich II zu Mainz die Adminiſtration des Hochſtifts Worms erhielt. 46) Ungefähr 1294. gab König Adolf dem Ulrich Freyherrn von Hanau die Adminiſtration der Abtey Fuld über. 47) Als 1328. ſich eine zwieſpaltige Wahl zu Mainz ergab, und die Domherren den Heinrich III. Grafen von Virneburg wählten, der Pabſt hingegen den Erzbiſchof Balduin zu Trier ſetzte, führte Balduin die Adminiſtration des Erzſtifts Mainz auf Geheiß des Pabſtes 10 Jahr lang, 48) bis zwiſchen Balduin und dem Erzbiſchof Heinrich ein Abfindungsvergleich auf die Halbſcheid der Forderungen zu Stand kam. Erzbiſchof Balduin zu Trier hatte 1333. auch noch die Adminiſtration der Hochſtifter Speyer und Worms darneben, 49) die er lang nicht ablegen wollte, ungeachtet ihn der Pabſt öfter hierzu ermahnte. Erzbiſchof Cuno zu Trier führ-

und Adminiſtrators.

45) Ioann. rer. mog. t. 1. S. 587.
46) L. c. t. 1. S. 633.
47) Wagner Sched. III. S. 53.
48) Ioann. rer. germ. t. 1. S. 652. Moſ Mainz. Staatsr. S. 15.
49) Honth. hiſt. trev. tom. 2. S. 122. 126.

führte ſchon als Trieriſcher Coadjutor 1363. die Administration der während der Regierung Erzbiſchofs Ludolf von der Mark in Schulden gerathenen Cölluiſchen Kirche ſehr weislich, 10) 1364. ward Biſchof Florenz zu Münſter, als er nach ſeiner Wahl die Beſtättigung zu Avignon perſönlich bey dem Pabſt einholte, unſchuldig verdächtig gemacht, als wenn er das Bißthum dem Grafeu von der Mark zur Verweſung übergeben wollte. Das Domkapitel ſetzte in der Perſon Balduins von Steinfurt einen Adminiſtrator, welcher aber auf Befehl des Pabſts alſogleich wiederum abziehen mußte. 50) 1374. waren die Domherren zu Straßburg äuſſerſt mißvergnügt, als der Pabſt ihrem nach Bamberg verſetzten Biſchof Lambrecht von Brun die Adminiſtration des Hochſtifts Straßburg dabey ließ; ſie ſchritten gleich zur Wahl; konnten aber nicht einig werden, und mußten den von Brun noch einige Zeitlang haben. 52) 1389. gab Erzbiſchof Adolf zu Mainz die Adminiſtration des Hochſtifts Speyer auf. 53) Das Hochſtift Baſtel hatte von 1393 Biſchof Friederich II, zu Straßburg einige Jahr lang adminiſtriret. 54) Otto IV. Graf von Hoya nachheriger Biſchof zu Münſter ward 1404. als Adminiſtrator des Bißthums erwählt, wozu die Domherren von dem Pabſt die Einwilligung erhielten. 55) Auf Interpoſition des Pabſts errichteten 1424. das Domkapitel, und die Stände des Hochſtifts Osnabrück, inſonderheit der Stadtrath daſelbſt einen Vergleich, weil das Kapitel ohne Vorwiſſen des Raths den Johann Diepolt zum Stiftsadminiſtrator erwählt, 56) als 1441. Bi-

50) Ibid. tom. 2. S. 230.
51) Godeau Thl. 26 S. 114.
52) L. c. Thl. 22. S. 207.
53) Ioann. l. c. S. 699.
54) Guilimannus de Epiſcop. argent. S. 404.
53) Godeau l. c. Thl. 26. S. 130.
56) Lünigs R. A. Spicil. Eccleſ. fort. 1. S. 627.

Biſchof Erich zu Osnabrück des Hochſtifts entſetzt wurde, wählten die Domherren mit Bewilligung des Pabſts den Biſchof Heinrich zu Münſter zum Adminiſtrator. 57) Die Münſteriſchen Domherren machten endlich 1466. den Biſchof Heinrich zu Bremen mit dem Beding zu ihrem Biſchof, daß er das Erzbißthum Bremen nur als Adminiſtrator dabey behalten ſolle, weil ſie das Anſehen ihres Bißthums höher als jedes Erzbißthum ſchäzten, 58) auf gleiche Art ward Biſchof Conrad zu Osnabrück ein Graf von Ritberg zum Biſchof zu Münſter 1497. erwählt, daß er das Bißthum zu Osnabrück nur als Adminiſtrator innhaben ſollte. 59) 1583. verwilligte Pabſt Sixtus V. ſchon, daß die von der Geiſtlichkeit im Hochſtift Lüttich erwählten Pröbſte ſechs Monat nach ihrer Wahl bis zu Einlangung der päbſtlichen Beſtättigung die Adminiſtration der Probſteyen führen ſollen. 60) Pabſt Urban ſetzte 1624. den Erzbiſchof Philipp Chriſtoph zu Trier zum Adminiſtrator der Abtey S. Maximin der ſie aber dem Pabſt 1625. wieder heim gab. 61) 1666. ertheilte P. Alexander VII. durch eine Bulle den Biſchof zu Straßburg Franz Egon von Fürſtenberg die Adminiſtration der Stifter Murbach, und Lüders. 62) Das päbſtliche Conſiſtorium zu Rom erließ 1688. ein Decret, wie es mit der Adminiſtration in geiſtlichen Regierungsſachen bey dem Erzſtift Cölln während der Minderjährigkeit des Churfürſtens Joſeph Clemens von Baiern gehalten werden ſolle. 63) 1720. ward Churcölln von dem Pabſt

 zum

57) Godeau l. c. Thl. 36. S. 135.
58) l. c. Thl. 26. S. 155.
59) Thl. 26. S. 160.
60) Lünig. R. Arch. Spicil. eccleſ. Thl. 2. S. 543.
61) l. c. Fortſ. Thl. 1. S. 244. 247.
62) l. c. S. 1052.
63) l. c. Thl. 1. S. 910.

zum Adminiſtrator der Probſtey Berchtoldsgaden geſetzt. 64)

Aus dieſen verſchiedenen Beyſpielen läßt ſich abnehmen a) daß der Pabſt jederzeit die Adminiſtration der Stifter beſtättiget, und b) die Domkapitel die Adminiſtratoren erwählet haben, und man kann hieraus erſehen, c) daß ſie ſich in denen päbſtlichen Reſervationsfällen ſogar ihres Wahlrechts nicht haben entſetzen laſſen.

Es iſt auch hiebey nicht unbemerkt zu laſſen, daß die Päbſte durch die Zulaſſung der Adminiſtrationen ganz unvermerkt die Stifterpluralität ſtärker befördert haben.

§. 1295.

Wahlfähigkeitserkenntniß.

Der Pabſt hat das unwiderſprechliche und mit dem Juriſdictionsprimat allerdings verbundene Recht, den Canditaten zu hohen geiſtlichen Würden brevia, wodurch ſie wahlfähig werden, (§. 270.) zu ertheilen, da ſie ſonſt poſtulirt werden müſſen; er kann auch befehlen daß die Wahl eine Zeitlang (§. 319.) aufgeſchoben, oder auch (§. 364.) beſchleiniget werde. Die Concilien, und inſonderheit der Kirchenrath zu Trient ſchreiben zwar das Alter eines Wahlfähigen ſchon vor. (§. 106.) Allein da bey großen Herren das politiſche Intereſſe von jeher der Schiedrichter zwiſchen Moralität und Canon war, ſo ſezt ſich das päbſtliche Diſpenſationsrecht deſto leichter über alle Schwierigkeiten hinweg Zu Rom dachte man wenigſtens ſchon im 13ten und 14ten Jahrhundert über dieſen Punkt ganz leicht. Johann V. Herzog aus Baiern ward ungeachtet ſeines nur 17 jährigen Alters zum Biſchof von Lüttich erwählt. Der Pabſt beſtättigte die Wahl 1390. wegen dem hohen Herkommen des Gewähl-

64) Fabri Staatskanzley. Thl. 39. S. 170.

Gewählten, und nahm auf das Alter keine Rückſicht. 65) Innocenz III. erklärte 1203. die Wahl Biſchofs Eckbert zu Bamberg wegen Mangel des zum Bißthum nöthigen Alters nach Verordnung des Lateraniſchen Conciliums für null und nichtig, ſuſpendirte die Bambergiſche Domherren drey Jahre lang ihrer geiſtlichen Pfründen, und beraubte ſie des Wahlrechts. Eckbert reiſete aber nach Rom, erhielt nicht nur ſeine Beſtättigung, ſondern auch die Freyſprechung des Kapitels von der Suſpenſion, 66) dieſe Schärfe brachte der päbſtlichen Curie wahrſcheinlich mehr Geld ein. Biſchof Leopold ein Oeſterreichiſcher Prinz war bey ſeiner Wahl 12 Jahr alt, er ließ nach der Verordnung des Pabſts die geiſtliche und weltliche Regierung durch den Domdechant bis zum 19 jährigen Alter beſorgen. 67) Beyſpiele dieſer Art von neuern Zeiten habe ich (§. 270.) angeführt.

§. 1296.

Allein es gab von jeher Leute, die ſich über dieſen Diſpenſationsleichtſinn mit Herzhaftigkeit äuſſerten, ich finde dießfalls eine intereſſante Stelle, 68) Conrad Mutian Ruffus Canonicus zu Gotha ſchrieb im 285ten Brief an den P. Urban wegen Erhebung des Cardinal Albert zum Erzbißthum Mainz S. 144. folgendes: magna rerum mutatio, unus juvenis, vix paedagogos & rudimenta relinquens, uno ſit anno ter praeſul, & quidem eminentiſſimus, miror, ſi *Leo* X. Cleram (vulgo pallium) transmittat. — Sed Romae, quid non venale? videbitis penulatum *Albertum*, cui Deus Conſtantiam attribuat, mutato enim conſilio plus nocebit, qui potentiſſimus, *Erfordiae* quam prodeſſe cen- Schwierigkeiten.

65) Godeau Kirchengeſch. Thl. 24. S. 172.
66) L. c. Thl. 20. S. 138.
67) L. c. Thl. 22. S. 149.
68) Bey Ioann. rer. mog. t. 1. S. 824.

cenſetur. — Indeſſen wenn einer heut zu Tage dieſe Sprache nach dem Sinn der Concilien, der Wahrheit, und der Vernunft führen würde, dürfte ihm geſagt werden, daß die Staatspolitick geſchaffen ſey, die Strenge des Canons zu mildern. In ſolchen Fällen ſind die geiſtliche deutſche Fürſten, beſonders aus hohen Häuſern, mit der römiſchen Curie, es mag koſten was es will, ganz einverſtanden, und die Wiederherſtellung der urſprünglichen Kirchenzucht wird hierüber gar leicht vergeſſen.

§. 1297.

Päbſtliches Beſtrafungsrecht durch Abſetzung der Erz- und Biſchöfe.

Von dem Primat der päbſtlichen Gerichtsbarkeit hängt das Beſtrafungsrecht der fehlenden Erz- und Biſchöfe und anderer unmittelbaren Kirchenprälaten ganz ungezweifelt ab. Der Pabſt erkennt, und ſtraft die Verbrechen nach ihrer Eigenſchaft durch Bann, Suſpenſion, Privation, und Abſetzung, wie (§§. 93. 94. 300. und 576.) ſchon gemeldet worden.

Gegenwärtig habe ich eigentlich nur wegen den Abſetzungsfällen, als der härteſten Beſtrafungsart noch verſchiedenes blos in Anſehung der deutſchen geiſtlichen Reichsfürſten nachzutragen. Der Pabſt hat dieſes Recht zu beſtrafen, in den älteſten Zeiten allein nicht auszuüben gehabt. Bald thaten es die Kaiſer und Könige, bald geſchah es durch die Verſammlung der Biſchöfe. Freylich waren die Wirkungen der kirchenhauptlichen Gerichtsbarkeit noch nicht ſo genau, wie jetzo durch die Zeitfolge beſtimmt. Um das päbſtliche Beſtrafung- und Depoſitionsrecht ins klare zu ſetzen, kann ich hiebey nicht unterlaſſen, diejenigen Beyſpiele, welche die deutſchen Erz- und Biſchöfe allein betreffen, und die ich mit nicht geringer Mühe, ſo wie die übrigen Geſchichtspräjudicien

cien geſammelt habe, in chronologiſcher Ordnung anzuführen; indem dieſer Gegenſtand doch einen der wichtigſten in dem Staatsrecht der Stifter ausmachet.

Nach den Geſetzen der fränkiſchen Könige, wenn eine Klage über den Biſchof vorkam, konnte ſolche nur bey dem König, Herzog, oder Volk angebracht werden. Der Spruch mußte aber nach dem Kirchenrecht abgefaßt ſeyn; 69) in dem Verbrechen des Aufruhrs wird der Biſchof zwar mit einer Verurtheilung bedrohet, aber kein Richter benennt, vermuthlich, weil die Verbrechen hoher Perſonen nach der fränkiſchen Reichsverfaſſung, vor die Reichsverſammlung oder den König gebracht werden müßten. 70)

§. 1298.

So geſchah es, daß durch das Decret des franzöſichen Majoris domus *Carolomanni* I. und ſeines Sohns Pipin, Gervilius letzter Biſchof zu Mainz ſeiner Würde entſetzt, Mainz zu einem Erzbiſchöflichen Sitze und Haupt der deutſchen Kirche gemacht, und der H. Bonifaz zum erſten Erzbiſchof ernennt wurde. 71) Beyſpiele.

Pabſt Nicolaus ſetzte 863. den Erzbiſchof Teutgaud zu Trier, und Gunthar zu Cölln aber nicht anders als auf dem Concilio zu Rom wegen der begünſtigten Eheſcheidung des K. Lothar ab. Allein Lothar brachte ſie wiederum zu ihren Bißthümern. 72)

Das große Anſehen, welches die Verſammlung der Biſchöfe gehabt, und welcher dergleichen harte Beſtrafungsarten allein zu beſtimmen, und zu fällen, heimgelaſſen waren, zeigt die Abſetzungsgeſchichte

N 5 des

69) LL. Bajuar. tit I. c. 1.
70) Caroli M. Capitulare III. de A. 812. cap. 2.
71) Lünigs R. A. Spicil. eccl. Fortſ. Thl. 1. S. 3.
72) Hontheim hiſt. dipl. trevir. tom. 1. S. 201.

des paſſauiſchen Biſchofs Wichink. Dieſen beförderte ſogar Kaiſer Arnulf zum Biſchof. Dietmar hingegen ſetzte ihn mit Uebereinſtimmung der übrigen Biſchöfe 899. nach den canoniſchen Geſetzen von ſeiner biſchöflichen Würde ab. 73) Dieſer Fall gibt zu zwey merkwürdigen Reflexionen Anlaß: a) ob die Vorſichtsregeln den päbſtlichen Hof nicht von jeher hätten beſtimmen ſollen, dergleichen Beſtrafungen (salva confirmatione populi) durch die Verſammlung deutſcher Biſchöfe fällen zu laſſen, und b) ob die Unterſuchung der Verbrechen ſelbſt ſchon nicht von dem deutſchen Epiſcopat auf Anordnung des Pabſts geſchehen ſolle, da ſowohl die hohen geiſtlich als weltliche Reichsſtände jedesmal durch ihre Nationalrichter von älteſten Zeiten ſich wollten Recht ſprechen laſſen. Wenigſtens würde den Intricken vorgebeugt, und dem Pabſt ſein Beſtrafungsrecht doch unverletzt erhalten, weil es immer darauf ankommt, ob er den biſchöflichen Ausſpruch beſtättigen, die Urtheil mehren, oder mindern wolle. Indeſſen haben ſich die Päbſte einmal aus ihrer geiſtlichen Machtvollkommenheit in den ausſchlieſenden Beſiz dieſes Rechts geſetzt, wie uns nachſtehende Beyſpiele zeigen.

Pabſt Johann XIII. entſetzte 967. den Erzbiſchof Herold zu Salzburg ſeiner Würde, und beſtättigte den Erzbiſchof Friederich. I. 74)

Biſchof Hermann zu Bamberg ward 1075. vom P. Gregor VII. ſeines Bißthums entſetzt, und in den Bann gethan, welches Gregor dem Erzbiſchof Sigfrid zu Mainz durch ein Breve eröfnet hat. 75)

Udo Biſchof zu Hildesheim ward 1085. von dem Pabſt abgeſetzt, weil er ſich zur Parthie K. Heinrich IV. ſchlug; er kam auch mit mehreren Biſchöfen in

den

73) Godeau Kirchengeſch. Thl. 17. S. 107

74) Lunig L. c. Fortſ. Thl. 1. S. 949.

75) L. c. Thl. 2. S. 136.

den Bann. Ungeachtet er ſich mit dem Pabſt wieder ausſehnte, ſo ward ihm die Ausübung des biſchöflichen Amts noch ſehr lang unterſagt. 76)

Erzbiſchof Gottfried zu Trier wie Schannat 77) aus denen ungedruckten Acten des unter Vorſtand eines päbſtlichen Legatens Cardinals *Petri* zu Worms gehaltenen Conciliums erweiſet, iſt 1127. wegen verübter Simonie ſeiner Würde entſetzt worden, 78) wahrſcheinlich ward es um eine Simonie im engſten Verſtand damals zu thun. —

1134. ward Biſchof Alexander zu Lüttich ſowohl wegen Simonie, als Ungehorſam gegen den Pabſt, von dem Kirchenrath zu Piſa abgeſetzt. 79)

Erzbiſchof Adalbert zu Salzburg als Rebell gegen den Kaiſer wurde 1174. ſeiner Würde entſetzt, der Pabſt tröſtete ihn aber deßwegen durch ein Breve. 80)

Den Biſchof Conrad zu Hildesheim der 1199. zu Würzburg poſtulirt wurde, mußte der Erzbiſchof zu Magdeburg aus Befehl des Pabſts zu Hildesheim welches er ohnedem verließ, abſetzen, weil er ohne Erlaubniß des Pabſts, das Bißthum Würzburg angenommen hatte. 81)

Als Kaiſer Philipp 1208. von des Erzbiſchofs Conrad zu Mainz Enkel, dem Pfalzgrafen Otto zu Bamberg umgebracht wurde, zog dieſer Fall ſowohl die Abſetzung des Biſchofs zu Mainz als des Biſchofs zu Worms nach ſich. 82)

Biſchof

76) Godeau l. c. Thl. 25. S. 75.
77) Hiſt. Wormat. P. 3. S. 352.
78) Moſer Trir. Staatsrecht. S. 22.
79) Godeau l. c. Thl. 24. S. 113.
80) Lünig. l. c. Fortſ. 1. S. 278. Staat von Salzburg S. 170.
81) Godeau l. c. Thl. 25. S. 88.
82) Godeau l. c. tom. 1. S. 408.

Biſchof Dietrich zu Münſter, und Engelbrecht zu Osnabrück wurden als Theilhabere an der Entleibung des Erzbiſchofs Engelbert 1226. ihrer Bißthümer entſetzt. 83)

Churfürſt Chriſtian II. zu Mainz wurde von dem päbſtlichen Hofe abgeſetzt, er ließ auch mit kaltem Geblüt es dabey bewenden. 84)

Erzbiſchof Heinrich II. zu Trier, mußte ſich 1261. die Abſetzung gefallen laſſen, weil er das Pallium nicht auslöſen konnte. Dem Bernhard Caſtenotus trug der Pabſt die Verwaltung des Erzſtifts auf. Nachdem aber der Erzbiſchof dem P. Gregor X. 33000. Mark Silber nach heutigem Werth 7,92000. zahlte, ward er für dieſes Löſgeld wiederum reſtituirt. 85) Das ſonderbarſte war, daß von Pabſt Urban die Unterſuchung dieſes Erzbiſchofs, welcher wegen Herabſetzung der Erzbiſchöfe, ſimoniſcher Wahl, falſchen Eidſchwüren, Todſchlag, und Errichtung eines neuen Zolls am Rhein angeklagt wurde, zwey Minoriten Ordensbrüder Wilhelm, und Norico aufgetragen wurde. 86)

Biſchof Heinrich III. zu Lüttich brachte es durch ſeine ausſchweifende Lebensart ſo weit, daß er des Bißthums 1274. entſetzt wurde, der Pabſt ermahnte ihn oft, es nutzte aber nichts. Auf der Kirchenverſammlung zu Lion fragte ihn der Pabſt, ob er nachgeben, oder das Urtheil abwarten wolle. Heinrich glaubte Gnade zu erhalten, und gab dem Pabſt den biſchöflichen Ring. Gregor behielt ſolchen, und Heinrich mußte dem Bißthum entſagen. 87)

83) Godeau l. c. Thl. 26. S. 9.
84) Moſer Mainziſch. Staatsr. S. 27.
85) Godeau l. c. Thl. 15. S. 146. Lünig l. c. Fortſ. Thl. 2. S. 89.
86) Hontheim hiſt. trev. tom. 1. S. 743.
87) Godeau l. c. Thl. 24. S. 145.

Poppo Biſchof zu Bamberg, der ſich auch einige nicht biſchöfliche Ausſchweifungen erlaubte, die Kirchengüter und Gerechtſame verſplitterte, und ſelbſt den Kirchenſchaz nicht verſchonte, zog ſich 1239. nicht nur die Abſetzung, ſondern auch den Bann auf den Hals. 87)

P. Clemens IV. ſuſpendirte 1267. den Erzbiſchof Heinrich zu Trier von Amt, und Pfründen. Gregor X. gab ihm aber 1272. die vollkommne Adminiſtration derſelben wieder. 88)

Den Biſchof Hugo zu Lüttich ſetzte der Pabſt 1300. wegen ſeinem kriegeriſchen, und unruhigen Betragen ab. 89)

1306. ward Biſchof Otto zu Münſter von ſeinem Domkapitel abgeſetzt, weil er ihm unterſchiedliche Vergehungen zu Laſt legte. Sie wählten ohne dem Pabſt von der Abſetzung nur eine Anzeige zu machen, vielweniger ſolche von ihm als abhängig zuerkennen, den Conrad Grafen von Bergen an ſeine Stelle. Der Pabſt unterſuchte die Sache, ſprach den Otto frey, that das Kapitel in Bann, und ſetzte den Otto wiederum nach einer 3 jährigen Verweiſung ein. 90)

Churfürſt Heinrich III. zu Mainz wurde 1346. von P. Clemens VI. in den Bann gethan, und abgeſetzt, weil er es mit K. Ludwig hielte, ungeachtet ihm auch Gerlach von Naſſau entgegengeſetzt wurde, ſo erhielt ſich Heinrich dennoch bis an ſein 1353. erfolgtes Ableben bey dem Erzſtift. 91)

Bey dem Pabſt Eugen IV. ſtunde Churfürſt Jacob zu Trier in ſehr üblem Credit, weil er bey damali-

88) L. c. Thl. 20. S. 144.
89) Hontheim l. c. tom. 1. S. 784. 796.
90) Godeau l. c. Thl. 24. S. 754.
91) L. c. Thl. 26. S. 101.
92) Ioann. rer. mog. tom. 1. S. 660.

damaligen Kirchenſchisma die Neutralität nicht genau hielt, ſondern dem Basler Kirchenrath, mithin den Pabſt Felix V. mehr als ihm dem Eugen ergeben war. Der Pabſt befahl daher, ſowohl den Erzbiſchof zu Trier, als den zu Cölln wegen gleicher Urſach abzuſetzen, den Johann Biſchof zu Cämmerich zum Erzbiſchof zu Trier zu machen, und ihn durch den Erzbiſchof zu Utrecht in Beſitz ſetzen zu laſſen. Allein die übrigen Churfürſten ſetzten ſich dagegen, und beyde wurden nach einem langen Streit wiederum reſtituirt. 93)

Das bekannteſte und betrübteſte Beyſpiel aber iſt die von P. Pio II. 1461. geſchehene Abſetzung Churfürſt Dietherrs, und die Entgegenſetzung Adolfs II. woraus große Händel entſtunden; die Urſache der Abſetzung war ganz allein, weil er die große Summe zu Löſung des Palliums nicht aufbringen konnte. Rom ſchämte ſich, dieſe Urſache anzugeben, 94) indeſſen ſagen die Litterae exauctorationis eben nichts anderes: als zahlen konnte er nicht. Dietherr bedung ſich 1462. in einem errichteten Vergleich Horſt, Steinheim, und Morlbach, ward aber nach Adolfs Tod wiederum 1475. erwählt. 95) Bey unſern Zeiten würde man kein ſolches römiſches Schauſpiel in Deutſchland aus bloſen Eigennuz mehr aufführen laſſen.

Her-

93) Moſer Trier. Staatsr. S. 22.

94) In dieſen heißt es: perſeverabat in auſteritate ſua, et ſibi romanam ſedem cedere dignum arbitrabatur, et tanquam nos ab eo, non ipſe a nobis inſtrui deberet, arrogantiſſimae loquebatur, non ſe ſatisfacturum mercatoribus obtulit non vitam emendaturum, non jura ſervaturum. aut alias, quae tenetur, ſed tanquam nobiscum paciſis vellet, haec atque illa promittebat, ſi nos ſibi, quod ipſe cupiebat promitteremus. Ioan. rer. mog. tom. I. S. 777. Lehmann Speyer. Chron. S. 935.

95) Moſer Mainz. Staatsr. S. 28. Lünig. l. c. Fortſ. Thl. I. S. 66. 71. 81.

Hermann Erzbiſchof zu Cölln, weil er die römiſchkatholiſche Religion verließ, kam 1546. in Bann, und ward auch von dem Pabſte ſeines Erzbißthums, und aller übrigen Pfründen entſetzt, auch die Unterthanen von dem Eid der Treue losgeſprochen, und ſein Coadjutor trat in die Regierung. 96)

Wie es mit der zwar nicht durch den Pabſt, aber wahrſcheinlich doch mit deſſen Vorwiſſen 1602. geſchehenen Abſetzung des Fürſtabts Balthaſar zu Fuld zugegangen, kam ohnehin ſchon (§. 571.) vor. 97)

Dem Churfürſt Philipp Chriſtoph zu Trier ſtund 1623. die Abſetzung etlichemal ſehr nahe, wovon aber die Urſachen mehr wegen weltlich- als geiſtlichen Sachen herrührten. 98)

Aus dieſen vielen Deutſchlands Erz- und Biſchöfe ganz allein betroffenen Abſetzungen kann man erſehen, wie ſich der römiſche Hof hiebei benommen habe, wären z. B. Diethers Abſetzungsurſachen von einer deutſchen biſchöflichen Synode unterſucht worden, würde dieſer Machtſpruch nicht erfolgt ſeyn.

Erzbiſchof Conrad zu Salzburg welcher die Biſchöfe zu Freiſingen und Brixen 1129. als ſchismatiſch erklärte, ſie excommunicirte und abſetzte, bekümmerte ſich wenig um ihren Recurs nach Rom. Selbſt P. Innocenz II. gab den Biſchöfen kein Gehör mehr. 99)

96) Godeau l. c. Thl. 16. S. 139. Lünig. l. c. Fortſ Thl. 1. S. 852.
97) Mader Reichsgerichtl. Erkennt. Thl. 6. S. 696.
98) Moſer Trier. Staatsrecht. S. 22.
99) Nachrichten von Juvavien S. 197.

§. 1299.

Eine Frage wegen Salzburg insbeſondere.

Hier kann ich doch eine Frage nicht umgehen: ob wohl der Erzbiſchof zu Salzburg berechtigt ſey, ohne Beyzug des Pabſts einem ſeiner vier geſtifteten Erzſtiftsbiſchöfe abzuſetzen? ich halte es ganz gewis dafür, denn wer das Recht hat ſie zu Biſchöfen zu machen, die Reichsfürſtenwürde zu ertheilen, zu beſtättigen, und zu verſetzen, dieſem wird auch als eine Folge der Gerichtsbarkeit das Entſetzungsrecht zuſtehen. Wegen Brixen und Freiſingen war der Fall ganz anders. Dieſe als Suffraganbiſchöfe konnte der Salzburgiſche Metropolitan nur proviſorie wegen der dringenden Urſache abſetzen, und er verrichtete hierin das Amt des Pabſts.

Von den Abſetzungen und Privationsfällen der Biſchöfe in Hinſicht ihrer Reichsfürſtenwürde, habe ich ſchon anderwärts gehandelt.

Ueberhaupt da ein deutſcher Biſchof eine zweyfache Perſon vertritt, ſo hielt es mit allen facktiſchen Verfügungen von älteſten Zeiten her hart. Biſchof Erlang zu Würzburg ward 1115. an die auf Befehl P. Paſcals zu Cölln verſammlete Biſchöfe abgeſandt; ſie lieſen ihn aber nicht vor. Erlang kam unverrichteter Dingen zurück, meldete es dem Kaiſer, mit dem Bedeuten, daß er ihn nunmehr auch meiden müßte. Der Kaiſer befahl ihm bey Leib- und Lebensſtrafe das Hochamt in ſeiner Gegenwart zu halten, und entſetzte ihn zur Straf des Herzogthums Franken. 100) Heut zu Tage könnte der Pabſt wohl wegen einem Vergehen in geiſtlichen Sachen zur Entſetzung des Erz- oder Biſchofs ſchreiten — der Chur- oder Fürſt würde ſich aber dennoch ſouteniren. Der Pabſt würde keinen neuen Stiftsvorſteher ohne des Kaiſers und des Reichs Bewilligung ſetzen können, ſon-

100) Lehmann Speyr. Chronick. S. 486.

ſondern müßte eben durch einen geiſtlichen Adminiſtratoren die ſpiritualia beſorgen laſſen. — Und auf dieſe Art könnte es auch im umgekehrten Falle ſich ergeben. Man werfe nur einen Blick auf die Entſetzungsgeſchichte Churfürſt Joſ. Clemens zu Cölln vom J. 1706. wie es allda zugieng.

§. 1300.

Wenn der Pabſt einen deutſchen geiſtlichen Reichsfürſten belohnen will, ſo kann es heut zu Tage durch Bißthümer nicht ſo leicht mehr, wie vor Alters geſchehen; denn die Kapitel laſſen ſich nicht mehr um ihr Wahlrecht bringen. Der Pabſt muß alſo mit Cardinalatswürden, oder aus ſeinem eigenen Beutel es bewerkſtelligen. — Die Belohnungsluſt wandelt zwar die Römer gar ſelten an, und wann es geſchieht, insgemein in ältern und neuern Zeiten nur auf Rechnung eines dritten. Pabſt Felix V. ſollte dem Erzbiſchof Jacob zu Trier, wegen den vielen Dienſten, ſo er ihm gethan, und gehabten Auslagen eine Belohnung geben, er vergünſtigte ihm in Sachſen durch Zehenden oder ſonſtige Auflagen ſich mit 10,000 fl. belohnt, und bezahlt zu machen. 101) Heut zu Tage gibt der Pabſt Indulten, eine Decimationsauflage auf die Stifts- oder Diöceſangeiſtlichkeit zu machen. Im eigenem Stift dürfte es keine Schwierigkeit finden; allein wenn ſich die Diöceß in eines fremden Herrns Land erſtreckt, ſo muß dieſem anſtändig ſeyn; indem alle Auflagen, und wenn ſie ſchon nur von der Geiſtlichkeit erhoben werden, doch dem Land zur Laſt fallen, wie man von allen dergleichen Decimationen wirklich überzeugt iſt. Doch ſetzt man es auch von Seiten der Erz- und Biſchöfe in den Ländern weltlicher Fürſten durch, weil der Pabſt die-

Päbſtliche Belohnungsart.

101) Hontheim hiſt. trev. tom. 2. S. 296.

dieſen öfters erlaubet, die in ihren Ländern geſeſſene catholiſche Geiſtlichkeit zu beſteuren. Freylich könnte hier der Biſchof Schwierigkeiten machen; allein man ſieht einander öfter jure reciproci gar gern durch die Finger. 102) Ueber die Indulten wegen Beſteurung des Clerus kam es eben zwiſchen Churmainz und Pfalz ſchon zu heftigen Streitigkeiten, wie wir nachher erſehen werden.

§. 1301.

Verbindlichkeit des Pabſts in Anſehung der Concordaten.

Wozu der päbſtliche Hof wegen denen zwiſchen ihm, und der deutſchen Nation errichteten Concordaten verbunden ſey, habe ich in der allgemeinen Geſchichte der deutſchen Stifter (§§. 100. — 104.) ſchon umſtändlich angezeigt. Es gab einige derſelben, welche die Concordaten anfänglich nicht erkannt, (§. 143.) am Ende aber doch ſtillſchweigend angenommen haben. Einige Stifter errichteten mit dem päbſtlichen Hof gegen die Concordaten Verträge; allein in regula blieb es doch dabey. Andere Stifter, inſonderheit Salzburg, verſtanden ſich in Anſehung ſeiner geſtifteten vier Bißthümer nicht dazu. 103) Selbſt der Emſercongreß wollte neuerdings feſtſetzen, was pro regula von den Concordaten ſollte angenommen werden. (§. 166.) Allein dieß ſchien nicht mehr der Zeitpunct zu ſeyn. Die kaiſerliche Wahlcapitulation ſetzt die Haltung der Concordaten einmal feſt (§. 141.) und jede Abweichung würde einen Bruch in das Ganze machen. Der Pabſt iſt einmal verbunden, ſolche, wie ſie ſind, in ihrem reinen Verſtande zu

102) Die neueſte Decimation in Baiern geſchah im J. 1789. mit Bewilligung des Pabſts und der dabey intereſſirten Biſchöfe. Würden ſich der Pabſt, oder die Biſchöfe geweigert haben, die Decimation des Clerus zu bewilligen, ſo hätte ſich der Bairiſche Regent derſelben von der Geiſtlichkeit als Staatsglieder und Unterthanen dennoch mit Fug prävaliren können.

103) Nachrichten von Juvavien. S. 217.

zu halten; und ſie müſſen als ein Staatsvertrag, und bindendes Geſez zwiſchen ihm und der ganzen Nation ſo lang beſtehen, als dieſe beede Theile durch wechſelſeitiges Einverſtändniß hievon nicht eine Aenderung machen. In dem 46ſten Kapitel kommt hierüber ein mehreres vor.

§. 1302.

Rechte wegen der Kirchengüter.

Die viele Freyheiten, und Immunitäten auch ſonderbare Privilegien, welche von den Päbſten in Anſehung der Kirchengüter öfter, wo es gar nicht nöthig war, in ältern Zeiten den deutſchen Kirchen ertheilt worden ſind, zogen die Folgen nach ſich, daß die Päbſte durch Canonen, Decretalen, auch einzelne Verordnungen und Verfügungen das Oberaufſichtsrecht über die geiſtlichen Güter, immer ſtärker behaupten konnten.

Wenn man die Sache genau betrachtet, ſo iſt dieſe Oberaufſicht mit dem Jurisdictionsprimat einigermaſſen ſchon vereinbarlich, wenigſtens in ſoweit, daß er dafür beſorgt iſt, damit von den geiſtlichen Gütern und Gefällen ohne ſeine Einwilligung nichts veräuſſert, oder beſchweret werde.

Allein von allen Gütern der Kirche läßt ſich dieſes Oberaufſichtsrecht nicht feſtſtellen. Es gibt noch einige aber ſehr wenige Güter der Kirchen und Stiftungen, über welche die geiſtliche Oberaufſicht ohne Concurrenz mit den kaiſerlichen Reichslehnherrlichen Rechten ganz allein gegründet iſt: 104) die mehrſte aber ſtehen unter des Kaiſers und Reichs allgemeinen, und der Landesfürſten beſonderen Aufſicht.

104) Man kann es aus der Emſiſchen Punctation (§. 166. n 3.) erſehen, wo es heißt: milde Stiftungen ſollen die Biſchöfe befugt ſeyn, zu angemeſſenen Bedürfniſſen anzuwenden. Hiezu gehören die Güter, worüber der Pabſt die Oberaufſicht gewiß hat.

Ueber weltliche und dergleichen Güter und darauf haftenden Gerechtſame hat der Pabſt dieſes Recht nicht. Ein merkwürdiges Reichshofrathserkenntniß vom 12 März 1722. beſtättigt dieſen Saz ſehr klar: „Kemptiſche Stiftsunterthanen c. den Fürſtabt daſelbſt: — reſcribatur demſelben: — „Da aus ſeinem eingeſchickten Bericht wahrzunehmen geweſen, daß ſeine Räthe in dem irrigen Principio ſtehen, als ob zu derer Reichs- und Seculargerechtigkeiten Alienation, nebſt allerhöchſter kaiſerlicher Confirmation auch die Genehmhaltung des päbſtlichen Stuhls erfordert werde; ſo befehleten kaiſerl. Majeſtät dem Hrn. Abten berührte irrige Meinung gedachten ſeinen Räthen zu verweiſen, und daß ſelbige dergleichen denen hohen Gerechtſamen der kaiſerlichen Autorität nachtheilige Principia ſchwinden, und fürohin nicht mehr von ſich merken laſſen ſollen, aufzugeben." 105)

In Anſehung der weltlichen, und der Reichsgüter kann der Pabſt ſich dieſes Oberaufſichtsrecht nach der gegen die älteſte Zeiten ganz veränderte deutſche Staatsverfaſſung nicht mehr prävaliren. So viel bleibt ihm immer als ein rechtmäſſiger Vorbehalt, wenn Gefahr vorhanden wäre, daß ein geiſtliches Stift ſamt ſeinen Gütern in weltliche Hände gerathen, und ſeculariſirt werden ſollte, alsdenn ſein Oberaufſichtsrecht darin geltend zu machen, damit dieſer Veränderung, wozu ſein Conſens erforderlich, vorgebeuget werde.

§. 1303.

Von den Zahlungen nach Rom überhaupt.

Die Gelder, welche ſeit mehrern Jahrhunderten aus den deutſchen Stiftern nach Rom geſchickt, oder auf Veranlaſſung des römiſchen Hofs verwendet, oder vielmehr erfordert worden, betragen ungeheure

105) Moſers deutſches Staatsr. Thl. 4. S. 299.

geheure Summen. Die Römer nennen das catholiſche Deutſchland in Anſehung der ſtarken Anhängigkeit an dem päbſtlichen Hof, das *regnum obedientiae*; ich glaube ſie werden ihm auch den Namen (regnum contributionis) beylegen.

Was die Erz- und Biſchöfliche und auch der anderen geiſtlichen Reichsfürſten, von denen ich ſchreibe, ihre Beſtättigungen (§. 499.) die Annaten Zahlungen (§. 542.) und Paliien Löſungen (§. 524.) für einen ſtarken Geldausgang den deutſchen Stiftern verurſacht haben, iſt bereits an den angezeigten Stellen ſchon erwieſen worden.

Allein bey dieſen beträchtlichen Summen blieb es noch lang nicht. Die Diſpenſationsgelder, die Nunciaturlieferungen, die Reſignationstaxen, die Beſtättigungsgebühren, wegen denen in päbſtlichen Monaten vergebenen Pfründen, und noch mehr andern Erforderniſſen betragen noch ein weit mehreres. Ehe ich das ganze zuſammen ſtelle, ſind wegen einzelnen Zahlungsposten noch einige beſondere Vorausſetzungen nothwendig.

§. 1304.

Eine Geſchichte des päbſtlichen Diſpenſationsrechts hier vorauszuſetzen, kann mir nicht zugemuthet werden, weil ſie zu dem allgemeinen Staatsrecht der Römiſchcatholiſchen Kirche gehört. So weit das Diſpenſationsrecht Deutſchland betrift, habe ich (§§. 76. u. 77.) die Geſchichte ſchon vorausgeſetzt. Von dem Diſpenſenrecht.

Das Reſultat der päbſtlichen Diſpenſationsgeſchichte, ſo weit ſolche die deutſche Reichsſtifter betreffen mag, iſt in einer merkwürdigen Schrift 106) ſehr bündig dargeſtellt. „In den erſten Zeiten (heißt

 es)

106) Meine Gedanken über die gründliche Entwickelung der Diſpens- und Nunciaturſtreitigkeiten. S. 92.

„es) waren die Diſpenſen bey den Biſchöfen, die noch „ſehr enge Sprengel hatten; — dann übertrug man „es den Synoden, weil man ſich von ihnen mehr „Unerſchrockenheit gegen das Andringen der Bitten„den und feſtern Charackter für Aufrechthaltung der „Kirchenzucht verſprach. — Da ſich aber die Hofnung „eitel bewies, gelangten ſie gar bald an den römi„ſche Stuhl: der ſich jederzeit von Muth, Verwen„dung für das Wohl der Kirche und unbeſcholtenen „Wandel allgemeines Zutrauen erwarb. Die Bi„ſchöfe waren oft zu ſchüchtern, manchmal zu ſchwach, „dem mächtigen Verbrecher ſich ins Auge zu ſtel„len — bisweilen aus Umſtänden zu nachgiebig, „dem Fürſten aus dem Titel des Unterhalts, jenem „aus Freundſchaft, dieſem auf andere Wege ver„bindlich; dieß alles gab Anlaß, daß man um „ſein Gewiſſen rein zu halten, das ungemächliche „Diſpenſenrecht wetteifernd den Päbſten überant„wortete.“

Ich finde, daß dieſes Reſultat von der Diſpenſengeſchichte ganz von der guten Seite ſowohl in Anſehung der Sache ſelbſt, als des päbſtlichen Hofs gefaßt ſey. Es enthält zum Theil einige Wahrheiten, mit welchen auch Thomaſin 107) den Uebergang des Diſpenſenrechts an den römiſchen Hof beſtättiget, und wovon ich auch ſchon (§. 77.) gemeldet habe.

Es iſt aber zum Theil auch zuverläßig, daß die Päbſte (inſonderheit Innocenz III.) welche auf ihre Gewalt, Macht, und Anſehen bauten, ſich mehr in Anſehung der Diſpenſen erlaubt, als ihnen gebühret hat. Denn die Schwächung der biſchöflichen Rechte, ihres Anſehens, und der urſprünglichen Gewalt, welche durch Behauptung eines uneingeſchränkten

107) De vet. & nov. diſcipl. P. II. l. 3. c. 25. n. 9. 10. 11. 12. c. 24. n. 11. 13. c. 26. n. 4. 5. 6.

ten Diſpenſationsrecht erfolgte, blieb immer dem billigen Vorwurf einer Anmaſſung ausgeſetzt: beſonders wenn man einen Blick auf die Kirchengeſchichte der erſten Jahrhunderte zurück wirft, nach welchen die Päbſte behaupteten, daß ſie an die Kirchenſatzungen, folglich auch in Anſehung der Diſpenſen gebunden wären, Innocenz aber gerade zu behauptet, daß dem Pabſt aus ſeiner Machtvollkommenheit zuſtehe, auch über alle Satzungen und Rechte zu diſpenſiren.

Natürlich mußte das päbſtliche Diſpenſationsrecht, welches keine Gränzen mehr erkannte, der ganzen Chriſtenheit doch zu läſtig werden. Der Verfaſſer des obigen Reſultats 108) geſteht es zwar ſelbſt ein. Allein man muß doch aus dem uneingeſchränkten Gebrauch dieſes Rechts einſehen, daß dem Mißbrauch Thür und Thor geöfnet, und daß dieſes Recht in Anſehung Deutſchlands gewiß übertrieben worden, dann ſonſt würde die verderbliche Beneficienmehrheit nicht ſo eingeriſſen haben.

Das Recht zu diſpenſiren wird der päbſtlichen Machtvollkommenheit nicht beſtritten. Die Concilien ſprechen es dem Pabſt zu. Zu Coſtanz und zu Baſel auch ſelbſt nach den Concordaten der deutſchen Nation iſt man es demſelben vollkommen geſtändig, aber jedesmal mit Maß und Ziel, daß die Diſpenſen nur aus einer offenbaren, vernünftig, und

 aus-

108) Meine Gedanken S. 93. da er ſagt: in welcher Epoche giengs reiner zu? — Klagen erhoben ſich über die Biſchöflichen — über die Synodal — über die päbſtlichen Diſpenſen. Ueberall mußte man Urſache dazu haben. Warum kommen alſo nur die päbſtlichen in ſo ſcharfen Umſchlag? wenden wir uns auch auf die heutigen Diſpenſen der biſchöflichen Curien? Flieſſen ſie alle durch die reinſten Canäle weg? — Giebts in Deutſchland keine Curialiſten denen Schmuz vom Munde hängt, Intereſſe an der Hand klebt, das Aug nach Sporteln geizt? — — wie oft pracktizirt ſich das Rabneriſche Sprüchwort: eine Hand waſcht die andere.

ausdrücklich angezeigten Urſache ertheilt werden ſollen. (§. 93. n. 14.)

Der Beſitzſtand des päbſtlichen Diſpenſenrechts iſt an und vor ſich in der kirchenoberhauptlichen Machtvollkommenheit eben ſo, als in der durch mehrere Jahrhundert fortdaurenden Ausübung gegründet.

§. 1305.

Deſſen Mißbrauch iſt zu verwerfen.

Die Art aber wie das Diſpenſenrecht ausgeübt wird; das Uebermaaß welches bey der Ausübung herrſchet; der Handel den die Curialiſten mit ſolchen treiben; die Eingriffe in die von den Biſchöfen immer vorbehaltenen Diſpenſenfälle; die ausserordentliche und übertriebene Zahlungen, welche nach Rom für rechtmäſige und widerrechtliche Diſpenſationen geſchehen, ſcheinen der Nation immer läſtiger zu werden, und daher mag es ſo ganz ohne Grund nicht geſchehen ſeyn, daß die vereinigte Erz- und Biſchöfe dießfalls vorzüglich bey dem Emſiſchen Congreſſe einen Abſchlußpuncten für nothwendig erachtet haben. (§. 166. n. 2.) beſonders da der Kaiſer ſelbſt in ſeiner Capitulation verſichert, die gegen die Concordaten laufenden Diſpenſationen zu heben, (§. 141.) dann in dieſer Maaße ſcheint es doch in die Länge nicht mehr gut zu thun.

§. 1306.

Deſſen Ertrag von den deutſchen Stiftern

Diejenige große Geldſummen, welche der römiſche Hof von den deutſchen Stiftern wegen dem Diſpenſationsrechte bezieht, kommen von einer zweyfachen Einnahme her. Die eine beſtehet in der unmittelbaren Einnahme, deſſen was die Cammer von den deutſchen Erzbiſchöfen, und der übrigen geiſtlichen Reichsfürſten wegen Beſtättigungen, Annaten, Pallien, Reſignationsindulten, Idonitäts-

Bre-

Breven, und Ehediſpenſen unmittelbar erhebt, und dann von derjenigen Einnahme, welche zur Liefe- rung der Nunciaturen gehört.

Zu der unmittelbaren Einnahme der päbſtlichen Cammer werden einmal die Ehediſpenſen gerechnet, welche nach einer ſchon vorliegenden klaren, und ſehr gemäßigten Berechnung (§. 542.) aus den deutſchen Stiftern in 280 Jahren 14 Millionen Gulden be- tragen.

Nach einer ſichern Berechnung 109) belauft ſich der Anſatz aller Abgaben nach Rom von der ganzen catholiſchen Chriſtenheit auf 87, 773 400 fl. und da die 31 deutſche Reichsſtifter faſt den 4ten Theil der ganzen höhern catholiſchen Geiſtlichkeit einſchlüſſig des Prälatenſtandes ausmachen, und zu den übri- gen catholiſchen Bißthümern, Prälaturen und Ab- teyen, ſich wie Eins drey Viertel zu vier verhalten, ſo ſind über Abzug der für Confirmationspallien und An- natengelder berechneten 6,537400 Thl. angeſetzten 14 Millionen eben die verhältnißmäſige Summe, welche von dem ganzen obigen Ablagsbetrag der 87 Millio- nen, die deutſchen Reichsſtifter allein wegen den Ehe- diſpenſen betreffen.

§. 1307.

Die Summen, welche durch die Nuncien in Deutſchland nach Rom ſeit einigen Jahrhunderten geliefert worden, müſſen ungeheuer geweſen ſeyn, wenn man die Menge, der Rentenrubricken als die Reſultate ihrer Wirkungsſphäre betrachtet. Sie hat- ten vorzüglich Ehediſpenſen, Ordensgelübdsdiſpenſa- tionen, Strafgelder, auch Faſtendiſpenſen, Indul- *Nunciaturlieferungen.*

 genz-

109) Man ſehe hierüber meine ſtaatiſtiſche Abh. S. 14 und 88 nach — in welcher nur durch einen Druckfehler 67 Mil- lionen anſtatt 87 zweymal geſetzt iſt, wie ſich auch aus der Note 8. S. 88. ſchon erſehen läßt.

genzgelder, Cenſurnachläſſe, verſchiedene Indulten für geringere Geiſtlichen, als wegen Unterlaſſung des Breviers, Peruckentragung, Notarienkreirung und hunderterley dergleichen Facultätsſtücke, kurz ſie konnten, und gaben alles, was man nur verlangte, und bezahlte. — Durch ſie wurde auch zu Rom alles bewirkt was die deutſchen Domkapittel nur ſuchten: öfter gab ihnen der Nuntius, deſſen Rivalität auf dergleichen Dinge ſich forthin erſtrecken muß, ſelbſt die Anſchläge, Ehrenämter, Infuln, ſonderbare Facultäten, Kleidungen, Kapitelzeichen und Inſignien, zu ſuchen. Hierdurch verſchaften die Impetranten ſich bey dem Stiftspöbel wiederum eine Gattung von politiſcher Ehrfurcht. Man breitete hierdurch einen Glanz über alles, was jene Achtung benehmen konnte, und vergaß, was es koſtete, und eben ſo, wer es zahlen mußte.

In den Betrachtungen über die Nunciaturen in Deutſchland S. 36 werden die Rimeſſen der Cöllner Nunciatur nach Rom jährlich auf 150,000, der Wiener eben ſo viel, der Lucerner auf 10,000, mithin im Durchſchnitt von 10 Jahren auf 300,000 fl. jährlich angegeben. Seit Errichtung dieſer drey beſtändigen Nunciaturen, nur vom J. 1600. bis 1780. ſomit in 180 Jahren bezog die römiſche Cammer aus Deutſchland reine 54 Millionen deutſcher Gulden.

Es läßt ſich mit einer Gattung von ziemlicher Zuverläſigkeit annehmen, daß die 30 bis 31 deutſche Stifter, wovon in dieſem Werk die Rede iſt, ſich zu ganz Deutſchland in Anſehung des gegen andere Länder weit ſtärkern Indultengebrauchs, wie 1 zu 3 verhalten, folglich an den obgedachten 54 Millionen allerdings 18 Millionen aus dieſen Stiftern nach Rom durch die Nunciaturen wanderten, 110) daß nun die deutſche

110) Meine ſtaatiſtiſche Abhandlung über die Mängel. S. 82.

deutſche Erz- und Biſchöfe zu weit gehen ſollen, wenn ſie auf Einſchränkung der Nunciaturgewalt, und dadurch auf Abwendung eines größern Schadens von ihren Ländern, und ſelbſt auf die Alleinausübung ihrer biſchöflichen Rechte in ihren Stifterdiöceſen beharrlich antragen, läßt ſich gewiß nicht behaupten. Allein ſo lang der deutſche Epiſcopat in dieſem Punkte nicht einmüthig zu Werk gehet, iſt alles nur ein leerer Wunſch. Zur Einmüthigkeit gehört aber zum voraus Verläugnung ſeines mit dem römiſchen Hof in andern Fällen verbundenen Intereſſe, und darum hält es ſo ſchwer im Allgemeinen mit ſelben in Verhandlungen zu treten.

§. 1308.

Taxen bey Pfründenvergebungen und anderen Vorfällen.

Es iſt bekannt, daß dem Pabſt nach den Concordaten zugeſtanden worden, in den deutſchen Stiftern die in den päbſtlichen Monaten (menſibus papalibus) Jenner, Merz, May, Julius, September und November erledigte Canonicate und andere Dignitäten (§ 100) zu vergeben.

In den 27 deutſchen Reichsſtiftern nach Abrechnung der Reichsfürſtlichen Abteyen, befinden ſich eigentlich 700 Collationsmäſige Präbenden. Von dieſen hat der Pabſt zwar nicht die Halbſcheid vermög ſeiner Concordatenmäſigen Monate zu vergeben; dann in den Bißthümern Mainz, Trier, Cölln, Münſter, Coſtanz, Worms, Augsburg, Salzburg, Würzburg, wenigſtens wie uns P. Zacharias 111) berichtet, werden die in päbſtlichen Monaten erledigte Präbenden von den Biſchöfen ihres Indults wegen vergeben. Es fallen alſo 400 Präbenden wegen dieſen Bißthümern für die päbſtliche Monate hinweg.

Von

111) In antifebron. vindic. diſſ. X, c. 2. S. 8.

Von dem Reſt der 300 Präbenden iſt zu berechnen, daß 150 der Pabſt, und eben ſo viel die Turnarii oder vielmehr die Domkapitel zu vergeben haben. In 280 Jahren iſt die Zahl von 16 Veränderungsfällen, die ich bey den Stiftsregenten 112) feſtgeſetzt habe, gleichfalls mit ziemlicher Gewißheit auch bey Dompräbenden anzunehmen.

Setzt man, daß eine einzige Präbende während der Zeit von 280 Jahren 16 Fälle erlitten habe, ſo ergibt ſich für das römiſche Collaturrecht ein Reſultat von 2400 Erledigungsfällen. Von dieſen hat die römiſche Cammer pro taxa confirmationis jeden Fall zu 100 Scudi oder 250 fl. berechnet, in 280 Jahren rein bezogen 600,000 fl.

Die zufälligen Geldemigrationen bey Reſignationen der Präbenden in favorem, und andern öfter erforderlichen Abſolutionen, und Nothbreven, die der lieben Pluralität wegen verwendet werden müſſen, ſollen und können nicht in Anſatz kommen, weil ſie in das Geheimnißbuch eines jeden Impetranten gehören — die vorſtehende Summe dürfte zuverläßig noch dreymal ſo ſtark ausfallen, wenn man auch das Lösgeld der ſtillen Sünden wüßte.

Eben die päbſtliche Pfründenvergebung reißt noch in einem andern Betrachte ſehr vieles Geld aus den Stiftern hinweg, wiewohl ſolches nicht der römiſchen Cammer zufällt. z. B. faſt bey jeder Vacatur in einem päbſtlichen Monate werden ſo gleich von denjenigen, die entweder eine Verſicherung auf eine beſtimmte Kirche, oder überhaupt auf die erſte Vacatur haben Stafeten abgeſchickt. Manchmal treffen ſie in

112) Staatiſtiſche Abhandlung über die Mängel. S. 86. Man ſetzt ſich bey dieſer Berechnung noch über das Verhältniß hinweg, daß Domherren geſchwinder als andere Menſchen leben, weil ſie in Kinderjahren ſchon Präbenden erhalten können.

in Rom, in einer Minute wie die engliſche Wettrenner ein. Man darf, ohne die Sache zu übertreiben, wegen einer jeden vacanten Pfründe ſicher eine Stafete rechnen; jede koſtet von ihrem Auslauf, es mag ſolcher in Deutſchland ſeyn, wo er will, 20 Ducaten, und was über dieſe Summe erfordert wird, kommt den Reichslanden zu nuz, hiemit nicht in Anſchlag. Nichtsdeſtoweniger wurden zu obgedachten 2400 Fällen eben ſo viel Stafeten erfordert, die doch auch eine Geldauswanderung von 240,000 fl. erfordern. Was die von Rom begünſtigte Beneficienpluralität für ungeheure Summen aus den Stiftslanden hinwegreiſet, gehört nicht hieher, weil ſie nach Rom flieſſen.

§. 1309.

Noch etwas zu dem päbſtlichen Beſtättigungsrecht.

Die Materie des päbſtlichen Beſtättigungsrechts habe ich bereits (§§. 442. — 496.) ganz erſchöpfet. Nur will ich hier noch ein und anderes Bezugsweiß anmerken.

Die Erz- und Biſchöfe Deutſchlands mußten oft viele Unbequemlichkeiten ertragen, ja es ward ihnen oft ſehr ſauer gemacht, bis ſie die Beſtättigungen von dem römiſchen Hof erhielten. Manchmal ſtund die Intricke ihnen entgegen, oft auch der Mangel der Zahlungsmittel.

Biſchof Heinrich zu Straßburg erhielt 1207. ſomit 5 Jahr nach ſeiner Wahl erſt die Beſtättigung, wegen der damaligen Trennung, weil Mainz vorher die Biſchöfe zu Straßburg beſtättigte. 113) Auch die Biſchöfe von Worms wurden ehedem von Mainz beſtättiget, wie uns Würdwein 114) aus einer richtigen Urkunde vom J. 1318. zeigt.

So

113) Godeau l. c. Thl. 22. S. 153.
114) Subſ. dipl. t. 1. p. 97.

So geſchah es auch, wenn dem Pabſt ein Subject nicht anſtändig zum Biſchof iſt, daß er ſolchen zwar beſtättiget, aber nicht ernennet hat. Dergleichen Zwiſchenſpiel machen öfters die Domkapitel, wenn ſie einem nur aus Politick wählen, und dem Pabſt in einer Vorſtellung einen oder den andern Ausdruck z. B. *neceſſitate coacti* wie ich (§. 491. gemeldet) einfließen laſſen. Bey der Wahl zu Lüttich 1763. kam eine ähnliche Stelle vor. Schon 1318 ward Biſchof Rudolf zu Coſtanz ein Graf von Montfort beſtättiget, aber nicht ernennt, 115) weil das Domkapitel auch die geheime Triebfedern dagegen in Bewegung zu ſetzen wußte.

Der Erzbiſchof Adolf zu Mainz gieng es 1372. noch widriger. Er ſchickte dem Pabſt Gregor XI. 22000 fl. daß er ihn beſtättigen ſollte, und erhielt auch alle gute Hofnung. Nichts deſtoweniger nahm der Pabſt das Geld, und gab das Erzbißthum auf Empfehlung K. Carl IV. dem Biſchof Ludwig zu Bamberg. 116)

Die Münſterer gaben keinem ihrer erwählten Biſchöfe den Beſiz des Hochſtifts, bis nicht die päbſtliche Beſtättigung eingekommen, oder der Biſchof von dem Pabſt wirklich ernennet war. So machten es auch mehrere Stifter inſonderheit Salzburg, ehe der Kaiſer dieſen offenbaren Mißbrauch 1779. wenigſtens in Anſehung der Temporalienverwaltung abſtellte. Otto Graf von Hoya Biſchof zu Münſter mußte 1540. Lebensgefahr ausſtehen, bis er zum Beſiz des Bißthums gelangte, 117) weil die Beſtättigung immer aufgezogen wurde.

Ludwig von Freyberg erhielt als Coadjutor zu Coſtanz 1477. ſeine Beſtättigung zu Rom. Als aber Biſchof Herrmann ſtarb, wählten die Dom-

her-

115) Godeau l. c. Thl. 23. S. 161.
116) Ioann. rer. mog. tom. 1. S. 689.
117) Godeau l. c. Thl. 26. S. 129.

herren den Otto von Sonnenberg, dieſer kam auch zu dem Beſiz des Bißthums. Allein Ludwig, den der Pabſt neuerdings die Beſtättigung ertheilte, und ſolche nicht zurücknehmen wollte, wich nicht, bis er ſtarb. 118)

Biſchof Johann Franz von Schönau zu Baſel erhielt 1556. über ein halbes Jahr ſeine Beſtättigung nicht, weil er mit einigen nichtcatholiſchen Schweizercantonen die alte Bündniſſe zur Wohlfart des Stifts erneuerte, welches als eine ganz weltliche Sache den Pabſt doch gar nichts angieng. Man ſieht alſo wie einem Biſchof ſeine Wahlbeſtättigung auf verſchiedene Art von der Seite des Pabſtes erſchwehrt werden kann, und daß ſich ſelten ein Erwählter gegen die Intricke ſicher zu ſtellen weis, wenn er den Pabſt oder dem Kapitel nicht ganz angenehm iſt. — Vorſicht iſt daher jedem Stiftsregenten auch nach der Wahl nöthig, weil bey den domkapituliſchen Wahlen das ganze Ceremoniel nur äuſſerlich, und nicht allzeit harmoniſche Herzensſprache iſt.

§. 1310.

Mannichfältigkeit der Bullen.

Auf der andern Seite muß ich aber auch anführen, daß die päbſtliche Beſtättigung, welche auf das Wahlplacet folgt, ſehr viele Umſtände erfordere. Zuerſt muß der Confirmandus zahlen, dann erfolgen z. B. zu Salzburg; 1) die Beſtättigung oder Confirmationsbulle, 2) die Bulla an die Suffraganbiſchöfe, 3) die Bulla an das Capitel, 4) die Bulla an den Clerum, 5) die Bulla an die Vaſſallen, 6) mehr eine an das Stiftskapitel der Stadt und Diöceß, 7) eine Conſecrationsbulla, 8) die Bulla de forma praeſtandi juramenti archiepiſcopalis, 9) und die Facultätenbull 119) daher kam es,

118) L. c. Thl. 23. S. 191.
119) In den Nachrichten von Juvavia kann man auch den Inhalt dieſer Bullen finden. S. 458.

es, daß zu Mainz nach dem Ableben eines Churfürſtens eine große Kiſte mit päbſtlichen Bullen inventariſirt, und den betreffenden Stiftern zugetheilt worden; denn die mehrſten Bullen werden gar nicht kund gemacht. Oefters hat der Candidat vor der Wahl ſchon eine ziemliche Parthie von Eligibitäts- und Diſpenſationsbreven zuſammen gebracht. Nun wäre nur in Anſehung der bey einer Beſtättigung erforderlichen Bullen für die Stiftsländer ſehr fürträglich, wenn dieſe beſonders bey dermaligen deutſchen Staats- und Stifterverfaſſung nicht mehr paſſende Bullen ſimpliſicirt würden. Die Beſtättigungskoſten müßten von ſelbſt hierdurch veringert werden. Allein hierzu gehört Einmüthkeit des deutſchen Epiſcopats. So lang aber die Stifterpluralität beſtehet, iſt an eine Einſchränkung der von der römiſchen Cammer erforderten Zahlungen nicht zu denken.

§. 1311.

Päbſtl. Conſecrationsrechte.

Von den Rechten des Pabſtes in Anſehung der Conſecration deutſcher Erz- und Biſchöfe habe ich bereits (§§. 507. — 516) weitſchichtig ſchon gehandelt. Die Nothwendigkeit der Conſtitution hängt nicht ſo faſt von päbſtlicher Beſtimmung, als von den Verordnungen der allgemeinen Kirche (§. 106. 118.) ab, dann ſonſt würden ſich manche deutſche Erz- und Biſchöfe von der Prieſterwürde, und der biſchöflichen Conſecration durch eine päbſtliche Diſpenſe loszumachen ſuchen. Weil aber dem Pabſt ſelbſt die Hände disfalls mehr als in andern Fällen gebunden ſind, ſo halten die Diſpenſen auf eine Zeit, die ſich über ein, oder zwey Jahre erſtreckt, ſchon äuſſerſt hart.

Auſſer den angeführten Beyſpielen fand ich noch einige, die hieher gehören mögen. Biſchof Heinrich zu Lüt-

Lüttich ein Graf von Geldern regierte doch von 1247. mehrere Jahr lang, ohne ſich conſecriren zu laſſen. 120) Hierzu trug das Anſehen dieſes mächtigen Herrn vieles bey.

Erzbiſchof Philipp zu Salzburg, ob er gleich die Einkünfte des Erzbißthums genoß, wollte ſich nicht einweihen laſſen, und war nach 11 Jahren ſeiner getragenen erzbiſchöflichen Würde nicht Prieſter. Das Domkapitel beſchwehrte ſich bey dem Pabſte. Alexander IV. befahl ihm daher, das Breve ſeiner Wahl herauszugeben, oder der Verordnung vom 15 May 1225. nachzukommen, wodurch den erwählten Biſchöfen auferlegt wird, in den erſten 6 Monaten ſich weihen zu laſſen. Als er ſich hierzu nicht bequemte, ſetzte ihn der Pabſt ab, und Ulrich ward zum Erzbiſchof erwählt; Philipp verfiel nachher gar in den Bann, weil er ſich der Städte, und Veſten des Erzſtifts anmaßte. 121)

Die Lütticher Stände wollten ihren Biſchof, Johann von Baiern einen Grafen von Holland der 28 Jahr ohne conſecrirt zu ſeyn, regierte, hierzu nöthigen. Er gab deswegen das Bißthum auf, und verehlichte ſich lieber 1458. mit der Eliſabeth einer Herzogin von Luxenburg. 122)

Adolf II. Erzbiſchof zu Mainz war faſt 7 Jahr Erzbiſchof bis er ſich 1468. conſecriren ließ. 123)

Was ſich mit dem Biſchof Wilhelm Kettler zu Münſter 1557. zugetragen, der ſich nach Umfluß von drey Jahren ſich nicht wollte conſecriren laſſen, oder vielmehr den Conſecrationseid nicht ablegen, habe ich (§. 476.)

120) Godeau Thl. 24. S. 142.
121) L. c. Thl. 17. S. 138.
122) Moreri, Suplem. 3. voce, Liege. Godeau l. c. Thl. 24 S. 142.
123) Ioann. rer. mog. tom. 1. S. 785.

(§. 476.) ſchon gemeldet, er ließ gegen eine jährliche Abfindung von 1000 Ducaten das Bißthum fahren. 224)

Erzbiſchof Wolfgang zu Mainz ein Freyherr von Dahlberg verſchob 1582. ſeine Conſecration zwey Jahr lang aus gewiſſen Urſachen. 125)

Ueberhaupt werden heut zu Tage die Conſecrationen bey einem Stiftsvorſteher, der das zu höhern Weihen erforderliche canoniſche Alter einmal hat, nicht lang auſſer den wichtigſten und faſt männiglich bekannten Urſachen nachgeſehen, wie ich ſchon (§. 508.) angeführt. 126)

Mit den Conſecrationen ſelbſt, wie ebenfalls (§. 511.) bemerkt worden iſt, haben ſich vor dem Tridentinum ſchon unterſchiedliche Veränderungen ergeben, weil die Päbſte ſich das Conſecrationsrecht der Erz- und Biſchöfe eigen gemacht, ſo nach es aber den Biſchöfen ſalvo jure metropolitici übertragen haben. Pabſt Gregor VII. befahl dem Erzbiſchof Udo zu Trier 1077. daß er den Biſchof zu Speyer conſecriren ſolle. 127)

Pabſt Paſcal ſchrieb 1103. an das Domkapitel zu Paſſau, daß er unbeſchadet der Metropolitanrechte den Biſchof Otto eingeweihet habe. 128)

1280. erhielt Biſchof Wichard zu Paſſau von dem päbſtlichen Legaten Paulus, Biſchof zu Tripolis einem Minoriten die biſchöfliche Weihe. 129)

Erz-

124) Godeau Thl. 26. S. 181.
125) Ioann. rer. mog. S. 890.
126) Der deutſche Epiſcopat hat ſich doch dadurch einer großen Laſt enthoben, daß die Biſchöfe ſich nicht mehr zu Rom, wie in ehvorigen Zeiten conſecriren laſſen dürfen; man leſe einmal den Brief des Biſchofs Otto zu Bamberg an ſein Domkapitel nach, den er 1100. wegen ſeiner Conſecration geſchrieben hat. Lünigs Reichsarchiv. Spicil. eccleſ. Thl. 2. S. 21.
127) Hontheim. hiſt. trev. diplomat tom. 1. p. 412.
128) Godeau l. c. thl. 20. S. 116.
129) l. c. Thl. 18. S. 174.

Erzbiſchof Diether zu Mainz hat 1479. als er das zweytemal ſchon einige Jahre Erzbiſchof geweſen, von Pabſt Sixts IV. die Erlaubnis erhalten, ſich von einem Erzbiſchof, welchen er ſelbſt wählen möchte, conſecriren zu laſſen. 130) Schon von dieſer Zeit an haben die deutſchen Erz- und Biſchöfe ihre Conſecratoren ſich größtentheils ſelbſt gewählt, und der Pabſt ſolche beſtättiget.

Merkwürdig iſt beynebens noch der Vorgang vom J. 1707. darin, daß ſich der Churfürſt Joſeph Clemens zu Cölln, ungeachtet er in der Reichsacht ſich befand, doch zu Rüſſel in Frankreich hat conſecriren laſſen. 131) Dieſes Beyſpiel löſet zum Theil auch den Zweifel auf, daß ein Erz- oder Biſchof in eccleſiaſticis dennoch beſtehen könne, wenn er ſchon mit der Reichsacht verſtrickt iſt, wie wir gleich ein mehreres hierüber vernehmen werden.

§. 1312.

Von den Annaten.

Wie auf was Art, und warum die Annaten entſprungen, und in Deutſchland eingeführt worden ſeyn, habe ich in der Geſchichte (§. 89.) und vorläufig (§§. 532. 533.) gezeigt, auch (§§. 93. 95. 96.) die Schickſale derſelben bemerkt, was in den Concordaten (§. 100.) bey dem weſtphäliſchen Frieden (§. 120.) und in der Wahlcapitulation (§. 145.) dann ſelbſt bey dem Coblenzer (§. 151.) und Emſercongreſſe (§. 166.) dieſerwegen verſehen worden, iſt ſchon alles vorgekommen. Selbſt den Betrag der Annaten von den Stiftern die in dieſem Werk abgehandelt werden, habe ich ſchon ſo viel es möglich war, (§. 542.) beſtimmt. Von der Ungleichheit derſelben, von ihrem Betragen, der in Anſehung Deutſchlands, auf 2,034,518 fl. angegeben wird 132) und nach verſchie-

130) Ioann. rer. mog. t. 1. S. 791.
131) Godeau Thl. 76. S. 158.
132) Deutſche Encyclopädie, W. Annaten.

denen Ereigniſſen, die ſich ihrer halben ergeben haben, könnte ich noch manches anführen, wenn es nicht mehr auf die Geiſtlichkeit von dem ganzen Deutſchland, als nur auf die angezeigten Stifter einen Bezug hätte.

Ich halte nun ſelbſt dafür, daß zur Abhandlung dieſes ſonderbaren Rechts nichts mehr übrig bleibe als durch eine Urkunde auch zu zeigen, mit welchen ſchönen reizenden und faſt der Bitte ähnlichen Worten z. B. Pabſt Johann (wahrſcheinlich XXIII.) ſolche von dem Erzſtift Mainz angefordert habe, 133) hier folgt ſie:

Ioannes epiſcopus ſervus ſervorum Dei, Venerabilibus Fratribus Archiepiſcopo Magunt. ejuſque ſuffraganeis ſalutem, & apoſtolicam benedictionem. Ad hoc vos Deus in partem apoſtolicae ſolicitudinis advocavit ut obſequentes apoſtolicae ſedi velut membra capiti reverenter de illius ſolicite cogitetis honoribus, ei grate ſubventionis cum expedit nedum procuretis ſed porrigatis auxilia, & ad ſuarum neceſſitatum incommoda relevanda circumſpectionis veſtrae miniſterium exponatis. Cum illa vos gerat ſincerius in viſceributis caritas ac pro veſtrarum eccleſiarum ſtatu proſpero, & tranquillo cogitare non deſinat ac ſubire non ceſſet, ſollicitudines, & Labores dudum ſiquidem poſt ſuſceptum a nobis Deo volente jugum apoſtolicae ſervitutis, conſiderantes attentius quod ad gravia ſupportanda, quibus premebamur, ſicut aſſidue premimur onera expenſam, Romana eccleſia mater veſtra, utpote in redditibus non habundans ſufficere non poterat per ſe ipſam, fructus redditus & proventus primi anni omnium & ſingulorum beneficiorum eccleſiaſticorum cura, cum vel ſine cura, etiam dignitatum per-

133) Würdwein, ſubſ. diplo g. tom. 1. n. 87.

perſonatuum, & officiorum quorum libetque in veſtris civitatibus & Dioceſ. tunc vacabant & quouſque ad triennium incluſive vacare contingeret, pro ipſius eccleſiae oneribus facilius tolerandis, & in ipſius agendorum ſubſidium expendendos autoritate apoſtolica de fratrum noſtrorum conſilio per noſtras ſub certa forma litteras duximus deputandos. Quare fraternitatem veſtram rogamus, & hortamus attentius & per Dei miſericordiam obſecramus vobisque nihilominus per apoſtolica ſcripta mandamus quatinus noſtris & ipſius eccleſiae neceſſitatibus devoto compatientes affectu circa collectionem fructuum reddituam, & proventuum eorundem, operam ſolicitam impendatis, & quodiidem fructus reditus & proventus, vobis ac nuntiis ſupradictis juxta hujusmodi deputationis noſtrae tenorem noſtro & ejusdem eccleſiae Romanae nomine ſine diminutione fideliter aſſignentur efficacis diligentiae ſtudiis laboretis. Ut illius vere devotionis integritas quam ad ſedem praefatam vobis habere confidemus, claris operum fructibus comprobetur ipſaque romana eccleſia quantum in vobis fuerit, a dictae neceſſitatis incommodis veſtri miniſterii relevata virtute liberaliter vobis temporibus oportunis aperiat ſuarum januam gratiarum. —

Wer ſieht bey genauer Beurtheilung dieſes Breve nicht ein, daß der römiſche Hof ſelbſt von den Beſchwerden der Annaten vollkommen überzeugt ſeyn müſſe. Freylich läßt ſich ſo leicht keine Abänderung von dieſer harten Auflage hoffen, wenn nicht der deutſche Episcopat mit dem römiſchen Hofe ſich hierüber insbeſondere vorzüglich unter dem Beytritt des Kaiſers und Reichs einverſtehen wird.

§. 1313.

§. 1313.

Den Wahl- und Reſignationsindulten.

Daß dem Pabſte das Recht zuſtehe, bey allen in den Stiftern wegen ihren Vorſtehern vorfallenden Veränderungsfällen ſeine Einwilligung durch Indulten zu geben, oder die Mängel der Wahlfähigkeit, und ſelbſt der Wahl durch Eligibilitäts und andere Breven zu erſetzen, habe ich bereits ſchon im 5ten Capitel gezeigt. Es iſt bekannt, daß öfter zur Vollſtändigung eines Wahl- oder Reſignationsgeſchäfts mehrere derſelben, beſonders wenn ein Candidat ſchon mehrere Stifter hat, mehrere ſucht, oder einige derſelben ablaſſen will, erfordert werden, wo es vielleicht mit einem einzigen geſchehen könnte. Prinz Clemens Auguſt von Baiern zahlte für Diſpenſationen und dreyzehn Eligibilitätsbreven 15,000 Scudi. Prinz Theodor 3000 Sc. der Cardinal Albert von Brandenburg 5000 Sc. Die Wahlindulten der 30 Reichsſtiftiſchen Capiteln haben allein von 480 Veränderungsfällen der deutſchen Stiftsregenten, die man in 280 Jahren ſicher annehmen kann, eine Summe abgeworfen, die ſich allerdings auf 1,269000 fl. belauft. Ich will dasjenige, was die von hundert und zwey in 30 Stiftern ſich ergebenen Reſignationsfällen nach Rom geſchehene Zahlungen abwerfen mögen, in keinen Anſchlag nehmen, weil man ſolchen wegen Verſchiedenheit der Zahlungen nicht wohl berechnen kann.

Indeſſen iſt hieraus ſchon genugſam zu erſehen, daß die Diſpenſen und Indulten jedem Stiftsland zur großen Laſt werden müſſen, und daß man zu Rom ſchon ſelbſt wegen der Ungleichheit der Auflagen auf den Wohl- oder Uebelſtand eines Stifts keine Rückſicht nehme, mithin es der römiſchen Kammer bloß um die Einbringung der Gelder zu thun, wenig aber daran gelegen iſt, ob dem darunter leidenden

Stift

Stiſt wohl oder übel geſchehe. Daran ſind die Päbſte freylich nicht ganz ſchuldig, die deutſchen Erz- und Biſchöfe und die hohe Geiſtlichkeit der Stifter, finden, bey dieſen Breven und Indulten ihre Rechnung. Sie erhalten eben den Beſiz der Bißthümer und Beneficien, und die Willfahr alles deſſen, was ſie ſuchen. Die römiſche Kammer hat die Gabe nicht dem Reiz des deutſchen Geldes zu widerſtehen. Denn die Bedürfniß iſt zu groß, beſonders da die beſten Zuflußquellen aus andern Reichen ſeit einigen Jahren in eine Stockung gerathen. Den deutſchen Erz- und Biſchöfen und andern Kirchenvorſtehern iſt es auch mit dieſen Zahlungen geholfen, der Beweis liegt in der Emſerpunctation, denn von Abſtellung dieſes Punkts war die Rede nicht, weil die Punktanten ihre eigene Exiſtenz allerdings nicht in Gefahr ſetzen wollten.

§. 1314.

Der päbſtlichen Indulten gab es vor Zeiten mehrere als gegenwärtig. Dann der Grundſaz der päbſtlichen Kammer blieb einmal feſtgeſetzt, auf alle Handlungen der deutſchen Biſchöfe eine Auflage zu machen. Zeiten und Umſtände haben in der Indultengeſchichte freylich ſehr vieles geändert. Doch an die gänzliche Abſtellung derſelben läßt ſich ſo leicht nicht denken, weil die deutſchen Erzbiſchöfe ſowohl bey dem Coblenzer (§. 151. n. 1.) als Emſercongreß (§. 166. n. 15.) nur dahin angetragen haben, daß die ſogenannte Quinquenalindulten der Erzbiſchöfe gleich ad dies vitae des Gewählten bey der Confirmation ſollten erſtreckt, und ertheilt werden. und anderen Indulten überhaupt.

Ich will hier nur einige der Indulten noch anführen, welche die Päbſte theils auf Anſuchen, theils aus eigener Bewegung den Erzbiſchöfen ertheilt haben, als z. B. das Indult ſich in Criminalſachen zu

mengen, den Genus der Lacticinien, als Milch, Butter und Käs zu diſpenſiren, die Erlaubniß die Meſſe vor Aufgang der Sonne zu leſen, einen eigenen Beichtvater ſich zu wählen, die Erlaubnis zu teſtiren, ſtraffällige Prieſter zu degradiren, Ablässe zu ertheilen, und mehr andere dergleichen. 134)

Wie vieles nun bey der dermaligen kritiſchen Verfaſſung Deutſchlands von dieſen Indulten von ſelbſt hinwegfalle, kann man gleich hieraus ermäßigen, weil die Erz- und Biſchöfe Deutſchlands als zugleich regierende Fürſten, in Anſehung ihrer im Staate beſitzenden Regalien des weltlichen Reichsfürſtenrechts und aller Gattung von bürgerlicher und peinlicher Gerichtsbarkeit, ſich an die canones diſciplinares, eccleſia non ſitit ſanguinem, non ſe immiſceant negotiis ſecularibus &c. nicht halten können; zu deme iſt nicht begreiflich, wie die Erz- und Biſchöfe eines mit Koſten von 5 zu 5 Jahren, oder auch auf ihre ganze Regierungszeit zu erkaufenden Indults in ſolchen Dingen nöthig haben mögen, die ihnen vermög ihres erz- und biſchöflichen Amts eben ſo rechtmäßig als dem Oberſten Biſchof zuſtehen. Dann alles, was mit Geld gelöſet wird, iſt weder ein urſprünglich päbſtliches Recht, am wenigſten aber ein donum ſpiritus ſancti (§. 1315.) und kann um ſo leichter auch aufgehoben werden. Indeſſen machen dieſe Umſtände bey dem römiſchen Hof keine Aenderung in der Indultenſache, und der Episcopat, der den päbſtlichen Hof eben in andern Fällen mit größerem Vortheil benutzen kann, ſieht der Indultenſache als einer Entgeltung gerne durch die Finger. Inzwiſchen vergrößert ſich das Faſſionsquantum doch immer.

§. 1315.

134) Man leſe die Geſchichte von Juvavien S. 208 hierüber nach.

§. 1315.

Von dem Pallio, welches die deutſche Erz- und auch einige Biſchöfe von dem Pabſt auszulöſen haben, iſt (§§. 519. bis 528.) umſtändlich gehandelt worden. Ich will hier nur ein ſo anderes anführen, was den päbſtlichen Hof unmittelbar angehet. Rechte wegen Ertheilung des Palliums

Das Pallium ward im 8ten Synodo oder dem 4ten zu Conſtantinopel unter Johann VIII. von den Griechen *Stola pontificalis* genannt: es mag ſeyn, daß man dieſer Benennung wegen die vornehmere Biſchöfe ſolches zu tragen ſich zur Ehre gehalten haben. 135)

Man hat ſich freylich von dem Pallio in den ältern Zeiten einen beſſern Begriff als in den heutigen gemacht, wo es ſo theuer und koſtbarer geworden iſt.

Der Endzweck des Pallii ſollte nach päbſtlicher Auslegung darin beſtehen: 1) diſtinquit exterior iſte cultus illos illa dignitate affectos ab inferioribus aliis, 2) eos poteſtate quadam auget, 3) eosdem honore praecipuo afficit, 4) eos perutilium rerum (vermuthlich des koſtbaren Geldes) admonet. 136.)

Der H. Bonifacius muß Anfangs von dem Pallio ſich auch den ganz römiſchen Begriff in Kopf geſetzt haben, da er ſchreibt: 137) major nobis ſollicitudo eccleſiarum & cura populorum propter palliae credita, & recepta, quam caeteris epiſcopis, qui proprias tantum procurant parochias, incumbit. 138)

Allein nachher ſcheint es, daß ſeine Achtung für das Pallium ziemlich vermindert worden ſey. Denn als Bonifaz anfangs drey Pallien von Rom verſchrieb,

P 5 und

135) Ioann. rer. mog. tom. 1. S. 305.
136) Gregorius lib. 15. ſynt. c. 11.
137) In epiſt. 6. ad Epiſcopum Cantuarienſem.
138) Ioann. l. c. t. 1. S. 222.

und er wahrſcheinlich vernommen hatte, daß ſie Geld koſten, verlangte er nur eines mehr, und beſchuldigte den Pabſt Zacharias ſchon gradezu deswegen der Simonie. — Alles dieſes kann man aus dem Antwortſchreiben des Pabſt Zacharias vom J. 742. abnehmen. 139) Es muß alſo das Pallium damals ſchon für einen Contributionsartickel angeſehen worden ſeyn, und die Folge beſtättiget es bis auf den heutigen Tag, daß Bonifacens Beſchuldigung gegründet geweſen ſey.

Wie hart die römiſche Cammer den Erzbiſchof Diether zu Mainz wegen den Palliengeldern gehalten habe, iſt bereits ſchon vorgekommen. Diether renuncirte 1461. ſeine Appellation an das Concilium, in Hofnung der Pabſt werde nach ſeines Erzſtifts

Noth-

139) — ut diximus mirati, eo quod antea nobis una cum memoratis Principibus Galliarum pro tribus palliis ſuggeſſiſti, & poſtea pro ſolo grimone. Sed volumus, ut tua nobis indicet fraternitas, cur nobis ita direxiſti antea pro tribus et poſtmodum pro uno, ut et nos certi redditi ex hoc nullam ambiguitatem retineamus.

Reperimus etiam in memoratis tuis litteris, quae nimis animos noſtros conturbant, quod talia a te nobis referantur, quaſi nos corruptores ſimus Canonum, et patrum reſcindere traditione quaeramque; ac per hoc, quod abſit, cum noſtris clericis, in ſimoniacam haereſin incidamus accipientes, et compellentes, ut his quibus pallia tribuimus, nobis praemia largiantur expetentes ab illis pecunias. Sed cariſſime frater, hortamur caritatem tuam, ut nobis deinceps tale aliquid minime tua fraternitas ſcribat: quia faſtidioſuma nobis et injurioſum ſuſcipitur, dum illud nobis ingeritur quod nos omnino deteſtamur. Abſit enim a nobis et a noſtris clericis, ut donum, quod per ſpiritus ſanctus gratiam ſuſcepimus, pretio venundemus: dum et illa tria pallia quae te ſuggerente, ut praediximus ſumus flagitati, nullum ab eis quiſpiam commodum expetiit. Inſuper et chartas, quae ſecundum morem a noſtro ſcrinio pro tua confirmatione atque doctrina tribuuntur, de noſtro conceſſimus, nihil ab eis auferentes: abſit ut ſic quidpiam a tua fraternitate criminis nobis ſimoniaci, objiciatur.

Anathematizamus namque omnes, quicunque auſi fuerint donum ſpiritus ſancti pretio venundare Lünigs R. A. Spicil. eccl. Thl. 1. S. 560.

Nothdurſt nur eine längere Friſt zu Zahlung der Palliengelder geſtatten. Dieß war eigentlich Diethers Geſuch 140) allein auch dieſe Bitte ward nicht erhört, — man kann es aus der ſtolzen Erklärung des päbſtlichen Legaten abnehmen. — quid agis bone vir (ſagt er zu Diethern) ſiccine rerum procul abiicis? cave, ne mendaciis auſcultes, mentiti omnes ſunt, qui numum abs te flagitatum aſſerunt, ultra ſummam in camera praetaxatam: decem milla auri numum principalis taxatio requirit, minutaque quae vocant ſervitia, & literarum expeditio, & oratorum ſumptus circiter quatuor millia. depoſunt nec ex te quicquam ulterius vel exactum eſt, vel poſtulatum: neque unquam memoria noſtra moguntina Eccleſia minus ſolvit, trevirenſi, quae multo minor eſt, ſub calliſto tertio *triginta millia* (auri) dedit. — quid labes, quod queraris? nimia Pontificis benignitas ſuperbum te facit. 141)

Daß alſo Diethern recht gehabt haben mag, zeigt des Legaten ſeine eigene Erklärung, dann für damalige Zeiten mußte es für das Erzſtift ſehr drukend geweſen ſeyn, ohne einige Nachſicht eine ſo ungeheure Summe zu zahlen; wäre Diethers Beſchwerde nicht gegründet geweſen, würde Brandenburg und Pfalz mit ihm nicht einen Vertheidigungsbund errichtet haben, ſo ferne ſie wegen dieſer Sache in Reichs- oder Kirchenbann gerathen ſollten, 142) freylich iſt es den in Deutſchland gelohnten Vertheidigern der römiſchen Cammer nicht anſtändig, dieſe Geſchichtsbeweiſe aufzuſuchen. Allein das deutſche Stift-

140) Ioannis rer. mog. t. S. 777. trägt Diethers Bitte vor, ſie iſt ſehr rührend.
141) Müllers R. Theatr. Kaiſer Friedr. Thl. 3. S. 741. Moſers Staatsrecht Thl. 11. S. 509.
142) Ioann. rer. mog. tom. 1. S. 776.

Stiftſtaatsrecht würde bey Vernachläßigung der Geſchichte niemals feſten Grund finden. 143)

Die Unbarmherzigkeit der römiſchen Cammer zeigte ſich durch alle Jahrhunderte. Nur wieder auf Mainz zu kommen; ungeachtet Erzbiſchof Jacob zu Mainz kaum vier Jahr regierte, mußte Biſchof Uriel doch 25,000 Goldgulden für das Pallium zahlen; er war 1508 genöthigt eine Unterthanenſteuer deswegen auszuſchreiben, obſchon die Erzſtiftiſche Unterthanen die Steuer für das Pallium des Erzbiſchofs Jacob noch nicht bezahlt hatten; die Herren von Fugger kamen deswegen dem bedrängten Erzſtift mit einem Geldvorſchuß zu Hilf, auſſerdeme wäre es dem Uriel, wie Diethern ſicher ergangen. 144)

Erz=

143) Herr Julius Cäſar Canonicus in Villach machte mir ſchon in der Salzburgiſchen Litteraturzeitung und jezt mit den nemlichen Worten in ſeiner Geſchichte der Nunciaturen Deutſchlands S. 23. — 24. den Vorwurf, daß ich mich durch die Angabe der katholiſchen europäiſchen Geiſtlichkeit auf 10 Millionen in meiner ſtaatiſtiſchen Abhandlung über die Mängel geirret habe — Allein der Herr Bemerker muß nicht geleſen haben, daß ich dieſe Druckfehler ſchon mehrmal öffentlich gerüget, und gezeiget daß es nur 1 Million heißen müſſe. — Sodann bemerkt er weiter, daß die Berechnung der nach Rom gekommenen Gelder ebenfalls übertrieben ſeyn dürften, weil die runde Zahl verdächtig ſey. Wenn der Hr. Canonicus, und jeder anderer aber Beweiſe von dieſer Berechnung ſehen will, ſo kann ich ſolche vorlegen, und darthun, daß alle römiſche Taxen in runder Zahl angeſezt werden, daß die Regiſter ſelbſt nur ſich der runden Zahl bedienen, vorzüglich aber, daß ich um ein Drittheil weniger angeſezt habe, als wirklich bezahlt worden. Vielleicht weis der Hr. Canonicus nicht, was die neuern Biſchöfe von Fuld, Paderborn, Regensburg, Freyſingen, und in ſpecie der Herr Coadjutor von Dahlberg wegen Worms, Coſtanz = und Mainz für Taxnoten erhalten hat, alle ſind um ein Drittheil zum Theil um die Hälfte ſtärker, als ich ſolche angeſezt. Meine Annaten= Confirmations= und Palliengelder Berechnung iſt nicht willkührlich ſondern nach den Zahlungsregiſtern auf die Fälle berechnet; und darauf kann man ſich verlaſſen, ſo gewiß als auf die Beyſpiele die in dieſem § vorkommen, — überhaupt wird man die klaren Beweiſe in dieſen Staatsrecht ſchon finden.

144) L. c. tom. 1. S. 819.

Erzbiſchof Rudolf zu Mainz nahm einen Arm von dem 600 Pfund ſchweren goldenen Creuz zu Mainz, mit nach Rom, um die Palliengelder damit zu zahlen, 145) iſt dieſes nun, wie ſich der Legat ausdrückte, eine wahre römiſche Wohlthätigkeit? die nachfolgende Zeiten zeigen es nun zu klar, daß Bonifaz wegen ſeiner Ahndung die Wahrheit geſchrieben habe.

Ueber die (§. 523.) ſchon angezeigte harte und drückende Beyſpiele kommt mir von Trier noch ein anderes vor; Erzbiſchof Johann III. hielt 1541. den clerum trevirenſem zu Subſidien wegen der Zahlung der Palliengelder an; der inferior clerus mußte 6 ſubſidia conſueta zu 7347 fl. 7 Alb. 9 Den. und ein inconſuetum mit 789 fl. 19 Alb. 7 Den. der clerus ſuperior hingegen 18 ſubſidia conſueta zu 960 fl. erlegen, weil der ſuperior keine inconſueta trägt, welche Summe im Ganzen 25,417 fl. 20 albi ausmachte. 146) Es wäre faſt kein Wunder geweſen, wenn die drey geiſtliche Churfürſten zu Schonung des Unterthanenſchweiſes der römiſchen Kammer eine in etwas ähnliche Erklärung, wie jener Diſcurs vom J. 1650. zu Nürnberg wegen den Palliengeldern lautete, 147) gemacht hätten.

Die

146) Hontheim hiſt. trev. diplom. tom. 2. S. 679.

147) Im J. 1650. den 12 Jul. gedachte der churmainziſche Geſandte zu Nürnberg per diſcurſum: der Pabſt begehrte von dem Churtrieriſchen Coadjutor 30,000 Ducaten pro pallio; den Churfürſten von Mainz vexirte er eben auch ſo; daß wäre eine ſchöne Andacht: beyde Erzſtifter wären ruinirt, und man ſollte eine ſolche Summe Gelds nach Rom ſchicken, daß ſie allda etwas zu verzehren hätten. In Italien wären auch Erzbiſchöfe, die geben über 100 Cronen nicht. Herr Volmar (der kaiſerl Geſandte) lachte, und ſagte: Sie ſollten dem Pabſt ſchreiben, wo er ihnen die Taxe des *Pallii* nicht erlieſſe, ſo wollten ſie lutheriſch werden, *ille*; es möchte übel aufgenommen werden, ſonſt wäre es wohl das beſte Mittel. Von Meiern, Nürnb. Fried. Exec. Handl. tom. 2. p. 462.

Die große Zahlungsungleichheit, welche Salzburg wegen dem Pallio ſchon betroffen hat, iſt durch Anführung der Zahlungen nach Rom (§. 524.) gezeigt worden.

§. 1316.

Vermin- derung der Pal- lientaxen.

Es fragt ſich nun ob der deutſche Epiſcopat auf Minderung der Palliengelder mit Grund anzutragen berechtiget ſey, oder ob er es bey den dermaligen Zahlungstaxen belaſſen müſſe; alles kommt darauf an, ob der Pabſt ein unhintertreibliches Recht habe ſolche zu fordern. — Dieſes kann ihm, ſo lang der Beſitzſtand ein Recht nach ſich zieht, nicht abgeſprochen werden. Selbſt der weſtphäliſche Friedensſchluß ſcheint es ihm (§. 120.) zu gewähren.

Wenn aber die deutſche Erz- und Biſchöfe mit Verläugnung ihres eigenen Intereſſe einmal einſehen wollen, daß das Pallium eine Ehre ſey, die dem armen Stiftsunterthan (ich wiederhole es noch einmal nach meiner ehemaligen Aeuſſerung (§. 518.) ſeinen ſauren Schweis koſtet, und daß eben diejenige Erzſtifter, die es zahlen müſſen, ſolches ihrer innerlichen Schwäche wegen nicht beſtreiten können, ſo bleibt gar kein vernünftiger Zweifel übrig, daß es nicht blos eine Sache für den deutſchen Epiſcopat, ſondern eine allgemeine Reichsangelegenheit ſey, für das Wohl der übrigen Reichsunterthanen ſich über eine geringere und dem Vermögen des Stifts, und dem Werth dieſes Ehrenzeichens angemeſſenen Summe mit dem römiſchen Hofe zu vergleichen. Weil das Pallium ohnehin in dem Alterthum der Kirche keine apoſtoliſche Ahnenprobe vor ſich hat, und dem Biſchof keine große Gewalt gibt, als er die urſprünglich ſchon ohne Pallium hatte. Es muß alſo ſelbſt nach P. Zacharias eigenen Worten, das Pallium kein donum ſpiritus ſancti ſeyn, ſonſt dürfte es um keinen

Preis,

Preis, vielweniger um einen ſo hohen erkauft werden.

Die vereinigte Erzbiſchöfe haben daher aus gleichen und guten Gründen ſowohl in dem Coblenzer (§. 551. n. 21.) als Emſercongreß, (§. 166. n. 21.) auf eine Verminderung der Palliengelder angetragen, daß zum Wohl ihrer Stiftsunterthanen die Retaxation derſelben, kraft der in den Aſchaffenburger Concordaten geſchehenen Verordnung, binnen zwey Jahren nach dem Vermögen der Erz- und Bißthümer zu Stand kommen ſolle. Allein die Rückſichten, ſo die deutſche Erzbiſchöfe wegen ihren vielen Diſpenſen, dann der Bißthümer und Beneficienpluralität auf den römiſchen Hof nehmen müſſen, werden über das Wohl ihrer Stiftsländer immer, ſo lang nur der Adel zu Erzbißthümern gelangen kann, das Uebergewicht behaupten.

Alle Gattungen von Diſpenſen, die in Anſehung der Beneficienmehrheit und dergleichen hart zu verantwortenden Gegenſtände zu Rom ausgeſucht werden, dienen ohnehin, weil man ſie nur periculo petentis gibt, zur Sicherheit der Seele nicht, ſondern blos, um den gemeinen Mann eine üble Meinung, oder Aergerniß zu benehmen; der Vernünftige denkt hierüber ganz anders. Es gibt auch wirklich geiſtliche Fürſten, und Domherren, die dieſe Wahrheit nur gar zu gut einſehen. — Aber aber!!

§. 1317.

Es hat allerdings aus den vorſtehenden Vorausſetzungen ſeine Richtigkeit, daß die deutſche Geiſtlichkeit faſt alle Rechte als zinsbar von dem römiſchen Hof erkennen, ja ſelbſt die Ausübung derſelben durch neue Unkoſten wiederum auslöſen, und gleichſam erkaufen mußte. Wenn die deutſche Erz- und Biſchöfe

Noch andere Zahlungen.

ſchöfe auch glaubten, alles geleiſtet zu haben, ſo kamen am Ende noch die beſchwerliche Decimation ihnen über den Hals, mit welchen der römiſche Hof ihre Stifter und Geiſtlichkeit belegte. Man leſe nur die Decimationsbeyſpiele, welche in den Nachrichten von Juvavien 148) von dem J. 1275. bis 1484. vorkommen. Freylich hielten ſeit einigen Jahrhunderten die Päbſte mit der Decimation an ſich, weil ſie durch die Concordaten in etwas ſchüchtern gemacht wurden, und weil die Erz- und Biſchöfe ſelbſt in verſchiedenen Fällen ſich der Decimation ihrer Geiſtlichkeit auch durch größtentheils von Rom erkaufte Indulten bedienet hatten, und endlich weil ſelbſt einigen deutſchen Fürſten von dem Pabſte die Decimationserlaubniß für ihre Landgeiſtlichkeit gegeben wurde. Allein daß auch dieſe letztere Faſſionsart nicht mit der deutſchen Verfaſſung verträglich ſey, und daß die Erz- und Biſchöfe, welche die Decimation ihrer Diöceſangeiſtlichkeit in den Ländern z. B. Pfalz, Baiern, Oeſterreich ꝛc. mehr aus Zwang, und politiſchen Rückſichten mit ihrer Bewilligung befördern müſſen, dieſes zeigen die in ganz neuerlichen Ereigniſſen erſchienene Schriften, Beſchwerden und Klagen, wovon ſich aber, wie wir anderwärts erſehen werden, die Folgen allererſt entwickeln dürften.

§. 1318.

Betrag der ſamtlichen Zahlungen.

So weit ſich die nach Rom geſchehene Zahlungen aus den deutſchen Stiftern nach Gründen der Zuverläßigkeit berechnen laſſen, will ich ſolche in nachſtehender Tabelle in Bezug auf die bereits angeführte Zahlungsrubriken zuſammen faſſen.

148) §. 186. S. 206. — 208.

Einnahmsrubriken.	Jahre.	Zahlungsbetrag. fl.
für Confirmationsgelder (§§. 499. f. f.)	280 — —	3056500
— die Annaten (§. 542.)		3260050
und Pallien (§. 542.)	— —	220850
— Diſpenſationsgelder	— —	14000000
— Reſignationsindulten	— —	29120
— Confirmationstaxen in päbſtlichen Monaten	— —	171440
und durch die Lieferungen der Nunciaturen	180	18000000
Betrag im Ganzen.	280 und 180	38737960

Wenn man nun auch die Summen, welche noch wegen anderen vorausgeſetzten Erforderniſſen nach Rom gezahlt worden ſind, in einen nur beyläufigen Anſchlag zuſammen faſſen könnte, würde eine ſolche ungeheure Summe heraus kommen, daß man mit aller Freymüthigkeit behaupten dürfte, die deutſche katholiſche Stifter haben ihre Regenten, ihre Rechte, ihre Freyheit und ganze kirchliche Verfaſſung, noch mehr die Bequemlichkeit ihrer hohen Geiſtlichkeit, und ſelbſt das Recht der Ungenügſamkeit, kurz ihre ganze politiſche Exiſtenz von dem römiſchen Hofe ſeit Jahrhunderten aber ganz allein aus dem Schweis ihrer Unterthanen erkauft; dann der Unterthan mußte alles bezahlen, weil der geiſtliche Fürſt ohne die Contributionen ſeiner Unterthanen nichts hat. Mit Freuden zahlt zwar der Stiftsunterthan ſeinem Vorſteher

zur Entgeltung der Regierungslaſt, ob aber der Wille des Stiftsvolks ſo geneigt ſey, auch einen ſo unermeßlichen Aufwand für jene Rechte immerfort ſich auflegen zu laſſen, die der geiſtliche Stiftsvorſteher vermög ſeiner erz- und biſchöflichen Gewalt und Würde ohne ſie zu erkaufen, von ſelbſt ausüben konnte, dieß wird den Nationalgeiſt des deutſchen Stiftsvolks vielleicht eher als man glaubt, aus Fühlung ſeiner Schwäche und immer größern Entkräftung entſcheiden; die geiſtliche Fürſten und hohe deutſche Geiſtlichkeit kann ſich von der Contribution, mit welcher ſie von dem römiſchen Hof einmal beladen ſind, wegen ihrem politiſchen Intereſſe ohne die Darzwiſchenkunft der Nation, und vorzüglich des geſamten Reichs nicht mehr losreiſen.

§. 1319.

Theilnehmung päbſtliche an den Schickſalen der deutſchen Biſchöfe.

Was für Schickſale die deutſchen Biſchöfe in Anſehung ihrer Stiftsländer unterworfen geweſen, habe ich in der Particulargeſchichte gezeiget; die öfter übel gewählte Theilnahme an den Streitigkeiten der Kaiſer, und an den Kriegen mit auswärtigen Mächten zogen den Stiftslanden die größten Unſeligkeiten zu. Selbſt ihre Perſon kam öfter dabey ſehr in Gefahr; dann man nahm mit den Reichsfürſten jederzeit auch den Biſchof zugleich bei dem Kopfe. Allein, da dieſes letztere nicht angehen kann, und da die Weltlichkeit keine Gewalt über die Perſon des Geiſtlichen, am wenigſten eines Biſchofs und Kirchenvorſtehers hat, hingegen der Kaiſer dennoch zu Verhütung eines größern Uebels manchmal der Perſon eines geiſtlichen Fürſtens ſich verſichern muß, ſo wird der Pabſt hierdurch in eine nicht geringe Verlegenheit geſetzt. Er muß ſich als Oberhaupt der Kirche, und der oberſte Biſchof der geiſtlichen Perſon annehmen, und kann auf der anderen Seite gegen Kaiſer oder Reich auch das Vergehen des Fürſtens nicht vertheidigen;

in

in ältern Zeiten ſchienen die Päbſte bey Gefangenſchaften, oder dem Reichsbann der Biſchöfe nicht ſo ſehr in Verlegenheit geweſen zu ſeyn. Allein gegenwärtig da man die Würde eines Biſchofs in ſeinem ganzen Umfang kennet, da ſeine Perſon das Gepräg der geiſtlichen Unverletzbarkeit auf ſich hat, und da die zwiſchen Kirche und Staat aufgeſtellte Grundſätze zu ſtändigen Staatsgeſetzen geworden ſind, ſo ſcheint die Sache auch wahrhaftig für die Weltlich- und Geiſtlichkeit viel heikler zu ſeyn.

§. 1320.

In der Geſchichte der Stifter finde ich von Gefangenſchaften folgende hierher gehörige Beyſpiele. Beyſpiele hievon

Im J. 830. ward Abt Hilduin zu Corvey, weil er des Königs Lothar Parthie gegen ſeinen Vater Ludwig genommen, abgeſetzt, und in ſeinem Kloſter zur Haft verdammet. 149)

Biſchof Bernhard zu Speyer ward 993. von zwey Grafen gefangen genommen, und man ſtach ihm die Augen aus. 150)

Erzbiſchof Sifrid zu Mainz ward 1078. in einer Schlacht von König Rudolf und den Sachſen gefangen, und bis 1082. in der Gefangenſchaft behalten. 151)

Biſchof Burkhard zu Münſter, ward, weil er die Parthey K. Heinrich IV. hielt, von dem päbſtlichen Legaten Alban 1106. des Bißthums entſetzt, und gefangen zu K. Heinrich V. geführt, der ihn wie ſein Vater als Rath und Liebling allerorten mit ſich nahm. 1114. Als die Stadt Münſter dem ſächſiſchen Bund beytrat, ward er gar von ſeinem Bißthum vertrieben. 152)

149) Lehmann Speyer. Chron. S. 173.
150) L. c. S. 266.
151) Ioann. rer. mog. t. I. S. 521
152) Godeau Thl. 26. — S. 74.

Wie es dem Abte Wilhelm ergangen, iſt bereits ſchon bey der Abſetzung gedacht worden. (§. 1298.)

Erzbiſchof Adalbert zu Mainz mußte 1112. eine dreyjährige Gefangenſchaft erleiden, weil er mit den Sachſen ſich gegen den Kaiſer verband. 153)

Eine ſehr harte Gefangenſchaft hatte Erzbiſchof Engelbrecht zu Cölln 1170. bey dem Graf Wilhelm von Jülich auszuſtehen; dieſer ließ wenn er dem Volk eine Ergötzlichkeit machen wollte, den Erzbiſchof in einen eiſernen Kefig, der zu Jülich auf dem Thurm hieng, ſchlieſen. 154)

Erzbiſchof Sifrid III. zu Mainz ward von dem Landgrafen Conrad von Heſſen den er bekriegt, nebſt dem Biſchof Heinrich von Worms der ſeine Parthie hielt, gefangen genommen. 155)

1236. ward Biſchof Rudiger zu Paſſau, nebſt Conrad Biſchof zu Freiſingen in einem Treffen von Herzog Friederich dem ſtreitbaren von Oeſterreich gefangen genommen. 156)

Biſchof Heinrich zu Bamberg, den der Pabſt 1246. an den ſtatt des K. Friederich erwählten Heinrich Landgrafen von Thüringen ſchickte, ward unterwegs von dem Grafen Berthold Krumburg gefangen genommen. Gegen Verpfändung des koſtbaren Bambergiſchen Kirchenſchazes aber wiederum losgelaſſen. Auch der Kirchenſchaz ward durch einen Ausſpruch des Pabſts, der Bambergiſchen Kirche wiederum zurückgeſtellt. 157)

1256. ward Erzbiſchof Gerhard zu Mainz, der den Herzog von Braunſchweig bekriegte, in das Schloß

153) Ioannis rer. mog. tom. I. S. 535.
154) Godeau Kirchengeſch. Thl. 16. B. 120.
155) Ioann. rer. mog. t. I. S. 595.
156) Godeau Thl. 18. S. 163.
157) L. c. Thl. 20. S. 147.

Schloß Aſchaffenburg gefangen geſetzt, ſodann gegen eine Summe von 10,000 Mark Silbers freygelaſſen. 158)

Biſchof Johann III, zu Lüttich ward von Heinrich von Luxenburg 1288. gefangen genommen, und mußte ſich durch eine große Summe Gelds nach 6 Monaten loskaufen. 159)

Biſchof Niclas I. zu Coſtanz zog ſich wegen ſeiner Wahl Feinde und einen Krieg mit den Grafen von Hohenberg über den Hals, er ward 1318. gefangen, und erhielt erſt nach 6 Monaten ſeine Freyheit. 160)

K. Carl IV. machte den Biſchof Marquard zu Augsburg zum Stadthalter von Italien: er ward aber in einer Schlacht mit den Mailändern 1356. gefangen, und erſt ein Jahr darnach wiederum freygelaſſen. 161)

1375. ward Biſchof Albrecht zu Paſſau von den Steyermärkiſchen Landpflegern unweit S. Pölten gefangen genommen, und ein ganzes Jahr zu Chamer verwahrt, bis er wiederum zu ſeinem Bißthum kam. 162)

Den Biſchof Niclas II. zu Coſtanz hielten die Baronen von Thengen 1387. auf der offenen Straße an, nahmen ihn gefangen, bis er ſein gegebenes Wort in einer Sache zu erfüllen verſprach. 163)

Ruprecht Erzbiſchof zu Cölln mußte als Gefangener des Landgrafen von Heſſen von 1478. bis 1480. harren. 164)

158) Ioann. rer. mog. t. 1. S. 612. Moſers Mainz. Staatsr. S. 26.
159) Godeau Thl. 24. S. 151.
160) L. c. Thl. 23. S. 160.
161) L. c. Thl. 19. S. 181.
162) L. c. Thl. 18. S. 183.
163) L. c. Thl. 23. S. 171.
164) L. c. Thl. 16. S. 135.

Erzbiſchof Wolfgang Dietrich zu Salzburg ward 1608. in ſeinen Mißhelligkeiten mit dem Haus Baiern, dem Domkapitel, und Ständen bey Gemünden, da er ſich flüchten wollte, gefangen genommen, nach Werfen zurückgeführt und zu Hohen Salzburg feſtgeſetzt. Herzog Maximilian von Baiern machte die Gefangennehmung des Erzbiſchofs dem Pabſt, und dem Kaiſer ſchleunig kund. Beyde hieſen ſein Verfahren gut; die Reichsſtände thaten ein gleiches. Einige munterten ihn ſogar noch zu fernern Verfolgungen auf; der Pabſt, der Kaiſer, und das Reich, das Capitel, und die Landſtände von Salzburg — alle zuſammen halfen ſeinen Sturz befördern, und ſo geſchah es, daß Wolfgang zu einem freywilligen Verzicht auf das Erzſtift gezwungen wurde; und daß er die Renunciationsurkunde des päbſtlichen Nuntius unterſchreiben muſste. Bey dem allen befreyete man ihn nicht aus der Gefangenſchaft, die ſo drückend für ihn war, und dieſen Schritt mehrentheils verurſacht hatte. Man ſorgte aber (ſagt P. Hanſitz) dafür, daß er ſeinem Stand, und ſeiner Würde gemäß mit Achtung, und Unterſcheidung in ſeinem Gefängniß behandelt wurde. — Ob es geſchehen, iſt zweifelhaft, wenn man die Klage des Erzbiſchofs erweget, die er wegen gegen ihn vernachläßigter Achtung bey P. Paul V. erhob. 165)

Erzbiſchof Philipp Chriſtoph zu Trier war 10 Jahr lang gefangen; er erhielt erſt 1645. ſeine Freyheit. Er befand ſich bey dem päbſtlichen Nuntius zu Wien, als wenn er unter deſſen Gewähr wäre geweſen, 166) wie ich im erſten Theil dieſes Bandes ſchon erwähnet habe.

Wil-

165) Journal v. u. für Deutſchland 1788. St. 3. S. 225. liefert die Lebensgeſchichte dieſes unglücklichen Erzbiſchofs.

166) Gudenu l. c. Thl. 15. S. 172.

Wilhelm Egon von Fürſtenberg kam, ehe er zum Bißthum gelangte, wegen ſeiner Verrätherey gegen Frankreich in die kaiſerliche Gefangenſchaft; der Kaiſer wollte ihn in der Stille enthaupten laſſen. Fürſt Lobkowitz ließ aber aus Verſehen (ganz wahrſcheinlich aus fürſtlichen Edelmuth) das unterzeichnete Todesurtheil auf dem Tiſch liegen. Sein Bedienter gab den päbſtlichen Nuntius hievon Nachricht, und befreyte hierdurch den Verurtheilten. Nachher ward er durch einen Präliminarpunct des Nimwegiſchen Friedens auf freyen Fuß geſetzt; erhielt das Bißthum Straßburg, den Cardinalshut, und ward ſogar 1688. noch zum Cöllniſchen Coadjutor erwählt, wo es ihm aber dennoch fehlſchlug.

§. 1321.

Aus dieſen Beyſpielen läßt ſich erſehen, wie es bey Gefangenſchaften geiſtlicher Fürſten zugehe; der Staatsrath Moſer, welcher nur das einzige Beyſpiel des Churfürſts Gerhards zu Mainz anführet, 167) hat ſich über dieſen Punct etwas zu leicht hinweggeſetzt, da er ſagt, wie daß die Beyſpiele von Gefangenſchaften der Biſchöfe in die alte kriegeriſche Zeiten gehören. Ich beweiſe aber daß jedes, ſelbſt des gegenwärtigen Jahrhunderts ſolche Beyſpiele geliefert habe. Das Salzburgiſche von 1608. das Trieriſche von 1645. und ſelbſt die Gefangennehmung des Biſchofs zu Straßburg vom J. 1785. ſind doch keine Beyſpiele der alten kriegeriſchen Zeiten. Die Geſchichte des Großdechant Means von Cölln vom J. 1702. will ich mit andern übergehen; über deſſen Gefangenſchaftsurſachen der Pabſt das Anerkenntniß auch an ſich gezogen hat. 168) Reſultate.

 Es

167) Mainz. Staatsr. S. 26.
168) Fabri Staatskanzl. Thl. 6. S. 586.

Es fragt ſich alſo: was hat der Pabſt zu thun, wenn ein geiſtlicher Reichsfürſt in Verhaſt genommen wird? Er iſt berechtigt, von ſeinem die Weltlichkeit betreffenden Vergehen eine umſtändliche Anzeige zu verlangen. Hat es Grund, weil man ohne ſolchen nicht zu einem ſo frapanten Schritt ſchreiten wird; ſo ſteht ihm zu, dafür zu ſorgen, daß dem Gefangenen in Anſehung ſeiner Würde und geiſtlichen Stands mit möglicher Schonung begegnet werde. Iſt das Vergehen aber ſo groß, daß der geiſtliche Fürſt hierdurch auch ſeiner geiſtlichen Würde ganz verluſtig erklärt werden müſſe, ſo kann an des Gefangenen Perſon der weltliche Souverain eher nichts anhaben, bis nicht die gänzliche Degradation und Exauctoration von dem Pabſt erfolget iſt.

Macht ſich aber ein geiſtlicher Reichsfürſt bloß der Geiſtlichkeit wegen ſtrafwürdig, ſo hat der Pabſt wiederum ſolche ganz allein aus ſeiner kirchenoberhauptlichen Gewalt zu verfügen. Der Perſon des Fürſten kann er ſich aber nicht bemächtigen, weil der Kaiſer und das Reich erſt unterſuchen müſſen, ob die Urſache ſo beſchaffen ſey, daß ſie gegen den Beſchuldigten auch die Verwirkung des ſtiftiſchen Reichslehens und Fürſtenthums nach ſich ziehe. Wenn die Urſache von dem Verluſte des Bißthums ſo auffallend und in den geiſtlichen Rechten offenbar gegründet iſt, ſo kommt es eben wie bey dem Salzburgiſchen Falle darauf an, was man für ein politiſches Auskunftsmittel treffe; da man mit hohen Reichsſtänden nicht wie mit Privatleuten umgehen kann, um den Glanz der fürſtlichen und biſchöflichen Würde vor dem Volk auf einmal auszuwiſchen.

Iſt aber die Urſache wegen der Beſtrafung im Geiſtlichen nicht hinlänglich zur Entſetzung von Kaiſer und Reich erfunden worden, kann der Pabſt, wenn

er eigenſinnig darauf beſtehen will, dem Weih- oder Suffraganbiſchof eben derſelben Kirche, die Adminiſtration in eccleſiaſticis auftragen. 169) Was die weltliche Fürſtenthumsregierung anbetrift, bleibt ſolche ohne einige Abänderung dem pro parto nur privirten geiſtlichen Reichsſtande. Die Sache war alſo doch in etwas Entwicklungs werth: dann in dieſem Werke konnte ein ſo wichtiger Gegenſtand nicht umgangen werden; den noch keiner ausführlich abgehandelt hat.

§. 1323.

Was es mit den Rechten des Pabſts in Proviſionsſachen der deutſchen Domkapitel nach den Concordaten (§. 94.) nach den Verordnungen des tridentiniſchen Kirchenraths (§. 110. n. 15.) und endlich nach den dermaligen Geſinnungen der deutſchen Erzbiſchöfe (§§. 151. und 166) für Bewandſame habe, und was durch die Statuten der Domſtifter ſelbſt hierunter diſponirt worden, wird im 3ten Bande dieſes Werks umſtändlich vorkommen.

Päbſtliche Rechte bey Proviſorn und Proviſionen überhaupt.

Hier iſt eigentlich nur die Frage: ob der Pabſt bey Aufſtellung der Proviſoren, oder ſogenannten Stiftshaltern mittel- oder unmittelbar concurrire, oder nicht? Wenn es nur von einem Proviſor in geiſtlichen Sachen während einer Stiftserledigung die Frage iſt, ſo hat das Domkapitel nach denen ſchon vorliegenden Verordnungen (§. 378.) einen Vicarium in ſpiritualibus aufzuſtellen, oder den vorherigen zu beſtättigen. Dem Pabſte ſtehen alſo hiebey keine beſondern Rechte zu.

Iſt aber die Frage nur von Aufſtellung eines oder mehreren Proviſoren in den weltlichen Stiftslanden, ſo

169) Denn, wenn der Pabſt einen Biſchof von einer andern Diöceß ſetzen würde, hätte das Capitel Urſache ſich dagegen zu beſchweren.

ſo kann man ſede vacante, oder impedita dem Domkapitel, welchem alle interimiſtiſche Adminiſtrationsbefugniſſe heimgelaſſen ſind, auch dießfalls keine Hinderniß in Weg legen, was es wegen Aufſtellung eines Proviſors zum beſten des Stifts für gut findete. In dieſem Puncte hat der Pabſt ohnehin nach den deutſchen Reichsgeſetzen, und der allgemeinen Stifterobſervanz nicht das geringſte Recht.

Wegen dem zerſtörten Zuſtand des Hochſtifts Fulda wurden 1420. der Erzbiſchof zu Mainz als Proviſor des Stifts aufgeſtellt. 170) Als Conrad II. von Weinſperg zum Erzbiſchof von Mainz 1390. erwählt wurde, und es nicht annahm, waren die Domherren ſo betroffen, daß ſie ihn als Proviſor des Erzſtifts bis zu Einlangung der päbſtlichen Beſtättigung aufſtellten. 171)

Nun ſind die Aufſtellungen der Proviſorn in den deutſchen Stiftern nicht mehr üblich; ſolche würden gegen die kaiſerlichen Rechte in verſchiedenem Betrachte quoad temporalia anſtößig ſeyn, und der Pabſt könnte hiebey auch etwas zu ſagen haben, und es als einen Vorgriff in ſeine Beſtättigungsrechte anſehen.

Sollte aber unter einem Proviſor ein Adminiſtrator ſive perpetuus, ſive ad tempus oder eigentlich ein ordentlicher oder auſſerordentlicher verſtanden werden, ſo würde in Anſehung der päbſtlichen Rechte alles das eintreten, was ich (§. 377.) ſchon vorausgeſetzt habe.

§. 1324.

Päbſtliches Geſandſchaftsrecht.

Daß dem Pabſte in zweyfachem Betrachte das Ius Legationis oder Geſandſchaftsrecht zuſtehe, iſt eine ausgemachte Sache. Er hat es als das Oberhaupt der

170) Ioann. rer. mog. tom. 1. S. 736.
171) Ibid. S. 705.

der Römiſchkatholiſchen Kirche, und als ein ſouverainer Fürſt auszuüben.

Das von der päbſtlichen weltlichen Souverainite herrührende Geſandſchaftsrecht findet in ganz Europa keinen Anſtand. Würde es Convenzienzſache des Pabſts ſeyn, an einen Nichtkatholiſchen Hof oder wohl gar an die Ottomanniſche Pforte in Staatsangelegenheiten einen Geſandten abzuordnen, ſo müßte er in allem Betracht eben ſo, wie ein jeder anderer Botſchafter, einer europäiſchen Puiſance aufgenommen werden.

Es iſt überflüſſig anzuführen, mit welcher Achtung die päbſtliche Geſandten bey allgemeinen Reichstagen in vorigen Jahrhunderten, inſonderheit bey dem weſtphäliſchen Friedensſchluß (§. 139.) und auch ſelbſt bey kaiſerlichen Wahltägen, wenn ſie ihre Anſprüche und Rangsforderungen nicht überſpannt hatten, behandelt worden; denn hievon habe ich ſchon vieles gemeldet. Bey einer ſolchen Abordnung erſcheint der päbſtliche Geſandte als ein Botſchafter primi ordinis, dem man königliche Ehren nicht in Zweifel ziehet. Hingegen iſt derſelbe auch in keinem Betrachte zu Ausübung einiger Facultaten berechtiget.

In einem ganz andern Verhältniß erſcheinen aber die päbſtliche beſtändigen Nuncien in Deutſchland, welche bisher der deutſchen Nation zu einer großen Laſt in Anſehung ihrer Facultaten der Einmiſchung in alle Gattungen von Geſchäften, der Eingriffe in die erz- und biſchöfliche Gerechtſame, und des vielfältigen Mißbrauchs ihrer Gewalt, und dadurch verurſachten Colliſionen geweſen ſind.

Es würde ein beſonderes Buch erfordern, die Geſchichte der Nuncien nach dem Umfang all- jener Beſchwerden darzuſtellen, wozu ſie der deutſchen Nation

tion von jeher Anlaß gegeben. Es iſt auch hier eine Wiederholung um ſo überflüſſiger, als dieſe Beſchwerden nicht die deutſche Stifter, von denen ich handle, allein, ſondern die allgemeine deutſche Kirche angehen. Was ſowohl die Entſtehung der beſtändigen Nuntien (§. 155.) als ihr Benehmen in Anſehung des deutſchen Epiſcopats (§§. 156. — 159.) betrift, habe ich ſchon hinreichend vorausgeſetzt, und man kann ſie aus der allerdings pragmatiſchen Geſchichte der päbſtlichen Nuntien in Deutſchland 172) erſehen. Es iſt in der päbſtlichen Nunciaturſache ſeit Errichtung der Bairiſchen zu München, ein ſolcher Schwarm von Schriften erſchienen, daß die ganze Sache den deutſchen Patrioten faſt zum Eckel wurde. 173) Selbſt das Gute und Nützliche, welches in einigen dieſer für und gegen die Nunciaturen herausgekommenen Schriften vorkam, ward durch das Uebermaß, und die öfter ſchiefe Beurtheilung dieſes wichtigen Gegenſtands ganz verdunkelt.

§. 1325.

Fragen: worauf es ankommt?

Um das päbſtliche Geſandtſchaftsrecht in Kürze nach meinem vorangeſetzten Plan zu behandeln, kommt es allein auf die Entwicklung einiger Staatsrechtlichen Fragen an. Dieſe ſind:

1) Hat der Pabſt das Recht Geſandte in Deutſchland zu ſchicken, und in welchem Betrachte?

2) Stehet ihm das Recht zu, dermalen beſtändige Nuntien in Deutſchland zu halten?

3) In

172) Band 1. und 2. Frankfurt und Leipzig 1788. — wiewohl dieſe Geſchichte auf das gegenwärtige Jahrhundert ſich nicht erſtrecket.

173) Julius Cäſars Canonicus in Villach, Geſchichte der Nunciaturen Deutſchlands. 1790.

3) In welcher Art können beſtändige päbſtliche Nuntien in Deutſchland beſtehen?

4) Wer hat das Recht die päbſtliche Nuntien in Deutſchland in ihre Gränzen zu weiſen, ihren Eingriffen Einhalt zu thun, oder ſie gar abzuſchaffen?

Wenigſtens nach meinen Einſichten erachte ich, daß in dieſen Fragen das ganze päbſtliche Legationsrecht, der Umfang ihrer auszuübenden Gewalt einer Seits, und anderer Seits die Rechte der Nation, und des deutſchen Epiſcopats, wie auch der Streitpunct aller bisher für und dagegen erſchienenen Schriften conzentrirt werden könne.

§. 1326.

Beantwortung der erſten.

Daß dem Pabſt, als einem ſouverainen Fürſten, das Recht zuſtehe Geſandte auch in die deutſche Reichslande, in weltlichen Staatsangelegenheiten, oder auch blos Geſandte aus beſonderer Achtung gegen einem oder den anderen ihm mit ſonderbarer Freundſchaft ergebenen Fürſten zu ſchicken, hievon iſt gar keine Frage, dann die Souverainite, und das Fürſtenrecht des Pabſtes im weltlichen Betracht authoriſirt ihn hierzu. Dieſer Satz iſt durch dasjenige was ich im Eingang dieſes §phi vorausgeſetzt, ſchon beſtärkt.

Daß aber auch der Pabſt berechtiget ſey, Geſandte, oder die ſogenannte Nuntien in geiſtlichen Angelegenheiten in die deutſche Reichslande zu ſchicken, iſt ſowohl im allgemeinen, als beſondern deutſchen Kirchenſtaatsrechte gegründet.

Der unläugbare Grund des päbſtlichen Legationsrechts liegt in den klaren und häufigen Beyſpielen

len 174) daß der Pabſt als Primas der römiſchen Kirche von den erſten Jahrhunderten, bis auf gegenwärtige Zeiten in den Angelegenheiten der höheren und niederen Geiſtlichkeit das Appellations- oder Berufungsrecht perſönlich, oder durch die zur Sicherheit ſeiner Ausſprüche abgeordneten Geſandten ausgeübt habe. Dieſes Geſandtſchaftsrecht widerſpricht nicht dem göttlichen Rechte der Biſchöfe, ſondern kommt mit ihrem dem Pabſte ſubordinirten Rechte ganz überein. 175) Es macht vielmehr zur vollkommnen Ausübung des primatiſchen Oberaufſichtsrechts, zu Belebung und Erhaltung der Einheit der Kirche, die päbſtliche Jurisdictionsconcurrenz offenbar nothwendig. 176) Aus dieſer Concurrenz flieſſet auch unmittelbar das päbſtliche Recht auſſerordentliche, oder nicht beſtändige, und ordentliche oder beſtändige Nuntien abzuordnen, 177) und aus der concurrenten Gerichtsbarkeit folgt an und vor ſich das Recht, und die Nothwendigkeit ſie auch mit Facultäten zu verſehen, 178) dieſe Legationsart gründet ſich zugleich in der kirchlichen Verfaſſung Deutſchlands 179) in dem Sinnen der Concordaten 180) der Concilien 181) und der Reichsconſtitutionsmäſigen Anerkenntniß. 182) Alles hier umſtändlich über dieſe Vorausſetzungen anzu-

174) Die vortrefliche und ſchon öfter belobte Druckſchrift: Meine Gedanken über die gründliche Entwicklung der Diſpens- und Nunciaturſtreitigkeiten, Mannheim 1789. als welche ihrer aus ächten Quellen und unumſtößlichen Beweiſen dargeſtellten Wahrheiten wegen in der Nunciaturſache die hellſten Aufſchlüſſe giebt, liefert alle die Beyſpiele, und zu dieſem Satz erforderliche Geſchichtsproben, Abſch. 3. §. 19. und 20. S. 129. — 150.

175) l. c. §. 21. S. 150. — 156.

176) §. 22. S. 156. — 161.

177) §. 23. S. 161. — §. 24. S. 165.

178) §. 25. S. 174.

169) §. 30. S. 221.

180) §. 32. S. 240.

181) §. 33. S. 243. §. 35. S. 257.

182) §. 40. S. 291.

anzuführen, was in den unten vorkommenden Berufungen klar bewieſen wird, wäre überflüſſig; die Nachleſe derſelben wird mich rechtfertigen. Genug, daß ich behaupten kann, der Pabſt habe das Recht in Deutſchland Geſandte von zweyfacher Rückſicht abzuſenden. Er kommt in dem nemlichen Verhältniße zu betrachten, wie die geiſtlichen Reichsfürſten, als Biſchöfe und als Fürſten. Nur mit dem alleinigen Unterſchied, daß ſie als Biſchöfe, nicht aber als Fürſten von ihm abhangen.

§. 1327.

Die zweyte Frage: ob dem Pabſt das Recht zuſtehe, dermalen noch beſtändige Nuntien in Deutſchland zu halten? flieſet aus der vorausgeſetzten Erörterung der erſten; da er unläugbar als Primas, und oberſter Richter der Römiſchkatholiſchen Kirche mit dem deutſchen Epiſcopat eine concurrirende Gerichtsbarkeit hat; da ihm aus der aufhabenden Kirchenoberhauptlichen Pflicht, die Einheit derſelben in Glaubens- und Diſciplinarſachen zu erhalten obliegt; und da er auch allein alle Mittel zur Hand zu nehmen berechtigt iſt, die zu dieſem Zwecke führen; die Abſendung der Geſandten aber, weil ſeine Perſon nicht allerorten gegenwärtig ſeyn kann, von jeher als ein rechtmäſiges Mittel anerkannt wurde, ſo kann ihm das Befügniß auſſerordentliche, und beſtändige Geſandte in Deutſchland zu ſenden, nicht widerſprochen werden. Man könnte zwar glauben, daß die beſtändige Nunciaturen in Deutſchland, weil die Vollziehungen der Verordnungen des Kirchenraths zu Trient, als einigermaſſen die Haupturſache der beſtändigen Nunciaturen bereits ſchon geſchehen, ſomit dieſe ganz überflüſſig ſeyn. Wenn man aber dagegen betrachtet, daß ſelbſt in Deutſchland durch die überall mehr überhand nehmende Aufklärung die Römiſchka-

Der zweyten.

miſchkatholiſche Religion in manchen Puncten harte Anfälle zu erleiden hat, ſofort das Anſehen des Pabſtes wegen der in Disciplinarſachen gegenwärtig in etwas getrennten Meinungen ſelbſt von Seiten der deutſchen Geiſtlichkeit in etwas geſchwächt, und daß die deutſche Erzbiſchöfe ſelbſt mit den deutſchen Biſchöfen über die Vindicirung der alten Metropolitenrechte nach Masgabe der Coblenzer- und Emſerpunctation in einigen nicht ſo leicht zu hebenden Colliſionen ſich befinden, und daß durch die getheilte Geſinnungen des deutſchen Clerus und ſelbſt des Volks, am Ende doch eine Trennung ſich gar leicht ergeben dürfte, ſo ſcheint, daß die Vorſicht des Pabſts beſtändige Nunciaturen in Deutſchland gegenwärtig zu halten, nicht ſo ganz übertrieben ſey. Ueberhaupt muß die Achtung gegen das Oberhaupt der Kirche jedem Untergebenen den Begriff eines ehrfurchtvollen Zutrauens einflöſen, daß der Pabſt ohne wichtige und vielleicht auch nicht öffentlich bekannt zu machende Urſachen keine beſtändige Legaten in Deutſchland halten würde, da ſo viele Bewegungen und Beſchwerden gegen ſelbe angebracht worden. Selbſt den deutſchen Epiſcopat würde es in der Achtung bey dem Volk eben ſo wie den Pabſt herabſetzen, wenn die Biſchöfe als Untergeordnete ihrem Oberhaupt ein altes und ſelbſt nach ihrer Verordnung und durch ihre Veranlaſſung eingeführtes, und zur Erhaltung der Einigkeit der Kirche nach ihrem ſelbſtigen Anerkenntniß dienliches Recht abſtricken wollten. Doch dieſer letzte Beweggrund iſt nur nach den Regeln einer geſunden Politick abgemeſſen; denn hier allein iſt die Frage von dem Recht der beſtändigen Nunciaturen, und dieſes ſpricht für den Pabſt.

§. 1328.

§. 1328.

Die dritte Frage: in welcher Art können päbſtliche Nunciaturen in Deutſchland beſtehen? iſt leichter als die zwey vorhergehende zu erörtern. Das Recht auſſerordentliche oder nicht beſtändige Geſandte in kirchlichen Angelegenheiten zu ſchicken, kann weder die allgemeine Kirche, noch der deutſche Epiſcopat dem Pabſt in Anſpruch nehmen; auſſer man wollte dem Anſehen des Oberhaupts, und noch mehr ſelbſt den wahren Endzweck nemlich der Einheitserhaltung entgegen arbeiten — hat der Pabſt nun (wie es ein bis zur Evidenz erwieſenes, auch im Grundſyſtem der allgemeinen Kirchenverfaſſung liegender Satz iſt) mit dem ihm unterworfenen Epiſcopat der deutſchen Kirche eine concurrente Gerichtsbarkeit, ſo kann man ihm auch die Mittel ſolche auszuüben, welches eben durch die beſtändige Nunciaturen am beſten erzielt werden mag, nicht nehmen. Der dritten.

§. 1329.

Allein hiebey tritt eine der Hauptnebenfragen ein, ob der Pabſt auch berechtigt ſey die beſtändige Nuntien mit Facultäten zu verſehen. — Ich bejahe ſolche ohne auf die bisher entgegengeſetzte Schwierigkeiten Rückſicht zu nehmen, denn dieſe hören insgeſamt von ſelbſten auf, wenn der Nuntius nur in jenem Falle denſelben gebrauchet, wo man ſelbſt dem Pabſt keine Hinderniſſe entgegenſetzt. Es bleibt ein für allemal richtiger Satz; daß der Pabſt ſo viel von ſeiner Gewalt ſeinem Geſandten einraumen kann, als er ſelbſt unbeſchadet der Rechten eines dritten ausüben könnte; hierin liegt auch die Einſchränkung des Mißbrauchs der delegirten Gewalt ſchon. Eine Nebenfrage.

§. 1330.

Modificationen. Die ſelbſt geſetzliche Modificationen bey welchen die beſtändige Nunciaturen in Deutſchland immer beſtehen können und müſſen, ſind hauptſächlich folgende:

1) Daß der Pabſt für den Unterhalt ſeiner Nuntien, welche eigentlich ſeine wahre Amtsgehülfen ſind, hinlänglich ſorge.

2) Daß die Nuntien die ihnen delegirte concurrente Gerichtsbarkeit zum Abbruch der biſchöflichen nicht ausüben.

3) Daß ſie ſolche nicht auf weltliche Sachen 183) ſondern blos auf ganz geiſtliche zu ihrem Amtsberufe gehörige Gegenſtände erſtrecken.

4) Daß durch Ausübung ſowohl ihrer concurrenten Gerichtsbarkeit als ihrer Facultäten, den Concordaten als der zwiſchen dem Pabſt und der Nation errichteten und Reichsconſtitutionsmäſig beſtehenden Verträgen nicht zuwider gehandelt werde.

5) Daß ſelbſt der Gebrauch der Nunciaturfacultäten ſich nur auf jene Fälle erſtrecke, in welchen den Biſchöfen ſelbſt der Recurs an den Pabſt nöthig ſeyn will, oder die dem Pabſt vermög ſeiner Kirchenoberhauptlichen Reſervatrechte gebühren, und endlich

6) Daß die päbſtliche beſtändige Nuntien, deren Abſendungszweck nur auf die Erhaltung der Einheit der Kirche mit dem päbſtlichen Stuhl und ganz auf das geiſtliche gehet, ſomit ihnen die Eigenſchaft und

183) Die Hauptbeſchwerden des deutſchen Episcopats wurden von jeher über dieſe Puncten erreget; die Concordaten, die Reichsſchlüſſe, die kaiſerl. Wahlcapitulation und ſelbſt die neuerliche Vorſchläge der vereinigten Erzbiſchöfe erweiſen hinlänglich, daß es hierbey einer beſondern Ausführung nicht bedürfe.

und der Character eines Bothſchafters primi ordini nicht beygelegt ſeyn kann, kein Prärogativ und Rang behaupten, der nach den Conſtitutionen des Reichs denen honoribus regiis der mit dem Archiepiſcopat unzertrennlichen Churfürſtenrechte, oder dem den unmittelbaren Reichs- und anderen Biſchöfen zuſtändigen Fürſtenrechte zuwiderlaufen würde.

Alles was dieſen vorſtehenden Hauptmodificationen und Einſchränkungen der päbſtlichen Nunciaturgewalt zuwidergehandelt wird, läuft auf einen offenbaren Mißbrauch derſelben hinaus, und eben dieſer gab bisher zu denen ſo lang daurenden und vielen Beſchwerden Anlaß. Man kann alſo dieſe Beſchwerde abſtellen, ohne daß deswegen die Nunciaturen abgeſchaffet werden. Es ſcheint mir immer wahr zu ſeyn, daß nur in jenen Staaten, wo die Erz- und Biſchöfe zugleich Fürſten des Reichs ſind, die Nunciaturgewalt ſehr mißfalle, und daß eben allda der Zänkereyen und Beſchwerden kein Ende ſeyn werde, weil die Erz- und Biſchöfe eine concurrirende Gerichtsbarkeit nicht wohl ertragen können. Wo die Biſchöfe aber landſäſſig, und mit ihren Kirchen ganz allein beſchäftiget ſind, in dieſen Ländern finden die Nuntien wenig Arbeit, und es kommt eben auch ſelten zu Beſchwerden. Aus dieſem zeigt ſich nun klar, daß die beſtändigen Nuntien in Deutſchland, aber nur unter denen vorausgeſetzten Einſchränkungen, beſtehen können.

§. 1331.

Vierte Frage.

Was nun die letzte Frage betrift, nemlich wer das Recht habe die päbſtliche Nuntien in Deutſchland in ihre Gränzen zu weiſſen, ihren Eingriffen Einhalt zu thun, oder ſie gar abzuſchaffen? ſo kommt es bey der vorläufigen Erörterung auf ein paar Vorausſetzungen an.

Der Pabſt iſt ohne das Einverſtändniß eines deutſchen Reichsſtandes nicht berechtiget, einen beſtändigen Nuntius in deſſen Land zu ſenden. Ein auſſerordentlicher könnte nicht einmal in einem beſondern Falle ohne des geiſtlichen oder weltlichen Fürſten Vorwiſſen auftreten; man weiß auch dieſen Fall in der Geſchichte nicht.

Zu deme ſteht einem deutſchen Reichsſtand nach den kundbaren Reichsgeſetzen das Recht zu, auswärtige Geſandte in ſeinen Landen anzunehmen, und die Seinige abzuordnen, nachdem es die Umſtände erfordern; beſonders da den deutſchen Reichsſtänden die Reichsconſtitutionsmäſige Landeshoheit ſowohl in kirchlichen als politiſchen Gegenſtänden nebſt der über ihre Kirchen auszuübenden Territorialadvocatie zugeſichert iſt. 184)

Vermöge dieſer Vorausſetzungen ergibt ſich von ſelbſt, daß dem Reichsſtande, welcher befugt iſt einen päbſtlichen Geſandten in ſeinen Landen anzunehmen, auch das Recht zuſtehe, bey ſich ergebenden wahren Beſchwerden, ſich deſſen auf eine anſtändige Art zu entledigen.

Aus dieſem folgt ſodann das weitere, daß bey Annahm eines päbſtlichen Nuntius des Kaiſers Bewilligung eben ſo wenig, als die Genehmigung der Diöceſanbiſchöfe erfordert werde; weil bey dem deut-

ſchen

184) Man leſe einmal die unumſtößliche Gründe, welche wegen Errichtung der Nunciaturen der Churfürſt von Pfalzbaiern an ſeinen an Kaiſer Joſeph II. erlaſſenen Remonſtrationsſchreiben vom 4ten April 1787. geäuſſert hat. — Daß ich (ſchrieb der erlauchte Churfürſt) der Aufnahme des päbſtlichen Nuntius, wie deren Geſandten von andern Souverainen, Kaiſern, Königen, Chur- und Fürſten in meinen Staaten ermächtiget, und denſelben die Ausübung gewiſſer Facultäten in meinen Landen zuzulaſſen, befugt ſey, deſſen ſind zuvorderſt das Herkommen im Reich, und der Umfang der landesfürſtlichen Hoheit, welche einem jeden Churfürſten eigen iſt, ein überzeigender Beweis. Meine Gedanken. S. 206.

ſchen Fürſtenrechte der Biſchof in keinen Anſchlag kommt. 185)

Sollten ſich aber offenbare Eingriffe und Beſchwerden gegen die Concordaten, und die Diöceſenrechte der Biſchöfe ergeben, ſo ſteht dem Kaiſer kraft des oberſten Kirchenſchutzes ganz gewiß zu, ſolchen nicht nur abzuhelfen, ſondern auch wenn von Seite des Pabſtes hierauf der Abſtellung nicht ſelbſt beigewirkt würde, die Entfernung der zuwiderhandelnden Nuntien auf die nemliche Art durchzuſetzen, als der Kaiſer nach dem Buchſtaben ſeiner Wahlcapitulation, und der ihm zuſtändigen oberſten Kirchenſchutzherrſchaft ſelbſt die Nuntien als Werkzeuge zur Aufrechthaltung der kirchlichen Verfaſſung ſeinem kaiſerlichen und Reichsoberhauptlichen Schutz ſorgfältig angedeyhen laſſen muß.

Hierdurch glaube ich der Erörterung der vorgeſetzten Fragen ein vollkommnes Genügen geleiſtet zu haben; daß aber das Reich hiebey etwas zu ſagen habe, ſo lang der oberſte Kirchenadvocat bey ſich ergebenden Beſchwerden über Mißbräuche und Eingriffe noch Macht genug hat, zu remediren, ſcheint eine ſonderbare Cathegorie zu ſeyn.

185) Man kann dieſes aus dem weiteren Juhalt des belobten Churfürſtlichen Schreibens abnehmen, in welchem es heißt: „In Rückſicht auf das Herkommen bewähren die allgemeine Reichsgeſchichten, daß ſeit Urzeiten von dem päbſtlichen Stuhle die Legaten an die Chur- und fürſtliche Höfe Deutſchlands nach Zeiten, Umſtände, und Gelegenheiten, bald wegen der innern Beförderung des Seelenheils, bald wegen der Gefahr geloffenen Religion ꝛc. bald wegen der Erz- und Biſchöfe Nachläſſigkeit in ihrem Amt, Unvermögen, zur Abſtellung der Mißbräuche, in Schwang gegangenen Laſter, und daher entſtandener Nothwendigkeit der Eintretung päbſtlicher Autorität, bald aus eigener Bewegung abgeſchickt, oder dieſelbe von dieſen angenommen, verbetten, oder abgelehnt, oder die Abordnung ausgebetten worden. — Meine Gedanken. S. 206.

§. 1332.

Etwas Bezugsweis. Der Pabſt hat überhaupt noch ſehr viele einzelne Rechte in Deutſchland. Er macht auf viele noch Anſprüche. Er ſucht auch ſeine Befügniſſe durch verſchiedene Wege zu behaupten. Seine Gerechtſame in Staats- Gnaden- und Cameralſachen 186) in Deutſchland, betreffen zwar auch die deutſche Erz- und Biſchöfe, aber nicht unmittelbar ſondern nur mittelbar, in ſoweit ſie Glieder, Fürſten, und Stände des Reichs ſind. Alles dieſes gehört alſo nicht hierher.

Nur noch eine Frage ſcheint mir zur Erörterung übrig: ob die Gewalt des Pabſts bey dermaliger deutſchen Staatsverfaſſung beſtehen könne? Wenn man betrachtet, daß der deutſche Staatskörper aus einem Reichsoberhaupt, und Gliedern beſtehe, welche die Souveränität und Gewalt unter ſich getheilet haben; und daß dieſer Staat immer in Vergleichung gegen andere Staaten einer der glücklichſten geweſen ſey, wenn ſchon das Oberhaupt, und die Glieder deſſelben nicht alles thun können, was ſie wollen, ſo ſieht man auch leicht ein, daß die Einſchränkung der höchſten Gewalt, die das Pabſtthum in ganz katholiſchen Ländern veranlaſſet hat, nicht mißfallen habe. Mir ſcheint, daß die Urſach welche Montesquieu 187) angibt, nicht ungegründet ſey, da er ſchreibt: „in einer Monarchie, in welcher man „die Stände des Staats nicht vollkommen abſonde„ren und alle Gewalt in einem Haupt vereinigen „konnte, gibt das Pabſtthum immer eine gute „Scheidwand ab.“ Indeſſen läßt Montesquieu gar wohl zu, daß die weltliche Obrigkeit befugt ſey, die geiſtliche zu verhindern, dem Staat nachtheilige Verfü-

186) Moſers Staatsr. Thl. 8. S. 329. 415. 436. 453.
187) In ſeinem Buch L'Eſprit de loix L. 25. c. 8,

Verfügungen zu machen; denn dieſe würden ganz allein das Uebel ſeyn, welches das Pabſtthum mit ſich führet. Ausserdem iſt die päbſtliche Gewalt mit dem deutſchen Staate eben ſo, wie mit einem jeden andern verträglich. Durch die Concordaten, und andere Reichsgeſetze, wenn immer für ihre Beobachtung geſorgt wird, hat man dieſem bevorſtehenden Uebel hinlänglich vorgebogen; darin beſtehet auch das wahre Verhältniß zwiſchen dem Pabſt, und der allgemeinen, und beſonderen Kirche, zwiſchen der geiſtlichen, und weltlichen Regierung, wenn von einem allgemeinen Grundſatze die Rede iſt.

§. 1333.

Dieſes Capitel mußte in Vergleichung mit anderen eben deswegen weitſchichtiger werden, weil von keinem Publiciſten bisher durch eine beſondere Abhandlung das Verhältniß der deutſchen Stifter mit dem Pabſte dargeſtellet worden iſt. Schriften.

Was für Rechte der Pabſt ſowohl in Anſehung des deutſchen Reichs, als der geſamten Römiſchkatholiſchen deutſchen Kirche überhaupt hergebracht, haben mehrere Schriftſteller und zwar insbeſondere Moſer in dem achten Theil ſeines großen Staatsrechts S. 225. — 453. gezeiget. Es kommt vieles hierin vor, was ſich auch auf die deutſche Reichsſtifter, als einen Hauptbeſtandtheil der deutſchen Kirche beziehet. Aber das ſonderheitliche Verhältniß des Pabſtes mit ſelbigen betrift es nicht.

Selbſt Holl, widmete das 5te Capitel ſeiner ſtatiſticae eccleſiae germanicae de ſummo Pontifice relative ad germaniam nur der allgemeinen aber nicht einer ſonderheitlichen Betrachtung, in Anſehung der deutſchen Reichsſtifter.

Ich glaube alſo in Ermanglung einer beſonderen Schrift, die in etwas ausführliche Ausarbeitung dieſes Gegenſtandes nicht ohne Nutzen, wohl aber nach der Erforderniß dieſes Werks, nothwendig vorgenommen zu haben.

Zwey und vierzigſtes Capitel.

Von den geiſtlichen Schutz und Schirmgerechtſamen der Catholiſch-geiſtlichen Reichsſtifter.

Inhalt.

§. 1334.) Einleitung. 1335.) Urſprung der Advocatien. 1336.) Nothwendigkeit derſelben in ſpätern Zeiten. 1337.) Von den Vögten überhaupt. 1338.) Von Gerichtsvögten. 1339.) Allgemeine Bedeutung des Worts Schutzherr. 1340.) Kaſtenvögte. 1341.) Schutz- und Schirmherr. 1342.) Kaiſerl. Schutz. 1343.) Päbſtliche Schutzertheilung. 1344.) Beſonderer Schutz einzelner Kirchen. 1345.) Subadvocaten der Stifter. 1346.) Erbſchutzherrſchaft. 1347.) Erbſchutzſtreitigkeiten. 1348.) Loßmachung von Stiftsvogteyen. 1349.) Auch die Stifter ſetzen Advocaten. 1350.) Die Advocatie giebt keine Jurisdiction. 1351.) Nähere Beweiſe von den heutigen Erbſchutzbegriffen. 1352.) Unterſchied zwiſchen dem Patronatrechte, 1353.) und andern Advocatien, 1354.) und dem ſogenannten Kirchweyhſchutz. 1355.) Schriften.

§. 1334.

In dem 25ſten Capitel hab ich von den kaiſerlichen Advocatierechten über die deutſchen Kirchen überhaupt gehandelt. Nun führt mich die Ordnung auf die Schutz und Schirmgerechtſame der deutſchen Stifter ſelbſt hin. In dieſen gab es unterſchiedliche Gattungen von Advocaten; Sie hatten *Defenſores*, Vögte, Kirchenvögte, Fauthe, *Vicedominos*, Stiftsvögte, Gerichtsvögte, Kaſtenvögte, und Schirmvögte, auch Subad- Einleitung.

 vocaten,

vocaten, After, und Erbſchutzherren. Alle dieſe Benennungen gründeten ſich auf vorherige Veranlaſſungen, auf Nothumſtände, und öfter auch nur auf Zufälligkeiten.

Um dieſe ſelbſt für dermalige Zeiten der deutſchen Stifter noch wichtige Materie in etwas zu erſchöpfen, ſo hole ich nur aus der Geſchichte der älteſten Zeiten wegen der Advocatien der Stifter, noch ein und anders nach. Wenigſtens werden alle Gattungen der ſtiftiſchen Schutzherren-Benennungen hierdurch ziemlich aufgeklärt, und es läſt ſich hieraus erſehen, wie durch die beſſere Bildung der deutſchen Reichsverfaſſung nach und nach faſt alle Gattungen von Schutzvogteyen ſelbſt erloſchen ſind.

§. 1335.

Urſprung der Advocatien.

Der Urſprung der Advocatien iſt ohne allen Zweifel in denjenigen Zeiten zu ſuchen, da die Biſchöfe, Aebte ꝛc. anfiengen, ganze Dörfer, Städte, Land und Leute, und zwar nicht nur die Nutzungen davon, ſondern auch die Gerichtsbarkeit und andere Regalien darüber zuerhalten; Indem ſie ſich aber forthin ein Gewiſſen machten, ſich ſo viel in die weltliche Dinge zu miſchen, oder gar die Würde des Landesherrn als ihr Hauptwerk anzuſehen, die geiſtliche Verrichtungen aber als ein Nebenwerk zu behandeln, und an ihre Vicarien, Weihbiſchöffe, und Officialen zu hängen, 1) ſo muſten ſie jemand haben, welcher das, was dem geiſtlich- und Biſchöflichen Stande wenigſtens nach der Apoſtoliſchen Inſtitution damals ſo wenig, als noch heutzutag anſtehet, beſorgte, und dieſes vollbrachten die Stiftsadvocaten, und Vögte.

§. 1336.

1) Moſ. Staatsr. Thl. 12. S. 305.

§. 1336.

Jn den mittleren unglücklichen Zeiten Deutſchlands kam noch eine neue Urſache hinzu, welche die Advocatien nöthig machte. Die überhand genommene Befehdungen in Deutſchland ſezte den geiſtlichen Stiftern und Gütern ſo empfindlich als den weltlichen zu. Die mehreſten Biſchöfe und Stifter machten ſich immerfort noch ein Gewiſſen in einer Hand den Hirtenſtab, oder das Brevier, und in der andern den Degen zu haben. Manchmal fanden ſie ſich auch zu ſchwach, Gewalt, mit Gewalt zu vertreiben. Für dieſes ſollte und muſte nun ihr Schutzherr ſorgen. Nothwendigkeit derſelben in ſpäteren Zeiten.

Die Kaiſer waren zwar ſchon die geborne Schutzherren der Stifter. Allein öfter eben ſo unmächtig Schutz zu leiſten, als ſie deſſen ſelbſt bedurften. Manchmal zu weit entfernet, um dem Unheil durch ihren Schutz abzuhelfen. Es war hiemit nichts übrig, als daß die Kaiſer entweder aus eigenem Erkenntniß der Nothwendigkeit, oder auf Anſuchen der Stifter ihren Advocaten, oder vielmehr Subadvocaten gaben, oder den Stiftern ſelbſt überlieſen, ſolche nach ihrem Gefallen zu wählen. Alles dieſes wird in der Folge durch Beyſpiele dargethan werden.

§. 1337.

Die Geiſtlichen Stände durften ſich nicht ſo ſehr in weltliche Sachen miſchen, als wir heut zu Tage. Deßwegen waren auch die Biſchöfe und Aebte ihrem Beruf mehr ähnlich. Ihre Vögte (Advocati) muſten die Jurisdiction ausüben, die Geiſtlichen bey ihren Rechten ſchützen, und ſelbſt die Kriegsvölker, die dem König zugeſchickt wurden, auch anführen. z) Von den Vögten überhaupt.

Sie

z) Von daher nennte man die Vögte auch Signiferos. Schannat. hiſt. Feld. S. 74. in einer Urkunde bey Hontheim, n. 165. S. 285. heißt es. Sigibodo (der Advocatus war) venerabilis eiusdem eccleſiae ſignifero. Staat von Salzburg. S. 68.

Sie hielten 2) und dreymal mit ihren Schöppen Gericht, und hatten Zölle, die Nutzungen von einigen Gütern zur Beſoldung. 3) Daher kommt es, daß noch manches fürſtliches Hauß in einigen Stiftern gewiſſe Regalien ausübt, die es auf ſolche Art erlangt hatte. Sie wurden manchmal bey Hochſtiftern, welche über ihre Güter, Beſitzungen und Unterthanen die Jura Comitatus, nehmlich eine gänzliche Unabhängigkeit von der gräflichen Gewalt, und eine der gräflichen Gerichtsbarkeit erhalten hat, auch Grafen, Stiftsgrafen genannt. 4) Der Hauptvogt hatte gemeiniglich noch ein, oder mehrere für die einzelnen beträchtlichen Güter der Kirche unter ſich. 5) Oefters war das Amt, eines Vogts, wie ſich in der Folge zeigen wird, erblich oder mit einer herzoglich- oder gräflichen Würde verknüpft, weil man gerne Wohlthäter des Stifts oder Perſonen aus reichen Familien zu Schutzvögten haben wollte. Wie das Amt der Vögte verſchieden war, ſo war es auch die Würde des Vogts. 6) Die klärſten Begriffe von den Vogteyen überhaupt ſind uns aus einer vortreflichen Abhandlung 7) bekannt geworden.

§. 1338.

Von Gerichtsvögten.

Die Gerichtsvögte (advocati forenſes) waren in dem Alterthum der deutſchen Kirche ſchon bekannt. Ihrer Beſtimmung nach muſten ſie für den Schutz der Kirchen-Angelegenheiten, ihrer Gerechtſamen, und Beſitzungen ſorgen. Sie waren diejenigen, die in Streitigkeiten der Biſchöfe und Aebte ihre Stelle bey

3) Miraeus op. dipl. hiſt. tom. 1. S. 42.
4) Hontheim. l. c. S. 282.
5) Schannat. l. c. S. 75.
6) Galiade de advoc. eccleſ. diſſ. in Schmidtii theſſ. diſs. tom. 5. S. 457
7) Von Trölſch Gedanken von dem ächten Begriffe und Grund der Unmittelbarkeit und Territorialrechte. Frankf. u. Leipz. 1786. 8. — S. 80 — 98.

bey Gericht vertreten muſten, 8) und wurden daher auch vicedomini genennt. Wiewohl dieſe auch den Unterthanen ſtatt der Biſchöfe und Aebte Recht ſprechen muſten. 9) Sie zogen auch die canonicos hierzu bey. Nachdem man ſich aber dieſer Vögte nach und nach entlediget, die Biſchöfe, und geiſtliche Vorſteher ſelbſt öfter Gericht gehalten haben, ſo wurden die biſchöfliche Gerichte mit ihren Landſaſſen und vornehmlich den adelichen Dienſtleuten beſetzt, und der Vicedominus kommt noch jetzt als ein Oberbeamter in den Stiftern vor. Selbſt, wenn eine Familie in den Stiftern ein ſolches Vicedom- oder Schultheiſenamt, deren nicht nur die bloße Gerichtsbarkeit ſondern das Recht in Policey auch Criminalſachen, 10) und anderen Regierungsgeſchäften beſonders in biſchöflichen Städten Verfügungen zu machen anklebte, 11) erblich hergebracht hatte, ſo ſuchten die Stifter ſich hievon loszumachen. Biſchof Conrad zu Hildesheim erlangte auf dieſe Art die Advocatie in der Stadt von des Stifts Cämmerer durch ein Summe Gelds. 12) Abt Cuno zu Ellwangen nahm 1198. den Graf Ludwig Oettingen zum Schutzherrn des Stifts an, und übertrug ihm zugleich die Vogtey über die Stadt, und das ganze Stifts-

8) Aus den Capit. Caroli M. zeigt e. Lehmann L. IV. c. 3. — Wenn Sachen ſich zu tragen, daß der Biſchof, oder Geiſtliche wieder Weltliche von Adel, oder andere zu Klagen gehabt, iſt der Vogt, oder deſſen hierzu Beſtellter in derſelben Nahmen vor den Grafen, oder Gericht kommen, und hat die Klag fürgetragen, und erörtert.

9) Das Capit. XI. Caroli M. l. 3. und der can. 50. concil. mog. befelen: omnes epiſcopi, abbates, et cunctus clerus jubentur, vicedominos habere bonos, non malos, non crudeles, non cupidos lucri non per juros, non falſitatem amantes, ſed deum trientes, et in omnibus juſtitiam amantes.
Honaſ. in V. et n. diſcipl. p. 3. l. 2. c. 55.

10) Strubens. Nebenſt. Thl. 1. S. 57. 509.

11) Leg. Caroli M. in cap. Jur. germ. S. 1136.

12) Leibniz rer. brunsv. tom. 1. S. 751.

Stiftsland (§. 637.) das Stift machte ſich aber durch eine Kaufſumme von 230 Goldgulden 1381. davon los. 13) Dergleichen Beyſpiele findet man noch von mehr andern Stiftsvogteyen.

§. 1339.

Allgemeine Bedeutung des Worts Schutzherr.

Der Schutzherr, oder Advocatus einer Kirche, iſt nach dem allgemeinen Verſtande eine weltliche Perſon, welche aus einer gerechten Urſach zur Schutz- und Hülfsleiſtung von einer Kirche verlangt wird. der Schutzherr nimmt hierdurch gewiſſe Pflichten auf ſich, erhält aber dagegen auch einige Rechte.

Man begehrte dergleichen Schutzherren aus unterſchiedlichen Urſachen. a) Zur Abmachung weltlicher Gerichtshändel, b) zu Verwaltung der innerlichen, und äußerlichen Stiftsöconomie, und endlich c) zu Beſchützung der Kirche und ihrer Güter gegen alle ungerechte Anfälle.

Die Advocatie wegen den zwey erſtern Urſachen, ward insgemein die friedliche, (Fogata) die wegen letzterer aber die **bewaffnete** (ſagata et armata) genennt.

Zu der **erſten** gehören die Gerichtsvögte, Vicedomini, Kaſtenvögte, zu der **zweyten** hingegen die Schutz- und Schirmvögte.

§. 1340.

Kaſtenvögte.

Eine ganz andere Art von Vögten waren die ſogenannte Kaſtenvögte der deutſchen Stifter. Die geiſtliche Oeconomie ward in die innere, und äuſſerliche abgetheilt. 14) Zu jener gehörte die Beſorgung alles deſſen was in dem gemeinſchaftlichen Leben des

13) Lünig Spic. eccl. Thl. 3. S. 223. Materialien zur Oetting. Geſchichte. B. 2. S. 51.
14) Gallade. l. c. S. 459.

des Stiftsclerus zu Koſt, Trunk, Wohnung, Stall, und Kleidung erfordert wurde, und dieſes muſte der Oeconomus beſorgen. Zu dieſer aber, ward alles, was Gülten, Zinſen, Früchten, Nutzungen, Güter und Rechte betraf gezogen, und die Verwaltung hatte der Kaſtenvogt. Sehr wahrſcheinlich waren auch die Kaſtenvögte von einander in vielen Stiftern unterſchieden; der Kaſtenvogt muſte die Zehenden, in welchen Anfangs die gröſte Einkünfte der Stifter beſtunden, ſomit den Fruchtkaſten beſorgen. Er unterſchied ſich von dem vorher beſchriebenen Gerichtsvogte. 15) Allein da man in Stiftern öfter gerne, wie es heuzutag geſchieht, öconomiſch dachte, und die Aemter vereinigte, ſo kommt der Gerichts- und Kaſtenvogt bey manchem Stifte in einer Perſon, und Benennung vor. Die Kaſtenvogtey wurde auch bey einigen Stiftern von vornehmen Fürſten verwaltet. Unter dem Erzbiſchof Balduin zu Salzburg hat K. Heinrich IV. dem Markgrafen Ernſt in Oeſterreich 1058. ſchon die Kaſtenvogtey über die Stifter Salzburg und Paſſau aufgetragen. 16) Den Stiftern wurden die Kaſtenvögte von den Kaiſern doch nicht ſo vielfältig, als die Schutz- und Schirmvögte geſetzt. Indeſſen bekamen die Stifter auch an den Kaſtenvögten bald genug. Sie machten ſich derſelben los, weil die Kaſtenvögte vielleicht ſelbſt den Kaſten zu viel heimgeſucht, 17) oder überhaupt die Selbſtverwaltung auch ſchon damals beſſer, als die fremde gefiel.

§. 1341.

15) Man kann es daraus erſehen, daß Kaſten- und Gerichtsvogt zweyerley Aemter waren, weil erſteres bey den vielen Veränderungen, welche in den Stiftern vorgiengen, von den Archidiakonen beſorgt wurde. Gallade. l. c. S. 460. — hoc munus oeconomiae advocatiae labentibus annis ad archidiacones pervenit, et non modica illorum officii pars erat, conſtat hoc ex ſevero ſulpitio etc.

16) Staat von Salzb. S. 133.

17) Gallade. l. c. S. 463.

§. 1341.

Schutz- und Schirm-Herren.

Die Haupt- und vornehmſte Gattung der Advocaten waren ſowohl in dem erſten, als Mittelalter der deutſchen Kirchen, die Schutz- und Schirmvögte, oder *defenſores*. Man traf dieſe Schutzherren nicht nur in der Orientaliſch- ſondern auch in der Occidentaliſchen Kirche an. Die Haupteintheilung beſtehet in der allgemeinen und Majeſtätiſchen Schutz- und Schirmherrſchaft über die ganze Chriſtenheit, und über das Oberhaupt der Römiſch-catholiſchen Kirche, und in der beſonderen über einzelne Kirchen, und Clöſter derſelben.

Auch die allgemeine Schutzherrſchaft unterſcheidet von der Majeſtätiſchen darinnen, daß dieſe ſich nur in dem weltlichen Territorio eines Advocaten ſich einſchränket, und nicht auf die Kirchen auſſer deſſen Landen ſich erſtreckt: Die Allgemeine Majeſtätiſche hingegen auch gegen auswärtige Mächte ausgeübt wird. Aus dieſem ergibt ſich, daß ſowohl der allgemeine als Majeſtätiſche Schutz dem Kaiſer, Könige, und Fürſten zuſtändig, und ſie ſolchen vermög ihres Regentenamts Gott, und der Kirche auch ſchuldig ſeyn.

§. 1342.

Kaiſerlicher Schutz.

Daß der deutſche Kaiſer nicht nur über die Römiſche Catholiſche Kirche, ſondern über alle deutſche insgeſamt der oberſte Advocat, Schutz- und Schirmherr, und defenſor natus eccleſiae ſey, iſt bereits im 25. Cap. §§. 721. — 736. gezeigt worden; und daß dieſe oberſte Advocatie von Juſtinian, bis auf Carl den Großen, alle Kaiſer ſowohl über die orientaliſchen, als von Carl den Großen bis auf die gegenwärtige Zeiten über die occidentaliſche und deutſchen Kir-

Kirche ausgeübet haben, hievon gibt Gallade 18) von Kaiſer zu Kaiſer die klaren Beweiſe, und ſeit Errichtung der Wahlcapitulation iſt das allgemeine Majeſtätiſche Schutzrecht dem Kaiſer über die allgemeine Römiſche catholiſche und deutſche Kirche gar nicht mehr bezweifelt worden. 19) Auch was zu der oberſten-Kirchen Advocatie des Kaiſers gehört, hab ich in obgedachtem Capitel ſchon gezeiget.

§. 1343.

Der Pabſt kann zwar aus der Vollkommenheit ſeiner Kirchenoberhauptlichen Macht, die deutſche Stifter in ſeinen beſondern geiſtlichen Schutz nehmen, wie die Kaiſer ihnen öfters durch Urkunden einen beſondern Schutz ertheilten. Allein der päbſtliche Schutz darf ſich nicht auf die Weltlichkeit der deutſchen Reichsſtifter, und Klöſter beziehen. Daß die Päbſte vor einigen Jahrhunderten auch mit ihren Schutzertheilungen zu weit gegangen, zeigen die Beſchwerden der deutſchen Nation vom J. 1523. da es in den 100. Gravaminibus, n. 13. heiſet: inſuper et hoc moliuntur ſummi Pontifices, Monaſteria aliquot eximendo, ut ab epiſcoporum eorum ſcilicet ordinariorum ac defenſorum Protectorumque aliorum jurisdictione ita exemti, reddantur immunes, immediate que ſubjaceant ſedi apoſtolicae: quae res non tantum praedictis ipſorum Ordinariis ac defenſoribus, ſed et toti Romano imperio cedit

Päbſtliche Schutzertheilung.

18) L. c. l. 2. S. 463 — 499.

19) Die Veränderungen in der Wahlcapitullation wegen dem kaiſerlichen Schutz über die ganze Chriſtenheit und den Stuhl zu Rom, betreffen nur die Religionsfreyheit der Proteſtanten. Selbſt der oberſte Schutz des Kaiſers über die proteſtantiſche Stifter wird nicht verkennt, in ſo ferne er ihre Religionsfreyheit nicht kränkt. Schweder in diſſ. de advocatia ab imperatore proteſtantium non minus, quam Rs catholicis aequali jure praeſtanda.

cedit in jacturam, tam quando collatio pecuniaria pro imperii neceſſitate, virtim imperii ſtatibus indicitur. Ita enim fit, ut ipſi, per ſe ab oneribus publicis exemti, immunitate ſua gaudeant, de hinc etiam auxiliares manus Epiſcopis ac defenſoribus ſuis, quod ante hac facere neceſſum habeant, non porrigant: per quam technam Romani imperii attenuantur nervi, ac decreſcunt plus juſto vires. Qua propter, et hic imperii Proceres ac ſtatus rogant, praefata onera exemtionum abroganda, tollenda, emendandaque, ac monaſteria haec Epiſcoporum, et defenſorum ordinariae Jurisdictioni relinquenda, ut vel inde imperium Romanum per ſedem apoſtolicam enervatum, vires priſtinas eo celeria, recuperare queat. 20)

Auſſer deme, was nun nicht in Anſehung der Exemtionsertheilungen noch geſündiget wird, hat der Römiſche Hof den Unfug der Schutz- und Schirmertheilungen auf weltliche Gegenſtände bereits ſelbſt eingeſehen, und mit ſolchen nachgegeben.

§. 1344.

Beſonderer Schutz einzelner Kirchen.

In welcher Art die Kaiſer von Carl G. bis faſt auf unſere Zeiten den deutſchen Kirchen ihren beſondern Schutz wiederfahren ließen, iſt (§. 724.) ſchon durch Beyſpiele gezeigt worden. Ich will nur ein und das andere, was hieher insbeſondere gehört, noch nachholen. Kaiſer Carl. G. begnadigte ſehr viele deutſche Kirchen, Stifter und Klöſter mit ſeinem beſondern Schutze. Er gab in einem dem Kloſter Utenbeuren ertheilten Schutzbriefe hievon die Urſach an. 21) Viele Kaiſer ſtifteten nicht nur verſchiedene

20) Moſer Staatsrecht. Thl. 11. C. 35. §. 65. S. 291.

21) Quoniam Principem ac defenſorem eccleſiarum nos fecit Dominus, ne ejus ingrati videamur munificentiae ſervitium augmentare, eccleſias multiplicitate, ſuper inceptis

ſchiedene deutſche Stifter und Klöſter, und wurden hierdurch zu Ertheilung des beſondern Schutzes berechtigt: Nach Carl des Großen Zeiten wurden die Schutzherren der Stifter und Klöſter erſt bekannt, weil er denſelben, wie inſonderheit aus einem Beyſpiel des Hochſtifts Minden erhellet, viele Miniſterialen ſchenkte, mit dem Ausdruck: eccleſia ſuas habent defenſores. 22) Dieſem Beyſpiele folgten ſonach aus gleicher Urſache mehrere Kaiſer, und es ward allgemein für Recht, und billig, und zwar bis auf gegenwärtige Zeiten erkannt (§. 722.) die Kirchen zu ſchützen. Dieſes bewähren ſo viele Reichsgeſetze, und inſonderheit die kaiſerliche Wahlcapitulation ohne weitere Ausführung.

§. 1345.

Sobald die deutſchen Stifter an Landen, und Leuten ſelbſt groß und mächtig zu werden anfiengen, verlohr ſowohl das Advocatie Recht der Kaiſer, und anderer Fürſten ſchon vieles. Doch konnten ſich die Stifter gegen die Wuth der damaligen Befehdungen noch nicht genugſam ſchützen. Nothwendigkeit trat hiebey ein einen Advocaten anzunehmen, und die Politik, um einen mächtigen Nachbarn, der Advocat war, durch die Schutzaufkündigung nicht zu beleidigen, erforderte, daß man ihn beybehielt. Der Kaiſer war zwar, und blieb aller Stifter oberſter Advocat, und Schutzherr. Allein der Subadvocat übte auch aus zweyfachen Betrachte ein Majeſtätiſches Schutzrecht aus; *a)* indem die weltlichen Fürſten ſelbſt einſahen, daß ſie aus einer gleichſam urſprünglichen Gewalt, die in ihren Ländern gelegnen Stifter zu ſchützen, Subadvocaten der Stifter.

tis et conſtantis bene ac opportune, ne poſthac deſtruantur, poteſtati regali convenit tuitionem impertiri. Mägerus a Schönberg. de advocat. armata. c. 5. n. 409.

22) Michelbeck. hiſt. fns. tom. 1. S. 85.

ſchützen, berechtiget ſeyn; 23) und *b*) indem ſie ſowohl von den Kaiſern hierzu berufen, als auch von einigen Stiftern ſelbſt erkieſen, und die Schutzherrſchaft ihnen als eine Gattung Rechts auszuüben übertragen wurde. Daher kam es, daß die mehrſten Stifter ihre eigene und einzelne Advocaten erhielten. Ich will nur die mir bekannt gewordene Advocatie anführen.

§. 1346.

Beyſpiele Die erbliche Schutzgerechtigkeit über das Erzſtift Salzburg gab K. Heinrich IV. 1058. dem Markgrafen Erneſt von Oeſterreich, wovon derſelbe und ſeine Nachkommen an den Einkünften des Erzſtifts Theil nehmen ſollen. 24) In dem bekannten Privilegio K. Karl V. für das Hauß Oeſterreich heißt es „Er (Herzog zu Oeſterreich) iſt gelegen und „geſetzt an einem End der Chriſtenheit, und zu aller „Zeit vermahnet er über die Werk unſers Herrn Je„ſu Chriſti: darum ſeynd ihm vom Reich zu Hülfe „und Beyſtand gegeben, und verliehen Salzburg „und Paſſau, — alſo daß der Fürſt von Oeſter„reich und ſeine Nachkommen, und das Land Oeſter„reich über die bemeldten Stift Vögt und Herrn „ſeyn ſollen.“ 25)

Die Herzoge in Baiern, welche vor dem Interregno wegen dem mit Augsburg ehemals vereinigt geweſenen Stift Neuburg über das Bißthum Aug-

23) Meine Gedanken über die gründliche Entwickelung der Diſpens und Nunciaturſtreitigkeiten. S. 199.
24) Lünig. Spicil. eccl. Thl. S. 3. Lacius de republ. rom. L. 12. Sect. 6. S. 1034. Magerus L. c. n. 373.
25) Staat von Salzb. L. c. S. 153. 158. Das Erzſtift ſcheint es aber nicht zuzugeben. Nachrichten von Juvaien S. 484.

Augsburg die Schutz und Schirmvogtey ausgeübt, ſagten erſt 1270 demſelben ab. 26)

Das Hochſtift Brixen ſteht unter des Erzhauſes Oeſterreich, als Grafens von Tyrol, Erbadvocatie, wie es aus Herzog Wilhelms zu Oeſterreich Befehle an ſeine Hauptleute von J. 1402 zu erſehen iſt. 27)

Auf gleiche Art iſt das Hochſtift Trient dem Erzhaus Oeſterreich mit dem Schutz- und Schirmrechte verwandt, welches ſich aus der Verſchreibung Biſchofs Albrechts und ſeines Capitels vom J. 1363. entnehmen läßt. 28)

Von der öſterreichiſchen Advocatie über das Hochſtift Paſſau ward ſchon oben bey Salzburg Meldung gethan.

Das Hochſtift Regensburg erkannte in denen mit Baiern 1587. eingegangenen Concordaten daſſelbige für den Protectorem eccleſiae. 29)

Pfalzgraf Conrad übernahm aus bloßem Religionstrieb die Advocatie der Kirchen Trier, Straßburg, Würzburg, Fuld, Weißenburg, und inſonderheit auch von Worms freywillig über ſich: das Hochſtift Worms gab ihm zur Erkenntlichkeit ſogar das Schloß Heidelberg, und die Cometie Stahlbohel mit allen Zugehörungen als ein Advocatielehen, welches er all- ſeiner Weigerung ungeachtet annehmen muſte. 30)

Die Advocatie über das fürſtliche Stift Ellwangen hatten im 12ten J. Hundert die Grafen von

26) Moſer Augsburg. Staatsrecht. S. 42. Baiern legte deswegen auf dem Gaißberg bey Füßen ein Schloß an, welches 1292. geſchleift wurde. S[illegible]au Thl. 19. S. 168.
27) Lünig. Spicil. eccl. Thl. 2. S. 1090.
28) L. c. Fortſ. Thl. 3. S. 1227.
29) Moſers Staatsrechts. Thl. 12. S. 309.
30) Tolneri hiſt. palatina c. 2. S. 31.

Oettingen. (§. 637.) Der nexus ward aber wiederum aufgehoben.

Die in actis publicis 31) vorkommende 2. Reverſe von Biſchof Nicodemo zu Freyſingen vom J. 1422. beſtättigen vollkommen, daß das Erzhaus Oeſterreich über die in ſeinen Landen gelegene Freyſingiſche Güter die Advocatie hergebracht habe.

Das Hochſtift Regensburg erkannte von jeher das Haus Baiern als ſeinen Protectorem eccleſiae: dieſes läſt ſich aus der Anweſenheit eines Wahlgeſandtens bey den Biſchofswahlen abnehmen. 32)

Daß das Stift Prüm ehedeſſen auch Advocaten, und Subadvocaten gehabt habe, zeigt die Geſchichte dieſes Stifts, und der Bedruckungen, ſo es von ſelben auszuſtehen hatte (§. 641.) K. Heinrich IV. hielt 1102. ſogar über den Advocaten Gericht. 33)

Das Hochſtift Speyer ſteht in ewigem Churpfälziſchen Schutze, die Bedingungen von 1462. hierüber ſind Reichsacten kündig. 34)

Bamberg hatte ſchon 1160 einen Advocatum burgii Babenbergenſis an dem Rapato von Abenberg. 35)

Das Hochſtift Straßburg war auch nicht ohne Schutzherren, weil K. Karl *IV.* ſchon 1370. dem Magiſtrat befahl, daß er die conſervatores des von ihm in beſondern Schutz und Pflege genommenen Hochſtift Straßburg möglichſt ſecundiren ſolle. 36)

Da das Stift Hildesheim von den Räubern 1362. zu hart mitgenommen wurde, ſuchte Biſchof Heinrich *III.* bey dem Kaiſer Hülf, der den Heinrich

31) Lünig. Spicil. eccl. Thl. 2. S. 152.
32) Deutſche Miniſterialzeitung. J. 1790.
33) Hontheim. hiſt. trev. dipl. tom. 1. S. 479.
34) Lünig. R. A. ſpicil. eccl. Part. ſpec. unter Pfalz. S. 619.
35) Fabri Staatskanzl. Thl. 48. S. 683.
36) Lünig. Spicil. eccl. Thl. 2. S. 885.

rich Grafen von Spiegel, den Biſchof zu Paderborn, den Herzogen von Sachſen, und Erzbiſchof zu Magdeburg zu Beſchützern, und Vertheidigern der Kirche Hildesheim aufſtellte, welche die Räuber auch vertilgten. 37) Inzwiſchen kommt in einer Deduction von 1771. bey dem Reichstag vor, daß das Haus Braunſchweig von 3. Seculis her die Schutzherrſchaft über die Stadt Hildesheim gehabt, und ſich ſolche, bey der 1642. und 1643. geſchehenen Güter = Reſtitution vorbehalten habe. 38) Die Schutzherrſchaft über das Stift hörte (§. 622.) ſchon früher auf.

Erzbiſchof Gerhard zu Maynz erhielte 1292. von dem Kaiſer die Advocatie über Lohnſtein, und andere Oerter. 39)

Unter allen Stiftern hat keines wohl ſo viele Schutzherren gehabt, als das Hochſtift Fuld. Erzbiſchof Werhner zu Maynz war zwey Jahr lang fuldaiſcher Schutzherr. 40) Die übrige Schutzherren ſind in dem Codice diplomatico fuldenſi 41) angezeigt.

Die Erbvogtey über das Erzſtift Cölln müſſen vor Zeiten, wie aus einer Deduction erhellet, die Grafen von Bentheim gehabt haben. 42)

Die Advocatie über Trier, welche Pfalzgraf Heinrich 1197. dem Erzſtift wieder anheimgelaſſen, wird durch eine bewährte Urkunde 43) beſtätigt.

 Ueber

37) Godeau. Thl. 25. S. 109.
38) Fabri Staatsk Thl. 17. S. 168.
39) Ioann. rer. mog. tom. 1. S. 627.
40). Ibid. L. c. S. 618.
41) S. 114. 115. 132. 136. 137. 146. 148. 151. 163. 191. Schannati hiſt. fuld. S. 73.
42) Samml. der neu. Deduct. Thl. 8. S. 219.
43) Lünig. Spicil. eccl. Fortſ. Thl. 1. S. 215.

Ueber das Stift Weißenburg hat Pfalzgraf Conrad bey Rhein die Advocatie, wie oben gemeldet worden, gehabt. 44)

Die Schutzherrſchaft über das Hochſtift Würzburg muß auch in deſſen Händen nach Tollners Bericht geweſen ſeyn. 45) Das Wort Stiftsgraf, welches einige auch auf die Stiftsadvocatien begrifswidrig erſtreckt haben, zeigte nur einen Stiftsvaſallen an. In dieſer Maße ſollen die Grafen von Königſtein als Grafen von Wertheim nur Stiftsgrafen von Würzburg geworden ſeyn. 46)

Die Advocatie der gefürſteten Abtey Corvey kam von den Grafen von Daſel an die Biſchöfe zu Hildesheim, und von dieſen 1521. nebſt der Stadt Daſel an die Herzoge zu Braunſchweig, welche zu deſſen Anzeige jährlich an St. Veitstage durch einen Deputirten dem Abt einen ſilbernen Abtsſtab fürtragen und 2. Hirſche liefern laſſen; wiewohl auch die Landgrafen zu Heſſen vermöge eines 1434. beſchehenen Auftrags Anſprache an ſolche Advocatie machen, wogegen aber Braunſchweig einwendet, daß ſolcher Auftrag bey innerlichen Unruhen von dem Prior, und Probſt wider des Abts Willen mithin ungültig geſchehen ſey, auch dem Daſeliſchen ältern Recht nicht nachtheilig ſeyn könne. 47)

In der Particular Geſchichte der Stifter kommt noch ſehr vieles von der Advocatie und den Schutzherrſchaften vor, welche über einzelne Güter und Beſitzungen der Stifter verſchiedenen Fürſten, und Herren theils von den Kaiſern, theils von den Stiftern ſelbſt übertragen worden, (§§. 611 — 644.) nachher aber größtentheils erloſchen ſind.

1347.

44) Tollner, L. c. S. 31.
45) L. c. S. 31.
46) Pitters auserleſene Rechtsfälle. B. 2. S. 119.
47) Moſers Staatsr. Thl. 12. S. 309.

§. 1347.

Es beſtehen zwar heutzutag in verſchiedenen Stiftern noch Advocatien; dann alle ſind nicht eingegangen. Die Politick, und auch Verträge machte, wie ich ſchon (§. 1344.) erwehnet, öfter die Beybehaltung zur Nothwendigkeit; Beſonders, wenn eine ewigdaurende Advocatie, wie bey dem Hochſtift Speyer bedungen wurde. Diejenige Advocatien, welche noch gegenwärtig bekannt ſind, kommen unter der Benennung der Erbvogteyen, Erbſchutzvogteyen und Erblichen Advocatie vor, weil die Succeſſores der weltlichen Fürſten Häuſer dieſe Advocatien, und davon abhangende Rechten, Jure ſucceſſionis erlangen, und ſelbſt ihre Vorfahren hieran durch Kauf, Tauſch, Teſtamente, oder Verträge ein perpetuirlich und dingliches Recht erlangt haben. Das Amt eines Erbſchutzherrn dürfte auch für einige Stifter, in denen es nach neuern Vorfallenheiten zu innerlichen Unruhen, und Stiftsvolksaufſtänden kam, nicht nur nützlich, ſondern auch für die Stifts-Advocaten ſelbſt wichtig, und bedeutend ſeyn; indem alle noch beſtehende Advocatien heutzutag unwiderruflich ſind, und die Stiftsadvocaten ſolche mit dem ganzen Complexu all = ihrer Regalien ſolche als Reichslehnbar erkennen, und durch die Reichsbelehnungen beſtättigt erhalten. Erbſchutzherrſchaft

§. 1348.

Ueberhaupt haben ſich die deutſchen Erz = und Hochſtifter von den Advocatien gröſtentheils dergeſtalten losgemacht, daß man hierüber nur ſehr wenige Streitigkeiten mehr in actis publicis antrift. Erbſchutzſtreitigkeiten.

Eine der bekannteſten iſt immer die Fürther Vogteyſache. Bey Pütter 48) ließt man hievon

S 5 „folgen-

48) Auserleſene Rechtsfälle B. 2. S. 583.

„folgendes: Dann wird zwiſchen Bamberg an ei„nem und Anſpach und den Fürthern am andern „Theil über den Verſtand der für die Domprobſtey „geſtifteten Vogtey geſtritten; woraus Bamberg „eine Jurisdiction macht, und Anſpach, und Fürth „nur praeſtationes dominicules — Wie aber das „Haus Brandenburg nicht nur den Territorialſchutz, „ſondern auch noch einen beſondern Erbſchutz über „Fürth behauptet, wofür es jährlich von alten Zei„ten her einen gewiſſen Schutzhaber bekommen; „ſo haben die Fürſten ſchon zu Friederich I. und Al„berti Achillis Zeiten 1372 — 1486. Bey ſelbigen „als ihren natürlichen Schutzherrn dargegen Hülfe „geſucht, inſonderheit auch wegen der Eingriffe in „Gerichtsſachen. :c." Dieſe Streitigkeit, wovon noch anderwärts 49) ein mehrers vorkommt, hat hier kein ſonderheitliches Intereſſe, weil die Schutzherrſchaft über das Stift Bamberg nicht zum Vorwurf kommt.

Fuld hatte mit den Landgrafen von Thüringen wegen des Schutz und Schirms Streitigkeiten. Es kam aber 1338. ſchon zu einer Vereinigung. 50)

Von der Translation der Schutz und Schirmgerechtigkeit über das Stift Corvey, auf die Herzogen von Braunſchweig, hab ich (§. 1345.) ſchon die Streitigkeiten bemerket.

Wegen der Advocatie und Schirmrecht über verſchiedene Clöſter und Stifter entſtund zwiſchen Chur-Maynz und Pfalz ſchon 1344. ein heftiger Streit. 51) Auch dieſes gehört nicht unmittelbar hierher.

Eben ſo auch nicht der 1766. reaſumirte Rechtsſtreit des Cloſters Neuſtadt c. Würzburg puncto ſub-

49) Reuß deutſche Rechtsk. Thl. 4. S. 370.
50) Lünig. l. c. Fortſ. 1. S. 933.
51) Ioann. rer. mog. tom. 1. S. 659.

ſubjectionis et advocatiae. 52) Man ſieht aber hier⸗aus doch, daß die Stifter unter dem Schutztitel um ſich greiffen, wenn ſie können. Noch beſſer erhellet dieſes aber aus deme, was gleich folget.

§. 1349.

Der Urſachen, warum die Stifter ſich von allen Gattungen der Schutz und Schirm⸗ auch anderer Vogteyen loszumachen geſucht haben, ſind unter⸗ſchiedliche: Nach und nach wurde das Gewiſſen der geiſtlichen Reichsſtände etwas weiter. Man lernte den glücklichen Unterſchied zwiſchen dem Biſchofe, und Fürſten beſſer einſehen. Man fand, daß die Canones nur den Biſchof aber nicht den Fürſten feſſelten, wo noch eine Wunde im Gewiſſen übrig blieb, da legte man ein Päbſtlich⸗ oder Kaiſerliches Privilegium, einen Vertrag, eine Summe Geld, oder einen Tauſchcontract darauf, und der Schade ward geheilt. 53) Anfangs hieß es zwar: Herbipolis ſola unter den Biſchöfen, und Campidona ſola (unter den Aebten) judicat enſe, ſtola. Ihre Amts⸗brüder aber dachten, ſie wären im geiſtlichen und weltlichen ſo gut als jene, und ihr Geld machte die nehmliche Wirkung als der anderen ihres. Die Reichs⸗kanzeley war ſelbſt der Meinung. Hierdurch wur⸗den die Stiftsadvocaten als unnöthige Perſonen ge⸗halten.

Loßma⸗chung von Stifts⸗vogteyen.

Je mächtiger die Stifter wurden, je weniger bedurften ſie eines Schutzherrns, ſondern ſie ſchütz⸗ten ſich ſelber, und ertheilten öfter den weltlichen Fürſten noch ihren Schutz. 54) Die Bündnißge⸗ſchichte

52) Neueſte Staatsäcten. T. 5. S. 257.
53) Moſers Staatsrecht. Thl. 12. S. 306.
54) Heſſen nebſt Churtrier, und Pfalz eroberten 1541. das Schloß, und Stadt Cronberg, traten es aber an die Herren dieß Nahmens mit Vorbehalt des Schirmrechts wieder ab.

ſchichte der Stifter (§. 1018.) erweiſt es hinlänglich. Die weltlichen Fürſten waren oft ſelbſt froh, wenn ihre geiſtlichen Nachbaren nur ruhig blieben, und nicht um ſich grieſſen. Die Zeiten wurden durch den errichteten allgemeinen Landfrieden ruhiger, und ſicherer. Die Urſach die Schutzherrſchaft aufzukündigen war gerecht, und die Stifter benutzten ſolche, wo es aber nicht gehen wollte, donnerte man ſelbſt auch auf den Advocaten mit einem Bannfluche los, oder nahm den Pabſt zur Hand oder auch die Drohung einer kaiſerlichen Ungnade. Manchmal machten auch die ſtarke Schutz Unkoſten, ſo die Stifter zahlen muſten, ſie ganz maßleidig. 55) Bey vielen Stiftern machten ſich die weltliche Herren des Advocatierechts ſelbſt verluſtig; denn faſt alle Stifts Advocaten wurden mit Grund den Stiftern verhaßt; indem ſie gar oft ſelbſt die gefährlichſte Leute ihres Pflegbefohlenen Stifts waren, die mit den Stiftsgefällen und Landen als mit ihrem eigenen umgiengen, ihm bald da, bald dort unter mancherley Vorwand etwas abzwackten, oder es gar um Landeshoheit und Unmittelbarkeit brachten, oder durch den Anlaß der Advocatie doch zu einer Gattung von einiger Sklaverey durch Contributionen, Landesſchutzleiſtung, und Theilnahme an des Advocatens Kriegen, und Befehdungen nöthigten. 56) Dergleiₑ

ab. Fabri Staatsk. Thl. 74. S. 656. Das Hochſtift Augsburg ſoll von vielen Seculis her von dem Kaiſer und Reich die Straßenvogtey erſtlich als einen Pfandſchilling, und dann als ein Lehen erhalten haben. Moſers Augb. Staatsr. S. 93. die Königin Richeza in Polen eine geborne Pfalzgräfin bey Rhein begab ſich 1030. unter Erzbiſchofs Pilgrin zu Cölln zu Schutz. Lünig. R. A. Fortſ. Thl. 1. S. 324. Doch, da das Frauenzimmer in Stiftern gar gerne Schutz ſuchte, und fand, ſo macht dieſes nur einen acceſſoriſchen Beweis.

55) Revers des Kapituls zu Paſſau wegen den Erſatz ſolcher Unkoſten an Oeſterreich vom J. 1388. Bey Lünig. R. A. Spicil. Thl. 2. S. 801.

56) Biſchofs Albrechts, und ſeines Domkapituls Verſchreibung gegen die Herzoge Albrecht, und Leopold zu Oeſterreich

gleichen Beſchwerden waren noch ſeit wenigen Jahren eine Beſchäftigung des Reichstags, und ſcheinen als ein eingewurzeltes Uebel auch unheilbar zu ſeyn. Es war alſo kein Wunder, wenn ſich die Stifter aus einem Nothdrange, und kluger Vorſicht der Advocatien losmachten. Für ganz unſchuldig dürften zwar die Stifter ſich über dieſe Advocatie Laſt nicht halten, denn ſie machten es ihren Schutzbefohlenen eben auch ſo. Die deutſche Reichsſtädte können in ihrer Geſchichte noch ungeheilte Wunden hievon aufzeigen.

Alles dieſes läſt ſich zum theil ſchon aus der Particularſtifter erſehen. Ich trage aber noch einige zu dieſem §. insbeſondere gehörige Geſchichtsbeweiſe nach.

Biſchof Otto I. zu Freißingen befreyte ſich ſchon 1143. durch einen kaiſerlichen Gnaden Brief von dem beſchwerlichen Pfälziſchen Advocatie Rechte. 57) Pfalzgraf Otto gab zwar ſelbſt dem Domkapitul einen Vogtey Exemtionsbrief im J. 1235, weil er die Beſchwerde einſah. 58)

Herzog Wilhelm zu Braunſchweig und Lüneburg reverſirte ſich 1488, daß er die ihm übertragene Vogtey über das Stift Corvey nicht eher als nach des Grafens Moriz zu Pyrmont Tod verwalten wolle. 59)

Kaiſer Friederich *I.* befreyte 1155. das Hochſtift Coſtanz gegen alle Vogteyen, wie der Auszug des diplomatis 60) zeigt.

Erz-

reich als Grafen zu Tyrol, daß ſie ihnen als ihren Schutzherrn treulich wollen beholfen ſeyn, Von J. 1365. Bey Lünig. Spicil. eccl Fortſ. 3. S. 1228.

57) Meichelbeck tom. 1, S. 327.

58) Lünig. L. c. Fortſ. 1. S. 518.

59) l. c. S. 910.

60) Moſers Coſtanz. Staatsr. S. 46.

Erzbiſchof Johann zu Trier befahl unter der Straf der Excommunication, daß weder ein Pfalzgraf, noch einer ſeiner Nachfolger ſich unterſtehe die Advocatie über die Stadt, und trieriſche Kirche jemand zu Lehen geben: niſi indignationem dei omnipotentis, et Sententiam excommunicationis incurrere velit. Der Pfalzgraf reſignirte daher 1197. demſelben die Advocatie vollkommen. 61)

Kaiſer Friederich *II.* ertheilte 1220. dem Hochſtift Hildesheim die Freyheit, daß es ſeine Kirchenvögte abſetzen möge, und von derſelben Anforderung befreyt ſeyn ſolle. 62)

Biſchof Ludwig zu Münſter kaufte den Grafen von Tecklenburg, von derer Haus er war, 1173 die Kaſtenvogtey ab, weil ſie dem Stift ſo überläſtig war. 63) Und zog das Wohl des Stifts jenem ſeiner eigenen Familie vor.

Pabſt Honorius *III.* gab dem Erzbiſchof Engelbert *I.* zu Cölln, und ſeinen Suffraganen 1220. durch ein Breve den Befehl, daß ſie die Advocatie über ihre Kirchen keinem weltlichen mehr anvertrauen ſollten. 64) Wer ſich abtreiben ließ, hörte für allezeit auf Advocat zu ſeyn.

Von Salzburg bemerkt Schrötter, 65) daß die Advocatie oder Obervogteygerechtſame „des Hauſes „Oeſterreich über Salzburg nicht nur von Kaiſer „Heinrich *IV.* im J. 1058. eingeraumt, ſondern „auch durch verſchiedene bey *Hanſiz* 66) angeführte „Verträge zwiſchen Oeſterreich und Salzburg be„kräftiget,

61) Hontheim hiſt. diplom. trev. tom. 1. S. 629.
62) Lünig. L. c. Thl. 2. S. 258.
63) Godeau L. c. Thl. 26. S. 83.
64) Lünig. L. c. Thl. 1. S. 341.
65) In dem Verſuch einer Oeſterr. Staatsgeſchichte. S. 188 und im Grundriſſe des Oeſterr. Staatsrechts Abſ. 15. §. 2.
66) In germ. Sac. tom. II. S. 444. 452. 531. 551.

„kräftiget, worunter beſonders der von Erzbiſchof
„Johann ausgeſtellte Revers vom J. 1481. merk-
„würdig ſey. Deßwegen werde noch heutzutage
„der bey den Erzbiſchofwahlen abzuordnende kaiſerli-
„che Commiſſarius auch von Seite des Erzhauſes an
„das Domkapitul accreditirt, und in der Vollmacht
„dieſe Gerechtſame, daß man von wegen der dem Erz-
„hauſe zukommenden Schutz- und Vogtey Ge-
„rechtſamen an dem Wohlſeyn, der Aufnahm, und
„Sicherheit des Erzſtifts ganz beſonderm Antheil
„nehme, klar ausgedruckt.“

Allein Salzburg will 67) dem Erzhauſe keine Erbſchutz Gerechtſame eingeſtehen. Es ſagte dagegen: die Stiftsadvocaten in ältern Zeiten wären nur Grafen 68) nachher aber größtentheils ſtiftiſche Beamten geweſen. Wenn auch Oeſterreich die Advocatie gehabt, ſo hab es ſolche niemal zur Ausübung gebracht, oder es heiſt ſo viel Salzburg habe derſelben nicht bedurft. Endlich bewieſen auch die Bündniſſe mit dem Erzhauß Oeſterreich inſonderheit vom J. 1314. daß der Advocatie nexus gänzlich aufgelößt ſey. 69)

Aus dieſen Beyſpielen ergibt ſich ſo ziemlich klar, auf welche verſchiedene Art die Stifter ſich der Vogteyen losgemacht haben. Meiner Meinung nach trugen die Bündniße immer vieles hierzu bey, aber das mehrſte wohl, daß die Stifter ſich ſelbſt Advocaten wählten, die freylich leichter als die kaiſerliche Subadvocaten abzudanken waren.

§. 1350.

Daß die Stifter ſelbſt nach und nach Schutz- und Schirmvögte ſich wählten, kann man aus der Ge- Auch die Stifter ſetzen Advocaten.

67) Abhandl. über den Staat von Salzburg Abſ. 4. §. 130.
68 Staat v. Salzburg. §. 130.
69 Die Nachrichten von Juvavien. S. 483. 84. geben noch mehrere Urſachen Widerlegungsweiß an.

Geſchichte des Erzſtifts Salzburg am beſten erſehen. Es heißt in der bekannten Abhandlung. 70) „Erz„biſchof Gebhard gab im J. 1060. deutlich zu erken„nen, daß er mit der öſterreichiſchen Advocatie über „das Hochſtift nichts zu thun haben wollte. Er ſtif„tete ſelbſt aus des Erzſtiftsgütern das Kloſter Ade„mont, und Reichersberg. Er legte den Grund zum „Bißthum Gurk in Kärnten, ohne daß er dabey „um eine andere Genehmigung auſſer des Pab„ſten, und Kaiſers ſich beworben. Er ſetzte über „erſtere zwey Klöſter, und zwar über jedem einen „Advocaten, und insbeſondere dem Kloſter Reichers„berg *principalem eccleſiae Iuvavienſis Advocatum*. „Schon im J. 1154. ſowohl in als nach den Zeiten „war principalis eccleſiae Iuvavienſis advocatus nicht „der Markgraf in Oeſterreich, ſondern der Graf von „Peilſtein dem zugleich die Vogtey über das Klo„ſter Reichersberg anvertraut worden iſt. 71) Er „und ſeines gleichen (heißt es weiter) hatten aber „ſehr wenig zu ſagen, da man ſogar in dem XII. „Jahrhundert aufgehört, die Hände der Advocaten „bey den Erzſtiftiſchen Traditionen beyzuziehen, als „welches nur in einer Formalität beſtand. In dem „*libro delegationum* et *traditionum rerum Salisbur„genſium* canonicorum von 1106 bis 1246. kommen „317. Traditionen vor, 72) ohne daß hiebey nur „eines advocati gedacht wurde. Alles kam auf die „Willkühr der Biſchöfe und Aebte an; wo dieſe „wollten, muſten die Advocaten ihre Hände, ſie „wollten, oder wollten nicht, dargeben:“

Man ſieht hieraus klar, daß, ſobald die Stifter ſelbſt anfiengen, ihre Advocaten zu ſetzen, dieſe auch von ihrem Anſehen und Gewalt faſt alles verloren haben.

70) Vom Staat des Erzſtifts Salzb. S. 159.
71) Juxta ibid. cit. monument. reigersb. S. 487. 465.
72) ſ. Abh. vom Staat von Salzb. §. 135. n. l. S. 161.

ben. Ich könnte zu Beſtärkung dieſes Satzes noch Beyſpiele aus mehreren Stiftern anführen, das angeführte iſt aber ſchon hinlänglich, beſonders, wenn man es mit dem Spho vergleicht.

§. 1351.

Die Advocatie gibt keine Jurisdiction ꝛc.

Es iſt zwar Geſchichtmäßig erprobt, daß alles, was die Stifter geſchenkt erhielten, kauften, oder tauſchten, per manus advocati geſchahe. Es hieß faſt in allen Urkunden vor dem 12ten Jahrhundert — tradidit antiſtes per manus advocati. 73) Dieſer Gebrauch aber (denn ein Recht war es niemals und konnte auch keines ſeyn) ließ aber gähling nach: „Hieran (heißt es in der obangezogenen Abhand„lung,) 74) war meiſtens der Uebermuth der Stifts„advocaten Urſach. Sie arteten gegen Mitte des „zwölften Jahrhundert, von ihrem Berufe, der bloß „in Schutz- und Schirmung, dann in einer Amts„verwaltung beſtund, gänzlich aus, und gaben zur „allgemeinen Klage, dermaſſen Anlaß, daß ihnen „endlich durch päbſtliche, und kaiſerliche Verordnun„gen Gränzen geſetzt, und das Gebot ertheilt wur„de, daß ſie die Advocatien nicht weiters verleihen, „die Stifts und Kloſtergüter unbetaſt laſſen, ſolche „vor allen widrigen Anfällen ſchützen, und dafür „mit einer gewiſſen Reichniß an Naturaldienſten, „und Bußgeldern, ſich begnügen ſollen.“

Einſchränkungen von dieſer Art werden bey ſehr vielen Stiftern gegen die Advocaten getroffen. Selbſt die Biſchöfe machten dergleichen. Biſchof Conrad *II.* zu Hildesheim traf zum Beſten ſeines Stifts 1244. ſchon ſolche Verfügungen. 75) K. Heinrich

73) Meichebeck hiſt. fris. t. 1. S. 233.
74) Vom Staate des Erzſt. Salzb. S. 164.
75) Godeau. L. c. Thl. 25. S. 93.

rich *IV*. hielt über den Kirchen Advocaten zu Prüm 1102 ſchon Gericht, weil er zu weit gieng, und beſtimmte alle ſeine Rechte, aber einige Gerichtsbarkeit ward ſowohl hierunter, als nirgend wo, einem Advocaten zugeſtanden. 76) Kaiſer Friederich I. ſchrieb dem Advocaten des Stiſts Ellwangen in der Urkunde vom J. 1152. ſeine Verhaltungsinſtruction ziemlich deutlich vor, wie ich (§. 637. n. 22.) ſchon vorläufig gemeldet habe. Es heißt in ſolcher: „Sed „liceat praefato abbati ſuis que ſucceſſoribus per ſuum „advocatum, pro ut ſibi placuerit, omnia ſua or„dinare, ipſi autem advocato ſuisque ſucceſſoribus „praecipimus, quatenus ſua ſit juſtitia contentus, „ſcilicet ut ter in anno cum duodecim equis tantum, „in ipſo loco exiſtens legale placitum habeat, ibi„que ſuum ſervitium, fidelicet duas victimas eum „ſuis appendiciis accipiat, aliter nihil ordinandum „vel agendum ſicat, niſi eum abbas pro aliqua „neceſſitate vocaverit.“

Dergleichen Verordnungen muſten freylich den Advocaten, die nichts mehr zu gebieten hatten, nicht gefallen, und die Loßkündigung, den Verkauf, oder Tauſch der Vogtey nach ſich ziehen, wie es auch an den mehreſten Orten geſchah. Man ließ den Advocaten in ältern Zeiten keine Gerichtsbarkeit, um ſo weniger auch etwas derſelben ähnliches in den neuern Zeiten, wenn nicht ſonderbare Verträge dem Advocaten hieran eine Theilnehmung geſtatteten. 77)

In der Geſchichte von Juvavien 78) heiſt es: „Es halten zwar einige Staatsrechtslehrer darvor, „die

76) Hontheim hiſt. trev. dipl. tom. 1. S. 479.
77) Gallade L. c. S. 499. ſchreibt. Advocatia tamen protectoria qualiscunque tam eccleſiaſtica, quam profana nullam advocato in protegendum clientem, eiusque bona, jura, ſubditos &c. jurisdictionem per ſe, et ratione ſui tribuit.
78) §. 392. S. 587.

„die Vogtey wäre die Juriſdiction ſelbſt — und „gleichſam davon untrennlich geweſen: dagegen gibt „es wiederum andere, welche nach dem deutſchen „Sprichwort: Schutz- und Schirm geben keine „Obrigkeit: Das Gegentheil in theſi behaupten. „In der Hypotheſe von den Gegenden des Erzſtifts „Salzburg zu ſprechen, möchte wohl auch mehr als „das erſtere zu behaupten ſeyn. Denn meiſtens wird „Gericht und Vogtey in den Urkunden ſeparirt, „und noch heutzutage werden von verſchiedenen adeli- „chen Grundherren Voit Dienſte ohne Juriſdiction „bezogen.“

Eben dieſes iſt auch die Hypotheſe der meiſten Stifter Deutſchlands: dann ſelbſt das Wort *regere* machte bey der Advocatie über die Stifter keine Unterwürfigkeits- oder Gerichtsbarkeitsfolge aus, 79) und wenn die Advocaten auch eine Gerichtsbarkeit hatten, ſo war ſie ihnen nur ſubordinirt- oder Verwaltungsweiſe anvertraut. Ueberhaupt kam man in dem 14ten Jahrhundert den Begriffen der Advocatie immer näher: Es erhellet ſolches aus einer merkwürdigen Stelle 80) da der Graf von Hohenberg 1338. ſagt: quod velit bona monaſterii in Bebenhuſen non ut advocatus eiusdem monaſterii, ſed tanquam ipſius promotor atque defenſor tueri et gubernare, nihil ſibi vel ſuis haeredibus per hoc jurisdictionis advocatiae monaſterii ſupra dicti uſurpans atque attrahens, quo quomodo. &c. —

§. 1352.

Nähere Beweiſe von den heutigen Erbſchutz-begriffen.

Daß die heutige Schutz- und Schirm Erbvogteyen keine Juriſdiction nach ſich ziehen, kann nicht beſſer dann durch Reichsgerichtliche Erkenntniſſe, worauf

79) Staat von Salzburg. S. 200.
80) Kritiſche Staatsbetrachtungen Thl. 4. St. 3. von der altklöſterlichen Advocatie. S. 158.

ich faſt alle meine Staatsrechtliche Sätze zu ſtützen gewohnt bin, dargethan werden.

In Sachen des Domkapitels zu Speyer c. den Freyherrn von Helmſtädt, und den Herrn Churfürſten von Pfalz reſcribirte an den letztern der Reichshofrath, 81) um welcher Geſtalt deſſen Regierung und Amt Bretten auch nach der Hand, als der vermeinte Verkauf des Helmſtädtiſchen dritten Theils ſich wirklich verſchlagen hatte, unter Vorſchützung einer über das ganze Ort Ober-Owisheim habenden Churpfälziſchen Schutzgerechtigkeit dem gedachten von Helmſtädt, und denen ihm anhängigen unruhigen Unterthanen alle Aſſiſſenz geleiſtet haben, wodurch dann erfolgt, daß impetrantiſches Domkapitul aller ſeiner jurium entſetzet, der von Helmſtädt aber ſammt den Unterthanen in ihrem Muthwillen geſteifet worden. Gleichwie nun die von beſagtem Domkapitul als unſtreitig ein Condomino pro duabus tertiis, angebrachte gravamina keine cauſae feudales, ſondern mere civiles ſeyen, ſodann die dem Kurfürſten nach dem Vergleiche von 1709. pro una tertia auf dem Helmſtädtiſchen Antheil etwa zukommende Schutz- und Schirmgerechtigkeit ihme bekanntlich von Rechtswegen nicht die geringſte jurisdiction zueigne mithin das Churpfälziſche forum keineswegs, ſondern die kaiſerl. allerhöchſte Gerichtbarkeit :c. —

Noch weit beſſer kann der Satz, daß die advocatia oder dermalige Erbſchutzvogtey keine jurisdiction in ſich begreiffen aus einem ſelbſt gegen eines der erſten deutſchen Erzſtifter ergangenen Reichshofräthlichen Erkenntniſſe dargethan werden.

Veneris 24 Septemb. 1762. Schönthal Reichsgottshaus c. den Churfürſten von Mainz, und deſſen Regierung puncto turbationis in poſſeſſione immemo-

81) Moſers Reichshofraths Concluſa. &c.

memoriali exemtionis et immedietatis wurde dem Churfürſten reſcribirt — wie demſelben nicht gebühret ſich ſelbſten hiebey zum Richter aufzuwerfen, aus dem von der allerhöchſten Vorfahrer an dem Reich verliehenen Schirmrecht eine ſogenannte advocatiam majeſtatica zu machen, und das Kloſter in ſeiner kundbaren herkömmlichen beſcheinigten Immedietät zu ſtören, eigenmächtig Strafen anzuſetzen, Arreſte anzulegen, mit Executionen zu drohen, und in allem dieſen ſich einige vollkommene Landesherrlichkeit anzumaſſen. 82)

Hieraus ergeben ſich alſo hauptſächlich dieſe ſtaatsrechtliche Reſultate.

1) Die heutigen Stifter haben keine wandelnde oder zeitliche, ſondern perpetuirliche Erbſchutz- und Schirmvögte.

2) Dieſe Erbvögte können ſich keiner andern Rechte anmaſſen, auſſer der bloſen Schutz- und Schirmgerechtigkeit, und der hievon abflieſſenden hergebrachten Nutzungen.

3) Die Ausübung der Erbvogtey-Rechte beſchränkt ſich ganz allein, entweder in dem Herkommen, oder in demjenigen, was klare Verträge ausweiſen.

4) Eine höhere Gerichtsbarkeit klebt der Erbvogtey weder in theſi noch hypotheſi an.

5) Wohl aber findet bey einigen Stiftern eine Gattung von konkurrenter Jurisdiction des Advocaten unter der Benennung Vogtgerichte, Vogtgeding ꝛc. und dergleichen ſtatt. Wiewohl ſelbſt dieſes letztere nur gar ſelten ſeine Abkunft von der Erbſchutzvogtey herleitet.

 6)

82) Deſſen Zuſätze zum Staatsrechte B. 3. S. 993.

6) Endlich bleibt das ſtaatsrechtliche Axiom Schutz und Schirm gibt keine Obrigkeit immer eine zuverläßige Maaßregel.

§. 1353.

Unterſchied zwiſchen dem Patronatrechte.

Das Schutz- und Schirmrecht iſt ſchon öfter mit dem Patronatrechte dermaſſen vermenget worden, daß es hierdurch in den deutſchen Stiftern zu ſtarken Colliſionen Anlas gab. Wenn man aber betrachtet, daß die Advocatie aus einer ganz anderen Quelle dann das Patronatrecht flieſſe, ſo können ſolche ſehr leicht gehoben werden. Die Advocatie rühret nach denen Vorausſetzungen entweder von kaiſerlichen Begnadigungen, Belehnungen, Wahlen und Verträgen her, das Patronatrecht hat aber ganz allein das bekannte Rechtsaxiom patronum faciunt dos, aedificatio fundus. 83) Manchmal gründet es ſich auch in Verträgen, Kauf, Tauſch, und einem uralten Herkommen. Selbſt die Pflichten und Rechte des Advocaten und Patronatsherrn ſind ſchon weſentlich unterſchieden. Jener hat die Kirche nur zu ſchützen, dieſer aber die Obliegenheit ſolche mit tauglichen Dienern zu verſehen. Der Zuſammenhang und die Verbindung der Advocatie, und Patronatrechte iſt freylich öfter, beſonders bey den deutſchen Stiftern ſehr eng, 84) und faſt untrennbar, weil ſich die Fundatorn der Kirchen zugleich zu Patronat- und Schirmherren ſehr vielfältig gemacht haben, wenn entweder kein anderer Advocat gleich ernannt, oder die Advocatie nicht insbeſondere ausgenommen wurde. 85) So-

83) Gloſſa in can. 26. XVI. 9. 7.

84) Böhmer in ſeiner obſerv. Iur. can. obſerv. 6. beleuchtet die Verbindung des Patronats, und Schutzrechts ſehr vortreflich.

85) Ein Beyſpiel von dem Baronen von der Lipp in einem diplom. bey Scheidio S. 202. zeigt es: a ſe donari jus patronatus eccleſiae in Lodhe monachis lucaenſibus, nul-
lamque

Sobald alſo die Frage vorkommt, ob das jus advocatiae mit dem Patronatrechte bey einer Kirche in den deutſchen Stiftern verbunden ſey? ſo iſt in der allgemeinen Regel darauf zu ſehen, ob der geiſtliche Stiftsvorſteher ſelbſt, oder ein fremder das Patronatrecht habe, im erſten Falle iſt die Vermuthung des Advocatierechts für den Stiftsvorſteher, und zwar in der Eigenſchaft des Landesherrn, weil ihm über die in ſeinem Land beſtehende Kirchen das Schutz- und Schirmrecht, wenn keine Verträge vorhanden ſind, aus der Weſenheit ſeines Daſeyns gebührt; im andern Falle muß aber der Patronus ſein vermeintliches Advocatierecht klar erweißlich machen, weil die praeſumtio fortior immer für den Landesherrn, als den Patronum, und beſonders für einen extraneum ſpricht.

§. 1354.

Von der ſubadvocatia majeſtatica, mit welcher die Erbſchutz- und Schirmvögte die Stifter von dem Kaiſer in dem complexu der Regalien belehnt werden, muß man auch die beſondere Advocaten wohl unterſcheiden, welche nur über eine einzelne Kirche, oder über einzelne Güter ein Schutz- und Schirmrecht erworben haben. Dieſe Schutzherren ſind eigentlich keine Subadvocaten, ſondern vielmehr Afteradvocaten, da ſie ihr Schutzrecht insgemein, wo nicht durch eine Afterbelehnung, doch von dem Landesherrn beſtättigt erhalten, oder ſich nur das Schutzrecht bey der Collation dieſer Güter mit ausdrücklich- oder ſtillſchweigender Bewilligung des Landesherrn und Subadvocaten vorbehalten haben. Dergleichen beſondere Advocaten (advocati manſorum) kommen ſehr vie- Und anderen Advocatien.

lamque ſibi aut haeredibus advocatiam, gardiam vel cuſtodiam ſeu jus proceſſionis, aut jus frequentationis vel aliud quodcunque jus, quomodo cenſeatur nomine, in eadem eccleſia reſervari.

viele in den alten Urkunden vor, 86) und Schannat 87) bemerkt, daß das Hochſtift Fuld auſſer ihrem Hauptadvocaten dem Grafen von Ziegenhein im 9ten Jahrhundert noch 18. beſondere Güterſchutzherren gehabt habe.

Allein dergleichen Afteradvocaten ſind den Stiftern insbeſondere zur großen Beſchwerde wegen ihren Exceſſen geweſen. Daher kam es, daß K. Friederich I. ſolche ſehr einſchränkte 88) und ſogar verbot, daß kein Stift, oder Kirche bey Verluſt ihres Schutz- und Schirmrechts einen ſolchen Subadvocaten annehme. 89) K. Conrad III. ſagte ſchon ſubadvocatus vero omnino interdicimus, quos etiam cummunis lex totius regni noſtri ab advocatiae juſtae judicio removet. 90) Selbſt die Concilien haben dergleichen Subadvocatien verworfen. 91) Erzbiſchof Eberhard zu Salzburg ſchreibt in einer Urkunde 92) Subadvocatiae tam ſynodalibus quam etiam imperialibus Judiciis abrogatae ſunt. Sobald die Landeshoheit der deutſchen Stifter in einer ſichtbaren Vollkommenheit ſich dargeſtellt hat, ſo ſind dergleichen beſondere Advocatien in ſich ſelbſten erloſchen, und gleichſam verſchlungen worden, und beſonders, da in Deutſchland einmal der Generalſatz unwandelbar beſteht, der natürliche Landesherr ſey zugleich Schutzherr ſeiner Kirche, der Schutzherr könne aber niemal ſeines Schutzes wegen, Landesherr ſeyn, 93) und weil ſelbſt die Majeſtätiſche Schutzherrſchaft, ſo wie alle Gewalt durch die Reichsconſti-

86) Kettner in antiquit. Quedlinb. S. 255. 257. 261. 295.
87) Hiſtoria fuld. Thl. 2. c. 2. §. 1.
88) In diplom 1188 für die Kirche zu Goßlar bey J. M. Heinen. in antiq. Goslar. B. 2. S. 185.
89) Apud Hundium in metrop. Salisb. T. 2. S. 4.
90) Bey Küſtner in collect. March. Thl. 17. S. 134.
91) Zu Rheims. 1183. wovon Hundius L. c. zeiget.
92) Hanız germ. Sacra. tom. 1. in Eberhardo I. §. 29.
93) Staatskanzl. Thl. 34. S. 360.

tution, Geſetze, und Herkommen in ihre Gränzen hat; und hierin halte ich wenigſtens dafür, daß der faſt einzige und ſtärkſte Grund von der Erlöſchung der Advocatien beſtehe.

§. 1355.

Vorzüglich in den Stiftern mehr als in anderen Ländern trift man das ſogenannte Kirchweyhſchutz-recht (jus encaeniorum) an. Dieſes Recht ſcheint durch die Nothwendigkeit entſprungen zu ſeyn, weil bey der Feyerlichkeit des jährlichen Kirchweyhfeſtes beſonders auf dem Land, dem Auflaufe des Volks, oder gegen die vielfältigen Mißbräuche und Exceſſen durch den Gericht und Vogtherrn Ordnung und Maß muſte geſetzt, und die öffentliche Sicherheit erhalten werden; Dieſes Schutzrecht gehört de regula der niederen Vogteylichkeit. Von Seiten einiger Stifter wollte man aber es öfter als einen Grund zu Behauptung der Landeshoheit aufſtellen, beſonders, wenn das Kirchweyhſchutzrecht in einem Ort auſſer des Stifts Landen ausgeübt wurde. Die Behauptung iſt aber ganz irrig, wenn man in die Geſchichte des 12ten und 13ten Jahrhunderts zurückgehet, da dieſes Recht mittelbare und ſehr geringe, weltliche Perſonen ausgeübet, verkauft, vertauſchet, und an die Stifter geſchenkt hatten, überhaupt gehört dieſes Recht nicht unter die Gattungen der advocatiae eccleſiaſticae. Alle Wirkungen des Kirchenſchutzrechts ſind theils von einzelnen Schriftſtellern bereits auseinander geſetzt, 94) theils durch Reichsgerichtliche Erkenntniſſe, 95) und Verträge 96) beſtimmt worden. In-

Und den ſogenañten Kirchweyhſchuz.

94) Beck de jurisdictione vogtetica immediat.

95) Wovon eines der Merkwürdigſten in cauſa Deutſchmeiſter c. Brandenburg vom J. 1565. bey Klock. tom. I. conſil. cameral.

96) Z. B. Eichſtätt c. Brandenburg Onolzbach. vom J. 1736. bey Beck. S. 186.

deſſen, wie es an Streitigkeiten in keinem Stück fehlt, ſo ſind in Stiftern ebenfalls hierüber noch verſchiedene Reichsgerichtliche Proceſſe anhängig. 97)

§. 1356.

Schriften. Von den Advocaten und geiſtlichen Advocatien haben wir ſchon mehrere Schriften, die aber zur Beſtimmung der heutigen Advocatierechten wenig, oder gar nichts taugen. Die beſſern hievon ſind.

Boecler (Ioh. Heinric.) de advocatiis eccleſiaſticis Straßburg 1719.

Cramer (Frideric. Herm.) de advocatia Statuum imperii armata. Lemgo 1724. 4.

Goebel (Joan. Wilh.) de advocatia armata. Helmſtätt 1722. 4.

Mager.(Mart.)de advocatia armata.Frankf.1625.

Marbach (Vlr.) de advocatia armata. Straßb. 4.

Mathaei (Ant.) de advocatis eccleſiae.

Paulici (Chriſt. Franc.) de advocatis et oeconomis eccleſiaſticis Jena. 1686.

Rechenberg. de advocatia et advocatis germanicis Leipz. 1725. 4.

Die allerbeſte aber aus allen iſt.

Gallade (Petri) diſſert. de advocatis eccleſiaſticis Heidelb. 1768. 4. ſie ſteht in Schmidii theſſ. diſſert, tom. V. S. 452 — 514.

Pütter hat zwar ſolche in ſeiner Litteratur des deutſchen Staatsrechts. T. 3. §. 1613. S. 821. nicht angemerkt; indeſſen kommen allda noch mehrere Schrif-

97) Zwiſchen Brandenb. und Eichſtätt vom J. 1783. Reuß Staatskanzl. Thl. 5. S. 375.

Schriften vor, die, wenn ſie ſchon von denen geiſtlichen Erbvogteyen nicht unmittelbar handeln, dennoch hierauf einigen Bezug haben.

Vorzüglich gehört aber hieher das 56. Cap. in des Moſers größern Staatsrechte von der Advocatie, oder Schutz und Schirms und Kaſtenvogteygerechtigkeit geiſtlicher Stände. S. 303—322. Auch *Pfeffinger* in vitriar. illuſtr. tom. 1. S. 1152. iſt in dieſer Materie nachſchlagens werth, ſo wie man in Strubens Nebenſtunden Thl. 1. S. 297. ꝛc. viel brauchbares antreffen kann.

Drey und vierzigſtes Capitel.

Von der Subordination der biſchöflichen und landesherrlichen Gerichtsbarkeit.

Inhalt.

§. 1357.) Einleitung. 1358.) Von der biſchöflichen und landesherrlichen Gerichtsbarkeit überhaupt. 1359.) Von der Subordination der beeden Gerichtsbarkeiten insbeſondere. 1360.) Was zu der Landesherrlichen Gerichtsbarkeit 1361.) und zur biſchöflichen gehöret? 1362.) Von den Einſchränkungen der Biſchöf- und Landesherrlichen Gerichtsbarkeit. 1363.) Von der Conkurrenz der unmittel- und mittelbaren biſchöflichen Gewalt. 1364) Ob der Biſchof eine Landeshoheit im Geiſtlichen habe? 1365.) Erläuterung durch Beyſpiele. 1366.) Benennung der geiſtlichen Sachen überhaupt. 1367.) Und im einzelnen insbeſondere in- und äuſſerlicher Gottesdienſt. 1368.) Religions- und Glaubenslehren. 1369.) Geiſtliche Pfründen, Dignitäten und Aemter. 1370.) Wahlen, Poſtulationen, Translationen, Reſignationen, Unionen u. d. 1371.) Grund der Conkurrenz. 1372.) Patronatsrechte. 1373.) Ordens Profeßionen, und geiſtliche Gelübde. 1374.) Eheverlöbniſſe, und Eheſachen. 1375.) Verordnung Baieriſche. 1376.) Hinderniſſe, 1377.) Verwaltung der Sacramente, 1378.) und der Kirchen, Klöſter, und anderer geiſtlichen Güter. 1379.) Concordaten mit den Biſchöfen. 1380.) Verlaſſenſchaft Teſtament- und Erbſchaftſachen. 1381.) Schulen, Leproſen Häuſer, milde Stiftungen, oder causae piae. 1382.) Gottesacker, und Begräbniſſe. 1383.) Zehendſachen. 1384.) Geiſtliche Verbrechen. 1385.) Und weltliche. 1386.) Von Präventionsfällen, oder delictis mixti fori. 1387.) Gerichtsbarkeit in weltlichen Sachen. 1388.) Colliſionen der Biſchof- und Landesherrlichen Gerichtsbarkeit. 1389.)

Bey-

Beyſpiele und Erkenntniſſe. 1390.) Neuere Streitigkeiten. 1391.) Reſpectirung der Landsherr- und biſchöflichen Befehle. 1392.) Schriften.

§. 1357.

In gegenwärtigem Capitel iſt weder von dem jure Episcopali, oder Diöceſano noch von der Landeshoheit die Rede, ſondern ganz allein von der Subordination der landesherrlichen, und biſchöflichen Gerichtsbarkeit. Einleitung.

Gleichwie aber das Epiſcopalrecht und Landeshoheit in allen Stücken, und zwar jenes dem Pabſt, dieſe aber dem Kaiſer, dem Reich, und den Reichsgerichten ſubordinirt iſt, ſo hat es mit der Subordination der Biſchöf- und Landesherrlichen Gerichtsbarkeit als einer der Hauptwirkungen des Epiſcopalrechts, und der Landeshoheit ein gleiches Bewandniß. Beede Gerichtsbarkeiten ſind nicht durch ſich ſelbſt ſtändig, und unabhängig, ſondern in allen Stücken ohne Ausnahm ſubordinirt, und abhängig, wie es der Biſchof und Landesfürſt in Anſehung ſeines zweyfachen Verhältniſſes iſt.

§. 1358.

Die biſchöfliche Gerichtsbarkeit der katholiſch-geiſtlichen Reichsſtände als die Hauptwirkung des Epiſcopal- und Diöceſenrechts, beſteht eigentlich in der unmittelbaren, und mittelbaren Gewalt, kraft derſelben ein Biſchof in ſeiner Diöceß überhaupt alle geiſtliche, und zu dem Epiſcopatrecht gehörige perſönlich- und dingliche Streitigkeiten entſcheidet, und auch die das jus circa Sacra, und die Diſciplin betreffende Streitigkeiten entweder allein, oder nach der beſondern Landesverfaſſung, Verträgen, und dem Herkommen in einer Conkurrenz mit dem Landesherrn unterſucht, und entſcheidet. Von der Biſchöf- und Landesherrlichen Gerichtsbarkeit überhaupt.

Die

Die Landesherrliche Gerichtsbarkeit als ein Ausfluß, und die Hauptwirkung der Landeshoheit begreift die unmittelbare, und mittelbare Gewalt kraft welcher der Landesherr nicht nur ganz allein alle weltliche in ſeinem Lande ſondern auch in dem Gebiet eines dritten, wo er die Landeshoheit hat, und in der Dioceß des Biſchofs, das jus circa ſacra betreffende Streitigkeiten zu entſcheiden, oder ſolche nach den beſondern Landesverfaſſungen, Verträgen, und Herkommen mit dem Diöceſan Biſchofe concurrirend abzuthun.

Hieraus ergibt ſich von ſelbſt die Richtigkeit des vorausgeſetzten Satzes, daß beede Gerichtsbarkeiten, die biſchöfliche und die Landesherrliche, und zwar jene dem Pabſt, dieſe aber dem Kaiſer, und Reich, wie das Epiſcopalrecht und die Landeshoheit ſubordinirt, und beede Gerichtsbarkeiten der beſonderen Verhältniſſe wegen auch eingeſchränkt ſeyn.

§. 1359.

Von der Subordination der beedē Gerichtsbarkeiten insbeſondere.

Die deutſche geiſtliche Erz- und Biſchöfe haben als Landesherren in ihren Stiftsländern vermöge der Landeshoheit, die ſie von Kaiſer und Reich als lehnbar erkennen, die vollkommne Gerichtsbarkeit über alle dem Erz- oder Hochſtift zugehörige Unterthanen und Leute auszuüben, alle Streitigkeiten zu unterſuchen, und zu entſcheiden, ergibt ſich aber gegen ihre Urtheile eine Beſchwerde, ſo ſteht dem gravirten Theile unbenommen nach Beſchaffenheit der Perſon und der Sache, den Recuers an eines der höchſten Reichsgerichte zu nehmen; wenn nicht des geiſtlichen Reichsſtandes Land mit einem Privilegio de non appellando verſehen iſt, wodurch eine weitere Berufung abgeſchnitten bleibt. Indeſſen, da das Privilegium de non appellando von dem Kaiſer ſelbſt öfter mit des Reichs Genehmigung einem geiſtlichen Stifts-

Stifslande ertheilt worden iſt, ſo kann man ſowohl hieraus, als aus denen Beruffungen anderer Stifter Unterthanen, derer geiſtliche Landesfürſten mit keinem ſolchen Privilegio verſehen ſind, abnehmen, daß die Landesherrliche Gerichtsbarkeit im Hauptweſen, und in all ihren Theilen ſubordinirt ſey.

Noch mehr als die Landesherrliche Gerichtsbarkeit iſt die biſchöfliche ſubordinirt. Dann alle diejenige geiſtliche auch ſelbſt weltliche Perſonen, welche durch die Urtheile der Erz- und biſchöflichen Vicariaten, Conſiſtorien, Officialaten (dann von dieſen hat nur eine geſetzliche ſtuffenweiſe Beruffung ſtatt) oder auch ſelbſt durch die Endſcheidungen der Erz- und Biſchöfe, ſelbſt in ganz geiſtlichen Sachen beſchweret werden, haben an den Pabſt als den oberſten Richter in geiſtlichen Sachen ihren Rekurs zu nehmen, und gegen die Rekurrenz an dieſen oberſten geiſtlichen Gerichtshof findet wenigſtens zur Zeit weder eine Exemtion, noch Diſpenſation, oder ein Privilegium de non appellando ſtatt: mithin iſt auch die biſchöfliche Gerichtsbarkeit in cauſis appellabilibus mehr dann die landesherrliche ſubordinirt.

§. 1360.

Schon die vorausgeſetzte Definition der Biſchöf- und Landesherrlichen Gerichtsbarkeit zeigt klar, was zu beeden Gerichtsbarkeiten ſowohl in Anſehung des Rechts, als der Ausübung ſelbſt gehörig ſey. Was zu der Landesherrliche Gerichtsbarkeit.

Der Landesherr verſieht vorzüglich zur Ausübung der Landesherrlichen Gerichtsbarkeit ſein Land mit allen hiezu erforderlichen Dicaſterien, Gerichtshöfen, und Aemtern.

Der Biſchof errichtet in ſeinem Stiftslande ebenfalls alle zur Ausübung der biſchöflichen Gerichtsbarkeit dienliche Dicaſterien, Vicariate, Conſiſto-

rien, Officialate, Dekanate, und andere Aemter, und läßt ſowohl über ſeine eigene Unterthanen, als auch über die ausherriſche ſeinem Kirchſprengel angehörige Perſonen, durch ſelbe Recht ſprechen.

Aber auch ſelbſt wegen dieſer Dikaſterien- und Aemter-Errichtung, wenn hiebey etwas zur Ungebühr, und zum Nachtheil eines dritten geſchieht, ſind Biſchöfe, nnd Landesherren jene dem Pabſt, und dieſe dem Kaiſer der Verantwortung halber ſubordinirt. Wenn ein Erz- oder Biſchof ein Synodalgericht zu Abſchneidung der weitern Stufenweiſen Beruffung in ſeiner Diöces errichten wollte, ſo würde ihm von dem Pabſte es eben ſo billig, und rechtmäßig verwieſen, als der Kaiſer nicht zugiebt, daß ein geiſtlicher Reichsfürſt, der kein Landesreviſionsgericht durch Reichsgeſetzmäßige Wege hergebracht hat, zum Abbruch der kaiſerlichen Gerichtsbarkeit in ſeinen Landen errichte.

Zur Landesherrlichen Gerichtsbarkeit gehört beynebens die Gewalt nicht nur in bürgerlichen ſondern auch peinlichen Fällen zu unterſuchen, zu richten, und zu ſtrafen, und ſonach die angeſetzte Leibes- oder andere Strafe zu mildern, oder die zum Tod verurtheilte ganz zu begnadigen. Alle dieſe Rechte der bürgerl. und peinlichen Gerichtsbarkeit fließen aus der Landeshoheit ab, bleiben aber dennoch eben ſo, wie die Landeshoheit ſelbſt ſubordinirt, weil in peinlichen Fällen der Reichsſtändiſchen Gerichtsbarkeit durch klare Reichsgeſetze die Subordinationsgränzen ſchon geſetzt ſind, und die Recurſe nur unter die ſeltenſte Fälle gehören.

§. 1361.

Und zur biſchöflichen gehört.

Die geiſtliche Gerichtsbarkeit der Biſchöfe, nachdeme im 12ten Jahrhundert die weltliche, und geiſtliche

liche Gerichte von einander getrennt wurden, macht vorzüglich den Unterſchied, ob die ſich ereignende Fälle ganz bürgerliche, oder ganz geiſtliche, oder vermiſchte Sachen, ſodann geiſtliche oder weltliche Perſonen betreffen.

Ueber weltliche Perſonen, oder ganz bürgerliche Verbrechen, beſonders wenn ſie die Stöhrung der öffentlichen Sicherheit, oder dieſem Vergehen ähnliche Fälle zum Gegenſtand haben, tritt die landesherrliche, niemal aber die geiſtliche Gerichtsbarkeit ein.

Ganz geiſtliche Sachen hingegen ſelbſt über weltliche Perſonen, ſo ferne das Vergehen, die Religionsrechte, oder das Herkommen derſelben kränkt, werden zur geiſtlichen Gerichtsbarkeit ohne Widerſpruch gezogen, und mit geiſtlichen Strafen eben ſo, wie die Vergehungen der geiſtlichen Perſonen in ſolchen Fällen gerüget.

Sachen hingegen von vermiſchter Eigenſchaft, welche ſowohl gegen bürgerliche als geiſtliche Rechte anſtößig ſind, werden zur cumulativen biſchöflichen, und landesherrlichen Gerichtsbarkeit gezogen, und von dem prävenirenden geiſt- oder weltlichen Richter abgethan.

Beſondere Fälle hier anzuführen, und mit Beyſpielen zu beleuchten, wäre überflüßig, da es nur auf Beſtimmung allgemeiner Sätze ankommt; die beſondern Fälle müſſen durch die Grundſätze von der Einſchränkung der biſchöf- und landesherrlichen Gerichtsbarkeit näher erörtert werden.

Geringere Verbrechen der Geiſtlichkeit, beſonders bey der niedern geiſtlichen, werden ohnehin jederzeit mit Ausſchluß des weltlichen Richters ganz allein von den geiſtl. Gerichtsſtellen abgethan.

Die größern Vergehungen der höhern und niedern geiſtlichen Perſonen, ſo ferne ſie auch geiſtliche Criminalfälle betreffen, ſind nach den klaren Kirchengeſetzen, und insbeſondere nach dem Tridentiniſchen Kirchenrath Seſſ. 14. c. 20. de reform. dem Biſchof allein, oder ſeinem Archdiakono vorbehalten; die größte Strafen der biſchöflichen Gerichtsbarkeit beſtehen heutzutage entweder in lebenslänglichen Gefängniß, oder der Exkomunication, wiewohl auch dieſe letztere als die ſchwehreſte Strafe, des geiſtl. Richters ſelbſt in den Kirchengeſetzen ihre ſubordinationsmäſige Gränzen hat, 1) welche, wenn ſie zur Ungebühr überſchritten werden ſollten, der Kirchenoberhauptlichen Gerichtsbarkeit unterworfen bleiben.

Gleichwie nun von der biſchöfl. Gerichtsbarkeit das Maß der Beſtraffung abhangt, ſo iſt auch derſelben der Nachlaß und die Begnadigung vorbehalten. Aber auch das Begnadigungsrecht, wenn es zum Nachtheil eines dritten zu willkürlich ausgeübt würde bleibt der oberſten Kirchengewalt der Erkenntniß wegen untergeordnet.

§. 1362.

Von den Einſchränkungē der biſchöfl. und Landesherrlichen Gerichtsbarkeit.

Die biſchöfliche, und landesherrliche Gerichtsbarkeit hat aber eben ſo wie die biſchöfliche- und landesherrliche Gewalt ihre Einſchränkungen: die biſchöfliche Gerichtsbarkeit iſt noch mehr dann die landesherrliche eingeſchränkt; indem ſie in dem Lande eines weltlichen oder dritten Landesfürſten nur als zufällig angeſehen wird; ſie iſt es auch, denn der Landesfürſt kann nach ſeinem Gutbefinden ſolche durch eigene Land-

1) Das Tridentinum verordnet hierüber ſeſſ. 25. c. 3. de reform. Daß die Excommunication nicht anders, als gegen Rebellen, Widerſpenſtige, mithin nur in den äußerſten Fällen, und da noch mit großer Ueberlegung, und Unterſuchung, und da nicht anders, dann nach vorhergegangener zu zweymal wiederholter Ermahnung erkannt werden ſolle.

Landbiſchöfe zur Ausübung bringen, aus dieſem Grunde kann man auch leicht urtheilen, daß die katholiſche geiſtliche Reichsſtände, die zugleich Erz- oder Biſchöfe ſind, ſich in einem ganz anderen Verhältniſſe, als die mittelbare Landbiſchöfe darſtellen. Der unmittelbaren Reichsbiſchöfe ihre Diöceſanrechte erſtrecken ſich über anderer weltlichen Reichsſtände Landen und Unterthanen; und was dieſer geiſtlichen Reichsſtände Gerichtsbarkeit betrift, iſt ſolche an und vor ſich nicht den weltlichen Landesherrn, ſondern in ganz geiſtlichen Sachen dem Pabſt, in weltlichen aber dem Kaiſer ſubordinirt. Hingegen in Anſehung der Gerichtsbarkeit-Einſchränkungen kommt es größtentheils zwiſchen den auswärtigen Landesherren, und dem Diöceſano auf Verträge, Landesverfaſſung, und das beſondere Herkommen an. In den Landen der unmittelbaren geiſtlichen Reichsſtände, wo der geiſtliche Fürſt zugleich Biſchof und Landesherr iſt, fällt dieſe Cathegorie von ſelbſt hinweg, und es bedarf auch der Rückſicht auf Einſchränkungen nicht. Man muß die beſondern Fälle hier nothwendig bemerken, wo die Einſchränkungen der Gerichtsbarkeit eintreten, um zu erſehen, wie weit ſich ſolche erſtrecken. Zum Beyſpiel von den cauſis mixtis ſchreibt Moſer, 2) daß der Freyherr von Kreitmayr nachſtehendes melde, von den cauſis mixtis iſt in den Augsburgiſchen Conkordaten mit Baiern v. J. 1684. §. 7. ſo viel verſehen, daß es hierinfalls bey denen Verordnungen der Rechten, und der Obſervanz verbleiben ſolle. — Dieſes iſt freylich ſehr generäl; deswegen ſagt Moſer, wie zu wünſchen wäre, daß man die Fälle worauf ſolche Verordnungen gerichtet ſeyn ſollen, in bemelten Conkordaten gleich ſpecifice benannt, und determiniret hätte, weil ſie in der größten Ungewißheit ſeyen, und mehrentheils nur auf

U 2 Privat.

2) Von der Landeshoheit im Geiſtlichen B. 3. C. 3. §. 11. S. 264.

Privat-Meinung derer mit einander gar nicht verſtandenen Rechtsgelehrten beruhen.

Dies bewog mich die Conkordaten des Hauſes Baiern mit den Erz- und Hochſtiftern Salzburg, Paſſau, Freyſingen, Regensburg, Augsburg, ꝛc. und inſonderheit den neueſten Receß v. J. 1785. zwiſchen dem Churhaus Pfalzbairen, und dem Hochſtift Augsburg quoad ſpecifica der Gerichtsbarkeit zu durchgehen, und die beſonder Fälle der Concurrenz, und der Einſchränkungen der biſchöflichen Gerichtsbarkeit, wie auch ſelbſt die landesherrliche, die durch dieſen ſehr weißlich verfaßten Receſſe ziemlich genau auseinander geſetzt worden, vielleicht zum Nutzen anderer Erz-Hoch- und Stifter zu beſtimmen.

§. 1363.

Von der Concurrenz der unmittel- und mittelbaren biſchöflichen Gewalt überhaupt.

Die Einſchränkungen der landesherr- und biſchöflichen Gerichtsbarkeit können nicht anders dann mit der Vorausſetzung des Generalſatzes beſtimmt werden, was zur unmittelbaren, oder mittelbaren landesherrlichen, und ſodann zur unmittelbaren, oder mittelbaren biſchöflichen Gewalt gehörig ſey.

Zur landesherrlich- und mittelbaren Gewalt wird alles dasjenige gezogen, was der Landsherr aus dem Grund und Umfange der Landeshoheit zum Beſten ſeiner Lande, und Leute nach den Reichsgeſetzen, und dem Reichsherkommen in ganz weltlichen Sachen allein fürzukehren berechtigt iſt.

Zur biſchöflichen unmittelbaren, und mittelbaren Gewalt hingegen gehört all dasjenige, was die Glaubens- und Sittenlehre, b) die heiligen Sakramente, und c) was damit verknüpft iſt, angehet, ohne welches der übernatürliche Endzweck des Chriſtmenſchen nicht erreicht werden kann, und d) was der Biſchof nach dem Sinn der innerlichen Kirchenpolitie

in

in Ausübung zu bringen vermöge ſeines Daſeyns, und des göttlichen Geſetzes berechtiget iſt.

Gleichwie aber ſowohl die unmittelbare biſchöfl., als auch die unmittelbare landesherrliche Gewalt immer ſubordinirt iſt, ſo bleibt es auch die unmittelbare biſchöfliche, und mittelbare landesherrliche Gewalt. Die biſchöfliche mittelbare Gewalt iſt um ſo mehr der oberſten Gewalt ſubordinirt, als ſie ſelbſt ſchon durch Conkurrenz des Landesherrn vermög deſſen Landeshoheit im geiſtlichen eingeſchränkt wird. Und eben ſo bleibt die landesherrliche mittelbare Gewalt ſubordinirt, weil ſie durch die biſchöfliche concurrirende Gerichtsbarkeit in der Alleinausübung gehindert, und ebenfalls eingeſchränkt wird.

Da hier eigentlich die Rede von den Gränzen jener Gerichtsbarkeiten iſt, in welchen der Landsherr nicht gegen den Biſchof, als weltlichen Landesherrn, ſondern gegen den Biſchof auftritt, ſo ſchlagen von Seiten des weltlichen Landesherrn hier ſchon die Grundſätze der Landeshoheit im geiſtlichen an.

§. 1364.

Ob der Biſchof eine Landeshoheit im Geiſtlichen habe.

Der Biſchof qua Biſchof hat keine Landeshoheit in geiſtlichen; indem das jus circa ſacra dem weltlichen Landesfürſten in dem Umfang ſeiner Regalien vom Kaiſer, und Reich mitgetheilt iſt. Die Landeshoheit im geiſtlichen hat jeder Reichsſtand, folglich auch ein Ordensmeiſter, ein Probſt, Abt; dieſe können die hierausflieſende Rechte gegen jeden Biſchof vi Territorii ausüben. An der biſchöflichen unmittelbaren, oder mittelbaren Gewalt haben dieſe Perſonen aber keinen Antheil, in ſo ferne auf ſie nicht durch Privilegien, Exemtionen, oder Verträge etwas hieran übergangen iſt.

Die Fälle, ob der Landesherr vermög der Landeshoheit im geiſtlichen, oder der Biſchof nur vermög der mittelbaren biſchöflichen Gewalt concurriret! werden in praxi nicht allezeit ganz klar beſtimmt und auseinander geſetzt; indem die Verträge insgemein jedem Theil die Gränzen ſeines Rechts auszeichnen.

Soviel hat aber nach theoretiſchen Grundſätzen ſeine Richtigkeit, daß gegen die unmittelbare, und mittelbare Gewalt der Biſchöfe die Landeshoheit, und die damit verbundene höchſten Kirchen Advocatierechte auftreten. Ich erläutere dieſe Sätze durch ein wichtiges ganz neues Beyſpiel. Der Churfürſt von Pfalzbaiern raumte dem Biſchof von Augsburg durch das neueſte Konkordat v. J. 1785. in Anſehung der unmittelbaren, und mittelbaren biſchöflichen Gewalt alles dasjenige von ſelbſt ein, was ich in der Beſtimmung derſelben Lit. a. b. c. u. d. im Eingang vorhergehenden Sphi vorausgeſetzt habe. — Allein §. 3tio heißt es, was andere allgemeine Gegenſtände betreffende päbſtliche Bullen (die nicht „Erklärun„gen in Glaubens- und Sittenſachen ausmachen) „und Brevien, dann auch biſchöfliche Verfügungen „anbelanget, wird man ſolche von Seiten des Ordi„nariats allemal mit den nöthigen Erinnerungen vor„läufig an den churfürſtl. Geheimen Rath einſenden, „und erſt alsdann, wenn nichts dagegen eingewen„det, oder man ſich verſtanden haben wird, behörig „bekannt machen. — Wäre ſo ein Breve (heißt „es §. 4. weiter) gegen die biſchöfliche, oder landes„herrliche Befugniſſe, ſo wird im erſten Falle der „Churfürſt dem Biſchof aſſiſtiren, und im zweyten „Falle der Biſchof, oder das Ordinariat die Execu„tion derley Bullen bis auf die Zufriedenheit des „Churfürſtens ſuſpendiren."

Wenn man nun dieſe Erklärung des Churfürſten von Pfalzbaiern auf Rechnung der landesherrlichen

lichen Gerichtsbarkeit ſchreiben wollte, ſo wäre es weit gefehlt. Indem das fürſtliche placitum aus der unmittelbaren Landeshoheit im Geiſtlichen, und dem mit ſelbiger verbundenen Kirchen-Advocatie-Rechte flieſet; zu mehrerer Erläuterung dient der weitere Inhalt dieſes Receſſes. §. 8. heißt es, — „mit Ausweyhung der Prieſter wird man von Seiten des „Ordinariats die Bedacht nehmen, daß ſie niemal überflüßig ſind. — Was die titulos menſae betrift, „wird man keine andere annehmen, als ſolche die „nach der von dem Churfürſten v. Pfalzbaiern getroffenen, und noch zu treffenden, und in das ordinariat einzutheilende Verfügungen qualificirt ſind. „— Gleichergeſtalten wird man bey den Examinibus pro ordinibus auf den jüngſthin von den Churfürſtlichen geiſtlichen Rath zu München mitgetheilten Studienplan Reflexion nehmen, wie nicht minder die namentliche Anzeige von den ausgeweyhten „Prieſtern an gedachten geiſtlichen Rath machen. „Man muß aber bemerken, daß der geiſtliche Rath „zu München auch mit weltlichen Gliedern beſetzt iſt. „— Sodann §. 9. keine Ehepaar ſoll ohne Conſens „der weltlichen Obrigkeit eingeſegnet werden,“ u. d. Alle dieſe zwiſchen dem Biſchof, und dem Landesherrn durch Vergleich abgemachte Puncten, betreffen die biſchöfliche, und landesherrliche unmittelbare, und mittelbare Gewalt, und keineswegs die landesherrliche Gerichtsbarkeit, welche nur das Gegenſtück von der zufälligen biſchöflichen Gerichtsbarkeit ausmacht. —

§. 1365.

Um bey dem Hochſtifte Augsburg nicht allein ſtehen zu bleiben, ſo ward z. B. in den baierſchen Conkordaten mit den Erz- und Hochſtiftern Salzburg, Paſſau, Freyſing, Regensburg, Chiemſen, v. J. 1583. c. 1. §. 1. ſchon feſtgeſetzt: „Soviel die Vi- Erläuterung durch Beyſpiele.

 „ſitationen,

„ſitationen, und andern Gerechtigkeiten der Biſchöfe „anlangt, wird für billig gehalten, daß die Viſita„tionen mit Vorwiſſen des Landesfürſtens, und Zu„ordnung der fürſtlichen Räthe, und Commiſſarien „angeſtellt, und der Landesfürſt von ſolchen wichtigen „Sachen, welche in deſſen Landen zu errichten ſeyn, „berichtet werde. —“

Dieſer ganz ähnliche Stellen kommen in dem baierſchen Receſſe mit Augsburg vom J. 1684. und mit Freyſingen von 1718. vor. Aus welchen ſich klar ergibt, daß die landesherrliche Hohheit oder unmittelbare, und mittelbare Gewalt des Landesherrn hier mit dem jure epiſcopali oder der unmittelbaren, und mittelbaren Gewalt des Biſchofs concurrire, und daß ſowohl die biſchöfliche, als landesherrliche unmittelbare, und mittelbare Gewalt alle Wirkungen, die von höherer Eigenſchaft, als die Gerichtsbarkeit ſind, in ſich begreiſe. Der Biſchof kann vermöge ſeiner biſchöflichen Gewalt Geſetze, und Verordnungen in geiſtlichen Sachen machen; eben dieſes kann auch der Landesherr kraft der landesherrlichen Gewalt; vermög der Gerichtsbarkeit aber haben weder der Biſchof noch der Landesherr ein Geſetzgebungsrecht.

§. 1366.

Benennung der geiſtliche Sachen überhaupt.

Ob zwar in dem Receß zwiſchen dem Churhaus Pfalzbaiern, und dem Hochſtift Augsburg, wie auch zwiſchen dieſem Churhaus und denen (§. 1364.) bemerkten Erz- Hoch- und Stiftern die ganz-geiſtliche Sachen von den weltlichen nicht abgeſondert, ſondern größtentheils durch einander geworfen worden, ſo iſt erforderlich alle diejenige Sachen, welche für geiſtlich gehalten werden vorhero namhaft zu machen; weil auſſerdem weder die Concurrenz der landherrlichen

lichen und biſchöflichen Gerichtsbarkeit, noch weniger die Einſchränkungen derſelben bemeſſen werden können.

Der Freyherr v. Kreitmayr giebt in den Anmerkungen über den codicem juris bavariis judiciarii; 3) als geiſtliche Sachen folgende Stücke an, als: d. ſ. 1) in- und äuſſerlicher Gottesdienſt. 2) Religions- und Glaubenslehren. 3) Geiſtliche Pfründen, Dignitäten, und Aemter. 4) Wahlen, Poſtulationen, Translationen, Reſignationen. 5) Pfarrlehen, oder jus Patronatus. 6) Ordens-Profeſſionen. 7) Geiſtliche Gelübde. 8) Eheverlöbniſſe, und Eheſachen. 9) Adminiſtrirung der h. Sakramenten. 10) Kirchen, Klöſter und andere geiſtliche Güter. 11) Schulen, Leproſenhäuſer, u. d. g. milde Stiftungen, oder cauſae piae. 12) Gottesäcker und Begräbniſſe. 13) Zehendſachen. 14) Geiſtliche Verbrechen: 15) Eydſchwühre. 16) alle Fälle wo der weltliche Richter die Juſtitz abſchlägt, und 17) Sünden mit unterlaufen.

Selbſt der Freyherr v. Kreitmayr geſtehet hierüber, daß unter dieſen geiſtlichen Sachen die wenigſte ganz zur geiſtlichen Gerichtsbarkeit gehörig ſeyen, die mehreſte katholiſche Schriftſteller, und die proteſtantiſchen überhaupt haben dieſe Materie ſo, wie ſie erfordert wird, nicht behandelt, und den letzteren 4) konnte man es auch nicht zumuthen, weil ſie mit dem Verhältniſſe des katholiſchen Kirchenſtaats-Recht in einzelen Theilen insbeſondere, wie mit dem Ihrigen nicht ſo genau bekannt ſind.

Es iſt daher erforderlich die vorgeſetzte Gegenſtände im einzelen abzuhandeln, woraus ſich die Sachen,

3) C. 1. §. 13. S. 54.
4) Moſer ſchreibt mehr als einmal, wie ſich die katholiſche Geiſtliche in dieſem Stücke, und vice verſa die Landesherren mit ihnen benehmen, iſt mir ſo genau nicht bekannt.

chen, welche zu dem unmittel- oder mittelbaren Diöceſanrecht gehören, von ſelbſt ermäßigen laſſen.

§. 1367.

Und im Einzeln insbeſondere in- und äuſſerlicher Gottesdienſt.

Was zu dem in- und äuſſerlichen Gottesdienſt eigentlich gehöre, habe ich überhaupt (§. 1362.) ſchon bemerket; indeſſen iſt dennoch wohl acht zu haben, daß in Anſehung des äuſſerlichen Gottesdienſts nichts in dieſe Claſſe gebracht werde, weil die landsfürſtliche Hoheit, und die mit derſelben verbundene Kirchen- Schutz- und Advocatierechten in ſehr vielen Stücken concurriren, zu dem innerlichen Gottesdienſt gehören vorzüglich die Ordination der Geiſtlichen, die Weyhen der Kirchen, wie auch die Anordnung der Feyer- Faſt- Bett- und Bußtagen, öffentliche Gebetter, innerlicher Kirchen-Andachten und Proceſſionen, ſamt noch mehrern auf dieſe Bezughabenden Gegenſtände.

Alle dieſe Stücke ſind nun im Hauptweſen betrachtet durchgehends zur biſchöflichen unmittel- und mittelbaren Gewalt gehörige Sachen, wenn ich hievon die Anſtellung öffentlicher Gebetter, und Proceſſionen ausnehme, als wobey, was das äuſſerliche dieſer Gegenſtände betrift, auch der Landesherr manchmal zur Sprache kommt, z. B. in dem baieriſchen Receſſe mit Augsburg v. J. 1785. §. 7. behält ſich die Landesherrſchaft anfangs die zeitliche Strafen gegen diejenige bevor, welche ſich hartnäckig ſträuben dem Kirchengebot, wegen der öſterlichen Beicht und Communion ein Genügen zu leiſten, und erſt alsdann wenn die landesherrliche Zwangsmittel nicht nützen, wird mit der Excommunication fürgefahren.— Bey Adminiſtrirung der letzten Wegzehrung wird §. 9. eine beſtimmte Stollordnung zum gemeinſchaftlichen Einverſtändniß feſt geſetzt. — §. 10. ſoll kein Ehepaar ohne Conſens der weltlichen Obrigkeit eingeſegnet

ſegnet werden. — §. 19 wird von dem Ordinariat verſichert, diejenigen Prieſter, welche ihr geiſtliches Amt im predigen, Chriſtenlehren :c. und ſonſtigen Seelſorglichen Verrichtungen auſſer Augen ſetzen, zur Erfüllung derſelben zu ihrer Schuldigkeit mit dem weltlichen Arme anzuhalten. — u. d.

Aus dieſem ergibt ſich, daß der Landesherr in allen denjenigen Stücken concurrire, wo der Cultus divinus externus mit der allgemeinen Ruhe, Ordnung und Wohlfart des Staats nur immer in Verbindung ſtehet.

§. 1368.

Was Religions- und Glaubenslehren unmittelbar betreffen mag, hierin hat der Landesfürſt ſo wenig als bey dem innerlichen Gottesdienſte etwas zu ſagen, wie — (§. 1366.) ſchon erwehnet worden. Das mehrſte, worin der Landesfürſt in dieſem Stück concurriret, betrift die Religion ſeiner Landskinder in- und auſſer Lands in fremden Diöceſen, das inländiſche Verbott glaubenswidriger Bücher, und überhaupt ſeine Sorge auf die Erhaltung der reinen Religion eines Landes, und die mit ſelber verbundene Ruhe, und Friede. Religions und Glaubenslehren.

Dieſe Regentenpflicht, und Aufſicht flieſet aber wiederum keineswegs aus der landesherrlichen Gerichtsbarkeit, ſondern der Landshoheit her. Aus dieſer ſteht dem Landsherrn vorzüglich zu, auf diejenige Stücke, welche nicht das bonum ſpirituale, ſondern das Diſciplinargeſetz betreffen, ſeine Wachſamkeit, und die mit ſelben verbundene Kirchenadvocatie- und Defenſions-Rechte zu verwenden; deswegen heißt es z. B. in dem Churpfalzbairiſchen Receſſe mit Augsburg v. J. 1785. §. 17. „finden Sr. Churfürſtl. Durchlaucht für nothwen-

„dig,

„dig, oder gut, aus den zuſtehenden Kirchen-Ad-„vocatie- oder Defenſions-Rechten eine in das Geiſt-„liche (in ſoweit ſelbes a ſpirituali et diſciplinari „verſchieden iſt) mit einſchlagende landesherrliche „Verordnung zu machen; ſo werden höchſt ſelbe mit „dem Ordinariat korreſpondiren, ob in Hinſicht auf „das bonum ſpirituale nichts zuerinnern komme; und „nach der erfolgten Ruckäuſſerung die gemachte „Verordnung zu dem Ende kommuniciren: damit der-„ſelben Befolgung, und Kundmachung von der Kan-„zel dem clero curato aufgetragen, und wohl einge-„ſchärft werden möge, daß ſelber in Predigen, Chri-„ſtenlehren, und im Beichtſtuhl das Volk darüber „belehren, und mit thätigen Beyſpielen ſelbſt vor-„ausgehen ſoll." — Mit dieſem kommt auch voll-kommen überein, was §. 14. feſtgeſetzt worden iſt: wo es heißt: „ſollte man von Seiten des Landesfür-„ſten wünſchen, daß ein ſchon beſtehendes Diſciplin-„Geſetz abgeändert, oder gar aufgehoben werde: ſo „wird ſolches dem Ordinariat zu erkennen gegeben, „und dieſes wird ſodann praevia Communicatione „die gewünſchte Abänderung treffen, — oder §. 15. „wann es um die Abänderung eines allgemeinen, „und auſſer den Mächten des Ordinariats ſtehenden „Kirchen-Diſciplin-Geſetzes zu thun iſt: werde ſich „dieſes zu Erreichung der landesfürſtl. Abſicht bey dem „päbſtlichen Stuhle verwenden; — im Fall hinge-„gen, daß von Rom eine allgemeine neue Diſcipli-„nar-Verordnung erlaſſen würde: ſo wird das Or-„dinariat, wenn ratione boni ſpiritualis dagegen „nichts einzuwenden, ſelbe an die landesherrliche „Stelle mittheilen, und, wenn hiebey in Hinſicht „auf das bonum politicum nichts zu erinnern kommt, „auf erfolgende Aeuſſerung in dem Diöceſan-Spren-„gel, ſoweit ſich ſelber erſtrecket, ſolche behörig pu-„bliciren."

Hier-

Hieraus kann man erſehen, daß der Landesfürſt in allen Fällen, wann die Frag de nudo facto, vel exercitio religionis oder den Mitteln dieſelbe aufrecht zu erhalten, vorkommt, in vielfachem Betrachte zu koncurriren habe, aus dieſem iſt zugleich abzunehmen, worin eigentlich die mittelbare Gewalt des Landesfürſten, in Hinſicht der äuſſerlichen Religionshandlungen beſtehe.

§. 1369.

Die Rechte des Landesfürſten bey Beſetzung der geiſtlichen Pfründen, Dignitäten und Aemter können nur in ſoweit als Wirkungen der landesherrlichen Gerichtsbarkeit angeſehen werden, wenn ſich hierüber Streitigkeiten ergeben; denn auſſerdeme, wenn von Collatur-Rechten die Frag entſtehet, hat der Landesfürſt insgemein ſolche vermöge der Kirchen-Advocatie-des Patronat- und anderer Rechte hergebracht, zum theil ſind ſie durch die ältere Landesverfaſſung, oder das Herkommen dem Landesherrn zu vergeben ſchon vorbehalten, z. B. das Haus Baiern verleihet in ſeinen Landen nicht nur alle Präbenden, Dekaneyen, und Probſteyen bey allen Collegiatſtiften, ſondern auch die päbſtl. Indult vom Jahr 1563, zum Theil aus einer uralten hergebrachten Gewohnheit, wie die Worte des Indulti pontificii ſelbſt beſtättigen, welches ſich auch auf die durch eine freywillige Reſignation erledigte Pfründen erſtrecket, 5)

Geiſtliche Pfründen Dignitäten, und Aemter.

Dergleichen Rechte hangen von der landesherrlichen Gerichtsbarkeit nicht ab, ſondern haben ganz andere Rechtstitel zum Grund.

Hingegen, wenn es auf den Genuß der Beneficien, oder auf die Poſſeßgebung im weltlichen, oder auf

5) Freyhl. v. Kreitmeyr Anmerk. über den Cod. jur. bav. jud. C. 1. §. 13. E. 56.

auf die Anweiſung des Beneficiats zu ſeiner Schuldigkeit u. d. ankommt, oder wenn inſonderheit ein Streit über die weltliche Fähigkeiten eines Präſentaten z. B. über Statuten, Ahnen, Doctors, u. d. Requiſiten entſteht, ſo hat der Landesherr vermöge ſeiner Gerichtsbarkeit nicht nur die Entſcheidung, ſondern iſt auch berechtiget, propria authoritate mit Temporalien-Sperren fürzufahren. Z. B. heiſt es in dem Pfalzbaier. Receſſe mit dem Hochſtift Augsburg v. J. 1785. §. 36. „bey den weltlichen Poſſeß-„gebungen hat es ſein unverrücktes Bewenden (ver-„ſteht ſich, daß ſolche von dem Landsherrn ertheilt „werden,) damit jedoch alle Exceſſe vermieden blei-„ben, ſo ſolle von den landesfürſtlichen Beamten, „oder Commiſſarien ein mehrers nicht als die Tax-„ordnung v. J. 1735. beſagt bezogen, und alles übri-„ge abgeſchaft werden.“

Selbſt bey den Beneficien Patronatus Laici macht der Landesherr einen Unterſchied öfter unter dem jure nominandi und praeſentandi, und verſtattet das letztere denen Layen Patronen nicht. 6)

Es läßt ſich hieraus klar abnehmen, ob der Landesherr vi jurisdictionis territorialis oder aus einem andern Grund concurrire, wobey aber die Hauptregel immer feſt beſtehet, daß ſowohl die biſchöfl.- als landesherrliche Gerichtsbarkeit im Ganzen, und ihren Theilen ſubordinirt ſeyn.

Freylich findet die landesherrliche Gerichtsbarkeit nur gegen den fremden Diöceſanum z. B. das Haus Baiern gegen diejenige Biſchöfe, deren Diöceſan ſich in die baieriſche Lande erſtrecken, keineswegs aber gegen diejenige Stiftslande, ſtatt, in welchen der Diöceſanus ſelbſt Landesherr iſt. Allda die Konkurrenz der landesherrlich und biſchöflichen Gerichtsbarkeit

6) Freyh. v. Kreitmeyr L. c. S. 57.

keit zwar auf dem nehmlichen Fuße beſteht; ſie hat aber um ſo weniger einige Schwierigkeiten; indem Landesherr und Biſchof in einer und der nehmlichen Perſon vereiniget ſind.

§. 1370.

In Ländern, wo der Biſchof zugleich Landesherr iſt, zeigen ſich in Anſehung der Wahlen, Poſtulationen, Translationen, Reſignationen, Unionen, Inkorporationen, und Diſmembrationen u. d. ſelten ſo viele Schwierigkeiten, als in jenen Ländern, wo ein fremder Diöcesanus mit dem Landesherrn in verſchiedenen Stücken concurriret; hier iſt aber beſonders bey Wahlen der unmittelbaren in eines weltlichen Reichsſtands gelegenen Stiftern nicht von Ausübung der landesherrlichen Gerichtsbarkeit jemals die Frage; denn dieſe ſchlägt bey Immediat-Stiftern niemals an; weil, in ſo fern der Landesfürſt bey den Wahlen eines unmittelbaren geiſtlichen Reichsſtandes concurriret, ſolches faſt jederzeit entweder aus dem Kirchen-Advocatie- oder Defenſions-Rechten, oder aus ſonderbaren Verträgen, oder einem uralten Herkommen, und Verfaſſungs-Rechte herrührt; dabey ſich die Sache eben ſo verhält, wie ich von den kaiſerl. Gerechtſamen bey Wahlen der katholiſchen geiſtlichen Reichsſtände (§§. 431—457.) erwehnet habe. Wahlen, Poſtulat. Translat. Reſignat. Unionen, u. d.

Gegenwärtig iſt eigentlich die Rede von den Wahlen, und Beſtättigungen der mittelbaren Geiſtlichkeit, inſonderheit der Prälaten, Dekanen, u. d. in ſo fern der Landesherr mit einem fremden Diöceſano hierbey concurriret.

§. 1371.

Dieſes landesherrliche Conkurrenzrecht rührt zum Theil aus dem Advocatie- und Defenſionsrechte über Grund der Concurrenz.

Stif-

Stiſter und Klöſter, zum Theil auch aus der landesherrlichen Gerichtsbarkeit her, weil die landesherrliche Beſtättigung quoad temporalia durchgehends einen actum jurisdictionis ausmachet; zwiſchen dem Haus und den Stiftern Salzburg, Paſſau, Freyſingen, Regensburg, und Chiemſe ſind in den Conkordaten v. J. 1583. wegen den Wahlen, und Beſtättigung der Prälaten ſchon die Gränzen beyderſeitigen Rechten klar beſtimmt; es heißt C. 2. die Erwählung der Prälaten betreffend: „wann ein „Prälat verſtorben, ſoll daſſelbe der geiſtl. und welt„lichen Obrigkeit angezeigt werden, welche ſich mit „einander eines Wahltags wegen werden vergleichen, „welchen Wahltractat auch die fürſtl. Commiſſarien bey„wohnen, (doch zu der Wahl anders nicht) ſie wer„den denn zu Spruchleut und Scrutatoren erkißet, „und wenn die Wahl ordentlich fürgegangen, ſoll „der erwählte alſo gleich beſtättiget werden; im Na„men des Landesfürſten, von deswegen ſie bey der „Wahl ſeyn, ihre Einwilligung thun, — wenn aber „die Beſtättigung oder Inſtitution erſt über eine Zeit „hernach zu begehren iſt; ſo ſoll der Erwählte, und „der zubeſtättigen iſt, von dem Landesfürſten Be„willigung- und Approbations-Briefe mit ſich brin„gen.“

Mit dem Hochſtift Augsburg hat ſich aber das Churhaus Pfalzbaiern in Betreff der Prälaten- und anderer Kloſter- und Dechantswahlen des beyderſeitigen Benehmens wegen in den Jahren 1774. und 1785. näher einverſtanden; wiewohl es im Hauptweſen bey dem Vertrag v. 1583. und einigen nachherigen Receſſen vom Jahr 1684. ꝛc. verblieben.

Ein ſonderbares Bewandniß hat es auch in Baiern, und der Obern Pfalz bey allen Wahlen der Klöſter, welche baieriſche Landſtände ſind; dieſe

Wahlen

Wahlen werden den Conkordaten, und der alten Obſervanz gemäß, mit den Ordinariaten Cumulative vorgenommen. 7)

Bey den Reſignationen der Beneficien concurrirt der Landesherr mit dem fremden Diöceſano ebenfalls öfter. Man kann es aus Beyſpielen mit Baiern, und ſeinen Diöceſanen am beſten erſehen, in dem Receß zwiſchen Baiern und Augsburg v. J. 1785. heiſt es §. 56. „in cauſis libere reſignationis et permuta„tionis erkennet zwar das Ordinariat ſuper motivis „reſignandi, und ertheilet nach Befund die Licenz; „verweiſet aber die Permutanten zur Präſentations „Erholung, oder Begnehmigung an die Patronos „beneficiorum," — ſodann §. 59. wenn in caſum „reſignationis ſich ein Reſignant eine Penſion ad „dies vitae reſervirt, erkennet zwar das Ordinariat „ſuper quaeſtione an? ratione quanti, hingegen er„öfnet es ſeine Meinung dem Churfürſtlichen geiſt„lichen Rath, und ratificirt, wenn dieſer den Con„ſens ertheilt hat, die Penſionen."

Bey allen übrigen oben angeführten Veränderungsfällen concurrirt der Landesherr, was die Temporalien betrift mit dem Ordinario, welches ſich nicht beſſer als aus den neuen baieriſchen Conkordaten mit den Hochſtift Augsburg erweiſen läßt. §. 61. heißt es; „der modus tractandi cumulativus verſteht ſich a „potiori bey Errichtung neuer Beneficien, Vikarien, „oder Pfarreyen, als bey welchen, ſo wie in cauſis „unionum aut diſmembrationum, das Ordinariat „ſuper cauſis canonicis entſcheidet; das übrige aber „alles cumulative mit dem Churfürſtlichen geiſtlichen „Rath tractirt."

In

7) Freyh. v. Kreitmayr L. c. §. 13. S. 57.

In Betrachtung dieſer Gegenſtände waltet kein Zweifel ob, daß hierin der Landesherr nicht vermög ſeiner landesherrlichen Gerichtsbarkeit mit dem Dioeceſano concurrire, und das die beide in dieſen Stücken eintretende Gerichtsbarkeiten ſubordinirt ſeyen.

§. 1372.

Patronatsrechte. Die Concurrenz des Landesherrn und des Dioeceſani in Patronats- und Pfarrlehensſachen iſt nicht allzeit als eine Wirkung der landesherrlich- oder biſchöflichen Gerichtsbarkeit anzuſehen; weil man bey jedem Falle auf den Rechtstitel Ruckſicht nehmen muß, aus welchem ein oder der andere Theil hiebey etwas zu ſagen hat; die Verhältniß in Anſehung der Patronatsrechte bey Kirchen, und Stiftungen ſind in einigen deutſchen Reichsländern, und beſonders in jenen weltlichen Ländern in welchen un- oder mittelbare Stifter ſich befinden ſo unterſchieden, daß bald der Landesherr, bald der Ordinarius, öfter auch ein Landſaß, oder eine Gemeinde etwas hiebey zu ſagen hat. Z. B. in Baiern dürfen Stände und Landſaßen, welche den geiſtlichen Einſatz (die Poſſeßgebung oder inſtitutionem Canonicam) nicht ex ceſſione Principis vel praeſcriptione hergebracht haben, ſich deſſen nicht ermächtigen, wann ſie gleich ſonſten mit der Hofmarks-Gerichtsbarkeit, oder mit dem Kirchenſchutz jure Patronatus in ſpecie nominandi vel praeſentandi begabt ſind.

Nach der allgemeinen Rechtslehre kommt es in Anſehung der landesherr- oder biſchöflichen Gerichtsbarkeit bey Patronatsſachen auf den alleinigen Unterſchied an. a) Ob die Frage über ein bloſes factum, oder das poſſeſſorium entſtehe, oder b) ob das Pfarrlehen, als ein Realappertinents auf dem Gut hafte, und über die Weltlichkeit des geiſtl. Pfarrlehens ein

Streit

Streit ſich ergebe, oder deswegen eine Verfügung zu machen ſey?

Im erſten Falle: wo von dem Geiſtlichen des Patronatrechts, oder der Inſtitution der Perſon die Frage iſt, tritt die geiſtliche Gerichtsbarkeit faſt durchgehends absque omni cumulativa ein. 8) Hier ſchlägt auch zuverläßig dasjenige an, was in den baieriſchen Conkordaten dießfalls ſchon gemeldet worden.

Im andern Fall hingegen: wo von Ehehaften, oder dinglichen Rechten, und ganz weltlichen Sachen des Patronatrechts die Rede iſt, gibt die landesherrliche Gerichtsbarkeit größten Theils allein das Recht, und den Ausſchlag. 9) Und ein Landsſaß, oder eine Gemeinde oder ein jeder anderer, der bey dem jure nominandi etwa concurriret, kann ſich desjenigen, was auf die Gerichtsbarkeit Bezug hat, niemals anmaſſen; es wäre dann, daß er ſolches durch eine landesherrliche Begünſtigung, durch Verträge, oder aus einem Herkommen erlangt habe. 10)

§. 1373.

Ordens-Profeßionen, und geiſtliche Gelübde.

Wegen denen Profeßionen der Religioſen, ihren Ordensgelübden, und überhaupt ihrer ganzen innerlichen geiſtlichen Verfaſſung, hat der Landesherr keine Gerichtsbarkeit auszuüben, ſondern ſolche bleibt dem Ordinario, oder bey den Exemtis ihrem oberſten Richter ganz allein zuſtändig, und vorbehalten.

8) Cap. 3. X. de judiciis: quod cauſis ſpiritualibus ita annexum ſit, ut non niſi judicio eccleſiaſtico valeat definiri.

9) Freyh. v. Kreitmayr L. c. S. 57.

10) In Oeſterreich gehören alle geiſtliche Lehenſachen, vermög kaiſerlichen Reſolutionen vor die Regierung, wo ſelbſt der Geiſtliche Lehenpflicht ablegen muß; auf gleiche Art wird es auch bey verſchiedenen deutſchen Stiftern in Anſehung des Pfarrlehen gehalten.

In ſo ferne aber ein Landesherr bey der Aufnahm der Religioſen, und Ordensperſonen, bey Mißbräuchen, und dergleichen zur Sprache kommt, ſo leitet ſich dieſes Recht nicht aus der landesherrlichen Gerichtsbarkeit, ſondern aus der Landeshoheit im Geiſtlichen her, vermög welcher ihm ſein Oberaufſichtsrecht öfter Verfügungen nothwendig machet; beſonders weil er es nicht mit dem Ordinario dießfalls ſondern mit denen Ordensſuperioren zu thun hat. 11) Churmainz hat in ſeinem General-Mandat vom Jahr 1771. in dergleichen Gegenſtänden ſelbſten ſolche Grundſätze aufgeſtellt, in welchen die landesherrliche Rechte eben wie die erzbiſchöfliche auftreten.

Was für Rechte ein geiſtlicher Stiftsregent als Landesherr, und als Biſchof über die Klöſter ſeines Stiftsſtaats hergebracht, und auszuüben habe, hievon gibt das 70te Cap. vollkommenen Aufſchluß.

Da aber gegenwärtig von der landesherrlichen Gerichtsbarkeit in Kloſterſachen allein die Rede iſt, ſo kann man dasjenige, was der Freyherr von Kreitmayr 12) hierüber ſchreibt, als einen allgemeindurchgreifenden Grundſatz annehmen; es heißt: — „es zweifelt Niemand, daß Profeſſione, Religioſo„rum, und geiſtliche Gelübde unter die cauſas mere „ſpirituales zu zählen ſeynd: Aber es entſtehen manch„mal verſchiedene Nebenfragen dabey, welche in die „materiam Succeſſionum, et bonorum Tempora„lium einſchlagen, z. E. Ob das Votum pauper„tatis, welches in Profeſſione abgelegt wird, nicht „nur

11) Man kann dieſes aus dem Churbaieriſchen Befehle vom 5ten Novembr. 1762. wegen der Anzahl der Kloſterleute ſodann v. J. 1769. wegen Abſtellung allerley Mißbräuche in Kloſterſachen, ſodann aus einem vom 30ten Dec. d. J. von der Subordination der Ordensleute unter ihre geiſtliche Obrigkeit erſehen. Freyhr. v. Kreitmayr ad Codic. civ. bavar. S. 2006.

12) L. c. S. 2006.

„nur reſpectu Dei, et ordinis, ſondern auch in An„ſehung hinterlaſſener weltlichen Erben, vim renun„ciationis bonorum, ſo weit habe, daß, wann der „Profeſſus nach der Hand, den Orden, oder etwa „gar die Religion verändert, und ſeine vorige Mit„tel von den Erben wiederum heraus haben will, „derſelbe exceptione factae renunciationis bonorum „abgetrieben werden könne, dieſe, und dergleichen „Fragen unterſucht, und entſcheidet nicht der geiſt„liche, ſondern der weltliche Richter, welches mit „verſchiedenen Beyſpielen beſtärkt werden könnte, „wann es nicht ohnehin eine notoriſche Sache „wäre.“

In dieſen Fällen ſtellt ſich die landesherrliche Gerichtsbarkeit vollkommen dar. Freylich gibt es manchmal mit dem Ordinario, oder den Ordens-Superioren hierüber Colliſionen; Allein wenn man reine Grundſätze zur Richtſchnur nimmt, entwickeln ſich die Zweifels-Fragen von ſelbſt. In der cöllniſch-weſtphäliſchen-Erblandes-Vereinigung v. J. 1590. iſt §. 10. et 11. verſehen, wie es wegen begebenen Kloſter Jungfrauen oder Mönche, ſo den Orden verlaſſen, und heyrathen, Erbſchaft, und Leib-Zucht, wie auch wegen Ausſtattung der Stifts-Jungfrauen, ſo ſich heimlich ohne der Eltern Wiſſen, und Willen verheyrathen gehalten werden ſolle; allein hier ſcheinen die Landesverträge in dieſem Punct nicht mit dem weſtphäliſchen Frieden zu beſtehen; eben deswegen zeigt ſich auch offenbar, daß die landesherrliche Gerichtsbarkeit in dergleichen Fällen immer ſubordinirt ſey. 13)

§. 1374.

Eheverlöbniſſe, und Ehe-ſachen.

Wenn die landesherrliche- und biſchöfliche ſubordinirte Gerichtsbarkeit in je einem Falle zur Thätigkeit

13) Moſer von der Landeshoheit im Geiſtlichen S. 287.

keit kommt, und zu öftern Colliſionen Anlaß gibt; ſo geſchieht es gewiß in Eheverlöbniſſen, und Eheſachen.

Eheſachen gehören in all und jedem Betracht vollkommen, und ganz zur geiſtlichen Gerichtsbarkeit; und hiebey hat eine konkurrente landesherrliche nicht ſtatt; Wohl aber tritt dieſe ein, wenn von bürgerlichen Wirkungen entweder des Verlöbniſſes, oder der Ehe ſelbſt die Frage iſt, und zwar in der Maaße, daß der Biſchof, und ſeine Gerichte hiebey nichts mehr zu ſagen haben; in den deutſchen Stiftern, und ſelbſt, wo die Biſchöfe Landesherren ſind, und es in Eheſachen mit keinem fremden Landesherrn zu thun haben, ſind dieſe Grundſätze wenigſtens in Anſehung der Ausübung noch nicht ins reine gebracht; dieſes bewähren verſchiedene Proceſſe die hierüber ſelbſt bey den Reichsgerichten nur ſeit 30 Jahren anhängig gemacht worden.

Das Haus Baiern geht von ſeinen Grundſätzen in Sponſalien, und Eheſachen nicht ab; der Freyherr von Kreitmayr 14) ſchreibt: „die Eheverlöbniß, und Matrimonial-Sachen ſind freylich cauſae „ſpirituales propter reſpectum Sacramenti: wenn „es aber gleichwohl nicht um die ſubſtantiam matrimonii vel ſponſalium das iſt um die Frag: Ob ſolche zu kontrahiren, oder zu diſſolviren ſeyen? ſondern um die effectus mere civiles z. B. um die „dotem, alimentationem, legitimationem, oder „Beſtrafung derjenigen, welche ſich gegen obrigkeitliches Verbott verheyrathen, zu thun iſt; ſo wird „die Sach ad forum ſeculare gezogen, — — indem „ſo gar die höchſte Reichsgerichte, ſuper nullitatibus „proceſſus conſiſtorialis judiciren zu können, befugt „ſeyn wollen.“

§. 1375.

14) L. c. S. 58.

§. 1375.

Dieſe Lehre kommt auch klar mit der Verordnung übereiin, welche Churbaiern 1769. 4ten Aug. gegen die heimliche Eheverlöbniſſe ergehen ließe; darinn heißt es: „und gleichwie wir nun 6. an dem Contractu „ſponſalitio gar nichts geiſtliches befinden können, „ſondern ſolchen für eine bloſe weltliche Handlung an„ſehen; ſo iſt unſer Wille, und Meinung, daß die „darüber entſtehende Proceſſe, und Irrungen auch „nirgend, als bey unſern nachgeſetzten Obrigkeiten, „und Dikaſteriis, wie alle andere Juſtizſachen, von „den Klägern angebracht, verhandelt, und ausge„macht werden ſollen; mit dem alleinigen Unter„ſchied, daß die Verhandlung hierinn allemahl ſum„mariſſime, und die Appellation nicht in den ſonſt „gewöhnlichen 60. ſondern, zu deſto mehrerer Be„ſchleinigung dieſer keinen langen Verzug leidenden „Sache, längſt in 30. Tagen, ſub poena deſertionis „geſchehen, der Rekurs aber an die geiſtliche Obrig„keiten in hac cauſa mere ſeculari nimmermehr Plaz „greifen ſolle.“ Verordnung baieriſche

In Bezug auf dieſe Verordnung ward auch in den baieriſchen Conkordaten mit dem Hochſtift Augsburg §§. 10. et 11. feſt geſetzt, kein Ehepaar ſolle ohne Conſens der weltlichen Obrigkeit eingeſegnet werden. — Was die Sponſalien betrift, bleibt es bey dem Churfürſtlich-baieriſchen Proviſionalmandat, (verſteht ſich v. 4ten Aug. 1769.) und man iſt von Seiten des Ordinariats erbietig die Winkelverſprechen auch pro foro interno, und in Hinſicht auf das impedimentum publicae honeſtatis für null zu erklären.

Hieraus ergibt ſich ſchon, daß das Haus Baiern ſich das Erkenntniß über die Winkelverſprechen pro foro externo im ganzen Umfange allein vorbehalten ha-

habe. Die Biſchöfe können zwar in ihren Landen, wo ſie zugleich Landesherren ſind, die Art, wie die Eheverlöbniſſe beſchaffen ſeyn müſſen, gar wohl beſtimmen; allein dieſes gibt in jenem Land kein Geſetz, wo ſie nur Dioeceſani ſind, und nur die zufällige Gerichtsbarkeit haben. Z. B. der Biſchof zu Augsburg erließ unterm 12ten Apr. 1783. eine Verordnung, daß alle heimliche Eheverlöbniſſe, pro foro externo ungültig ſeyn ſollen; unterm 24ten Novemb. 1784. erfolgte noch eine weitere biſchöfliche Verordnung, daß hinfüro auch keine Eheverlöbniſſe pro foro interno mehr gültig ſeyn ſollen, wenn ſie nicht entweder in Gegenwart des Pfarrers, und zweyer Zeugen abgeſchloſſen, und den Pfarrbüchern einverleibt, oder bey einem weltlichen Gericht, oder jedem andern kompetirenden Richter zum Protokoll genommen wären.

§. 1376.

Hinderniſſe.

Dieſe Verordnung konnte zwar der Biſchof in ſeinem Stiftsland, wo er zugleich auch Landesherr iſt, mit allem Fug erlaſſen; in jenen Landen aber, wo er nur Dioeceſanus und nicht Landesherr iſt, dürfte ſolche dennoch vielen Bedenklichkeiten unterworfen ſeyn; indem es Eheverſprechen gibt, die z. B. mit Einwilligung der Eltern mit Beytritt der Agnaten, Curatoren, und Beyzugsfähiger Gezeugen abgeſchloſſen werden, und wo man öfter politiſche Urſachen hat, das Eheverlöbniß einer unzeitigen Publicität Preiß zu geben; von dieſen Verlöbniſſen, wenn ſie ſchon in Anſehung der biſchöflichen Verordnungen, als heimliche Verſprechen wollen gehalten werden, würde ſolches pro foro externo bey einer jeden Landesherrſchaft, die ſich keine geiſtliche Zwangs-Gebotte, und fremde Vorſchriften aufdringen läßt,

läßt, 15) nicht zu behaupten ſeyn, pro foro externo fiel die Wirkung der biſchöflichen Verordnung hinweg; und wenn bey einem Reichsgericht es hierüber zur Klag käme, würde die biſchöfliche Verordnung, auch pro foro interno in dieſem Falle unthätig gemacht werden, weil der Contract der Sponſalien unter Zuziehung ſo vieler, und zwar der dabey intereſſirten Hauptperſonen ſuper validitate effectus civilis der Vorerkenntniß des weltlichen, und nicht des geiſtlichen Diöceſan Richters unterworfen iſt.

§. 1377.

Die Adminiſtration der Sakramente bleibt in voller Maaße eine geiſtliche Sache; nur alsdenn tritt die landesherrliche unmittelbare Gewalt hiebey ein, wenn ein dem Publicum ſchädlicher Mißbrauch circa jura ſtolae oder ſonſt mit unterlauft, oder die Adminiſtration der Sakramente entweder wider offenbares Recht, oder ohne hinlänglich oder erhebliche Urſach verſagt, oder wegen einer intoleranten Geſinnung nur erſchwehrt wird, z. B. wenn die Bauren mit dem Pfarrer wegen Abtragung des Zehentens oder anderer Abgaben halber im Streit ſind, und er ſich bey Adminiſtrirung der Sakramente in etwas ungeneigt erzeiget, oder ſolche gar via facti ſperrt, oder wenn liederliche, und ohnvermögliche Leute ohne obrigkeitlichen Conſens ſchlechterdings zuſammen gegeben, oder die jura ſtolae über die geſetzte Tax eigenmächtig erhöhet werden. 16) In allen dieſen und dergleichen Fällen hat der Landesherr das volle Befügniß der Diöceſan-Geiſtlichkeit gewiſſe Maaßregeln vorzuſchreiben,

Verwaltung der Sakramente.

X 5 dem

15) Vermög einer R. St. Augsburg. Verordnung v. J. 1563. darf die Geiſtlichkeit utriusque religionis niemand ohne obrigkeitliche Erlaubniß einſegnen. Stettens Geſchichte der R. St. Augsburg S. 583. von Sponſalien ward aber nichts diſponirt.

16) Freyherr v. Kreitmayr L. c.

dem Unfug Einhalt zu thun, und die Widerſpenſtigen mit Sperrung der Temporalien zum Recht zu weiſen.

In den baieriſchen Conkordaten mit Augsburg v. J. 1585. iſt §. 9. ſchon eine ähnliche Vorſehung geſchehen? da es heißt: „die Stollgebühr für die Ad„miniſtrirung der letzten Wegzehrung, und der heil. „Oelung ſoll ſeiner Zeit, wenn man ſich über eine „beſtimmte Stollordnung im ganzen gemeinſchaft„lich verſtanden haben wird, gänzlich aufhören.“

Die Concurrenz des Landesherrn in dieſen Stücken iſt nun freylich keine Wirkung der landesherrlichen Gerichtsbarkeit, ſondern vielmehr der Landeshoheit im Geiſtlichen.

§. 1378.

Und der Kirchen, Klöſter, und andere geiſtlicher Güter.

Ueber die Kirchen, Klöſter, und andere geiſtliche Güter hat der Landesfürſt keine Gerichtsbarkeit, weil ſie hievon ſelbſt aus der Eigenſchaft, wozu ſie beſtimmt wurden, eximiret ſind, auch über das geiſtliche Kirchengeräthe (ſupellectilem ſacrum) hat der Landesherr kein anderes Recht, dann die Mitobſorg, und die cumulative Oberaufſicht. Dieſes Recht rührt auch nicht ſo faſt aus der landesherrlichen Gerichtsbarkeit, als aus deſſen Kirchenſchutz- und Advocatie-Gerechtſamen her.

Hingegen wann von den übrigen den mittelbaren Klöſtern und Kirchen-Gütern, und derſelben Verwaltung die Frage entſteht, ſo iſt der Landesherr vermög ſeines natürlichen Schutzes, und Defenſions-Rechts, noch mehr aber kraft ſeiner landesherrlichen Gerichtsbarkeit befugt, bey der Adminiſtration zu concurriren.

In Baiern iſt die Verwaltung der Kirchengüter vi indulti pontificii vom 2ten Jan. 1580. durchaus cumula-

cumulativ; mit den Kloſtergütern hat es „(ſchreibt „der Freyherr von Kreitmayr) um ſoviel weniger „Anſtand; 17) weil das Churhaus nicht nur mit der „Kloſtervogtey, ſondern auch mit den Klöſtern ſelbſt „von dem Kaiſer und Reich ausdrücklich belehnet iſt; „es hat das jus viſitandi et reformandi bey ſelbem; „es kann Rechnung von ihnen fordern, und vermög „der Inſtruction kann ohne landesherrliche Bewilli„gung weder von Kloſtergütern etwas veräuſſert, „noch über eine gewiſſe Summe ein Anlehen aufge„nommen werden. — Was den Clerum ſecularem „betrift, ſtehen deſſen unbewegliche Güter unſtreitig „unter weltlicher Jurisdiction, und ſind die Funda„tions- oder Widem-Güter ſo wenig davon ausge„nommen, daß man der Geiſtlichkeit vermög der „Taxordnung 1735 nicht einmal die Brief-Errichtung „darüber eingeſtehen wollen, ſondern ſolche vielmehr „der Obrigkeit, worunter ſie liegen vermöge einer „1750. in etwas erleichterter Maaßnehmung beyge„leget hat. — Mit denen corporalibus, welche auf „unbeweglichen Gütern haften, hat es allzeit eine „gleiche Beſchaffenheit; auch bey Schätzung, und „Beſichtigung der Baufälligkeiten iſt die cumulative „Behandlung zwiſchen dem Landesherrn, und dem „Biſchofe kraft eines General-Mandats von 1680. „feſtgeſetzt, überhaupt bleibt die Geiſtlichkeit quoad „realia in foro areſti aut rei ſitae, und ſo auch quo„ad mobilia unterworfen."

§. 1379.

In den baierischen Conkordaten mit dem Hoch- stift Augsburg v. J. 1785. heiſt es deswegen: „was „die Verwaltung der Kirchen-Güter, Aufnehmung „der Rechnungen, und ſo anders, was deme an„hängig, betrift, ſoll es allerdings bey dem verblei„ben,

Konkordaten mit den Biſchöfen.

17) In den Anmerk. ad cod. jur. bav. jud. C. 1. S. 59.

„ben, was in der Churpfalz-baieriſchen Lands- und „Policey Ordnung verordnet, und ſonſt üblichen Her-„kommens iſt: ſo ſich auch auf die Ausleyhung der „Kirchencapitalien verſtehet."

So wie die Verhältniſſe zwiſchen dem Churhaus Pfalzbaiern, und ſeinen Diöceſan-Biſchöfen in Anſehung der landesherrlichen Gerichtsbarkeit über die beweglich- und unbewegliche geiſtliche Güter ſind, eben ſo hat ſich ein anderer Reichsſtand gegen den Diöceſan-Biſchof zu benehmen; man kann es aus dem R. Hofraths Concluſo vom 4ten May 1770. in Sachen zu Speyer Biſchof contra den Magiſtrat der Stadt Weyl erſehen. Memb. 1. heißt es: „habe es, „ſoviel das futurum betreffe bey dem Vertrags mäßi-„gen impetratiſchen Anerbieten dem biſchöflichen Pfar-„rer, (wie es bißhero beſcheinigter Maaßen beſchehen) „ſowohl den jedesmaligen Beſitz zugeſtatten, als auch „die jährliche in dem Vertrage beſtimmte Rechnun-„gen, auf deſſen Verlangen verabfolgen zu laſſen, „ſein verbleiben: anlangend aber membr. 2. das „praeteritum, ſo werde beklagter Magiſtrat ange-„wieſen, dem klagenden Theil alle Vertragsmäßige „Rechnungen von 1720. an, wovon demſelben oder „deſſen Vicario noch keine Abſchrift zugeſtellt worden, „auf deſſen Anverlangen Copie zu ertheilen, oder „falls er zu Erſpahrung der den piis Corporibus „dardurch zuwachſenden Koſten, auf ſeine eigene, „jemand ad inſpiciendum et decopiandum abzuord-„nen gut finden ſollte, demſelben gedachte Rechnun-„gen vorzulegen. Hingegen habe membr. 3. klagen-„der Theil diejenige monita, die er zum Beſten der „piorum corporum zu machen für nöthig finde, und „deren Remedirung, auf Erinnern, von dem beklag-„ten Magiſtrat nicht zuerlangen ſeyn ſollte, zu wei-„terer oberſtrichtlicher Anordnung vorzulegen. 18)

Hier-

18) Moſers Reichsſtaatshandbuch Thl. 2. S. 365.

Hieraus zeigt ſich, daß ein Landesherr in Belang der geiſtlichen Güter, und derſelben Adminiſtration, in einigen Landen mehr in andern weniger hergebracht habe; öfter beruhet das ganze nur auf einem Herkommen; indeſſen bleibt ſo viel richtig, daß die landesherrliche, wie die biſchöfliche Gerichtsbarkeit in d. g. äuſſerlichen die Kirchenpolitie betr. Sachen der Subordination des Kaiſers, und der Reichsgerichte unterworfen ſeyn.

§. 1380.

Die concurrente Gerichtsbarkeit der Landesherren, und der Diöceſan-Biſchöfe in Anſehung der Verlaſſenſchaft-Teſtaments- und Erbſchaftſachen gibt nicht nur in den Stifts-Staaten, ſondern auch in den über fremde Landen ſich erſtreckenden Diöceſen zu vielen Colliſionen Anlaß; beſonders weil die wechſelſeitigen Rechte, Verordnungen und Gewohnheiten, nicht überall gleich ſind, und in dieſem Lande der Diöceſan, und in einem andern der Landesherr mehr oder weniger hergebracht hat. Verlaſſenſchafts-Teſtaments- und Erbſchaftſachen.

Zwiſchen dem Hochſtift Regensburg und Baiern wurde 1529 ein Vergleich wegen der geiſtl. Teſtamenten gemacht.

Von Baiern hingegen meldet der Freyherr von Kreitmayr, 19) „wie es mit geiſtl. Verlaſſenſchaften „zu halten, und wer judex competens hier ſey, iſt „zwar unter den Schriftſtellern ſtreitig. — — Es „geben aber die 1583. mit Salzburg, Paſſau, „Freyſing, Regensburg, und Chiemſee, getrof„fene Corfortaten Cap. 5. wie nicht weniger die mit „Augsburg 1684. §. 2. 3. et 5. und hiernächſt der „freyſingiſche Receß von 1718. ſamt dem darüber „ausgefertigten Mandat de eod. anno §. 3. gründ„liche

19) Ad cod. civ. bav. Thl. 3. S. 1342.

„liche Auskunft — — wegen der zu München oh=
„ne Teſtament abſterbenden Weltgeiſtlichen gibt das
„Dekret vom 2ten Merz 1662. klare Maaß ⸗ ⸗ ⸗ laut
„eines andern Churfürſtlichen Dekrets vom 31n May
„1726 ſoll denen Ordinariis in Fällen, wo die quae-
„ſtio nur von der Gültigkeit, oder Ungültigkeit des
„Teſtaments iſt, niemal eine Cognition geſtattet wer-
„den: und dieſes fußet ſich nicht nur auf die durch
„viele Praejudicia beſtättigte Obſervanz, ſondern
„ſcheint auch noch von demjenigen alten Vorrecht,
„welches die Herzoge in Baiern in bonis clericorum
„hatten, ein kleines Ueberbleibſel zu ſeyn. ⸗ ⸗ ⸗ So
„viel endlich die Verlaſſenſchaft unehlich = oder flüch-
„tiger Geiſtlichen belangt, welche ſich der Fiſcus
„vor dieſem gleichfalls allezeit beygeleget hat, iſt den
„Churfürſtl. Dikaſteriis per decretum vom 5. Jan.
„1640. aufgetragen worden, ſich ſothaner Erbſchaf-
„ten von Obrigkeit oder Fiſci wegen hinfüro nicht
„mehr anzunehmen, ſondern dieſelbe gleichwol den-
„jenigen, welchen es von Rechtswegen gebührt, oh-
„ne Hinderniß zukommen zu laſſen. ⸗ ⸗ Letzlichen iſt
„noch zu bemerken, daß die Obſignations-Inventur-
„und all obbenannte obrigkeitliche Actus keine Wir-
„kung von der Niedergerichtsbarkeit ſeynd, ſondern a
„jure ſupremae advocatiae abhangen, folglich den
„nicht ſpecialiter damit begabten Ständen oder
„Landſaßen vi decreti de 1. May 1725. keineswegs
„zukommen.“

Ich finde, daß in dem neuen Conkordate zwi-
ſchen Baiern, und dem Hochſtift Augsburg vom
Jahr 1785. die Verlaſſenſchaft = Teſtaments = und
Erbſchaftsſachen, und alle hievon abhangende Wir-
kungen ſehr genau auseinander geſetzt, und beſtimmt
worden. Dem Ordinariat, heißt es §. 41. „bleibt
„noch ferners, wie bißhero unbenommen, den Prie-
„ſtern

„ſtern die Licentiam teſtandi zu ertheilen: dafür aber „ein mehrers nicht, als die gewöhnliche Siegelamts„gebühr mit 3 fl. zu erhohlen; im übrigen ſind aber „alle möglich vorkommende Jurisdictions Actus in „Teſtament, Erb- Verlaſſenſchaft-Conkurs-Bau„ſchätzungs- und andern Sachen §. 42 — 53. zur cu„mulativen Behandlung ausgeſetzt."

Bey andern Stiftern findet man faſt eben dergleichen Verträge mit ihren einheimiſch- und fremden Landesherren: z. B. in dem Churmainziſchen iſt die Summe, welche mit Einbegriff der geiſtlichen Erbſchaften in die Klöſter gehen dürfe, per mandatum electorale vom 5ten April 1735. und 1771 feſtgeſetzt. Von dem Verhältniſſe der in das Oeſterreich, ſich erſtreckenden Diöeeſen, und dem Vermögen der dortigen Geiſtlichkeit, ſodann in Anſehung ihrer Teſtament- und Verlaſſenſchaftsſachen, iſt Moſer 20) nachzuſehen; ein mehrers hievon wird aber in folgenden Capiteln noch vorkommen.

§. 1381.

Schulen, Leproſenhäuſer ꝛc. milde Stiftungen, oder causae-piae.

Da dem Landesherrn vermöge ſeines Schutz- und Advocatie-Rechts über die geiſtliche Güter, ſeiner mittelbaren Landesgeiſtlichkeit alle hierauf Bezug habende Schirm- und Handhabungs-Befügniſſe zuſtändig ſind, ſo erſtrecken ſich ſolche auch auf die Spitäler, Wayſen-Leproſenhäuſer, Bruderſchaften, und andere milde Stiftungen; denn alle dieſe werden insgemein ſelbſt nach dem weſtphäliſchen Friedensſchluß art. 5. §. 24. 25. 26. insgemein unter die bona eccleſiaſtica gerechnet; allein die Advocatie-Rechte gehen faſt überall in die Befügniße der landesherrlichen Gerichtsbarkeit über; und z. B. in Baiern werden alle dieſe Dinge bey dem foro ſeculari verhandelt, und

20) Von der Landeshoheit im Geiſtl. S. 290.

und wo es auf eine Veräuſſerung dergleichen milden Stiftungsgüter oder auch auf ſonderbare Verfügung ankommt, verfährt man, wie vermög des freyſingiſchen Receſſes, und darüber ergangenen Mandats v. J. 1718. §. 3. mit dem Ordinario und Dioeceſano cumulative, ſonderlich, wann die Stiftung mit deſſen Bewilligung errichtet worden. In andern Landen hat es größten Theils die nemliche Beſchaffenheit; Verträge und Herkommen geben hierinfalls faſt überall Maaß und Ziel. In dem neuern Conkordat zwiſchen Baiern und dem Hochſtift Augsburg v. J. 1785. finde ich zwar wegen dergleichen Stiftungen keine ſonderbare Diſpoſition; allein es hat alle Wahrſcheinlichkeit, daß das Haus Baiern diesfalls bey allgemeinen Grundſätzen ſtehen geblieben ſey. Mit der Reichsſtadt Augsburg ſcheint es in einigen Stücken wegen dortigem Spital faſt ein ähnliche Conkurrenz wenigſtens bey den Rechnungen zu haben, indem der Domdechant allda 1624. in den Beſitz v. q. dieſes Conkurrenzrechts geweſen ſeyn ſoll. 21) Die ſubordinirte Gerichtsbarkeit zeiget ſich auch in dieſem Stück ſehr klar, wenn man auf die viele Streitigkeiten hinſieht, die bey den Reichsgerichten über dergleichen Stiftungsſachen vorgekommen ſind; von dem Hochſtift Lüttich bringt der Freyherr von Cramer 22) ein Reichskammergerichtliches Erkenntniß vom 28ten Juni 1770. bey: de non turbando Conſules, et Magiſtratum aquisgranenſem in poſſeſſione ſuperioritatis et curae in Betreff des dortigen Krankenſpitals. Ein noch nachdrücklicheres Erkenntniß kommt in cauſa des Raths zu Kempten vor, wo es heißt: „wie der Kaiſer als oberſter Schutzherr der piarum cauſarum dergleichen gemeinnützlichen Verfügungen mit aller Sorgfalt und allerdings ungekränkt „auf-

21) Stettens Geſchichte der R. St. Augsburg S. 1070.
22) In ſeinen Nebenſt. Thl. 119. S. 48.

„aufrecht erhalten wiſſen wolle, ſo befehle er dem Ma„giſtrat — nicht allein über die bißherige Fahrläßig„keit ſich gebührend zu verantworten, ſondern auch „deſſen obrigkeitliches Amt vor das künftige beſſer, „als beſchehen in Obacht zu nehmen." 23)

In Anſehung der Schulen läßt ſich ein Landesherr mit dem Dioeceſano nicht viel ein. Sowohl die Schullehrer als alles dasjenige, was auf das Schulweſen Bezug hat, iſt der landesherrlichen Jurisdiction unterworfen; z. B. in Baiern wird die Aufnahme eines Schulmeiſters cumulative behandelt; man geſtattet auch der Geiſtlichkeit in den baieriſchen Concordaten mit Augsburg v. J. 1585. Beyl. 5. n. 4. die Schullehrer in gebührenden Schranken zu halten; alles übrige gehört aber zur landesherrlichen Gerichtsbarkeit; 24) beſonders was die höhern Schulen vorzüglich die Akademien und Gymnaſien betrift, wird dem Diöceſane gar nichts hieran eingeraumt; nur das perſönliche Verhältniß der geiſtlichen öffentlichen Lehrer und Profeſſoren geht den Ordinarium an; die Lehrart ſelbſten bleibt immer den landesherrlichen Vorſchriften Schul- und Studien-Planen unterworffen. Hievon wird in dem 73. Cap. ein mehreres vorkommen.

§. 1382.

Gottesäcker und Begräbniſſe.

Es iſt unſtreitig, daß Gottesäcker, und Begräbniſſe, als Loca ſacra, die intra ſepta eccleſiae begriffen, wie die Kirchen, und Klöſter als ganz geiſtlich angeſehen werden; was hingegen die Verordnungen im Aeuſſerlichen betrift, so treten hiebey die Grundſätze von der landesherrlichen Oberaufſicht, und äuſſerlichen Kirchen-Politie-Rechten ein. z. B.

23) Moſer Reichsſtädt. Regim. Verfaß. S. 372.
24) Freyherr v. Kreitmayr L. c. S. 61.

z. B. wann ein Gottesacker an einen bequemen Ort verſetzt werden ſolle, oder wenn die Frage entſteht, ob einer würdig ſey chriſtlich begraben zu werden, oder ob er in dieſes Familien-Begräbniß zu bringen ſey? in all dieſen und dergleichen beſonders in Straffällen hat die landesherrliche Gerichtsbarkeit ihre volle Wirkung. Z. B. in Baiern hat der Landesherr diesfalls klare Verordnungen feſt geſetzt. 25)

In den Conkordaten des Hochſtifts Augsburg mit dem Haus Baiern im J. 1785. §. 31. heißt es: „die Sacrilegia, Simoniae, percuſſiones clericorum, „wenn ſie von baieriſchen Unterthanen begangen wer„den, ſollen eben ſo, wie die Raufhändel in den „Kirchen oder auf dem Freythof von den weltlichen „Stellen privative abgeſtraft werden, doch aber dem „Ordinariat unbenommen ſeyn, dergleichen Frevel mit „pur geiſtlicher Strafe, und allenfalls mit geiſtlicher „Cenſur, den heil. kanon. Satzungen, und der „Vorſchrift des trident. Kirchenraths gemäß ad re„parationem ſcandali communitati chriſtianae dati „zu belegen. — Ferner. §. 33. in den Selbſtmordes„Fällen ſolle, wenn ein Zweifel vorhanden, wie biß„hero, auch forthin mit Vorwiſſen, und Einverſtänd„niß der geiſtlichen Obrigkeit verfahren werden; zu „dem Ende gleichwohl jedem Ordenspfarr unbenom„men bleibt, die benöthigte Abſchriften, reſpicie „extractus von der weltlichen Obrigkeit geziemend „zu verlangen, um von dem Ordinariat die ein„ſchlägige Erklärung ratione ſepulturae zu erholen.“ Ueberhaupt wird in dergleichen Fällen in Anſehung der concurrenten Gerichtsbarkeit nur der Bedacht genommen, daß in ganz geiſtlichen Dingen der Geiſtlichkeit keine Kränkung verurſacht werde. Im übrigen behauptet der Landesherr in dergleichen Stücken ſeine entweder kumulative, oder privative Rechte, z. B. in

25) Freyherr v. Kreitmayr L. c. S. 61.

B. in Streitigkeiten der Kirchen-Stühlen, und dergleichen ganz allein; was aber jura ſtolae, das Begräbniß, den Gottesdienſt, das Opfer, die Kirchenſtöcke, Reparationen, Bauſachen, Ordnung, Reinlichkeit Sammlungen u. d. betrift, hierinn hat insgemein die kumulative Behandlung ſtatt.

§. 1383.

Zu der biſchöflichen Gerichtsbarkeit gehören an und vor ſich die Zehentſachen, wann von wahren Kirchen- und keinen Layenzehenten die Frage entſteht. Von Baiern ſchreibt der Freyherr v. Kreitmayr 26) die Zehentſachen ſind nach unſern Principiis mere ſpiritualia, werden auch in den augsburgiſchen Conkordaten §. 7. und 13. für ein Exempel einer pur geiſtlichen Sache angegeben. Die Conkordaten vom J. 1583. (welche auch, quoad paſſum concernentem dem Landrechte Tit. 28. Art. 17. einverleibt ſind) nehmen folgende Fälle davon aus, 1) wann es Decimae ſeculares ſind, wozu die Layen nunmehr ein Recht haben, und beede Parthien, oder der Beklagte, ein Lay iſt. 2) In zeitlichen Zehent-Contracten, da nur die Früchte der Zehenten auf eine Zeit verkauft oder verlaſſen, 3) da der Streit um die Bezahlung, oder um den Rückſtand, oder um das bloſe Innhaben, und des Eigenthums halber nichts mit eingemiſcht iſt. Nach Maaßgab der baier. Landrechten Tit. 28. Art. 16. iſt man weder den Blut- noch kleinen Zehent zu geben ſchuldig, wo er nicht Herkommens iſt: Da nun aber das Herkommen an ſich ſelbſt res meri facti iſt, ſo will man hierinn kein anders forum, als das ſeculare erkennen; in cauſis poſſeſſoriis, aut nudi facti, meint Schmid, 27) daß, wann der Beklagte ein Geiſtlicher iſt, alsdann der judex Zehent-Sachen.

 eccle-

26) L. c. S. 61.
27) In dem baieriſchen Landrecht. B. d. St.

eccleſiaſticus angegangen werden müſſe: ſo ferne aber der Beklagte ein weltlicher iſt, läßt er praeventionem zu. Was der Freyſingiſche Receß von 1718. dies-falls mit ſich bringt, zeigt das Mandat e. a. §. 12; welcher aber von Seiten der geiſtlichen, und weltlichen Obrigkeit nicht auf gleiche Weiſe ausgedeutet wird. Endlich gibt auch mehr belobter Schmid zu, daß die Frage in hypotheſi: ob der ſtrittige Zehent geiſtlich, oder weltlich ſeye? allezeit ad forum eccleſiaſticum gehöre ꝛc.

Allein es läßt ſich hierinn keine allgemeine Regel feſt ſetzen; man hat eine Menge Beyſpiele, daß zwiſchen geiſtlichen Stiftsregenten, und Landesherren auch andern Unmittelbaren, ohne Ruckſicht, wer Kläger, oder Beklagter war, bey den höchſten Reichsgerichten über die Frage: ob der Zehent geiſtlich, oder weltlich ſey, geſtritten worden; die Landesherren ſind einmal mit dem ganzen Complexu ihrer Landen, Leuten, und Nutzungen, folglich auch mit den Zehenten belehnt; Es fällt daher nur gar ſelten pro qualitate eccleſiaſtica decimarum die Entſcheidung aus; und wo die qualitas eccleſiaſtica dem Zehenten augenſcheinlich affect iſt, würde eine ſolche Streitigkeit ohnehin jederzeit ad forum competens zurück gewieſen werden; ſelbſt die unmittelbare Biſchöfe, und geiſtliche Reichsſtände erkennen die Zehenten größtentheils als Lehenbar mit ihren Stiftslanden; und wo es nur ein mittelbarer Stand, oder Landſaß wegen der Eigenſchaft eines geiſtlichen oder weltlichen Zehentens entweder mit einem ſeines gleichen Mittelbaren, oder mit einem Geiſtlichen in Streit kommt, ſo gibt die Prävention ratione fori den Ausſchlag, wenn das Landsherkommen oder ſonderbare Verträge ſolches nicht beſtimmen.

§. 1384.

§. 1384.

In Anſehung der Verbrechen iſt ein großer Unterſchied zu machen: Ob ſolche von geiſtlichen Perſonen begangen werden, oder ob die Frage von Verbrechen entſtehet, welche für geiſtliche Gerichte, wenn ſchon weltliche Perſonen ſich ſolche zur Laſt gelegt, gehörig ſind? Geiſtliche Verbrechen.

Verbrechen geiſtlicher Perſonen gehören ohne alle Einwendung zur geiſtlichen Obrigkeit; weil die katholiſche Geiſtliche in geiſtlichen Sachen niemand als derſelben Red, und Antwort zu geben haben; wann daher ein Landesherr auf je eine Weiſe auch etwas zu ſagen hat, ſo iſt es ein ganz beſonderer Vorzug.

Das Haus Baiern hat, vermög einer päbſtlichen Bull v. 5ten Febr. 1526. das Recht, gegen die in puncto haereſis, oder anderer ſchweren Laſtern notorie befangene Geiſtliche, von was Würde ſie immer ſind, auf den Fall, wenn der Ordinarius ſäumig iſt, zuzugreifen, und mit Zuziehung der in der Bull benannten Commiſſarien gar bis zur Degradation zu ſchreiten.

1582 und 83. wurde in Baiern ein päbſtliches Indult publicirt; vermöge deſſen die verdächtige Weibsperſonen mit Gewalt aus den Pfarrhäuſern ſollen herausgenommen werden.

1583. 20ten Apr. wurden die Herzoge erſucht, wenn die Biſchöfe ſich hierinn nachläßig erzeigen ſollten, die Satzung des Concilii zu Trient, beſonders den Confubinat betreffend, in Vollzug zu bringen.

Hier entſtehet die Frage, ob die Herzoge in Baiern dieſes concurrente Gerichtsbarkeitrecht jure proprio, oder vielmehr nur delegato, ſive ex indulto auszuüben haben? Ich glaube mit Grund zu behaupten, daß dieſes Recht, wenn die Biſchöfe nachläßig

 ſind,

ſind, jedem Landesfürſten jure proprio zuſtändig ſey, weil derſelbe vermöge ſeines äuſſerlichen Kirchen-Politie-Rechts nicht nur allein die Sachen, ſondern auch die Perſonen, was das äuſſerliche der Diſciplinar-Gewalt, und derſelben Ausübung zu Handhabung der kirchlichen Ruhe, Ordnung, guten Sitten, u. d. betrift.

In den neuern Conkordaten zwiſchen dem Hochſtift Augsburg, und dem Haus Baiern v. J. 1785. iſt dieſer Gegenſtand, als eine gleichſam ſchon bekannte Sache übergangen worden.

§. 1385.

Und weltlichen.

Was hingegen die Verbrechen anlangt, welche, wenn ſie von weltlichen Perſonen begangen werden, entweder ganz zur geiſtlichen Gerichtsbarkeit gehören, oder mixti fori ſeyn ſollen, hierüber ſcheint man zwiſchen den Landesherren, und Biſchöfen noch gar nicht im Reinen zu ſeyn. Nach einigen Rechtslehrern 28) wird ad delicta mixti fori der Wucher, Gotteslåſterung, Sodomiterey, Ehebruch, Confubinat, Sakrilegium, Polygamie, Blutſchande, Nothzucht, Simonie, Meuchelmord, Falſum ꝛc. gezogen. Und behauptet, daß, wenn der Delinquent ein weltlicher iſt, die Prävention ſtatt habe; allein, wenn man nach den heutigen ziemlich geläuterten peinlichen Geſetzen, und einem allgemeinem Herkommen in allen faſt obgenannten Verbrechen von Seite der weltlichen Obrigkeit die privative Zentgerichtbarkeit ſich nicht einmal mehr ſtreitig machen läßt, ſo dürfte die biſchöfliche Gerichtsbarkeit auf keine Prävention ſich eine Rechnung machen. Was in einem oder dem andern Land ein beſonders Herkommen mit ſich bringt, gilt in einem andern nicht für ein Recht; beſonders wenn

28) Engel jus Canon. Lib. 2. Tit. 2. N. 75. Frölich Part. 1. Lib. 1. Tit. 14.

wenn das Herkommen gegen allgemein⸗angenommene Grundſätze läuſt.

Man geſtattet in einigen Landen in dergleichen delictis, wenn ſie von der Geiſtlichkeit prävenirt worden, eine geiſtliche Straf den Verbrechern aufzulegen, und das übrige der weltlichen Obrigkeit zu überlaſſen. So iſt es, ſchreibt der Freyherr von Kreitmayr 29) mit den Ordinariis durch das Conkordat v. J. 1583. dies nemliche feſt geſetzt; es iſt zwar allda nur de percuſſione clericorum die Rede; hingegen will man es ex itenditate rationis auf alle delicta mixti fori verſtanden haben, das Conkordat mit Augsburg v. J. 1684. §. 6. beſagt das nemliche, hingegen weicht das neuere v. J. 1785. §. 31. wie ich ſchon gemeldet, hievon ab, auch mit Paſſau, war das Haus Baiern 1690. über ein gleiches einverſtanden.

Was hingegen das delictum Haereſeos anbelangt, ſo verheiſet zwar eine Bull Gregors XIV. v. J. 1559. §. 6. daß ſolches nur von dem geiſtlichen Richter allein unterſucht werden ſolle. Heutzutag hält man aber dafür, daß ſich die geiſtliche Gerichtsbarkeit nur auf den Fall erſtrecke, wenn die Frag, an haereſis ſit, noch zweifelhaft iſt, denn in einer offenbaren Ketzerey fährt der Landesherr mit der Unterſuchung und der Beſtrafung geradezu vor.

§. 1386.

Es entſtund die Frage, ob bey Verbrechen mixti fori, oder in Präventionsfällen durch die geiſtliche Strafe die weltliche gehoben werden? Heutzutage zerreißt man ſich den Kopf nicht mehr mit dergleichen Streitigkeiten; In Baiern liegt ein Mandat v. J. 1751. in Mitte, daß gegen die in puncto

Von Präventionsfällen oder delictis mixti fori.

29) Anmerk. ad cod. jur. bav. criminal. &c. part. 2. Cap. 1. S. 157.

puncto blaſphemiae verhafte, ungeachtet der bey dem Ordinariat vorgenommenen Beſtrafung, die Strafe des weltlichen Richters dennoch vollzogen werde.

Mit dem Aſyl, wovon noch anderwärts ein mehrers vorkommt, nimmt man die Sache heutzutage auch leichter, als im vorigen Jahrhundert, ſeitdem man behauptet, daß der Landesherr nicht allein befugt, ſondern ſo gar ſchuldig ſey, die Aſſyla oder Freyſtätte aufzuheben. 30) Das Haus Baiern hat in dem neueſten Conkordat v. J. 1785. mit dem Hochſtift Augsburg ſich folgender maßen verſtanden: in cauſis Aſſyli (heißt es:) „hat es bey den päbſtl. Konſtitutionen ſein Bewenden.“ Von Seite des Ordinariats wird man nach der N. 4. in fine beygedruckten Inſtruction die Aſſylanten bis auf Unterſuchung ihres delicti in Verwahr nehmen, oder der weltlichen Obrigkeit ad cuſtodiam epiſcopalem auf Verlangen alſogleich übergeben.

Iſt das delictum exceptum: werden ſie ohne weiters ausgeliefert; iſt es nicht exceptum: ſo übergibt man ſie wiederum gegen Revers de non occidendo &c.

In dubio, wenn die indicia de reitate perſonae, et qualitate excepti dem Ordinariat kommunicirt werden, wird der Proceß von demſelben in praeſentia eines weltlichen Commiſſarii, der allenfalls das Behörige erinnern kann, inſtruirt, und darauf hin die Frage: ob das delictum exceptum iſt, oder nicht? beſtimmet. — Sollte aber bey dem päbſtlichen Stuhle diesfalls was anderes zu erhalten für nützlich erachtet wer-

30) Sonnenfels Auff. in der allgem. deutſchen Bibl. Band 12. St. 2. S. 376. Meine Anpreiſung der Oeſterr. Landesverordnung. Wien 1777. Abſch. 2. S. 8 ‒ 11. Desgleichen meine Abhandlung von dem Aſſylo in Klöſtern proteſt. u. vermiſcht. R. Städten. In den auserleſenen Beytr. in R. Städt. Sachen. B. 1. S. 455 — 73.

werden: ſo iſt man von Seite des Ordinariats bereit die Hände hiezu zu biethen.

Das Hochſtift Augsburg hat deswegen eine beſondere Inſtruction hierüber erlaſſen, welche ſich auf die neuern päbſtliche Indulten beziehet.

§. 1387.

Nach Vorausſetzung der geiſtlichen Sachen iſt als ein allgemeiner Satz nicht zu übergehen, daß in Deutſchland die kathol. Geiſtliche, wer ſie immer ſind, vor dem Kaiſer, oder dem Landesherrn in perſönlich und andern Sachen zu recht ſtehen, Red, und Antwort geben müſſen, und dagegen weder eine Immunität noch Exemtion ſtatt finde. Gerichtsbarkeit in weltlichen Sachen.

Wir ſehen das Beyſpiel bey Baiern, 31) allwo ſchon alle Juſtitz-Collegien im Jahr 1658. d. 20 Apr. angewieſen worden, in den Sachen, darinn die Geiſtliche vor den weltlichen Gerichten ſtehen müſſen, die Execution gegen ſie, ohne Anrufung des Brachii eccleſiaſtici zwar nicht an der Perſon, wohl aber an ihrem Widem, und andern Gütern, oder Mobilien als Pferd, Vieh, Getrayd, u. d. ungeachtet der von den Ordinariis androhenden Cenſuren vorzunehmen.

In dem neueſten Conkordat des Hauſes Baiern mit dem Hochſtift Augsburg v. J. 1785. §. 29. heißt es: „von Seiten Baiern wird es ſomit wie bisher, „bey der dem Clero im bloſen Perſonal oder mit kei„ner Realität verknüpften Sachen zukommenden „Immunität, auch in bürgerl. Handlungen, derge„ſtalten belaſſen, daß ſelbe, wenn ſie Beklagte ſind, „hierinnfalls der Cognition und Iudicatur des Ordina„riats unterſtehen, quoad bona eccleſiaſtica cleri-

31) Moſers Landeshoheit im Geiſtlichen. S. 189.

„corum hingegen (conſequenter patrimonialibus ex-„ceptis, nec non quoad adminiſtrationem bono-„rum eccleſiaſticorum wird die cumulativa pro baſi „et norma angenommen — die mit der Landſchaft „begabte Geiſtlichkeit hingegen, ſoll der baieriſchen „Landesverfaßung nach, auch in bloſen perſonal Sprü-„chen ſoviel es Geld und Gut belangt, unter der „weltlichen Obrigkeit zu ſtehen haben.“

§. 1388.

Colliſionen der biſchöfl. und landesherrlichē Gerichtsbarkeit.

Aus dieſen angeführten vielen Gegenſtänden iſt nicht nur die Concurrenz der landesherrlich, und biſchöflichen Gerichtsbarkeit, ſondern auch die Subordination derſelben hinlänglich abzunehmen. Die Gränzlinien der beeden Gerichtsbarkeiten laſſen ſich nicht ganz genau ziehen; man glaubt es zwar nach theoretiſchen Grundſätzen zu erziehlen, allein ich bin durch die Erfahrung, und durch ſo viele ſelbſt geführte Reichsgerichtliche, und andere Proceſſe, zum Theil auch aus den Verhandlungen bey Gerichtshöfen, größtentheils aber aus ſo vielen Beyſpielen, und Vorkommenheiten überzeugt, daß ſich keine andere allgemeine Regel zu Vermeidung der Colliſionen angeben laſſe, als daß man die weltliche Sachen von den geiſtlichen genau unterſcheide; alles iſt dahero an dieſer klugen Abſonderung gelegen; Streitigkeiten, und Colliſionen wird es zwar immerfort, ſo lang es Menſchen gibt, abſetzen; ſolche laſſen ſich aber durch die Separation der Temporalien von dem Geiſtlichen deſto ehender entwickeln.

In den Stiftern, wo die Biſchöfe, wie ich ſchon öfter widerholet, zugleich Landesfürſten ſind, fehlt es an Streitigkeiten dieſerhalben nicht; 32) ſol-

32) Der Freyherr v. Moſer ſcheint dieſes in ſeiner Abhandlung über die geiſtlichen Staaten in Deutſchland S. 58. wohl-

ſolche kommen aber ſelten zum öffentlichen Ausbruch, weil der Biſchof, und der Landsherr vereiniget in einer Perſon ſich leichter durch die Finger ſehen, und dieſe Zwiſtigkeiten bey ihrer Entſtehung mit einem ganz gleichgültigen Machtſpruche beylegen kann.

Wenn ich alle die Streitigkeiten und Colliſionen zwiſchen der geiſtlichen, und landesherrlichen Gerichtsbarkeit, die nur ex actis publicis bekannt ſind, hier anführen wollte, würde es ein ganzes Buch erfordern; allein es ſey genug nur durch eine und andere Beyſpiele anzuzeigen, wie die höchſte Reichsgerichte in dergleichen Jurisdictions-Conflikten durchgreifen; woraus ſich auch die Subordination der landesherrlichen Gerichtsbarkeit in voller Maaße darſtellet; die Subordination der biſchöflichen Gerichtsbarkeit, wird ſich in der Materie, wo von Recursſachen nach Rom die Rede iſt, vollkommen aufklären.

§. 1389.

Unter den merkwürdigen Beyſpielen von Reichsgerichtlichen Erkenntniſſen in dergleichen gerichtsbarkeitl. Colliſions-Sachen zeichnen ſich vorzüglich folgende aus. Beyſpiele und Erkenntniſſe.

In Sachen: zu Cölln Rector und Canonici des Collegii ad S. Mich. in Weidenbach contra Chur-Cölln, und die Stadt Cölln puncto Violentiarum erkannte der Reichshofrath den 16ten Jun. 1770. ein Reſcript an Chur-Cölln — „Kaiſerl. Maj. hätten „erſehen, welcher Geſtalt der Churfürſt bey der durch „deſſen General Vicarium in dem klagenden mit einem beſondern von Kaiſer Friederich *III.* ertheilten „Privilegio verſehenen Collegiatſtiften Weidenbach

„1768.

wohlerwogen zu haben, da er ſchreibt: der beſtändige Contraſt der geiſtlichen und weltlichen Eigenſchaft, Macht, und Gerichtsbarkeit, und dem wechſelweiſen Ein- und Ausfluß, Widerſpruch und Widerſtand, macht — — alles ſchwehr ꝛc.

„1768. in ſpiritualibus vorgenommenen Viſitation „bereits ſchon in dem Viſitationsdekret v. 20 Octob. „e. a. nicht nur in verſchiedenen blos die Admini- „ſtrationem Temporalium betreffenden Puncten ein- „ſeitig verfüget, einen ſo nennenden Oeconumum „mit beſonderer allein ad temporalia wiederum ertheil- „ten Vorſchrift angeſtellet, und zu einem nicht un- „deutlichem Vorgeſchmack einer gänzlich intendiren- „den Abänderung dieſes Stifts, in ſeiner Geſtalt aus- „geſchaft habe, ſondern daß derſelbe ferners, nach der „Hand den Rector des Collegii als ſolcher ſowohl bey „dem geiſtlichen Oberrichter, als auch bey K. M. „Hilf geſucht, mit offentlicher Gewalt ſelbſt aus dem „Stiftshauſe weg, und in Arreſt führen laſſen. — „Gleichwie aber Kaiſerl Maj. dergleichen einſeitige „Einmiſchungen des Churfürſten qua ordinarii in „bloſe temporalia nicht zugeben, zu Handhabung „Kaiſerl. von dero Vorfahren am Reich ertheilten „Privilegien, öffentl. Contraventionen und Gewalt- „thaten dagegen nicht zulaſſen, den darauf provoci- „renden Perſonen die gebührende Hilf bey Ihro zu „ſuchen, nicht abſchneiden ꝛc. als wollten Ihro Kaiſerl. „Majeſt. ſolches alles kaßiren. ꝛc. 33)

Ein dieſem ähnliches Reſcript ergieng unterm 15 Octob. 1771. auf eine von dem Magiſtrat zu Cölln gegen dem Churfürſtl. geiſtlichen Hofrichter puncto arrogatae jurisdictionis in cives colonienſes in cauſa mere civili angeſtellte Klag. 34)

Daß, wo es in Kirchenſachen, um das Geiſtli- che, und Weltliche zugleich, und um die Handha- bung der kaiſerlichen Gerichtsbarkeit circa temporalia zu thun iſt, das Cammergericht eben ſo wohl als der Reichs-

33) Moſers. J. Jac. Zuſätze zum deutſchen Staatsrecht B. 1. S. 755.
34) L. c. B. 1. S. 757.

Reichshofrath darinn ſprechen könne, davon hat man ein merkwürdiges Beyſpiel; den 24ten Nov. 1780. erkannte das Cammergericht in Sachen: Schwarzach contra Baden, ſodann Churmainz als Intervenienten Mandati de reſtituendo Abbatem et adminiſtrationem monaſterii ejusque redituum non turbando diſciplina monaſticam tempore Litis in monaſterio &c. Ein Mandat S. C. des Inhalts: — „Man verſehe ſich zu dem Churfürſten von Mainz, „daß derſelbe bey ſeinem demnächſt circa clauſtralia, „et diſciplinaria des Kloſters zu publicirenden erz„biſchöfl. Viſitations Beſcheiden etwas circa tem„poralia gedachten Kloſters oder deren Verwaltung „in praejudicium jurisdictionis caeſſareae zu verfü„gen, auch ſeinen geiſtlichen Commiſſarien die Erhe„bung weiterer Commißionsgelder von dem ohnehin „äußerſt verſchuldeten Gotteshaus zu geſtatten keines„wegs gemeint, ſondern diejenige Gebrechen circa „temporalia, welche etwa ſeiner Viſitation bekannt „geworden, zu Oberſtrichterl. Verfügung dieſem kai„ſerlichen Cammergericht ohnverweilt anzeigen zu „laſſen von ſelbſt gemeint ſeyn werde. ꝛc. —

„Nicht minder den Schlüßel und Rechnungen „zum klöſterl. Archiv von dem Hr. Churfürſten zurück „begehren ſollen ꝛc." 35).

Eben ſo merkwürdig iſt das Reichshofräthliche Erkenntniß vom 14 Sept. 1780. Jeſuiter-Orden in ſpecie die zu Augsburg entſtandene Colliſionen des brachii eccleſiaſtici, et ſecularis betreffend, und der hierauf unterm 28 Apr. 1784. zwiſchen dem Ordinario und dem Magiſtrat zu Augsburg in Bezug dieſes concluſi caeſar. errichteten Vergleichs, wo es heißt: „einem hohen Ordinariat gebühret allwegs über die „in dicto collegio ad S. Salvatorem in Commu-

„nione

35) L. c. B. 1. S. 761.

„nione wohnende — ad ſacros ordines übergange„ne oder auch nur in minoribus conſtituirte-tonſu„rirte — und habitum clericalem tragende Sub„jecten die biſchöfliche Jurisdiction in voller Maaße, „wie gegen andere geiſtliche Perſonen, in allen der „Regel nach, zum geiſtlichen Gericht gehörigen Sa„chen. Wobey doch dieſelbe die wegen ihren Schul„ämtern, und übrigen gegen den Magiſtrat als Ter„ritorial-Schutz- und Schulherren habende Pflich„ten ebenfalls in alle Weg ohnverbrüchlich zu beob„achten haben. —

„Sodann werden einem hohen Ordinariat die „freye Händ verbleiben, in gedachtem Collegio einen „directorem in ſpiritualibus, dem katholiſchen Ma„giſtrat hingegen einen directorem in temporalibus „mit Anvertrauung des Schulhausrectorats und der „Oeconomie aufzuſtellen — dem Hr. Biſchof Ein„ſicht von der ganzen weltlichen Güter Adminiſtra„tion des Collegii mitzutheilen — den Magiſtrat „aber die Beſtellung aller und jeder Profeſſoren, „und Aemter ungekränkt zu überlaſſen." 36)

Dieſe entſcheidende Beyſpiele zielen im Grund betrachtet auf nichts anders ab, als auf die genaue Auseinanderſetzung der geiſtlichen und weltlichen Sachen; wird hierauf Ruckſicht genommen, ſo dürften Colliſionen zwiſchen der biſchöflichen und landesherrlichen Gerichtsbarkeit ſelten entſtehen. Allein es wird erfordert, daß man ohne Vorliebe, ohne Erweiterungsluſt ſeiner Gerechtſame, ohne Neckereyen, und mit Vertraulichkeit zu Werk gehe.

§. 1390.

Neuere Streitigkeiten.

Von den ältern Streitigkeiten der Stifter mit fremden Landesherren in biſchöflich, und landesherrlicher

36) Reuß deutſche Staatskanzley Thl. 16. S. 213 — 231.

licher Gerichtsbarkeit-Sachen kommt hie und da ohnehin ſchon das meiſte bey einzelnen Materien dieſes Werks vor; es bedarf alſo keiner beſondern Wiederhohlung derſelben. Ich führe alſo nur die neuere an.

1780. Lun. 11 Dec. kam bey Reichshofrath vor: zu Füßen Gotteshaus ad ſ. Magnum contra Churtrier als Biſchof zu Augsburg mandati puncto turbationis jurium dicto monaſterio ex privilegiis caeſareis competentium.

— d. 19ten Sept. 1786. zu Pappenheim Graf contra das Hochſtift Eichſtätt mandati puncto jurisdictionis eccleſiaſticae et conſiſtorialis den Zehend zu Oxenhard betreffend.

Die Streitigkeiten in Sachen Heſſen und Mainz, die Kloſter-Aufhebung und Einkünfte anlangend, ſind bey Reuß 37) nachzuſehen.

— Veneris d. 23 Octob. 1775. zu Worms ſammentl. Cleriſey allda c. den Magiſtrat puncto jurisdictioni eccleſiaſtici ad S. Amandum.

— Lun. 29 Jenner 1776 zu Schönthal Gotteshaus c. den Biſchof zu Würzburg et conſort. puncto iurisdict. ordinarii.

— 1783. 28. Apr. Eberach Gotteshaus c. die Regierung zu Würzburg puncto incompetenter arrogata jurisdictionis.

— 30 April 1784 Löwenſtein Wehrtheim, c. Bamberg und Würzburg mandati das jus advocatiae und die Landeshoheit über die Karthaus Grienau betreffend.

Hier dürfte auch noch der Streitigkeiten gedacht werden, welche die Reichsſtadt Worms mit der biſchöfl.

37) Deutſche Staatskanzley Thl. 1. S. 331.

biſchöfl. Regierung, und geiſtlichen Gerichten in politicis et eccleſiaſticis juribus durch ein Jahrhundert gehabt hat. 38)

§. 1391.

Reſpectirung der landesherrlich- und biſchöflichen Befehle.

Gleichwie die Biſchöfe und Landesherren in Anſehung ihrer un- und mittelbaren landesherrlichen und biſchöflichen Gewalt dem Oberſten Kirchenhaupt und Reichsrichter ſubordinirt ſind, und derſelben Gebott und Gehorſam nachzuleben haben; ſo ſind auch in gleichem Betracht ſämtl. Geiſtliche eines Lands oder der Diöceß, den biſchöflichen und landesherrlichen Befehlen in ſtrengſter Maaße ſubordiniret.

Das neueſte Conkordat zwiſchen Baiern, und dem Hochſtift Augsburg v. J. 1785. in den Erläuterungen §. 17. gibt hierinn die ſtrengſte Weiſung, da es unter anderm heißt „landesherrliche Befehle, welche den Seelſorgern „directe, oder von dem Ordinariat publicirt werden, „ſind mit nützlichen Ermahnungen dem Volke kund „zu machen, auch daſſelbe öfter zu dem ihrem Landesherrn ſchuldigen Gehorſam zu unterweiſen. — „Sollte ſich ein Seelſorger beygehen laſſen, landesherrliche oder biſchöfliche Befehle und Verordnungen „öffentlich zu kritiſiren, oder wohl gar dagegen zu „predigen: ſo wird ſelber nach Befund des Vergehens, mit zeitlicher oder gar lebenslänglicher Suſpenſion ab omni officio paſtorali beſtraft werden, indem „die Gemüther der Unterthanen nichts mehr aufwickelt, „als wenn ſie ihre Seelſorger zu Anführung, und „Unterſtützern ihres Ungehorſams haben.

Hierinn beſteht nun dasjenige, was zu practiſcher Kenntniß ſowohl der Conkurrenz als Subordination der biſchöflich und landesherrlichen unmittelbaren, und mittelbaren Gerichtsbarkeit gehöret: Sind es

38) Fabry Staatskanzley Thl. 34. S. 42 — 104.

es Fälle, wo der Biſchof oder der Landesherr keiner unmittelbaren Subordination unterworfen zu ſeyn glaubt, und ſeiner natürlichen Rechte wegen, nicht beſtimmt zu ſeyn erachtet; ſo bleibt doch der Satz gewiß, daß ſeine Gerichtsbarkeit, wie überhaupt all ſeine Gewalt den geiſtlichen Rechten, oder den Reichsgeſetzen und Provinzial-Conſtitutionen mittelbar unterworfen iſt, woraus ſich die Handhabung derſelben auf die oberſte Gewalt entweder des Kirchen-Oberhaupts oder des Kaiſers immer beziehet.

§. 1392.

Von der Subordination der biſchöflichen, und landesherrlichen Gerichtsbarkeit, haben wir bisher noch keine beſondere, und ſo gefaßte Schrift, welche das Ganze nach den Grundſätzen des geiſtlichen und weltlichen Staatsrechts klar auseinander ſetzt: die einzige mir bekannte iſt: Schriften.

Carlier (D. Leonh.) Diſſertatio de ſubordinatione jurisdictionis epiſcopalis et ſuperioritatis Territorialis Würzeburgii 1751. 4. welche aber zu dem Gebrauch und Beweiſe deſſen auf was es ankommt, lang nicht zureichend iſt. Die übrige in dieſe Materie einſchlagende Schriften ſind in den Noten vorſtehender Abhandlung angeführt.

Vier und vierzigſtes Capitel.

Von Synodalſachen, und Congreſſen der C. G. Reichsbiſchöfe.

Inhalt.

§. 1393.) Einleitung. 1394.) allgemeiner Begriff von den Synoden. 1395.) Und den Synodalſtatuten. 1396.) Abhaltung der Synoden. 1397.) Haupt-Gegenſtände. 1398.) Conkurrenz der Landesherren bey Synoden in ältern, 1399) und neuern Zeiten. 1400.) Von Synoden der Stifter überhaupt, 1401.) und eines jeden insbeſondere Augsburg. 1402.) Bamberg. 1403.) Baſel. 1404.) Byſanz. 1405.) Brixen. 1406.) Chur. 1407.) Cölln. 1408.) Eichſtätt. 1409.) Freyſingen. 1410.) Fuld. 1411.) Hildesheim. 1412.) Lüttich. 1413.) Mainz. 1414.) Münſter. 1415.) Oßnabrück. 1416.) Paderborn. 1417.) Paſſau. 1418.) Regensburg. 1419.) Salzburg. 1420.) Speyer. 1421.) Straßburg. 1422.) Trient. 1423.) Trier. 1424.) Worms, 1425.) Würzburg. 1426.) Verträge der Erz- und Biſchöfe mit den Landesfürſten über Synodalgegenſtände. 1427.) Archidiakonalſynoden. 1428.) Exemtionen von Erſcheinung bey Concilien und Synoden. 1429.) Von Archipreſbyteralſynoden. 1430.) Schriften.

§. 1393.

Einleitung. In dieſem Capitel wird von den allgemeinen Kirchen-Verſammlungen nicht gehandelt; dann dieſe hangen nicht von dem deutſchen Epiſcopat alleine ab: ich beſchrenke mich blos auf die Provinzial, noch mehr aber auf die Diöceſan-Synoden der deutſchen Biſchöfe, in ſo fern ſie a) ſelbige entweder ſelbſt auszuſchreiben berechtiget ſind, b) oder ſelbige

in ihren Provinzen, und Diöceſen abgehalten haben, und endlich c) auf diejenige Sachen, welche den Gegenſtand dieſer Synoden insgemein ausmachen.

Was die älteren Zeiten in Anſehung dieſer Synoden anbelangt, ſo iſt bekannt, daß die Erz- und Biſchöfe unter den Carolingern die Obliegenheit hatten ſich alle Jahr einmal zu verſammlen; Carl der Große verordnete aber in ſeinem Capitulari, 1) daß ſie alle Jahr zweymal zuſammen kommen ſollen. 2)

Kaiſer Otto verſammelte als deutſcher König in den Stiftern verſchiedene Provincial-Concilien z. B. 942. zu Bonn. 3) Ebendaſelbſt 948. 4) und 958. 5) Ferner 957. zu Augsburg 6) zu Cölln 965. 7)

Insgemein waren bey denen Synoden päbſtliche Abgeordnete zugegen. 8) Sehr oft wurden aber ſolche ohne dieſelbe abgehalten; gleich bey der zu Augsburg gehaltenen waren keine gegenwärtig; Otto übertrug dem Erzbiſchof Friederich von Mainz die Direction derſelben. 9)

In den folgenden Zeiten gieng es mit den Synoden nicht mehr ſo eifrig zu, der Urſachen waren zu viele, warum die Erz- und Biſchöfe von dieſem Eifer ablieſen. Beſonders waren die deutſchen Biſchöfe

 we-

1) Lib. 1. C. 13.
2) Lehmann ſpeir. Chron. S. 134.
3) Continuator reginonis ad An. 942.
4) Hermannus contractus ad an. 948.
5) Contin. regin. ad an. 958.
6) Goldaſt. conſtit. imper. tom. 3. S. 307.
7) Martinèe collect. vet. monum. tom. 7. S. 54.
8) Erzbiſchof Robert zu Trier hat eine dergleichen päbſtliche Vollmacht bey den franzöſiſchen Synoden zu erſcheinen erhalten. Hartzheim concil. germ. tom. 2. S. 611.
9) In den auf dieſer Synode abgefaſten Statuten bey Lünig im Reichs Archiv. part. gener. cont. 2. S. 61. und Schannat L. c. S. 622. heißt es alſo; cujus rei diſpoſitionem per manus reverendiſſimi ac prudentiſſimi Frithurici moguntinae ſedis Archiepoſci induſtriam maxime gubernari delineavit.

wegen dem um ſich greifenden Anſehen der Erzbiſchöfe, und noch vielen andern Beweggründen zu Abhaltung der Diöceſan-Synoden nicht mehr geneigt, und warum die Biſchöfe auch heutzutage zu Haltung der Synoden nicht mehr aufgelegt zu ſeyn ſcheinen, habe ich ſchon umſtändlich angeführet.

Der gute Wille zu Abhaltung der Synoden ſcheint zwar wiederum in etwas aufzuleben; auf dem Baßler Kirchenrath vereinigte man ſchon ſich hierüber (§. 96.) und zwar dergeſtalten, daß man alle 3 Jahre wenigſtens Diöceſanſynoden abhalten ſolle.

Der Kirchenrath zu Trient befahl die fleiſige Abhaltung der Diöceſanſynoden. Bey den Coblenzer Congreß v. J. 1769. wurde dieſer Punct ebenfalls erinnert (§. 151.)

In der Emſiſchen Punctation, v. J. 1786. verſprachen die vereinigten Erzbiſchöfe unter Beyſtand des Kaiſers insbeſondere daß binnen 2 Jahren ein National-Concilium zu Hebung aller Beſchwehrden, und deren entgegen ſtehenden Hinderniſſen gehalten werde; Allein es wird wahrſcheinlich in dieſem Jahrwerde; hundert immer nur bey dem frommen Wunſche ſowohl in Anſehung der National- als Diöceſan-Synoden verbleiben. Der Churfürſt von Mainz gibt zwar wegen Abhaltung einer Provincial-Synode vermög öffentlichen Nachrichten gute Hoffnung; was man aber in dieſer Sache hoft, bleibt aus den angezeigten Urſachen immer nur bloſe Hoffnung. —

§. 1394.

Allgemeiner Begrif von den Synode.

Gleichwie die allgemeinen Kirchenverſammlungen aus demjenigen Kirchenrath beſtehen, der die ganze römiſch-katholiſche Kirche vorſtellt, und alle dieſelbe betreffende allgemeine Angelegenheiten entſcheidet; eben ſo machen die Nationconcilien die Verſammlung einer

einer Nation z. B. der deutſchen aus, welche alle, die beſondere Nationalkirche angehende Geſchäfte in Ordnung ſetzet; auf die nehmliche Weiſe verhalten ſich auch die Provincial- und Diöceſanſynoden; zu jenen ruft der Metropolit alle ſeine Suffraganen zuſammen; zu dieſen aber der Biſchof die Geiſtlichkeit ſeiner Diöceß. Beyde haben die nehmliche Abſicht, und eben denſelben Endzweck über die Angelegenheiten der Provinz oder der Diöceß ſich zu berathſchlagen. 10)

§. 1395.

Alles dasjenige, was auf den Erzbiſchöflichen Diöceſanſynoden abgehandelt, und beſchloſſen wird, erhält ſodann die Geiſtlichkeit unter dem Nahmen der Synodalſtatuten, (Statuta Synodalia) oder Synodalconſtitutionen. (Conſtitutiones Synodales) Nur der Beyſatz Provinzialſtatuten zeigt den Unterſchied der Diöceſanſynoden. Man ſtritt ſich lang und viel, ob man die Provinzial- und Diöceſanſynoden auch Concilien heiſen könne? 11) Sie ſind es nach dem glatten Wortverſtand auch, wenn immer von der Verſammlung des Clerus die Rede iſt, und ſelbſt in Anſehung der Verbindlichkeit waltet kein anderer Unterſchied zwiſchen einem Concilio, und einer Synode ob, als daß jenes ſich mehr auf eine allgemeine Verſammlung, dieſes aber nur auf eine beſondere einer Provinz und Diöceß erſtreckt. Allein da die Benennung das Hauptweſen der Sache nicht ausmacht, ſo will ich mich auch nicht weiter mit ſolcher abgeben.

Und der Synodalſtatuten.

§. 1396.

In Deutſchland fieng man ſo wohl mit Abhaltung der Provinzial- als Diöceſanſynoden ſpäter als in

Abhaltung der Synode.

Z 3

10) Holl. ſtatiſtica eccleſ. germ. P. 1. c. 15. S. 317.
11) Mosheim im allgem. Kirchenrechte L. 1. S. 69.

in andern Reichen an. Die Urſache liegt in der deutſchen Geſchichte, weil Deutſchland auch ſpäter dann der Occident die chriſtliche Religion annahm. Nach den erſten tauſend Jahren kommen in der deutſchen Kirche zwar mehrere Provinzial, und Diöceſanverſammlungen, aber deſto wenigere Nationalconcilien vor. An den Päbſten lag die Urſache der Nichtabhaltung keineswegs. Immer trugen die Päbſte auf öftere Abhaltung der Nationalconcilien an, weil es zur Vergrößerung ihres Anſehens diente, und ſie dadurch deſto ſtärker in dem Zuſammenhange der Angelegenheiten mit jeder Nationalkirche blieben. Pabſt Gregor der Große ließ ſich unter allen die Abhaltung der Provinzial- und Diöceſanſynoden am mehrſten angelegen ſeyn. 12) Allein eben dieſer Betrieb ſchien zum Theil eine Miturſache von derſelben mehr eingeſchränkten Abhaltung geweſen zu ſeyn. Die allgemeine Concilien waren den Päbſten ſelten anſtändig, weil ſie ihr Anſehen, und vorzüglich ihre Gewalt in vielen Stücken verminderten. Die Nationalconcilien mißfielen den deutſchen Erzbiſchöfen faſt aus der nehmlichen Urſache, weil die Päbſte zu viele Vorrechte zu behaupten ſuchten. Die Provinzialſynoden wurden dem Biſchof zur Ueberlaſt; indeme die Erzbiſchöfe hierdurch ihre Metropoliten-Gewalt immer ſtärker über die Biſchöfe erweitern und befeſtigen wollten, und zu den Diöceſanſynoden bezeigte der Diöceſanclerus auch wenige Luſt mehr; weil ihm der gar zu große Unterſchied zwiſchen dem Presbyterat, und der hohen Stifts-Geiſtlichkeit zur Laſt, und faſt unerträglich wurde; überhaupt machte die in etwas verfallene innerliche Kirchenzucht den Eifer der Synode am ſtärkſten erkalten.

In der Geſchichte des Erzſtifts Salzburg wird zwar die unterbrochene Abhaltung der Provinzialſynoden

12) Concil. germ. tom. 1. S. 22. ꝛc.

den aus andern allgemeinen Urſachen entſchuldigt. 13) Allein dieſes mag wohl für die Zeit der Reformation, aber keineswegs für die gegenwärtige Zeitumſtände zur Entſchuldigung hinreichend ſeyn.

§. 1397.

Die Hauptgegenſtände der Synoden waren von jeher die Aufrechthaltung und Handhabung der äuſſerlichen Kirchenzucht, und auch alle diejenigen Religionsſachen, in welchen es die Nothwendigkeit erforderte nützliche Einrichtungen, interimiſtiſche, oder ſtändige Verfügungen zu machen. Kurz, die Verhandlungen auf den Synoden betrafen immer ganz kirchliche Sachen. Nach dem 13ten Jahrhundert, als die Landeshoheit im Geiſtlichen von Seite des Landesfürſten einen ſtärkern Einfluß in das äußerliche des Kirchenweſens zu erhalten anfieng, ward auch über die Gegenſtände, bey denen der Landesfürſt einen Antheil haben konnte, und wo dieſer nicht zu beſeitigen war, manches verhandelt. In dem 16ten und 17ten Jahrhunderte, in welchen die Synoden ſeltner gehalten wurden, ſuchten die Erz- und Biſchöfe die Diſciplinarſachen durch Beyſpiele, Hirtenbriefe, und beſondere

Haupt-gegen-ſtände.

13) In den Nachrichten von Juvavien §. 244. S. 314. heißt es: daß die Abhaltung der Provinzialſynoden ſo langwierigen Unterbruch gelitten, daran tragen fürwahr die Erzbiſchöfe keine Schuld. Die Urſachen hievon ſind vielmehr in den turbulenten Zeitläufen, in welche Deutſchland durch Türken-Religions, und franzöſiſche Kriege in den XVI. XVII. und Anfang des XVIII. Jahrhunderts faſt unausgeſezt verwickelt war, in der geänderten Denkungsart, und Grundſatzen der weltlichen Regenten, auch einiger Suffraganen ſelbſt aufzuſuchen. Dadurch legten ſich den Erzbiſchöfen Salzburgs zu viele Schwierigkeiten im Weg, um aus eigener Selbſtbewegung förmliche Synoden in einer ſowohl allen Biſchöfen, als weltlichen Regenten zugleich annehmlichen Zeit, und Platz zuſammen zu bringen. Erzb. Johann Ernſt beklagte ſich öffentlich über die Hinderniſſe in Berufung eines Provinzialſynods. So ſehr er von Anfang der Regierung ſeine ganze Abſicht dahin richtete, ſo konnte er ſie doch nicht ausführen.

dere Verordnungen den Mangel der Synoden zu erſetzen. Was das äußerliche des kirchlichen Weſens, und hauptſächlich die Materien als: die conkurrente Gerichtsbarkeit der Landesfürſten, wichtige Streitigkeiten, oder die Beyhülfe des brachii Secularis, die Zehendſtreitigkeiten, Aſylſachen, geiſtliche Verbrechen der weltlichen Perſonen, die Kloſterwahlen, Patronatsſachen ꝛc. betraf, wurden durch Separatverträge, und einzelne Verhandlungen mit den Landesfürſten abgethan, wie ich in dem vorhergehenden Capitel von den baieriſchen und andern Stiftern gezeiget habe.

Von dem Erzſtift Salzburg wird z. B. gemeldet: 14) Erzbiſchof Ernſt zu Salzburg beklagte ſich öffentlich, und mehrmalen über die Hinderniſſe in Beruffung eines Provinzialſynods. So ſehr er von Anfang der Regierung ſeine ganze Abſicht dahin richtete, ſo konnte er ſie doch nicht ausführen. Um alſo doch etwas ähnliches zu thun, ſo ließ er die unter Erzbiſchof Johann Jacob errichtete Synodal-Conſtitutionen 1679. neuer Dings abdrucken, und in ſeiner Provinz umtheilen. Und ſo muſten ſich auch die übrige Erzbiſchöfe genügen durch die mit den weltlichen Häuſern Oeſterreich, und Baiern gepflogene gütliche Conkordaten, und Handlungen ein und andere Anſtände aus dem Weg zu räumen, und in übrigen durch Beyſpiele, und öffentliche Paſtoralbriefe vorzuleuchten, wie Reinigkeit in der chriſtlichen Lehre, und Sitten herzuſtellen, und ſowohl von der katholiſchen Religion, als ihrem geſalbten Prieſterſtande jenes auszuſcheiden ſeye, was den Glaubensgegnern, und den katholiſchen Regenten ſelbſt zu einem Anſtoſſe gereicht, im Grunde aber nicht zum weſentlichen des katholiſchen Gottesdienſts gehöret, ſondern davon ohne dieſen zu verletzen trennbar iſt. Hier-

14) Nachrichten von Juvavien. S. 314.

Hieraus läßt ſich klar abnehmen, wie es auch in andern Bißthümern gehalten worden, um den Mangel der Synoden in etwas zu erſetzen.

§. 1398.

Ob die Landesherren ein Recht haben, an den Synoden der Biſchöfe Theil zu nehmen, und in wie ferne ſelbige heutzutag dabey concurriren, kann aus der Geſchichte der älteren Zeiten nicht dargethan werden.

Concurrenz der Landesherren bey Synoden in ältern —

Die Biſchöfe von Baiern 15) auf der im J. 763. gehaltenen Synode zu Aſchheim haben 16) deutlich geäußert, daß ſie eben ſo gut nach dem Laufe der Zeiten Verordnungen machen konnten, als ihre Vorfahren. Sie befahlen, daß die Kirche unbeſchädigt gelaſſen werden, daß die Biſchöfe Herren, und Gewalthaber der Kirchengüter ſeyen, das Volk insgeſamt bey der Freyheit des baieriſchen Geſetzes geſchützt, und keiner bey dem Verluſt ſeines Guts geſtraft werde, als der, ſo ein Todesverbrechen ausgeübet. Die Synodal-Schlüſſe wurden ohne des Herzogs Gegenwart, und Vorwiſſen geordnet, und ſelbem nicht zur Ratification, ſondern bloß zur Nachricht zugeſandt. Dann in dem fränkiſchen Reiche hatten die Kirchenverſammlungen ſehr großes Anſehen. Es ward daſelbſt geordnet, daß alle zwey Jahre Kirchenverſammlungen gehalten werden ſollen, eine in Gegenwart des Königs, mithin gewöhnlich auf dem Reichstage, die andere nach Gutbefinden der Biſchöfe. 17)

15) Abhandlung vom Staat von Salzburg. S. 21.

16) Synodus aſchheimenſis. In der Churbaieriſchen Quadruplick der halleiniſchen Salz-Compromiß-Schriften Beyl. N. 231. dann in den Abhandlungen der churfürſtl. baieriſchen Akademie, tom. 1. S. 39.

17) Pipini Capitul. de a. 755. Cap. 4. ut bis in anno Synodus fiat primus in praeſentia regis. ſecunda inter Epiſcopos convenit.

Ungeachtet die karolingiſche Könige das Erzſtift Salzburg in ihren unmittelbaren Schutz genommen, und keiner andern, als der oberſten königlichen Jurisdiction unterworfen, dabey ſich auch vorbehalten haben, die Erz- und Biſchöfe des Baierlands allein zu beſtellen, und zu beſtättigen, ſo lieſst man doch nirgends, daß ein Dux, oder Comes bojariae ſich eines ſolchen Rechts angemaßet, oder ſonſten bey den Synoden eines juris convocandi oder praeſidendi, wie ehemals Taßilo gethan, unterwunden habe. 18)

Weiter wird von Salzburg gemeldet: 19) die Erzbiſchöfe waren ſelbſt befugt durch ihre ganze Provinz Synodal-Täge auszuſchreiben, Herzoge, und Fürſten dahin zu berufen, und des Landes Beſten ſich überhaupt anzunehmen. 20) Was der Metropolitan auf einem Synodo nach Recht, und Ordnung in Religions, und zur äußerlichen Kirchenzucht gehörigen Sachen beſchloſſen, war ein Geſetz für die ganze Provinz. Wider den Ungehorſam hat das Reich dem Metropolitan ein eben ſo wichtiges Zwangsmittel durch den Gebrauch des Bannes in die Hände gegeben, als die Acht war, welche der Herzog verhängen konnte; daher wurde auch der Bann Gladius ſpiritualis, und die Acht Gladius materialis genennet. Im übrigen erweiſen die Geſchichte und Urkunden, daß die Erzbiſchöfe zu Salzburg viele Provinzial-Kirchenverſammlungen ausgeſchrieben, und gehalten, als zum Beyſpiele in Jahren 1142. 1145. 1150. 1161. 1178. 1214. 1219. 1232. 1239. 1274. 1281. 1288. 1292. und ſo weiters, ohne daß die Herzoge davon Bericht er-

18) Abhandlung vom Staat von Salzb. S. 69.
19) l. c. S. 148.
20) Ein ſehr merkwürdiges Beyſpiel von der Erzbiſchöflichen Aufſicht in der Provinz Baiern zu Erhaltung Fried, und Ruhe, lieſt man in des Anonymi vita S. Eberhardi Archiepiſcopi Salzb. bey Baſnage tom. III. P. 2. p. 412. ad ann. 1161.

erhalten, noch viel weniger die Einberuffung, oder den Vorſitz, oder andere Befugniß genoſſen, welche die Kirche den katholiſchen Kaiſern, und Königen als oberſte Schutzherren der chriſtlichen Religion bey den National-Kirchenverſammlungen nicht ungerne übertragen haben.

Aus der Geſchichte Baierns, und des Erzſtifts Salzburg laſſen ſich freylich nicht viele Beweiſe von der landesfürſtlichen Concurrenz, und Theilnehmung an den biſchöflichen Synoden bis auf das 14te Jahrhundert beybringen; allein da ſich die deutſche Reichsverfaſſung im Geiſtlichen und Weltlichen ſeit dem 14n Jahrhundert ganz außerordentlich geändert, und das landesherrliche Schutz- und Schirmrecht der Kirchen, ſo wie auch die Landeshoheit im Geiſtlichen eine ganz andere Geſtalt erhalten hat, ſo läßt ſich aus der Geſchichte der ältern Zeiten kein richtiger Schluß mehr machen.

§. 1399.

Es zeigen ſich zwar ſchon in den älteſten Zeiten dennoch Spuren, daß Könige, Herzoge, und Fürſten den Synoden beygewohnet ſind. Unter denen Optimatibus regni wurden nicht allzeit die geiſtlichen Stände allein verſtanden, ſondern auch die weltlichen Fürſten; und von den Kaiſern hat man Geſchichtsbeweiſe genug, daß ſie Concilien und Synoden nicht nur zuſammen berufen, und ausgeſchrieben, ſondern auch wirklich gehalten haben. 21)

Und neuern Zeiten.

In

21) König Heinrich I. hielte 936. eine Synode zu Erfurt. Kaiſer Otto I. desgleichen 1. zu Ingelheim 948. auf des Pabſts Agapit Anſuchen, ſodann 2. zu Augsburg 952., und 3. zu Ingelheim 972. K. Heinrich II. hielt ein National-concilium 1005. zu Dortmund, und 1007. zu Frankfurt. K. Konrad II. 1, zu Frankfurt 1027. 2. zu Jalitht 1029. und 3. zu Trebur 1035. oder 1036. K. Heinrich IV. 1. zu Erfurt 1073. 2. zu Worms 1076. 3. zu Brixen 1080. 4. Mainz 1085. K. Lotharius I. zu Mainz 1131. und K. Friederich I. zu Beſançon 1163. —

In neuern Zeiten, da die Landeshoheit im Geiſtlichen, und das jus circa ſacra der weltlichen Fürſten in dem Verhältniſſe zwiſchen dem Biſchof, und dem Landesfürſten eine ganze andere Verfaſſung, als diejenige der Vorzeiten war, vorausſetzet; ſo iſt leicht zu begreifen, daß ohne Concurrenz des Landesfürſten heutzutag keine Synode zu ſtand kommen dürfte; da ſich z. B. das Zuſammenberufungs-Recht aus Abgang eines klaren Reichsgeſetzes nicht beſtimmen läßt, ob hiebey der Landesfürſt unmittelbar concurriren, oder vielmehr befugt ſeye, auf Gutbefinden der Biſchöfe den Clerum zuſammen zu berufen, ſo muß dieſes Recht nur aus dem Herkommen, und der Analogie beſtimmt werden.

In Deutſchland iſt eine einmal ausgemachte Sache, daß Concilien der deutſchen Nation entweder auf Gutbefinden, und Erfordern des Kaiſers, oder des deutſchen Epiſcopats, oder der Nation von dem Kaiſer, als dem oberſten Kirchen-Schutzherrn, Advocato und defenſore zuſammenberufen, und gehalten werden müſſen.

Eben ſo kann ein jeder Landesfürſt aus dem ihme gebührenden Kirchen-Vogtey-Schutz- und Schirm-Rechte über einzelne in ſeinem Staat befindlichen Stifter, und Geiſtlichkeit, dann auch ſelbſt wegen dem Schutzrechte über ſeine Unterthanen in Anſehung der Religionsſachen bey einem abzuhaltenden Synodo ohne unmittelbare Concurrenz zu haben, nicht umgangen werden.

Da der Landesfürſt kraft ſeines juris circa ſacra, und der Landeshoheit im Geiſtlichen um alles wiſſen muß, was immer auch in den das Religionsweſen pure betreffenden Sachen vorgeht; da der Landesfürſt nicht zugeben kann, daß eine päbſtliche Bulle, oder Breve ſelbſt in Religion, und Gewiſſensſachen ohne

ohne ſein Vorwiſſen verkündiget werde; da es eine erwieſene Sache iſt, daß kein Biſchof, oder geiſtliches Gericht weder in Religions- noch Diſciplinarſachen ohne des Landesfürſten Vorwiſſen, und in gewiſſer Maaße auch nicht ohne ſeine Genehmigung ein neues Geſetz, oder Verordnung bey ſeinen Unterthanen geltend machen dürfen; und da endlich von dem Landesherrn alle kirchliche, ſowohl das innerliche, als äuſſerliche des Religionsweſen betreffende Verfügungen geſchützt, und gehandhabet werden müſſen, ſo kann man aus dieſem allerdings analogiſchen Verhältniß auf das landesherrliche Concurrenz-Recht ſowohl in Anſehung der Zuſammenberufung als Abhaltung, und ſelbſt auch der Vollziehung der Synoden den vollkommenen bejahenden Schluß machen.

Wo der Erz- oder Biſchof zugleich vollkommener Landesfürſt iſt, hebet ſich das Concurrenz-Recht von ſelbſt; in jenen Landen aber, in welchen der Erz- und Biſchof nur Diöceſan-Rechte über fremde Unterthanen hergebracht, und auszuüben hat, läßt ſich der Landesfürſt ſo leichter Dingen nicht aus ſeinem Concurrenz-Rechte ſetzen.

Was z B. das Haus Baiern für Rechte circa ſacra gegen die in deſſen Landen gelegene Bißthümer behauptet, (wie in dem vorhergehenden Kapitel ſchon gezeiget worden) eben dieſelbe übet heutzutag ein jeder anderer Landesfürſt, wo nicht in allen Theilen, doch in den mehreſten aus; beſonders wo keine beſondere Verträge, oder Herkommen in Mitte liegen.

Die Erz- und Biſchöfe haben längſt erkannt, daß von den Kaiſern nicht nur die Concilien, ſondern auch die Synoden ausgeſchrieben, der Clerus zuſammen berufen, und ſolche unter ſeinem Beyſtand

ſtand müſſen abgehalten werden. 32) In der Emſer Punctation v. J. 1785. N. 23. verſprechen ſich die vereinigten Erzbiſchöfe den Beyſtand des Kaiſers zu Abhaltung eines Nationalconciliums ausdrücklich. (§. 166.)

In der im J. 1548. zu Augsburg gehaltenen Synode heißt es gleich im Anfang: reverendiſſimus in chriſto Pater, et illuſtriſſimus Princeps et Dominus Dn. Otho S. R. E. Tit. S. Balbinae Presbyter Cardinalis et Epiſcopus Auguſtanus, memor communis eccleſiaſticorum S. R. imperii Statuum Conſenſus, invictiſſimo et potentiſſimo Principi et Domino Dn. Carolo V. Romanorum imperatori Maximo, in proximis Comitiis Auguſtanis de reformandi Cleri et populi moribus, deformitatibusque, Eccleſiarum tollendis, praeſtiti; calamitatum ſuperiorum reliquiis ſanandis apprime diſtractus, ſummo tamen ſtudio atque Labore adniſus eſt, ut et caeſareae Majeſtati, cui hanc Synodorum congregandarum facultatem Germanorum Eccleſiae, velut olim Conſtantino imperatori totius fere orbis, acceptam ferunt, ſatisfaceret, et quod muneris ſui eſſet pro viribus ad impleret.

Es iſt nun nicht vorherzuſehen, daß wegen Abhaltung einer Synode der Kaiſer von einem deutſchen Erz- oder Biſchof jemals mehr angegangen werde; weil ſie ſolches vermög ihrer biſchöflichen Gewalt an- und vor ſich ſchon thun, und auch als Landesfürſten die Synoden ſchützen, und zum Vollzug bringen können; allein wenn die Diöceß ſich nicht in den Gränzen des Biſchofthums einſchließt, und in

32) Bey den Weſtphäliſchen Friedenstractaten lieſen die Evangeliſchen 1646. an die Katholiſche gelangen, erſtere wünſchten von Herzen, daß der Kaiſer ein frey, und unpartheyiſches Concilium an einem bequemen Ort deutſcher Nation ausſchreiben möchte ꝛc.

in andere Lande erſtreckt, ſo iſt keinem Zweifel unterworfen, daß der Erz- oder Biſchof ſich mit dem fremden Landesherrn ſowohl wegen der Ausſchreibung, Zuſammenberufung des unter fremder Landesherrſchaft befindlichen Clerus, als auch wegen Abhaltung und der Vollziehung der Synode einverſtehen müſſe.

Die Ausſchreibung einer Synode kann zwar der Landesfürſt dem Diöceſano nicht erſchwehren; er kann aber wohl ſeinen Geiſtlichen, und Unterthanen befehlen, ſo wie es oft der Pabſt ſchon mit den Exemten that, bey der Synode nicht zu erſcheinen.

Selbſt in Anſehung des Orts, wo ein Erz- oder Biſchof eine Synode abhalten wollte, wenn er nicht zugleich unter ſeiner Landeshoheit ſtehet, und ſchon in ſeiner Diöceſi gelegen iſt, muß er vorher die Einwilligung des Landesherrn haben. Z. B. dem Biſchof von Augsburg würde nicht erlaubt ſeyn, in dem Herzogthum Pfalz Neuburg, wenn es ſchon in der Augsburger Diöceß iſt, oder dem Erzbiſchof von Mainz, als Biſchof zu Worms in der Reichsſtadt Worms, oder dem Erzbiſchof zu Cölln in der Reichsſtadt Cölln eine Synode zu halten, wenn der Herzog, oder die betreffende Reichsſtädte als Landesherren nicht vorhero einwilligten.

Man ſieht alſo klar, daß nach der heutigen Verfaſſung die Concurrenz des Landesherrn bey Synoden und allem deme, was hierauf Bezug hat, nicht könne umgangen werden.

§. 1400.

Von Synoden der Stifter überhaupt.

In allen deutſchen Stiftern haben die Erz- und Biſchöfe Synoden gehalten; ſo wie aber die wenigſten Stifter ihre geiſtlich- und weltliche Geſchichte ganz

ganz im Reinen haben, eben ſo wenig iſt es die Geſchichte der Erz- und biſchöflichen Synoden.

Ich habe ſchon im Jahr 1782. einen kurzen Auszug von allen nach dem tridentiniſchen Kirchenrath gehalten wordenen Synoden aus der Harzheimiſchen Concilien-Sammlung dargeſtellet. 23) Es kann aber gar wohl ſeyn, daß mir noch verſchiedene Synoden abgängig ſind, indem Harzheim ſelbſt nicht alle geliefert hat.

Man dürfte vielleicht fragen, was die Synoden-Beſchreibung mit dem Staatsrecht der Stifter für eine Verbindung habe? indem dieſes zu der Kirchengeſchichte, und dem Kirchenrecht vielmehr gehöret; allein ich bin einer anderen Meinung; kurz vorher habe ich gezeigt, in wie fern heutzutag die Landesherren bey den Synoden der Biſchöfe concurriren, und wenn man die Synoden der deutſchen Erz- und Biſchöfe ſelbſt durchgehet, und mit den Synodal-Conſtitutionen zuſammenhält, ſo wird man doch aus verſchiedenen Synoden die Concurrenz des Landesherrn in verſchiedenen Stücken ſchon wahrnehmen. Der große Staatsrechtslehrer Moſer hat in ſeinen beſonderen Staatsrechten einiger deutſcher Stifter der Synoden nicht vergeſſen, wo ihm von Abhaltung derſelben etwas bekannt war. Genug iſt es, daß der Landesherr heutzutag aus politiſchen, und ſtatiſtiſchen Urſachen bey Synoden concurrire, folglich gehört dieſe Materie auch hierher. In dem geiſtlichen Staatsrecht der Stifter kann dieſe Materie nicht umgangen werden.

§. 1401.

23) In meinen animadverſionibus ad van Eſpenii Coment. in jus can. nov. ad ſtatum Germaniae accomodat: Auguſtae vind. 1782. S. 18.

§. 1401.

Die Synoden kommen in einigen Stiftern früher in andern ſpäter zum Vorſchein, ſo wie ſich eben die Diöceſen in einigen langſam, in andern ſchneller gebildet haben; in einigen Stiftern trift man gar nur Pfarr-Synoden (Synodos per villas) an.

Und eines jeden insbeſondere Augsburg.

In dem Bißthum Augsburg kommt die erſte Synode per villas oder Pfarr-Synode vom 9ten Jahrhundert vor, 24) die 2te in dem 10ten Jahrh. 25) unter dem H. Ulrich. 956. Die 3te unter Biſchof Walther einem Pfalzgrafen von Tübingen i. J. 1135. die 4ten hielt Biſchof Conrad ein Graf von Lützelſtein i. J. 1154. Die 5te 1287. Biſchof Siegfried von Elrichshauſen. Die 6te 1321. Biſchof Friederich I. Die 7te 1377. Biſchof Burkart von Ellerbach. Die 8te 1414. Biſchof Anſelm von Niningen. 26) Die 9te 1435. Cardinal Peter von Schaumburg Biſchof zu Augsburg. Die 10te Biſchof Friederich III. ein Graf v. Zollern 1486. Die 11te Biſchof Heinrich IV. von Lichtenau 1506. Die 12te 1517. Biſchof Chriſtoph I. Die 13te eben derſelbe 1520. und die 14te 1536. Die 15te hielt Cardinal Otto 1543. Die 16te 1548. 27) Die 17te 1554. und die 18te 1557. 28) die letzte hielt Biſchof Heinrich V. ein Freyherr von Knöringen 1610. 29) Auf welcher alle

24) Steineri Synodi dioeceſ. Auguſt. 1766. S. 3. wiewohl ich finde, das i. J. 1788. der H. Bonifaz auf Befehl des P. Zacharias zu Augsburg einen Synodum gegen die arianiſche Ketzerey gehalten hat. Stettens Geſchichte der R. Stadt Augsb. S. 42.

25) Canones des Synodi zu Augsburg de an. 956. bey Lünig R. A. ſpicil. eccl. Fortſ. 3. S. 968.

26) Dieſe Synode wurde nicht in Augsburg ſondern zu Lauingen einer Stadt des Herzogthum Neuburgs gehalten.

27) Acta und Statuta. Lünig L. c. Fortſ. 2. S. 1059.

28) Statuta L. c. S. 223. Thl. 2. 1079.

29) Lünig. L. c. S. 1079.

alle Römiſche Kirchengebräuche in der Augsburger Diöceß eingeführet worden.

Der einzige Biſchof Alexander Sigismund ließ 1693. die Statuta Synodalia Biſchof Heinrichs V. zu Augsburg 1693. wieder neuerdings drucken, und verkünden. 30) Die Koncordaten zwiſchen dem Hochſtift Augsburg, und dem Churhaus Pfalz Baiern, treten einigermaßen in die Stelle der dermaligen unterbrochenen Synoden, weil in ſolchen durchgehends Sachen vorkommen, welche die innerliche und äuſſerliche Kirchenzucht betreffen.

§. 1402.

Bamberg. Von dem Hochſtift Bamberg finde ich in actis publicis nur die einzigen Statuta, welche auf dem zu Bamberg unterm Biſchof Heinrich III. 1491. verfertiget, und vom Biſchof Georg wiederholtermalen 1506. verkündiget worden. 31) Nach gehaltenem Kirchen-Rath zu Trient iſt von dieſem Erzſtift gar keine Synode mehr bekannt.

§. 1403.

Baſel. Weder vor noch nach dem Concilio zu Trient ſind meines Wiſſens in dem Hochſtift Baſel Synoden gehalten worden; hingegen wurden ſchon im Jahr 1120. Capitula oder Statuta allen geiſtlichen, oder weltlichen Inwohnern vom Biſchof Ahytho publicirt. 32)

§. 1404.

Biſanz. Von dem Erzbißthum Biſanz kommt v. J. 1571. eine Provinzial-Synode vor, die Erzbiſchof Clau-

30) L. c. Fortſ. 2. S. 433.
31) Lünigs. R. A. Spic. eccl. Thl. 2. S. 75. Fortſ. 2. 436.
32) Lünig L. c. Theil. 2. S. 142.

Claudius von Bomma hielt. 33) Im J. 1648. ward noch eine von dem Erzb. Claudius von Acey gegen die Janſeniſten gehalten, 34) vor der Kirchenverſammlung von Trient läßt ſich aber keine in actis concil. finden.

§. 1405.

Von dem Hochſtift Brixen findet man vor dem Tridentiniſchen Concilio keine Synode, wohl aber i. J. 1603. eine, welche Biſchof Chriſtoph von Spauer gehalten, und wovon die Statuta ſynodalia 1679. wiederum in Druck ſind gegeben worden. 35) Brixen.

§. 1406.

Von dem Hochſtifte Chur ſind nur die Decreta und Conſtitutiones des im J. 1605. unter Biſchof Johann V. eines Pflug von Aſpermont gehaltenen Synodi bekannt, 36) wovon aber Harzheim nichts meldet. Chur.

§. 1407.

Die Synoden der cölniſchen Kirche werden eigentlich in 3 Klaſſen eingetheilt. 1.) In die alte, neue, und neueſte. Es gibt auch Provincial- und Diöceſan-Synoden; jenen, wohnten unter dem Vorſitze des cölniſchen Metropoliten alle Suffraganen der cölniſchen Provinz; dieſen aber unter dem Vorſitze des Biſchofs die Kirchen-Prälaten bey. Cölln.

Da erſt gegen das Ende des XI. Jahrhunderts die falſchen Dekretalen des Iſidors die Zucht der Kirche zu verändern angefangen haben; ſo zählet man die vor dieſer Zeit gehaltenen Synoden mit Recht

 unter

33) Meine animadverſiones l. c. S. 20.
34) Lünig R. A. L. c. Fortſ. 3. S. 931.
35) Lünig L. c. Fortſ. 3. S. 1003.
36) Lünig R. A. ſpic. eccl. Fortſ. 2. S. 441.

unter die alten. Dieſe Synoden aber ſind, wie ſie in der neueſten Harzheimiſchen Sammlung angezogen werden, folgende: I. Unter Biſchof Riculph im Jahr 782. II. Unter Erzbiſchof Willibert im Jahr 873. III. Unter dem nemlichen 887. welche im IV Jahrhundert ſolle gehalten worden ſeyn, ſind als erdichtet verworfen worden.

Die Synoden, welche von der Zeit der in Gang gekommenen Iſidoriſchen Sammlung, an bis zur Zeit der Religionsſpaltung in Deutſchland gehalten worden ſind, nennt man Neue, nun ziehet man daraus folgende, als ex actis et decretis beſonders merkwürdige. Eine unter Friederich im Jahr 1110. Eine im J. 1132. während der Sedisvakanz in Beyſeyn dreyer Cardinäle und des Lothar. Zwey unter Arnold in den Jahren 1138 und 1146. Eine unter Reinold 1163. Drey unter Philipp in den Jahren 1173. 1186. und 1187. I. Unter Conrad 1260. Eine unter Engelbert II. 1266. Eine unter Sifrid 1281. Eine unter Wichbold 1300. Sieben unter Heinrich von Virneburg in den Jahren 1306. 1307. 1310. 1321. 1322. 1327. 1330. Neune unter Wallram von dem Jahre 1333. bis zum Jahre 1348. Achte unter Wilhelm von dem Jahre 1351. bis zum Jahre 1362. Fünfe unter Friederich III. von 1371. bis 1400. Zwey unter Theodorich in den Jahren 1423. und 1452. Eine unter Hermann IV. 1483. Eine unter Philipp 1513. Eine unter Hermann V. 1515.

Die Neueſten, vom Beginne der Religionsſpaltung bis zur letzten unter Maximilian Heinrich gehaltenen Synode, ſind: Drey unter Hermann V. in den Jahren 1527. 1528. und 1536. Sechs unter Erzbiſchof Adolph in den Jahren 1548. 1549. 1550. und 1551. Eine unter Erneſt in dem Jahre 1598. Drey unter Ferdinand in den Jahren 1612. und 1627. in

in deren jeder die Beobachtung der heiligen Canonen der alten Kirche, ſo viel möglich, hergeſtellet zu werden verſucht wurde.

Endlich nimmt unter den neueſten cöllniſchen Synoden die letzte Stelle jene ein, welche von Erzbiſchof Maximilian Heinrich am 20ten März 1662. begonnen, und in einer dreyfachen Sitzung, worinn die heilſamſten Dekrete abgefaſſet worden, ihr Ende erhielt. Dieſelbe wird in 3. Theile getheilet, der erſte handelt de fide et Religione catholica officio cultuque divino et Ceremoniis; der zweyte de Sacramentis. Der dritte de ſtatu Perſonarum. Man hat zwo Ausgaben dieſer Synode, eine vom J. 1661. die andere vom J. 1667. die einzige letztere hat ein geſetzliches Anſehen, in ſo weit nachgekommene beſondere Kirchengeſetze ihr nicht derogiren. 37)

§. 1408.

Von dem Hochſtifte Eichſtätt finde ich keine einzi- Eichſtätt
ge Synode, die in ſelbigem gehalten worden. Vielleicht mag der bekannte Streit, ob das Bißthum Eichſtätt ein Fränkiſches oder Baieriſches Bißthum ſey? die Haltung der Synoden verhindert haben. Dann ſelbſt auf den Baieriſchen Synoden hat ſich das Hochſtift Eichſtätt zu erſcheinen jederzeit geweigert, 38) der h. Willibald iſt deswegen ſchon von

 der

37) Die Geſchichte der cölniſchen Synoden kommt mit mehrern Erläuterungen in den Materialien zur geiſtlich- und weltlichen Staatiſtick des Niederrheiniſch und Weſtphäliſchen Kreiſes B. 1. St. 5. S. 411 — 18. umſtändlich vor. Die Urkunden über dieſe Synoden ſtehen aber gröſtentheils in Lünigs Reichsarchiv Spic. eccleſ. Fortſ. Thl. 1. S. 346. 363. 590. 755. 776. Fortſ. 2. S. 399. 404. 410. 421. 425. 427. 429. 430. 431. 433. 437. 452. 475. 538. 640. 679. 743. 812. 978. S. meine animad. ad Van eſpenii Commentarium.

38) Hiſtoriſcher Auszug und Beweiß ꝛc. daß das hohe Stift Eichſtätt ꝛc. 1754. 4. S. 18.

der 772. zu Dingolfingen gehalten wordenen Synode hinweggeblieben. Indeſſen ſind von Biſchof Johann Martin zu Eichſtätt ſogenannte Puncta Synodalia und Principia practica für die Seelſorger 1700. verkündiget worden, 39) ob dieſer Biſchof aber wirklich einen Synodum gehalten habe, iſt mir nicht bekannt.

§. 1409.

Freyſingen.

In der Geſchichte dieſes Hochſtifts kommen verſchiedene theils zu Freyſingen, theils in der Diöceſe gehalten wordene Synoden vor. Biſchof Aribo IV. hielt in dem 8ten Jahrhundert zu Freyſingen eine Synode, und lud auch die benachbarte Biſchöfe dazu, 40) die Zuſammenkunft zu Aſcheim ward auch unter ihm um die nehmliche Zeit veranſtaltet. Die Acten hievon ſind aber verlohren gegangen. 41) Aus einigen Schenkungs-Briefen dieſer Kirche erhellet, daß 827 von dem Biſchof Hito zu Freyſingen eine Synode in dem Diöceſan-Orte Ehing gehalten worden. 42) Biſchof Albert I. verſammlete ungefähr im J. 1182. ſeine Diöceſan-Geiſtlichkeit zweymal zu einer Synode. 43) Biſchof Nikodem zu Freyſingen ließ 1440. Statuta Synodalia bekannt machen 44) Pabſt Pius V. ſchickte an die Freyſingiſche Geiſtlichkeit ein Breve 1567. wegen Haltung einer Synode, und ein anderes wegen Führung eines beſſern Lebens, 45) und Errichtung eines Seminariums. Es kommt aber keine Synode von dieſem Hochſtift nach dem Tridentiniſchen Concilio mehr vor.

§. 1410.

39) Lünig. R. A. Spic. eccl. Fortſ. 2. S. 687.
40) Meichelbeck. hiſt. friſing. tom. 1. S. 66.
41) L. c. S. 70.
42) L. c. S. 112.
43) L. c. S. 376.
44) Lünig. R. A. Spic. eccl. Fortſ. 2. S. 696.
45) L. c. S. 696.

§. 1410.

Ungeachtet die Fuldiſche Dioceß in åltern Zeiten die Beſchaffenheit, und Rechte noch nicht hatte, wozu ſie in neuern Zeiten gelangt iſt, ſo trift man dennoch ſchon einen Freyheits-Brief Pabſts Sylveſter II. vom J. 999. an, in welchem er den Fuldiſchen Aebten die Primatie-Rechte, und die Freyheit Synoden zu halten, und nach der Art der Biſchöfe nach Rom zu appelliren verſtattete. 46) Ich finde zwar nicht, daß zu Fuld vor dem Tridentiniſchen Kirchenrath eine Synode gehalten worden. Die Streitigkeiten mit anderen Bißthůmern mögen hieran Urſach geweſen ſeyn. Wohl aber kam unter dem Fürſt Abt Johann Friederich 1617. eine ſehr zahlreiche Synode zu Stande. 47) 1619. wurden die Dekreten der påbſtlichen Viſitation den Seelſorgern der Fuldiſchen Kirche von dem påbſtlichen Legaten a. latere verkündiget. 48) Fuld.

§. 1411.

Vor dem Tridentiniſchen Concilio finde ich in dieſem Bißthum nur die Synodal-Statuten vom J. 1539, unter Biſchof Valentin. 49) Hingegen ward 1633. eine Synode, 50) und nachher unter Erzbiſchof- und Churfürſt Maximilian Heinrich zu Cölln als Biſchof zu Hildesheim 1652. noch eine gehalten. 51). Hildesheim.

§. 1412.

Das Hochſtift Lüttich hatte vor, und nach dem Concilio zu Trient Synoden gehabt. Die erſte kommt Lüttich.

46) Schannati Probat. Dioeceſis et Hierarch. Fuld. S. 245.
47) L. c. S. 377.
48) L. c. S. 379. meine animadverſiones L. c. S. 24.
49) Lünig R. Arch. L. c. Fortſ. 2. S. 268.
50) L. c. Fortſ. 1. S. 535.
51) L. c. Fortſ. 2. S. 727.

im J. 1287. unter Biſchof Johann IV. vor, 52) über dieſe wurden im J. 1290. verſchiedene Modificationen gemacht. 53) Biſchof Gregor zu Lüttich ließ 1548. die Acta und Decreta des gehaltenen Synodus abdrucken, 54) im J. 1585. ward von Biſchof Erneſt Herzog in Baiern zu Lüttich eine Synode gehalten, auf welchem ſtatt deſſen Bohmins Biſchof von Vercell präſidirte. 55) 1618. ließ Erzbiſchof nnd Churfürſt Ferdinand als Biſchof zu Lüttich, eine Synode halten. 56)

Von dem Hochſtift Lüttich ſind auch einige Archidiakonat-Synoden bekannt, z. B. die von Brabant und Hasban unter dem Erzdechant Arnold von Buchholz vom J. 1612, 57) und mehr andere.

§. 1413.

Mainz. Die Mainzer Concilien und Synoden hat unter den ältern Schriftſtelleren Joannis 58) am vollkommenſten geliefert.

Das erſte Concilium hielt bey St. Alban zu Mainz 813. Erzbiſchof Richolf zu Zeiten Carls des Großen.

Das zweyte Erzbiſchof Raban unter Ludwig dem Deutſchen eben daſelbſt im Jahr 847.

Das dritte eben dieſer Erzbiſchof i. J. 848. 59)

Das vierte zu Mainz 852.

Das fünfte Erzbiſchof Carl 857.

Das

52) Lünig R. A. Spicil. Fortſ. 1. S. 543.
53) L. c. S. 577.
54) L. c. Fortſ. 3. S. 1110.
55) Meine Animadverſiones &c. S. 24.
56) Lünig. L. c. Fortſ. 2. S. 770.
57) L. c. Fortſetz. 3. S. 1104. 1123.
58) Rerum moguntinarum Vol. 1. S. 97 — 105.
59) Acta Synodalia. Lünig R. A. Sp. Ecc. Fortſ. 2. S. 4.

Das ſechſte zu Mainz Erzbiſchof Luidbert 888.

Das ſiebende Erzb. Hado zu Tribur in der Mainzer Diöceß. i. J. 895.

Das achte zu Seligenſtadt Erzb. Aribo 60) i. J. 1023.

Das neunte zu Mainz in Gegenwart des Pabſts Leo IX. i. J. 1050.

Das zehnde Erzb. Sifrid 1069.

Das eilfte zu Mainz 1071. eben dieſer Erzbiſchof.

Das zwölfte auch eben derſelbe zu Mainz 1074.

Das dreyzehnde Erzb. Adebert I. 1131. unter dem Vorſitz des päbſtl. Legaten Mathäus Albanenſis.

Das vierzehende Erzb. Arnold i. J. 1159.

Das funfzehende Erzb. Sigfrid III. zu Mainz 1226.

Das ſechzehnde Erzb. Gerard zu Mainz 1270.

Das ſiebenzehnde Erzbiſchof Werner zu Mainz 1271.

Das achtzehnde Erzbiſchof Peter zu Mainz 1310. 61)

Das neunzehende Erzb. Mathias zu Mainz 1327.

Das zwanzigſte Erzb. Conrad III. zu Mainz 1423.

Das ein und zwanzigſte Erzb. Theodorick II. 1451. 62)

 Das

60) Lünig L. c. S. 17.
61) L. c. S. 38.
62) L. c. S. 62.

Das zwey und zwanzigſte Erzbiſchof Berthold zu Mainz 1499.

Das drey und zwanzigſte Erzb. Sebaſtian 63) zu Mainz 1549.

Hiebey iſt aber zu bemerken, daß die vorſtehende mainziſche Kirchenverſammlung nicht insgeſammt Concilien, ſondern auch Synoden geweſen ſeyen; indem man ſtatt eines Provincialconciliums ſich öfter auch des Ausdrucks Provinzialſynods bedienet hat.

Nach dem tridentiniſchen Kirchenrath iſt, meines Wiſſens zu Mainz weder eine Provinzial- noch Nationonal-Synode mehr gehalten worden. — Es müßte denn anderwärts, 64) etwas hievon vorkommen.

§. 1414.

Münſter. In keiner Sammlung iſt vor dem Concilio tridentino eine Synode von Münſter anzutreffen, wiewohl es nicht wahrſcheinlich iſt, daß in einem ſo großen Bißthum keine ſollte gehalten worden ſeyn; indeſſen hat nach der Trientiniſchen Kirchenverſammlung Biſchof Chriſtoph Bernhard von Galen 1652. 1655. 1661. drey ſehr merkwürdige Synoden zu Stande gebracht. 65)

§. 1415.

Oſnabrück. Von dem Bißthum Oſnabrück ſind die erſte Synoden von dem J. 1533. unter dem Biſchof Franz 66) gehalten worden. B. Johann IV. zu Oſnabrück befahl 1570.

63) L. c. Fortſ. 2. S. 108. Fortſ. 2. S. 514.
64) Würdwein Steph. Alex. Concilia mogunt. in elencho nuper edito nuntiata novis acceſſionibus aucta, queis diſciplina Eccleſiae moguntinae ſeculorum 14. 15. et 16. praecipue vero obſcura concordatorum Germaniae hiſtoria illuſtratur. Mannheim 1766. 4.
65) Meine animadverſiones L. c. S. 26.
66) Lünig L. c. Fortſ. 2. S. 584.

1570. 71. Daß die Geiſtlichkeit die Dekreten des Kirchenraths zu Trient befolgen, und des Jahrs zweymal eine Synode halten ſolle. 67) B. und Cardinal Eitel Friederich zu Oßnabrück hielt 1625. eine Synode, 68) und ſein Nachfolger B. Franz Wilhelm auch mehrere nach einander in den J. 1628. 1629. 1630. 1650. 1651. 1652. und 1653. 69) Wahrſcheinlich ſuchte er hierdurch als ein damalig-ſtandhafter Biſchof die katholiſche Religion in ſeinem Bißthum zu erhalten, und ſich des Vertrauens der Katholiken gegen ſeinen Competenten (§. 132.) zu verſichern. Denn ſo eifrig war um dieſe Zeit mit Haltung der Synoden kein Biſchof.

§. 1416.

Die Biſchöfe zu Paderborn hatten mit Haltung der Synoden ſehr frühzeitig angefangen. 780. hielt Carl der Groſze eine Synode zu Paderborn, 70) bald hernach 782. wiederum eine andere 785. 71) Nach dem Concilio von Trient kommen von Paderborn noch 2. Synoden als unter Biſchof Ferdinand von Baiern 72) im J. 1644. und 1688. unter Biſchof Hermann Werner 73) vor, welche letztere aber Harzheim nicht bemerket. Paderborn.

§. 1417.

Wahrſcheinlich haben die einige Jahrhundert fortgedaurte Streitigkeiten der Biſchöfe zu Paſſau mit den Erzbiſchöfen zu Salzburg die Haltung der Synoden verhindert. Es läßt ſich wenigſtens auſſer den Paſſau.

67) L. c. S. 591. 92. 95.
68) L. c. S. 597
69) L. c. S. 610. 653. 57. 63. 66. 823. 87.
70) Schatenii annal. Paderborn. t. 1. S. 8.
71) L. c. S. 13.
72) Meine animadverſ. S. 25.
73) Lünigs. R. A. L. c. Fortſ. 3. S. 1164.

den Synoden vom J. 1284. 1293. und 1294. unter denen Biſchöfen Gottfried, und 74) Wernher weder vor, noch nach dem Concilio zu Trient eine einzige von dieſer Kirche mehr finden, wiewohl die Biſchöfe an den Provinzial-Concilien und Synoden anderer Erz- und Bißthümer, ſonderheitlich des Erzſtifts Salzburg 75) jederzeit Theil genommen haben.

§. 1418.

Regensburg.

In dem 16ten Jahrhundert kommen von dem Bißthum Regensburg die erſten Synoden vor. Biſchof Johann hielte 1512. eine Synode. 76) Unter der Adminiſtration des in einem Alter von 3 Jahren zum Biſchof erwählten baieriſchen Prinzens Philip ward von dem Adminiſtratoren dem päbſtlichen Nuntius Feliciano 1588. eine Synode gehalten 77) Biſchof Franz Wilhelm brachte 1650., und 1660 noch zwey Synoden zu Stande, 78) von dieſer Zeit her aber iſt keine mehr bekannt.

§. 1419.

Salzburg.

Von keinem einzigen Domſtifte ſind die Concilien, und Synoden ſo ausführlich, und ordentlich beſchrieben worden, als wie ſolche der Doctor Dahlham 79) der Vorgeſetzte der Salzburgiſchen Bibliothek beſchrieben hat. Salzburg hatte wenige Synoden, aber deſto mehrere Concilien gehalten.

Die

74) Lünig. L. c. Fortſ. 3. S. 1203.
75) Hanſizii Germ. Sac. tom. 1. S. 153. 330. 361. 65. 414. 35. 40. 41. 42. 49. 79. 95. 619. 20. 28 und 630.
76) Lünig L. c. Fortſ. 2. S. 287.
77) L. c. S. 870.
78) L. c. Fortſ. 1. S. 694. Fortſ. 2. S. 885.
79) Unter dem Titel. Concilia Salisburgenſia provincialia et Dioeceſana 1788. F. Auch in des Hn. von Kleinmeirs Nachrichten von Juvavien ſind ſchon 48. Concilien. S. 312. nahmhaft gemacht.

Die Salzburgiſchen Concilien haben ſchon ſehr frühzeitig angefangen; es iſt ein Beweiß des Apoſtoliſchen Eifers, den ſich die Salzburgiſchen Erzbiſchöfe eigen gemacht haben. Die Salzburgiſchen größern, und kleinern Concilien ſind folgende:

Erzbiſchof Arno I. hielt zu Steiſpach im J. 799. II. auch daſelbſt. 803. III. zu Salzburg 807.

Erzb. Pilgrim dem erſten. IV. zu Altheim im J. 916.

Erzb. Adalbert dem zweyten V. zu Regensburg im J. 932. VI. zu Dingolfingen im nehmlichen Jahr.

Erzb. Conrad dem erſten VII. zu Laufen im J. 1129. VIII. Regensburg 1141. IX. Salzburg. 1145. X. Paſſau 1145. XI. Salzburg. 1146.

Erzb. Eberhard dem erſten XII. zu Salzburg im J. 1150. XIII. Regensburg 1150. XIV. Reichenhall. 1160. XV. Freiſach 1161.

Erzb. Conrad dem dritten. XVI. zu Altenhochenau unweit Waſſerburg am Jun. im. J. 1178.

Erzb. Adalbert dem dritten XVII. zu Leibnitz im J. 1187. XVIII. Laufen 1195.

Erzb. Eberhard dem zweyten XIX. zu Salzburg. 1216. XX. 1219. XXI. 1239.

Erzb. Philipp XXII. zu Mülldorf 1249.

Erzb. Ladislaus XXIII. zu Wien 1267.

Erzb. Friederich dem zweyten. XXIV. zu Salzburg 1274. XXV. Salzburg 1281.

Erzb. Rudolf XXVI. Salzburg im J. 1288.

Erzb. Conrad dem vierten. XXVII. zu Salzburg im J. 1291. XXVIII. Salzburg 1294. XXIX. 1300. XXX. Salzburg 1310. einige machen hier aus einem Concilium zwey im nehmlichen Jahre.

Erzb. Heinrich XXXI. zu Salzburg 1340. war aber mehrers eine Zuſammenkunft einiger Biſchöfe, und Prieſter Degradirung.

Erzb. Pilgrim dem zweyten. XXXII. Salzburg 1380. XXXIII. Salzburg 1386.

Erzb. Eberhard XXXIV. Salzburg im J. 1418. XXXV. 1420.

Erzb. Johann dem zweyten. XXXVI. Salzburg im J. 1440.

Erzb. Friederich dem vierten. XXXVII. zu Salzburg 1451.

Erzb. Sigmund dem erſten. XXXVIII. zu Salzburg 1456.

Erzb. Friederich dem fünften. XXXIX. zu Mülldorf 1490.

Erzb. Leonard XL 1512.

Erzb. Mathäus XLI. zu Augsburg. 1530. XLII. 1537.

Erzb. Ernſt XLIII. zu Salzburg. 1544. XLIV. 1548. XLV. Salzburg. 1549.

Erzb. Jacob XLVI. zu Salzburg 1562. XLVII. 1569. hiebey kamen die 64 Synodal-Konſtitutionen, ſo in mehrere Kapiteln untergetheilet ſind, und ein ziemlich vollkommenes Werk, und gleichſam Corpus juris Sacri provinciae Salisburgenſis darſtellen, zu Stande, XLVIII. 1573. der eigentlich als ein Execu-

cutions-

cutions-Receß über die vorſtehende Synodal-Konſtitutionen anzuſehen iſt.

Mit dieſer ſchlieſet ſich die Reihe der Kirchenverſammlungen der Salzburgiſchen Metropolitan-Provinz; nicht aber der Diöceſanſynoden; denn alſo wurden die Archidiakonal-Synoden, beſonders in Steir und Kärnthen von Zeit zu Zeit fortgeſetzt, auch die Viſitation der Diöceſe von den Erzbiſchöfen in dem eignen Lande Baiern, und Tyrol theils durch ihre eigne Perſon, theils aufgeſtellte Generalviſitatorn und in Steir, und Kärnthen durch ihre daſelbſt angeordnete Generalvikarien beſorget.

§. 1420.

Weder bey Lehmann in der Speyeriſchen Chronik, noch anderwärts finde ich eine Synode von Speyer, auſſer derjenigen, die Biſchof Heinrich Hartards 1718, allda hielte. 80) Dieſe Synode war auch faſt eine der letzten in den deutſchen Stiftern. Speyer.

§. 1421.

Von dem Biſchof Berthold zu Straßburg ward 1435. eine Synod gehalten. 81) 1549. brachte Biſchof Erasmus, 82) und 1685. B. Wilhelm Egon 83) ebenfalls eine zu Stande. Straßburg.

§. 1422.

Auſſer der Synode vom J. 1593, welche der Cardinal und Biſchof zu Trient Ludwig-Madrutius gehalten hat, 84) hab ich keine in der Geſchichte Trient.

80) Lünig R. A. L. c. Fortſ. 3. S. 1224.
81) Lünig L. c. Fortſ. 1. S. 711.
82) L. c. Fortſ. 2. S. 893.
83) L. c. S. 1003.
84) L. c. Fortſ. 4. S. 1243.

te geſunden, überhaupt ſind in Italien, und je näher die Stifter dem Römiſchen Hof angelegen, deſto weniger Synoden gehalten worden.

§. 1423.

Trier. Die Concilien- und Synoden des Erzſtifts Trier ſind ihrer Anzahl wegen etwas hart zu beſtimmen. Die trieriſche Erzdiöceß erſtreckte ſich in älteſten Zeiten in das heutige Frankreich ſehr weit; dieſerhalben kommen die Erzbiſchöfe von Trier in den Synodis Eccleſiae gallicanae ſo oft vor. 85)

Ich will aber blos bey den Conciliis und Synoden der dermaligen trieriſchen Kirche ſtehen bleiben, weil die übrigen Concilien und Synoden größtentheils auſſer der dermaligen Erzdiöceß gehalten wurden.

Die erſte Synode kommt unter Erzbiſchof *Poppo* zu Trier im Jahr 1037 vor. 86)

Die zweyte unter Erzbiſchof Udo 1071. zu Trier. 87)

Die dritte unter Erzb. Ado 1088. zu Trier. 88)

Die vierte unter Erzb. Bruno 1107. Trier. 89)

Die fünfte unter Erzb. Adalbert 1132. Trier. 90)

Die ſechſte unter eben demſelben 1135. Trier. 91)

Die ſiebende gleichfalls unter ihm 1136. Trier. 92)

Die

85) ſ. Erzbiſchofs Hetti Brief an Biſchof Frotharius zu Tull vom J. 816. Bey Lünig R. A. Spic. eccl. Thl. 1. S. 194.
86) Hontheim Hiſt. trev. Dipl. tom. 1. S. 371. a.
87) L. c. 417. b.
88) L. c. 437. b.
89) L. c. 484. a.
90) L. c. 472. b. 519.
91) L. c. 372. b. 529.
92) L. c. 472. b.

Die achte unter eben demſelben 1140. Trier. 93)

Die neunte mehrmahlen unter ihme 1148. 94)

Die zehnde, welche aber ein Provincialconcilium genannt worden, unter Erzb. Hillin 1152. zu Trier. 95)

Die eilfte Synod (oder vielmehr Provinzialconcilium) unter Erzb. Theodorik 1234. Trier. 96)

Die zwölfte unter Erzbiſchof Balduin 1310. zu Trier. 97)

Die dreyzehnde unter Erzbiſchof Otto 1423. Trier. 98)

Die vierzehnde unter Erzb. Johann V. 1548. Trier. 99)

Die funfzehnde unter Erzb. Jakob zu Trier 1570. 100) 1569. ließ Erzb. Jakob III. Die Statuta des Concilii tridentini zu Trier publiciren, das Domkapitul daſelbſt wollte aber ſolche nicht annehmen. 101)

Im

93) L. c. 545. b.
94) L. c. 473. a 559. 574. a. b.
95) L. c. 567.
96) L. c. 720.
97) L. c. tom. 2. S. 42. Lünig. R. A. L. c. Fortſ. 2. S. 92.
98) Hontheim L. c. S. 367.
99) L. c. S. 719. Lünig. L. c. Fortſ. 2. S. 226. 228.
100) Meine Animadverſiones S. 19.
101) Hontheim führt hierüber L. c. tom. 3. S. 93. folgendes ein. Hujus Concilii Canonibus in Archidioeceſin introducendis legitime intendit Jacobus; neque tamen, quoad materiam Diſciplinae ex omni Voto res ſucceſſit: quod ſic referunt Geſta trev. MS. „Archiepiſcopus Jacobus Die 19 „Jan. 1569. Concilium tridentinum publicari in refectorio „DD. Canonicorum, uti vocant, fecit; quod (recuſan„tibus illud Canonicis majoris Eccleſiae) a Praelatis „in urbe acceptatum eſt. Poſtmodum per Commiſſarios „toto

Im Jahr 1589. ließ Erzb. Johann VII. eine reformirte Verordnung der Synodalſtrafen verkündigen. 102)

Erzbiſchof Lothar befahl 1622. einige Erzdiöceſan Conſtitutionen zu verkünden, 103) ich finde aber nicht, daß nach dem tridentiniſchen Concilium zu Trier weder ein Provinzialconcilium noch eine Synode gehalten worden.

§. 1424.

Worms. Von neuern Zeiten hat man keine Anzeigen, daß in dem Hochſtift Worms eine Synode mehr gehalten worden; wohl aber kommen verſchiedene Provinzial-Concilien von Worms bey *Labbeo* 104) in den Jahren 829. 833. 868. 890. vor. Von dem letztern Jahr heißt es insbeſondere Concilium Wormatienſe in cauſa *Hermanni* colonienſis et *Adalgarii* Hamb. Epiſcoporum de Bremenſi Eccleſia contendentium tempore *Stephani Papae* V. — Nach dem Concilio tridentino iſt in dieſem Hochſtift ebenfalls keine Synode mehr gehalten worden, hingegen wurden 1701. verſchiedene Decreta und Monita ſtatt derſelben der Cleriſey von dem Ordinariat publicirt. 105)

§. 1425.

„toto fere anno uſque ad 18 Octobris Dioeceſin obeunti„bus promulgatum &c." ex ea, quae hic memoratur, Canonicorum in admittendis Concilii ſanctionibus renitentia, reliquum putem, quod hodieque tam in Metropolitana, quam Collegiatis, haud pauca ex priſtino more ſerventur, ſeu quoad receptionem Canonicorum ſeu quoad reſidentiam et alia, a tridentino aliena.

102) L. c. tom. 3. S. 162.

103) Meine Animadverſiones l. c. S. 24.

104) In ſeinem Werk de ſacroſanctis Conciliis tom. 7. S. 1669. 1678. 1863. tom. 8. S. 941. tom. 9. S. 425.

105) Lünig R. A. l. c. Fortſ. 3. S. 1318.

§. 1425.

Vor dem Tridentiniſchen Concilio müſſen immer in dieſem Bißthum Synoden gehalten worden ſeyn; obſchon von keiner auſſer derjenigen, welcher unter Biſchof Gottfried 1552. Meldung beſchieht, 106) etwas in actis publicis vorkömmt. Würzburg.

§. 1426.

Die Erz- und Biſchöfe ſehen es allerdings ein, daß in Synodalſachen ohne Beyziehung der weltlichen Landesfürſten nach heutigen Staatsgrundſätzen nicht mehr fortzukommen ſeyn dürfte. Vielleicht macht dieſes auch eines der größten Hinderniſſe aus, daß die Haltung der Synoden faſt in allen Erz- und Biſchöflichen Diöceſen unterblieben ſind. Man glaubt von Seiten des deutſchen Episcopats viel beſſer durch Receſſe, Verträge, und Konkordaten dem Mangel der Synoden abzuhelfen, und ſich über die äuſſerliche Kirchenzucht betreffende Gegenſtände mit dem Landesherrn zu vergleichen, als durch Abhaltung der Synoden mit denſelben in Streitigkeiten zu gerathen. Z. B. im J. 1583. ward ſchon zwiſchen den Ordinarien des Baierlandes und dem Churhaus Baiern das Münchner Conkordat unter dem Vorſtand des Erzbiſchofs Johann Jacobs zu Salzburg, und deſſen Koadjutors Georg errichtet. Eben daſelbſt kam zwiſchen den Churfürſten Maximilian, und dem Erzbiſchof Paris 1628 ein Receß zu Stande. Im J. 1681. ward der Wiener Receß in Betreff der biſchöflichen Gerichtsbarkeit zwiſchen K. Leopold und dem Erzbiſchof Gandolf zu Salzburg abgeſchloſſen. Dieſem Receſſe folgten noch zwey andere Wiener Receſſe zwiſchen dieſem Kaiſer und dem Salzburgiſchen Erzbiſchof Leopold in den Jahren 1729 und 1731. Endlich ward 1772. mit Verträge der Erz- und Biſchöfe mit den Landesfürſten über Synodalgegenſtände

106) Lünig. l. c. Fortſ. 2. S. 1035.

dem letzten Churfürſten von Baiern Maximilian Joſeph, und dem Erzbiſchof Sigismund und ſeinem Nachfolger dem jetzt regierenden Hironymus ein neuer Receß errichtet. 107) Alle dieſe Receſſe enthalten größtentheils ſolche Gegenſtände, die auf den heutigen Synoden nach Geſtalt der dermaligen Verfaſſung abgehandelt werden mußten.

§. 1427.

Archidiakonalſynoden.

Von den Archidiakonen der deutſchen Stifter iſt ſchon Meldung geſchehen. Hier können aber die Archidiakonalſynoden nicht umgangen werden, weil man bey den Kanoniſten und andern Schriftſtellern nichts davon findet.

Es iſt bekannt, daß die Archidiakone in ältern Zeiten ein ſehr großes Anſehen in den deutſchen Stiftern hatten. Ihre Würde bringt es auch noch heutzutag mit, wiewohl die Gewalt derſelben in etwas abgenommen hat.

Die Archidiakone wurden aus der Geiſtlichkeit der Hauptkirche genommen: ſie hatten das Recht in Ehe- Criminal- und weltlichen Sachen (beſonders der Geiſtlichen) zu erkennen, an einigen Orten übten ſie ſogar mit dem Biſchof eine concurrente Gerichtsbarkeit aus. Sie hatten verſchiedene anſehnliche Officialen vorzüglich die Erzprieſter unter ſich; 108) und gleich-

107) Dieſe Receſſe ſind in extenſo in der Dahlhamiſchen Sammlung zu finden.

108) Würdwein Comment. tom. I. S. 524. de facultatibus, quas Praepoſitus Aſcaffenburgenſis tanquam Archidiaconus officiali ſuo conceſſit, ita legitur: damus quoque et tenore praeſentium committimus plenam, et omnimodam poteſtatem et facultatem cauſas et quaeſtiones quascunque ſpirituales, et prophanas, beneficiales, matrimoniales, criminales, civiles ac mixtas, et illis annexas ad jurisdictionem noſtram ordinariam ſeu forum noſtrum eccleſiaſticum de jure ſeu conſuetudine aut privilegio ſpectantes tam clericorum, et laicorum quorumcunque .... decidendas, continuandas et fine debito terminandas &c.

gleichwie ihr Hauptamt war die Bewilligung den Geiſtlichen zur Ausübung der Seelſorge mitzutheilen, ſo hatten ſie auch das Recht, und die Obliegenheit in ihren Archidiakonaten Synoden zu halten.

In der Mainziſchen Erzdiöceſe wurden ſehr viele Archidiakonalſynoden gehalten. 109)

In dem Erzſtift Trier kommen ebenfalls mehrere vor. 110)

Von den Archidiakonalſynoden des Erzſtifts Straßburg gibt es gleichfalls Beyſpiele. 111)

In der Lüttichſchen Geſchichte findet man ſowohl die Archidiakone, als ihre gehaltene Synoden. 112)

Von den Freyſingiſchen Archidiakonatsſynoden meldet Harzheim. 113)

Der Salzburgiſchen Archidiakone inſonderheit des zu Schlierſee geſchieht ebenfalls Meldung 114) ſchon von dem J. 1187.

In allen Stiftern, wo ſich Archidiakonen befanden, wurden von ihnen auch Archidiakonalſynoden 115) Send, Sendgerichte gehalten, die man auch Laienſynoden hieß, weil die Laien zu ſolchen gleichfalls zugelaſſen wurden. 116)

Mit welchen Ceremonien die Archidiakonalſynoden gehalten worden, läßt ſich aus vielen Stellen bey

109) Würdwein de archidioeceſi mog. in archidiaconatus diſt. tom. 1.
110) Hontheim prodr. hiſt. trevir. tom. 1. S. 532.
111) Alſatia diplomatica tom. 1. 1772. S. 46.
112) Harzheim L. c. S. 250. in ſubſcription.
113) L. c. S. 402.
114) L. c. S. 441.
115) Von dem Rechte der Archidiakonen in Anſehung der Synoden, Kapitul und Verordnungen ohne J. u. Druckort.
116) Würdwein ſchreibt L. c. S. 26. eſt modus celebrandi Sanctam Synodum laicalem in anno biſſextili &c.

Würdwein 117) erſehen. Allein gleichwie heutzutag die biſchöflichen Synoden aufgehört haben, ſo gieng es auch mit den Archidiakonatsſynoden. Die Erz- und Biſchöfe laſſen den Archidiakonen ohnehin nicht mehr Gewalt, als was zur Handhabung der Diſciplin des Chorclerus gehöret; indem der Generalvikarius gröſstentheils alle die Rechte, und Gerichtsbarkeit ausübet, die vor Zeiten dem Archidiakonus gebürte.

§. 1428.

Exemtionen von Erſcheinung bey Concilien, und Synoden

Die Exemtionen vermög welcher einige Biſchöfe, auf den Provinzialſynoden, und Concilien nicht erſchienen ſind, mögen den Erzbiſchöfen auch die Luſt, dergleichen abzuhalten, benommen haben. Es iſt auch unangenehm, wenn der Pabſt einen deutſchen Biſchof von dem Metropoliten ab- und zu ſeiner Römiſchen Provinz ziehet. 118)

In dieſer Art ſind die Biſchöfe zu Bamberg, und Regensburg ſo exemt, daſs ſie auch auf keinem Provinzialconcilio des Erzbiſchofs, unter welchem ſie ſonſten zu ſtehen hätten, zu erſcheinen haben; der Pabſt ziehet ſie zu ſeiner unmittelbaren Römiſchen Provinz, wie dann deswegen oberwehnte beede Biſchöfe noch zu dem ao. 1725. von Pabſt Benedict XIII. gehaltenen Lateranenſiſchen Provinzialconcilio eingeladen worden ſind, Bamberg auch dabey durch einen Bevollmächtigten erſchienen iſt; Paſſau hingegen muſs

117) L. c. S. 27. haec ſolennitas deſcribitur: deinde inquirit (Comiſſarius Archidiaconi) utrum denuntiata ſit Synodus per Cancellos per plebanum vel ſuos tribus quindenis ſucceſſivis uti moris eſt (valde manam pulſandam eſſe ſynodum et tribus quindenis denuntiandum convenit eum more Germanorum mane zu rechter früher Tageszeit celebrandi judicia de more citationes aute trinas decernendi über die 14te Nacht auf den 15. Tag. Conf. Dreger vermiſchte Abhandlungen P. 2. p. 814. et ſeqq.)

118) Moſers Staatsrecht Thl. 11. C. 35. §. 45. S. 281.

muß, wie wir ſchon gehöret, ſeiner Exemtion ungeachtet, auf den Salzburgiſchen Provinzialconciliis erſcheinen, und nach den in der päbſtlichen Bulle angeführten Gründen wäre Bamberg und Regensburg fürohin ebenfalls ſchuldig, jenes auf den Mainziſchen, und dieſes auf den Salzburgiſchen Synodis zu erſcheinen.

§. 1429.

Die Würde eines Erzpreßbyters, Erzprieſters war in den älteſten Zeiten ebenfalls von nicht geringem Betrachte. Sie waren eigentlich die Vikarien der Biſchöfe in geiſtlichen Dingen, beſonders was die Gerichtsbarkeit pro foro interno betraf, in ihre Stelle traten, ſo nach die Archidiakonen, und von dem Erzprieſter, der mit dem Nahmen Chorbiſchof öfter noch belegt wurde, blieb nichts als der leere Nahme übrig. Von Archipreſbyteral-Synoden

Die Erzprieſter waren ſehr von einander unterſchieden: einige derſelben hatten in der Erz- oder Stiftskirche als biſchöfliche Vikarien ihren Standort. Andere hingegen waren auf dem Lande angeſtellt, und wurden zum Theil Chorbiſchöfe, Landdechante ꝛc. genennet. Die Landerzprieſter hatten die Taufen zu verrichten, weil ehemals nur allein in der Domkirche, und zwar von den Biſchöfen getauft wurde. 119) Dem Archidiakon gehörte die Beſtättigung der Erzprieſter zu.

Dieſe Erzprieſter hielten in ihrem Erprieſterlichen Sprengel faſt zu Anfang eines jeden Monats eine Sy-

119) Epiſcopi videlicet ſoli primis ſeculis baptiſmum conferebant, unde et in ſolis cathedralibus aut prope illas Baptiſteria ita dicta viſebantur, cujus idcirco rei Veſtigia paſſim in majoribus civitatibus adhuc ſuperſunt; ita in civitate Wormatienſi prope cathedralem hoc modo unica in urbe fuit eccleſia baptiſmalis S. Joann Bapt. Schannat in Hiſt. Wormat. p. 62. et in Cod. probat. p. 60. n. 66.

Synode, von daher dieſe Synoden Calanden, Calandgeſellſchaften genannt wurden. Die Art und Weiſe dergleichen Archipreßbyteral-Synoden zu halten, geſchah öfter nach dem Herkommen einer Diöceſe zur Zeit der vorgenommenen Viſitation. 120) Der von dem Archidiakonus beſtellte Erzprieſter war nicht nur berechtigt die Mißbräuche der Landgeiſtlichkeit abzuſtellen, ihre Fehler zu unterſuchen, und ſolche zu beſtrafen.

Wenn man die heutige Land-Dekane, und ihre Obliegenheit betrachtet, ſo haben dieſe mit den alten Erzprieſtern noch ſehr viel gemeines. Die Ruralkapitul, und jährliche Zuſammenkünfte kommen mit den Calandgeſellſchaften, und Erzprieſterlichen Synoden in etwas überein, freylich wird Synodice auf dieſen nicht vieles abgehandelt. Da ſich der Dekan mit den Gliedern ſeines Ruralkapituls nicht gerne abwirſt. — Die Würde des Erzprieſters iſt gegenwärtig mit allen Gerechtſamen von den Archidiakonaten gleichſam verſchlungen worden, und kaum der Nahme davon mehr übrig geblieben.

§. 1430.

Schriften. Die Materie von den Synodalſachen der deutſchen Stifter überhaupt iſt bisher noch nicht behandelt worden. Von den Synoden der deutſchen Kirche hat zwar Holl in ſeiner Statiſtica eccleſ. german. Part. 1. Cap. XV. S. 316. etwas angeführt, welches aber mehr auf die Provinzicialconlien, als die Synoden abzielet.

Von

120) L. B. de Gudenus tom. 1. p. 193. in charta de anno 1149. de juſtitia Eccleſiae S. Martini in Södel: de Synodo vero in praefata Eccleſia celebranda, idcirco congruum et neceſſarium duximus adnectendum, ne quod Eccleſia futuris temporibus patiatur detrimentum Archipresbyter Synodum celebraturus ſecum duos ad ducet clericos totidenque ſervos.

Von einzelnen Stiftern als von Augsburg, Salzburg ꝛc. auch von Trier, Mainz ꝛc. ſind die Synoden ſchon etwas näher beſchrieben worden, allein, die zwey erſtern Stifter ausgenommen, fehlt nicht nur noch ſehr viel zu ergänzen; ſondern man kann behaupten, daß in den mehreſten Stiftern an dieſem Gegenſtande nicht einmal Hände angelegt worden. Schmid theſſauro diſſert. tom. 3. S. 315. eine Abhandlung de Synodis archidiaconalibus, et archipresbyteralibus Heidel. 1773. eingeſchalten, die in jedem Betracht das beſte ausgearbeite Stück iſt, welches in dieſer Materie bisher geſchrieben worden.

Fünf und vierzigſtes Capitel.

Von den deutſchen Kirchengeſetzen in Abzug auf die C. G. Reichsſtifter.

Inhalt.

§. 1431.) Einleitung. 1432.) Die h. Schrift. 1433.) Tradition. 1434.) Die Symbola. 1435.) Uebereinſtimmung der Kirchen. 1436.) Päpſtliche Dekreke. 1437.) Concilien und Synoden. 1438.) Corpus juris civilis. 1439.) Und Canonicis. 1440.) Die Analogie beyder Rechte. 1441.) Das Herkommen. 1442.) Heil. Väter. 1443.) Konkordaten. 1444.) Die Reichskonſtitutionen. 1445.) Der Paſſauiſche Vertrag, und Religionsfriede. 1446.) Der Weſtphäliſche Friede. 1447.) Kaiſerl. Wahlkapitulation. 1448.) Noch einige Geſetze und Verträge. 1449.) Schriften.

§. 1431.

Einleitung.

Zu dem geiſtlichen Staatsrechte der deutſchen Reichsſtifter gehören zwar an, und für ſich alle Geſetze, die der ganzen Römiſch-katholiſchen Kirche allgemein ſind. Allein, gleichwie die deutſche Kirche auch mit andern Kirchen z. B. der Franzöſiſchen, Spaniſchen, Niederländiſchen ꝛc. ihre beſondern Freyheiten, Rechte, Herkommen, und Gewohnheiten hat, ſo wird in gegenwärtigem Werke nur erfordert, diejenige Geſetze anzuführen, welche die deutſche Kirche überhaupt, und die deutſche geiſtliche Reichsſtifter insbeſondere verbinden. Der gelehrte Neller 1) gibt als geſetzliche und allgemeine Nor-

1) Principia juris eccleſ. catholicorum. ad uſum germ. accomod. franc. 1746. in introd. §. 14.

Normen der deutſchen Kirche folgende an. 1) Die H. Schrift, 2) die Erblehre, 3) die Symbolen, 4) Uebereinſtimmung der Kirche, 5) die Päbſtlichen Dekrete, 6) Concilien. 7) Das Corpus des Bürgerlichen und 8) kanoniſchen Rechts, 9) die Analogie von beyden. 10) Das Herkommen. 11) Das Anſehen der Väter, und zwar für die deutſche Kirche noch insbeſondere, 12) die Conkordaten, 13) die Reichskonſtitutionen überhaupt, 14) den Religionsfund, 15) den Weſtphäliſchen Frieden, 16) die kaiſerliche Wahlkapitulation. Die Dogmatiſche Geſchichte, die Kritik, und dergl. werden nur Beyhülfsmittel zur Lehre, Kenntniß und Auslegung der Kirchengeſetze angewendet, ich werde alle dieſe geſetzliche Normen, ſo weit ſolche hieher gehören, und ſich in der Folge noch hierauf bezogen werden muß, durchgehen, da die erſten eilf Normen und Geſetze ohnehin faſt gänzlich zu dem Kirchenrecht gehören, wovon gegenwärtig nur in ſo weit, als das Staatsrecht der geiſtlichen Reichsſtifter daran Theil nimmt, Meldung geſchieht. Das Wort Normen, wie ſich Moſer ausdrückt, iſt von allen denen obangeführten 16. Kirchenſtaatsrechtlichen Quellen, wo von ein und andere unlaugbare Geſetze ſind, zu leicht genommen.

§. 1431.

Die heilige Schrift des neuen Teſtaments iſt zwar das Grundgeſetz des allgemeinen Kirchenrechts; ſie macht aber auch eine der erſten Nebenquellen des deutſchen Staatsrechts aus: Moſer 2) führt ſehr viele Beweiſe an, daß man ſich in deutſchen Staatsſachen, auf die h. Schrift bezogen habe, und er zeigt auch an, 3) in welchen Fällen man ſich hierauf bewerfen könne, und wohl auch müſſe, und mit welchem Nutzen es geſchehe. Die heilige Schrift.

Die

2) Staatsrecht. Thl. 2. S. 168. 186.
3) Ebendaſ. und Zuſätze. Thl. 1. S. 163. 164.

Die geiſtlichen deutſchen Reichsſtifter müſſen ſich ſowohl ihrer Geiſt- als Weltlichkeit wegen, in ihrem Staatsrechte an dieſe Nebenquellen halten.

Das alte Teſtament iſt in Anſehung der Glaubenswahrheiten 4) von dem neuen nicht aufgehoben; hieraus folgt, das, was die Juden glauben muſten, auch den Chriſten zu glauben obliege. Die Chriſtliche und insbeſondere die hohe Stiftsgeiſtlichkeit hat auch ſehr viele Gebräuche der Moſaiſchen Kirche beybehalten, 5) mithin wird zwar für die chriſtliche Kirche aus dem alten Teſtament noch immer das Recht zu glauben, aber nicht das Recht zu handeln, die Diſciplin nehmlich und die Form des Hierarchiſchen Staats 6) hergenommen.

Das neue Teſtament, da ſolches das Haupt, und pragmatiſche Grundgeſetz des offentlichen geiſtlichen Staats iſt, ſo muß hierauf vor allem Ruckſicht genommen werden, was hierinn von Gottes Gebot, oder von den Geboten der Apoſtel herrühret. In jenen konnte weder von den Apoſteln noch ihren Nachfolgern etwas geändert werden, in dieſen aber, als menſchlichen Geboten, geſtatten die Umſtände, und Erforderniſſen, Aenderung, Zuſätze, und Abſtellung.

Was die göttliche Gebote betrift, ſo iſt zwar den Apoſteln, und ihren Nachfolgern auch nicht verboten wor-

4) Die Ankunft des Meßias, und alles, was hierauf Bezug hat, ausgenommen

5) Die Feyer eines Tags in der Woche, die Einweihung der Kirchen, die Errichtung und Weihung der Altäre, die Inauguration der Kirchenvorſteher, die Kleidung der Prieſter, das Geſang, die Amplen, das Waſſer, die Zehenten, die Abtödungen, die Tauf ſtatt der Beſchneidung, das Altars Sakrament ſtatt des Oſterlammes, das Oſterfeſt ꝛc. Neller. L. c. §. 13. S. 6.

6) L. c. §. 15. S. 7.

worden denſelben neue Regeln beyzuſetzen, 7) wohl aber nichts von ſelben hinweg zu nehmen. Hingegen ſteht der Kirche auch zu die Auslegung dunkler Stellen entweder aus der Erblehre, oder aus einmüthigem Rath der Kirche zu geben.

Hieraus iſt alſo zu erſehen, daß die heilige Schrift als das Grundgeſetz des geiſtlichen Staats, eine Hauptquelle des geiſtlichen Rechts, und die erſte Nebenquelle des weltlichen Staatsrechts ſey, und nothwendig bleiben müſſe.

In Anſehung des weltlichen Staatsrechts iſt es dennoch nothwendig, einige Urſachen und Stellen anzuführen, woraus der Nutzen beſonders auf das Staatsrecht der deutſchen Stifter abzunehmen ſeyn mag. Moſer 8) ſetzt den Nutzen der h. Schrift vorzüglich 1) in der Gegeneinanderhaltung mit dem Staatsrecht ſelbſten; denn, gleichwie das Staatsrecht die Rechte und Pflichten des Kaiſers als Reichsoberhaupts, ſowohl in Anſehung des ganzen Reichs, als der Stände, und ihrer Unterthanen, und dieſer ihre Pflichten gegen den Kaiſer beſtimmet, ſo lehret uns die heil. Schrift, wie ſich ein Regent gegen ſeine Unterthanen, und dieſe gegen ihren Regenten, ein Volk gegen dem andern, ein Nebenmenſch gegen dem andern zu verhalten habe. Sodann 2) ad ſpecifica zu gehen, ſo gebietet 1) die heil. Schrift den Gehorſam gegen die Obrigkeit, dieſes beziehet ſich auf den Kaiſer, und alle Obrigkeiten 2) in Anſehung

7) Z. B. wegen Erbauung der Kirche, der Art zu binden, und zu löſen, der Weiſe des Gottesdienſtes ꝛc. Neller führt hierüber L. c. S. 9. ſchöne Beweiſe ex actis et Epiſtolis apoſtolorum an. — Die geſetzliche Gewalt der Apoſtel war zwar ihrem Urſprung nach göttlich; ihre Gebote hingegen, wie ſie in den kanoniſchen Büchern vorkommen, ſind ganz menſchlich, und concurriren mit den Geboten der Biſchöfe, und der Kirche.

8) Staatsrecht. L. c.,

ſehung der Stände läßt ſich die Entſcheidung leicht aus der h. Schrift erholen, ob ein Landesherr berechtiget ſey, Chriſtlich geſinnten Perſonen Zuſammenkünfte zu ihrer Erbauung, Betrachtung des göttlichen Worts zu verbieten? ſodann ob ein Landesherr befugt ſey, die wider Gottes Gebot begangene Sünden mit Geld zu ſtrafen, und eine Cammeral-Revenüe daraus zu machen? Ob einem Biſchof zuſtehe, ſich mit der weltlichen Herrlichkeit abzugeben. Und in Anſehung der Unterthanen beſtättigt Böhmer 9) den Nutzen der heil. Schrift mit einer ſo klaren Stelle, der man gar nichts mehr beyſetzen darf.

Beyſpiele ſind auch genug vorhanden, daß Proteſtantiſche große Herren, und ihre Miniſter, ſelbſt auch geiſtliche Reichsfürſten (§. 476.) im 16ten und 17. Jahrhundert ſich von dem Nutzen der h. Schrift in dem deutſchen Staatsrechte nicht nur überzeugt gefunden, ſondern ſich nicht geſchämt haben, bey Luther, Brentius, Caſſander, und andern Theologen in zweifelhaften Fällen Raths zu erholen. Z. B. ob ſie berechtiget ſeyn ſich dem Kaiſer im Unterdrückungsfalle zu widerſetzen? Ob man die Religions Diſſentirende verjagen könne? ob ein Biſchof mehrere Bißthümer beyſammen haben könne? ob ein Biſchof dem Pabſt den Eid der Treue abzuſchwören ſchuldig ſey? alles dieſes läſt ſich aus der h. Schrift, wo nicht aus klaren, doch allerdings ſehr einleuchtenden Gründen, Beweiſen, und Gleichniſſen darthun.

Freylich iſt es gegenwärtig nicht Mode in dem Staatsrecht am wenigſten in dem weltlichen auf die h. Schrift mehr eine Ruckſicht zu nehmen; da viele der heutigen katholiſchen hohen Stiftsgeiſtlichkeit mit ſelber kaum dem Nahmen noch bekannt ſind, und wie Moſer ſchreibt von manchem Schriftſäßigen evan-

9) In Introd. in jus publ. univ. P. G. C. 5. §. 22. S. 129.

evangeliſchen alten Mütterchen zu Schande gemacht werden könnten.

§. 1433.

Wenn die h. Schrift zu dem Staatsrecht der geiſtlichen Reichsſtifter gehöret, ſo kann man die Tradition oder Erblehre gewiß auch als eine Nebenquelle nicht umgehen. Was die Tradition, wenn ſie wahrhaft iſt, für Charakteriſtiſche Kennzeichen haben müſſe, läßt ſich anderwärts 10) finden. So viel iſt gewiß, daß ſelbſt die Catholiken nicht alle Erblehren erkennen. Indeſſen iſt ſo viel gewiß, daß, weil ſie mit der heiligen Schriſt in einer engen Verbindung ſtehet 11) in dem Staatsrechte als eine gleichmäßige Hauptquelle betrachtet werden müſſe; indem der Reichsabſchied vom J. 1530. §. 10. und 39. ſomit ein öffentliches Reichsgeſetz die Schätzung der Tradition dem Kaiſer anempfiehlt. — Allein, gleichwie es viele Rechtsgelehrte gibt, die von den Reichsgeſetzen eben ſo wenige Kenntniſſe, als die mehrſten der hohen Stiftsgeiſtlichkeit von den Eigenſchaften einer Tradition haben, ſo läßt ſich auch leicht begreifen, daß dieſe Nebenquelle vielleicht kaum in einem Jahrhundert einmal in einem deutſchen Stiftslande, auſſer der Catheder, benutzt werde. Moſer 12) ſchreibt „es wär freylich beſſer, wenn die großen Herren, „und ihre Staatsminiſter 13) ſelbſten ſolche in „der Tradition.

10) Neller. L. c. v 14. S. 20.

11) Ein Hauptrequiſit einer ächten Tradition beſteht hierin, daß ſie der h. Schrift nicht widerſpreche.

12) Staatsrecht. Thl. 2. S. 191.

13) Der Freyherr Friedrich Carl v. Moſer gefällt mir, da er in ſeinem Buch über Miniſter und Regenten S. 128. ſchreibt— ſo wie die Sachen ſtehen, heutzutag ſtehen, ſehe ich ſchlechter Dings nicht ein, wie ein Miniſter, der Gott, Ewigkeit, Unſterblichkeit der Seelen, Richter, und Gericht über lebendige und tode, Vergeltung des Guten, und Böſen glaubt, wahrhaft lebendig glaubt, länger als zweymal 24. Stunden ohne Zittern und Angſt in ſeinen Poſten es aushal-

„der Schule des heil. Geiſtes geübte Theologen wä„ren, welche bey ſich ergebenden Vorfallenheiten ſelber „rathen, und einen einer Seits dem Willen Gottes, „und anderer Seits denen vorliegenden Umſtänden, „und der ihnen beſſer als den Theologis bekannten „Staatsverfaſſung Deutſchlands gemäßen Schluß „ergreifen könnten."

§. 1434.

Die Symbola.

Das Symbolum apoſtolikum als der Kern der apoſtoliſchen Lehre macht ein Hauptſtück des Chriſtlichen Glaubens aus. Deſſen Verbindung iſt mit der Schrift, und der Erblehre die engſte. Die entſtandene Ketzereyen waren aber auſſer dieſen noch ein Anlaß einer Symbolen, die theils auf allgemeinen 14) theils auf beſondern 15) Synoden gemacht wurden. Zu den Symbolis gehören nun auch die Symboliſche Bücher, als die Concilien-Sammlungen, der Römiſche- und auch die Diöceſan-Cathechiſmi. — Nun alles dieß gehört auch als eine Nebenquelle zu dem Staatsrecht beſonders der geiſtlichen Stifter. Der Reichsabſchied vom J. 1530. §. 10. und 39. weißt der Kaiſer an, dieſe zur Glaubenslehre gehörige Symbola zu ſchützen, 16) und der Tridentiniſche Kirchenrath befiehlt insbeſondere, daß alle neubekehrte und alle Kirchenpraläten, und diejenige, welche geiſtliche Pfründen oder academiſche Grade erlangen, das Glaubensbekenntniß ablegen ſollen, deswegen Pabſt

halten könne! — wozu nutzt nun die Tradition im Staatsrechte?

14) Auf dem Nicän-325. Conſtantinop-381. Lateran-1215. und Vienniſchen 1311.

15) Auf dem zu Arelat. 813. und zu Rhems 1148.

16) Sogar eine Stelle in der K. Wahlkapitulation Art. 1. §. 8. gibt wegen den Symboliſchen Büchern klare Maaße, und auf dem Wahltage 1741. machte deswegen Churmainz noch einen beſonderen Vortrag, daß die katholiſchen auch wegen dergleichen Bücher ihrer Religion gleiche Rechte ihres Orts mit den Proteſtanten zu genießen haben ſollten.

Pabſt Pius VI. ein eignes ſymboliſches Glaubensbekenniß dem Symbolo des Nicän- und Conſtantinopolitaniſchen Kirchenraths hinzugefüget hat. — Es werden deswegen die von zu vieler Aufklärung herrührende Abänderungen der Kathechiſmen billig mißrathen, weil das rohe Volk nur hierdurch verwirrt gemacht, und am Ende auf den Gedanken einer Täuſchung geführet wird, woraus für den Staat Unruhen und gefährliche Folgen entſtehen können.

§. 1435.

Uebereinſtimmung der Kirche.

In der Römiſch-katholiſchen Kirche wird nur dasjenige für Orthodox ſowohl in der Glaubens- als Diſciplinar-lehre gehalten, was durch Uebereinſtimmung aller Kirchen, dann durch die Symboliſchen Bücher, und die allgemeine Kirchenverſammlungen, welche leztere die allgemeine Kirche vorſtellen, und auch durch die National- Provinzial-Diöceſanſynoden, nicht weniger durch die öffentliche Cathechiſmen, Ritualien gut geheißen, und feſtgeſezt worden iſt. Jede gut eingerichtete Staatsverfaſſung gründet ſich auf den Hauptſaz, daß in dem kirchlichen Weſen, die Einigkeit des Verſtandes, und des Willens die Seele der Geſellſchaft ausmache. 17) Die deutſchen Reichsgeſetze, inſonderheit die kaiſerliche Wahlkapitulation, und das Reichsherkommen beſtättigen dieſen Grundſaz in allen Stellen, wo von Aufrechthaltung und Schüzung der Glaubenslehre die Rede iſt.

§. 1436.

päbſtliche Dekrete.

Die Lehre von päbſtlichen Bullen und Dekreten gehört an und vor ſich zum Kirchenrecht; allein die Staatsverfaſſungen aller Römiſch-katholiſchen Reiche ha-

17) V. de Ickſtad. elem. J. gent. c. 1.

haben die Nothwendigkeit eingeſehen, daß zwiſchen den päbſtlichen Bullen, Dekreten, und Verordnungen ein großer Unterſchied gemacht werden müſſe.

Es kommt lediglich hiebey auf den Hauptſatz an: 1) ob die päbſtliche Bulle, Dekrete, oder Verordnungen ein Dogma, oder einen hierauf Bezug habenden Gegenſtand, oder 2) das äußerliche Weſen der Kirche betreffe.

Im erſten Falle nemlich quoad Dogmatica, und in allen Fällen, wo es auf das Erkenntniß ankommt, welches Dogma zu halten; oder zu verwerfen, oder etwas wegen der Kirchenzucht der Geiſtlichkeit, und des Volks zu verfügen ſeyn will, kann der Pabſt als Geſetzgeber, und Richter Bullen, Befehle, und Proviſional-Verordnungen an die allgemeine Römiſch-katholiſche Kirche erlaſſen, und dieſen muß auch aller Gehorſam ſo lange und genau geleiſtet werden, bis durch eine allgemeine Kirchenverſammlung nicht ein anderes Gebott erlaſſen wird. 18) Damit in der Kirche keine Trennungen entſtehen, oder dieſelbe durch eine das Seelenheil ſtörende Unruhe in Gefahr gerathen möge. 19)

Was aber im 2ten Falle alle übrige päbſtliche Bullen, Conſtitutionen, und Verordnungen betrift, die der Pabſt nicht als Geſetzgeber oder Richter, ſondern aus dem Zuſammenhange ſeiner kirchenoberhauptlichen Gewalt beſonders in weltlichen Sachen erläßt, bey dieſem kommt es in der deutſchen Kirche darauf an, ob ſie der Reichsverfaſſung und Geſetzen, den Conkordaten und Verträgen, dem Reichsherkommen, und der Reichsoberhauptlichen Gerichtsbarkeit, und ſonſtigen Regierungsrechten nicht widerſtreben. 20)

§. 1437.

18) Reichsabſchied von Speier. 1529. §. 8.
19) Neller L. c. S. 40 — 58.
20) Conſtitutiones papales, queis jura Pontificis temporalia eminentiores que praerogativae ad invidiam Principum deſignantur,

§. 1437.

Concilien und Synodē.

Von den Concilien, und Synoden habe ich (im 44ten Capitel) ſchon umſtändlich gehandelt, ſo weit ſie die deutſche Stifter insbeſondere angehen, daß die Concilien eine Nebenquelle des Staatsrechts überhaupt ausmachen, wird kein Statiſtiker widerſprechen; eben ſo wenig, daß ſie eine Hauptquelle des geiſtlichen Stifterſtaatsrechts, und in dem Kirchenſtaatsrechte dasjenige ſeyn, für das man die Reichstäge in dem allgemeinen und beſonderen weltlichen Staatsrechte aller Römiſch-katholiſchen Reiche, und Provinzen halten müſſe. Die Nothwendigkeit der Concilien iſt von jeher dergeſtalten erkennet worden, 21) daß ſich hierüber gar nichts weiter als der Wunſch einer dereinigſten Wiederauflebung derſelben beyſetzen läßt. 22) Freylich ſind der Hinderniſſe zu Abhaltung der Concilien zu viele. Allein alles beruht doch nur auf einem ernſtlichen Willen des deutſchen Epiſcopats. Selbſt in Anſehung der großen Koſten kann leicht eine Einſchränkung von den Erz- und Biſchöfen gemacht werden, die dermalige Umſtände der Römiſch-katholiſchen Kirche in Ruckſicht der Glaubenslehre ſind ſo beſchaffen, daß es keines allgemeinen Conciliums ſo bald mehr bedarf. Deſto nothwendiger ſind aber die National-Provinzial- und Diöceſanſynoden. Auf den erſten könnten die Beſchwerden des deutſchen Epiſcopats beſonders wegen der Exemtionen, der Diſpenſationen, der Ertheilung

ſignantur, tam ab imperio, quam regnis aliis non Attenduntur. Neller. L. c. S. 57.

21) Reichsabſchied 1524. §. 28. 1525. §. 5. 6. 1526. §. 1529. §. 1. 1548. §. 4. 1551. §. 10. allda. ꝛc. wären d Irrthümer in der Religion nicht füglicher, denn durch (allgemein, frey, chriſtlich Concilium, als den ordentliche und chriſtlichen Weg hinzulegen.

22) Die Wichtigkeit der Concilien, und die Nothwendigkeit ihrer Abhaltung iſt in der Geſchichte der deutſchen Stifter §. 92 — 104. §. 105 — 111. hinlänglich dargethan worden.

theilung der fünfjährigen Fakultäten, der Ueberſchreitungen der Conkordaten, der Reſignationen, Beſetzung der dignatur poſt pontificalium, der Nunciaturen Eingriffe, der Annaten-Retaxation, und ſodann auch die Anſtände wegen der Prieſter-Ehe, Pfründenmehrheit, Faſtenaufhebung, u. dgl. mit dem Römiſchen Hofe durch Verhandlungen gütlich, oder im Nichtübereinkunftsfalle durch andere Maßnehmung gehoben werden.

Auf den Provinzialconcilien könnte die Kirchenzucht und alle dahin einſchlagende Gegenſtände abgehandelt werden.

Auf den Diöceſanſynoden müßte nur die Erfüllung desjenigen bewerkſtelliget werden, was das Nationalconcilium verfüget, und auf den Provinzialſynoden verhandelt worden iſt. Ehe und bevor man nicht in dieſer Art wiederum zu Werk geht, wird in der deutſchen Kirche bey dem Episcopat weder wahre Eintracht, noch bey dem Pflegbefohlenen Volke vollkommne Gewiſſens- und Gemüthsruhe zu finden ſeyn.

§. 1438.

Corpus juris civilis.

Dem Einfluß, den die Geiſtlichkeit in die alte Legislation gehabt, kann man es größtentheils zuſchreiben, daß das corpus juris civilis noch immer als eine Nebenquelle des geiſtlichen und weltlichen Staatsrechts betrachtet werden müſſe. Beſonders da es einen Haupttheil der gemeinen, und kaiſerlichen Rechten ausmacht. Neller 23) hält die Uebereinſtimmung des

23) L. c. §. 11. ut ſic evitata Sacerdotii et regni colliſione, ſit conſonantia quaedam bona, conferens generi humano, quidquid eſt utile, utque divina et humana pariter concurrentia rectis ſententiis faciant. — Ueberhaupt aber ſagt er §. 9. von dem Corpore juris civilis: — ex quo introducta eſt major, Cleri exemptio a poteſtate principum, rerumque

des Corporis juris civilis, und Canonici, oder vielmehr die Harmonie der Legis et Canonis, ſo weit es ſeyn kann, für den Staat ſehr vortheilhaft. In wie ferne eigentlich das Römiſche Recht in deutſchen Staatsſachen zu gebrauchen ſey, hat Moſer 24) durch ein Beyſpiel von dem jure alluvionis bey ſich zwiſchen Unterthanen und Landesfürſten ergebenden Streitigkeiten dargethan. Ueberhaupt, ſo bald es an beſonderen Geſetzen, Herkommen, oder Verträgen in einem Stück fehlet, ſo tritt nach denen Reichsgeſetzen das Römiſche Recht jedesmal ein.

§. 1439.

Und canonici.

Das Römiſche geiſtliche Recht, wovon das Corpus juris canonici das Geſetzbuch iſt, muß in gewiſſer Maaße 25) immer für eine Nebenquelle des deutſchen Staatsrecht gehalten werden, weil es einen Haupttheil der gemeinen kaiſerlichen Rechte, worauf ſelbſt die Reichsgerichte durch die Reichsgeſetze angewieſen ſind, ausmachet. Bey den Weſtphäliſchen Friedenstractaten bezogen ſich die Katholiſche mehr als einmal in ihren Antworten auf der Evangeli-

 ſchen

rumque Eccleſiaſticarum ordinatio ſoli fere Sacerdotio attributa, non atrenditur amplius corpus juris Juſtinianaeum, quatenus diſponit Miniſterium Eccleſiae, niſi quoad favores et privilegia.

24) Staatsrecht. Thl. 2. S. 209.

25) Neller ſchreibt hievon L. c. §. 13. ſeq. illi tantum ineſſe robur quatenus comitem habet obſervantiam; adeo quidem, ut alleganti textum incumbat onus ſimul probandi obſervantiam. - - Multa quoque juris Canonici capitula correxit concilium tridentinum. - - Praeterea germanos catholicos adſtringit pax Weſtphalica, ut faciant ommittantque plurima contra tenorem juris Canonici. - - coeterum quaecunque jura Romano Pontifici competunt vi Primatus hierarchici; illa ad normam juris Canonici reverenter exſolvunt germani Catholici: - - quae vero in negotiis mere ſecularibus, emolumentis pecuniarii, aut cum diminutione poteſtatis Epiſcopalis, nimiave Laicorum moleſtia, hinc inde a jure Canonico praetenduntur, illa Germani, exemplo aliarum Nationum, quantum per Concordata licet, deprecantur.

ſchen ihre Beſchwerden auf das juſtinianiſche geiſtliche Recht, und meldeten: „Geſetzt auch der Artikel „des geiſtlichen Vorbehalts wäre ⸗ ⸗ ungültig ⸗ ⸗ ſo „müſte doch die Sache ad deciſionem gemeiner kai„ſerlichen Rechten geſtellt werden. Nun aber die ge„meinen Rechte, inſonderheit der Codex juſtinianeus „titulo de ſacro-ſanctis Eccleſiis cum ſequentibus „diſponiren vom geiſtlichen Vorbehalt alſo ꝛc. ⸗ ⸗“

Durch die beſondern Verordnungen der Concilien, und vorzüglich des tridentiniſchen Kirchenraths auch ſelbſt des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes, ſind ſehr viele Capitel des Corporis Juris canonici auſſer aller Wirkung geſetzt worden. Auch die zwiſchen den Biſchöfen, und Landesfürſten errichtete Conkordaten und Verträge, haben für einige Länder viele Capitel dieſes Geſetzbuchs unbrauchbar gemacht. Nichts deſtoweniger bleibt es doch als ein Hauptbeſtandtheil der gemeinen kaiſerlichen Rechte, für Deutſchland ein Nebenquelle des Staatsrechts.

§. 1440.

Die Analogie beyder Rechte.

Es iſt allgemein als richtig anerkannt, daß das jus civile mit dem jure canonico in einer eben ſo ſtarken Verbindung ſtehe, als der Staat, und die Kirche; doch iſt die Uebereinſtimmung der Geſetzbücher nicht eben dieſelbe. Sie kommen in vielen zuſammen, trennen ſich aber gleichfalls, manchmal ſtehet der Canon dem Geſetze, und wechſelsweiſe dieſes demſelben entgegen. Da aber beyde Geſetzbücher einmal als Nebenquellen des Staatsrechts angenommen werden, ſo macht auch die Analogie derſelben eine Nebenquelle aus, weil ohne ſolche die Anwendung der Geſetze, beſonders der widerſprechenden fruchtlos ſeyn würde.

Die Regeln, welche man zu Hebung der Nicht-übereinſtimmung beyder Geſetzbücher gibt, gehören vorzüglich hieher: dieſe ſind a) in ganz geiſtlichen, und das Seelenheil unmittelbar betreffenden Sachen 26) entſcheidet das jus canonicum ganz allein. b) In weltlichen Sachen zweyer ſtreitenden geiſtlichen Perſonen wird das jus canonicum ebenfalls dem juri civili vorgezogen. c) Wenn die Frage von der Sünde, oder Gewiſſensſachen entſteht, wird das canoniſche Recht, da es mit dem bürgerlichen nicht übereinkommt, von allen Katholiken beobachtet. d) Das bürgerliche Geſetz, wenn es durch ausdrückliche Canonen, oder die Obſervanz beſtättigt, oder wie man ſagt, gleichſam canoniſiret iſt, gibt auch ſodann in geiſtlichen Gerichten die Norm. e) Wo immer das jus canonicum in weltlichen Sachen nicht klar, oder ein Fall nicht beſtimmt iſt, wird die Entſcheidung aus dem bürgerlichen Rechte genommen. f) Und eben dieſes tritt ſodann bey dem jure canonico ein, wenn das jus civile mangelhaft iſt, 27) g) ſo ferne ſich aber eine wahre Autimonie zwiſchen den bürgerlichen, und canoniſchen Geſetze ergibt, und der Gegenſtand an ſich ſelbſt gleich geltend iſt, ſo kann ſowohl das weltliche als geiſtliche Gericht ſich ſeines Geſetzes bedienen, h) wie auch bey Verbrechen mixti

26) Neller bemerket §. 11. S. 96. hierüber: hoc nomine veniunt dogmata et Sacramenta: Cumque inter haec a Catholicis numeretur matrimonium, eo quoque pertinent omnes cauſae matrimoniales. Trid. ſeſſ. 24. de Sacram. matrim. can. 12. item Electiones, Inſtitutiones, depoſitiones Miniſtrorum Eccleſiae, jus Patronatus, decimae, ſepulturae, fundationes, et Legata pia. Profeſſio religioſa, Vota, Juramenta &c. inter enumeratas cauſas tamen aliquae, ſaltem ratione acceſſoriorum, et circumſtantium, videntur eſſe mixtae, quarum intuitu ſaeculares etiam principes jurisdictionem exercent, niſi eam Eccleſiae ceſſerint.

27) Jedoch nicht in Reichsſtaatsſachen, bey welchen nicht erlaubt iſt, eine Entſcheidung aus dem canoniſchen Recht zu nehmen, wenn die Reichsgeſetze nichts beſtimmen.

ti fori ein jedes Gericht die Strafe insbeſondere be-ſtimmt.

Aus allem deme aber, und beſonders, wenn wir auf das Capitel von der ſubordinirten landesherrlichen, und biſchöflichen Gerichtsbarkeit eine Ruckſicht nehmen, folget klar, daß die Analogie des Geſetzes, und des canonis, auch im geiſtlichen und weltlichen Staatsrechte einen wichtigen Gegenſtand ausmachen.

§. 1441.

Das Herkommen.

Wie das Reichsherkommen in dem weltlichen deutſchen Staatsrechte den Reichsgrundgeſetzen gleich geſtellet wird, ſo hat es auch mit der obſervantia eccleſiaſtica in dem geiſtlichen Staatsrechte das nehmliche Bewandniß. Die Eigenſchaften, und die Anwendung dieſer Obſervanz beſtimmt Neller 28) unter allen Kirchenſtaatsrechtslehrern am beſten. Auch das Reichsherkommen kann manchmal mit der obſervantia eccleſiaſtica in eine Autonomie gerathen, und in dieſen Fällen ſchlagen faſt überhaupt auch die (§. 1439.) angeführte Regeln, und ſelbſt die Analogie der Geſetze und der Obſervanz nach Geſtalt gewiſſer Gegenſtände an. 29)

§. 1442.

28) L. c. §. 2 — 22. obſervantia etiam obtinet in Eccleſia. §. 4. Alia neceſſaria, alia libera; §. 5. alia jus peculiare tribuit, alia jus Commune facit. §. 6. Obſervantia tantum poteſt quantum canon. §. 7. tollitur tam per Canonem poſteriorem, quam per obſervantiam juniorem. §. 8. Negotia publica, quae potiſſimum nituntur obſervantia, ſunt, modus adminiſtrandi Sacramenta, celebrandi Concilia, mittendi, et excipiendi Legatos apoſtolicos, obeundi ſacras viſitationes, eligendi Praelator, inſtaurandi SS. Eccleſias, communicandi cum Principibus laicis cauſas mixtas, corrigendi delinquentes Proëdria &c. §. 9. Obſervantia non tribuit jus inabdicabile, nec incapaci. §. 10. Facto non debet fuiſſe contradictum. §. 12. Obſervatio eſt probanda. §. 13. in rebus accidentariis ſtatur obſervantia particulari. §. 14. In judicialibus obtinet Stylus Curiae &c. §. 20. Abuſus aegre diſcernitur ab uſu. §. 22. Difficulter aboletur.

29) Lakics in praecognitis jur. eccleſ. cap. 7. §. 205.

§. 1442.

Die Schriften der heiligen Väter machen zwar kein Geſetz des Kirchenrechts, um ſo weniger auch eines des Kirchenſtaatsrechts aus, weil die Väter als Privatperſonen nur eine Regel geben konnten. Ihre Schriften ſind aber in der allgemeinen Kirche als Normen, und Leitungen zur Verbeſſerung des Kirchenregiments angenommen worden, 30) und in ſo weit die Lehre der Väter, die ſich auf die h. Schrift, auf die Concilien, und allgemeine Grundſätze der Römiſch-katholiſchen Kirche gründet, und für eine Hauptquelle des allgemeinen Kirchenrechts gehalten werden, ſo iſt ſie auch eine Nebenquelle des geiſtlichen Staatsrechts, wie der Kaiſer dieſe von der allgemeinen Kirche angenommene Lehre der Väter gleich den Kirchengeſetzen ſchützen muß. In den Stiftern verhält es ſich mit der Kenntniß, und dem Gebrauch der Patriſtik eben ſo, wie mit der Benutzung der h. Schrift. Heilige Väter.

§. 1443.

Von den Concordaten der deutſchen Nation mit dem Pabſte habe ich (§§. 92 bis 104.) ſchon umſtändlich gehandelt. Man kann eigentlich nicht ſagen, daß die Concordaten nur eine bloſe Norm des Kirchenſtaatsrechts, wie die Patriſtick, oder die Obſervanz ausmachen, ſondern ſie ſind einmal ein öffentlicher Staatsvertrag, der zwiſchen dem Pabſt, und der Nation zu Stande gekommen, und in die geſetzliche Kraft in dem deutſchen Reiche übergangen iſt. Conkordaten.

30) Ex iis, ſchreibt Neller L. c. §. 14. quippe haurimus, quae fuerit ſubordinatio miniſtrorum Eccleſiae, quanta Epiſcoporum authoritas in Principes, quanta iſtorum in Epiſcopos, et ſacra Chriſtiana, quis modus celebrandi Synodos, procedendi contra haereticos extirpandi perverſos mores &c.

Die Concordaten-Sache hat ſeit 20 Jahren durch die angegebene Horixiſche Entdeckung des ächten Exemplars der ſogenannten Fürſten-Concordaten, eine ganze Gährung unter den Staatsrechtslehrern nach ſich gezogen. Die Verſchiedenheit der über die Aechtheit dieſer aus dem Mainziſchen Archiv hervorgezogenen Concordaten geäußerten Meinungen hat zur Zeit noch kein zuverläßiges Reſultat bewirkt, vielmehr manche Unannehmlichkeiten verurſacht. 31)

Ich bleibe deswegen bey meinem (§. 98.) aufgeſtellten Satz feſt ſtehen, „daß nicht nur die 4. „päbſtliche Bullen, welche die eigentliche Beſtättigung der Concordaten ſind, als auch die in der „zweyten Bulle vom Pabſt anerkannten Schlüſſe des „Coſtnitzer Conciliums, und aller übrigen Concilien, „wie nicht weniger die in der dritten Bulle von ihm „anerkannten Schlüſſe des Baßler Kirchenraths, in „ſo weit ſolche obgedachter maſſen den 26. Merz 1739. „von der deutſchen Nation angenommen worden, „nebſt der hierüber ausgeſtellten Annahmsurkunde, „alles dieſes zuſammengenommen, die eigentlichen „ſogenannten Fürſtenconcordaten (Concordata Principum) ausmachen, welche in dem 18ten Jahrhundert allererſt in einer neuen Geſtalt zum Vorſchein „kamen.“

Dieſer Streit wird nun freylich, ſo lange unerörtert bleiben, als durch das Einverſtändniß der Nation mit dem Pabſte nicht ein neues Concordat zu Stande gebracht wird. Allein in ſo lange muß man in dem geiſtlichen deutſchen Kirchenſtaatsrechte auch bey dem Verſtande der durch einige Jahrhunderte angenommenen Concordaten feſt beſtehen.

Mei-

31) Der Profeſſor Glocker verlor noch 1789. ſeinen Lehrſtuhl zu Ingolſtatt, weil er behauptete, daß die wahren Concordaten nur die modificirte Baßler Dekrete wären.

Meinungen der Rechtsgelehrten machen hieran keine Aenderungen. Die Behauptungen einiger Erz- und Biſchöfe ziehen ebenfalls keine Aenderung nach ſich. Das vorgefundene Exemplar entſcheidet eben ſo wenig etwas, als nicht durch die ſämmtliche deutſche Reichsſtände, als Repräſentanten der Nation auch der Evangeliſchen Stände (als deren Intereſſe hiebey ihrer katholiſchen Unterthanen wegen concurriret) mit dem Pabſte Unterhandlungen gepflogen, und ein neues Concordat feſtgeſetzt wird.

Daß die Nation einſeitig keine Abänderung der Concordaten überhaupt vornehmen könne, hierüber entſcheidet ſchon das allgemeine Völkerrecht, als welches zur Errichtung, wie zur Abwürdigung eines öffentlichen Staatsvertrags nebſt den erheblichen Urſachen die Uebereinſtimmung und Einwilligung der paciſcirenden Theile erfordert. 32)

Es kann zwar bey Reichsſtänden, inſonderheit bey einigen Domſtiftern, die Frage entſtehen, ob ſie ſchuldig ſeyn, die Concordaten zu halten? Hier tritt die Exceptio non exhibiti conſenſus et antiquiſſimae conſuetudinis, ein, welche viele Domſtifter auch Collegiaten den Concordaten entgegen ſtellen.

Da bekanntermaſſen nur einige Fürſten ihre Einwilligung zu den Concordaten gegeben haben, ſo liegt dem Römiſchen Hofe ob, die Probe zu führen, daß diejenigen Stände, bey welchen der Pabſt ſich auf die Feſt-

32) Neller ſagt hierüber §. 6. S. 115. haec conventio ex mente paciſcentium eſt perpetua et abſoluta: duo ſaltem articuli habent adjectam conditionem: niſi in futuro concilio de conſenſu dictae nationis aliter fuerit ordinatum, nempe alternatio menſium et ſolutio annatarum. — Neque poteſt Romanus Pontifex etiam de plenitudine poteſtatis derogare Concordatis iisque contravenire — videtur tamen recedere poſſe a fide concordatorum ex eo, quod imperium per pacis weſtphalicae art. 5. §. 9. et 20. a fide Pontifici per majores datâ, reſilierit primum pacto ſolenni contrario.

Feſthaltung der Concordaten beruft, unter der Zahl der einwilligenden wirklich ſich befunden haben. Z. B. die Stifter zu Würzburg überhaupt erkennen keine päbſtliche Monate. Die Stifter aber, welche zu ſchwach ſind, ſich der Gewalt des Pabſts zu widerſetzen, erwählen zu Schützung ihrer Rechte insgemein denjenigen, der von dem Pabſt providirt worden nochmals. In der kaiſerlichen Wahlcapitulation 33) iſt deswegen auch klare Vorſehung geſchehen, daß der Pabſt unter dem Vorwande der Concordaten, den Freyheiten der deutſchen Capituln nicht zu nahe trete.

Hieraus iſt nun der Schluß offenbar zu ziehen, 1) daß die Concordaten nicht ein allgemein bindendes Geſetze ſeyn, 2) daß beſondere Freyheiten, Gewohnheiten, Herkommen, ſelbſt die Nichtannahme den Concordaten noch entgegen ſtehen können, 3) und daß es ſehr viele Fälle gebe, in welchen die Concordaten eine Ausnahme zulaſſen müſſen. 34) Von letzterer Art dürften bey vielen beſonders Collegiatſtiftern die electiones praepoſiturarum ſeyn, dergleichen ſich im J. 1789. ſchon ein Fall bey dem Collegiatſtift unſer L. Frauen auf den Staffeln zu Mainz ergeben hat.

Die Concordaten machen aber deſſen unangeſehen im Ganzen genommen, einen Beſtandtheil des deutſchen Kirchenſtaatsrechts aus, wenn ſie ſchon, auch wie andere Geſetze nicht ohne eine Ausnahme ſind.

§. 1444.

33) Art. 14. §. 1. wir ſollen, und wollen auch ꝛc.

34) Neller. l. c. §. 3. n. 4. Papa ſibi reſervat majores poſt pontificalem dignitates in eccleſiis Cathedralibus, et principales in collegiatis. — In his nempe collegiatis eccleſiis alibi principalis dignitas eſt praepoſitura, alibi decanatus. Haec reſervatio in multis eccleſiis non viget.

§. 1444.

Als weſentliche Beſtandtheile des deutſchen Kirchenſtaatsrechts erſcheinen die Reichsconſtitutionen, und Geſetze überhaupt, und einige insbeſondere, welche in die Verfaſſung der Stifter klar einſchlagende Stellen enthalten; 35) alle dieſe beſonders in geiſtlichen Sachen vorliegende Reichsconſtitutionen müſſen in dem geiſtlichen Kirchenſtaatsrechte zu einer beſtändigen Richtſchnur dienen, weil ſie von den geiſtlichen Reichsfürſten ſelbſt auf den deutſchen Reichstägen entweder in der Art eines Reichsabſchiedes oder eines Vertrags errichtet worden ſind. Man hat eigentlich im deutſchen Reiche drey Claſſen von Reichsconſtitutionen. Die alten von Carl G. angefangen bis auf K. Carl IV. die Mittleren von K. Carl IV. bis auf K. Carl V. und die neuen von K. Carl V. bis auf unſere Zeiten. Aus dieſem Unterſchiede ergibt ſich, daß nicht alle Conſtitutionen von der Die Reichsconſtitutionen.

35) Sic aurea bulla (ſchreibt Neller l.c.C. 13. §. 1. S. 119. proedriam, aliaque jura Electorum Eccleſiaſticorum, nec non ritus ſacros in electione Caeſaris, et alias obſervandos deſcribit. — Tuitionem S. Sedis Romanae, nexumque Eccleſiae Germanicae cum illam docet R. I. 1512. — Advocatiae, quam gerit Caeſar in Eccleſiam, jura et officia deſignant receſſus imperii paſſim. — De jure convocandi Concilia agunt R. I. 1524. §. 28. 1529. §. 1. 1532. art. 1. §. 2. et 6. &c. — De Concordatis, Annatis, et officio Papae in bello Turcico agit R. I. 1500. Tit. 43. de Collectis Cleri ad bellum turcicum, die Regimentsordnung A. 1500. et R. I. 1542. §. 61. — De immunitate Eccleſiarum et Miniſtrorum ab oneribus belli tractat R. I. 1477. tit. 6. §. 1. — De exemptione clericorum, qui non ſunt ſtatus, a jurisdictione Camerae, Pax publ. 1595. §. ob die geiſtliche. Nec non famoſa conſtitutio Friderici II. a Statibus imperii ſubſcripta, quae extat poſt Libros feudorum. — De ſeparatione cauſarum Eccleſiaſticarum, a ſaecularibus, evitandoque poteſtatis laicae, et ſacerdotalis conflictu Capitulatio noviſſ. art. 14. §. 5. — de vita, et honeſtate Clericorum R. I. 1510. §. 32. 1548. tit. 14. §. 5. 1577. tit. 14. §. 5. — de alienatione bonorum Eccleſiae R. I. 1530. §. 129. de adminiſtratoribus eorundem. Reform. polit. 1548. tit. 31. §. 4. ad parochos Diriguntur varia decreta comitialia R. 1530. §. 54. 1577. tit. 8. §. 4. &c.

der Zeit K. Carl V. bis hierher ein gleiches Anſehen nach ſich ziehen. Einige, welche den interimiſtiſchen Religionsſtand beſtimmen, z. B. der Reichsabſchied vom J. 1524. §. 28. 29. gelten nur auf einige Zeit. Andere ſind durch Proteſtationen auſſer Wirkung geſetzt worden, als z. B. die Reichsabſchiede von Speyer vom J. 1529. und von Augsburg 1530. mehr andere ſind durch darauf erfolgte Reichsconſtitutionen in Abgang gekommen, als wie der Prager Friede, wiewohl gegen denjenigen, der ſich auf dieſen Frieden beziehet, der Derogationsbeweiß gemacht werden muß; was hingegen den Weſtphäliſchen Frieden, und die kaiſerliche Wahlcapitulation betrift, ſo haben dieſe niemal als angenommene Reichsfundamentalgeſetze alle Rechtskraft in dem geiſtlichen und weltlichen Kirchenſtaatsrechte vor ſich, und was die Reichsgeſetze überhaupt, und insbeſondere der Weſtphäliſche Friede den deutſchen Kirchen für einen Nutzen gebracht habe, iſt von mir (§. 140.) ſo klar ausgeführt worden, als man es von geſunden Grundſätzen eines Katholiken nur immer erwarten konnte.

§. 1445.

Der Paſſauiſche Vertrag, und Religionsfriede.

Sowohl der paſſauiſche Vertrag, welcher die deutſche Kirche unmittelbar betrift 36) als der Religionsfriede 37) ſind einmal zuverläßige Geſetze, an die man

36) Similiter catholici ſtatus, ſeculares et eccleſiaſtici, quiete exerceant religionem antiquam eiusque ritus, neque turbentur in poſſeſſione bonorum redituum, cenſuum, canonum ſubditorum, et jurium quorumcunque ſub poena fractae pacis.

37) Auguſtanae Confeſſioni adhaerentes nullam moleſtiam inferent ſtatibus catholicis eorumque capitulis §. 16. — quodſi praelatus eccleſiaſticus, aut alius quicumque a veteri religione diſceſſerit, excidet ſua dignitate et beneficio, ſalva tamen exiſtimatione, et Capitulum vel patronus ſubſtituet alium, wodurch das reſervatum eccleſiaſticum der geiſtliche Vorbehalt, als einer der Hauptpunkte feſtgeſtellt wurde.

man ſich in dem geiſtlichen Kirchenſtaatsrechte halten muß; ungeachtet der Religionsfriede Bedingnißweiſe, und nur in ſo lang beſtehet, bis man ſich durch ein Nationalconcilium, oder ſonſt auf eine Art wird verglichen haben. Die Frage, ob der Religionsfriede als ein Vertrag, oder ein Geſetz anzuſehen ſey? iſt durch den Weſtphäliſchen Frieden, welcher ſowohl den Paſſauer Vertrag, als den Religionsfrieden zum Grund legte, und geſetzlich einſchloß, vollkommen erlediget.

§. 1446.

Der Weſtphäliſche Friede.

Von dem Weſtphäliſche Frieden, ſo wie von der kaiſerlichen Wahlcapitulation kann nicht geſagt werden, daß ſie blos Normen, oder Nebenquellen des deutſchen Kirchenſtaatsrechts ſeyn; ſondern man muß ſie, und beſonders den Weſtphäliſchen Frieden als ein poſitives Reichsgrundgeſetz anſehen, und beobachten, und zwar in der Maaße, daß deſſen Gültigkeit keinem Deutſchen des geiſtlichen oder weltlichen Standes anzufechten erlaubt iſt. Die Gültigkeit des Weſtphäliſchen Friedens iſt auch eben ſo, wie die Gültigkeit des Religionsfriedens nicht aus den Vorurtheilen der Theologen, ſondern aus ſeinem Objekte 38) Endzweck, 39) und damaliger Nothwendigkeit 40) zu beurtheilen. Wären der Religions- und Weſtphäliſche Friede nicht zu Stande gekommen, ſo würde Rom vielleicht ſchon in dem 16ten und 17ten Jahrhundert kein deutſches Geld mehr aus den Stiftern bezogen haben. Die Materie von dem Weſtphäliſchen-Friedensſchluß iſt in der Geſchichte (§§. 112 — 140§ ſchon ſo umſtändlich dargeſtellt worden, daß eine

38) Das Objekt iſt der öffentliche äußerliche Friede.
39) Den Endzweck beſtimmt der Religionsfriede §. 28.
40) Und die Nothwendigkeit deſſelben konnten die in den Drangſalen des Kriegs ſich befund'ne Stände ſammt dem Kaiſer beſſer als die Römer beurtheilen.

eine Wiederholung überflüßig wäre. Nur kann ich hier nicht unbemerkt laſſen, daß im J. 1712. der Weſtphäliſche Friedensſchluß in Comitiis mit dem Nahmen *vinculum Concordiae*? das vornehmſte Band im Reiche 41) belegt worden ſey, und ſelbſt die geiſtlichen Reichsfürſten dieſes Ehrenwort nicht verkennet haben.

§. 1447.

Kaiſerliche Wahlcapitulation.

Eines der wichtigſten Reichsgrundſätze, welches nach dem Weſtphäliſchen Friedenſchluß die deutſchen Reichsſtifter insbeſondere betrift, iſt die kaiſerliche Wahlcapitulation. Ich habe die Hauptſtellen in der Geſchichte (§§. 144 — 149.) ſchon vorausgeſchickt. Dieſes Reichsgeſetz gewährt dem geiſtlichen Stande des deutſchen Reichs nicht nur den perſönlichen, ſondern auch den dinglichen Schutz, und Sicherheit, gegen äußerliche, und innerliche Anfälle, und Bekränkungen; Es iſt auch um ſo wichtiger für die deutſchen Reichsſtifter, als die geiſtlichen Churfürſten und Stiftsregenten dieſes Geſetz, worauf Deutſchlands Verfaſſung größtentheils ruhet, ſelbſt zu Stand gebracht, und deſſen Schutz bis auf dieſe Stunde in allen Reichshandlungen befördert haben.

§. 1448.

Noch einige Geſetze und Verträge.

Das geiſtliche Kirchenſtaatsrecht gehen aber auſſer dieſen angeführten Normen, und Geſetzen noch einige andere Verträge und Conſtitutionen an. Als z. B. der Calixtiniſche Vertrag vom J. 1122. (§. 58.) die goldene Bulle K. Friederich II. vom §. 1220. (§. 90.) K. Ludwig IV. vom J. 1338. K. Carl

41) Fabri Staatsk. Thl. 39. S. 460.

Carl IV. Sanctio pragmatica vom J. 1317. 42) ſodann in neuern Zeiten verſchiedene einzelne Reichs- und Friedensſchlüſſe insbeſondere der 4te Artikel des Ryswikiſchen Friedensſchluſſes vom J. 1697. religione tamen catholica &c. und auch der deutſche Fürſten-Bund; denn wenn ſolcher zum Endzweck die Erhaltung der Reichsverfaſſung haben ſoll, ſo iſt auch die Erhaltung der geiſtlichen Güter und Rechte von ſelbſt darinn begriffen.

§. 1449.

Von den deutſchen Kirchengeſetzen in Anſehung der katholiſchen geiſtlichen Reichsſtifter hat bisher noch kein Schriftſteller insbeſondere gehandelt. Dieſe Materie führt den zu machenden Unterſchied mit ſich, daß man zum voraus betrachte, welche Geſetz die deutſche Kirche qua Kirche des Religionsweſens, oder nur ihrer geiſtlichen Güter, und Rechte halber angehe. Schriften.

Die brauchbarſte Schrift zu dieſer Materie mögen für dermalig, und künftige Zeiten Nellers *Principia juris publici eccleſiaſtici catholicorum ad ſtatum germaniae accomodata* ſeyn und wohl auch bleiben.

Holl hat in ſeiner Statiſtica eccleſiarum germanicarum de legibus et legum collectionibus eccleſiae germanicae ein ganz 17. Capitel angefüllet, er handelte aber nur vorerſt die Geſetze ab, welche die allgemeine Kirche angehen, und den zweyten Theil, wo die Geſetze der deutſchen Kirche insbeſondere vorkommen ſollen, hat er mit ſich ins Grab genommen.

Moſer bearbeitete dieſe Materie in ſeinem Buch von der deutſchen Religionsverfaſſung, durch das Ca-

42) In Lünigs R. A. Spicil. eccl. Thl. 1. S. 361.

Capitel von der katholiſchen Normen in Religions- und Kirchenſachen. S. 609 — 626. Allein auſſer einer Abſchrift von Neliers obgedachten Principiis findet ſich für das Kirchenſtaatsrecht der deutſchen Stifter nichts brauchbares, zumal nicht einmal alle Quellen, die Neller benutzt hatte bearbeitet worden ſind.

Hierher gehört aber vorzüglich: *Horix* (Joh.) tract. de fontibus juris canonici germ. Mainz 1758. in des Freyh. von Cramers Nebenſt. Thl. 98. S. 27. allwo gemeldet wird, daß dieſe Schrift ihrem Verfaſſer vielen Verdruß erweckt habe.

Sodann Riegers (Paul Johann) Principia juris publici eccleſiaſtici germaniae Wien 1771. 8. man ſehe hierüber Schotts Critik B. 5. S. 897. nach.

Das ſechs und zwanzigſte Capitel meines Staatsrechts, von dem kaiſerl. Schutzrechte der Statuten in den katholiſchgeiſtlichen Reichsſtiftern, gehört mit denen angezogenen Schriften ebenfalls hierher.

Sechs

Sechs und vierzigſtes Capitel.

Von der deutſchen Kirchenfreyheit in Anſehung der C. G. Reichsſtifter.

Inhalt.

§. 1450.) Einleitung. 1451.) Beſchreibung der D. K. Freyheit. 1452.) Unterſchied derſelben. 1453.) Zuſammenfaſſung der Hauptgegenſtände der deutſchen Kirchenfreyheit. 1454.) Freyheit der D. Kirchen im Geiſtlichen, 1455.) und im weltlichen. 1456.) Mittel zur Handhabung. 1457.) Der Pabſt mißkennt ſie nicht. 1458.) Einſchrenkungen benehmen derſelben nichts. 1459.) Betrachtung über den Satz des ſtatus in ſtatu. 1460) Unterſchied zwiſchen der K. Freyheit der Proteſtanten und Katholiken. 1461.) Schriften.

§. 1450.

Gleichwie die allgemeine Römiſch-katholiſche Kirche mit allgemeinen Freyheiten begabt iſt, eben ſo haben ſich einzelne Nationalkirchen aller Reiche auch ſonderbarer Freyheiten zu erfreuen. 1) Einleitung.

Die deutſche Nationalkirche hat auch vorzügliche allgemeine Freyheiten, und einzelne deutſche Kirchen ſind noch überdies mit ſonderbaren Freyheiten verſehen. In einigen Stücken darf man behaupten, daß verſchiedene deutſche Kirchen, insbeſondere die Erz- Dom- und Ritterſtifter ſich Freyheiten erworben haben, die man in andern Reichen vergeblich auf-

1) De Belſunce: in paſtorali inſtructione de Gallicanae eccleſiae libertatibus. 1733. — Gerbertus Mart. in opere de communione poteſtatis eccleſiaſticae c. 9. S. 376.

aufſucht. 2) Nur Deutſchland hat Reichsbiſchöfe und zugleich Fürſten, die mit ihrem Stabe den Römiſchen Biſchof das non plus ultra, und eben daſſelbe mit ihrem durch die Reichsverfaſſung geſchärſten Schwerde jeden Angriff ihrer Fürſten Rechte entgegen ſetzen.

Wenn man die Geſchichte, den Anfang, Fortgang, und die Schickſale der deutſchen Kirchen reyheit beſchreiben wollte, würde ein eigenes Buch hierzu nicht hinreichen. Meine Sache iſt die Freyheit der deutſchen Kirche, nur in dermaſſe, wie ſolche gegenwärtig beſtehet, abzuhandeln. Die deutſche Kirchenfreyheit hat zuverläßig die höchſte Stuffe erſtiegen. Und es iſt aus guten Gründen vorzuſehen, daß ſie in der Folge weit ſchneller herabfallen werde, als langſam ihre Erhöhung vorgieng. Das Biſchofthum hat ſich zu ſehr in die Mode der Zeiten verliebt, ſeine urſprüngliche Eigenſchaften und Pflichten verkennet, und alles Ungemach ſich durch ſeine Unerſättlichkeit zugezogen. Wer hierüber Beweiſe fordert, gehe auf meine Geſchichtsüberſicht zurück, oder ſtelle ſich von heutigem Tage an, neue Beweisthümer aus täglichen Ereigniſſen, und aus neuern Schriften 3) zuſammen.

§. 1451.

Beſchreibung der D. K. Freyheit.

Die Freyheit der deutſchen Nationalkirche begreift den ganzen Umfang aller jener beſondern Rechte,

2) Erzbiſchof Werhner zu Mainz da er von K Rudolf I. die Beſtättigung aller Privilegien und Freyheiten 1275 zuwegenbrachte, hielt ſchon dafür, daß die Kirchenfreyheit gröſtentheils in Privilegien beſtehe. Lünig R. Arch. Spicil. eccl. Fortſ. Thl. 1. S. 39.

3) Man kann kein ausgezeichneteres Stück von deutſcher Freymüthigkeit leſen, als der drey Baieriſchen Orthodoxen Widerlegung der Salzburgiſchen Prärogativen 1789. 38. S. 4. Allein es hält die Probe des klugen Kritikers, und der einem jeden Reiche werthen Verfaſſung nicht aus.

te, und Vorzüge in ſich, welche den deutſchen Kirchen aus dem Gebrauche des alten und neuern Kirchenrechts, aus den allgemeinen und beſonderen Kirchenverſammlungen, den Concordaten, Verträgen, Privilegien, Exemtionen, Herkommen, jedoch der Verbindung der Kirche mit dem Reich unbeſchadet, zuſtändig ſind.

Es kann nun ſeyn, daß einzelne deutſche Kirchen gegen andere mehrere, oder auch weniger dergleichen Vorzüge haben. Alle dieſe Rechte zuſammen genommen, machen aber dennoch den wahren Begriff der deutſchen Kirchenfreyheit aus, und bringen ſie auch unter einem und dem nehmlichen Kirchenoberhaupt 4) dem Pabſte, in Ausübung.

§. 1452.

Der Unterſchied der Kirchenfreyheit überhaupt beſtehet in der innerlichen und äußerlichen, von der innerlichen (libertate interna) oder der eigentlichen Gewiſſensfreyheit, iſt hier die Rede nicht. Unterſchied derſelben

Allein die äußerliche Kirchenfreyheit wird auch in einem zweyfachen Betracht genommen, ſo weit ſie nemlich einen geiſtlichen, oder weltlichen Endzweck betrift.

Zu jenem gehören die Verkündigung der Religion und Glaubenslehre, die Seelſorge, die Verwaltung der Sacramente, der Kirchendienſt, der hierzu beſtimmten geiſtlichen Perſonen ihre Weihe, und der Gottesdienſt ſelbſt, nebſt allem, was hierauf Bezug hat. Auch von dieſem Theil der Kirchenfreyheit iſt hier die Frage nicht.

4) Peter de marca ſchreibt de concord. Sacerdotii cum imper. l. 1. c. 2. n. 2. aſſero praecipuum primum que libertatis eccleſiaſticae fundamentum apud nos.(Gallos) eſſe ut principatus apoſtolicae Sedis ſuum locum ſemper obtineat.

Unter der äuſſerlichen Kirchenfreyheit, welche den wahren Gegenſtand dieſer Abhandlung ausmachet, wird diejenige verſtanden, die ſich auf weltliche Händel, Geſchäfte, und Sachen allein beziehet.

§. 1453.

Zuſammenverfaſſung der Hauptgegenſtände der D. K. Freyheit.

Die katholiſchen Kirchenſtaats-Rechtslehrer haben ſich viele Mühe gegeben, die Hauptgegenſtände der deutſchen Kirchenfreyheit zuſammen zu faſſen. Allein es gelang ihnen nicht. Neller 5) hat das ganze Syſtem der Kirchenfreyheit auf die Immunität gebauet. Er behandelte hierdurch den Gegenſtand zu allgemein, da die Verhältniſſe und Vorzüge der deutſchen Kirche eine noch weit gröſſere Freyheit darſtellen. Zallwein 6) beſchränkte ſeine Hauptſätze von der deutſchen Kirchenfreyheit zu ſehr, und ſetzte ſich hierdurch über die herrlichſten Vorzüge und Freyheiten

5) In ſeinem exercitio in anecdotum trevirenſe de libertate eccleſiaſtica ab archiep. Electore trevir. gloc. mem. Richardo. Saec. XVI. vindic. trevir. 1768. in Schmids theſſauro. tom. 4. S. 471. ſchreibt: libertas eccleſiaſtica continet 1) Eleutheriam a ſtatutis Secularium magiſtratuum principe inferiorum 2) privilegium fori. 3) immunitatem ab oneribus et muneribus perſonalibus, angariis, parengeriis capitationibus 4) immunitatem a tributis collectis taliis, impoſitionibus in res vendibiles, 5) immunitatem a teloniis, pedagiis, quidagiis, 6) liberum absque negotiatione. 7) jus intra et extra Septa immunitatum habendi ergaſteria, 8) jus exercendi pro ſuis, et aliorum quorumcunque uſibus artificia et opificia, 9) libertatem laicorum omnimodam a clericis emendi, eis vendendi, laborandi. Alles dies beziehet ſich auf allgemeine, und ſelbſt ganz unrichtige Immunitätsſätze. Die den deutſchen Stiftern zuſtändige Freyheit hat weit höhere Vorzüge.

6) In princ. Iur. eccl. tom. 4. q. 3. libertates eccleſiarum germaniae ad 5. Capita revocat. 1) ad liberas Epiſcoporum electiones, ad poteſtatem juris dicendi tam in Sacris quam civilibus 2) ad diſtributionem et collationem beneficiorum atque officiorum eccleſiaſticorum 3) ad temporandas tam poteſtatis Secularis, quam eccleſiaſticae exactiones. 4) ad amoliendas novationes. Auch in dieſer Beſtimmung liegen Fehler, die mit dem weſentlichen Begriffe der deutſchen Stifter-Freyheit contraſtiren.

heiten der beſonderen deutſchen Kirche vorzüglich der deutſchen Stifter hinweg. Auch der gelehrte Endres 7) konnte durch die Eintheilung der Kirchenfreyheit in die innerliche, und äußerliche den wahren Zweck nicht erreichen.

Da ich von meinem vorgeſetzten Syſtem eines geiſtlich- und weltlichen Stifter-Staatsrechts nicht abweichen kann, ſo gibt das Hauptverhältniß der deutſchen Kirche eine gemiſchte Eigenſchaft der deutſchen Kirchenfreyheit. Die geiſtliche Immunität iſt mehr ein Charakteriſches Kennzeichen der allgemeinen Kirchenfreyheit, als der beſonderen deutſchen und einzelnen Kirchen. Die Freyheit der deutſchen Reichsſtifter beſchränkt ſich nicht allein in der bloſen Immunität (Eleutheria) ſondern in den weſentlichen Vorzügen, Rechten, und Freyheiten der katholiſchen geiſtlichen Reichsfürſten, die zugleich Biſchöfe, und Fürſten des deutſchen Reichs ſind, deren perſönliche geiſtlich- und weltliche Eigenſchaften nicht von einander getrennet werden können, weil ſie in einer, und der nehmlichen Perſon vereiniget ſind. 8) Es iſt daher nothwendig, die Beſtandtheile der Freyheit der deutſchen Reichsſtifter im einzelnen näher zu beſtimmen, weil ſelbſt die mittelbare deutſche Stifter, von den unmittelbaren Stiftern in Hinſicht der Rechte, Befugniſſe und Freyheiten ſehr weit unterſchieden ſind.

7) In diſſert. de vero et genuino libertatis eccleſiarum germaniae fundamento. Wirceb. 1774. in Schmids theſſ. diſſ. tom. V. §. 2. S. 562.

7) Koll ſchreibt in ſeiner Statiſtica eccleſ. german. P. I. c. 18. de libert. eccleſ. german. S. 535. §. 371. in determinandis pocro libertatibus reſpiciendum eſſe cenſent a triplicem nexum; inter majeſtatem et poteſtatem moderatam; inter imperatorem tanquam advocatum et ſupremum imperii caput, et inter Epiſcopos germaniae ſummo Pontifici et imperatori ſimul divinctos, utpote principes imperii.

§. 1454.

Freyheit der deutſchen Kirchen im Geiſtlichen.

Die Begriffe der Freyheit der deutſchen Unmittelbaren Reichsſtifter beſteht in einem mit höhern Weſen, als einige katholiſche Kirchen-Staatsrechts-Lehrer ſolche bisher beſchrieben haben.

Man kann daher dieſe wichtige Materie nicht beſſer behandeln, als wenn die Vorzüge, und Freyheiten der geiſtlichen Reichsſtifter in einen zweyfachen Betracht gezogen, und in die Kirchenfreyheit im Geiſtlichen, und im Weltlichen eingetheilet werden.

Zu der Freyheit der deutſchen Kirche im Geiſtlichen gehören a) die allen Kirchen überhaupt in Anſehung ihrer Perſonen, Güter, und Sachen zuſtändige allgemeine Immunität, und die ſtuffenweiſe hierarchiſche allgemeine Abhängigkeit von dem Pabſte in perſönlich und geiſtlichen Sachen. b) Die ſubordinirte Biſchöfliche hohe Gerichtsbarkeit über geiſtliche Perſonen, und ganz geiſtliche Güter, und Sachen ſowohl in geiſtlich als weltlichen, Bürgerlich- und peinlichen Fällen. c) Die Exemtionsrechte einiger geiſtlichen Fürſten von ihren Metropolitanen, und Biſchöfen, d) ihr Rang und Vorzüge vor weltlichen Fürſten gleichen Standes. e) Das Recht ihre geiſtlichen Regenten ſelbſt zu wählen. f) Das Befugniß ihren geiſtlichen Vorſtehern Capitulationen in geiſtlichen Sachen vorzuſchreiben. g) Die Befugniſſe der geiſtlichen Erz- und Biſchöfe Provinzial- und Diöceßſynoden zu halten. h) Das Recht Privilegien ihren Stiftern und geiſtlichen Innwohnern ſelbſt zu ertheilen. i) Das Recht ihrer erhaltenen Stifts-Privilegien in geiſtlichen Sachen ſelbſt auch zu ſchützen, und über alle ihre Stiftsrechte und Freyheiten ſich des Schutzes der deutſchen Kirche zu erfreuen. k) Das Geſetzgebungsrecht in geiſtlichen

Sa-

Sachen. l) Das Theilnehmungsrecht an den Reichsgeſetzen, ſo weit ſolche die Geiſtlichkeit, und ihre Rechte betreffen. m) Das Recht die öffentliche Friedensſchlüſſe, ſo weit ſolche die geiſtliche Kirchenfreyheit und Rechte angehen, zu benutzen. n) Die Concordaten der deutſchen Nation mit dem päbſtlichen Hofe. o) Die Conſtitutionen zum Behuf der deutſchen Kirchenfreyheit als jene v. K. Friederich II. K. Ludwig IV. und K. Karl. IV. ꝛc. (§. 1443.) p) Das Recht geiſtliche Dikaſterien zu halten. q) Das jus placeti epiſcopalis gegen päbſtliche Bullen. r) Das Recht mit andern Landesfürſten über das äußerliche des kirchlichen Weſens betreffende Gegenſtände Verträge zu errichten. s) Das Befugniß geiſtliche Gemeinheiten aufzuheben, die Errichtung neuer zu unterſuchen, zu geſtatten, oder zu verhindern. t) Das Recht geiſtliche Pfründen und Würden zu vergeben. u) Das Befugniß mit geiſtlichen Gütern und Stiftungen zum Beſten der Kirche zu diſponiren. w) Die Freyheit im Fall des Reichsbannes ſich der Kirchenimmunität in Anſehung ihrer hohen Würden zu bedienen. x) Das geiſtliche Reſervatrecht bey Standes oder Religionsveränderungen den Stiftsregenten der Würde, Regierung und Lande verluſtig zu erklären. y) Das Recht beſonderer Stiftsinſignien.

Hierinn beſtehen die weſentlichen Beſtandtheile der deutſchen Kirchenfreyheit, insbeſondere der geiſtlichen unmittelbaren Reichsſtifter, welche ohnehin die Hauptheile der deutſchen Nationalkirche ausmachen.

Alle dieſe Beſtandtheile der deutſchen Kirchenfreyheit hier im einzelnen abzuhandeln, wäre überflüſſig, da jeder derſelben in beſonder Capitel ohnehin vorgetragen, und durch Beyſpiele erläutert wird.

§. 1455.

Und im Weltlichen. Die Freyheit der deutſchen Kirche im Weltlichen unterſcheidet ſich ihrer hohen Vorzüge von allen übrigen katholiſchen Nationalkirchen in Europa, da einige Rechte der unmittelbaren geiſtlichen Reichsfürſten mit der Souveränität ſchon in einigem Zuſammenhange ſtehen, andere aber die gemiſchte geiſtliche und weltliche Stifterverfaſſung zum Grunde haben.

Zu den Rechten, und Befügniſſen der deutſchen Kirchenfreyheit im Weltlichen werden folgende gezogen. a) Die doppelte hohe perſönliche Eigenſchaft der geiſtlichen Stiftsregenten als Erz-Biſchöfe, Pröbſte ꝛc. b) Die ſubordinirte Landeshoheit im Weltlichen und Geiſtlichen. c) Die hohe, und niedere bürgerliche, und peinliche Gerichtsbarkeit. d) Die Reichsſtandſchaftsrechte, und die hievon herrührende jura belli, Pacis, foederis et legatorum. e) Das Geſetzgebungsrecht. f) Das Sitz- und Stimmrecht. g) Die in Anſehung ihrer geiſtlichen Fürſtenthümer verſchiedene Rangsvorrechte. h) Das Recht, ſelbſt dem Kaiſer eine Capitulation mit andern Churfürſten vorzuſchreiben, oder als Stände des Reichs an Verfaſſung derſelben Theil zu nehmen. i) Die weltlichen Freyheiten und Privilegien der Stifter. k) Das Recht dergleichen ſelbſt in ihren Stiftsländern zuertheilen. l) Die alleinige Abhängigkeit von Kaiſer und Reich in Weltlichkeitsſachen. m) Das fürſtliche Genehmigungsrecht der päbſtlichen Bullen. n) Der vor dem Kaiſer als oberſten Advocaten der Kirche zu leiſtende Schutz. o) Das Recht der Austräge. p) Das Befugniß eigene Landesdikaſterien und q) Reviſionsgerichte zur Abſchneidung aller weitern Rekurſe anzuordnen. r) Das Reformationsrecht. s) Errichtung neuer Stifter, Kirchen, Akademien,

demien, Gymnaſien. t) Die Behauptung Fürſtlicher Ehre in Hinſicht eines eigenen Hofſtaats, Ordensertheilungen, Leibgardhaltung ꝛc. u) Das Reichsſtändiſche Gütererwerbsrecht. w) Das Befugniß der Domkapitul ihren Stiftsregenten auch in weltlichen Sachen Capitulationen vorzuſchreiben. x) Die freye Behauptung der weltlichen Landesregierung auch im Falle des von dem Pabſte erkannt wordenen Kirchenbannes. y) Die Creißſtandſchaftsrechte. z) Das interimiſtiſche Regierungsverwaltungsrecht der deutſchen Domkapitul. aa) Die Ausübung der Patronatsrechte. bb) Das weltliche Advocatierecht über die in den Reichsſtiftern befindliche Kirchen, Güter, und Stiftungen. cc) Das Recht, Verträge mit benachbarten Landesfürſten, ſelbſt als Landesfürſten zu ſchlieſen.

An und vor ſich rühren dieſe Freyheitsrechte größtentheils von dem Reichsfürſtenſtande der geiſtlichen Fürſten her. Allein da dieſer unzertrennlich mit der geiſtlichen Perſon verbunden iſt, und gleichſam dem geiſtlichen Fürſtenthumslande anklebet, auch viele der obbemerkten Gerechtſame von gemiſchter Eigenſchaft ſind, und eben ſo viel Bezug auf das Geiſtliche, wie auf das Weltliche haben, ſo läſt ſich mit allem Fuge behaupten, daß die Freyheit der deutſchen Kirchen ſowohl in geiſtlichen, als weltlichen Prärogativen, Freyheiten und Befugniſſen beſtehe.

§. 1456.

Mittel zur Handhabung.

Selbſt aus den Mitteln die deutſche Kirchenfreyheit zu handhaben, kann man abnehmen, daß die mehrſten Beſtandtheile derſelben von vermiſchter Eigenſchaft ſind. Holl 9) ſchlägt folgende Mittel vor. a) Verhandlungen mit den päbſtlichen Nunciaturen, b) eine mäßige Ausübung des Placeti regii, c) die Mit-

9) In ſeiner Statiſtica eccleſ. germ. L. c.

Mittheilung einer päbſtlichen Bulle den deutſchen Biſchöfen ehe ſie kund gemacht wird: d) den Recurß an den Pabſt, oder e) an den Kaiſer als Schutz- und Schirmherrn der deutſchen Kirchenfreyheit.

Einige dieſer Mittel ſind zwar annehmlich, als die Mäßigung des Placeti regii, welches die geiſtlichen Reichsfürſten, als Biſchöfe, und als Fürſten zugleich ausüben können, auch der Recurß an den Kaiſer als Schutzherrn der deutſchen Kirchenfreyheit beruhet auf einem guten Grund, nehmlich der kaiſerlichen Wahlcapitulation.

Allein der Recurß an die päbſtliche Nunciaturen, oder an den Pabſt ſelbſt im Falle einer Beſchwerde gegen verletzte deutſche Kirchenfreyheit, dürfte nicht das zweckmäßigſte Mittel zur Handhabung der deutſchen Kirchenfreyheit ſeyn. Wenigſtens die Nunciaturſachen, welche im Reich ſo viele Bewegung, und Senſationen verurſachen, zeigen klar, daß der Römiſche Hof zu Remidirung dergleichen Eingriffe nicht ſo willfährig ſey, und die Nunciaturen eben diejenige Gegenſtände ſeyn, welche der deutſchen Kirchenfreyheit am mehrſten entgegen ſtehen.

Die zuverläßigſten Mittel der deutſchen Kirchenfreyheit ihre Feſtigkeit, beſonders gegen die Eingriffe des Römiſchen Hofs zu geben, dürfte ein deutſches Nationalconcilium ſeyn, und ſodann die Vorſorge des Reichsoberhaupts damit, dasjenige, was auf dieſem Concilio geſchloſſen würde, genau gehalten, und vollzogen werde. Allein ſo lang die deutſchen Biſchöfe im einzelnen ihres Intereſſe wegen dem päbſtlichen Hofe eine unrühmliche Anhängigkeit ſchuldig ſind, iſt im ganzen nichts zu hoffen. Man denkt in Deutſchland, wie in Rom, c'eſt tout, comme chez nous. — Und dadurch bleibt die deutſche Kir-

chen-

chenfreyheit in Rückſicht einzelner Theile immer ſtreitig.

§. 1457.

Der Pabſt mißkennt die D. K. Freyheit nicht.

Ob zwar der Römiſche Hof durch die Freyheit der deutſchen Kirche vieles gegen andere Reiche verlieret, ſo ſcheint er dennoch gerne zu ſehen, wenn ſich die Deutſchen um die Erhaltung ihrer Kirchenfreyheit, wenigſtens gegen andere als die päbſtlichen Curialiſten beſtreben. **Benedikt XIV.** ließ in ſeinem Werke, 10) eine günſtige Stelle einflieſen, die zwar nur die Wahlfreyheit, und keineswegs den Pabſt angehet. Eben dieſer Pabſt ſetzte den beſchwornen Wahlvertrag (Capitulation) in einem Schreiben an den K. Karl V. unter die abgeſchmackten Dinge. Doch dies macht alles nichts zur Sache. Man kann immer behaupten, die deutſche Kirchenfreyheit ſey in Hinſicht des Kaiſers, und Reichs frey, in Hinſicht des Pabſtes aber mit den Kontributionsfeßeln ſchwer und hart beleget.

§. 1458.

Einſchränkungen benehmen derſelben nichts.

Gleichwie alle Gewalt ſchon nach dem allgemeinen Völkerrecht, und noch mehr nach der deutſchen Verfaſſung eingeſchränkt iſt, ſo muß ſich auch die deutſche Kirchenfreyheit manche Einſchränkung gefallen laſſen. Der Diöceſan Biſchof darf in der Diöceß ohne des Landesfürſten Genehmigung keine Verfügungen über fremde Unterthanen machen. Hingegen kann auch der Landesfürſt wegen den Rechten des Diöceſans nicht thun, was er will; er kann ſeinen Unterthanen nicht befehlen, dieſe oder jene biſchöfliche Gerichtsbarkeit zu erkennen. 11) Der Lan-

10) De Synodis dioeceſanis L. 13. c. 13.

11) Ueber dergleichen Gegenſtande werden zwiſchen den Diöceſanen, und den Landesfürſten mehrentheils Verträge errichtet.

Landesfürſt kann von der fremden Diöceſan-Geiſtlichkeit eine Decimation erfordern, der Diöceſan kann es nicht verhindern. Der Fall kommt, daß der Biſchof auch eine Steuer von der Diöceſan-Geiſtlichkeit eines fremden Landes nöthig hat, und denn wäſcht wiederum eine Hand die andere. Der Landesfürſt macht ein Amorticationsgeſetz, daß von weltlichen Gütern nichts an dieſes, oder jenes Stift verkauft, nichts mehr auſſer einer beſtimmten Summe in die Klöſter gebracht werde; der Biſchof verfügt in ſeinem Land das nehmliche. Alles dieſes geſchieht ohne Nachtheil der deutſchen Kirchenfreyheit, indem der Hauptgrund derſelben in der unmittelbaren Abhängigkeit der Erz-Biſchöfe, und Fürſten quoad ſpiritualia von dem Pabſt und quoad ſecularia von dem Kaiſer beſtehet.

§. 1459.

Betrachtung über den Satz des Status in ſtatu &c.

Die deutſche Kirchenfreyheit verhält ſich in Anſehung des geiſtlichen und weltlichen Weſens in der nehmlichen Unabhängigkeit als die Kirche und der Staat. Von der altväteriſchen Lehre des ſtatus in ſtatu, und der eccleſiae in imperio, et imperii in eccleſia befinden ſich die Fragmente bey den Käskrämern. In den Jeſuiten-Schulen machten dieſe Sätze ſchon eine Profunditäts-Gelehrſamkeit aus. Allein Männer, die das Univerſum der Kirche, und des Staats mit einem ſchärfern Blicke durchdrungen haben, beſtimmen mit aller Gradheit, daß Kirche und Staat zwey eben ſo verſchiedene, und von einander gar nicht abhängige Gewälte haben, als Staat und Kirche zwey ihrer urſprünglichen Weſenheit nach ganz getrennte Gegenſtände ausmachen.

§. 1460.

§. 1460.

Unterſchied zwiſchen der Kirchfreyheit der Proteſtanten und Katholiken.

Die Freyheit der deutſchen Kirche wird von denen Proteſtanten auch anerkannt, in ſoweit es Gegenſtände betrift, die mit der Abhängigkeit von dem päbſtlichen Stuhl keinen Zuſammenhang, oder hierauf keinen Bezug haben. Es kommen in dem Staatsrechte der deutſchen Stifter viele Fälle vor, in welchen die Proteſtanten in Rückſicht ihrer katholiſchen Unterthanen auf gewiſſe Vorzüge der deutſchen Kirchenfreyheit auch nothwendig eine Rückſicht machen müſſen. Manchmal wird freylich von den Proteſtanten, wie von den Catholiken, wenn es über gewiſſe die Kirchenfreyheit betreffende Gegenſtände zu Colliſionen kommt, die Scheibe verfehlet; 12) allein es gibt auf beeden Seiten immer Männer die den Geſchäften die zweckmäßige Leitung zu geben wiſſen. Denn insgemein wird die Sache von den Katholiken übertrieben, und von den Proteſtanten oft aus Mangel der Kenntniſſe des katholiſchen Kirchenrechts verdorben.

§. 1461.

12) Am geradeſten unter allen äuſſert ſich der Freyherr von Senkenberg in einer beſondern Bemerkung de majeſtate imperii et libertate nationis germaniae - in Saris §. 1. in praefat. — „Inſignes ſunt Eccleſiae Germanicae libertates, eminentia ejus in ſacris jura, partim priorum temporum ignorantia, partim ex defectu in ipſa Reipublicae forma non ſatis illuſtrata, aut ad animum revocata. §. 2. Varie in hac materia hactenus erratum: a catholicis quidem; et rerum inſcitia, et adulatione, vel praejudiciis intervenientibus. Erant, qui Pontifici tribuerent omnia, quique patriam ſuam ſervam vellent: Lutherani paulo moderatiores, idem tamen agebant, ſummi Pontificis in ſacris poteſtatem nulli dubio expoſitam horrentes, omnem autem hierarchiam eccleſiaſticam a poteſtate ſeculari diſtinctam turbantes, nec imperatoris ipſis juribus, quae ſemper agnovit, agnoſcitque etiamnum Eccleſia catholica, ſe ſatis aequos praebentes. Nunquam harum omnium ſectarum placuit via, cum ita procedendum exiſtimemus, ut medium intra parum et nimium teneamus, et integra Pontificis in ſacris, ſed limitata, et concurrente majeſtate Eccleſiae Germanicae, ejusque Capiti et proceribus ſtata ſua ſint in ſacra jura; ſalva etiam toti Eccleſiae Germanicae, quae debetur, libertas.“

§. 1461.

Schriftſ. Die Schriften, welche die Materie der deutſchen Kirchenfreyheit und in gewiſſer Maaße jene deutſchen Reichsſtifter unmittelbar betreffen, ſind folgende.

Holl in ſtatiſtica eccleſiae germanicae handelt in dem 18ten Capitel de libertatibus eccleſiarum germanicarum §. 362 — 374. S. 526 — 539. hat aber ſehr wenig brauchbares.

Anonymi vindiciae libertatis eccleſiaſticae diviſ. in 2. part. *Leodii* 1630.

Nelleri (Georg. Chriſt.) Exercitium in Anecdotum trevirenſe de libertate eccleſiaſtica ab archiepiſcopo Electore trevirenſi Gl. mem. Richardo Saec. XVI. vindicata. treviris 1768.

Endres (Joan. Nep.) diſſ. iuris publici eccleſ. de vero et genuino libertatis eccleſiarum germaniae fundamento. Wirzeb. 1774.

Zallwein hat in ſeinen principiis juris eccleſ. tom. 4. dieſe Materie auch berühret. Wie weit dieſe Schriften aber in die Weſenheit der Sache ſelbſt eingedrungen ſeyn, läßt ſich aus verſchiedenen in gegenwärtiger Abhandlung befindlichen Beziehungen abnehmen.

Sieben und vierzigſtes Capitel.

Von den Verbindungen der C. G. Reichsſtifter mit andern Kirchen.

Inhalt.

§. 1462.) Einleitung. 1463.) Allgemeine Verbindung. 1464.) Mit auswärtigen Kirchen. 1465.) Mit den Proteſtantiſchen. 1466.) Und der Reichsſtifter unter ſich ſelbſt. 1467.) Auch die Domkapitel haben gleiches Recht, 1468.) ſo gar die mittelbaren Abteyen und Clöſter. 1469.) Schriften.

§. 1462.

Es gibt verſchiedene Urſachen, warum ſich die deutſchen Kirchen mit andern Kirchen verbinden. Oft iſt es nothwendig, oft nur freye Willkühr, im Hauptweſen beſtehet unter ihnen wegen dem gleichen Endzweck ihrer Stiftung, der Einheit ihrer Kirchen, und ſowohl wegen gleichen Grundſätzen, als ihrer Verfaſſung ſchon eine natürliche Verbindung. Einleitung.

Es iſt eigentlich eine zweyfache Rückſicht auf die Verbindungen der deutſchen Stifter zu nehmen, ob ſie auf das geiſtliche, oder weltliche Weſen einen Bezug haben. Im erſten Falle kommt es nur darauf an, ob es um Verbindungen der deutſchen Kirchen mit andern deutſchen Kirchen, oder der deutſchen mit Kirchen anderer Reiche, oder nur mit den Kirchen der Proteſtanten zu thun ſey. Im andern Falle beruhen die Verbindungen in den Grundſätzen des welt-

lichen Staatsrechts, wovon ſchon anderwärts die Rede war.

§. 1463.

Allgemeine Verbindung.

Man betrachte die deutſchen Kirchen, oder vielmehr die deutſchen Reichsſtifter, von denen hier die Rede iſt, nach dem Verhältniße des geiſtlichen, oder des weltlichen Staatsrechts, ſo waltet unter denſelben aus ihrem Daſeyn ſchon eine natürliche und weſentliche Verbindung ob.

In Rückſicht des geiſtlichem Weſens haben ſie an dem Pabſte nur ein, und das nehmliche Oberhaupt, einerley Religionsgrundſätze, und eben dieſelbe Gemeinſchaft.

Was das Verhältniß im Weltlichen betrift, ſo geht die ganze Verfaſſung der Stifter eben wiederum auf gleiche Gemeinheitsſätze hinaus. Unter dem Schutze des Kaiſers, und des Reichs ſtehen ſie in gleicher Abhängigkeit, und auch als Reichsſtände haben ſie größtentheils gleiche Rechte (auſſer denjenigen, welche aus der höhern Standeseigenſchaft flieſen) die nehmliche Geſetze, und eine ganz gleiche Reichsconſtitutionsmäßige Verbindung.

§. 1464.

Mit auswärtigen Kirchen.

Die Verbindungen, welche die deutſchen Kirchen mit jenen des Orients, und Occidents haben, gehören nicht hieher. Es iſt aus der allgemeinen Kirchengeſchichte bekannt, daß die Gallicaniſche Kirchen mit den deutſchen, ſowohl was die Glaubens- als Sittenlehre betrift, eine vollkommne Gleichheit forthin erhalten haben. 1) Auch die Kirchen des Orients ſind durch den Geiſt der deutſchen Kirchen belebt, und von Zeit zu Zeit mit vortreflichen Männern ver,

1) Holl ſtatiſtica eccleſ. germ. Cap. 20. P. 1. §. 436.

verſehen worden. z) Dieſe Verbindungen machen aber als zufällige Dinge keinen Gegenſtand mit dem geiſtlich- und weltlichen Staatsrechte der Stifter aus. Vielmehr kommt es auf jene Verbindungen an, welche die deutſchen Reichsſtifter unter ſich machen.

§. 1465.

Mit den Proteſtantiſchen.

Nach der rohen Schullehre einiger Accademien, auf welchem die Mönche, und Jeſuiten noch den Ton geben, wird gegen alles Begreifen, gerade zu den Proteſtanten das Recht, ihre Religionsgemeinheit eine Kirche zu nennen, abdiſputiret. Die Gründe, welche dieſe alberne Schullehre beſtärken ſollen, beſtehen ganz allein darinn, weil die Proteſtantiſche Kirche nicht unter einem Oberhaupt verſammlet iſt. Die Staatsrechtslehre beſtimmt aber, daß nicht die Verſammlung, oder die Stuffenweiſe Subordination allein die Weſenheit einer Kirche ausmache, ſondern die Vereinigung über eine von einer Nation, oder gewiſſen Völkerſchaften angenommene Glaubenslehre, welche beſonders durch öffentliche Friedensſchlüſſe und Reichsgeſetze in der Art einer Kirche beſtehen zu können verſichert wurde. Die Verbindung der allgemeinen deutſchen Kirche mit der Proteſtantiſchen iſt, was das Religionsweſen, die Abhängigkeit von dem Pabſt, und viele die Kirchenzucht betreffende Gegenſtände ganz, jedoch nur bis auf eine gütliche Uebereinkunft getrennt, aber dennoch nicht ganz aufgehoben, da die Proteſtantiſche Kirche ſowohl in Glaubens, als andern Stücken, ſelbſt in Anſehung des Corporis juris canonici catholicorum beſonders ihrer katholiſchen Unterthanen mit der Römiſch-

z) Goldhagens Religionsjournal für das J. 1779. B. 4. St. 2. Art. 4. Nachrichten von dem dermaligen Chriſtenthum in Tunquin, und andern orientaliſchen Ländern.

miſch = katholiſchen Kirche immer noch in einer Verbindung ſtehet.

Aber auch einzelne deutſche Kirchen, inſonderheit die deutſchen Stifter haben mit den Proteſtantiſchen Stiftern vorzüglich jenen, welche von gemiſchter Eigenſchaft ſind, in Anſehung des Staatsintereſſe, ihrer inneren Verfaſſung, und Statuten noch die engſte Verbindung. Der Weſtphäliſche Friedensſchluß hat dießfalls, wie ich anderwärts gezeiget, durch klare Verordnungen insbeſondere bey Oßnabrück gethan. Wie ſich die Proteſtanten in Anſehung des geiſtl. Vorbehalts bey katholiſchen Pfründen mit den Katholiken einverſtanden, wie ſie ſich wegen der Haltung der Concordaten, wegen den päbſtlichen Rechten in Betreff ihrer katholiſchen Unterthanen, und bey den Fällen des Simultanei, oder auch Verſtattung des öffentlichen und Privatgottesdienſts mit den Katholiken benommen haben, alles dieſes zuſammen gefaſſet, erweiſet die Verbindung beyder Kirchen ſehr klar. Was aber das Religions = Wiedervereinigungs-Geſchäft betrift, ſo gehöret ſolches gar nicht unter die Verbindungen des Staats, ſondern des Kirchenrechts.

§. 1466.

Und der deutſche Reichsſtifter unter ſich ſelbſt.

Hier ſchlägt eine Staatsrechtliche Frage ein: ob die deutſchen Kirchen, oder vielmehr die deutſchen Reichsſtifter berechtigt ſeyn, mit anderen Kirchen, und Stiftern über verſchiedene Gegenſtände Verbindungen zuſchlieſen, Confraternitäten zu errichten, und Vereinigungen einzugehen?

Es iſt gar kein Zweifel, daß die deutſchen Kirchen, und noch mehr die Reichsſtifter hierzu berechtiget ſind. Letztere haben dieſe Befugniſſe als Biſchöfe und geiſtliche Fürſten, welchen oblieget für das Wohl ihrer eigenen Kirchen und Stifter hierdurch

Sorge zu tragen, und auch gleiche Rückſicht auf andere Stifter zu nehmen. Sie ſind aber auch als Reichsſtände des ihnen durch Reichsgeſetze, und Friedensſchlüſſe befeſtigten Pacificationsrechts autoriſirt, zum Beſten ihrer Kirchen-Vereinigungen unter ſich, und mit andern Fürſten zu errichten.

Nur müſſen alle Verbindungen, und Vereinigungen in der Art beſchaffen ſeyn, daß ſie in geiſtlichen Sachen den Kirchengeſetzen, und der Verfaſſung, und in weltlichen Staatsſachen den Reichsgeſetzen, Verträgen, und den Herkommen, überhaupt den Rechten eines dritten nicht widerſtreben. Z. B. eine ſchon von längers her bey den deutſchen Reichsſtiftern beſtehende rechtmäßige wiewohl mehr ſtillſchweigende, und herkommliche, als eine geſetzliche Verbindung iſt dieſe, daß keine Ausländer zu deutſchen Biſchöfen von dem päbſtlichen Hof geſetzt, und von den Stiftern angenommen werden können. Im J. 1379. ſetzte Pabſt Urban an die Stelle des Biſchofs Florenz zu Münſter, den Biſchof Botho einen Böhmen. Nicht blos deswegen, daß dieſer weder die deutſche Sprache und Sitten, noch die Gebräuche des Bißthums kannte, muſte er wiederum abziehen, und nach Schwerin verſetzt werden, ſondern weil die Stifter gegen die Proviſion eines Ausländers aufgebracht waren. So gieng es 1421. auch zu Coſtanz dem Thomas Perlover einem gebornen Ungar. Auf das Bißthum Freyſingen ſetzte 1521. Pabſt Martin V. den Nicodemum de *Scala* einen Veroneſer, und das Kapitel erwählte dieſem Biſchof den Johann Grienenwalder einen natürlichen Sohn des Herzogs Johann v. Baiern entgegen. Nur nach Ueberſteigung der größten Schwierigkeiten behauptete der Pabſt ſeine Proviſion, nachdem der erwählte Johann mit der Würde eines Vi-

Vicarii generalis, und einer lebenslänglichen Penſion von ſeinem Rechte abgeſtanden war. 3)

Dieſe Art von Verbindung beruhet auf ſehr guten Gründen, ſie iſt dem Geiſt der deutſchen Verfaſſung gemäß, weil die Kaiſer, das Reich, der Reichshofrath, und die mehrſten einzelnen Reichsſtifter bey allen Gelegenheiten die Ausſchlieſung aller Ausländer behauptet haben, wenn der Päbſtliche Hof dergleichen Perſonen Canonicate, Commenden de gratia, oder Penſionen auf deutſche Stifter oder geiſtliche Ritterorden hat ertheilen wollen, oder Polen die Aufnahm polniſcher Edelleute in den deutſchen Orden verlangt hat. 4) Noch eine andere Gattung von Verbindung, war das Bündniß vom J. 1419. in welchem der Erzbiſchof von Salzburg, die Biſchöfe zu Freyſingen, Regensburg, Paſſau, Brixen, Gurk, Chiemſee, Seckau und Lavant feſtſetzten, die geiſtliche Immunität anfänglich mit Kirchenſtrafen, nachher aber mit den Waffen zu vertheidigen. 5)

Es bleibt alſo kein Zweifel übrig, daß die deutſchen Reichsſtifter gegen offenbare Eingriffe des Römiſchen Hofs entweder gegen die Annehmung einiger Bullen, oder gegen die Aufdringung der Ausländer, oder gegen ſonſtige Concordaten widrige Zumuthungen ſich nicht miteinander verbinden können. Selbſt der Emſiſche Congreß gibt einen ganz neuen Beweiß von der innerlichen Kirchenverbindung.

§. 1467.

Auch die Domkapitel haben gleiches Recht.

Verbindungen zum Beſten, und der Aufrechthaltung der Domkapituliſchen Gerechtſame finden ebenmäßig ſtatt, wenn hierdurch den Gerechtſamen des

3) Meichelbek hiſt. friſing. tom. 2. S. 195.
4) L. c. tom. 2. S. 193.
5) Linnaei jus publ. tom. 4. addit. ad lib. 6. Cap. 2. S. 15.

des Kirchenoberhaupts, des Kaiſers und Reichs, oder den juribus tertii nicht zu nahe getreten wird. Die Domkapitel ſind an und vor ſich befugt, ſich mit den Ständen der Stiftsländer zu verbinden, und zu vereinigen. Sie haben das Recht mit anderen Stiftern Confraternitäten abzuſchlieſen. Ihnen iſt unbenommen, ſelbſt mit ihrem Landesregenten in Verbindungen zu treten. Alles muß aber den juribus tertii unbeſchadet ſeyn. Beyſpiele von dergleichen Verbindungen findet man gleich bey den Hochſtiftern Eichſtätt, Augsburg, Freyſingen ꝛc. Das Erz-Domkapitel zu Maynz hat mit dem Domkapitel zu Würzburg und dem deutſchen Orden eine Confraternität ſchon längſt errichtet. Allein ſolche Verbindungen, wie die ſtatutenmäßige Ausſchlieſungen eines Reichsſtättiſchen Bürgerkinds, eines Adelichen, eines andern Reichskreiſes, eines von dem Biſchof aufgeſtellten Weihbiſchofs u. d. ſind, finden nicht ſtatt. Hievon iſt ſchon anderwärts ein mehrers gehandelt worden. Die Domkapitel können auch in geiſtlichen Sachen mit andern Stiftern Verbindungen eingehen, wo es um die Handhabung oder Nichthaltung der Concordaten, um Abſtellung päbſtlicher Eingriffe, und unbefugte Unternehmungen ihrer Stifts-Vorſteher zu thun iſt. Nur muß immer der Bedacht hierauf genommen werden, daß keinem dritten ſeine hergebrachte Rechte, Gewohnheiten, und Herkommen bekränket werde.

§. 1468.

Sogar die mittelbare Abteyen ſind berechtiget mit anderen Kirchen Verbindungen und Confraternitäten über verſchiedene Gegenſtände zu errichten; mehrere Domſtifter haben mit Klöſtern dergleichen Confraternitäten abgeſchloſſen. Z. B. 1321. errichtete Abt, und Convent der Fuldiſchen Kirche mit dem

Sogar die mittelbare Abteyen, und Clöſter.

dem Dechant und Kapitel der Kirche zu Aſchaffenburg eine Confraternität. 6) Die Mainzer Erzkirche ſchloß eine dergleichen Verbindung mit den ehemaligen dortigen Charteuſern ab. Schon im J. 1188. wurde zwiſchen dem Mainzer Erzſtiftskapitel, und den Kloſtergeiſtlichen zu S. Gallen die alte Confraternität beſtättiget. 7) Mit denen Lichtthalern errichtete das Erzſtiftskapitel ebenfalls eine ſolche Verbindung, und bald hernach mit dem Capitel zu Tour. 8) Dergleichen Fraternitäten zielten anfänglich nur auf Gemeinſchaft der Güter, wechſelſeitige Wohlthätigkeit, und öfter auch gar nur auf das Gebet ab. Allein in ſpätern Zeiten liebten die Domkapitel die Confraternitäten mit den Mönchsklöſtern nicht mehr. Sie überließen den Klöſtern, ſich ſelbſt mit einander durch die nachher entſtandene Congregationen zu verbinden; und die Confraternitäten der Domkapitel wurden größtentheils zu Begünſtigung des deutſchen Adels, der Receptionsfähigkeit, und Ahnenprobe, dann zu Ausſchließung gewiſſer ihnen verhaßten Familien, und Gemeinheiten mißbraucht, — wie Moſer ſagt nach der Trennung der Stiftscleriſey von dem Volk, wurde aus der Religion Finanz gemacht. 9) — Man kann aus nachſtehendem Concluſo caeſareo allerdings abnehmen, daß der deutſche Adel in neuern Zeiten den Congregationen der Stifter mit Klöſtern ſich ſehr widerſetzt habe.

23 dec. 1649.

Reichsritterſchaft in Schwaben Donauviertels c. den Hn. Prälaten zu Kempten de praeſ. 7. h. exponunt, was maſſen der päbſtliche Nuntius aus der Schweitz bey dem Stift Kempten, und andern

6) Gudenus tom. 3. S. 193.
7) L. c. tom. 1. S. 290 — 485.
8) L. c. S. 476.
9) Moſer über Regierung. S. 13 — 16. 17.

dern unterſchiedlichen Prälaten Ordinis Benedictini in Schwaben allerhand Neuerungen einzuführen, und ſonderlich bey obbemelten Stift Kempten wider alles Herkommen den Adel ausdringen, und andere Geiſtliche introduciren wolle; bitten ſolchemnach Ihro kaiſerliche Majeſtät ſie die Ritterſchaft beſagtes Stifts Kempten, bey ihrem alten Stand, und Herkommen conſerviren, und allen dergleichen neuerlichen Beginnen ad Exemplum Rudolphi bey Zeiten begegnen wollen apponit a. b. — In eadem obbemelte Ritterſchaft de praeſ. 17 hujus exponunt, daß allbereit mit dem Prälaten, und Stift Kempten, auch andern Schwäbiſchen Stifter, und Klöſter ſub titulo congregationis ſuevicae gehandelt, und unterſchiedene Conditionen bewilligt, und ein Eingang gemacht seyn ſolle, welcher dem Adel, und alten Herkommen hochpräjudicirlich wären app. aſcribatur dem Prälaten zu Kempten cum incluſione, daß er hierüber innerhalb 2. Monathen ſeinen ausführlichen Bericht einſchicken, auch inzwiſchen alles bey dem alten Stand, und Herkommen verbleiben, und nichts neuliches einführen laſſen ſolle.

§. 1469.

Von den Verbindungen der deutſchen Kirchen, und inſonderheit der deutſchen Reichsſtifter ſind mir keine Schriften bekannt, auſſer deme, was Holl in ſeiner Statiſtica Eccleſiae Germaniae cap. 20. de Confoederatione eccleſiae Germanicae cum aliis eccleſiis S. 608 — 617. hievon abgehandelt hat, worin ſich aber für das Staatsrecht der deutſchen Stifter nichts brauchbares vorfindet. Schriften.

Acht und vierzigſtes Capitel.

Von den geiſtlichen Gerichtshöfen der E. G. Reichsſtifter.

Inhalt.

§. 1470.) Einleitung, 1471.) heutige geiſtliche Gerichte in Deutſchland. 1472.) Von den geiſtlichen Gerichten überhaupt, 1473.) Form derſelben. 1474.) Verfahrungsart in ältern Zeiten. 1475.) Anordnung der peinlichen Gerichte. 1476.) Geiſtliche Verbrechen. 1477.) Und der Simonie insbeſondere. 1478.) Reformation der geiſtlichen Gerichte. 1479.) Von einigen insbeſondere. 1480.) Verbottener Rekurs nach Rom. 1481.) Mehrere Beyſpiele hievon. 1482.) Gerichtsbarkeit in Nullität, und 1483.) Eheſachen. 1484.) Streitige Gerichtsbarkeit, 1485.) Gerichtsbarkeit der Officialen. 1486.) Schriften.

§. 1470.

Einleitung. Mit den Gerichten, beſonders der Geiſtlichen war noch in dem 13ten Jahrhundert in Deutſchland alles ſehr verworren. Es fehlte zwar nicht daran. Bey den Gerichten der Geiſtlichen wurden nicht allein die Streitigkeiten der geiſtlichen, ſondern auch der weltlichen Perſonen abgethan. 1) Man kann es zum Theil aus denen vielen Freyheitsbriefen abnehmen, in welchen die Bürger der Reichsſtädte von der Gerichtsbarkeit der Biſchöfe befreyet wurden. Es läßt ſich aber nicht beſſer als aus der Geſchichte der

1) Straben in Decad. obſerv. jur. et hiſt. germ. obſerv. 6. de poteſtate jud. eccleſ. in cauſ. civilibus.

der Officialaten darthun, welche die weltliche Sachen in einigen Diöceſen an ſich zu ziehen, und ſogar Appellationen hierüber anzunehmen berechtigt geweſen ſind. 2)

In den Mittlern Zeiten Deutſchlands konnte es auch wohl nicht anders ſeyn, als daß die weltliche Sachen von den geiſtlichen Gerichten abgethan wurden; denn ſie waren mit geiſtlichen Perſonen, als damaligen Advokaten beſetzt. Die lateiniſche Sprache, und die Unwiſſenheit der Laien 3) hat auch ihre Anweſenheit nothwendig gemacht.

Die Kirchen hatten in ältern Zeiten auch viele und unterſchiedliche Gerichte. Eines der vornehmſten war das Sendgericht. 4) Das Chorgericht. 5) Das Kirchengericht, 6) und das Gottesgericht. 7)

Alle dieſe Gerichte fanden aber in dem 15ten Jahrhundert in Deutſchland ihr Ende. Die weltlichen Fürſten und Herren beſtellten ihre Gerichte ſelbſt, und da die geiſtliche und weltliche Streitſachen nach und nach zu ihrer Behörde gezogen wurden, 8) da man

2) Jüngſter Reichsabſchied. §. 164. — Capit. caeſar. art. 14. §. 4. Ludolf. diſſert. de jurisdict. oſſicialium in cauſis civilibus Pragmatiſche Erläuterung des J. R. A. §. 164. in Concord. nat. germ. integr. tom. 3.

3) Haltaus in gloſſ. germ. medii aevi ad vocem Lay.

4) Daher die Sendrichter, Synodalrichter, Sendherrn, Sendgeld ꝛc. Würdwein de archidioceſ. mogunt. tit. 1. S. 131.

5) Dieſes hielt der Biſchof, oder der Archidiakon in dem Chor der Domkirche. Haltaus l. c. — Biſchof Friederich zu Eichſtätt hielt 1223. ein Chorgericht in dem es hieß, nos ergo per conſenſum et conſilium chori noſtri. Falkenſtein Cod. diplom. Nordgav. S. 43.

6) In einem Stiftungsbrief vom J. 1486. bey Ritter in den Heßiſchen Nachrichten Coll. II. S. 238. heißt es: Das iſt mit Rade, und Verwilligung der Kirchen geſchworen, und alles Pfarrfolles in eym Kirchengericht.

7) Dieſes war eigentlich das peinliche Gericht.

8) Hontheim in hiſt. trevir. t. 2. S. 15. ſchreibt, daß die Stadt Coblenz. 1304. die geiſtl. und weltl. Gerichtsbarkeit des Erzbiſchofs das erſtemahl anerkannt habe.

man im deutſchen Reich ſelbſt anfieng, Reichsgerichte zu errichten, und da die deutſche Verfaſſung eine ganz andere Form und Geſtalt erhielt, ſo hatten die weltlichen Fürſten der geiſtlichen Chor- Send- und Gottesrichter-Stühle nicht mehr nothwendig. Es gieng eine gänzliche Trennung vor. Die weltlichen Fürſten, Städte und Herren behaupteten ihre Gerichte, und die geiſtlichen Fürſten die ihrige.

§. 1471.

Heutige Geiſtliche Gerichte in Deutſchland.

In denen Römiſch-katholiſchen deutſchen Ländern, und vorzüglich in den Reichsſtiftern hat man heutzutag dreyerley geiſtliche Gerichte. 1) Die Päbſtliche 2) Erzbiſchöfliche, und 3) Biſchöfliche.

a) Päbſtliche.

Die Päbſtliche Gerichte werden gegenwärtig noch durch die päbſtliche Nuntien oder Legaten beſtellt, und ſind eigentlich die ſogenannte Nunciaturgerichte. Die deutſche Nation wollte dieſe Gerichte niemals auſſer in den Fällen anerkennen, wo dem Pabſte eine Erkenntniß, oder eine Entſcheidung von wegen ſeiner oberſten Kirchenhauptlichen Gerichtsbarkeit gebührte; ſelbſt in dergleichen Fällen verlangte man, daß die Unterſuchung nicht durch die Nunciaturgerichte ſondern durch delegirte Richter in partibus vorgehen, und der Pabſt entweder ſelbſt erkennnen oder er ſoll auch durch dieſe den Ausſpruch fällen laſſen. Es iſt auch nichts natürlicher, als daß jede Nation nach ihrer Verfaſſung, und nach dem Geiſt ihrer Sitten, und Gewohnheiten beurtheilet werde. Die Nuntien hatten zu ihrem Zwecke, wegen welchen ſie nach Deutſchland geſchickt wurden, der blos dahin gienge, um die Schlüſſe des tridentiniſchen Kirchenraths vollziehen zu helfen, nicht nothwendig, Gerichtshöfe aufzuſchlagen. Man kann es auch aus den Sinn des tridentiniſchen Kirchenraths Seſſ. 24. c. 20. de reformat.

reformat. abnehmen, nach welchem denen Nuntien verbotten wurde, der biſchöflichen Gerichtsbarkeit die geringſte Störung zuzufügen. Allein daß es nicht dabey blieb, daß die Nuntien nunmehr ihre Gerichtsbarkeit geltend gemacht, und der Pabſt ſich gegen alle ihm ſchon gethanen Vorſtellungen hievon nicht wolle abbringen laſſen, iſt aus denen gegenwärtig-fürdaurenden Nuntiaturſtreitigkeiten hinlänglich ſchon dargethan worden.

Die Erzbiſchöflich-geiſtliche Gerichte in Deutschland behaupten eine dreyfache Gerichtsbarkeit und zwar 1) über ihre eigene Erzbiſchöfliche Diöceß, 2) über ihre Suffragan-Biſchöfe, und 3) über derſelben ihre Unterthanen jedoch mit gewiſſen Einſchränkungen. b) Erzbiſchöfliche.

Das dritte geiſtliche Hauptgericht iſt das Biſchöfliche, welches die Biſchöfe durch ihre Vikariate, Officien, Conſiſtorien und Officialaten verſehen laſſen. c) Biſchöfliche

§. 1472.

Alle geiſtliche Reichsſtifter ſind mit geiſtlichen Gerichten ſehr wohl verſehen. Man wählt zu den Präſidenten, und Beyſitzern dieſer Gerichte die vortreflichſten Männer der Erzdiöceſen und Bißthümer. Die geiſtliche Gerichte ſelbſt beſtehen, aus den Vikariaten, Conſiſtorien, geiſtlichen Rathscollegien, Officialaten. Nach Beſchaffenheit des Landes z. B. eines Erzſtifts, werden ſie Erzvikariate, Metropolitan-Conſiſtorien ꝛc. auſſer deme aber nur Biſchöfliche Conſiſtorien, Vikariate genannt. Es kommt zum Theil auch auf die Verfaſſung der Stiftslande an. Das Fürſtliche Stift Ellwangen, ob es ſchon kein Bißthum iſt, hingegen biſchöfliche Gerechtſame in verſchiedenen Stücken ſeiner Exemtion wegen Von den geiſtlichē Gerichtē der Stifter überhaupt.

gen affektiret, hat ein geiſtliches Rathscollegium, welches Churfürſt Schönborn zu Trier als Probſt zu Ellwangen errichtete, und an welches auch die in eccleſia exemta vorkommende Conſiſtorial-Matrimonial- und Sponſalienſachen gezogen werden.

§. 1473.

Form derſelben

Durch die erſten zehn Jahrhunderte hielt man ſich bey den geiſtlichen Gerichten weder an eine Gerichtsform noch an Sollennitäten, vielweniger an eine Ordnung. Das gute Völklein ließ eben allerorten mit ſich ſchalten, und walten; denn die Geiſtlichkeit hatte das Heft und die Gewalt in Händen. 9) Erſt nachdem die Dekretalen, und beſonders jene des P. Gregor IX. in Deutſchland aufgenommen worden, ließen ſich alle geiſtliche, und auch die weltliche Gerichtshöfe dieſe gerichtliche Proceßform gefallen. Die Deutſchen reißten ſelbſt nach Italien, um ſolche beſſer zu erlernen, und auf dieſe Weiſe erhielten alle Gerichte ein allgemeines Verfahrungsnormativ. Doch gieng die Verbeſſerung der Gerichte in den deutſchen Stiftern bis in das 17te Jahrhundert fort, und man beſſert noch gegenwärtig an denſelben; weil die geiſtliche Gerichtsverfaſſung noch zu vieles von dem päbſtlichen Rechte, von den Dekreten des Iſidors, und denen nachherigen Zuſätzen der Curialiſten an ſich hat. Wie viele Veränderungen in der Form der geiſtlichen Gerichte nur das Emſer Reſultat für nöthig gefunden hat, läßt ſich aus dem Inhalt deſſelben (§. 166.) abnehmen.

§. 1474.

Verfahrungsart in ältern Zeiten.

Die Verfahrungsart bey den geiſtlichen Gerichten in Deutſchland beſtand in dem 12ten Jahrhundert größten-

9) Vor den Zeiten des Burchardi Wormatienſis iſt wenigſtens von einer Art einer Proceßordnung nichts bekannt.

größtentheils in den Beweiſen durch Eide, und Inſtrumenten. Die geiſtlichen ſchwuren auf die Evangelien, und die weltlichen auf die Reliquien. 10) Selbſt wegen der Zeit, in welcher die geiſtlichen Gerichte gehalten wurden, waren verſchiedene Gewohnheiten angenommen. 11) Und bey jedem Gerichte gab es gewiſſe Formeln, und Gebräuche, nach denen man ſich benahm. 12) Bis man endlich nach Einführung der Dekretalen, der geſchriebenen Geſetze, und Beobachtung des Herkommens eine beſtimmte Verfahrungsart feſtſetzte.

Die Beweißart durch Eide ward bey geiſtlichen und weltlichen Gerichten forthin beybehalten, 13) daher noch ſo viele Gattungen der Eide vorhanden ſind. Nichtweniger wurden auch die Beweiſe durch Urkunden, Freyheitsbriefe, und Inſtrumenten immer mehr und ſelbſt durch die Dekretalen feſtgeſetzt, wovon man auch in der Folge nicht mehr abgieng. 14) Die mehrſten der Deutſchen geiſtlichen Gerichtshöfe haben eigene Proceßordnungen beſtimmt, die im Haupt-

10) In einer Urkunde vom J. 1257. bey Lünig R. A. Spicil. eccl. Thl. 1. S. 920. lißt man: So han wir Erzbiſchof van Cölne int Gegenwordichkeit des heiligen Evangelien geſchworen. — Wir ächte Burgermeiſter han op den heiligen geſchworm op unſe Sehlen.

11) Bey Schilter in Gloſſar. S. 251. heißt es: Es en ſol nieman chainen Aid ſwern, vor Gerichte acht Tage vor Weihennachten, und acht Tag darnach, und vierzehen Tage vor Oſtern untz ze uſgaen der Oſterwochen, und acht Tage vor Pfingſten, hinz ze uſgaen der Pfingſtwochen.

12) Als mit in die Höhe gehobenen Händen, mit Ergreifung der Hand des Richters. Gruppen deutſche Alterthümer, Heinen antiquit. germ. &c.

13) Nelleri repetit. diſcurſ. de juramento Calumniae 1758. Trier 1762. Gallade diſſ. de juram. purgat. rejectis ordaliis per SS. canones LL. ſtabilito. Heidelberg. 1758. Schmidt in diſſ. de eo, quod juſtum eſt circa religionem concernentia Heidelbergae 1774.

14) LL. Decretat. tit. 22. de fide inſtrumentorum. Dieſe geiſtliche Gerichtsformeln, enthält das Werk, unter dem Titel: liber diurnus Romanorum Pontificum a. garnerio Pariſiis 1680.

Hauptweſen zwar auf die gemeine geiſtliche und weltliche Rechte ſich beziehen, aber dennoch nach der Verfaſſung eines jeden Landes etwas beſonderes haben.

Mit den geiſtlichen Criminalgerichten nahm es in Deuſchland in dem 12ten Jahrhundert in Anſehung jener Beweißarten auch ein Ende, wodurch viele tauſend Menſchen ein Opfer des Unſinns, der Dummheit und Unwiſſenheit geworden ſind. 15) Es wird zwar allgemein behauptet, daß die Päbſte dieſe unſinnige Beweißarten niemals gebilliget hätten, ſondern ſolche, und inſonderheit die Probe mit dem kalten Waſſer ein bloßes auf Rechnung Pabſts Eugen II. geſchriebenes aber von einem Mönchen erfundenes Probſtück geweſen ſey. 16) Wenn dem mönchiſchen Unſinn nicht heutzutag Gränzen durch die vernünſtige Aufklärung geſezt worden wären, ſo würde man in manchen mit Finſterniße noch bedeckten Staate durch Exorciſmen, Erſcheinungen, und andere abergläubiſchen Gauckeleyen auf das mit der Verwegenheit der Bettelmönche in gleichem Grade ſich verhaltende dumme Volk allerley Verſuche vornehmen.

§. 1475.

Anordnung der peinliche Gerichte.

Vor dem Mittelalter von Deutſchland hatten die geiſtlichen Stifter noch keine Criminalgerichte. Die peinliche Gerichtsbarkeit über die der Kirche angehörige Leyen übten entweder die miſſi regii, oder die

15) Hieher gehören die ſogenannten judicia dei-judicia magna-Urtheile, weil man den Volk glaubbar machte, daß Gott ſelbſt das Urtheil über diejenigen ausſpreche, welche die mit ihnen angeſtellte Proben nicht aushalten könnten. Dieſe waren: 1) das glüende Eiſen 2) das wallende Waſſer. 3) Das kalte Waſſer, oder die Waſſerprobe. 4) Der Zweykampf, 5) das Brod- und Käß-Urtheil, 6) das Kreuzurtheil, 7) das Abendmahlsurtheil, 8) das Urtheil durch die Wünſchelruthe. Hol. in ſtatiſtica ecclеſ. germ. beſchreibt alle dieſe Gattungen von Beweiſen §. 388 — 391.

16) Boehmer L. V. decret. tit. 35. de purgatione vulg. §. 11.

die Grafen aus. Vielen Biſchöfen glückte es, ſich von der drückenden Gewalt derſelben loszumachen, und die peinliche Händel ihren Advokaten nach Willkühr anzuvertrauen; allein auch bey dieſer Veränderung war es den Stiftern nicht geholfen. Da die Edelleute, welche die peinliche Gerichtsbarkeit verwalteten, mehr auf ihre eigene Vortheile als auf jene der Kirche ſahen, und am Ende den Stiftern noch weit unerträglicher, als die miſſi regii waren, ſo ſuchten ſie auch dieſes Joch von ſich zu ſchütteln, und ſtellten eigene weltliche Criminalgerichte in ihren Stiftsländern auf. In gleichem Betrachte gaben ſie auch den geiſtlichen Criminalgerichten eine den canoniſchen Geſetzen mehr angemeſſene Richtung, wovon (§§. 1473. 74.) ein mehreres vorkommt.

§. 1476.

Die Lehre von den Verbrechen der Geiſtlichen gehört mehr zum Kirchen- als Staatsrecht der Stifter. Hier tritt hauptſächlich die Frage von den Verbrechen der hohen, und nicht der niedern Geiſtlichkeit ein; dann die Beſtrafung der letzteren, daß ſolche von ihren vorgeſetzten Biſchöfen geſchehe, iſt ohnehin keinem Zweifel unterworfen, und hievon habe ich im 43ten Capitel ſchon weitläuftig gehandelt. Geiſtliche Verbrechen.

Zu den geiſtlichen Verbrechen werden hauptſächlich die Ketzerey, die Apoſtaſie, das Schiſma, die Untreu, und die Simonie gerechnet. Wenn ein deutſcher geiſtlicher Reichsfürſt von der alten Religion ab- und zu einer der 2. anderen in dem Reich geſetzmäßig- beſtehenden Religionen übergeht, ſo wird es für kein geiſtliches Verbrechen gehalten, ſeine Ehre bleibt ungekränkt; Er wird aber nach der Verfaſſung der katholiſchen Stifter, und dem geiſtlichen Reſervat ſeiner Bißthümer und Pfründen ipſo facto verluſtig,

luſtig, und es bedarf weder einer Unterſuchung, noch eines Rechtsſpruches. 17) Eben dieſes tritt auch in dieſem Falle bey all- anderen geiſtlichen Perſonen überhaupt ein.

Soferne aber der Religionsabfall, die Lehre, oder Trennung auf eine dieſer beyden im Reich nicht beſtehenden 18) Religionen abziehlet, und die Ketzerey mit unterläuft, ſo findet nicht nur eine Unterſuchung des competirenden Richters nehmlich des Pabſtes, ſondern auch nebſt dem ohnehinigen Verluſt aller geiſtlichen Beneficien die Urtheilfällung und Beſtrafung ſtatt. Es kann ſogar der Fall eines doppelten Bannes nehmlich des geiſtlichen, und des weltlichen (der Reichsacht) nach den Umſtänden eintreten, wenn der Abtrünnige dem gemeinen Weſen durch ſeinen Abfall Schaden zugefüget, oder gar durch die Gewalt ſeine Sekte zu vertheidigen ſucht. Dieſe Verbrechen können wohl nicht anders, dann mixti fori ſeyn, und ſind deswegen im Geiſtlichen dem Pabſte, im Weltlichen aber dem Kaiſer und den Reichsgerichten des Erkenntnißes halber unterworfen.

Wenn der Fall von den erſten 4. obgenannten Verbrechen nicht einen unmittelbaren geiſtlichen Reichsſtand betrift, ſo ſchlägt weder der Pabſt, noch der Kaiſer Hände ein, ſondern die Sache wird durch die betreffende Erz- oder Biſchöfe abgethan. 19) Ueber-

17) Der Nahmen Ketzer, Ketzerey, darf nach der analogen Stelle des J. P. Weſtph. art. V. §. 3. unter ſchwehrer Strafe gar nicht von dieſen 3. Religionen ausgeſprochen werden.

18) Ehemals bediente man ſich des Ausdrucks der geduldeten Religionen nemlich der Evangeliſch-Lutheriſchen, und Reformirten. Allein dieſe Redensart iſt beleidigend; wer durch die Geſetze ein Recht erlangt hat: dieſer übt ſolches von Rechts und nicht von Duldungswegen aus. Das Wort, Nichtkatholik bedient man ſich katholiſcher Seits nur der Kürze wegen. Allein es lauft gegen den wahren Begrif.

19) Holl ſtatiſtica eccleſ. german. P. 1, C. 19. §. 406. S. 573 — 589.

Ueberhaupt ſind dergleichen Verbrechen bey den katholiſch, geiſtlichen Reichsſtiftern nicht mehr zu erwarten; da es ſcheint, daß die Bißthümer, und Pfründen von der katholiſchen adelichen Geiſtlichkeit überhaupt höher als die Religion geſchätzt werden.

§. 1477.

Die Simonie, welche unter den geiſtlichen Verbrechen noch heutzutag ihren Rang in praxi behauptet, wird auch nicht mehr ſo ſtreng, wie in den älteren Zeiten genommen. In dieſem Falle hat die Aufklärung einen ſtarken, und haltbaren Fortſchritt gemacht. Die Simonie in Kürze zu beſchreiben beſteht in dem Vergehen, wenn geiſtliche Benefizien und Würden nicht unentgeldlich ſondern mit einer Nebenabſicht vergeben, oder geſucht, oder erlangt werden. 20) Es erforderte ein ganzes Buch, die Simoniearten zu beſtimmen, welche in den geiſtlichen Stiftern vorkommen. Der Unterſchied zwiſchen den alten und dermaligen Zeiten beſteht in Anſehung der Simonie nur in der Verfeinerung der Nachfolge ihres großen Stifters des Simon Magus.

Und der Simonie insbeſondere.

So viel von der Simonie-Geſchichte hieher gehört, ſo iſt zu bemerken, daß ſolche in den deutſchen Stiftern im eilften Jahrhundert am ſtärkſten eingeriſſen haben, da die geiſtliche Wahlen wegen der Inveſtitur mit Ring, und Stabe ganz von den Kaiſern abhieng, und die deutſchen Fürſten wegen dieſen ſo ſehr übertriebenen Mißbrauch, und Beneficienhandel die bitterſte Klagen an den päbſtlichen Stuhl gebracht hatten. 21)

20) Wer Definitionen leſen will, kann ſolche in der diſſert. de Juramento Simoniae, Halae Magd. 1724. §. 4. finden.
21) Helmold. Chron. Slavor. L. 1. C. 28. 32. Lambertus Schaffenburgenſis. ad an. 1076.

Die Päbſte, inſonderheit Gregor VII. Martin V. und viele deutſche Biſchöffe arbeiteten der Simonie mit Nachdruck entgegen. Allein der Reiz hierzu ſchien ſo unwiederſtehlich zu ſeyn, daß ſich mancher Pabſt, und geiſtliche Fürſt doch überwältigen ließ.

Selbſt die Concilien, inſonderheit das Coſtanziſche Seſſ. 43. und das Tridentiniſche Seſſ. 24. de ref. c. 14. konnten der Simonie eben ſo wenig, als die älteren Kirchenverſammlungen 22) Meiſter werden. Der Römiſche Hof gab zu einer verfeinerten Simonieart durch ſeine Geldcontributionen ſelbſt den ſtärkſten Anlaß, und hierauf ſündigte man eben allgemein.

Von der Simonie der deutſchen Biſchöfe, und ſelbſt auch von Fällen, daß ſolche, wenn es gar zu grob und laut geſchah, geſtraft wurde, hat man von allen Bißthümern Beyſpiele.

Biſchof Herrmann zu Augsburg erkaufte 1096. die biſchöfliche Würde mit 5. Pfund Berner Münz, die er von der Stadt Bern durch ſeinen Bruder entlehnen ließ. 23)

Zu Bamberg verſchafte ſich Biſchof Herrmann 1066. das Bißthum durch beträchtliche Geldſummen. Er ward der Simonie wegen von den Biſchöfen zu Mainz und Cölln angeklagt. Gab dem Pabſt aber ſo koſtbare Geſchenke, daß er nicht nur ungeſtraft davon kam, ſondern ſo gar das Pallium noch erhielt. 24)

Bi-

22) Das Concil. zu Achen vom J. 836. C. 1. §. 5. Das Seeligenſtadter vom J. 1022. c. 22. Das Cölniſche vom J. 1536. c. 9. und das Mainzer vom J. 1549. c. 68.

23) Godeau. L. c. Thl. 19. S. 145.

24) Lambertus Schaffenburg. apud piſtor. Script. rer. germ. t. 1. S. 240. Godeau Thl. 20. S. 105. Lünig L. c. Thl. 1. S. 27.

Biſchof Carl von Coſtanz ein Markgraf von Thüringen drang ſich ſo gar ohne Wahl auf den biſchöflichen Sitz. Er ward 1071. der Simonie angeklagt, und deswegen auf das päbſtliche Verbott nicht geweyhet. Der Kaiſer nahm ſich ſeiner auf der Verſammlung zu Mainz an, und erklärte: „daß „er nichts erhalten habe. Wenn jemand von ſeinen „Bedienten einen Vergleich gemacht, dem Biſchof in „dieſen Umſtänden zu dienen, gehe es ihn den Kai„ſer nicht an, und wolle ſolches weder entſchuldigen „noch ſchelten.“ 25) Der Biſchof gab aber aus ſelbſt Erkenntniſſe das Bißthum auf. 26)

Zu Lüttich erkaufte Biſchof Olbert das Bißthum von K. Heinrich im J. 1095. durch Bezahlung einer großen Geldſumme. 27) Biſchof Alexander I. ward wegen begangener Simonie im J. 1134. von dem Kirchenrath zu Piſa auf Veranlaſſung der Domherren des Bißthums entſetzt. Heutzutag denken und handeln die Lütticher weit dultſamer; die Wahl des Grafen v. Ultremont im J. 1763. zum Biſchof, und der hierüber zu Rom entſtandene Proceß ſah mehr einem Licitationsakte, als einer biſchöflichen Wahlhandlung gleich.

Bey der zwieſpaltigen Wahl des Erzbiſchofs Sigfrids zu Mainz 1075 wurden Geſchenke, und Verſprechungen auf beeden Theilen angewendet. 28) Diether Erzbiſchof zu Mainz erkaufte ſeine Wahlſtimmen durch Geld und böſe Ränke. Der Pabſt nahm zwar bey der Beſtättigung einen Anſtand, ertheilte

25) Godeau L. c. Thl. 23. S. 118. der Pabſt und Kaiſer machten es in dieſem Falle, wie der Beamte, der in der Amtsſtube nicht weiß, und gerne geſchehen läßt, was in der Küche zwiſchen der Frau, und den Partheyen vorgeht.

26) Lünig L. c. Fortſ. Thl. 1. S. 24.

27) Godeau L. c. Thl. 24. S. 104 — 113.

28) Ioann rer. mog. tom. 1. S. 583. 607. 609. 772. Lünig L. c. Fortſ. Thl. 1. S. 27.

theilte ſie aber dennoch. Erzbiſchof Gerhard bezahlte vor ſeiner Wahl dem Bruder des påbſtlichen Legaten 200 Mark Silber; der Legat beſtåttigte 1251. den Gerhard, unerachtet er noch Jůngling war.

Die Biſchofswahl zu Regensburg im J. 972. ward ſchon von der Simonie nicht frey; denn der Biſchof Pilgrim zu Paſſau ſchreibt von dem ůber dieſe Wahl ſehr erbitterten heil. Wolfgang — unde operae pretium cenſeo, quo mittam ad Marchi comitem, cuius conſilio multa ſolet facere imperator, ut ſuggerat ei, ne per ambitionem, aut Simoniacam haereſin quemquam epiſcopalem ſinat accipere dignitatem. 29)

Ich kônnte noch viele Beyſpiele aus åltern Zeiten anfůhren; allein dieſe erweiſen ſchon genug, daß die Simonie zu allen Zeiten in den Stiftern ihre Anhånger gefunden hat, und ſie findet ſolche noch wirklich; Es geht frey zu ſagen in Deutſchland ſelten eine Wahl vor ſich, wo nicht eine Gattung von Simonie, entweder in dem Verhåltniſſe des zu wåhlenden, oder Gewåhlten, mit dem Pabſt, mit dem Kaiſer, oder einen andern bey der Wahl intereßirten Fůrſten, oder mit den wåhlenden Gliedern des Kapituls, ganz frey, und rein wird keine Wahl ſeyn. Denn fůr das erſte wåhlen Menſchen, und keine Engel, und fůr das zweyte kreuzt ſich das Intereſſe bey einer Wahl durch ſo viele Hånde, Rôck und Helfers Helfer, daß ein Wahlkanditat oft ſelbſt nicht weiß, wie er eingeflochten wird. Beſonders da man in Deutſchland die ſogenannte Simoniam confidentialem, oder confidentiae auch adoptirt hat, welche wir den Franzoſen eigentlich zu verdanken haben. Dieſe Simonieart hat zwar nur auf die kleinern Be-

29) Biographus. S. Wolfgangi bey Baſnage tom. III. P. 1. S. 120.

Beneficien ihren Bezug, 30) allein man fand die Anwendung aus der Analogie auch für die größere angemeſſen. Wie die Simonie bey den Wahlen der Stiftsregenten ſich einſchleichen könne, hab ich (§. 275.) ſchon gezeiget. Daß ſie aber bey der Collation der Dompräbenden, und anderer Beneficien oft ohne alles Bedenken ſtatt finde, daß verſchiedene Contrakte ſelbſt von dem päbſtlichen Stuhl unter verſchiedenen Vorwänden beſtättigt werden, und daß die Römiſche Curie durch ihre Taxen der Simonie in allen Betrachte ſteure, hievon kann in den Capitel der Beneficien-Pluralität ein mehreres nachgeſehen werden. Die Simonie macht heutzutag mehr einen Gegenſtand der politiſchen Staatsintrike, als eines canoniſchen Verbrechens aus; ein zur Nothwendigkeit gewordenes Conſtitutionsübel wird auch nicht mehr beſtraft; der alte Simonieeid, den man oft mit einer lächerlichen Feyerlichkeit abſchwur, gehört in den codicem legum abrogatarum; ſeit dem ſelbſt die Wahlcapitulationen mancher geiſtlichen Stiftsregenten von deme, was man vor Alters unter dem Nahmen der Simonie begrif, nicht ganz frey ſind. 31) Ueberhaupt läßt ſich von der heutigen Simoniepraxis mehr denken als ſchreiben. Titius ſchreibt 32) „die Lehrer über den Punkt der Simonie machen es ihrer „Gewohnheit nach, wie die Taſchenſpieler, die mit „leeren Worten ein Blendwerk erregen, damit man „ihnen nicht auf die Hände ſehe.“ Die weitere nicht

30) Ueber die Confidential-Simonie ſchreibt Moreau Canonicus von Lüttich: in tractatu de la Simonie cap. 8. S. 169. elle conſiſte à conerer un benefice à quelqu' un ſous le titre de reſignation ou de Collation, ſoit pour les retirer apres de ſes mains, ſoit pour en recevoir les revenues, ou un partie, ſoit pour le faire rendre a un amy, ou à un parens, qu'on deſigne a celui, à qui on le reſigne ſous cette obligation mais ſecrete.

31) Struben Nebenſt. Thl. 1. S. 88.

32) In der Probe des geiſtlichem Rechts Lb. 3. cap. 5. §. 5.

ſonderlich erbauliche Gloſſe können Wißbegierige am angezeigten Orte nachleſen; Sie ſpricht reine Wahrheiten.

§. 1478.

Reformation der geiſtlichen Gerichte. An keinem Gegenſtande ward in den deutſchen Kirchen beſtändig, und ſo vieles reformiret, als an den geiſtlichen Gerichten. Es war aber eine gute Reformation bey demjenigen ſchlechten Zuſtande nothwendig, in welchem ſich alle geiſtliche Gerichte in Deutſchland befanden. So lang die Päbſte, und ihre Nuntien die Verbeſſerung derſelben vornahmen, verſpürte man keinen Nutzen; denn dieſe wuſten ihren Verfügungen immer eine ſolche Richtung zu geben, wodurch ihr Einfluß nicht konnte beſeitigt werden. Allein die Biſchöfe fanden ſich überzeugt, daß nur ſie die Verbeſſerungen der Gerichte vornehmen müſten. In allen Stiftern machte man mit ſolchen einen Anfang, in einigen früher, in andern ſpäter, größtentheils aber im 16ten und 17ten Jahrhundert.

Zu Bamberg nahm Biſchof Georg I. 1463. eine Reformation des Conſiſtorium- oder Dekanatsgerichts vor, 33) und Biſchof Heinrich III. beſtätigte ſolche im J. 1488.

Im Bißthum Brixen wurden der geiſtlichen Gerichte, und ihrer Verbeſſerungen halber 1605. mit Erzherzog Maximilian von Oeſterreich Verträge errichtet. 34)

Zu Cölln machte Erzbiſchof Wilhelm 1357. den Anfang 35) Erzb. Theodorik brachte die geiſtliche Gerichte in eine noch beſſere Ordnung, und ließ 1448. deswegen einige Statuten verfaſſen. 36) Churfürſt

33) Lünig R. A. Spicil. eccleſ. Thl. 2. S. 60 — 72.
34) L. c. Fortſ. 3. S. 1027.
35) L. c. Thl. 1. S. 495.
36) L. c. Fortſ. 2. S. 597.

fürſt Herrmann V. nahm 1527 bis 1529. eine geiſtliche Reformation vor, 37) und Churfürſt Ernſt verbeſſerte ſie 1593. noch mehr. 38)

Zu Lüttich nahm Biſchof Johann VIII. 1446. ſchon eine Reformation der geiſtlichen Gerichte vor. 39) Allein bey der dortigen unruhigen Geiſtlichkeit wollte keine Verbeſſerung zureichen; die Gerichtsbarkeit des Officialats legte derſelben immer die größten Schwierigkeiten in Weg. Erzbiſchof Ferdinand zu Cölln, und Biſchof zu Lüttich ſah ſich 1651. genöthiget eine Translation der Tribunalien, welches die geiſtl. Gerichte betraf in gewiſſer Maße vorzunehmen, muſte aber der Stadt Lüttich, welche ſich dagegen ſetzte, nachgeben. 40)

Churfürſt Sebaſtian zu Mainz machte 1549. ſtatuta conſiſtorialia, wodurch die geiſtlichen Gerichte reformirt, und in eine Ordnung gebracht wurden. 41)

Erzbiſchof Dietrich zu Mainz beſtättigte 1488. die im Hochſtift Würzburg von Biſchof Gottfried IV. im J. 1447. vorgenommen wordene Reformation der geiſtlichen Gerichte. 42)

In den Biſthümern des Herzogthums Baiern, wie auch in denen der Oeſterreichiſchen Lande wurden in Anſehung der geiſtlichen Gerichte, und beſonders wegen Ausübung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit mehrere Receſſe, Verträge, und Concordaten errichtet, wodurch die Reformation der Gerichte immer auch einigermaſſen erzielt wurde, wie ich in dem 43. Capitel weitläuftig gezeiget habe.

 §. 1479.

37) L. c. Thl. 1. S. 667. 693.
38) L. c. Fortſ. 2. S. 149.
39) L. c. Thl. 2. S. 520.
40) Moſers Zuſätze. Thl. 3. S. 1061.
41) Lünig. l. c. Fortſ. 3. S. 521.
42) L. c. Thl. 2. S. 256.

§. 1479.

Augsburg.

Und von einigen insbeſondere.

Soviel mir aus den einzelnen Verfaſſungen der Stifter bekannt iſt, ſo hat z. B. das Hochſtift Augsburg ein Fürſtl. Conſiſtorium, und ein Officium Vicariatus, welche in gewiſſen Fällen concurrentem jurisdictionem, ſonſt aber jedes ſeine beſonders angewieſenen Stücke, und Materien hat; indeſſen bloß mit geiſtlichen geheimen und andern Räthen beſetzt iſt. Der Biſchof zu Augsburg hat auch gewiſſe Chorgerichte, deren in dem ſchwäbiſchen Bunde v. J. 1500., und 1512. gedacht wird, die aber dermal nicht viel mehr bedeuten, weil die Archidiakonatswürde alle übrige faſt in ſich begreift. 43)

Bamberg.

Das Hochſtift Bamberg hat ein Generalvicariat oder geiſtliche Regierung, die nebſt den Präſidenten und vicario generali mit einem Provicario generali, der gemeiniglich zugleich Weihbiſchof, mit dem Fiſcal, und einer unbeſtimmten Anzahl geiſtlicher Räthe beſetzt iſt, vor welchem die Geiſtlichkeit, und ihre Streitigkeiten gerichtet wird. An daſſelbe gehen die Appellationen von dem geiſtlichen Untergerichte, oder Conſiſtorium, welches in Ehe- und Teſtamentſachen richtet, von dem Ordinariat aber wird nicht an den Metropolitan, ſondern wegen der Bambergiſchen Exemtion grade zu nach Rom appelliret. 44)

Baſ-

43) Moſers Augsb. Staatsr. Cap. 8. §. 9. S. 86.
44) Hiſtoriſcher Verſuch über die geiſtliche, und weltliche Staats- und Gerichtsverfaſſung des Hochſtifts Bamberg von Schuberth. Erlangen 1790. S. 74. 75. Dieſes Buch erſchöpft dasjenige, was der Titel verſpricht, vollkommen.

Baſel.

Der Biſchof von Baſel hat ein geiſtliches Generalvikariat und ein Officialat, welches in geiſtlichen Sachen über die 11. Dekanate jenſeits, und innerhalb des Ottonsbühel (ultra et infra Ottonis colles) richtet. Die Appellationen gehen an den Metropoliten von Biſanz.

Brixen.

Auſſer dem Conſiſtorium iſt mir von keinem geiſtlichen Gericht etwas bekannt.

Chur.

Der Biſchof von Chur hat ein Conſiſtorium, und auch alle geiſtliche und weltliche Gerichtsbarkeit, in einem gewiſſen Diſtrikt der Stadt, der Hof genannt.

Conſtanz.

Das Bißthum Conſtanz hat die nehmliche geiſtliche Gerichte, wie das Hochſtift Augsburg, insbeſondere aber einen geiſtlichen Rath; worinn die ſehr ausgedehnte Gerichtsbarkeit des Conſtanziſchen Conſiſtoriums beſtehe, hat Moſer ſehr weitſchichtig angeführet. 45) Einige Canoniſten haben mehr als einmal behauptet, daß der Pabſt die Geldſtrafen bey den geiſtlichen Gerichten mißbilliget habe. Bey dem Hochſtift Conſtanz zeigt es ſich aber, daß der Pabſt Innocenz IV. im J. 1248. den Biſchof Heinrich I. wegen den von ſeinen geiſtlichen fallenden Geldſtrafen dieſe Freyheit ertheilt habe. 46)

Cölln.

45) Conſtanz. Staatsr. S. 115.

46) Ibid. L. c. ut condemnationes, ſeu paenas, quae Banalia vulgo nuncupantur, a Rectoribus, et Clericis Eccleſiarum tuae Dioeceſis, Parochianis tuis propter ipſorum delicta vel exceſſus rationabiliter impoſitas - - libere percipere ac exigere tibi liceat, Authoritate praeſentium praeſentium plenam tibi concedimus facultatem.

Cölln.

Zu den geiſtlichen Gerichten der Cöllniſchen Kirche gehören vorzüglich: 1) Die drey Generalvikarien des Biſchofs. 2) Die Erzdiakonen. 3) Die Erzprieſter, oder Landdechante.

Was immer Pontificalia, ordines, benedictio-conſecrationes &c. angehet, ſchlägt in des Vicarii Generalis in Pontificalibus (Weybiſchof) die ſogenannten actus voluntariae jurisdictionis in des Vicarii Generalis in ſpiritualibus (Generalvikarius) und alle ſtreitige Sachen in die Gerichtsbarkeit des Cöllniſchen Officials ein.

Ein anderer Theil der geiſtlichen Gerichtsbarkeit der Cöllniſchen Erzbiſchöfe gehört den 6. Erzdiakonen. 1) zu Bonn. 2) Des Metropolitanſtifts Erzdiakone ſelbſt. 3) Dem zu Xanten. 4) Zu Soeſt. 5) Zu Neuß, und 6) zu Dortmund. 47)

Ein Theil der Gerichtsbarkeit haben die Erzbiſchöfe den Erzprieſtern, oder Landdekanaten anvertraut, woher die Archidiakonate in Dekanate, oder Chriſtianitäten eingetheilet werden. Unter dieſen haben verſchiedene eine eigene, andere aber keine ſolche Gerichtsbarkeit. Den Landdekanaten in den Herzogthümern Jülich, und Berg wird aber die Gerichtsbar-

47) Wie die Geſchichte der Biſchöfe von Lüttich beſagen, in welchem Watzo, Dechant unter dem Biſchof Balderich im J. 1048 den Probſt, und Erzdiakon Johannes folgender Maßen angehet, ſi Diaconus, dic unde tibi Cognomen Archi? ſi non potes, deſine gloriari, chori epiſcopos, et Archidiaconos removit eccleſia, unde et his in praeſens, caret colonia metropolis, et tota provincia. So ergiebt ſich, daß die Erzdiakonen ſpäter in die Cöllniſche, als in die andere Kirchen gekommen, und noch gegen Mitte des XII Jahrh. allda unbekannt geweſen seyn. Doch finden ſich, in der Bonniſchen Probſtey, Urkunden von P. Innocenz II, an den Erzb. Bruno II. aus welchen man den Beſtand der Erzdiakonen im 12. Jahrh. abnehmen kann.

barkeit aus Verträgen des Vaterlandes eigends beſtättiget.

Das Officialat, oder geiſtliche Hofgericht zu Cölln iſt unter andern eines der vornehmſten Gerichten, deſſen eigentliche Geſetze in den alten Synodalſtatuten §. 258. des Erzbiſchofs Ernſt Herzogen zu Baiern enthalten ſind. 48) Die Sachen, welche für das Officialatgericht gehören, ſind die cauſae beneficiales, matrimoniales, Dotis, agnitionis prolis, Deflorationis, Teſtamentariae, uſurarum, Simoniae, praeſcriptionum, Decimarum, juris Patronatus, haereſeos, adulterii, Sacrilegii, fornicationis, excommunicationis, 49) und der Officialats-Diſtrikt geht auſſer der Stadt Cölln ſoweit, als jenſeits des Rheins das Churfürſtenthum Cölln ſich erſtreckt.

Zu den Cöllniſchen geiſtlichen Gerichten wird noch das Subdekanatsgericht in dem Bezirk des ſogenannten alten Grabens gezogen, welches alle Jahr 3 mal gehalten wird; wiewohl es mir faſt ganz ein weltliches Gericht zu ſeyn ſcheinet, wenn es ſchon dem Subdekan, als einer geiſtlichen Perſon zugehört. 50)

Eichſtätt.

Der Biſchof von Eichſtätt hält ein beſonderes geiſtliches Rathscollegium, Vikariat, und Conſiſtorium.

Ellwangen.

Stadt und Land hängt zwar von dem Biſthum Augsburg ab; allein alles, was zu der Ritterſtifts-kirche,

48) De jurisdiction. colonienſibus tract. abſol. Wetzlar. 4. 1758. §. 2. S. 3.
49) L. c. §. 3.
50) L. c. Sect. 5. S. 37. Materialien zur Staatiſtik des niederrhein- und weſtphäliſchen Kreiſes. B. 1. S. 44.

kirche, zu dem Hofſtaat, und den Dikaſterien, wie auch zu dem Amt, und Hof, Häuſern, Schlöſſern, Burgen, in ſpecie das Seminarium gehöret, macht eigentlich die eccleſiam exemtam aus, wegen welcher ein eigenes geiſtliches Rathscollegium zu Beſorgung aller geiſtlichen Angelegenheiten, und ſelbſt der Konſiſtorialſachen errichtet worden iſt.

Freyſingen.

Das Hochſtift Freyſingen hat meines Wiſſens auch ein geiſtliches Rathscollegium, und auch ein Conſiſtorium.

Fuld.

In dieſem Hochſtifte iſt ein Biſchöfliches geiſtliches Vikariat-Gericht, und ein Conſiſtorium angeordnet. Die innere Verfaſſung der biſchöflich-geiſtlichen Regierung beſtehet in ihrer auszuübenden Gerichtsbarkeit. Dieſe iſt von doppelter Art, je nachdem ſie ſich auf das geiſtliche Fach beziehet, oder blos Konſiſtorialfälle zum Gegenſtand hat, welche Einrichtung in allen geiſtlichen Stiftern von gleichem Verhältniße iſt. Das Conſiſtorium übt ſeine Gerichtsbarkeit im ganzem Lande auch hie und da, im benachbarten Ritterſchaftlichen aus. 51)

Hildesheim.

Die geiſtliche Gerichtsbarkeit über die katholiſche Eingeſeſſene verwaltet das biſchöfliche Officialat. Für die Evangeliſchen Unterthanen iſt das im Weſtphäliſchen Friedensſchluſſe gegründete Landesconſiſtorium verordnet, und durch die Conſiſtorial-Receſſe von 1651. und 1711. und andere Verhandlungen in Bezug auf das größere Stift eingerichtet worden. Die

51) Thomas: Syſtem aller fuldiſchen Privatrechte Thl. 3. §. 593. 94—95.

Der biſchöfliche Regierungskanzler, oder in deſſelben Abweſenheit, ein fürſtlicher Rath, wohnet demſelben im Nahmen des Landesherrn bey, und hat die erſte Stelle und Stimme, darf ſich aber keinen Conſiſtorialpräſidenten nennen, und ſeine Stimme iſt in gewiſſen Fällen, darinn er wegen des Unterſchieds der Religion kein Richter ſeyn kann, eingeſchränkt.

Lüttich.

Der Biſchof zu Lüttich hat ein geiſtliches Rathscollegium, und Conſiſtorium, und nebſt dieſem auch ein Officialat, welches letztere ein beſonderes Auditorium hat, welches durch den Stadthalter des Fürſtbiſchofs der eigentlich mit der Würde des biſchöflichen Officials begabt iſt, beſtellet wird. Dieſer Official hat das Recht über alle Sachen zu richten, wie der Biſchof, nur einige Stücke ſind hievon ausgenommen, und dem Biſchofe alleine vorbehalten. Die Appellation geht daher in jenen Erkenntniſſen, die der Official gefället hat, nicht an den Biſchof, ſondern an des Biſchofs oberſten Richter. Betreffen ſie weltliche Sachen, ſo iſt die Gerichtsbarkeit der höchſten Reichsgerichte, in geiſtlichen aber die Päbſtliche fundiret. Von den Gerechtſamen des Lüttichiſchen Officials hab ich (§. 691.) gehandelt, und beſonders von den Beſchwerden, welche ſich gegen dieſe Gerichtſtelle ergeben haben, worüber ſchon ſehr vieles 51) ohne Nutzen geſchrieben worden iſt.

Mainz.

Zu Beſorgung der Erz- und Biſchöflichen Obliegenheiten hat ein Churfürſt zu Mainz verſchiedene geiſtliche Collegia. Das höchſte iſt das Generalvikariat. Selbiges hat zum Chef den Erzbiſchöflichen Vi-

52) De Ludolf narratio hiſtoricae de juriſdictione leodienſis officialis leodii 1738. 4. Moſers Staatsrecht. Thl. 4. S. 18. ꝛc.

Vicarium generalem in ſpiritualibus, welcher jedesmal ein Capitular iſt. Darauf folget der Weyhbiſchof (ſo zugleich Biſchof in partibus infidelium iſt,) und der pro vicarius in ſpiritualibus, wozu ein Theolog vom bürgerlichen Stande genommen wird. Die übrige Glieder beſtehen aus einen Protonotario metropolitanae, und officiali, einem Siegler, fiſcalis major, und mehr andern geiſtlichen Räthen, und Vicariatsaſſeſſoren. 53) Alle geiſtliche Räthe ſind geiſtlichen Standes; nur die Vicariatsaſſeſſorn ſind mit weltlichen vermiſchet. Ausserdem hat Churmainz noch 3. Erzbiſchöfliche Commiſſariate in Amöneburg, Aſchaffenburg, und Frizlar, deren ein jedes einen vorſitzenden Commiſſarium geiſtlichen Standes, und ſonach weltlich- und geiſtliche Beyſitzer hat. 54)

Münſter.

Der Biſchof zu Münſter hat ſeine geiſtlichen Collegien, wie ein anderer Biſchof; hingegen aber auch einen Officialen in Münſter, mit welchem es die nehmliche Verhältniſſe, wie mit jenen zu Lüttich hat. Die Appellationen giengen vorzüglich im 16ten Jahrhundert von den Officialen zu Münſter und Lüttich häufig an den Official nach Cölln, und ſonach an den Pabſt. Allein dieſem Unfug ward theils durch die Beſchwerden der deutſchen Nation, theils durch die Reichsgeſetze, und Reichsgerichtliche Entſcheidungen ein Ende gemacht. Es kommt immer darauf an, ob die von den Official entſchiedene Sache geiſtlich- oder weltlich ſey. Im letztern Falle hat kein

53) Im J. 1422. hat der Päbſtliche Legat noch wegen des Generalvicarius, Officials, Fiſcals ꝛc. und der geiſtlichen Commiſſarien Verordnungen zu Mainz gemacht. Allein dermal hat der Pabſt dem Erzbiſchofe hierinnfalls auſſer in Streitfällen nichts mehr zu ſagen. Ludwigs reliq. MS. tom. 11. S. 391

54) Moſer Mainziſches Staatsrecht. S. 213.

kein Rekurs an ein geiſtliches Gericht, ſondern an die höchſten Reichsgerichte allein ſtatt. 55)

Oßnabrück.

In dem Bißthum Oßnabrück hat das Biſchöfliche Officialat in bürgerlichen Sachen jurisdictionem concurrentem mit der Kanzley, in Anſehung der katholiſchen Kirchenſachen aber mit den Archidiakonis, von welchen an den Official appelliret werden kann. Lehen- Criminal- Mark- und Jagdſachen gehören nicht für den Official. Das fürſtlich- lutheriſche Land-Conſiſtorium beſteht aus einem weltlichen Präſidenten, und zwey geiſtlichen Räthen.

Paderborn.

Das Bißthum Paderborn iſt mit einem Generalvicariat, und einem Officialat verſehen.

Paſſau.

Der Biſchof zu Paſſau hat wie Augsburg, ſein geiſtliches Vikariat, einen geiſtlichen Rath, und Conſiſtorium.

Regensburg.

In gleicher Art iſt es auch in dem Bißthum Regensburg beſtellt.

Salzburg.

Das Metropolitan-Conſiſtorium macht in dem Erzſtift Salzburg das vornehmſte geiſtliche Gericht aus; das Erzſtift hat 3. Generalvicariate nehmlich das von Salzburg, Steurmark, und von Kärnden, welche wiederum in Archidiakonats- und Dekanatsbezirke abgetheilet werden. Die Generalvicariate, und die Archidiakonate ſind an eine gewiſſe Zahl, und

55) Moſers Staatsr. L. c. S. 19 — 56.

und Ort nicht geheftet, und hangen ganz von dem Ermeſſen der Erzbiſchöfe ab. Z. E. bey der Errichtung des Bißthums Gurk wuchs den Biſchöfen daſelbſt die Obliegenheit zu, daß ſie in der ganzen Salzburgiſchen Diöceß ſich als Vicarii der Erzbiſchöfe gebrauchen laſſen müſſen, und bey Errichtung des regulirten Domſtifts in Salzburg, erhielt der Domprobſt von dem Erzbiſchof Conrad I. die Stelle eines Archidiakons mit wirklicher Jurisdiction, allein alles dieſes änderte ſich wiederum; die Erzbiſchöfe hoben das Gurkiſche Vikariat wiederum auf. Die Erzbiſchöfe übten die volle Beſtellungsfreyheit aus, und alle Suffragan-Biſchöfe ſind ſchuldig auf Erfordern der Erzbiſchöfe in Sachen, die Ordinis Epiſcopalis ſind, ſie zu vertreten. Selbſt das Archidiakonat des Domprobſts gieng von ſeiner erſten Eigenſchaft ab, und in eine bloſe Ehrenſtelle, oder Titel über, nachdem die Erzbiſchöfe einen eigenen Vicarium generalem, et officialem curiae archiepiſcopalis aufſtellten, ſolchen ſtets an ihrer Seite hielten, und mit der Zeit nehmlich im 16ten Jahrhundert, dieſe Würde, die ehemals ein einzelner führte, auf ein förmliches aus mehrern Mitgliedern zuſammengeſeztes Collegium, oder Konſiſtorium übertrugen, welches nicht nur die Diöceſan, ſondern auch die von dem Suffraganen dahin kommende Appellationen, und andere Metropolitan-Geſchäfte beſorget. 56)

Speyer.

Der Biſchof zu Speyer hält ein ordentliches Vikariatgericht zu Speyer, und ein vollſtändiges geiſtliches Rathscollegium in ſeiner Reſidenzſtadt zu Bruchſal.

Straßburg.

In gleichem Verhältniſſe mit Speyer ſtehen auch die Biſchöflich-Straßburgiſchen Gerichte.

Trient.

56) Nachrichten von Juvavien, §. 236. 238. S. 294.

Trient.

Dieſes Bißthum hatte ehemals ein Conſiſtorium; nun iſt ſolches wiederum aufgehoben, und ein Generalvicariat angeordnet worden.

Trier.

Das Erzſtift Trier hat von vielen Jahrhunderten her zwey Officialate, eins zu Trier fürs Obere, und eines zu Coblenz für das Niedere Erzſtift. In einem Bündniß vom J. 1501. zwiſchen der Trieriſchen Ritterſchaft, und den Städten wird das Erzſtift in dieſe zwey Officialate eingetheilt, mit dem Ausdruck ꝛc. die im obern Officialat geſeſſene ꝛc. die im niedern Officialat ꝛc. Die Urſach, warum dieſe zwey Officialate errichtet worden, beſteht darin; weil das ganze Erzſtift, ſo ſich von der Maas an der Moſel hinunter, über den Weſterwald, bis über Wetzlar hinaus erſtrecket; allzu weitläufig iſt, um von einem Conſiſtorio, ſowohl in Sachen voluntariae als contentioſae jurisdictionis Recht zu empfangen.

Das Conſiſtorium zu Trier beſtehet aus einem Praeſide, Officialen, Siegler, und dreyen Aſſeſſorn, die alle weltgeiſtlichen Standes ſind. Dieſes geiſtliche Dikaſterium verſieht nicht allein die zum Generalvikariat, und ordentlichen Officialat gehörige Geſchäfte, ſondern vertritt auch zugleich den Officialatum metropoliticum: das iſt: die aus denen drey Bißthümern Metz, Toul, und *Verdun* an den Trieriſchen Metropoliten gelangende Appellationen werden daſelbſt als dem (reſpectu dieſer) zweyten Inſtanz Richter abgeurtheilt.

Das Conſiſtorium zu Coblenz iſt mit einem Officialats-Kommiſſar, als Präſidenten, einem Siegler, und 3. geiſtlichen Beyſitzern beſtellt. Deſſen Jurisdiction in geiſtlichen Sachen erſtrecket ſich ſowohl

in vicarialibus als contentioſis durch das ganze niedere Erzſtift, wie des Trieriſchen ſeine durch das ganze obere. Unter dieſen beyden iſt der Unterſchied, daß in geiſtlichen Sachen vom Coblenzer Officialat, oder Conſiſtorio an das Trieriſche appellirt wird; von dieſem gelangen ſo fort in geiſtlichen Sachen die Berufung an die påbſtliche Nuntiatur zu Cölln, ſodann endlich auf Rom. Was aber die weltlichen bey beyden Officialaten abgeurtheilten Sachen anlangt, ſo wird von jedem derſelben unmittelbar an das Churfürſtliche Hofgericht zu Coblenz provociret.

Was für eine Juriſdiction die beyden Trieriſchen Officialaten in åltern Zeiten ausgeübt hatten, hievon laſſen ſich bey Ludolff, 57) und Moſer 58) inſonderheit aber bey Deel 59) umſtåndliche Nachrichten antreffen. Das ſonderbarſte bey einer Gattung der Officialatiſchen Juriſdiction iſt dieſes, daß die Trieriſchen Officiale vermög uraltem Herkommen die Reichsunmittelbare auch Fürſten und Grafen auf Inſtanz eines theils mit Arreſten in Civilſachen für ſich laden können. Allein, daß dieſe Vorrechte, ſo wie die weitere von Carl IV. 1376. erhaltene z. B. wenn ein von den Officialaten exkommunicirter über Jahr und Tag in dieſem Bann verharren würde, als wie ein Reichsgeåchteter anzuſehen ſey, dürften unter die Ueberbleibſel unſerer alten Reichsverfaſſung gerechnet werden, und haben keine Anwendung mehr.

Worms.

Dieſes Bißthum hat ein biſchöfliches Vikariat, welches aus einem Generalvikarius, Officialen, und geiſtlichen Råthen beſtehet.

Würz-

57) Diſſ. de jurisdictione Officialium &c. vol. I. obſervat. S. 309.

58) Trieriſches Staatsrecht. S. 202.

59) In ſeiner diſſertat. de jurisdict. th. 12. §. 13. dieſer nennet der Trieriſchen Officialaten Gerechtſame, Privilegium.

Wirzburg.

Der Biſchof zu Wirzburg hat eine ordentliche geiſtliche Regierung, welcher blos allein dasjenige, was auf die biſchöfliche Gerichtsbarkeit ſich beziehet, beſorget, nebſt deme ein geiſtliches Vikariat, welches die Streitigkeiten, ſo gottesdienſtliche Perſonen, und Sachen angehen richtet, und überdies hin noch ein Conſiſtorium, welches die Eheſachen abmacht.

Ueberhaupt ſind die geiſtlichen Gerichtshöfe faſt in allen Stiftern auf einen, und den nehmlichen Fuß geſtellt. Nur die Größe eines Erz- und Hochſtifts zeigt gegen ein kleines den Unterſchied.

§. 1480.

Es würde ein eigenes Buch erfordert, wenn man die große Weiterungen genau beſchreiben wollte, welche durch die von den Stiftern an den Römiſchen Hof genommene Rekurſe nach Verſchiedenheit der Gegenſtände veranlaßt worden. So lang die Stifter noch nicht mit eigenen Gerichtshöfen verſehen waren, mußte man die Unbequemlichkeit, welche aus den Römiſchen Rekurſen folgten, als ein nothwendiges Uebel ertragen, welchem ſelbſt die Deutſche Reichsverfaſſung vor dem Weſtphäliſchen Friedensſchluſſe ihrer Wandelbarkeit wegen; nicht zu Hülfe kommen konnte.

Verbotener Rekurs nach Rom.

Indeſſen ergiebt ſich faſt aus allen Rekursfällen, daß eine Sache, ſo bald ſie durch einen auſſerordentlichen Abſprung, oder durch die Intrik, oder durch Nebenabſichten nach Rom geſpielt wurde, in eine ſolche Verwirrung gerieth, daß Geſetze und Rechtsordnungen unterliegen, und ſelbſt die Sache ohne Entſcheidung bleiben mußte, wenn ſich nicht die Politik als Schiedsrichterin darſtellte. Man kam dieſem Unweſen zwar durch die kaiſerliche Wahlkapitu-

lation zu Hülſe. Nichtsdeſtoweniger ſchleichen ſich doch eine Menge der Rekursfälle ein, die oft der beſten Sache eine ſolche unheilbare Wunde ſchlugen, welche die Reichsgerichte, beſonders wenn ſie derſelben erſt ſpät gewahr wurden, zu heilen kaum mehr im Standſ waren. Beyſpiele dieſer Art habe ich (§§. 747 — 751.) gezeigt, beſonders giengen dergleichen unerlaubte Rekurſe nach Rom in den innerlichen Angelegenheiten der Stiftsverfaſſung öfter vor, welche den Reichsgerichten manchmal nach Jahrhunderten erſt bekannt wurden. §. 747. Man ſah es in der Exemtionsſache des Lorchiſchen Erzbißthums als gar nichts neues an, daß man bey dem römiſchen Hof poſt tres conformes Sententias noch eine correctoriam erlangen konnte. 60) Ein anderes Beyſpiel dieſer Art habe ich (§. 753.) gezeigt, in welchem ſich ein offenbar nachtheiliger Jurisdictionskonflikt zum Abbruch der kaiſerlichen Gerichtsbarkeit darſtellte.

§. 1481.

Mehrere Beyſpiele hievon.

Die höchſten Reichsgerichte, und inſonderheit der Reichshofrath haben zwar durch ihr ſtandhaftes Benehmen den Römiſchen Rekurſen ſtandhaften Einhalt gethan, und beſonders die Domkapitel, weil der Unfug in Temporalſachen zu weit getrieben wurde, in die reichsgeſetzmäßige Gränzen des ordentlichen Gerichtszugs gewieſen. Zur Erläuterung dieſes wichtigen Gegenſtandes habe ich die merkwürdigſten Beyſpiele geſammelt; um hieraus auch zu zeigen, wie weit nach Verſchiedenheit der Fälle hierinn gefehlet, und die kaiſerliche, oft auch die biſchöfliche Gerichtsbarkeit eluſoriſch gemacht worden; denn nur Beyſpiele können in deutſchen Staatsſachen die Feſtigkeit der Geſetze beweiſen.

Aug-

60) Schweder theatr. praetenſ. edit. Glafej. S. 873.

Augsburg.

In Sachen: zu Augsburg Domſtift contra den Freyherrn von Kettler puncto illiciti recurſus ad Curiam romanam erkannte der Reichshofrath den 1ten Oct. 1777. ein Dekret an beſagten von Kettler dahin: „Ihro Kaiſerl. Maj. hätten erſehen, was derſelbe für eine vermeinte Proviſionem apoſtolicam „erhalten zu haben vorgebe, auch wie er ſolche durch „einen Rekurs ad Curiam romanam durchzuſetzen „ſich reſpective angemaßet, und vorgenommen ha„be. Da nun aber ſothanes Beginnen, gegen die „Concordata Nationis germanicae anliefe, als wer„de demſelben hiemit ſub Comminatione excitationis „fiſcalis alles Ernſtes anbefohlen, das Domkapitul „zu Augsburg in Begebung der bey dieſem in ſei„nen Monaten ſich erledigenden Präbenden, eben „ſo, wie den von Welden in dem Beſitz, des auf „den Sterbfall des Herrn Cardinals, und Fürſtbi„ſchofen zu Conſtanz, erlangten Canonicats nicht „zu ſtören, ſohin ſich von allem Gebrauch derer des„falls erhaltenen päbſtlichen Bullen zu enthalten, „und von dem nach Rom genommenen Rekurs gänz„lich abzuſtehen."

2) Wurde dem Domkapitul zu Augsburg reſcribirt: „gleichwie Ihro Kaiſerl. Maj. allerdings „approbirten, daß daſſelbe den von Welden in dem „Beſitz der in einem Capitulsmonat erledigten, und „demſelben darauf ertheilten Präbenden eingeſetzt; „alſo habe das Capitul ermelten von Welden bey „ſothanen Beſitz ferner zu ſchützen, und dagegen „keine etwa einlangende römiſche Erkenntniſſe an„zunehmen, noch durch ſolche ſich irre machen zu „laſſen. 61)

61) Moſers Zuſätz z. neuen Staatsrecht. B. 1. S. 640.

Brixen.

Den 28ten Nov. 1780. ward in Sachen des Domkapitels zu Brixen contra den päbſtlichen Proviſum von Egglhof, der in einer Concordatenſache nach Rom ergriffene Rekurs von dem Reichshofrath verworfen. 62)

Cölln.

Die Rekursſachen der Canonicorum Schmidts und Stöve zu Fechte primarias preces betreffend gehört zwar eigentlich nicht hieher, weil das Stift nicht unmittelbar iſt, allein der Fall, da der Churfürſt zu Cölln als Biſchof zu Münſter auftrat, ſcheint unter allen Fällen auch von darum der wichtigſte zu ſeyn, weil der in dieſer Präciſtenſache nach Rom ergriffene Rekurs den 25ten Oct. 1735. als inkompetent, Reichskonſtitutionswidrig, und als äuſſerſt vermeſſen authoritate caeſarea kaſſirt, vernichtet, beyden Canonicis dieſe Verwegenheit in kaiſerlichen Ungnaden verwieſen, und ihnen aufgetragen worden bey Straf 10 Mark löthigen Golds dieſem Rekurs ohne einzige Widerrede excitato hinc inſuper fiſcali imperiali ſchriftlich zu renunciren. 63)

Ein gleiches geſchah von dem Reichshofrath den 28ten Nov. 1763. in cauſa penſionis et recurſus des beklagten Franz Joſephs *Degrane*, welcher ſich angemaßt hatte eine jährliche Penſion auf eine reſignirte Präbende zu Cölln höchſtſtrafbarerweis zu konſtituiren. 64)

Ein ähnliches Concluſum erfolgte vom Reichshofrath den 20ten Auguſt 1770. in Sachen: zu Olpe Burgermeiſter und Rath contra Engelhart puncto juris

62) L. c. S. 642.
63) L. c. S. 248.
64) L. c. S. 635.

juris patronatus Laici wegen einer zu Rom erhaltenenen Bulla ſubrogationis, und darüber erfochtenen Sententiae rotalis, auch erlangten Executorialien. 65)

Den 12ten Dec. 1771. erkannte der Reichshofrath ein kaiſerl. Dekret puncto illiciti recurſus ad Curiam romanam in Sachen: *Parmentier* contra den Profeſſor Dekert zu Cölln, als indultarium pontificium. 66)

1771. Den 8ten März verwarf der Reichshofrath in Sachen: zu Cölln Burgermeiſter und Rath contra den Erzſtiftcölniſchen geiſtlichen Hofrichter, und das Stift zu St. Apoſteln puncto banni eccleſiaſtici contra cives nulliter relaxati die aus einer gar nicht anwendlichen päbſtlichen Bull gegen die ſtättiſche Gewaltrichter verhängte Excommunication, und befahl dem Churfürſten die Aufhebung derſelben.

1778. Erkannte der Reichshofrath in Sachen Rhein contra Heytinſen ein Dekret an den Proviſum pontificium, wegen Abſtehung von einer nichtig à curia romana erhaltenen reſignation.

Desgleichen ward in Sachen Engelbert contra Dechant, und Scolaſter ad SS. Apoſtolos zu Cölln, in einer Stiftungsſache der Rekurs ad Curiam romanam von dem Reichshofrath verwieſen. 67)

Conſtanz.

Den 23ten Auguſt 1653. erkannte der Kaiſer an den Domdechant zu Conſtanz ein Reſcript puncto des in der papuſiſchen Schuldſache an den päbſtlichen Nuntius zu Lucern genommenen Rekurſes. 68)

65) L. c. S. 750.
66) L. c. S. 638.
67) L. c. S. 641.
68) Maders Samml. reichsgerichtl. Erkennt. Thl. 13. S. 317.

1748. Verhinderte der Kaiſer in Sachen zu Conſtanz Biſchof, und Fürſt contra das Kloſter Reichenau durch ein Schreiben an den Conprotectorem Germaniae zu Rom, daß auch wegen einem gütlichen Vergleich inter partes nichts bey den Römiſchen Tribunalien zur Propoſition komme, was den kaiſerlichen allerhöchſten Gerechtſamen einigen Nachtheil bringen könnte. „Allein Ihro kaiſerl. Maj. „ſeyen ein für allemal auſſer Stande, dieſe Dero „kaiſerl. und Reichslehen betreffende Sache, es ſey „auf gût oder rechtliche Weis, von allerhöchſt Dero „alleinigen Einſicht, und Erkanntniß abziehen zu „laſſen. Der renitirenden Mönchen Schuldigkeit „ſeye allerdings, ihre etwa habende Beſchwerden dem „Herrn Biſchofen als ihrem Ordinario, und Abten „in geziemender Ehrerbietigkeit vorzulegen. Wann „dieſes geſchehen ſey, ſo würde ihnen quoad tem„poralia die unpartheyiſche Juſtitz unfehlbar admi„niſtrirt werden, annebſt in die Spiritualia Ihro Kai„ſerl. Maj. ihrer vorhin gethanenen allergerechteſten „Deklaration gemäß nicht allein ſich keineswegs ein„miſchen, ſondern dieſe von ſelbſten gehörigen Orts „verweiſen. 69)

In Sachen Salmansweil contra Coſtanz, puncto evocationis ſubditorum, et illiciti recurſus ad curiam romanam erkannte der Reichshofrath den 6ten Apr. 1770. ſo viel die eingeklagte evocationem ſubditorum, und den ſowohl diesfalls, als puncto exigendi rationes ab adminiſtratoribus bonorum temporalium et in adminiſtratione delinquentes animadvertendi, eosque ad reliqua ſolvendum per Cenſuras eccleſiaſticas, aut per mulctas pecuniarias cogendi, aut illos removendi nach Rom genommenen

69) Vollſt. Samml. von actis publicis unter Kaiſer Franz. Th. 85. S. 255.

menen Rekurs betrift gegen Conſtanz ein Mandatum S. C. 70)

Deutſchorden.

Welche große Weiterungen die Rechtsſache Deutſchorden contra von Eyb nach ſich gezogen hat, iſt aus den 3. an den Kaiſer den 29ten May 1770 erſtatteten reichshofräthlichen Gutachten 1) illiciti recurſus ad curiam romanam. 2) Wegen der von dem Freyherrn von Lehrbach unternommenen Gewaltthaten, und dann 3) wegen des inkompetenter an die Churbairiſche Gerichtsſtellen genommenen Abſprungs ex actis publicis 71) ohnehin ſattſam bekannt.

Lüttich.

In Sachen Martini contra Walthour verfügte der Reichshofrath an letztern ein Dekret d. J. ut in poſterum ab omni recurſu ad Curiam romanam in hac cauſa (eine Präbend betreffend) abſtineat ſub comminatione ſeveriorum ordinationum caeſarearum. 72)

Ein gleiches ergieng von dem Reichshofrath den 9ten Nov. 1778. in Sachen de Fays contra Dumbris puncto illiciti recurſus ad Curiam romanam. 73)

In der bekannten äuſſerſt wichtigen Lüttichiſchen Rekursſache die Probſtey Hanſinne betreffend kam es in Ruckſicht der päbſtlichen, und andern Proviſionen nicht nur zu verſchiedenen Jurisdictions-Colliſionen, ſondern auch hauptſächlich auf die Frage an: ob

70) Moſer L. c. B. 1. S. 638.
71) Moſers Staatshandbuch Thl. 2. S. 374. deſſen neueſter Zuſtand des deutſchen Staatsr. S. 164. neue Staatskanzley Thl. 23. S. 255. Thl. 24. 229. Thl. 25. S. 322.
72) Moſers Zuſätze. B. 1. S. 639.
73) L. c. S. 641.

ob dem kaiſerlichen Reichshofrath in Sachen, welche die Concordaten mit dem päbſtlichen Stuhl, und deren Verletzung betreffen, mit Ausſchluß des kaiſerl. und Reichscammergerichts, allein die höchſte Gerichtsbarkeit zuſtehe, und ob das Recht dieſe Pfründ zu vergeben dem Pabſt nach einem beſtändigen Herkommen gebühre? 73)

Münſter.

1749. Ward durch ein Reichshofräthliches Erkenntniß in Sachen *Rave* nachmals Fortenbeck contra Heerde puncto manutenentiae in praebenda canonicali der Rekurs nach Rom als höchſtſträflich dem Heerde verwieſen, und unter der Temporalien Sperr ſich deſſen zu enthalten, durch ein Reichshofräthliches Dekret befohlen.

Auf gleiche Art ergieng es auch dem von Droſte, wegen ſeines puncto juris patronatus laici im J. 1771. nach Rom ergriffenen recurſus. 75)

Oßnabrück.

In Sachen: von Werde zu Meſchede Freyherr contra von Morſey ꝛc. reſolvirte der Reichshofrath den 13ten Mart. 1770. unter anderm ein Dekret an den von Werde: „Jhro kaiſerliche Maj. „hätten erſehen, was derſelbe für eine vermeintli„che Proviſionem apoſtolicam nicht nur erhalten, ſon„dern auch, ſolche durch ſeinen Rekurs ad Curiam romanam durchzuſetzen, ſich anmaſſe. Wie nun „aber ſolches Beginnen gegen die Concordata Na„tionis Germanicae anlieſe; alſo werde demſelben „hiemit alles Ernſtes anbefohlen, den von Morſey „in dem Beſitz ſeiner Präbende nicht zu ſtöhren, „ſich von allem Gebrauch der diesfalls erhaltenen „päbſt-

74) Reus deutſche Staatskanzeley. Thl. 1. S. 113.
75) Moſer L. c. B. 1. S. 638. 756.

„päbſtlichen Bullen zu enthalten, und von dem nach „Rom genommenen Rekurs gänzlich abzuſtehen. 76)

Salzburg.

Was für eine Meinung man gegen Salzburg in der lorchiſchen Exemtionsſache geführet habe, iſt (§. 1479.) ſchon angezeigt worden.

Speyer.

Die wichtige Frage: quaenam in caſu, ſi Curia romana cauſam ad Curiam metropoliticam remittere noluerit, ſedpotius Decanum ad litem ante factam Romae reſtitutionem Romae conteſtandam voluerit adigere, ſuppeterent remedia? kam in der ſehr wichtigen ſpeyriſchen Domdechantſache im J. 1764. zum Vorwurf, und das reſponſum der Göttingiſchen Juriſten Fakultät fiel dahin aus, „daß der „Kaiſer ſeine Autorität zu Schützung der katholiſchen „Kirchenfreyheit bey dem päbſtlichen Stuhl in dieſer „Sache interponiren, und auch das Capitul zu „Speyer zur Abſtehung von dem an den päbſtlichen „Hof genommenen Rekurs mit Exekutiviſchen Zwangs„mitteln anhalten ſolle; wie auch mit Recht geſche„hen, wenn der beleidigte Domdechant diesfalls nicht „nur Hilfe von dem ganzen Reich, ſondern auch ins„beſondere von den Churfürſten Hilf und Beyſtand „begehre.“ 77)

Aus dieſen und dergleichen Beyſpielen läßt ſich nun ziemlich abnehmen, daß ſich der Kaiſer, und die Reichsgerichte alle Mühe gegeben haben, die Rekurſe nach Rom abzuſchneiden. Kaiſer Maximilian befahl ſchon ao. 1505. dem Domkapitel zu Trier, daß es den Grafen von Viernburg in cauſa civili nicht zu Rom belangen ſolle; 78) allein es blieb eben

76) Deſſen Staatshandbuch. Thl. 1. S. 423.
77) Pütters auserleſene Rechtsfälle B. 1. S. 314.
78) Hontheim Hiſt. trev. tom. 2. S. 573.

eben nicht dabey, bis dieſer Ausſchweifung durch die Wahlkapitulation, reichsrichterliche Verfügungen, und Strafgeſetze vorgebeuget wurde; nichts deſtoweniger kommen bis auf dieſe Stunde noch Rekursfälle von dieſer Art vor.

§. 1482.

Gerichtsbarkeit in Nullität, und

Ehedeſſen wurde ſehr ſtark geſtritten, 79) ob die Gerichtsbarkeit der Reichsgerichte in eccleſiaſticis, wann Nullitäten begangen worden, begründet ſeyen, oder nicht? ſeit dem Weſtphäliſchen Frieden bezieht ſich ſelbes blos auf die Evangeliſche, keineswegs aber die katholiſche Gerichte, derer geiſtliche Sachen ohne weiters bey ihren geiſtlichen Gerichtshöfen, in Berufungsfällen aber entweder von dem Metropolitan, oder dem Römiſchen ſelbſt müſſen abgethan werden.

§. 1483.

Eheſache.

Mit den Streitigkeiten in Eheſachen haben die Gerichtshöfe in den katholiſch deutſchen Reichsſtiftern, nicht viel zu ſchaffen; entweder betrift der ſtreitige Fall eine Perſon vom höhern oder niedern Stiftklero: im erſten Fall gehört die Unterſuchung für den Biſchof im zweyten insgemein vor den Archidiakon. Ueberhaupt hat die Ehe der Geiſtlichen in den katholiſch-geiſtlichen Reichsſtiftern gar nicht ſtatt, und kann mit der Canonikatswürde nicht beſtehen. Der Erzbiſchof von Salzburg äuſſerte ſich deswegen unterm 12ten Oct. 1781. in der Graf Spauriſchen Eheſache folgender Maßen; „wenn nun aber der Stand der „Ehe mit jenem eines Domherrn nach den Verord„nungen unſerer h. Kirche nicht beſtehen kann, ſo „erachten wir billig, ſowohl der allgemeinen katholi„ſchen als der Ehre unſerer Erzkirche insbeſonders „angemeſſen zu ſeyn, daß das durch die Handlung „der

79) Fabry Europ. Staatskanzley Thl. 27. S. 70.

„der Ehe ausgelaſſene Canonikat wiederum ohne Zeit-
„verluſt erſetzt werde.“ 80)

Es kann ſich aber auch der Fall ereignen, wie es zu Oßnabrück geſchah, daß dergleichen Eheſachen in vermiſchten Stiftern, (wenn ſchon ein Theil der katholiſchen Religion zugethan iſt,) an die Reichsgerichte gebracht werden. Hievon giebt das Reichshofräthliche decretum de praeſ. 11ten Apr. 1774. an die 3. Domkapitularen A. C. zu Oßnabrück Ernſt Auguſt von dem Buſche, Phil. Clamor von dem Buſch genannt, von Mönch, und Ernſt Chriſtian von Lederbur klare Maß. Da es heißt: „Ihro kaiſerl. „Majeſtät hätten aus den Anſchlüſſen nicht anders „als höchſt mißfällig entnehmen können, was die-„ſelben dem Impetrantiſchen Domkapitel, nicht nur „für eine Erklärung zuzumuthen, ſich unterfangen, „ſondern auch gegen die bißherige, und bis nun zu „von den zeitlichen Domkapitularen A. C. daſelbſt „agnoſcirte Obſervanz, ſich mit Beybehaltung der „daſelbſtigen Präbenden verehelichen zu können, glau-„ben, auch bey einer ſolchergeſtalt wirklich erfolgen-„den Vereheligung in den Beſitz ihrer Präbenden „ſich ſelbſt, und durch anderwärtigen Schutz zu er-„halten daſſelbe bedrohen. Gleichwie nun in dieſer „aus den des h. R. Reichs Grundſätzen zu erledigen „ſtehenden Sache kaiſerl. Majeſtät überhaupt der all-„einige allerhöchſte Richter ſeyn; als werde denſelben „hierdurch, unter allerhöchſter kaiſerl. Ungnade, und „anderweit ſchärfeſter Ahndung, ernſtgemeſſenſt und „allergerechteſt befohlen, dießfalls der bisherigen un-„ter ihrem Jurament begriffenen Obſervanz nicht „entgegen zu handeln, ſondern von aller Neuerung „abzuſtehen, folglich ohne Entſagung ihrer Präben-„de ſich nicht zuvereheligen, auch das Impetranti-„ſche

80) Neus deutſche Staatskanzley Th. 1. S. 234.

„ſche Domkapitel in dem Beſitz vel quaſi juris keinen „verheuratheten Domkapitularen zu dulden, nicht „zu ſtöhren, und, daß ſie dieſem allergehorſamſt „nachzukommen gedenken, bey kaiſerl. Maj. in ter„mino duorum Menſium allerunterthätḧänigſt anzu„zeigen. 81)

Es hat die Eheſache der katholiſchen Geiſtlichkeit ſeit dem Weſtphäliſchen Friedensſchluß eine ganz andere Geſtalt, gegen die vorige Zeiten 82) erhalten, da das reſervatum eccleſiaſticum hierinn zur Reichsgeſetzmäſigen Richtſchnur dienet. Selbſt die geheimen Ehen der Geiſtlichkeit werden aus gleicher Urſach nicht geduldet; wenn ſchon das Illiacos intra muros peccatur et extra, ſo lang es Menſchen giebt, nicht abgeſtellt werden kann.

§. 1484.

Streitige Gerichtsbarkeit.

Die geiſtlichen Gerichte der katholiſchen Reichsſtifter können ſich nicht wohl der Streitigkeiten entheben, weil ihre Gerichtsbarkeit zu ſehr mit jener der weltlichen Stände vermengt iſt; ſelbſt die Jurisdictionſlikte zwiſchen den geiſtlichen, und weltlichen Gerichtshöfen der Stifter mit andern Ständen werden nicht aufhören, weil die in der kaiſerlichen Wahlkapitu-

81) Fabry Staatskanzley Thl. 39. S. 419.

82) In åltern Zeiten hatte es mit den Ehen der katholiſchen Reichsbiſchöfe eine ganz andere Bewandniß. Lehemann führt in ſeiner Speyriſchen Chronik S. 126. verſchiedene Beyſpiele von geheyratheten Biſchöfen an. Biſchof Gerard zu Mainz ward nach ſeines Vaters des Biſchof Gervilius Tode Biſchof allda, von einem Biſchof zu Chur habe ich §. 634. ein ähnliches Beyſpiel angeführet. Unter Biſchof Bernhard ſchlichen ſich zu Münſter, (wie Godeau Thl 26. S. 383. berichtet) bey ſeiner Geiſtlichkeit noch gegen die Verordnungen des tridentiniſchen Kirchenraths die geheimen Ehen ſehr häufig ein. Gerhard ſtellte ſolche nach dem Befehl des Pabſts mit Ernſt ab; dieſes zog ihm den Haß der Geiſtlichkeit, und ſoviel Verdruß zu, weil ihme die Domherren vorwarfen: er ſolle ſein eigenes Hans reinigen, daß er das Bißthum freywillig aufgab.

kapitulation beliebte gütliche Tractaten zwiſchen dem Kaiſer, und dem päbſtlichen Hoſe noch nicht einmal angefangen viel weniger, daß man einen Schluß gemacht hätte, ob und welche der bisher zwiſchen den geiſtlich- und weltlichen Gerichten ſtreitig geweſenen Puncten für dieſe oder jene gehören? Die mehrſten geiſtlichen Stifter haben ſich mit den weltlichen Ständen um die Streitigkeiten der Gerichtshöfe zu beſeitigen, durch Concordaten, und Verträge vorgeſehen. Wenn aber die geiſtliche Gerichtshöfe mit den Ständen A. C. in Streit gerathen, ſo kann die Sache nicht anderſt dann vor den höchſten Reichsgerichten abgethan werden. Es wäre überflüßig, wegen der Streitigkeiten über die geiſtliche Gerichtsbarkeit mit weltlichen Gerichten, Beyſpiele anzuführen; indem ſich keine von Erheblichkeit in actis publicis darſtellen, wenn man nicht etwa einen ſonderbaren Blick auf jenen wichtigen Rechtsfall des Freyherrn v. Stein contra das Coſtanziſche Conſiſtorium werſen will, gemäß deſſen gedachtes geiſtliche Gericht einen Arreſt auf deſſen Güter legte, den Freyherrn aber ſelbſt cum affixione Sententiae ad Valvas, et diverſarum eccleſiarum et Locorum excommunicirt hat; auf die Interpoſition der Ritterſchaft aber durch Reichshofräthliche Mandata angehalten wurde, dergleichen gefährliche Proceſſe abzuſtellen. 83)

§. 1485.

Die Gerichtsbarkeit der Officialen hat ſelbſt mit den geiſtlichen Gerichtshöfen der katholiſchen Erz- und Biſchöfe die größten Colliſionen veranlaſſet; Allein der Beſitzſtand der Officialgerichte ſteht derſelben Aufhebung gänzlich entgegen. Die geiſtlichen Gerichtshöfe wurden überhaupt in Deutſchland von jeher der Gerichts- Gerichtsbarkeit der Officialen.

83) Moſers Zuſätze B. 3. S. 969.

Gerichtsbarkeit ſo fähig geachtet, daß die geiſtlichen Officialen, und Vicarii Generales in Cölln, Münſter, und Paderborn ꝛc. nebſt den cauſis eccleſiaſticis nicht in bürgerlichen, und Temporalſachen der Geiſtlichen, ſondern auch der weltlichen, welche allvort ihren Streit anhängen, Recht ſprechen mögen. Das einzige wird dabey erfordert, daß die Appellation, und der Zug von ihren Urtheilen in bloſen Temporalſachen der geiſtlichen, und in Civilſachen der weltlichen Perſonen nicht auſſer dem Reich, ſondern an die Reichsgerichte gehen ſoll. Was es für Bewandniß mit den biſchöflichen Officialen, insbeſondere mit dem zu Lüttich, 84) und dem zu Werl, 85) und andern überhaupt habe, ſodann was die Rechte des Kaiſers, und der Reichsgerichte vorzüglich in Rekursfällen an die Nuntiaturen, und in gerichtlichen Colliſionsfällen mit den Erz- und biſchöflichen Gerichten ausweiſen, habe ich (§§. 691. 715.) ſchon umſtändlich gezeigt, auch die Hauptſätze, worauf es ankommt, angeführt.

§. 1486.

Schriften. Unter allen Schriften, welche von den deutſchen geiſtlichen Gerichtshöfen gehandelt haben, iſt in des Holly ſtatiſtica eccleſiae germanicae das 19 Capitel de judiciis eccleſiae germanicae S. 539 — 608. die beſte, ungeachtet ſelbe dennoch auf die dermalige Zeiten nicht ganz paſſet.

Beyzugsweis gehören hieher:

Hadamari (Phil. Henr.) diſſertatio de Burdecanatu trevirenſi. Auguſtae trevirorum 1783.

Tractatus Abſolutiſſimus de jurisdictionibus Colonienſibus.

Pertſch

84) Fabry Europ. Staatskanzley Thl. 4. S. 676.
85) Kramers Nebenſtunden Th. 35. S. 115.

Pertſch Abhandlung von dem Urſprung der Archidiakonen C. 7.

Diſſ. de jurisdict. Officialium in cauſis civilibus ſpeciatim de recurſu ad officialem metropolitanum colonienſem ab officiali Leodienſi et monaſterienſi. Wetzlar 1724. Bey Ludolph in obſerv. for. tom. 1. S. 309.

Narratio hiſtorica de jurisdictione officiali Leodienſis ibid. S. 383.

Kemerichii (Dieter. Herm.) diſſertatio de judiciis nuntiaturae, quam vocant apoſtolicae in Germaniae ad capitul. caeſ. art. 14 Iena 1736.

Sacripante (Joh.) defenſio jurisdict. eccleſiaſticae circa appellationes ab officiali Leodienſi in profanis inter Laicos ad ſuperiores eccleſiaſticos, *Romae*, 1688. mit einer Vorrede pro defenſione ſummaria jurisdictionis ſaecularis ſub primorum Germaniae tribunalium 1688. und Teuto-Dicaeopoli 1711.

Moſers (J. Jac.) großes Staatsrecht. Thl. 4. S. 15. von dem Recht des Kaiſers über geiſtliche Gerichtshöfe.

Neun und vierzigſtes Capitel.

Von der Katholiſch⸗Geiſtlichen Reichs⸗ ſtifter Landeshoheit im Geiſtlichen.

Inhalt.

§. 1487.) Einleitung, 1488.) was die Landeshoheit im Geiſtlichen ſey. 1489.) Grund derſelben. 1490.) Abhängigkeit. 1491.) Concurrenz. 1492.) Wirkungen 1493.) Streitigkeiten. 1494.) Allgemeine Bemerkung. 1495.) Schriften.

§. 1487.

Einleitung. Von verſchiedenen ſelbſt katholiſchen Staatsrechtslehrern ward die Frage noch vor wenigen Jahren aufgeworfen, ob es eine Landeshoheit im Geiſtlichen gebe, und ob ein katholiſcher Biſchof auch eine Landeshoheit im Geiſtlichen habe? Allein, ſeit dem Weſtphäliſchen Friedensſchluſſe, durch welchen man die Gränzen der Landeshoheit im Geiſtlichen, und Weltlichen ſo genau zu beſtimmen gelernt hat, wird dieſe Frage für abgeſchmackt gehalten. Daß es eine Landeshoheit im Geiſtlichen gebe, iſt (§. 1363.) angeführet worden, und daß jeder Landesherr (aber nicht qua Biſchof) ſelbe auszuüben habe, hat man ebenfalls (§pho c.) ſchon dargethan. Der Biſchof, der geiſtliche Vorſteher hat keine Landeshoheit im Geiſtlichen; denn dieſe ſteht mit dem Jure Epiſcopali in keiner Verbindung ſondern nur dem Landesherrn zu. Man kann es am beſten daraus abnehmen, weil kein mittelbarer Biſchof, wenn er gleich Fürſt iſt, eine Landeshoheit im Geiſtlichen hat. Nur der unmit⸗

unmittelbare Reichsſtand iſt mit der Landeshoheit im Geiſtlichen ſeines Reichslandes wegen begabt. Er mag ein Geiſtlicher, oder Weltlicher ſeyn.

§. 1488.

Die Meinungen der Staatslehrer ſind in der Beſtimmung des Begrifs: was dann die Landeshoheit im Geiſtlichen ſey? noch bis auf dieſe Stunde ſehr getheilt. Der Verfaſſer des juris regii in eccleſiaſticis der Herzogen in Baiern hält das jus protegendi für die Landeshoheit im Geiſtlichen. 1) Der Freyherr von Kreitmayr ſieht ſie als eine Wirkung des Advocatierechts an. 2) Der geheime Rath Pütter gibt keine Notion davon, ſondern beſchreibt nur die Wirkungen der Landeshoheit im geiſtlichen. 3) Hammer 4) ſagt: quodſit obligatio imperio ſeculari indiviſim cohoerens, virtute tuendi ſtatum et ſyſtema eccleſiae ubi, et quando haec ipſa jure ſuo et ordinario ſe tueri, ac defendere nequit. — Allein ich finde dabey den Begrif der Verbindlichkeit nicht gut gewählt; die Landeshoheit im geiſtlichen iſt ein urſprüngliches Recht, und keine obligatio. Dieſe flieſet nur ſubſecutive aus dem Recht. Was die Landeshoheit im Geiſtlichen ſey?

Ich habe nach vielen praktiſchen Verſuchen beſonders in unter Handen gehabten ſtatiſtiſchen Arbeiten mir ſelbſt einen feſten Begrif von der Landeshoheit im Geiſtlichen gemacht. Das jus circa Sacra ſchien mir die Landeshoheit im Geiſtlichen nicht genug zu beſtimmen. Denn es wird hierdurch manchmal zu viel, und zu wenig verſtanden. In Anſehung, daß ſich das jus circa Sacra auf die Kirche erſtreckt, iſt der Begrif zu wiedrig, und in Ruckſicht auf Nebenſachen wird zu

1) In des Freyherrn v. Kramers Nebenſt. part. 47. S. 79.
2) In ſeinem allgem. Staatsrecht. §. 30. S. 58.
3) In inſtit. jur. publici germ. §. 399. 400. S. 426.
4) De jure Principis catholici circa Sacra &c.

hoch geſpannt. Die Definition der Landeshoheit im geiſtlichen glaube ich, kann am füglichſten darinn geſetzt werden, wenn man ſagt: ſie iſt ein aus der Landesherrlichen allgemeinen 5) Gewalt flieſendes Recht die kirchliche Verfaſſung 6) dem Staatsverhältniß gemäs zu leiten, und aufrecht zu erhalten.

Die kirchliche Gewalt, ſoweit ſich ſolche auf Religionsſachen unmittelbar bezieht, iſt und bleibt eine von der Landesherrlichen ganz getrennte unabhängige Gewalt;

Allein man verfällt in ein Labyrinth von Irrthümern, und Meinungen, wenn man die kirchliche Verfaſſung für ganz unabhängig von der weltlichen Gewalt 7) anſehen wollte. Es lief auf die elende, und krüppelhafte Lehre des ſtatus in ſtatu hinaus.

Die Kirche an, und vor ſich iſt ein Theil des Staats, und der Landesfürſt hat deswegen das Recht die beſondere Verfaſſung 8) derſelben nach dem Verhältniß des Staats zu leiten, und zu handhaben.

Die Gewalt der Kirche, welche ſich auf Lehre, Gottesdienſt, und Immunität der Kirchen beziehet, hat mit der landesherrlichen Gewalt keine Verbindung; weil ſie nicht von dieſer abgeleitet wird.

Aber

5) Die allgemeine Gewalt des Landesherrn erſtreckt ſich auch über die Kirche, in ſo ferne ſolche ein Theil des Staats iſt.

6) Die kirchliche Verfaſſung ſelbſt in Anſehung der einmal angenommenen Religionslehre, muß mit dem Staatsverhältniß übereinkommen. Sie darf nicht willkürlich geändert werden, oder ſich mit Umgriffen befaſſen.

7) Gewalt und Verfaſſung iſt von einander ſehr unterſchieden. Die Landesherrlichkeit hat unſtreitige Befugniſſe über die Verfaſſung, nicht aber die Gewalt der Kirche. Deswegen ſagt das jus circa Sacra zu wenig in Anſehung der Landeshoheit im Geiſtlichen.

8) Die Kirche der Römiſch-katholiſchen hat ihre beſondere Verfaſſung — die Evangeliſch- und Reformirte ebenfalls, Denn nur von dieſen iſt eigentlich die Frage.

Aber die Verfaſſung einer Kirche, welche Conſtitutionsmäßig in einem Staat beſtehet, nach dem Verhältniß dieſes Staats zu leiden, dieſes liegt der landesherrlichen Gewalt ob, und dieſes macht eigentlich die Landeshoheit im Geiſtlichen aus. Allein das jus Advocatiae, protegendi ſtellt noch in keinem Betracht den weſentlichen Begrif der Landeshoheit im geiſtlichen dar: Es kann ein tertius in einem deutſchen Reichslande über eine einzelne Kirche, das Advocatie-Recht hergebracht haben; Er würde aber den Kopf ſehr verſtoſſen, wenn er gegen den ordentlichen Landesherrn über eben dieſelbe Kirche alle jura der Landeshoheit im Geiſtlichen ausüben wollte.

§. 1489.

Die Landeshoheit im Geiſtlichen gründet ſich ganz allein auf die reale Reichsſtandſchaft, auf Reichsgeſetze, Verträge, und das Reichs- und Privatherkommen. Grund derſelben

Ohne wirkliche Reichsſtandſchaft zu haben, beſteht weder die allgemeine Landeshoheit, noch die Landeshoheit im Geiſtlichen, welche nur ein Theil der landesherrlichen allgemeinen Gewalt (§. 1358.) iſt.

In den Reichsgeſetzen, und zwar in dem Weſtphäliſchen Friedensſchluß art. 5. §. 30. geſchieht nicht nur des juris reformandi Meldung, ſondern überhaupt eines juris, quod ipſi (jedem Reichsſtand) ratione territorii et ſuperioritatis in negotio Religionis competit. Es wird dieſes Recht allen Reichsſtänden von beeden Religionen, und ohne Unterſchied, welcher der drey im Reich beſtehenden Religionen die Unterthanen ſeyn, zugeſchrieben. Noch deutlicher wird art. 8. §. 1. omnibus et Singulis Electoribus, Principibus et ſtatibus imperii Romani das

 libe-

liberum juris territorialis tam in *eccleſiaſticis*, quam politicis exercitium beſtättigt.

Desgleichen iſt in der kaiſerlichen Wahlcapitulation art. 1. §. 8. verſehen: daß den Ständen in ihren *territoriis* in Religionsſachen nicht eingegriffen werden ſolle.

Zum Theil gründet ſich die Landeshoheit im geiſtlichen auch auf die zwiſchen den weltlichen Landesherren, und den Biſchöfen, deren Diöceſen ſich in die Lande anderer Fürſten erſtrecken, errichtete Verträge. Allein hiebey muß ich erinnern, daß dieſe Verträge nicht, ſo faſt die Landeshoheit im geiſtlichen begründe, als nur die Gränzen der Ausübung, und Concurrenz beſtimmen. Wir haben zum Beyſpiel von Baiern eine große Anzahl von Receſſen, und Concordaten im 43. Capitel angeführt, welche mit den Diöceſan-Biſchöfen errichtet worden. Nichts deſtoweniger gründet Baiern ſein ſchon lang vorher jure originario beſeſſenes jus regium in eccleſiaſticis, und die Landeshoheit im Geiſtlichen auf dieſe Receſſe, ſondern ſolche dienen nur, damit die viele Conflicte, Irrungen, und Mißdeutungen gehoben, und ſowohl die Landeshoheit im Geiſtlichen, als die weltliche, und geiſtliche Gerichtsbarkeit quoad effectus näher beſtimmt, und jeder Theil in ſeine Wirkungs-Sphäre deſto ſicherer eingewieſen werde. Ueberhaupt beziehe mich dieſerwegen auf alles dasjenige, was ich im 43. Cap. weitläuftig über dieſe Materie geſchrieben habe.

Die Landeshoheit im Geiſtlichen gründet ſich auch auf das Reichsherkommen, und ebenfalls auf das Privatherkommen mancher Länder. Gleichwie die Reichsgeſetze nicht alles beſtimmen, was zur allgemeinen Landeshoheit gehöret, ſo ſind auch noch viele Punkte unerörtert die zur beſondern Landeshoheit

nehm-

nehmlich der im Geiſtlichen gezogen werden. Die Ungleichheit der Länderverhältniſſe macht eben auch das Privatherkommen nothwendig, wie es ſich aus denen zwiſchen Baiern, und einigen Diöceſan-Biſchöfen errichteten Verträgen klar zeiget. Dann ſelbſt nicht gegen alle Diöceſen ſind von Baiern eben dieſelbe Grundſätze aufgeſtellt, ſondern es iſt gegen einige mehr gegen andere weniger zugegeben worden.

Päbſtliche Indulten geben keinen Grund zur Landeshoheit im Geiſtlichen. Dieſe hat auf den Pabſt keinen Bezug. Er kann keine Reichsſtandſchaft mittheilen, folglich auch keine Landeshoheit im Geiſtlichen. 9)

Aus alten Indulten flieſet bey einigen Reichsſtänden das Nominationsrecht, zu Biſtthümern Prälaturen, das Beſteurungsrecht des Clerus ꝛc. Es ſind zwar zum Theil Wirkungen der Landeshoheit im Geiſtlichen. Allein man ſiehet es eben als alte durch Indulte erhaltene Rechte, als ein Herkommen an, die mit der Landeshoheit im Geiſtlichen ohnehin zum Theil ſchon verbunden ſind.

§. 1490.

Aus dem aufgeſtellten Begrif von der Landeshoheit im geiſtlichen folget, daß ſie nicht von dem Pabſt, oder dem Kirchenrecht, ſondern vollkommen, und alleine von den deutſchen Reichsſtandsrechten, Reichsgeſetzen, und dem Reichsherkommen abhange. Abhängigkeit.

Die Landeshoheit im geiſtlichen iſt daher nicht unabhängig, und unumſchränkt, ſondern dem Kaiſer, und Reich ſubordinirt; es tritt hiebey alles dasjenige ein, was ich von der ſubordinirten landesherrlichen Gerichtsbarkeit im 43ſten Capitel geſagt habe.

 Der

9) Der Pabſt kann auch kein Privilegium zum Abbruch der Landeshoheit im geiſtlichen ertheilen.

Der geiſtliche Stiftsregent hat eben ſo, wie ein jeder weltlicher Landesherr, wegen der Landeshoheit im Geiſtlichen weder den Pabſt, noch einem Erzbiſchof ꝛc. Rede und Antwort zu geben, weil er ſelbe als Dominus territorii, und nicht vi ſtatus eccleſiaſtici ausübet.

§. 1491.

Concurrenz. Ob es zwar an, und vor ſich ſchon richtig iſt, daß nach dem Weſtphäliſchen Friedensſchluß die Rechte beyder Religionen der allgemeinen Regel nach einander gänzlich gleich geſtellet worden ſind; ſo läßt ſich dennoch nicht behaupten, daß in Anſehung der weltlichen Reichsſtände, und der katholiſchen Biſchöfe durch dieſe Gleichſtellung alle Concurrenz den letztern bey den Gerechtſamen der Landeshoheit im geiſtlichen benommen ſey. Man kann es ſehr klar aus denen im 43ſten Cap. angeführten Verträgen einiger deutſchen Stifter mit den weltlichen Landesfürſten erſehen, daß die Biſchöfe bey der Landeshoheit im geiſtlichen nicht in Anſehung des ganzen Umfangs derſelben, ſondern nur einiger Wirkungen halber concurriren, je mehr oder weniger ein Theil eben hergebracht hat. Keine allgemeine Regel läßt ſich hier nicht beſtimmen, weil jedes Stift ſeine beſondern Verhältniſſe hat. Die Concurrenz verſteht ſich größentheils nur von jenen Ländern, wo der Dioeceſanus nicht zugleich auch Landesherr iſt. Denn ſo bald von einem Land die Frage iſt, wo der Biſchof und Landesfürſt in einer Perſon vereiniget ſind, ſo entſteht von der Concurrenz bey der Landeshoheit im Geiſtlichen ohnehin ſchon keine Frage.

§. 1492.

Wirkungen. Zu einem Beweis, daß nach der von mir aufgeſtellten Definition, die Landeshoheit im geiſtlichen

ein aus der allgemeinen landesherrlichen Gewalt flieſſendes Recht ſey, dienet allerdings, daß es allgemeine Wirkungen der Landeshoheit im Geiſtlichen gebe. Die jedoch nach den beſonderen Verhältniſſen eines Staats entweder im Ganzen, oder nur theilweiſe ausgeübt werden. Zu den Wirkungen der Landeshoheit im Geiſtlichen rechnet Pütter 10) vorzüglich: 1) Die freye Ausübung der landesherrlichen Rechte ſowohl in geiſtlichen, als politiſchen Gegenſtänden nach der Grundlage des Weſtphäliſchen Friedens. 2) Die landesherrliche Kirchenadvocatie, in ſo weit ſelbe der katholiſchen Hierarchie den Indulten, und Concordaten oder einer beſondern Obſervanz nicht entgegen ſteht. 11) Sodann 3) das jus primariarum precum. 4) Das Recht in den päbſtlichen Monaten bey mittelbaren Stiftern die Beneficien zu vergeben. 5) Die Beſtättigung der Wahl eines mittelbaren Kirchenvorſtehers. -- So fort im allgemeinen Betracht: 1) das Recht zu ſorgen, damit nicht etwas unter dem Vorwand der geiſtlichen Gewalt gegen die Staatswohlfahrt unternommen werde. Desgleichen im ſonderheitlichen 2) daß die päbſtliche Bullen, und andere Geſetze, ohne Wiſſen, und Genehmigung des Landesherrn nicht angeſchlagen, oder wirkſam gemacht werden. 3) Das Befugniß zu verbieten, damit zur Entkräftung des Staats nicht gegen deſſen Verhältniß zu viele Güter in geiſtliche Hände gerathen. 4) Auch das Kloſterleben nicht zu einem Mißbrauch erwachſe. 5) Die Immunität nicht zu ſehr ausgedehnet werde, und überhaupt alle geiſtliche Freyheiten in ihre ordentliche Grän-

10) L. c. §. 399.
11) Wenn die Landeshoheit im geiſtlichen in dem Kirchenadvocatierecht beſtehen würde, wie einige glaubten, ſo kann die Advocatie keine Wirkung der Landeshoheit im Geiſtlichen ſeyn. Dieſes beſtättigt allerdings meine Definition noch mehr.

Gränzen verbleiben. 6) Weiter das Recht zu verhüten, daß die Geiſtliche, welche weltliche Güter beſitzen weder der Eides und Landſäßigkeitspflichten noch 7) in real- noch Perſonalklagen, dieſerwegen den landesherrlichen Gerichten ſich entziehen können. (§. 1389.)

Wenn man ſofort noch eine Ruckſicht auf verſchiedene andere Wirkungen nimmt, wovon ich im 43. Capitel ſchon Meldung gethan habe, ſo läßt ſich allerdings auf den ſehr weiten Umfang der Landeshoheit im Geiſtlichen ſchlieſen, welche den mehrſten proteſtantiſchen Schriftſtellern nicht ſo umſtändlich als den katholiſchen bekannt iſt.

§. 1493.

Streitigkeiten.

Die Streitigkeiten über die Ausübung der Landeshoheit im Geiſtlichen ſind nicht ſo häufig, als jene der geiſtlichen Gerichtsbarkeit. Die Urſach beſteht obbemerktermaſſen darinn, weil die geiſtlichen Fürſten zugleich Landesherren ſind, und ihrer zweyfachen Eigenſchaft wegen die innerliche Streitigkeiten mit ſich ſelbſt abmachen. Zu dem werden in den Stiftern die Grundſätze der geiſtlichen Gerichtsbarkeit, mit jenen der Landeshoheit im Geiſtlichen insgemein ſehr unſchicklich vermengt, und daher kommt es, daß ihre Proceſſe bey den Reichsgerichten, beſonders wenn es auf petitoriſche Gründe ankommt, überhaupt ſelten günſtig ausfallen. 12)

§. 1494.

Allgemeine Bemerkung.

In den Stiftern der katholiſch-geiſtlichen Reichsſtände wird auf die Landeshoheit im Geiſtlichen keine ſonderbare Ruckſicht genommen; Weil der Erz- und Biſchof zugleich geiſtlich- und weltlicher Regent iſt.

12) Des Staatsraths Moſers Spruch: Pfaffenknecht ſtudieren ſchlecht: ſcheint im Durchſchnitt einzutreffen.

iſt. Man nimmt die Sache im Innern des Stifts- landes nicht ſo genau. Die Landbeamte wiſſen gröſtentheils von dem wahren Begrif der Landeshoheit im Geiſtlichen nichts. Nur die Dicaſterien pflegen alsdenn hierauf genauer Bedacht zu haben, wenn man es mit einem Auswärtigen zu thun hat. Aus der im erſten Theil des zweyten Bandes vorausgeſetzten Partikulargeſchichte der Stifter ergibt ſich, daß die deutſchen Reichsſtifter in anderer Stände Landen viele mit aller Reichsunmittelbarkeit verſehene Beſitzungen haben; In dieſer Rückſicht wird es ihnen zur Nothwendigkeit nicht in der Eigenſchaft als geiſtliche Regenten, ſondern als Landesherren die Landeshoheit im geiſtlichen zu handhaben; Sie ſind vi territorii verbunden in der Gleichheit mit den weltlichen Reichsſtänden auf das Jus Comitiorum circa Sacra zu ſehen, und ihre Landeshoheits-Rechte im Geiſtlichen gegen fremde Diöceſanbiſchöfe aufrecht zuerhalten.

§. 1495.

Hieher gehörige Schriften: Schriften.

Periculum Juris publici eccleſiaſtici catholicorum Frankfurt 1745. 46. 4.

Hammer (Alex.) de jure Principis Catholici circa Sacra Bamberg 1744.

Bergmann (Michael Adam) de ducum bojariae jure regio Ingolſtatt und München. 1754.

Vertheidigtes *jus regium* in eccleſiaſticis der Herzoge in Baiern. In des Freyherrn von Cramers Nebenſt. Thl. 47. S. 74.

Rathe vertheidigte unpartheyiſche Abhandlung einer darwider ausgegangenen Schrift: ſub rubro vertheidigtes jus regium: Frankf. 1763. ſteht in dem Catalogo libror. prohibitorum vom J. 1770. zu München, und iſt in bavarico verbotten.

Dahm

Dahm (Ioan. Michael.) de jure Comitiorum imperii circa Sacra. Mog. 1747.

Reizer (Adam) de jure et praxi circa Sacra in caſtro nobili Bamberg. 1757.

Concordaten, Churpfalzbaieriſche mit dem Hochſtift Regensburg 1789. abgeſchloſſen. 8. Straubingen 1790.

Moſers Tractat von der Landeshoheit im geiſtlichen B. 3. Cap. 1. von der katholiſchen Landeshoheit im Geiſtlichen überhaupt, und Cap. 2. von derſelben aus beſondern Gründen. S. 249. 258.

Fünfzigſtes Capitel.

Von der C. G. Reichsſtifter Landeshoheit im Geiſtlichen in Anſehung des Kirchenregiments.

Inhalt.

§. 1496.) Einleitung. 1497.) Geſetzgebung 1498.) Geiſtliche Gerichte. 1499.) Vermiſchte Gegenſtände. 1500.) Sachen. 1501.) Schriften.

§. 1496.

Was für Rechte den katholiſch = geiſtlichen Reichsſtänden, beſonders den Erz- und Biſchöfen in Anſehung der Regierung ihrer Stiftsländer zuſtehe, habe ich im vierzigſten Capitel umſtändlich gezeiget. Als ein Feind von Wiederholungen muß ich m ine Leſer dahin verweiſen. Das Regiment eines geiſtlichen Reichsſtandes, hat was das Innere ſeiner Stiftslande betrift, in Anſehung ſeiner gedoppelten Perſon gegen andere Regierungen, viele Vortheile. Es wird in Stiftern mancher Gegenſtand abgemacht, ohne daß man Rückſicht nimmt, aus welchem Verhältniſſe die Entſcheidung erholt worden ſey. Einleitung.

§. 1497.

In den geiſtlichen Stiftsſtaaten macht die Geſetzgebung den anſehnlichſten Theil des Kirchenregiments bey einem katholiſch- geiſtlichen Reichsſtande aus. Es kommt hiebey nur auf einen Hauptunterſchied Geſetzgebung.

ſchied an. Entweder betrift das Geſetz einen ganz geiſtlichen Gegenſtand, oder nur einen weltlichen. Im erſten Falle beziehet ſich die Geſetzgebung auf das Epiſcopalrecht; im zweyten flieſet es aus der Landeshoheit im weltlichen. Bey vermiſchten Sachen kann die Landeshoheit im geiſtlichen eines geiſtlichen Reichsſtandes auch anſchlagen. Die beyden vorſtehenden Fälle ſind (§. 1364.) ſchon erörtert worden, und von den gemiſchten Sachen kommt das nähere (§. 1498.) vor.

Bey der Geſetzgebung, die das Kirchenregiment betrift, iſt es in ältern Zeiten, wo die Gränzlinie der geſetzgebenden geiſtlichen, und weltlichen Gewalt noch nicht ſo genau beſtimmt waren, oft geſchehen, daß die Kirchenordnungen mit Beyrath der Landesſtände zu Stande gekommen ſind. Z. B. von Churfürſt Hermanns zu Cölln Bedenken, worauf eine geiſtliche Kirchenordnung anzurichten ſey, Bonn 1543. berichtet König: 1) „Sie ſeye auf einem „Landtag abgeleſen, und von den Grafen, der Rit„terſchaft, und Geſandten der Städte gebilliget wor„den. Churfürſt Gebhard zu Cölln meldete in ſei„nem Religionsedikt 2) von 1583. ſo ſind wir bedacht, „mit Rath unſerer Landſtände, auch anderer unſerer „Herren, und Freunde, uns zu eheſter Möglichkeit „einer chriſtlichen Ordnung, welche in Kirchen, und „Schulen unſeres Erzſtifts, und Churfürſtenthums „ſoll gehalten werden, zu entſchlieſen."

Dieſes mag nun freylich deswegen geſchehen ſeyn, weil die verſchiedene in den Kirchenregiment getroffene Verordnungen auf die Religionsfreyheit, und Stiftsconſtitution Bezug hatten; wo aber dieſer Fall nicht eintritt, ſo hat der Erz- oder Biſchof über Sachen,

1) In Biblioth. agend. S. 6.
2) Unſchuldige Nachricht. 1701. S. 445.

chen, die das Geiſtliche unmittelbar betreffen, keine Rückſprache mit ſeinen Stiftsſtänden zu nehmen.

Ganz anders verhält ſich aber die Sache, wenn der Diöceſan Geſetze, und Verordnungen in Anſehung des Kirchenregiments in einem anderen Land, als ſeinem Stiftsſtaate zu Stande bringen will. In dergleichen Fällen iſt hierauf Ruckſicht zu nehmen, was (§. 1363.) ſchon geſagt worden iſt.

§. 1498.

Die Beſtellung der geiſtlichen Gerichte hängt ganz allein von dem Epiſcopalrechte der Erz- und Biſchöfe ab. Hievon hab ich im 48ſten Capitel umſtändlich gehandelt. In den deutſchen unmittelbaren Stiftern concurrirt die Landesherrſchaft bey Beſtellung der geiſtlichen Gerichten nicht. Dieſes geſchieht nur in jenen Staaten, wo die Stifter mittelbar ſind, und bey dieſen nicht durchaus. Wie die geiſtliche Gerichte in unmittelbaren Stiftern, von denen in dieſem Werke die Rede iſt, beſtellt ſeyn, wird durch obgedachtes Capitel klar erläutert. Geiſtliche Gerichte.

§. 1499.

In vermiſchten Gegenſtänden, und auch den Sachen mixti fori kommt es größtentheils entweder auf die Verordnung der Rechte, oder der Obſervanz, beynebens aber auch insbeſondere darauf an, ob die Eigenſchaft der Sache ſich nicht mehr zu dem Geiſtlichen, als zu dem Weltlichen, oder mehr zu dieſem als jenem beziehe. Von den delictis mixti fori iſt ſchon (§. 1385.) umſtändlich gehandelt worden. Vermiſchte Gegenſtände.

Von den cauſis mixti fori (ſchreibt der Freyherr von Kreitmayr noch insbeſondere.) 3) Iſt in den Aug-

3) L. c.

Augsburgiſchen Concordatis von anno 1684. §. 7. ſo viel verſehen, das es hierinnfalls bey den Verordnungen der Rechten, und der Obſervanz verbleiben ſolle: Zu wünſchen wäre, daß man die Fälle, worauf ſolche Verordnungen gerichtet ſeyn ſollen, in bemeldten Concordaten gleich ſpecifice benennet, und determiniret hätte, weil ſie in der größten Ungewißheit ſind, und mehrentheils nur auf privat Meinungen der miteinander gar nicht verſtandenen Rechtsgelehrten beruhen. Man theilt die cauſas mixti fori gemeiniglich in Criminales et civiles ein. - - - Unter dieſen begreift *Engel* - - - alle zwiſchen weltlichen Perſonen beſchworne Contracte, letztwillig- und andere Diſpoſitionen ad pias cauſas, Zehend- Pfarrlehen- und geiſtliche Pfründſachen, quoad poſſeſſorium, vel nudum factum, und endlich die reſtitutionem in integrum, wann ſie von Kirchen, und geiſtlichen Perſonen begehret wird, wie nicht weniger cauſas perſonarum miſerabilium. Wir laſſen alles dahin geſtellt ſeyn; haben aber - - ſchon erinnert, wie man beſchworne Contrakte, und Handlungen anzuſehen pflege: Mir iſt auch kein caſus bekannt, daß man letzte Willens-Diſpoſitionen, oder andere Handlungen, unter dem Vorwand milder Stiftungen, oder cauſarum miſerabilium, ad judicium eccleſiaſticum gezogen, viel weniger, das man alldort gegen weltliche Perſonen, oder in weltlichen Sachen reſtitutionem in integrum geſucht, erhalten, und von Seiten der weltlichen Obrigkeit dabey aquieſcirt, oder ſtill geſchwiegen hätte.

§. 1500.

Sachen. Was für Sachen eigentlich zu den geiſtlichen Gerichten gehörig ſeyn, und welche Sachen für geiſtlich oder weltliche gehalten werden? findet man (§. 1365 — 1386.) ſchon ausführlich auseinander geſetzt. Ich

kann

kann hiebey nichts weiter anmerken: als, was der Freyherr von Kreitmayr 4) erinnert: in cauſis Spiritualibus ſoll man zwar weltliche Perſonen, vermög der Concordaten Cap. 3. von der Erſcheinung bey geiſtlichen Gerichten nicht nur nicht ab, ſondern vielmehr dazu anhalten: Es muß aber die weltliche Obrigkeit in ſolchen Fällen allemal um die Verſchaffung begrüſſet werden; und zwar ohne Unterſchied inter perſonas principales aut acceſſoriales; auſſer, wo die Obſervanz, oder ſpecial Verträge, ein anderes mit ſich bringen; wie inſonderheit bey dem Ordinariat zu Augsburg vi Concord. §. 7. und bey dem zu Freyſingen vi Mand. Elect. von 1718. §. 11. da nemlich die Verſchaffung nur bey denen Gezeugen, und dergleichen Perſonis acceſſoriis, cum Generali expreſſione cauſae Citationis, nicht aber bey Perſonis principalibus, begehret zu werden pfleget.

Daß geiſtliche Sachen nicht zu den weltlichen Gerichten gezogen werden ſollen, iſt nicht nur ein den Reichsgeſetzen zuwiderlaufendes Benehmen (§. 1387.) ſondern es dienet hierinnfalls alles zur Richtſchnur, was ich (§§. 1479. 1480.) von unerlaubten Recursfällen bemerkt habe.

§. 1501.

Hierher gehöret vorzüglich: *Bannira (Ioh. Pet.)* de poteſtate Principis Saecularis, ferendi leges indirecte etiam eccleſias et monaſteria concernentes Würzburg. 1738. — Gröſtentheils auch alles dasjenige, was von der Subordination der biſchöflichen, und landesherrlichen Gerichtsbarkeit (§§. 1356—1391. abgehandelt worden iſt. Schriften.

4) In den Anmerkungen über den Codicem jur. bav. judic. S. 80.

Ein und fünfzigſtes Capitel.

Von der C. G. Reichsſtifter Landeshoheitsrechte und Pflichten, in Anſehung der Lehre und Gottesdienſtes.

Inhalt.

§. 1502.) Einleitung. 1503.) Religion, 1504.) und Lehre. 1505.) Gottesdienſt. 1506.) Sacramente, 1507.) Faſten. 1508.) Begräbniße.) 1509.) Bruderſchaften. 1510.) Bücherſachen. 1511.) Druckfreyheit, und Aufklärung. 1512.) Schriften.

§. 1502.

Einleitung. Die landesherrlichen Rechte und Pflichten in Anſehung der Lehre, und des öffentlichen Gottesdienſtes kommen in den katholiſchen geiſtlichen Reichsſtiftern nicht ſo oft zum Vorwurf als in den Staaten weltlicher Reichsſtände. Der Biſchof nimmt ſelten auf ſeine weltlichen Landeshoheitsrechte, wegen der kirchlichen Gegenſtände eine Rückſicht, weil die biſchöfliche Gewalt hierinn allein fortſchreitet. Es gibt auch ſelten Anſtände; die weltlichen Dikaſterien haben keinen Beruf, es mit dem Biſchof zu verderben, der zugleich ihr Landesherr iſt, beſonders da dem Landesherrn nichts zum Nachtheil gehet, was der Biſchof in eben derſelben Perſon verfüget.

Nur in dem Falle, wenn in Religionsſachen, oder in anderen hierauf bezughabenden Gegenſtänden etwas von Bedenklichkeit wollte verfüget werden, müſ-

müſſen die Landesſtände, oder das Domkapitel ob intereſſe commune des Stiftsſtaats nothwendig concurriren.

§. 1503.

Religion

Die Pflicht eines Römiſch-katholiſchen Biſchofs bringt es ohnehin ſchon mit ſich, daß er in ſeinem Bißthum die reine Lehre ſeiner Religion aufrecht erhalte. Er muß es aber auch als Landesherr thun, weil eines jeden Regenten Hauptſorge, und Obliegenheit dahin gehet, nicht nur die Religion, ſondern auch Ruhe und Friede zu handhaben, der durch Religionsſtörung am erſten Gefahr leidet. Das Reich verbindet insgeſammt in der Wahlcapitulation den Kaiſer dazu; mithin hat jeder geiſtliche Reichsſtand in ſeinem Lande auf die nehmliche Verbindlichkeit Rückſicht zu nehmen.

In Anſehung der Religion kann alſo ein Landesherr, wenn er gleich Erz- oder Biſchof iſt, keine Neuerungen anfangen, wenn ſein Domkapitel oder die Landſtände es anſtößig finden. Er kann zu allerley Verfügungen durch einen Miniſter veranlaſſet werden, wenn er gleich oft anders dächte, woraus für den Stiftsſtaat die gefährlichſten Folgen entſtehen können. Es iſt daher keinem Stiftsland zu verdenken, wenn es auf die öffentliche Regierungsgeſchäfte des Landesherrn immer ſein Augenmerk haftet.

Durch die Fahrläßigkeit des Biſchofs Friederich zu Münſter kamen 1424. die Wiedertäufer in das Hochſtift. Sein Nachfolger Biſchof Franz hatte genug zu thun, bis er es von dieſer Secte wiederum befreyte. 1) Den Biſchöfen zu Brixen gab die Ausrottung der Wiedertäufer lang, und viel zu ſchaffen. 2) In der Erz- Stiftscöllniſchen Erb-

1) Godeau l. c. Thl. 26 S. 166. 169.
2) Lünig in ſeiner Grundveſte Thl. 1. S. 757.

Landesvereinigung vom J. 1550. iſt §. 21. enthalten, „wie ſich zu betragen ſey, wenn ein Churfürſt etwas „Neuerung in Sachen der Religion, wieder der ka„tholiſchen Kirchen allgemeine Ordnung, oder ſonſt in „geiſtlichen Sachen vornähme.“

Der Churfürſt von Baiern ließ 1752. das Manifeſt erneuern, daß auſſer der Katholiſchen alle andere Religionen aus dieſen Churlanden ſollten abgehalten werden. Wenn dieſes ein weltlicher Landesfürſt thut, warum ſoll man es nicht von einem geiſtlichen Reichsſtand verlangen können. Ueberhaupt wird (§. 1367.) ſchon klar beſtimmt, wie weit der Landesherr in Sachen, welche die Religion, und Glaubenslehre betreffen, gehen könne.

§. 1504.

und Lehre.

Die Beförderung unanſtößiger Lehrſätze in Religions- und anderen hierauf bezughabenden Gegenſtänden iſt ein Hauptſtück der landesherrlichen Pflicht. Soweit es die Kanzellehre, oder den catechetiſchen Unterricht in Religionsſachen betrift, gehet dieſe Pflicht nur den Biſchof an. Wenn aber von dem Schulvortrag die Frage iſt, ſo kommt es der landesherrlichen Oberaufſicht zu, dießfalls alle erforderliche Maasregeln zu ergreifen. Churmainz ließ, ſo viel mir bekannt iſt, im J. 1769. durch ein Edikt 1) des Cardinals Bellarmini Tr. von der Macht des Pabſtes in zeitlichen Dingen nebſt deſſen Vertheidigung in ſeinen Landen verbieten, ſo auch 2) ſonſtige Bücher, die dergleichen ausſchweifende, und gottloſe Sätze in ſich enthalten, und die geiſtliche oder weltliche, beyde von Gott verliehene Macht angreifen, beſtreiten, oder auf einige Weiſe einſchränken, und es wurde allen Lehrern auf den Churfürſtlichen Univerſitäten, wie auch den untern Schulen befohlen, der-

gleichen

gleichen der geiſtlichen und weltlichen Macht entgegen ſprechende Sätze weder in Collegiis, Schulen, chriſtlichen Lehrern, noch ſonſt zu dociren, zu dictiren, anzuſchlagen, noch darüber öffentlich oder privatim zu diſputiren.

Hierher gehört auch einigermaſſen der Befehl den Churtrier unterm 20. Febr. 1790. in Betreff des Emſercongreſſes, und der römiſchen Facultäten ergehen ließ, 1) daß von nun an in den trieriſchen Churlanden, weder für noch gegen die Sätze des Emſercongreſſes diſputirt und geſchrieben werde, und 2) daß die Profeſſoren den Inhalt deſſelben blos als eine Punctation vortragen ſollen. Dergleichen Normen gibt der geiſtliche Stiftsregent oft in gedoppelter Eigenſchaft, als Biſchof, und Landesherr.

§. 1505.

Die Anordnung des Gottesdienſts iſt eine Sache, welche die Geiſtlichkeit in denen deutſchen Stiftslanden ganz allein angeht. Gar ſelten ergibt ſich ein Fall, daß der geiſtliche Reichsſtand als Landesherr dabey eine Verfügung trift. Man trift hingegen Diſtricte und Länder an, in welchem die deutſche Stiftsregenten kein Diöceſenrecht, ſondern die Landeshoheit hergebracht haben, und in dieſen ſind ſie auch befugt bey gewiſſen Gegenſtänden des äußerlichen Gottesdienſtes zu concuriren. Das Argument von Baiern iſt hierher ſehr analog, weil die in ſelbem gelegene unmittelbare Reichsſtifter die Concurrenz des weltlichen Landesfürſten nicht beſeitigen können. Der Freyherr von Kreitmayr ſchreibt: 3) „Es iſt unſtreitig: daß, „nach unſern katholiſchen Principiis, die ordinatio„nes clericorum, conſecrationes templorum, wie auch „die Anordnung, der Feyer-Faſt- und Bußtäge, öffent„licher Gebeter, Andachten und Proceßionen, mit einem „Wort, was zum Kirchen- und Gottesdienſt gehö„rig

Gottes; dienſt.

3) In ſeinen Anmerkung. ad Codicem bavar, S. 16.

„rig iſt, von der jurisdictione eccleſiaſtica dependi„re. Dieweil aber gleichwohl cultus divinus exter„nus mit der allgemeinen Ruhe und Wohlfart eines „Staats große Verknüpfung hat; ſo prätendirt die „weltliche Obrigkeit, daß ſie auch von dergleichen An„ordnungen allezeit vorläufiges Wiſſen tragen müſſe: „Inmaſſen ſowohl die (Churbaieriſche) geiſtliche „Raths- als neuverbeſſerte Hofraths-Ordn. Artic. „3. §. 6 mit ſich bringt, daß vor der Promulgation „jedesmahl durch die Herrn Ordinarios Nachricht an„hero gegeben, in dem geiſtlichen Rath darüber de„liberirt, und Gutachten ad intimum erſtattet werden „ſolle. Hiernächſt ſtehet auch der weltlichen Obrig„keit zu, all jenes zu verordnen, was zu Beförde„rung des Gottesdienſtes gereicht; deshalben die in „hieſigen Churlanden ergangene häufige Generalia „ausweiſen, vermög welcher an Sonn- und Feyerta„gen, zumal währenden Gottesdienſtes, das viele „Trinken, Spielen, Tanzen, Umlaufen, Handthieren, „Arbeiten, und dergleichen Ungebühr bey ſchwerer „Straf verboten, hingegen die fleißige Beſuchung „der Predig, Meß, Kinderlehr, und Donnerſtäg„licher Proceßionen, auch die Verrichtung der öſter„lichen Beicht- und Communion, anbefohlen iſt. „Desgleichen pflegt die weltliche Obrigkeit in Sachen, „die Kirchenſtühl, oder Präcedenz bey öffentlichen „Proceßionen, und derley Nebendinge betreffend, zu „ſprechen.“

Nur muß man darauf ſehen, in welchen Fällen der Landesherr vermöge der Landeshoheit, oder der landesherrlichen Gerichtsbarkeit concurrire; wovon ich das hierher gehörige im 43, und 49ſten Capitel inſonderheit (§. 1366.) ſchon umſtändlich angezeigt habe.

§. 1506.

§. 1506.

Die Adminiſtrirung der Sacramente betrift in den geiſtlichen Reichsſtiftern ganz allein den Biſchof. Dieſer nimmt auf ſeine landesherrliche Rechte hiebey keine Rückſicht. Hingegen concurrirt er als Landesherr in jenen Ländern, wo er entweder nicht Diöceſan iſt oder nur pro parte biſchöfliche Jura hat. 4) In wie ferne der Landesherr auch in Sachen, welche die Verwaltung der Sacramente angehe, concurrire, beſonders wo Mißbräuche unterlaufen, hievon iſt (§. 1376.) umſtändlich gehandelt worden. Sacramente.

§. 1507.

Mit der Verordnung in Anſehung der Faſten-Diſpenſen hat es in den geiſtlichen Stiftern ſeine beſondere Verhältniſſe. Dieſe wird insgemein von dem Stiftsregenten, dem Erz- oder Biſchofe jedes Jahr regulirt. Der Erzbiſchof erhält vermöge der Quinquenal-Facultäten das Diſpenſenrecht von dem Pabſt, und die Biſchöfe ſuchen ſelbiges ebenfalls nach. Die geiſtlichen Fürſten ertheilen auch in eccleſia exemta, ſo weit ſich ſolche erſtreckt, die Diſpenſe, welche ſie nach den Umſtänden von Rom ad tempus, oder in perpetuum erhalten. Da die eximirte Kirchen oft mit anderen Diöceſan Untergebenen vermiſchet ſind, ſo wird die Einförmigkeit gröſtentheils auch in eccleſia exemta Faſten.

 mit

4) Dieſes tritt gar oft ein. Man ſollte glauben ein Biſchof könne nicht Biſchof ſeyn, wenn er nicht zugleich Diöceſan iſt. Allein gleichwie es in Deutſchland Länder gibt, wo der Biſchof Landesherr, aber nicht Diöceſan iſt, ſo gibt es auch Länder und Diſtrikte, die dem Diöceſan angehören, in denen er aber nicht die Biſchöfliche Jura im Ganzen hat. Der Fürſt Abt zu Kempten, der Fürſt Probſt zu Ellwangen haben keine biſchöfliche Gerechtſame im Ganzen, ſondern üben einige nur in eccleſia exemta aus, und ein anderer Biſchof iſt dennoch extra diſtrictus exemtionis der Diöceſan. Einige Diſtrikte der biſchöflichen Länder ſind in einer anderen Diöceß gelegen, und der Biſchof, der in ſelbigen Landesherr iſt, hat in rebus epiſcopalibus nichts zu ſagen.

mit den Diöceſanen beybehalten. Nur machen die exemte geiſtliche Fürſten jedesmal in einigen Stücken, oft nur eine ganz kleine Abweichung, damit der Diöceſan kein Präjudiz gegen die Exemtion hieraus ziehen kann. In der Emſiſchen Punktation (§. 166. n. 2.) glaubten die vereinigten Erzbiſchöfe zwar die Diſpenſen in Abſtinenz, und Faſtengebothen mit Ausſchlieſung des Römiſchen Hofs ſich zuzueignen; Allein die Biſchöfe waren nicht damit verſtanden; dieſe und insbeſondere der Biſchof zu Speyer äußerte in ſeinen Schreiben an den Churfürſten von Mainz in Betref der Emſer Punkten, „wie er die Gründe gezeigt „habe, warum es weder räthlich, noch thunlich ſey, „daß ohne allen Einfluß des allgemeinen Primas in „dem Abſtinenzgeboth von einzelnen Biſchöfen di„ſpenſirt werden könne, oder ſolle. Es würde hier„durch die Einigkeit in einer wichtigen Diſciplinarſa„che ganz zerrüttet; der Biſchof von Speyer glaub„te, daß die Abſtinenztäge ihrer Anzahl nach ver„mindert, und insbeſondere der Samſtag in der Woche „diſpenſirt, und hierüber die Beſtättigung von dem „Pabſt ein für allemahl nachgeſuchet werden ſolle.“

Man ſieht hieraus klar, daß die Erz- und Biſchöfe in Sachen, wo es auf Diſpenſen von allgemeinen Kirchengebothen ankommt, ohne den Pabſt nicht fürfahren können, daß ſie aber ihre Abſichten durch eine einmüthige Vorſtellung erziehlen würden, hieran iſt auch nicht zu zweifeln.

Es haben zwar einige Erz- und Biſchöfe in Betref der Abſtinenztäge ſchon einige Veränderungen, vorzüglich eine Verminderung derſelben vorgenommen. Man hält dafür, daß es mit Bewilligung des päbſtlichen Stuhls geſchehen iſt, denn ſonſt würde die Gewiſſensruhe der Diöceßuntergebenen gekränkt ſeyn. Es geſchieht daher ſehr weislich, wenn ſowohl die

die Erz- als Biſchöfe bey Ertheilung der Diſpenſen ſolches zur allgemeinen Beruhigung vorausſetzen.

Bey den Diſpenſeſachen concurrirt der Landesherr oft. Denn dieſer ſtellt insgemein die Verhältniße ſeines Landes, den Mangel, die Theurung, oder andere Umſtände dem Diöceſan vor, welcher ſodann nothwendig der allgemeinen Wohlfarth wegen, darauf Rückſicht nehmen muß. Es geſchieht auch faſt insgemein ohne alle Widerrede; weil ſelbſt der Biſchof in ſeinem eigenen Stiftslande die weltlichen Dicaſterien über die Umſtände des Landes vor Erlaſſung der gewöhnlichen Faſtenordnung zu Rath zieht.

§. 1508.

Wie weit der Landesherr wegen den Kirchhöfen-Begräbniſſen, und anderen dergleichen relativen Fällen mit dem Biſchof concurrire, hievon iſt (§. 1381.) ausführlich gehandelt worden. Alles was zwiſchen einem Landesherrn, und fremden Diöceſan zur Richtſchnur genommen wird, dieſes ſchlägt auch bey einem geiſtlichen Reichsbiſchof an, der zugleich ſelbſt Landesherr in ſeinem Stiftsſtaate iſt. Begräbniſſe.

§. 1509.

Die ſogenannte Sodalitäten oder Bruderſchaften haben in gewiſſem Betrachte, wenn ſie nicht nach den Beyſpielen einiger Mendicantenorden zur Finanzquelle erſchaffen werden, eine reine und gute Abſicht. In den Stiftern findet man allerorten dergleichen. Selbſt die Erz- und Biſchöfe ſind denſelben einverleibt. Dieſe haben aber auch ſowohl als Biſchöfe, und als Landesherren das Recht dergleichen Sodalitäten, und Bruderſchaften unter ihre Aufſicht zu nehmen; Nur die Vervielfältigung dieſer Sodalitäten in einem, Bruderſchaften.

und

und dem anderen oder auch dem nehmlichen Ort iſt bedenklich, und daher kann auch der Landesherr ſchon auf Abſtellung, oder Einſchränkung derſelben, wenn der Biſchof nicht daran wollte, den Bedacht nehmen; weil durch den Mißbrauch insgemein der Zweck verfehlt, und das Publikum in eine zwangmäſige Contribution geſetzt wird. In Baiern wurden 1768. und 1769. der geiſtlichen Bruderſchaften wegen, einige Edikte von den Landesfürſten erlaſſen.

§. 1510.

Bücherſachen.

In den Ländern der geiſtlichen Reichsſtifter ſind alle Bücher, die auf Religionsſachen einen Bezug haben, der Cenſur unterworfen. Es iſt auch erforderlich, weil ſowohl der Biſchof, als der Landesherr nicht nur das Recht, ſondern auch die Pflicht haben, ſo viel als in ihren Kräften ſtehet, gegen die orthodoxe Lehre anſtößige überhaupt all- diejenige Bücher aus dem Wege zu räumen, welche ihren Untergebenen zur Aergerniß, oder zur Verführung Anlaß geben können. Allein die Denkart eines oder des anderen Biſchofs iſt hierinn größtentheils der Schiedrichter, und eben die Verſchiedenheit der Denkart verhindert die Einigkeit, und zieht oft für einen oder den andern Staat die gefährlichſten Folgen nach ſich. Da der Biſchof mit ſeinem geiſtlichen Vicariat in einem Stiftsſtaat oft anders denkt, als er als Landesherr mit ſeinen weltlichen Dicaſterien geſinnet iſt, ſo müſſen leicht begreiflich Paradoxen erfolgen; oder wenn ſich der Diöceſan mit dem Landesherrn nicht über das Verbot eines anſtößigen Buchs vorher vereiniget, ſo wird insgemein die beſte Abſicht vereitelt. Als der Biſchof zu Freyſingen den 13. Aug. 1766. ein Patent, wegen des Veremund von Lochſtein Schrift von der geiſtlichen Immunität herausgab, ließ Churbaiern den 29. Aug. ein Gegenpatent

patent verkündigen, welches das biſchöfliche Verbot, als einen Eingrif in die Churbaieriſche Landeshoheitsrechte, für null und nichtig erklärte.

In einem Stiftsſtaat, wo der Biſchof zugleich Landesherr iſt, läſt ſich gar leicht allem Unfug abhelfen, wenn es nur an dem Willen nicht fehlet. Als im J. 1790. in den Briefen über Augsburg geiſtliche Perſonen abſcheulicher Laſter angeſchuldet wurden, ward es dem Biſchof äußerſt übel genommen, daß er die Schrift mit Beyhilfe der weltlichen Obrigkeit nicht nach Erforderniß öffentlich geahndet hat. Wenn der Biſchof geſtattet, daß ſeine Geiſtlichkeit ungeahndet, und frey beſchimpft werden darf, ſo verliehrt nur ſein Anſehen in den Augen des Volks dabey.

In dem Erzſtift Cölln, ward von allen Zeiten her die Presfreyheit, und Cenſur in die ſtrengſte Aufſicht genommen. Es liegen Verordnungen dießfalls von Erzbiſchof Hermann vom J. 1487, 1499. Hermann V. und Adolf III. in Mitte. Inſonderheit ließ Erzbiſchof Joſeph Clemens 1715. die von Kaiſer Carl VI. des nehmlichen Jahrs ergangene Verordnung gegen die Mißbräuche der Buchdruckerey zur genauen Befolgung publiciren. 5) Man hat in allen Stiftern deswegen ähnliche Verordnungen. Deſſen ungeachtet geſchieht oft doch geradezu das Gegentheil.

§. 1511.

Denkfreyheit, und Aufklärung.

Der Freyherr v. Moſer ſchreibt in ſeinem vortreflichen Aufſatz: 6) „Denkfreyheit, Prüfungs„und Glaubensfreyheit iſt das Kleinod eines jeden, „ſein Schöpfungsrecht und Geiſteswürde fühlenden „Men-

5) Materialien zur Statiſtik des Niederrheiniſchen Kreiſes B. 1. S. 163.

6) Ueber die Regierung der geiſtlichen Wahlſtaaten in Deutſchland. S. 45.

„Menſchen, und ſoll das beſondere Eigenthum, und „Vorrecht des auf Weisheit, Wahrheit, und Wiſ„ſenſchaften Anſpruch machenden Standes der Ge„lehrten ſeyn. Wie es mit Druck, und Preßfrey„heit in den mehreſten katholiſchen Landen ſtehe? wie „traurig, unvollkommen, ſchlecht der dem Verſtand „mehr verſtopfende, als erhellende Unterricht in Phi„loſophie, Sittenlehre, Geſchichte der Menſchheit, „Staats, und Regierungskunſt, auf katholiſchen „Schulen, und Univerſitäten bisher geweſen, und „größtentheils noch ſeye? davon liegen die eigene Ge„ſtändniſſe patriotiſcher Fürſten, und Männer zu Ta„ge; und eben ſo unläugbar iſt die elende Beſchaffen„heit des zu Erweiterung theilſamer Kenntniſſe, ſo „unentbehrlichen Buchhandels, der ganzen Schrift„ſtellerey, und des Cenſurweſens in den mehreſten „katholiſchen deutſchen Landen; alles ſchiene ſich ver„bunden zu haben, den großen Grundſatz anzupaſſen, „und einzuprägen: Kinder, machts ja nicht zu „helle, ſonſt werdet ihr blind.

Er fährt weiter fort, 6) und hält mit dem Philoſophen Grave dafür; „daß ſich das ganze Auf„klärungsweſen in den geiſtlichen Staaten daran ſtoſ„ſe, weil der Fürſt ſeine Geiſtlichen zu viel fürchten „müſſe, und weil er ſich von ihnen bereden laſſe, daß „ſein Fürſtenhut darauf beruhe, daß das Volk dumm „bleibe, mithin auch nichts zu hoffen ſeye. Das „Haupthinderniß einer geſunden Aufklärung liege, „auch in einem aus der Perſönlichkeit des Regen„ten flieſenden Gebrechen, dem Geburtsfehler (*vitio* „*originis*,) welches ſämtliche Erzſtifter, und die meh„reſten Hochſtifter mit den weltlichen Erb-Fürſten„thümern gemein haben. Die künftige Regenten „der meiſten geiſtlichen Staaten (ſagt er,) ſind gleich „dieſen, ſchon gebohrne Herren, und was ein gebohrner „Herr

7) l. c. S. 87.

„Herr vor ein Menſch ſey, iſt aus der Geſchichte, „und Anblick ſo vieler todter, und lebendigen Fürſten „und Erbprinzen leider! ſo anſchaulich, und überzeu„gend bekannt, daß jeder Beweis überflüßig werde.“ — Das Mittel, wodurch in den geiſtlichen Staaten die Aufklärung erziehlet werden könne, glaubt Freyherr von Moſer des weitern, 8) „daß es die gänz„liche Umſchaffung geiſtlicher Staaten in weltliche „ſey. — Das wie? (ſchlieſet er) liegt in dem gan„zen einfachen Gegenſatz: daß ein geiſtlicher Fürſt „blos deswegen, weil er geiſtlich iſt, vor ſein Land „nie thun kann, und wenn er könnte, nie thun „wird, was ein weltlicher thut, nicht darum, weil „er kann, und will, ſondern weil er ein weltlicher „Fürſt iſt.

Ich halte dafür, der Freyherr von Moſer, und alle diejenige, die ſeiner Meinung beypflichten, haben ſich zu ſtark von den Grundſätzen einer uneingeſchränkten Philoſophie hinreiſſen laſſen, und daher die Grundſätze einer praktiſchen Staatskenntniß verfehlet. Umſchaffung der Staaten iſt eben das Mittel, welches die Aufklärung verhindert, wo die Staatsruhe durch eine zerſtörende Revolution gehemmet iſt, läßt ſich keine Aufklärung erwarten. Man muß den Staat in ſeinen Verhältniſſen laſſen, wie er iſt; weil das Problem noch nicht ſo richtig erhoben, ob der geiſtliche Staat aufgeklärter wäre, wenn er weltlich ſeyn würde. Man irret auch ſehr, wenn man den Mangel der Aufklärung auf Rechnung der Stiftsregenten ſchreibt, vielleicht ſind ſie aufgeklärter als man ſie dafür hält. Allein was nützt es dem Regenten, wenn das Volk die Empfänglichkeit zur Aufklärung noch nicht hat. Unſer Jahrhundert hat zwar hierzu ſchon ſtark ausgeſäet; Es gehört aber ein Jahrhundert dazu, bis die Saat richtig aufkeimet, und mehr als

(8 l. c.

noch ein Jahrhundert, bis man die Früchte genieſen kann. Die Aufklärung in Religionsſachen iſt von dem Volk gar nicht zu erwarten, und eben ſo wenig in einem altkatholiſchen Staate zu verlangen weil ſie mit der chriſtlichen Philoſophie im Contraſt ſtehet. Aufklärung in der politiſchen Denkart, und der Weiſe zu handeln hängt von den Erziehungsgrundſätzen allein ab. Sorgen die geiſtlichen Fürſten für gute Erziehung, ſo wird das Volk, ſo viel es nöthig, aufgeklärt genug ſeyn, um ſeinem Staat getreue, und gehorſame Glieder darzuſtellen. Philoſophiſche Aufklärung dem Volk zu wünſchen, dürfte eben ſo viel ſeyn, als manchem Staat die Mittel zu ſeinem Untergang zu zeigen. — Was hat Frankreich durch die Aufklärung für die Menſchheit gewonnen?

§. 1512.

Schrifte. In dieſem Capitel ſchlagen zum theil die (§. 1391.) angezeigte Schrift, ſo wie die im 43ſten Capitel angeführten Subſidien gröſtentheils an.

Zwey und fünfzigſtes Capitel.

Von der C. Geiſtlichen Reichsſtifter landesherrlichen Rechten, und Pflichten im Geiſtlichen in Anſehung ihrer Geiſtlichkeit, und Perſonen.

Inhalt.

§. 1513.) Einleitung. 1514.) Freyheiten. 1515.) Rang, 1516.) Würde. 1517.) Landſaſſiat. 1518.) Landſtandſchaft. 1519.) Sedisvacanz. 1520.) Wahlen, und Beſtättigung. 1521.) Päbſtliche Monate. 1522.) Präbenden. 1523.) Panisbriefe. 1524.) Jus primariarum precum. 1525.) Patronatsrecht. 1526.) Ordensſachen. 1527.) Gerichtsſtand in geiſtlichen und weltlichen Sachen. 1528.) Accidentien. 1529.) Prieſterweyhe. 1530.) Erbſchaft, und Teſtamentsſachen. 1531.) Eheſachen. 1532.) Kirchendiener. 1533.) Schulmeiſter. 1534.) Eidſachen 1535.) Schriften.

§. 1513.

Was für Rechte den C. Geiſtlichen Reichsfürſten in Anſehung der Landeshoheit über ihre untergebene Geiſtlichkeit, und Perſonen überhaupt zu ſtehen, iſt im 49ſten Capitel ſchon vorausgeſetzt worden. Ueber ihre eigene in den Stiftern befindliche Geiſtlichkeit haben die Stiftsregenten keine Landeshoheit im Geiſtlichen, weil ſie als Erz- und Biſchöfe derſelben nicht fähig ſind; ſondern was ſie größentheils vornehmen, rührt aus dem Grund der Reichsſtändiſchen Landeshoheit her (§. 1487.) der Stifts- Einleitung.

regent als Erz- und Biſchof betrachtet, bedienet ſich der Landeshoheit im Geiſtlichen, ſoferne ihm nöthig iſt die kirchliche Verfaſſung ſeinem Stiftsverhältniß gemäs durch weltliche Mittel zu leiten, und aufrecht zu erhalten. Er kann ſich der Landeshoheit im Geiſtlichen nicht bedienen, wo er nur Diöceſan iſt, weil dieſer keine Landeshoheit im Geiſtlichen, ſondern nur die geiſtliche Gerichtsbarkeit hat. Wohl aber iſt der geiſtliche Stiftsregent in einem fremden Gebiet, wo er die Landeshoheit entweder im Ganzen oder Theilweiß hergebracht hat, ſolche im Geiſtlichen über die kirchliche Verfaſſung auszuüben berechtiget, ſoweit die Reichsgeſetze beſondere Verträge, oder ein Herkommen ihm nicht entgegen ſtehen.

Da Biſchof, und Landesherr in einer, und der nehmlichen Perſon bey geiſtlichen Stiftsregenten vereiniget iſt, ſo läßt ſich nicht allezeit klar entſcheiden, ob der geiſtliche Vorſteher als Biſchof, oder Landesherr dieſes oder jenes ausgeübet habe; Indem ſich die Gerechtſame des Landesfürſten, und Biſchofs auszuüben oft ſehr enge vereinigen. Nur wenn es zu Streitigkeiten, oder Colliſionen kommt, ſucht man die Eigenſchaften des Biſchofs, und Landesherrn zu beſtimmen. Nach den Grundſätzen des H. v. Martini 1) hat ein Regent vermög der geſetzgebenden Gewalt das Recht ein wachtſames Auge zu nehmen, auf die geiſtliche Perſonen, ihre Anzahl, Erlangung unbeweglicher Güter, Anwendung ihrer Reichthümer, Eintretung in den geiſtlichen Stand, auch öffentliche Andachtsübungen, und Feyertage; ferner ſtehe ihm frey, fremde Religionen zu dulden, bey entſtehenden Streitigkeiten ein Stillſchweigen zu gebieten, zu Beylegung derſelben Geiſtliche zuſammen zu berufen, ſchädliche Verlöbniſſe und Ehen, auch

1) Allgemeine deutſche Biblioth. B. 12. Thl. 2. S. 27.

auch andere Verſprechungen, zum voraus zu vernichten, wenn auch gleich ein Eyd oder Gelübde hinzukäme, in ſchweren Kriegszeiten auch die Geiſtliche zur Vertheidigung des Vaterlandes aufzufordern.

Allein in den katholiſchen Stiftern kann man dieſe Wirkungen nicht alle gerade der weltlichen Landeshoheit zuſchreiben, da die mehreſten der Stiftsregent als Erz- oder Biſchof ausübet; daher rühren oft die vielen Gerichtsbarkeitconflicte. Ein geiſtlicher Stiftsregent handelt deswegen ſehr klug, wenn er die weltlichen, und geiſtlichen Dicaſterien in ihre Wirkungs-Sphäre abgeſondert einweiſet, und dabey eben ſo beſtehet, als wie er als Landesherr, oder Biſchof auſſer ſeinem Stiftsgebiet in allen Gegenſtänden zu Werk gehet.

§. 1514.

Der geiſtliche Reichsſtand kann in ſeinen Stiftslanden den geiſtlichen Perſonen beſondere Freyheiten nach Erforderniß der Gegenſtände, theils als geiſtlicher Vorſteher, theils auch als Landesherr ertheilen, wenn ſie nur der ältern Stiftsverfaſſung nicht entgegen ſtehen. In Baiern erhielt die Geiſtlichkeit von Kaiſer Ludwig IV. und den nachfolgenden Herzogen im J. 1322. 63. 1415. 29. 50. 79. 1553. 61. 64. und 80. theils allgemeine, theils beſondere Exemtions- und Freyheitsbriefe gegen die weltlichen Gerichte, auf die nun bey denen in Baiern befindliche unmittelbare Reichsſtifter Rückſicht genommen werden muß, wenn durch neuere Concordaten, und Verträge nichts hieran geändert worden iſt. Es fragt ſich: ob der Stiftsregent ältere Freyheiten, die auf die heutige Verfaſſung nicht mehr paſſen, aufheben könne? hiebey dürfte als ein allgemeiner Satz angenommen werden, daß, wenn der Landesherr dieſe

Freyheiten.

 Frey-

Freyheiten ſelbſt in ältern Zeiten ertheilet, er auch ſolche nach dem Befund ihrer Anſtößigkeit, auf die nehmliche Art aufheben könne, wie ſie gegeben worden. Sind ſelbe aber mit Beyzug des Capitels, der Geiſtlichkeit, oder Landſtände titulo oneroſo, und nicht lucrativo ertheilt worden, wie es oft in Compenſationem, entweder eines ſubſidii charitativi, oder ſonſtigen Uebernahm einer Beſchwerde geſchah, ſo hat der Stiftsregent bey nöthig findender Aufhebung die intereßirten Theile nothwendig um ihre Mitbewilligung anzugehen; erfolgt aber dieſe nicht blos aus Entgegenſtellung unerheblicher Urſachen, ſo kann er nach der Eigenſchaft des Gegenſtands entweder bey dem Pabſt, oder dem Reichsoberhaupt die Aufhebung nachſuchen. Für ſich ſelbſt es aber zu thun, und ſich in einer wechſelſeitigen Staatsverbindlichkeit als Selbſtrichter aufzuwerfen, hat niemal ſtatt.

Eben dieſe Bewandniß hat es bey Beſtättigung derjenigen Freyheiten, die der Geiſtlichkeit in einem Stiftslande zuſtehen. Manchmal beſtättigt ſie der Landesherr durch eine beſondere ſchriftlich oder mündliche Erklärung. Oft werden ſie aber ſchon in der allgemeinen den Landſtänden überhaupt ertheilten Beſtättigung enthalten. Auch dieſe Beſtättigung kann er nicht verſagen, weil ſie eine Bedingung iſt, unter welcher er die Regierung übernimmt.

§. 1515.

Rang. Der Rang, den die hohe, und niedere Geiſtlichkeit in einem Stiftsland hergebracht hat, hängt größtentheils oft von beſonderen Conventionen ab, an welchen dem Landesherrn nichts zu ändern erlaubt iſt, ehe nicht mit den intereßirten Theilen eine andere Uebereinkunft getroffen worden. Die mehrſten Stifter haben in Anſehung des Rangs der Geiſtlichkeit faſt eine gleiche Verfaſſung. Das Domkapitel be-

behauptet unter allen Stiftsſtänden, aus Gründen, die im 3ten Band umſtändlich vorkommen, den erſten Rang. Die perſönliche geiſtliche Dignitäten haben ebenfalls von Alters her ihren eigenen Rang, woran ſich ſo leicht nichts ändern läßt, wenn nicht allenfalls eine neue Würde eingeführt wird, wobey es darauf ankommt, aus welcher Quelle ſolche fließe, und ob der Stiftsregent als Biſchof oder Landesherr ſolches thun könne. Selbſt wenn das Domkapitel gewiſſe Dignitäten z. B. eine Erhöhung, oder Vermehrung der Stifts-Prälaten von dem Pabſt erhält, ſo muß es dem Biſchof vorher anſtändig ſeyn, ſonſt bleibt die Sache ohne Wirkung. In dergleichen Gegenſtände, wo die Reichsſtändiſche Hoheitsrechte concurriren, vermag ein geiſtlicher Stiftsregent mehr als der Pabſt, der ſolche nicht hat, noch geben kann.

§. 1516.

In Anſehung aber der Würden, deren Ertheilung von dem Landesherrn allein abhängt, ſteht es ihm frey, dieſen oder jenen von ſeinem Capitel, oder aus ſeinen Landſtänden, hierzu zu ernennen. Z. B. Er kann nach ſeinen Gutbefinden einen Domkapitularen zum Stadthalter, Miniſter, Präſidenten, Rath machen; Er kann ihm beſondere Ehrentitel, und Gnadenzeichen, welche eine Würde mit ſich führet beylegen. Doch muß jederzeit wiederum auf die Stiftsverfaſſung geſehen werden. In vielen Stiftern wird erfordert, daß der Statthalter, die Dicaſterialpräſidenten, die erſten geiſtlichen und weltlichen Geheimen Räthe aus Domkapitularen, und geiſtlichen Perſonen beſtehen. Er kann alſo gegen die Stiftsverfaſſung keinen Weltlichen zu dieſen Aemtern anſtellen, oder eine weltliche Perſon Conſtitutionswidrig vorziehen. Oft hängen gewiſſe Würden den Aemtern an, auch dieſe kann er nicht trennen ohne Würden.

die erheblichſten Urſachen zu haben. Man ſetzt den Fall: es ſey in einem Stift herkommlich, daß der Domdechant zugleich Statthalter der Reſidenzſtadt ſey. Soferne der Domdechant die Eigenſchaften zum Statthalter nicht hat, ſo müſſen dem Stiftsregenten freye Hände gelaſſen werden, das Amt mit einem tauglichen Subject zu beſetzen. Er kann einen andern Domkapitularen hierzu, aber keineswegs einen weltlichen Miniſter ernennen, weil dieſes gegen alte Landesverträge, gegen die Capitulation, oder ſelbſt gegen die Stiftsconſtitution anſtößig ſeyn würde. Es iſt ſchon bedenklich, wenn ein geiſtlicher Stiftsregent einen fremden zum Miniſter ernennt, ſo ferne er im Stiftslande taugliche Subjecte hat. Dergleichen Verfügungen ziehen eine ſtille Gährung, Abneigung gegen die Regierung, Schalouſien, und insgemein Geſchäftshinderniſſe nach ſich, worunter das Ganze des Stiftsſtaats leidet. Freylich muß man eine Rückſicht auf die Eigenſchaft der Aemter nehmen. Die Statthalterſchaftswürde zu beſetzen ſteht dem Landesherrn allein zu. Er muß erkennen, wer Fähigkeit habe ſeine Stelle zu vertreten. Allein er hat doch die Obliegenheit immer auf die Stiftsconſtitution Rückſicht bey der Standesauswahl zu nehmen. Man ſoll dem Churfürſten von Mainz gefragt haben, warum er den annoch ſo jungen Freyherrn von Dahlberg, ſo vielen ältern Competenten vorgezogen habe? die Antwort war: ſein ruhmvolles Alter nöthigte mich hierzu. Der Stiftsregent hat alſo nicht bey Beſetzung der von ihm abhangenden Würden, und Aemter auf die Perſon, ſondern nur oft auf den Stand, und die Fähigkeit zu ſehen. D. i. daß er einen Domherrn ex gremio wähle, daß er einen Geiſtlichen und keinen Weltlichen zu dieſer oder jener Stelle beſtimme. Wollte aber das Capitel, oder die Landſtände in einer Verfügung dem Landesherrn, oder dem Biſchofen

ſchoſen Schwierigkeiten machen, ſo hat er nach der Eigenſchaft eines geiſtlich- oder weltlichen Regierungsgegenſtandes ſeinen Recurß, entweder an den Pabſte oder den Kaiſer zu nehmen, wiewohl ſich ſehr ſchwer ein Gegenſtand für die päbſtliche Gerichtsbarkeit ergeben wird.

§. 1517.

An und vor ſich iſt die ganze in den Reichsſtiftern befindliche hohe und niedere Geiſtlichkeit landſäſſig, und in geiſtlich- und weltlichen Dingen, vorzüglich in Anſehung des Gerichtszugs dem Stiftsregenten unterworfen. Betrift es ihre Perſon, oder geiſtliche Güter, so hat die Unterwürfigkeit auf den Biſchof Bezug. Geht es aber die Beſitzungen des Domkapituls oder einzelner landſäßigen Güter an, die der Geiſtlichkeit z. B. mittelbaren Prälaten, geiſtlichen Stiftungen, und geiſtlichen Perſonen angehören, ſo ſind ſie dem Landesherrn unterworſen. Landſaſſiat.

Doch waltet hier ein ſonderbarer Unterſchied vor. In den Rheiniſch- Schwäbiſch- und Fränkiſchen Landen haben die Domkapitel, Prälaten, Stiftungen, und auch einzelne geiſtliche Perſonen oft eigenthümliche unmittelbare Beſitzungen; ſie ſind deswegen Realiſten der Reichsritterſchaftlichen Kantonen. Oft ſelbſt Ritterräthe und Ausſchüſſe, (wie wir aus dem 161ſten Capitel erſehen werden,) und ſtehen in der engſten Verbindung mit den Ritterſchaftlichen Kantonen; Ja ſie beſitzen ſelbſt auch auſſer dem Stiftslande durch Erſparniß, oder aus andern Mitteln erkaufte Reichsritterſchaftliche Güter; wegen allen dergleichen Beſitzungen ſind ſie als unmittelbar, und unabhängig von dem Stiftsregenten anzuſehen. Sie müſſen ihre Rechte, ohne von dem Landesherrn vertreten zu werden, ſelbſt ausführen, und ſtehen den-

 ſelben

ſelben in keinem Stück zur Verantwortung. Bey ihren in den Stiftslanden befindlichen mittelbaren Beſitzungen waltet geradezu das Gegentheil ob. Sie ſind dem Stift mit Steuern, Eid, Gehorſam, und Gerichtszwang zugethan, wenn ſie gleich eine Gattung einer höhern Vogtey, gegen andere Landſaſſen, und Unterthanen hergebracht haben.

§. 1518.

Landſtandſchaft.

In denjenigen Stiftern, die mit Landſtänden verſehen ſind, behauptet die hohe Geiſtlichkeit inſonderheit das Domkapitel, und der ſogenannte Prälatenſtand, den erſten Rang und Platz unter den Landſtänden. Was den Landſtänden der Stifter für Gerechtſame und Freyheiten zuſtehen, und in welchem Verhältniſſe ſie mit dem Landesherrn ſtehen, hievon gibt eine vollſtändige Abhandlung in dem 88ſten Capitel ausführlichen Aufſchluß. Man kann hieraus erſehen, wie ſehr die Landeshoheit durch die Gerechtſame der Landſtände, zum augenſcheinlichen Nutzen der Stifter eingeſchränkt ſey.

§. 1519.

Sedisvacanz ꝛc.

Die Verwaltung der Landeshoheitsrechte ge[illegible]t in den unmittelbaren Reichsſtiftern während der Stiftserledigung auf das Domkapitel über. Hievon wird im zweyten Theil des dritten Bandes ausführlich gehandelt.

Wie aber ein Stiftsregent bey mittelbaren Stiftern ſeiner Stiftslande während der Sedisvacanz concurrire, was für Gerechtſame er in geiſtlichen Sachen als Biſchof, und in weltlichen Dingen als Landesherr auszuüben habe, hievon finden wir in dem 69ſten Capitel das erforderliche durch einen vollſtändigen Vortrag erſchöpft.

§. 1520.

Dem geiſtlichen Reichsſtand ſtehen bey den Wahlen mittelbarer Aebte, und Vorſteher der Stifter, und Clöſter in ſeinen Stiftslanden im Hauptweſen diejenige Rechte zu, die der weltliche Landesherr bey mittelbaren Stiftern, und Clöſtern ſeiner weltlichen Lande auszuüben hat, wovon (§§. 1369 und 1370.) ſchon gemeldet worden. Als Biſchof kommen ihn aber auch auſſerdeme, was das Geiſtliche der Wahl ſelbſt betrift, ſehr entſcheidende Gerechtſame zu, worüber das 40ſte, und 69ſte Capitel nachzuſehen ſind. Wegen Baiern, was die daſelbſt unmittelbare Reichsſtifter in Anſehung der Cloſterwahlen anbelanget, gibt der Freyherr von Kreitmayr 2) noch folgende Nachricht. „in Electionibus et Poſtulationibus concurrirt auch gemeiniglich die weltliche Obrigkeit. ... In Baiern, und der obern Pfalz wird die Wahl bey allen Klöſtern, welche Landſtände ſeyn, den Concordaten, und der alten Obſervanz gemäß, mit den Ordinariaten cumulative vorgenommen; das einzige Kloſter Angne allhier ausgenommen, welches zwar bey der Landſchaft immatriculiret aber von dem Franciſcanerorden iſt, da dann die Wahl lediglich durch den Provinzialen gehet. Das Kloſter heil. Creutz in Donauwörth hat ſich ebenfalls hievon eximiren wollen: Es iſt aber die Sache verglichen, und befindet ſich das Churhaus in der Poſſeßion.“ Bey mittelbaren Abteyen, und Prälaturen in Baiern wird der Wahltag nicht a capitulo, ſondern von der Landesherrſchaft, und dem Ordinariat, ſebſt beſtimmet, welche ſich, vi concordati de anno 1583. §. 2. auf die an beeden Orten beſchehene Todfalls-Notification darüber mit einander verglichen, ſo fort in termino convento ihre beederſeitige Commiſſarien zur Wahl abſchicken. Bey Exemten- Wahlen, und Beſtättigung.

2) Ad Codic. bav. l. c. S. 2046.

Orden ſchlägt der a generali denoncinirte Wahlpräſes drey Tage vor, woraus der hieſige geiſtliche Rath einen erwählt: Dem Ordinariat wird zwar der Wahltag ab exemtis intimirt, pflegt aber von demſelben nicht beſchickt zu werden, damit die Abgeordnete mit dem Wahlpräſes, welcher nicht nur nomine Ordinis, ſondern auch ex poteſtate pontificia delegata dabey erſcheint, nicht in das Gedräng kommen. Dann was auf dieſen Fall zwiſchen Churbaiern und Freyſing per receſſum von 1723. §. 10. abgeredet worden, iſt nicht ad effectum gekommen. All dieſes wird auch bey den Oberpfälziſchen Prälaturen, und Abteyen von Alters her ſo beobachtet. Das Kloſter heil. Creuz zu Donauwörth hat ſich zwar von obiger Cumulativa zwiſchen der geiſtlich- und weltlichen Obrigkeit zu eximiren geſucht; das Churhaus iſt aber in poſſeſſione. Die einzige Wahl von der Abtiſſin auf dem Kloſter Anger allhier wird nicht cumulative, ſondern nur unter der Direction des Franciſcaner-Provinzialen, weil das Kloſter ejusdem Ordinis iſt, privative vorgenommen. Prioratswahlen gehen ebenfalls nur durch die Geiſtlichkeit allein; und noch viel weniger concurrirt die Landesherrſchaft bey der Beſtellung jener Kloſteroberen, welche nicht durch die Wahl erſetzt, ſondern nur von den Ordensgeneralen oder Definitoren denominiret werden. Z. E. die Provincialen und Rectoren bey Jeſuiten, Guardiani, und andere Superioren bey Franciſcanern, Capucinern, Carmeliten, Auguſtinern, und dergleichen Orden mehr.

Es beſtehen aber die Wahlpräliminarien = = = = auch in den vorläufigen Deliberationen und Unterredungen, ſowohl wegen der in Vorſchlag gebrachter Perſonen, und Wahlkandidaten, als über den modum Electionis und ob ſolche per Scrutinium oder compromiſſum geſchehen ſolle, item in Projectirung

der

der mit dem neo-electo zu treffenden Capitulation, und was dergleichen Dinge mehr ſind. = = = Bey den hierländiſchen Prälatenwahlen wohnen die Churfürſtliche Commiſſarien vi Concord. de anno 1583. art. 2. zwar wohl den vorläufigen Tractaten, und Deliberationen, nicht aber dem Wahlact ſelbſt bey, ſondern, wann ſie nicht a Capitulo als Scrutatoren oder Compromiſſarien erkieſet ſind, tretten ſie währenden Wahlact ab."

§. 1521.

Die päbſtliche Monate ſind den Stiftern der unmittelbaren Reichsſtände in Anſehung der mittelbaren Collegiatpräbenden, und anderer geiſtlichen Beneficien, beſonders der Dekanaten, und Pfarreyen nicht in Uebung. Wenn dem Stiftsregenten ein Beſetzungsrecht zuſtehet, ſo hat er es insgemein als Biſchof, und nicht als Landesherr. Auſſer den Stiftslanden, wo er Diöceſan iſt, concurrirt der Biſchof bey dergleichen Beſitzungen vermög ſeiner biſchöflichen Gewalt. In Baiern hat der Landesherr die Beneficien-Beſitzung in den päbſtlichen Monaten vi indultus pontificii. Z. B. mit dem Ordinariat zu Freyſingen hat ſich Baiern per receſſum vom 31 Maj. 1718. §. 9. folgendermaſſen darüber verglichen: „was das Lehenrecht der per obitum vacant werdenden Wechſelpfarren betrift, hat es, wann ſich die Vacatur per obitum in den Alternativmonaten ergiebt, beederſeits ſein richtiges: Belangend aber die Erledigung ſolcher Pfarren per abitum, hat man von Seiten des Ordinariats, wann die caſus per reſignationes ſimplices erfolgen, in quovis menſe die Verleyhung zu thun; wo hingegen, da die caſus permutationis, vel potius Promotionis, in menſe pontificio ſeu electorali ſolchergeſtalten ſich anbegeben, daß ein wirklicher Pfarrer auf ein durch Abſter- Päbſtliche Monate.

ben

ben eines andern erledigte Pfarr, mittels der von Churbaiern erhaltener Präſentation, angeſtellt wurde, das Fürſtliche Ordinariat Freyſing die auf ſolche Weis erledigte zweyte Pfarr demjenigen jederzeit verleyhen wird, welchen auf ſelbe gern promovirt zu ſehen, Churbaiern inſinuiren laſſen wird. Mit dem Ordinariat Paſſau iſt per receſſum vom 8 April 1690. §. 3. folgendes verglichen worden. Damit bey Vacatur der Pfarren, und Beneficien, wobey Ihro Churfürſtl. Durchlaucht jus menſis pontificii zuſtändig, hinfüro aller Streit aufgehebt werde, hat man ſich vereinigt, daß ſolche Pfarren und Beneficien, ſie vaciren gleich per mortem naturalem vel civilem nicht ſecundum menſes verliehen werden ſollen; ſondern wo dermalen Ihro Churfürſtl. Durchlaucht einen Pfarrer präſentirt haben, bey nächſter Vacatur der Herr Ordinarius et ſic vice verſa, wo dermalen der Herr Ordinarius, bey nächſter Veränderung, Ihro Churfürſtl. Durchlaucht zu präſentiren haben ſollen."

Daß die päbſtlichen Monate einem Stiftsregenten auſſer ſeiner Diöceß und Stiftslande, bey Collegiatſtiftern ſeyn überlaſſen worden, hievon iſt mir kein Beyſpiel bekannt. Sollte ſich aber doch eines vorfinden, ſo würde ſelber nicht als Biſchof, ſondern als Landesherr im Geiſtlichen die nehmliche Rechte, wie z. B. ein baieriſcher Landesfürſt auszuüben haben.

§. 1522.

Präbenden.

In den unmittelbaren Stiftern der katholiſchen Reichsſtände hängt die Vergebung der Präbenden eigentlich nicht von der Landeshoheit im Geiſtlichen ab. Es kommt auf die Conſtitution des Collegiatſtifts, auf beſondere Verträge, oder das Herkommen an,

an, ob der Stiftsregent zur Beſetzung einer erledig-ten Pfründe ein Recht habe, oder nicht? In den mehrſten Collegiatſtiftern haben die Biſchöfe dieſes Recht in Kraft ihrer biſchöflichen Gewalt an ſich gebracht. Die geiſtliche Einſetzung oder inſtitutionem Canonicam üben ſie daher ebenfalls nicht vermög der landesherrlichen ſondern der biſchöflichen Gewalt aus; Sobald aber ein geiſtlicher Stiftsregent auſſer ſeinem Stiftslande bey der Präbenden-Beſetzung in Collegiatſtiftern etwas zu ſagen hat, ſo kommt es darauf an, ob er als Diöceſan, oder als Landesherr auftrete. Im erſten Fall muß er ſich an Verträge, und Herkommen halten; im zweyten ſtehen ihm die landesherrliche Rechte hiebey nach eben dem Maaße auszuüben zu, wie ich ſchon (§. 1368.) bemerkt habe, und in ſoferne keine beſondere Conventionen, oder ein Herkommen im Wege liegen.

§. 1523.

Gleiche Bewandniß hat es faſt mit den Panis-briefen: Einige Landesherren geben ſolche, nach dem Beyſpiel des Kaiſers, an ihre untergebene Klöſter für alte gediente Hof- und mittelloſe Leute. Es fragt ſich wiederum, aus was für einen Grund dieſes Recht entſtanden ſey. Meinem darfürhalten nach iſt es ſehr ſchwehr, ſolches von der Landeshoheit abzulei-ten. Es verträgt ſich vielmehr mit den Advocatie- und Schutzrechten. Wenn man auf die Ausübung des kaiſerlichen Rechts Panisbriefe zu ertheilen Rückſicht nimmt, ſo ſcheint der Satz aus ganz neuen Vorfällen unter K. Joſephs II. Regierung richtig zu ſeyn, daß der Kaiſer dieſes Recht nur in jenen mit-telbaren Stiftern ausüben kann, wo er es herge-bracht hat. Es beſtärkt allerdings meinem Satz: daß dieſes Recht von dem jure Advocatiae Majeſta-ticae, und nicht von der Landeshoheit abzuleiten ſey. Panis-briefe.

Ver-

Vermög der Landeshoheit, die der Kaiser in keines Reichsſtandeslande hat, könnte er dieſes Recht alſo nirgends [hergebracht] haben. Er übt es alſo nur ex ſupremo Advocatiae jure, und da nur, wo er es ruhig und ohne Widerſpruch hergebracht hat, weil es Länder beſonders geiſtliche Stifter gibt, denen auch beſondere Advocatierechte über ihre Kirche, auſſer der kaiſerlichen Schirmgewalt, zuſtändig ſind, wovon ich im 42ſten Capitel umſtändlich gehandelt habe. Indeſſen iſt über das Recht der erſten Bitte, und der Panisbriefen das 108. Capitel nachzuſehen.

§. 1524.

Jus primariarum precum.

Hier iſt eigentlich die Frage, ob ein katholiſch-geiſtlicher Stiftsregent auf die in ſeinen Stiftslanden gelegene Collegiatſtifter primas preces zu ertheilen berechtigt ſey?

Dieſes Recht kann ihm als Biſchof, und geiſtlichen Fürſten nicht zuſtehen, weil es ad aemulationem juris caeſarei aus einer ganz weltlichen Quelle nehmlich des juris advocatiae ſupremae flieſet. Der Stiftsregent übt dieſes Recht als Landesherr in jenen Stiftern aus, wo er es hergebracht hat.

Der Freyherr von Kreitmayr 3) ſchreibt: katholiſche Fürſten und Stände, welche das jus primariarum precum in ihren Landen nicht beſonders hergebracht haben, ſuchen ſich deſſen weiter nicht, als per modum recomendationis zu prävaliren. Allein dies letztere macht das Recht nicht aus.

Churmainz übet dieſes Recht aus in allen Kirchen, und bey allen Kirchenpfründen im ganzen Erzſtift. Cujuscunque Collaturae et Patronatus, etiam regularium praelatorum et Monaſteriorum ad vacantes praebendas, Canonicatus, altaria, Vicarius.

Wie

3) Ad codic. civil. bavaricum. Thl. 5. S. 1071.

Wie bey Lamerz eine Urkunde vom J. 1729. vorkommt. 4)

Von Trier wird es durch die bekannte Schrift beſtättiget, welche den Titel führet: Jus conferendi primam in menſibus collegiatarum Eccleſiarum vacantem praebendam, non niſi per abuſum primae ſeu primariae preces nuncupatum, recens electo et confirmato Archiepiſcopo trevirenſi ante 699 annos competens, inconcuſſa huiusque et viridi obſervantia confirmatum, ex abundanti etiam autoritate Apoſtolica ſuffultum contra quoscunque; juſſa Capituli trevirenſis ſede vacate 1716. defenſum ac typodatum. Fol.

Der Churfürſt zu Cölln hat das jus primariarum precum Kraft eines von Kaiſer Albrecht I. 1298 ſchon erhaltenen Indults.

Die Biſchöfe zu Würzburg haben es auch bey den eccleſiis collegiatis et Monaſteriis monachorum et monialium plebanis oppidanis, davon man aber 1495 und 1558. keinen anderen Grund, als ein altes Herkommen anzugeben wuſte.

Von andern, beſonders dermalen proteſtantiſchen Stiftern könnte ich noch manches Beyſpiel anführen, welche aber nicht hieher gehören.

Es hat zwar ſeine Richtigkeit, daß auf das Herkommen bey Ausübung des juris primariarum precum in den geiſtlichen Stiftern geſehen werde. Allein dieſes iſt doch wahrhaftig der Grund deſſelben nicht. Dieſer beſteht ganz zuverläßig in dem Advocatierecht, welches die geiſtliche Stiftsregenten über die in ihren Stiftslanden befindliche Collegiatſtifter, und Klöſter auszuüben haben. Nach den Umfang dieſer Advocatie, und Schutzrechte ſollte man dafür hal-

4) De proemin. ſedis mog. §. 16. S. 28.

halten, daß jeder Stiftsregent ohne auf ein Herkommen zu ſehen, ſich des juris primariarum precum ad normam juris Advocatiae majeſtaticae et caeſarei in ſeinem Lande eben ſo bedienen könnte, wie der Kaiſer über alle unmittelbare Reichsſtifter. Das Herkommen beſchränkt die reſervata caeſarea nicht, mithin kann es auch nicht gegen die landesfürſtlichen Advocatierechte wirken. In ältern Zeiten, da man die landesherrliche Rechte nicht ſo genau kannte, iſt vieles verſehen worden, welches man heutzutag fälſchlich für ein Herkommen hält.

Mancher Cloſtercanditat, den man viele Jahre lang wegen Mangel des Geldes, oder ſonſt unerheblicher Urſachen wegen, mit der Aufnahme vergeblich herumgezogen hat, könnte durch die primas preces des Landesfürſten ſeinen Endzweck erreichen. Es iſt zwar kein guter Schluß, wenn man ſagt: die geiſtlichen Regenten einiger Stifter haben dieſes Recht, mithin ſteht es allen zu. Allein dieſer Schluß iſt doch unverwerflich. Einige Stifter, die das jus primarium precum, ausüben, haben es aus dem Grund des Advocatierechts, mithin ſteht es auch ex eodem fonte allen übrigen zu, die ſich deſſen nicht ſpecialiter begeben haben.

§. 1525.

Patronatsrecht

Mit den Pfarrlehen, oder Patronatrechten hat es in deutſchen Stiftern ſehr verſchiedene Bewandniſſe. Wo der geiſtliche Stiftsregent in ſeinem Stiftslande Patronatsherr iſt, übt er dieſes Recht faſt durchgehends als Biſchof aus, und da kommt die Landeshoheit gar nicht in Anſchlag, wie es die Benennung juris patronatus eccleſiaſtici ſchon mit ſich bringt. 5) Hingegen vor das jus epiſcopale nicht

5) Der Verfaſſer der Geſchichte von Juvavien meldet S. 308. daß in dem Salzburgiſchen faſt alle Pfarreyen, und Beneficien im Lande vom Erzbiſchofe conferirt werden.

nicht hat, z. B. auſſer ſeinem Stiftslande oder auſſer der Diöceß, ſo beruhet es zum Theil auf der Landeshoheit, oder auf Verträgen, oder dem Herkommen; und hieraus muß auch bemeſſen werden, was für Wirkungen dem Rechtsinhaber hieran zuſtehen, wie aus dem 68ſten Cap. des mehreren abzunehmen ſeyn wird. Wie der Diöceſan ſich gegen den Landesherrn in Anſehung des Patronatrechts zu benehmen habe, iſt (§. 1371.) gezeigt worden. Das Patronatrecht üben auch Landſaſſen aus. Allein bey dieſen iſt es insgemein quoad effectus beſonders wegen des homagii et annexorum ſehr beſchränkt, und beſteht gröſtentheils nur in dem bloſen Benennungs- (jus nominandi) oder Präſentationsrecht (jus praeſentandi) die übrige Wirkungen ſind bey den Katholiken dem Biſchof, bey den Proteſtanten aber dem Landesherrn vorbehalten.

§. 1526.

Was für Rechte einem geiſtlichen Stiftsregenten in Ordens- und Cloſterſachen ſeiner Stiftslande zuſtehen, hievon kommt das hierher gehörige im 69. Capitel vor. Dahin auch dasjenige gehört, was die Viſitationen der Clöſter in temporalibus betrift. Ordensſachen.

§. 1527.

In wie ferne die geiſtlichen Perſonen in geiſtlichen- und weltlichen Sachen den landesherrlichen Gerichtsſtellen folgbar ſeyn müſſen; hievon iſt ſchon das mehrſte in dem 33ſten Capitel ſonderheitlich bey Auseinanderſetzung der geiſtlich- und weltlichen Sachen abgehandelt worden. In einem Stiftsland, wo der Biſchof zugleich Landesherr iſt, werden Streitigkeiten zwar leichter abgethan; deſſen ungeachtet gehet es aber dennoch oft nicht ohne ſonderbare Jurisdictions-Conflicte ab. Insgemein, weil der geiſtliche Gerichtsſtand in geiſtliche und weltlichen Sachen.

Stand in einen Stift ſeines Daſeyns wegen ſchon der Herrſchende iſt, müſſen die weltliche Stellen dieſem nachgeben.

§. 1528.

Accidentien.

Die Regulirung der geiſtlichen Amtsgebühren, jura ſtolae u. d. beſchieht in den geiſtlichen Stiftern ganz ohne Zuthun der weltlichen Gerichte von dem Biſchof. In den auswärtigen Diöceſen kann der Landesherr aber nicht bey Seite geſetzt werden. Desgleichen geſchieht auch von den geiſtlichen Stiftsregenten in jenen Gebieten, wo er Landesherr, und nicht Biſchof iſt. Hievon iſt ebenfalls ſchon in dem 33ſten Capitel Meldung geſchehen.

§. 1529.

Prieſterweyhe.

Die Weyhe der Prieſter gehört ohnehin gänzlich ad jura ordinis, ſomit zu dem Epiſcopalrecht. Allein, was die Erforderniſſe zur Weyhe eines Prieſters betrift, ſo hangen einige derſelben von der Landes- und Gerichtsherrſchaft ab. Z. B. die Ertheilung des Tituli menſae u. d. Der Biſchof kann ſolche nicht ergänzen, auſſer es wird einer ad menſam epiſcopi, das iſt, auf den Unterhalt des Biſchofs geweyhet, welcher den Geweyhten lebenslänglich, und beſonders in caſum habilitatis mit Ausweiſung ſeiner Competenz verſorgen muß. Wie es zum B. in Baiern gehalten werde, zeigt der Freyherr von Kreitmayr, 6) „ſo freygebig man ſich bey dem bairiſchen Hof in vorigen Zeiten mit Ertheilung des tituli menſae bezeuget hat; ſo ſehr iſt ſolche per reſolutionem Electoralem vom 20 Auguſt 1765. eingeſchränkt worden: dann da ſoll der Churfürſtl. geiſtliche Rath niemand mehr, als Kinder von Hofbedienten, oder andern meritirten Leuten, und auch die-

6) l. c. S. 1019.

dieſe andergeſtalt nicht begutachten, als wann ſie, nebſt anſtändigen Sitten, genugſame Capacität, die Jugend mit Nutzen inſtruiren zu können, beſitzen, und darüber von der hieſigen Akademie der Wiſſenſchaften praevio examine mit beglaubten Atteſtaten verſehen ſind. Die Menge vacirender Weltprieſter, der große Mangel an tüchtigen Inſtructoren, und das häufige Studieren von gemeinen Burgers- und Bauersſöhnen, welche ſich weit beſſer zum Pflug oder andern nützlichen Handthierungen als ad Studia et clericatum ſchicken, waren die Motiven von obverſtandener Churfürſtlicher Revolution."

Wo der Biſchof auch zugleich Landesherr iſt, werden dieſe Requiſiten dennoch von den weltlichen Gerichtsſtellen vor der Weyhe erfordert. Die Biſchöfe ſind daher nicht zufrieden, wenn ſich einer zu Rom (ad limina) oder anderwärts ausweyhen läßt, wenn er nicht ſeinen richtigen titulum mensae beybringet; weil es oft geſchieht, daß dergleichen anderwärts ausgeweyhte Landeskinder am Ende nur den Land heimfallen, ſoferne ſie nicht auf einen beſtimmten titulum ihre Weyhen erhalten haben. Dies iſt immer ein Gegenſtand, der den Landesherrn, wegen der Landeshoheit im Geiſtlichen betrift, und ihm dießfalls wachſam zu ſeyn oblieget.

§. 1530.

Erbſchaft und Teſtamentsſachen.

Die Erb- und Teſtamentsſachen der Geiſtlichen in den Hochſtiftiſchen Landen werden ganz allein nach den biſchöflichen Verordnungen auseinandergeſetzt. Der Stiftsregent concurrirt nur als Landesherr, wenn weltliche Gegenſtände mit einſchlagen; und dann wird die Sache insgemein cumulative behandelt. Ganz anders verhält ſich aber die Sache auſſer dem Stiftslande, wo dem Diöceſan in vielen Punkten durch den Landesherrn die Hände gebunden ſind,

 wie

wie wir (§§. 1379. 1380.) von Baiern erſehen haben. Concordaten, Verträge, und Herkommen müſſen zwiſchen den Landesherrn, und dem Diöceſane immer zur Richtſchnur dienen; denn auſſer dem würde kein Erbe- oder Teſtamentsſache ohne unzählige Juriſdictionsirrungen können auseinandergeſetzt werden. Von dem Erbrecht der Geiſtlichkeit wird im 71. Capitel umſtändlich gehandelt.

§. 1531.

Eheſachen.

In den katholiſch-geiſtlichen Stiftslanden werden die Eheſachen, ſo wie ſichs auch den Rechten nach gebühret, bey den geiſtlichen Gerichten belaſſen. Selbſt mit dem Erkenntniſſe über die bürgerlichen Wirkungen der Eheverlöbniſſe geben ſich die geiſtliche Gerichte in den Stiftern vielfältig ab. Dieſes rührt größtentheils daher, weil die weltlichen Stellen oft zu nachgebend ſind, und denn geht es eben bey den geiſtlichen gleich weiter. Die Präſidenten bey den geiſtlichen Gerichten ſind insgemein mit gnädigen Stiftsherren beſetzt, und da läßt ſich's auch hart widerſprechen. Die Materie von Eheſachen iſt (§§. 1374. 1375.) ſchon ſehr ausführlich behandelt worden. Ich wüſte hier nichts mehr beyzuſetzen, als daß ein Stiftsregent jede Stelle in ihrer Sphäre wirken, und ſolang nach richtigen Grundſätzen gehandelt wird, derſelben nicht Einhalt thun lieſe. Denn was der Dioecesanus in Eheſachen in einem fremden Land vorzunehmen nicht berechtiget iſt, deſſen ſoll er ſich wenigſtens im allgemeinen Betracht, was nicht die Weſenheit des Sacraments betrift, auch in ſeinem Lande nicht unterziehen. Die Gerichtsſtellen gerathen durch Neckereyen gegeneinander, worunter am Ende nur die Parteyen leiden müſſen.

Wie es wegen Eheſachen, ſo die Geiſtlichkeit ſelbſt betreffen, gehalten werde, hievon hab ich (§. 1482.) ſchon Erwähnung gethan.

§. 1532.

Die geringen Kirchendiener, als Meſner, Sacriſtane, Sänger, Miniſtranten, werden in den geiſtlichen Stiftern von der Geiſtlichkeit insgemein angenommen; beſonders wenn von Beſetzung dergleichen Kirchendienſten bey der Dom- oder Hauptkirche die Frage iſt. Bey den Pfarreyen werden ſie zwar von den Pfarrern vorgeſchlagen, aber ſelten ohne Concurrenz der Landesherrſchaft, welche in Anſehung der Beſoldungen, ihres Wandels, des Kirchenrechnungsweſen, und hauptſächlich der Oberaufſicht, faſt jedesmahl etwas zu ſprechen findet. Ueberhaupt kommt es hiebey größtentheils auf das Herkommen in jedem Lande, oft ſogar in einem einzelnen Gebiete, und Ort des nehmlichen Landes an. Kirchendiener.

§. 1533.

Wegen der Aufnahme der Schulmeiſter beruhet alles in Stiftern lediglich auf der Obſervanz. Immer haben die geiſtlichen Stellen mehr, als die Weltlichen zu ſagen, wenn von einer Schulmeiſter-Aufſtellung innerhalb Landes die Frage entſteht. Auſſer Landes, wo die Stiftsregenten nicht Biſchöfe, oder Diöceſanen ſind, nehmen ſie auf ihre landesherrliche Concurrenzrechte dem Herkommen gemäs ſchon Rückſicht. Die Obſervanz gibt in dergleichen Fällen größtentheils den Ausſchlag. Schulmeiſter.

§. 1534.

Bey den Eiden ſieht man in den geiſtlichen Stiftern nicht allezeit auf die Beſchaffenheit der Sache. Wenn auch ein Geiſtlicher wirklich einen Eid ablegt, Eidſachen.

 ſo

ſo geſchieht es immer auf Requiſition bey den geiſtlichen Gerichten. Die Geiſtlichkeit in den Stiftern behauptet gewiſſe Vorzüge, daß ſie auch in weltlichen Sachen, ſo viel möglich, die weltliche Gerichte ganz zu umgehen pflegt. Allein, wo die Geiſtlichkeit einem auswärtigen Dioeceſano, und einem weltlichen Landesherrn unterworfen iſt, legt man bey den Eideserforderniſſen ſchon den Unterſchied der Sachen, der Verträge, und des Herkommens zum Grund. Man darf nur nachſehen, wie es in Baiern mit Eidſachen der Geiſtlichkeit gehalten wird. 7)

§. 1535.

Schriften.

Hier ſchlagen folgende Schriften vorzüglich ein:

Figmentum jurium ſtatus politici in res et perſonas eccleſiaſticas. 1764.

Zacherel (Anſelm.) diſſ. canonico publica de juribus ſtatus politici in res et perſonas Status eccleſiaſtici. München 1763. 4.

Drey

7) Freyherr von Kreitmayr. l. c.

Drey und fünfzigſtes Capitel.

Von der C. G. Reichsſtifter landesherrlichen Rechten, und Pflichten im Geiſtlichen in Anſehung der Sachen.

Inhalt.

§. 1536.) Einleitung. 1537.) Realfreyheiten. 1538.) Gerichtſtand der Geiſtlichen in realibus. 1539.) Geiſtliche Stiftungen. 1540.) Verwaltung der geiſtlichen Stiftungen. 1541.) Verbotene Veräußerung der Kirchen, und Stiftsgüter. 1542.) Cloſtergüter. 1543.) Univerſitäten, und Gymnaſien. 1544.) Lehrſätze, und Ordnungen, 1545.) von den Domſchulen. 1546.) Stadt- und Landſchulen. 1547.) Erhaltung der Schuleinkünfte. 1548.) Kirchen. 1549.) Miſſionen. 1550.) Spitäler. 1551.) Gottesäcker. 1552.) Zehendſachen. 1553.) Decimation der Geiſtlichkeit überhaupt. 1554.) Päbſtliche Decimation. 1555.) Biſchöfliche. 1556.) Erhebungsart, der biſchöflichen Auflagen. 1557.) Landesherrliche Decimation der Geiſtlichkeit. 1558.) Concurrenz des Pabſtes bey der landesherrlichen Decimation, 1559.) und der Erhebungsart. 1560.) Concurrenz der Biſchöfe bey der landesherrlichen Decimation. 1561.) Worauf es ankomme? 1562.) Schwierigkeiten. 1563) Forum in Decimationsſachen. 1564.) Azgerechtigkeit. 1565.) Güterkäufen, und verkaufen. 1566.) Kirchenrechnungen. 1567.) Collecten der Mendicantenklöſter. 1568.) Kirchenſchatz. 1569.) Schriften.

§. 1456.

Wenn man alle diejenige Gegenſtände, welche auf die landesherrliche Rechte, und Pflichten in Anſehung der Sachen einen Bezug haben, hier Einleitung.

ausführen wollte, ſo würde ein eigenes Buch hierzu erfordert. Ich berufe mich größtentheils auf das 43ſte Capitel, in welchem ſchon manches, ſo in gegenwärtiges einſchlägt, vorgetragen worden iſt. Wenn man in das Mittelalter der deutſchen Kirche zurückgeht, ſo hatten beſonders die weltlichen Stände gar nicht viele eigene Rechte in Kirchenſachen über die Geiſtlichen. Alles, was ſie ausübten, rührte entweder 1) von ihren Amt, 2) oder von der Advocatie, oder 3) aus beſonderen königlichen Verleihungen, oder 4) gar aus Uſurpationen, und Mißbräuchen her. Sobald aber die Landeshoheit der Stände eine richtigere Beſtimmung erhielt, ſo bekamen nicht nur die weltlichen Stände, ſondern auch die Stiftsregenten als Landesherren weit mehrere, und anſehnlichere Rechte, als ſie vorhin hatten.

§. 1537.

Realfreyheiten.

In den Stiftern, wo der Biſchof zugleich Landesherr iſt, hat es keine Schwierigkeiten, wenn der Landesherr der Stiftsgeiſtlichkeit, wegen ihrer Güter Realfreyheiten ertheilet. Die Stiftsregenten ſind aber gar nicht freygebig mit dergleichen Ertheilungen; Indem beſonders die Klöſter dergleichen Freyheiten gerne mißbrauchen, und die landesherrliche Hoheitsrechte am Ende hierdurch zu ſchmälern, und gar zu vereiteln ſuchen, wovon es an Beyſpielen nicht fehlet.

§. 1538.

Gerichtſtand der Geiſtlichen in realibus.

Gleichwie ſich die unmittelbare Stiftsregenten der kaiſerlichen Gerichtsbarkeit in weltlichen Sachen nicht entziehen können; eben ſo iſt die Geiſtlichkeit in den Stiftern in allen dinglichen, und perſönlichen Sachen, auch in Straffachen, ſo lang es nur auf Gut, und Geld gehet, oder in bürgerlichen Contracten, und Vergehungen, den landesherrlichen Gerich-

ten

ten unterworfen. Hierüber iſt im 42ſten Cap. (§§. 1383 — 1386.) ſchon das mehrſte geſagt worden. In Baiern hat ſelbſt der päbſtliche Nuntius den 2. Jen. 1580. die landesfürſtliche Gerechtſame über die weltliche Sachen der Klöſter nicht nur anerkannt, ſondern auch beſtättiget.

§. 1539.

Eines der Hauptrechte eines geiſtlichen Stiftsregenten macht die Handhabung, und Aufrechthaltung aller geiſtlichen Stiftungen, ſie mögen Pfründen, Geld, oder Güter betreffen, zuverläßig aus. Dieſes Recht flieſet aus der Landeshoheit unſtreitig; der Stiftsregent erkennet ſolche vom Kaiſer und Reich, mithin liegt ihm auch ob hierauf wachſam zu ſeyn. Es kann auch kein mittelbarer geiſtlich- oder weltlicher Stand ſeines Stifts ohne ſeine Bewilligung mit den Stiftungen, und ihren Gütern etwas unternehmen. Dieſes beſtättigen die Reichsrichterliche Urtheile, die in dergleichen Fällen ſchon vorliegen. Z. B. in dem Reichshofräthlichen Erkenntniſſe das Stift Eichſtätt betreffend heißt es ad Art. 16. habe der Biſchof ebenmäßig zu berichten, aus was Urſachen die Zahl der Canonicorum in den beyden Stiftern Herrieden und Spalt gegen die alte Fundation wolle vermindert werden. In Sachen Speyer: wird in dem Concluſo caeſareo vom 10. Octob. 1766. befohlen: daß ſich die praebendati regii über das, was circa recuperationem deperditorum fundationis vorgeſtellet worden, ſollen vernehmen laſſen. In einem anderen concluſo vom 28 Aug. 1781. wird verordnet: „bleibt desgleichen allen „Rechten zuwiderlaufendes, und zu Schmälerung „des Reichslehnbaren fundi epiſcopalis gereichendes, „und durch keinerley Oberſanz gerechtfertigt zu wer„den vermögendes Unternehmen ſede vacante - - - ein

Geiſtliche Stiftungen.

„für allemahl verbotten.“ — Die Stiftungen, wie wir in der Folge erſehen werden, ſind in den Stiftslanden von ſehr verſchiedenen Gattungen. Die vereinigten Erzbiſchöfe glaubten ſowohl nach dem Coblenzer Congreſſe (§. 151.) als nach der Emſiſchen Punctation (§ 166.) berechtiget zu ſeyn, in Stiftungsſachen Verfügungen zu treffen, und die Stiftungen nach den Zeitumſtänden beſſer zu verwenden, oder zu verändern. Allein es zeigten ſich Schwierigkeiten, welche dieſe Abſicht vereitelten. Die Stiftungen überhaupt müſſen in ihrem Weſen, und Stande erhalten werden, wie es die Abſichten der Stifter erfordern. Jeder Stifter gehet mit dem Stiftsſtaat einen Contract ein, gemäß deſſen der übernehmende Stiftsregent den Willen des Gebers erfüllen muß.

§. 1540.

Verwaltung der geiſtlichen Stiftungen.

In den deutſchen Reichsſtiftern ſcheint der Satz noch nicht hinlänglich erörtert zu ſeyn, ob die Verwaltung, und Oberaufſicht über die geiſtlichen Güter dem Biſchof, oder dem Landesherrn zuſtehe? In der Badiſch- und Mainziſchen Recurßſache das Cloſter Schwarzach betreffend, ward von Churmainz folgender Satz aufgeſtellt. 1) „Es ſeye zwiſchen Temporalien einer geiſtlichen Stiftung ſelbſt, und der Verwaltung der Temporalien wohl zu unterſcheiden.“

Die Temporalien ſelbſt (heißt es,) welche aus Eigenthum, und Privatzuſtändigkeiten, oder aus Jurisdictional- oder anderen Hoheitsrechten beſtehen, können alsdenn als Gegenſtände Kammergerichtlicher Erkenntniſſe ſeyn, wenn über ſolche Güter, und Rechte ein zur Gerichtsbarkeit des Cammergerichts geeigneter Rechtsſtreit darüber entſtehe, oder ſonſt von einem auf ſothane Temporalien Bezug habenden Civil-

1) Reuß deutſche Staatskanzley Thl. 1. S. 207.

Civilacte die Frage ſey, welcher nach der Sachen Eigenſchaft, und Beſchaffenheit die reichsrichterliche Einſicht und Beſtättigung bedürfe. Hingegen die Verwaltung der Temporalien einer geiſtlichen Stiftung, welche in der wirthſchaftlichen, dem Zweck der Stiftung, und den kanoniſchen Vorſchriften gemäſen Verwendung ihrer Gefälle, und in der Ausübung ihrer ſonſtigen Befugniſſe beſtehe, ſeye auf keinerley Art der cammergerichtlichen Beurtheilung unterworfen; vielmehr ſeye dieſe jederzeit ein wahrer Gegenſtand der geiſtlichen Diſciplinargewalt, und ein ſo genaues annexum diſciplinae eccleſiaſticae geweſen, daß ohne ſolches das ganze übrige Gebäude der Kirchendiſciplin nicht beſtehen könne, weil die häußliche Verwirrung einer Stiftung, und die zweckwidrige Verwendung ihrer Gefälle oft die gänzliche Verfehlung des Zwecks ſelbſt, und der ganzen Verfaſſung eines geiſtlichen Inſtituts nach ſich ziehe. Mehrere Beyſpiele zum Beweis dieſes Satzes enthalten die Geſchichte des Kloſters Schwarzach ſelbſt, woraus einige angeführt werden. Wenn auch kaiſerl. Majeſtät oder einzelne Reichsſtände das Recht der Temporaladminiſtration in beſondern Fällen in Anſpruch genommen, und wirklich ausgeübt, oder doch aus dieſem Grund durch ihre Commiſſäre den geiſtlichen Viſitationen circa adminiſtrationem temporalium beygewohnt hätten, ſo ſeye dieſes nicht in Kraft der weltlichen kontertioſen Gerichtsbarkeit, ſondern in Kraft jener beſondern Schutz- und kaſtenvogteylichen Befugniſſe geſchehen. Die Wahlcapitulation ſelbſt enthalte art. XIV. §. 2. einen deutlichen Beweis, daß die Unterſuchung der Temporalienverwaltung vor die Gerichtsbarkeit der Erz- und Biſchöfe gehöre, wenn der Kaiſer darinn verſichere, alles anzuwenden, daß die Erz- und Biſchöfe von dem päbſtlichen Stuhl, „wenn zumalen dieſelbe authoritate paſtorali

„zu

„zu Verbeſſerung und Vermehrung des Gottesdien-„ſtes, auch zu Conſervation und mehrerer Aufnahm „der Kirchen, wider die ungehorſame und üble Haus-„hälter verfahren hätten, mit monitoris, interdictis, „und comminationibus, oder declaratïonibus cenſu-„rarum übereilt oder beſchwert werden."

Allein von Seiten des Cloſters ſagte man in den Anmerkungen über das Erzbiſchöfliche Mainziſche Promemoria, „daß der in dieſen aufgeſtellten Theo-rie über die Gränzen der weltlichen und geiſtlichen Gewalt in Anſehung der Temporalien §. 31. mehrere ältere, und neuere praejudicia der beeden Reichsge-richte, insbeſondere die neueſten Erkenntniſſe des Reichshofraths in ähnlichen Fällen entgegengeſetzt ſeyen, welche freylich unwiderſprechlich den Satz, daß von den geiſtlichen Obern ſchlechterdings nichts, daß die Temporalien mit berühre, ohne Mitwirkung eines kaiſerlichen Commiſſarien vorgenommen, noch weniger zur Suſpenſion oder Depoſition auch nur in ſpiritualibus, geſchritten werden könne, zu ihrem gemeinſchaftlichen Grund haben."

Wenn man die Sache reif überlegt, ſo ſind die Churmainziſche Gründe weder der Theorie, noch der ſtaatsrechtlichen Praxis angemeſſen. Solang von Temporalſachen der geiſtlichen Stiftungen eines dem Stiftsregenten in ſeinen Stiftslanden liegenden Clo-ſters die Rede iſt, da kann es freylich demſelben nie-mand wehren, wenn er als Biſchof auch in die Tem-poralſachen der geiſtlichen Stiftung des Oberaufſichts Rechts ſich bedienet. Es geſchieht vieles in dem Innern der Stifter, welches ſich mit der Ordnung nicht verträgt; Allein ſobald die Frage von den Tem-poralſachen einer geiſtlichen Stiftung entſtehet, die auſſer dem Stiftslande in dem Staat eines anderen Fürſten gelegen ſind; alsdenn kann der Biſchof ſeine biſchöf-

biſchöfliche Rechte nicht geltend machen. Es ſteht ihm zwar zu als Biſchof, und Diöceſan darauf wachſam zu ſeyn, daß die geiſtliche Stiftung aufrecht erhalten, und nicht beſchädiget werde. Er kann aber ſich der Temporalien nicht weiter als es die Verträge, oder das Herkommen ihm geſtatten, unterziehen; und da kommt es darauf an, ob im äußerſten Falle ihm noch eine cumulative Behandlung von dem Landesherrn eingeraumt werde. Wenn man auf die Concordaten der baieriſchen Diöceſanen mit dem Haus Baiern einen Blick wirft, ſo wird dieſer Satz durchgehends beſtättigt. 2) Z. B. in dem Receß mit Freyſingen, heißt es §. 4. „bey Verwaltung der Kirchengüter iſt die *cumulativa* durchgehends, und auf das genaueſte zu beobachten, auch wie in dem 2. Dec. 1717. ausgefertigten gedruckten Rechnungsformular allbereits verordnet, und enthalten iſt, alljährlich die Extracte aus den Rechnungen, ſowohl von unſern Beamten, als denen Hofmarksinnhabern, und der bürgerlichen Obrigkeiten Bedienten, denen Pfarrern um ſo gewiſſer ausgeliefert werden ſollen, als wir in die Uebertreter dieſes unſeres Gebotts, ſobald uns dieſelbe nahmhaft gemacht, mit einer exemplariſchen Beſtrafung unfehlbar angeſehen werden. 3)

Es iſt ſonderbar, wenn ſich die Stiftsregenten als Biſchöfe der Temporalien der Kirchengüter, beſonders in alieno territorio unterziehen wollten. Da ſie ſolche in ihren eigenen Stiftslanden nicht einmahl behaupten können. Der Biſchof hat zwar das Recht, auf die Güter des Capituls der Erhaltung wegen wachſam zu ſeyn, er kann im Fall eines Vergehens eine Temporalienſpere gegen den ſchuldigen Dom-

oder

2) Baieriſche Concordaten und Receſſen mit den innliegenden Stiftern, neue Auflage. 1769. S. 24. 33. 34. 40. 43. und 52.
3) l. c. n. 33. in Specie.

oder Chorherrn verfügen, niemal ſich aber ein Verwaltungsrecht beymeſſen; indem die Temporalien-Verwaltung ganz alleine den Eigenthumsherrn zuſtehet, und der Biſchof nur als Landesherr die Hände in Nothfällen per modum proviſionis die Hände einſchlagen kann, bis der Reichsrichter ihm hierzu weitere Verhaltungsweiſungen gibt. Man könnte zu deſſen Beſtättigung eine Menge der Reichsgerichtlichen Erkenntniſſe anführen, wenn es nicht eine ſchon plat erwieſene Sache wäre. Die Reichsoberhauptliche Verfügungen, durch welche der katholiſche Rathsantheil zu Augsburg, gegen den Biſchof in der Temporaladminiſtration der Jeſuitengüter geſchützt wurden, ſind die beſten Beweiſe (§. 1388.) überhaupt iſt dieſe Materie (§§. 1386 — 1389.) ziemlich vollſtändig erörtert worden. Alles was der Stiftsregent in den Temporalſachen circa ſupremam inſpectionem, oder adminiſtrationem vornehmen kann, hierzu iſt er nicht als Biſchof, ſondern als Landesherr berechtiget. Auſſer ſeinem Stiftslande ſteht ihm als Diöceſan nur dasjenige zu, was Verträge, oder das Herkommen mit ſich bringet.

§. 1541.

Verbottene Veräußerung der Kirchen- und Stiftungsgüter.

Die Regenten der geiſtlichen Stiftsſtaaten ſind ſowohl als Biſchöfe, und Landesherren in Anſehung der Verwaltung der geiſtlichen Güter, und Stiftungen ſehr eingeſchränkt. Die Unveräußerlichkeit war immer das Haupt- und Grundgeſetz aller geiſtlichen Stifter. Durch geiſtliche und weltliche Verordnungen wurden ihre Regenten hierauf verwieſen. Die Geſchichte liefert hierinnfalls die ſtärkſten Beweiſe, beſonders, daß man die Vorſteher der Stifter in allen dergleichen Unternehmungen an den Conſens ihrer Capitul gebunden habe. Die päbſtlichen Rechte beſtättigen es in cap. fin. de his, quae fiunt a majori

jori parte. Selbſt ohne Hinſicht auf die von den Biſchöfen erlangte Regalien Belehnung wird die Unveräußerlichkeit der geiſtlichen Stiftungsgüter überhaupt durch die kaiſerliche Satzungen, und das unwiderſprechliche Herkommen befeſtiget. Kaiſer Conrad machte deswegen ſchon 1039. eine nachdrückliche Verordnung. 4) Kaiſer Friederich I. beſtärkte ſolches 1153. durch eine gleiche. 5) Pabſt Alexander machte diesfalls 1177. eine ſonderbare Vorſehung. 6) In Königs Wilhelm Conſtitution vom J. 1255. ward allen Veräußerungen der Kirchen- und Stiftungsgüter vorgebeugt 7) Kaiſer Friederich II. vernichtete 1230. die von dem Biſchof von Freyſingen dem Herzog in Baiern geſchehene Belehnung mit den Dotalgütern der Kirche. 8) P. Lucius verbott 1182. dem Biſchof zu Paſſau absque conſenſu Capituli die Veräußerung aller Güter, 9) und ſeine Nachfolger wiederholten dieſes Verbott. In der Eichſtättiſchen Capitulation vom J. 1259. wurden dem Biſchof alle Veräußerungen ſehr nachdrücklich eingeſtellt. 10) Kraft des Cardinals Branda Reformation vom J. 1422. mußte der Erzbiſchof zu Mainz gegen alle Güter Veräußerungen angeloben. 11) Biſchof Wigand, und ſein Capitel zu Bamberg traten vermög Vergleichs vom J. 1552. dem Markgraf Albrecht dem Jüngern 22. Ortſchaften, und Güter ab, um Ruhe zu erhalten. Kaiſer Carl V. caßirte wegen dem Geſetze der Unveräußerlichkeit im nehmlichen Jahr den Vergleich. 12) In der

4) Senkenberg in corp. jur. feud. Germ. S. 530.
5) l. c. S. 521.
6) In Chronico Reicherspergenſi bey Ludwig Scriptor. bambergenſium vol. 2. S. 317.
7) Senkenberg. l. c. S. 565.
8) l. c. S. 552.
9) Hanſitz. tom. 1. S. 333.
10) Falkenſtein cod. dipl. antiquitatum Nordgav. S. 49.
11) Bey Ludwig in reliquiis MSS. tom. XI. S. 390.
12) Falkenſtein Thl. 4. Abh. 2. S. 577.

der Oſznabrückiſchen beſtändigen Wahlcapitulation art. 39. iſt allen möglichen Veräußerungen vorgebogen worden. 13) In des Biſchofs Burchards zu Hildesheim, Verſchreibung vom J. 1568. iſt ſo gar die verſio in rem bedungen worden, wenn das Stift wegen den Schulden ihres Vorſtehers ſollte in Anſpruch genommen werden. 14) Ueberhaupt iſt faſt kein Stift in Deutſchland anzutreffen, bey welchem nicht in den Capitulationen, Statuten, und Verträgen alle Veräußerung auf das ſtrengſte verbotten wurde. 15) Man ſorgte bey der Coſtnitzer Kirchenverſammlung für die Unveräußerlichkeit der römiſchen Kirchengüter. (§.93.) Um ſoviel mehr waren die Regenten der deutſchen Stifter von jeher auf die Erhaltung der ihrigen bedacht. Erzbiſchof Mathäus zu Salzburg ſtellte ſich mit ſeinen Suffraganen an die Spitze gegen die Gültigkeit jenes Indults, welchen Pabſt Clemens VII. 1530. den Erzherzog Ferdinand in Oeſterreich zur Veräußerung der Kirchengüter ertheilte, und brachte die Vernichtung deſſelben bey dem Reich zuwege, 16) die deutſche Geiſtlichkeit muſte für die Erhaltung der Kirchengüter wachen; da die weltlichen Fürſten nach ſelbigen die Hände ſo weit ausſtreckten.

§. 1542.

Clöſtergüter.

In wie weit ein geiſtlicher Stiftsregent die Temporalien ſeiner im Lande gelegenen Clöſter in die Aufſicht zu nehmen habe, und in wie ferne er für die Aufrechterhaltung dieſer geiſtlichen Stiftungen zu ſorgen verpflichtet ſey, dieſes kommt im 69ſten Capitel

13) Strubens obſerv. jur. et hiſt. german. obſ. 4. §. 17.

14) Treuers Münchhauſiſche Geſchichtshiſtorie im Anhang. S. 222.

15) Struben führt in ſeinen Nebenſt. Thl. 1. S. 145. verſchiedene Auszüge von dergleichen Veräußerungsverbotten an.

16) Nachrichten von Juvavien. S. 220.

pitel vor. Die Aufhebung der Clöſter, welche doch in allem Betracht wahre geiſtliche Stiftungen ſind, muß man als eine platte Ausnahme von der Regel anſehen. Indeſſen iſt ein ſtarker Beweis, daß der Biſchof in Temporalſachen der Geiſtlichkeit, beſonders mit Aufhebung eines Cloſters nicht freye Hände hat. Wäre der Erzbiſchof zu Mainz nicht zugleich Landesherr über die zu Mainz aufgehobene 2. Clöſter geweſen, würde ſolche niemal zu Stande gekommen ſeyn. Die Temporalien der Clöſter ſind großentheils (ich ſage nicht vollkommen) dem Oberaufſichtsrechte des Landesherrn unterworfen, wenn dieſer nicht will, ſo kann der Biſchof nicht nach ſeinem Gutbefinden verfahren. In einem fremden Lande würde ein Biſchof mit der Aufhebung der Clöſter, oder mit einer beſondern Einmiſchung in die Temporalien gewiß ſo wenig durchdringen, als mit dem Unterſchied zwiſchen den Temporalien einer Stiftung, und der Verwaltung der Temporalien hinauslangen. Es bleibt faſt eine richtige Regel: was der Biſchof als Dioeceſanus circa temporalia der Clöſter in einem fremden Lande nicht zu thun vermag, hiezu iſt der in ſeinem eigenen Stiftslande eben auch nicht als Biſchof, ſondern nur als Landesherr berechtigt. Denn, wenn man den Satz von Churmainz (§. 1539.) als richtig annehmen wollte, daß die Temporalien der geiſtlichen Stiftungen mit der klöſterlichen Diſciplin zuſammenhangend ſeyn, ſo würden die Biſchöfe ſehr viel dabey verliehren; weil ſich die Landesherren ex paritate rationis auch in die Diſciplinarſachen der geiſtlichen Stifter, und Clöſter miſchen müſten.

§. 1543.

In den deutſchen Domſtiftern hatte es von jeher ſehr gelehrte Biſchöfe, und Kirchenvorſteher gegeben. Univerſitäten und Gymnaſien.

geben. 17) Auch an gelehrten Männern fehlte es nicht. Vor Alters ſahen die Biſchöfe nicht ſo ſehr auf das Geld, gelehrte Männer wurden allerorten in die

17) Was Fuld für groſe Fürſten, und gelehrte Männer hatte, iſt (§. 635. n. 3.) angeführt worden. Ein gleiches Zeugnis kommt (§. 644. 2. 36.) von Corvey vor, ich will hier von meinen geſammelten Nachrichten noch etwas einrücken. Mainz hatte in ältern Zeiten ſehr gelehrte Erzbiſchöfe: der groſe Raban vermachte ſeinen Bücherſchatz der Abtey Fulda und dem Stift zu St. Alban in Mainz, ſeine Schriften ſind in 6. Folianten zu Cölln 1627. gedruckt. Von dem Erzbiſchof Aribo hat man geiſtliche Schriften in ſpecie über die Auslegung des Staffelgebers. Erzbiſchof Chriſtian verſtand die griechiſche, Lateiniſche, Franzöſiſche, und Walloniſche Sprache vollkommen, und ſchrieb das Leben K. Friederichs I. Erzbiſchof Peter des Kaiſers Leibarzt erhielt das Pallium von dem Pabſt nebſt einem Schreiben, worinn es hieß: cum noveris tam perite curare corpora, noveris etiam deinceps curare animas. — Der trieriſche Erzbiſchof Amalharius ein Schüler Alucins, war der Verfaſſer des Buchs de Sacramento Baptiſmi, ſo er Carl dem Großen zueignete, und unter Alucins Nahmen bekannt wurde. — Wer kennt nicht die gelehrten Schriften des Otto friſingenſis? darunter ſich das Chronicon rerum ab initio mundi usque ad ann. 1146. befindet. Die 2. Bücher de geſtis friderici barbaroſſae. Die hiſtoria auſtriaca bey Laſius, und die dialectica nebſt den opuſculis philoſophicis. Meichebeck ſchreibt in ſeinen hiſt. friſing. tom. 1. S. 341. von ihm: Otto primus diſputand. ſubtilitatem ad bavaros auſtrales que detulit. — Gottfried Biſchof zu Coſtanz, war ein ſehr gelehrter Herr: er ſchrieb verſchiedene Bücher. Insbeſonders hat man die Chronik von St. Blaſi vom J. 746. von ihm. — Biſchof Wiching zu Paſſau hat die bekannte Fuldiſche Jahrbücher vom J. 895 bis 899. fortgeſetzt, die man bey Freyherr ſcript. rer. german. findet. — Biſchof Nothing zu Coſtanz ſchrieb 920. ſchon viele Bücher in gebundener, und ungebundener Rede — Erzbiſchof Weichard iſt der Verfaſſer eines Fragments der Chronik des Hermanus Contractus vom J. 1279 bis 1310. — Biſchof Leopold zu Bamberg hinterließ 1393. verſchiedene gelehrte Werke, beſonders das Epitome de rebus germanorum veterum. — Biſchof Johann zu Augsburg zeichnete ſich durch ſein Werk de ſtatu et poteſtate epiſcoporum 1375. aus. — Biſchof Otto III. zu Coſtanz ein Markgraf von Hochberg ein ſehr gelehrter Herr ſchrieb um das J. 1425. ſelbſt Bücher, wovon ſich eines in der Reichenau befindet. — Biſchof Eglof in Augsburg, überſetzte ſelbſt als Biſchof noch 1474. einige Bücher. — Biſch. Wolfgang zu Paſſau, war um das J. 1540. einer der gelehrteſten Biſchöfe. — Biſchof Johann zu

die Stiftslande gezogen, gut gelohnet, und geſchätzt. In gegenwärtigen Zeiten, da die Zerſtreuung eines Stiftsregenten, wegen ſeiner doppelten Würde zu groß, und zu mannigfältig iſt, da oft Prinzen, und Herren zur Regierung kommen, welchen der Umgang mit gelehrten Männern ſchon eine große Laſt iſt, und endlich da die Regenten der geiſtlichen Stifter ihr Geld lieber zu Bequemlichkeiten, als zur Emporbringung der Wiſſenſchaften, und Belohnung würdiger Männer anwenden, ſo gibt es beſonders wegen Vernachläßigung der lateiniſchen Sprache gegen die ältern Zeiten auch in den Stiftern nicht ſo viele gelehrte Männer mehr.

Indeſſen was die Landesconſtitution mit ſich bringt, und aus Noth doch geſchehen muß, werden die Univerſitäten, und hohe Schulen, denn auch die Gymnaſien mit brauchbaren Männern immer beſetzt. Jeder unmittelbare Stiftsregent hat das Recht als Landesherr eine oder mehrere Univerſitäten in ſeinen Stiftslanden zu errichten. Es wird zwar bey dem Kaiſer um die Erlaubniß zur Errichtung nicht angeſucht; allein die Beſtättigung muß dennoch bey dem Reichshofrath verlangt werden, weil dieſes Recht ad reſervata imperatoria gehöret, und die Errichtung einer Akademie manchmal wegen angränzenden Län-

zu Münſter ſchrieb in 7. Sprachen ſo gut, als er ſie redete. Der Kaiſer machte ihn 1566. zum Reichskammerrichter, und nachher ward er zu Münſter poſtulirt. — Biſchof Gebhard zu Augsburg verfertigte ſelbſt einen Commentar über die Biographie des H. Ulrichs im J. 996. die Welſer 1595. herausgab. — Biſchof Friederich Carl zu Bamberg ſchrieb in deutſcher Sprache 1739. ein Buch die Anbetung Gottes im Geiſt, und in der Wahrheit. — Die Crone von den gelehrten Biſchöfen unſeres Zeitalters iſt der Erzbiſchof, und Churmainziſche Coajutor Freyherr von Dahlberg, der ſich mit ſtatiſtiſchen und philoſophiſchen Werken auszeichnete, und im J. 1787. vorzüglich das tief durchgedachte Werk unter dem Titel: Betrachtungen über das univerſum herausgab.

Ländern Bedenklichkeiten auf ſich haben kann, die vorher gehoben werden müſſen, und eine Akademie keine Gradus ohne das kaiſerliche Privilegium zu haben, ertheilen kann.

In den mehrſten deutſchen Stiftern ſind ſchon Univerſitäten vorhanden; In den Bißthümern ſind ſie wegen dem Studio der Diöceſan Geiſtlichkeit äuſſerſt nothwendig. Die geiſtliche Gelehrſamkeit wird auf den Univerſitäten der Stifter am beſten betrieben, und es ſind nur wenige derſelben, wo die bürgerliche, und Staatswiſſenſchaften hinlänglich, und gut gelehret werden. Mainz und Würzburg zeichnen ſich als die beſte Univerſitäten in den deutſchen Stiftsländern aus.

Ich will hier einige Nachrichten von der Errichtung der in den deutſchen Stiftsländern befindlichen Univerſitäten, und hohen Schulen nachtragen.

Im J. 1388. wurde die Univerſität zu Cölln geſtiftet; man ließt aber von keinem kaiſerlichen Privilegium etwas, obgleich der Kaiſer ſie unter die privilegirten zählet.

1392. Wurde die Univerſität zu Erfurt errichtet; aber auch bey dieſer iſt kein kaiſerliches Privilegium bekannt.

1392. oder 1403. kam die Univerſität zu Würzburg zu Stande. Von einem kaiſerlichen Privilegium hat man keine Nachrichten. Sie gieng wiederum ein, und wurde 1589. erſt durch den berühmten Biſchof Julius neuerdings errichtet, und von dem Kaiſer beſtättiget.

Von Baſel iſt bekannt, daß die dortige Univerſität 1459. mit päbſtlicher Beſtättigung errichtet worden.

Die

Die im J. 1472. zu Trier errichtete Univerſität ward erſt 1539. vollkommen zu Stande gebracht, eine päbſtliche Beſtättigung iſt hierüber vorhanden. Es mag auch an der kaiſerlichen nicht fehlen, weil ſich Churfürſt Franz Ludwig 1722. hierauf öffentlich bezogen hatte.

Die Univerſität zu Mainz legte Churfürſt Dietherr zu Mainz 1477 oder 1482. an. Von einer kaiſerlichen Commißion iſt aber nichts bekannt.

1549. oder 1564. ſtiftete der Otto Truchſes von Waldburg Biſchof zu Augsburg die Akademie zu Dillingen. Sie hat zwar kaiſerliche, und päbſtliche Freyheiten und Rechte mit andern deutſchen Univerſitäten gemein. Allein der Stiftungsfond reichet eben nicht hin, die Lehrſtüle der weltlichen Rechte nach der Erforderniß zu beſetzen. 18)

Biſchof Theodor zu Paderborn errichtete 1616. allda eine Univerſität. Die päbſtliche Beſtättigung iſt zwar bekannt, aber die kaiſerliche nicht.

Zu Salzburg legte Erzbiſchof Markus Sitticus 1617. ein Gymnaſium an, und verſah es mit öffentlichen Lehrſtülen. Kaiſer Ferdinand II. ertheilte ſelbem ſodann 1622. und 1625 das Univerſitätsrecht, mit allen privilegiis academicis.

Die Stiftung der Univerſität zu Bamberg durch den Biſchof Melchior Otto Voit von Salzburg fällt in das J. 1653. von den Privilegien läßt ſich aber nichts beſtimmtes angeben. Von dem Fürſten Adolf, Cämmerer zu Worms einem Freyherrn von Dahlberg als großen Beförderer der Gelehrſamkeit iſt die bey der Abtey Fulda ſchon in alten Zeiten beſtandene Schule zu einer Univerſität erhoben, und

 1733.

18) Aus meiner hiſtoria academiae dillinganae de a. 1782. läßt ſich das mehrere erſehen.

1733. feyerlich eingeweihet worden. Bey der Inauguration, und Promotionen in den vier Facultäten ward eine ſilberne Denkmünze geſchlagen. Die Univerſität hat ſowohl die päbſtlich- als kaiſerliche Beſtättigung erhalten, und iſt gleich andern katholiſchen Univerſitäten mit allen Rechten, Privilegien, und Freyheiten begabet worden. 19)

Aus dieſer Errichtungsgeſchichte kann man ſo viel abnehmen, daß der Landesherr zum beſten ſeiner Lande zwar berechtigt ſey, Univerſitäten, und Schulen zu errichten, die Ertheilung der Freyheiten aber von dem Reichsoberhaupt, als von dieſer Quelle ſie ausflieſen, ſo wie die Beſtättigung nothwendig nachzuſuchen ſey. Die Päbſte haben freylich in ältern Zeiten bey Errichtung der Univerſitäten beſonders deren in den geiſtlichen Stiftslanden vieles zu ſagen gehabt; Dieſes mag auf dem Grund geruhet haben, weil die geiſtlichen Lehrſtüle, mit Akademiſchen Freyheiten in geiſtlichen Sachen von Rom aus verſehen wurden. Die Biſchöfe glaubten eben in allen ihren Unternehmungen nach Rom recurriren zu müßen; größtentheils ward dieſer Recurs deswegen gewählet, um die Schwierigkeiten, die ein dritter etwa machen könnte, abzuleinen, oder zu entkräften. Heutzutag würde bey Errichtung einer neuen Univerſität, oder auch eines einzelnen geiſtlichen Lehrſtuls ein Stiftsregent hart mehr ſich an den päbſtlichen Hof wenden. Wenigſtens haben wir Beyſpiele in neuern Zeiten, daß Mainz, Cölln, Würzburg, Augsburg bey ihren hohen Schulen verſchiedene Einrichtung mit Aufſtellung neuer Lehrſtühle, oder Abbringung einiger der ältern viele Veränderungen vorgenommen haben, ohne daß ein Widerſpruch bey dem Pabſt, oder Kaiſer dagegen angebracht oder dieſerwegen angefragt wor-

19) Eine umſtändliche Nachricht von der Fuldiſchen Schule iſt in Thomas Privatrecht von Fuld Thl. 1. §. 39 zu finden.

worden wäre. Das weſentliche, worinn beſonders in den geiſtlichen Stiftern die Akademiſche Religionsgeſetze beſtehen, kann aus der Einrichtung von Fuld bemeſſen werden: 20) 1) alle Lehrer, und Officialen müſſen katholiſch ſeyn 2) alle Jahr ein Glaubensbekenntniß ablegen. 3) Vertheidigung verdammter Glaubensſätze ſind durchaus verbotten. 4) Proteſtanten können in den drey weltlichen Facultäten Grade erhalten, nur fällt bey dieſen der Glaubenseid hinweg. 4) Alle Schulen, und Hörſäle dieſer 3. Facultäten, auch der Kirchengeſchichte, Sprachen ſtehen allen Glaubensgenoſſen offen.

In den andern Stiftern ſind mehrentheils nur Gymnaſien, und Licea vorhanden. In welchen aber doch auch die Philoſophie, und geiſtliche Rechte gelehret werden. Nicht alle dieſe Liceen ſind von den Päbſten, oder den Kaiſern gefreyet, am wenigſten mit ihrer Bewilligung, ſondern blos nach dem Gutbefinden der Landes- und Stiftsregenten errichtet worden.

Hierzu gehören auch die Akademien der Künſte, oder nützlichen Wiſſenſchaften, die der Landesherr, oder auch eine Geſellſchaft im Lande unter landesherrlicher Beſtättigung errichten kann. Im J. 1754. ward zu Erfurt eine Akademie der nützlichen Wiſſenſchaften errichtet; der Churfürſt zu Mainz iſt Protector. Ihre Schriften kommen unter dem Titel: Acta Academiae electoralis moguntinae Scientiarum utilium, quae erfordiae eſt &c. heraus.

§. 1544.

Auſſer den Univerſitäten, Gymnaſien, und Liceen gibt es in den Domſtiftern noch verſchiedene andere Schulen. Lehrſätze und Ordnungen.

 Z. B.

20) Thomas l. c. Thl. 1. §. 40. 8. 78.

z. B. die Schulſeminarien, Domſchulen, Stadt- und Landſchulen.

Die Schulſeminarien, wenn ſie mit Alumnen beſetzt ſind, hangen in allen Stiftern ganz allein von dem Biſchof ab. Die Domſchule geht größtentheils das Domkapitel an. Die Stadt- und Landſchulen betreffen den Landesherrn.

Dieſer hat in den hohen, wie in den niederen und gemeinen Schulen das Recht, Verordnungen zu machen, die Lehrſätze, und auch die Lehrart zu beſtimmen, überhaupt alle Vorkehrungen zum Beſten des Schulweſens zu treffen. Die Domſchule geht aber, wenn nicht ein beſonderes Herkommen obwaltet, den Landesherrn nichts an, wie wir aus nachſtehendem Spho zu erſehen haben. Es läßt ſich auch ſchon einigermaſſen aus einem Reichshofrathserkenntniß vom 10ten Jener 1774. erſehen: „Ihro K. Maj. „hätten aus einer gewiſſen Anzeige misfälligſt erſe„hen, was maſſen der Herr Biſchof und Fürſt zu „Eichſtätt auf beſchehene Klage, daß der Rector „Licaei keinen Jüngling, der nicht zuvor die Dom„ſchule frequentiret, oder mittelſt Erlegung eines ſiche„ren quanti von dieſer Frequentation diſpenſirt wor„den, aufnehme, die von ſeiner ſubordinirten „Regierung abgefaßte Sentenz ex Cabineto reformirt „habe, obwohl der Freyheitsbeſitz offenbar wäre, und „er ſelbſt dieſe Juſtitzſache erwehnter Regierung der „Ordnung gemäß zum Spruch Rechtens zugeſandt hät„te: Kaiſerl. Majeſtät lieſen es alſo bey dem Regie„rungsdekret vom 14 Nov. 1772. mit Aufhebung des „ex Cabineto erlaſſenen ad marginati lediglich bewen„den, und geboten dem Herrn Fürſten allergnädigſt „auf, dem Sohn des Appellanten, ſo wie jedem an„dern den freyen Zutritt in das Licaeum nach ge„ſchehener Prüfung zu geſtatten.“

§. 1545.

§. 1545.

Den Biſchöfen und Aebten lag vor Alters das Schulweſen allein ob, und die weltlichen waren hievon wahrſcheinlich entledigt, weil ſie nichts verſtunden. In den Domſtiftern, und Clöſtern hatte man ſchon zu Carl des Großen Zeiten, mehrere Gattungen der Schulen. Ich finde bey Thomaſino 21) eigentlich vier verſchiedene Schulen. Die Pfarrſchulen in den Pfarrhäuſern; die Abtsſchulen in den Clöſtern für die Mönche. Die biſchöfliche in den Biſchofshöfen, und endlich die pfalzgräfliche, in den königlichen Wohnſitzen, und Pläzen. Die leztere Art von Schulen veränderte mit dem Abzug des Kaiſers ſeinen Standort. Carl der Große gab dem Abt Baugulf zu Fuld ſchon eine Deutung zur Errichtung einer Schule. Kaiſer Ludwig, Otto I. Heinrich IV. und V. gaben der Schule zu Fuld viele, und große Freyheiten. 22) Aus allem dem ergibt ſich dennoch nicht, daß zu Fuld damals eine Domſchule ſchon errichtet worden war. Die Domſchule hat ihre Urſtände erſt im 9ten und 10ten Jahrhundert zu ſuchen. Biſchof Symbert war einer der erſten, welcher 890. eine Domſchule zu Augsburg errichtet hat. Zu Worms machte das Domkapitel 1260. einige Statuten und Verordnungen, wie ſich der Vorſteher der Domſchule (Scholaſticus) benehmen ſolle. 23) Man kann hieraus ſchlieſen, daß die Domſchule von jeher den Domkapitulen untergeordnet war. Der Freyherr von Moſer 24) ſchreibt hierüber: „Die bey den hohen Stiftern befindliche Dom„ſchulen, waren nicht nur vor den Unterricht, und „die Studien der Domicellaren, ſondern auch für

Von den Domſchulen.

21) De diſciplina eccleſiaſt. &c. P. 2. l. 1. c. 16.
22) Thomas l. c. §. 39.
23) Schannat de cod. dipl. S. 128.
24) Ueber die Regierung der geiſtl. Staaten. S. 94.

„ihre Sitten, Leben, und Wandel gewidmet; des „Domſcholaſters Recht, und Pflicht war, über bey- „de zu wachen, nach den Stiftsſtatuten, und einzel- „nen Paſtoralverordnungen der Erz- und Biſchöfe z. „B. der Mainziſchen von 1780. ſoll er beydes nach, „und ſogar die ausgeartete, und unwürdige dem Ge- „neralcapitel nahmentlich anzeigen, dies ſoll er, wie „wenig es geſchieht iſt allgemein bekannt. Auch „würde die Wiederſtellung, Umformung, und Moder- „nißirung der Domſchulen eben ſo wenig ein neues „Geſchlecht von Domherren hervorbringen, als die „heutige Ritterakademien den alten deutſchen Ritter- „geiſt, und ſo ſehr erſtorbene allgemeine Vaterlands- „liebe wieder aufwecken werden."

Die Domſchulen für die Domicellaren ſind in Deutſchland heutzutage bis auf den Namen des Scholaſters erloſchen, der gleichſam zum Angedenken die Einkünfte beziehet. Die Domſchulen werden mehrentheils nur für die Kinder der Dom- und Stiftspfarrey fortgeführt, die das Domkapitel faſt durchgehends unter ſeiner Aufſicht, und auch für die Beſoldung der Schulmeiſter zu ſorgen hat.

In den deutſchen Stiftern hat alles, und ſo auch die Domſchule eine andere Geſtalt angenommen. Bey den Clöſtern waren vor Alters zweyerley Schulen: die Cloſterſchule (Schola clauſtralis) für diejenige, die in den Orden giengen, und die äußere Schule (Schola exterior,) welche von den Canonicis, und der ſtudierenden Jugend beſucht wurde. 25) Dieſes hört nun alles auf. Blos in den fürſtlichen Abteyen iſt die Cloſterſchule noch beybehalten worden. In den ſeculariſirten Stiftern ſtudieren die Domherren, wo ſie wollen, und der Landesherr hat bey der Dom- ſchule, wo noch Ueberbleibſel davon ſind, faſt nichts mehr

25) Lehmann Speyr. Chron. S. 128.

mehr zu ſagen; In den Domſchulen, die größtentheils nur Kinderſchulen ſind, muß ſich das Capitel an die einförmige Lehrſätze, und Art, die von dem Landesherrn vorgeſchrieben iſt, halten, ſonſt hat es immer eine Zurechtweiſung zu gewärtigen.

§. 1546.

In den deutſchen Stiftern ſollte die Beſtellung der Stadt- und Landſchulen an und vor ſich ganz allein von dem Landesherrn, und nicht von dem Biſchof abhangen. In den mehrſten Stiftern liegt das Schul- und Erziehungsweſen noch in den Händen der Geiſtlichkeit, und deswegen gewinnt es auch keinen Fortgang Trier, und Cölln beklagte in öffentlichen Aeußerungen, daß ihr Landvolk in der dümmſten Unwiſſenheit bisher dahingelebt habe; und der große Churfürſt Joſeph Emerich zu Mainz bewies bey feyerlicher Eröffnung des Emerinianiſchen Gymnaſiums zu Mainz, im J. 1773. den verderbten Zuſtand des Erziehungs- und Schulweſens im Mainziſchen vor der merkwürdigen Reformationsepoche. 26) An und vor ſich iſt es freylich eines, ob der Biſchof, oder Landesherr, da beydes in einer Perſon beyſammen ſtehet, das Schul- und Erziehungsweſen unter ſeine Aufſicht nehme. Allein in der Wirkung zeigt ſich ein großer Unterſchied. Die Geiſtlichkeit, und noch eben ſo wenig die Conſiſtorien, und geiſtliche Gerichte haben ſchon ihres Standes wegen zu dem Schul- und Erziehungsweſen die erforderliche Geſchicklichkeit nicht. Ich habe dieſes ſchon anderwärts weitläuftig, und mit beſonderen Bemerkungen gezeiget. 27) Es wird hier nur erforderlich ſeyn die alldort angeführte Mittel in Kürze zu bemerken, welche

Stadt- und Land-ſchulen.

26) Allgemeine Bibliothek des Schul- und Erziehungsweſens in Deutſchland. B. 3. S. 442.

27) In meiner Staatiſtiſchen Abhandlung über die Mängel in den geiſtl. Stiftsſtaaten. S. 203 — 217.

che von dem Landesherrn zur Bezielung guter Stadt- und Landſchulen angewandt werden müſſen. 1) Die Errichtung einer Erziehungsſchule. 2) Eine genaue Erziehungsordnung. 3) Publicität der Verordnungen. 4) Aufſtellung fähiger Erziehungs- und Schullehrer in Städten und Dörfern, 5) Beywirkung der Seelſorger, 6) Aufſicht der Policey zur Beförderung einer einförmigen Erziehung ſowohl in Grundſätzen, als in der Art. 7) Gute Beſoldung der Schul- und Erziehungslehrer. 8) Ausweiſung ergiebiger Fonds, und Mittel. Was in einigen Stiftern als zu Mainz, Trier, Cölln, Paderborn, Fuld, Salzburg, Speyer, und Münſter, ſowohl in Rückſicht auf die Erziehung, als auf die Schulen ſchon für zweckmäßige Einrichtungen, und Verfügungen getroffen worden ſind, habe in der bemerkten Abhandlung ſchon ausführlich gezeiget. 28) Man muß die Nothwendigkeit hieraus klar abnehmen, daß der Landesherr in dem Schul- und Erziehungsweſen die Hände allein einſchlagen ſoll, weil das Schulweſen mit dem Erziehungsweſen in der genaueſten Verbindung ſtehet, und ohne die ſtrengſte Maasregeln der landesherrlichen Policey, nicht kann ausgeführet werden. Der Landesherr muß hierinn dem Biſchof die Hände bieten; denn ſonſt kann die Einförmigkeit des Schul- undErziehungsweſens nicht bewerkſtelligt werden. Der Biſchof, und die geiſtliche Gerichte haben ſchon die Mittel, welche zu dieſem großen Werk, wovon die Glückſeeligkeit des Staats ganz abhängt, erfordert werden, nicht in Handen. Ohne einen beſtimmten, und ſehr ergiebigen Fond, den der Landesherr alleinig auswerfen, und anweiſen muß, iſt der Endzweck gar nicht zu erreichen. Allein, ſo lang nicht die Einförmigkeit

28) l. c. ſtehen alle die Beyſpiele, und Verordnungen, welche in dieſen Stiftern vorkommen. Fuld und Speyer haben dießfalls am mehrſten gethan. Journal v. u. f. Deutſchl. 1785. St. 5. S. 447.

migkeit der Denkart in Stiftern zu Stande kommt, an welcher es im Ganzen noch fehlet, ſo kann auch das einförmige Erziehungs- und Schulſyſtem bey den beſten Verordnungen nicht durchgeſetzt werden; und ſolang man in den Stiftern nicht von dem Grundſatz überzeugt iſt, daß Lehrer, und Kinder ſyſtmatiſch gebildet werden müſſen, ſo wird ſchwerlich ein einförmig und gutes Schul- und Erziehungsweſen zu Stande kommen. Da Biſchof, und Landesherr in einer Perſon vereiniget ſind, ſo konnte es in Stiftern am erſten zu hoffen ſeyn; aber der Biſchof müßte ſeine landesherrliche Gewalt der biſchöflichen oft den Vorzug einräumen, und deswegen geſchieht es nicht. 29)

§. 1547.

Ueberhaupt waltet in den deutſchen Stiftern noch der weſentliche Fehler vor, daß man das Schulweſen als einen Gegenſtand anſieht, der den Biſchof, oder die geiſtliche Gerichte angehet. Alles, was auf Schulſachen Bezug hat, betrift nach allgemein bewährten Grundſätzen den Landesherrn, und nicht den Biſchof. Die Stiftsregenten, welche freylich nur durch ihre Rathgeber irre geführt werden, dürfen ſich nur nach den dießfalls ergangenen reichsgerichtlichen Erkenntniſſen bemeſſen. Die Erhaltung der Schuleinkünfte liegt ein für allemahl dem Landesherrn ob. Der Reichshofrath hat den 13. Nov. 1775. dem Biſchof zu Augsburg ſehr entſcheidend zu Recht gewieſen, daß er den Magiſtrat zu Biberach, wegen denen zum Behuf der Schul- und Lehranſtalten zu Biberach beſtimmten Stiftungsgeldern klaglos ſtellen ſolle. 30) Wenn die Schulſachen nicht als eine welt-

Erhaltung der Schuleinkünfte.

29) Vorbecks Schulſtatiſtik ſollte wohl in den Stiftern eine Beherzigung am erſten verdienen.

30) Moſers Staatshandbuch. Thl. 2. S. 254.

weltliche Sache, (ſobald nicht von dem Religionsunterricht die Frage iſt) betrachtet würden, ſo konnte ja der Reichshofrath nicht in dieſen Gegenſtänden erkennen. Dieſes ſollte ſchon alleinig den Stiftsregenten beſtimmen, ſelbſt in ſeinem Stiftslande auf dieſen Grundſatz Rückſicht zu nehmen. Nur ſo weit es Verträge, oder das Herkommen mit ſich bringt, hat der Biſchof in Anſehung der Schuleinkünfte, und des Schulweſens in einem auswärtigen Lande zu concurriren. Was die in alieno zu Stiftungen, und Schulanſtalten gelegene Güter, und Einkünfte belangt, muß der Stiftsregent freylich auf derſelben Erhaltung wachſam ſeyn, wie es die conclusa caesarea in Sachen Worms, und Speyer von den J. 1775 und 1777. bey Aufhebung des Jeſuitenordens bewähren. 31) Allein im Hauptweſen ſtellet ſich der Stiftsregent nicht als Biſchof, ſondern als Landesherr gegen denjenigen Landesherrn dar, der ihm Eingriffe thut; denn ſonſt könnte die Sache nicht bey den Reichsgerichten anhängig gemacht werden, wenn der Gegenſtand als eine geiſtliche Sache anzuſehen wäre.

§. 1548.

Kirchen. Kirchen, Clöſter, und andere geiſtliche Güter, ſo weit man auf einen geweihten Ort, oder die Immunität Rückſicht nehmen muß, gehen den Landesherrn nicht an. Hierüber wird (§ 1377.) ſchon klare Maaß gegeben. Sobald aber von der Verwaltung der Güter, von Einrichtungen, Streitigkeiten, und dem Schutz die Rede iſt, ſo tritt das landesherrliche Recht im eigenen Stiftslande vollkommen, und in einem auswärtigen die biſchöfliche cumulative Befugniſſe nur nach dem Maaß des Herkommens, oder der Verträge ein. Wie es Baiern mit den inngelegenen Hochſtiftern halte, hab ich ſchon (§. 1377.)

31) Moſers Zuſätze. Band 3. S. 528. 759.

1377.) gezeigt. Hierzu gehört noch, daß über den Kirchenapparat die Landesherrſchaft in Baiern die cumulative Aufſicht behauptet. Nur die Kirchen und geweihte Oerter ſind in Baiern von aller weltlichen Bürde, und Gerichtsbarkeit befreyet, welches aber nach den Receſſen von 1684. und 1607. bey allen übrigen Kirchengütern nicht ſtatt hat. 32) Ueberhaupt dienet hier zur Regel: daß die geiſtlichen Stiftsregenten in ihren eigenen Landen, als Biſchöfe ein mehreres Recht nicht über Kirchen, Clöſter, und geiſtliche Güter behaupten können, als ihnen in alieno territorio über ſolche im Allgemeinen zuſtehet. Ich ſetzte mit Vorbedacht im Allgemeinen; denn ſie können vi juris pactitii, oder durch ein beſonderes Herkommen mehr hergebracht haben. Auſſer deme aber üben ſie als Landesherren in ihren eigenen Stiftslanden über die geiſtlichen Güter alle diejenige Rechte aus, die im Allgemeinen einen fremden Landesherrn in der biſchöflichen Diöceß über die Verwaltung, und Oberaufſicht der geiſtlichen Güter zuſtehen.

§. 1549.

Der Landesherr hat, wie der Biſchof gleiche Pflichtobliegenheit für die Aufrechterhaltung des Religionsweſens in ſeinem Stiftslande zu ſorgen. In vielen Stiftern ſind deswegen eigene Mißionshäuſer errichtet worden. Die Salzburgiſche Geſchichte liefert hievon die vorzüglichſten Beyſpiele. 33) Churfürſt Clemens Auguſt zu Cölln erhielt für die Mißionen über dem Meer ſogar immer eine Anzahl Weltprieſter. 34) Zu Dillingen iſt aus dieſer Abſicht das Collegium alumnorum geſtiftet worden. In andern Stiftern trift man dergleichen Inſtituten auch an. Wenn

Mißionen.

32) Moſers Staatsrecht von der Landeshoheit im Geiſtl. S. 301

33) Nachrichten von Juvavien. S. 316 — 322.

34) Godeau l. c. Thl. 16. S. 163.

Wenn nun der Biſchof ſchon Luſt hätte, dergleichen Stiftungen zu verändern, oder aufzuheben; ſo ſteht ihm oft als Landesherr in ſeiner eigenen Perſon ein Hinderniß entgegen, nicht nach den Abſichten, die er als Biſchof heget, zu handeln; Indem es bey Aufhebung, Verlegung, oder Umſtaltung dergleichen Stiftungen, beſonders, wenn ſelbe von weltlichen Perſonen herrühren, die Bewilligung des Reichsoberhaupts entgegen ſtehet. Die landesherrliche Gewalt iſt im Ganzen, und in einzelnen Theilen eingeſchränkt, und ſubordinirt, und deswegen ſind dem Landesherrn immer die Hände gebunden, nach Willkühr mit den Stiftungen zu handeln. Der Emſer Punktation ſetzte man gleich entgegen, wie es nicht von Seiten der Landesherren zugegeben werde, daß die Biſchöfe ſich das Befugniß beylegen wollten, die milde Stiftungen zu angemeſſenern Bedürfniſſen anzuwenden. 35) Selbſt aus dieſer Punktation erhellet, daß die Biſchöfe dieſes Recht nicht haben.

§. 1550.

Spitäler

Spitäler, Waiſenhäuſer, und dergleichen Stiftungen werden insgemein ad bona eccleſiaſtica gerechnet, und der Weſtphäliſche Friede ſcheint auch eine Deutung hierauf art. 5. §. 24. 25. und 26. zu geben. Allein in den weltlichen Ländern ſieht man es größtentheils als weltliche Sachen an. In den Stiftern führt man aber dieſe Meinung nicht durchgehends. Wenigſtens concurrirt der Biſchof, oder deſſen geiſtliches Rathscollegium bey allen Vorkommenheiten in Spitalſachen mit den landesherrlichen Stellen des nehmlichen Stiftslandes. Selbſt die Domkapitel nehmen an den Spitalſachen des Stifts in manchen geiſtlichen Stiftslanden Antheil, und auch der Pabſt hat manchmal einen Einfluß, beſonders wenn Veränderungen

35) B. 1. Thl. 1. §. 166. n. 3.

änderungen wollen gemacht werden. Daß in den geiſtlichen Stiftern die Spitäler, Waiſenhäuſer, und dergleichen Stiftungen von den Biſchöfen, und ihren Domkapiteln in die Aufſicht genommen werden, kommt größtentheils von der Stiftung her, die entweder von den Stiftsvorſtehern, oder von den Gliedern des Capitels gemacht worden. 36)

In den Ellwangiſchen Capitul: vom J. 1756. heißt es: „Die Verbeſſerung des Spitals ſoll mit „dem Capitul beſorgt, und nicht geſtattet werden, daß „ohne der Mitpfleger Vorwiſſen, Capitalien aus„geleget, oder große Zahlungsanweiſungen gemacht „werden. Der Fürſt hat zwar den Spitalverwalter „anzunehmen, dem Capitul ſollen jedoch Vorſtellun„gen dabey erforderlichen Falls zu machen geſtattet „ſeyn.“ Hierdurch wird die Concurrenz der Capitul klar erwieſen.

Wie

36) In allen deutſchen Stiftern trift man anſehnliche und große Spitäler an; in einem Stift, oder in der Hauptſtadt oft auch mehrere derſelben. Zu Paſſau hat Biſchof Regimbert ſchon 1138. ein Spital geſtiftet. Biſchof Franz Conrad zu Bamberg gab zur Waiſenhaus-Stiftung 16000 fl. her. Erzbiſchof Johann Ernſt zu Salzburg baute für kranke Pilgrime beyderley Geſchlechts, wie auch für arme Studenten 1703. ein Spital. Erzbiſchof Friederich zu Salzburg ſtiftete das Spital zum H. Geiſt 1317. Churfürſt Clemens Auguſt zu Münſter ſtiftete ein Krankenhaus unter der Obſorge der fratrum de miſericordia. Biſchof Julius zu Würzburg fieng das geſtiftete Juliusſpital 1576. zu bauen an. Zu Bamberg hat der jetzige Biſchof Franz Ludwig 1790. ein Krankenſpital errichtet und geſtiftet. Unter Fürſt Albert I. iſt zu Ellwangen ein Spital 1488. geſtiftet worden. Zu Augsburg ward ſchon 1252. das Spital zum h. Geiſt geſtiftet, und von Biſchof Hartmann beſtättiget. Das S. Johannſpital zu Hildesheim hat der Domprobſt Rheinold ein Graf von Daßel 1159. geſtiftet. Erzbiſchof Hieronymus zu Salzburg nahm 1783. den Auguſtiner Mönchen 100,000 fl. gab hievon 60,000 fl. dem großen Johannisſpital, und 40000 fl. dem Waiſenhaus.

Wie weit die Capitul nach den Verträgen, und dem Herkommen auch anderwärts; und extra territorium des Stiftsſtaats concurriren, hab ich in einem Beyſpiel von Augsburg (§. 1380.) gezeiget.

Im Hauptweſen werden die Spitalſachen immer als eine weltliche Sachen angeſehen: dieſes läßt ſich aus den Reichsrichterlichen Erkenntniſſen erſehen. In Spitalſachen Lüttich erfolgte den 20 Jun. 1774. die kaiſerliche Reſolution dahin: „des Hn. Biſchofs Geſuch habe zwar nicht ſtatt; doch ſolle ihme reſcribirt werden: Kaiſerliche Maj hätten aus ſeiner Supplic erſehen, daß er alle in dem Hochſtift Lüttich, und Grafſchaft Looz befindliche Spitäler in einen einigen zuſammenſchlagen, und ſolchen zu Lüttich errichten wolle, daß auch nicht nur die Landſtände den Nutzen der Sachen eingeſehen, und darein bewilliget, ſondern auch der päbſtliche Hof, in ſo weit es das Geiſtliche betreffe, dem Geſuch des Herrn Biſchofs willfahret habe. Nun wollten zwar kaiſerliche Maj. nach der Ihro zukommenden Obriſten Aufſicht über die milde Stiftungen, keinesweges hinderlich daran ſeyn, daß, wann etwa der Hauptzweck derſelbigen durch die vormalige Verwaltungsart nicht mehr erreichet werden könne, ſelbiger in eine andere gemeinnützlichere, doch der Abſicht derer Stiftere, ſoviel möglich, gemäſſe Art verwandelt werde: Sie halten aber noch vor nöthig, daß die bey einem ſolchen Geſchäfte allenthalben concurrirende Umſtände ihrer allerhöchſten Einſicht, und reifen Unterſuchung vorgelegt werden: Der Herr Biſchof ſollte alſo von jeden Vorſtehern, und Adminiſtratoren derer Hoſpitalien, welche er mit einander vereinigen wolle, es mögen Magiſtrate, oder Communen, oder Privatperſonen ſeyn, die Stiftungsbriefe, und den Zuſtand derer Einkünfte ſich einhändigen laſſen, ſie darüber hin-

länglich hören, ihre Erinnerungen, und wie ſie die Sache anſehen, vernehmen, und kaiſerlicher Maj. vorlegen, auch zugleich einen Hauptplan des Generalhoſpitals, und was er demſelben vor Einkünfte zulegen wolle, übergeben, um ſo dann eine weitere Entſchlieſſung darüber faſſen zu können."

Hieraus läßt ſich abnehmen, daß dem Landesherrn nicht allzeit frey ſtehe, in dergleichen Stiftungsſachen Veränderungen zu machen, und daß auch der Pabſt hiebey in gewiſſen Fällen concurrire.

§. 1551.

Die Gottesäcker ſind als geweihte Oerter unſtreitig geiſtliche Sachen: Allein die Streitigkeiten in Begräbnisfällen, vorzüglich, wenn ein Gottesacker verändert werden ſolle, gehören zur landesherrlichen Erkenntniß, wiewohl die cumulativa mit dem Biſchof nicht wohl hiebey kann umgangen werden. In den Stiftern geſchieht freylich oft in dergleichen Fällen eine Verfügung, dabey die weltlichen Collegien gar nicht concurriren. Allein dies macht eben die zwiefache Würde des geiſtlichen Regentens. Oft hat es ſein gutes, weil die Sache ohne Widerſpruch abgethan wird, da es in einem Lande, wo der Biſchof nicht Landesherr iſt, zu Weiterungen Anlas gibt, und der beſte Vorſchlag vereitelt wird. Die cumulative Behandlung beruhet oft auch auf Verträgen, und dem Herkommen, wovon ich (§. 1381.) ſchon umſtändlich gehandelt habe. Gottesäcker.

§. 1552.

Was für Rechte der Landesherr in Zehendſachen habe, iſt (§. 1382.) gezeigt worden; Hiebey beruhet das mehrſte ebenfalls auf Verträgen, und dem beſondern Herkommen faſt eines jeden einzelnen Stifts. Daß der Biſchof, und die Geiſtlichkeit in einem Stifts- Zehendſachen.

land die Zehendſachen ehender zu der Erkenntniß der geiſtlich=, als der weltlichen Gerichte gelangen laſſen, kann man ſich aus dem vortheilhaften Syſtem der Kirchenfreyheit leicht vorſtellen. Allein es zeigen ſich ſo viele Schwierigkeiten beſonders in Rückſicht der Zehendeinbringung, daß man die landesherrliche Rechte hiebey nicht umgehen kann. Dieſe Materie kommt in dem 94ſten Capitel umſtändlich vor.

§. 1553.

Decimation der Geiſtlichkeit überhaupt.

Die Decimation der Geiſtlichkeit iſt im Grund nichts anderes als eine Gattung von Steuer. Der Bezug derſelben hat nicht immer das nehmliche Verhältniß; weil bald nur der 10te bald der 20ſte bald mehr oder weniger, oft auch nur eine Averſional Summe anverlangt wird, die man ſonach von dem Clerus durch eine ordentliche Umlage erhebt.

Ich finde eigentlich dreyerley Hauptgattungen von Decimationen, oder Steuren, mit denen die Geiſtlichkeit faßionirt wird.

Die erſte: wenn der Pabſt Subſidien, und eine Decimation z. B. von der ganzen Geiſtlichkeit verlangt.

Die zweyte: wenn der Landesherr von der Geiſtlichkeit ſeines Landes, ob ſie ſchon unter einen auswärtigen Diöceſan gehöret, eine Decimation, oder Steuer fordert.

Die dritte: wenn der Biſchof ſeiner Geiſtlichkeit ſowohl in, als auſſer dem Stiftslande eine Decimation, oder Steuer aufleget.

Bey dieſen ſämmtlichen 3. Gattungen walten aber verſchiedene Unterabtheilungen, und Anſtände vor, die ich etwas näher ausführen werde; weil kein

Staats=

Staatsrechtslehrer dieſe Materie umſtändlich abgehandelt hat.

§. 1554.

Päbſtliche Decimation.

Der Pabſt concurriret zwar bey allen Decimationen, und Beſteurungen, ſie mögen von dem Landesherrn oder dem Biſchof erfordert werden. Er kann aber auch beyde von der Concurrenz nicht ausſchlieſen, wenn er ſelbſt der ganzen Geiſtlichkeit eines Reiches eine Steuer oder Decimation aufleget. Die Arten, weßwegen der Pabſt von der Geiſtlichkeit eines Reichs eine Steuer, oder Decimation verlangt, ſind zweyerley: Die erſte iſt bey Antretung eines Beneficiums, wovon ich im 41. Cap. ſchon gehandelt habe. Die zweyte geſchieht zu andern Erforderniſſen. Z. B. P. Gregor X. ſchrieb auf dem Concilium zu Lion auf 6. Jahre den Zehend von allen geiſtlichen Einkünften zur Hilfe der Creutzzüge aus. Im Salzburgiſchen ließ er durch den Biſchof von Chiemſee, und den Domprobſt 1275. ſammlen. 1280. bewilligte Pabſt Nicolaus III. wiederum eine Decimation. P. Nicolaus V. übertrug 1294. die Eintreibung der Zehenden pro ſubſidio terrae Sanctae dem Erzbiſchof Conrad zu Salzburg. Pabſt Johann XXII. verordnete 1335, daß alle Vermächtniſſe und Schenkungen, zur Reiſe, und dem Heerzuge nach Jeruſalem verwendet werden ſollen. 1365. nach Erzbiſchofs Ortolfs Tode reſervirte ſich der P. Urban V. alle Einkünfte des Erzbißthums Salzburg bis zu deſſen Wiederbeſetzung. Erzbiſchof Pilgrim zu Salzburg zahlte dem P. Urban V. 1370. wegen zwey, auf die Geiſtlichkeit der Salzburgiſchen Stadt, und Diöceß gelegten Procurationen überhaupt 2500 fl. und 1376. wegen abermaliger Subſidien den dritten Theil des communis ſervitii mit 1000 Goldg. Bey P. Urbano VI. Regierungsantritt

tritt zahlte Erzbiſchof Pilgrim 1388. für die Frey-
heit zur Wiederaufbauung der verbrannten Hauptkir-
che die Halbſcheid des eingegangenen Subſidii charita-
tivi. Der Kirchenrath zu Baſel ſchrieb 1434. auf al-
le geiſtliche Perſonen den 20. Pfenning aus. Pabſt
Eugen IV. ſchrieb 1435. einen halben zehend Theil
auf die Cleriſey und Volk im Salzburgiſchen aus,
und ſchenkte einen Theil der Gelder dem Erzherzog
Albert in Oeſterreich. 1445. verlangte der Synodus
zu Baſel mehrmal einen Geldbeytrag, und verſprach
dagegen allen Contribuenten einen vollkommnen Ab-
las. Die Päbſte Nicolaus V. und Sixtus IV.
ſchrieben 1480 und 1484. Collecten gegen Verwilli-
gung vollkommner Abläße aus. 37) Dieſe Beyſpiele
päbſtlicher Decimationen, und Beſteuerungen ſind
uns aus Archivalurkunden von der Salzburgiſchen
Kirche bekannt; bey andern deutſchen Kirchen gieng
das nehmliche vor.

Die Reformation hat nun dennoch die gute Fol-
ge nach ſich gezogen, daß die Geiſtlichkeit in Deutſch-
land größtentheils von den päbſtlichen Decimationen,
und Beſteurungen losgemacht worden iſt.

§. 1555.

Biſchöfli-
che.

Die Geiſtlichkeit, und insbeſondere die Stifter,
und Clöſter in Deutſchland ſind von der Beſteurung
ſchon in ältern Zeiten nicht frey geweſen. Zu all-
gemeinen Bedürfniſſen muſten die geiſtliche Stände,
wie die weltlichen ſteuren. Die Decimationen, und
Steuren wurden bald von den Päbſten, bald von
den Kaiſern ausgeſchrieben, und den Stiftern auf-
erleget, wie es die Umſtände beſonders bey den Tür-
kenkriegen erforderten. Indeſſen ſind die Beſteu-
rungen des Stiftsclerus auch zu den Bedürfniſſen der
Bi-

37) Nachrichten von Juvavien. S. 206. 208.

Biſchöfe nach und nach eingeführt worden. Man ſah es gleichſam für billig an, daß die Geiſtlichkeit, wenn ſie zu auswärtigen Bedürfniſſen ſteuren ſolle, auch ihren Biſchöfen ſolches nicht wohl abſchlagen könne. Die Geſchichte legt uns von ältern Zeiten eine Menge dergleichen Beyſpiele vor Augen. Unter Erzbiſchof Conrad II. zu Mainz hat 1376. wegen deſſen Schulden das Domkapitel den 20. Theil von allen Gütern des Stifts zu zahlen geſtattet. 38) 1276. handelte Biſchof Berthold zu Würzburg mit ſeiner Geiſtlichkeit, daß ſie wegen des Stifts Schulden von jeden Morgen Weingarten einen Schilling zahlte. 39) 1366. hat Biſchof Albrecht daſelbſt zu Bezahlung des Stifts Schulden 50,000. Pfund Heller auf ſeine Geiſtlichkeit geſchlagen. 40) 1378. handelte Biſchof Gerhard zu Würzburg mit ſeiner Geiſtlichkeit wegen einer auf 2. Jahre lang zu zahlenden Beethe. 41) Der Mainzer Clerus ſchoß in der Art einer Decimation 22000 fl. im J. 1372. zuſammen, um dem Erzbiſchof Adolf ſeine Beſtättigung zu Rom zu löſen. Dem Erzbiſchof Swicard zu Mainz verwilligte P. Paul V. eine Steuer von 60,000. Goldgulden auf ſeine ganze Erzſtifts-Geiſtlichkeit zu legen, weil er mit ſo vielen Eifer in Religionsſachen ſich verwendet hatte. Denn dieſes Zeichen der Erkenntlichkeit koſtete dem Pabſt nichts. 42)

Die Päbſte brachten es aber doch durch die Ertheilung der Conceßionen ſo weit, daß die Biſchöfe, wenn ſie den Clerum ihres Stifts mit einer Decimation, oder Steuer belegen wollten, immer des Pabſts Conſens hierzu nöthig hatten. Selbſt wenn von dem Bi-

38) Ioannis rer. mog. Vol. 1. S. 705.
39) Frieß im Leben der Biſchöfe zu Würzburg bey Ludwig. S. 583
40) l. c. S. 654.
41) l. c. S. 660.
42) Ioann. rer. mog. tom. 1. S. 923.

Biſchof in ältern Zeiten eine Decimation, oder Steuer der Stifts-Geiſtlichkeit abgefordert wurde, hat man Spuren, daß des Pabſts Bewilligung vorher nachgeſucht worden iſt. Die Biſchöfe fanden ſelbige um ſo nothwendiger, als ſie die Schwierigkeiten, welche der Clerus ihnen allenfalls machen konnte, hierdurch beſeitigten. Von allen Zeiten hat man verſchiedene Beyſpiele, daß dergleichen Subſidien von den Biſchöfen in Bedürfnißfällen mit päbſtlicher Bewilligung ausgeſchrieben worden ſind. Pabſt Innocenz IV gab dem Biſchof Heinrich II. zu Lüttich ſchon 1248 ein Breve, daß er zu Beſtreitung ſeines Hochſtifts Nothdurft von allen in ſelbigen vacirenden Beneficien zwey Jahre hindurch die Einkünfte nehmen, jedoch, daß dieſe Conceßion nach 5. Jahren wiederum aufhören ſolle. 43) Biſchof Marquard zu Coſtanz forderte ſogar 1698. von allen Geiſtlichen ſeiner Diöceß den dreyſigſten Theil ihrer Einkünfte als ein Subſidium charitativum. 44)

Ueberhaupt kommen in den Bißthümern, und unmittelbaren deutſchen Reichsſtiftern allerley Gattungen von Auflagen vor, die der Biſchof vi legis dioeceſanae behauptet, welche (§§. 1236. 37. 38. 39.) ſchon angeführt worden ſind.

Indeſſen iſt doch zu bemerken, daß nicht in allen Stiftern charitativ Subſidien von der Geiſtlichkeit erhoben werden. Von dem Erzſtift Salzburg wird geſchrieben: 45) daß bey dieſem Erzſtifte gar keine charitativ Subſidien ſtatt finden; ungeachtet die Conſiſtorialtaxen nicht hinreichen die Beſoldungen, und den Unterhalt der geiſtlichen Rathsſtellen zu beſtreiten, ſo werden dennoch keine Auflagen auf die Geiſt-

43) Lünigs Reichsarch. ſpicil. eccl. Fortſ. 1. S. 562.
44) Moſer Coſtanziſches Staatsrecht. S. 117.
45) Nachrichten von Juvavien. §. 251. S. 333.

Geiſtlichkeit gemacht, ſondern die fürſtliche Cammer thut die nöthigen Beyſchüße.

§. 1556.

Die Art, nach welcher die Biſchöfe in ihren Diöceſen die Subſidien erheben, beruhet größtentheils auf dem Herkommen, welches in einem Stift ſchon aus ältern Vorfallenheiten beſtehet. Manchmal kommt es auch auf gewiſſe Umſtände an, daß von einem Theil der Geiſtlichkeit mehr, oder weniger erhoben wird. Oft machten auch ſchon die päbſtliche Befreyungen den Biſchöfen ein Hinderniß, weil ſich die Clöſter mit ſolchen zeitlich gegen die biſchöflichen Auflagen vorgeſehen haben. In den Landen eines fremden Landesherrn, wo die Biſchöfe nur Diöceſane ſind, müſſen die Verträge, und Concordaten beobachtet werden, ſo daß der Biſchof, wenn er auch von dem Pabſt zur Decimation einen beſondern Indult erhalten hätte, ſelbe dennoch ohne Miteinwilligung des Landesherrn nicht vollziehen kann. Noch mehrere Einſchränkungen leidet aber das biſchöfliche Decimationsrecht ſelbſt auch in der Art es auszuüben, wo das Domkapitel, oder die Stiftsſtände durch Verträge ein Concurrenzrecht erlangt haben. In einer merkwürdigen Urkunde von Mainz vom J. 1337. heißt es: daß Erzbiſchof Mathias geſchworen habe, und nach ihm auch Balduin, daß ſie ohne des Capitels Wiſſen, und Willen, keine Subſidien, oder Decimationen von der Geiſtlichkeit des Erzſtifts fordern wollen. 46) Das Domkapitel zu Eichſtätt beweiſet mit einer Urkunde vom J. 1259. ſchon die übliche Bezahlung des chatedrativi in dortigem Bißthum. 47) Zu Paderborn bezog 1498. Biſchof Hermann von dem ganzen Clerus das Chatedraticum. 48) Zu

Erhebungsart der biſchöflichen Auflagen.

46) Würdwein nova ſubſidia diplom. tom. 4. S. 277.
47) Falkenſtein codex. dipl. nordgav. p. 49.
48) Chronicon huxarienſe in Paulini rerum germ. S. 144.

Trier gab das Cloſter Hemrode dem Erzbiſchof Johann als ſubſidia charitatvia (dergleichen der Geiſtlichkeit oft auferlegt worden ſind) im J. 1466. jedoch unſchädlich des Cloſters Rechte 80 rheiniſche Gulden. 49) Ein Beyſpiel von der Entrichtung der Charitativ Subſidien fremder Unterthanen zeigt ſich auch bey Trier: die gräflich Naſſauiſche Unterthanen zahlten 1548. an den Erzbiſchof von Trier mit Verwilligung ihres Grafens Philipp, und zwar nicht anders als citra conſequentiam die ſubſidia charitativa. 50)

Von der Zahlungsart der Charitativ Subſidien gibt ein Beyſpiel von dem Erzſtift Trier, vom J. 1541. vielen Ausſchluß.

Das gewöhnliche Subſidium Charitativum des niedern Clerus des Erzſtifts Trier betrug damahls:

eines.	1224 fl.	13. Alb.	3½ Pfenn.
zwey.	2449. =	2.	7.
drey.	3673. =	15.	6.
vier.	4898. =	=	2.
fünf.	6122. =	22.	5½
ſechs.	7347. =	7.	9.
ſieben.	8571. =	15.	6.
acht.	9796. =	6.	10.

Die ungewöhnliche der niedern Geiſtlichkeit warfen ab:

eines.	789. fl.	19. Alb.	7. Pfenn.
zwey.	1619. =	15.	2. =
drey.	2279. =	10.	9. =
vier.	3039. =	6.	4. =

Das gewöhnliche Subſidium Charitativum des hohen Clerus beſtund in 960 fl. weil die hohe Geiſtlichkeit

49) Hontheim hiſt. trev. tom. 2. S. 450.
50) l. c. tom. 2. S. 714.

lichkeit keine ungewöhnliche Charitativ Subſidien abreichet. 51) In andern Stiftern beruhet die Zahlungsart eben entweder auf dem Herkommen, oder der beſondern Uebereinkunft des Biſchofs mit dem Clerus, oder auch in der päbſtlichen Bewilligungsart.

§. 1557.

Die Decimation, welche der Landesherr von der im Lande befindlichen Geiſtlichkeit in gewiſſen Erfordernißfällen verlangt, hat ſchon verſchiedene Streitigkeiten veranlaſſet. Die Hauptfrage beſtehet vorzüglich darinn: aus was für einem Grund die Landesherren, ſie mögen geiſtliche oder weltliche Reichsfürſten ſeyn, das Decimationsrecht über die in ihren Ländern befindliche Geiſtlichkeit behaupten? Landesherrliche Decimation der Geiſtlichkeit.

Ich glaube, daß die Geſchichte hierinnfalls zum Leitfaden dienen müſſe, um die Entſtehung dieſes Rechts vorher zu erheben. Es iſt einmahl eine bekannte Sache, daß die Geſchenke, welche die Könige und Fürſten von der Cleriſey vielfältig erhielten, nachmahls die Geſtalt einer ſchuldigen Abgabe angenommen haben. 52) Die Päbſte ſelbſt ſtellten in keine Abrede, daß bey der kaiſerlichen Crönung die Kirchengüter dem Kaiſer das *fodrum*, oder die *anonam militarem* reichen muſten. 53) In einigen Ländern muſten die Geiſtlichen die ſogenannte Königsſteuer, 54) in andern den Königspfenning, 55) und

51) l. c. tom. 2. S 670.

52) Aus einem Freyheitsbrief in Ulrici babenberg. Cod. bey Eckard corp. hiſt. tom. 2. S. 107. läßt ſich ſolches abnehmen: dona (heißt es) quae eadem Cella noſtris patribus et nobis tari ſolebant — perpetuo jure retinenda delegamus. Schannat in hiſt. fuldenſi S. 68. meldet, daß das Cloſter Fuld in der Zahl derjenigen geweſen, quae praeter preces etiam dona et militiam imperatoribus praeſtabant.

53) Georgii in grav. nat. germ. adv. ſedem romanam S. 108.

54) Struv. obſervat. 3. §. 4.

55) Trener in der Münchhaus. Geſchiechtshiſtorie im Anhang. S. 18. führt vom J. 1295. ein Beyſpiel an.

und vorzüglich in Baiern den Herzogen die Hundeſteuer entrichten. 56) Sobald aber die Stände den Kaiſern keine Steuern mehr abreichten, und ſobald der gemeine Pfenning von den Ständen ſelbſt erhoben, und zu des Reichs Bedürfniſſen von ihnen abgeführt wurde, ſo fiengen die Landesherren auch an, ſtatt der Kaiſer, ihre Geiſtlichkeit mit der Decimation zu belegen. In einigen Stiftsländern geſchah dieſes früher in andern ſpäter, nachdem es den Ständen eben gelang ſich von den kaiſerlichen Abgaben frey zu machen, und hierdurch größere Gewalt zu erlangen.

Die Decimation der Geiſtlichkeit iſt nach und nach gänzlich zu einem landesherrlichen Rechte erwachſen. Man legte zum Grund deſſelben, das Band der bürgerlichen Geſellſchaft, kraft deſſen alle Glieder des Staates in einer verhältnißmäßigen Gleichheit ſollen belaſtet werden.

Churpfalzbaiern führte gegen den Einſpruch der Erzbiſchöfe von Trier, und Salzburg, wegen der baieriſchen Decimation vom J. 1788. die nehmlichen Grundſätze: Es heißt: 57) „Weder kanoniſche „Rechte, noch Reichsgeſetze verbieten die Auflagen, „womit der Landesregent nach den Bedürfniſſen des „Staats, die Geiſtlichkeit in Anſehung ihrer beſitzen„den Temporalien verhältnißmäßig beleget. — Die „Schuldigkeit aller Glieder des Staats, zu deſſen „Nothdurft nach Verhältnis beyzutragen, gründet „ſich ſchon in der Natur und Weſenheit der bürger„lichen Geſellſchaft. — Wir ſind überzeugt (ſchreibt „der

56) Chronicon Salisburgenſe bey Per. rer. auſtriac. S. 422.
57) Beleuchtung der zwey Erzbiſchöflichen Schreiben von Churtrier, und Salzburg nebſt den darauf erlaſſenen Antworten von Churpfalzbaiern wegen Decimations-Verlängerung in den Pfalzbaieriſchen Staaten. Mannheim 1788. 8. S. 18. — eine äußerſt intereſſante Piece.

„der Churfürſt von Pfalzbaiern,) daß es höchſt unbillig wäre, wenn einige Glieder des Staats alle Bürden allein, und die andere entweder gar keine, oder doch in geringerem Verhältniſſe, als es ihr Vermögensſtand mit ſich bringet, tragen ſollten.“

Dem Erzbiſchofe zu Salzburg ſagte der Churfürſt von Pfalzbaiern in ſeinem Antwortſchreiben noch mehr: 58) „Einem Landesregenten ſtehet es allein zu, die Bedürfniſſe ſeines Staates zu bemeſſen, und hiernach die zu ſeinem Lande gehörige weltliche, oder geiſtliche Güter zu belegen. Dieſes Recht üben Eure Liebden (nehmlich der Erzbiſchof zu Salzburg) in ihrem Territorio ſelbſt aus; und was ſie ausüben, werden ſie wohl einem anderen Landesregenten in ſeinem Territorio nicht bezweiflen wollen. Ein Herzog von Oeſterreich, ein Herzog in Baiern, ein Herzog von Cleve, und ein jeder andere weltliche Reichsfürſt wird ſeine Landeshoheit von keinem auswärtigen Biſchof, deſſen Kirchenſprengel ſich in ſein Land erſtrecket, je beſchränken laſſen.“

Aus dieſen Aeußerungen läßt ſich ziemlich klar abnehmen, worauf ſich das landesherrliche Decimationsrecht gründe. Einige hiebey einſchlagende Fragen werden dieſen Gegenſtand noch beſſer aufklären.

§. 1558.

Concurrenz des Pabſtes bey der landesherrlichen Decimation

Eine der Hauptfragen beſteht darinn, ob ein Landesherr (er mag nun weltlich- oder geiſtlichen Standes ſeyn,) ohne Bewilligung des Pabſts die geiſtlichen Güter, und die Geiſtlichkeit ſeines Landes mit einer Auflage beſchweren könne? Man hat gleich ſtarke Gründe pro und contra; der Freyherr von Kreitmayr ſchreibt: 59) „Man glaubt zwar landesherr-

„licher

58) l. c. S. 34.
59) Ad Codic. bavar. S. 2089.

„licher Seits, ſelbſt in Nothfällen zu Collectirung „der Geiſtlichkeit, und ihrer Güter, auch ohne Vor- „wiſſen des Römiſchen Stuhls, berechtigt zu ſeyn: „nun aber die Einbringung deſto mehr zu facilitiren, „und alle Anſtößigkeiten hierunter zu vermeiden, „hat man die päbſtliche Authorität, ſo weit es die „Zeit und Umſtände anderſt zugelaſſen haben, alle- „mahl zu Hülf zu nehmen für gut und rathſam be- „funden.“

Dieſe Meinung greiſt aber noch nicht mit einer gänzlichen Entſcheidung durch; beſonders wenn man betrachtet, daß Baiern ſich von 10 zu 10 Jahren mit einem päbſtlichen Indult wegen der Decimation ſei- ner Landesgeiſtlichkeit verſehen habe.

Ich halte dafür, man müſſe wegen der Decima- tion der Geiſtlichkeit, und ihrer Güter einen Haupt- unterſchied in Anſehung der Erforderniß machen.

Wenn der Landesherr aus offenbaren Nothfällen, als wegen Krieg, Mißjahren, Verheerungen, oder zu Abwendung einer der Kirche drohenden Feindesge- fahr nothwendig findet, ſeine Landesgeiſtlichkeit mit einer Auflage zu beſchwehren, ſo hat er den Conſens des Pabſtes nicht nothwendig, weil in dieſem Falle der Pabſt ſelbſt den landesherrlichen Beweggründen nicht entgegen ſeyn kann, und mit dem Landesherrn die nehmliche Pflicht zur Erhaltung des Beſten der Kirche hat.

Im Fall aber der Landesherr zu ſeiner eigenen Bedürfnis, zu ſeinem Privatgebrauch, und nicht zur allgemeinen Staatswohlfart dergleichen Decimatio- nen ausſchreiben will, ſo kann er es ohne des Pab- ſtes Bewilligung nicht thun. Der Pabſt hat ein- mahl die Amtspflicht auf ſich, für das Beſte der Kirche, und der Geiſtlichkeit zu ſorgen, und deßwe- gen

gen zu machen, daß die Kirchengüter, und die Geiſtlichkeit nicht mit unnöthigen, und willkührlichen Auslagen belaſtet, und am Ende hierdurch geſchwächt werde. Dieſes könnte aber erfolgen, wenn die geiſtlichen Güter zu willkührlich decimirt, und beſteuret würden. Daher iſt die päbſtliche Bewilligung allerdings erforderlich, weil der Landesregent hier nicht wegen der allgemeinen Landesnothdurft, ſondern wegen ſeinem Privat- und Cammeralintereſſe zu betrachten kommt. Baiern würde die päbſtliche Indulte in allgemeinen Landeserforderniſſen nicht nachſuchen, ſondern wie andere Landesherren fürgefahren ſind, auch zu Werk gehen. Da aber der Landesherr die Decimation der Geiſtlichkeit zu ſeinem eigenen Gebrauch anwendet, ſo hört cauſa neceſſitatis publicae auf, und der Pabſt, welcher für die Aufrechterhaltung der geiſtlichen Güter ſorgen muß, kann ohne Rückfrage in einer Sache, wo der Landesherr gleichſam in cauſa propria Richter wäre, nicht umgangen werden.

§. 1559.

Es fragt ſich weiter: In wie weit der Pabſt bey der Erhebungsart dieſer Decimation concurrire? und ob der Landesherr oder Pabſt die Decimation auszuſchreiben, und wer ſolche zu erheben habe? und der Erhebungsart

Ich glaube, daß es bey Beantwortung dieſer Fragen abermahl auf den vorher bemerkten Hauptunterſchied ankomme. Sobald die Decimation des Clerus, und ihrer Güter aus einer allgemeinen Landeserforderniß herrühret, und die Umſtände dringend ſind, ſo hat der Landesherr das Recht dieſe Decimation ohne päbſtliche Bewilligung auszuſchreiben, und einzufordern, weil ſie in allgemeinen Nothfällen, als Landesſtände, Bürger, und Unterthanen in Anſehung ihrer Temporalien gleiche Laſtestragung ſich müſ-

müſſen gefallen laſſen. In dergleichen Fällen, wenn der Landesherr die päbſtliche Einwilligung nachſucht, oder einem päbſtlichen Deputirten die Einhebung nachſucht, ſo geſchieht es mehr aus Politik als aus einer rechtlichen Erforderniß.

Sobald aber der Landesherr zum eignen Privatgebrauch, und zur Vermehrung ſeiner Cammereinkünſte eine Decimation erfordert, und den päbſtlichen Indult hierüber nachzuſuchen hat, ſo liegt den Pabſt ob zu ſorgen, daß die Gränzen des Indults durch die verwilligte Decimation nicht überſchritten werden. Da der Pabſt den Indult, aus ſeiner kirchenoberhauptlichen Macht zu ertheilen hat, ſo kann ihm auch die Vollziehung deſſelben nicht beſtritten werden. Der Pabſt kann die Decimation ausſchreiben, die Gelder durch einen Delegirten erheben laſſen, und die Geiſtlichkeit auch mit angemeſſenen Zwangsmitteln hierzu vermögen, wenn die Biſchöfe nicht behörig beywirken. Die Urſache der päbſtlichen Vollziehung liegt in dem ſonderheitlichen Beweggrund, weil der Landesherr in einer Decimation, wo es die allgemeine Landesnothwendigkeit erfordert, nicht in propria cauſa ſondern in cauſa des Landes handelt; hingegen in einer Decimation, die allein ſein Cameralintereſſe betrift, nicht zugleich Richter, Urtheilsvollzieher, und Percipient ſeyn kann. Es iſt immer der Unterſchied ganz offenbar, daß der Landesherr, wenn er aus Vollkommenheit ſeiner Macht handelt, mehr thun kann, als wenn ſeine Handlungen in einem Indult abhangen.

Die Erzbiſchöfe Trier und Salzburg wollten dem Churfürſten von Baiern es für Uebel halten, dem Päbſtlichen Nuntius am baieriſchen Hofe dem Erzbiſchof Zoglio von Athen im J. 1788. von dem Pabſt die auf 10. Jahr wiederum weiter erſtreckte

Decimation der baieriſchen Landesgeiſtlichkeit zur Vollziehung aufgetragen worden. Die beyden Erzbiſchöfe glaubten wahrſcheinlich, daß ſie vielmehr um dieſe Decimation ſtatt des Pabſts hätten ſollen befragt werden. Allein die Erzbiſchöflichen Rathgeber werden nicht überdacht haben, daß die Indultsertheilungen zu des Pabſts kirchenoberhauptlichen Rechten gehöre. Was die Erhebung der Decimation durch den ſubdelegirten Nuntius Zoglio betrift, ſo bezog ſich der Churfürſt von Pfalzbaiern auf ähnliche Bullen P. Adrians VI. an den Erzherzog Ferdinand von Oeſterreich. P. Innocenz XI. an K. Leopold, und beſonders Clemens XI. an Kaiſer Carl VI. vom J. 1716. worinn der päbſtliche Nuntius zu Wien Georg Spinola Erzbiſchof von Cäſarea als Executor, und Collector generalis apoſtolicus ernannt war. 60) In einem andern Schreiben an Salzburg ſagt der Churfürſt von Pfalzbaiern: 61) Er habe keinen Anſtand genommen den Erzbiſchof von Athen, welcher an ſeinem Hofe zugleich als päbſtlicher Nuntius ſtehe, zur Publicirung, und Vollziehung der Decimationsbulle delegiren zu laſſen, wie im J. 1690. hierzu ein Titular-Biſchof zu Tricala, und zu gleicher Zeit, wie auch ſchon vorhin, ein Prälat vom Heiligenberg, von Weſſobrun, ein geiſtlicher Graf von Preūßing, ein Freyherr von Leyden, ein Canonicus Wampel willkürlich nach Gutbefinden des baieriſchen Hofes, ohne Widerſprüche der Erz- und Biſchöfe delegirt worden ſeyn. Wenn man die Sache genau überlegt, ſo ſcheint es, daß der Pabſt in Anſehung dieſer Delegationen eine Gattung von rechtlichen Herkommen vor ſich habe.

§. 1560.

60) l. c. S. 20.
61) Ebend. S. 39

§. 1560.

Concurrenz der Biſchöfe bey landesherrlichen Decimationen

Eine andere Frage beſtehet darinn: ob die Biſchöfe auch eine Concurrenz bey den Decimationen, welche der Landesherr vornimmt, behaupten können? Churtrier und Salzburg ſchreiben im J. 1788. dem Churfürſten von Pfalzbaiern: 62) „Daß ohne Vor„wiſſen kaiſerlicher Majeſtät, und des Reichs, und „ohne vorderſamſt die betreffenden Biſchöfe über die „Decimation zu vernehmen, ſolche nicht ſtatt haben „könne.“ Salzburg äußerte ſich noch dahin weiter: 63) „Der Churfürſt werde, ehe er von dieſer „Decimation einen günſtigen Gebrauch mache, die „Biſchöfe über die Nothwendigkeit belehren, ob, „und in wie weit eine Belegung der Geiſtlichkeit bey „der dermaligen Staatsnothdurft unausweichlich wer„de, um ſofort nach den biſchöflichen Pflichten, und „Gewiſſen in der Sache das nöthige behandeln zu „können.“

Die Erzbiſchöfe legen aber den eigentlichen Grund nicht vor, welcher ſie berechtige über die landesherrliche Decimation der Geiſtlichkeit zu erkennen. Es fragt ſich alſo: gehört die Decimation 1) zur Landeshoheit im Geiſtlichen, 2) oder zur biſchöflichen Gerichtsbarkeit? ich glaube zu keinen aus beyden. Denn ad 1) die Landeshoheit im Geiſtlichen hat kein Biſchof in einem anderen Land, weil er derſelben nicht als Biſchof, ſondern nur als unmittelbarer Landesherr fähig iſt. Ad 2) zur biſchöflichen Gerichtsbarkeit kann das Decimationsrecht wiederum nicht gehören; indem dieſe einen ſolchen Effect nicht nach ſich ziehet.

Die Decimation der Geiſtlichkeit wird alſo allein aus dem Grund der weltlichen Landeshoheit behauptet, weil

62) l. c. S. 8.
63) l. c. S. 30.

weil dieſe alle geiſtliche Glieder des Staats als Unterthanen betrachtet, welche, wie die übrige weltliche Untergebene Freyheiten, Sicherheit, und Nutzungen genieſen, und daher ſtatt der Steuer auch einen Beytrag der Decimation leiſten müſſen, und in dieſer Hinſicht kann der Biſchof auch kein Concurrenzrecht behaupten; es müſten dann ſonderheitliche Verträge vorhanden ſeyn, die ſonach nur als eine Ausnahme von der Regel anzuſehen ſind.

Der Churfürſt von Pfalzbaiern ſagt in ſeinem Antwortſchreiben an den Erzbiſchof zu Salzburg: 64) „Die Sprache der Seelenhirten war allezeit die Bitt, „und Vorſtellungsſprache: keiner maßte ſich an, den „Landesregenten aufzurufen, und von ihm, ſo zu ſa„gen, Rechenſchaft ſeiner Staatsverwaltung abzu„fordern." Dem Erzbiſchofe von Trier ſchrieb der Churfürſt, 65) unter ſeine des Churfürſten Gerechtſame gehöre das landesherrliche Befugniß, die Kirchen, und Geiſtlichen als Staatsunterthanen ratione ihrer beſitzenden Temporalien zum proportionirten Beytrag zu den Staatsbedürfniſſen ohne weiters anzuhalten.

Das Decimationsrecht wird alſo von allen Seiten als ein landesherrliches Recht angeſehen, bey welchem dem Biſchof freylich keine Concurrenz ex notione rei zu ſtatten kommen kann. In den Anmerkungen zu dem trieriſchen Schreiben, 66) wird unter andern auch geſagt: „Daß kein Diöceſan Bi„ſchof von den Erzherzogen von Oeſterreich, den „Herzogen von Schleſien, Cleve, oder andern deut„ſchen Reichsfürſten vernommen, oder zu Rath ge„zogen worden, wenn die Staatsbedürfniſſe eine Auf„lage erforderten. Eben ſo wenig ſey bekannt, daß „bey

64) An d. Ange. St. S. 33.
65) l. c. S. 22.
66) l. c. S. 9. l. f.

„bey denen vielen Decimationsindulten für die Erz„herzoge von Oeſterreich, die Herzoge von Baiern, „die Pfalzgrafen bey Rhein unter P. Adrian VI. „Clemens VII. Innocenz XI. Alexander VIII. Cle„mens, XI. und XII. Benedikt XIV. Clemens „XIII. und XIV. und ſelbſt Pius VI. jemals eine „Einwilligung des Kaiſers, oder Reichs zu ſuchen nur „gedacht worden, vielweniger, daß man ſolche für „nothwendig erachtet habe."

In den nehmlichen Anmerkungen 67) wird noch angeführet, die Abgaben, welche von den Geiſtlichen dem Landesherrn gereichet werden, wollten den Ordinariaten ſo ſchwer fallen, da doch die Abgaben, welche unter den Titeln: *Chatedratica,* die Tafelgelder, *Portio canonica*, der *florenus Seminariſticus*, das *Subſidium charitativum* oder die ſogenannte Infelſteuer, die den Biſchöfen von der baieriſchen Geiſtlichkeit gereichet werden, doch auch ſchwere, und anhaltende Abgaben ſeyn, worüber die Landesherren eben auch nicht wegen der Erhebung derſelben gefragt würden.

Ich halte dafür, daß den Erzbiſchöfen nur die Erhebungsart dieſer Decimation mißfallen habe, weil ſolche dem päbſtlichen Nuntius Zoglio zu eben der Zeit aufgetragen wurde, da wegen dem Emſer Congreß, und der Aufhebung der Nunciaturen im Reich die Sache noch in der ſtärkſten Gährung war. Die Grundſätze der Erzbiſchöfe, gemäß derſelben ſie dem Landesherrn gleichſam ihren Conſens bey einer Decimation aufdringen wollen, ſind der Verhältniß des deutſchen Staats nicht angemeſſen. Man kann es aus dem Benehmen der Diöceſan-Biſchöfe am beſten erſehen. Dieſe, wenn ſie die Subſidia charitativa einbringen wollen, behaupten, daß weiter nichts nöthig

67) l. c. L. S.

thig ſey, als ihre Geſinnung oder Willensmeinung nach dem freundſchaftlichen Zutrauen dem Landesherrn nur inſinuiren zu dürfen. Allein, da ſie dem Landesherrn ſtatt einer im äußerſten Falle anzuverlangenden wechſelſeitigen Inſinuation, aufdringen wollen, daß er ſie um ihren Conſens bey Erhebung einer Decimation angehen ſolle, ſo iſt wahrhaftig aus Ohnzulänglichkeit des Grundes zu viel begehrt. – Dies iſt eben wieder ein Fall, wo der geiſtliche Stiftsregent durch die Impolitik ſeiner Staatsdiener compromittirt wird. Ich wüſte ein anderes politiſches Auskunftsmittel, wovon in einer andern Stelle, wo es beſſer angewendet iſt, Gebrauch gemacht werden ſoll.

§. 1561.

Daß der weltliche Landesherr einmahl das Recht habe in allgemeinen Staatsbedürfniſſen die geiſtlichen, wie die weltlichen Einwohner, und ihre Güter mit einer Abgabe zu belegen, hierüber wird gar nicht mehr geſtritten; Denn zur allgemeinen Staatswohlfart müſſen alle Staatsglieder ohne Ausnahme das ihrige, beſonders in Nothfällen beytragen, und in dieſen ordentlichen Fällen kann der Landesherr aus obangeführten Gründen (§. 1558.) auch ohne Bewilligung des Pabſts die Decimation verfügen. Worauf es ankomme.

Wenn aber der Landesherr in auſſerordentlichen Fällen zu ſeinen beſondern Staatsbedürfniſſen eine Decimation fordert, ſo iſt man beglaubt, daß ſolches ohne einen päbſtlichen Indult nicht geſchehen könne, weil die cauſa der allgemeinen Staatswohlfart zu ſeyn aufhöret. Hierdurch fällt aber das Recht des Landesherrn nicht hinweg, die Decimation auch in auſſerordentlichen Fällen zu fordern, indem der Landesherr alle geiſtlich- und weltliche Staatsunter-

thanen ſelbſt die Diöceſanen, wenn ſie Tafelgüter, und Stiftsdomainen in ſeinem Lande beſitzen, faßioniren kann.

Warum der Landesherr einen päbſtlichen Indult in auſſerordentlichen Decimationsfällen nöthig habe, beruht größtentheils auf dem Recht, und der Pflicht des Pabſts als des oberſten Haupts der katholiſchen Kirche die Aufrechterhaltung der geiſtlichen Güter, und Rechte zu handhaben. Die Biſchöfe behaupten zwar auch, daß ſie, wie der Pabſt dieſe Sorge in ihrer biſchöflichen Amtspflicht haben, mithin ſie deswegen nothwendig bey der landesherrlichen Decimation concurriren müſten. Allein der Landesherr hat eben auch als Advocatus der geiſtlichen Güter ſeines Landes, noch ein weit ſtärkeres Recht als die Biſchöfe, für die Aufrechterhaltung der geiſtlichen Güter, Stiftungen, und ihre Rechte zu ſorgen. Man ſollte daher glauben es käme zwiſchen den Biſchöfen, und dem Landesherrn auf eine Colliſion ihrer Rechte an.

Sobald aber zum Grund gelegt wird, daß dem Landesherrn wegen ſeinem beſondern Rechte alle Güter ſeines Landes, und ſelbſt die der Geiſtlichkeit zugehörige zu faßioniren ex jure fortiori concurrire, daß die Biſchöfe in Anſehung ihrer Temporalien ſelbſt hievon nicht ausgenommen ſeyn, und daß ſie mit ihren Kirchen, Gütern, und geiſtlichen Perſonen in einem, und dem nehmlichen Verhältniſſe gegen den Landesherrn ſtehen, ſo zerfällt das biſchöfliche Concurrenzrecht in Anſehung des nexus ſubditii vollkommen, und nur der Pabſt kann aus ſeiner kirchenoberhauptlichen Machtvollkommenheit, durch einen Indult allen Anſtänden den Ausſchlag geben.

Das päbſtliche Recht die landesherrliche Decimationen zu autoriſiren, beruhet vorzüglich auf dem Hauptgrund, weil der Landesherr über die Kirchen, geiſt-

geiſtliche Stiftungen, Güter und Perſonen kein jus abſolutum, ſondern nur ein limitirtes Recht hat, weil alle Gewalt in ſtatu hypothetico beſchränkt iſt, und der Landesherr die geiſtlichen Güter, und Perſonen nicht mit den nehmlichen Zwangsmitteln, wie ſeine übrigen weltlichen Unterthanen behandeln kann. Wo alſo die Frage von einem Indult entſtehet, ſo iſt in gewiſſem Betracht cauſae cognitio erforderlich. Die Biſchöfe haben niemahls ein Recht gehabt, in Fällen, wobey ſie ſelbſt in Anſehung ihrer Güter, und Perſonen intereßirt ſind, ein Erkenntniß zu behaupten, noch weniger ein Indult, welches von der kirchenoberhauptlichen Machtsvollkommenheit alleinig abhängt, zu ertheilen. Der Pabſt kann alſo in dergleichen auſſerordentlichen Decimationsfällen nicht umgangen werden, beſonders, da er die media compulſiva in Handen hat, die renitirende Geiſtlichkeit zu ihrer Schuldigkeit anzuweiſen. Eben daher rührt es auch, daß der Pabſt geiſtliche Perſonen zur Erhebung der landesherrlichen Decimationen delegirt.

Es iſt daher nicht für eine bloße Verehrung und Zuneigung, oder ein Compliment anzuſehen, wenn der Landesherr den Decimationsindult, bey dem Pabſt nachſucht, und die Vollziehung den päbſtlichen Delegirten einraumet, ſondern es tritt eben das nehmliche Verhältniß ein, als wenn der Pabſt zur Vollziehung einiger nöthigen Verfügungen die Einwilligung, und Beyhülfe des Landesherrn, oder des brachii ſecularis nöthig hat. Der Pabſt iſt zu kirchlichen Verfügungen unſtreitig berechtiget, er hat aber dennoch auch auf die eben ſo rechtmäßige Erinnerungen des Landesfürſten Rückſicht zu nehmen, und es öfter deſſen Bewirkung, wo nicht gar der landesherrlichen Vollziehung zu empfehlen.

§. 1562.

Schwierigkeiten.

Bey den Decimationen, welche der Landesherr in Anſehung der geiſtlichen Güter und Geiſtlichkeit ſeines Landes, auch mit dem Päbſtlichen Conſens erfordert, giebt es oft die unangenehmſten Weiterungen. Der Fall zwiſchen Churmaynz und Churpfalz vom J. 1724. zeigt dieſes klar. Churpfalz wollte kraft eines päbſtlichen Indults die geiſtlichen in Palatinatu gelegene Güter verſchiedener maynziſcher Stifter, Klöſter und Stiftungen mit einer Collectation belegen. Churmaynz wandte bey den Reichshofrath ein, daß dieſe Stifter und Clöſter zu dem maynziſchen Contingent das ihrige ſchon beygetragen, und ſomit nicht doppelt ex eadem Cauſa könnten beleget werden. Churpfalz ſezte aber entgegen, daß die Collectation der in palatino gelegenen geiſtlichen Güter ihm allein zuſtehe; Es könne ſeinem Recht nicht nachtheilig ſeyn, wenn die Geiſtlichkeit ihres anderwärtigen nexus wegen beſteuret worden. 68) So viel iſt gewiß, daß es unbillig und ungerecht wäre, jemand eine zweyfache Auflage ex eadem cauſa zuzumuthen. Die Sache fiel dennoch nicht nach Wunſch des maynziſchen Clerus aus.

Bey den landesherrlichen Decimationen kommt es auch auf dem Inhalt der päbſtlichen Bulle an, welche geiſtliche Perſonen, und Stiftungen davon eximirt ſeyn ſollen. Insgemein werden die Maltheſer Ordensritter, und jene, welche in den Decimations Lande onera principatus ſchon tragen, von der Decimation befreyet. In Baiern ward aber der deutſche, und Maltheſer Orden, wie alle andere Geiſtlichkeit, auch die Jeſuitengüter (ungeachtet ſie vermög päbſtlicher Privilegien von allen decimis papalibus, und ſubſidiis charitativis befreyet waren) dennoch decimiret.

§. 1563.

68) Moſers Staatsrecht. Thl. 8. S. 449.

§. 1563.

Die Frage: Wer in Streitſachen der weltlichen Landesherren, und der faßionirten Geiſtlichkeit und ihrer Güter, der competirende Richter ſey? iſt ſehr delikat. Der Biſchof, der die Geiſtlichkeit vertritt, und insgemein oft in alieno ſelbſt ſeiner Beſitzungen halber mit der Decimation belegt wird, kann es ſo wenig als der decimirende Landesherr ſeyn, welche die ſtreitende Theile ausmachen. Forum in Decimationsſachen.

Ich halte dafür, daß, wenn der Streit über das Recht der Decimation in Bezug auf die Geiſtlichkeit, oder das geiſtliche Weſen bey der Decimation ankommt, welches ſich auf dem Indult gründet, der Pabſt, welcher ſelben giebt, zu erkennen habe. Wenn es aber die Frage, wegen der Weltlichkeit betrift, z. B. wenn ein Biſchof klagte daß ſeine Geiſtlichkeit doppelt faßionirt werde, daß die Temporalien ſeiner Geiſtlichkeit darunter leiden, daß ſie unfähig gemacht werden, die onera Principatus zu tragen u. d. ſo muß nothwendig die kaiſerliche Gerichtsbarkeit eintretten. Im J. 1724. hat ſich der Kaiſer auf das Ius ſupremae advocatiae über die Kirchengüter bezogen und ſein Erkenntniß hierauf in der Churmainziſchen Klagſache gegen Churpfalz begründet.

Hieher gehört auch was der Freyherr von Kreitmayr wegen Baiern ſchreibt 69) „wie es die Landſchaft nicht leide, daß die Klöſter, welche Landſtände ſind, zu den ſubſidiis charitativis für ihre Biſchöfe concurriren; und es ſey eben gegen ein gewißes Kloſter geahndet worden, daß ſich ſolches mit Erlag des ſubſidii charitativi ſo voreilig eingelaſſen habe.“ — So wie der Kaiſer die doppelte Beſchwehrung einer Stiftung nicht zugiebt; ſo ſorgt auch der Landesherr, oder die Landſchaft, daß ſie nicht doppelt, und zur Ungebühr beladen werde.

69) Ad cod. civ. bavar. S. 2089.

§. 1564.

Azgerechtigkeit.

Der Landesherr übet in verſchiedenen Clöſtern, auch ſelbſt der Stiftsregent in ſeinen Landen die Azgerechtigkeit aus, kraſt derſelben ſeine Jäger und Hunde in den Klöſtern, und beſonders pfarrliche Wittums Höfen eine beſtimmte oder unbeſtimmte Azung fordern. Dieſes zwar alte Recht ſcheint den heutigen Geiſt nicht ganz mehr angemeſſen zu ſeyn. Allein es kommt davey eben auf Verträge und Herkommen an, die oft ſelbſt einen Mißbrauch die Rechtskraft verſchaffen. Was dießfalls in Baiern Herkommens ſey, iſt bey Ludwig 70) nachzuſehen. Dieſe Atzungs Abgabe iſt in den mehrſten Stiftsländern in eine Naturalgült an Früchten, oder in Jagddienſte, und Jagddienſtgelder verwandelt worden. Die Gült, welche man den Hundshaber nennt, rührt ebenfalls von dergleichen Abgaben her.

§. 1565.

Güter-Käufe und Verkäufe.

Daß der zu ſtarke Güterſtand, den die Geiſtlichkeit in einem Lande hat, demſelben nachtheilig ſey, bedarf keines Beweiſes; indem der Landmann immer ſtärkere Laſten auf ſich nehmen muß, jemehr die Geiſtlichkeit an den Gütern zunimmt. Die Landesherren haben daher die Verbote, und Amortizations Geſetze wegen der Güterunveräußerlichkeit an die Geiſtlichkeit ergehen laſſen. In den 74ſten Capitel, wo von der Amortization insbeſondere gehandelt wird, iſt dieſer Gegenſtand vollkommen erlediget.

Der Landesherr geſtattet aber auch nicht, daß die Geiſtlichkeit von ihren Stiftungsgütern etwas verkaufe. Er hat zwar als Advocat der Kirche ſchon die Pflicht auf die Erhaltung der Kirchengüter zu wachen,

70) von der Landesſäß. Ritterſchaft tom. 1. S. 653.

wachen, allein es liegt auch ein Cameralintereſſe oft darunter; denn, wenn die Geiſtlichkeit in ihrer Stiftung durch die Nachſicht des Landesherrn verkürzt, oder geſchwächt wird, ſo liegt dem Landesherrn die Unterhaltung aus Cammermitteln ob; deßwegen wird immer genau auf die Stiftungen, beſonders der pfarrlichen Güter geſehen.

§. 1566.

Kirchenrechnungen.

Die Verwaltung der geiſtlichen Güter gehört zwar ſowohl in einen weltlich- als geiſtlichen Stiftslande immer der Geiſtlichkeit. Allein ſobald von mittelbaren- und landſäſſigen geiſtlichen Gütern, die in einem andern Territorio liegen, die Frage entſteht, ſo tritt faſt durchgehends die cumulative Verwaltung ein, und der Landesherr kann nicht wohl ausgeſchloſſen werden, ſo wie es ſelbſt in den Stiften geſchieht, wo die weltlichen Regierungen immer mit einigen die geiſtliche mittelbare Stiftungen betreffenden Gegenſtände beſchäftiget ſind. In den Concordaten des Hauſes Baiern mit den in- und angelegenen Stiftern als Salzburg, Freyſingen, Regensſpurg, Augsſpurg, und Paſſau iſt durchgehends die cumulativa adminiſtratio bonorum eccleſiaſticorum vertragsmäßig feſtgeſetzt. 71)

Was einem Landesherrn an guter Verwaltung der geiſtlichen ſonderheitlich der pfarrlichen Stiftungen, und an genauer Führung des Rechnungsweſens gelegen ſey, iſt kurz vorher gedacht worden.

§. 1567.

Collecten der Mendicantenclöſter.

Es iſt von mir anderwärts 72) ausführlich gezeigt worden, wie beſchwehrlich einem Land die Collekten beſonders auswärtiger Clöſter fallen. Die Landesherren

71) Concordaten und Receſſen. 1769. in f. §. 34. 35. 39. 52. 53.

72) In meiner ſtatiſtiſchen Abhandlung über die Mängel ꝛc.

herrn vorzüglich Baiern im J. 1770 haben dies- falls ſchon die ſtrengſten Verordnungen ergehen laſſen, Sperren auf das geſammelte angeleget, und andere Verfügungen getroffen. Es geht eben doch immer fort. Die Vorſtellungen der Klöſter fanden immer wiederum Gehör. Freylich können die Klöſter ſich auf eine Art von uralten Beſitzſtande ihres quaſi collectationsrechts beziehen. Viele Ihrer ſind auf die bloſe Collekten angenommen worden. Sie er- ſetzen in der Seelſorge die zu geringe Anzahl der Weltprieſter und Pfarrer bey dermaliger überhand- genommenen Bevölkerung; und am Ende theilen ſie ihr geſammeltes Brod auch mit den Landeskindern des nehmlichen Landes, in welchem ſie es ſammeln. Oft wird freylich in einem einzigen Capuzinercloſter von dem erbettelten den Armen in einem Tage mehr mitgetheilt; als an dem Hofe des erſten deutſchen Erzſtifts in einem ganzen Jahr. Der Landesherr kann die Collekten der Clöſter, wenn Mißbräuche vorwalten, zwar einſchränken und dieſe abſtellen. Aber die Collekten ganz aufzuheben; dies läßt ſich wegen obangezeigten Urſachen nicht wohl thun; Ich würde noch ehender die Aufhebung der Clöſter zuge- ben, als ſie dulten, und auf der andern Seite vor Hunger darben zu laſſen. Die Mendicantenklöſter, nicht alle, aber doch die meiſten verdienen ihr erbet- teltes Brod, und gewiß ſauer, im Gegenhalt ande- rer Geiſtlichen beſonders der Domherren.

§. 1568.

Kirchen- ſchatz. Für den Schatz und Reichthum der deutſchen Kirchen iſt faſt von ihrer erſten Stiftung, und Er- richtung her geſorget worden. Die Könige und Für- ſten hatten verſchiedene Urſachen, zum theil ganz po- litiſche 73) warum ſie den Reichthum der Kirchen beför-

73) Band 1. Thl. 1. §. 16. S. 13.

befórderten. Als die Freygebigkeit der Fürſten nachlies, und die Güter- Schenkungs- Kauf- und Tauſchepoche in den Stiftern anfieng, war die Abſicht der geiſtlichen Fürſten auf die Vergröſzerung ihrer Stifter gerichtet. In den mehrſten Stiftern wurden ſehr groſe Reichthümer, beſonders Kirchen-Schätze geſammelt; Es war auch ſehr leicht, weil die Biſchöfe und die Geiſtlichkeit die Gutthäter immer auf den Glauben lieſzen, daß alles zur Verherrlichung des Gottesdienſtes gegeben werde. Die vielen Schickſale, welche der Reichthum und beſonders der Kirchenſchatz in den Stiftern erlitten hat, zeigen zum theil ſchon die Verſchiedenheit der Abſichten, und des Endzweckes an, warum dieſer Reichthum ſo ſehr befördert worden. Es gab unter den Biſchöfen freylich auch viele, welche blos zur Verherrlichung der Kirche ihre Stifter bereichert haben. Hingegen aber auch viele, welche den Kirchenſchatz zu einer der Meinung der Gutthäter ganz entgegengeſetzten Verwendung beſtimmt haben. Günther Erzbiſchof zu Cölln nahm den ganzen Kirchenſchatz alles Gold, und Silber, und trug es 864 nach Rom, um ſeine Unſchuld zu erkaufen. 74) Erzbiſchof Arnold zu Mainz führte 1158 Krieg mit Pfalz, und warb für einen Theil des 600 Pfund ſchweren goldenen Creuzes (benna genannt) Soldaten. 75) Im J. 1200 nahm Herzog Ludwig von Baiern den ganzen alten Kirchenſchatz zu Mainz hinweg, wodurch die baieriſche Schatzkammer ſo viele Koſtbarkeiten von geiſtlichen Sachen erhielt. 76) Wilhelm der 29ſte Churfürſt zu Cölln ein Freyherr von Keneppe verſchafte unermeſliche Reich-

74) Godeau Kirchengeſchichte. Thl 16. S. 73.

75) Dieſes Creuz muſten die Juden zur Straf machen laſſen, weil ſie den Bruder des mainziſchen Erbſchenkens Bruno umgebracht hatten. Ioann. rer. mog. tom. 2. S. 111.

76) l. c. tom. 2. S. 121.

Reichthümer dieſer Kirche. Man behauptet, daß er reicher als Maximilian der 47. Churfürſt geweſen ſey. 77) Biſchof Ludwig zu Münſter ein Landgraf von Heſſen, ſammelte ſeiner Kirche einen auſſerordentlichen Reichthum durch ſeine Sparſamkeit. 78) Ein gleiches that Biſchof Bernward zu Hildesheim, durch den die Kirche einen großen Schatz an Gold, und Silber erhielt. 79) Biſchof Heinrich IV. zu Straßburg, verſah die Kirche mit einem ſehr koſtbaren Kirchenſchatz von Geſchmuck, und goldenen Gefäſſen. 80) Erzbiſchof Leonhard zu Salzburg, brachte durch gute Haushaltung einen ſolchen Kirchenſchatz, und Stiftsreichthum zuſammen, daß K. Maximilian I. oft ſagte: „er habe zwey Capläne in ſeinen Staaten: davon der eine nehmlich „Erzbiſchof Leonhard nicht zu erſchöpfen, der andere Mathäus Lang Biſchof zu Gurk, Leonhards „Nachfolger, nicht zu erfüllen wäre.“ 81) Durch das Teſtament des Churfürſt Clemens Auguſt von Cölln, erhielt die Kirche ſeinen ganzen koſtbaren Geſchmuck, der von einem überaus großen Werth war. 82) Insgemein hatte jedes Stift ſeinen Sparer; und wiederum ſeinen Aufzehrer. Gar oft muſte daher ſelbſt der Kirchenſchatz angegriffen werden. Es fragt ſich nun, ob der Stiftsregent dieſes zu thun berechtiget ſey. Ich glaube niemals: der Kirchenſchatz gehört ein für allemahl der Kirche, auf welchen der Stiftsvorſteher als Landesherr kein Recht hat; indem er nur bloßer Adminiſtrator deſſelben iſt. Nur alsdenn, wenn das Land ein auſſerordentliches Unglück, oder Noth drücket, iſt er befugt mit Bewilligung des Pabſtes, und des Kaiſers als oberſten

77) Godeau l. c. Thl. 16. S. 127.
78) l. c, Thl. 26. S. 107.
79) l. c. Thl. 25. S. 50.
80) l. c, Thl. 22. S. 179.
81) l. c. Thl. 17. S. 164.
82) l. c, Thl. 16. S. 163.

ſten Kirchen Advocatens, und mit Uebereinſtimmung der Stiftsſtände, den Kirchenſchatz anzugreifen. Die rebellirende Lütticher wollten im J. 1790. ebenfalls zu Bezahlung der Executionsunkoſten den Kirchenſchatz angreifen; Allein die Creißexecutions-Commißion ließ es nicht zu; indem der Kirchenſchatz zu dieſen Zweck unanwendbar, und erſt alsdenn anzugreifen ſey, wenn die Mittel des Staats vollkommen erſchöpft wären. 83) Der Stiftsregent hat als Advocatus et Protector eccleſiae für die Aufrechterhaltung des Kirchenſchatzes, zu ſorgen. Man kann dieſes aus den Beyſpielen jener Länder abnehmen, in welchen der Landesherr mit dem Biſchof, und Diöceſane die cumulative Verwaltungsrechte des Kirchenguts ausübt.

§. 1569.

Zu dieſem Capitel, da von den landesherrlichen Rechten, und Pflichten der deutſchen Stifter in Anſehung der Sachen die Rede iſt, fehlt es an beſondern Schriften eben ſo, wie in andern Theilen der ſtiftiſchen Verhältniſſe. Diejenigen Schriften, welche Moſer in dem Tractat von der Landeshoheit im Geiſtlichen B. 3. Cap. 6. angeführet, gehören nicht hieher; indem ſie auf das allgemeine Verhältnis von Deutſchland, und nicht auf das beſondere der Reichsunmittelbaren Stifter Bezug haben. Indeſſen iſt das obgedachte 6te Capitel dennoch das einzige, worinn verſchiedenes, welches beſonders die in Baiern gelegene Hochſtifter betrift, hieher gehöriges vorkommt. Schriften.

Vier

83) Lüttich wird das Paradieß der Geiſtlichkeit genannt, weil allda ſehr reiche Canonicate, und Präbenden ſind. Man hätte alſo ehender auf den Angrif der geiſtlichen Güter, als des Kirchenſchatzes antragen ſollen.

Vier und fünfzigſtes Capitel.

Von der C. G. Stifter ihren Landſtände- und Unterthanen-Rechten, und Pflichten in Religions- und Kirchenſachen.

Inhalt.

§. 1570.) Einleitung. 1571.) Rechte der Landſtände und Unterthanen. 1572.) Ihre Gründe. 1573.) Aſſecuranz der Religionsfreyheiten. 1574.) Noch andere Handlungen. 1575.) Neuere Verhältniſſe. 1576.) Religionszwang. 1577.) Verträge gegen den Weſtphäliſchen Frieden. 1578.) Verhältniß der Religion gegen den Stiftſtaat. 1579.) Gottesdienſt. 1580.) Lehre. 1581.) Religionsſachen. 1582.) Erhaltung der Stifter. 1583.) Kirchenregiments. — 1584.) Geiſtliche Perſonen. 1585.) Und Sachen. 1586.) Gewiſſensfreyheit. — 1587.) Der Landſtände Pflichten, und Rechte. 1588.) Schriften.

§. 1570.

Einleitung. Die Rechte der katholiſchen Unterthanen eines deutſchen katholiſchen Stiftsſtaates ſind bereits, was Religionsſachen betrift, ſchon erörtert worden. Die Ordnung führt mich nun auch auf die Darſtellung der Rechte, und Befugniſſe der Nichtkatholiſchen Stiftseinwohner hin, die nach Verſchiedenheit der geiſtlichen Stiftsländer eben auch mannichfältig ſind.

§. 1571.

§. 1571.

Die Aufrechthaltung der Religionsfreyheit wird von den Ständen, und Unterthanen eines jeden Staats als das koſtbarſte Kleinod geſchätzt. Im Grunde betrachtet iſt die Freyheit der Unterthanen ohnehin von keiner Bedeutung mehr. Die Religionsfreyheit war von jeher der glückliche Kunſtgriff einer tief gelegten Politik in den weltlichen wie in den geiſtlichen Staaten. Carl der Große hat es am beſten eingeſehen, welche Fortſchritte die Staatskunſt unter dem Mantel der Religion machen könne. Ganz unbiegſame deutſche Völker ließen ſich der Religionsfreyheit wegen alles gefallen; heut zu Tage trift dieſes in den geſitteten Ländern noch ein, und wird auch ſo bleiben. In den deutſchen Stiftern halten die Landſtände und vorzüglich die Unterthanen feſt darob, daß die einmahl Conſtitutionsmäßige Freyheiten und Gerechtſame in Religions- und Kirchenſachen unverrükt ſtehen bleiben. Man findet faſt in allen Erb- und Landesvereinigungen, auch ſelbſt in den Capitulationen der Stifter, daß der Regent verbunden werde, vorzüglich die in einem Stiftslande urſprünglich beſtehende Religion aufrecht zu erhalten. Seit den weſtphäliſchen Friedensſchluß wird ſelbſt in einigen Stiftern, welche Unterthanen von einer andern Religion haben, auch deren ihrer Religionsfreyheit nicht ſo faſt directe in den biſchöflichen Wahlcapitulationen, aber doch in Anſehung der Landesverträge indirecte gedacht.

Rechte der Landſtände und Unterthanen.

§. 1572.

Die Landſtände und Unterthanen der geiſtlichen Stifter halten den Beſitzſtand für den ſtärkſten Grund ihrer Religionsfreyheiten, und Rechte. Wenn der Stiftsregent nur im geringſten davon abgehet, ſo ſetzt er ſich der Verantwortung bey dem Lande aus.

Ihre Gründe.

Sobald in einem katholiſchen Stiftslande, welches mit evangeliſchen Glaubensgenoßen vermiſcht iſt, die Frage über einen die Religionsfreyheit betreffenden Gegenſtand entſtehet, ſo beruhet der Entſcheidungs-Grund in dem weſtphäliſchen Friedensſchluſſe.

In einigen Stiftern hat man auch ſonderheitliche Verträge, und Privilegien zum Grund der Religionsfreyheit genommen; in andern ſogar die Religionsfreyheiten, und Rechte durch Aſſecuranzurkunden geſichert.

§. 1573.

Aſſecuranz der Religionsfreyheiten.

In einigen geiſtlichen Stiftern wurde die Religion der Nichtkatholiken durch Verträge und Aſſecuranzurkunden deswegen geſichert, damit die Verträglichkeit zwiſchen beyden Religionstheilen bewirkt werde. In andern Stiftsländern geſchah es aus Nothwendigkeit, weil ſich anſonſt eine Trennung des politiſchen Gehorſams würde ergeben haben. Mainz ſtellte 1664 bey Eroberung der Stadt Erfurt unter Churfürſt Johann Philipp eine Religions Verſicherung aus, die in den folgenden Jahren 1666. und 1667 durch die Verhandlungen mit Sachſen befeſtiget wurde. 1) Dieſe Akte war wirklich mehr Nothwendigkeit als Willkühr, denn ſonſt würde die neue Herrſchaft ihre Eroberungsfahne nicht mit Sicherheit aufgeſtekt haben.

Chur Cölln bewilligte eine gleiche Akte 1754. den Reformirten zu Odenkirchen. 2) Das Bißthum Coſtanz hat ſich mit den Schweizern der freyen Religions Uebung wegen im J. 1598 und 1600. verglichen. 3)

Fulda muſte ſich nach Einlöſung des Amts Fiſchberg 1707. die Ausſtellung einer ſolchen Aſſecurati-

1) Lünig R. Arch. P. Spec. S. 401. Spicil. eccl. Fortſ. Theil. 1. S. 164.
2) l. c. Thl. 1. S. 381.
3) Moſer Coſtanz. Staatsrecht S. 128.

rationsakte gefallen laſſen, und der Vertrag mit Sachſen-Weimar, und Eiſenach vom J. 1764. befeſtigte ſolche. 4)

Der Vergleich' mit dem Haus Braunſchweig machte dem Biſchof Ernſt zu Hildesheim die Religionsverſicherung 1581. zur Nothwendigkeit, und die Verhandlungen mit Braunſchweig wurden hierüber noch bis 1720. fortgeſetzt. 5)

Das Stift Kempten muſte 1692. wegen den von den gräflichen Haus Pappenheim acquirirten Herrſchaften Rothenſtein, Grönebach, und Herbishofen eine Aſſecurationsakte ausſtellen. 6)

Das Hochſtift Worms weigerte ſich keineswegs 1705. an Churpfalz bey Abtrettung des Stifts Neuhauß ſamt Zugehör die Religionsübung der Reformirten zu verſichern. 7)

Würzburg ſtand ſeinen eigenen Vortheil auch nicht entgegen, 1572 den Reichsdörfern Gochsheim, und Senfeld in Religionsſachen über gewiße Punkte Verſicherungsacten zu ertheilen, und 8) ließ ſich bey der Reichsdeputation wegen Neußes vieles gefallen. 9)

Die beſtändige Wahlcapitulation in dem Stift Oſſnabrück iſt eine öffentliche, und unumſtößliche Verſicherungsurkunde für die Nichtcatholiken. 10)

Als das fürſtliche Stift Ellwangen den Ritterſchaftlichen Ort Haußen für eine Stiftung des Landes

4) Europäiſche Staatskanzley Thl. 17. S. 176. Lünigs Reichsarchiv unter Fulda P. Spec. cont. 166.
5) Lünig Reichsarchiv. Part Spec. unter geiſtl. Fürſten S. 547.
6) Europäiſche Staatscanzl. Thl 4. S. 166.
7) Moſer von der Landeshoheit im geiſtl. S. 368.
8) Lünig Spicil. eccl. cont. S. 763.
9) Europ. Staatskanzl. Thl. 4. S. 166.
10) Ebend. Thl. 5. S. 42.

an ſich kaufte, muſte es ſich eine Religionsverſicherung gefallen laſſen.

§. 1574.

Noch andere Handlungen. Auſſer dieſen angezeigten Religionsaſſecuranzacten ſind von verſchiedenen Stiftern noch Receſſe und Vergleiche getroffen worden.

Churmainz hatte wegen Religionsſachen in Eichsfeld mit der Ritterſchaft im 16ten Jahrhundert viele Anſtände, und insbeſondere wegen Duderſtadt konnte es bis auf das J. 1712 noch nicht zu recht kommen. 11)

Wegen der Religion in den in der Bergſtraße von Pfalz ausgelöſten Aemtern ward gegen Churmainz in dem weſtphäliſchen Frieden art 5. §. 27. Vorſehung gethan. 12)

In Anſehung der Religion in der Grafſchaft Königſtein machte das Endſcheidjahr für Churmainz das Geſetz. 13)

Zu Croneberg ward 1704. von Churmainz das Simultaneum eingeführt, und die Rechte der Catholiken, mit jenen der Evangeliſchen getheilt. 14)

Als das Oberamt Boxberg von Würzburg an Churpfalz verſetzt wurde, ward 1691 wegen der Religionsübung ein Vergleich errichtet. 15)

Alle dieſe Vergleiche, und Verträge, gründen ſich auf keine freywillige, ſondern vielmehr eine zwangsmäßige Dultung; Indeſſen iſt dennoch ſo viel rich-

11) Moſers Mainziſches Staatsrecht. S. 233.
12) l. c. S. 237.
13) l. c. S. 238.
14) l. c. S. 239.
15) Fabri Staatskanzley. Thl. 38. S. 23.

richtig, daß die Religionsrechte nach der Grundlage dieſer Verträge den Nichtcatholiken in den deutſchen Stiftern aufrecht müſſen erhalten werden. Ich ſehe dieſe Vergleiche und Handlungen immer als eine Zwangs- und Conſtitutionsmäßige Dultung an. Dieſe ſtellt die wahre Vertraulichkeit zwiſchen den Catholiken und Nichtcatholiken noch lange nicht her, weil ſie ſich nur auf Vortheile der Catholiken, oder auf gewiſſe Freyheitsrechte der Nichtcatholiken gründet.

§. 1575.

Neuere Verhältniſſe.

Man kann aber in neueren Zeiten einigen geiſtlichen Wahlſtaaten doch die Sinnesänderung zu einer freywilligen und von eigener Ueberzeugung herrührenden Dultung nicht ganz abſprechen. Sie hatten zum Theil Regenten, die hell und weit über ihr Zeitalter auf die Zukunft hinausſahen. Man fieng ſchon an, im vorigen Jahrhundert, an die Toleranz zu denken. Mainz war der erſte geiſtliche Fürſt, der eine Vereinigung beeder Religionen im J. 1698. ſtiften wollte. 16) Der große Fürſt Friederich Carl zu Würzburg war auf die Duldung der Nichtcatholiken in dem Städtgen Kizingen bedacht; allein ſein Nachfolger ließ dieſen wichtigen Gegenſtand wieder aus den Augen. Churfürſt Joſeph Emerich zu Mainz gieng um einen Schritt weiter, und begünſtigte die Nichtcatholiken, welche ſich zu Höchſt anſäßig machen wollten, im Jahr 1768. mit der Religionsübung; 17) doch der gute Wille wurde nur auf den Ort Höchſt beſchränkt. Es fehlte dieſem geiſtlichen Staat immer an Einförmigkeit und Standhaftigkeit im Toleranzweſen. Man ſcheint noch Furcht zu haben, Hinderniſſe und Schreckbilder zu ſehen, wo keine ſind, und einzelne ſol-

16) Schlözers Staatsanzeigen. Heft 4. S. 510.
17) Meine ſtatiſtiſche Abhandlung über die Mangel. S. 181.

ſolche Handlungen 18) benehmen den Staat das Zutrauen des Nachbars, der an dem feſten Entſchluß zu zweifeln Urſache hat, ſo ſehr auch der jetzt regierende Churfürſt ſeinen hellen und gereinigten Duldungsgeiſt durch unwiderſprechliche Beweiſe glänzend macht, da er vor einigen Jahren die katholiſche Confutation der A. Confeſſion aus dem Reichsarchiv dem Stiftsprediger Weber zu Weimar aushändigen ließ. 19)

In dem Hochſtift Speyer wollte der Fürſt Biſchof auch in dem Toleranzweſen etwas thun; — Er ließ eine Verordnung wegen ungehinderter Beſuchung und Providirung der fremden und erkrankten Nichtcatholiken ergehen. — Warum gönnet man den geſunden Nichtcatholiken dieſen Vortheil nicht? zudem gründet ſich dieſe Toleranzgattung ſchon wiederum auf eine wechſelſeitige Verbindlichkeit der markgräflichen Regierung zu Baden, die das nemliche in ihren Landen der ſpeyeriſchen Geiſtlichkeit zugiebt.

Ganz freywillig und ohne Rückſicht gab Churfürſt Clemens Wenzeslaus von Trier im J. 1783. einem Nichtcatholiken, Namens Bucking, die Erlaubniß, ſich zu Coblenz mit Ausübung des Privat-Gottesdienſtes niederzulaſſen, und ſeinen Handel erweitern zu dürfen. Der Toleranzeinführung wurde alſo zuerſt die Reſidenzſtadt gewidmet, und auf alle churtrieriſche Stiftslande ohne Ausnahme, in einem gewißen Syſtem erſtrecket, 20) ein Kennzeichen, daß die Duldung keinen Plaz ausſchlieſſen ſoll.

§. 1576.

18) Journal von und für Deutſchland. 1784. St. 7. S. 6. Schlözer l. c. Heft 22. S. 551. deutſche Zuſchauer Heft 10. S. 78 ꞉ 96.
19) Journal von und für Deutſchland 1784. St. 7. S. 199.
20) Schlözer l. c. Heft 15. S. 395.

§. 1576.

Was man eigentlich directen Religionszwang heiſet, oder die Gewalt einen zur catholiſchen Religion zu zwingen, dieſe trift man in den Stiftern nicht mehr an, wohl aber waltet eine Gattung von indirecten Religionszwang vor, daß nehmlich ein Unterthan, wenn er zur Proteſtantiſchen Religion übergehet, ſein Gut verlaſſen und aus dem Land ziehen muß. In den Güterbeſtandbriefen des Stifts Ellwangen heißt es: daß der Unterthan, wenn er von der römiſchcatholiſchen Religion abgehen werde, ſein Gut mit dem Rücken anſehen müße, d. i. deſſelben ipſo facto verluſtig erkläret werde. Dieſe Art hat auch zu viel Härtigkeit. Denn der Religion wegen ſoll Niemand geſperrt ſeyn. Allein die beſondere Landes- und Conſtitutionsverfaſſung bringt dieſes eben mit ſich. Der geiſtliche Vorbehalt iſt in Stiftern ſchon eine Gattung von indirectem Religionszwang, weil der zur andern Religion übertretende ſeine Pfründe verliehret. Da die Stifter die Aufrechthaltung der Religionseinförmigkeit ſich in ihren alten Landen zum Geſetz von jeher gemacht, ſo muß dieſer Vorbehalt ſowohl in Anſehung der Pfründen als der Unterthanen beobachtet werden. Gleichwie aber ein zur andern Religion übertretender Geiſtlicher ſalvo honore ſeine Pfründe zurücklaſſen muß, ſo kann ein Unterthan auch nicht weiter als zur Emigration anzuhalten keineswegs aber mit einer Güterconfiſcation gegen denſelben zu verfahren ſeyn. Man gab bey dem Reichstag nicht zu, daß den Salzburgiſchen Emigranten ihre Güter confiſcirt wurden, und wegen dem Stift Ellwangen ließ der Reichshofrath 1780 die obgedachte Clauſel der Güterbeſtandbriefe mir, da ich eine Rechtsanhängigkeit dießfalls ſollicitirte, aus Be-

Religionszwang.

ſcheidenheit mündlich ahnden, und die Abſtellung anrathen.

§. 1577.

Verträge gegen den weſtphäl. Frieden.

Ein geiſtlich- oder weltlicher Reichsſtand kann in ſeinen Landen immer ſelbſt gegen das in dem Weſtphäliſchen Frieden beſtimmte Verhältniß durch Verträge, Gnadenerzeigung, oder ſonſt eine Ueberkunſt einem Religionstheil etwas einraumen, wenn nur die Religionsrechte hierdurch nicht gekränkt werden. Es iſt ein ſchon längſt zugeſtandener Satz: daß die Unterthanen in Religionsſachen mit ihrem Landesherrn auch dem Weſtphäliſchen Frieden entgegen lauſende Verträge, beſonders wo es auf Geſtattung des Gottesdienſtes, beſſerer Einrichtung des Simultanei, oder Abſtellung gewißer Gebräuche ankommt, errichten können. Es heißt in einem Bedenken der Schleſiſchen Stände ausdrücklich: „Denen Unterthanen, „welche Verträge mit ihrem Landesherrn zu errichten „in dem Oßnabrückiſchen Friedensſchluſſe, folglich „auch in der Alt-Ranſtättiſchen Convention, bevoll„mächtigt ſind: art. 5. *hoc tamen non obſtante* etc. „c. 31. et haec omnia et ubique obſerventur, do„nec inter ſtatus immediatos eorumque ſubditos „mutuo conſenſu aliter conventum fuerit, weit zu„träglicher die Gnade ihres Landesherrn, ſo viel die „Ehre Gottes, und ihre Religion es zuläßt, beyzube„halten.“ 21) Nimmt man nun die viele Verträge, welche ſeit dem weſtphäliſchen Frieden zwiſchen den geiſtlichen Stiftsregenten und ihren Proteſtantiſchen Unterthanen errichtet worden, ſo iſt gar keiner Frage mehr unterworfen, daß nicht gegen das Verhältnis des Weſtphäliſchen Friedens in obberührter Maaße tranſigirt, und unſchädliche Meinungen verfügt werden können.

§. 1578.

21) Fabri Staatskanzley Thl. 13. S. 607.

§. 1578.

Es läßt ſich in Anſehung der geiſtlichen Wahl-ſtaaten ſchwer beſtimmen, ob die Römiſch-katholiſche, oder proteſtantiſche Religion ihrer Staatsverfaſſung beſſer angemeſſen ſey. Monteſquieu behauptet zwar, 22) daß die Römiſch-katholiſche Religion bequemer für die Monarchiſche, und die Evangeliſche beſſer für die freye Regierungsform ſey. Büſching 23) glaubt aber, daß die evangeliſche Religion dem Staate in allen Stücken die vortheilhafteſte ſey, von der Römiſch-katholiſchen könne aber dieſes nicht geſagt werden a) indem ſie dem Landesherrn die Regierung der Kirche in ihren Staaten nicht geſtattet, ſondern b) ſolche dem Pabſte zuerkennet, und c) dieſem die Macht geiſtliche Aemter, und Pfründen nach Wohlgefallen zu vergeben einraumet, weil ſie d) dem Geiſtlichen den eheloſen Stand auferleget, und ſehr viele Feyertäge verordnet; nicht weniger weil die Menge, Reichthum, und Pracht der Kirchen, und Klöſter erſtaunlich groß iſt, ob ſie gleich dem ungeachtet von den ordentlichen Abgaben der Unterthanen frey ſeyn wollen. e) Weil die Geiſtliche einen großen Vorrang begehren, ſich der weltlichen Gerichtsbarkeit entziehen, dem Kirchenbann, und in einigen Ländern die Inquiſitionsgerichte, und Bannflüche allzeit bereit an Handen haben, und endlich, f) weil ſchon erwieſener Maaßen aus den katholiſchen Staaten jährlich ſehr große Geldſummen ohne Ruckgang nach Rom flieſen.

Verhältniß der Religion gegen den Stiftſtaat.

Alle dieſe Beweggründe überzeugen mich noch nicht, daß die Römiſch-katholiſche Religion nicht die beſte für die deutſchen Stiftsſtaaten ſey; ſie iſt der urſprünglichen Stifung dieſer Länder gemäß;

22) De l'Eſprit de loix vol. 3. l. 24. ch. 5.
23) Vorbereitung zur Staatsverfaſſung. S. 88.

der Volksgeiſt iſt an ſie gewöhnt. Einige dieſer Länder befinden ſich in beſſern Umſtänden als mancher große evangeliſche Staat, und denn glaube ich, daß die Römiſch-katholiſche Religion für die deutſchen Stifter um ſo mehr paſſend ſeyn, als dieſe Staaten weder eine Monarchiſche noch freye Regierungsform haben. Heutzutage muß man darauf ſehen, was den urſprünglichen Landesunterthanen, und nicht den Projectanten behaget.

§. 1579.

Gottesdienſt.

In den Stiftsländern beruht die Ausübung des Gottesdienſtes der A. C. Verwandten theils auf den Beſitz des Entſcheidjahrs, theils auf Verträge, und Vergünſtigungen, in wie ferne ſelber öffentlich, privat, oder nur als eine Hausandacht ausgeübt werden darf; dabey es auch der Stiftsregent belaſſen muß.

§. 1580.

Lehre. —

Die Unterthanen eines Stiftslandes, welche den Beſitzſtand des Entſcheidjahrs für ſich haben, ſind befugt, von ihren Regenten zu fordern, daß in Anſehung der Lehre keine Aenderung vorgenommen werde. Sind ſie Katholiſch, ſo verlangen ſie es hauptſächlich von ihrem Vorſteher als Biſchof; ſind ſie Evangeliſch, ſo fordern ſie es von ihm als Landesherrn. Wiewohl auch ein geiſtlicher Reichsfürſt die in ſeinem Land eingeführte Lehre als Landesherr ebenfalls den Katholiken, und Nichtkatholiken zu handhaben ſchuldig iſt.

§. 1581.

Religionsſachen.

Was bey den Katholiken für wahre Religionsſachen gehalten werden, hievon iſt ſchon gehandelt worden, und es bedarf keiner Wiederholung. Allein da

in

in den Stiftern auch Proteſtanten, und Reformirte Conſtitutionsmäßige Rechte hergebracht haben, ſo fragt ſich, was denn in Anſehung derſelben für Religionsſachen zu halten ſeyn? Die Evangeliſchen Stände haben in einer gegen Churpfalz den 23 May 1716. an den Kaiſer erlaſſenen Vorſtellung den richtigen Generalſatz aufgeſtellet: „Daß nicht nur al„lein Religionsſachen ſeyn, wo *directe* von der „Religion, von Theologiſchen Fragen, von Kir„chen, und Schulen, und dergleichen gehandelt „wird, ſondern auch, wo die Religion nur *in„directe* intereßirt iſt, und Schaden leiden „kann." 24) Ein gleiches iſt auch aus dem bey dem Reichstag geführten voto des Churbrandenburgiſchen Geſandten vom J. 1714. abzunehmen. 25) In allen dergleichen Gegenſtänden, die entweder directe, oder indirecte auf das Religionsweſen der Nichtkatholiken in den geiſtlichen Stiftern einen Bezug haben, wird erfordert, daß ſolche durch beſondere Räthe des betreffenden Religionstheile abgehandelt werden, ſollte aber das Stiftsland mit dergleichen Räthen nicht verſehen ſeyn; ſo müſſen die Verhandlungen entweder nach Beſchaffenheit der Sachen an einen dritten aus Evangeliſchen Gliedern beſtehenden auswärtigen und unpartheyiſchen Richter, oder wo es um Erkennung eines mandati S. C. oder adexequendum ſecundum nudum factum poſſeſſionis in anno decretorio zu thun iſt, an ein höchſtes Reichsgericht, oder ad Comitia, oder auch immediate mit Uebergehung der Reichsgerichte an die Creißdirectoria zur ſummariſchen Unterſuchung des facti poſſeſſionis anni normalis, und Herſtellung des Status anni directorii gebracht werden; 26) indem es in dem art. V. P. IV. §. 56. ausdrücklich heißt: quod non ſolum ubi

24) Fabri Staatskanzley Thl. 27. S. 753.
25) l. c. 24. Thl. S. 183.
26) l. c. Thl. 31. S. 467.

ubi dubia circa interpretationem conſtitutionem ſed etiam in *dejudicandis cauſis inter partes* ex *paritate aſſeſſorum utriusque Religionis contrariae* oriuntur ſententiae, ad *Comitia imperii* univerſalia remitti debent. Worauf man ſchon im J. 1598. beſtanden hat, daß alle dergleichen das Religionsweſen betreffende Sachen durch ſondere Räthe ſollten abgethan werden. 27) Wie es auch in cauſa des Deutſchmeiſters c. Churbrandenburg, 28) und anderen Vorfallenheiten zu erſehen iſt.

§. 1582.

Erhaltung der Stifter. In allen geiſtlichen Stiftern iſt durch die Wahlcapitulationen der Erhaltung der Religion fürgeſehen worden. Beſonders war man in jenen Stiftern darauf bedacht, wo es wegen der Vermiſchung verſchiedener Religionen den Anſchein einer Gefahr hatte. In der Capitulation des Stifts Ellwangen heißt es z. B. art. 2. ſoll die katholiſche Religion fortgepflanzet, und dagegen nicht gehandelt werden.

§. 1583.

Kirchenregiments. — Das Kirchenregiment hat bey den katholiſchen Reichsſtiftern ſchon ſeine geſetzte Verfaſſung, woran ſich im Hauptweſen nichts andern läßt. Auch bey den Nichtkatholiken hat es ſeine feſte Norm. Dem katholiſch-geiſtlichen Landesherrn iſt es unbenommen, wenn die Verträge, Aſſecuranz- oder Freyheitsbriefe nichts beſonders ausweiſen, ein oder die andere Einrichtung in Nebenſachen zu treffen, die den Grundſätzen einer oder der anderen Religion, oder der Landesverfaſſung nicht entgegenſtehen. Der Landesherr darf aber keinen Profeſſor, oder Schullehrer, der nicht die Religion der Schüler hat, ſetzen.

§. 1584.

27) l. c. Thl. 60 S. 729.
28) Man leſe hierüber, was bey Arumdo de comitiis cap. 6. n. 97. vorkommt.

§. 1584.

Selbſt in Anſehung der geiſtlichen Perſonen, und Schullehrer kann der Landesherr, und Stiftsregent bey Beſetzungsfällen nicht ganz nach freyer Willkühr fürfahren. Es iſt gar oft der Fall, daß die Unterthanen, und Gemeinden hierüber zu vernehmen ſind; Beſonders wenn die Frage über gewiſſe Eigenſchaften entſtehet, die zu einen Amt entweder vermög beſonderer Rechte, Freyheiten oder Verordnungen erfordert werden, oder die Unterthanen etwa ſelbſt bey der Collatur eines Amts, oder Pfründe zu concurriren berechtiget ſind. Geiſtliche Perſonen

§. 1585.

Der geiſtliche Stiftsregent iſt gehalten, ſeinen Landeseinwohnern die Beſitz-Vertrag- oder Conſtitutionsmäßige Beförderung ihrer Religionsübung in allen Stücken angedeyhen zu laſſen. Wenn die Unterthanen entweder die Mittel nicht haben, oder die Zehenden mit keiner Laſt aſſicirt, oder ſonſt keine Verträge vorhanden ſind, ſo muß der Landesherr für den Beſtand ihrer Kirchen, Predigſtühle, Begräbniſſe, Schulen, u. d. ſorgen. Soferne aber Stiftungen zum Unterhalt des Religionsweſens ſich in einem Stiftslande befinden, ſo iſt ſeiner Pflicht angemeſſen, ſolche gut verwalten, und unter genaue Obſicht nehmen zu laſſen. Und Sachen.

§. 1586.

Nichtsdeſtoweniger iſt es ein weſentliches Stück der deutſchen Unterthanen Rechte, daß ihnen auch in den Stiftern nach dem Inſtr. Pac. oſn. art. 5. §. 36. frey ſtehet, kraft der Gewiſſensfreyheit ſich zu einer der drey im Reich erlaubten Religionen zu bekennen, zu welcher ſie wollen. Der Verkauf ihrer Güter muß frey gelaſſen werden, ſobald man z. B. die zur proteſtan- Rechte der Gewiſſensfreyheit.

teſtantiſchen Religion übergangene katholiſche Unterthanen nach der Landesverfaſſung zur Emigration zwingt. Ueberhaupt ſteht dem Unterthanen frey, eine andere Religion anzunehmen; es mag ſelbige, die er gehabt, und zu welcher er von neuem treten will in dem Entſcheidjahr 1624. im Stiftslande üblich geweſen ſeyn, oder nicht.

Wenn aber der Stiftsregent einem von der Religion des Landes abgefallenen Unterthan ſchon, in dem Land einen Hausgottesdienſt geſtatten wollte, hingegen der Unterthan nicht bleiben will, ſo muß ihn der Landesherr emigriren, und ſein Gut verkaufen laſſen, wenn der Unterthan auch mit der Leibeigenſchaft behaftet wäre. Die Art, mit welcher Erzbiſchof Wolf Dietrich zu Salzburg, gegen die Proteſtanten verfuhr, war ſehr hart. Sein Mandat vom J. 1588., wie es mit den Proteſtanten in der Stadt Salzburg gehalten werden ſolle, muſte die größe Senſation nach ſich ziehen. Denn 1) in einer Monatsfriſt muſten ſie ihre Güter ſub poena fiſcali in Anſchlag bringen laſſen. 2) Sofort in eben dieſer Zeitfriſt ſie verkaufen oder in Beſtand hingeben, 3) die emigrirende wurden ſogleich für fremde gehalten 4) diejenige, ſo ihre Güter verkauft, muſten in vierzehen Tagen die Stadt, und das Erzſtift raumen. u. d. 29)

§. 1587.

Der Landſtände Pflichten, und Rechte.

Was für Pflichten, und Rechte die Landſtände eines geiſtlichen Stiftsſtaats, in Religionsſachen haben, hievon kommt in dem 88ſten Capitel ein mehreres vor.

Die Rechte der Landſtände beſtehen in Religionsſachen überhaupt darinn: 1) daß die römiſch-katholiſche

29) Lünigs R. Arch. Spicil. eccl. Fortſ. Thl. 1. S. 1041.

liſche Religion in dem Stiftsſtaat aufrecht erhalten werde. 2) Die Landſtände haben als natürliche Wächter der landſchaftlichen Freyheiten, und Rechte die Befugniße den Landesherrn zu verbinden, daß er ohne ihre Bewilligung keinen andern Religionsgenoſſen zum Nachtheil ihrer Conſtitutionsrechte, und Freyheiten an dieſen eine Theilnehmung geſtatte. 3) Die Landſtände als Repräſentanten der Landesunterthanen ſind berechtiget ihren Landesherren durch Landesvereinigungen, Verträge, oder beſondere Reverſalien, oder ſelbſt durch die Theilnehmung an der Wahlcapitulation zu verbinden, daß ihre Religionsrechte in allen Stücken gehandhabt werden. Dieſes letztere beziehet ſich ſowohl auf Katholiken, als Nichtkatholiken. 4) Endlich ſind ſie auch befugt, den Landesherrn zur Aufrechterhaltung der Gerichtshöfe, und Norm in Religionsſachen zu verbinden, wie es die Landeseinigung des Erzſtifts Cölln vom J. 1463. und das Münſteriſche Landesprivilegium vom J. 1570. verheiſet. 30)

Die Pflichten der Landſtände, und Unterthanen gegen den Landesherrn bringen aber überhaupt mit ſich, daß ſie ſich ebenfalls in Religions, und Kirchenſachen, aller Reichs- und Landesverfaſſungswidrigen Neuerungen enthalten, keiner Zuſammenkünfte, und Schleichhandlungen bedienen, auch in keine Verbindungen mit andern Religionsgenoſſen einlaſſen, oder ſich etwas gegen den ſchuldigen Gehorſam, ſowohl in Bezug auf die biſchöfliche als landesherrliche Rechte zu Schulden legen, wodurch Unordnungen, Unruhen, oder Dißharmonie unter den verſchiedenen Religionsverwandten entſtehen können.

§. 1588.

30) Moſer von der Landeshoheit im Geiſtlichen. S. 315.

§. 1588.

Schriften. Von Schriften, welche auf dieſe Materie unmittelbar Bezug haben, hat man wenige. Mir ſind nachſtehende bekannt.

Buder (Chriſt. Gottl.) de ſtatuum provincialium conſilio et concurſu in cauſis religionem, rem que Sacram continentibus; in ſeinen amenitatibus Jur. publici n. 3.

Moſers (Joh. Jac.) Tracatat von der Landeshoheit im Geiſtlichen enthält das 7te Capitel von katholiſchen Landesherren, katholiſcher Landſtände, und Unterthanen, Rechten, und Pflichten in Religions- und Kirchenſachen. S. 314.

In dem 88ſten Capitel dieſes Staatsrechts wird aber von dieſer Materie alles, was ſich noch davon ſagen läßt, umſtändlich vorkommen.

Fünf und fünfzigſtes Capitel.

Von der C. G. Reichsſtifter Landeshoheit im Geiſtlichen, über Katholiſch- und Evangeliſche Landeseinwohner.

Inhalt.

§. 1589.) Einleitung. 1590.) Landeshoheit im Geiſtlichen. 1591.) Verträge. 1592.) Reverſalien. 1593.) Freyheiten. 1594.) Beſondere Vorfälle. 1595.) Kirchengewalt. 1596.) Gewiſſensfreyheit. 1597.) Gottesdienſt. 1598.) Eide. 1599.) Unterſchied zwiſchen Recht, und Gnade. 1600.) Schriften.

§. 1589.

Von der Landeshoheit im Geiſtlichen, ſoweit ſelbe von einem geiſtlichen Stiftsregenten als Landesherrn, über die ſeiner Religion zugethanene Unterthanen ausgeübet wird, iſt in dem 50ſten Capitel ſchon gehandelt worden; gegenwärtig betrift es aber die Verhältniße des Stiftsregenten in Anſehung der Rechte über ſeine katholiſch- evangeliſch- oder reformirten Stiftseinwohner, als auch ihrer wechſelſeitigen Befugniſſe unter ſich, und gegeneinander. Von jedem Stifte insbeſondere läßt ſich in dieſer Materie nicht handeln; die Generalſätze müſſen daher zur Richtſchnur des Ganzen dienen. Einleitung.

§. 1590.

Landes-hoheit im Geiſtli-chen.

Die Landeshoheit im Geiſtlichen hat ein geiſtlicher Stiftsregent ganz allein vermöge ſeiner Weltlichkeitsrechte auszuüben. Sie gründet ſich auf Reichsgeſetze, Verträge, überhaupt aber auf die Reichsbelehnung. Daß ein Erz- und Biſchof in der Art ſeiner geiſtlichen Eigenſchaften keine Landeshoheit im Geiſtlichen habe, und derſelben ſich nur als Landesherr bedienen könne, iſt im 49ſten Cap ſchon hinlänglich gezeigt worden. Die Landeshoheit im Geiſtlichen bringt es mit ſich, daß der geiſtliche Stiftsregent nicht allein die Rechte der einzelnen in der Religion von einander unterſchiedenen Glieder ſchütze, ſondern daß er auch die Rechte, Befugniſſe und Freyheiten beyder Religionstheile in ihren wechſelsweiſen Verhältniſſen aufrecht erhalte.

§. 1591.

Verträ-ge.

Die Verträge, wodurch der geiſtliche Stiftsvorſteher die Rechte der Religionsverwandten eines Stiftslandes zu handhaben verbunden iſt, ſind von verſchiedener Gattung. Einige derſelben gründen ſich in den Landeshuldigungen, andere in den Landeseinigungen; viele ſind mit beſondern Clauſeln auf den Fall verſehen, daß, wenn ein Theil denſelben zuwider handelt, gewiſſe Retorſionen eintreten. Einige werden zur Sicherheit von dem Kaiſer und Reich garantirt, wie es bey dem Vertrag zwiſchen Braunſchweig und Hildesheim vom J. 1643. in dem Weſtphäliſchen Friedensſchluß art. 5. §. 33. geſchah. Manchmahl werden nur proviſoriſche und Interimsverträge auf eine Zeit, wie der Hagenauiſche vom J. 1604. errichtet, oft ſchließt man ſie nur ſalvo petitorio ab. Auch gibt es eine Art der ſtillſchweigenden Verträge, wenn der Regent es bey deme bewenden läßt, was

die Religionsverwandte ſeines Stiftslandes entweder untereinander aufgenommen haben, oder ſelbſt gegen den Landesherrn ohne deſſen ausdrückliche Bewilligung verfüget haben. Die Auslegung der Verträge hängt lediglich von der Beſchaffenheit der Sachen ab. Wenn der Landesherr mit ſeinen Stiftsunterthanen über die Dunkelheit oder Zweydeutigkeit eines Vertrags in einen Streit verfällt, ſo müſſen insgemein die höchſten Reichsgerichte entſcheiden; betrift es aber nur die Verträge zwiſchen einigen, oder mehrern Religionsverwandten, ſo kann dem Landesherrn das Auslegungsrecht nicht angeſprochen werden. Eben dieſes hat auch bey Verletzung der Verträge in Religionsſachen ſtatt. Die Losſprechung von der Verbindlichkeit der Verträge in Religionsſachen, weil es Staatshandlungen ſind, hängt entweder von dem Landesherrn, oder nach Geſtalt der Sachen, wenn der Landesherr ſelbſt dieſerwegen in Streit verfällt, von dem Erkenntniß der Reichsgerichte ab. Gleichwie der Pabſt einer Staatshandlung, welche die Landeshoheit im Geiſtlichen betrift, durch ſeine Beſtätigung kein Gewicht gibt, ſo kann er auch keinen Theil von der Verbindlichkeit in foro civili losſprechen. Die deutſchen Stifter haben in dem Weſtphäliſchen Friedensſchluß zur Erhaltung der allgemeinen Ruhe vieles eingehen müſſen, ohne daß ſie ſich ſchuldig erachtet haben, die päbſtliche Beſtättigung zu verlangen, oder den Einſprüchen des päbſtlichen Hofs Gehör zu geben. Biſchof Otto zu Augsburg proteſtirte 1555. öffentlich, daß man ſich in keine Handlung über den Religionsfrieden einlaſſen ſolle. Es geſchah aber dennoch, und zwar in ſeinem eigenen Hochſtift, was damahls nothwendig geſchehen muſte.

§. 1592.

Re verſalien.

Es geſchieht auch, daß die Stiftsregenten, beſonders bey heimgefallenen Lehngütern, oder bey Erlangung eines Landes oder Gebiets, ſich ausdrücklich reverſiren müſſen, daß ſie alle Religionsverwandte, ohne Unterſchied, bey ihren Verträgen, alten Herkommen und Freyheiten in Religionsſachen ſchützen und ungeſtört belaſſen müſſen, wovon ſchon im vorhergehenden Capitel (§. 1573) ein mehreres vorkommt, beſonders wenn man auf die von verſchiedenen Stiftern den Proteſtanten ausgeſtellte Aſſecurationsacten (§. 1572.) zurück gehet.

§. 1593.

Freyheiten.

Mit den Freyheiten in Religionsſachen hat es eine ſonderbare Bewandnis. Der geiſtliche Stiftsregent iſt ganz gewiß vermög ſeiner Landeshoheit im Geiſtlichen berechtigt, ſeinen im Land von verſchiedener Religion befindlichen Einwohnern Freyheiten in Religionsſachen zu ertheilen. Dieſe dürfen aber 1) den Reichsgeſetzen und 2) der Landesverfaſſung nicht entgegen ſeyn, auch 3) dem Iuri tertii nicht eingreifen; auſſerdeme können ſolche Freyheiten, oder auch Verträge dieſer Art, durch die Reichsgerichte aufgehoben werden.

Ueberhaupt iſt zu bemerken, daß die Landeshoheit im Geiſtlichen in einem Stifsland durch die Verfaſſung ſchon eingeſchränkt ſey. Der Stiftsregent kann ohne Miteinwilligung ſeines Domkapituls, oder auch der Landſtände, wo derer einige ſind, in Religionsſachen nichts alleine, und für ſich verfügen. Wie Churmaynz 1666. denen von Adel und Unadel im Erfurtiſchen Diſtrict, wie auch in denen Pfandsämtern Tondorf und Mühlberg, desgleichen zu Iſſeroda, auch im Gleichiſchen, und allen andern in

dem

Vergleich zwiſchen Churmaynz und Sachſen benannten Orten, eine eigene Religionsaſſecuration ausgeſtellet hat, geſchah ſolches mit des Domkapituls Einwilligung. Die Religionsverſicherung zwiſchen Churmaynz und Erfurt bewilligte 1664. das Domkapitul ebenfalls. Ein gleiches geſchah von dem Cöllniſchen Domkapitul 1754. wie der Churfürſt den Reformirten zu Oedenkirchen eine Religionsacte einhändigte. Der Fuldiſchen Religionsaſſecuration vom J. 1707. und 1764. trat das Domkapitul auch bey. Der Hildesheimiſche Conſiſtorialreceß ward 1651. von dem Biſchof, dem Domkapitul, und den Evangeliſchen Landſtänden errichtet. Die oßnabrückiſche Wahlcapitulation ſpricht für die Concurrenz des Domkapitels in Religionsſachen, ohnehin das Wort.

§. 1594.

Die Einführung einer andern Religion in einem geiſtlichen Stiftslande hängt heut zu Tage gänzlich von dem Willen des Landesherrn, ſeines Capituls und auch der Landſtände, in Ermanglung derſelben aber von den Stiftsunterthanen ab. Dieſe müſſen nothwendig darüber gehört werden, ob ſie vernünftige Einſprüche haben? Ehemahls hatte der Pabſt allen Anſchein nach auch vieles dabey zu ſagen; weil die Einführung der evangeliſchen Religion in den mehrſten Bißthümern gröſtentheils von den Biſchöffen ſelbſt herrührte, die ſich entweder dazu bekannten, oder denſelben nicht abgeneigt waren: Manchmal muſte es auch des Ruheſtandes wegen geſchehen. Biſchof Franz zu Münſter bekannte ſich 1543. zur evangeliſchen Religion. Als er die evangeliſche Religion in dem Hochſtift einführen wollte, widerſetzten ſich die Stände mit allem Ernſt. Der Pabſt befahl ihm 1547. bey Entſetzung aller ſeiner Bißthümer zu

Beſondere Vorfälle.

Rom zu erſcheinen, und ſich dieſerwegen zu verantworten. Die münſteriſchen Stände wandten ſich ſelbſt an den Pabſt, und leinten die Entſetzung ab; da ſie vorſtellten, der Biſchof wäre nur irre geführt worden, habe viel rühmliches ſonſt gethan, inſonderheit die Wiedertäufer ausgerottet, und werde ſich beſſern. Es geſchah auch. Auf dem Landtag vom J. 1548. legten ihm die Stände den Befehl des Kaiſers, und des Pabſts vor, gemäß deſſen er der evangeliſchen Religion abſchwören, alles in alten Stand ſetzen, oder das Bißthum verlaſſen ſollte. Er bequemte ſich zu den erſten und ſtund ſeinen Bißthum mit Ruhm vor, da auch der Pabſt dießfalls zur Ruhe geſtellt war. 1)

Gegenwärtig, da der Religions- und Weſtphäliſche Friede, und das Entſcheidjahr in der Mitte liegt, auch die Landeshoheit im Geiſtlichen zu einer größern Vollkommenheit ſeit dem Weſtphäliſchen Friedensſchluß gediehen iſt, ſo hat der Pabſt bey Einführung einer andern Religion in einem Stiftslande, nichts mehr zu ſagen; wenn nur die obgenannten intereſſirten Theile mit dem Landesherrn verſtanden ſind. Auf dieſe Art hat der Biſchof zu Coſtanz ſchon im J. 1600. Verträge in Religionsſachen mit den Schweizern geſchloſſen. 2)

§. 1595.

Kirchengewalt.

Für eine Hauptregel muß in den geiſtlichen Wahlſtaaten angenommen werden, daß der Stiftsregent als ein catholiſch geiſtlicher Biſchof oder Abt, über ſeine evangeliſche Unterthanen jene Wirkungen der Landeshoheit im Geiſtlichen nicht ausüben dürfe, welche ihm als Biſchof vi instrum. P. ſuſpendirt und

1) Godeau Kirchengeſch. Thl. 26. S. 173. 74. 77.
2) Lünig R. A. Spicil. eccl. Thl. 2. 187. 504.

und entzogen worden ſind; es ſtehen ihm nur diejenigen zu, welche er in dem Entſcheidjahr gehabt hat. Dieſe Wirkungen fielen de regula der evangeliſchen Kirche ſeines Stiftslandes in corpore anheim. Allein man hat zu viele Beyſpiele, daß Länder und Güter, welche vorher in den Händen eines evangeliſchen Regenten waren, und deren Bewohner actu noch der evangeliſchen Religion zugethan ſind, wirklich von den geiſtlichen Stiftern regiert werden, ohne daß die Landeshoheit im Geiſtlichen, der evangeliſchen Kirche des Landes in corpore zur Verwaltung anheimgefallen iſt. Die geiſtlichen Stiftsregenten laſſen die evangeliſchen Einwohner bey den alten Rechten in Religions- und Kirchenſachen auf dem Fuß, wie ſie an die Hochſtifter übergangen ſind, und üben alle Landeshoheitsrechte im Geiſtlichen theils mittelbar durch aufgeſtellte evangeliſche Kirchenräthe und Dicaſterien, theils auch wo die Religion nicht directe zur Frage kommt, unmittelbar aus. Der geiſtliche Stiftsregent weis heut zu Tag ſo gut einen evangeliſchen als catholiſchen Biſchof vorzuſtellen. Man läßt jeden Religionstheil nach ſeinen Grundſätzen behandeln, und zieht das einander ganz ähnliche Geld von beyden Theilen. Vielmehr hat man Beyſpiele, daß die proteſtantiſche Geiſtlichkeit ſelbſt einbekannt hat, unter den Hochſtiftern weit uneingeſchränkter, als unter einer Obrigkeit von ihrer Religion zu leben.

§. 1596.

Die innerliche Gewiſſensfreyheit muß in allen Staaten, was die Religion betrift, uneingeſchränkt ſeyn. Jedem deutſchen Mann ſteht es frey eine derjenigen Religionen zu wählen, worinn er Ueberzeugung findet. Die politiſche Verfaſſung des deutſchen Reichs aber beſtimmt, daß ein deutſcher Gewiſſensfreyheit.

Reichsbürger die Freyheit nur derjenigen Religionsübung genieſe, welche Reichsconſtitutionsmäßig beſtehen. Will er ſich aber zu einer andern von denen im deutſchen Reich beſtehenden Religionen bekennen, ſo muß er ſich in denjenigen Staat verfügen, wo die Landesverfaſſung auch wegen einer anderer dieſer drey Religionen ſeiner Gewiſſensfreyheit in der äuſerlichen Ausübung keine Hinderniß in Weg leget. In den geiſtlichen Wahlſtaaten, welche der römiſch-katholiſchen Religion zugethan ſind, ſetzt die Verfaſſung dieſe Einſchränkung zum voraus, und ſelbſt die evangeliſche und reformirte Religion beſtehen nur in dieſen Staaten ſo weit, als das Entſcheidjahr ihnen die äußerliche Religionsübung geſetzlich befeſtiget hat, wie ich durch alle Theile der Religionsübung zeigen werde.

§. 1597.

Gottesdienſt.

Das Recht einen freyen, und ganz uneingeſchränkten Gottesdienſt auszuüben, iſt in einem Land das wahre Kennzeichen der vollkommnen Religionsfreyheit. In den geiſtlichen Stiftsſtaaten hat nur der römiſch-katholiſche Gottesdienſt dieſes freye, und uneingeſchränkte Recht. Die evangeliſch- und reformirte Religionen können ſich aber in Anſehung des Gottesdienſts nur derjenigen Rechte bedienen, welche ſie entweder durch das Entſcheidjahr, oder durch beſondere landesherrliche Vergünſtigungen hergebracht, und auszuüben haben.

Der Gottesdienſt hat in den geiſtlichen Stiftsſtaaten, ſo wie in Deutſchland überhaupt vorzüglich dreyerley Grade, 1) den öffentlichen. 2) Den Privatgottesdienſt, und 3) die Hausandacht.

Was den öffentlichen Gottesdienſt, und die unumſchränkte Religionsübung in den geiſtlichen

Staa-

Staaten betrift, ſo gehört hierzu all dasjenige, was die katholiſche Religion ſowohl in weſentlichen, als zufälligen Stücken erfordert. Es wäre überflüſſig, alle einzelne zum katholiſchen öffentlich- und uneingeſchränkten Gottesdienſt gehörige Stücke hier anzuführen, da ſie überhaupt zum Kirchenrecht gehören. 3) Der öffentliche Gottesdienſt hat in dieſen Staaten keine Einſchränkung, auſſer nur in jenen Orten, wo das Entſcheidjahr den Katholiken eine ſolche feſtgeſetzt hat.

Zu dem Privatgottesdienſt, welcher in den geiſtlichen Stiftsſtaaten an und vor ſich nicht zur Frage ſtehet, gehören nur die weſentlichen Stücke der Religionsübung. Die zufällige Stücke zeigen ſodann an, in wie weit der Privatgottesdienſt entweder frey, oder eingeſchränkt ſey. In den geiſtlichen Stiftsſtaaten finden die Sätze des Privatgottesdienſts in Anſehung der Katholiken nur in denjenigen Orten ſtatt, welche nach dem Weſtphäliſchen Friedensſchluß von den geiſtlichen Stiftsſtaaten entweder erkauft, oder an ſie durch Lehensheimfall, oder auf andere Weiſe gebracht worden ſind, vorzüglich in jenen Orten, die aus ganz evangeliſch- oder reformirten Einwohnern beſtehen, und in welchen zur Zeit der Erwerbung noch keine Katholiken anſäßig geweſen ſind. 4)

Die dritte Art des Gottesdienſtes, nehmlich die Hausandacht kommt in den geiſtlichen Stiftsſtaaten gar nicht, oder nur in ſoweit vor, als ſie z. B. einem Geſandten, oder einer einzelnen Privatperſon aus Gnaden von dem Landesherrn verwilliget wird;

 oder

3) Man kann aber alle dieſe Stücke in dem Naſſau-Siegiſchen Receſſe vom J. 1651. bey Moſer von der Landeshoheit im Geiſtlichen S. 325. in einem Auszug nachleſen.

4) Mainz hat den öffentlichen, und Privatgottesdienſt in ſeinem für die Stadt Höchſt ertheilten Religionsfreyheitsbriefe vom 4 Jul. 1768. ſehr ordentlich unterſchieden, wie ich im 57ſten Capitel zeigen werde.

oder wenn ſie in einem neuerworbenen, und angefallenen der evangeliſch- oder reformirten Religion ganz zugethanenen Lande oder Orte, den Katholiken von den Verwandten dieſer beyden Religionen zugeſtanden wird.

Ueberhaupt beruhet ſowohl der öffentliche und ganz freye, als auch der Privatgottesdienſt, und die Hausandacht der Nichtkatholiken in einem geiſtlichen Stiftslande auf Hauptgründen, als nehmlich 1) auf dem Beſitz nach dem Entſcheidjahr, und 2) auf der landesherrlichen Begünſtigung. Wie viel, und was nun eine Nichtkatholiſche Gemeinde, oder einzelne Perſonen in allen 3. Gattungen des Gottesdienſtes in einem Stiftslande auszuüben haben, hängt vollkommen von obigen 2. Hauptgründen ab, nach welchen die wechſelſeitige Verhältniſſe beſtimmt werden müſſen, und wovon in der Folge ein mehreres vorkommt.

Die Beſtimmung der mehrern, oder wenigern Rechte, welche die Nichtkatholiken in einem katholiſch-geiſtlichen Stiftslande, hergebracht haben, und ſelbſt die Modalitäten, unter welcher ſie die Religionsübung genieſen, hängt gröſtentheils von denen in den mehrſten Stiftsſtaaten ausgeſtellt wordenen Religions-Aſſecurationsacten, Verträgen, und dieſen inſerirten Clauſuln, auch oft von einem langen ununterbrochenen Beſitzſtande, oder einem erweißlichen Herkommen ab. Der Biſchof zu Fuld gab in dem mit den Sächſiſchen Häuſern, wegen ſeines Antheils an dem Amt Fiſchberg errichteten Vergleichs vom J. 1764. folgende Erklärung ab: 5) „als erklären wir uns auf die deßfalls gepflogene Unterhandlung, ſo viel den uns überlaſſenen Antheil beſagten Amts Fiſchberg betrift, in Gnaden dahin, und verſprechen ſämmtlichen

5) Staatskanzley Thl. 14. S. 382.

chen darinn wohnenden evangeliſchen Unterthanen, und ihren Nachkommen per modum pacti transactionis hiemit, und in Kraft dieſes Briefes, daß wir dieſelbe in bemelter ihrer Religion und Gottesdienſt mit Reformation, oder ſonſten, weder directe, noch indirecte, nicht turbieren oder kränken, ſondern ſie, und ihre Nachkommen ſammt und ſonders bey dem Exercitio publico, und privato der evangeliſchen Religion, bey den Kirchen und Schulen, auch Pfarr- und Schulbeſoldungen in fixo, wie auch juribus ſtolae und Accidenzien, der Kirchengüter, Renten, Gülten, Zinſen, Zehenden an Gold, oder Früchten, oder andern Victualien, Deputaten, Gerechtigkeiten, Einkommen, und Immunitäten und Freyheiten, ſie haben Nahmen wie ſie mögen, nicht weniger auch den Hoſpitalien, Allmoſen, milden Sachen, Stiftungen, und Fundationen, und deren Perception, ohne alle Hinderung, und Abbruch beſtändig laſſen, und ihnen ſammt und ſonders dem zugegen über kurz oder lang, nichts zumuthen, noch das ſolches von den unſrigen geſchehe, geſtatten wollen."

Churcölln ſagte in dem Vergleich mit Odenkirchen vom J. 1755. daß die Reformirte Gemeinde von dem Tag der Unterzeichnung des förmlichen Vergleichsinſtruments an zu rechnen, das Exercitium reformatae religionis publicum illimitatum cum annexis, nach Masgab des Religionsfriedens, und darauf erfolgten inſtrumenti Pacis Weſtphalicae ganz frey, und ohne jemahls darinn geſtöret zu werden, üben könne. 6)

Worms verſprach dem Churhaus Pfalz in dem Vergleich von 1705. wegen Neuhauſen, das reformirte

6) Moſers Staatsarchiv 1755. Thl. 1. S. 182.

mirte Religionsexercitium gleichwie das katholiſche zu erhalten, und alles in ſtatu quo zu laſſen. 7)

§. 1598.

Eide.

Die verſchiedenen Verhältniſſe, in welchen die Nichtkatholiken gegen das Stiftsoberhaupt ſtehen, erfordern oft verſchiedene Eidesleiſtungen, als den Landhuldigungseid, den Lehneid, den Patronatseid, und d. g. Der Stiftsregent hat daher die Obliegenheit, ſowohl die Eidesformel ſelbſt, als auch die dabey gewöhnliche Formalitäten, und Ceremonien in der Maaße einzurichten, daß er denen Nichtkatholiken, in Anſehung ihrer Gewiſſensfreyheit, und Religionsgebräuche nicht zu nahe trete.

§. 1599.

Unterſchied zwiſchen Recht, und Gnade.

In den geiſtlichen Stiftsſtaaten hat es in Anſehung der Nichtkatholiken eben dieſelbe Bewandniſſe, wie in einem ganz evangeliſch- oder reformirten weltlichen Lande in Rückſicht der Katholiken. Es kommt darauf an, was ein Religionstheil gegen die in einem Staate herrſchende Religion für Rechte, oder Vergünſtigungen hergebracht hat.

Den Unterſchied zwiſchen Recht, und Gnade in Bezug auf die Religionsübung, ſtellt ein Hauptſatz dar. Das Recht der Religionsübung wird aus dem Beſitzſtande des Entſcheidjahrs von 1624. beſtimmt. Hieran kann der geiſtliche Stiftsregent ſo wenig, als ein anderer weltlicher Souverain etwas ändern. Dasjenige, was aus Gnade an der Religionsübung von dem Landesherrn gegen das Verhältnis des Entſcheidjahrs verwilliget wird, gibt weder ein Recht, noch hat es eine Folge; ſondern es dauert, wenn keine wechſelſeitige Verbindung, Vertrag, oder ein zwey-

7) Lünig R. Arch. Spic. eccl. P. 2. S. 932.

zweyhändiger Rechtstitel in Mitten liegt, eben nur ſo lang, als der Landesherr es für gut findet. Wiewohl es einem geiſtlichen Stiftsregenten räthlicher iſt, nichts zu bewilligen, als das bewilligte wieder zurückzuziehen.

§. 1600.

Zu dieſer Materie gehören **mittelbar** folgende Schriften: Schriften.

Banniza (Iohan. Petr.) diſſ. de diverſarum religionum in eodem territorio tollerantia ac receptione generica et Speciali. *Würzeburgi.* 1739.

Eiusdem diſſ. de vera religionis libertate ibidem 1746.

Floercke (Ioan. Ern.) diſſ. de jure principis in ſpecie germanici, circa Sacra ſubditorum diverſae religionis. Halle. 1758.

Hahn (Ioh. Phil.) diſſ. de jure Principis Catholici circa Sacra ſubditorum ſuorum proteſtantium. Mainz 1751.

Moſer (Ioan. Iacob) Programa de exercitio Religionis domeſtico, eiusdemque jure inter eos, qui diverſa Sacra colunt. Frankfurt an der Order 1736.

Pfaff (Chriſt. Matth.) diſſ. de annexis exercitii religionis evangelicae ad inſtr. P. W. art. 5. §. 31. Tübingen 1742.

T. (G. U.) oder Tritſchlers, Georg Ulrich, unpartheyiſche Abhandlung von dem Rechte eines katholiſchen

tholiſchen Landesherrn in Kirchenſachen ſeiner proteſtirenden Unterthanen. 1757.

Unmittelbar hingegen.

Vindiciae des höchſtverletzten landesherrlichen Reſpects Hildesheim betref. daſelbſt. 1696.

Anti vindiciae ſtatuum Epiſcopatus hildeſienſis evangelicorum &c. Hildesheim, 1703.

Sechs und fünfzigſtes Capitel.

Von der C. G. Reichsſtifter Landeshoheit im Geiſtlichen über andere Religionseinwohner.

Inhalt.

§. 1601.) Einleitung. 1602.) Herrſchende Religion. 1603.) Kirchenregiment. 1604.) Conſiſtorialrecht. 1605.) Veränderungen und Verträge. 1606.) Widerrechtliche Zumuthungen. 1607.) Hauptſatz. 1608.) Schriften.

§. 1601.

Da die Rede von der Landeshoheit im Geiſtlichen der catholiſch-geiſtlichen Reichsſtifter über andere Religionseinwohner iſt, ſo verſteht man hierunter nur die evangeliſche und reformirte Glaubensgenoſſen, welche als wahre catholiſche Chriſten betrachtet, die übrigen hingegen (die Griechen ausgenommen) unter dem Namen der Ketzer ſowohl nach theologiſch, als politiſchen Grundſätzen belegt werden. Seit Friederichs II. wider die Ketzer erlaſſenen Conſtitution vom J. 1221. haben die geiſtlichen Stifter immer mit Ausrottung der Ketzer zu thun gehabt. Erzbiſchof Heinrich und nach ihm Walram II. und Wilhelm zu Colln gaben ſich mit Vertilgung der Begarden, Sveſtrionen und Flagellanten von 1335 bis 1351. ab. 1) Biſchof Johann zu Würzburg machte 1430. ſogar einen Vertrag mit dem Haus Schwar- Einleitung.

1) Lünigs Reichsarch. Spicil. eccl. Fortſ. 2. S. 446. 49. 98.

Schwarzenberg, die Ketzer in dortiger Gegend mit bewaſneter Hand zu vertreiben. 2) Im J. 1611. erließ Churfürſt Ernſt zu Cölln als Biſchof zu Lüttich ein Edict gegen die Sectirer, und der Erzbiſchof Claudius zu Biſanz ein gleiches gegen den Janſenismus. 3) Seit dieſer Zeit aber, als der Weſtphäliſche Friede nur drey chriſtliche Religionen im Reich als conſtitutionsmäßig zuläßt, hat das Religionsweſen im Grunde ſehr viel gewonnen, weil hierdurch den Ketzereyen aller Weg abgegraben wurde.

§. 1602.

Herrſchende Religion.

An dem Ausdruck: herrſchende Religion haben ſich ſchon viele die Köpfe zerſtoßen. Eigentlich iſt es wahr, daß die Religion nicht herſchen, ſondern in Sanftmuth zum Wege der Glückſeeligkeit leiten ſolle. Allein man muß dieſes Wort nicht nach den grammaticaliſchen Sinn, ſondern nach dem eigentlichen Verſtand nehmen. Die herſchende Religion in den catholiſch- geiſtlichen Stiftern wird die catholiſche genennet, weil ſie die urſprüngliche, alte, und nach der Zahl der Bekenner im Lande die ſtärkſte iſt. Bey allendeme was der Zahl nach die Oberhand hat, wird insgemein herrſchend gebraucht. Deßwegen kann, und darf doch im eigentlichen Verſtande nicht geſagt werden, daß in einem geiſtlichen Stift die catholiſche über die evangeliſch- oder reformirte Religion herrſche. Die Catholiken in den Stiftern haben über andere Glaubensgenoßen kein Kirchenregiment. Der letzten ihre Religionsrechte ſind durch die Reichsgeſetze beſtimmt. Das Entſcheidjahr giebt den Ausſchlag, wie weit der geiſtliche Stiftsregent über andere Religionseinwohner ein Recht habe, und der Weſtphäliſche Friedensſchluß ſtellt die Verfahrungs-

2) l. c. Thl. 2. S. 40.
3) l. c. Thl. 2. S. 547. Fortſ. 3. S. 931.

rungsnorm dar. So viel iſt immer richtig, daß die herrſchende Religion zu Verhütung innerlicher Unruhen berechtiget ſey, anderer Glaubensverwandten Unterthanen von den Regierungsgeſchäften auszuſchlieſſen. 4) In Sachſen, Preuſſen, Heſſen ꝛc. iſt die evangeliſche Religion auch die herrſchende, hat aber dennoch über die innerliche Gewiſſensfreyheit anderer Religionsgenoſſen ebenfalls kein Recht.

§. 1603.

Man behauptete vor und nach dem weſtphäliſchen Frieden, daß ein catholiſch geiſtlicher Reichsfürſt auſſer Stande ſey, das Kirchenregiment über ſeine evangeliſch oder reformirte Stiftseinwohner zu führen. Freylich wie man es anſah, daß ein Fürſtbiſchof für einen Apoſtel zu weltlich, und für einen weltlichen Regenten zu geiſtlich ſey, ſollte man dieſer Behauptung Beyfall geben. Wenn man aber betrachtet, daß der Biſchof als Fürſt das evangeliſche Kirchenregiment führe, daß er ſeine evangeliſche Gerichte habe, und es nur darauf ankomme, daß die evangeliſche Religion in keinem Stück weder in weſentlichen noch in zufälligen Dingen eine Beeinträchtigung erleide, ſo ſind die geiſtlichen Reichsfürſten allerdings fähig, das evangeliſche Kirchenregiment wenigſtens unter ihrer Autorität zu führen. An und vor ſich hat es zwar ſeine Richtigkeit, daß die Frage noch unentſchieden iſt, wie weit ſich die Gewalt eines weltlichen Fürſten in Kirchenſachen erſtrecke, um ſo weniger alſo ein Biſchof ſich mit ſelbiger befaſſen könne. Allein da dieſe Frage ganz von den Streitigkeiten der Catholiken und Proteſtanten abhängt, welche, ſo lang dieſe dauern, nicht entſchieden werden kann, ſo muß

Kirchenregiment.

4) Struben Nebenſt. Thl. 6. Abhandl. 46. S. 12.

muß es in Anſehung des Kirchenregiments bey dem Beſitzſtand des Entſcheidjahrs bleiben. 5) Die geiſtlichen Stifter haben durch die bündigſte Aſſecurationsakten den proteſtantiſchen Stiftseinwohnern ihre Rechte verſichert, folglich ſind ſie hierdurch ſchon zu der Führung des evangeliſchen Kirchenregiments befähiget worden.

§. 1604.

Conſiſtorial Recht.

Freylich wäre in einem Stiftsland der Nichtcatholik ſeiner innerlichen und äuſſerlichen Religionsübung, überhaupt der Gewiſſensfreyheit nicht genugſam geſichert, wenn der geiſtliche Reichsſtand ſich unmittelbar des evangeliſchen Kirchenregiments unterziehen wollte. Die Anordnung der evangeliſchen Gerichte und Conſiſtorien garantiren aber in deſſen geiſtlichen Ländern die Aufrechterhaltung der Religionsrechte, die den Nichtcatholiken zuſtändig ſind: eben dieſes iſt ein Beweis, daß die geiſtlichen Fürſten befähigt ſind, wenigſtens mittelbar das evangeliſche Kirchenregiment zu führen. Sowohl die catholiſchen als evangeliſchen Verfaſſer des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes haben dafür geſorget, daß zu Hildesheim ein evangeliſches Conſiſtorium aufgeſtellt werde, welches ſonach durch Kaiſer und Reich beſtättiget worden. Dieſes beweiſet allerdings, daß den catholiſchen Fürſten nicht die mindeſte Gewalt in den evangeliſchen Kirchenſachen eingeraumet, ſondern ſolche ganz allein den Conſiſtorien überſtellt worden ſey, welche der catholiſche Landesfürſt nicht nur allein anzuordnen berechtigt, ſondern abſolute verbunden iſt.

§. 1605.

5) Struben l. c. Thl. 2. Abh. 6. S. 19. Thl. 3. Abh. 15. S. 4.

§. 1605.

Es iſt im 56 Capitel ſchon gezeigt worden, daß ein catholiſcher geiſtlicher Reichsſtand entweder mit Reichs unmittelbaren Ständen und Perſonen, oder auch ſogar mit ſeinen evangeliſchen Unterthanen ſich über Gegenſtände und Rechte vergleichen und Verträge errichten könne, wenn ſie auch dem Beſitzſtand des Entſcheidjahrs, oder dem weſtphäliſchen Frieden gerade zu entgegen ſtehen: Wenn nur die Gewiſſensfreyheit und Religionsrechte der evangeliſchen Landeseinwohner nicht gekränkt werden. Sogar Kirchentauſche, und die Ablaſſung verſchiedener anderer Rechte hat nach kundbaren Beyſpielen ſtatt, ſobald immer die Religionsrechte dabey geſichert ſind. 6) In vielen Hochſtiftern ſind bereits ſchon durch gütliche Verhandlungen, und Vergleiche mit den Nichtcatholiken manche Schwierigkeiten aus dem Wege geraumet worden, welche auf eine andere Art nicht hätten gehoben werden können.

Veränderungen und Verträge.

§. 1606.

Ein catholiſchgeiſtlicher Reichsſtand iſt unter keinem Vorwande berechtiget, einem Nichtcatholiken eine Zumuthung zu thun, die gegen ſeine Religionsgrundſätze gehet, wenn er ſich nicht einer Beſchwerde ausſetzen will. Im J. 1582. beſchwerten ſich die evangeliſchen Reichsſtände bey dem Kaiſer, „daß der Biſchof zu Conſtanz ſeine Vaſallen, deren zum theil der Augsburgiſchen Confeſſion verwandt, anders nicht belehnen wolle, dann gegen Erſtattung des Eides zu Gott und den Heiligen, welches aber den Lehenleuten Gewiſſenshalben beſchwehrlich; derhalben dann die Lehen zum theil unempfangen blieben. Weil nun vermöge Religionsfriedens, ſolche Iuramenta aufgehoben

Widerrechtliche Zumuthungen.

6) Fabri Staatskanzley Thl. 13. S. 143.

hoben, und Niemand in Religionsſachen ſein Gewiſſen zu beſchweren ſchuldig ſeye; inmaſſen dann an dem Kaiſ. Cammergericht in rechtlichen Sachen der Eid zu Gott, und auf das heilige Evangelium geſchehe, es auch in Reichsbelehnungen von dem Kaiſer ſelbſten alſo gehalten; ſo bitten ſie, der Kaiſer wolle daran ſeyn, daß der Herr Biſchof ſeine Lehenleute mit obangeregtem alten Eid wider ihr Gewiſſen nicht beſchwere, ſondern gegen Erſtattung des Eides zu Gott und auf das heilige Evangelium kommen laſſe, dagegen ſie erbietig ſeyen, was getreuen Vaſallen zu thun gebühre gehorſamlich und der Gebühr zu leiſten, ſonſten thun ſie ſich, daß es an ihnen nicht gemangelt, bezeugen." 7)

§. 1607.

Hauptſatz. Der Weſtphäliſche Friedensſchluß gibt die richtige Norm, wie ſich ein catholiſchgeiſtlicher Landesfürſt mit ſeinen Unterthanen einer andern Religion benehmen ſolle. Der Hauptſatz beſtehet immer darinn, daß er ihnen nichts zumuthe, welches ihren Religionsrechten, Uebung und Freyheiten zuwider gehe. Ein dultſamer Stiftsregent wird bey den Nichtcatholiken vielleicht ſich eine gröſſere Liebe und Achtung erwerben, als bey ſeinen eigenen catholiſchen Unterthanen. Es können ſich zufällige Gegenſtände ereignen, worinn das Entſcheidjahr keinen Ausſchlag gibt; z. B. ob die Catholiken berechtiget ſeyn, durch ein evangeliſches Ort des Stiftlandes mit fliegenden Fahnen und Gebet proceſſionaliter zu ziehen. Man weiß nicht wie es in dem Entſcheidjahr gehalten worden. Hier muß der Stiftsregent die Regeln der Klugheit, manchmal der Nachgiebigkeit einſchlagen, wenn kein weſentliches Stück ſeiner Religion darunter leidet. Uebertriebener Religionseifer ziehet niemal einen guten

7) Moſers Coſtanziſches Staatsrecht. S. 139.

ten Ausſchlag nach ſich. Biſchof Rembert zu Paderborn muſte wegen ſeinen überſpannten Religionseifer 1566 zweymahl die Stadt räumen. 8) Andern Biſchöfen gieng es eben nicht beſſer. Beynebens tritt auch noch die Regel ein, daß der weſtphäliſche Friede in Kirchenſachen einem jeden dasjenige zuſtehet, was er in dem Entſcheidjahr beſeſſen, nicht aber was er zu fordern berechtigt ſeyn möchte.

§. 1608.

In dieſem Capitel fehlt es überhaupt an beſondern Schriften. Das zweyte Capitel des Moſeriſchen Tractats von der Landeshoheit im Geiſtlichen über andere Religionsverwandte aus beſondern Gründen, gibt in dieſer Materie manche Auskunft, wiewohl ſelbiges nicht ganz hieher relativ iſt. Schriften.

8) Godeau Kirchengeſchichte, Thl. 28. S. 93.

Sieben und fünfzigſtes Capitel.

Von der C. G. Reichsſtifter Landesherrlichen Rechten und Pflichten in geiſtlichen und weltlichen Regierungsſachen, in Anſehung anderer Religionsverwandten.

Inhalt.

§. 1609. Einleitung. 1610.) Ius circa ſacra. 1611.) Oberaufſicht im Geiſtlichen. 1612.) Handhabung der Religionsverfaſſung. 1613.) Verhütung des Dominats. 1614.) Communication mit der Landſchaft. 1615.) Geſetzgebungsrecht. 1616.) Kirchenräthe und Collegien. 1617.) Beamte. 1618.) Gnadenſachen. 1619.) Letzte Inſtanz in Religionsſachen. 1620.) Vorzeigung der Landesfürſtl. Verordnungen. 1621.) Beſorgung auswärtiger Religionsſachen. 1622.) Einflus in das weltliche. 1623.) Comitial- Kreiß- und andere Stimmen. 1624.) Landesveräuſerungen. 1625.) Landſtandſchaft und Ritterſchaft. 1626.) Ehrenämter. 1627.) Sonderbare Schwierigkeiten. 1628.) Gerichtsſtellen. 1629.) Militäre und Cammerherren. 1630.) Schriften.

§. 1609.

Einleitung.

Da in dieſem Capitel hauptſächlich die Frage von den Rechten entſtehet, welche den Nichtcatholiken in einem catholiſchen Stiftslande zuſtehen, ſo muß man vorausſetzen, daß nicht allzeit die Landeshoheit im Geiſtlichen oder Weltlichen hierinnfalls den Ausſchlag gebe, ſondern daß die Landesverfaſſung, das Entſcheidjahr und die Analogie mit andern z. B. ganz proteſtantiſchen Ländern zu betrachten ſey. End-

lich

lich daß man öfter mehr auf die Regeln der Klugheit, als auf die zweydeutigen Auslegungen der Geſetze zu ſehen habe. Ein geiſtlicher Stiftsregent iſt in Anſehung der Ausübnng Landesherrlicher Rechte, weit mehr gebunden, als ein weltlicher Fürſt. Der Freyherr von Moſer ſchreibt daher mit gutem Grunde: 1) „Welcher geiſtlicher Chur- oder Fürſt hat es noch „wagen dürfen, oder würde ſichs dermahlen noch her„aus nehmen, einen der evangeliſchen Confeßion zu„gethanen Mann von der bewährteſten Redlichkeit, „Geiſteskraft, Wiſſenſchaft und Talent in ſein Mini„ſterium aufzunehmen oder auch nur mit einer halb„weg bedeutenden Landesbedienung zu verſehen? „Bey vielen ſteht die Sanction der beſchwornen „Wahlcapitulation im Weg, welche keinem als der „Landesreligion zugethanen eine Landesbedienung ge„ſtattet. Wo dergleichen aber auch nicht in der Mit„te liegt, wird kein geiſtlicher Herr einem Proteſtan„ten, den er lieb, vor dem er Achtung hat, einen „ſolchen Antrag zu thun getrauen; noch dieſer, wenn „ihm ſeine Ehre, ſeine Ruhe und ſein Leben lieb iſt, „ſolchen anzunehmen ſich bewegen laſſen.“

§. 1610.

Eine der wichtigſten Fragen in dieſem Capitel beſtehet darin: ob ein geiſtlicher Stiftsregent das Ius circa ſacra über die Einwohner einer andern Religion in Kirchenſachen habe? Der Weſtphäliſche Friedensſchluß löſet dieſe Frage auf, da er allen Reichsſtänden und unmittelbaren act. V. §. 30. das Ius reformandi als den vornehmſten Theil des Iuris circa ſacra einräumet; mithin haben ſich auch die Reichsunmittelbare geiſtliche Fürſten und Stände deſſen ohne allen Einſpruch zu bedienen. Gleichwie aber die Lan- Ius circa ſacra.

1) Ueber die Regierung der geiſtl. Staaten in Deutſchland. S. 57.

desſhoheit überhaupt, und auch die Landeshoheit im Geiſtlichen, welche ein Stiftsregent in kirchlichen Gegenſtänden über ſeine eigene Glaubensgenoſſen ausübet, ſchon manchfältigen Einſchränkungen unterworfen iſt; um ſo mehr läßt ſich dieſes auch von dem auszuübenden jure circa ſacra über die einer andern Religion zugethanen Stiftseinwohner ſagen; indem die Reichsgeſetze, das Entſcheidjahr, die Verträge und das Herkommen, in vielen Stücken weſentliche Einſchränkungen nach ſich ziehen.

§. 1611.

Oberaufſicht im Geiſtlichen.

Dem geiſtlichen Stiftsvorſteher gebühret nun, wie einem weltlichen Fürſten nach dem deutſchen Staatsrecht die Oberaufſicht über das Religions- und Kirchenweſen anderer Religionsverwandten, wie ſeiner eigenen Glaubensgenoſſen, damit alles nach den Reichsgeſetzen, Landes- und andern Verträgen, denen Freyheits- und Gnadenbriefen gemäs vollführet werde. Will ſich aber der geiſtliche Stiftsregent mit der Oberaufſicht über das Religionsweſen anderer Religionsverwandten nicht abgeben, ſo kann er ſolche beſondern Miniſtern, einzelnen Räthen, oder eigends hierzu errichteten Collegien übertragen, wie es in den Stiftern Hildesheim, Maynz, Oßnabrück geſchieht.

§. 1612.

Handhabung der Religionsverfaſſung.

Der geiſtliche Stiftsregent iſt ſchuldig, und gehalten darauf zu ſehen, daß denen von ihm ausgeſtellten Religionsaſſecuranzen und Reverſalien, ſodann denen von ihm oder ſeinen Vorfahren in Religionsſachen ausgeſtellten Verträgen, nachgelebet werde.

Er kann aber auch noch über dies fordern, und genau darob halten, daß diejenige Unterthanen einer an-

andern Religion, welche nicht einmahl eine Wohnung in ſeinem Land zu ſuchen haben, ſondern von ihm aus Gnaden geduldet werden, oder gewiße Freyheiten in Religionsſachen erhalten haben, in den Schranken bleiben mögen. Churmainz ſagte in ſeinem der Stadt Höchſt über die Religionsfreyheit ertheilten Verſicherung vom 4. Jul. 1768. Lit. B. „bewilligen den Privatgottesdienſt mit Erlaubniß in einem der Privathäuſer einen benachbarten Geiſtlichen „ihrer Religion zum Taufen, Abendmahl halten, und „Copuliren zu gebrauchen.“ — Sodann Lit. C. weiter: „das öffentliche Religionsexercitium aber, ſobald die Religionsverwandte eine anſehnliche, und „zahlreiche Gemeinde ſind, welche Pfarrer erhalten, „und Kirchen erbauen kann.“ Den in der Stadt Höchſt aus Gnaden aufgenommenen Religionsverwandten muſte in Anſehung der Religionsübung die churfürſtliche Verfügung ein Geſetz ſeyn, und dem Landesherrn ſteht das Recht zu ſolches zu handhaben.

§. 1613.

Vorzüglich hat der Stiftsregent darauf zu ſehen, daß in ſeinen Landen, wo kraft der Reichsgeſetze, mehrere Religionen hergebracht ſind, keine ſich einer Meiſterſchaft über die andern anmaſſe, und noch viel weniger eine nicht dazu qualificirte, oder nur aus Gnaden geduldete, der herrſchenden Landesreligion nach und nach über den Kopf wachſe. Churmainz verordnete deswegen in ſeiner Religions- und Freyheitsverſicherung für die Stadt Höchſt 1768. L. „Den „Rath beſetzen Emm. Elector unter Vorſetzung eines Stadtſchultheiſen, mit Schöpfen aus denen „neuen Einwohnern in paritate religionis.“ — Der Stiftsvorſteher muß aber auch ſeine landesherrliche Gewalt hierzu anwenden, daß die herrſchende Religion entweder den Conſtitutionsmäßig beſtehenden, *Verhütung des Dominats.*

 oder

oder nur geduldeten andern Religionen nicht auf eine unbillige, oder harte Art zuſetze.

§. 1614.

Communication mit der Landſchaft.

In denjenigen Stiftern, wo Landſtände ſind, haben die landesherrliche Collegien kein beſſeres Mittel, Ruhe, und Zufriedenheit unter den verſchiedenen Religionsverwandten eines Stifts zu erhalten, als wenn mit den Landſtänden bey vorkommenden Streitigkeiten communicirt wird. Die Landſtände haben allerorten bey Einrichtung der Verträge in Religionsſachen vorzüglich concurriret. Die Landeseinigungen hangen von ihnen ebenfalls ab. Ihr Einfluß in alle wichtige Landesangelegenheiten, worunter das Religionsweſen den Vorzug behauptet, iſt landesverfaſſungsmäßig geſichert. In dem Hildesheimiſchen Receß vom J. 1711. heißt es §. 14. 2) Allermaſſen dann auch das Domkapitel hiemit verſpricht, „nicht allein ſelbſt über dieſen Receß zu hal„ten, ſondern auch den künftigen Landesherrn zu „Obſervierung deſſen, in der aufzurichtenden Capi„tulation mit allem Ernſt und Kräften zu verbinden, „und alſo in der That ferners zu bezeigen, daß es „nichts mehr, als den innerlichen Ruheſtand des „Stifts, und eine beſtändige Harmonie, und gute „Verſtändniß unter beyderſeits Religionsverwand„ten verlanget habe, und verlange. Wie denn glei„cher Geſtalt die Landſtände A. C. hiemit verſprechen, „daß ſie keinen Anlaß zu Verſtöhrung der innerlichen „Ruhe, wie ſie dann auch ſolches bisher nicht an ſich „kommen laſſen, geben, und ebenfalls dieſen Receß „unverbrüchlich halten ſollen, und wollen:“ In andern Stiftern als zu Cölln, Münſter, Worms, Oßnabrück, beſagen die Religionsverſicherungen und Verträge das nehmliche.

§. 1615.

2) Europ. Staatskanzley. Thl. 17. S. 815.

§. 1615.

In Religionsſachen iſt zwar das Geſetzgebungsrecht, wenn es die in einem Stift Conſtitutionsmäſſig beſtehende Nichtkatholiken betrift, in etwas eingeſchränkt. Die Religionsaſſecurationen, und Verträge geben hierinnfalls die Norm, wie weit ein Regent gehen kann. Wo der Landesherr eine andere Religionspartie in ſeinem Stiftslande freywillig aufnimmt, kann er das Geſetzgebungsrecht in etwas weiter ausdehnen; Churmainz hat in ſeiner im J. 1768. den reformirten- und evangeliſchen Stadteinwohnern zu Höchſt ertheilten Religionsfreyheit, in allen Stücken pünktliche Normen vorgeſchrieben, und ſich wegen der Legiſlation vorgeſehen. Ueberhaupt bleibt dem Landesherrn das Geſetzgebungsrecht in Religions- und Kirchenſachen vermög der Landeshoheit im geiſtlichen und weltlichen, und des zuſtehenden Juris circa ſacra, in allem Betracht frey wenn nur den Reichsgeſetzen, den erlangten Freyheitsrechten, und der Verfaſſung des Landes nicht zuwider gehandelt wird. Im J. 1767. klagte das Corpus evangelicorum dem Kaiſer: „man habe denen Hochſtift „Wormſiſchen reformirten Gemeinden eine neue verfängliche Kirchen-Inſpectionsordnung publiciret, „und als der reformirte Inſpector ſolche nicht annehmen wollen, ihn des Ehebruchs bezüchtigt, und „nebſt ſeinem Sachwalter in Arreſt geſetzt. Die Beſchwerde ward hierauf durch eine andere Verfügung „von ſelbſt gehoben.“

Geſetzgebungsrecht.

§. 1616.

In allen Hochſtiftern, wo ſich andere Religionsverwandte befinden, ſind zu Beſorgung des Religions-Kirchen- und Schulweſens beſondere Kirchen-Räthe, und Collegien, oder ſonſtige Stellen angeordnet. Bey einigen Stiftern iſt dießfalls durch den

Kirchenräthe, und Collegien.

Weſtphäliſchen Frieden, oder die nachherige Religionsaſſecurationen, und Verträge ſchon Vorſehung gethan worden. Bey andern Stiftern, wo andere Religionsverwandte aufgenommen worden, hat der Stiftsregent ſelbſt hievor Sorge getragen. In dem Churcölniſchen Vergleich mit den Reformirten zu Odenkirchen iſt §. 3. vorgeſehen worden. 3) In dem Kemptiſchen Receß von 1692. haben Churſachſen und Brandenburg als Garanten ſchon hievor indirecte geſorgt. 4) Der Würzburgiſche Vergleich mit Brandenburg vom J. 1650. gibt wegen Neuſes, und den benannten Orten ebenfalls klare Maaße. 5) Der Vergleich zwiſchen Fulda und Sachſen vom J. 1764. wegen dem Antheil des Amts Fiſchberg beſtimmt ausdrücklich: 6) „Indem „auch die Augsburgiſche Confeßionsverwandte in verſchiedenen Materien, als in puncto divortii et re„pudii, diſpenſationis in gradibus prohibitus &c. „von denen bey den recipirten Cannonibus differiren; „als wollen wir in obigem, und ſonſt diſcrepierenden „Fällen dem Beamten aufgeben, daß er mit Zu„ziehung einiger daſigen Geiſtlichen, als in einer Con„ſiſtorialſache vor allen Dingen die Güte tentiren; „ſollte aber dieſe nicht verfangen, und die Sache von „unſern nachgeſetzten Regierung ausgeführet werden „wollen, ſo ſoll daſelbſt nach ihren Religionsgründen, „und eingeführten ſächſiſchen Kirchenordnung, die „Sache von evangeliſchen Räthen und Referenten „erörtert, und entſchieden, oder auch auf Begehren „der Partheien von auswärtigen gleicher Religions„Academien oder Rechtsgelehrten, ein oder nach Be„finden, und Wichtigkeit der Sache mehrere Deciſiv

„Urtheil

3) Moſers Staatsarchiv. 1755. Thl. 1. S. 382.
4) Europ. Staatskanzley Thl. 5. S. 43.
5) l. c. Thl. 4. S. 166.
6) Neue europäiſche Staatskanzley Thl. 14. S.

„Urtheil eingeholet, und alſo die ungekränkte, und „unpartheyiſche Juſtitz ſchleunig ertheilet werden.“

Churmainz verordnete in der den Einwohnern zu Höchſt ertheilten Religionsfreyheit L. d. folgendes: „Die Erkanntniß der Churmainziſchen Regierung in „ſtreitigen Conſiſtorialfällen, welche die Katholiken „nicht betreffen; doch wird auch die Verſchickung der „Acten in dieſen Fällen, auf ausdrückliches Verlan„gen nicht abgeſchlagen, und nur Em ° die Auswahl „einer auswärtigen, oder der beyden Religionsthei„len vermiſchten Univerſität zu Erfurt hiebey vorbe„halten.

In der biſchöflichen und landesfürſtlichen Ratification, und Beſtättigung des Hildesheimiſchen Conſiſtorialreceſſes vom J. 1652. heißt es: Anfänglich, und vors erſte ſoll das Conſiſtorium mit 2. der vornehmſten A. C. Predigern im Stift, und mit zwey weltlichen qualificirten Aſſeſſoren nebſt einen Secretär, und Schreiber allerſeits von beſagter A. C. beſetzt, und von uns und unſerm Nachkommen an unſerm Stift Hildesheim mittelſt Abſtattung eines cörperlichen Eides beſtellt: — nach Abgang eines hinführo hin zwey für eine Perſon präſentirt, und uns die freye Wahl gelaſſen werden. 7)

In der oſnabrückiſchen Stiftscapitulation vom J. 1650. iſt wegen Beſtellung der geiſtlichen Gerichte ſehr umſtändlich fürgeſehen worden. 8)

§. 1617.

Wegen Aufſtellung der Beamten, die blos auf die Verwaltung der Juſtitz- und Policey Bezug haben, läßt ſich ein Regent in den Hochſtiftern nicht gerne eine Vorſchrift machen; Indem insgemein nur Beamts.

7) Lünigs R. A. P. Spec. S. 547.
8) Ibidem P. Sp. Fortſ. 1. Anhang. S. 240. ꝛc.

nur Subjecte der katholiſchen Religion hierzu auserſehen werden; wenn nicht beſondere Verträge vorhanden ſind, daß Beamte aus andern Religionsverwandten zu gewiſſen Aemtern zugelaſſen werden müſſen. In der Churmainziſchen Religionsfreyheits-Urkunde heißt es: „den Rath beſetzen Ein nus unter „Vorſetzung eines Stadtſchultheiſen mit Schöpffen „aus den neuen Einwohnern in paritate Religionis.“ — In der oſnabrückiſchen Stiftscapitulation hingegen wird n. 49. feſtgeſetzt: „Daß die biſchöfliche „Canzley jetzo, und forthin mit gleicher Zahl beyder „Religion qualificirten Räthen beſetzt. — Sonſten „aber interitu Religionis kein Droſte, Rentmeiſter, „Beamter, oder andere Bedienter, wo er qualificirt, „abgeſchaft werden ſolle.“ 9)

§. 1618.

Gnadenſachen. Die Landeshoheit im Geiſtlichen, und Weltlichen ſtellt ſich noch mehr dar, wenn der geiſtliche Stiftsregent anderen Religionsverwandten in geiſtlichen Sachen mehrere Vortheile, als ihnen nach dem Entſcheidjahr 1624. oder nach ſtrengen Rechten gebühren, freywillig zugeſtehet. Daß er es thun kann, hieran wird nicht gezweifelt. Die Religionsrechte zu erweitern iſt jeder Landesherr befugt, aber ſolche zu ſchmälern iſt er auſſer Stande. Nun fragt ſich, ob ein nachfolgender Stiftsvorſteher dergleichen Vergünſtigungen ebenfalls zu halten verbunden ſey? In dergleichen wichtigen Handlungen pflegt der Stiftsregent insgemein die Bewilligung des Capitels, und ſeiner Stiftsſtände zu erfordern; iſt dieſe erfolgt, ſo kann der Succeſſor die Vergünſtigung gar nicht mehr zurückziehen. Hat aber der Vorfahrer dieſe Bewilligung nicht erfordert, ſo fragt ſich, ob die Vergünſtigung dem Land zum Nachtheil, oder einem Religions-

9) Lünigs R. A. P. Spec. Fortſ. 1. Anh. S. 251.

gionstheil an ſeinen Rechten zum Schaden gehen, oder ob der Regent ſolches nach ſeinen Reichslehnbaren Landeshoheitsrechten nicht zu thun vermögend geweſen ſey? Wenn nur die Stiftsverfaſſung hierdurch nicht beeinträchtigt worden iſt, ſo wird der Nachfolger ſehr hart das Wort ſeines Regierungsvorfahrers mehr zurückziehen können.

§ 1619.

Die Rechte der Inſtanz vergiebt ein Landesherr an und vor ſich nicht. Die Landeshoheit im Geiſtlichen behauptet aber ſonderheitlich das Recht, daß, wenn andere Religionsverwandte von den landesherrlichen Stellen in Religions- Kirchen- und Schulſachen beſchweret werden, ihnen der Recurs an den Landesherrn darinn, ſo weit es der Landesverfaſſung gemäs iſt, vorbehalten bleibe. Wie Churmainz ſich in ſtreitigen Conſiſtorialfällen den Recurs vorbehalten habe, iſt kurz vorher ſchon angezeigt worden. In der Oſſnabrückiſchen Stiftskapitulation vom J. 1650 n. 19. heißt es: „damit wegen der Appellation ein gewiſſes verſehen werde, mögen die weltlichen, wenn ſie ſich beſchwert finden, ad cameram „imperialem appelliren, wenn ſie nicht wollen an einen zeitigen Landesfürſten ſelbſt ihren Recurs nehmen, der denn durch beſondere Commiſſarien in der „Sache zu erkennen geneigt ſeyn wird. ꝛc. 10)

Letzte Inſtanz in Religionsſachen.

§ 1620.

Unter mehrern Religionsverwandten iſt insgemein ein gewiſſes Mißtrauen eingewurzelt, welches allein durch die Beweiſe einer biedern Offenherzigkeit kann gehoben werden. In den Stiftern findet man aber dieſe nur ſelten unter den großen Ordensbändern. Damit auf Rechnung des Landesfürſten keine

Vorzeigung der Landesfürſtl. Verordnungen.

10) Lünig R. A. Part. Spec. Fortſ. 1. Anh. S. 241.

keine Verordnung durch einzelne Stellen, oder Collegien gemacht werden, ſo iſt es den Genoſſen einer andern Religion nicht zu verdenken, wenn ſie die Vorzeigung der Orginal-Befehle und Reſolutionen erfordern. Churmainz ſcheint allen Mistrauen ſchon vorgebogen zu haben, da es in der ertheilten Religionsfreyheit vom J. 1768. Lit. P. ausdrüklich verordnet, „daß die andere Religionsverwandte den chur„fürſtlichen übrigen Unterthanen gleich ſollen gehal„ten werden.“ Biſchof Franz Arnold zu Münſter ließ deswegen die Verordnung von 1718. wie es zu Werth mit dem reformirten Gottesdienſt, und Erwählung der Kirchenälteſten ſolle gehalten werden, öffentlich bekannt machen. 11)

§. 1621.

Beſorgung auswärtiger Religionsſachen.

Der geiſtliche Stiftsregent wird oft in die Nothwendigkeit geſetzt, ſeines Reichsfürſtlichen Standes wegen an Religionsſachen anderer auswärtiger Religionsverwandten auf Reichs- und Creistägen, Friedenscongreſſen, und bey dergleichen Gelegenheiten Antheil zu nehmen und Inſtruktionen, oder gar ſeine Stimme abzugeben. Bey dieſen Vorfallenheiten wird für räthlich gehalten, wenn er dieſes durch Verwandte eben derſelben Religion, die es betrift, beſorgen läßt, um allen Verdacht einer Partheylichkeit zu beſeitigen. Was das Hochſtift Augsburg durch das Benehmen des Biſchofs und Cardinal Otto von Truchſeß bey den Religionsdiſſidien, und eben ſo das Erzſtift Salburg bey der Emigrationsgeſchichte durch Impolitik, Undultſamkeit und durch das heftige und einſeitige Verfahren ſeines Stiftsregenten verloren, hievon habe ich in den vorhergehenden Theilen ſchon vieles gemeldet.

§. 1622.

11) Lünig. R. A. Spicil. eccl. Fortſ. 3. S. 1157.

§. 1622.

Der Einfluß, welchen die Landeshoheit in Abſicht auf andere Religionsverwandte, in Anſehung des Weltlichen hat, iſt derſelben niemals zu hemmen; wenn nicht die Landesverfaſſung hierinfalls etwas anderes mit ſich bringt. Churmainz hat ſich in der 1768 ertheilten Religionsfreyheit für das Städtgen Höchſt freye Hand gelaſſen. Es heißt *Lit. K.* „dem Rath wird die Handhabung der verordneten „Polizey, und die Gerichtsbarkeit in Civilklagſachen „ſalva appellatione anvertrauet. Einfluß in das Weltliche.

§. 1623.

Da die geiſtlichen Reichsſtifter, von denen im gegenwärtigen Werke die Rede iſt, insgeſammt (Oſnabrück bey gewiſſen Verhältniſſen ausgenommen) der catholiſchen Religion, welche die Herrſchende in den Stiftern ausmacht, zugethan ſind, ſo kann bey allen Arten von Verſchickungen ſowohl auf Reichs- Crais- als Landdeputationstägen, dem Stiftsregenten nicht zugemuthet werden, einen andern dann einen ſeiner Religion zugethanen Stiftsdiener abzuſchicken, beſonders wenn in einem Stiftslande die Verfaſſung es mit ſich bringt, daß auſſer Catholiken kein anderer Religionsverwandte zu wichtigen Landſtellen angenommen werde, wenn nicht Verträge hierinnfalls eine Einſchränkung bey einem Stift machen, wovon mir aber noch kein Beyſpiel bekannt iſt. Comitial- Kreis- und andere Stimmen.

§. 1624.

Daß ein Landesherr aus Religionsabſichten Land und Leute nicht veräuſſern ſolle noch wolle, dazu kann ſich ein Stiftsregent um ſo viel leichter verbinden, als ihm in der Wahlcapitulation, in den Landesverträgen, und Einigungen alle Gattungen von Veräuſſe- Landesveräuſſerungen.

äuſſerungen ohne der Stiftsſtände Mitwilligung verbotten ſind. Es fragt ſich, ob z. B. ein geiſtlicher Stiftsregent ganze Herrſchaften und einzelne Güter, auf welchen ſich andere Religionsverwandte befinden, verkaufen, oder gegen ihren Willen vertauſchen könne? Bey der Erörterung kommt es auf zwey wichtige Vorfragen an, gehören die zu verkaufen- oder zu vertauſchende Unterthanen zu den alten Stiftsgütern, Lehen, und Beſtandtheilen? oder ſind ſie nur neu erworbene Güter und Unterthanen. Im erſten Falle kann ſie der Stiftsregent, wenn es blos der Religion wegen geſchieht, daß ſie gegen Catholiken umgetauſcht werden ſollen, ohne ihre Einwilligung nicht veräuſſern, und wenn auch das Domkapitul und die Landſtände in dieſe Veräuſſerung einwilligen würden. Indem die urſprüngliche Stiftsverfaſſung, welche durch öffentliche Friedensſchlüſſe befeſtiget worden, den Unterthanen die Verſicherung giebt, daß ihnen keine iniqua conditio durch Aufdringung einer andern Herrſchaft ohne ihre Einwilligung könne gemacht werden. Geſchieht aber der Verkauf blos beſſerer Convenienz oder Arondiſſements wegen, ſo kommt weder die Einwilligung der Unterthanen, noch die Religion in Anſchlag. Bey neu adquirirten Gütern kann der Stiftsregent ohnehin mit dem Conſens ſeines Capituls, oder der Landſtände freyer diſponiren.

§. 1625.

Landſtandſchaft und Ritterſchaft.

Wenn in einem geiſtlichen Stiftslande die Frage entſtünde, ob ein catholiſcher zur evangeliſchen Religion übergehender Landſtand oder ritterſchaftliches Mitglied wegen ſeinem Uebergang könne ausgeſchloſſen werden? ſo kommt es darauf an, ob die Verfaſſung der Landſchaft und Ritterſchaft es mit ſich bringt, daß alle Glieder einer Religion, nehmlich der Catholiſchen

liſchen zugethan ſeyn müſſen; in dieſem Fall verliehrt der zur andern Religion übergehende zwar die jura perſonalia ſtatus; die Landſchaft begibt ſich aber in Anſehung ſeiner Güter nicht des nexus Landſaſſiatici, und eben ſo wenig die Ritterſchaft ihrer jurium corporis, welche auf den unmittelbaren Rittergut haften. Es treten hier die Gleichheitsrechte allerdings ein, gleichwie in jenen Staaten, wo die evangeliſche oder reformirte Religion die Herrſchende iſt, keine Landſtände und Ritterglieder anderer Religionen geduldet werden, eben ſo gehet es auch bey den Stiftern nicht an, wo die catholiſche Religion durchgehends die Oberhand hat. Wenn die Ritterſchaften in einem Stift nicht landſäſſig ſind, welches ſich von Schwaben, Franken und den Rheinſtrom ohnehin nicht ſagen läßt, ſo ſtehen die Ritterſchaften mit den geiſtlichen Stiftern in keiner andern Verbindung, als was die Erb- Hof- und Stiftsämter betrift, bey welchen die Stiftsverfaſſung freylich die Religion faſt zum Qualificationsgeſetz gemacht hat.

§. 1626.

In den geiſtlichen Stiftern iſt es faſt durchgehends ein Landesgeſetz, daß bey Hof, den Landescollegien und Landſtellen, wie auch bey Geſandſchaften nur Subjecte von der herrſchenden Religion angeſtellt werden. Die Fürſten müſſen es zum Theil in der Capitulation beſchwören, zum Theil wird es ihnen durch die Landesverträge auferlegt, auch der Pabſt ſelbſt hat ſich ſchon darein gelegt, da Gregor XIII. 1579. an den Biſchof Johann Georg zu Bamberg ein Breve erließ, worinn er ihm verwieße, daß er einen Nichtcatholiken zum Gouverneur in Cärnthen gemacht. 12) Es iſt das nehmliche Verhältniß wie in Sachſen, Würtenberg ꝛc. in welchen Ländern kein *Ehrenämter.*

 Catho-

12) Lünigs R. Arch. Spicil. eccleſ. Fortſ. 1. S. 507.

Catholik zu öffentlichen Ehrenämtern gezogen wird. Nichtsdeſtoweniger können dennoch einem Stiftsregenten die Hände ſo gebunden werden, daß er einen ſonders brauchbaren und verdienten Mann einer andern Religion nicht in ſeine Dienſte nehmen kann. Freylich würde es nicht angehen, ſelben in ein Landescollegium zu ſetzen, indem hierdurch den Landesverträgen, der Capitulation und Verfaſſung offenbar zuwider gehandelt würde. Allein zu einem Miniſter, Staats- Finanzrath, Cammerherrn ꝛc. überhaupt zu einer Stelle, welche mit den Landescollegien nicht ſo genau verbunden iſt, kann der Landesherr einen ſonderbar tauglichen Mann, oder zu dem er eine vorzügliche Neigung hat, jederzeit annehmen. Wir haben gegenwärtig Beyſpiele bey Mainz und Cölln, daß würdige Proteſtanten zu den erſten Ehrenämtern befördert worden.

§. 1627.

Sonderbare Schwierigkeiten.

In den Stiftsländern müſſen die öffentlichen Lehrer auf den Univerſitäten die profeſſionem fidei ablegen. Von einem Nichtcatholiken könnte es nicht gefordert werden. Die oberſten Hofämter haben an großen Feſttagen und Feyerlichkeiten auch einige Kirchenfunctionen mitzumachen. Durch die Darzwiſchenkunft eines Nichtcatholiken würde die Einförmigkeit der Handlungen geſtöret. In den geiſtlichen Stiftern haben gewiſſe Ritterorden, wozu die Nichtcatholiken keine Fähigkeit haben, Rang und Vorzug. Ein Nichtcatholik, der etwa eine höhere Ehrenſtelle bekleiden würde, müſte einem ſolchen Ritterglied nachtreten; dergleichen Anſtände zeigen ſchon, daß die Anſtellung der Nichtcatholiken in geiſtlichen Stiftern nicht wohl thunlich ſey, und ein Landesherr, wenn er nicht beſondere Urſachen hätte, ſich zuverläßig harte Vorwürfe zuziehen würde. Freylich in Stiftern, wo die Proteſtanten und Reformirten Conſtitutionsmäßig beſte-

beſtehen, können ſie von Ehren- und andern Aemtern nicht ſo leichterdings ausgeſchloſſen werden. In den Hildesheimiſchen Receß vom J. 1643. wurde verſprochen: der Biſchof wolle keinen dem andern, nach befundenen Qualitäten in Ehrenämtern und Dignitäten ob reſpectum Religionis vorziehen. Es kam aber nicht in Ausübung. Vielmehr verband das Domkapitul die Biſchöfe in ihren Wahlcapitulationen, die Evangeliſchen davon auszuſchließen. Es kam daher 1706 zu neuen Landesbeſchwerden, und in dem Receß von 1711. §. 5. wurde endlich verſprochen, und verordnet, daß unter 8 Deputirten von der Ritterſchaft allzeit einer catholiſch ſeyn, hinwiederum aber von den Evangeliſchen, ein Adelicher, ein gelehrter Hofrath, ein Kriegsrath, zwey Procuratores bey der Canzley und bey dem Hofgericht, die Evangeliſchen auch zu den Droſteyen zugelaſſen werden, und auf den Aemtern, wo zwey Beamte vorhanden, einer Evangeliſch ſeyn, die Landeshauptmannſchaft alterniren, und der Hofrichter allemahl aus der Hildesheimiſchen Ritterſchaft ohne Unterſchied der Religion genommen werden.

In der Oßnabrückiſchen beſtändigen Capitulation heißt es unter andern auch §. 49. Es ſoll auch die biſchöfliche Canzley jetzo und forthin, mit gleicher Anzahl beyder Religion qualificirten Räthen beſetzt werden. —

In Stiftern hingegen, wo keine Proteſtanten oder Reformirte landſäßig ſind, oder wo einige ſich auch befinden, die aber zur Zeit des Entſcheidjahrs kein Recht an einigen Aemtern gehabt haben, können ſie auch keinen Anſpruch hierauf machen.

§. 1628.

Wenn die Proteſtanten oder Reformirten in einem Stift gar keinen Fuß haben, ſo ſteht ihnen die Gerichtsſtellen.

Landesverfaſſung in Anſehung aller Aemter entgegen. Ein vernünftiger Nichtcatholik würde es gar nicht ſuchen in einem ſolchen Land zu dienen, wo die Mißgunſt wegen der Religionsverſchiedenheit ihn auf jedem Schritt verfolgt. So wie es keinen Catholiken einfallen würde, ſich dieſen Unannehmlichkeiten in einem ganz evangeliſchen Lande auszuſetzen. Die Toleranz iſt auch noch nicht ſo gut gegründet, daß ganze Länder ihre Freyheiten und Rechte, worunter die Dienſtbeſetzungen von den nehmlichen Glaubensgenoſſen eines Landes vorzüglich gehören, derſelben aufopfern. Wo aber andere Religionsverwandte ſchon gewiße Landesrechte erworben haben, ſind ſie auch ſo leichterdings von den Aemtern nicht auszuſchließen. Churmaynz und Sachſen verglichen ſich 1665. daß zu Erfurt die Evangeliſchen aus dem Rath und andern Aemtern nicht verſtoſſen werden, ſondern, wenn auch künftig mehr catholiſche Subjecte mit dazu gebraucht würden, zum wenigſten die Hälfte Evangeliſch ſeyn ſolle.

§. 1629.

Militare und Cammerherren.

In Anſehung der Militärſtellen ſieht man bey den Hochſtiftern nicht ſo genau mehr auf die Religion. Es kann auch nicht wohl ſeyn, indem die höhern Stellen großentheils von den Craißen beſtellet werden, und ſich die Stifter nach ſelbigen reguliren müßen, und der Craiß bey Militärſtellen keinen Religionsunterſchied mehr macht. Es iſt bekannt, daß in allen Reichscraißen, wenigſtens in welchen Domſtifter ſich befinden, evangeliſch- und reformirte Familien anſäſſig ſind, die auf Militärſtellen ihres Craißes immer einen gegründeten Anſpruch machen können, weil ſie von Pfründen und andern Ehrenämtern in Anſehung ihrer Religion ausgeſchloſſen ſind. Bey allen großen Stiftern, welche ein ſtarkes

kes Militär haben, werden zu allen Militärſtellen die Competenten ohne Rückſicht auf die Religion befördert. Mit den Cämmerers-Würden macht man in den catholiſch-geiſtlichen Stiftern kein Bedenken mehr, ſolche einem Proteſtanten, oder Reformirten zu ertheilen; beſonders wenn er ein Stiftsvaſall iſt.

§. 1630.

Bey dieſem Capitel wüſte ich keine beſondere Schriften anzugeben. Moſers Tractat von der Landeshoheit im Geiſtlichen B. 4. C. 3. hat auf dieſe Materien den ſtärkſten Bezug, wiewohl alldort von den deutſchen Stiftern nicht insbeſondere gehandelt wird. Schriften.

Acht und fünfzigſtes Capitel.

Von der E. G. Reichsſtifter landesherrlichen Rechten, und Pflichten im Geiſtlichen, in Rückſicht auf anderer Religionsverwandten, Lehre und Gottesdienſt.

Inhalt.

§. 1631.) Einleitung. 1632.) Gottesdienſt des Landesherrn. 1633.) Rechte in Anſehung der Unterthanen. 1634.) Schutzertheilung. 1635.) Gewiſſensfreyheit. 1636.) Freyheit die Religion zu verändern. 1637.) Cautelen dabey. 1638.) Apoſtaſie. 1639.) Nicht-Nöthigung zu einer andern Religion. 1640.) Oder Gottesdienſt. 1641.) Bewilligung. und Einſchränkungen. 1642.) Bezughabende Stücke. a. Ceremonien. b. Faſten. c. Proceßionen. d. Venerabile. 1643.) Vorzüglich auch in Anſehung der Lehre, 1644.) und der Miniſterialhandlungen überhaupt. 1645.) Und insbeſondere der Tauf. 1646.) Abendmahl. 1647.) Eheverlöbnißſachen, und zwar a geſchloßene Zeit. b. Proclamationen. c. Copulationen. 1648.) Schulen und Privatlehrer. 1649.) Kranke. 1650.) Maleficanten. 1651.) Begräbniſſe. 1652.) Schriften.

§. 1631.

Einleitung. Die Verſchiedenheit der Religionen verurſacht in einem Lande keine Schwierigkeiten, wo Einigkeit herrſcht, und wo man ſich über alle Vorurtheile hinwegſetzt, und überhaupt, wo alle Handlungen von der Regierung öffentlich und freymüthig durchgeſetzt

geſetzt werden. Allein in denen deutſchen Hochſtiftern, wo der Herr, das Domkapitel, und die Landſtände einander mehr entgegen arbeiten, als, daß ſie den Zweck der allgemeinen Landeswohlfahrt zu erreichen ſuchen, muß natürlich die Verſchiedenheit der Religion immer ein Dorn in den Augen der Stiftsgeiſtlichkeit ſeyn. Die Handlungen derſelben, die Vermeidung der Kirchengüter, die manchfaltige Unordnungen und Mißbräuche, woran der Katholik in einem Stiftslande ſchon von Jugend auf gewöhnt wird, ſieht der Nichtkatholik freylich mit einem ganz anderen Auge an. Es iſt alſo kein Wunder, daß man die Religionsverſchiedenheit in den deutſchen Stiftern haſſet, die Tolleranz als eine gefährliche Sache anſieht, und im Stillen die Intolleranz immer begünſtigt, der Dultung aber nur mit Worten das Lob ſpricht, um öffentlich für dies nicht angeſehen zu werden, was man innerlich iſt.

§. 1632.

Da die deutſche Stiftsregenten als Biſchöfe, und geiſtliche Fürſten insgeſamt 1) der katholiſchen Religion zugethan ſeyn müſſen, auch die Unterthanen der Stifter größtentheils eben dieſelbe Religion haben, ſo kann dasjenige, was zwiſchen einen Landesherrn von einer andern Religion, ſeines Landes Rechtens iſt, hier nicht angewendet werden. Gottesdienſt des Landesherrn.

§. 1633.

Die Rechte des Landesherrn über ſeine einer andern Religion zugethanene Unterthanen, ſo viel den Gottesdienſt betrift, ſind lang nicht ſo beträchtlich, wenn die Unterthanen dieſe Rechte kraft der Reichsgeſetze, Landesverträge, und Reverſalien erhalten haben, Rechte in Anſehung der Unterthanen.

1) Bey Oßnabrück macht die Alternativ im Hauptweſen keinen Unterſchied.

ben, als wenn ihnen ſolche freywillig von den Stiftsregenten zugeſtanden worden. In dem Vergleich zwiſchen Fulda und Sachſen ward den Fiſchberger Amtsuntergebenen das freye Religionsexercitium, und zwar die öffentliche Religionsübung zugeſtanden. Zu Höchſt verordnete der Churfürſt von Mainz aber in ſeiner ertheilten Religionsfreyheit Lit. C. „daß nur in dem Fall den anderen Religionsver„wandten, das öffentliche Religionsexercitium ver„williget werde, ſo bald ſie eine anſehnliche, und zahl„reiche Gemeinde ſind, welche Pfarrer erhalten, und „Schulen und Kirchen erbauen kann.

§. 1634.

Schutzertheilung.

Der Stiftsregent hat die Obliegenheit, und Pflicht, alle diejenige Nichtkatholiken, die Kraft des Entſcheidjahrs zu der öffentlichen, oder Privatübung ihrer Religion berechtiget ſind, ungeſtört dabey zu belaſſen. Ihm ſteht aber auch das Recht zu, ſie dabey zu ſchützen. In vielen Stiftern iſt es aber noch über dieshin durch beſondere Verträge, und Aſſecurationen bedungen worden.

Churmainz verſprach in dieſer Art 1664. „die „Raths, und Bürgermeiſtere, Räthe, und ganze „gemeine Bürgerſchaft zu Erfurt, ſammt denen zu „der Stadt gehörigen Unterthanen auf dem Land, „auch alle ihre Nachkommen bey dem Exercitio Re„ligionis Auguſtanae Confeſſ. auf Maß, und Weiſe, „wie ſolches ſich im gegenwärtigem Zuſtand befinde, „ruhig zu laſſen, und darinn unter keinem Vorwand „zu beeinträchtigen."

Was der Biſchof zu Fuld, in dem Vergleich mit Sachſen, wegen dem Amt Fiſchberg im Betreff der Religion zugeſagt hat, iſt (§. 1572.) ſchon gemeldet worden.

Von Worms habe ich das nehmliche auch (§. 1572.) ſchon angeführet.

In dem Hildesheimiſchen Receß vom J. 1643. wurde denen Evangeliſchen verſprochen: „Sie an dem „offenen freyen Exercitio, in Kirchen, Schulen, auf „den Gaſſen, in den Cantoreyen, Carenden (Cur„renden,) und in den Häuſern, auch ſonſten weder „am Leſen, Beten, chriſtlichen Geſängen, und an„dern geiſtlichen Uebungen in keine Weiſe, noch „Wege, zu moleſtiren, zu betrüben, oder behindern „zu laſſen, noch es andern zu thun, zu vergünſtigen, „oder nachzuſehen.“

Zu der Oßnabrückiſchen beſtändigen Wahlcapitulation, wird den beyderſeitigen Religionsverwandten der Schutz auf das feyerlichſte zugeſagt „es heißt: „§. 1. ſoll und will der Anweſend-zeitliche Biſchof, „das Domkapitel, und Cleriſey, Stände, Städte, „Communen, Einwohner, und Unterthanen, ſon„derlich ſo des Domkapitels, und anderer Stifte, „und Kloſter Jurisdiction unterworfen, bey der al„ten katholiſchen Religion, wie die mit allen Cere„monien hergebracht und herkommen, auch bishierzu „in der Domkirche zu Oßnabrück gebraucht, und ge„halten worden; wie nicht weniger die im gemeltem „Stift jedesmahl vorhandene geſeſſene der Augsb. „Conf. verwandte Stände, Städte, Communen, „Einwohner in ſpecie die Stadt Oßnabrück bey ih„rem Exercitio Religionis publico et privato, Cere„monien, Gebräuchen, und Herkommen, in Schu„len, in Kirchen und Häuſern, kräftiglich ſchützen, „und handhaben, und alſo gegen dem im heiligen „Röm. Reich zwiſchen den Ständen deſſelben aufge„richteten Paſſauervertrag, und bewilligten Religions-, „auch den anno 1648. gemachten allgemeinen Frie„den, nichts verhängen, ſondern ſich demſelben in

„allem

„allem dem, ſonderlich, was in gegenwärtiger Ca„pitulation nicht expreſſe diſponirt, conform und ge„mäß verhalten.

§. 2. „Deßwegen dann der jederzeitige Biſchof, „zu mehrerer dieſes Erläuterung, nicht zulaſſen will, „daß jetzt gemeldtem Domkapitel, und Ständen, „auch ſowohl Augsburgiſchen Confeßionsverwandten, „als katholiſchen, Unterthanen, oder andern Collegien, „und Pfarrkirchen, Klöſtern, Cleriſey, und Schu„len, auch dabey ſich befindenden, und dazu gehöri„gen Perſonen und Unterthanen, er ſey Edel, oder „Unedelich, Bürger, oder Bauer, in ihrem Exer„citio Religionis tam Catholici, quam Auguſt. Con„feſſionis publico et privato in- oder auſſer den „Städten, oder auf dem Lande, bey ihrem Gottes„dienſte, Proceßionen, und allen andern Exercitiis, „ſo, wie dieſelbe 1. Jan. 1624. in und auſſer den „Städten in Obſervanz geweſen, einigerley Verbie„tung, Eintracht, Sperr, und Verhinderung ge„ſchehe, durch männiglichen, er ſey auch wer er „wolle, ſondern ſoll und will vielmehr zu Erhaltung „guter Einigkeit beyderſeits Religionsverwandten jetzt „beſagter, auch nachgemelter Maßen, ohne Unter„ſchied allen Beyſtand, Schutz und Schirm, wie„derfahren, auch die Uebertretter gebührend ab„ſtrafen laſſen.“

§. 1635.

Gewiſſensfreyheit.

In wie ferne ein geiſtlicher Stiftsregent ſeinen Unterthanen überhaupt, und folglich auch den Nichtkatholiken die vollkommene Gewiſſensfreyheit den Reichsgrundgeſetzen gemäs geſtatten müſte, habe (§. 1585.) ſchon gemeldet.

§. 1636.

Eine der wichtigſten Folgen der Gewiſſensfreyheit iſt das Recht ſeine Religion, in welcher er gebohren oder erzogen worden, verändern zu dürfen; in den deutſchen Stiftern hat es aber auch verſchiedene Wirkungen. a) Wenn die evangeliſche und reformirte Religionen in einem Stiftsſtaat das Burgerrecht haben, ſo zieht die Religionsveränderung keinen Verluſt der allgemeinen Landesfreyheiten nach ſich, 1) allein die Localfreyheiten können verloren gehen. Wenn ſchon zu Erfurt einen dem mainziſchen Staate angehörigen Lande die Proteſtanten mit den Catholiken das Burgerrecht haben, ſo hat doch ſolches zu Mainz ein Catholik, der ſeine Religion verändert, nicht mehr. b) Wenn es die Stiftsverfaſſung mit ſich bringt, daß nur gewiſſe Religionsverwandte öffentliche Ehrenſtellen und Aemter bekleiden können, ſo wird derjenige, welcher ſich zur andern Religion bekennet, derſelben entweder unfähig, oder wenn er ſie ſchon beſitzt, gar verluſtig. c) So ferne andere Religionsverwandte in einem Stift weder nach den Reichsgeſetzen, noch nach den Verträgen, oder Kraft der Privilegien in einem Stift etwas zu ſuchen haben, ſo muß derjenige, welcher die Religion verändert, gar das Land verlaſſen, wenn ihm nicht der Landesherr aus Gnaden die Aufenthaltsbewilligung mittheilet.

Freyheit die Religion zu verändern.

§. 1637.

Wenn in einem Stiftslande jemand die Religion verändern und zu einer anderen übergehen wollte,

Cautelen dabey.

1) Z. B. nach der Oßnabrükiſchen Capitulation §. 3. ſoll ⸗ ⸗ den Landſaſſen, Bürger und Unterthanen ⸗ ⸗ beyder Religionen, ohne Unterſchied, ſo ſich zur catholiſchen Religion, oder augsb. Confeſſion verſtehen, oder verſtehen wollen, erlaubt und zugelaſſen ſeyn, reſp. catholiſch⸗ und evangeliſche Kirchen zu beſuchen, dem Gottesdienſt beyzuwohnen, und die heil. Sacramente zu empfangen.

te, welche nicht Conſtitutions-oder Vertragsmäßig beſtehet, ſo hat der Stiftsregent aus politiſchen Urſachen das Recht, den Uebergänger über die Beweggründe der Religionsveränderung zur Rede zu ſtellen, indem eine unbeſonnene Veränderung, ohne einige Ueberzeugung, den catholiſchen Stiftsunterthanen zu andern Folgen Anlaß geben könnte. Der Austretende iſt zwar durch keine Art von Zwange von ſeinem Vorhaben abzuhalten, wodurch die Gewiſſensfreyheit gekränkt werden könnte. Hingegen kann dem Landesherrn, beſonders einem geiſtlichen Fürſten nach den Grundſätzen ſeiner Religion und Hirtenamtspflicht nicht verdacht werden, wenn er durch ſanfte Beredung den austreten-wollenden bey der Religion des Landes zu erhalten ſucht. Churbraunſchweig hat durch eine Verordnung vom 25. Nov. 1713. ſeinen evangeliſchen Predigern in dieſer Art aufgetragen, daß der zur catholiſchen Religion übergehende Unterthan ſeine Religionsveränderung denſelben anzeigen, und ſie alles mögliche anwenden ſollen, ihm die allenfalls anführende Gewiſſens-Beſchwehrungsurſachen zu benehmen, ja ſogar denjenigen, der nicht richtig Rede und Antwort geben würde, zur Strafe zu ziehen. — In einigen Stiftsländern hat man auch wirklich wahrgenommen, daß die Religionsveränderungen oft mehr aus Muthwillen und Unzufriedenheit, als wahrem Gewiſſenstriebe hergerühret haben.

§. 1638.

Apoſtaſie.

Hier iſt eigentlich die Rede von der Apoſtaſie nicht, wie ſolche nach den Grundſätzen der römiſch catholiſchen Kirche verſtanden, ſondern wie ſie nach dem geiſtlichen und weltlichen deutſchen Staatsrechte betrachtet wird. Es iſt bekannt, daß man aus einem Irrbegriffe ehemals alle diejenige des Vergehens

der

der Apoſtaſie ſchuldig hielt, welche von der römiſch-catholiſchen zur evangeliſch- oder reformirten Religion übergangen ſind, oder welche eine dieſer beyden Religionen verlaſſen, die catholiſche angenommen, und von dieſer wieder zu einer der vorgenannten hinübergetretten ſind. Allein beydes iſt falſch. Ich will mich über die verſchiedene Auslegungen der Apoſtaſie nach dem Kirchenrecht hinweg ſetzen; man kann ſie anderwärts nachſehen. 2) Nur diejenigen werden nach dem Staatsrechte als wahre Apoſtaten betrachtet, welche mit Verlaſſung des geiſtlichen Standes zu einer der in dem deutſchen Reich nicht geſetzmäßig-beſtehenden Religion übergehen. Vermög des Weſtphäliſchen Friedens können die canoniſche Grundgeſetze, beſonders, was die Beſtrafung betrift, gegen denjenigen nicht Platz greifen, welcher zu einer dieſer beyden Religionen übergeht, denn ſonſt wäre es um die Gewiſſensfreyheit geſchehen. Catholiſcher Seits wird zwar gegenwärtig noch in den mehreſten Schulen behauptet, daß die Apoſtaſie nur von einem Cloſter- keineswegs aber von einem Weltgeiſtlichen begangen werde, wenn er die proteſtantiſche oder reformirte Religion annimmt. Allein dieſe Meinung iſt ebenmäßig falſch; indem der weſtphäliſche Friedensſchluß unter den Ordens- und Weltgeiſtlichen keinen Unterſchied macht, und die Religionsfreyheit nicht einſchränkt. Vielleicht haben die neuern Canoniſten ſich noch an die Capitularien Carl des Großen 3) gehalten, in welchen die Apoſtaſie in einem ganz anderen Verſtande genommen wird, allein die Zeiten haben ſich geändert. Der weſtphäliſche Friede hat wenigſtens in der äuſerlichen und politiſchen Behandlung eines catholiſchen Geiſtlichen, der zur evan-

2) Bey du Fresne in gloſſario voce apoſtare, apoſtare.

3) L. 6. c. 139. quicumque poſt ſanctae religionis profeſſionem apoſtatant, et ad ſaeculum redeunt.

evangeliſchen oder reformirten Religion übergehet, mildere, und vernünftigere Maasregeln gegeben.

Ich glaube, man ſolle bey der Apoſtaſie die Analogie der deutſchen Reichsgeſetze in Anſehung höherer geiſtlicher Perſonen, die eine Religionsveränderung vornehmen, vorzüglich entſcheiden laſſen. Wenn ein geiſtlicher Erz- oder Biſchof, der in der Kirche die höchſte Weyhungen hat, zur evangeliſchen oder reformirten Religion übergeht, ſo verliehrt er zwar ſeine hohe Würden und Pfründen, keineswegs aber nach dem reſervato eccleſiaſtico ſeine Ehre. — Niemand wird und darf ihn einen Apoſtaten nennen, weil die Apoſtaſie nach dem canoniſchen Rechte diffamirend und criminell iſt. — Warum will man die Apoſtaſie nur auf einen regularen oder ſecularen Prieſter anwendſam machen, der eben ſo gut, wie der Erz- und Biſchof die prieſterliche Würde hat, ſo ferne der Erz- und Biſchof bey allen ſeinen hohen Graden den der Weyhe, der Würde, und des Anſehens in der Kirche durch den Religionsübertritt nicht ehrlos, nicht ſtrafbar, nicht reſponſabel dem Staat wird, warum ſoll es ein Prieſter ſeyn? — Ich will mich aller weitern Gloſſen enthalten, die ein jeder der Sache verſtändiger aus dieſer Paralyſe ſelbſt machen kann. Wird die Apoſtaſie aber auf einen ausgeſprungenen Mönchen, er ſey Prieſter oder nicht, nach den canoniſchen Grundſätzen anwendſam gemacht, ſo geſchieht es leider mit Unrecht, und mit Unbilligkeit. Man betrachte den angeblichen Apoſtaten vor ſeinem Eintritt in das Cloſter, ob er nicht oft kaum die Kinderſchuhe erſt ausgezogen, und die nothwendige Ueberlegung zum Antritt eines ſo bedenklichen Standes hat. Man erwege ſein Misvergnügen in dem clöſterlichen Stande wegen dem Zwange, womit er entweder von unvernünftigen Aeltern, oder von den Cloſterobern zu dieſem Stande beredet worden;

den; indem jene die Abſicht hatten ihn mit einem geringen Vermögen abzufertigen, oder dieſe nach einem reichen Subjekte haſchten. Man beherzige die oft unvernünftige Behandlungsart in dem Noviziat. Die Schärfe bey Verſpürung ſeiner Unzufriedenheit, und die Drohungen auf den Fall ſeines Austritts. — Gewiß werden nur durch die Ordensobern, und Aeltern, die mehrſten Apoſtaten gemacht; es iſt alſo gegen die Regeln der Menſchlichkeit, gegen geſunde Rechtsſätze, und gegen die Klugheit anſtößig, wenn man entweder einen in das Cloſter directe oder indirecte gezwungenen noch unvernünftigen Jüngling, oder gegen einem nach reifer Ueberlegung mißvergnügten Mann oder gegen einem ſeinem Stande zuwider unſinnig behandelten Ordensgeiſtlichen wegen dem Uebergange zu einer der in dem Reich geſetzmäßig beſtehenden Religion mit dem Nahmen, und den Wirkungen eines Apoſtaten verfahren wollte. — 4) Wer weiß, ob er nicht bey ſeiner Religion geblieben wäre, wenn man ihn klüger, beſcheidener, und zwangsfrey behandelt hätte.

Ob und wie weit die Gewiſſenspflicht einen Uebergänger ſtrafbar macht, gehört nach dem Maaſe ſeiner Urſachen und Ueberzeugung zum Kirchenrecht. Staatsrechtlich, und quoad effectus civiles betrachtet, iſt aber nur derjenige Geiſtliche für einen Apoſtaten zu halten, der zu einer andern, dann der im deutſchen Reiche nicht geſetzmäßig beſtehenden Religion übergeht; wiewohl auch in dieſem Falle noch manche Umſtände zu betrachten ſind. Die Stiftsregenten

4) Nach dem tridentiniſchen Kirchenrath ſoll ein ſolcher vermuthlicher Apoſtat eingeholet, auf das ſchärfeſte verwahret, und ſo eingekerckert werden, ut ſolum modo vita ſibi miſera reſervetur. — wahrhaftig eine für die Menſchheit und das Seelenheil, bis zur Verzweiflung heilſame Verordnung!

genten haben als Biſchöfe und Landesherren die beſten Mittel in Händen, der Apoſtaſie bey ihrer untergebenen Weltgeiſtlichkeit vorzubeugen.

§. 1639.

Nicht-Nöthigung zu einer andern Religion,

Daß die Religion zwangsfrey ſeyn ſoll, iſt (§. 1585.) ſchon geſagt worden; daß es aber zu den vorzüglichſten Pflichten und Rechten des Landesherrn gehöre, ſeine Unterthanen mit Gewalt nicht zu einer andern Religion weder directe noch indirecte zwingen zu laſſen, hievon iſt gegenwärtig die Rede. Es hat ſelbſt unter großen Herren ſchon eine Menge der Volksbekehrer gegeben, welche hiedurch, daß ſie ihre Regentenpflichten mißbrauchten, allzeit mehr Unheil verurſachet haben, als ſie nach ihren ſchwachen Regierungskräften voraus ſehen konnten. Ueberhaupt iſt die Proſelitenmacherey ſchon der kläreſte Beweis eines immer und ewig ſchwachen Kopfs.

§. 1640.

oder Gottesdienſt.

Wie der Landesherr kein Recht hat unter was immer für einem Vorwand jemand zu ſeiner Religion zu nöthigen, eben ſo wenig iſt er auch befugt, einen ſeiner Unterthanen zu einem ihrer Religion widrigen Gottesdienſt zu nöthigen, oder bey gewiſſen Gelegenheiten zu fordern, daß er etwas dazu ſteure, opfere, u. d. In dem Oevenkirchiſchen Vergleich vom J. 1714. verſprach Churcölln, daß die Reformirten mit Läuten in dem May, und an den Ceremonien der Catholiken, wie auch von Sammlung der Oſtereyer u. d. verſchont werden ſollen. Fulda ſetzte in den Fiſchbergiſchen Receß unter andern: wobey im Fall wir (als Territorialherr) unſere Religion in beſagtem Amt exerciren wollten, ſolches jedoch jetzt erwähnten unſers Amts Fiſchbergs Unterthanen jetzt zugeſtandenen Exercitio ihrer Religion cum annexis ohnabbrü-

abbrüchig ſeyn, und derſelben einiger Beytrag oder Präſtation an die catholiſche Prieſterſchaft, Kirchen- und Schulgebäude nicht aufgebürdet, auch in ihren Kirchen und Schulen kein Simultaneum eingeführet werden ſoll. Die Religionsrechte der Proteſtanten und Reformirten wollen, daß gar keine Bürde intuitu religionis ihren Glaubensgenoſſen auferlegt werde; beſonders wo ſie in einem Lande eines catholiſch-geiſtlich oder weltlichen Fürſten ihr Daſeyn durch die Reichsgeſetze, oder das Entſcheidjahr befeſtiget haben. Churmaynz verſicherte in der ertheilten Religionsfreyheit vom J. 1768. „daß die evangeliſchen und „reformirten Einwohner in allen Stücken ſeinen eige„nen Unterthanen gleichgehalten, ja ſogar von aller „Leibeigenſchaft, Ein- und Auszug, zehenten Pfen„ning, Frohn, oder Dienſtgelder Auflage befreyt ſeyn „ſollen." Der Landesherr kann wohl bey allgemeinen Nothfällen (z. B. bey einem erlittenen Kirchenbrand andere Religionseinwohner um einen milden Beytrag Anſuchungsweiſe angehen; niemal kann er aber ſolches fordern. Er iſt zwar berechtigt, zu begehren, daß ſeine evangeliſche oder reformirte Stiftserblehnleute bey einer feyerlichen Handlung in der catholiſchen Stiftskirche zugegen ſeyn; niemal kann er aber von ihnen begehren, daß ſie vor dem Sanctiſſimo niederknieen, oder ſonſt etwas von den catholiſchen Kirchenceremonien mitmachen ſollen. Alles dieſes gehet den Religionsfreyheiten ganz entgegen.

§. 1641.

Ein geiſtlicher Stiftsregent hat wie jeder anderer Landesherr das Recht, ſeinen einer andern Religion zugethanenen Unterthanen, welche den Weſtphäliſchen Frieden für ſich haben, zu verſprechen, daß er keine andere Religion in das Land darneben einführen, und gedulten wolle. Bewilligung und Einſchränkungen.

 Er

Er kann aber andern aus Gnaden angenommenen Religionsgenoſſen Bedingungen vorſchreiben, und wenn ſie die landesherrliche Gnade mißbrauchen, nöthige Vorkehrungen und Einſchränkungen deswegen auch in Anſehung des Orts, und einzelner Befugniſſe machen.

Ihm ſteht ganz frey, denen Unterthanen ſowohl im öffentlichen, als Privat-Gottesdienſt, ſelbſt auch in der Hausandacht gewiſſe Vorſchriften und Verordnungen zu ertheilen, wie weit ſich eine oder die andere Gattung des Gottesdienſtes erſtrecken dürfe.

Auch in denjenigen Orten, wo es um eine Interims Verfügung in gottesdienſtlichen Sachen einer anderen Religions-Parthie zu thun iſt, die vermög des Inſtr. Pacis, und des Entſcheidjahrs berechtiget iſt, kann den Landesherrn in Rückſicht des Schutzes, den er allen Glaubensgenoſſen ſeines Stiftslandes ohne Unterſchied ſchuldig iſt, das nöthige vorkehren. Fulda verſicherte in dem Fiſchbergiſchen Rev rſe vom J. 1764. „wann an einem Ort, einer von den „Pfarrern mit Tod abgienge, ſolle der benachbarte „evangeliſche Pfarrer die Sacra, und actus parochiales ſo lang gewöhnlichermaſſen, zu verwalten haben, „bis die Gemeinde mit einem anderen verſehen ſey. Churmainz beſtimmte in der den Einwohnern zu Höchſt ertheilten Religionsfreyheit quoad privatum religionis exercitium Lit. B. „den einſtweiligen Privatgottesdienſt mit Erlaubniß in einem der Privathäuſer einen benachbarten Geiſtlichen ihrer Religion „zum taufen, Abendmahl halten, und copuliren zu „gebrauchen.“ Hieraus läßt ſich abnehmen, daß die Einſchränkungen, beſonders wo ein aus Gnaden verwilligter Gottesdienſt eingeführt iſt, immer von dem Landesherrn abhangen, wenn nur den Glaubensgenoſſen in weſentlichen Stücken keine Kränkung zugeht. Denn man wird ſelten ſolche Bewilligungen,

oder

oder die Aufnahme anderer Glaubensgenoſſen in einem Lande antreffen, daß die Begnadigte ihre Religionsfreyheiten ganz ohne Bürde erhalten haben.

§. 1642.

Es gibt hingegen noch verſchiedene andere Stücke, welche auf das Religionsweſen der Nichtkatholiken in einem Stiftslande Bezuge haben, und bey welchen der Stiftsregent aber nicht nach freyer Willkür handeln kann. Bezug-habende Stücke.

Die Ceremonien machen bey allen Religionen ein Stück des Gottesdienſtes aus. Denen Unterthanen der im Stiftslande herrſchenden Religion müſſen ihre Ceremonien in ſo weit ſie, (wenn ſie ſich auſſerhalb der Kirche erſtrecken) in dem Beſitz geweſen ſind, ohne einige Einſchränkung von Seite der Nichtkatholiken gelaſſen werden; Hingegen kann auch keinem zugemuthet werden, Ceremonien mitzumachen, (§. 1639.) die ſich mit ſeinen Religionsgrundſätzen nicht vertragen. a. Ceremonien.

Die katholiſcher Seits herkommlichen Faſten kann weder denen vermög Recht, oder aus Gnaden in den Stiftsländern befindlichen Nichtkatholiken zugemuthet werden. b. Faſten.

Die Proceßionen ſind an und für ſich kein weſentliches, ſondern nur ein zufälliges Stück des katholiſchen Gottesdienſtes; es muß alſo nicht ſeyn, daß die Katholiken ſolche allenthalben haben, wo ihnen die freye Religionsübung zuſtehet. Vielweniger können ſie ſich derſelbigen ganz an evangeliſchen Orten, oder ſonſt zu Stöhrung des evangeliſchen Weſens anmaſſen. Wenn ſchon die katholiſche Religion im ganzen Stiftslande überhaupt genommen die herrſchende iſt, ſo folgt dennoch nicht daraus, daß ſich dieſer Vorzug auf alle einzelne Orte des ganzen Landes quoad c. Proceßionen.

ad effectus quoscunque erſtrecke. In dem Hildesheimiſchen Vergleich vom J. 1711. iſt §. 12. insbeſondere wegen Einſchränkung der katholiſchen Proceßionen Vorſehung geſchehen.

d. Venerabile. Gleiche Verhältniſſe hat es auch bey Herumtragung des Venerabile in ganz katholiſchen, oder vermiſchten Ortſchaften. Die Evangeliſche- und Reformirte ſind zwar nach den Grundſätzen ihrer Religion nicht ſchuldig, demſelben eine religioſe Ehre zu bezeugen. Allein in einem ganz katholiſchen Stiftslande können ſie angehalten werden eine gewiſſe Art des öffentlichen Anſtandes z. B. mit Abnehmung des Huts, wenn ſie der Vorbeytragung, und dem Gebet der Begleiter ſich nähern, zubeobachten, um ſich keiner unannehmlichen Behandlung des in dieſen Fällen oft ſehr indiſcreten Pöbels auszuſetzen; welches auch geſchehen konnte, wenn ein Katholik mit unbedecktem Haupt in eine evangeliſche, oder reformirte Kirchen kommen würde. 5) Fulda ſetzte am Ende des Fiſchbergiſchen Receſſes — „im übrigen „verſehen wir uns hinwiederum zu unſern evangeliſchen Unterthanen mehr gedachten Amts Fiſchberg, „ſie werden ſich im Umgang und Wandel gegen die „katholiſche Religionsverwandten dergeſtalt ſchied- „und friedlich bezeigen, wie es das Oßnabrückiſche „Friedens-Inſtrument, der Religions-Friede, und „Reichs-conſtitutiones erfordern, dergleichen dann „auch die katholiſche gegen jene gebührend beobachten „ſollen; Dafern auch auſſer dieſem angeführten den Un-

5) Man hat bemerkt, wie unbehutſam ſich Proteſtanten (zwar nicht von der Claſſe der gutgeſitteten) in der Charwoche bey den Gräbern der Katholiken zu Augsburg, wo das Venerabile ausgeſetzt iſt, mit Führung ihrer Frauen, und Amaſien ſowohl in der Dom- als andern Kirchen betragen. Der Volksgeiſt iſt ſich nicht immer gegenwärtig, und ſchon unangenehm iſt eine Critik, welche gegen die Beobachtung des Wohlſtands veranlaſſet wird.

„Unterthanen ſammt, und ſonders ein mehrers in „puncto Religionis vermög obangeführten Inſtru„menti pacis competiret, ſollen ſie gleichfalls dabey „gelaſſen werden."

§. 1643.

Ein geiſtlicher Stiftsregent kann denen Nichtkatholiken in ſeinem Stiftslande, ſie mögen mit Recht, oder aus Gnade ſich allda befinden, in Anſehung der Lehre nichts vorſchreiben oder befehlen. Wohl aber kann er Ziel und Maaß, auch Verfügungen treffen, daß bey keinem der im Stiftslande anſäßigen Religionstheile verwerfliche Lehrbücher zum Unterricht genommen, oder ſich verdächtige, zweydeutige, irrige, oder beſorglich heimlich andern Religionen beypflichtende Lehrer einſchleichen. Auf gleiche Weiſe kann er den Nichtkatholiken das Bibelleſen, und die Simboliſche Bücher 6) auch gewiſſe allgemein aufgenommene Lieder, ſolang keine Unordnungen hieraus entſtehen 7) nicht verbieten.

Vorzüglich auch in Anſehung der Lehre.

Ueberhaupt ſteht dem Landesherrn vermög der Landeshoheit im Geiſtlichen zu, den in dem Stift befindlichen Predigern von allen Religionen aufzutragen, ſich in dem Vortrag aller Religionsſtreitigkeiten in den Canzelreden, bey Catechiſationen, in Schriften, zu enthalten oder ſich ſonſt aller Beſcheidenheit zu gebrauchen, auch die dawider ſich Vergehende nach Beſchaffenheit der Umſtände zu beſtrafen. Der Biſchof von Augsburg ſtellte im J. 1785 in der Domkirche zu Augsburg die ſogenannte Controverspredigen ab, und befahl, daß ſtatt derſelben nur das katholiſche Dogma ſolle vorgetragen werden; welches im

 Haupt-

6) Die Simboliſchen Bücher können nach der K. Wahlcapit. art. 2. §. 8. nicht mehr verbotten werden.

7) 1712. und 1713. erregten gewiſſe Lieder auſſerordentlich viel Lärmen, und Beſchwerden von Seiten des Churmainziſchen Staatthalters zu Erfurt.

Hauptweſen die Controverſe dennoch zum Gegenſtande der Canzelrede macht.

§. 1644.

Und der Miniſterialhandlungen überhaupt.

Die Miniſterialhandlungen, ſind eigentlich diejenige, welche durch die geiſtliche Miniſterien, und Kirchendiener verrichtet werden. Von dieſen läßt ſich kein allgemeines Normativ auch in den geiſtlichen Stiftern geben. Die Verträge, und das Herkommen, manchmal auch die Willkür der Gemeinde müſſen entſcheiden, ob, wann und in wie ferne in Tauf-Copulations- und Begräbnißfällen ſie eines Prieſters einer andern Religion in- oder auſſerhalb des Orts, oder Landes ſich bedienen müſſen, oder können. In dem Hildesheimiſchen Receſſe iſt wegen dergleichen Miniſteralhandlungen §. 8. Vorſehung geſchehen, und ſind beträchtliche Einſchränkungen darinn gemacht worden, daß ſolche nur von den Pfarrern einer jeden Religion ſollen verrichtet werden.

§. 1645.

Und insbeſondere der Taufe.

Wer das Recht des öffentlichen oder Privatgottesdienſtes hat, dem kann nicht gewehret werden, ſeine Kinder durch die ſeiner Religion zugethanene Geiſtliche taufen zu laſſen; Doch müſſen die, ſo den Privatgottesdienſt nur aus Gnaden, die jura ſtolae, oder Taxgebühr dafür allemahl der Geiſtlichkeit der herrſchenden Religion des Orts entrichten, wenn nicht beſondere Exemtionen, und Vergünſtigungen in Mitte liegen. Churmainz verwilligte in der für das Städtgen Höchſt 1768. ertheilten Religionsfreyheit, den Privatgottesdienſt mit Erlaubniß in einem der Privathäuſer einen benachbarten Geiſtlichen ihrer Religion zum Taufen, Abendmahl halten, und Copuliren ꝛc. zu gebrauchen. — Der jurium ſtolae für den Orts Pfarrer ward aber hier gar nicht gedacht.

In-

Indeſſen bey denjenigen Nichtkatholiken, welche in den Stiftern nur die Hausandacht haben, kommt es auf die Landesverfaſſung, oder landesherrliche Erlaubniß an: Ob ſie ihre Kinder von denen Geiſtlichen der herrſchenden Religion müſſen taufen laſſen? oder ob ſie ſolche anderwärts zum taufen hinbringen laſſen, oder einen Geiſtlichen ihrer Religion von einem dritten Ort her dörfen berufen laſſen. Nach der oßnabrückiſchen beſtändigen Wahlcapitulation iſt beyderſeitigen Religionsverwandten erlaubt, ihre Kinder bey den katholiſchen- oder evangeliſchen Glaubensverwandten, wie, oder wohin ſie wollen taufen zu laſſen. — Die Augsburgiſche Patricier und Bürger, welche ſich in dem biſchöflich Augsburgiſchen Dorf Göggingen ihrer Sommerwohnungen wegen häuslich niedergelaſſen, haben allda keine Religionsrechte hergebracht, und müſſen ſich diesfalls ganz der Diſcretion des Landesfürſten überlaſſen, wobey man oft beſſer, als mit Forderungen zu Recht kommt.

§. 1646.

Mit Nehmung des Abendmahls hat es in Rückſicht der Nichtkatholiken in einem Stift eigentlich die Beſchaffenheit. Wer von ihnen den öffentlichen, oder Privatgottesdienſt hat, der kann in der Gemeinde, und in ſeinem Haus von einem Prediger ſeiner Religion es empfangen. Wer aber nur die Hausandacht hat, darf zwar zu ſolchem Ende ſich an andere Orte ſeiner Religion in oder auſſer dem Stift begeben, er darf aber ohne Erlaubniß des Landesherrn weder in geſunden, nach kranken Tagen einen Geiſtlichen zu ſich rufen laſſen, um es von ihm zu erhalten; Indeſſen pflegt man, an den meiſten Orten, auf Anſuchen bey der Landesherrſchaft, oder dem Superintendenten, oder dem Geiſtlichen des Orts, (wie es eben die Landesverfaſſung mit ſich bringt) zu erlauben, daß es Abendmahl.

ganz in der Stille, und bey den Katholiken ohne alle Solennitäten geſchehe. Was Churmainz 1768 diesfalls verordnet, iſt im vorhergehenden Spho ſchon angeführet worden.

1748. Wollte ein Hildesheimiſcher Evangeliſcher Prediger Leute ſeiner Religion, welche von der katholiſchen Landesherrſchaft Diſpenſation, wegen einer von den evangeliſchen für unzuläßig gehaltenen Ehe erlangt hatten, nicht zur Beicht, und Abendmahl zulaſſen; worüber die Regierung ihme ſeine Pfarrgefälle theils wirklich entzogen, theils ihme damit noch weiter bedrohete: Das Corpus Evangelicorum aber ſtellte dem Hildesheimiſchen Geſandten den 31 Jul. deßwegen unter anderm vor: daß ſolchemnach auch evangeliſche Landesregierungen verordnen könnten, wer von den katholiſchen Landeseinwohnern zu den katholiſchen Sacris admiſibil ſey oder nicht.

§. 1647.

Eheverlöbnißſachen, und zwar a. geſchloſſene Zeit.

In den geiſtlichen Stiftern iſt bey den ſogenannten geſchloſſenen Zeiten, als der Faſten, und Advent, wie in allen katholiſchen Staaten das Hochzeithalten verbotten. Auch die Nichtkatholiken müſſen dieſer Verordnung nachleben, wo ſie nur aus Gnaden beſtehen, wiewohl man ihnen ſolches auf Anſuchen bey der Landesherrſchaft, jedoch ohne alles Gepränge, erlaubt. Hingegen halten ſie ſich nicht daran, wo ſie ihre Religionsübung geſetzmäßig hergebracht haben.

b. Proclamationen.

Wo mehrere Religionstheile in einem Stiftsland eine öffentliche Religionsübung haben, geſchehen die Proclamationen bey eines jeden Theils Glaubensgenoſſen.

In

In Anſehung der Copulationen, oder Einſegnung der Ehe kommt es faſt auf dasjenige heraus, was von den Taufen geſagt worden iſt. c. Copulationen.

Wo mehrere Religionen in einem Stiftsland eingeführet ſind, und Perſonen von zweyerley Religionen zuſammen heurathen, pflegt an einigen Orten der Bräutigam der Braut zu folgen; an andern aber die Braut dem Bräutigam. Wiewohl man in den geiſtlichen Stiftern äußerſt hart daran kommt die vermiſchte Ehen vorzüglich der Catholiken mit Nichtkatholiken zuzugeben.

Wo aber ein Privatgottesdienſt nur aus Gnaden geſtattet wird, hält man es, nach Befinden des Landesherrns unterſchiedlich. Z. B. wenn beyde Theile einer ſolchen Religion beypflichten, dürfen ſie ſich durch einen Prieſter ihrer Religion copuliren laſſen, oder ſie müſſen ſich ſchlechterdings von einem Prieſter der herrſchenden Stiftsreligion zuſammen geben laſſen, oder ſie können ſich auch auswärts copuliren laſſen; wenn dem katholiſchen Orts Pfarrer die jura ſtolae gereicht werden. In den Oedenkirchiſchen Vergleich vom J. 1714. wurde §. 14. verabredet, daß, wenn beyde Theile der reformirten Religion zugethan, der reformirte Pfarrer ſolche proclamiren, und copuliren möge, ohne daß diesfalls, oder ſonſten von dem katholiſchen Pfarrer einige jura ſtolae gefordert werden ſollen.

Nach der Oßnabrückiſchen beſtändigen Capitulation, ſteht beyden Religionsverwandten frey, ihre Matrimonia öffentlich ſolenniſiren zu laſſen.

§. 1648.

In den mehreſten geiſtlichen Stiftern würde man es von Seite der Landesherrſchaft nicht zugeben, wenn katholiſche Kinder die evangeliſche Schulen beſuchen woll- Schulen, und Privatlehrer

wollten; wenigſtens múſten ſie auch zugleich in die catholiſche Schulen gehen, und dem Schulmeiſter ihrer Religion die Schulgelder bezahlen. Ueberhaupt kann ein geiſtlicher Stiftsregent die Unterthanen einer andern Religion nicht zwingen, ihre Kinder in die Schule zu ſchicken, die nicht ihrer Religion iſt.

In dem Hildesheimiſchen Receſſe vom J. 1643. §. 6. heißt es: „Es mögen ⸗ ⸗ ⸗ Adel, und unadel „ihre Kinder, die Curatores und Agnati aber ihre „Puppillen, Pflegkinder und Anverwandte, entweder „in catholiſchen, oder der A. C. zugethanenen Schu„len ihres Gefallens unterweiſen und informiren laſ„ſen, und deswegen von allermånniglich unbelåſtigt „ſeyn und bleiben.“

In dem Receß von 1711. wurde verabredet: „de„nen Evangeliſchen, noch ihren Kindern, ſolle (we„der an einem evangeliſchen noch catholiſchen Ort) „zugemuthet werden, ihre Kinder in catholiſche Schu„len zu ſchicken.“

Nach der Oßnabrückiſchen Capitulation iſt beyderley Religionsverwandten erlaubt, ihre Kinder bey den catholiſchen oder evangeliſchen Glaubensgenoſſen inſtruiren zu laſſen.

Wenn die catholiſchen Kinder in die evangeliſche, und dieſe vice verſa in die catholiſche Schulen gehen, ſo hat der Stiftsregent vorzüglich darauf zu ſehen, daß von den Schullehrern keinem Theil gegen die Grundſätze ſeiner Religion etwas beygebracht, ſondern von der Religionslehre ganz abſtrahirt werde. Die Schulbeſuchung einer andern Religion iſt im ganzen bloße Freyheits⸗ und niemal Zwangsſache.

Ohne Nachtheil der Religion kann der geiſtliche Stiftsregent verordnen, wie es mit der Schulpolicey gehalten, und daß keine ſchädliche Såtze gelehrt, und keine nachtheilige Schriften zu Lehrbüchern gebraucht werden.

Was

Was die Privatlehrer anbetriſt, ſo gibt der Weſtphäliſche Friede art. 5. §. 34. ſchon klare Maaße, daß man ſogar denen, welche nach dieſem Frieden weder zur öffentlichen noch Privatreligionsübung berechtigt ſind, nicht wehren kann, ihre Kinder zu Haus durch Privatinformatoren unterrichten zu laſſen.

§. 1649.

Wo in einem Stiſt die Nichtcatholiken die öffentliche und privat Religionsübung hergebracht haben, können ſie in Anſehung des Krankenbeſuchs, wie auch der Reichung des Abendmahls ſchon im geringſten nicht beeinträchtigt werden. Wenn ſie aber nur die Hausandacht haben, ſo hängt es von der Conceſſion des Landesherrn ab, ob und in wieferne er geſtatte, daß ein Geiſtlicher von einer andern Religion eine Miniſterialhandlung vornehmen dörfe. Eben das nehmliche geſchieht in jenen Oertern eines Stifts, wo die Catholiken nur die Hausandacht hergebracht haben. Allein da iſt freylich vorauszuſehen, daß der geiſtliche Stiftsregent nicht zugeben werde, wenn kranke Catholiken nicht durch Prieſter ihrer Religion beſucht oder ihnen das Abendmahl zu reichen erſchweret würde. Ueberhaupt müſſen in derley Fällen die Regeln der Klugheit dem Buchſtaben des Rechts vorgezogen werden. Der Landesherr iſt einmahl ſchuldig darauf zu ſehen, daß jede Perſon in ſeinem Land nach den Grundſätzen ihres Glaubens behandelt werde. Dieſes kann in Orten, wo kein öffentlicher oder privat Gottesdienſt einem krankliegenden zu ſtatten kommt, ohne Aufſehen durch die Geiſtlichen einer jeden Religion in der Stille geſchehen. Er muß aber auch darauf ſehen, daß nicht Geiſtliche anderer Religionen ſich, aus übertriebenen Religionseifer, denen Kranken und Sterbenden, unberufen, ja wider Willen derſelben, oder der Ihrigen aufdringen, ſondern Kranke.

jeden

jeden ruhig bey ſeiner Religion, auf ſeine ſelbſt eigene Gefahr und Verantwortung abſterben laſſen. Der Biſchof von Speyer ließ 1784 eine Verordnung wegen ungehinderter Beſuchung und Providirung der fremden und erkrankten Nichtcatholiken ergehen. Das Haus Baden gibt aber das nehmliche ſchon länger in ſeinen Landen der ſpeyriſchen Geiſtlichkeit zu.

In Sachen zu Worms geiſtliches Vicariatamt contra den Magiſtrat zu Wimpfen erkannte der Reichshofrath 1769. 29. May ein Mandatum. S. C. de non turbando partem impetrantem contra ſtatum anni normalis in poſſeſſione immemoriali exercitii Religionis catholicae, et in ſpecie benedictionum matrimonialium, proviſionis infirmorum et ſepulturae publicae ac de non via facti ſed juris procedendo.

In der Oßnabrückiſchen Capitulation iſt §. 3. verordnet: „Den Geiſtlichen und Seelſorgern ſolle „ohne Unterſchied der Religion zugelaſſen ſeyn, ohne „männigliches Verhinderniß oder Verſpottung, die „Kranke zu beſuchen, zu tröſten, ihnen die Sacra„mente ritu catholico vel auguſt. confeſſionis, zu „adminiſtriren, wie chriſtlich, und 1 Jener anno „1624. hergebracht.

§. 1650.

Maleficanten. In den Stiftern legt man ſowohl den Reformirten, als Proteſtanten, welche zum Tod verurtheilet werden, keine Hindernis im Weg, daß ſie nicht von Prieſtern ihrer Religion in der Stille und ohne Ceremonien auf erhaltene Landesherrliche Erlaubniß beſucht, und der Seele nach verpflegt werden. Allein die Begleitung zur Gerichtſtätte geſchieht nur durch die Geiſtliche von der herrſchenden Religion. Im Hildesheimiſchen Vergleich vom J. 1711. §. 10. wurde beliebt: „den Predigern Augsb. Conf. ſolle „nicht

„nicht verwehret werden, die etwa in Haft ſitzende „Maleficanten Augsb. Conf. zu beſuchen, zum Tode „te zu bereiten, und zu begleiten, inmaſſen denn auch „den Catholiſchen Geiſtlichen die Beſuchung der Ma„lefizperſonen ihrer Religion, jedoch ohne catholiſche „öffentliche Ceremonien und in der Stille, nicht ſoll „verſagt werden.“

Noch weit merkwürdiger iſt aber, was der Reichshofrath in Sachen Eichſtätt c. die Brandenburgiſche Regierung diesfalls den 4. Jun. 1778. erkannte. „Da ſie der implorantiſchen Eichſtätter Re„gierung vorhin zugeſichert, den Eichſtätter Inqui„ſiten einen geiſtlichen Zuſpruch nicht verſagen zu wol„len, als verſehen ſich kaiſerliche Majeſtät zu derſel„ben, daß Sie dieſem eigenen Erbiethen gemäs „bey etwaig gefährlicher Erkrankung beſagter Inqui„ſiten ihrem zu der Inquiſition beſtellten Centrichter „einen catholiſchen Geiſtlichen ohne weiters ſelbſten „ex officio beyzurufen behörig anweiſen werde.“

Den 18 Aug. 1778. wurde ferner an die Anſpachiſche Regierung reſcribiert. „Nachdem ſich aus „der beygefügten Ausſage des nun entlaſſenen Jo„hann Brain nicht undeutlich erzeige, daß das dis„ſeitige Fraiſchamt Feuchtwang nicht nur das einge„legte Inquiſitions Geſchäfte aufzuhalten ſuche, ſon„dern auch den Inquiſiten die nöthige Wartung „und Verpflegung nicht angedeyhen laſſe; als ver„ſähe ſich kaiſerliche Majeſtät zu beſagter Regierung, „dieſelbe werde die zu Abſtellung dieſer Ungebühr er„foderliche Verfügung an die Behörde ergehen zu „laſſen von ſelbſt bedacht ſeyn.“

§ 1651.

In Anſehung der Begräbniße läßt ſich nichts zuverläßiges beſtimmen. Es kommt in den deutſchen Stiftslanden überhaupt darauf an: Ob die Evangeliſchen Begräbniße.

liſchen eine Reichsgeſetzmäſige Religionsübung, und in welcher Maaße an einem Ort hergebracht haben? alsdenn kann man ihnen beſonders, wenn ſie ihre eigene Kirchen und Freythöfe haben, der Begräbniß wegen nichts im Wege legen. In jenen Stiftsörtern, wiewohl deren leider! nur wenige ſind, wo ihnen die Religionsübung nur aus Gnaden geſtattet worden, kommt es auf die Einſchränkungen, Vorſchriften und Bedingniſſe an, welche der Stiftsregent in Anſehung der Begräbniſſe, des Platzes, des Conducts, der Begleitung von Predigern dieſer oder jener Religion, der jurium ſtolae, der Exportation des Cörpers in ein anderes Gebiet, der Leichenrede, des Funeralaufwandes u. d. g. geſetzt hat. In der Oßnabrückiſchen beſtändigen Wahlcapitulation wurde §. 3. bedungen: „Die Catholiſche ſollen keineswegs verhindert werden ihre Leichen nach catholiſcher Ordnung abzuhohlen, und zu begleiten.“ In dergleichen Fällen muß man auch auf das Herkommen, und auf die Regeln der wechſelſeitigen Billigkeit Rückſicht nehmen.

§. 1652.

Schriften. Hieher gehören:

Gadendam (Ioh. Guil.) de rationibus legum imperii quibus in excutiendis Religionis controverſiis docendi, dicendique formula praeſcripta eſt. Erlangen 1744.

Moßer (Joh. Jac.) Tractat von der Landeshoheit im Geiſtlichen. Buch 4. Cap. 4. S. 408-453.

Neun

Neun und fünfzigſtes Capitel.

Von der C. G. Reichsſtifter Landesherrlichen Rechten und Pflichten im Geiſtlichen, in Anſehung anderer Religionsverwandten, Perſonen und Sachen.

Inhalt.

§. 1653.) Einleitung. 1654.) Beſitzſtand nach dem Entſcheidjahr. 1655.) Wer als geiſtlich anzuſehen iſt? 1656.) Geiſtlicher Vorbehalt. 1657.) Eigenſchaften. 1658.) Zahl. 1659.) Beſtellung. 1660.) Patronatrecht. 1661.) Examen und Ordinirung. 1662.) Devolutionsrecht. 1663.) Confirmation und Inveſtitur. 1664.) Schutz und Freyheiten, 1665.) und Einkünfte. 1666.) Betragen. 1667.) Unbefugte Auflage. 1668.) Gnadenzeit und Rechte der Wittwen und Kinder. 1669.) Schulſachen. 1670.) Landſaſſiat in Bezug auf die Religion. 1671.) Landeshoheit und Gerichtsſtand. 1672.) Freyheit der Ehen. 1673.) Noch verſchiedenes von den Eheſachen. a. Ehepacten. b. Kindererziehung. c. Vormünder. d. Lehrer. e) Hebammen. f. Diſpenſationen. 1674.) Bürgerliche Rechte, 1675.) und hierauf Bezug habendes. 1676.) Begräbniſſe. 1677.) Etwas Bezugsweiſe u. z. in Anſehung der Kirchen. 1678.) Mutterkirchen, Stifter, Clöſter, Schulen, Spitäler ꝛc. 1679.) Kirchengut und hiezu gehöriges. 1680.) Stiftungen. 1681.) Güter und Beſteurung. 1682.) Schriften.

§. 1653.

Das gegenwärtige Capitel, welches die Rechte und Pflichten der geiſtlichen Stiftsregenten in Anſehung der in ihren Stiftslanden anſäßigen andern Reli- Einleitung.

Religionsverwandten darſtellet, iſt allerdings eines der wichtigſten in dieſer Materie. Der Weſtphäliſche Friedensſchlus beſtimmt bey weitem nicht alle diejenige Gegenſtände und Fragen, die hier erörtert werden müſſen. Das Entſcheidjahr iſt in allen Stücken bey weitem nicht als ein durchgreiſendes Regulativ anzuſehen. Die Landesverfaſſung, Verträge, und das Herkommen erörtern oft gerade dasjenige nicht, was zur Frage ſteht. An theoretiſche Sätze kann man ſich am wenigſten halten, weil hierinn oft zu viel Wandelbarkeit, und zu viel zweydeutiges herrſchet. Man muß alſo präjudiziren, und die analogiſchen Verhältniſſe zur Hand nehmen, und wenn man mit Beyziehung derſelben richtige Vergleichungen anſtellt, ſo wird es der Staatsklugheit ein leichtes ſeyn, die ſchwerſten Fälle zur Zufriedenheit der intereßirten Theile zu entwickeln.

§. 1654.

Beſitzſtand nach dem Entſcheidjahr.

Der Weſtphäliſche Friedensſchlus hat ſich in allen Stücken die wechſelsweiſen Gleichheitsrechte zum Geſetz gemacht. *Art.* 5. §. 26. heißt es: quodſi aug. conf. addicti in - - bonis eccleſiaſticis mediatis dicto anno dieque (1 Jan. 1624.) a catholicis realiter, plene, vel ex parte poſſeſſis, jurae praeſentandi, viſitandi, inſpectionis, confirmandi, corrigendi, protectionis, aperturae, hoſpitationis, ſervitiorum, operarum, habuerunt, item Parochos praepoſitos ibi aluerunt, jura iſta illis facta, tutaque maneant. — In dieſer Verordnung iſt nun von Catholiken nichts gemeldet worden, wenn dieſe in dem Entſcheidjahr über die A. C. Verwandte dergleichen Rechte hergebracht haben. Aus den Regeln der wechſelsweiſen und genauen Gleichheit verſteht ſich aber dieſes von ſelbſt. In den deutſchen Hochſtiftern ſind die Fälle nicht ſelten, daß nicht auch die Stifter über der

andern

andern Religionsverwandten geiſtliche Perſonen gewiſſe Rechte hergebracht haben, weil die herrſchende Stiftsreligion in den damaligen unruhigen Zeiten manchen entriſſen wordene Gerechtſame über eine andere Religionsverwandte wieder erlangt hat; auf was immer für eine Art es geſchehen ſeyn mag, ſo entſcheidet der Beſitzſtand für beide Religionstheile.

§. 1655.

Von Seiten der Stifter muß man alle diejenigen Perſonen für geiſtlich anſehen, und halten, welche zu dem Kirchendienſt, dem Predigamt und Verwaltung der Sakramente bey den Proteſtanten und Reformirten angeſtellt ſind, überhaupt alle diejenige, welche man nach den Grundſätzen und den Kirchenrecht der A. C. zu dem geiſtlichen Miniſterium ordinirt und berufen hat. Es ſcheint zwar die catholiſche, beſonders die hohe Geiſtlichkeit wolle das Prädicat Hochwürdig dem geiſtlichen evangeliſch- und reformirten Miniſterio in Zweifel ziehen. Der Friedensſchlüß hat auch über Prädicate und Ehrenbenennungen nicht entſchieden. Allein wenn man die Sache nach ihrem wahren Verhältniße betrachtet, wenn man doch zugeben muß, daß ein proteſtantiſcher und reformirter Kirchendiener, der zur Verwaltung des Predigamts und der Sakramente oder Lehramts berufen, nach den Grundſätzen ſeiner Religion und collegialiſchen Verbindung alle Grade der Würdigkeit durch die Ordination, und durch das Anſehen ſeines geiſtlichen Amts und Berufs erhalte, ſo iſt ihm auch nach dem höhern oder niedern Grad ſeines geiſtlichen Amts, das Prädikat hochwürdig nicht zu verſagen. Gleichwie einem Candidaten der bey den Catholiken nur die niedere Weyhen hat, die Benennung ehrwürdig gebühret; ſo kann man auch ſolche einem Candidaten des evangeliſchen Miniſteriums nicht in

Wer als geiſtlich anzuſehen iſt?

Zweifel ziehen; und in dieſer Rückſicht iſt es der Kirchenpolitic angemeſſen, daß den evangeliſchen und reformirten Biſchöfen, General- und Superindenten-ten, Inſpectoren, Senioren und Pfarrern, auch in gewißer relativen Maaße den Diakonen das Prädicat Hochwürdig gegeben werde. — Die übrigen Kirchendiener, welche keine Ordines haben, und nicht gradirt, oder zum Kirchen- und Lehramt befähigt ſind, gehören zu den gemeinen Kirchendienern und Laien.

§. 1656.

Geiſtlicher Vorbehalt.

Ein geiſtlicher Stiftsregent kann ſeinen evangeliſchen oder reformirten Unterthanen eben ſo wenig einen catholiſchen Geiſtlichen nach der Vernunft, den Religions- und Reichsrechten aufdringen, als kein Nichtcatholiſcher Landesherr ſeinen katholiſchen Unterthanen einen Geiſtlichen ſeiner Religion aufbürden darf. Sobald aber ein evangeliſch- oder reformirter Geiſtlicher ſeine Religion ändert, ſo tritt das reſervatum eccleſiaſticum ebenfalls ein, und er kann bey ſeinem Kirchenamt nicht mehr gelaſſen werden. Der Weſtphäliſche Friede redet in Anſehung des reſervati eccleſiaſtici zwar nur von unmittelbaren Stiftern; allein die ratio religionis macht den geiſtlichen Vorbehalt ex paritate principiorum zur gleichſeitigen Sanction.

§. 1657.

Eigenſchaften.

Ob zwar die Eigenſchaften, die ein evangeliſch- oder reformirter Kirchendiener nach dem Erfordernis ſeines geiſtlichen Amts haben muß, eine Sache iſt, die den betreffenden Religionstheil alleine angehet, und der Stiftsregent ordentlicher Weiſe ſeinen Unterthanen überlaſſen muß, was nach den Grundſätzen ihrer Religion für Eigenſchaften an ihrem

Geiſtlichen erfordert werden, ſo iſt er aber dennoch als Landesherr berechtigt zu unterſuchen, ob die Geiſtliche, deren ſich ſeine evangeliſch- oder reformirte Unterthanen bedienen wollen, oder die von den Patronatsherrſchaften zu einen Kirchenamt präſentirt worden, nach den Grundſätzen ihrer Religion die erforderlichen Eigenſchaften und Zeugniſſe haben, kraft deren ſie im Stande ſind, ihrem Amt gebührend vorzuſtehen.

§. 1658.

Wo in einem Stiftslande der öffentliche oder Privatgottesdienſt einem andern Religionstheil rechtmäßig zuſteht, hängt die Zahl der Geiſtlichkeit an und vor ſich von dem rechtmäßigen Beſitzſtand, oder der Erforderniß ab, und der Stiftsregent kann hierinn nicht wohl Ziel und Maaße ſetzen. Indeſſen bringt es die Natur der Sache mit ſich, daß wenn die Gemeinde ſtark zunimmt, auch die Kirchendiener nach dem Ertrag der Einkünfte vermehrt werden müſſen. Gibt der Landesherr durch den Betrieb der Population, oder aus andern politiſchen Gründen zu dieſer Bevölkerung Anlaß, und die Gemeinde hat die Mittel nicht, mehrere Kirchendiener anzuſtellen; ſo muß der Landesherr, welcher den Nutzen von der Volksvermehrung hat, auch für den Unterhalt mehrerer Kirchendiener ſorgen. Wohingegen die Religionsübung nur aus Gnaden bewilliget wird, hängt die Beſtimmung der Anzahl der Kirchendiener ganz allein von dem Landesherrn ab. Churmainz hat in ſeiner 1768 ertheilten Religionsfreyheit l. c. ausdrücklich geſetzt: „bewilligen das öffentliche Religionsexercitium, ſobald die Religionsverwandte eine anſehnliche und zahlreiche Gemeinde ſind, welche Pfarrer „erhalten, und Schulen und Kirchen erbauen kann.“ Zahl.

§. 1659.

Beſtellung. Soferne der Stiftsregent das Patronatsrecht nicht hat, und die Präſentation und Ernennung einem dritten zuſtehet; ſo kann er doch verordnen, daß die Ernennung, und Präſentation nach der Erforderniß der gegenſeitigen Religionsgrundſätze, der Ordnung, und den Rechten gemäs vor ſich gehe, und die Präſentationshandlung, ſelbſt die Auswahl des Subjects nicht einem dritten etwa einem Expectanten, oder mehrverdienten, und fähigern Mann zum Nachtheil gereiche; Indem, wenn es ſowohl ſuper excercitio modali juris praeſentandi, als ſuper idoneitate Subjecti zum Streit kommt, nicht der Patronatsherr, ſondern der Landesherr zu entſcheiden hat.

Churmainz verſprach Anno 1664. die Stadt Erfurt bey der Anordnung des Miniſteriums, auch freyer Präſentir- Benenn- und Beſtellung der Kirchen- und Schulbedienten, ruhig zu laſſen.

In dem Churcöllniſchen Odenkirchiſchen Vergleich von 1754. wurde der reformirten Gemeinde zugeſtanden, ihren Pfarrer jetzt, und in künftigen Zeiten ſelbſt zu wählen; doch ſollen dieſelbe das Placitum bey der Churfürſtlichen Regierung jedesmahlen nachzuſuchen ſchuldig ſeyn, und ſolches ihnen, gegen leidentliche Canzley-Jura, (welche bey der Unterſchrift des Vergleichsinſtruments regulieret werden ſollen) auf geziemendes Anſuchen unweigerlich verabfolget werden.

In dem Hildesheimiſchen Receß von 1743. §. 3. wurde verglichen: „Die Jura patronatus, Präſentationen, und Beleyhung (bey den evangeliſchen Kirchen) ſollen denjenigen, ſo ſie zuſtändig, verbleiben, welche auch qualificirte der Augsb. Conf. zugethane Subjecta = = = zu präſentiren gehalten ſeyn: Und im

Fall

Fall geiſt= oder weltliche Patroni in der zu Recht geſetzter Zeit (nähmlich die weltliche innerhalb ſechs Monaten) gebührlich nicht präſentiren würden, ſoll, uns dem Churfürſten (als Biſchof) frey ſtehen, illorum loco, ex jure devoluto pro iſta vice, der Präſentation halber die Nothdurft innerhalb eines Monats zu verordnen; und da ſolches auch verabſäumet würde, alsdann ſolches jus praeſentandi dem obgemelten evangeliſchen Primario, und Senioren vor das mahl verfallen, und ſie alſo bemächtiget ſeyn, die Präſentation ſelbſt zu verhängen."

§. 1660.

Bey ſehr vielen Stiftern, und auch ſelbſt bey den Domkapituln haftet das Patronatrecht, gemäß deſſen ſie entweder eine Perſon zu einem evangeliſch= oder reformirten Pfarramt zu ernennen oder zu präſentiren haben. Das Patronatrecht gibt keine Gerichtsbarkeit, ſondern dem Landesherrn ſteht das Recht zu, bey der Confirmation des nominirten, und präſentirten Subjects über die Eigenſchaften zu erkennen. Wo der Stiftsregent, und Landesherr ſelbſt den Kirchenſatz hat, übt er bald unmittelbar, und in eigener Perſon, bald durch ſeine Landescollegia das Ernennungsrecht aus; bald läßt er ſich das ſubject durch die Räthe einer andern Religion, bald durch jene ſeiner eigenen vorſchlagen, wie es die Landesverfaſſung, oder auch das beſondere Herkommen, oder die Umſtände erfordern. Patronatrecht.

§. 1661.

Der nominirte, und präſentirte Candidat muß ſich vor ſeiner Beſtättigung einem Examen unterwerfen, ob er die Fähigkeit zu dem zur Frage ſtehenden Amt beſitze? Der Stiftsregent läßt ſolches insgemein dem Patronatsherrn zur Verfügung über, Examen, und Ordinirung.

welcher, wenn er Katholiſch iſt, von dem Präſentato die Zeugniſſe, ſo ihm ſeine geiſtliche Vorgeſetzte, ein drittes Conſiſtorium, eine theologiſche Fakultät, oder ein Superindentens oder Senior der evangeliſchen Landes, und Stadtgeiſtlichkeit ertheilet haben, vorlegen läßt. Es geſchieht auch, daß der Landesherr vor erſt die Beſtättigung ertheilt, jedoch dem Beſtättigten die Prüfung nachzuholen aufträgt; oder da der Landesherr das jus nominandi und confirmandi beyſammen hat, ſo läſt er das Examen durch ſein evangeliſches Conſiſtorium, oder durch andere hierzu insbeſondere befehligte Perſonen, oder durch des Canditaten ſein evangeliſches Conſiſtorium vornehmen. Ueberhaupt ſucht man alles zu vermeiden, was in Anſehung der Religion ſowohl dem Präſentaten, als der Gemeinde, wozu er den Beruf hat, eine Beſchwerde verurſachen kann.

Daß die Ordinirung zu einem geiſtlichen Amt von einem ſeiner Glaubensgenoſſen geſchehen müſſe, bedarf ohnehin keiner Ausführung. Hat der Stiftsregent ein evangeliſches Collegium, ſo kann ſie durch dieſes, oder auch durch einen Superintendenten vorgenommen werden.

§. 1662.

Devolutionsrecht. Wenn diejenige, welche eine geiſtliche Stelle zu beſetzen haben, die nach den canoniſchen Rechten erforderliche Zeit nicht in Obacht nehmen, oder verſäumen, ſo tritt das Devolutionsrecht ein. Der Freyherr von Kreitmayr ſchreibt: 1) „ſoviel die unter „proteſtantiſcher Landeshoheit gelegene Stifter betrift, „gebührt ſolches *vi Pac. Weſtph.* art. 5. §. 26. entweder der proteſtantiſchen, oder katholiſch-geiſtlichen „Obrigkeit; Falls ſich die letztere den 1. Jan. 1624 „in poſſeſſione huius juris befunden hat; Denn es „redet

1) Ad cod. civ. Bav. Thl. 5. S. 2055.

„redet der ganze §. 26. überhaupt von dem ſtatu dicti „termini directorii, und wird auf den erſten Fall, „da nehmlich jus devolutionis proteſtantibus gebüh„ret, mit den Worten: et ſi Electiones - - - ad eos„dem pertineat; auf den andern Fall aber mit fol„genden Worten gedeutet: Magiſtratui catholico„rum - - - ſalvum eſto.“

§. 1663.

Die Beſtättigung eines evangeliſch- oder refor- mirten Kirchendieners geſchieht immer von dem Landesherrn, auf eine Art, wie es das Herkommen mit ſich bringt, oder demſelben gefällig iſt. Auf die Beſtättigung folgt die Inveſtitur, welche der Landesherr insgemein durch beſonders hierzu ernannte geiſtliche und weltliche Beamte vornehmen läßt. Der Confirmationsact eines evangeliſchen Geiſtlichen, wenn er von Katholiken vollbracht wird, iſt mit keinen Schwierigkeiten befangen; indem die Sache auf ein leeres Ceremoniel hinaus geht. Blos allein, wo es Herkommens iſt, daß der Confirmirte, oder Inveſtirte einen Eid abzulegen hat, ſo wird erfordert, daß er nach dem Gebrauch der evangeliſchen Religion eingerichtet ſey.

Confirmation, und Inveſtitur.

Fulda verſprach im Jahr 1764. in dem Fiſchbergiſchen Revers; „in den abgehenden evangeli„ſchen Pfarrſtellen jedesmahl ſolche Perſonen zu „wählen, und zu confirmiren, welche ihrer Lehre, „und untadelhaften Lebens- auch Geſchicklichkeit „halber, genugſame Atteſtata von evangeliſch- theo„logiſchen Facultäten, oder Conſiſtoriis, auch im „Fall ſie ſchon im Predigtamt ſtünden, und ordi„nirt wären, von deren Gemeinden, bekommen: „wie dann die Pfarrer nach Gewohnheit der evan„geliſchen Kirche, den Gemeinden mit Verſtattung „einer Probpredigt, präſentirt, und, wann ſie nichts

„erhebliches ihrer Lehre, und guten Wandels halben „einzuwenden haben, ordiniret werden, widrigenfalls aber mit ihren Beſchwerden gehöret werden „ſollen.

Sodann wurde geſtattet, „daß wenn wider der „präſentirten Evangeliſchen Geiſtlichen Lehre, und „guten Wandel nichts erhebliches einzuwenden ſeye, „ſelbige von dem ſachſeneiſenachiſchen General oder „andern evangeliſchen Superintendenten, auf vorhergehende Prüfung, in Gegenwart einiger von der „Gemeinde, ordiniret, die Schulbediente aber durch „jeden Ortspfarrer eingeführet werden ſollen.“

In der oßnabrückiſchen beſtändigen Capitulation iſt §. 10. ſqq. ausgemacht, wie es mit Conferierung der ſowohl katholiſchen, als evangeliſchen Präbenden, Kirchen- und Schuldienſte zur Zeit eines katholiſchen, oder Evangeliſchen Biſchofs, der Collator ſeye Evangeliſch- oder katholiſch, ſolle gehalten werden: es iſt aber viel zu weitläuftig, als daß ich die ganze Stelle hier anführe.

§. 1664.

Schutz, und Freyheiten.

Daß der geiſtliche Stiftsregent als Landesherr allen Kirchen- und Schuldienern einer andern Religion allen Schutz angedeyhen laſſen müſſe, bringen das Völkerrecht, und die allgemeinen Reichsgeſetze mit ſich. Fulda verſprach in dem Fiſchbergiſchen Revers von 1764. die jetzige und künftige Pfarrer, Kirchen- und Schuldiener, dieſes Amts, ſollen in ihrer Amts- und Religionsübung ungeſtöhrt gelaſſen werden.

Ein gleiches verſtehet ſich von den Freyheiten, daß man die Kirchen- und Schuldiener bey der Verfaſſung, Verträgen und Herkommen, und allem deme, was die gemeine Rechte, und Kirchenverfaſſung

einer, oder der andern Religion mit ſich bringe, vollkommen belaſſe, und handhabe.

In dem Oedenkirchiſchen Vergleich vom Jahr 1754. wurde §. 17. verglichen; Daß die reformirte Kirchen- und Schuldiener von den Perſonallaſten, als in ſpecie Wachten, Dienſten, Einquartierungen, und dergleichen gleich den katholiſchen Paſtorn, Küſtern und Schulmeiſtern in ihren Häuſern, als lang dieſelbe bey ihren Amtsobliegenheiten ſich halten, und ſonſten kein Gewerb treiben werden, frey gelaſſen werden ſollen.

§. 1665.

Das Entſcheidjahr 1624. weiſet es ſchon klar aus, inſ wieferne beyderley Religionsverwandte Kirchen- und Schuldiener bey dem Genuß ihrer Einkünfte, und Gefälle müſſen gehandhabet werden. In dem Hildesheimiſchen Receß vom J. 1711. iſt §. 9. nicht nur wegen der jurium ſtolae ſondern auch §. 11. noch weiter bedungen worden. „Denen Kirchen, Vertheidiger, Schul- und Kirchendienern Augsburger „Confeßion et vice verſa Katholiſcher Religion ſollen „die ihnen zugehörige Redditus, und Gefälle ruhig „gelaſſen, und nicht vorenthalten, auch diejenige „Gebührniſſe, welche ſonſt aus den Höfen gegeben „werden, müßen von den Katholiſchen Einwohnern „eines Orts Augsburgiſcher Confeßion unweigerlich „entrichtet werden.“ Und Einkünfte.

§. 1666.

In den geiſtlichen Stiftern, wo eine ſtille Eiferſucht zwiſchen verſchiedenen Religionsverwandten immer herrſchet, beobachtet man das Betragen der evangeliſch- und reformirten Einwohner ſehr; deswegen eine vorzügliche Beſcheidenheit im wechſelſeitigen Umgange erfordert wird. Fulda ſetzte in den Fiſchbergiſchen Betragen.

bergiſchen Vergleich folgendes: „Wir verſehen uns „hinwiederum zu unſern evangeliſchen Unterthanen „mehrgedachten Amts Fiſchberg, ſie werden ſich im „Umgang und Wandel gegen die catholiſche Reli„gionsverwandte dergeſtalt ſchied- und friedlich bezeu„gen, wie es im oßnabrückiſchen Friedensinſtrument „der Religionsfriede und die Reichsconſtitutionen er„fordern, dergleichen auch die Catholiſche gegen jene „gebührend beobachten ſollen.“ z) In dem Hildesheimiſchen Receß von 1711. §. 14. verſprechen beyde compaciſcirende Theile einander, „daß ſie keinen An„laß zu Stöhrung der innerlichen Ruhe an ſich kom„men laſſen wollen.“ — Es heißt zwar nur von denen aus Gnaden tolerirten Unterthanen in dem Inſt. Pac. art. 5. §. 54. ut nullis turbationibus anſam praebeant. Aber eben dieſes verſteht ſich vermög der allgemeinen Unterthanen Pflicht von allen Religionsverwandten, ſie mögen aus Recht oder aus Gnade in einem Lande anſäſſig ſeyn.

§. 1667.

Unbefugte Auflagen.

Der Stiftsregent iſt nicht befugt, unter was immer für einem Vorwande ſeinen einer andern Religion zugethanen Unterthanen eine Collecte oder Auflage zu Gunſt der Geiſtlichkeit einer anderen Religion zu machen. Bey abgebrannten catholiſchen Kirchen und Clöſtern hat man ſchon Beyſpiele, daß die Proteſtanten und Reformirte um freywillige Beyträge angegangen worden ſind, welches aber weder einen Rechtsgrund noch Folge giebt. In dem Hildesheimiſchen Receß vom J. 1711. §. 22. iſt verſehen: denen Unterthanen A. C. ſollen en faveur der catholiſchen Geiſtlichkeit und vice verſa keine neue onera aufgebürdet, und wann bisher dergleichen etwa

z) Fabri Staatskanzley Thl. 14. S. 288.

wa bey Viſitationen, oder ſonſten, geſchehen, es abgeſtellet werden.

§. 1668.

In vielen Stiftsländern hat man bereits Wittwencaſſen eingeführt. Es entſtund die Frage: ob dieſer Vortheil auch den Wittwen der Kirchen- und Schuldiener zu verſchaffen ſeyn dörfte. Man nahm Anſtand; indem die Geiſtlichkeit der Evangeliſch-und Reformirten insgemein von ihrem Kirchenfond und nicht von dem Landesherrn bezahlt wird. Allein wenn man betrachtet, daß die Geiſtlichkeit einer andern dann der herrſchenden Religion in einem Stiftslande doch ſehr nützliche Glieder des Stifts ſeyn; daß ſie die gemeine Laſten in vielen Stücken mit tragen, und der Grund der Ausſchließung ſehr wandelbar iſt, beſonders wenn ſie ihren Verhältnismäßigen Betrag, ſo wie die catholiſche weltliche Diener abführen, ſo iſt nicht abzuſehen, warum man ihnen dieſe Wohlthat nicht ſolle angedeyhen laſſen. Was das Sterbquartal, oder die ſo genannte Gnadenzeit anlanget, ſo kommt es auf die Landesverfaſſung und die Obſervanz an, ob ſolches den Wittwen der Geiſtlichkeit in einem Stiftslande zuſtehe, daran der Landesherr nichts ändern kann. Fulda verſprach in dem Fiſchbergiſchen Revers vom J. 1764. „daß eines „verſtorbenen evangeliſchen Pfarrers Wittwe, die Be„ſoldung auf eine gewiſe Zeit, dem Herkommen „nach genieſſen ſolle." Wo der Landesherr ſelbſt aus ſeinen Cammer-Beutel die Geiſtlichkeit einer andern Religion, die er in ſein Stiftsland aufnahm, beſoldet, kann er freylich jederzeit eine Vorſchrift nach ſeinem Gutbefinden machen.

Gnadenzeit und Rechte der Wittwen und Kinder.

Die Wittwen der Kirchen- und Schuldiener genieſſen ſamt ihren Kindern auch des privilegii fori ihres verſtorbenen Manns und Vaters, wo es Verträge,

träge, oder das Herkommen mit ſich bringt. Der Hildesheimiſche Receß vom J. 1711. §. 21. legt ihnen dieſes Recht auch bey. Allein in einem Stiftslande, wo der Stiftsregent einer andern Religion nur aus Gnaden den Schutz giebt, kommt es auch in dem Zug des Gerichtsſtandes auf die landesherrliche Verfügungen an.

§. 1669.

Schulſachen. Von Schulſachen habe ich zwar in Bezug auf andere Religionsverwandte eines Stiftslandes ſchon (§. 1647.) gehandelt. Indeſſen iſt hier noch ſo viel nachzutragen, daß in jenen Stiftsländern, wo ſich Nichtcatholiken aus einem Recht, oder aus Gnaden befinden, ſowohl die obere als niedere und gemeine Stadt- und Landſchulen mit den Lehrern eines jeden Religionstheils beſetzt werden müſſen, indeme man ſonſt den Religionsrechten und der Gewiſſensfreyheit entgegen handeln würde. Churmaynz verſicherte der Stadt **Erfurt** und deren Gebiet, „ſie bey der „Profeſſur des ſtudii theologici Aug. Conf. bey dem „Gymnaſio und den Trivialſchulen ruhig bleiben zu „laſſen." In dem Oedenkirchiſchen Vergleich vom J. 1754. wurde der reformirten Gemeinde erlaubt Küſter und Schulmeiſter anzuordnen. In der von Churmaynz 1764. der Stadt Höchſt ertheilten Religionsfreyheit ward die Schulerrichtung Lit. C. zugeſichert. Will aber ein anderer Religionstheil ſeine Kinder freywillig in die Schule der herrſchenden Religion ſchicken, ſo iſt es ihm eben ſo unbenommen, wie den Catholiken, welche ihre Kinder auf Gutbefinden in die Schulen der Proteſtanten gehen laſſen; beſonders, da die proteſtantiſche höhere Schulen ihrer Vollkommenheit, dann auch der guten Sitten wegen, von den Catholiken häufig beſucht werden.

§. 1670.

§. 1670.

Moſer hat die Frage in ſeinem Tractat von der Landeshoheit im Geiſtlichen ſchon aufgeworfen: ob adeliche oder unadeliche Perſonen, denen in einem Stiftsland, wo ihre Religion nicht die herrſchende iſt, ein Ritter- oder Landgut anfällt, um der Religion willen davon ausgeſchloſſen, zum Verkauf angehalten, oder ſonſt mit beſchwerlichen Bedingniſſen beleget werden? Wenn der Beſitzſtand des Erbnehmers Religionsverwandten zu gutem kommt, ſo iſt demſelben kein Hinderniß in den Weg zu legen, den wirklichen Gutsbeſitz anzutreten. Wenn aber des Erbnehmers Religion den Landesverträgen zuwider iſt, ſo muß er ſich den Willen des Landesherrn gefallen laſſen, der ihm den Verkauf auftragen und die Landſäſſigkeit abſchlagen kann. Landſäſſiat in Bezug auf die Religion

§. 1671.

Der Stiftsregent hat über die Kirchen- und Schuldiener einer anderer Religion in ſeinem Stiftsland ein für allemahl in weltlichen Sachen die landesherrliche Hoheit; nur in Anſehung der Gerichtsbarkeit leidet es manchmal einen Abfall von der allgemeinen Regel; wenn die Geiſtliche einer andern Religion ein privilegirtes forum in weltlichen Sachen hergebracht haben. Zu Erfurt, und in deſſen Gebiet wurde 1714. der evangeliſche Clerus durch ein Churfürſtliches Dekret neuerlich in perſonal- civil- und Criminalſachen den weltlichen Gerichten unterworfen. Es kam aber hierüber zur Klage. Landeshoheit und Gerichtsſtand.

In dem Hildesheimiſchen Vergleich vom J. 1711. §. 21. wurde verſehen: „Die Prediger, Schul- „und Kirchendiener Augsb. Conf. ſollen, ſoviel ihre „Perſonen angeht, nicht vor die Landgerichte gezo- „gen, ſondern allein vor dem Conſiſtorio belanget

„wer-

„werden, wenn aber deren Geſinde etwas pecciert, „ſolle ſolches vom Amt, oder Gerichtsherrn unter„ſucht, und gebührend beſtraft, auch die Berichten „bey jedes Orts Obrigkeit entrichtet werden.“

Wo hingegen von dem Stiftsregenten die Religionsübung aus bloſer Gnade zugeſtanden wird, läßt ſich freylich eine ſtärkere landesherrliche Einſchränkung zum Grunde legen. Doch iſt es für einen Stiftsregenten immer räthlicher, wenn er es bey allgemeinen Grundſätzen bewenden läßt.

§. 1672.

Freyheit der Ehen. Wenn in einem Stiftslande mehrere Religionen, gemäß der Rechte und des Beſitzſtandes beſtehen, ſo kann Niemand zugemuthet werden, eine Perſon einer andern Religion zu heyrathen. Wohl aber iſt der Landesherr befugt, in jenen Stiftern und deren Orten, wo andere Religionsverwandte nur aus Gnaden gedultet werden, die gemiſchte Ehe in ſo weit zu verbieten, daß dergleichen Perſonen entweder nicht im Lande gedultet, oder nach Willkühr des Landesherrn eingeſchränkt werden. In dem Oedenkirchiſchen Vergleich vom J. 1754. wurde §. 16. verabredet: „Im Fall matrimonia mixta geſchehen ſoll„ten, vermöge der Churfürſt zu Cölln nicht den Rö„miſchcatholiſchen Geſetzen etwas wiedriges zu ver„ordnen: der Churfürſt würde gleichwohl ſothane „Ehen ferner auf das ſchärfſte verbieten, und da ſich „erheblicher Urſachen halber dem ungeachtet ein ſol„cher Fall zutragen ſollte, eine ſolche Ehe nicht zu „behindern, würde der Churfürſt demjenigen Platz „laſſen, was der Religions- und der darauf erfolgte „Weſtphäliſche Friede mit ſich bringen.“

§. 1673.

Es ſtellen ſich noch mehrere Gegenſtände dar, welche auf die beſondere Verhältniſſe in Eheſachen bey verſchiedenen Religionsverwandten eines Stifts-landes Bezug haben. Noch verſchiedenes zu den Eheſachen.

Die Ehepacten, wenn in dem Stiftslande zweyerley Religionsverwandte, die den Geſetzen nach den Beſitzſtand der Landeseinwohnerſchaft vor ſich haben, überläßt man ihnen zu errichten auch zu beſtimmen, wie ſie es wegen der Copulation, Kindertaufe, und Erziehung derſelben zu halten gedenken. Der Landesherr pflegt an den Ehepacten nicht weiter Theil zu nehmen, als daß nichts gegen die Reichs-Religions- und Landesverfaſſung vorgehe. a Ehepacten.

Den wichtigſten Punkt macht allerdings die Erziehung der Kinder von zweyerley Religionen aus, weil man in Deutſchland kein allgemeines Regulativ deswegen hat. Man läßt den Eltern zwar die Freyheit ihre Ehepacten nach Willkühr in dieſem Stück einzurichten, und ſetzt nur zum voraus, daß die Religionsgleichheit einigermaſſen beobachtet werde, d. i. daß alle Kinder eben nicht in der Religion des Vaters, oder der Mutter erzogen, und ihnen die Diſcretionsjahre frey gelaſſen werden. b. Kindererziehung.

Wenn keine Ehepacten vorhanden ſind, ſo wird faſt als ein allgemeines Herkommen im Reich gehalten, daß die Söhne in des Vaters, die Töchter aber in der Mutter ihrer Religion erzogen, überhaupt aber ihnen ſonach die Wahl bey eintretenden Diſcretionsjahren freygelaſſen werde, ſich zu dieſer, oder jener Religion zu bekennen.

In dem Fuldiſchen Revers vom J. 1764. wegen Fiſchberg heißt es: „in Anſehung der Kinder, „deren Aeltern von zweyerley Religion ſind, im Fall „es in den Ehepacten alſo verabredet, und nicht an-

„derſt bedungen worden, ſoll es damit, wie gewöhn„lich alſo gehalten, daß die Kinder männlichen Ge„ſchlechts in der Religion des Vaters, und die Kin„der weiblichen Geſchlechts in der Religion der Mut„ter erzogen werden, auch ihnen nach zurückgelegten „Annis diſcretionis Freyheit gelaſſen werden.“

Im J. 1778. wollte der Landesherr im Hochſtift S. = = nach Abſterben der Eltern die 3. hinterlaſſene Söhne und 2 Töchter eines Cavaliers zu ſich nehmen, erziehen, und verſorgen. So gros das Anerbieten des Fürſten war, ſo widerſprachen dennoch die Agnaten des verſtorbenen Vaters A. C. mit der Behauptung, daß die Söhne in der Religion des Vaters müſten erzogen werden, und lieſſen nur die Töchter ab, die der wohlthätige Fürſt, ſo ſehr er den Einſpruch empfunden hatte, zu ſich nahm. Zwey unpartheiiſche Rechtscollegien ſprachen für den in Rechten beſtehenden Einſpruch der Agnaten, jedoch mit dem Anfügen, daß denen in der evangeliſchen Religion bey Lebszeiten ihres Vaters ſchon erzogen wordenen Kindern bey eintretenden Diſcretionsjahren unbenommen bleiben müſſe, ſich zur herrſchenden Stiftsreligion, oder zu der Ihrigen forthin zu bekennen. Der Fürſt ward nicht anderſt, als der zweyte Vater dieſer Kinder betrachtet, der ihnen aber die durch die Geburt erlangte Religionsrechte nicht nehmen konnte.

Es fragt ſich aber: Wenn die Söhne noch keine Religionsgrundſätze gehabt hätten, ob der Landesherr als Vater (in caſum adoptionis) ſelbige nicht in der herrſchenden Stiftsreligion habe erziehen können? Entweder waren Ehepacten deswegen vorhanden, die den Erziehungspunct betrafen, oder nicht? Im erſten Fall entſcheiden die Ehepacten, an welche ſich der Pater adoptans halten muß. Waren keine Ehepacten vorhanden, ſo muß das faſt allgemeine Herkommen,

kommen, die Söhne in des Vaters, die Töchter in der Religion der Mutter zu erziehen, beobachtet werden. Der geiſtliche Landesfürſt kann zwar nach den Grundſätzen ſeiner Religion nicht wohl anders, denn die Vater- und Mutterloſe Waiſen zu ſeiner Religion zu diſponiren; allein er muß dem Religionsrecht (tanquam Iuri factiori et nullatenus immutabili) weichen. Alle Gattung von Zwang iſt unzuläßig, weil ſie mit der Gewiſſensfreyheit contraſtirt. Man könnte mir einwenden, unmündige Kinder könnten ſich aus Abgang des Verſtandes der Gewiſſensfreyheitsrechte nicht bedienen. Der Einwurf iſt falſch. Denn der Landesherr iſt verbunden, den vaterloſen Kindern Vormünder, und zwar ihrer Religion zu geben, welche ihre Rechte ſchützen müſſen.

Bey Aufſtellung der Vormünder, welche die Stelle der Eltern vertreten, kommt es in Abgang der Ehepacten auch auf die Landesverfaſſung an, wenn von Kindern aus einer Ehe jedoch von zweyerley Religionen die Frage entſteht. Allein, wenn die Landesverfaſſung nicht klar entſcheidet, ſo dient eben das obangezeigte faſt allgemeine Herkommen zur Richtſchnur. c. Vormünder.

Nach dieſem Verhältniſſe müſſen den Kindern nicht nur Lehrer von der Religion ihres Vaters oder Mutter gegeben, ſondern auch in ebendieſelben Schulen geſchickt werden; indem den Vormündern oder Pflegern ſo wenig als dem Landesherrn frey ſteht gegen die Religionsrechte zu handeln. Denn bey vermiſchten Ehen dörfen nicht einmahl Vormünder von beyderley Religionen aufgeſtellt werden, d. i. daß beyde Vormünder in Religionsſachen über beyderley Religionen Kinder etwas zu ſagen haben, ſondern ein jedes Kind muß einen Vormunder ſeiner Religion, unabhängig von dem andern, haben. Selbſt, wo die Religion nur aus Gnaden geduldet wird, hat d. Lehrer.

eine Landesherrliche Verfügung zu Einſchränkung der weſentlichen Religionsrechte nicht ſtatt.

e. Hebammen. In einem Stiftslande, wo andere Religionsverwandte ein Recht haben, und nicht aus Gnade wohnen dörfen, kann ihnen keine andere Hebamme als von ihrer Religion zugemuthet werden. In Anſehung der fremden Hebammen bey jenen Perſonen, welchen nur die Hausandacht in einem Stift gegönnet iſt, hat es die nehmliche Bewandniſſe, wie mit den Privatinformatoren. (§. 1647.) Der Landesherr hat aber das Recht darauf zu ſehen, daß ſich keine unfähige Hebamme in ſein Land einſchleiche, daß ein dritter kein Recht aus dieſer Privateinberufung ziehe, oder keine fremde ſich mit Gewalt eindringe. An einigen Orten ſieht man die Hebammenbeyziehung als eine ganz politiſche, und als keine Religionsſache an. Der Landesherr kann bey blos geduldeten Religionsverwandten daher diſponiren, wie er es für gut hält.

f. Diſpenſationen. Endlich in Anſehung der Diſpenſationen kann zum Beyſpiel der catholiſche Biſchof zwar nichts über andere Religionsverwandte in Anſehung der Eheſachen verfügen, es ſteht ihm aber als Landesherrn das Recht zu, unmittelbar durch ſich (beſonders, wenn ein anderer Religionstheil nur aus Gnaden das Indigenat hat,) oder durch ein evangeliſches Conſiſtorium, oder durch dritte unpartheiiſche eben derſelben Religion zu erkennen. Was z. B. Churmainz in ſeiner dem Ort Höchſt ertheilten Religionsfreyheit 1768 für eine Vorſchrift gegeben, habe ich (§. 1615.) umſtändlich angeführet.

§. 1674.

Bürgerliche Rechte. In einem Stift, wo andere Religionsverwandte die freye Religionsübung geſetzlich erlangt und hergebracht haben, iſt ihnen auch das Burgerrecht nicht zu verſagen. Wenn aber ein Catholik zu einer der

zwey

anderen Religionen in einem Stiftsland ſich bekennet, ſo kann ihm der Stiftsregent zwar für den Ort, wo er vorher das Bürgerrecht gehabt, ſolches aufkündigen, weil er durch die Religionsänderung eo ipſo nach der Landesverfaſſung deſſen verluſtig wird. Allein der Stiftsregent kann ihm das Burgerrecht in einem Ort des Stiftslandes, wo die von dem Bürger angenommene Religion nach den Rechten beſtehet, nicht abſprechen, wenn er ſich immer hierzu auch in Anſehung dieſes Orts qualificirt. Auf gleiche Art, wenn in einem pure reformirten, oder evangeliſchen Ort des Stiftslandes ein Bürger die catholiſche Religion annimmt, ſo ſind die Mitbürger des Orts nicht ſchuldig kraft ihrer Religionsrechte den ausgetrettenen zu dulden, er verliert für den gedachten Ort das Burgerrecht und alle bürgerliche Gerechtſame. Denn die Regel bleibt feſt, daß es nach dem weſtphäliſchen Frieden art. 5. §. 36. nicht verbotten ſey, Religionsverwandte, welche keinen Schutz des Entſcheidjahrs vor ſich haben, entweder aus dem Lande, oder eben ſo aus einem einzelnen Orte auszuſchaffen. Wenn der zu einer andern Religion Uebergangene abſolute in dem Ort ſeiner Religionsveränderung bleiben wollte, ſo würde ihn nothwendig dieſes Schickſal treffen, ſo ferne der Religionstheil zu welchem er ſich bekennte, keinen rechtmäßigen Schutz und Beſitzſtand in dieſem Ort vor ſich hat. Der bloſe Aufenthalt, ohne die Rechte eines Gottesdienſtes zu genieſſen, würde ihm auch wenig Zufriedenheit verſchaffen.

§. 1675.

Sobald in einem Stiftslande mehrere Religionen geſetzmäßig beſtehen, ſo iſt ihnen auch die bürgerliche Nahrung nicht einzuſchränken, vielweniger können ſie von den Gewerben, und Zünften ausgeſchloſ-

und hierauf Bezug habendes.

ſchloſſen werden. Daß der Landesregent den Bürgern der herrſchenden Religion vor jenen einer anderen Gelegenheit zu Verbeſſerung ihrer Nahrung, beſonders in Anſehung ſeines Hofſtaats gibt, dies ſind zufällige Dinge, und hieraus kann noch keine Ausſchlieſungsbeſchwerde erprobt werden.

Eben ſo muß in einem Stiftslande allen berechtigten Religionstheilen die Juſtiz gleich adminiſtrirt werden. Es haben ſich in verſchiedenen Stiftsländern die andere Religionsverwandte durch Verträge dießfalls vorgeſehen. In der Oßnabrückiſchen beſtändigen Capitulation iſt §. 50. verordnet. „Es „ſolle von dem Biſchof, bey der Canzley, und von „allen andern Beamten, Richtern, und Bedienten, „dahin geſehen werden, daß die liebe Juſtiz, ohne „Unterſchied, von was Religionen die litigirende „Theile ſeyn mögen, ganz unpartheyiſch, und ſchleunig adminiſtriret werde, damit ſo wenig der eine „als andere Religionsverwandte neque in cognitione „neque in executione gravirt, ſondern allerdings „vermög der Rechte verfahren werde."

Ueberhaupt iſt es billig, daß, in ſoferne nicht gewiſſe Religionsverwandte vor anderen nach den Reichsgrundgeſetzen oder Landesverträgen ꝛc. ein Recht zum Voraus haben, alle Unterthanen, welcher Religion (von denen im Reich geſetzlich beſtehenden) ſie ſeyen, einander gleichgehalten werden ſollen. Churmainz verordnete in ſeiner 1768. ertheilten Religionsfreyheit zu Höchſt: Lit. p. „wird auſſer einem gewißen Acciß, und was ſonſt die Natur eines Handlungsorts „mit ſich bringt, auch nach abgelaufenen Freyjahren „eintretenden leidentlichen fixirten Schutz- und Nahrungsgeld, und einer hiernach proportionirten allenfallſigen Concurrenz zu denen ſich etwa ergebenden extraordinären Auflagen derer übrigen Chur-

„fürſt-

„fürſtlichen Unterthanen keine andere Abgabe an Leib„eigenſchaft, Ein- und Auszug gehenden Pfenning „Frohn, oder Dienſtgeld zugemuthet.“

§. 1676.

Von dem Begräbnißrechte anderer Religionsverwandten hab ich (§. 1650.) hinlänglich gehandelt. Nur iſt noch beyzufügen, daß man in einigen Stiftern den offenbaren Unfug ſich beygehen ließ, die verſtorbene Nichtkatholiken auf einen beſondern Platz, z. B. zu den hingerichtet- oder nicht getauft wordenen zu begraben. Freylich ſind dergleichen Verfügungen oft nur die Reſultate eines dummen, und ungeſitteten Pfarrers. Allein es geſchieht nach dem wahren Sinn des Weſtph. Friedens: art. 5. §. 35. offenbar zur Verachtung und Geringſchätzung eines Religionstheils — ſive autem catholici ſive aug. Conf. fuerint ſubditi, nullibi ob religionem deſpicatui habeantur, - - multo minus publicis Coemeteriis honeſtave ſepulturae arceantur, aut quicquam pro exhibitione funeris a ſuperſtitibus exigatur &c. — Freylich können diejenige, welche in einem Stiftslande ein öffentlich- oder Privatreligions-Exercitium hergebracht haben, eine Beerdigung mit Feyerlichkeiten verlangen, die bey einem fremden, oder nur aus Gnaden Geduldeten hinwegfallen. Begräbniß.

§. 1677.

Es ſind noch manche Gegenſtände vorhanden, welche in die Verhältniſſe zwiſchen den evangeliſch- und katholiſchen Glaubensgenoſſen einſchlagen; allein das mehrſte iſt ſchon in den vorhergehenden 4. Capiteln geſagt worden. Indeſſen iſt es nothwendig auch die landesherrliche Rechte, und Pflichten anzuführen, in ſo weit ſich ſelbe auf anderer Religionsverwandten Sachen erſtrecken. Etwas Bezugsweiß u. z. in Anſehung der Kirchen.

Ordentliche Kirchen mit Thürnen, Glocken, und Orglen und Begräbnißplätze ſind die wahre Kennzeichen des öffentlichen Gottesdienſtes, worüber der Stiftsregent zwar das Oberaufſichtsrecht niemal aber das Befugnis hat, etwas zu ändern, wenn andere Religionsverwandte die Kirchen mit Zugehörungen vermög des Entſcheidjahrs 1624. beſitzen.

Wo aber der öffentliche Gottesdienſt gegen das Entſcheidjahr von dem Stiftsregenten aus Gnaden bewilliget wird, ſo hat er das Recht ſowohl in Anſehung des Platzes, der Bauart, der Direction, der Materialien, und aller hierzu erforderlichen Stücken alles nach ſeinem Willen, und Gutbefinden, auch ſogar in dem Falle zu beſtimmen, wenn andere Religionsverwandte die Koſten auf ſich nehmen. Eben dieſe Rechte ſtehen ihm auch bey Verwilligung der Oratorien, Bethäuſer und Capellen zu; ſo wie er die Pfarrechte zu beſtimmen und einzurichten hat. Die Klugheit eines Regenten ſetzt hiebey ſelbſt Maaß, und Ziel, daß die vergünſtigte Wohlthat den neuen tollerirten Religionsverwandten in ihrer Art nicht zur Beſchwerung Anlas gebe. Mainz ſetzte in ſeine ertheilte Religionsfreyheit 1768. Lit. E. F und G: „die Plätze zum Anbau ſowohl als zu Kirchen, Schul- „Pfarr- und Rathhäuſern werden gegen Zahlung an- „gewieſen — geſchieht eine eigene Aufſicht über die „Bauhandwerker, und Arbeitslohn. — Das Bau- „holz wird aus denen Herrſchaftswaldungen, wenn „es zu haben iſt, um einen leidentlichen Preis ab- „gegeben, für das Auswärtige Zollbefreyung ertheilt.“

§. 1678.

Mutter-kirchen, Stifter, Clöſter, Schulen, Spitäler ꝛc.

Das Entſcheidjahr gibt in einem Stift die Richtſchnur, welche Kirche für die Mutter- oder Filialkirche gehalten werde. Indeſſen ſteht dem Landesregenten, dennoch das Recht zu, anderen Religions-

ver-

verwandten zu erlauben, daß aus wichtigen Urſachen, beſonders bey zu ſtark anwachſender Gemeinde eine Filialkirche von der Mutterkirche getrennt, und zur Pfarrkirche gemacht werden könne. Eben ſo kann er, wenn die Gemeinde oder Kircheneinkünfte abnehmen, etliche Pfarreyen und Gemeinden zuſammenſchlagen. Ueberhaupt da der Regent die Pflicht hat, das Beſte ſeiner andern Religionsverwandten, wie ſeiner eigenen Glaubensgenoſſen zu befördern, ſo iſt ihm auch unbenommen gegen das Entſcheidjahr Verfügungen zu machen, wenn ſie einem Religionstheil nur nicht zum Nachtheil ſind.

Welche Stifter, und Klöſter nach dem Entſcheidjahr in einem Stiftslande den Katholiken, und anderen Religionsverwandten gehören, iſt zwar ſchon ausgemacht. Nichtsdeſtoweniger kann der Landesherr Veränderungen mit beyder Theilen Einwilligung treffen, oder auch darauf dringen, daß alles nach dem Entſcheidjahr hergeſtellt werde. Im J. 1711. wurde von dem Haus Baaden bey dem Cammergericht ein Mandatum C. C. erhalten de reſtituendo et evacuando monaſterium Frauenalb una cum fructibus ad normam Pacis Weſtphal: Hingegen als der Biſchof zu Hildesheim zur Erbauung des Jeſuiten Gymnaſiums aus der Landcaſſa ohne der evangeliſchen Stände Bewilligung herausnahm, ward gegen ihn bey dem Reichscammergericht geklagt.

Eben ſo iſt ihm unbenommen, die Schulen, Spitäler, Waiſenhäuſer, ſie mögen kraft des Entſcheidjahrs ſchon eine gewiſſe Verfaſſung gehabt haben, oder nicht, beſſer einzurichten, nützliche Anſtalten zu treffen, und Veränderungen zu machen; wenn nur nichts zum Nachtheil anderer Religionsverwandten geſchieht. Bey jenen Errichtungen, welche der Landesherr aus eigenen Mitteln in dergleichen

Gegenſtänden macht, hängt ohnehin alles von ſeinem Gutbefinden ab.

§. 1679.

Kirchen-Gut, und hierzu gehöriges.

Zwey weſentliche Pflichten hat der geiſtliche Stiftsregent vorzüglich auf ſich, 1) daß er das Kirchengut anderer Religionsverwandten ſchütze, und aufrecht erhalte, und 2) ſuche nicht nur das abgenommene wieder beyzubringen, ſondern auch dem Beſitzenden ſein Recht zu handhaben.

In dem Hildesheimiſchen Receße vom J. 1711. §. 4. ward bedungen: „was die Kirch von „Heyſum anbelangt, nachdem ſolche ohne Vorwiſſen „und Genehmhaltung des Capitels, und der fürſtli„chen Regierung abgebrochen, und an deren Stelle „bereits vor einigen Jahren eine andere für die Augsb. „Confeßionsverwandte erbauet worden, ſo ſollen die„jenige, welche die Kirch abbrechen laſſen exemplari„ter (woſern ſolches noch nicht geſchehen) beſtrafet, „und die neuerbaute Kirche den Augsb. Confeßions„verwandten durch die Beamte zu Lieben in perpe„tuum ſolenniter übergeben werden.“

Mainz verſicherte der Stadt Erfurt: „Sie und die evangeliſche auf dem bey all den Kirchen, welche die Augsb. Confeßionsverwandte bisher im Beſitz gehabt ruhig bleiben zu laſſen, ſo auch bey allen zu den Kirchen und Schulen gewidmeten, und verordneten Beſoldungen, Einkünften, Zinſen, Renten, Pfarr- und Schulhäuſer ſammt allen andern Redditibus, wie ſie Nahmen haben mögen ruhig zu laſſen.“

§. 1680.

Stiftungen.

Die weitere landesherrliche Pflicht eines kathol. geiſtlichen Landesregenten geht auch auf die Handha-

bung, Aufrechterhaltung, und gute Verwaltung der geiſtlichen Stiftungen, Stipendien, Freyheiten, Allmoſen, Legaten und dergleichen, welche entweder andern Religionsverwandten zugehören, oder woran dieſe dennoch theil haben. Bey dergleichen Stiftungsverwaltungen erfordert die Ordnung freylich, daß Pflegere des nehmlichen Religiontheils angeſtellt werden. Indeſſen bleibt dem Landesherrn die oberſte Aufſicht dennoch immer vorbehalten.

§. 1681.

So gut als die geiſtlichen Güter der Katholiken in Nothfällen beſteuret werden können, eben ſo ſind die geiſtlichen Güter anderer Religionsverwandten hievon der allgemeinen Regel nach nicht ausgenommen. Das Entſcheidjahr kann hierinn zu keiner Richtſchnur dienen. Man muß alſo auf das Herkommen, oder beſondere Landesverträge ſehen. Auſſer deme, wenn weder eines, noch das andere zum Leitfaden dienet, ſo werden die geiſtliche Güter eben überhaupt, als Güter des Staats beleget. Güter- und Beſteurung.

Was die Güterkäufe anderer Religionsverwandten in einem katholiſchen Stiftslande betrift, ſo kommt es hier auf 2. Fragen an: ſind die Evangeliſch- und Reformirte ſchon Landſtände dieſes Stifts? oder iſt dieſen beyden Religionstheilen in den Landesverträgen verbotten Güter auf je eine Art in dem Stift zu beſitzen? — wenn ſie keine Landſtände ſind, und die Landesverfaſſung ihnen durch ein Verbott im Wege ſteht, ſo können ſie freylich ſich zu keinem Güterkauf berechtigt ſehen. Auſſer deme kann man ihnen aber die Güterkäufe nicht verwehren. Man kommt aber in den Stiftern äußerſt hart daran, fremden Religionsverwandten Güterankäufe zu geſtatten, weil man glaubt, daß der herrſchenden Religion zuviel Abbruch geſchehe, und das nehmliche in ganz proteſtantiſchen

Ländern den Katholiken auch nicht geſtattet wird. Wenn auch der geiſtliche Landesregent ſchon dergleichen Käufer begünſtigen, und nützliche Bürger von anderen Religionen ſeinem Stiftsſtaat verſchaffen wollte, ſo arbeitet ihm entweder das Capitel, oder das zu Neuerungen eben ſo unempfängliche Stiftsvolks entgegen. Ein vernünſtiger Proteſtant wird ſo wenig Luſt haben ein Guth in einem ganz katholiſchen Stiftsland zu kaufen, als ein Katholik, Miniſter in einem ganz proteſtantiſchen Land zu werden.

§. 1682.

Schriften. Für dieſes Capitel ſind keine beſondere Schriften vorhanden. Moſers Tractat von der Landeshoheit im Geiſtlichen B. 4. C. 5. und deſſen Tractat von der deutſchen Religionsverfaſſung geben den beſten Aufſchluß.

Lynckeri (Nic. Chriſtoph.) diſſertatio de eo quod juſtum eſt circa perſonas diverſae religionis Iena, 1691. 1774. enthält viel theoretiſches, aber ſehr wenig praktiſches für den deutſchen Staatsmann, zum theil auch Sachen, die gar nicht hierher gehören. Von gleichem Betracht ſind auch des Freyherrn von Icſtatts Sätze in ſeinen opuſculis tom. 2. Man würde die Streitigkeiten nicht überſehen, und in einem Geſchäft an keinen Anfang noch weniger an ein Ende kommen, wenn man nach manchen Behauptungen dieſes in allem Betracht großen Mannes zu Werk gehen würde. Ich habe die Schwierigkeiten in Reichsgerichtlichen Angelegenheiten zwiſchen Proteſtanten und Katholiken, wo ich die Feder führte, leider zu oft wahrgenommen, und mich deßwegen an die Präjudicia, mit weit beßerem Erfolg, als an gewiße Schulſätze gehalten.

Sechzig-

Sechzigſtes Capitel.

Von dem Entſcheidjahr in Bezug auf die geiſtliche Regierungsrechte und Pflichten der E. G. Reichsſtifter.

Inhalt.

§. 1683.) Einleitung. 1684.) Unterſchied der Entſcheidjahre. 1685.) Das Entſcheidjahr macht die Regel. 1686.) Beweiß über den ſtreitigen ſtatum. 1687.) Actus diſcontinuos. 1688.) Actus merae facultatis und andere Fälle. 1689.) Poſſeſſorium ſummariſſimum. 1690.) Abänderung durch Verträge. 1691.) Und gütliche Uebereinkunft. 1692.) Keineswegs aber durch nachherige Friedensſchlüſſe. 1693.) Oder eine Verjährung. 1694.) Schriften.

§. 1683.

Von dem Entſcheidjahr iſt in dieſem Capitel nur in ſo ferne die Rede, als es die Rechte des Stiftsregenten gegen andere Religionsverwandte, und dererſelben Befugniße gegen die herrſchende Religion betrift. Die mehreſten Gegenſtände, auf welche das Entſcheidjahr einen Bezug hat, ſind in denen vorhergehenden Capiteln ſchon abgehandelt worden. Einleitung.

§. 1684.

Der weſentliche Unterſchied der Entſcheidjahre ex capite amneſtiae, et gravaminum findet bey den deutſchen Domſtiftern in Anſehung des Landesherrn und ſeiner Unterthanen anderer Religion keine Anwendung, weil, was die unmittelbare Reichsſtifter betrift, der art. 5. §. 23. „exercitium religionis in Unterſchied der Entſcheidjahre.

mixtis

mixtis epiſcopatibus ita reſtituatur, ubi et quatenus id anno 1624. palam receptum permiſſum que fuerit, ſchon die allgemeine Entſcheidungsnorm gibt, und von mittelbaren Stiftern hier die Frage nicht iſt. Man hat auch faſt kein Beyſpiel, daß ex capite amneſtiae in Anſehung der Unterthanen eines Stifts rückſichtlich geiſtlicher und anderer davon abhangenden Gegenſtänden, jemals ein Streit ſich ergeben hat. Hingegen haben ſich deſto mehrere Anſtände und Berufungen der Landſtände, und Unterthanen in Religions- Kirchen- und Schulſachen auf das zur Reſtitution ex capite gravaminum geſetzte Entſcheidjahr dargeſtellet. Selbſt die Berufung auf das Entſcheidjahr ex capite amneſtiae vom J. 1618. wäre für die Stiftsunterthanen von keiner Bedeutung, weil wenn ſie ex capite amneſtiae nach dem art. 3. §. 2. reſtituirt würden, nach geſchehener Reſtitution zu Recht ſtehen, und ſodann gewärtigen müſten, ob ſie nicht durch Urtheil und Recht wiederum aus dem Beſitz geworfen würden, welches aber bey der Reſtitution ex capite gravaminum hinwegfällt.

§. 1685.

Das Entſcheidjahr macht die Regel.

Die Entſcheidjahre machen in gewiſſer Art die Seele des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes aus, und vorzüglich jenes von 1624. bleibt in allen Streitigkeiten, welche das Religionsweſen, oder hierauf Bezug habende Rechte betreffen, zwiſchen dem Landesherrn, und ſeinen Unterthanen einer anderen Religion, und auch der catholiſchen, und evangeliſchen Unterthanen unter ſich eine richtige Regel. Was eigentlich zum Religionsweſen überhaupt, und inſonderheit gehöret, habe ich in vorhergehenden Capiteln ſchon ſpecifice angezeigt. Von den Gefällen und Einkünften iſt insbeſondere noch zu bemerken, daß alle Gattungen derſelben, in ſo weit die Frage von Kirchen und Schu-

len

len entſtehet, ſie mögen Geld, oder Naturalien, Güter, liegend- oder fahrende Hab betreffen, als appertinentiae, reditus und acceſſiones nach dem Entſcheidjahr von 1624. in Anſehung des Beſitzſtandes regulirt werden. Es würde beſonders in Stiftern, welche in Anſehung dieſer Gegenſtände alles vor ſich haben, zwiſchen den catholiſch-geiſtlichen Landesregenten und ihren Unterthanen zu unendlichen Streitigkeiten kommen, wenn nicht das Entſcheidjahr in allen dieſen Stücken die einzige und feſte Richtſchnur wäre.

§. 1686.

Beweis über den ſtreitigen ſtatum.

Im Falle, daß nun der Beſitzſtand des Entſcheidjahrs ſtreitig gemacht würde, ſo wird erfordert, daß die Beweiße in continenti klar und ganz überzeugend dargeſtellt werden. Der Kaiſer ließ in einem Schreiben vom 21. April 1751. ſelbſt herkommen, daß das factum poſſeſſionis in anno normali habitae per ſolam commiſſionem localem a directoriis circulorum und ſonſt auf keinerley Weiſe zu erheben ſey. Es wurde zum Beyſpiel denen Würzburg- und Schwarzenbergiſchen Unterthanen zu Herbolzheim (welche behaupten im J. 1624. ſey keine andere als die Evangeliſche Religion allda üblich geweſen) 1756 von einer Commiſſion vorgehalten, 1) daß das Weſtphäliſche Friedensinſtrument über ein jedes der von Unterthanen gegen die Landesherrſchaft prätendirenden beſondern Religionsſtücken auch einen beſondern, und nicht über Pauſch, ſondern 2) das Quale, Quantum et Quatenus klar darlegenden Beweiß erfordere.

§. 1687.

actus diſcontinuos.

Wenn auch von actibus diſcontinuis oder ſolchen Fällen, die man nicht ausüben kann, wenn man will,

oder die nur von ungefähren Zufällen abhangen, und ſich in vielen Sachen, und Orten wohl oft in mehreren Jahren nicht ereignen, zum Beyſpiel von Freudenfeſten, Beyträgen, gewiſſen Gebräuchen ꝛc. die Frage entſtehet, ſo geht der Sinn des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes, und der Entſcheidungsnorm dahin, daß man auf den nächſten Fall, der dem anno normali von 1624. vorgegangen iſt, zurückſehe. Z. B. „das Wormſiſche Vicariat wollte gegen die Stadt „Worms behaupten: die Krankenverſehung ſeye ein „actus diſcontinuus; dahero der geſunden Vernunft „gemäß, nicht das Exercitium actuale, ſondern al„lein die Gewalt, den actum qu. verrichten zu kön„nen, im Jahr 1624. gehabt zu haben erwieſen wer„den dürfte: Allein in einer Stadt, darinn ſich ſo „viele Catholiſche befinden, als zu Worms, und da „ohne Zweifel aus den Todtenbüchern ſich zeigen wird, „daß einige, oder mehrere aus ihnen im Jahr 1624. „geſtorben ſeyen, iſt die Krankenverſehung kein ſol„cher actus diſcontinuus, der ſich nicht in einem gan„zen Jahr zutrüge; mithin könnte allerdings auf den „Beweis des wirklichen Beſitzes gedrungen werden.

§. 1687.

—actus merae facultatis oder andere Fälle.

Entſteht aber die Frage von actibus merae facultatis, ſo iſt in den Stiftern ebenmäßig darauf zu ſehen, ob es wirklich ſolche Gegenſtände ſeyn, die von der freyen Ausübungs-Willkühr herrühren. Wenn der Beweis für die Ausübung eines ſolchen Rechts vor oder zur Zeit des anni normalis v. 1624. ausfällt, ſo dient der Beſitzſtand zur Richtſchnur. Zeigt ſich aber daß der Beſitzſtand im J. 1624. nicht richtig oder zweifelhaft geweſen iſt, ſo kommt der Beſitzſtand des Entſcheidjahrs in keinen Anſchlag, ſondern der Streit muß aus der Analogie mit anderen Fällen, und anderer Orte Verhältniſſen durch gütliche Uebereinkunft beygelegt werden.

Wo

Wo es aber auf Religions- und andere wichtige davon abhangende Gegenſtände ankommt, ſo läßt ſich auch von einem Ort auf den andern, von einem Umſtande auf den andern kein richtiger Schluß machen, ſondern der Beweis eines jeden Rechts iſt insbeſondere zu führen, z. B. wenn das Wormſiſche Vicariat ſagte: „da die Catholiſche zu Worms vor, „in, und nach dem Jahr 1624. alle übrige nur er„ſinnliche actus eines öffentlich illimitirt, und freyen Re„ligions Exercitii gehabt haben, ſo ſeye der Schluß „a majore ad minus vel a toto ad partem, nemlich „auf die öffentliche Verſehung der Kranken bald gemacht,“ ſo wär der Schluß offenbar fehlerhaft, und eine petitio principii, dann der Rath zu Worms läugnete aus guten Gründen, daß die Catholiſche zu Worms anno 1624. eine uneingeſchränkte Religionsübung gehabt haben.

Man iſt überhaupt ſehr aufmerkſam, daß von den catholiſchen Biſchöffen ſelbſt nicht einmal etwas, was auch einem actui merae facultatis ähnlich wäre, in einem proteſtantiſchen Lande ausgeübt werde. Ich finde, daß 1741. der Coſtanziſche Weyhbiſchof Graf Fugger nach Stuttgart kam, um dem jüngſten Prinzen Friedrich Eugen, ſo ein Canonicat zu Salzburg erhalten hatte, primam tonſuram, und der Prinzeßin die Firmung zu ertheilen.

Der gröſere Ausſchuß ließe den Herrn Adminiſtrator gleichbalden durch eine Deputation mündlich erſuchen, hierinn ſchleunigſt zu remediren, und ertheilte eine willfahrige Antwort darauf.

Der Herr Adminiſtrator lieſſe auch der verwittweten Frau Herzoginn Mutter vorſtellen; daß, wann man villeicht biſchöflicher Seits hierdurch ein Exercitium juris dioeceſani intendire, man ſolches nicht zugeben könnte.

Die Frau Herzogin erklärte ſich: daß es lediglich auf ihre Requiſition geſchehen ꝛc. und lieſſen den actum der Tonſur des Prinzens und der Firmung ihrer Prinzeßin in ihrem eigenem Zimmer vorgehen.

Weil aber auch Fremde mit die Firmung erhielten; ſo that der gröſſere Ausſchuß ſowohl dem Herrn Adminiſtratorn, als auch der Frau Herzoginn eine neue und ſchriftliche Vorſtellung deswegen, und bezog ſich auf den Reichsabſchied von 1555. §. 20. das Inſtr. Pac. Oſn. Art 5. §. 48. und die Herzogliche Reſervalien.

Die Frau Herzogin ſtellte eine weitere Erklärung von ſich: mit welcher die Landſchaft um ſo mehr zufrieden war, als der Hr. Adminiſtrator verſicherte, daß dergleichen attentata vor die Zukunft nicht mehr vorgehen ſollte. Der Herr Biſchof von Coſtanz berichtete aber die Sache an den Kaiſer. 1)

§. 1689.

Poſſeſſorium ſummariſſimum. In Religionsſachen und allen darauf ſich beziehenden Fällen bleibt es auch eine feſtgeſetzte Regel, daß das Poſſeſſorium ſummariſſimum, und die Poſſeſſio momentanea niemals für einen richtigen Beweis des rechtlichen Beſitzſtandes gelten könne, weil dergleichen Handlungen öfters nur wahre actus turbativi ſind. Der Reichshofrath hat zwar gegen das Entſcheidjahr von 1624 einer ſolchen Poſſeſſion in ſummariſſimo ſtatt geben wollen; allein es gieng nicht an. Der Churfürſt zu Trier als Biſchof zu Worms verlangte: der Kayſer mögte es an dem Rath zu Worms ahnden, daß er vorgebe, das von dem Kayſer beſtättigte ſummariſſimum ſeye mit denen Reichsconſtitutionen nicht compatibel. Der Kaiſer reſolvirte aber auf ein Reichshofraths Gutachten

1) Moſers Abhandlung von dem Hofgottesdienſt eines Landesherrn. 1765. S. 23.

ten ao. 1732. 6. Oct. die Neuerungen ſollten abgeſtellt werden.

Der Biſchof beſchwerte ſich darüber, und erbot ſich, die in anno decretorio gehabte Poſſeßion zu erweiſen, welches der Reichshofrath annahme: das Stifft hingegen revocirte es ao. 1733. 5. Mart. und in einem bey dem Reichshofrath übergebenen antipalladio wurde auf die Frage: ob ſtreitige Religionsſachen im Reich ſich ad Summariſſimum qualificiren laſſen? geantwortet: daß ſowohl ex quotidiana praxi beeder höchſter Reichsgerichte, als vermög ſo vieler bewährter Reichs- und Rechtsſatzungen (die faſt nichts ſo ſehr einſchärften, als daß ein Beſitzer, es möge in cauſa civili, vel Religionis ſeyn, ſo lang bis derjenige, ſo ihn deſſelben via juris, vel facti zu entſetzen trachte, ſein vermeintes Recht geziemend behauptet, dabey ungeſtöhrt gelaſſen werde) allerdings auch in cauſis Religionis ein poſſeſſorium ſtatt habe.

§. 1690.

Gleichwie Vergleiche und Verträge gegen den Inhalt des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes überhaupt durch ſein Verſtändnis der intereßirten Religionstheilen valide errichtet werden können, ſo hat ſolches auch in Fällen ſtatt, wo etwas eingeführt werden will, welches in dem Entſcheidjahr 1624. ſich nicht in dieſer Maaße befande. Allein dergleichen Abänderungen gegen den Buchſtaben des Entſcheidjahrs finden nur ſtatt, wenn zum Beyſpiel, in einem Ort einen andern Religionstheil die Religionsübung, die er in anno normali entweder gar nicht, oder nur theilweis hatte, vollkommen geſtattet, oder nur erweitert werden will. Keineswegs aber haben jene Verträge, und Vergleiche, ſie ſeyen vor oder nach dem Weſtphäliſchen Frieden geſchloſſen worden, eine Gültigkeit, in welchen z. B. ein Stiftsregent einen

Abänderung durch Verträge.

andern Religionstheil an ſeinen Rechten, die er in anno normali zuverläſſig gehabt, etwas nehmen wollte. Zwiſchen dem Hochſtift Hildesheim und dem Herzoglichen Haus Braunſchweig waren anno 1642. und 43. Receſſe geſchloſſen, und darinn auch wegen des Religionsweſens Abrede genommen worden.

In dem Inſtr. pac. art. 5. §. 33. wurden alle ältere Vergleiche in ſo ferne, als ſie dem Jahr 1624. nicht entgegen ſeyen, beſtättiget mit dem Anhang: non attentis, ſed annihilatis, omnibus anni 1624. obſervantiae, utpote quae inſtar regulae obtineat, contrariis - - pactis, quibuscunque transactionibus, et inter quae Epiſcopus Hildeſienſis, et Duces Brunſvico Lüneburgenſes de Religione, ejusque exercitio ſtatuum et ſubditorum Epiſcopatus Hildeſienſis nonnullis pactis anno 1643. transegerunt: Excipiantur vero a dicto termino, et catholicis reſerventur novem monaſteria in Epiſcopatu Hildeſienſi ſita, quibus duces Brunſvicenſes certis conditionibus eodem anno ceſſerunt.

Nachher wollte das Hochſtift ſich doch immer auch in denen Sachen, welche dem anno Decretorio entgegen waren, auf beſagte Verträge beruffen: Endlich aber verglichen ſich Hildesheim, und Braunſchweig ao. 1711 auf das neue dahin.

„Anfänglich und vors erſte, ſollen die mit dem „Fürſtl. Hauſe Braunſchweig Lüneburg bey Ex„tradition des Stifts ao. 1642. et 1643. gemachte „Receſſe als der haupt- und neben- oder Religions„Receß ohne allen Mangel beobachtet werden; jedoch „mit dieſer Erklärung, daß, weilen einige Jahr nach„hero in dem Weſtphäliſchen Friedensſchlus von Ih„ro Kayſ. Majeſtät und den geſamten Ständen des „Reichs beliebt, und verordnet worden, daß in dem „Fall, wenn die Unterthanen mit ihrem Landesherrn nicht

„nicht einerley Religion ſeynd, alsdann der Obſer„vanz des 1824ten Jahrs nach gegangen, und ſol„che Obſervanz pro perpetua norma et regula, ſo „viel das Exercitium religionis, und was davon ab„hangt, in Imperio gehalten werden ſollte; mithin „in Art. 5. §. pacta autem etc. 33. obgedachte Re„ceſſe in ſo weit etwas darinn enthalten, welches der „Obſervanz des 1624ſten Jahrs entgegen, aufgeho„ben, und annulliret worden ſeyn, dasjenige, was „in ſolchen Receſſen ſothaner Obſervanz zuwider „diſponiret, als nemlich daß das Exercitium Reli„gionis Auguſt. Conf. nur von dem Adel auf 70. „und vor die andere Unterthanen auf 40 Jahr ge„ſtattet ſeyen; danebſt dem zeitlichen Landesfürſten „das Exercitium Religionis catholicae dergeſtalt, „daß, wann an einem Ort zwey Kirchen vorhanden, „ſolche, wie auch der Beicht, und Predigtſtuhl, „Tauf, Glocken, Schlüſſel, Kirchhof, und zu der „Sepultur gehörige Oerter ihnen gemein verbleiben, „zu introduciren freyſtehen, ſondern auch was darinn „§. 3. und 7. verordnet, (auſſer demjenigen, ſo in „§. 3 de jure devolutionis enthalten) von keiner Ver„bindlichkeit gehalten, noch hinkünftig allegirt wer„den ſolle.“

„Nachdeme das Inſtrumentum pacis Weſtpha„licae als eine Sanctio pragmatica, et lex perpetuo „valitura von Kayſ. Majeſt. und denen geſammten „Ständen des Reichs beliebet, und aus ſolcher Ab„ſicht dem Reichsabſchied de an. 1654. einverleibet „worden, conſequenter all- und jede Stände des „Reichs, mithin auch das Stifft Hildesheim (aus„genommen, daß im §. 33. art. 5. die neun Feldclö„ſter von dem termino anni 1624. excipirt ſind) ver„bindet, wiewohl man Stifftiſcher Seiten ſich bishin „dazu nicht ſchuldig achten wollen; als ſolle demſelben „auch künftighin utrimque exacte nachgelebet wer-

„den, und ſich davon im Stifft keiner, weder ex §. „terminus autem 13. noch ex §. quae vero bona etc. „dict. 5. noch ſonſt aus einer andern Urſach beſagtem „Friedensſchluß zuwider zu eximiren befugt ſeyn, „ſondern auch ſolchergeſtalt in dem Stifft Hildesheim „die Obſervanz des 1624ten Jahrs pro norma et „regula in eccleſiaſticis dienen, doch mit dieſer Er„klärung, daß, obgleich an Seiten des Stiffts ſuſti„nirt worden, daß in dem Conſiſtorialreceſſe von 1651. „und der darüber von weyl. Churfürſten Maximilian „Heinrich 1652 erfolgten Beſtättigung und Ratifi„cation ein- und anders enthalten, welches mit der „Obſervanz des 1624ten Jahrs nicht überein komme, „in dieſem Punct dannoch ſothanem Conſiſtorialre„ceß, (jedoch in ſoweit hierunter art. 6. nicht ein an„deres jezo verglichen worden) nachgegangen werden „ſolle.“

Hieraus iſt alſo klar erweißlich, daß zwar Vergleiche und Verträge ſowohl gegen den Weſtphäliſchen Friedensſchluß, als den ſtatum anni normalis von Landesherren und Unterthanen können errichtet werden, wenn ſie nicht in odium und zum Nachtheil, ſondern zum offenbaren Vortheil anderer Religionsverwandten abzielen. In dem Hildesheimiſchen Conſiſtorialreceſſe vom J. 1651 wurde den Proteſtanten vieles zugeſtanden, welches ſie in dem anno normali nicht gehabt hatten, — und in dem Hildesheimiſchen Receſſe vom J. 1711. §. 4. überlies man den Catholiſchen mehrere Kirchen, welche nach dem Entſcheidjahr den Proteſtanten gehöret hatten.

Es fragt ſich: ob auch die Landſtände und Unterthanen beyder Religionstheile einwilligen müſſen, wenn der Landesherr dergleichen Verträge mit einem, oder dem andern Theil abſchließt? ganz gewis; indem die Unterthanen hiebey die Hauptintereſſenten

ausmachen, da die Frage von Religionsſachen die jura ſingulorum betriſt.

§. 1691.

Wo es um Einführung des öffentlichen Gottesdienſtes, oder ſolcher Stücke zu thun iſt, welche dem ſtatui des anni normalis platterdings entgegen ſtehen, beſonders, wo der Stiftsregent es nicht mit ſeinen Unterthanen A. C. ſondern mit einem Reichsſtande, z. B. einer Reichsſtadt zu thun hat, ſo können dergleichen wichtige Gegenſtände nicht anders denn durch gütliche Uebereinkunſt abgethan werden; worauf auch der Friedensſchluß art. 5. §. 31. abzielet: haec omnia ſemper et ubique obſerventur, eo usque, donec de Religione chriſtiana, - - inter ſtatus immediatos, eorumque ſubditos mutuo conſenſu aliter erit conventum. Mit Gewalt und Zudringlichkeit läßt ſich aber niemahl eine dergleichen Abänderung erzwingen. Wann dahero das Biſchöflich Wormſiſche Vicariat behauptete: „Es ſeye „Krafft ſeines pleniſſimi Exercitii Religionis befugt „auch nach dem weſtphäliſchen Frieden eine Aende„rung in externis nach Willkühr anzuordnen, und „die Stadt müſſe ſich damit begnügen, daß man Ihro „ihr Religionsexercitium laſſe," ſo war es doppelt gefehlt, 1) weil das Recht einer ohnumſchränkten Religionsfreyheit ohnerwieſen war, und 2) weil es einer evangeliſchen Reichsſtadt keine gleichgültige Sache iſt, ob das Venerabile mit öffentlichen Gepräng, oder in der Stille zu denen Kranken getragen werde.

und gütliche Uebereinkunſt,

Es können aber auch nicht alle Gegenſtände durch gütliche Uebereinkunſt abgethan werden, z. B. wenn es um eine Abänderung in Anſehung eines aus beeden Religionspartien gemiſchter unmittelbaren Domcapituls, oder eines beträchtlichen Stifterabtauſches, oder etwas dergleichen, wo es auf Abänderung einer

Stelle des Weſtphäliſchen Friedens ankommt, welche man nirgendwo derer Privatintereſſenten Willkühr anheimgeſtellet hat; ſo kann die Abänderung nicht anders, dann mit des Kaiſers, und mit des Reichs Bewilligung geſchehen.

§. 1692.

keineswegs aber durch nachherige Friedensſchlüſſe,

Es iſt zwar bekannt, daß die bekannte Religionsclauſel, welche dem 4ten Artikel des Ryswickiſchen Friedens vom J. 1697. angehängt worden, ſelbſt in einigen Stiftern am Rhein gegen die in dem Weſtphäliſchen Friedensſchluſſe geſetzte Entſcheidjahre einige Abänderungen nach ſich gezogen haben. Allein die evangeliſchen Stände ſetzten ſich auf das heftigſte dagegen, und ließen es nicht angehen.

Auch mit denen von Seiten einiger Catholiſcher Stifter nach dem 1714. geſchloſſenen Badiſchen Frieden erregten Religionsbeſchwerden gewann es keinen Fortgang. Der Reichshofrath fing zwar an, auf den Fus des Badiſchen Friedens zu ſprechen: dann in Sachen der Stadt Worms gegen das geiſtliche Vicariat Amt daſelbſt erkannte er ao. 1728. 26 May: „Reſcribatur dem Rath zu Worms: „nachdeme dargethan iſt, daß die Catholiſche zu „Worms vor und nach dem Badiſchen Friedens„ſchluß Sanctum Viaticum in einem Ciborio öffent„lich zu denen Krancken getragen; als iſt die daſelb„ſtige Catholiſche Geiſtlichkeit bey ihrer nach Erfor„derung dieſes ſummariſſimi ſattſam erwieſenen Poſ„ſeß vel quaſi friedlich zu laſſen, und zu handha„ben.“ — allein die Evangeliſchen ſetzten ſich dagegen, und die Stadt Worms ſagte in ihren Palladio reformationis eccleſiaſtico: „weil der catholi„ſche Clerus mit keinem andern Beweis aufkommen „könne, nehme er endlich ſeine Zuflucht zu der Zeit „des Badiſchen Friedens: welchen Termin aber die

Evan-

„Evangeliſche keineswegs pro decretorio angenom-„men hätten, noch anzunehmen ſchuldig ſeyn.“ Ueberhaupt hat es ſeine zuverläßige Richtigkeit, daß der ſtatus religionis nach dem Badiſchen Friedensſchluß die Kraft eines Reichgeſetzes nicht habe, daß auch den Catholiſchen Ständen gegen die Evangeliſche kein Recht hieraus zuſtehen, und von den Reichsgerichten hierauf nicht geſprochen werden könne.

§. 1693.

So wie der Weſtphäliſche Friedensſchluß ſchon art. 17. §. 3. deutlich beſtimmt, daß man ſich zur Zeit dieſes Friedens auf keine Verjährung gegen das Entſcheidjahr von 1624. habe beziehen können, ſo bleibt dieſes auch gegenwärtig, und für alle künftige Zeiten eine richtige Norm. Der evangeliſche Biſchof zu Oßnabrück hat im J. 1720 wegen dem Bau der Jeſuiten daſelbſt keine Verjährung, als welche in den Friedensſchluß auf ewig verbotten ſey, anerkennen wollen, und behauptet, daß der annus decretorius die beſtändige Norm bleibe, und dagegen keine Verjährung Platz greiſe. oder eine Verjährung.

Als das Hochſtift Worms ſich gegen die Stadt Worms auf poſſeſſionem ultra hominum memoriam in Anſehung der öffentlichen Herumtragung des Venerabilis bezogen, der Reichshofrath auch anfangs darauf geſprochen, das Corpus Evangelicorum aber anno 1729. 28 May Vorſtellung dagegen gethan, hat der Reichshofrath ſeinen vorigen Spruch wieder aufgehoben, und das Hochſtift angewieſen, praeciſe poſſeſſionem in anno decretorio habitam zu beſcheinigen und bis dahin alle dagegen unternommene Neuerungen abzuſtellen.

Nur alsdenn kommt der ſtatus poſſeſſionis immemorialis mit in Anſchlag, wenn der Beſchwerte ſelbſt den Beſitzſtand des Entſcheidjahrs für ſich hat. In Sachen Worms geiſtliches Vicariat c. den Ma-

giſtrat zu Wimpfen erkannte der Reichshofrath 1769. 29 May ein Mandatum S. c. de non turbando partem impetrantem contra ſtatum normalem in poſſeſſione immemorialis Exercitii religionis catholicae, et in ſpecie benedictionum matrimonialium, proviſionis infirmorum et ſepulturae publicae, ac de non via facti, ſed juris procedendi. Im J. 1774. ergieng rejectis exceptionibus eine paritoria cum extenſione ad nova facta, und im folgenden Jahr lies der Reichshofrath hierüber die Reviſion zu.

§. 1694.

Schriften. In Anſehung des Entſcheidjahrs, ſo weit es auf die catholiſche Reichsſtifter und ihre Unterthanen einer andern Religion unmittelbaren Bezug hat, haben wir auſſer einigen Deductionen keine beſondere Schriften. Die in des geheimen Juſtizraths Pütter Litteratur Thl. 3. S. 75. von den Grundſätzen des Entſcheidjahrs vorkommende Schriften gehören nicht hieher.

Den beſten Aufſchlus von dieſer Materie, ſo weit ſie ſelbſt die deutſche Stifter angehet, giebt das 7. Capitel im 4ten Buch des Moſeriſchen Tractats von der Landeshoheit im Geiſtlichen S. 528. allda auch die mehrſten über dieſen Gegenſtand, wiewohl die deutſche Stifter nicht betreffende Schriften vorkommen.

Eine der wichtigſten Abhandlungen wäre:

- *ab Holze*, (Ioann. Iac.) de ſtatu juribusque Epiſcoporum germaniae aug. Confeſſ. a condita, tranſactione paſſavienſ. et pace religioſa usque ad Weſtphalicam Ienae 1752. wenn ſie den ſtatum der Catholiſchen Biſchöfe nicht blos nur tranſeunter berührte.

Ein und ſechzigſtes Capitel.

Von der geiſtlichen Gerichtsbarkeit der C. G. Reichsſtifter über andere Religionsverwandte, dann dem Reformationsrechte, und *Simultaneo*.

Inhalt.

§. 1695.) Einleitung. 1696.) Grund der geiſtlichen Gerichtsbarkeit. 1697.) Worauf es ankommt? 1698.) Auflöſung der erſten Frage. 1699.) Der zweyten. 1700.) Und der dritten. 1701.) Allgemeine Regeln. 1702.) Alles kömmt auf Verträge an. 1703.) Reſultat. 1704.) Reformationsrecht. 1705.) Allgemeiner Begrif von dem Reformationsrecht. 1706.) Grund deſſelben. 1707.) Zuſtändigkeit dieſes Rechts. 1708.) Worinn es beſtehe? 1709.) Ausübungsrecht, 1710.) und Art. 1711.) Erläuterung durch Beyſpiel. 1712.) Wirkungen des Ref. Rechts. 1713.) Simultaneum. 1714.) Verſchiedenheit dieſes Rechts. 1715.) Einführung deſſelben. 1716.) Verbindlichkeit. 1717.) Folgen des Reformationsrechts, und des Simultanei. 1718.) Forum. 1719.) Schriften.

§ 1695.

Was es für Verhältniſſe mit der Landeshoheit im Geiſtlichen bey den katholiſch-geiſtlichen Reichsſtiftern in Anſehung anderer Religionsverwandten habe, iſt zum Theil im 65ſten, vorzüglich aber im 66ſten Capitel gezeigt worden. Die geiſtliche Gerichtsbarkeit als ein weſentliches Hauptſtück der Landeshoheit verdienet als einer der wichtigſten Gegenſtände Einleitung.

ſtände insbeſondere abgehandelt zu werden. Ich habe in dieſem Werke nicht mehr nothwendig, über die geiſtliche Gerichtsbarkeit der katholiſchen unmittelbaren Reichsſtände dasjenige anzuführen, was hierzu eigentlich gehörig iſt, indem dieſe Materie in dem 48ſten faſt gänzlich erſchöpfet iſt. Gegenwärtig iſt die Rede alleine von den generellen Hauptſätzen, wie weit ſich die geiſtliche Gerichtsbarkeit der katholiſch-geiſtlichen Reichsbiſchöfe über ihre Unterthanen einer andern Religion erſtrecke, und was für Befugniße ein katholiſch-geiſtlicher Reichsſtand in Anſehung des juris reſervandi, und des Simultanei habe? wiewohl die beyden letztere Gegenſtände eigentlich nicht zur geiſtlichen Gerichtsbarkeit, ſondern vielmehr zur Landeshoheit im Weltlichen, und Geiſtlichen gehören.

§. 1696.

Grund der geiſtlichen Gerichtsbarkeit.

Nach dem Verhältnis des deutſchen Staatsrechts iſt die geiſtliche Gerichtsbarkeit ein Theil des juris circa Sacra, und, wie ſich in der Folge (§. 1708.) ergeben wird, unter dem Reformationsrechte begriffen. Beyde Rechte, nehmlich das jus circa Sacra, ſo wie das Reformationsrecht fließen aus der Landeshoheit her; mithin bleibt auch der Schluß richtig, daß die geiſtliche Gerichtsbarkeit (nach dem ſtaatsrechtlichen, aber nicht nach dem canoniſchen Betracht) ein Stück der Landeshoheit ſey. Die Evangeliſchen Reichsſtände konnten bey dem Anfang der Reformation die geiſtliche Gerichtsbarkeit über ihre Unterthanen aus keinem andern Grund, als aus jenem der Landeshoheit behaupten. Die katholiſch-geiſtliche Reichsſtände haben nach dem Religions- und Weſtphäliſchen Friedensſchluß über ihre Unterthanen einer andern Religion, keine biſchöfliche Rechte mehr, weil ſolche im Allgemeinen, was weſentliche Religionsſachen betrift, ſuſpendirt iſt. Sie üben alſo die geiſtliche Ge-

richtsbarkeit über ihre Unterthanen A. C. nur als Landesherrn im Weltlichen, oder im Geiſtlichen aus, beſonders, da der Erz- und Biſchof der Landeshoheit im Geiſtlichen, qua talis, nicht fähig iſt, ſondern ſolche nur in Anſehung ſeiner weltlichen Landeshoheitsrechte ausüben kann. i)

§. 1697.

Es kommt vorzüglich, wegen Ausübung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit auf drey Hauptfragen an, und zwar Worauf es ankommt?

Erſtens: was hat ein katholiſch-geiſtlicher Stiftsregent für Rechte über ſeine evangeliſch-geiſtliche- und weltliche Landesunterthanen, welche das Entſcheidjahr 1624. in Betref der öffentlichen, oder Privatreligionsübung vor ſich haben?

Zweytens: was gebühren ihm für Rechte über diejenige geiſtliche- und weltliche Unterthanen einer andern Religion, welche das Entſcheidjahr in Anſehung des öffentlichen oder der Privatreligionsübung nicht für ſich haben? und ſodann

Drittens: was hat der geiſtliche Stiftsregent als Diöceſanus über eines evangeliſchen Landesherrn katholiſche Unterthanen für Rechte?

Man muß in Anſehung der zwey erſten Fragen vorausſetzen, daß die Evangeliſchen und Katholiken, ſowohl bey dem Religionsfrieden, als nachher bey dem Anfang der Weſtphäliſchen Friedenshandlungen nicht über ein Normativ einig waren, wodurch die zwey erſtern Fragen hätten können erörtert werden. Erſt in den nachherigen Verhandlungen, da beede Thei-

i) Man ſehe hierüber Fabri Staatskanzley Th. 54 S. 167. was für Beweisthümer die katholiſche Landesherren zu Behauptung ihrer geiſtlichen Gerichtsbarkeit über ihre evangeliſche Unterthanen anführen. — Gegen-Gründe der Proteſtanten. l. c. S. 173.

Theile in ihren Forderungen vieles nachgaben, kamen gewiſſe Generalgrundſätze zu Stande, aus welchen die Rechte eines katholiſch-geiſtlichen Stiftsregenten klar beſtimmt werden können.

§. 1698.

Aufiöſung der erſten Frage:

Der katholiſch-geiſtliche Stiftsregent hat als Landesherr über die in ſeinem Stiftslande angeſeſſene evangeliſche geiſtlich- und weltliche Unterthanen, welche die öffentliche und Privatreligionsübung nach dem Entſcheidjahr 1624. hergebracht haben, alle diejenige von der geiſtlichen Gerichtsbarkeit abhängige Rechte auszuüben, wozu ein Evangeliſcher Landesherr über die Unterthanen ſeiner eigenen Religion berechtigt iſt. Nur muß die Gewiſſensfreyheit hiebey nicht verletzt werden.

Die Proteſtanten räumen ihren Fürſten als Theile der geiſtlichen Gerichtsbarkeit, die Ernennung der Kirchendiener, die Gewalt in Anſehung der Kirchendiener, die Gewalt in Anſehung der Kirchendiſciplin, die Macht Conſiſtorien zu errichten, und alles dasjenige, was von der Conſiſtorialgewalt abhängig iſt, vollkommen ein.

Die katholiſch-geiſtliche Stiftsregenten ſind als Landesherren deſſen über ihre evangeliſche Unterthanen ebenfalls fähig, und zwar ohne Rückſicht auf das Entſcheidjahr von 1624. welches den Unterthanen nur die öffentliche, und Privatreligionsübung verſichert, keineswegs aber wie der Weſtphäliſche Friede den katholiſch-geiſtlich- oder weltlichen Landesherren die Ausübung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit über die Unterthanen einer andern Religion beſtimmt.

Churmainz übet in dieſer Art über die Proteſtanten im Erfurtiſchen, Thüringiſchen, und dem Eichsfeld alle diejenige Rechte, wie ein Landesherr

A. C.

A. C. aus, in ſoweit ſie nicht durch ſonderbare Verträge und Privilegien eingeſchränkt worden ſind. Der Churfürſt ernennt die Kirchendiener, er beſtätigt die präſentirte, er beſetzt das evangeliſche Conſiſtorium mit proteſtantiſchen geiſtlichen und weltlichen Räthen, er entſcheidet die ſtreitige Conſiſtorialfälle, er ſpricht in Eheſachen nach den proteſtantiſchen Grundſätzen, er genehmigt das evangeliſche Kirchenritual, er führt Kirchenordnungen bey andern Religionsverwandten ein, er verwirft die der proteſtantiſchen Lehre entgegen laufende, und irrige Lehren, er ſchlichtet alle geiſtliche Sachen der Evangeliſchen, in ſoweit es ihrer Religion nicht zuwiderlaufet, und dem gemeinen Weſen nützlich iſt. a)

Nach dem Weſtphäliſchen Frieden ward es zwar nicht in Zweifel gezogen, daß zu Hildesheim ein evangeliſches Conſiſtorium errichtet werden müſſe, es hat aber der Churfürſt zu Cölln als Biſchof zu Hildesheim, demſelbigen Anfangs nicht alle geiſtliche Gerichtsbarkeit, ſondern nur diejenige jura, quae ſunt ordinis, einräumen wollen. Dies gieng aber nicht an, wie aus dem nachherigen Conſiſtorialreceſſe zu erſehen iſt.

§. 1699.

Der Stiftsregent hat als Landesherr über diejenige geiſtliche und weltliche Unterthanen einer andern Religion, welche weder die öffentliche, noch Privatreligionsübung in dem Entſcheidjahr gehabt haben, die volle geiſtliche Gerichtsbarkeit. Die Unterthanen ſind nicht berechtigt, das geringſte dem Landesherrn ſtreitig zu machen, als was ihnen durch Verträge, oder beſondere Freyheiten allenfalls in Nebenſachen hieran eingeräumt worden iſt. Was für Ver- Der zweyten.

a) Echart diſſ. de jure principis Catholici circa Sacra. §. 50. in Schmidtii theſſ. diſſ. tom. 4. p. 80.

Verordnungen der Churfürſt zu Mainz in der ertheilten Religionsfreyheit den Religionsverwandten des Städtgen Höchſt in Anſehung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit erlaſſen hat, hab ich ſchon vorwärts angeführet.

§. 1700.

Und der dritten.

Ein katholiſch-geiſtlicher Stiftsregent hat als Erz- oder Biſchof über eines evangeliſchen Reichsſtandes katholiſche Landesunterthanen, als ehemaliger Ordinarius in Anſehung der geiſtlichen Sachen nur ſo viel Recht, als er a) im J. 1624, und zwar b) ruhig und ohne Widerſpruch ausgeübt; indem die Erz- und biſchöfliche geiſtliche Gerichtsbarkeit in Anſehung der evangeliſchen Reichsſtände Unterthanen intra terminos territorii (d. i. in dem Stiftslande des geiſtlichen Erz- oder Biſchofs) nach dem Weſtphäliſchen Friedensſchluße art. V. §. 48. eingeſchloßen verbleiben ſolle.

Hiebey iſt aber zu bemerken, daß der Beſitz des J. 1624. ſich ausdrücklich nur auf diejenige katholiſche Unterthanen evangeliſcher Reichsſtände beziehe, welche in dieſem Entſcheidjahr die öffentliche Religionsübung wirklich gehabt haben; keineswegs erſtreckt ſich ſelber auf jene, welche nur die Privatübung ihres Gottesdienſtes, oder gar nur die Hausandacht hergebracht haben.

Hingegen iſt ein einziger Fall, wo es ad conſequendos reditus, cenſus, decimas et penſiones in aug. conf. ſtatuum dictionibus &c. zu thun iſt, wovon es in dem J. Pacis heißt: utantur eadem poſthuc quoque, ſed non niſi in exigendis hisce penſioribus; nec procedatur ad excommunicationem niſi poſt tertiam denunciationem. Dieſes iſt aber auch auf diejenige evangeliſche Lande eingeſchränkt, wo die

Katho-

Katholiſche 1624. notorie in dem Beſitz, und der Ausübung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit ſich befunden haben. Was die Fragen betrift, ob ein evangeliſcher Reichsſtand einem katholiſchen ehmaligen Ordinario über ſeine allenfalls ins Land aufgenommene katholiſche Unterthanen die geiſtliche Gerichtsbarkeit einraumen, und dieſer ſolche als ein unumſtößliches Recht behaupten könne? ſo kann dieſes ein evangeliſcher Reichsſtand gar wohl thun, wenn ihm keine Landesverträge entgegen ſtehen; Was die Rechte des Ordinarii betrift, dauren ſolche nur ſo lang, als der evangeliſche Reichsſtand für gut findet, die Katholiken in ſeinem Lande zu dulten, oder dem Ordinario die geiſtliche Gerichtsbarkeit über ſie zu geſtatten.

§. 1701.

Die katholiſch-geiſtlichen Stiftsregenten haben einmahl nicht als Erz- und Biſchöfe ſondern als Landesherren über ihre evangeliſche Stiftseinwohner die geiſtliche Gerichtsbarkeit auszuüben. Nach dem Inſtrumento Pacis beruht alles auf den wechſelſeitigen Gleichheitsrechten. Was alſo den evangeliſchen Unterthanen in Anſehung der katholiſchen Stiftsregenten Recht iſt, dieß muß auch ihren katholiſchen Unterthanen in Anſehung der evangeliſchen Landesherren, unter welchen ſie ſich befinden, Recht ſeyn. Denn wollte ein katholiſcher Stiftsregent ſeine Rechte über die evangeliſchen Stiftsunterthanen übertreiben, ſo würden die Rechte der evangeliſchen Landesherren über ihre katholiſche Unterthanen, und ſo auch vice verſa geſchmälert. Allgemeine Regeln.

Ueberhaupt iſt aber noch zu bemerken:

1) Nach dem Inſtrumento Pacis iſt die inſtitutio miniſtrorum Scholaſticorum, et eccleſiaſticorum, und das jus conſiſtorii von einander unterſchieden. Wer das

jus Conſiſtorii hat, läßt durch ſelbiges auch das übrige beſorgen; wo aber keines iſt, kann ſolches dennoch nicht unterbleiben, ſondern es kommt auf die Rechte des Entſcheidjahrs, auf das Herkommen, mehrentheils auf die Verträge an.

2) Wenn die evangeliſche Landſtände und Unterthanen in einem Stiftslande, das Recht eines eigenen Conſiſtoriums haben, ſo hat der Stiftsregent allzeit das Recht, daß es unter ſeiner Autorität geführet werde.

3) Bleibt dem Stiftsregenten das Recht, die Aufſicht zu tragen, daß ſeine evangeliſche Unterthanen nichts zum Nachtheil ſeiner Landeshoheitsrechte vornehmen. Die Weiſe dieſes zu bewerkſtelligen, muß dem Beſitz des Jahrs 1624. nicht entgegen ſeyn, und

4) da in Religions- und Glaubensſachen die evangeliſche Unterthanen, eben ſo wenig die geiſtliche Gerichtsbarkeit der catholiſchen Stiftsregenten, als die catholiſche Unterthanen die geiſtliche Gerichtsbarkeit der evangeliſchen Landesherren erkennen, ſo kommt es lediglich auf die Verträge an, durch wen in einem Stiftslande, und vice verſa ſolches beſorgt werde.

§. 1702.

Alles kommt auf Verträge an.

Seit dem Religions- und Weſtphäliſchen Frieden haben faſt alle Reichsſtifter, in derer unmittelbaren Landen ſich andere Religionsverwandte befinden, mit ſelbigen ſowohl in Anſehung des Religionsweſens überhaupt, als in ſpecie der geiſtlichen Gerichtsbarkeit Verträge errichtet, worinn der modus ein oder das andere Recht auszuüben auseinander geſetzt, beſtimmt, die Landeshoheit bald mehr, bald weniger eingeſchränkt, bald erweitert, öfter den evangeliſchen Unterthanen noch ein mehreres, als ihnen nach den Friedenshandlungen, und dem Entſcheidjahr zukommt, einge-

eingeraumt worden iſt; dergleichen Verträge müſſen jederzeit bey ſtreitigen Vorfällen zur Richtſchnur dienen. Die Religionsaſſecuranzacten, wovon ich (§. 1272.) ſchon Meldung gethan, geben hierinnfalls die nehmliche Regel, weil ſie eine Gattung von Verträgen ſind.

Ich will nur von einigen Stiftern aus Verträgen dasjenige, was die geiſtliche Gerichtsbarkeit betrift, anführen.

Churmaynz verſprach Anno 1664. der Stadt Erfurt: ſie bey der Anordnung und Direction des Miniſterii, und dahin gehörigen, unter ihren Religionsverwandten vorfallenden Erörterung der Ehe- und Gewiſſensſachen, hergebrachten Stylo nach, wie auch bey freyer Präſentier- Benenn- und Beſtellung der darzu erforderten Inſpectoren und Aſſeſſoren, auch Kirchen- und Schulbedienten, ſamt allen andern zu ſothanem Exercitio gehörigen actibus und Gebräuchen; (alles dem Inſtrum. Pacis und darinn confirmirten Religion §. hoc tamen non obſtante etc. 31. gemäß,) auch inskünftige frey, ruhig und ungehindert zu laſſen, und ſie darinn unter keinem Vorwand zu beeinträchtigen.

Eben dieſes wurde hernach auch denen auf dem Land ꝛc. durch eine eigene Urkunde zugeſagt.

Churtrier nahm ſich 1740. eines catholiſchen Pfarrers an, den die Naſſaudillenburgiſche Regierung geſtraft hat. Preußen unterſtützte hingegen die Chur-Braunſchweig-Dillenburgiſche Regierung, bis man die Sache durch einen Receß beylegte.

Als der Graf zu Neuwied 1698 denen Catholiſchen allda allerley Freyheiten ertheilte, war auch dieſe mit darunter, daß, wenn ein catholiſcher Prieſter etwas pecciren würde, ſolle er auf Betreten, ſeinem Ordinario zur Examination, Cognition und Beſtra-

ſung ausgeliefert werden. — z) Churtrier gab nachher gar vor: „der Graf habe ihm dadurch jus et poteſtatem ordinariam inter catholicos eingeräumt, beſchwerte ſich auch im Jahr 1724. daß ihm ſolche nun nicht mehr belaſſen, ſondern durch vorkehrende thätliche Mittel beſtritten, und entzogen werden wolle; beſonders auch, daß, wenn man in Erfahrung bringe, daß wegen der Proclamationen, oder ſonſt, einige Diſpenſation bey dem Erzbiſchöflichen Ordinariat zu Coblenz geſucht und ausgewirket worden, alſobald mit ſchweren Strafen gegen ſelbige ohne Nachlaß verfahren werde. Der Reichshofrath erkannte auch zwey Reſcripte an den Grafen, darinn aber dieſes angeblichen Ordinariats nicht gedacht iſt."

In dem Churcöllniſchen Vergleich wegen Oedenkirchen vom J. 1755 heißt es §. 15. „wenn eine Heyrath in gradu per ius civile prohibito vorgehen würde, ſollten die Reformirten die Diſpenſation bey churfürſtlicher Landesregierung nachſuchen."

In dem Fuldiſchen Revers von 1762. wegen Fiſchberg wurde verſprochen: indem auch die Augsb. Confeſſions Verwandte in verſchiedenen Materien, als in puncto divortii et repudii, diſpenſationis in gradibus prohibitis etc. von den bey den catholiſchen recipirten Canonibus differiren, als wollen wir in obigen, und ſonſt diſcrepierenden Fällen dem Beamten aufgeben, daß er, mit Zuziehung einiger daſigen Geiſtlichen, als in einer Conſiſtorialſache vor allen Dingen die Güte tentire: ſollte aber dieſe nicht verfangen, und die Sache vor unſerer vorgeſetzten Regierung ausgemacht werden wollen, ſo ſoll daſelbſt nach ihren Religions-principiis und eingeführten ſächſiſchen Kirchenordnung, die Sache von evangeliſchen Räthen und Referenten erörtert, und entſchieden,

z) Moſers Zuſätze zum trieriſchen Staatsrecht. S. 11.

den, oder auch auf Begehren der Partheyen von auswärtigen gleicher Religion Academien oder Rechtsgelehrten ein, oder nach Beſinden und Wichtigkeit der Sache mehrere Deciſivurtheile eingeholet, und alſo die ungekränkte und unpartheyiſche Juſtitz ſchleunig ertheilt werden."

In dem Hildesheimiſchen Receß vom J. 1643 §. 3. wurde ſchon umſtändlich verſehen, wie es in Anſehung der evangeliſchen Inſpection, und Viſitation überhaubt mit der geiſtlichen Gerichtsbarkeit gehalten werden ſolle.

Im J. 1651. ward den 24 März der ſogenannte Conſiſtorialreceß unter Churmainziſch- und Herzoglich-Braunſchweigiſcher Vermittelung, zwiſchen dem Churfürſten als Biſchofen wie auch dem Domcapitul einer- ſodann den evangeliſchen Landſtänden des Hochſtifts anderer Seits abgeſchloſſen, in welchem alle Rechte das Conſiſtorium und die geiſtliche Gerichtsbarkeit in dem größern Stift ſind beſtimmt worden.

Es kam nachher 1671. 1706. 1711. und 1748. zu weitern Verhandlungen und Verträgen, wovon ich in den vorhergehenden Capiteln ſchon das mehrſte hieher gehörige angeführt habe. 4)

Wegen dem Stift Oßnabrück gibt der Weſtphäliſche Friede klare Maaß, wie es mit der geiſtlichen Gerichtsbarkeit ſowohl bey der Regierung eines catholiſchen als eines evangeliſchen Biſchofs ſolle gehalten werden; und die darauf unter kaiſerlicher, und der Reichsdeputation Vermittelung 1650. geſchloſſene biſchöfliche Oßnabrükiſche beſtändige Wahlcapitulation beſtimmt vollends alle Theile der geiſtlichen Gerichtsbarkeit zur perpetuirlichen Richtſchnur. 5)

 Auch

4) Moſers Tractat von der Landeshoheit im Geiſtl. S. 716 — 730.

5) ebendaſelbſt, S. 730. — 755.

Auch bey andern Stiftern iſt in den ausgeſtellten Aſſecurationsacten klar enthalten, wie weit der Stiftsregent in Anſehung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit über die in den Stiftsländern befindliche Glaubensverwandte Aug. Conf. gehen könne, und wo keine Receſſe, und beſondere Verträge vorhanden ſind, ſo bleibt es bey der Beſtimmung des Friedensſchluſſes und den feſtgeſetzten allgemeinen Regeln.

§. 1703.

Reſultat.

Aus deme, was in Anſehung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit eines catholiſchen geiſtlichen Stiftsregenten über ſeine Unterthanen einer andern Religion vorausgeſetzt worden, ergibt ſich das ſchlüßliche Reſultat, daß, gleichwie die Landeshoheit im Ganzen und die geiſtliche Gerichtsbarkeit über die catholiſche Unterthanen ſubordinirt iſt, auch die geiſtliche Gerichtsbarkeit über andere Religionsverwandte durch die Reichsgeſetze, inſonderheit durch den Religions- und Weſtphäliſchen Frieden, durch das Entſcheidjahr, den Reichsexecutionsreceß, und durch beſondere Compactaten, Religionsaſſecuranzen, und Landesverträge noch weit mehr eingeſchränkt und beſtimmt ſey. In dieſem Verhältniſſe ſtehet der Begrif der geiſtlichen Gerichtsbarkeit, wenn ſie ganz von der Seite des deutſchen Statsrecht betrachtet wird; denn alle übrige Betrachtungen ſind in praxi von keinem Nutzen.

§. 1704.

Reformationsrecht.

Das Reformationsrecht macht eigentlich den wichtigſten Gegenſtand in dem Staatsrecht der catholiſch-geiſtlichen Reichsſtifter aus. Dieſen lag von dem Anfang bis zum Ende der Religionsänderung in Dentſchland am mehrſten daran, ſolches auf alle Art, gegen die in ihren Stiftsländern befindliche Unterthanen einer andern Religion geltend zu machen.

chen. Allein der Weſtphäliſche Friedensſchlus hat durch die Grundlage des Entſcheidjahrs von 1624. eine ſolche feſte Vormauer geſetzt, daß den catholiſchen geiſtlichen Stiftsregenten in Anſehung des Reformationsrechts eben ſo wenig als anderen weltlichen, und auch proteſtantiſchen Ständen vorzuſchreiten erlaubt iſt. Das Reformationsrecht ſtehet in dem weiten Verſtande mit der geiſtlichen Gerichtsbarkeit über andere Religionsverwandte in einer ſo engen Verbindung, daß ich dieſe Materie mit jener in einem Capitel abzuhandeln, und auch dasjenige, was des Simultaneums wegen hieher gehöret, vorzutragen mich bewogen fand. In deutſchen Erz- und Hochſtiftern hat das Reformationsrecht, beſonders wenn den Stiftsregenten einige Luſt anwandelte, wegen dem Einſpruche der Domcapitul, groſe Schwierigkeiten veranlaſſet. Biſchof Heinrich IV. zu Paderborn wollte 1580 das Domcapitul mit Proteſtanten beſetzen, und das Stift reformiren. Das Domcapitul ſetzte ſich dagegen, und vereitelte das Vorhaben des Biſchofs. Von einigen andern Stiftern hab ich in dem erſten Theil des zweiten Bandes wegen dergleichen Verſuchen, die immer fehl ſchlugen, gemeldet. Faſt alle Capitulationen der Stiftsregenten ſind dem Reformationsrecht, welches zu Gunſten anderer Religionsverwandten ausgeübt wird, ganz entgegen.

§. 1705.

Allgemeiner Begrif von dem Reform. recht.

Das Reformationsrecht, ſo wie es nach dem Staatsrecht der deutſchen Stifter, und dem deutſchen Staatsrechte überhaupt zu betrachten iſt, hat einen doppelten Verſtand, den **engern** und **weitern**.

Nach dem **engen** Verſtande zeigt es die Befugniß an, kraft welcher der catholiſchgeiſtliche Stiftsregent als Landesherr ſeine eigene Religion einführen,

alle andere entweder gar abſtellen, oder auch nebſt der ſeinigen tolleriren mag.

Im weiten Verſtande hingegen bedeutet es die völlige Direction in dem Religions- und Kirchenweſen, ſamt aller Zugehör, mithin auch das davon abhangende Jus dioeceſanum, oder geiſtliche Gerichtsbarkeit, das Kirchenregiment, oder Jus Sacrorum. 6)

In wie ferne ſich das Jus dioeceſanum von der geiſtlichen Gerichtsbarkeit nach dem Verſtande des Staatsrechts der deutſchen Reichsſtifter, hauptſächlich in Anſehung einiger Wirkungen unterſcheide, wird in dem nachfolgenden Capitel gezeiget werden.

Gegenwärtig iſt aber von dem Reformationsrecht und dem Simultaneo nach dem praktiſchen Verhältniß, ohne in die Geſchichte dieſer Rechte hineinzugehen die Rede, denn die Geſchichtsbehandlung würde den ohnehin ſtarken Theil dieſes Werks gegen die vorausgeſetzten Plane zu weitſchichtig machen.

§. 1706.

Grund deſſelben.

In der Landeshoheit und dem Reichsherkommen liegt ganz alleine der Grund des Reformationsrechts. Das *Inſtrum. Pac. Oſn.* art. 5. §. 30. beſtimmt es durch die Worte: *cum jure ſuperioritatis — ex communi per totum imperium hactenus uſitata praxi.* und durch den weiteren Zuſatz: *Ius, quod ratione territorii et ſuperioritatis in negotio Religionis competit.* Alle Friedenshandlungen und Entwürfe beſtätigen es allgemein, daß auch die Catholiſche und inſonderheit die catholiſch-geiſtliche Reichsſtände ſelbſt allzeit das Reformationsrecht gegen die Evangeliſche kraft und vermöge der landesherrlichen Obrigkeit behauptet haben. Mit Schulſtreitigkeiten, und der Verſchiedenheit einiger Meinungen der Staatsrechtslehrer kann ich mich hier nicht abgeben. Für eines ent-

6) von Kreitmayer Codex bavar. Thl. 5. S. 2224.

entſcheiden ſolche gegen öffentliche Friedenshandlungen, und Reichsgeſetze nichts, und für das andere beruhet alles auf wandelbaren Auslegungen, mit denen, wenn man in ſolchen wichtigen Reichsſachen bey vorkommenden Streitfällen die Feder führet, gar nicht auszulangen iſt, wie ich es ſelbſt in mehrern dergleichen unter Handen gehabten Arbeiten gefunden, und erfahren habe. Man kann hierüber ſich allerdings auf dasjenige verlaſſen, was vor der unfüglichen Ausdehnung und Einſchränkung des juris reformandi der in Staatsgeſchäften grau gewordene Freyherr v. Kreitmayr 7) in der angezeigten Stelle ſchreibt.

§. 1707.

Der Weſtphäliſche Friedensſchluß art. 5. §. 30. beſtimmt klar, daß alle geiſtliche und weltliche unmittelbare Reichsſtände (ſtatus imperii immediati, ſive eccleſiaſtici, ſive ſeculares) das Reformationsrecht aus der Weſenheit ihrer Unmittelbarkeit und damit verbundenen Landesherrlichen Obrigkeit haben. Selbſt die unmittelbare Reichsritterſchaft in- und auſſer der Erz- und Hochſtifter Länder iſt hievon nicht ausgenommen, welches den ſtärkſten Beweis gibt, daß das Ius reformandi aus der Landes Superiorität fließet. Alle diejenige hiemit, welche nicht Reichsunmittelbare Lande haben, ſind auch des Iuris reformandi nicht fähig, da der §. 42 und 44. des Inſtrumenti Pacis abermahl klare Maß gibt, daß weder der Lehnherr, noch der Afterlehnherr, der Cent- und Patronatsherr deſſelben aus der Weſenheit dieſer Befugniſſe die Landeshoheit und eben ſo wenig das Ius reformandi herleiten können.

Zuſtändigkeit dieſes Rechts.

7) in Codice bav. l. c. pag. 1226.

§. 1708.

Worin es beſtehe? Worinn das Ius reformandi im engern und weiten Verſtande beſtehe, iſt (§. 1704.) ſchon gezeigt worden. Der art. 5. §. 30. des Friedensſchluſſes ſagt: jus reformandi exercitium Religionis, **die Religionsübung abändern**; und da ſich zugleich auf das Herkommen im Reich bezogen wird, ſo beſteht es eigentlich in der Abänderung, der geiſtlichen Gerichtsbarkeit, Gebotte und Verbotte, aller Verordnungen, Anſtalten, Erlaubniſſe ꝛc. in Religions- Kirchen- Schul- und Stiftungsſachen, in Abſicht auf das Kirchenregiment, die Lehre, den Gottesdienſt, die geiſtliche und weltliche Perſonen, die Stifter, Clöſter, Kirchen, Schulen, Armenhäuſer ꝛc. und deren Gefälle, Zugehörungen, und überhaupt aller derjenigen Stücken, wovon ich in den vorhergehenden Capiteln im Einzelnen gehandelt habe.

§. 1709.

Ausübungsrecht Die Hauptfrage aber beruht darauf: Wie kann ſich ein catholiſchgeiſtlicher Stiftsregent in Anſehung ſeiner Unterthanen einer andern Religion, oder hauptſächlich gegen ſelbige des Reformationsrechts bedienen?

Daß das Reformationsrecht, als ein weſentliches Stück der Landeshoheit eben ſo eingeſchränkt ſey, als die Landeshoheit ſelbſt, dies bedarf, für jene Männer, zu derer Gebrauch dieſes Staatsrecht geſchrieben iſt, keiner Ausführung mehr.

Mit dem Reformationsrecht hat es die nehmliche Bewandniß, wie mit der geiſtlichen Gerichtsbarkeit der catholiſchgeiſtlichen Reichsſtände über ihre Unterthanen einer andern Religion. Die geiſtlichen Erz- und Biſchöfe ſagen, daß ihnen, wie es auch wahr iſt, die geiſtliche Gerichtsbarkeit über andere Reli-

Religionsverwandte weder benommen, noch aufgehoben, ſondern bis auf einen erfolgenden Vergleich der ſtreitenden Religionstheile nur ſuſpendirt ſey.

Auf gleiche Weiße iſt den geiſtlichen Stiftsregenten als Landesherren in Anſehung der Unterthanen Aug. Conf. welche das Entſcheidjahr entweder wegen der öffentlichen, oder privat Religionsübung vor ſich haben, auch nicht benommen oder aufgehoben; ſo lang aber iſt es ſuſpendirt, oder vielmehr eingeſchränkt, als dieſe Glaubensgenoſſen bey ihrer dermaligen Religion verbleiben.

Die Hauptregeln beſtehen alſo darinn:

1) Ein catholiſchgeiſtlicher Stiftsregent kann das Reformationsrecht weder im Ganzen noch in einigen Theilen des Kirchenregiments, und des exercitii religionis gegen diejenige in Ausübung bringen, welche nach dem Entſcheidjahr entweder in dem Beſitz der öffentlichen; oder privat Religionsübung ſind.

2) Hingegen iſt er berechtiget gegen diejenige ſich des Reformationsrechts zu bedienen, welche nach dem Entſcheidjahr weder eine öffentliche, noch eine privat Religionsübung hergebracht haben, oder die Religion ändern, oder denen er nur auf eine gewiſſe Zeit die Toleranz zugeſichert hat.

In dieſen zwey Hauptpunkten beſchränkt ſich das Weſentliche des Rechts, welches einem catholiſchgeiſtlichen Stifsregenten in Anſehung des Iuris reformandi zuſtehet, und nicht zuſtehet.

Alles übrige, was weiter geſagt, beygeſetzt, oder eingewendet wird, taugt nichts, und verdunkelt die Sache mehr, als ſie hierdurch aufgekläret werden kann.

§. 1710.

In Anſehung der Ausübungsart kommt es wiederum auf einen Hauptbegrif an. Die §§. 31. bis und Art.

37. des Weſtphäliſchen Friedens beſtimmen zwey Claſſen von Unterthanen: Die erſte derer, welche 1624 die öffentliche und Privatreligionsübung gehabt haben. Die zweyte, derer welche weder die öffentliche noch Privatreligionsübung gehabt haben.

Bey der erſten Claſſe iſt das jus reformandi an den Conſens der Landſtände und Unterthanen verbunden. Will der Stiftsregent das jus reformandi; ausüben, ſo müſſen ſeine Landſtände (das iſt nicht das Domkapitel, denn dies kommt hiebey in keinen Anſchlag) ſondern ſeine evangeliſche Landſtände und Unterthanen einwilligen. Willigen ſie nicht ein, kann der Landesherr zwar nicht reformiren, behält aber dennoch ſein Recht. Denn ohne ſeine Einwilligung, und Verfügung würde auch keine Reformation im Lande ſtatt haben, wenn die Landſtände noch ſo ſehr hierzu geneigt wären; über das Reformationsrecht bey dieſer Claſſe Unterthanen geben die §§. 31. 32. und 33. des inſtrumenti Pacis klare Maas.

Die zweyte Claſſe beſtehet aus den Unterthanen, welche in dem J. 1624. keine öffentliche, und Privatreligionsübung hergebracht haben. Oder derer welche die Religion ändern, oder die der Landesherr nur auf eine beſtimmte Zeit, oder mit Bedingniſſen tollerirt hat. Wegen dieſer Claſſe iſt er an den Conſenß weder der Landſtände, noch der Unterthanen gebunden, er kann ſie ausſchaffen, oder dulten, und hat diesfalls das Reformationsrecht zwar vollkommen frey; nur muß er ſich quoad exercitium juris reformandi an die Art nach den §§. 34. 35. 36. und 37. des inſtrum. Pacis halten. Worüber in den vorhergehenden Capiteln ſchon manches beſonders in puncto juris emigrandi geſagt worden iſt.

§. 1711.

Erläuterung durch Beyſpiele.

Ueber die Art, wie das Reformationsrecht ausgeübt werden kann, hab ich noch kein zweckmäßigeres,

geres, und ganz erſchöpfendes Beyſpiel geleſen, als Moſer 8) eines anführt, da er ſchreibt: „Die Reichsſtände haben das Beyſteurungsrecht: Aber durch das Reichsherkommen, und die Landesverträge ſeynd ihm ratione modi Schranken geſetzt, daß nehmlich keine Steuren zu des Herrn, oder Landesnothdurft angelegt werden dörfen, es bewilligen dann die Landſtände und Unterthanen darein." Bey der erſten Claſſe der kurz vorher bemerkten Unterthanen iſt der Landesherr quoad exercitium juris reformandi an den Conſens der Landſtände und Unterthanen gebunden, wie bey dem jure collectandi. Bewilliget das Land die Steuer, ſo kann der Landesherr ſie ausſchreiben; bewilliget das Land die Steuer nicht, ſo kann der Landesherr ſie auch nicht ausſchreiben, und behält doch ſein Beſteurungsrecht.

So wie eben alle Rechte in Deutſchland durch die Reichsgeſetze, Verträge, Herkommen, und Landesverfaßung eingeſchränkt ſind, eben ſo verhält ſich die Sache mit dem jure reformandi in Anſehung der Ausübungsart.

Auch der Lehensmann, (und wenn er wirklich ein unmittelbarer Reichsſtand, oder Reichscavalier iſt) kann mit den Lehensunterthanen keine Religionsänderung am wenigſten gegen das Entſcheidjahr vornehmen, die dem Lehensmachungs-Inſtrument, oder dem eigentlichen Lehencontract entgegen ſteht; ſein Reformationsrecht iſt daher auf den Lehnherrn beſchränkt, ob dieſer die Einwilligung dazu gibt; das fürſtl. Stift Ellwangen, und die Familie von Degenfeld haben puncto juris reformandi in dem Ellwangiſchen Ritterlehen Eybach große, und viele Streitigkeiten gehabt, wie es aus den kaiſerl. Mandaten

8) Tractat von der Landeshoheit im Geiſtlichen. S. 653.

daten vom 7. April 1609. und 1622. zu erſehen iſt. Der Vaſſal gieng offenbar zu weit. 9)

§. 1712.

Wirkungen des Ref. Rechts

In einem Stiftslande können ſich noch einige ſonderbare Fälle ergeben, wobey die Wirkungen des juris reformandi eintreten. Zu den auſſerordentlichen Wirkungen dieſes Rechts gehört, 1) wenn der Stiftsregent ein an einen andern Stand verſetzt geweſenes Gebiet ſeines Stiftslandes wieder an ſich löſet, 2) oder wenn dem Stift ein altes Lehen anheimfällt, welches zu der Zeit, als das Stift es einer Familie verlieh, der Religion des Stiftslandes zugethan war, nunmehr aber im Ganzen, oder theilweiſe eine andere Religion angenommen hat. In beyden Fällen kommt es wieder auf die vorausgeſetzte Hauptgrundſätze an, ad 1) haben die verpfändete Unterthanen im J. 1624. die öffentliche oder Privatreligionsübung im Ganzen, oder theilweiſe gehabt, ſo müſſen ſie bey dem Rücklöſungsfalle dabey gelaſſen werden; haben ſie aber nur die Hausandacht, und weder das öffentliche oder Privatreligions-Exercitium hergebracht, ſo ſteht dem Stiftsregenten das Reformationsrecht in vollen Maaße zu. Ad 2) eben das nehmliche tritt auch bey einem heimgefallenen Lehngut ein. Bey jenen Lehngütern, welche von den Stiftern dem Adel gegeben werden, können in dem Religionsweſen keine Aenderungen gemacht werden. Nicht deßwegen, weil der Lehn-nexus entgegenſteht, ſondern weil dem Vaſalen, der die Territorial-Superiorität in dem Lehenbrief mit erhält, ſolche allerdings eingeſchränkt, ſoweit nicht erlaubt iſt, in Religionsſachen etwas c. ſtatum anni normalis vorzunehmen. Der Weſtphäliſche Friedensſchluß beſtimmt

9) Maders Samml. Reichsgerichtl. Erkenntniß B. 12. S. 396. 412.

ſtimmt art. 5. §. 27. eigentlich ſchon, wie es ſolle gehalten werden, wenn ein Reichsſtand ein vor Menſchengedenken verſetztes Land wieder einlöſet, worüber er die Landeshoheit hat. Faſt eine gleiche Beſchaffenheit hat es auch mit einem alten ſtiftiſchen Lehen, welches an ein Stift wiederum zurückfällt. Der Stiftsregent kann zwar reformiren; allein er muß ſich nach gewiſſen Einſchränkungen benehmen, die ihm den Friedensſchluß zur Sicherheit anderer Religionsverwandten ſetzt, die das exercitium Religionis publicum oder privatum in anno normali hergebracht haben.

§. 1713.

Simultaneum.

Das Simultaneum, welches eigentlich mit zur Materie des Reformationsrechts gehörig iſt, hat in den deutſchen Erz- und Hochſtiftern einen doppelten Verſtand. Entweder iſt es uneingeſchränkt, oder eingeſchränkt. Jenes iſt in keinem der deutſchen Stifter anzutreffen, wenn man Hildesheim, und Oßnabrück etwa ausnimmt. Dieſes aber in ſehr vielen, beſonders in den Stiftern des Rheinſtroms in Weſtphalen, und jenen Stiftern, die an Sachſen gränzen. Ueberhaupt wird es für Simultaneum angeſehen, wenn nur mehrere Religionsverwandte die öffentliche, oder Privatreligionsübung in einem Land, oder in einem einſchichtigen Ort hergebracht haben, oder ſolche ihnen von neuem geſtattet wird. In den deutſchen Stiftern gehört die innerliche Einführung des Simultaneums unter die ſeltenſten Fälle. Denn es ſtellen ſich jederzeit entweder von Seiten des Capitels, oder der katholiſchen Landesunterthanen die größten Schwierigkeiten dar. Oder am Ende, wenn es zu Gunſten der Katholiken eingeführt wird, ſo kömmt es zwiſchen dem Stiftsregenten, und den Evangeliſchen zu Streitigkeiten. Bamberg führte zu Unterlautern das Simultaneum ein, und bekam mit

mit den Hrn. von Lichau einen ſchweren Proceß. 10) Eben dieſes Hochſtift führte auf dem von Bamberg eingetauſchten Rittergut Eichelsdorf das Simultaneum ein. 11) Die Einführung des Simultaneums zu Eurbach zog 1711. dem Hochſtift Würzburg, große Religionsproceſſe zu. 12) Es iſt der ſeltneſte Fall, wenn die Ausübung dieſes Rechts einem Regenten, beſonders einem geiſtlichen nicht unangenehm und ſtreitig gemacht wird.

Churfürſt Maximilian zu Cölln als Biſchof zu Hildesheim wollte zwar in einer anno 1681. den 11ten Jul. ſeinen Evangeliſchen Landſtänden ertheilten Reſolution vom 11ten Jul. 1681. ein Simultaneum, wodurch den evangeliſchen kein Nachtheil zuwachſe, ſo lange nicht für unerlaubt halten, bis etwa von dem Kaiſer und Reich ein anderes erklärt würde; indeſſen reſcribirte er doch ſelbſt bald hernach, nemlich anno 1681. den 21ten October an das Domkapitel zu Hildesheim, daß man jetzt hin- und wieder auf dem Land, ja in allen Städten, Flecken, und Dörfern unſeres Stifts Hildesheim katholiſche Kirchen und Capellen erbauen, und das Exercitium Religionis noſtrae aus landesfürſtlich-obrigkeitlicher Macht einführen ſolle, kömmt uns bey jetzigen Conjuncturen faſt bedenklich vor, zumahlen es, wann ſolches dem Braunſchweigiſchen Hauptreceß gemäß wäre, ſchon längſt geſchehen ſeyn würde, und beſorgen wir, da man dem zuwider dergleichen nunmehr attentieren ſollte, daraus große zu unſrer Diſreputation, und des Stifts Schaden gereichende Ungelegenheiten etwa entſtehen dörften, es ſeye dann, daß unſere unkatholiſche Landſtände von ſelbſten dazu geneigt, und ſolches belieben thäten.

Hie-

10) Fabri Staatskanzley. Thl. 37. S. 432.
11) Ibidem l. c. Thl. 41. S. 50.
12) l. c. Thl. 41. S. 133.

Hiezu kömmt auch noch, daß, als Cronenberg im jetzigen Jahrhundert an Churmainz gekommen, dieſes allda eine katholiſche Kirche hat erbauen laſſen: nach vielen Unterhandlungen aber lieſe es 1764. den 10ten Merz durch ſeinen Comitial-Geſandten erklären; Es ſolle bey der mit der neuen katholiſchen Kirche Cronenberg getroffenen Abänderung in ein Civil- und Cameralhaus dergeſtalt bewenden, daß darinn niemahlen kein katholiſcher Gottesdienſt anzuſtellen, noch es dazu zu gebrauchen ſeye.

Was Fulda anno 1764. wegen das Simultanei theils den wieder eingelößten Fiſchbergiſchen Unterthanen verſprochen, theils ſich ſelbſt vorbehalten, habe ich vorwärts ſchon gemeldet.

Hierher gehört auch das Mandat: In Sachen von Lichau contra Epiſcopum Bambergenſem, das Simultaneum zu Unterlautern betr. de anno 1702. pariter 1745. Decretum Mandatum Contraventionum tam pacis religioſae, quam Badenſis, Caſſatorium et de reſtituendo perſonas Aug. Conf. e pago Fußgenheim expulſas cum bonis eorum, omnique cauſa, nec in poſterum turbando, aut gravando S. C. in Sachen Leiningen Heidesheim contra von Halberg anno 1749. &c.

§. 1714.

Das Simultaneum hat in den Hochſtiftern eben dieſelbe verſchiedene Verhältniſſe, wie in andern weltlichen Ländern. 1) Entweder haben die Evangeliſche- und Katholiſche es im ganzen Land, als wie in dem Stift Hildesheim und Oßnabrück hergebracht, 2) oder es ſteht ihnen nur in einem Theil des Stiftlandes zu, wie in dem Erfurtiſchen. 3) Oder es iſt an einem einzelnen Ort hergebracht, daß jeder Theil ſeine Kirchen, Schulen, deren Gefälle, und Zugehörungen für ſich allein beſitzt, wie im Bambergiſchen.

Verſchiedenheit dieſes Rechts.

ſchen. 4) Oder es finden ſich Orte, wo beyderley Religionsverwandten ſogar Kirchen, Kanzel, Glocken, Kirchhöfe, Schulen, Gefälle, oder doch das mehrſte mit einander gemein haben, wie im Würzburgiſchen und Münſteriſchen, oder endlich, 5) wo die Kirche, Altar, Taufſtein, Kirchhof- und d. gar unter beyden Religionstheilen abgetheilt iſt. Alles kommt hiebey auf den Beſitzſtand des Entſcheidjahrs an, in wie ferne ein, oder der andere Theil ratione Simultanei mehr, oder weniger hergebracht hat.

§. 1715.

Einführung deſſelben. Es iſt eine aus den vorherigen Sätzen ſchon genugſam erwieſene Sache, daß das Simultaneum mit dem Jure reformandi in der genaueſten Verbindung ſtehe, ſo wie das Reformationsrecht ein weſentliches Stück der Landeshoheit iſt, eben ſo wird das Simultaneum für ein ſolches gehalten. Der geiſtliche Stiftsregent hat das Recht in gewiſſen Fällen vi ſuperioritatis zu reformiren, und eben ſo ſteht ihm auch das Recht zu, nach Beſchaffenheit der Umſtände auch das Simultaneum in einem, oder mehreren Orten ſeines Stiftslandes einzuführen. Die Hauptregeln, welche bey Einführung des Simultaneums beobachtet werden müſſen, beſtehen darinn:

1) Das Simultaneum muß immer Reichsconſtitutionsmäßig eingeführt werden, das iſt: es darf dem Entſcheidjahr von 1624. in keinem Stück zuwider gehen, wenn es an einem Ort des Stiftslandes ſtatt finden ſoll, wo die Evangeliſche oder Reformirte ſchon das öffentliche, oder privat Exercitium religionis ausſchlüſſig hergebracht haben.

2) Auch nicht einmal in einzelnen Stücken kann das Simultaneum von einem catholiſchen Stiftsregenten eingeführt werden, wo eine andere Religion nach dem Entſcheidjahr 1624. den quaſi Beſitzſtand

des

des Iuris prohibendi einwenden kann; z. B. wenn die Catholiken zwar die Religionsübung, aber nicht das Recht Proceſſionen zu halten, hergebracht hatten, und der Stiftsregent die Religionsübung hierauf ausdehnen wollte.

3) Hat der Stiftsregent, wenn er das Simultaneum zu Gunſten der Proteſtanten, oder Reformirten einführen will, den Conſens ſeines Capitels, und ſeiner Landſtände hierüber zu erfordern, und wenn er denſelben nicht erhält, die Einführung des Simultaneums in ſuſpenſo zu belaſſen, um die begünſtigte Religionsparthie nicht der Gefahr auszuſetzen, daß ſie über kurz oder lang gar wieder abziehen müſſe.

4) Gleichwie der Stiftsregent auf den modum Rückſicht zu nehmen hat, welchen der Friedensſchluß in puncto juris reformandi art. 5. §. 31. — 33. vorſchreibt; eben dieſe nemliche Maasregeln hat er auch bey der Einführung des Simultaneums zu beobachten.

5) Den Einſpruch der Landesunterthanen Aug. Conſ. kann der Stiftsregent bey Einführung des Simultaneums niemal umgehen, weil dieſelbe (ohne einen Antheil an der Landeshoheit zu haben) implicite nach dem Art. 5. §. 31. 32. ſchon berechtiget ſind zu widerſprechen, daß dem Entſcheidjahr 1624. nicht zuwider gehandelt werde, und explicite nach dem §. 32. daß von der Obſervanz ohne den Conſens des Landesherrn, und der Unterthanen, oder des Landes nicht könne abgegangen werden.

Pütter hat in ſeinen unmaasgeblichen Gedanken 13) den Punkt worauf es in der Fürſtenauer Simultane-

13) Ueber die von der Oſnabrückiſchen Stadt Fürſtenau wegen der daſelbſt geſtatteten catholiſchen Religionsübung geführten Beſchwerden. Göttingen 1788.

taneum-Sache ankam, ſehr einſichtsvoll und bündig gefaſſet. Er ſchreibt: die Hauptfrage beſteht darinn: ob, und in wie weit ein Reichsſtand berechtigt ſeye in ſeinem Lande eine Religionsübung an Orten, wo ſie vorher nicht geweſen, zu geſtatten?

Die Entſcheidung dieſer Frage hat ihren Siz im §. 30 und 31 des fünften Artikels des Oſnabrücki-ſchen Friedensſchluſſes, worinn unſtreitig folgende zwey Säze enthalten ſind:

1) Daß einem jeden Reichsſtande mit der Landeshoheit auch das Recht die Religionsübung in ſeinem Lande zu beſtimmen, (das heißt, zu entſcheiden ob öffentlicher, oder Privatgottesdienſt dieſen oder jenen Religionsverwandten zu geſtatten ſey oder nicht?) oder, wie es im Weſtphäliſchen Frieden genannt wird, das jus reformandi zuſtehe;

2) Daß aber nichts deſto weniger eines catholiſchen Reichsſtandes evangeliſche Unterthanen in dem Zuſtande, worinn ſie ſich in Anſehung ihrer Religionsübung im Jahr 1624. befunden, gelaſſen werden ſollen, ſofern nicht entweder Religion halber (zwiſchen beyden Religionstheilen im ganzen Reiche) überhaupt, oder zwiſchen einem Reichsſtande und ſeinen Unterthanen (in einem oder andern einzelnen Lande) mittelſt gegenſeitiger Einwilligung ein anderes (künftig) verglichen werden möchte.

So erkläret ſich nemlich der Oſnabrückiſche Friede in den hieher gehörigen Worten art. 5. §. 30.

Cum ſtatibus immediatis cum iure territorii et ſuperioritatis ex communi per totum imperium hactenus uſitata praxi etiam jus reformandi Exercitium religionis competat, — conventum eſt, hoc idem porro quoque ab utriusque religionis ſtatibus obſervari, nullique ſtatui immediato ius, quod ipſi ratione territorii et ſuperioritatis in negotio religionis competit, impediri oportere;

und

und unmittelbar darauf §. 31.

Hoc tamen non obſtante ſtatum catholicorum ſubditi cujuscumque generis, qui ſive publicum ſive privatum Auguſtanae confeſſionis exercitium anno 1624. quacumque anni parte — habuerunt, retineant id etiam in poſterum una cum adnexis, quatenus illo dicto anno exercuerunt. — Et haec omnia ſemper et ubique obſerventur eousque, donec de religione Chriſtiana vel univerſaliter, vel inter ſtatus immediatos, eorumque ſubditos mutuo conſenſu aliter erit conventum, ne quisquam a quocumque ulla ratione aut via turbetur.

Pütter zeigt das weitere ſehr gründlich, daß ein evangeliſcher Landesherr weniger gebundene Hände habe, das Simultaneum in einem Ort ſeiner Stiftslande einzuführen, als ein catholiſcher weltlicher, und noch mehr ein catholiſchgeiſtlicher Stiftsregent, dieſer iſt an den Conſens ſeines Capituls, ſeiner Landſtände und Unterthanen gebunden, jener aber nicht; beſonders wenn ein evangeliſcher Landesherr ſchon ſolche Maasregeln treffen wird, wodurch ſeinen evangeliſchen Unterthanen (wie es bey der Stadt Fürſtenau der Fall war, und wo die gemiſchte Religion in dem Stift Oßnabrück ohnehin eintrat) durch die Verſtattung des Simultaneums an ihren Religions- und Bürgerlichen Rechten nicht gekränkt werden.

§. 1716.

Es entſteht hier eine wichtige Frage: ob in einem geiſtlichen Stiftslande der Nachfolger, oder das Domkapitul ſede vacante eine Handlung des Regierungsvorfahrers, und verſtorbenen Stiftsoberhaupts, welche derſelbe in Anſehung des ausgeübten Reformationsrechts oder Simultanei vorgenommen hat, wieder aufheben könne? hierauf wird geantwortet: Verbindlichkeit.

 1)

1) Es iſt einmahl ein in dem Weſtphäliſchen Friedensſchluß ſelbſt beſtimmter Satz, daß die Landſtände in den Materien ratione modi exercendi jus reformandi et ſimultaneum (wenn auch keine Verträge, Capitulationen und Reverſalien vorhanden ſind,) gefragt werden müſſen, und daß der Landesherr an die Einwilligung ſeiner Landſaſſen und übrigen Unterthanen gebunden ſey; geht dieſe voraus, ſo kann weder der Nachfolger, noch weniger das Land eine ſolche wechſelſeitige Verbindlichkeit aufheben.

2) Das Domkapitul hat die Gewalt nicht ſede vacante eine Aenderung vorzunehmen, weil dieſer wichtige Gegenſtand zu den Regierungsrechten des künftigen Stiftsvorſtehers gehört, und das Kapitul nicht ein grösſeres Recht denn ein anderer Landſtand hat, welchem dergleichen Aenderungen zu treffen nicht erlaubt iſt, wenn der verſtorbene Stiftsvorſteher, auch ohne der Landesſtände Einwilligung fürgefahren wäre.

3) Sind aber die Landſtände (da es ſelbſt der Friedensſchluß klar verordnet,) bey der Ausübung des Reformationsrechts, oder des Simultanei entweder gar nicht gefragt, oder iſt ihre Bewilligung nicht nachgeſucht, oder es iſt auf ihren Widerſpruch keine Rückſicht genommen worden, ſo ſind dergleichen Handlungen ohne alle Verbindlichkeit, und der Stiftsnachfolger kann ſie ohne Zuthun der Landſtände wieder aufheben. Schweden und die evangeliſche Reichsſtände haben ſchon vor dem Weſtphäliſchen Frieden bey denen Handlungen die Caſſation des Hildesheimiſchen Vertrags von 1643. aus dem Grund verlangt und erhalten, weil die Landſtände (zu deren Nachtheil er gereiche) nicht darein gewilliget, ſondern ihre Gerechtſame dagegen verwahret haben.

4) Muß der Stiftsregent darauf ſehen, ob die Urſachen, warum ſein Domkapitul, oder ſeine Landſtände

ſtände der Einführung des juris reformandi und Simultanei widerſprechen, gerecht und billig ſeyen, ſo wie die Landſtände auch zu überlegen haben, ob der Landesherr ſich dieſes Rechts nicht aus Eigennutz, Ehrſucht, oder ſonderbarer Anhängigkeit bediene. — Pütter 14) erinnert hiebey ſehr wohl, modo nec ordines provinciales, vel ſubditi *ex juſtis cauſis* contradicant.

§. 1717.

In einem geiſtlichen Stiftslande hat eine Reformation zu Gunſten eines andern Religions-Theils, und beſonders die Einführung des Simultanei weit mehrere Bedenklichkeiten in Anſehung der Folgen, als in einem weltlichen Lande auf ſich. Der Stiftsunterthan iſt weit mehr in dieſen Ländern für ſeine Religion eingenommen; er glaubt, durch das Simultaneum ſchon von ſolcher verdrungen zu werden; und am Ende erfolgt ein gewißes Mißtrauen gegen die Regierung, als wenn ſie den Geduldeten mehr Zuneigung, als den Unterthanen von der alten Stiftsreligion gönne. Es bedarf daher einer ſonderbaren Ueberlegung und aller Vorſichtsregeln, wenn der Stiftsvorſteher zu einer ſolchen Unternehmung ſchreiten will.

Folgen des Reformationsrechts, und des Simultanei.

Die Geſtattung des öffentlichen Gottesdienſtes hat ohnehin weit mehrere Bedenklichkeiten, als der privat Gottesdienſt, und da beyde Arten des Gottesdienſtes ihre Grade haben, ſo iſt es immer der Klugheit mehr angemeſſen, wenn nur die niedern in einem Stiftslande geſtattet werden.

Es läßt ſich aus einer weitern Betrachtung gar leicht faſſen. Der catholiſche öffentliche Gottesdienſt erſtreckt ſich nicht allein auf die Kirchen, ſondern auch auſſer denſelben. In einem Stiftsort, wo die Evan-

14) Inſtit. jur. publ. germ. §. 414.

geliſche den ausſchlüſſigen öffentlichen Gottesdienſt hergebracht haben, würde ihnen die Einführung eines unbeſchränkten Simultanei (wenn ſie auch aus politiſchen Rückſichten ſolches zugegeben hätten) ſehr beſchwerlich fallen; ſo läßt ſich leicht erachten, daß in einem Land, welches ganz catholiſch iſt, die Einführung einer andern Religionsübung dem ältern Religionstheile (wenn er es auch zugibt) noch mehrere Bedenklichkeiten, zum Theil auch beſchwerliche Folgen verurſache, beſonders wenn Mendikanten hereingezogen werden, welche dem Mitunterthan ohne Rückſicht der Religion an und vor ſich ſchon zur Laſt ſind, oder wenn den neugeduldeten Religionsverwandten gar verſtattet wird, bürgerliche Nahrung zu treiben, des Bürgerrechts, des Beſitzes liegender Güter, Freyheiten und Würden fähig zu ſeyn. Je mehr Bedenken alſo eine ſolche Landesherrliche Bewilligung in Anſehung der Folgen nach ſich läßt, deſto mehr Urſach haben die Unterthanen ſolcher zu widerſprechen.

Das unumſchränkte Simultaneum läßt ſich in einem Stiftslande nicht beſſer einführen, als wo der Stiftsregent einen ganz neuen Ort anlegt, oder vergröſſert. In dieſem Falle geſchieht keinem Landeseinwohner eine Beſchwerde. Wer ſich an einem ſolchen Orte niederlaſſen will, dieſer hat den freyen Willen, und denn hören alle Widerſprüche auf. Doch muß der Landesherr, wenn er einen neuen Ort in ſeinem Stiftslande anleget, und mit andern Religionsverwandten beſetzen will, auch den Conſens des Domkapituls, oder ſeiner Landſtände haben. Die Einwilligung der Stiftsunterthanen, wo Landſtände ſind, und die Unterthanen kein Widerſpruchsrecht haben, wird in dieſem Falle nicht erfordert.

§. 1718.

§. 1718.

Wenn wegen der geiſtlichen Gerichtsbarkeit, dem Forum. Reformationsrecht oder dem Simultaneo Streitigkeiten über die Auslegung einer Stelle des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes, oder des Reichsherkommens, über den Verſtand und Anwendung eines oder des anderen entſtehen, ſo qualificirt ſich die Sache an kein Reichsgericht, ſondern an den Reichsconvent, woſelbſt gütliche Handlungen zu pflegen ſind. Sobald aber ſuper jure poſſeſſionis vel quaſi z. B. der jurisdictionis eccleſiaſticae, oder iurium Simultanei ſich ein Streit ergibt, ſo kann nach den Umſtänden die Sache an ein, oder das andere höchſte Reichsgericht gelangen. Ich würde aber in jedem Fall einem Stiftsregenten, und ſeinen Unterthanen rathen, die Sache durch beyderſeits aufzuſtellende annehmliche Schiedsrichter gleich bey ihrer Entſtehung abthun zu laſſen; weil in einem Stiftslande nichts um ſich reiſſender iſt, als Religionsſtreitigkeiten. Die Erfahrung lehrte mich ſelbſt, daß wenn die Sache auch von dem Reichsrichter noch ſo gut, und gerecht entſchieden, und abgethan wird, dennoch die von einer, oder der andern Seite gemacht wordene Vorwürfe eine innerliche, unvergeßliche, und bey jedem Vorfall wieder gährende Verbitterung nach ſich ziehen, und in allen Geſchäften Hinderniſſe verurſachen.

§. 1719.

In den Materien, a) der geiſtlichen Gerichtsbarkeit über andere Religionsverwandte, b) des Reformationsrechts, und c) des Simultanei haben wir ſehr viele Schriften die im allgemeinen, und auch im beſondern auf einzelne Stifter Bezug haben. Alle diejenige Schriften, welche in dieſen 3. wichtigen Gegenſtänden zum Vorſchein gekommen, machen an

Schriften.

 und

und für ſich ſchon eine eigene ſtarke Sammlung aus. Ich will alſo nur diejenige anführen, welche in dem Staatsrecht der deutſchen Domſtifter vorzüglich eine Anwendung finden, und zwar

a) von der geiſtlichen Gerichtsbarkeit

allgemeine Schriften.

Moſers (Joh. Jac.) Abhandlung von dem jure dioeceſano catholiſcher Biſchöfe über die in Evangeliſchen Landen seßhaften Catholiſche; in ſeinen Nebenſt. S. 389.

Strubens (Ge. Dav.) Erläuterung der Lehre vom iure conſiſtorii unter catholiſcher Landesobrigkeit geſeſſener Unterthanen, aus den Kirchengeſchichten des Stifts Hildesheim. Nebenſtunden. Thl. 2. S. 1.

Deſſen Abhandlung von dem iure Conſiſtorii der evangeliſchen Unterthanen catholiſcher Landesherren. l. c. Thl. 3. S. 210.

Wedekind (Ge. Ioh.) diſſ. de iurisdictione eccleſiaſtica dominis territorialibus catholicis in ſubditos proteſtantes competente. Heidelberg 1766.

Beſondere.

Ob der Stadt Hildesheim ein eigenes Conſiſtorium und geiſtliche Jurisdiktion zuſtehe; in Lünigs Biblioth. deduct. P. 1. S. 577.

Gatzerts (Chriſt.) Beytrag zur Geſchichte der ehemaligen Maynziſchen geiſtlichen Gerichtsbarkeit in Heſſen. Gieſen. 1771. 4. Schotts Critik B. 4. S. 714.

b) Von dem Reformationsrecht

allgemeine.

Barthel (Ioh. Caſpar) diſſ. de iure reformandi antiquo ex ordinatione divina, primigenia eccleſiae praxi et continua eiusdem traditione peracto

Würz-

Würzburg 1744. 4. Dieſe iſt etwas altväteriſch geſchrieben.

Barthel (Ioh. Caſp.) diſſ. de iure reformandi novo ex communi hactenus in imperio uſitata praxi deducto. Würzburg 1745.

Dürr (Franc. Ant.) de eo, quod iuſtum eſt circa ius reformandi in territorio oppignorato, cuius facta eſt reluitio. Mayntz 1760. 4.

Banniza (Ioh. Petr.) de diverſarum Religionum in eodem territorio tollerantia ac receptione generica et ſpeciali. Würzeb. 1737.

Eckart (de) diſſ. de iure Principis catholici circa ſacra ſubditorum ſuorum proteſtantium Moguntiae 1750.

Beſondere Schriften in Anſehung eines einzelnen Stifts ſind nicht anzutreffen.

c) Von dem *Simultaneo*

allgemeine.

Wedekind (Franc. Ign.) diſſ. de eo, quod iuſtum eſt ex inſtr. Pacis Weſtphalicae circa Introductionem Religionis Heidelberg 1776. 4.

Struben (Dav. Ge.) Erläuterung der Lehre von dem Simultaneo - - aus den Kirchengeſchichten des Stifts Hildesheim Thl. 2. Hanover 1747. S. 1.

Rittmeyers (Chriſt.) Vindiciae iuris reformandi, oder Erörterung der Frage, ob, und in wie weit ein ſowohl catholiſcher, als evangeliſcher Reichsſtand in Dero Territorio das Exercitium derjenigen Religion, welche daſelbſt in anno decretorio 1624. nicht geweſen von neuem einführen könne. Coblenz 1703. Fol.

Beſondere Schriften

Endres (Joh. Steph.) diſs. de pactorum hildeſienſium in confirmanda communi catholicorum docti-

doctrina circa ſimultaneum efficacia ad Inſtr. P. W. art. 5. §. 31. - 33. *Bamberg*. 1765.

Eiusdem vindicata pactorum hildeſienſium in confirmanda communi circa ſimultaneum efficacia Wirceburgi.

Strub n (Dav. Georg.) Ungrund des ſimultanei, erwieſen aus denen bey Abfaſſung der Hildesheimiſchen Religionsverträge gepflogenen Handlungen (gegen die vorige Schrift von Endres) in ſeinen Bedenken Theil 3. (1768.) S. 1. — 26.

Wagner (Chr. Cottfr. Dan.) de ſimultaneo Religionis exercitio paci oſnabrugenſi adverſo in ſeinen Obſervationen.

Pütters unmasgebliche Gedanken über die von der Oßnabrückiſchen Stadt Fürſtenau wegen der daſelbſt geſtatteten catholiſchen Religionsübung geführten Beſchwerden Göttingen 4. 1788.

Zu einem vollſtändig- und hinlänglichen Unterricht dienen in Moſers Tractat von der Landeshoheit im Geiſtlichen, das 8te Capitel des 4ten Buchs von dem Reformationsrecht, und Simultaneo S. 589 - 678. und das 9te von der geiſtlichen Gerichtsbarkeit über andere Religionsverwandte S. 678. - 768. allwo auch faſt alle in dieſe Materien einſchlagende Schriften, ſo wie ſie in Pütters Staats-Literatur Thl. 3. S. 712. 720 ꝛc. ſtehen, vorausgeſetzt ſind.

Zwey-

Zwey und ſechzigſtes Capitel.

Von dem Diöceſanrecht der proteſtantiſchen Stände, in Bezug auf die C. G. Reichsſtifter.

Inhalt.

§. 1720.) Einleitung. 1721.) Erſte Frage. 1722.) Zweyte. 1723.) Und dritte. 1724.) Verträge. 1725.) Eingriffe. 1726.) Reſultate. 1727.) Schriften.

§. 1720.

Die Materie des Diöceſanrechts der proteſtantiſchen Stände in Bezug auf die geiſtliche deutſchen Reichsſtände, oder vielmehr Reichsbiſchöfe iſt eine der ſchwerſten, die in dem deutſchen Staatsrecht vorkommt, aber nur deswegen, weil ſelbige durch die verſchiedene Meinungen, Irbegriffe, und unnöthige Streitfragen, ſowohl der katholiſchen als proteſtantiſchen Staatsrechtslehrer mehr verdunkelt, als aufgeklärt wurde. Das ius dioeceſanum, die Jurisdictio eccleſiaſtica, und das ius reformandi wurden oft ſo ſehr durcheinander geworfen, daß hieraus nothwendig eine Verwirrung entſtehen muſte; beſonders, da das ius Sacrorum als das Genus aller geiſtlichen gerechtſame, nach der Reformation, ſelbſt in dem weſtphäliſchen Friedensſchluß, bald das Reformationsrecht, bald ein Recht, welches allen Reichsſtänden ratione territori et ſuperioritatis in negotio religionis Einleitung.

gionis zuſtändig iſt, 1) bald das Diöceſanrecht, und die geiſtliche Gerichtsbarkeit, 2) bald das biſchöfliche Recht 3) bald das freye Exercitium der Landeshoheit ſowohl in eccleſiaſticis als politicis 4) bald auch das ius circa Sacra 5) genennt wird.

Wenn nun vorzüglich das ius dioeceſanum, die jurisdictio' eccleſiaſtica, und das Reformationsrecht nicht genau von einander unterſchieden werden, ſo muß ſich immer eine offenbare Verwirrung darſtellen. Der Freyherr von Cramer, welcher dieſe Materie am gründlichſten abgehandelt hat 6) ſchreibt daher nach ſeiner tiefen Einſicht: interim ante omnia ſedulo ab invicem diſtinquenda ſunt *jus dioeceſanum, Jurisdictio eccleſiaſticae*, et *jus reformandi*. Haec enim qui confundit, uti ſaepiſſime fieri ſolet, ſumma imis miſcet, et argumenta nectit plane diverſa. — primo igitur ad vertendum eſt, *jus dioeceſanum* et *jurisdictionem eccleſiaſticam* eſſe *inventa juris canonici*, hoc *jus reformandi* vero iuris publici, quippe, cuius denominationem ignorant plane ius canonicum. — *Dioeceſanum jus*, ut ipſiſſima verba indicant, a *dioeceſi* ſeu epiſcoporum territorio ſacro nomen habet. — Eſt igitur nil aliud, quam Epiſcopi ſuperioritas territorialis eccleſiaſtica, et complectitur omnes actus, iuraque, quibus eccleſia per epiſcopum regi ſolet. Differt itaque a ſeculari ſuperioritate et objecto et ambitu, cum ſcilicet haec non eccleſiam principaliter nec eccleſiaſtica reſpiciat, et intra fines territorii ſit exercenda. Ius vero dioeceſanum ad regendam eccleſiam primario tendit, et ultra fines territorii ſecularis terminos progreditur

1) Art. V. §. 30. 39. 42. 44. und art. VIII. §. 1.
2) Art. V. §. 48.
3) Art. VII. §. 1.
4) Art. VIII. §. 1.
5) Art. XIII. infine.
6) In ſeinen obſervation. Jur. univ. T. II. P. 2. n. 577.

greditur libere. Unde patet, ius hoc dioeceſanum proprie eſſe Epiſcoporum tantum, non ſecularium Principum, vel territorium dominorum.

Nach Vorausſetzung dieſer Grundſätze ſind in dieſem Capitel eigentlich folgende ſtaatsrechtliche Fragen zu erörtern.

Erſtens: haben die proteſtantiſchen Stände ein jus dioeceſanum über ihre eigene Religionsverwandte?

Zweytens: ſind ſie des iuris dioeceſani in Rückſicht ihrer katholiſchen Unterthanen fähig?

Drittens: welche Wirkungen des iuris dioeceſani haben die Evangeliſchen Stände über ihre katholiſche Unterthanen auszuüben?

Durch die Erörterung dieſer 3. Hauptfragen wird die Materie des Diöceſanrechts der proteſtantiſchen Stände wahrſcheinlich am richtigſten abgehandelt.

Alle übrige Zweifelsfragen gehören zu den Schulſtreit, und kommen in dem Geſchäftszug, und bey ſtreitigen Vorfällen niemal zur practiſchen Anwendung.

§. 1721.

Die erſte Frage: Haben die proteſtantiſche Stände ein *jus dioeceſanum* über ihre Religionsverwandte? iſt eine der wichtigſten zur Erörterung, weil ſie die Auflöſung der zweyten ſchon in ſich begreift. Erſte Frage.

a) Es iſt aus der vorausgeſetzten Notion des Diöceſanrechts ſchon erwieſen, daß die Evangeliſche Fürſten, und Stände kein Diöceſanrecht über ihre eigene Glaubensgenoſſen haben. Weil das Diöceſanrecht ganz allein ſeine Benennung, Grund und Wirkungen von der Diöceſe, als dem geiſtlichen Territorio der Biſchöfe erhalten hat. (§. 1719.)

b) Die

b) Die proteſtantiſche Fürſten ſind an und vor ſich weder gebohrne (nati) noch gemachte (facti) Biſchöfe, weil es nicht erweißlich iſt, daß ſie entweder 1) von den Confeßioniſten, 2) oder von ihren Unterthanen, 3) noch von den katholiſchen Biſchöfen hierzu gemacht worden ſind.

Denn ad. 1) Die Confeßioniſten haben von den katholiſchen Biſchöfen die geiſtliche Gerichtsbarkeit, als den Hapttheil des juris dioeceſani nicht genommen, und den Evangeliſchen Fürſten und Ständen zugeſtellt. 7)

Ad. 2) Von ihren Unterthanen konnten ſie das Diöceſanrecht nicht erhalten haben, am wenigſten zu Biſchöfen gemacht worden ſeyn; indem die deutſchen Unterthanen ihren Fürſten die bürgerliche Gerichtsbarkeit nicht geben konnten, um ſo weniger auch das biſchöfliche Recht. 8)

Ad. 3) Von den katholiſchen Biſchöfen, und Ständen ſind die Evangeliſche wiederum nicht zu Biſchöfen gemacht worden. Denn der paſſauiſche Vertrag von 1552. §. 8. ſetzt nur feſt, daß der Kaiſer, und die katholiſche Stände die Gewiſſensfreyheit der A. C. Verwandten nicht ſtören ſollten. Der Religionsfriede von 1555. §. 7. beſtimmt nur, daß die Gerichtsbarkeit der katholiſchen Biſchöfe über die Augsburgiſche Confeßionsverwandte bis zur endlichen chriſt-

7) Aus den eigenen Worten der Augsb. Confeſſ. läßt ſich dieſes beſtimmen: hic neceſſario et de jnre divino debent eis (Epiſcopis) Eccleſiae praeſtare obedientiam juxta illud: qui vos audit, me audit . . . liceat epiſcopis ſeu Paſtoribus facere ordinationes, ut res ordine gerantur in Eccleſia. . . . Non petunt Eccleſiae, ut Epiſcopi honoris ſui jactura ſarciant concordiam. . . . Nunc non id agitur ut Dominatio eripiatur Epiſcopis, ſed hoc unum petitur, ut patiantur Evangelium pure doceri.

8) Dahm de jure dioeceſano S. R. I. ſtatuum proteſtantium &c. moguntiae. 1751. §. 15. cum non plebs acceperit a chriſto claves, ſed patres, ac propoſiti eccleſiarum juxta alleg.

chriſtlichen Vereinigung ruhen ſolle. Der Weſtphäliſche Frieden vom J. 1648. §. 48. verordnet ausdrücklich nur, daß das jus dioeceſanum, und die geiſtliche Gerichtsbarkeit in den Gränzen eines jeden Landes ſich verhalten ſolle.

Das jus dioeceſanum iſt den katholiſchen Biſchöfen nicht genommen, ſondern nur ſuſpendirt worden. Si ſuſpenſa autem eſt ſolum (ſchreibt der Freyherr von Cramer. 9) (Non poterit eſſe translata in alios, ſed jura eius ſalva munere debent, ut, ſi caſus foret dabilis, reviriſcerent olim, et adpriſtinos redireat ſuos dominos.

Aus dieſem ergibt ſich klar, daß die proteſtantiſche Fürſten, und Stände über ihre Unterthanen A. C. kein jus dioeceſanum haben, ſondern daß nach der Religionsänderung des Kirchenregiments der A. C. Verwandten auf den Stand des Völkerrechts, und der natürlichen Freyheit zurückgebracht worden, nach welcher ſie alle als Glieder der erſten Kirche, oder des neuen Teſtaments das Kirchenregiment ſich ſelbſt beygelegt haben, daß es entweder in Collegialiſcher Verbindung von ihnen ſelbſt, oder nach ihrer Willkühr, und Uebertragung von einem dritten in der Maaße ausgeübet werden kann, daß die Oberaufſicht in politiſchen Religionsgeſchäften immer dem Landesherrn vorbehalten bleibe. — An dieſem Collegialiſchen Religionsſiſtem ſcheitert alſo der Begrif des Diöceſanrechts vollkommen, wenn man betrachtet, daß der katholiſche Biſchof ſein Diöceſanrecht über die katholiſche Unterthanen eines Evangeliſchen Landesherrn noch in alieno territorio ſelbſt nach dem Entſcheidjahr, und Weſtphäliſchen Friedensſchluß ausüben könne, dieſes Recht aber keinen Evangeliſchen

9) l. c. §. 7.

ſchen Reichsſtand über ſeine evangeliſche Unterthanen in dem Lande eines katholiſch. geiſtlichen Reichsſtandes zuſtehe.

§. 1722.

Zweyte: Die zweyte Frage: ſind die proteſtantiſchen Stände eines juris dioeceſani in Rückſicht ihrer katholiſchen Unterthanen fähig? iſt ſchon negative durch die Erörterung der erſten Frage aufgelöſet; da es einmal richtig iſt, daß ſie kein jus dioeceſanum, überhaupt, und ſelbſt über die Unterthanen ihrer eigenen Religion haben, ſo ſind ſie um ſo weniger derſelben aus obangeführten in ſich ſelbſt richtigen Beweggründen des iuris dioeceſani über ihre katholiſche Unterthanen fähig.

§. 1723.

Und dritte. Die dritte Frage: welche Wirkungen des juris dioeceſani haben die evangeliſchen Stände über ihre katholiſche Unterthanen? ſollte man glauben, daß ſie ebenfalls ſchon durch die 2. vorhergehende erörtert ſey: denn wer kein Diöceſanrecht hat, dieſem können auch keine Wirkungen deſſelben zuſtehen. Allein dieſe Frage begreiſt ein mehreres dann die 2. erſten in ſich. Viele mittelbare Reichsſtände haben einige Wirkungen der Landeshoheit, ohne daß ſie der Landeshoheit im Ganzen fähig ſind. Ein katholiſch-weltlicher Fürſt hat das ius reformandi, ohne daß er durch die Ausübung dieſes Rechts über die aufgenommene Katholiken ſich eines iuris epiſcopalis anmaſſen kann. Die geiſtlichen Biſchöfe haben als Biſchöfe das Diöceſanrecht, ohne daß ſie ſich in ihrer Diöceß des iuris reformandi bedienen können. Eben ſo kann man den Evangeliſchen Reichsſtänden über ihre katholiſche Unterthanen nicht alle Wirkungen des iuris dioeceſani abſprechen, wenn ſie ſchon dieſes iuris, qua talis nicht fähig ſind.

Man

Man muß hier einen Hauptunterſchied des iuris dioeceſani aufſtellen, und ſolches in dem engern, oder weitern Verſtande betrachten. Nach dem engern ſteht es keinem Evangeliſchen Reichsſtand weder über ſeine eigene Glaubensgenoſſen, noch weniger über ſeine katholiſche Unterthanen zu, weil er desjenigen, was die biſchöfliche geiſtliche Eigenſchaft mit ſich bringt, nicht fähig iſt. Hingegen was das ius dioeceſanum im weitern Verſtande betrift, und ſoweit von Ausübung gewiſſer Theile deſſelben die Frage entſtehet, ſo hat der Evangeliſche Reichsſtand über ſeine katholiſche Unterthanen ex regulis mutuae aequalitatis das nehmliche Recht, welches dem katholiſchen Reichsſtand in dieſen Theilen des iuris dioeceſani über ſeine evangeliſche Unterthanen, (ſo wie es der Beſitzſtand des Entſcheidjahrs ausweiſet, ebenfalls ausüben kann.

Unter dem iure dioeceſano, als dem allgemeinen iure circa Sacra wird die geiſtliche Gerichtsbarkeit als ein Haupttheil deſſelben begriffen: dieſe beſteht, (wie ich ſchon angeführt habe) in dem Erkenntnißrechte in geiſtlichen, weltlichen, und Criminalfällen geiſtlicher Perſonen, und denn auch in den geiſtlichen beſonders den Eheſachen der weltlichen Perſonen. Was die geiſtliche Sachen, und ſelbſt die geiſtliche Perſonen der Katholiken betrift, ſo kann hierüber kein evangeliſcher Biſchof ſich einer Gerichtsbarkeit anmaſſen, weil ein jeder Geiſtlicher in geiſtlichen real- und Perſonalſachen unter eine gewiße Gerichtsbarkeit eines katholiſch-geiſtlichen Superiorn gehört; ein evangeliſcher Fürſt hat geiſtliche Gerichtsbarkeit über die in ſeinem Land gelegene katholiſche Unterthanen, in Sachen, welche die Religion betreffen, ſo wie ein katholiſcher Biſchof, qua talis über ſeine evangeliſche Unterthanen in Religionsſachen keine Gerichtsbarkeit auszuüben hat. Hingegen kommt es bey einer Evangeliſchen Landesherrn geiſtlicher Ge-

richtsbarkeit über ſeine katholiſche Unterthanen, wie auch bey eines katholiſchen geiſtlich- oder weltlichen Fürſten evangeliſchen Unterthanen ganz allein nach dem art. 5. §. 48. auf den Beſitzſtand des anni normalis an, was ein jeder daran hergebracht hat. (§§. 1697. bis 1702.) Denn an und vor ſich iſt in dem Weſtphäliſchen Schluß L. c. klar ausgemacht, daß ein katholiſcher Biſchof in eines evangeliſchen Reichsſtandes Landen keine iurisdictionem eccleſiaſticam weder über deſſen katholiſche am wenigſten die evangeliſche Unterthanen habe, weil die Biſchöfe ihre geiſtliche Jurisdiction ſich nicht reſpectu der Evangeliſchen über die Gränzen deren Biſchöfe weltliche Lande erſtrecken ſolle. Allein, da die viele Vermiſchungen der Reichsſtändiſchen Territorien, und der Beſitzſtand der biſchöflichen Gerichtsbarkeit, in dem ſich die Biſchöfe iu vielen Orten evangeliſcher Reichsſtände Landen befinden, wo die Katholiken entweder das öffentliche oder Privatreligions-Exercitium hergebracht hatten, ſo muſte das Entſcheidjahr, und die Regeln der wechſelſeitigen Gleichheit zum Grund genommen werden.

§. 1724.

Verträge An und vor ſich hat zwar der Weſtphäliſche Friede ſchon beſtimmt, wie weit ein katholiſcher geiſtlicher Reichsſtand die geiſtliche Gerichtsbarkeit über die in dem Land eines evangeliſchen Reichsſtandes angeſeſſene Unterthanen ausüben könne, und wie weit auch ein Evangeliſcher Reichsſtand in Anſehung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit zu gehen habe. Allein es kamen doch nach dem Friedensſchluß auſſerordentlich viele ſtreitige Fälle vor, die nicht nach dem Buchſtaben des Friedensſchluſſes konnten entſchieden werden. Man fand faſt in allen unmittelbaren deutſchen Stiftern für nöthig, über die Ausübung der geiſtlichen

Ge-

Gerichtsbarkeit mit benachbarten evangeliſchen Reichsſtänden Verträge und Conventionen zu errichten, wodurch die wechſelſeitigen Befugnüſſe klärer beſtimmt worden ſind.

§. 1725.

Da das ius dioeceſanum, ſo wie die geiſtliche Gerichtsbarkeit eine Geburt des canoniſchen Rechts, und nicht der Landeshoheit iſt, ſo hat auch kein katholiſch-geiſtlicher Reichsſtand ein Recht gegen die katholiſche Unterthanen eines evangeliſchen Reichsſtandes mit executiviſchen Mitteln zu verfahren, oder ſeine Diöceſanrechte manu forti in eines andern Reichsſtandes Lande geltend zu machen: die Evangeliſchen ſagten unter andern in ihren den 28. Dec. 1719. bey dem Reichstage übergebenen Gravaminibus 10) gegen Churmainz: „aus den angezeigten „factis ſey nicht zu begreifen, wie ſeine Churf. Gnaden daraus ein Recht erzwingen wollten, in alieno „territorio die Execution durch ihre eigene Mannſchaft verrichten zu laſſen, da doch dergleichen militariſche Verrichtungen, wenn ſie auch, wie nicht, „Diöceſanus der Orten wären, nicht von dero geiſtlichen, ſondern von der weltlichen Obrigkeit angeordnet und vollzogen werden können; wie dann z. „B. wenn ein Biſchof von Regensburg ſich unterſtehen wollte, in dem Churfürſtenthum Baiern oder „in der Pfalz durch ſeine eigene Mannſchaft militariſche Executionen ausüben zu laſſen, die Churfürſten ihm die behörige, und ſeine unbefugte Executorn heimzuſchicken nicht unterlaſſen würden. „Ueberhaupt, wenn ſich Se. Churfürſtl. Gnaden zu „Mainz als dioeceſanus in den Orten auſſer ihrem „eigenen territorio öffentlich angeben, und geriren „wollen, ſo würde der Ephus jus dioeceſanum art. „V.

Eingriffe

10) Europ. Staatskanzley Thl. 35. S. 400. ꝛc.

„V. §. 48. des I. P. ſammt dem ganzen Religionsfrie-
„den über den Haufen geworfen werden.“

§. 1726.

Reſultate. Als Reſultate dieſes Capitels können angenommen werden:

1) Den Evangeliſchen Reichsſtänden ſtehet kein Diöceſanrecht im engen Verſtande ſowohl über ihre, als katholiſche Glaubensgenoſſen und Unterthanen zu.

2) Unter den Katholiſchen, und Evangeliſchen wird die geiſtliche Gerichtsbarkeit nach dem Entſcheidungsziel ausgeübt. *Inſtr. P. art.* 5. §. 33.

3) Wenn ein Unterthan im Entſcheidjahr unter der geiſtlichen Gerichtsbarkeit ſtand, ſo iſt er derſelben noch ſubordinirt *art.* 5. §. 42. 44.

4) Wenn die Evangeliſche Unterthanen im Entſcheidjahr ihr eigenes Kirchenregiment, und Conſiſtorium gehabt haben, kann weder der katholiſche Landesherr noch der Biſchof ſie in dieſem Rechte ſtören. *art.* V. §. 31.

5) Standen ſie aber im Entſcheidjahr unter dem katholiſchen Kirchenregiment, ſo müſſen ſie auch die geiſtliche Gerichtsbarkeit ferner erkennen. Jedoch darf ein katholiſches geiſtliches Gericht den evangeliſchen Unterthanen nichts wider ihr Gewiſſen auferlegen, noch weniger aber ſolche Sachen zur Competenz ziehen, welche die Augsburgiſche Confeßionsverwandte betreffen. *art.* V. §. 48.

6) Wenn katholiſche Unterthanen in dem Territorio eines evangeliſchen Landesherrn im J. 1624. unter ihres Biſchofs Gerichtsbarkeit ſtanden, oder eine vorkommende Sache die katholiſche Religionsprincipien betrift, ſo iſt der Biſchof Richter; auſſerdem aber hat der evangeliſche Landesherr die geiſtliche Gerichtsbarkeit über die katholiſche Unterthanen. *art.* V. §. 30 — 48. art. VIII. §. 1. Endlich,

7) die

7) die Evangeliſchen Reichsſtände haben kein ius dioeceſanum im Ganzen, ſondern nur einige Wirkungen deſſelben, mehr in rebus politicis, als in eccleſiaſticis catholicorum auszuüben.

§. 1727.

Unter denjenigen Schriften, welche dieſe Materie allerdings ins klare ſetzen, zeichnen ſich vorzüglich aus: Schriften.

Dahmi (Ioan. Mich.) diatriba inauguralis de iure dioeceſano S. R. I. ſtatuum proteſtantium mogunt. 1751. 4. ſodann:

Crameri (lib. B. de) obſervatio 577. de differentia inter ius dioeceſanum, jurisdictionem eccleſiaſticam, et ius reformandi &c. in opuſculis Tom. II. P. II. S. 8—15.

Drey und ſechzigſtes Capitel.

Von verſchiedenen in das geiſtliche Regierungsweſen der C. G. Reichsſtifter einſchlagenden Gegenſtänden.

Inhalt.

§. 1728.) Einleitung. 1729.) Seelſorge. 1730.) Eheſachen. 1731.) Verordnungen. 1732.) Aberglaube. 1733.) Aenderung in der geiſtlichen Gerichtsbarkeit. 1734.) Unfüglicher Gerichtszwang. 1735.) Studien und Wiſſenſchaften. 1736.) Feyertage in Anſehung der Catholiken, 1737.) und der Proteſtanten in den Stiftern. 1738.) Canoniſationen. 1739.) Reiſe nach Rom. 1740.) Leihäuſer. 1741.) Ableben auſſer Lande. 1742.) Geiſtliche Verlaſſenſchaften. 1743.) Jahrtag. 1744.) Abläße. 1745.) Etwas Beyzugsweis. 1746.) Schriften.

§. 1728.

Einleitung.

Es war nicht thunlich, alle die verſchiedene Materien und Gegenſtände, welche in das geiſtliche Regierungsweſen der Stifter einſchlagen, in die vorhergehende Capitel einzuſchalten, ich finde daher für ſchicklich, ſolche in gegenwärtigem zuſammen zu ſtellen, weil doch manches hiebey vorkommt, welches theils in Bezug auf die Geſchichte der Hochſtifter, theils des Zuſammenhangs mit den bereits ſchon erörterten Materien nicht kann umgangen werden.

§. 1729.

Seelſorge.

Ein weſentliches Stück der geiſtlichen Regierungsobliegenheiten eines cathol. geiſtlichen Biſchofs macht

macht die Seelſorge aus, wovon ſchon (§§. 1263. 64. 65.) vorläufig gehandelt worden.

Die Seelſorge eines geiſtlichen Stiftsregenten hat einen zweyfachen Betracht: 1) wie ſie perſönlich von dem Stiftsvorſteher als Ordinarius durch Selbſthandlungen ausgeübet wird, und 2) wie der geiſtliche Fürſt es in ſeiner Pflicht hat, daß ſie durch ſeine untergebene Geiſtlichkeit vollbracht werde.

In dem erſten Betracht ſtellen ſich in vielen Stiftern muſtervolle Beyſpiele der geiſtlichen Stiftsregenten dar, wovon ich vorzüglich eines unten 1) bemerken will; weil allen Biſchöfen, wenn ſie ſchon ihre Weyhbiſchöfe haben, dieſe Verrichtungen auch perſönlich zu vollbringen obliegt.

Im zweyten Betracht hat ein Biſchof aber noch eine gröſere Obliegenheit, auf die Beſtellung der Seelſorger den Bedacht zu nehmen. Der jetzt regierende Erzbiſchof Hieronymus zu Salzburg hat den weiten Umfang dieſer Pflicht 1782 durch einen Hirtenbrief am beſten zu erkennen gegeben, 2) welcher alles erſchöpft, was ich hier zu ſagen habe; er ſchreibt: durch die Bildung und Ermahnung der Seelſorger zur würdigen Führung ihres Amtes, durch Aufklärung des Volkes, und Läuterung der Religion, und Kirchenzucht nach der Vorſchrift des Heylands und ſeiner Apoſteln, welche dieſer Hirtenbrief auf allen Blättern im Munde führt, wird derſelbe dem ca-

1) Erzbiſchof Johann zu Salzburg weyhte von 1702. bis 1727. perſönlich 715. Prieſter, 836. Diakone, 629. Unterdiakone, 229. Minoriſten, 282. Kelche und Ciborien, 10. Kirchen, 37. Altäre, 68. Glocken. Er ertheilte 57819. Perſonen die Firmung, hielt 433. Aemter in pontificalibus, las 2433. Meſſen in hochprieſterlicher Kleidung, ernannte und beſtättigte 10. Biſchöfe, weyhte 6. Biſchöfe 4. Aebte, 1. Aebtiſſin, und 2. Pröbſte ein. Godeau Kirchengeſch. Thl. 17. S. 189. Erzbiſchof Wolfgang Dietrich zu Salzburg predigte noch ſelbſt und gab ſeine Predigten im Druck. l. c.

2) Nachrichten von Juvavia S. 233.

tholiſchen Kirchenweſen ungleich mehr Anſehen und Aufnahme verſchaffen, als alle, die zwar gut gemeinte, aber mit geringen Erfolg gekrönte Mittel, womit man mehr gleiſſende Heuchler, als wahre Anhänger erſchaffet, und in einer Sache, welche auf innere Ueberzeugung beruhet, mehr auf dem äuſſerlich, als innerlichen Menſchen, oder mehr auf den Körper, als deſſen Geiſt und Seele zu wirken ſuchet."

Aus eben dieſer Abſicht fragte dieſer preißwürdige und erlauchte Erzbiſchof die Seelſorger der dortigen Erz-Diöces: 3) Sind eure Schulhäußer allenthalben in zweckmäſiger der Bedürfniß unſerer Zeiten angemeſſener Verfaſſung? findet der Fleiß und die Fähigkeit der Schullehrer genugſame Unterſtützung und Ermunterung? Leidet die Schuljugend nirgend Mangel an den nothwendigen Schul- und Chriſtenlehrbedürfniſſen? Fehlen nicht manchen durch mäſſigen Aufwand beyzuſchaffende Beförderungsmittel der ſoliden Andacht und Erbauung? Sind nirgends Talente, Fähigkeiten, ſtilles Verdienſt, die durch Unterſtützung hervorgezogen, ermuntert, in Thätigkeit geſetzt, und zum gemeinen Beſten wirkſam gemacht werden könnten?

Der Zweck einer vollkommenen Seelſorge kann nicht blos durch die geiſtliche Verrichtungen der Pfarrer, und geiſtlichen Helfer erreicht werden. Die Obliegenheit der Seelſorger geht vorzüglich auch in den ſtatiſtiſchen Betracht dahin, daß ſie die Vortheile des Erziehungsweſens, und Schulunterrichts durch ihren Zugang in das menſchliche Herz gewinnen; hierzu trägt eine geſunde Volksmoral mehr als eine 20 jährige Theoſophie bey. Es iſt auch keine neue Erfindung, daß man die Erziehungshülfe von den Landpfarrern verlangt. Der groſe Churfürſt Joſeph Emme-

3) Meine Statiſtiſche Abhandlung. S. 209

Emmerich zu Mainz ſetzte in ſeinem Teſtament blos aus der Urſach ſo beträchtliche Stiftungsſummen aus, daß, wie er ſich §. 9. ausdrükt, nach Befinden neuer Pfarreyen, und Schulen errichtet, überhaupt alle jene Anſtalten getroffen werden können, welche zu einer verbeſſerten Einrichtung des Pfarr- und Schulweſens, und vermittelſt deſſen zu Stift- und Beförderung eines wahren Chriſtenthums, und einer guten Erziehung in den Churmainziſchen Landen gereichen möge.

Für die Seelſorge hat das Tridentinum ſchon Vorſehung gethan, (§. 110. n. 1.) und der Seelſorger wurde auch in dem Coblenzer Congreſſe (§. 151. n. 24. 26.) ſonderheitlich gedacht. Daß die Mendicanten aber hierzu nicht taugen, hab ich anderwärts ausführlich gezeigt, wo der Punct von der Seelſorger Pflicht umſtändlich abgehandelt wurde. 4)

§. 1730.

Der Gegenſtand, daß die Prieſterehe nach dem System der römiſchcatholiſchen Kirche nicht ſtatt finde, ward bey der Kirchenverſammlung zu Trient ſtark betrieben, wie aus dem Schreiben Kaiſer Maximilian II. vom J. 1564. an den Pabſt Pius IV. 5) und aus des Kaiſers ſogenannten *Conſiderationibus*, warum den Prieſtern die Ehe zu verſtatten ſey? ꝛc. des mehrern zu erſehen iſt. Der Kaiſer glaubte es ſicher durchzutreiben, daß den Geiſtlichen in ſeinen Erblanden, und in Deutſchland überhaupt die Ehe ſollte verſtattet werden. Es ſchien damahls, als wenn hierinn der wahre Vereinigungspunct der getrenn- Eheſachen.

4) Ebendaſelbſt l. c. vom J. 1583. heißt es Cap. 4. das weltliche Lehen der Beneficien betreffend, ſoll das Examen von dem Landesfürſten zwar unterlaſſen, ein deſto ſchärferes aber von den Biſchöfen vorgenommen werden.

5) Lünigs Reichsarchiv. Spicil. eccleſ. Thl. 1. C. 1. S. 509. 514.

trennten Religionen gelegen wäre. Allein der Pabſt hintertrieb es vorzüglich aus zwey Haupturſachen, die ich mir vorſtelle: erſtens weil durch den Eheſtand der Geiſtlichen die päbſtliche Gewalt, und Machtvollkommenheit faſt gänzlich verfallen müſte, zweytens weil die Geiſtlichkeit die Kirchengüter, ſo wie der Pabſt die Seinige, nebſt denen Contributionen aus den Bißthümern der ihm noch zahlungspflichtigen Reiche nach und nach verlieren würde. Kein theologiſches Hinderniß ſtand dem Eheſtand der Geiſtlichkeit nicht im Wege, ſondern nur das politiſche Staatsintereſſe. Wenn die Ehe der Geiſtlichkeit einmahl wäre feſtgeſetzt geweſen, ſo hätte man der päbſtlichen Indulten, und des ganzen Immunitätsweſens nicht mehr nöthig gehabt, das Band des Cölibats iſt alſo unauflößlich. Den deutſchen Stiftern fiel die Aufhebung des eheloſen Standes unendlich drückend, die Urſachen hievon habe ich an einer andern Stelle umſtändlich angezeigt. Auch iſt die ſchon bemerkt worden, wohin die Sache zum Erkenntnis gehöre, wenn in den Stiftern der Verehligungsfall einer geiſtlichen Perſon vorkäme.

§. 1731.

Verordnungen. Es gibt in Kirchenſachen ſo viele Gegenſtände, daß die Biſchöfe mit Verordnungen ehedem genug zu ſchaffen hatten, ungeachtet man in manchen Stücken dennoch verſchiedene Meinungen hegte. Bey dem Kirchenrath zu Trient war man gegen die Reichung des Abendmahls unter beiderley Geſtalten, und doch verlangte Herzog Albrecht in Baiern 1564. von P. Pius IV. daß er ſolches geſtatten ſolle. 6) Kaiſer Ferdinand I. ſuchte ein gleiches 1564. bey dieſen Pabſte nach; der Biſchof zu Naumburg erhielt den Auftrag, ſolches in Baiern, und Oeſterreich nach

6) Lünigs R. A. part. ſpec. Fort. 2. S. 19.

nach Gutbefinden zuzugeben, 7) im nemlichen Jahr bewilligte es der Pabſt unter gewiſſen Bedingungen dem Herzog Heinrich dem jüngern zu Braunſchweig und Lüneburg. 8) Eben dieſer Pabſt ertheilte auch dem Erzbiſchof Johann zu Trier deswegen ein Bewilligungsbreve, 9) und K. Ferdinand I. ließ den Gebrauch des Abendmahls unter beiderley Geſtalten 1564. zu Wien kund machen. 10) Wiewohl man hernach wegen der vielen Unordnungen ganz davon abgieng.

Wegen dem Meßleſen kam es auch zu allerley Verordnungen, die Päbſte ertheilten Indulten, dergleichen Erzbiſchof Pilgrim zu Salzburg von P. Bonifaz IX. 1391. erhielt, die Meſſe vor Aufgang der Sonne leſen zu dürfen. 11) Erzbiſchof Walram zu Cöln verordnete 1335. daß ein Prieſter täglich nicht mehr als eine Meſſe leſen ſoll. 12) Erzbiſchof Wilhelm zu Cöln widerrief 1357. ſein gegebenes Privilegium, daß in ſeinem Erzſtift vor Adeliche, und andere Standesperſonen auf Tragaltären Meſſe ſoll geleſen werden. 13) Ich übergehe überhaupt die vielen Veränderungen welche mit der Liturgie gemacht wurden. Pabſt Anaſtaſius befahl ſchon 398. den deutſchen Biſchöfen, daß die Verleſung des Evangeliums nicht ſitzend, ſondern ſtehend angehört werden ſolle. 14) Zu Mainz und zu Worms ward von Churfürſt Johann Philipp Grafen von Schönborn 1667. der Cantus gregorianus eingeführt. 15) Aus dieſen zeigt ſich, daß in der-

7) Ejusd. ſpicilegium eccleſiaſticum. Thl. 1. C. 1. S. 104.
8) l. c. Thl. 2. S. 149.
9) l. c. Fortſ. 2 S. 20.
10) ibidem l. c.
11) Nachrichten v. Juvavia. S. 208.
12) Lünigs R. A. ſpicil. eccl. Fortſ. 2. S. 445.
13) l. c. Fortſ. Thl. 1. S. 499.
14) l. c. S. 522.
15) Ioann. rer. mog. Thl. 1. S. 973.

dergleichen Gegenſtänden die Päbſte, Kaiſer, und Biſchöfe ſich zu thun machten; und was die Biſchöfe nicht zugaben, am Ende durch den Pabſt, oder ſeine Nuncien nach dem Maaß ihrer Facultäten bewilliget wurde.

§. 1732.

Aberglaube. Ein geiſtlicher Stiftsregent hat auch nach ſeiner gedoppelten Hirten- und Regentenamts-Pflicht dafür zu ſorgen, daß der Aberglaube, welcher eines der gröſten Uebel für die Menſchen iſt, vertilget werde. In den geiſtlichen Stiftsſtaaten trift man, (wie Burney ſchreibt) allerorten ſolche finſtere Zufluchtshölen an. Es iſt aber kein Wunder, wo alles mit Klöſtern überſetzt iſt, muß Vorurtheil, und Aberglaube ihre ſtärkſte Unterhaltungsſtütze ſeyn. Der dermahl- regierende Erzbiſchof zu Salzburg hat 1782. durch einen preiswürdigen Hirtenbrief dem Aberglauben, und Mönchstäuſchungen ſtandhaft entgegen gearbeitet. 16) Nützte es nicht, was man hofte, ſo wird doch das künftige Menſchenalter ſehen, daß es nicht in allen Stiftsſtaaten finſtere Nacht war, und daß mancher Stiftsregent als Biſchof und Fürſt, ſeiner Pflicht ein Genügen geleiſtet habe. — Was zu Hildesheim durch die Mönche für Verſtandesverfinſterungen ſich gezeigt haben, iſt von mir anderwärts 17) bemerkt worden. Hier gehört meiner Meinung nach auch die übertriebene Verehrung der Heiligen, wodurch dem wahren Gottesdienſt Abbruch geſchieht, und nur die Abſicht erfüllt wird, dem Mönchsſeckel immer zu ſteuern. Ich finde, 18) daß ſich König Clodová ſchon ſehr befremdet habe, „daß die Heiligen im Himmel, wo ſie doch kein „Geld nöthig hätten, ſo Geldgierig ſeyn, und auf „Erden

16) Nachricht von Juvavia. S. 316.
17) Statiſtiſche Abhandlung über die Mängel. S. 201.
18) Lehmann Speyr. Chron. S. 213.

„Erden keines angenommen, ſondern in Armuth ge„lebt hätten.“ In dieſen Fällen muß der Stiftsregent als Biſchof, und Fürſt auf der Hut ſeyn, und es niemal auf den Ausſpruch eines dritten ankommen laſſen, beſonders, wenn es nur Adiaphora Herrn, oder Bettelmönchstraditionen betrift; ſonſt könnte es ihm leicht, wie dem Biſchof Virgil zu Salzburg ergehen, 19) weil Rom die Mönche, als ſeine Amtsbrüder und Eintreiber unterſtützen muß.

§. 1733.

Aenderung in der geiſtlichen Gerichtsbarkeit.

Eine ſehr wichtige Frage entſteht, ob in der geiſtlichen Gerichtsbarkeit der deutſchen Erz- und Biſchöfe, und mit den cauſis eccleſiaſticis eine Aenderung könne getroffen werden, das iſt, ob man überhaupt eine neue, und richtigere Gränzlinie zwiſchen der geiſtlichen, und weltlichen Macht ziehen könne. Ich glaube es mit andern ganz gewiß, 20) nur wird erfordert, daß es nicht von einem Erz- oder Biſchof allein, nicht von dem Kaiſer, oder den geſammten Reichsſtänden, ſondern von dem Kaiſer, und Reich insgeſammt geſchehe. Man muß aber hieher den Fall nicht ziehen, wenn ein Landesfürſt für gut findet, in ſeinem Land ein, oder mehrere Landbiſchöfe zu errichten, fremden Diöceſan-

19) Biſchof Virgil zu Salzburg glaubte an die Antipodes, oder Gegenfüßler — Bonifaz hielt ihn für einen Ketzer, weil er eine andere Welt, und Menſchengeſchlecht ſtatuirte, ſo von Chriſto nicht wäre erlößt worden. Die Sache kam vor den Pabſt Zacharias, blieb aber durch deſſen Ableben ohnentſchieden. Virgil konnte dieſer Streitigkeiten halber lang nicht zum Biſthum Salzburg gelangen. Godeau l. c. Thl. 17. S. 89.

20) Des Augsburgiſchen Provicars von Haiden vortreflich, und tief durchgedachter Tractat. Grundſätze zur Feſtſtellung und Aufrechthaltung der Eintracht zwiſchen der politiſchen und kirchlichen Macht in katholiſchen Staaten. 1785. und deſſen Gedanken über die Punctation des Emſer Congreſſes, Deutſchland. 1790. beyde Schriften ſind nach gleichen Grundſätzen abgemeſſen.

ceſangewalt, und Juriſdictionsconflicte aufzuheben, und ſeinen Unterthanen die Mittel ihres Seelenheils durch eine vernünftige Aenderung zu erleichtern. Denn dieſer Gegenſtand gehört eigentlich zu den ſonderheitlichen Rechten eines jeden Reichsſtandes, und hängt nicht von dem Erkenntniß des geſammten Reichs ab. Es gehört ad jus circa ſacra, oder eigentlich zu der Landeshoheit im Geiſtlichen, und keineswegs ad jura collegialia principum. Nach der deutſchen Verfaſſung haben die geiſtlichen Fürſten keine Landeshoheit im Geiſtlichen, mithin auch deswegen keine Collegialrechte.

§. 1734.

Unfüglicher Gerichtszwang.

In wieferne die Geiſtliche in weltlichen Sachen ohne Rückſicht auf ihre Immunität den landesherrlichen, und weltlichen Gerichten unterworfen ſind, habe ich (§. 1387.) ſchon gezeigt. Allein hier iſt noch in Anſehung des Gerichtszwangs gegen geiſtliche Perſonen anzuführen, daß ein geiſtlicher Stiftsregent nicht zugeben könne, wenn gegen ſeine Diöceſan, oder in auswärtigen Landen befindliche, von ihm aber abhängige Geiſtlichkeit mit einem unfüglichen Gerichtszwange von einem fremden Landesherrn verfahren werde. In dem baieriſchen Concordat mit Paſſau vom J. 1690. heißt es §. 7. „demnach ſich „verſchiedenemahlen, und Orten zugetragen, daß „die weltliche Gerichtsbeamte, und ihre Schergen „denen Geiſtlichen in ihre Pfarrhöfe, Vicariat- und „Beneficiathäuſer geſchickt, und was etwann von „Gerichts wegen ihnen anzudeuten geweßt, durch „die Schergen, und Amtleute exequiren, und aus„richten laſſen, als ſolle dieſes dem Clero zum De„ſpect langendes Unternehmen denen Gerichten ge„neraliter abgeſtellt, und dieſelbe ihre Nothdürfte, „und Amtserinnerung an die Geiſtliche durch Schrei-

„ben

„ben, oder ehrliche Perſonen zu bringen angewieſen „werden.“

Freylich müſſen ſich die geiſtlichen Gerichte, und auch einzelne Geiſtliche in Obacht nehmen, daß ſie ſich keine ſträfliche Renitenz, oder dem Landesherrn mißfällige Aufzüglichkeit zur Laſt legen; denn ſonſt dürfte doch der Landesherr ſich der Perſon eines ſolchen Geiſtlichen durch Gerichts- und Militärzwang verſichern, wie es von Seiten Churpfalzbaiern gegen einen Augsburgiſchen Diöceſangeiſtlichen zu Mindelheim im J. 1790. geſchah; denn bey Vergehungen ſind Aufzüglichkeiten nur der Unterſuchung nachtheilig.

§. 1735.

Daß die niedere Geiſtlichkeit die zu ihrem Beruf, und wichtigen Amt erforderliche Wiſſenſchaften haben müſſe, iſt ohnehin eine bekannte Sache. Allein hieran iſt dem weltlichen Landesherrn ſo viel als dem Biſchof gelegen. Denn, wenn untüchtige Seelſorger aufgeſtellt werden, ſo trift das Nachtheil nicht die Geiſtlichkeit, ſondern die ihnen untergebene Gemeinde, und mithin die Landeswohlfart. Biſchof Georg Ludwig zu Lüttich verordnete 1775. daß alle, die zu den erſten höhern Weyhen zugelaſſen werden wollten, 2. Theologiſche Curſe zurückgelegt haben ſollten. 21) Allein die Theologie macht den guten Seelſorger noch nicht aus, wie ich (§. 1728.) ſchon erwehnt habe. In den Baieriſchen Concordaten vom J. 1583. mit den Stiftern Salzburg, Paſſau, Freyſingen, Regensburg, Augsburg, und Chiemſee iſt zwar C. 4. verordnet: „das weltliche Lehen der Beneficien „betreffend, ſoll das Examen von dem Landesfürſten, „welches bisher die Prieſter, denen die Seelſorge „ver-

Studien und Wiſſenſchaften.

21) Godeau Thl. 24. S. 421.

„vertrauet worden, ausgeſtanden, unterlaſſen wer„den, da anderſt die Schärfe des biſchöflichen Exa„minis, und emſige Viſitation, daß in gedachtem „fürſtlichen Examine geſuchte erſtattet: Alſo, daß „auch die Prieſter, welche zur Seelſorge zugelaſſen, „nach Gelegenheit, und Nothdurft des Orts, da„hin ſie zuſchicken ſeyn, nochmahl von den Biſchöfen „examinirt, und ihrer Tauglichkeit, Kundſchaft, „den Inveſtituren einverleibt werden ſollen.“ Dies dient zum Beweis, wie viel dem Landesfürſten an der Tauglichkeit, und Fähigkeit der Seelſorger gelegen ſey, und daß deſſen Einſpruch manchmahl auch ſtatt finden dürfte.

§. 1736.

Feyertäge in Anſehung der Katholiken.

Die Feyertäge hatten in Deutſchland, und beſonders in deutſchen Stiftern, wie alle andere Dinge ihre Schickſale. Carl der Große der Stifter ſo vieler deutſchen Kirchen behauptete das Recht, wie ſeine Nachfolger die Feſte und Feyertäge anzuordnen, er ließ nach den Kapitularien 22) nicht mehr als folgende Feſte feyern: den Chriſttag, St. Stephan. S. Johann des Evangeliſten, den unſchuldigen Kindertag, den Neuen-Jahrstag, das Feſt der Erſcheinung Chriſti, Maria Reinigungsfeſt, die drey Oſterfeyertäge, Chriſti Himmelfahrt, Pfingſten, Johann des Taufers, Petri und Pauli, Martin- und St. Andreastag.

Nachher eigneten ſich die Päbſte, das Recht Feyertäge anzuordnen gemäs der Kirchenobrigkeitlichen Macht und Vollkommenheit an. 23) Die Biſchöfe

22) Lib. 1. c. 164.

23) Pabſt Innocenz III. befahl ſchon 1199. dem Biſchof zu Worms, daß er das Feſt Petri, und Pauli in ſeiner Diöceß feyern ſolle, und Pabſt VIII. gab 1642. eine Conſtitution die Feyerung der Feſttäge der Heiligen betreffend, welche Churfürſt Ferdinand zu Cölln erläuterte. Lünigs R. Arch. Spicil. eccleſ. Fortſ. 2. S. 224. 1016.

ſchöfe glaubten ihres Orts auch beſonders in den Diöceſen zu Anſetzung gewiſſer Feſttäge berechtigt zu ſeyn. Das Wachsthum des Mönchthums trug zur Vermehrung der Feyertäge noch mehr bey, die Religionstrennung in Deutſchland gab den Feyertägen in Deutſchland einen heftigen Stoß, und noch einen größern die Geſinnungen der katholiſchen Biſchöfe, welche als weltliche Regenten den Schaden einſehen, der dem Staat aus der großen Anzahl der Feyertäge, wegen dem Verfall der Nahrung, und des Dienſtfleiſes entſtehen. Man nahm daher in vielen Stiftern eine Reduction mit den Feyertägen vor. Einige Biſchöfe trafen die Einſchränkung mit Genehmigung des Pabſtes, andere glaubten ſich ſelbſt vermöge ihrer biſchöflichen Gewalt hierzu berechtigt zu ſeyn, und in einigen Stiftern bemerkte man, daß der Stiftsvorſteher die Verfügung mehr aus landesherrlicher als biſchöflicher Gewalt vornahm; in welchem Fall ſich die eximirten Pröbſte, und Aebte ſonderbar zeigten.

Mit päbſtlicher Genehmigung wurden auf Veranlaſſung des Biſchofs **Johann Theodor** 1751. in der Lütticher Diöceß Feyertäge aufgehoben, und mit andern vereiniget; die Verbindlichkeit Meſſe zu hören, blieb aber dennoch an den aufgehobenen Feyertägen. 24) Der Biſchof **Friedrich Wilhelm** zu **Paderborn** nahm nach einer 1784. erhaltenen päbſtlichen Bewilligungs-Bulle ebenfalls eine Verminderung der Feyertäge in ſeiner Diöceß vor. 25)

Würzburg, Bamberg, Augsburg, Coſtanz, und andere giengen ohne den Pabſt diesfalls nach ihrem Gutbefinden zu Werk. Der Biſchof von Coſtanz lies durch ſeine Deputirte auf dem Creistag zu Ulm vortragen, wie der Bedacht darauf zu nehmen

 wäre,

24) Godeau Kirchengeſch. Thl. 24. S. 230.
25) Schlözers Staatskanz. B. 7. Heft 27. S. 296.

wäre, die löblichen Stände dieſes Creiſes dahin zu vermögen, daß ſie in Einſchränkung der Feyertäge nach der Art, wie es diesfalls im Oeſterreichiſchen eingerichtet iſt, zu verfahren belieben möchten, um hierdurch in dem ſo weitſchichtigen Bisthum Coſtanz in dieſem Stück eine Gleichförmigkeit einzuführen.

Es kommt hiebey vorzüglich auf einige Fragen an, ob ein katholiſch-geiſtlicher Stiftsregent als Landesfürſt berechtiget ſey, Feyertäge in ſeinem Stiftslande anzuſetzen, oder abzubringen? Beydes wird aus dem Hauptgrund verneinet, weil die Feyertags-Beſtimmung unmittelbar zu den geiſtlichen Sachen gehört.

Die zweyte Frage: ob der Biſchof vermöge ſeiner biſchöflichen Gewalt Feyertäge anordnen könne? wird bejahet, weil jeder Seelenhirt in ſeiner Diöceß auch dasjenige in gewiſſen Dingen verfügen kann, wozu der Pabſt in der Römiſch-katholiſchen Chriſtenheit kraft ſeiner Kirchenoberhauptlichen Machtvollkommenheit berechtiget iſt. Hierzu gehört nun auch die Verminderung, oder Verlegung vorzüglich jener Feyertäge, die nicht von der ganzen Kirche angenommen, ſondern oft ſelbſt nur in einem Stift von dem Biſchof, oder von dem Volke willkührlich aufgenommen wurden. Biſchof Robert zu Lüttich verordnete, daß dem heil. Sacrament des Nachtmahls ein beſonderer Feſttag ſolle gehalten werden, und Pabſt Urban IV. ertheilte 1264. ſeine Beſtättigung hierzu. 26) Einen Feſttag dieſer Art abzubringen, welcher in der ganzen Römiſch-katholiſchen Kirche angenommen worden, würde einem Biſchof freylich nicht zuſtehen, am wenigſten aber räthlich ſeyn, ſolches zu thun.

Die dritte Frage: Hat auch der geiſtliche Stiftsregent als Landesherr etwas bey Verminderung der Feyertäge zu ſagen? ganz gewiß: z. B. als im Würz-

26) Lünigs R. A. Spicil. eccl. Thl. 2. S. 506.

Würzburgiſchen und Bambergiſchen die Feyertäge vermindert, und ſtatt der Arbeit mit Müßiggang und Faulheit in den Wirthshäuſern zugebracht wurden, ſo machte der Biſchof als Landesfürſt eine ſtrenge Verordnung dagegen. 27) Er ſagte: „dabey „kann unſere weltliche Gewalt nicht nur nicht gleich„gültig ſeyn, ſondern wir erkennen uns verbunden zu „ſeyn, auf hinlängliche Mittel zu denken, wie dieſem „Unweſen geſteuert werden könne."

Endlich entſteht noch eine weitere Frage: ob der Biſchof und Diöceſan in einem fremden Lande einen neuen Feyertag ohne landesherrliche Einwilligung einführen kann? Antwort: Nein. Da ſelbſt die Biſchöfe anerkennen, daß durch die vielen Feyertäge dem Staat Abbruch an Nahrung und Verdienſt geſchehe, ſo wird ſich ein Landesherr ſehr vergehen, wenn er ſeine Unterthanen durch den Befehl des Diöceſans wollte gefliſſentlich benachtheiligen laſſen. Das Gebott die Feyertäge zu halten, iſt eine Wirkung der geiſtlichen Gerichtsbarkeit, wozu der Landesherr in vielen Stücken ohnehin concurriret. Es wäre rühmlich, wenn alle Stiftsregenten dem Beyſpiel des Biſchofs Carl Niclas Alexander zu Lüttich nachfolgten, der 1765. durch eine ſcharfe Verordnung beſonders den Eltern die Sonntagsfeyerung befahl. Alsdenn könnte wohl dereinſt eine Verlegung der Feyertäge auf die Sonntage zu Stande kommen.

§. 1737.

und der Proteſtanten in den Stiftern.

Ganz andere Verhältniße ſtellen ſich aber in Anſehung der Feyertäge zwiſchen einem catholiſchgeiſtlichen Stiftsregenten, und ſeinen einer andern Religion zugethanen Unterthanen dar.

Es fragt ſich erſtlich, ob der catholiſche Stiftsregent ſeinen Unterthanen einer andern Religion ver-

 bieten

27) Journal v. und f. Deutſchland 1785. S. 182.

bieten könne an den Feyertägen der Catholiken nicht zu arbeiten? Hiebey kommt es auf die Hauptgrundſätze an: Haben die Unterthanen der andern Religion 1624. das öffentliche, oder Privatreligionsexercitium gehabt? in dieſem Falle kann der Landesherr ihnen die Arbeit nicht einſtellen; haben ſie aber nur die Haußandacht hergebracht, oder ſolche aus Gnaden erhalten, ſo müßen ſie ſich dem Befehl des Landesherrn fügen. Bey jenen, die nur aus Gnaden aufgenommen werden, bleibt die Annahmsvergünſtigung in Anſehung des quomodo ohnehin immer das Geſetz.

Obige Hauptregel gilt auch von den catholiſchen Stiftsunterthanen, die ſich in dem Gebiet eines proteſtantiſchen Landesherrn befinden.

Ueber dieſen Gegenſtand ſind bereits in den mehreſten Stiftern ſchon Verträge errichtet worden, zum theil ſind hierüber auch Religionsbeſchwerden und ſonſtige Streitigkeiten entſtanden, wodurch die Sache ins klare gekommen iſt, beſonders da nunmehr auch die Calenderſache ihre Abledigung erhalten hat.

Als Churmainz 1715. in dem eingetauſchten Flecken Wöllſtein die Evangeliſchen zu Haltung catholiſcher Feyertäge zwingen wollte, kam es zu Religionsbeſchwerden. 28)

Churmainz führte ſelbſt nachher in einem Schreiben an das Corpus Evangelicorum in der Cronenbergiſchen Angelegenheit 1739. andere Grundſätze: „kann mit irgends einigen Beyſtande geſagt werden, daß die evangeliſche Unterthanen cuiuscumque generis ihr Exercitium Religionis publicum, wie ſie es in dem Jahr 1624. quàcumque anni parte gehabt, und iuxta Inſtr. Pacis art. 5. §. 31. una cum annexis frey und ungeſtört behalten ſollen, wirklich noch haben — wo man dieſen, die catholiſche Feſte mit zu feyren,

28) Fabri Staatskanzl. Thl. 39. S. 580.

ſeyren, oder doch, daran ihre Arbeit zu unterlaſſen, anſinnet.“

In dem Churcöllniſchen Oedenkirchiſchen Vergleich von 1755. wurde §. 11. den Evangeliſchen verſprochen: „daß ſie nicht geſtrafet werden ſollen, wann ſie auf catholiſche Feyertäge in ihren Häußern in der Stille, mit verſchloſſenen Pforten und Kramläden, arbeiten; §. 14. haben die Churfürſtliche Commiſſarii zugeſagt, daß die Reformirte auf den vier Bet- und Bußtägen, welche ſie jährlich zu halten pflegen, mit den herrſchaftlichen Dienſten verſchonet, und darzu entweder den Tag zuvor, oder den Tag hernach nach herrſchaftlichem Gutbefinden, angewieſen werden ſollen; ingleichen ſoll, wann der catholiſche Paſtor bey der Erndezeit gut finden ſollte den Catholiſchen die Einfahrt der Früchten oder ſonſtige Notharbeit, auf Sonn- und catholiſche Feyertäg zu erlauben, den Reformirten ebenfalls die Einfahrt und Notharbeit (auf die bey dem herrſchaftlichen Beamten nachſuchende Erlaubniß) geſtattet ſeyn.“

In dem Fuldiſchen Revers wegen Fiſchberg von 1764. wurde den Fiſchbergiſcheu Unterthanen erlaubt, die allgemeine gewöhnliche nnd nach ihrer ſächſiſchen Kirchenordnung hergebrachte Buß- Bet- und Feſttäge, desgleichen die monatliche Bußtäge mit den eiſſenachiſchen Unterthanen zu feyren; dahingegen wolle man ihnen, die übrige catholiſche, bey den evangeliſchen nicht gewöhnliche Feyertäge zu feyern, nicht aufdringen, ſie dazu weder ſelbſt anhalten, noch anhalten laſſen, noch auf Ihnen etwas wieder die Religionsgebräuche und Gewiſſen laufendes zumuthen, oder ihnen dadurch eine Verſäumnis ihrer Haus- und Feldarbeit verurſachen.

In dem Hildesheimiſchen Receß von 1711. wurde beliebt: es ſollen auch die der Augsburgiſchen Confeſſion Zugethane, die catholiſche Feyertäge mit

zu feyern, keineswegs angeſtrenget werden: Jedoch aber, wann an einem catholiſchen Orte ein- oder anderer der Augsb. Confeſſ. Zugethaner wohne, ſollen dieſelbe gehalten ſeyn, von aller groben Hand- und Feldarbeit ſich an den catholiſchen Feyertägen zu enthalten; wie dann auch gleicher Geſtalt die Catholiſche, ſo an Orten Augsb. Confeſſ. wohnen, an den Feyer- und Bettägen Augsburgiſcher Confeſſion keine grobe Arbeit thun, auch an ſolchen Feyer- und Bettägen die der Augsb. Confeſſ. Zugethane zu keinen Dienſten bey den Aemtern und Gerichten verabladet noch angehalten werden ſollen.

Das Maaß, welches bey Hildesheim getroffen worden, iſt auch das billigſte, was ſich reciproce in der Sache thun läßt, dies verſteht ſich auf ordentliche Feſte und gottesdienſtliche Feyertage.

Nun gibt es auch noch auſſerordentliche Feſte, welche der Landesherr bey freudigen oder auch traurigen Ereigniſſen anſtellt. In dieſen Fällen iſt er befugt (unnachtheilig der Gewiſſensfreyheit eines jeden Religionstheils) die Haltung dieſer Feſte zu befehlen; kein evangeliſcher Landesherr kann aber ſeine catholiſche Unterthanen verbinden, das theils Orten übliche Reformationsfeſt, oder ein Jubiläum wegen der Reformation, oder Augsburgiſchen Confeſſion, oder einen Bet- und Bußtag mit zu feyren. Noch kann ein catholiſcher Stiftsregent ſeine evangeliſche Unterthanen nöthigen, ein von dem Pabſt ausgeſchriebenes Jubiläum oder etwas dergleichen mitzuhalten. 29)

Es kommt hiebey immer auf den Beſitz der Landeshoheit und des Entſcheidjahrs an, ob man dieſes, oder jenes vor ſich hat. Das Hochſtift Ellwangen wollte

29) Unterſuchung der Frage: ob ein catholiſcher Landesherr ſeine evangeliſche Unterthanen zu Mithaltung der catholiſcher Feyertäge zwingen könne? Fabri Staatskanzl. tom. 47. S. 362.

wollte den Freyherrn von Peil nicht zugeben, daß ſeine evangeliſche Unterthanen zu Deiſſtetten an catholiſchen Feyertägen im Feld arbeiten. Allein er ward durch ein Reichshofräthliches Erkenntnis 1772. in den Beſitz des juris territorialis und aller hievon anklebenden Rechten geſchützt. 30)

§. 1738.

Es fragt ſich, ob der Pabſt befugt ſey, einem Stiftsregenten zuzumuthen, daß er die Canoniſation einer in ſeinem Stift oder Diöceß im Ruf der Heiligkeit verſtorbenen Perſon nachſuche, oder ſolche auf Andringen des Pabſtes ſelbſt betreibe. Antwort Nein: die Sache hängt ganz von der Willkühr des Biſchofs ab. Dieſem kann der Pabſt die Beſtreitung der Canoniſationskoſten nicht zumuthen; und der Biſchof hat kein Recht von ſeinen Stiftsunterthanen ſolche zu begehren. In vorigen Zeiten wurden die Päbſte durch den Eifer der Biſchöfe zu den Canoniſationen aufgemuthet. Biſchof Engelbert zu Bamberg ſuchte 1152. um die Canoniſation des Kaiſer Heinrichs II. an. 31.) Auf die Veranlaſſung des Hochſtifts ward auch vom Pabſt Innocenz III. die Canoniſation der Kaiſerinn Kunigunda im J. 1200. vorgenommen. 32) Im J. 1110. verlangte Biſchof Udalrik zu Coſtanz die Canoniſation des H. Conrad Biſchofs zu Coſtanz von dem Pabſt Calixt II. 33.) Auf Betrieb des Hochſtifts Augsburg ertheilte 993. Pabſt Johann XVI. die Canoniſationsbull des heil. Ulrichs Biſchofs zu Augsburg. 34) Pabſt Clemens III. bewilligte 1189. dem Hochſtift Bamberg die Canoniſation des heil. Ot-

Canoniſationen.

30) Moſers Reichsſtaats Handbuch. Thl. 2, S. 292.
31) Lünigs R. A. ſpicil. eccl. Thl. 2. S. 25.
32) l. c. Thl. 2. S. 28.
33) l. c. Fortſ. 2. S. 457.
34) l. c. Thl. 2. S. 5.

to Biſchofs daſelbſt. 35) Heut zu Tage aber werden dergleichen Canoniſationen nicht mehr betrieben, es ſeyen dann freywillige Beyträge der Gutthäter vorhanden, welche zu Beſtreitung der Unkoſten hinreichen, weil die Biſchöffe und ihre Officialen insgemein ſelbſt müſſen bezahlt werden.

§. 1739.

Reiſe nach Rom

Hat der Pabſt das Recht einen deutſchen Biſchof wegen den Angelegenheiten ſeines Hochſtifts, oder der Wahlbeſtättigung nach Rom zu berufen, und iſt derſelbe ſchuldig zu erſcheinen? Vor Alters giengen die deutſchen Biſchöfe gerne nach Rom, weil der Aufwand noch nicht ſo groß war. Bonifaz war viermal als in den J. 718. 23. 38. und 50. zu Rom. 36) Die Erzbiſchöfe von Salzburg holten in ältern Zeiten ihre Beſtättigungen mehrentheils ſowohl zu Rom, als zu Avignon 37) und die Geſchichte der Reichsbiſchöfe zeiget faſt von jedem Jahrhundert bis auf das 17te viele Biſchöfe an, welche ſich nach Rom verfügten; in den leztern Jahrhunderten aber mehr aus freyer Willkühr, als auf Erfordern der Päbſte. Wenn jezt ein deutſcher Erz- oder Biſchof eine Reiſe nach Rom vornehmen wollte, würde das Stiftsland nichts einwenden, ſo ferne der Biſchof aus ſeinen Revenüen die Koſten bezahlt. Sobald er aber ſolche von dem Land erforderen würde, hat ſelbes nicht den geringſten Beruf ſolche zu beſtreiten. Die Confirmationen von Rom zu erholen, iſt bereits gegen den römiſchen Hof von Seite der deutſchen Biſchöfe verjähret. Sie tragen zugleich weltliche Regierungs-Bürden, mithin kann ihnen die Reiſe nach Rom nicht zugemuthet werden. Und betrift die

Reiſe

35) l. c. Thl. 2. S. 27.
36) Ioann. rer. mog. tom. 1. S. 224.
37) Nachrichten von Juvavien. S. 205.

Reiſe etwa nur eine Privatſache des Biſchofs, eine Beförderung zum Cardinalat oder dergleichen, ſo geht dieſes das Stiftsland ohnehin nichts an.

§. 1740.

Leihhäuſer.

Wie weit die Leihhäuſer, oder die ſogenannte montes pietatis zu geiſtlichen Stiftungen gehören, hängt von der Errichtungs-Abſicht ab, und wem es zur Verwaltung übertragen worden. Erzbiſchof Jacob Ernſt zu Salzburg errichtete 1745. zur Hilf der Armen und Nothleidenden den montem Pietatis das milde Leihhaus, und vermachte 20,000 fl. dazu. 38) Insgemein werden dergleichen Leihhäuſer nur als weltliche Gegenſtände betrachtet, und wenn ſie der Biſchof nicht abſolute für eine geiſtliche Stiftung will gehalten haben, ſo ſteht ihm auch als Biſchof kein Concurrenzrecht zu.

§. 1741.

Ableben auſſer Lande.

Es fragt ſich, wenn ein Biſchof auſſer Land eines natürlichen oder gewaltſamen Todes verſtirbt, wer die Koſten ſeiner Beerdigung zu zahlen habe? die erſte Frage hiebey wird ſeyn, wer ſein nachgelaſſenes Vermögen erhalte? und dieſer zahlt auch die Beerdigungskoſten. Wie aber wenn er kein Vermögen hinterläßt? So iſt das Stiftsland aus gemeinen Landesmitteln ihrem Regenten dieſe Ehre ſchuldig.— Wenn aber der Stiftsregent durch ſein eigenes Verſchulden im Auslande ſich einen gewaltſamen Tod zugezogen hat, wie ſich mehrere Beyſpiele 39) vorfinden, ſo muß das Land dennoch der Achtungs-

38) Godeau Kirchengeſch. Thl. 17. S. 195.

39) 1356 ward B. Johann zu Coſtanz ein Freyherr von Windeck von Conrad von Stokach umgebracht. Biſchof Ludwig zu Lüttich ward 1482. ohne Rückſicht auf ſein königliches Geſchlecht und Biſchöfliche Würde von Wilhelm Grafen von Arnsberg in einem Treffen gefangen, und ermordet. Die Lütti-

Achtungspflicht gegen ihr Oberhaupt nicht vergeſſen, und für deſſen Beerdigung Sorge tragen. Die Ueberſetzung in das Stiftland kommt auf die Mittel, und den Willen des Domkapituls an. Biſchof Ezbert zu Münſter ſtarb 1131. zu Cölln, und ward nach Münſter überſetzt. B. Herrmann zu Hildesheim reißte nach Jeruſalem und ſtarb 1174. auf dem Rückweg in Welſchland, woſelbſt er begraben wurde. B. Wilhelm zu Lüttich ſtarb 1239 zu Viterbo, und ſein Cörper ward nach Savoyen geführt. Erzbiſchof Conrad zu Mainz ſtarb 1200. zu Paſſau, es ward allda mit groſen Pracht auf Koſten der Paſſauerkirche das Leichbegängnis gehalten, und der Körper nach Mainz geſchickt. Es kommt blos auf die Umſtände an. Die Hauptfrage beſtehet aber hierinn: wenn ein Stiftsregent in einem andern ihm nicht zugehörigen Stiftslande verſtirbt, ob der fremde Stiftsregent das Recht habe, ihn nach ſeiner Willkühr beerdigen zu laſſen. Wenn es mit gemäſigten Koſten geſchieht, kann das Land des Verſtorbenen nichts dagegen einwenden, weil es immer ſelbſt mehr Koſten gehabt hätte. So ferne aber der fremde Stiftsregent durch die Beerdigung gröſere Unkoſten, als ſelbſt das Stiftsland des Verſtorbenen aufgewandt hätte, veranlaſſen würde, ſo kann dieſes ohne Rückfrage bey dem verwaißten Stiftslande nicht geſchehen.

Endlich wenn ein Pluralitäts Biſchof in einem ſeiner Bißthümer, oder Probſteyen, wo er nicht insgemein reſidirt, verſtirbt, und allda begraben wird, wer zahlt die Koſten? Alles wird von der Erbſchafts-Maſſa des Hinterlaſſenen beſtritten.

§. 1742.

Lütticher blieben ganz unempfindlich dabey. Godeau Kirchengeſ. Thl. 24. S. 109. Thl. 26. S. 81.

§. 1742.

Die geiſtlichen Verlaſſenſchaften aus einander zu ſetzen, und in ſtreitigen Vorfällen hierüber zu erkennen, dies gehört, wenn der Fall ſich in dem Stiftslande ergibt, zu den geiſtlichen Gerichten. Wenn ein Geiſtlicher in einem fremden Land, aber doch in der Diöceß mit Tod abgeht, ſo bleibt des Verſtorbenen Nachlaß der Gerichtsbarkeit ſeines Diöceſans unterworfen, jedoch concurrirt der weltliche Landesherr ebenfalls hiebey, wie ich von Baiern insbeſondere (§. 1380.) gezeigt habe. Nur iſt zu bemerken, daß in Fällen, wo die Schulden das Vermögen überſteigen, von den biſchöflich- und landesherrlichen Gerichten der Weg der gütlichen Handlung zu einem Nachlaß mit den Creditoren eingeſchlagen werden müſſe, damit der Ehre eines jeden Geiſtlichen geſchont werde, und man nicht ſo leicht zu einem Gantproceß ſchreiten ſolle. Das Concordat zwiſchen Augsburg und Baiern vom J. 1684. poſ. 4. und 5. gibt hierinn Maaß. Der Receß zwiſchen Baiern und Paſſau vom J. 1690. §. 18. beſtimmt, daß bey Geiſtlichen die Inventuren niemal zu unterlaſſen ſeyn. Die Concordaten zwiſchen Baiern und Freiſingen vom J. 1718. ſetzen §. 3. die Taxen bey geiſtlichen Verlaſſenſchaften feſt. Was der Ordinarius für einen Abzug an dem Vermögen des Verſtorbenen zu machen habe, hierüber iſt in dem Receß zwiſchen Baiern und Augsburg vom J. 1684. §. 10. und in dem neuerlichen Concordat vom J. 1785. vorgeſehen worden. Aus dieſem ergibt ſich, daß mit den mehrſten Stiftern, wo andere Landesherren eine concurirende Gerichtsbarkeit hergebracht haben, bereits Receſſe in der Mitte liegen, und wo deren keine ſind, das Herkommen gröſtentheils entſcheiden müſſe.

Geiſtliche Verlaſſenſchaften.

§. 1743.

§. 1743.

Jahrtag. Die Jahrtäge (anniverſaria) gehören ebenfalls zu den geiſtlichen Stiftungen, und unter die Oberaufſicht des Biſchofs, wenn ſchon das Capitul die Verwaltung derſelben hat, um zu ermäßigen, ob der Wille des Stifters erfüllt werde. Die vereinigten Erzbiſchöfe haben bey dem Emſer Congreße in ihrer Punctation n. 3. darauf angetragen, daß dergleichen Stiftungen beſſer verwendet würden. Allein dieſe Abſicht mißfiel aus Urſachen, die ich ſchon anderwärts bemerkt habe. Es iſt zwar bekannt, daß man von Fegfeuer, Fürbitt, Opfermeſſen, vor Bonifazens Ankunft in Deutſchland nichts gewußt habe. 40) die Biſchöfe gaben aber zu den Jahrtagen ſelbſt den Anlaß. Schon zu Dingelſingen machten die Biſchöfe und Aebte 772. einen Vertrag, daß bey Abſterben eines Biſchofs oder Abts 100 Meſſen pro defuncto ſollen geleſen, und die Pſalmen abgeſungen, für einen Prieſter oder Mönchen aber nur 30 Meſſen geleſen werden. 41) 1320. gab der Abt zu S. Jacob zu Lüttich dem Erzbiſchof Balduin zu Trier die Theilnehmung an dem Gebett ſeines Cloſters. 42) Durch dieſe Kunſtgriffe lockten die Mönche ſowohl geiſt- als weltliche Perſonen zu Stiftung der Jahrtäge an, und gegenwärtig würde man den Biſchof, oder bemittelten Prieſter für einen Illuminaten, oder gar für einen Ketzer halten, der keinen Jahrtag geſtiftet hätte. Es fragt ſich nun, ob dergleichen geſtiftete Jahrtäge von dem Biſchof können verändert, oder gar aufgehoben werden? Antwort: Nein! der Verſtorbene hat mit der Landesherrſchaft, welche von ſeinem Nachlaß die Gebühren bezog, gleichſam ſtillſchweigend contrahirt, daß ſeine letztwillige Dispoſition

40) Lehmann Speyr. Chronik. S. 137.
41) Meichelbeck hiſt. Friſing. tom. 1. S. 72.
42) Hontheim hiſt. trev. tom. 2. S. 98.

tion gehalten werde; und in dieſem Stück muß es auch dabey bleiben. So viel hingegen bleibt der Kirche unbenommen, daß, wenn ein oder andere geſtiftete Jahrtäge an ihren Einkünften Verluſt gelitten und geſchwächt worden ſind, mehrere zuſammen geſchlagen und vereinigt werden können; weil hierdurch dennoch die Intention des Erblaſſers erreicht wird. Beyſpiele von allen Stiftern beſtättigen dieſen Satz.

§. 1744.

Die Ablaßſache gehört eigentlich in das Kirchen- und nicht in das geiſtliche Staatsrecht. Da aber die Ablaßkrämerey dem gemeinen Weſen äußerſt nachtheilig iſt, ſo fragt ſich, ob der geiſtliche Stiftsregent als Biſchof nicht den Abläßen, die hauptſächlich durch die Speculationen der Mendicantenklöſter ſo, ſehr vermehret werden, daß man ſich in die Zeiten der Ablaßkrämerey an einigen Orten faſt zurückgeſetzt ſiehet, eine Einſchränkung zu treffen berechtigt ſey? Aus Kampers 43) vortreflichen Geſchichte de indulgentiis iſt bekannt, daß die Päbſte ſich immer entgegen geſetzt haben, wenn die Biſchöfe Abläſſe ertheilen wollten. Ich finde bey Gudenus, 44) daß der römiſche Hof Anſtand genommen habe, die Abläße der Erzbiſchöfe zu beſtätigen, weil dieſe und insbeſonders Erzbiſchof Walram zu Cölln ſchon 1338. Statuten gegen den Mißbrauch der Abläße gemacht hatte, 45) nun hat ſich ſeit der Reformation die Denkart in Anſehung der Abläße ſehr geändert; indem der tridentiniſche Kirchenrath dem Pabſt ſelbſt die Gewalt Abläße nach freyer Willkühr zu ertheilen nicht vorbehalten hat. Die Biſchöfe ſind daher berechtigt Abläße.

43) hiſtoria indulgentiarum cum reflexionibus dogmaticis. Mog. 1787.
44) l. c. P. 2. 666.
45) Lünig Reichsarch. Spicil. eccleſ. Fortſ. 2. S. 457.

rechtigt keine päbſtliche Ablaßbulle, wenn ſie ſolche der Erfordernis und den Umſtänden nicht angemeſſen finden, anzunehmen, 46) ſo wie ſie ſelbſt ihrer Biſchöflichen Gewalt nach befugt ſind, in Nothfällen Abläße zu ertheilen. 47) Betrachtet man endlich, wie viel der Staat bey der groſen Menge der Abläße leide, ſo iſt gar keine Frage, daß der Biſchof nicht ſolche auf eine gewiße Anzahl reformiren, und beſtimmen könne.

§. 1745.

Etwas Bezugsweis.

Es könnten noch manche einzelne Gegenſtände, welche in das geiſtliche Regierungsweſen der catholiſch-geiſtlichen Reichsſtifter einſchlagen, hier abgehandelt werden. Ich müſte aber zu unangenehmen Wiederhohlungen ſchreiten, indem das mehrſte bereits in dem 40ſten und 43ſten Capitel vorgetragen worden iſt.

§. 1746.

Schriften.

Zu dieſem Capitel gehören eigentlich nachſtehende Schriften, und zwar

a) in Anſehung der Feyertaghaltung überhaupt:

de *Buiningk* (Goſw. Ioh.) Prüfung der Erörterung der Frage: ob ein proteſtantiſcher Landesherr ſeine catholiſchen Unterthanen zu Mitfeyerung der vor ſeine Religionsverwandten beſtimmten Bustäge anhalten könne? Duisburg 1753. 4.

Bocris

46) In der Emſer Punctation n. 4. ſetzen die Erzbiſchöfe feſt, keine Bullen mehr ohne biſchöfliches Placet anzunehmen. Hierunter werden die Ablaßbullen nothwendig auch zu verſtehen ſeyn.

47) Die doppelte Regel, welche wegen der nothwendigen Reduction der Abläße gegeben wird, nehmlich a) indulgentiae ſint paucae, b) et antiquos canones redoleant iſt ſehr weislich, wenn ſie nur befolgt würde.

Bocris (Ioh. Hen.) de poteſtate ſtatuum imperii, ſubditis ſuis diverſae religionis indicendi ferias, legibus imperii non incongruo. Bamberg 1748. 4.

von Cramer (Joh. Ulr.) ob ein proteſtantiſcher Landesherr ſeine catholiſche Unterthanen zur Mitfeyerung der für ſeine Religionsverwandte beſtimmten Bet- Buß- und ſonſtiger Feyertage anhalten könne, in ſeinen opuſcul. tom. 3. n. 6.

und insbeſondere

Strube (Dav. Geo.) von dem Recht der unter catholiſcher Landesobrigkeit geſeſſenen evangeliſchen Unterthanen, Feſttage anzuordnen. In ſeinen Nebenſt. Thl. 3. Abhl. 16. S. 210. 266.

An den Churfürſten von Cölln, als Biſchofen zu Hildesheim, Vorſtellung der Landſtände des Hochſtifts Hildesheim, worinn dargethan wird, daß ſich das Stifthildesheimiſche Conſiſtorium Auguſt. Conf. in unſtreitiger Poſſeſſion vel quaſi der Gerechtigkeit, Feyer- und Feſttäge, inſonderheit die evangeliſche Jubiläa, ohne Zuthun der catholiſchen Landesobrigkeit auszuſchreiben, und anzuordnen jederzeit befunden, und ſolches Befugnis in dem Inſtrumento Pacis Weſtph. und Conſiſtorialreceß de an. 1651. feſt gegründet iſt. 1730. Fol.

b.) von den Ablåßen überhaupt:

Hamber (Wigand:) hiſtoria indulgentiarum cum reflexionibus dogmaticis. Moguntiae 1787.

Vier und ſechzigſtes Capitel.

Von denen Religionsbeſchwerden in den Landen der C. G. Reichsſtifter.

Inhalt.

§. 1747.) Einleitung. 1748.) Was zu Religionsbeſchwerden gehöre? 1749.) Gattungen. 1750.) Bamberg. 1751.) Berchtolsgaden. 1752.) Cölln. 1753.) Corvey. 1754.) Coſtanz. 1755.) Deutſcher Orden. 1756.) Eichſtätt. 1757.) Fulda. 1758.) Hildesheim. 1759.) Johanniter Orden. 1760.) Kempten. 1761.) Maynz. 1762.) Münſter. 1763.) Osnabrück. 1764.) Paſſau. 1765.) Salzburg. 1766.) Speyer. 1767.) Trier. 1768.) Worms. 1769.) Würzburg. 1770.) Abhelfmittel. 1771.) Forum. 1772.) Schriften.

§. 1747.

Einleitung. Wenn man die allgemeine und beſondere Geſchichte der deutſchen Reichsſtifter zur Hand nimmt, ſo iſt es nicht zu bewundern, daß in dieſen Landen ſich weit mehrere Religionsbeſchwerden als in andern Staaten darſtellen. Die geiſtlichen Stiftsländer empfanden den Verluſt ſo vieler Güter und Renten wegen der Reformation ſehr hart. Die Diöceſane ſchmerzte der Verfall ihrer geiſtlichen Gerichtsbarkeit. Der Stiftsunterthan glaubte neben andern Religionsgenoſſen nicht mehr leben zu können. Vorurtheile und Religionshaß ſchienen in dieſen Staaten ein unvertilgliches Uebel zu ſeyn. Aufklärung und Biederſinn ſah man in dieſen Staaten durch Jahrhunderte als eine Triebfeder zur gänzlichen Unterdrü-

ckung des Catholiciſmus an. Der Prediger, der Schullehrer, der Kindererzieher, ſuchten ihren Untergebenen vielmehr üble Denkart gegen andere Religionsbekenner einzuflößen, als ſolche zu benehmen. Eine verborgene Gährung gegen andere Religionsverwandte ward immer im Stillen unterhalten. Die groſſe Anzahl der Mönche in dieſen Staaten arbeiteten nach ihrem Berufe der brüderlichen Dultung öffentlich entgegen. Die Tolleranz ward nur in dem Falle begünſtigt, wo es um politiſche Vortheile zu thun war. Alle dieſe Urſachen zuſammen genommen zeigen es klar, daß in dieſen Staaten die Religionsbeſchwerden mehr als in andern überhand nehmen muſten, und die nachfolgende Anzeige der Beſchwerden beſtätigen dieſe Vorausſetzung unläugbar. Moſer hat in ſeinem Tractat von der Landeshoheit im Geiſtlichen 1) den Wunſch geäußert, daß es ſehr nützlich wäre, wenn die Religionsbeſchwerden von einem jeden einzelnen deutſchen Reichslande geſammelt würden. Oertel hat zwar in ſeinem Repertorium 2) der geſammten evangeliſchen Religionsbeſchwerden, welche bey dem Hochpreißl. corpore Evangelicorum von 1720 bis 1770 angebracht worden, ſchon das Eis ziemlich gebrochen, allein derſelbe iſt deſſen ungeachtet noch ſehr weit zurück geblieben. Ich habe nach dem Plane dieſes Staatsrechts alles, was mir in actis publicis von Religionsbeſchwerden vorkam, genau zuſammengetragen, und hoffe allerdings durch eine Anzeige derſelben nützlich zu ſeyn. Die Religionsbeſchwerden eines jeden einzelnen Reichsſtifts umſtändlich zu beſchreiben, würde der zum Grund genommenen gedrängten Behandlungsart entgegen laufen, und auch überflüſſig ſeyn. Es mag genug ſeyn, bey jeder Beſchwerde, ſo wie es auch Oertel tha-

1) C. 13. §. 4. S. 800.
2) Regensburg. 1770. f.

thate, die Quellen anzuzeigen, wo die weitläuſtigen Nachrichten zu finden ſind.

§. 1748.

Was zu Religionsbeſchwerden gehöre.

Der Weſtphäliſche Friede ſichert mit klaren Worten denen evangeliſchen Unterthanen, unter catholiſchen Regenten, und eben ſo den catholiſchen Unterthanen, unter evangeliſchen Landesherren, diejenige öffentliche und Privatreligionsübung, die ſie 1624. zu irgend einer Zeit des Jahrs beſeſſen haben, mit allen Zugehörden, ſo weit ſie ſolche damals ausübten, oder, daß ſie für ſie ausgeübt worden, beweiſen können, unter welchen die Beſtellung der Conſiſtorien oder geiſtlichen Gerichte, Kirchen- und Schulämter, Patronat- und andere ähnliche Rechte verſtanden werden ſollen, wozu auch der Beſitz aller damals in ihrer Gewalt gehabten Kirchen, Stiftungen, Klöſter, Spitäler, und aller ihrer Pertinentien, Einkünfte, und Zuwachſes gehöret.

§. 1749.

Gattungen.

Die Gattungen der Religionsbeſchwerden hat Pütter 3) ſehr kurz zuſammengefaſſet. Allein nach dem Verhältniß der deutſchen Stifter glaube ich, daß es vier Hauptgattungen der Religionsbeſchwerden gebe. Die erſte, wenn die Unterthanen einer andern Religion gegen ihren Stiftsregenten klagen. Die zweyte, ſo ferne der Stiftsregent gegen die Unterthanen einer andern Religion directe klagt, und die dritte, wenn die Unterthanen von beiderley Religionen mit einander in Streit gerathen, und die vierte, wenn der Stiftsregent z. B. als Lehenherr, als Schutzherr, oder in einer andern Eigenſchaft für einen, oder den andern der ſtreitenden Theile interveniren muß.

Von

3) In inſtit. juris publici §. 418. 419. S. 452. ꝛc.

Von allen dieſen Gattungen wird man in der Folge Beyſpiele finden.

§. 1750.

In den J. 1748 = 52. führte die Hofmark Fürth nebſt den dazu gehörigen Dorfſchaften puncto eines aufzudringenden catholiſchen Gerichtsſchreibers gegen die Domprobſtey zu Bamberg als daſige Gemeindsherrſchaft Religionsbeſchwerden. 4) Bamberg.

Wegen Einführung des Simultanei und noch anderer Bedruckungen in dem Seckendorfiſchen Dorf Unterleinleiter entſtand 1767. gegen Bamberg und Würzburg eine Religionsbeſchwerde. 5)

§. 1751.

Wegen denen emigrirten Berchtolsgader Stiftsunterthanen, die ſich zu Regensburg und Nürnberg aufhielten, nachdem man ſie im Salzburgiſchen und Berchtolsgadiſchen mit Gefängnisſtrafen belegte, kam es 1708. zu Religionsbeſchwerden, 6) die ſich in der Folge ſehr anhäuſten. Berchtolsgaden.

§. 1752.

Die Evangeliſch = Reformirte Unterthanen in Naſſau = Siegen, katholiſchen Antheils brachten 1724. bey dem Corpore Evangelicorum gegen die daſige Chur = Cöllniſche Adminiſtrations = Commiſsion, und Commiſsions = Canzley, puncto der von derſelben gegen reformatos in eccleſiaſticis dem Weſtphäliſchen Frieden, und der Poſſeſsion auch dem kaiſerlichen Dekret Cölln.

4) Schauroths Sammlung aller concluſor. corp. evangelicor. t. 1. S. 687. Oertell, c. S. 34.

5) Struve Hiſt. der Religionsbeſchwerden. Thl. 2. Neue Staatskanzl. Thl. 24. S. 101.

6) Fabri Staatskanzley tom. 13. 22. 34. 39. 52. 61. 62. 93. Schauroth t. I. 113. 119. 120. 122. 125. 857. 858. tom. 2. 588. 648. 781.

ret zuwider vorgenommenen Attentaten, Bedrängniſſen, und Exceſſen ihre Religionsbeſchwerden an. 7)

Im J. 1747 und 48. klagte der Freyherr von Milendonk gegen die Churcöllniſche Beamte zu Rheinberg, wegen Religionsbedrängniſſe zu Hörſtgen. 8)

Wegen der Herrſchaft Oedenkirchen Reformirten Gemeinde entſtanden gegen das Erzſtift Cölln verſchiedene Religionsbeſchwerden in puncto Contraventionum. 9)

§. 1753.

Corvey. Die Evangeliſche Gemeinden zu Amelunxen, und Bruchhauſen im Fürſtenthum Corvey brachten gegen den Fürſt Abt ihre Religionsbeſchwerden 1777. bey dem Corpore Evangelicorum an, damit die Reſtitution der Evangeliſchen Kirchen dem Entſcheidjahr 1624. gemäs bewirkt werde. 10)

§. 1754.

Coſtanz. 1740. proteſtirte die Würtembergiſche Landſchaft gegen die bey der Frau Herzoginn von Würtemberg durch den Coſtanziſchen Weybiſchof in dem fürſtlichen Cabinet vorgenommenen biſchöflichen Verrichtungen, und brachte die Sache an den Kaiſer, und das Corpus Evangelicorum, wie ich ſchon gemeldet. 11)

Bey Reichshofrath kam des weitern vor. Lunae 13. Ian. 1783. zu Coſtanz biſchöfliche curia c. den Her-

7) Fabri Staatskanzley. Thl. 12. 13. 14. 15. 17. 21. 38. 46. 48. Schauroths Sammlung Thl. 2. S. 213. 219. 220. 21. 235. 43. Thl. 3. 977. Oertel. S. 69.
8) Schauroth. Thl. 2. 10. Oertel S. 48.
9) Fabri Staatskanzley. Thl. 16. 17. Schauroth Thl. 2. 256. Thl. 3. 559. 936. Oertel. S. 69.
10) Fabri neue Staatsk. Thl. 51. S. 245.
11) Fabri Staatskanzley T. 78. S. 81.

Herzog zu Würtemberg Mandati et par. puncto religionis Gravaminum vice v. reviſionis.

Dann 2. April. 1787. zu Coſtanz biſchöfliche curia c. den Herzog von Würtemberg puncto gravaminum Religionis.

§. 1755.

Zwiſchen dem Deutſchen Orden und Brandenburg, Onolzbach kam es 1730 und 1731. wegen der Epiſcopalſtreitſache zu Althauſen zu Religionsbeſchwerden, und nachher zu heftigen Streitigkeiten wegen denen von dem Deutſchen Orden unternommenen Thätlichkeiten. 12) Deutſcher Orden.

Die Religionsbeſchwerden der Reichsſtadt Nördlingen gegen den Deutſchen Orden wegen Veränderung eines Marienbildes an dem dortigen Caſtenhaus vom J. 1717. dauerten durch mehrere Jahr fort. 13)

Den 14. May wurde von dem Reichshofrath ein Reſcript an den Herrn Deutſchmeiſter erkannt: Die zur Balley Franken gehörige Gemeindsleute zu Theilenhofen von Beſuchung des daſigen Gottesdienſtes, und der Kinderlehre, ſo wie von der Verrichtung der ſämmtlichen Actuum parochialium bey dem alldaſigen Speth Pfarrer nicht nur directe noch indirecte , . . abzuhalten, ſondern vielmehr dieſelbe zu dieſer ihnen obliegenden Schuldigkeit durch gemeſſene Strafbefehle ernſtlich anzuweiſen, auch die dem erwehnten Pfarrer durch die bißherige Weigerung entzogene Jura ſtolae unverzüglich erſetzen zu laſſen ꝛc. Wobey jedoch erſterwehnten Gemeindsleuten allemahl ohnbenommen bleibe, ihre wieder den Pfarrer Speth zu haben vermeinte Beſchwerden in foro competenti gehörig ein- und auszuführen. 14)

12) Fabri Staatsk. Thl. 58. S. 191. Thl. 59. 314. Oertel. S. 3.
13) Fabri Staatsk. Thl. 31. S. 1. Oertel. S. 62.
14) Mosers Zuſätze Thl. 2. S. 1024.

§. 1756.

Eichſtätt. Brandenburg-Onolzbach klagte im J. 1700. wegen Cronheim, und Göllersreith, ſeine Religionsbeſchwerden gegen Eichſtätt ein, welches dieſe Pfarreyen zu reſtituiren hatte. 15)

Im J. 1722. kam es wegen Ebenried gegen Eichſtädt von Seiten Pfalz-Neuburg zu Religionsbeſchwerden, weil der Weybiſchof alda eine Viſitation in der evangeliſchen Kirche vornahm. 16)

§. 1757.

Fulda. Gegen das Hochſtift Fulda ergaben ſich 1717. und 1720. wegen den Eingriffen in der Pfarr Langenſchwarza Religionsbeſchwerden. 17)

Wegen Einführung des Simultanei, und Erbauung einer Kirche in dem Städtgen Burghaun, und den dazu gehörigen Filialen Großen-Mohra, und Grüb rc. muſte das Hochſtift harte Religionsbeſchwerden aushalten. 18) Die Evangeliſche zu Burghaun beſchwerten ſich bey dem Corpore Evangelicorum, daß verſchiedene aus ihrem Mittel mit dem Hochſtift einen Privatvergleich errichtet. Im J. 1769. wurde die Fuldaiſche Vergleichsanzeige bey Reichshofrath ad acta dekretirt. 19)

In dem Fiſchbergiſchen von Sachſen an Fuld überlaſſenen Antheil machte der Religionspunct dem Hochſtift viel zu ſchaffen, bis endlich hierüber 1764. ein Vergleich zu Stande gekommen iſt, wovon ich vorwärts ſchon vieles angeführet habe. 20)

§. 1758.

15) Fabri Staatsk. Thl. 4. S. 171.
16) Fabri Staatsk. Thl. 39. S. 567. rc. 41. 43. 47. 63. 69. 70.
17) Fabri Staatsk. Thl. 41. S. 510.
18) Fabri Staatsk. Thl. 42. 93. neue Thl. 17. S. 444.
19) Moſers Zuſätze. Thl. 1. S. 563.
20) Fabri neue Staatsk. Thl. 14. S. 381.

§. 1758.

Die Hildesheimiſchen Landſtände führten ſchon 1695. in camera imperiali ihre Religionsbeſchwerde, wegen einem zu Weſtfelde vorgenommenen Capellenbau gegen den Biſchof zu Hildesheim aus. 21) Hildesheim.

1703. hatte Braunſchweig gegen das Hochſtift wegen Beſetzung der Pfarr Sarrſtädt, und Arreſtirung der nach Schwigfeld gehörigen Glocken, neue Religionsbeſchwerden. 22)

Von 1720 bis 1761. dauerten die Religionsbeſchwerden gegen den Churfürſten zu Cölln als Biſchofen zu Hildesheim, und daſiges Hochſtift wegen der Verdrängung eines evangeliſchen Bürgers zu Hildesheim von ſeinen durch ordentlichen Kauf erhaltenen jure quaeſito, denn wegen der Beeinträchtigungen der Evangeliſchen daſelbſt überhaupt, auch wegen dem daſigen Tumult, und der angeordneten Inquiſitionscommißion. 23)

Gelegenheitlich der Abſetzung eines Evangeliſchen Pfarrers zu Hildesheim kam es zu einer Religionsbeſchwerde von Seite der Evangeliſchen Stände gegen das Hochſtift, und ſelbſt gegen den Reichshofrath wegen eines 1750. erkannten Mandati reſtitutorii et caſſatorii. 24)

Unter denen an den Kaiſer 1761. gebrachten Religionsbeſchwerden finde, daß die Stadt Hildesheim auch gegen die biſchöfliche Regierung deren noch einige gehabt habe. 25)

Das mehrſte von den Hildesheimiſchen Religionsbeſchwerden kommt in dem Hildesheimiſchen Landtagsabſchied von 1657. vor: „alsdann (heißt es) auch

21) Fabri Staatskanzley Thl. 38. S. 444.
22) Fabri Staatsk. Thl. 8. S. 844.
23) Fabri Staatsk. Thl. 8. 10. 38. 52. 53. 54. 57. Oertel S. 45.
24) Fabri Staatsk. Thl. 26. 27.
25) Fabri neue Staatsk. Thl. 5. S. 315.

auch theils an Seiten Ritterſchaft und Städten, theils auch der Löbl. Landſtände insgemein unterſchiedliche Beſchwerniſſen vorgebracht, und zwar erſtlich von gemelter Ritterſchaft, und Städten geklaget worden, daß die Augs. Confeßionsverwandte etlicher Orten in dem beeinträchtiget würden, daß ihre Kirchen zu Verrichtung des katholiſchen Exercitii mit Gewalt eröffnet, wie auch daß die Prediger, Schul- und Kirchendiener, wider die Obſervanz des Jahrs 1624 vor die Beamten gezogen werden wollten; ſo haben ihre Churfürſtliche Durchlaucht ſich darauf gnädigſt erkläret, daß ſie Verſicherung, und Befehl ergehen laſſen wollen, daß ſolches abgeſtellt, und dergleichen turbationes ferner nicht geſchehen, ſondern die Uebertreter mit Ernſt angeſehen, und beſtraft werden ſollten ꝛc.

Im J. 1681. wurden dem Biſchof wieder Religionsbeſchwerden übergeben: es ward Remedur verſprochen, aber ſie erfolgte nicht. Durch mehrere Schreiben forderten die Evangeliſche Landſtände, daß den Beſchwerden abgeholfen werde. Da aber alles ohne Wirkung war, ſo ward 1696. die Sache an das Reichscammergericht gebracht, welches auch gegen den Biſchof, und die Mitbeklagte ein Mandatum erkennte, aber doch den Beſchwerden kein Ende machte.

§. 1759.

Johanniterorden.

Die Stadt Worms klagte 1770 bey dem Corpore Evangelicorum ihre Religionsbeſchwerden gegen den Johanniterorden dahin ein, daß mit Haltung öffentlichen Gottesdienſtes ein- bis zweymahl in der Woche continuirt, bey der katholiſchen Oſtermontags-Proceßion mit Läutung des Glöckleins ein Zeichen gegeben, und auf Johannis Bapt. mit Paucken, und Trompeten Muſik, und eine feyerliche Meſſe gehalten

halten werde. Im Jahr 1766. ſeye eine neue Inſcription geſetzt, an Seiten der Stadt aber wieder ausgeſtrichen, hingegen vom Kammergericht ein Mandatum cum Clauſula gegen die Stadt erkannt worden. Dem iſt beygefügt eine etwas ältere: Gegründete Wiederlegung eines von Seiten des Ritterlichen Maltheſerordens wieder die Reichsſtadt Worms übergebenen pro memoria, puncto anmaßlich-Reichsfriedensſchluswidriger Religionsneuerung in dem Ordenshaus zum weiſen Creuz cum Adj. ſub n. 1. bis 6.

Es wird darinn behauptet, daß ſonſt nur bey denen Capitularverſammlungen ein Privatgottesdienſt gehalten worden ſeye, und geklagt, daß nun ein öffentlicher Gottesdienſt daraus gemacht werden wolle, dergleichen doch der Orden im Jahr 1624. nicht gehabt habe. 26)

§. 1760.

Die Gemeinden Grönebach, Herbishofen und Theinfeldern führten 1699. ihre Religionsbeſchwerden gegen das fürſtliche Stift Kempten wegen Beeinträchtigkeiten jure ſepulturae aus. 27) Es gieng auch hauptſächlich dahin aus, weil Kempten der 1692 ausgeſtellte Religions-Aſſecuranzacte wegen Rothenſtein und Grönebach ꝛc. zuwider gehandelt hatte. Kempten

§. 1761.

Das Erzſtift Mainz, welches faſt ringsumher von Gebieten der proteſtantiſchen Religion umgeben iſt, und durch die Reformation am ſtärkſten gelitten hatte, ſah ſich faſt wegen jedem Schritt einer Religionsbeſchwerde ausgeſetzt. Maynz.

Im J. 1695. klagte die Gemeinde zu Badenheim gegen Churmainz, wegen Hinwegſchaffung des

26) Moſers Staatshandbuch Thl. 2. S. 313. Oertel. S. 105.
27) Fabri Staatsk. Thl. 5. S. 2.

des proteſtantiſchen Predigers 28) auch wegen der Pfarrlichen alternativcompetenz.

Die Stadt Duderſtadt auf dem Eichsfeld klagte 1712. gegen Churmainz, wegen Aufbauung einer neuen Kirche, 29) und des geſtörten freyen Exercitii Religionis.

Der Erfurtiſche evangeliſche Clerus beſchwerte ſich 1715. gegen Churmainz, weil ihm vi decreti vom 16. dec. 1714. auferlegt worden, in perſonalibus den weltlichen Gerichtsſtellen unterwürfig zu ſeyn. 30)

Die Evangeliſchen Gemeinden zu Eſſenheim und Stadteken ſetzten 1719. gegen Churmainz puncto introducti Simultanei Religions gravamina in Bewegung. 31)

1719. ſetzte Churmainz in den 3. Orten Wörſtadt, Oberſoulheim, und Eichloch katholiſche Geiſtliche mit gewafneter Hand ein, worüber es zu Religionsbeſchwerden kam. 32)

Die in der untern Pfalz 1715. an Churmainz cedirte reformirte Gemeinden Volxheim, Wöllſtein, Sieffersheim, Igelheim, und Schiefferſtadt klagten 1728. wegen Religionsneuerungen gegen Churmainz, und das Hochſtift Speyer. 33)

Croneberg vor der Höhe, Stadt, Schloß, und Thal evangeliſche Gemeine führte 1738. bis 1766. gegen Churmainz ihre Religionsbeſchwerden, wegen verſchiedenen ihr zugefügten Religionsbedrückungen fort. 34)

Im J. 1777. ſind von der evangeliſchen Gemeine zu Gumbheim in der Grafſchaft Wöllſtein einem

28) Fabri Staatskanzley Thl. 34. S. 14. 18.
29) l. c. Thl. 36. S. 275.
30) l. c. Thl. 39. S. 578.
31) l. c. Thl. 34. S. 94.
32) l. c. Thl. 34. S. 80.
33) Oertel. S. 95. Fabri Staatsk. Thl. 40.
34) Oertel S. 95. allda alle in dieſer Sache verhandelte Schriften vorkommen.

nem zwiſchen Churmainz, und Naſſau-Saarbrüken gemeinſchaftlichen Ort, Religionsbeſchwerden gegen Churmainz bey dem Corpore Evangelicorum zu dem Ende angebracht worden, damit dieſes ſich bey Churmainz in der Sache verwende. Es kamen bis auf das J. 1783. noch mehrere Beſchwerden dazu, weil es ſcheint, daß Churmainz daſelbſt das Simultaneum einzuführen gedenke. 35)

Nach dem Raſtatt- und Badiſchen Frieden behauptete Churmainz in einer dem Kaiſer übergebenen Erklärung, daß die Rheingrafen noch in 15. Orten das katholiſche Religionsexercitium reſtituiren müſten. Allein der Kaiſer erkannte 1720, daß dieſes armata manu von Churmainz nicht durchzuſetzen erlaubt ſey. 36)

§. 1762.

Die Herrſchaft und Stadt Werth, im Münſteriſchen und Weſtphäliſchen Creiſe klagte ſchon 1725. gegen das Hochſtift, wegen denen von demſelben verhängten Religionsbeeinträchtigungen, und Gewaltthaten, und die Sache war 1759. noch nicht am Ende. 37) Münſter.

Wegen dem Dorf Neuenkirchen im Hochſtift Oßnabrück, deſſen Einwohner zum theil der Territorialhoheit des Hochſtifts Münſter unterworfen ſind, zur Zeit des Weſtphäliſchen Friedens aber unter der Oßnabrückiſchen geiſtlichen Jurisdiction geſtanden haben, kam es 1753. ab Seiten derſelben gegen das Hochſtift Münſter, wegen verſchiedenen Eingriffen, und

35) Reuß. Staatskanzl. Thl. 4. S. 35. Thl. 14. S. 248. Moſers Zuſätze Thl. 2. S. 706.
36) Moſers Staatsrecht Thl. 2. S. 84.
37) Oertel. S. 95. Fabri Staatskanzl. Thl. 39. 41. 47. 49. in ſpecie S. 120. Thl. 51. 53. S. 33. Thl. 54. S. 155. Thl. 57. S. 21.

und Bedrückungen in eccleſiaſticis zu Religionsbeſchwerden. 37)

§. 1763.

Oßnabrück.

Chur-Braunſchweig klagte bey dem Corpore Evangelicorum ſchon 1720. gegen einen Catholiſchen von Adel von Dorſt wegen Hinwegnehmung fünf Evangeliſcher Kinder, womit das Hochſtift auch eingezogen wurde; auſſerdeme aber wegen der Herſtellung des ſtatus vom J. 1624. in dem Bißthum Oßnabrück. 38)

Desgleichen hatte Churbraunſchweig 1767. eine Religionsbeſchwerde gegen das Hochſtift Oßnabrück in Betref des Kirchſpiels Melle wegen einer evangeliſchen Pfarrbeſtellung. 39)

Die Oßnabrückiſche Stadt Fürſtenau führte wegen der daſelbſt geſtatteten catholiſchen Religionsübung ſchon 1785. Beſchwerden, 40) worüber 1786. ein Vergleich entworfen wurde.

§. 1764.

Paſſau.

Der evangeliſche Pfarrer Springer zu Ortenburg führte gegen das Hochſtift Paſſau 1732. eine Religionsbeſchwerde, wegen ſeinen nach Paſſau ausgelieferten Kind, und deſſen von daſiger Regierung erſchwehrter Auslieferung. 41)

§. 1765.

Salzburg.

Welche erhebliche Beſchwerden von den Salzburgiſchen Emigranten bey dem Reich ſowohl, als dem

37) Oertel S. 63. Moſers neueſter Zuſtand des deutſchen Staatsrechts S. 141. — Staatsarchiv 1756. Thl. 1. S. 216.

38) Oertel, S. 71. Fabri neue Staatsk. Thl. 1. S. 313.

39) Oertel, S. 60. Fabri neue Staatsk. Thl. 21 S. 390.

40) Pütters unmasgebliche Gedanken über die von der Oßnabrückiſchen Stadt Fürſtenau wegen der daſelbſt geſtatteten catholiſchen Religionsübung ꝛc. Göttingen 1788.

41) Oertel, S. 88.

dem corpore Evangeliorum wegen verſchiedenen Bedrückungen, hartem Verfahren, und erſchwerten Emigration, hauptſächlich in Rückſicht ihrer Güter gegen das Erzſtift geführt worden, iſt theils Reichskündig, theils anderwärts 42) umſtändlich nachzuſehen.

§. 1766.

Wenn das Corpus Evangelicorum und die Reichsgerichte nichts zu thun gehabt hätten, als ſich alleine im Anfang dieſes Jahrhunderts mit den Religionsbeſchwerden der 2. Reichsſtädte Worms und Speyer abzugeben, ſo würden ſie gewiß an kein Ende in je einer andern Sache gekommen ſeyn. Speyer.

1720. führte die Reichsſtadt Speyer gegen das Hochſtift ſchon verſchiedene Religionsbeſchwerden wegen allerley verhängten Beeinträchtigungen im Religionsweſen. 43)

Die Reformirten des von Churpfalz an das Hochſtift Speyer 1710. abgetretenen Orts Klein-Schifferſtatt klagten gegen das Hochſtift 1728. wegen des den Reformirten daſelbſt entzogenen freyen und öffentlichen Religions-Exercitii. 44)

Desgleichen klagten die Gemeine zu Seebach und Schleithal 1728. bis 1733. wegen groſſen Bedrückungen in Religionsſachen gegen das Hochſtift. 45)

1729. beſchwehrte ſich die Gemeine des Dorfs Grävenhauſen gegen das Hochſtift Speyer, in ſpecie den Biſchöflichen-Speyeriſchen Fauth daſelbſt, und

42) Fabri Staatsk. Thl. 49. 56. 59. 60. bis 69. 79. 103. Göckings vollſtändige Emigrationsgeſchichte ꝛc. Schauroths Sammlung Thl. 3. 407-529. Struvens Geſchichte der Religionsbeſchwerden Thl. 1. S. 306.

43) Fabri Staatsk. Thl. 25-30. 36. 37. 44. Oertel S. 87.

44) Oertel S. 54.

45) Fabri Staatsk. Th. 53. Oertel S. 86.

und den Dechant zu Dambach wegen harten Religionsbedrückungen. 46)

Die (§. 1760.) bey Maynz angezeigte Religionsbeſchwerden der 5 Dorfſchaften Volxheim ꝛc. gehen auch in puncto der Religionsneuerungen gegen das Hochſtift Speyer. 47)

Die Religionsbeſchwerden zu Freymersheim, eines unter Alzey zur Grafſchaft Falkenſtein gehörigen Lehenorts, welcher 1685. nach Abſterben des von Weingarten von Kaiſer Leopold dem Churfürſten Johann Hugo von Trier, als Biſchofen von Speyer zu Lehn verliehen worden, ſind 1730. gegen die Regierung zu Speyer in Betref des de facto eingeführten Simultanei und der Hinwegnahme der Evangeliſchen Kirche geführt worden. 48)

Der Rittercanton Chreigau in Schwaben führte wegen den Religionsbedrückungen in dem Dorf Hochhaußen gegen den Biſchof zu Speyer und ſeine Beamte 1751. harte Beſchwerden. 49)

§. 1767.

Trier. Die weitſchichtigſte und lang angedauerte Religionsbeſchwerden wurden von den Dhauniſch, Wild- und Rheingräflichen Häuſern gegen Churtrier und den Fürſten von Salm wegen Religionseingriffen zu Kyrburg und Kyrn von 1711. bis 1731. geführet. 50)

Die Fürſten und Grafen von Löwenſtein-Werthheim hatten wegen der Stadt Werthheim gegen Churtrier 1728. einige Religionsbeſchwerden; andere betreffen auch die Carthaus Grünau, und die Wieder-

46) Fabri Staatk. Thl. 58. S. 6. 24.
47) Fabri Staatsk. Thl. 40.
48) Fabri Staatsk. Thl. 34. 36. S. 380. Oertel S. 31.
49) Fabri neue Staatsk. Thl. 5. S. 313. Oertel S. 47.
50) Fabri Staatsk. Thl. 4. 23. 34. Moſers trieriſches Staatsrecht. S. 233. Oertel S. 19. hat alle Schriften angeführt.

Wiedereinführung der catholiſchen Religion und deren Extenſion auch den unternommenen Cloſterbau daſelbſt. 51)

Schon 1739. zog ſich Churtrier wegen dem in dem mit Naſſau-Dillenburg gemeinſchaftlich beſitzenden evangeliſchen Amt Werheim eingeführten catholiſchen Religionsexercitio, und Aufbauung einer catholiſchen Capelle Religionsbeſchwerden auf den Hals. 52)

Die in der von dem Fürſtlich-Salm- und Rheingräflichen Haus zu Erblehen tragenden in dem Weſtrich zwiſchen den Trieriſchen, Lothringiſchen, Zweybrückiſchen und Sponheimiſchen Landen liegenden Herrſchaften Eberswald 1752. entſtandenen Religionsbeſchwerden gehen gegen Churtrier in Rückſicht der vielen Eingriffe und Stöhrungen in Religionsſachen. 53.)

Die in der Pfalz-Sponheimiſchen Stadt Trarbach ſich 1763. gegen Churtrier und Baden-Baden ergebene Religionsbeſchwerden betreffen die Vorenthaltung der für die dortige evangeliſche Kirche umgegoſſenen Glocken. 54) Die Sache kam an den Reichshofrath.

§. 1768.

Die Reichsſtadt Worms hatte wie Speyer gegen das Hochſtift eine Menge der Religionsbeſchwerden bey dem corpore Evangelicorum angebracht. Schon mit Ende des vorigen Jahrhunderts lagen ſie einander in den Haaren. Unter den Hauptbeſchwer- Worms.

51) Fabri Staatsk. Thl. 54. Thl. 89. S. 487. Fabri neue Staatsk. Thl 27. S. 298.
52) Fabri Staatsk. Thl. 20. 38. 85. 89. Moſers Trieriſches Staatsrecht S. 237. Oertel S. 97.
53) Fabri neue Staatsk. Thl. 22. S. 234. Oertel S. 24.
54) Fabri neue Staatsk. Thl. 12. S. 154. Thl. 24. S. 123.

ſchwerden war die Klage des Magiſtrats zu Worms vom J. 1721. gegen das Hochſtift und dortige catholiſche Geiſtlichkeit wegen affectirter Gerichtsbarkeit, und ungebührlicher Erweiterung des Exercitii religionis catholicae. Auch machte die reformirte Gemeine allda um die nemliche Zeit ihre Beſchwerden anhängig. 55)

Naſſau-Weilburg klagte 1721. gegen das Wormſiſche Vicariat, welches ſich in der Herrſchaft Kirchheim und Stauf des juris dioeceſani anmaſſen wollte. 56)

Im folgenden J. 1722. kam es gegen gedachtes Vicariat auch wegen anderer Religionsbedruckungen zu Gellheim zur Klage. 57)

Im J. 1705 wurden Dirmſtein und Laumersheim in der untern Pfalz dem Hochſtift Worms abgetreten. Dieſes wollte einen Kirchenbau und das Simultaneum allda zu Stande bringen, worüber es 1728 zu Religionsbeſchwerden kam. 58)

Gegen die öffentliche Herumtragung des venerabilis und viatici zu den Kranken ſetzte ſich der Magiſtrat zu Worms aus allen Kräften, 1732. ward zwar gegen das Hochſtift geſprochen, 1742. fieng die catholiſche Geiſtlichkeit wieder neuerdings an, es herumzutragen, worüber bey dem Corpore Evangelicorum Lermen geſchlagen wurde. 59)

1732. klagte die Hunolſteiniſche Familie zu Merxheim gegen das Hochſtift Worms über deſſen unſtatthaftes Vorgeben, und vermeintliches Religions-gravamen aus dem Wormſiſchen impreſſo vom J.

55) Oertel. S. 102. Fabri Staatskl. Thl. 3. 4. 6. 7. 19. 24. 25. 36. 49. 51. 55. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 67.
56) Oertel. S. 64. Schauroth. tom. 3. 58.
57) Oertel. S. 39.
58) Oertel. S. 23.
59) Fabri Staatsk. Thl. 89. S. 489.

J. 1720. ſub rubro: wahrhafte Vorſtellung des *ſtatus Religionis* im Bißthum Worms ꝛc. 60)

Im J. 1753. kam es wegen der über den Inſpector Wilhelm zu Nord- und Hofheim verhängten Inquiſition gegen das Hochſtift Worms, zur Religionsbeſchwerde. 61)

Die reformirten Unterthanen der Orte Neuhauſen, Rheindürkheim, Beindersheim, Mörſch und Ornsheim klagten 1754. gegen den Biſchof zu Worms wegen dem eingeführten Simultaneo der catholiſchen Religion daſelbſt. 62)

Die Gemeine Hillesheim in dem Oberamt Falkenſtein brachte ihre Religionsbeſchwerde wegen unternommenen Störungen ſchon 1728. gegen das Wormſiſche Vicariat an. 1761. ergieng erſt ein Reichshofraths concluſum in dieſer Sache. 63)

Unter den Religionsbeſchwerden der Evangeliſchen in der obern und untern Pfalz kommen ſonderheitlich die Klagen der Gemeinen Bermersheim Rüdesheim, Udesheim, Lohnsheim, Gerolsheim, Gundheim, und Munichzell wegen Religionsbeeinträchtigungen vor. 64)

§. 1769.

Schon im J. 1709. wurde wegen verſchiedenen Würz-
Religionsbeeinträchtigungen von der evangeliſchen burg.
Gemeinde Eychelдorf gegen das Hochſtift Würzburg geklagt. 65)

60) Oertel. S. 61.
61) Schauroths Sammlung Thl. 3. S. 78.
62) Fabri neue Staatsk. Thl. 24. S. 123.
63) Fabri Staatskl. Thl. 55. 85. neue Thl. 5. S. 313. Schauroth Thl. 1. S. 780.
64) Fabri Staatsk. Thl. 2. 4. 5. 10. 11. 38. 39. bis 49. Schauroth Thl. 2. S. 189. 241. 265. 285. 466. 511. 586. 697.
65) Fabri Staatsk. Thl. 41. S. 53.

1728. entſtanden wegen dem von den Carthäuſern zu Grünau angefangenen Cloſterbau gegen Würzburg Religionsbeſchwerden. 66)

Wegen dem zu Boxberg einem an Würzburg verſetzten unterpfälziſchen Amt eingeführten Simultaneo und Wegnehmung der Kirche und Gefälle, kam es gegen Würzburg zu Religionsbeſchwerden. 67)

Ueber die Religionsgravamina der Gemeinde Alberthofen ward 1746. gegen Würzburg geklagt. 68)

Die Rothenhaniſche Gemeinde zu Ebelsbach klagte 1746. wegen Einführung des Simultanei religionis catholicae gegen Würzburg. 69)

Die Religionsbeſchwerden der Würzburgiſch- und Schwarzenbergiſchen Gemeinde zu Herbolsheim gegen ihre Herrſchaften puncto exercitii ſimultanei religionis catholicae dauerten von 1721. bis 1767. fort. 70)

Die Ganerbſchaftsgemeinde zu Rötelſee, oder Rödelſee klagte ebenfalls wegen dem einzuführenden Simultaneo religionis catholicae gegen Würzburg und die Sache war 1760. noch nicht entſchieden. 71)

Eine der vorigen gleiche Klage führte die evangeliſche Gemeine zu Neußes am Berge in puncto iuris Simultanei gegen das Hochſtift Würzburg im J. 1746. auch dieſe dauerte 1770. noch fort. 72)

Die

66) Schauroths Samml. Thl. 2. S. 141. Fabri Staatsk. 44. 56.

67) Schauroth Thl. 3. S. 201. Fabri St. Thl. 4. 5. 6. 28. 55. 56.

68) Oertel S. 1. Fabri Staatsk. Thl. 4.

69) Fabri Staatsk. Thl. 97. S. 549.

70) Oertel zeigt S. 43. alle in dieſer Sache vorgekommenen Schriften an.

71) Fabri Staatsk. Th. 4. 56. 93. Neue Staatsk. Th. 27. S. 298.

72) Oertel S. 66. Fabri Staatsk. Thl. 93. S. 726. Neue ; Thl. 12. S. 209. Thl. 5. S. 313. Thl 24. S. 123.

Die nehmliche Klage ſtellte 1746. die Gemeinde Sch rnau gegen Würzburg an. 73)

1767. kam ebenfalls in puncto Simultanei und andern Religionsbedrückungen eine Klage von der Gemeinde Unterleinleitner gegen das Hochſtift Würzburg vor. 74)

§. 1770.

Die Religionsbeſchwerden ſind von den deutſchen Stiftern gröſtentheils durch Verträge gehoben worden. Die Religionsaſſecuranzacten ſtehen den weiteren Beſchwerden allerdings ſchon entgegen; und durch die in etwas gebeſſerte Denkart der catholiſchen Geiſtlichkeit werden die Religionsbeſchwerden ebenfalls gemindert, beſonders, da man auf das dumme Geſchrey der Bettelmönche heut zu Tag in dem Toleranzweſen keine Rückſicht mehr nimmt. Blos dem Unſinn der Mönche hat man die Vermehrung der Religionsbeſchwerden zuzuſchreiben, wie ſie bisher auch der Tolleranz nach allen Kräften entgegenarbeiten; ein geiſtlicher Stiftsregent kann nicht klüger handeln, als wenn er bey der geringſten zwiſchen ihm und ſeinen Unterthanen einer andern Religion entſtehenden Streitigkeit auf ein unparteyiſches arbitrium compromittirt, und ſich niemal dem Falle einer Religionsbeſchwerde ausſetzet, woraus nur Abneigung gegen die Regierung, Verbitterungen, und oft durch mehr dann ein Jahrhundert andaurende Proceſſe entſtehen, durch welche die beſte Gemeinde geſchwächt, und entkräftet wird. Mäſſigung, Klugheit, und Politik können auch in Religionsſtreitigkeiten oft beſſer als die ſtrengſte Beziehung auf Reichsgeſetze und Verträge durchgreifen. Allein der Landes- Abhelfsmittel.

73) Oertel S. 82. Fabri neue Staatsk. Thl. 23. S. 155. Thl. 34. S. 292.
74) Fabri neue Staatsk. Thl. 24. S. 101.

desherr muß mit den Unterthanen einer andern Religion weit vertraulicher und offenherziger, als mit denen ſeiner eigenen Religion ſeyn, denn eine ſchnell angenommene Politeſſe hat in Staatsſachen insgemein ſchon das Gepräg des Trugs auf ſich.

§. 1771.

Forum. Was in dem Falle, wenn von wahren Religionsbeſchwerden die Frage entſtehet, für ein Forum Platz greiſe, habe ich (§. 1717) ſchon ausführlich gemeldet.

§. 1772.

Schriften. Von den Religionsbeſchwerden der deutſchen Stifter überhaupt, oder einem derſelben insbeſondere iſt mir keine einzige Schrift bekannt. Hingegen dienen alle die in dieſem Capitel bey einer jeden Religionsbeſchwerde angezeigte Schriften ſchon zum Behuf, ſich auch von jedem Stiſt mit der Beſchaffenheit ſeiner gehabten Religionsbeſchwerden bekannt zu machen. Vielleicht habe ich noch eine Gelegenheit auch die Deduktionen und Streitſchriften bey den Religionsbeſchwerden der Stifter insbeſondere anzuzeigen; wiewohl ſie in des Oertels Repertorium der geſammten evangeliſchen Religionsbeſchwerden wenigſtens von 1720 bis 1770 gröſtentheils zu finden ſind.

Fünf und ſechzigſtes Capitel.

Von dem Abzug und Verſetzung derer der Religion der C. G. Reichsſtifter nicht zugethanen Landſtände und Unterthanen.

Inhalt.

§. 1773.) Einleitung. 1774.) Geſetze. 1775.) Hauptfragen. 1776.) Geſchloſſene Zahl. 1777.) Landesverfaſſung. 1778.) Beyſpiel von Salzburg und Berchtolsgaden. 1779.) Verſetzung. 1780.) Cautelen überhaupt. 1781.) Schriften.

§. 1773.

Alles, was in dieſes Capitel von dem Abzug und Verſetzung derer der Religion der C. G. Reichsſtifter nicht zugethanen Landſtände und Unterthanen einſchlägt, iſt in dem 60ſten Capitel ſchon geſagt worden. Es kommt nur noch auf ein und andere Gegenſtände, von dem Abzug und Verſetzung der Unterthanen insbeſondere an, die ich gegenwärtig noch abhandeln werde. Einleitung.

§. 1774.

Die Maasregeln, welche ein catholiſchgeiſtlicher Stiftsregent bey dem Abzug und Verſetzung ſeiner einer andern Religion zugethanen Landſtände und Unterthanen zu nehmen hat, ſind durch den Weſtphäliſchen Friedensſchluß art. 5. klar beſtimmt. Geſetze u Maasregeln.

§. 31. - cum - - ſtatibus immediatis, cum jure territorii et Superioritatis, ex communi per totum impo-

imperium hactenus uſitata praxi, etiam ius reformandi exercitium Religionis competat, ac dudum in pace Religionis talium ſtatuum ſubditis, ſi a religione Domini territorialis diſſentiant, beneficium emigrandi conceſſum - - fuerit; conventum eſt, hoc idem porro quoque ab utriusque Religionis ſtatibus obſervari - - oportere - - -

§. 36. Quodſi vero ſubditus, qui nec publicum, nec privatum ſuae religionis Exercitium anno 1624. habuit, vel etiam qui poſt publicatam pacem Religionem mutabit, ſua ſponte emigrare voluerit, aut a territorii Domino iuſſus fuerit, liberum ei ſit, aut retentis bonis aut alienatis diſcedere, retenta per miniſtros adminiſtrare, et quoties ratio id poſtulat, ad res ſuas inſpiciendas, vel perſequendas lites, aut debita exigenda, libere et ſine literis comeatus adire.

§. 37. Conventum autem eſt, ut a territoriorum Dominis illis ſubditis, qui neque publicum, neque privatum Exercitium Religionis ſuae illo anno dicto habuerunt, et tamen tempore publicatae praeſentis pacificationis in unius vel alterius Religionis ſtatu immediatorum ditionibus habitare deprehenduntur, quibus illi etiam annumerandi erunt, qui ob calamitates bellicas evitandas, non tamen animo transferendi Domicilium, alio emigrarunt, et, facta pace in patriam redire volunt, terminus non minor quinquennio, illis vero, qui poſt pacem publicatam religionem mutant, non minor triennio (niſi tempus magis laxum et ſpatioſum impetrare potuerint) ad emigrandum praefigatur; neque ſive voluntarie ſive coacte emigrantibus nativitatis, ingenuitatis, manumiſſionis, noti opificii, honeſtae vitae teſtimonia denegentur, aut iidem Reverſalibus inuſitatis, vel decimationibus ſubſtantiae ſecum exportae plus aequo extenſis, praegraventur, multo

to minus ſpontaneam ſuccipientibus emigrationem Servitutis, aut ullo alio praetextu impedimentum inferatur.

In dem Friedensſchluß iſt nicht nur die Art, der Termin, als auch die Wirkung der Emigration, daß ſie keinem an ſeiner Ehre nachtheilig ſeyn ſoll, klar beſtimmt.

Es treten aber aus dieſem Friedensſchluſſe noch andere Verordnungen ein, deren ich ebenfalls ſchon gedacht habe: als art. 1. §. 27. in Anſehung der vor Alters verſetzten, nun aber wieder eingelößten Lande, von denen es heißt: incolae tamen et ſubditi migrare - - non coguntur etc. art. 2. §. 43. da von dem Iure territorii vel ante vel poſt terminum anni 1624 gehandelt, und gemeldet wird: ſubditi vero, propter mutatam interim Religionem, pendente territorii Controverſia migrare non cogantur.

§. 1775.

Hier kommen eigentlich drey Fragen vor:) 1) Wer in einem Stiftsland emigriren müſſe, 2) wem die Emigration freyſtehe, und 3) wer nicht hierzu könne angehalten werden. Drey Hauptfragen.

ad 1) alle diejenige müſſen aus einem Stiftslande emigriren, welche

a) ſich zu einer andern dann der drey im Reich geſetzmäßig beſtehenden Religionen bekennen.

b.) alle diejenige, welche in einem catholiſchen Stiftslande, oder in einem einzelnen Ort derſelben, wegen der Religionsübung das Entſcheidjahr nicht vor ſich haben.

c.) ſodann auch diejenige, welche von der Stiftsreligion abgehen, und ſich zur evangeliſch- oder reformirten Religion bekennen, wenn dieſe beide in den Gebiet, oder Ort das Entſcheidjahr in Anſehung der Religionsübung nicht vor ſich haben.

 ad

ad 2.) alle, die um der Religion willen das Stiftsland verlaſſen wollen, können durch keinen Vorwand von der Emigration abgehalten werden. Weder die Leibeigenſchaft, noch die Fälligkeit der Güter (bonorum caducitas) kann gegen ſie ausgeübet werden. Da es in inſtrumento pacis art. 5. §. 37. klar verordnet iſt: aut ullo alio praetextu — multo minus ſpontaneam ſuſcipientibus emigrationem, ſervitutis praetextu, impedimentum inferatur.

ad 3.) Hingegen können diejenige auf keine Weiſe kraft des inſtr. P. art. 5. §. 31. und 36. zur Emigration angehalten werden, welche in einem Stiftsland nach dem Entſcheidjahr reſpective 1618. und 1624. entweder die öffentliche oder privat Religionsübung vor ſich gehabt haben.

§. 1776.

Geſchloſſene Zahl

Es fragt ſich weiter: Wenn in einem Stiftsort, wo die Evangeliſche oder Reformirte im J. 1624. und bisher, nur eine geſchloſſene Zahl von Unterthanen oder Beyſitzern gehabt haben, ein Catholiſcher zu einer dieſer Religionen übergeht, ob der Stiftsregent ihn zur Emigration anhalten könne? Antwort, ja nach dem ſtrengen Recht, aber keineswegs nach der Billigkeit, weil ihm der Beſitz des Entſcheidjahrs in Anſehung der geſchloſſenen Zahl entgegen ſteht. Ich habe dieſen ſich ergebenen Fall ſelbſt bearbeitet, und es dahin der Billigkeit nach geleitet, daß dem ſich zur evangeliſchen Religion bekennten Dorfseinwohner nur der Schutz und die Religionsübung aus Gnaden ſolang geſtattet worden, bis ein anders einem proteſtantiſchen Unterthanen angehöriges Gut von gleicher Beſchaffenheit erlediget worden iſt. Dieſes ward ſodann an einen Catholiken verkauft, und der zur evangeliſchen Religion übergangene trat mit ſeinem

nem vorhin ſchon beſeſſenen Gut in alle Religions- und bürgerliche Rechte ein.

Es kommen zwar hiebey einige Anſtände vor: z. B. wenn die Erben des Verſtorbenen das Gut zwar nicht beſtreiten können, hingegen es aber doch nicht anders, als um einen gewiſen hohen Preis ablaſſen wollen. Der Landesherr hat ohne Rückſicht der Religion hier das Recht, durch drey verſchiedene unpartheyiſche Schätzungen den Werth des Guts beſtimmen zu laſſen, und das Mittel der drey Schätzungen als den Kaufpreis anzunehmen.

Wenn aber die Erben das Guth beſtreiten können und wollen, hat der Landesherr kein Recht ſie zu vertreiben, ſondern der zur andern Religion übergangene muß ſich die Landesherrliche Dultung gefallen laſſen, und eine andere Gelegenheit abwarten, oder abziehen.

In einem Ort, wo das Simultaneum und eine geſchloſſene Zahl der Religionsverwandten ſtatt findet, hat jede Veränderung groſe Bedenklichkeiten. Hiebey iſt kein beſſeres Mittel, als daß der Landesregent alle Anläße ergreiſe, ein Verſtändnis zwiſchen den Unterthanen von beiderley Religionen zu bewirken, und nun die Pfarrer deren Jura ſtolae, und Einkünfte durch die mehrere Zahl eines oder des andern Religionstheils leiden, ſelbſt zu entſchädigen ſuche, wozu auch Pütter in der Fürſtenauer Simultaneumſache ebenfalls §. 12 anrathet. Da der Stiftsregent die Comoda ordinaria et caſualia juridictionis hat, ſo kann er ſich der Uebernehmung zufälliger onerum auch nicht entſchlagen.

§. 1777.

Wie aber, wenn in einem Land z. B. im Stift Kempten, Oßnabrück und Paderborn ꝛc. die Leibeigenſchaft, in dem Stift Ellwangen die Güterfälligkeit Landesverfaſſung.

ligkeit, in dem Hochſtift Speyer die Hünerſauthen ꝛc. u. d. g. einem emigrirenden Unterthanen nach der älteſten Conſtitution eines Landes entgegen ſtehen, kann der Stiftsregent von den Unterthanen gezwungen werden gegen die Conſtitution Nachſicht zu thun. Antw. Allerdings: weil lex diſpoſitiva des Inſtrumenti P. IV. entgegen ſteht, wie ich ſchon (§. 1774.) gezeigt habe. Wie aber, wenn der Unterthan den Uebergang zu einer andern Religion nur ſimulirt? Antwort: denn hat der Landesherr, der nur auf ſeine Temporalgerechtſame keineswegs aber auf innerliche Ueberzeugung zu ſehen berechtigt iſt, das Befugniß ſich wegen der Leibeigenſchaft und Fälligkeit auf eine den Vermögensumſtänden angemeſſene Art mit dem Unterthanen abzufinden, ihm aber die Abfindung erträglich zu machen, daß er ſolche leicht erfüllen kann, weil anſonſt dem Geſetz des Friedensſchluſſes und der Gewiſſensfreyheit zuwider gehandelt wird.

§. 1778.

Beyſpiele von Salzburg und Berchtolsgaden.

Was für traurige Beyſpiele in dem Erzſtift Salzburg und dem Stift Berchtolsgaden wegen beſchränkter Gewiſſensfreyheit, auſſerordentlich ſtrengen Verfahren, und verweigerter Emigrationsfreyheit ſich ergeben haben, wovon in actis publicis 1) und andern beſondern Werken 2) die unläugbare Beweiſe vorliegen, können zur Richtſchnur ſo weit dienen, als ſich a) aus den Beſchwerden der gedrückten Unterthanen, b) aus den Verhandlungen des Corporis evangelici, c) aus den landesherrlichen Verfügungen, und ſelbſt aus den kaiſerlichen Entſchlieſſungen klar

1) Schauroths Schlüſſe des corporis evangelici Thl. 1. S. 113. Thl 3. S. 407. 419. ꝛc.

2) Göckings vollkommene Emigrationsgeſchichte. Hiſtorie der Salzburger Emigranten — Moſers Salzburgiſche und andere Emigrationsacten, 12 Thl. Ulm 1732.

klar gezeiget hat, daß in dieſen Emigrationsvorfällen Rechts- und Conſtitutionswidrig verfahren worden, und dennoch die Sache nach dem Buchſtaben des Friedensſchluſſes im Ganzen habe müſſen auseinander geſeßt werden, wie es inſonderheit die Reſolution des Erzbiſchofs vom J. 1732. klar erweiſet 3)

§. 1779.

Verſetzung.

Wenn ein Stiftsunterthan wegen der Religion entweder nicht mehr in dem Stiftsland bleiben will, oder der Landesherr das Recht hat, ihn zur Emigration zu zwingen ſo muß die Auswanderung vor ſich gehen. Der Stiftsregent iſt aber nicht berechtigt den Unterthan in ein anderes Ort ſeines Stiftslandes zu verſetzen, am wenigſtens ihn zu zwingen, ſich an einem Ort niederzulaſſen, wozu der Unterthan ſich nicht freywillig einverſtehet; weil die Verſetzung, oder Nöthigung an einen gewiſſen Ort, wider alle Friedenshandlungen, wider den Buchſtaben, und wider den Sinn beider Friedensſchlüſſe laufet. Auch im Fall der Unterthan an ſeinem Gut keinen Schaden bey der Verſetzung erleiden, und die vollkommene Religionsübung in den von dem Landesherrn beſtimmten Ort finden würde, ſo ſteht eine ſolche Zumuthung dennoch der Gewiſſensfreyheit entgegen, welche der Unterthan an einem Ort mehr als in den andern zu finden beglaubt ſeyn kann: ſo wie auch einem Catholiken nicht gleichgültig ſeyn kann, in dieſen oder jenen Ort verſetzt zu werden, weil die Religionsübung in einem Ort vor dem andern bequemer, und vollſtändiger iſt.

§. 1780.

Cautelen überhaupt.

Bey der Emigration der Unterthanen, welche der Religion wegen geſchieht, haben die deutſchen Stifts-

3) Moſer von der Religionsverfaſſung B. 4. C. 14. S. 352.

Stiftsregenten weit mehrere Vorſicht, Behutſamkeit, und Mäßigung zu gebrauchen, als ein katholiſcher weltlicher Landesregent. Denn a) wegen ihren Religionsgrundſätzen iſt der Proteſtant ſchon mißtrauiſch, und nicht ohne Urſach wachſam auf jeden Schritt. b) Die Salzburg- und Berchtolsgadiſchen Emigrations-Beyſpiele haben alle der Religion wegen emigrirende, auch ſelbſt das Corpus Evangelicorum auf Jahrhunderte hin ſchüchtern gemacht. Moſer ſagt ſelbſt, daß dem, der Vernunft, und Billigkeit beſitzt, und eine Kenntnis der deutſchen Reichsverfaſſung hat, ein reicher Stoff zu Betrachtungen vor Augen liege, um den innern Zuſtand in Abſicht auf die Religion (beſonders der deutſchen Stifter) daraus kennen zu lernen. In Anſehung der Cautelen, will ich mich auf das beziehen, was ich (§§. 1705. 16. 17.) ſchon vorausgeſetzt habe.

§. 1781.

Schriften. Es ſind zwar ſehr viele Schriften vorhanden, welche das Emigrationsweſen betreffen; allein ſie haben auf die deutſchen Stifter keinen ſonderheitlichen Bezug.

Hieher gehören überhaupt:

Ickſtatt. (Ioh. Adam) programa de jure ſtatuum imperii expellendi atque transplantandi ſubditos diverſam a territorii domino religionem amplectentes; quo, quae circa emigrationes Religionis cauſa legibus imp. publicis conſtituta ſunt, demonſtrat. Würzburg 1735. und in ſeinen opuſculis tom. I. S. 285.

Unger (Ioh. Franc. Ignat.) diſſ. an emigratio ſubdito denegari queat. Würzburg 1750. 4.

Moſers (J. Jac.) Tractat von der Religionsverfaſſung B. 4. L. 14. S. 823 — 868. allwo S.

823—24.

823—24. auch alle das Emigrationsweſen betreffende Schriſten vorkommen.

Inſonderheit gehen aber die deutſche Stifter und vorzüglich Salzburg an:

Die über 100 Jahre ihren Wiederſachern unſichtbar geweſene, nunmehr aber, nach deren Entdeckung, zerſtreute Teſſerecker-Thalkirche in des Erzſtifts Salzburgspflege Windiſch Malterey, wie auch in einem Theil des angränzenden Tyroliſchen Gebürges ꝛc. 1688. 4. auch in dem Lehmann Supplet. et contin. p. 761. ſqq.

Von den neuen Salzburgiſchen Emigrationsſachen ſind viele Schriften heraus. Beſonders gehören hieher:

Hiſtorie (ausführliche) der Emigranten oder vertriebenen Lutheraner aus dem Erzbisthum Salzburg, und andern Röm. katholiſchen Ländern. 4 Thle.

Göckings (Ger. Gottl. Günth.) vollkommene Emigrationsgeſchichte von den aus dem Erzbisthum Salzburg vertriebenen, und in dem Königreich Preuſſen größtentheils aufgenommenen Lutheranern.

Moſers actenmäßiger Bericht von der Verfolgung der Evangeliſchen im Erzbisthum Salzburg. 2 Thle. Tübingen 1732. 8.

Deſſen Salzburgiſche, (und andere) Emigrationsacta. 12 Theile, Ulm 1732. 33. 8.

Sechs

Sechs und ſechzigſtes Capitel.

Von den Exemtionen und Immunitäten im Geiſtlichen der E. G. Reichsſtifter.

Inhalt.

§. 1782.) Einleitung. 1783.) Worinn die Exemtion beſtehe? — Beyſpiele. 1784.) Urſach der vielen. 1785.) Inſonderheit der Klöſter. 1786.) Andere Exemtionen. 1787.) Ob der Pabſt heutzutag noch eximiren könne? 1788.) Exemtion beruht auf Verträge. 1789.) Worauf ſich die Immunität beziehe? 1790.) und worauf ſie beruhe? 1791.) Päbſtliche Beſtättigungen, 1792.) und Kaiſerliche. 1793.) Bündniſſe. 1794.) Vergleiche. 1795.) Reichsgerichtliche Erkenntniſſe. 1796.) Reichsherkommen. 1797.) Immunität in Aſylſachen. 1798.) Unterſchied der Immunität quoad onera. 1799.) Colliſionen. 1800.) Schriften.

§. 1782.

Einleitung. Zwiſchen der Immunität, und Exemtion waltet ein großer Unterſchied vor. Alle Geiſtliche haben ſich der Immunität ihrer Perſonen zu erfreuen; ohne daß ſie deswegen exemt ſind. Die Exemtion nach dem allgemeinen Betracht erſtreckt ſich nur auf gewiſſe Rechte, kraft welcher ein Biſchof von der Gerichtsbarkeit eines Erzbiſchofs, ein Probſt, oder Abt von der Gerichtsbarkeit eines Biſchofs, und ein Domkapitul von der Gerichtsbarkeit ſeines Stiftsvorſtehers auch nur in einigen Stücken befreyet iſt.

Von dieſer Exemtion hab ich ſchon vorläufig (§§. 257. 58. u. 59.) gehandelt. Allein es kommen dennoch

noch einige Gegenſtände vor, die verdienen etwas umſtändlicher angeführt zu werden.

Hauptſächlich iſt es aber um die Darſtellung der Immunitäts-Verhältniſſe in den geiſtlichen Stiftern zu thun. Vor den Zeiten der Carolinger beruhte die geiſtliche Immunität auf ſehr wandelbaren Grundſätzen. Conſtantin der Große gab allen Kirchen die Immunität, auch allen Geiſtlichen die perſönliche; hingegen konnten die eigenthümliche Güter der Geiſtlichkeit ſich der Immunität von den Staatsabgaben nicht bedienen. 1) Kaiſer Honorius beſtättigte der Geiſtlichkeit die perſonal Immunität, aber ihre Grundſtücke und Güter waren nur von den ordentlichen, keineswegs aber von auſſerordentlichen Abgaben befreyet. 2) Bey dieſer Einrichtung ließ es auch K. Juſtinian bewenden. Clodovaus hingegen ſchenkte allen Kirchen, und den dazugehörigen Gütern und Sachen die Immunität. 3)

Unter der Regierung Carl des Großen, und Ludwigs des Frommen waren alle Kirchengüter die Geiſtliche der perſönlichen Laſten enthoben. Hingegen muſte eine jede Kirche, welche ſich auſſer ihren Stiftungsgütern noch andere verſchafte, ohne Widerſpruch die Schatzungen davon zahlen. Dieſe Grundſätze ſind von den folgenden Kaiſern beybehalten worden. 4)

Die Immunität kommt alſo heutzutag ebenfalls noch in einem zweyfachen Betrachte vor, und zwar a) in ſo weit ſie ſich auf die Perſonen, oder b) auf die Realitäten der Geiſtlichkeit erſtreckt.

Gegenwärtig werde ich vor erſt von den Exemtionen der deutſchen Reichsſtifter noch kürzlich, alsdann

1) Thomaſinus a veteri et nova Eccleſiae diſciplin. P. 3. l. 1. c. 33. n. 4. 10.
2) l. c. n. 1. 2. 3.
3) l. c. C. n. 14. 15.
4) l. c. C. 37. per totun.

dann aber auch von den Immunitäten ein mehreres abhandeln.

§. 1783.

Worinn die Exemtion beſtehe? — Beyſpiele.

Die Exemtion, von welcher gegenwärtig in Anſehung der unmittelbaren Reichsſtifter die Rede iſt, beſtehet ganz allein in der Unabhängigkeit von dem Gerichtszwange des eigentlichen obern Richters in eccleſiaſticis. Es gibt auch eine Exemtion von weltlichen Gerichten: allein dieſe gehört zu den Immunitätsrechten, wovon §§. 1788 bis 1798. gehandelt wird.

Ein Beyſpiel von einer wahren Exemtion läßt ſich bey dem Hochſtift Bamberg finden, deſſen Biſchof Eberhard, nebſt allen ſeinen Nachfolgern der Pabſt im J. 1019. von aller Erzbiſchöflichen Gerichtsbarkeit der maſſen eximirte, daß keiner von ihnen einem Erzbiſchof, oder Metropoliten, ſondern blos dem päbſtlichen Stuhl unterworfen ſeyn ſolle. 5)

Regensburg ward auch zu den exemten Bißthümern von einigen gerechnet, weil es 1658. auf dem Salzburgiſchen Provinzial-Synodo nicht erſchienen iſt. Allein dies gibt noch keinen Beweis von der Exemtion, wenigſtens habe ich nirgendswo eine Exemtions-Bulle von dieſem Bißthum gefunden. 6)

Von

5) Godeau Kirchengeſchichte Thl. 20. S. 94. Was man wegen der Schenkung von Benevento gegen Bamberg, aus Urſach dieſer Exemtionsſache ſchreibt, iſt eine Fabel, wie ich (§. 210. n 61.) gezeigt habe. Godeau glaubt, daß K. Heinrich wegen dieſer Schenkung vielmehr die Schenkungen beſtättigt die ſeine Vorfahrer der Römiſchen Kirche mit der Stadt Rom, den Exarchat von Ravenna und andere Herrſchaften in Italien gemacht Allein es iſt erwieſen, daß der Pabſt kein Recht an das Hochſtift Bamberg hatte.

6) Es müſſen auch wirklich die Stellen §. 222. und 257. berichtigt werden, wo Regensburg unter den exemten Biſchöfen vorkommt.

Von der Paſſauiſchen Exemtion hab ich ohnehin ſchon das Hauptweſen angeführt; und wegen Trident ſcheint mir die Exemtion noch zweifelhaft zu ſeyn; Indem aus einem Schreiben: K. Karl VI. an den Cardinal Cienfugos vom 1. Dec. 1728. erhellet, daß die Exemtion noch damahls nicht richtig geweſen ſey. 7)

Von den Exemtionen der Abteyen und Probſteyen Fuld, Berchtesgaden, Kempten, Ellwangen und Corvey, dann dem Deutſch- und Johannitermeiſter hab ich anderwärts 8) ſchon gehandelt.

§. 1784.

Urſach der vielen.

In Deutſchland würde man der vielen Exemtionen entübrigt geweſen ſeyn, wenn die Päbſte nicht oft von Eigennuß, Herrſchſucht und der Wandelbarkeit ihrer Grundſätze wären hin und hergeriſſen worden. Die Paſſauiſche Exemtion, die 1415. ertheilt, 1418. wieder aufgehoben 9) 1420. mehrmahl gegeben, nachher neuerdings widerrufen (§. 222.) und 1718. abermahl ertheilt wurde, gibt den klaren Beweis von dem Spielwerke der Vorzeiten.

§. 1785.

Inſonderheit der Clöſter.

Die Päbſte erzeigten ſich in keinem Stück willfähriger, als wenn ſie ein Stift oder Cloſter von der Jurisdiction ſeines Biſchofs eximiren konnten. Hierdurch kam es zu immerwährenden Uneinigkeiten zwi-

7) Simulque nos e docebit, quid circa tridentinae dioeceſeos a praetenſo aquilegenſi Patriarcha exemtionem aut jam jam effectui datum ſit, aut imposterum ſperare liceat.

8) §. 209. 231. 32. 33. 34. 35. und 239. die Exemtion des Johannitermeiſters erhellet aus der über deſſen Privilegien 1560. erhaltenen Beſtättigungs-Bulle. Moſers Staatsrecht. Thl. 11. S. 236.

9) Lünigs Reichsarch. Spicil eccleſ. Fortſ. Thl. 1. S. 988. 989. 1012.

zwiſchen dem Biſchof und dem eremten; die Clö- ſterliche Diſciplin verfiel; die Kirchengüter wurden durch üble Haushaltung zu Grund gerichtet, und der päbſtliche Hof, welcher ſich mit den Streitigkeiten abgeben muſte, machte ſich ſolche zu Nutzen, bis das ausgeſaugte Cloſter, oder Stift endlich gar dem Bißthum einverleibt werden mußte. Die Biſchöfe, wenn dergleichen Exemtionen zu häufig kamen, ſetzten ſich dagegen. 1248. klagte Biſchof Heinrich I. zu Coſtanz es ſchon dem Pabſt Innocenz IV. und erhielt von ihm die Verſicherung: tuam volumus fraternitatem de apoſtolicae ſedis benignitate tenere, quod aliquos tibi dioeceſana lege ſubjectos hactenus nos exemiſſe non credamus et eximere noſtri propoſiti non exiſtit. 10) Allein es geſchah doch, daß ganze Ritter- und Mönchsorden, auch einzelne Clöſter von der Jurisdiction der Biſchöffe eximirt wurden. Martin V. wiederrief zwar die Exemtionen, es hatte aber ſo wenig einen Beſtand, daß die Rheiniſche Geiſtlichkeit im J. 1479. ſchon wieder Beſchwerden über die häufige Exemtionen anbrachten, und ſodann ſolche noch nachdrücklicher in den 100. Gravaminibus vom J. 1523. ausführten.

§. 1786.

Andere Exemtionen.

Einige Erz- und Biſchöfe erhielten von dem Pabſt das Exemtions-Privilegium, daß ihnen kein Päbſtlicher Legat, auſſer der legati a latere, etwas zu befehlen habe. Ein ſolches Privilegium erhielt 1120. der Erzbiſchof Bruno zu Trier von dem Pabſt Calixt II. 11) Ob man nun ſchon dafür hält, daß dieſe Exemtion nur etwas perſönliches war, ſo wollten dennoch andere glauben, daß ſie auch auf die Nach-

10) Lünigs R. Arch. ſpicil. eccl. Fortſ. 1. S. 515.
11) Moſers Trier. Staatsrecht. S. 167.

Nachfolgere ſich erſtrecke. Indeſſen, da die Erzbiſchöfe nach der heutigen Verfaſſung von den päbſtlichen Nuntien keinen Befehl annehmen, ſo fällt eine Exemtion von dieſer Art von ſelbſt hinweg.

§. 1787.

Eine allerdings wichtige Frage ſcheint zu ſeyn, ob der Pabſt heutzutag noch jemand von der jurisdictione ordinaria Epiſcopi eximiren könne? Wenn man auf ältere Zeiten zurückgeht, wo ſich die Päbſte ohne Bedenken dergleichen Exemtionen erlaubt haben, ſo ſollte man dafürhalten, daß die Päbſte, weil ſie es von jeher thaten, auch noch zu thun befugt ſeyn. Allein aus denen gegen die Päbſte geführten Beſchwerden ergibt ſich von ſelbſt, daß ſie nicht befugt waren, Freyheiten zum Nachtheil eines dritten nehmlich des ordentlichen Biſchofs zu ertheilen, folglich auch gegenwärtig zu Ertheilung einiger Exemtionen nicht berechtigt ſeyn. Auf der Coſtanzer Kirchenverſammlung brachte man die Abſtellung der Exemtionen (§. 93. n. 8.) ſchon zum Vorwurf. Bey dem Baßler Concilio geſchah es wieder. (§. 96. n. 2.). In dem Abſchluß zu Coblenz vom J. 1769. ward feſtgeſetzt: „alle Exemtionen der Clöſter, und Bettelorden ſollen aufhören, und alle weltliche und regulare Cleriſey der ordentlichen Gewalt der Erz- „und Biſchöfe untergehören." (§. 151. n. 23.) In der emſiſchen Punctation haben die vereinigten Erzbiſchöfe noch nachdrücklicher (§. 166. n. 1.) daraufgedrungen: „es wird eine Unterordnung aller in den „Kirchenſprenglen der Biſchöfe wohnenden Perſonen, „ohne Unterſchied im innerlichen, und äußerlichen „Religionsweſen erfordert — Alle Exemtionen, „wenn ſie nicht vom Kaiſer beſtättigt ſind, beſonders bey Clöſtern, wie auch derſelben Abhängigkeit

Ob der Pabſt heutzutag noch eximiren könne.

 „von

„von Generalen und Ordenscapiteln ſollen nicht mehr „ſtatt finden.“

In dieſer Art wäre es freylich dem Pabſt nicht mehr erlaubt jemand zu eximiren. Indeſſen muß man doch die Exemtionen als eine bloße Gnade des Kirchenoberhaupts betrachten. Das Begnadigungsrecht kann man dem Pabſt auch nicht wohl nehmen, ſelbſt in den Articeln der deutſchen Nation de (§. 93. n. 8.) wird geſagt, „daß die Exemtionen — „hinführo nicht mehr ertheilt werden ſollen, als wenn „eine gerechte, wahre und gründlich unterſuchte Ur„ſache vorhanden ſey.“ — In der Emſer Punctation läßt man zu, daß eine päbſtliche Exemtion nur alsdenn gelte, wenn ſie vom Kaiſer beſtättigt ſeye. Der Pabſt kann alſo jemand eximiren, aber wenn alles dieſes beobachtet wird, was die Articuli nationis germ. und die Emſer Punctation vorausſetzt, ſo wird nicht ſo leicht eine päbſtliche Exemtions Bulle mehr geltend gemacht werden. Denn an einer wahren, und gegründeten Urſache wird es bey jeder Exemtion fehlen.

§. 1788.

Exemtion beruht auf Verträgen.

Da die Eximirte Aebte, und Pröbſte am Ende noch ſelbſt den Diöceſangerechtſamen der Biſchöfe zuſetzten, und Luſt hatten eigene Diöceſen zu formiren, ſo ſuchten die Erz- und Biſchöfe den Umgriffen der Exemten durch Verträge und Concordien Einhalt zu thun. Mit den mehrſten Exemten haben die Biſchöfe ſolche Receſſe abgeſchloſſen, in welchen die Gränzen der Exemtion beſtimmt worden ſind. Z. B. das Hochſtift Augsburg hat mit der exemten Probſtey Ellwangen mehrere Receſſe errichtet, nach welchen der Exemtionsausübung Ziel, und Maaß geſetzt worden iſt. Wiewohl dergleichen Verträge zwiſchen den Biſchöfen, und den Clöſtern ſehr ſelten ſind,

und eigentlich nur mit unmittelbaren Stiftern und Clöſtern abgeſchloſſen werden.

§. 1789.

Die Immunität der Geiſtlichkeit in den unmittelbaren Reichsſtiftern erſtreckt ſich nicht nur auf die Perſon des Biſchofs, und ſeiner Stiftsgeiſtlichkeit, ſondern auch auf ihre Güter. Worauf ſich die Immunität beziehe?

Die Erz- und Biſchöfe haben ſich von jeher nichts mehr als die Aufrechterhaltung der geiſtlichen Immunität angelegen ſeyn laſſen. Dieſe machte von der Zeit an, als die weltliche Mächte ſich zum Chriſtenthum bekannten, einen der wichtigſten Diſciplinarpuncten aus. Kaiſer, und Könige ſuchten durch Angedeihung der Immunität ihre Ehrfurcht gegen die Religion zu zeigen. Sie befeſtigten ſelbe mit Geſetzen, Capitulationen und Privilegien. Päbſte und verſammlete Kirchenväter fanden die geiſtliche Immunität mit jener, welche die Diener des Heiligthums im alten Bunde genoßen, ſehr Analog, und eiferten davor.

Es ſollen nach dem Begrif der Immunität die Biſchöfe, und ihre Stiftsgeiſtlichkeit weder zu anderen Gerichten gezogen, oder mit perſönlichen Dienſten beladen, noch ſie und ihre Güter mit einigen Auflagen beſchweret werden.

§. 1790.

Es iſt zuverläßig, daß die geiſtliche Immunität der Biſchöfe, und ihrer Stiftsgeiſtlichkeit nicht allein auf der urſprünglichen deutſchen Kirchenverfaſſung ſchon beruhe; ſondern ſie gründet ſich noch überdieshin auf päbſtliche Beſtättigungen, und kaiſerliche Privilegien; dann auch auf ſonderheitliche Bündniſſe und Verträge der Stifter, und zum theil auch auf Reichsgerichtliche Erkenntniſſe, und das Reichsherkommen. und worauf ſie beruhe?

§. 1791.

Päbſtliche Beſtättigungen,

Unter den päbſtlichen Bullen, welche vorzüglich zu Gunſten der geiſtlichen Immunität gegeben worden ſind, zeichnet ſich die Bulle Pabſts Gregors X. vom J. 1273. ſuper libertate eccleſiae et eccleſiaſticarum perſonarum aus. Sodann die Bulle P. Bonifaz VIII. vom J. 1295. darinn er bey dem Bann verbietet, ohne päbſtlichen Conſens den Clericis unter was immer für Vorwand, Collecten, Zehenden, und andere Exactionen aufzuladen, mit Vorbehalt, daß auſſer dem Todbette, Niemand von dergleichen Contraventionsſünde als er losſprechen könne. Im J. 1409. wurden auf Anſuchen Erzbiſchofs Eberhards zu Salzburg die Conſtitutionen K. Friederich und Carl IV. durch ein Bulle P. Alexander V. beſtättigt. Pabſt Martin V. gab in dem erſten Jahr ſeiner Regierung dem Erzbiſchof zu Salzburg, und deſſen Capitul mit Anführung des Statuti Concilii lateranenſis, wie auch der Satzungen K. Friederichs II. und Carl IV. pro libertate eecleſiae et perſonarum eccleſiaſticarum eine ſcharfe Bulle gegen die invaſores et occupatores bonorum eccleſiaſticorum; er ertheilte auch den Biſchöfen zu Eichſtett und Regensburg die Commißion, daß ſie den Erzherzog Ernſt von Oeſterreich mit der Excommunication, Interdikt, und ſogar der Beraubung der Lehen dahin anhalten, daß er die in ſeinem weltlichen Gebiet befindliche Prälaten, und andere geiſtliche Perſonen nicht mit Exactionen, Collecten, und Steuern beſchwehre. Eben dahin gieng die delegatio bullata des Synodi baſilenſis vom J. 1439. P. Calixt III. erließ ebenfalls 1455. eine geſchärfte Bulle vor den Erzbiſchof zu Salzburg und ſeine Suffraganen, darinn er bey dem geiſtlichen Bann verbietet, daß keine geiſtliche Perſonen vor die Landſchrannen, oder weltliche Gerichte in Oeſterreich, Steyer, Kärndten ꝛc.

ge-

gezogen werden ſollen. Hieher gehört auch die Bulla conſervatoria P. Nicolaus V. in puncto immunitatis eccleſiaſticae et jurium pro archiepiſcopo et capitulo ſalisburgenſi, nec non omnibus praelatis ſecularibus et regularibus ac univerſo clero et beneficiatis archidioeceſis ſalisburgenſis vom Jahr 1448. Ein gleiches Conſervatorium perpetuum gab Pabſt Innocenz VIII. 1487. dem Erzbiſchof Johann daſelbſt. 12)

So wie die Päbſte für die Salzburgiſche Kirche ſorgten, ſo thaten ſie es auch für andere deutſche Kirchen 13) weil die geiſtliche Immunität in ſehr vielen Stücken ſchon vor der Reformation von den weltlichen Fürſten gekränkt zu werden ſchien. Mainz, Trier und Cölln erhielten ebenfalls dergleichen Schutzbriefe, wie ich anderwärts 14) ſchon gezeigt habe.

§. 1792.

Die geiſtlichen Reichsſtifter haben ſich aber auch von Zeit zu Zeit mit kaiſerlichen Privilegien zur Erhaltung ihrer Immunität vorgeſehen, weil ſie dieſe als das Hauptſtück der deutſchen Kirchenfreyheit anſahen. Kaiſer Carl IV. ertheilte vor die Cleriſey des Erzſtifts Maynz 1354. ein Privilegium, daß ſie Niemand weder fangen noch ergreifen, auch keinen Arreſt auf ihr Eigenthum oder Güter legen, noch ſolche pfänden ſolle. 15) Dechant, und Domcapitul zu Maynz und die Cleriſey erhielten 1366. von dieſem Kaiſer ein Privilegium, daß ſie von Wein, Früchten oder andern ihren Gütern nirgend einen Zoll ge- und Kaiſerliche.

12) Nachrichten von Juvavien. S. 228 — 234.
13) Ueberhaupt haben die Päbſte den clerum facto a foro ſeculari eximirt. Fabri Staatsk. Thl. 26. S. 265.
14) Im drey und zwanzigſten Capitel dieſes Staatsrechts ſonderheitl. §. 668.
15) Lünigs R. A. ſpicil. eccl. Thl. 1. S. 52.

ben ſollen. 16) Kaiſer Otto befeſtigte 974. durch Privilegien ſchon die Immunität der trieriſchen Kirche, und ein gleiches that auch K. Heinrich II. im J. 1016. und andere ſeiner Nachfolger. 17) Kaiſer Ruprecht beſtätigte 1401. dem Hochſtift Bamberg das von K. Carl IV. 1366. ertheilte Exemtionsprivilegium von fremden Gerichten. 18) Kaiſer Maximilian I. erneuerte 1495, wie auch K. Carl V. 1521. dem Hochſtift Bamberg mit mehrerer Erweiterung dieſes Privilegium 19.) Dem Erzſtift Salzburg ertheilte Kaiſer Friederich II. 1221. Kaiſer Rudolf 1295. K. Sigismund 1418. und K. Friederich III. 1458 dergleichen Immunitätsprivilegien. 20) Die ganze Reichsgeſchichte iſt voll von dergleichen allgemeinen und beſondern Immunitätsbriefen von dem Zeitpunct an, (§. 7.) als ſich beſonders in Deutſchland die Immunität der Geiſtlichkeit zu bilden anfieng. Nicht allein von den Kaiſern, ſondern auch von den Landesherren wurden die geiſtlichen Orden, und ihre Leute von allen oneribus perſonalibus befreyet. Landgraf Ludwig IV. in Thüringen gab 1225. dem Deutſchen Orden ein ſolches Privilegium in ſeinen Landen, 21) unter den Leuten werden aber im eigentlichen Verſtande nur die Ordensglieder, und in den Stiftern die Geiſtlichkeit verſtanden — indem die Coloni der Kirche dem Landesherrn unterworfen ſind, und ſich des privilegii fori eccleſiaſtici nicht bedienen können. 22)

§. 1793.

Bündniſſe.

Nicht nur allein die Päbſte und Kaiſer haben zur Aufrechterhaltung der Immunität durch Freyheiten

16) l. c. Thl. 1. S. 55.
17) Hontheim. hiſt. trev. tom. 1. S. 350. 351.
18) Lünig l. c. Thl. 2. S. 54.
19) l. c. Thl 2. S. 112.
20) Nachrichten von Juvavia S. 234. 235.
21) Lünigs R. A. Fortſ. 1. S. 361.
22) Fabri Staatsk. Thl. 48. S. 703. 715. 716.

heiten und Befehle alles angewendet, ſondern auch die Erz- und Biſchöfe hatten alle Mittel zu dieſem Endzweck ergriffen, und dieſerwegen auch Bündniſſe unter ſich errichtet. Im J. 1294. machten Erzbiſchof Conrad zu Salzburg, Emmerich Biſchof zu Freyſingen, B. Conrad zu Regensburg, und ihre Erz- und Domkapitul ein Bündniß, quod (wie es hieß:) contra *oppreſſores libertatis eccleſiaſticae*, et eos qui *clero et eccleſiaſticis perſonis exactiones, collectas et alia indebita onera imponunt,* per excommunicationem, interdictum et alias cenſuras procedere velint. Ein gleiches Bündniß ward 1456. durch Erzbiſchof Eberhard zu Salzburg und alle ſeine Suffraganen, und ihren Capiteln in dem Provincialconcilio zu Salzburg wider jene weltliche Fürſten und Perſonen beſchloſſen, welche die geiſtliche perſonal- und Realimmunität kränken würden. 23)

§. 1794.

Sowohl in ältern als neuern Zeiten haben ſich die deutſchen Erz- und Biſchöfe wegen der Immunität durch Verträge, Vergleiche, und Concordaten vorgeſehen. Verträge dieſer Art ſind ſchon 1325. zwiſchen den Herzogen Heinrich, Otto und Heinrich dann dem Erzbiſchof zu Salzburg, den Biſchöfen zu Regensburg, Paſſau, Chiemſee und dem Domkapitul zu Freyſingen geſchloſſen worden. Ein anderer zwiſchen Erzbiſchof Pilgrim und den Herzogen Otto, Stephan, Friederich, und Johann in Baiern im J. 1376. mit dem Erzhauſe Oeſterreich hat Salzburg zu Schützung ſeiner Immunität in den J. 1674. 1729. 1767. Verträge errichtet, und von den Concordaten des Erzſtifts Salzburg, dann der Biſchöfe von Paſſau, Freyſingen, Regensburg, Chiemſee, und Augsburg habe

Vergleiche.

23) Nachrichten von Juvavia S. 235.

habe ich in vorhergehenden Capiteln, beſonders in dem 43ſten ſchon hinlängliche Meldung gethan. In allen dieſen Concordaten ward auf die Erhaltung der geiſtlichen Perſonal- und Realimmunität der erſte Bedacht genommen. 24) Diejenigen Stifter, welche mit andern Landesherren nicht viel zu thun oder nicht in ihren Landen Güter haben, ſondern als Biſchöfe und Landesherren für ſich ſelbſtſtändig ſind, hatten dergleichen Verträge freylich nicht ſo nothwendig, als die baieriſchen Bißthümer.

§. 1795.

Reichsgerichtliche Erkenntniſſe.

Die Reichsgerichte ſind an und vor ſich ſchon angewieſen die geiſtliche und weltliche Gerechtſame der deutſchen Stände aufrecht zu erhalten, und in judicando hierauf Rückſicht zu nehmen. In dieſer Art wurde 1766. durch ein Reichshofraths concluſum die Immunität der Präbendalhöfe zu Speyer in puncto der Steuerexaction gegen die Reichsritterſchaft behauptet. 25) Gegen den Magiſtrat zu Worms klagte 1738. der Biſchof daſelbſt puncto violatae jurisdictionis eccleſiaſticae et immunitatis, und erhielt ein Mandatum S. C. poenale gegen die Stadt. 26) 1747. klagte das Stift und die Cleriſey abermahl puncto violatae immunitatis eccleſiaſticae, gegen den Magiſtrat, und es ward ſo gar eine kaiſerliche Executions-Commiſſion gegen denſelben erkannt. 27) Ich könnte hier noch mehrere Beyſpiele anführen, wenn es nicht überflüſſig wäre, eine allgemein bekannte Sache zu erweiſen; indeſſen kommt noch manches hieher gehöriges (§. 1797.) vor, da von dem Aſylo die Rede iſt.

§. 1796.

24) Nachrichten von Juvavia S. 237. 238.
25) Moſers Zuſätze B. 1. S. 269.
26) ibidem B. 3. S. 526.
27) Staatſchriften nach K. Carl VI. Tod. B. 6. S. 249.

§. 1796.

Endlich iſt nicht in Abrede zu ſtellen, daß vorzüglich die perſönliche Immunität der in den catholiſch-geiſtlichen Reichsſtiftern befindlichen Geiſtlichkeit, ſogar durch ein allgemeines Reichsherkommen befeſtigt ſey. Denn von Carl des Großen Zeiten her, und ſeit der ergangenen Conſtitution K. Friederich II. vom J. 1220. bis auf die Reformation, und ſeit her ward nicht anders daran gedacht, als die Geiſtlichkeit bey ihrer perſönlichen Immunität zu laſſen, weil dieſe für eines der beſten Ueberbleibſel der deutſchen Kirchenfreyheit gehalten wird. 28)

Reichsherkommen.

§. 1797.

Wie weit ſich die geiſtliche Immunität in Aſylſachen erſtrecke, habe ich gröſtentheils (§. 1386.) ſchon erwähnet. Wie ſich Churbaiern mit ſeinen eingeſeſſenen Biſchöfen, inſonderheit aber mit dem Hochſtift Augsburg diesfalls benehme, iſt auch gezeigt worden. Der Reichshofrath hat in Aſylſachen der Reichsſtifter beſonders gegen die Reichsſtädte verſchiedene nachdrückliche Verordnungen ergehen laſſen. 1771. ward der Magiſtrat zu Nürnberg wegen einem in die dortige Deutſche Ordens Kommende geflüchteten Aſylanten zu Recht gewieſen. 29) Im J. 1771. hat der Reichshofrath dem Stift ad S.

Immunität in Aſylſachen.

28) Vor Alters hatte man freylich von der geiſtlichen perſonal Immunität noch ſo wandelbare Begriffe, daß oft ſehr übertriebene Auftritte herauskamen. Im J. 1370 ward der Domdechant Johann von Ochſenſtein zu Straßburg aus ſeinem eigenen Hauſe auf Anſtiften Amands Kyburg dem Dompropſten, von Renat von Windek bey der Nacht fortgeführt. Der Domprobſt ward gefänglich von dem Rath von Straßburg eingezogen, und mußte in Eiſen und Banden zwey Jahr ſchmachten. Man entließ ihn ſonach gegen Bezahlung 800. Ducaten Unkoſten: überdies mußte er dem Dechant 4000 fl. und dem Renat 100 Ducaten vor ſeine Entlaſſung entrichten. Godeau Kirchengeſch. Thl. 22. S. 204.

29) Moſers Zuſätze B. 3. S. 1122.

S. apoſtolos zu Cölln aufgegeben, die privilegia Immunitatis ſeiner Stiftshäuſer behörig zu erweiſen, 30) und dem Hn. Churfürſten den ex capite Iuris aſyli et immunitatis gemachten Mißbrauch verwieſen. 31) Sowohl dem Magiſtrat zu Augsburg, als auch dem Biſchof daſelbſt gab der Reichshofrath puncto retraditionis aſylantis 1758. 59 und 1763. die gemeſſenſten Weiſungen, wie ſie ſich gegen einander zu benehmen haben. 32) Das Weſentliche in puncto aſyli beruht darinn, daß wenn auch in delictis non exceptis ein Aſylant aus einem mit der Immunität begabten Ort herausgenommen wird, es ohne allen Tumult geſchehe, und der Aſylant von der weltlichen Obrigkeit bis zur Unterſuchung des delicti nur in cuſtodia quaſi epiſcopali behalten werde. — Etwas ſeltner iſt der Fall von Oßnabrück, allwo das Domkapitul gegen den Magiſtrat daſelbſt in puncto violatae immunitatis eccleſiaſticae et aſyli klagte, und der Reichshofrath 17. Jul. 1716. erkannte: „Fiat „Mandatum an den Hn. Biſchof zu Oßnabrück, „den aus dem Dominikanerkloſter gewaltſam heraus „genommenen Confugam alſofort nach Inſinuirung „dieſer kaiſerlichen Verordnung ſub poena 20. mar„carum auri wieder in gedachtes Cloſter zu reſtitui„ren, auch den Metropolitanum in ſeiner dießfalls „habenden Befugniß nicht zu hindern, und ſich hin„füro dergleichen, bey Vermeidung der in den Reichs„Conſtitutionibus geſeʒten Strafen, zu enthalten."

§. 1798.

Unterſchied der Immunität quoad onera.

Die geiſtliche Immunität leidet nach den Grundſätzen des geiſtlichen Rechts keinen Abbruch, wenn der catholiſch-geiſtliche Stiftsregent von ſeiner Geiſtlichkeit

30) Moſers Staatshandbuch Thl. 1. S. 459.
31) Ebendaſelbſt l. c.
32) Moſers beſondere Rechtsmaterien Thl. 4. S. 626. 637.

lichkeit eine Auflage erhebt. Auch ein weltlicher Landesherr kann von den Geiſtlichen ſeiner Lande eine Vermögens= oder Decimationsſteuer der Immunität unbeſchadet erheben, beſonders, wenn er ex ſuperabundanti hierüber ein Indultum papale erhält, und ſich mit dem Dioeceſano diesfalls vorläufig einverſteht. Nur dürfen den Geiſtlichen keine onera perſonalia, als Kriegs= und andere Dienſte zu leiſten auferlegt werden. Was die onera realia aber anbelangt, ſo iſt zwar wahr, daß in ältern Zeiten ſonderheitlich die Stifter von allen Abgaben durch kaiſerliche Freyheitsbriefe befreyet worden, wie von Straßburg und Worms ſchon von den J. 870. und 985. Beyſpiele bey Lünig 33) vorkommen, Allein gegenwärtig haben ſich hierinfalls die Grundſätze wie die Verfaſſung des deutſchen Reichs geändert. Bey den Stiftern iſt darauf zu ſehen, ob die onera realia von wahren Stiftungsgütern, oder nachher erworbenen gefordert werden? In Anſehung der Reichspräſtationen iſt kein Stiftsland von den Reallaſten befreyt. Wegen der wahren Stiftsgüter kan ein auswärtiger Landesherr, wenn der Beſitzſtand nicht für ihn das Wort ſpricht, keine Auflage behaupten, wohl aber in Anſehung der nachher, vielleicht ſelbſt in einem andern Lande erworbenen Güter. Die Geiſtlichen zu Speyer müſſen z. B. von Gütern, die ſie aus den Händen der Layen an ſich bringen, alle onera realia tragen. 34)

§. 1799.

Die Immunitätsſache iſt immer einer der erſten Anläße, wodurch es zwiſchen dem Landesherrn und der Geiſtlichkeit zu Colliſionen und unüberſehlichen Weiterungen kommen kann. Dieſen iſt nicht beſſer, denn

Colliſionen.

33) R. A. Spicil. eccleſ. Thl. 2. S. 870. 922.
34) Fabri Staatsk. Thl. 44. S. 21.

denn durch Verträge und Concordaten abzuhelfen, in welchen das Herkommen und die Billigkeit zum Grundſatz genommen werden muß, denn wenn man Rechtsgrundſätze geltend machen will, ſo wird ſelten eine Streitigkeit abgethan, weil beyde Theile das Recht vor ſich zu haben glauben, und die Geiſtlichkeit alle Streitigkeiten durch die Privilegia fori ohnehin zu erſchweren gewohnt iſt.

§. 1800.

Schriften. Die Schriften, welche überhaupt in dieſem Capitel benutzt werden können, ſind folgende:

Carlier, (Leonh.) diſſ. de immunitate eccleſiaſtica et perſonali Würzeb. 1757.

Lorber, (Ign. Chriſt.) a Stoerchen diſſ. de allodio ſtante ſuperioritate ſtatuum territoriali quoad praeſumtionem hodie immaginario Bamb. 1749. Handelt eigentlich de immunitate monaſteriorum ab oneribus territorialibus hodie haud praeſummenda.

Steinhaußers (Joh. Phil.) unpartheyiſche Gedanken, ob, und wie bey ſo vielen — vorkommenden Klagen gegen die Geiſtlichkeit, und derſelben Immunität ein Landesherr im Gewiſſen ſchuldig die Hände einzuſchlagen. Salzb. 1770.

Engelhardt, diſſ. de bonorum eccleſiaſtico dotalium collectabilitate, *Bamberg*. 1771.

Von dem *jure aſyli* gehören noch hieher:

Hahnii diſſ. de ancipiti, in terris vel civitatibus mixtae Religionis aſylorum Jure. Mog. 1785.

Meine Abhandlung von dem Aſylo in Klöſtern proteſt. und vermiſchter Reichsſtädten in den auserleſenen Beyträgen in Reichsſtättiſchen Sachen. B. 1. S. 455. — 473.

Sie-

Sieben und ſechzigſtes Capitel.

Von Incorporationen und Unionen der Beneficien in C. G. Reichsſtiftern.

Inhalt.

§. 1801.) Einleitung. 1802.) Erforderniſſe. 1803.) Incorporation der Präbenden, 1804.) und Pfarreyen. 1805.) Nachtheil von dergleichen Unionen und Incorporationen. 1806.) Conſenserforderung. 1807.) Verordnung des Tridentinums. 1808.) Schriften.

§. 1801.

Von der Incorporation der Stifter und Abteyen iſt (§. 250 - 252) ſchon gehandelt worden; ich habe auch von den Unionen der Stifter (§. 255.) das nöthige vorausgeſetzt. Gegenwärtig iſt die Rede von der Incorporation und Union der Beneficien, in ſoweit dieſe Materie in das geiſtliche Staatsrecht der Stifter einſchlägt. Der Unterſchied zwiſchen der Incorporation eines Stifts oder Abtey, und zwiſchen der Einverleibung eines Beneficiums iſt an ſich ſchon groß. Jenes kann nicht ohne Bewilligung des Pabſts, und ohne kaiſerliche und des Reichs Beſtätigung geſchehen (beſonders wenn von Einverleibung oder Unirung eines immediaten Stifts die Frage iſt.) Die Incorporation und Union eines Beneficiums hängt aber insgemein nur von dem geiſtlichen Stiftsregenten ab. Manchmal haben ſelbſt die Domkapitul ſchon dergleichen Incorporationen, wiewohl nicht ohne Bewilligung des Stiftsvorſtehers und Diöceſans vorgenommen. Einleitung.

§. 1802.

Erforderniſſe. Die erſte Frage beſteht darinn: was zur Incorporation eines Beneficiums erfordert werde? Antw. ein beſonderer Nothfall. Ohne dringende Nothumſtände kann kein Bißthum unirt und keine Abtey oder ein Stift einem Bißthum incorporiret werden. Eben dieſes tritt auch als eine Haupterfordernis bey der Diſmembration eines Beneficiums ein.

Dieſe Umſtände können ab Seiten desjenigen der die Incorporation vornimmt, ſich ergeben, da er z. B. ſeinen hinlänglichen Unterhalt nicht mehr hat, oder ab Seiten desjenigen, der incorporirt, oder unirt wird, daß er nicht mehr ohne Hülfe eines dritten für ſich beſtehen kann. Bey dem Hochſtift Coſtanz war die Incorporation der Abtey Reichenau ein Nothfall, weil der Biſchof durch die Plünderungen und Verheerungen der Anhänger Zwingels ſo viel von ſeinen Einkünften verlohren hat, daß er den hinlänglichen Unterhalt nicht mehr gehabt hätte. 1) Die Incorporation der Abtey zu St. Stephan dem Hochſtift Straßburg 2) des Kloſter Holzkirchen dem Hochſtift Fulda 3) der Güter des Frauen Cloſters in Marienburg dem Erzſtift Trier 4) und endlich die als eine Entgeltung dem Domkapitul zu Paſſau 1729. geſchehene Einverleibung des paſſauiſchen Suffraganats, der alten Probſtey zu Ilz, und der kaiſ. Freyprobſtey zu Ardagger 5) hatten alle wichtige Urſachen zum Grund, welche bey den Incorparationen und Unionen der (§. 250 und 255.) bemerkten Stifter ebenfalls eintraten, und auch bey Incorporationen und Unionen der kleinern Beneficien vorhanden ſeyn müſſen.

§. 1803.

1) Godeau Kirchengeſch. Thl. 23. S. 204,
2) Guillmann de epiſcopis argent. S. 45.
3) Pütters auserleſene Rechtsfälle B. 1. S. 88. 89. 96.
4) Hontheim hiſt. trevir. tom. 2. S. 599.
5) Godeau l. c. Thl. 18. S. 232.

§. 1803.

Wenn von der Incorporation der Präbenden in einem Domſtift die Rede iſt, ſo würde es bey dem Domkapitul großes Mißfallen erregen, es mag der Nothfall vor- oder nicht vorhanden ſeyn. Biſchof Johann V. zu Coſtanz konnte nicht genug bekommen, und brachte es 1539. bey dem Pabſt dahin, daß ihm der Genuß von 4. Dompräbenden, und die wirkliche Vergebung der Domdechantsſtelle eingeraumet wurde. Er zog ſich hierdurch den Haß der Domherren ſo ſehr auf den Hals, daß er ſich ſelten vor ihnen ſehen ließ. 6) Indeſſen, wenn der Nothfall obwaltet, daß der Biſchof nicht mehr von ſeinen Tafelgeldern leben kann, oder daß das Kapitul nicht die Mittel hat, die präbendirte insgeſamt zu zahlen, ſo iſt freylich auſſer einer perpetuirlichen oder temporal Incorporation nichts übrig; wiewohl die letztere immer ehender als die erſte anzurathen ſeyn dürfte. Incorporation der Präbenden.

Es iſt hier aber eigentlich nicht ſo faſt von dem Recht, daß die Incorporation vorgehen kann, als von dem Befugniß die Frage, wer ſie vorzunehmen hat. Wenn der Stiftsregent dem Domkapitul, oder einem andern Nebenſtift einige Präbenden entziehen will, ſo kann er ſolches zwar vermög der Landeshoheit im Geiſtlichen verfügen, wenn das Domkapitul, oder das Nebenſtift ihm keine Einwendung macht; wiedrigenfalls muß der Pabſt entſcheiden. Zu Coblenz wurden die Präbenden des St. Florins Stift der Univerſität zu Trier von dem Churfürſten im J. 1499. mit der Bedingung einverleibt, daß jährlich 25 juriſtiſche Vorleſungen darfür gehalten werden. 7)

Die Domkapitul, welche zwar keine Landeshoheit im Geiſtlichen haben, können mit Bewilligung ihres Stiftsregenten dergleichen Verfügungen in Erforder-

6) Godeau Kirchengeſch. Thl. 23. S. 207.
7) Hontheim hiſt. trevirenſ. t. 2. S. 524.

forderniſsfällen ebenfalls treffen. Das Domkapitul zu Paſſau machte 1261. eine Statute, daß es fünf Jahr über die Einkünfte der vacanten Präbende verkaufen, und das Kaufgeld zur Erbauung der Hochſtifts Gebäude verwenden wolle. 8) Auf gleiche Art geſchah es, daß man eine Domprȧbende allda zur Unterhaltung der Brücken Baulichkeit verwandte. Vor ſich können aber die Domkapitul niemal entweder Incorporationen oder Unionen der Präbenden, und Beneficien vornehmen, weil dergleichen Verfügungen von der Erkenntnis des Stiftsoberhaupts, oder in ſtreitigen Fällen von dem Ausſpruch des Pabſtes abhangen. Erzbiſchof Theodorik ſtellte 1450. eine ſcharfe Unterſuchung über die in dem Erzbiſsthum Maynz heimlich geſchehene Beneficien-Incorporationen an. 9)

§. 1804.

u. Pfarreyen.

Im 14ten Jahrhundert wurden die Pfarrkirchen ſehr häufig mit den Domſtiftern unirt, daher die viele Caplaneyen entſtanden, und ſich in vielen Stiftern die Pfarrer in den Unterſchriften Capläne des Biſchofs nennen, und auch in den Zuſchriften genennet werden. Man wollte eigentlich in den Stiftern nicht auf ſich kommen laſſen, daß man den Pfarrern ihre Einkünfte geſtümmelt, und ſie zu Caplänen umgeſchaft habe, mithin hieß es, die Pfarrer werden deswegen nur Capläne genannt, weil der Biſchof parochus omnium parochiarum ſey. 10) Die Geſchichte von Freyſingen liefert beſonders vom Jahr 1314 eine Menge dergleichen unirte Pfarreyen. 11) Kai-

8) Lünigs R. A. ſpicil. eccl. Thl. 2. S. 1136.
9) Ioann, rer. mog. t. 1. S 764.
10) Aus dieſer Analogie müſte man die Domherren auch nicht Domherren, ſondern Domcapläne, Domdiener nennen, weil der Biſchof eigentlich der Herr des Doms iſt.
11) Meichelbeck hiſt. Friſingenſis tom. 2. S. 120.

Kaiſer Otto III. incorporirte ſchon 991. die St. Johannis Kirche zu Poparden dem Collegiat Stift St. Martin zu Worms; 12) überhaupt gieng man mit den Incorporationen, und Unirung der Pfarreyen gar leicht zu Werk.

Allein heut zu Tag kann der Biſchof, wenn er nicht zugleich Landesherr iſt, nicht ſo leicht eine Pfarrey oder Beneficium incorporiren, oder uniren; dem Landesherrn liegt vermöge der Landeshoheit im Geiſtlichen ob, die curam animarum im äuſſerlichen unter ſeine Aufſicht zu nehmen. Er hat darauf zu ſehen, ob die unirte Kirchen ohne Abbruch des Gottesdienſtes für die betreffende Gemeine beſtehen können? und ob die Gemeine der unirten oder incorporirten Kirche nicht ihm ſeiner Zeit zur Verſorgung zur Laſt falle, wenn die Güter durch die Incorporation, oder Union verlohren gegangen ſind.

§. 1805.

Nachtheil von dergleichen Unionen und Incorporationen.

Ich habe anderwärts 13) ſchon gemeldet, daß in denen dreyßig Reichsunmittelbaren Stiftern gegen zwölfhundert Beneficien incorporirt und unirt, oder vielmehr von den Biſchöfen und den Domkapituln eingezogen worden ſind. Die Biſchöfe und Domkapitul haben unter dem Vorwand, daß durch die Reformation ihre Einkünfte geſchwächt worden, dieſe Pfarreyen, Beneficien, Vicarien, Caplaneyen eingezogen und die Einkünfte ſich zugeignet. Das Landvolk muß ſich gefallen laſſen, weil ihre Pfarreyen, und Vicarien eingezogen worden, ſich zu einer andern oft $1\frac{1}{2}$ Stund entlegenen Pfarrey zu ſchlagen. Der Fürſt Probſt zu Ellwangen, denn auch der Stiftsdechant, der Cuſtos, und der Scholaſtikus genießen die fructus von den Capellaneyen (Pfarreyen)

12) Lünigs R. A. Spicil. eccl. Fortſ. 3. S. 1294.
13) Statiſt. Abhandl. über die Mängel. S. 135.

reyen) Wöllſtein, Ramſenſtrut, Gottſpiel ꝛc. und die arme Communen haben keinen eigenen Seelſorger, ſondern müſſen ſich von der nächſt gelegenen Pfarrey verſehen laſſen. Nur in einem Lande, wo der Stifts-regent zugleich Landesherr iſt, lauft eine ſolche offenbare Ungerechtigkeit unter der Rubrik der übrigen fort, hingegen wo ein fremder Landesherr mit zur Sprache kommt, laſſen ſich dergleichen facta nicht ſo leicht durchſetzen. Dergleichen Unionen und Incorporationen der Pfarreyen ziehen noch die beſondere Beſchwerde nach ſich, daß, weil die Pfarrer die Seelſorge in den zu weit entferneten Filialorten nicht verſehen können, die Bettelmönche in partes curarum genommen, und dem Stiftsunterthan in Anſehung der Collekten, und der Entrathung eines eigenen Pfarrers und Seelſorgers ein zweyfacher Schade zugefügt wird.

§. 1806.

Conſens-erforderung. Aus dieſen vorausgeſetzten Urſachen wird erfordert, daß bey allen Beneficien, Unionen und Incorporationen der Conſens des Landesherrn erfordert werde; weil die gemeine Staatswohlfart darunter leidet. Aus eben dieſem Grund ſind die Unterthanen, welche unter einer ſolchen Union, oder Incorporation zu leiden haben, nicht zu verdenken, wenn ſie bey den Reichsgerichten die Caſſation derſelben nachſuchen. Ich ſage mit Vorbedacht bey den Reichsgerichten; denn, gleichwie der Landesherr vermög der Landeshoheit im Geiſtlichen berechtigt iſt, einer ſolchen der Staatswohlfarth nachtheiligen Verfügung Einhalt zu thun, um ſo vielmehr ſind die Reichsgerichte hierinnfalls zu remediren berechtigt, weil der Landesherr vermög ſeiner Weltlichkeitsbelehnung die Landeshoheit im Geiſtlichen auszuüben hat. Alle groſſe Incorporationen und Unionen der Stifter ſind mit des Kai-

ſers

ſers Conſenſe vorgegangen: Die Incorporation der Abtey Prüm geſchahe mit K. Carl IV. 1376. und K. Friedrichs 1473. ertheilten Erlaubniß 14), und die Incorporation der Abtey Reichenau ward erſt durch die beſondere Bewilligung K. Carl V. 1537. durchgeſetzt. 15) Warum ſollen nun die Unterthanen bey Beneſicien-Veränderungen nicht ihren Rekurs an die Reichsgerichte nehmen, da doch die Landeshoheit im Geiſtlichen denſelben ſubordinirt iſt und der Landesherr in dergleichen Dingen nicht freye Hände haben kann. Selbſt die tridentiniſche Kirchenverſammlung (wie wir gleich vernehmen werden) ſetzt dergleichen Unionen viele Bedenklichkeiten entgegen.

§. 1807.

Das Tridentinum beſtimmt wegen den Unionen und Incorporationen der Präbenden und Beneficien Seſſ. 24. C. 12. n. 17. folgendes: „wo die Präbenden ſehr zahlreich und geſchwächt, zugleich auch mit Austheilungen oder Spenden beſchwert ſind, ſoll es den Biſchöfen erlaubt ſeyn, einige einfache Beneſicien (wenn ſie nicht regular ſind,) mit Genehmhaltung des Kapituls zu vereinigen, oder einige derſelben aufzuheben und die Nutzungen mit Bewilligung der Patronen (wenn dieſe Layen ſind) dahin zu wenden, falls immer der Gottesdienſt nicht darunter leidet, oder dieſe Veränderung gegen einige Privilegien nicht anſtößig iſt." Dergleichen Unionen können auch durch Reſignationen nicht verhindert werden.

Verordnung des Tridentinums.

Mit Bewilligung der Patronen wenn ſie Layen ſind — und dann: wenn der Gottesdienſt nicht darunter leidet, können dergleichen einfache Beneficien, wenn ſie nicht regular ſind, unirt oder incorporirt werden. Wenn ſie aber mit der Seelſor-

14) Hontheim hiſt. trev. tom. 2. S. 254. 274.
15) Godeau Thl. 23. S. 206.

ge verbunden, wenn ſie Pfarreyen, Vicarien Caplaneyen waren, wie der Fall bey dem Stift Ellwangen, und in mehr andern Stiftern, in ſpecie zu Würzburg, Augsburg, Freyſingen, Trier ꝛc. obwaltet, ob da ein geiſtlicher Stiftsregent, und ſein Domkapitul die fructus an ſich ziehen, und die Seelſorge ihren Schikſal bona conſcientia überlaſſen kann; hierzu gehört ein guter Köhlerglaube.

§. 1808.

Schriften. Von der Inkorporation und Union der Beneficien in den deutſchen Stiftern haben wir zur Zeit noch keine Schriften. Die Urſachen ſind leicht zu begreifen. Der Dienſtzwang hält die gebrodete Diener ab, und die Staatsrechtslehrer, beſonders proteſtantiſche, hatten die näheren Notitzen nicht.

Meine ſtatiſtiſche Abhandlung über die Mängel in der Regierungsverfaſſung der geiſtlichen Wahlſtaaten. S. 137. und 210. gibt hierüber allerdings einen guten Aufſchluß, und im 119ten Capitel wird noch manches hieher einſchlagende bey der Beneficien-Pluralität vorkommen.

Ueberhaupt aber ſind nachzuſehen:

Compegii (Thom.) tract. de unione eccleſiarum tit. 15.

Slevogti (Ioh. Phil.) diſſ. de unione eccleſiarum et beneficiorum Ienae 1678.

Acht

Acht und ſechzigſtes Capitel.

Von der Beneficiencollatur und dem Patronatrecht in E. G. Reichsſtiftern.

Inhalt.

§. 1809.) Einleitung. 1810.) Unterſchied der Beneficien und der Collation. 1811.) Anſtände bey der Päbſtlichen Collatur. 1812.) Concurrenz des Landesherrn, 1813.) beſonders bey Wechſelpfarreyen, 1814.) und Seelſorgern einer andern Religion. 1815.) Reſultat. 1816.) Schriften.

§. 1809.

Die Materien von der Beneficiencollatur, und dem Patronatrecht gehören eigentlich zum Kirchenrecht, und hieher nur ſo weit, als die Landeshoheit im Geiſtlichen dabey zur Sprache kommt, oder in ſo ferne ein geiſtlicher Stiftsregent, oder ſelbſt die Verfaſſung der Stifter hierinfalls etwas beſonderes vor ſich hat, welches mit den gemeinen Rechten nicht übereinſtimmet. Von den Patronatsſachen, in wie weit der Landesherr mit dem ordinario oder dem Biſchof concurriret, habe ich ſchon (§. 1370.) gehandelt. Es ſind aber noch ein und andere Anſtände zu erörtern übrig. Einleitung.

In Anſehung der Beneficien-Collatur werde ich hier nur etwas vorläufig erwähnen, weil dieſe Materie in den 101ſten Capitel ausführlich abgehandelt wird, und hier eigentlich die Rede mehr von der Beneficien-Collatur und dem Patronatrecht der Curatbeneficien, Landpfarreyen Vicarien, und kleinen Beneficien, als von den höhern Beneficien iſt, mit

welchen letztern der Landesherr, was die Collatur betrift, gar nichts zu thun hat, und wobey von Patronatrechten die Frage gar nicht ſeyn kann.

§. 1810.

Unterſchied der Beneficien und der Collation.

In den deutſchen Erz- und Domſtiftern gibt es im allgemeinen Betracht viererley Hauptgattungen von Beneficien.

Die **erſte** iſt die biſchöfliche Würde ſelbſt, oder das beneficium majus.

Die **zweyte**: die dignitates poſtpontificiales in den Cathedralen und die principales in den Collegiaten.

Die **dritte**: die Canonicate und Dompräbenden.

Die **vierte**: die beneficia curata und ſimplicia.

Wie die Beneficien unterſchieden ſind, ſo ſind es auch die Collaturrechte.

Die erſte Gattung geſchieht per electionem von den Domkapituln, und ſo ferne die Wahl als per devolutionem etc. nicht ſtatt hat, ſo vergibt der Pabſt das Erzbißthum oder Probſtey.

Die zweyte werden zwar an einigen Orten, wo der Pabſt in den Beſitz iſt, per proviſionem apoſtolicam conferirt, auſſerdem aber ſollen ſie durch die Wahl des Capituls beſetzt werden.

Die **dritte** beruhet in Anſehung der Collatur auf der alternativa menſium, nehmlich der päbſtlichen, (§. 100.) und des Capituls, wiewohl der Pabſt in einigen Stiftern per indultum die menſes papales den Erz- und Biſchöfen überlaſſen hat.

Die **vierte** Gattung, nehmlich die beneficia curata und ſimplicia gehen den Pabſt nicht an, ſondern nur die collatores ordinarios, welche auch Layen ſeyn können.

Von dieſer letzten Gattung wird eigentlich in dieſem Capitel ganz allein gehandelt.

§. 1811.

§. 1811.

Jn Anſehung der Beneficien Collatur ſind die deutſchen Biſchöfe mit dem Römiſchen Hof in vielen Stücken nicht einig: die Hauptpunkte kann man aus den Coblenzer Abſchluß vom J. 1769, und aus der Emſer-Punctation vom J. 1785. abnehmen.

Anſtände bey der päbſtliche Collatur.

1) Sollen die päbſtliche Indulten, wegen Ertheilung der Beneficien in den päbſtlichen Monaten nicht mehr auf 5 Jahr, ſondern auf die ganze Lebenszeit der Erz- und Biſchöfe ausgeſtellt werden.

2) Sollen die Römiſche Proviſion, oder päbſtliche Vergebung der dignitatum poſt pontificialium in den Cathedralkirchen, und der Principalium in den Collegiatkirchen, oder die Beſtättigung ihrer Wahlen hinfüro aufhören.

3) Keine Reſignationen von der Römiſchen Curie angenommen, oder Penſionen beſtimmt werden.

4) Die Gnadenbriefe zu den Beneficien ſollen nur von den Ordinarien gegeben werden, auch über die Unzuläßigkeit kein Recurs eintreten.

5) Zu den Curatbeneficien ſollen keine litterae in forma *gratiae factae*, ſondern *faciendae* oder *in forma dignum* ertheilt werden.

6) Ohne das von dem Biſchof erhaltene Zeugnis ſoll a) keine Römiſche Beneficien-Collatur angenommen, und b) die zu Erhaltung eines Beneficiums erforderliche Jahre ſollen nach der Eigenſchaft des Beneficiums von dem Biſchof abgemeſſen werden.

Alle dieſe Gegenſtände haben die vereinigten Erzbiſchöfe aus den beſten Gründen, wegen den auſſerordentlichen Exceſſen der römiſchen Curie vor die Hand genommen. Es fehlte hiebey aber nur an der Einigkeit, und dem Einverſtändniß des geſammten deutſchen Epiſkopats; weil in dieſen Punkten

ten weder die Landeshoheit im Geiſtlichen, noch im Weltlichen concurriret. Die vereinigten Erz- und Biſchöfe haben in dieſen Stücken gar nichts anderes zu Stande bringen wollen, als was ihre Vorfahrer dießfalls ſchon zum theil gethan haben. Der Churfürſt Wilhelm zu Cölln machte ſchon 1353. eine Statute, daß keine Recomendation oder Proviſionalſchreiben des Römiſchen Stuhls in ſeinem Erzſtift ohne vorhergehende genugſame Unterſuchung, damit kein Betrug mit unterlaufe, angenommen werden ſolle. 1)

In der Coblenzer Conferenz vom J. 1769. ward n. 10. unter andern auch projectirt, dahin Vorſehung zu thun, daß der Römiſche Hof die Patronatrechte vollkommen unverrückt laſſen ſolle.

§. 1812.

Concurrenz des Landesherrn.

Bey Beneficien z. B. Pfarreyen Vicarien auf dem Land, Beneficiaten und dergleichen hängt das Collaturrecht von dem Patronatsherrn ab, wie ich ſchon (§. 1809.) vorausgeſetzt. Allein bey dieſer Collatur hat der Landesherr in Anſehung der Eigenſchaften, und Fähigkeiten des Beneficiaten doch manches zu ſagen. Da einem Landesherrn nicht gleichgültig iſt, was ein fremder Patronatsherr, ſeinen Unterthanen für einen Seelſorger gibt. 2) In den Concordaten zwiſchen Baiern und den bekannten Hochſtiftern, kommt der Landesherr bey Beſetzung eines Beneficiums immer mit zur Sprache. Die ſogenannte Zu-

1) Lünig. R. A. ſpicil. eccl. Thl. 1. S. 482.

2) Man nimmt die Sache heutzutag etwas ſtrenger als vor Zeiten. Pabſt Alexander ſchrieb 1071. an den Erzbiſchof Udo zu Trier, daß derjenige Weltprieſter, der in einer ſchweren Krankheit (vermuthlich ex voto oder deſperatione) ein Mönch werden will, nach erlangter Geſundheit ſeine Pfarrey oder Beneficium wieder erhalten ſolle. Hontheim hiſt. trevir. tom. 1. S. 417. dergleichen Verordnungen läßt ſich jezt kein Landesherr mehr gefallen.

Zulaſſungs- oder Poſſesbriefe, welche den Pfarrern, beſtändigen Vicariis, und Beneficiaten von dem Churfürſtlichen geiſtlichen Rath in München ertheilt werden, beſtättigen dieſes hinlänglich. — In dem Concordat zwiſchen Baiern und Paſſau vom J. 1690. §. 24. ward feſtgeſetzt: „und weilen abſonderlich „ſich geziemet, daß von denen permutationibus be„neficiorum Ihro Churf. Durchlaucht als Patronus „Wiſſenſchaft überkommen, und nicht etwa einer „Ihro Chf. Durchl., oder den Pfarrkinder, unan„ſtändiger Geiſtlicher ad Beneficium juris Patronatus „präſentirt werde, ſolle vor wirklicher Permutation „Ihro Churf. Durchl. hievon zeitlich Notification, „um Dero Erinnerung geſchehen. Was für Eigen„ſchaften der Landesherr zu einem Seelſorger erfor„dert, iſt zum Theil ſchon in dem 43ſten Capitel „angeführt worden.

§. 1813.

In einigen Ländern, als vorzüglich in Baiern behauptet der Landesherr das Recht, die in menſe papali vacirende Pfarreyen und Beneficien zu beſetzen, welche ſich aber nur auf eine gewiſſe Zahl, und Orte erſtrecken. Es ward ſchon 1583. ein Concordat zwiſchen den Stiftern Salzburg, Paſſau, Freyſingen, Regensburg, Augsburg und Chiemſee, und den Herzogen wegen dieſen ſogenannten Wechſelbeneficien errichtet. Dieſes Patronatrecht der Baieriſchen Herzogen gründet ſich auf ein unfürdenkliches Herkommen, welches aber nicht älter, als die päbſtliche Monate ſelbſten, und die hierüber errichtete Concordaten vom J. 1583. ſeyn kann. Es entſtanden in der Folge deswegen mehrere Zweifel darüber, ob ſich die landesherrliche Gerechtſame auf alle Vocaturen in menſe papali, mithin nicht nur in dem Falle des Todes, ſondern auch der Begebung durch Reſig-

Beſonders bey Wechſel-Pfarreyen

Reſignation, und Permutation erſtrecke, oder ob ſie nur bey den Beneficien, welche juris patronatus laici ſind, oder aber auch bey jenen patronatus eccleſiaſtici aufhöre. Die Ordinariate beſchränkten es auf den Beſitzſtand ein. Es kam zu Receſſen inſonderheit im J. 1690 und 1718. mit Paſſau und Freyſingen. Zwiſchen Baiern und Salzburg, blieb man aber wegen 19 dergleichen Beneficien, bey der Collatur nach den menſibus papalibus ſtehen. Man brachte zwar 1764. in Vorſchlag abſtrahendo von den päbſtlichen Monaten die Alternativ Collatur einzuführen. Es blieb aber bey der erſten Collaturart wieder. 3) In Oeſterreich, Steyr, und Kärnten, ſo wie in den mehrſten Reichsländern hat der Landesherr, wie auch andere Layen, und Gemeine das Patronat- und Collaturrecht bey Pfarreyen und Beneficien auszuüben. In den Stiftern nimmt man es zwar nicht ſo genau wahr, ob der Stiftsregent als Biſchof, oder als Landesherr das Collatur und Patronatrecht ausübe; nur alsdenn, wenn ein dritter ein Layen, eine Gemeine, oder Stiftung dieſes Recht in Ausübung bringt, treten die landesherrliche Rechte ein, nach welchen auf die Eigenſchaften, und Qualification des ernannten oder präſentirten Beneficiaten faſt in eben der Art, wie ich (§pho praeced.) von Baiern erwähnet habe, geſehen wird.

§. 1814.

Und Seelſorgern einer andern Religion.

Nicht nur im Reich, ſondern auch in den Stiftern iſt es eine gemeine Sache, daß das Patronatrecht von Beneficien einer andern Religion von der katholiſchen Geiſtlichkeit ausgeübet werde. Der Stiftsregent concurrirt hiebey oft in der Eigenſchaft als Biſchof, und als Landesherr. In dem erſten Fall

2) Nachrichten von Juvavia S. 308—310.

Fall zwar nur ſo weit er ſein biſchöfliches Recht bey den Beſtellungshandlungen eines Beneficiums einer andern Religion in dem Entſcheidjahr hergebracht hat. Als Landesherr hingegen ſteht ihm zu über die Eigenſchaften des zur Pfarrey, oder einem Beneficium A. C. ernannten Subjects genaue Unterſuchung anzuſtellen, wie ich anderwärts ſchon gezeigt habe. Er kann aber auch Vertretungsweiſe als Stiftsvorſteher manchmal zur Sprache kommen, wenn es wegen Ausübung des Collaturrechts Streitigkeiten abſetzt, wie es der Fall 1759. bey dem Collegiatſtift ad *B. V. Mariam* zu Wezlar war, wo der Magiſtrat ſelbiges an dem jure eligendi paſtorem. A. C. ſtören wollte, der Churfürſt von Trier nahm ſich als Probſt des Collegiatſtifts allda der Sache an, und brachte durch ein Reichshofraths-Concluſum vom 1. Oct. B. J. zu wegen, „daß das Stift in ſeinem „jure nicht beeinträchtigt, ſondern allerdings darauf „geſehen werde, daß man ſich wegen eines tüchtigen „Subjecti es mögte ſchon vorher in der Stadt Wezlar „bedienſtet geweſen, oder auswärtsher ſeyn, ſchied„lich und friedlich vergleiche." 4) Ob nun ſchon dem Collegiatſtift das Patronats- und Ernennungsrecht des Pfarrers A. C. zuſtand, ſo konnte dem Magiſtrat zu Wezlar als Landesherrn doch nicht verdacht werden, bey deme, was die Eigenſchaften des praeſentati betraf, zu concurriren. Der Landesherr, er mag ein geiſtlich- oder weltlicher Herr ſeyn, er mag der katholiſchen oder einer andern Religion zugethan ſeyn, oder es mag ein Beneficium der einen oder andern Religion betreffen, hat immer darauf zu ſehen, und dafür zu ſorgen, daß die betreffende Gemeine mit einem fähigen Seelſorger verſehen werde. Wie ſich der katholiſche Stiftsregent in Anſehung eines zu einem Beneficium ernannten Subjects einer an-

4) Moſers Zuſätze B. 3. S. 761.

andern Religion zu benehmen habe, dies iſt ſchon in vorgehenden Capiteln gezeigt worden, und gehört nicht zum Patronatrecht.

§. 1815.

Reſultat. Bey der Beneficien-Collatur, und dem Patronatrecht in den deutſchen Stiftern hat der Landesherr alle diejenige Rechte auszuüben, welche das jus circa Sacra mit ſich bringt.

Die biſchöflichen Patronat- und Collaturrechte leiden bey Beneficien in vermiſchten Ländern manche Einſchränkungen, ſo weit nehmlich das Herkommen, der Beſitzſtand, oder Verträge in Mitte liegen.

Der Landesherr concurrirt in regula bey der Ausübung des Patronats- und Collaturrechts in der Maaße, daß fähige und tüchtige Seelſorger den Gemeinen ſeines Landes vorgeſetzt werden.

Die Art der landesherrlichen Concurrenz beruht ebenfalls auf dem Beſitzſtand, dem Herkommen, oder beſondern Concordaten.

Wie man ſich bey dem Hauptunterſchied in Anſehung der landesherrlichen, und biſchöflichen Gerichtsbarkeit bey Patronat- und Beneficien-Collaturſachen, wenn es entweder a) auf ein bloßes factum, oder b) auf die Weltlichkeit des Pfarrlehens bey ſich ergebenden Streitigkeiten ankommt, zu benehmen habe, iſt (§. 1372.) ſchon ausführlich gezeiget worden.

§. 1816.

Schriften. Von dem Beneficien-Collatur- und Patronatrechte in Anſehung der Frage: wie weit der Landesherr hiebey vermöge der Landeshoheit im Geiſtlichen, oder Weltlichen concurrire? iſt mir keine Abhandlung be-

bekannt. Als ein Hilfsmittel in dieſer Materie kann des Freyherrn von Kreitmayrs Codex civilis bavaricus benutzt werden, in deſſen fünften Theil verſchiedenes, ſo auf die in Baiern befindliche Reichsſtifter Bezug hat, vorkommt. Auch ſind die Concordaten und Receſſen zwiſchen Churbaiern, dann den Stiftern Salzburg, Paſſau, Freyſingen, Regensburg, Augsburg, und Chiemſee, München 1769. J. und die neuere zwiſchen Churpfalzbaiern, und den Stiftern Augsburg und Regensburg beyzuziehen.

Neun und ſechzigſtes Capitel.

Von den Ordensclöſtern, und Cloſterſachen in C. G. Reichsſtiftern.

Inhalt.

§. 1817.) Einleitung. 1818.) Unterſchied der Clöſter in Stiftern. 1819.) Rechte der Biſchöfe überhaupt, 1820.) beſondere Rechte in Anſehung der Seelſorge. 1821.) Der Clöſterprälaten. 1822.) Einſchränkung der Clöſter. 1823.) Nutzbarkeit der Clöſter. 1824.) Verminderung derſelben. 1825) Anweiſung ihrer Beſtimmung. 1826.) Erhaltung der Diſciplin. 1827.) Viſitationsrecht. 1828.) Reformation der Clöſter. 1829.) Biſchöfliche Adminiſtration. 1830.) Aufhebung der Clöſter. 1831.) Exemtion der Clöſter. 1832.) Schriften.

§. 1817.

Einleitung. Das dermalige Verhältnis der Biſchöfe mit denen in ihren Stiftslanden befindlichen Clöſtern iſt heutzutage nicht mehr ſo beſchaffen, wie ſelbes in dem 8ten und 9ten Jahrhundert noch war. Damals hatten die Biſchöfe, und die Clöſter einen, und den nehmlichen Endzweck. Beyde beſchäftigten ſich mit der Verbreitung der Chriſtlichen Lehre, und die Clöſter insbeſondere mit der Handarbeit. Die ſchönſte Städte und Landſchaften müſſen es nur den Mönchen verdanken, daß ſie aus fürchterlichen Wildniſſen eine ſo ſchöne Geſtalt, und Fruchtbarkeit erhielten.

Die Clöſter dienten den Biſchöfen zu ihrer Vergrößerung. Aus den Clöſtern wurden Erzbiſchöfe, Biſchöfe, und Kirchenprälaten gewählt. Die gelehrteſte

lehrteſten und beſten Männer fand man in den Clö-
ſtern. Fulda, und Corvey waren in Deutſchland, die Pflanzſchule großer Stiftsregenten, und des deutſchen Adels.

Die Biſchöfe ſahen es bis auf das 12te Jahrhundert nur gar zu gut ein, daß von der Emporbringung der Clöſter ihr Anſehen, ihr Wachsthum, und Selbſterhaltung abhange; ich habe nahmhafte tauſend Urkunde geſammelt, aus denen es ſich erweiſen läßt, wie freygebig die Biſchöfe mit Güterſchenkungen an die Clöſter waren. Es würde ein eigenes Buch vollmachen, ſolche nur anzuzeigen; allein da hier nur von dem Verhältniſſe der Biſchöfe und Clöſter die Frage iſt, ſo gehören dieſe Geſchichtsbeweiſe nicht hieher.

In dem 11ten und 12ten Jahrhundert fieng die Geiſtlichkeit der deutſchen Stifter an, träge zu werden. Selbſt die Clöſter wurden von dieſer Seuche angeſteckt, und ſie hatten nicht einmahl den Schein derjenigen Geſtalt, welche ſie in den vorigen Jahrhundert, ſo verehrungswürdig machte. Das allgemeine Verderben, Lauigkeit im Gottesdienſte, Unwiſſenheit, und Schwelgerey ſetzten die Clöſter zum Aergerniß, und der Schande der Kirche, in dem tiefſten Verfall. Durch die große Menge der Ordensſtände, die von dem 12ten bis auf das ſechzehende Jahrhundert errichtet wurde, ſuchten die Clöſter zwar ſich wieder ihr vorheriges Anſehen zu verſchaffen; allein ſie brachten es der vielen ihnen entgegen geſtandenen Hinderniſſe wegen nicht mehr zu Stande.

Die Biſchöfe drückten die Clöſter ſtatt ſie zu begünſtigen, ſie beneideten die Clöſter um ihren Reichthum. Der Römiſche Hof hatte zu große Gewalt durch den Verfall der deutſchen Geiſtlichkeit in ihren Angelegenheiten erhalten. Die Clöſter ſchützten ſich gegen die Biſchöfe durch die von Rom erhaltene Ex-

emtionen und Freyheiten, und zwiſchen Biſchöfen, und der Cloſter-Geiſtlichkeit ſtellte ſich ein gewiſſer Eiferſuchtskrieg dar, der beyden ſchädlich war. Die weltlichen Fürſten ſuchten durch den immer größern Zuwachs der Landeshoheit, beſonders in geiſtlichen Dingen dieſe Uneinigkeit zu benutzen. Die Reformation kam dazwiſchen, die Stifter verloren durch ſelbe einen großen Theil ihrer Güter; ſie glaubten ſich aber nicht beſſer, als durch den Reichthum der Clöſter zu entſchuldigen. Viele derſelben wurden incorporirt, unirt oder empfindlich an Güter und Einkünften geſchwächt. Ein großer Theil der Clöſter ward entweder von den proteſtantiſchen Fürſten gar aufgehoben, oder ſeculariſirt oder verwüſtet. Nur diejenigen Clöſter, welche Macht oder eine gute Lage hatten ſich bey ihren Rechten, und Gütern zuvertheidigen, konnten ihre Selbſterhaltung noch erzwingen. Dieſe gab ihnen aber bis auf das 17te und 18te Jahrhundert ſo viel zu ſchaffen, daß an die clöſterliche Diſciplin, an die Cultur der Wiſſenſchaften, und an den alten Religionseifer faſt nicht mehr gedacht wurde. Die Bettelmönche ſuchten ihrer Erhaltung wegen ſich den Anhang des gemeinen Pöbels zu verſchaffen, trozten den Biſchöfen, und bildeten unter dem Schutz des Römiſchen Hofs, und ihrer Ordensgenerale gleichſam einen eigenen geiſtlichen Staat in den Stiftern. Die Biſchöfe hatten wegen ihrer Selbſterhaltung noch einige Zeit nach dem Weſtphäliſchen Frieden viel zu thun. Erſt in der Mitte des achtzehenden Jahrhunderts, als ſich die Sitte verfeinerte, der Religionshaß durch Dultungs Beyſpiele entfernete, und ſich in den Stiftern erhabne Biſchöfe, und einſichtsvolle geiſtliche Fürſten darſtellten, fieng die Cultur der Wiſſenſchaften, eine vernünftigere Moral, und Volksbildung an, wieder tiefere Wurzeln zu faſſen. Die Biſchöfe ſuchten über

die

die Clöſter ihre entriſſene Gerechtſame nach. Die Clöſter ſelbſt, da der Römiſche Hof, der vieles von ſeiner Gewalt in deutſchen Kirchenſachen verlohr, und ſie nicht mehr ſo kräftig gegen die Biſchöfe, und Landesherren ſchützen konnte, muſten auf eine beſſere Bildung bedacht ſeyn, nach Gelehrſamkeit ſtreben, und ſich nützlicher machen, wenn ſie ſich anders nicht der Gefahr, aufgehoben zu werden, in den Stiftern ausſetzen wollten.

In dieſem Verhältniſſe ſtehen nunmehr die Biſchöfe mit denen in ihren Stiftslanden befindlichen Clöſtern, und nach dieſer Vorausſetzung gehe ich auf ihre wechſelſeitige Befugniſſe, ſo weit ſolche in das Staatsrecht der deutſchen Stifter einſchlagen.

§. 1818.

In den deutſchen Reichsſtiftern gibt es eigentlich nach dem Staatsrechtlichen Betrachte zwey Hauptgattungen von Clöſtern, Reichsunmittelbare, und mittelbare. Unterſchied der Clöſter in Stiftern.

Die Reichsunmittelbare theilen ſich wieder in 2. Claſſen; in jene, 1) welche Sitz und Stimme auf den Reichs- und Creißtägen haben, und 2) in ſolche die zwar Reichsunmittelbar ſind, aber dieſer Vorzüge ſich nicht erfreuen können.

Ferner gibt es auch mittelbare Clöſter von zweyerley Gattungen, 1) welche mit aller geiſtlichen, und weltlichen Gerichtsbarkeit dem Stiftsſtaat unterworfen ſind, und 2) andere die ſowohl in Anſehung der geiſtlichen als weltlichen Gerichtsbarkeit der Biſchöfe, einige Exemtionen, und Freyheiten vor ſich haben.

Mit den Frauenclöſtern hat es in den Stiftern faſt die nehmlichen Verhältniſſe, wie mit den verſchiedenen Gattungen der Mannsclöſter.

Vollkommen unmittelbare Reichsſtifter hat man in den deutſchen Stiftsſtaaten nur ſehr wenige. Die Macht der Biſchöfe hat ihre Anzahl ſehr eingeſchränkt.

§. 1819.

Rechte der Biſchöfe überhaupt.

Die Rechte der catholiſchen geiſtlichen Reichsſtände über die in ihren Stiftslanden gelegene Clöſter beſtehen im Ganzen, und überhaupt genommen darinn, daß die Biſchöfe in geiſtlichen Sachen von den Clöſtern Gehorſam, und Unterwürfigkeit fordern können, ſo weit ihnen gegen ihre Verfaſſung, Inſtitut, und Exemtionen nichts zugemuthet wird Die Verfaſſung der Clöſter muß aber auch in der Art beſchaffen ſeyn, daß in ſelbiger nichts erſcheine, welches der biſchöflichen Gewalt, und Anſehen, und ſelbſt den Diöceſan-Verordnungen entgegen ſtehet. Alle Exemtionen, und Freyheiten der Clöſter ſollen ordentlicherweiße der biſchöflichen geiſtlichen Gerichtsbarkeit keinen Abbruch thun, weil ſie nicht anders als ſalvo juri tertii (nehmlich der Biſchöfe) konnten ertheilet werden. Alles was gegen dieſen Satz von den ganz mittelbaren Clöſtern eingewendet wird, ſtreitet gegen die Hierarchiſche Verfaſſung.

In weltlichen Sachen hingegen, da der Stiftsregent nicht als Biſchof in Rückſicht der Clöſter, ſondern als Landesherr zu betrachten iſt, müſſen ſich die mittelbare Clöſter der landesherrlichen Botmäßigkeit in ſo weit unterwürfig erzeigen, als ſie nicht in ein, und andern Stücken entweder durch beſondere Freyheiten, oder ein richtiges und unwiderſprochenes Herkommen etwas beſonderes hergebracht haben. Der Biſchof hat neben deme auch das Recht mittelbare Clöſter in ihren Güter- und Eigenthumsrechten zu ſchützen, wenn er auch gleich nicht ihr beſonderer Schutzherr iſt. Denn die landesherrliche Advocatie wirkt

ex

ex iure fortiori und weit ſtärker, als eine jede andere Schutzherrſchaft, weil jene die natürliche, dieſe aber nur die zufällige iſt.

Bey Reichsunmittelbaren Clöſtern fällt das Schutzrecht der Biſchöfe in weltlichen Dingen, ſamt den landesherrlichen Rechten hinweg, weil die Clöſter unter des Kaiſers, und des Reichs unmittelbaren Schutz und Gerichtsbarkeit ſtehen, woran der Stiftsregent nur dasjenige was er hieran rechtmäſſig erlangt hat, ausüben kann.

§. 1820.

Beſondere Rechte in Anſehung der Seelſorge.

Die beſondern Rechte eines Biſchofs über mittelbare Clöſter in geiſtlichen Sachen ſind ſehr manchfältig. Die Seelſorge macht (§. 1264.) das vornehmſte Recht, und die Hauptpflicht eines Biſchofs aus. Die Mönche haben faſt in allen deutſchen Stiftern an der Seelſorge Antheil; daß ſolche mit dem beſchaulichen Leben nicht vereinbarlich ſey, und eines dem andern im Wege ſtehe, hab ich anderwärts 1) ſchon abgehandelt. Die Mönche haben ſich von jeher mit der Seelſorge abgegeben: in dem Concilio zu Dingelfingen vom J. 772. ward ihnen ſolche auſſer den Clöſtern ſchon zugeſtanden. 2) Sie wurden ſogar an die Höfe und zu Beichtvätern der Biſchöfe, wiewohl oft mit dem ſchlimmſten Erfolge 3) gerufen. Die Seelſorge der Mönche hat bey heutigen Zeiten noch weit mehr Bedenklichkeiten, als vor Alters, auf die Verhältniſſe des Staats, und die Leitung des gemeinen Volks. Wer in dieſer Sache die ſonderbaren Begebenheiten unſers Jahrhunderts, und Entwick-

1) Statiſtiſche Abhandlung über die Mängel S. 146.
2) Meichelbeck hiſt. Friſing. tom. 1. S. 75.
3) In was für Umſtände Biſchof Friederich zu Straßburg durch ſeinen Beichtvater dem Johann Nugenz, einem Auguſtiner Mönch geſetzt worden, kann man bey Godeau Kirchengeſch. Th. 23. S. 212. nachleſen.

lungen vieler dermaligen Volksgährungen betrachtet, und unbefangen überdenket, wird leicht erachten, was ich hievon ſagen könnte. Aus dieſen Umſtänden hat der Biſchof nicht nur vermöge ſeines Rechts, ſondern auch ſeiner Amtspflicht genau auf die Eigenſchaften eines Seelſorgers und der Ordensleute acht zu haben, ihre Fähigkeiten zu prüfen, und ihren Wandel, beſonders derer, die ſich auſſer den Clöſtern befinden, in genaue Aufſicht zu nehmen; weil ſelten der Ordensmann, der auſſer ſeinem Cloſter im Beruf ſtehet, derjenige iſt, oder ſo bleibt, wie er als Seelſorger ſeyn ſoll, oder als Ordensmann in ſeinem Cloſter war. Gegen dieſe Aufſicht der Biſchöfe ſchützen den Mönchen keine Ordensprivilegien, Freyheiten und Exemtionen. Hier ſchlägt auch in Anſehung des Predigtſtuls der Mönche dasjenige an, was ich (§§. 1193. 94.) ſchon vorausgeſetzt habe.

§. 1821.

Der Cloſterprälaten. Die Rechte eines Biſchofs über die Prälaten, und Vorgeſetzte der Clöſter ſind ſelbſt, was das Geiſtliche, und Weltliche betrift, ſehr verſchieden; weil die Clöſter ihrer Mittel- oder Unmittelbarkeit wegen gegen den Biſchof in verſchiedenen Verhältniſſen ſtehen. Von der Seite des Kirchenſtaatsrecht betrachtet, ſind auch die Reichsunmittelbare Clöſter in eccleſiaſticis ihren Biſchöfen und Diöceſanen unterworfen, und ich wüſte mir diesfalls kein einziges richtiges Beyſpiel von einem Reichscloſter, welches in geiſtlichen Sachen von der iurisdictione Ordinarii eximirt iſt. Selbſt die Clöſter, welche nicht in eines Stiftsregentens Land, und Gebiet liegen, und ſich in eines andern Herrn Lande befinden, ſind von der Gerichtsbarkeit des ordinarii und dioeceſani nicht befreyt. Als eine feſte und allgemeine Regel kann daher angenommen werden, a) daß der geiſtliche

Stifts-

Stiftsregent über die in ſeinem Stiftslande befindliche Clöſtervorſteher alle biſchöfliche Gerechtſame in eccleſiaſticis de regula auszuüben habe, und nur in jenen Stücken eine Einſchränkung Platz greife, wo per modum exceptionis a regula communi entweder vi Privilegii, oder eines beſondern Herkommens ein Cloſterprälat etwas beſonderes hergebracht, und auszuüben hat. Was hingegen b) die auſſer dem Stiftslande gelegene Prälaturen betrift, ſo hat der dioeceſanus ebenfalls in regula alle iura Epiſcopalia per ſe über die Clöſterprälaten; in Anſehung aber der geiſtlichen Gerichtsbarkeit und einiger annexorum iſt er nur in ſo weit beſchränkt, als der Landesherr entweder Kraft der Landeshoheit im Geiſtlichen, oder vermöge einiger Concordaten, und Verträge hiebey concurriret, z. B. wie es bey den Prälaturerledigungen zwiſchen Baiern, und Salzburg gehalten werden ſolle, zeigt der Receß vom J. 1628. zum andern, das baieriſche Concordat mit Salzburg, Paſſau, Freyſingen, Regensburg, Augsburg und Chiemſee, vom J. 1583. Cap. 2. gibt de electionibus et confirmationibus praelatorum ein klares Maas. Dieſe ältern Concordaten ſind auch jedesmahl in den neuern zur Grundlage genommen worden. Hierher gehört auch vorzüglich, was (§. 1370.) ſchon iſt abgehandelt worden, und es erſtreckt ſich ebenfalls in ganz gleichem Betracht auf die Frauenſtifter und Clöſter ohne Rückſicht auf einige Freyheiten, und Exemtionen, dergleichen niemal ſtatt finden können. Wie die Obſignation, und Inventur cumulative und gemeinſchäftlich in Clöſtern von dem Landesherrn und Dioceſano vorgenommen werden müſſe, hierüber dienet der Salzburgiſche Receß mit Baiern vom Jahr 1628. zu einem Beyſpiel.

§. 1822.

Einſchränkung der Clöſter.

Der Abt und Vorſteher hat zwar in eccleſiaſticis und vorzüglich quoad diſciplinaria über ſeine untergebene Ordensleute an und vor ſich die Juriſdiction intra ſepta Monaſterii, nur iſt dieſe den Biſchöfen, wenn es auf Streitfälle ankommt, ſubordinirt. Allein es kann ſich der Fall ereignen, daß der Prälat und das ganze Cloſter einer Einſchränkung bedürfen, und auf die Reichsunmittelbarkeit hiebey, (wenn die Frage von clöſterlichen Diſciplinſachen entſteht) gar keine Rückſicht von dem Biſchof gemacht wird. Erzbiſchof Conrad zu Cölln gab den Mönchen ſeiner Erzdiöceß wegen nöthig befundener Einſchränkung ſchon 1260. Statuta, 4). Auf gleiche Art ſetzte Erzbiſchof Conrad II. zu Maynz ſchon 1393. den Mönchen, die ſich zu viel überhaupt heraus nahmen, gewiſſe Gränzen, 5) und dieſen Erzbiſchöfen folgten auch andere Erz- und Biſchöfe nach; weil man aus der Erfahrung überzeugt war, daß der Mönch im allgemeinen betrachtet immer im Zaum geführt werden müſſe, und die Cloſtervorſteher, wenn der Biſchof nicht Hand anlegt, oft gar nicht im Stande ſind, ihre Untergebene in der Ordnung zu erhalten, indem die Mönche ſich insgemein gegen einen Ordensobern, der ſie zu enge hält, am erſten ſich empören; dergleichen Uneinigkeiten, wenn ſie durch Klugheit und Mäßigung des Biſchofs nicht in ihrem Keime erſticket worden ſind, den Umſturz und das Verderben mancher Clöſter nach ſich gezogen haben. Viele Clöſter hatten aber auch das Schickſal, daß ſich die Biſchöfe beſtrebten, die Uneinigkeiten zwiſchen den Cloſtervorſtehern und ihren Untergebenen zu unterhalten, damit die Clöſter ſucceſſive zu biſchöflichen Tafelgütern gemacht werden können. Die Fäl-

le

4) Lünig R. A. Spicil. eccl. Fortſ. Thl. 1. S. 351.
5) Ioann. rer. mog. tom. 1. S. 707.

le von der Reichenau und Prüm ſind nicht ganz von dieſer Cathegorie gereinigt.

§. 1823.

Das Hauptaugenmerk des geiſtlichen Stiftsregenten muß gemäs ſeiner Pflicht dahin gehen, daß die Clöſter, auch auſſer ihrem Berufe, für den Staat nützlich gemacht werden. Sie ſollen eigentlich keine tode, ſondern im Ganzen genommen, thätige Staatsglieder ſeyn. Carl der Große erbaute keine Clöſter. Joſeph II. dachte auch ſo bey Aufhebung derſelben. Zu viele Clöſter, und ihre zu große Anzahl iſt ſchädlich, der gänzliche Abgang noch nachtheiliger. Die Weltgeiſtlichen würden in die alte Lauigkeit und Unwiſſenheit zurück fallen, wenn ſie nicht durch den Ehrgeiz (das allerbeſte politiſche Zwangsmittel) angeſpornet würden, ſich in den Wiſſenſchaften mit den Clöſtern zu meſſen; überdies würde die zu ſtarke Aufhebung der Clöſter einen zu widrigen Eindruck auf das gemeine Volk machen; da die Biſchöfe nach ihrem eigenen, und dem Verhältniß ihrer Geiſtlichkeit, beſonders wegen ſo vielen eingezogenen Beneficien in den Stiftern, der Mönche in partes curarum ſehr benöthigt ſind, wie ich anderwärts ausführlich 6) gezeigt habe. Die beſte Art, die Klöſter für den Stiftsſtaat nützlich zu machen, beſteht darinn, daß ſie zu Schul- und Erziehungsanſtalten gebraucht werden. Alle Clöſter können hiezu zwar nicht benutzt werden; von dieſen kann man aber fordern, daß ſie durch Beyträge an Geld von ihrem Ueberfluß beywirken. Maynz, Trier, Cölln, Salzburg und Münſter ſind diesfalls mit ſtattlichen Beyſpielen vorangegangen. Maynz ſetzte durch die Aufhebung zweyer Clöſter etliche Millionen in die Circulation; die dortige Univerſität hat ihren reichen Zufluß dieſer wei-

Nutzbarkeit der Clöſter.

6) Statiſtiſche Abhandlung S. 136. 137.

weiſen Verfügung zu danken. Trier bezieht allein von der Karthauſe zu Coblenz zur Erziehungsanſtalt jährlich 500 fl. Der dermalige regierende Churfürſt zu Cöln fordert den Beytrag von den Clöſtern, den man ſeinem hochſeeligen Vorfahrer 1781. ſtreitig machte. Salzburg machte ſeine Auguſtiner um 100,000 fl. aus einer dieſer ähnlichen Abſicht leichter. 7) Freylich wird eine Reform des Mönchſtudiums erfordert, wenn man ſie zu den Erziehungs- und Schulanſtalten benutzen will. Münſter hat aber auch ſchon damit den Anfang gemacht. 8) Es läßt ſich alles thun, wenn man nur will: allein hier kommt es auf die Staatsrechtliche Frage an: ob es der geiſtliche Stiftsregent auch thun darf? und die Generalregel, daß der Landesherr berechtigt ſey, die Handlungen aller ſeiner Staatsglieder zum allgemeinen Endzweck zu leiten, dient allerdings auch gegen die Clöſter zum wichtigſten Entſcheidungsgrund. Ich bin über dieſen Punkt auſſer Stande etwas mehreres zu ſagen, da ich ſolchen in der unten angezeigten Abhandlung vollkommen entwickelt habe. Die Verordnung, welche man auf dem Coblenzer Congreſſe 1769. (§ 151. n. 26.) entworfen hat, erſchöpft die ganze Sache vollkommen.

§. 1824.

Vermin- derung derſelben

Das Recht ein Cloſter aufzuheben, oder die Anzahl der in den Clöſtern befindlichen Ordensleute zu mindern, iſt nicht ganz ein biſchöfliches ſondern vielmehr ein Recht der Landeshoheit im Geiſtlichen. Der Beweis ſtellt ſich aus deme, der Diöceſan darf kein Cloſter in eines andern Herrn Lande aufheben, oder die Anzahl der Ordensleute vermindern; weil er die Landeshoheit im Geiſtlichen in alieno territorio nicht

7) Ebend. S. 134 138. 141. 214.
8) l. c. S. 215.

nicht hat; freylich wird der dioecesanus allezeit von dem weltlichen Landesherrn bey einem ſolchen Gegenſtande wegen Sachen die in das Geiſtliche unmittelbar einſchlagen, gefragt, berathen, und um Beywirkung und nur im Falle (wenn Verträge in Mitte liegen) zur Mitbewilligung angegangen werden, aus dieſen folgt aber im allgemeinen noch kein Grund, welcher dem Biſchof dieſes Recht zu- und dem Landesherrn abſpricht.

In dem Stiftsland, wo der Stiftsvorſteher zugleich Biſchof und Landesherr iſt, geht es an und vor ſich mit der Aufhebung eines Cloſters, oder der Verminderung der Ordensleute leichter; weil der Biſchof, wenn die Clöſter nicht beſondere Privilegien von den Päbſten erlangt haben, ohne den Pabſt fürfahren könnte, wiewohl es niemal geſchieht, indem der Biſchof mit Kirchengütern keine Veränderung vornehmen und den Pabſt ſeines Oberaufſichtsrechts wegen übergehen kann. In den Coblenzer Congreß (§. 151. n. 26) ward vorgeſchlagen: „die Biſchöfe ſollen beſonders die überflüſſigen Güter und Reichthum der Clöſter vor Arme und milde Stiftungen verwenden; Clöſter, die entweder nicht die canoniſche Anzahl Mönche haben, oder minder nützlich ſind, zu beſſern Gebrauch der Kirche und Religion, nemlich vor Errichtung und Vermehrung der biſchöflichen Seminarien, Herſtellung der Competenz vor die Seelſorger, nöthige Beſoldung der Schulmeiſter, Verbeſſerung der Schulen, Gymnaſien und Univerſitäten, Errichtung der Spitäler, Kranken und Zuchthäußer, dann andere dem gemein- geiſtlich und leiblichen Beſten mehr nützliche Anſtalten verwenden.“

In der Emſer Punctation (§. 166. n. 1.) enthält auch eine Deutung, welche auf dieſes Bezug hat; überhaupt bringt es die natürliche Obliegenheit

eines jeden Regenten mit ſich, die Zahl der dem Staat zum Ueberlaſt fallenden Glieder zu mindern. Wenn der Stiftsregent bemerkt, daß die Collecten der Mendicantenclöſter ſeinen Unterthanen beſchwerlich ſind, ſo iſt er als Landesherr eben ſo verpflichtet als berechtigt, ſie entweder gar aufzuheben, oder ihre Anzahl zur Erleichterung des Mitbürgers herunter zu ſetzen. Freylich hat er dabey auch die Obliegenheit für den Unterhalt der abgeſchaften Ordensleute in andere Wege zu ſorgen, damit ſie dem Stiftsſtaat nicht auf eine andere Art beſchwerlich ſind.

§. 1825.

Anweiſung ihrer Beſtimmung.

Das Recht den geiſtlichen Gütern und Einkünften der Clöſter eine andere Beſtimmung anzuweiſen, ſteht allerdings dem Biſchof zu; da der Landesherr mit dem Biſchof in einer Perſon vereinigt iſt. Der Pabſt kann nicht wiſſen, wozu die Güter und Einkünfte am nothwendigſten und nützlichſten können verwendet werden. Der Biſchof muß den Vorſchlag geben, und der Pabſt ertheilt aus ſeinen über die Kirchengüter hergebrachten Oberaufſichtsrechte die Bewilligung. Wenn auch kein poſitives Geſetz in der Mitte liegt, daß der Biſchof der päbſtlichen Beſtätigung in jenen Fällen bedürfe, wo es um Veränderung der Kirchengüter zu thun iſt; ſo hat der päbſtliche Hof eine Gattung Herkommens vor ſich, daß in allen dergleichen Fällen bisher ſeine Bewilligung nachgeſucht worden. Ueber jenes, was von der päbſtlichen Concurrenz dießfalls (§. 1302.) ſchon geſagt worden, kommt hier zu bemerken, daß man aus Münſter unterm 15. May 1770. folgendes berichtet hat: Der Pabſt habe darein bewilliget, daß drey Clöſter aufgehoben und deren Einkünfte zu nützlichern Dingen angewandt werden ſollen: der Biſchof habe darauf beſchloſſen: aus dieſen Gefällen ein Seminarium für

Seel-

Seelſorger und Pfarrer und eine Univerſität zu errichten, und im J. 1773. hieß es: Rom vom 2. Aug. „Se. Heiligkeit haben, auf die von Sr. Churfürſtl. „Gn. zu Cölln, Fürſtbiſchofen zu Münſter, gethane „Vorſtellungen, daß das Nonnenkloſter Ueberwaſſer „zu Münſter mittels päbſtlicher Bulle aufgehoben, „und dem Churfürſten Gewalt gegeben ſtatt derſelben „eine Univerſität allda zu ſtiſten.

Allzeit kann freylich der Pabſt, ex plenitudine Poteſtatis nicht durchdringen, wenn de jure eines tertii die Frage iſt, der Herz und Kräſten hat ſich zu widerſetzen. Die Jeſuiten erhielten 1585. zu Rom eine Bulle, darinn das Benedictiner Cloſter Schwarzach, Strasburger Bisthums, ihnen zu einem Seminario überlaſſen wurde. Das Reichskammergericht aber erließe den 6. Oct. ein Mandat dagegen, weil ſich der Biſchof zu Speyer als Lehenherr dagegen ſetzte, und das Cloſter blieb in ſeinem Stande. 9)

§. 1825.

Erhaltung der Diſciplin.

Die klöſterliche Diſciplin im Ganzen und in ihren Theilen zu beſorgen und zu erhalten, geht zwar den Cloſtervorſteher ganz allein an. Soferne ſich aber ſeine Untergebene nicht fügen oder ungehorſam erzeigen wollen, ſo müſſen ſie durch den Biſchof zu Recht gewieſen werden. Manchmal muß auch der Landesherr beywirken, die biſchöfliche Gerichtsbarkeit zu unterſtützen; beſonders wenn es um proviſoriſche Verfügung, oder um die Herſtellung des Ruheſtandes zu thun iſt. In Baiern kamen 1769. drey merkwürdige das innerſte der Ordensdiſciplinarſachen betreffende landesfürſtliche Edikte heraus, welche 1.) die Abſtellung der Mißbräuche in Clöſtern. 2.) Die Franziſcanerdiſciplin, und die Subordination der Cloſterleute gegen ihre geiſtliche Ordensobrigkeit betroffen

9) Reuß Staatskanzl. Thl. 3. S. 74.

ſen haben. In Diſciplinarſachen kommt es bey einem Diöceſan und Landesherrn darauf an, was dieſer in Anſehung des juris circa ſacra durch Verträge oder ſonſt hergebracht habe. In allen Stiftern hat man über die Verfaſſung der Closterdiſciplin beſondere Verordnungen. Erzbiſchof Conrad zu Cölln machte ſchon 1260. in ſeiner Erzdiöceß Statuta, wie ſich die Ordensleute verhalten ſollen. 10) Erzbiſchof Wilhelm zu Cölln machte ein gleiches Statut 11) im J. 1360, und ſo geſchah es in den mehreſten Stiftern. Freylich wenn die Exceſſe in Diſciplinarſachen der Clöſter zu lange dauern, und der Biſchof ſeiner Pflicht gemäs die Hände nicht einſchlägt, ſo muß der Landesherr auf die letzt um ſich greifen. Der Churfürſt von Baiern ließ 1769. aus dem Frauencloſter zum Anger in München, eine Perſon heraus nehmen, welche, weil ſie das Cloſter hatte verlaſſen wollen, 4 Jahre lang in einem abſcheulichen und harten Gefängniß äußerſt übel gehalten worden. Ich war ſelbſt ein Augenzeuge bey dieſer tragiſchen Geſchichte, welche in die Annalen des Mönchendeſpotiſmus gehört, und ſchon hinlänglich wäre, einem ganzen Orden ſeine Exiſtenz zu nehmen.

§. 1827.

Viſitationsrecht.

Das beſte Mittel, wie der Biſchof die Cloſterdiſciplin, ſo bald es der Nothfall erfordert, wiederherſtellen oder erhalten kann, iſt die Viſitation der Clöſter. Dieſe iſt ein weſentliches Stück der biſchöflichen Rechte und ſeiner Amtspflicht. Bey dieſer Handlung kann er alle Gebrechen eines Cloſters, und wenn er alle Religioſen genau anhört, und unpartheyiſch unterſucht, alle Klagen und Uneinigskeitsurſachen erfahren. Zu einen biſchöflichen Kloſterviſitator

10) Lünig R. A. Spicil. eccl. Fortſ. 2. S. 315.
11) Ebend. Thl. 2. S. 579.

ſitator muß aber ein thätiger und gerader Mann abgeordnet werden; auſſerdem wird durch eine ſolche Viſitation das Uebel nur ärger gemacht. Manchmal hat der Landesherr auch bey biſchöflichen Viſitationen etwas zu ſprechen. Man will von Landesherrſchaft wiſſen, 1) wenn der Biſchof viſitiren will, und 2) wird voraus geſetzt, daß er blos bey geiſtlichen Gegenſtänden ſtehen bleibe, als worauf ſich ſein Viſitationsrecht ganz allein erſtreckt. Beyſpiele von dergleichen Cloſterviſitationen hat man in allen Stiftern und Diöceſen gehabt. In alten Zeiten hatten die Kaiſer ſogar die Cloſterviſitationen angeordnet. Die merkwürdigſte clöſterliche Viſitation, von welchen ich jemals etwas geleſen, 12) kommt bey den Cloſter St. Gallen vor, welche auf Befehl K. Otto I. von ſechzehen Biſchöfen und Aebten unter der Direction des Erzbiſchofs Heinrich von Trier vorgenommen wurde. Eine Viſitation von dieſer Art könnte in kurzer Zeit heutzutage ein Cloſter ganz aufzehren. Der Kaiſer, und die Landesherren laſſen ſich bey clöſterlichen Viſitationen der Urſachen nicht ganz aus dem Zuſammenhange, um verſichert zu ſeyn, daß nichts unterlauſe, was den kaiſerlich- und landesherrlichen Gerechtſamen nachtheilig ſeyn könnte. Zum Beyſpiel, in Baiern muß es mit landesherrlichem Vorwiſſen und nach Umſtänden auch mit deſſen Bewilligung geſchehen. Selbſt die Viſitationes eximirter Clöſter können ſich dieſer Rückfrage nicht entſchlagen. Das Reichscammergericht erkannte unter andern in der Cloſter Schwarzacher Sache unterm 24. Nov. 1780 folgendes: — „Man verſehe „ſich zu dem Herrn Churfürſten zu Mainz, daß derſelbe bey ſeinen demnächſt circa clauſtralia et diſ„ciplinaria des Cloſters zu publicirenden Erzbiſchöfli„chen

12) Ekhard jun. de caſibus Monaſt. S. Galli c. XI. S. 47.

„chen Beſcheiden etwas circa temporalia gedachten „Cloſters, oder deren Verwaltung in praejudicium „jurisdictionis caeſareae zu verfügen, auch ſeinen „geiſtlichen Commiſſarien die Erhebung weiterer Com„mißionsgelder von dem ohnehin äußerſt verſchulde„ten Gotteshaus zu geſtatten, keineswegs, ſondern „diejenige Gebrechen circa temporalia, welche ſeiner „Viſitation etwa bekannt geworden, zur Oberſtrich„terlichen Vorlegung dieſem kaiſerlichen Cammerge„richt ohnverweilt anzeigen zu laſſen, von ſelbſt gemeint „ſeyn werde."

Was der Biſchof für Rechte bey clöſterlichen Viſitationen habe, und denſelben für Maaßregeln beſtimmt ſind, hab ich (§. 1223.) ausführlich angezeigt.

§. 1828

Reformation der Clöſter.

Wenn Sittenverderbniß in einem Cloſter um ſich geriſſen, oder der Biſchof ſonſt wichtige Urſachen hat, ein Cloſter, welches z. B. von ſeinen Stiftungsregeln, und Zweck ſich vollkommen entfernet hat, zu reformiren, es auf ſein altes Inſtitut zurückzubringen, oder gar eine andere Veränderung vorzunehmen, ſo kann er es thun; doch da es um eine Reforme eines ganzen geiſtlichen Ordenshauſes zu thun iſt, muß es mit päbſtlicher Bewilligung geſchehen. Vor Zeiten ward zwar bey dem Pabſte nicht allzeit wegen Vornehmung einer Reformation in Cloſterſachen gefragt. Pabſt Innocenz IV. gab dem Erzbiſchof Sigfried zu Mainz 1244. die Erlaubnis das Stift Lauris zu reformiren, und mit einem neuen Orden zu beſetzen. 13) Erzbiſchof Wilhelm zu Cölln machte 1354. ſeine clöſterliche Reformationsſtatuten ohne Beyzug des Pabſts 14) Kaiſer Carl IV. befahl dem

13) Lünigs R. A. ſpicil. eccl. Thl. 1. S. 35.
14) Lünig. l. c. Thl. 1. S. 489.

dem Biſchof Johann II. zu Straßburg 1358 die Reformation der Conventualinen in den Clöſtern Hohenburg, Andlau und Erbſtein vorzunehmen. 15) Biſchof Rheinhard zu Worms nahm 1468 eine Reformation in dem Cloſter der Canonicorum regularium zu Frankenthal, und in dem Cloſter das reiche Convent genannt, zu Worms vor. 16) Im J. 1605 nahm Churfürſt Ernſt zu Cölln eine ſolche clöſterliche Reformation in ſeinem Erzſtift vor, und ließ die Statuten vom Pabſt Paul IV. erſt 1607 beſtättigen. 17) Aus dieſen wenigen Beyſpielen ergibt ſich, daß in vorigen Zeiten die Erz- und Biſchöfe auf verſchiedene Anläße dergleichen Reformationen vorgenommen. Deſto ſtrenger kann der Biſchof darauf halten, wenn er den Pabſt entweder um die Bewilligung, oder um die Beſtättigung angehet, damit der Mönch nachher keinen ſeiner gewöhnlichen Seitenſprünge machen, und die biſchöfliche Verordnungen durch einen erſchlichenen Recurß vereiteln kann.

§. 1829.

Wenn bey Reichsunmittelbaren Clöſtern in einem Erz- oder Domſtift die Frage von einer nöthigen Adminiſtration entſteht, ſo kann ſich quoad ſecularia der Biſchof derſelben nicht anmaſſen, weil die jura caeſaris et imperii hiebey concurriren. Es kommt darauf an, wem der Kaiſer die Adminiſtration auftrage. Dieſer Satz hat ſchon in den älteſten Zeiten ſeine Anwendung bey Clöſtern gefunden, die unter des Kaiſers beſonderm Schutz geſtanden ſind. Biſchof Werner I. erhielt 1005. von K. Heinrich II. die Adminiſtration, und Oberaufſicht über das Cloſter zu St. Stephan in Straſburg,

Biſchöfliche Adminiſtration.

15) l. c. Fortſ. Thl. 2. S. 1110.
16) Schannat. Cod. diplom. S. 245.
17) Lünig. l. c. Thl. 1. S. 873.

burg, 18) und dergleichen Beyſpiele gibt es noch viele. Andere Clöſter haben den Biſchöfen die Administration proprio motu aufgetragen. Abt Johann zu St. Martin in Trier gab dem Erzbiſchof retento abbatiali titulo 1465. Schuldenhalber die Adminiſtration des Cloſters über; worauf der Erzbiſchof 2. andere Aebte zu Unter-Adminiſtratoren ſetzte. 19) Bey unmittelbaren Reichsclöſtern wird die Adminiſtration der Temporalien insgemein einem andern Reichsabten übertragen.

Bey Mittelbaren Clöſtern in einem Stiftslande hat die Sache nicht ſo viele Schwürigkeiten. Der Stiftsregent hat als Biſchof, und als Stiftsregent gleiches Recht nach der Wirthſchaft eines ſeiner Landſäßigen Clöſter umzuſehen, wenn Klagen vorkommen. Insgemein werden dergleichen Adminiſtrationen per commiſſionem mixtam aus weltlich- und geiſtlichen Perſonen beſtellt.

Wo eine Adminiſtratio in temporalibus in einem weltlichen Land über ein Cloſter verfügt wird, ſo kommt es darauf an, ob Verträge und Receſſe zwiſchen dem Ordinario, und dem Landesherrn etwas beſtimmen; denn ſonſt tritt nicht einmahl die cumulativa jurisdictio des Biſchofs ein. Wiewohl es insgemein zu geſchehen pflegt, weil die weltliche Adminiſtration oft ſo ſehr mit geiſtlichen Gegenſtänden connex iſt, daß der Landesherr ſelten ohne Beyzug eines biſchöflichen Deputirten zum Werk geht. In Baiern liegen Verträge zwiſchen den Biſchöfen und den Herzogen in Mitte, wie weit ein jeder Theil bey clöſterlichen Adminiſtrationsfällen gehen könne. In dem Receß von 1583 mit den oft gemeldten ſechs Stiftern heißt es: „Wenn aber die Prälaten wegen übler Verwaltung der zeitlichen Dingen verdächtig ſind,

18) Lünig. l. c. Thl. 2. S. 277.
19) Hontheim hiſt. trev. tom. 2. S. 449.

ſind, ſo mögen die Landesfürſten ihres Intereſſe halber, und in Vermög eines unfürdenklichen Gebrauchs, und ſonderbaren Indults, wie auch die Herrn Ordinarii ſelbſt, wenn ſie viſitiren, oder anderer Zeit, von ihnen Rechnung erforderen."

Wenn aber ein katholiſches mittelbares Cloſter in einem ganz proteſtantiſchen Lande ſich zur Adminiſtration qualificirt, kann der evangeliſche Landesherr ohne Benzug des Ordinarii fürfahren? Hier kommt es vorzüglich auf den Statum anni normalis an, wozu der evangeliſche Landesherr über die jura Secularia des Cloſters im allgemeinen berechtigt geweſen; hat er ſeine Landeshoheitsrechte über das Cloſter in dioeceſis et praecipuis capitibus ausgeübt, ſo kann ihm die Adminiſtrationsverfügung nicht in Anſpruch genommen werden. Nur muß er ſich in der Maaße hiebey betragen, daß er dem Cloſter in Anſehung ihrer Religions- und Ordensnormen keine Beſchwerde verurſacht. 20)

§. 1830.

Die erſte Frage, die hier zu betrachten kommt, beſtehet darinn: kann ein geiſtlicher Stiftsregent als Biſchof ein in ſeinen Stiftslande gelegenes mittelbares Cloſter eigenmächtig aufheben? Aufhebung der Clöſter.

Es iſt ſchon bereits von mir (§. 1827.) geſagt worden, daß ohne päbſtliche Bewilligung oder wenigſtens nachherige Beſtättigung kein katholiſch-geiſtlicher Biſchof berechtigt ſey, eine Reformation in einem mittelbaren Cloſter vorzunehmen; viel weniger iſt er befugt ein Cloſter gar aufzuheben, und die geiſtliche Güter zu anderwärtigem Gebrauch zu verwenden. Churmainz hob im J. 1781 drey mittelbare Clöſter mit päbſtlicher Bewilligung auf, und erhielt auch über die Verwendung der Clöſtergüter, und

20) Fabri Staatskanzl. Thl. 43. S. 494.

und Activmittel die päbſtliche Beſtättigung. Man hat auch kein Beyſpiel, daß eine ſolche Verfügung ohne vorherige Cognition des Römiſchen Hofs geſchehen ſey. Daß der Biſchof aus wichtigen Beweggründen es thun könne, iſt kein Zweifel; Es hangt aber von der päbſtlichen Erkenntniß ab, ob die Urſachen hinreichend ſind; denn der Biſchof und das aufzuhebende Cloſter ſind als im Streit befangene Theile anzuſehen, wobey dem Pabſt als dem Kirchenoberhaupt, kraft ſeiner oberſten Gerichtsbarkeit, und Oberaufſichtsrechte über geiſtliche Stiftungen, und Güter das Entſcheidungsrecht nicht kann abgeſprochen werden. Die landesherrliche Rechte eines Biſchofs kommen bey einer Cloſteraufhebung in keinen Betracht, weil dieſe Verfügung eine ganz geiſtliche Sache betrift.

Unmittelbare Reichsclöſter, die in eines Biſchofs weltlichen Stiftslande liegen, können ohne des Pabſts und des Kaiſers Bewilligung nicht aufgehoben werden. Was der Landesherr bey Aufhebung eines Cloſters für Rechte haben kann, kommt im 2. Abſchnitt dieſes Theils vor, beſonders, wo die Frage: wem die Güter und Einkünfte, welche aus einem anderen Gebiet erhoben werden, zugehören? erörtert wird, wie es der Rechtsfall zwiſchen Mainz und Heſſen, wegen denen zu Mainz aufgehobenen 3. Clöſtern war.

So viel kann als ein Hauptgrundſatz beſtimmt werden, daß die Güter, und Einkünfte der Clöſter, welche aufgehoben werden, nicht anders, denn wieder zu geiſtlichen und ähnlichen Stiftungen müſſen verwendet werden. K. Joſeph II. bekam als ein weltlicher Fürſt von dem Pabſt den Indult die Anzahl der Clöſter in den Oeſtetreichiſchen Erblanden vermindern zu dürfen, jedoch die Güter und Einkünfte ad pios uſus (Religionsfond) zu verwenden.

§. 1831.

§. 1831.

Der biſchöflichen Gerichtsbarkeit iſt das gröſte Nachtheil durch die Exemtionen der Clöſter zugefügt worden. Die Geſchichte der Exemtionen iſt an Thatſachen ſo reichhaltig, daß es über alle Begriffen gehet, wie es den Biſchöfen möglich war, ſich den Exemtionen nicht bey ihrer Entſtehung mit allem Nachdruck entgegen zuſetzen. Die Väter 21) die Synoden, 22) ſogar auch die Päbſte 23) erkannten die Schädlichkeit der Exemtionen, und doch waren die Biſchöfe nicht darauf bedacht ſolche zu unterdrücken. Man hatte durch die Exemtionen den Clöſtern im Innerlichen Ruhe zu Vollbringung ihres Gottesdienſtes von den Biſchöfen verſchaffen wollen, und in der Folge hat ſich gezeigt, daß die Exemtionen nachher den Clöſtern zu den Waffen dienten, womit ſie die Biſchöfe äuſſerlich bekriegten. Die Biſchöfe lieſen ſich zwar angelegen ſeyn, die Exemtionen, beſonders jene der Bettelmönche, bey der Kirchenverſammlung zu Trient zu vernichten, allein ſie konnten über ſelbige Exemtionen der Clöſter.

Jii 4 doch

21) Der h. Bernard ſchreibt l. 3. c. 4. de conſideratione ad Eugenium Papam: aus den Exemtionen kämen Frechheiten, Ausgelaſſenheiten, Verſchwendungen, Uneinigkeiten, Aergerniſſen, und Feindſchaften hervor.

22) Der ſechſte Canon der Synode zu Coblenz bey Harzheim tom. 2. S. 319. ſagt ſchon grade zu: die deutſche Biſchöfe behaupten: daß die Mönchsclöſter, ſie ſeyn, welche ſie wollen, der Regierung der Biſchöfe von Gotteswegen unterworfen, und die Mönchen den Biſchöfen ohne alle Exemtion und Widerrede unterthänig ſeyn ſollen. Was bey dem Kirchenrath zu Trient gegen die Exemtionen geſagt wurde, iſt ohnehin ſchon bekannt.

23) Pabſt Alexander III. klagte c. 3. X. de privileg. laut, daß die exemten Cloſtergeiſtliche viele Ausſchweifungen in ihren Exemtionen begiengen, welche nicht nur der biſchöflichen Gerichtsbarkeit zu nahe kämen, ſondern groſſes Aergerniß und Seelenverderben nach ſich zögen: gleiche Klagen führte Innocenz III. mit dem Ausdruck, daß die Eingriffe der exemten Prälaten das biſchöfliche Anſehen verächtlich, und geringſchätzig machten, u. ſ. f.

doch nicht Meiſter werden. Alles, was die Kirchenverſammlung gegen die Exemtionen der Cloſter verordnete, war nur eine Einſchränkung, welche aber gegen die Kunſtgriffe der Mönche bisher noch wenig vermochte. Die vereinigten Erzbiſchöfe trugen bey dem Coblenzer Congreß vom J. 1769 unter anderen (§. 151. n. 23.) wörtlich darauf an, daß alle Exemtionen der Clöſter, und Bettelorden aufhören, und alle weltliche und reguläre Cleriſey der ordentlichen Gewalt der Erz- und Biſchöfe unterworfen werden ſollen. In der Emſiſchen Punctation vom J. 1785. war es (§. 166. n. 1.) einer der erſten Puncten, daß alle Exemtionen, wenn ſie nicht vom Kaiſer beſtätigt ſind, beſonders bey Clöſtern, wie auch derſelben Abhängigkeit von Generalen, oder Ordenskapiteln nicht mehr ſtatt finden ſollen. Hieraus läßt ſich klar abnehmen, wie groß und erheblich noch wirklich die Beſchwerden der Biſchöfe gegen die Exemtionen ſeyn; indem, ſo lang dieſe beſtehen, die Kirchendiſciplin niemal ihre alte Geſtalt, Ordnung, und Reinigkeit erhalten, und die biſchöfliche Gerichtsbarkeit zum allgemeinen Beſten niemal nach Erfordernis wirken kan. Es iſt an ſich ſchon widerſinnig, daß die Clöſter durch die Exemtionen dem Auge der Biſchöfe entzogen, und einem Obern, der 50 bis 100 u. 200 Meilen von ihnen entfernet iſt, zum Nachtheil der kirchlichen Verfaſſung unterworfen werden. Im Ganzen genommen ergibt ſich die Frage in dem Kirchenſtaatsrecht der deutſchen Stifter: können die Biſchöfe aus ihrer urſprünglichen Gewalt ſich über die Exemtionen der Klöſter bey vorkommenden Fällen hinwegſetzen, da der Römiſche Hof wenigſtens nach Masgab der Tridentiniſchen Dekreten nicht remediren will? Antwort, ganz gewis: denn es widerſtrebt dem Geiſt der Kirche, der Meinung der Väter, der Verordnun-

ordnungen der Concilien und Synoden, der Hierarchiſchen Verfaſſung, und ſelbſt der äußerlichen, und innerlichen Ruhe der Kirche, daß eine geiſtliche Gemeine ſich der Gewalt, Gerichtsbarkeit, und Aufſicht ihrer natürlichen Obrigkeit in geiſtlichen Dingen entziehen könne.

§. 1832.

Von den Rechten und Pflichten der C. G. Stiftsregenten über die in ihren Stiftslanden und Diöceſen gelegene Clöſter, haben wir keine beſondere Schriften. Das zwey und fünfzigſte Capitel dieſes Staatsrechts muß in ſubſidium zur Erläuterung des gegenwärtigen dienen; über einzelne Vorfälle, und Streitigkeiten der Clöſter mit ihren Biſchöfen könnte ich verſchiedene Streitſchriften und Deductionen anführen. Dieſe betreffen aber mehr die Landeshoheit, und Unmittelbarkeit der Clöſter, und gehören in den folgenden Abſchnitt. Schriften.

Siebenzigſtes Capitel.

Von Excommunications- und Kirchenbannſachen in E. G. Reichsſtiftern.

Inhalt.

§. 1833.) Einleitung. 1834.) Der Kirchenbann nach dem Staatsrecht der Stifter. 1835.) Beyſpiele der päbſtlichen Bannerkenntniße, 1836.) und der Biſchöflichen. 1837.) Maaßregeln gegen die Bannſprüche. 1838.) Was Verträge wirken? 1839.) Schriften.

§. 1833.

Einleitung. Die Geſchichte des Kirchenbannes, wie er von der Seite des Römiſchen Hofs durch die Hilfe der Mönche bis auf das 13te Jahrhundert übertrieben wurde, ſtellt eine offenbare und unlaügbare Deſpotie dar. Der Kirchenbann ſollte eigentlich nach dem wahren Sinn des Kirchenrechts nur ein Mittel ſeyn, den Irrenden zur Buße und Bekehrung zurückzuführen. 1) Man dehnte ſolchen aber ſogar auf ganz politiſche Gegenſtände aus, um jene Perſonen zu

1) Der Kirchenbann ward in den erſten Zeiten von dem Biſchof erkennet, welcher diejenige, die ſich öffentlich durch große Verbrechen, als Todſchlag, Ehebruch, Diebſtäle, Blutſchand, Mordbrand, Meineid, Wucher ꝛc. vergangen haben, mit ſolchem belegte. Leiſteten die Verbannte nicht Gehorſam, machte der Biſchof dem Grafen die Anzeige, der die Perſon, und Güter ſolang in Beſchlag nahm, bis ſich der Verbannte ſubmittirte; folgte die Unterwerfung nicht, ſo fiel er in des Königs Urtheil. In Bann-Sachen konnte man vom Biſchof an den Erzbiſchof appelliren, es blieb aber der bannitus während der Berufung in dem Bann. Lehmann Speyr. Chron. S. 130.

zu unterdrücken, denen man den Untergang beſtimmt hatte. Die Päbſte gebrauchten ſich deſſelben in ihren Parthieſachen gegen den Kaiſer, wie ich anderwärts gezeigt habe. Die Biſchöfe erzwangen hiedurch, was ſie in andere Wege durch ihre Herrſchſucht nicht erzielen konnten, und die übrige Geiſtlichkeit, ſonderheitlich die Klöſter verſchaften dem Kirchenbann durch ihre Anhänglichkeit an die Römiſch- und Iſidoriſche Grundſätze, noch mehr Gewicht. In dem Mittelalter der Kirchen hatte der Kirchenbann mit jenen der erſten Zeiten gar nichts ähnliches; Man gieng im deutſchen Reich ſo weit, daß die feyerlichſten Urtheile und Geſetze des Kaiſers, und des Reichs durch den Bann der Kirche, wie mit einem Siegel beſtättigt wurden. Die Entſetzung des ſchwäbiſchen Herzogs Ernſt im J. 1030, die auf einem Reichstag zu Ingelheim Kaiſer Conrad vornahm, machte man dadurch kräftig, daß die Biſchöfe den Herzog, und ſeine Anhänger in den Kirchenbann thaten, und darauf ihre Güter einzogen. Manches Domſtift vergrößerte ſich auf Rechnung eines ſich ſo glücklich ergebenen Bannes. Die Erz- und Biſchöfe nahmen ſelbſt an den Bannſprüchen der Päbſte den erſten Antheil. Erzbiſchof Adalbert I. zu Mainz drang auf K. Heinrichs Excommunication ſehr heftig. 2) Auf dem Reichstag zu Nürnberg, wurde 1467. der Pabſt als Guarant des dort geſchloſſenen Landfriedens zu dem Ende angenommen, daß er die Landſtörer mit dem Kirchenbann belegen möchte. In der Kaiſerlichen Cammergerichtsordnung vom J. 1555 ward verfügt, daß die Urtheile dieſes Gerichts, wenn es der obſiegende Theil verlangte, durch den Kirchenbann des einſchlagenden Diöceſan Biſchofs zum Vollzug gebracht werden, und die Stände daran ſeyn ſollten, den heiligſten Vater darum zu erſuchen. 3) Da

2) Ioannis rer. mogunt. tom. 1. S. 537.
3) Concept der Kaiſ. Camm. Gerichtsordnung P. III. tit. 57. §. 12.

Da der Kirchenbann überhaupt bis auf die verächtlichſte Gegenſtände erweitert worden, ſo verordnete K. Ludwig der heilige in Frankreich ſchon in der Mitte des 13ten Jahrhunderts, daß ſeine Vaſallen in bürgerlichen Rechtsſachen keinem geiſtlichen Richter ſich ſtellen ſollten; würde aber dieſer mit dem Bann vorfahren, ſoll man ſeine des geiſtlichen Richters Güter in Beſchlag nehmen. Dieſem Beyſpiel folgten die Könige fleiſig nach, 4) und K. Carl V. ſetzte durch ſeine Verordnungen, und Verträge eine gleiche Verhaltungsart in den Niederlanden feſt. Hieraus läßt ſich am beſten erſehen, wie der Kirchenbann ſeine Gegenſtände, und Urſachen verändert habe, wegen welchen man ſich deſſen im Anfang der Kirche, und hernach im Verlauf der Jahrhunderte bedienet hat, und wie ſelbiger iſt mißbraucht worden. Der Kirchenbann ward dem Nahmen nach ſchon verächtlich gemacht. Der erlauchte Biſchof Friederich Carl zu Würzburg ließ einſt viele päbſtliche Bannbullen, die ſein Bißthum betroffen haben, ins Feuer werfen, mit der Aeußerung: „wir wollen der Nachwelt „die Beweiſe unſerer ehemaligen Sclaverey nicht „überliefern.“ Seitdem die Layen dem Kirchenbann die Fehde geſchworen haben, findet die Geiſtlichkeit ſolchen dem Zeitalter gar nicht mehr angemeſſen. 5) Vielmehr ſucht man ihrer Seits, um ſich eines Irrenden zu verſichern, die Landesherrſchaft gegen

4) Peter de Marca de Concord. Sacerdotii et imper. c. 21.

5) Das gemeine Volk achtet den Kirchenbann nicht einmal mehr, da es weiß, daß die Kirche das Recht nicht habe, um eines zeitlichen Nutzens wegen, oder ſich einen zeitlichen Schaden vom Hals zu ſchaffen, einen Chriſten aus dem Reich Chriſti auszuſchließen, und dem Teufel zu übergeben. Der beherzte Gerſon vergleicht ein ſolches Betragen mit einem Manne, der die Fliege, die auf der Stirne ſeines Nachbarn ſitzt, mit der Holzaxt tod ſchlagen wollte. Er würde, sagt er, dem Nachbarn das Gehirne einſchlagen, um ſich einen Mückenſtich zu erſparen. de vita. Spirit. animae coll. 4. coroll. 7. tom. 3. oper. Col. 42.

gegen ihn in Bewegung zu ſetzen. Man hat Beyſpiele, daß Verbrechen in geiſtlichen Sachen, die ehemahls mit dem Kirchenbann verfolgt worden ſind, nunmehr mit weltlichen Strafen belegt werden. In der Geſchichte des Kirchenbannes hat die Aufklärung gegen das Mönchthum am mehrſten gewonnen, und die Reformation ſtürzte das Bann Idol noch vollends darnieder. Denn man ſah es klar ein, daß blos zur Vergrößerung der päbſtlichen Macht der Kirchenbann mißbraucht wurde. Nach der Bulla 96. P. Pius IV. iſt derjenige Biſchof excommunicirt, welcher ſich von einem weltlichen Fürſten ein Vorſchreiben geben läßt, um in den Kirchen eine Pfründe, oder Ehrenſtelle zu erhalten. Wenn dieſe Bannſeuche noch wirklich graßirte, wäre gewiß kein deutſcher Biſchof, und kein Domherr, ja ſelbſt der Pabſt von dem Kirchenbann nicht frey, denn, was iſt bey jeder geiſtlichen Pfründe von einem höhern Ertrag gemeiner, als daß man ſich eine Empfehlung von weltlichen Fürſten verſchaffe. Ich will die Albernheiten von Excommunicationen, die in den päbſtlichen Bullen vorkommen, und nur die Biſchöfe und Stiftsgeiſtlichkeit betreffen, nicht weiter berühren, ſondern meine Leſer anderwärts hin 6) verweiſen, wo eine ordentliche Excommunicationsliſte, welche die geſchmeidige Feder eines Jeſuiten darſtellte, vorkommt.

§. 1834.

Nach dem Staatsrecht der deutſchen Stifter muß man die Kirchenbannſachen in folgende Hauptgrundſätze zuſammen faſſen. *Der Kirchenbann nach dem Staatsrecht der Stifter.*

1) Der Kirche, dem Pabſt und den Biſchöfen iſt das Recht einmahl kraft der kirchlichen, päbſtlich- und biſchöflichen Gewalt zuſtändig, in gewißen Nothfällen mitteiſt vorher gegangener dreymahlig- und hinlänglicher

6) Deutſche Encyclopädie. voce Bann.

cher Warnung und nach dem Grade des Verbrechens den größern oder kleinern Kirchenbann zu erkennen.

2) Der Kirchenbann muß ganz geiſtliche Gegenſtände betreffen.

3) Der Kirchenbann hat an und vor ſich die Wirkung in weltlichen Dingen nicht, daß der Verbannte der bürgerlichen Geſellſchaftsrechte, der Würden ſeines Amts oder Vermögens beraubt werden könne.

4) Wenn ein weltliches Staatsverbrechen mit unterläuft, ſo wird der Verbannte nicht wegen dem Verbrechen in geiſtlichen Sachen, ſondern wegen Störung der Ruhe, der Kirche, oder des Staats, oder wegen der Gefahr eines um ſich reiſſenden Sittenverderbniſſes, oder der Verführung, dem Landesherrn verantwortlich.

5) Es kann ein Erz- oder Biſchof in den Kirchenbann von dem Pabſt gethan werden, ohne daß er ſeines Chur- und Fürſtenthums deswegen entſetzet werden darf. Und endlich

6) gibt es Fälle, wo der Diöceſan gegen die Unterthanen eines andern Landesherrn mit dem Kirchenbann nicht einmahl fürfahren kann, ohne dem Landesherrn hievon die Eröfnung vor der Erkennung gemacht zu haben, beſonders wenn Verträge und Receſſe hierüber in der Mitte liegen.

7) Wenn der Kirchenbann von dem geiſtlichen Richter offenbar mißbraucht wird, ſo kann der Landesherr durch die Sperrung der Temporalien denſelben zur Zurücknehmung ſeiner Bannſprüche zwingen.

§. 1835.

Beyſpiele der päbſtlichen Bannerkentniſſe.

Es iſt nicht überflüſſig, hier durch Beyſpiele zu zeigen, wie heftig in ältern Zeiten die päbſtliche Bannſtrahlen auf die deutſche Domſtifter hingefallen ſind. Es dienet zu manchen Betrachtungen theils über die Verſchiedenheit der Urſachen, theils wie die

Bann-

Bannſprüche ſeit einigen Jahrhunderten mit dem Geiſt des Zeitalters abgenommen haben.

Augsburg.

Im J. 1414. brachte es die Stadt Augsburg gegen den unfriedſamen Biſchof Anſelm Nenninger dahin, daß ihn P. Gregor XII. ſamt all ſeinen Anhängern in den Bann that. Der Biſchof ward 1418. von dem Pabſt losgeſprochen, und belegte ſodann die ganze Stadt mit dem Bannfluch. Alle Geiſtliche zogen aus der Stadt, nur die Bettelmönche blieben, und verſahen den Gottesdienſt, 7) als getreue Bannwächter. —

Bamberg.

Der abgeſetzte Biſchof Herrmann zu Bamberg ward 1075. von dem Pabſt Greg. VII. in den Bann gethan. Der Pabſt erſuchte den Kaiſer, daß er das Bißthum mit einen tüchtigen Subject verſorgen, und daran ſeyn wolle, daß die während des Bannes dem Hochſtift entriſſene Güter zurückgeſtellet werden. 8)

Baßel.

Biſchof Beringer zu Baßel, der die Parthey K. Heinrichs ergrief, und zu Worms der gegen den Pabſt Gregor. VII. gehaltenen Synode beywohnte, kam deswegen 1073. und 1075. zweymal in den Kirchenbann. 9) Pabſt Nicolaus V. befreyte 1448. durch ein an Biſchof Johann IV. erlaſſenes Breve die Baßler von dem Kirchenbann, in welchen ſie während des Schiſma verfallen ſind. 10) Pabſt Pius II. unterſagte 1461. dem Biſchof Johann IV. zu Baßel unter der Bedrohung des Bannes den Um-

7) Stettens Geſchichte der R. Stadt Augsburg. Thl. 1. S. 145. 47.
8) Lünig. R. A. Thl. 2. S. 135. 36. 138.
9) Godeau Thl. 21. S. 109.
10) Lünig l. c. S. 140.

Umgang mit Erzherzog Sigismund, 11) welcher 1460 in Bann fiel, weil er den Biſchof Nicolaus von Brixen in Arreſt genommen hatte.

Cölln.

Pabſt Nicolaus I. that 863. die Erzbiſchöfe von Cölln, und Trier, 863 in den Bann, weil ſie die Eheſachen des Königs Lothar mit der Theutberga und Waldrada vertheidiget hatten, und machte die Bannerklärung in Frankreich, Deutſchland, und Italien durch Breven bekannt. 12) Erzbiſchof Adolf krönte den excommunicirten König Philipp, und fiel deswegen 1205 in den Bann. 13) Erzbiſchof Gebhard zu Cölln kam wegen Annahm der evangeliſchen Religion in den Kirchenbann und ward wie ſein Vorfahrer 1582 entſetzt. 14)

Coſtanz.

Biſchof Rudolf zu Coſtanz fiel in den Kirchenbann, weil er Ludwig dem Baier anhieng, er ſtarb in ſolchem, und ward auf keine geweyhte Stätte ſondern auſſerhalb des Schloſſes Arbon begraben; 20 Jahr nachher erfolgte ſeine Losſprechung, und alsdann ward er in die gebührende Ruheſtätte übertragen. 15)

Freyſingen.

Biſchof Gerold zu Freyſingen kam wegen ſeiner Verſchwendung, und Kirchengüter Veräußerung 1229. in den Bann, und verlohr ſein Bißthum. Es findet ſich deswegen Lib. V. tit. 1. de accuſationibus cap fin. eine Verordnung, welche der Biſchof Gerold zu Freyſingen veranlaßte. 16)

Hil-

11) l. c. S. 141.
12) Lünig. l. c. Thl. 1. S. 590. 592.
13) Gudenus l. c. S. 407.
14) Godeau Thl. 16. S. 146.
15) l. c. Thl. 23. S. 158.
16) Meichelbeck hiſt. Friſ. tom. 2. S. 7.

Hildesheim.

Pabſt Innocenz III. that 1199. den Biſchof Conrad zu Hildesheim in Kirchenbann, weil er ohne Vorwiſſen des Pabſts zum Bißthum Würzburg gekommen. 17) Biſchof Heinrich III. zu Hildesheim kam 1350 in den Kirchenbann, weil er ſich den päbſtlichen Verordnungen widerſetzte. 18)

Lüttich.

Biſchof Dietwin zu Lüttich ward 1075 von Pabſt Gregor VII. nur aus Gnaden mit den Bann (wegen ſeiner vielen Fehler) verſchonet. 19) Die Domherren zu Lüttich wählten 1287, ob ſie gleich noch in den Kirchenbann waren, mit dem ſie ihr Biſchof Johann II. belegt hatte, einen Biſchof. Der Pabſt ahndete dieſen Schritt nicht einmahl, und nahm eine Translation vor. 20) Ein Fall der gewiß merkwürdig iſt.

Mainz.

Ueber die Maynzer Erzbiſchöfe gieng es auch ſonderbar mit Bannſprüchen los. Erzbiſchof Sifrid zu Maynz ward excommunicirt, weil er in einem Brief an den Pabſt, mit andern deutſchen Biſchöfen wegen misbrauchter Gewalt des Pabſts, die Abdankung verlangte. 21) Erzbiſchof Heinrich III. zu Mainz ward vom Pabſte perſönlich citirt, und 1345. in Bann gethan, weil er a) es mit dem excommunicirten K. Ludwig hielt, b) nicht genug catholiſch vom Anſehen des Pabſtes dachte, und c) auf die Ladung zu Rom nicht erſchien; 22) er ſtarb im Kirchenbann 1354. und Pabſt Urban V. befahl, daß wenn

17) Lünig l. c. Forts. 2. S. 691.
18) Godeau l. c. Thl. 25. S. 108.
19) Lünig l. c. Thl. 2. S. 495.
20) Godeau l. c. Thl. 24. S. 149.
21) Joann. rer. mog. tom. 1. S. 514.
22) l. c. tom. 1. S. 660.

wenn der Biſchof Zeichen der Bußfertigkeit bey ſeinem Ableben gegeben hätte, in ein geiſtliches Begräbniß, wie es auch geſchah, gelegt werden ſollte. 23) Erzbiſchof Dietherr zu Maynz ward mit ſeinen Anhängern 1462 in Kirchenbann gethan. 24) Sixtus IV. verbot dem Domkapitul zu Maynz unter der Excommunication den abgeſetzten Dietherr nicht zu wählen. Das Domkapitul kehrte ſich aber nicht daran, ſtellte die Würdigkeit Dietherrs vor, und der Pabſt gab ſamt ſeinem Bannſpruch nach. 25)

Münſter.

Das Domkapitul zu Münſter fiel 1309 wegen eigenmächtiger Abſetzung ihres Biſchofs in den Bann, und der Pabſt Clemens V. ſetzte den Landgrafen Ludwig von Heſſen zum Biſchof. 26)

Salzburg.

Durch die Bannerklärung Erzbiſchofs Philipp zu Salzburg hat der Pabſt 1257. das Uebel weit ärger gemacht, indem der Erzbiſchof zu ſengen und brennen anfieng, wo ihm etwas entgegen ſtand. 27)

Speyer.

Biſchof Rutger von Huzmann, ein überaus groſſer Gutthäter des Hochſtifts, unerachtet er 1090 im Bann ſtarb, ward dennoch in die Domkirche begraben. 28)

Straßburg.

1394. kamen die Straßburger Bürger, weil ſie an ihrem Biſchof Wilhelm Hand angelegt, in den Bann. 29)

Trier.

23) l. c. tom. 1. S. 665.
24) Lünig l. c. Thl. 1. S. 80.
25) Ioann. l. c. tom. 1. 789.
26) Godeau Thl. 26. S. 105.
27) Hansitz germ. ſacrae. tom. 2. S. 351.
28) Lehmann Speyr. Chronik. S. 478.
29) Godeau Thl. 22. S. 214.

Trier.

Pabſt Nicolaus that wegen der Eheſcheidung K. Lothar 866. den Erzbiſchof Teutgaud in den Bann. 30)

Worms.

Das Domkapitul zu Worms ward wegen der bekannten Nichtannehmung des Canonici *de Boville* im J. 1699. in Kirchenbann gethan, und der Prior des Cloſters Malmedi muſte die Excommunications-bulle mit groſſen Feyerlichkeiten zu Worms verkündigen. 31) Biſchof Salmann zu Worms brachte 1343 bey dem Pabſt es dahin, daß ſich diejenige ſo ſich ſeiner Biſchofswahl widerſezt hatten, von dem Bann befreyet werden ſollen. 32) Im J. 1386. wurden die Wormſer Bürger wegen einigen dem Hochſtift zugefügten Zudringlichkeiten, wovon das mehrſte weltliche Sachen betraf, von Pabſt Urban VI. excommunicirt. 33)

Viele dieſer angeführten Beyſpiele zeigen, was für harte, manchmal unleidentliche, und mit den Rechten der deutſchen Kirche gar nicht vereinbarliche Eingriffe der römiſche Hof ſich gegen die deutſchen Biſchöfe mit ſeinen Bannſprüchen erlaubt habe, und daß durch den Geiſt der nachgefolgten Zeiten beſonders ſeit dem 14ten Jahrhundert in dieſem Gegenſtand nothwendig eine Abänderung habe erfolgen müſſen, auſſerdeme der Pabſt durch das Mittel und den Mißbrauch dieſer Gewaltſprüche die deutſchen Stifter ohne Unterlaß in den Feſſeln der Sclaverey würde erhalten haben. Die Biſchöfe ſahen es ſelbſt ein, daß der Pabſt mit ſeinen Bannſprüchen zu weit gegangen. Die Erz- und Biſchöfe zu Maynz, Straßburg, Augsburg, Eichſtätt und Chur kamen zu-

 ſam-

30) Hontheim hiſt. trevir. tom. 1. S. 207.
31) Fabri Staatskanzl. Thl. 5. S. 120.
32) Schannat cod. dipl. S. 169.
33) Schannat Codex diplom. S. 197.

ſammen den Kaiſer von dem päbſtlichen Bann zu befreyen; ſie ſchickten den Biſchof von Chur, und Gerlach Grafen von Naſſau an den Pabſt, mit der Erinnerung, daß, wenn der Pabſt nicht daran wollte, ſie alsdenn ſelbſt gewiße Maaßregeln ergreifen wollten. 34) Allein den Fehler, den der Pabſt ſo oft durch den Mißbrauch des Kirchenbannes begieng, ließen ſich auch die deutſchen Biſchöfe beygehen; ſie ſchonten einander ſogar ſelbſt nicht. Erzbiſchof Conrad zu Salzburg that die Biſchöfe von Freyſingen und Brixen in Bann, und ſetzte ſie ab, weil ſie die Parthie K. Heinrichs V. hielten. 35)

§. 1836.

und der Biſchöflichen.

Es iſt gar nicht zu bewundern, daß die Päbſte den Kirchenbann mißbrauchet haben. Die Biſchöfe bedienten ſich deſſelben ebenfalls als eines Steckenpferds, wenn ſie in andere Wege nicht Meiſter werden konnten. Welches fürchterliche Anſehen die Biſchöfe dem Kirchenbann verſchaffen, und ſo gar hiedurch einer Gerichtsbarkeit über die Verſtorbene ſich anmaſſen wollten, beſtättigt eine bekannte Geſchichte in dem Hochſtift Lüttich. — Da viele der Verbannten in dem Bißthum Hildesheim in die Domkirche aller Ermahnungen unerachtet kamen, ſo geſchah es, daß Biſchof Gotthard im J. 1040. bey dem ite miſſa eſt, ſagte: ich befehle euch allen, und jeden, die ihr mit dem Kirchenbann belegt ſeyd, kraft des heil. Geiſtes und des heil. Gehorſams aus der Kirche zu gehen. Die Widerſpenſtigen blieben. Hingegen traten einige Todte, von denen man nicht wuſte, daß ſie im Kirchenbann verſtorben, aus ihren Gräbern hervor. Nach der Meſſe verfügte

34) Albertus Argentinenſis S. 127. Ioannis rer. mog. tom. 1. S. 657.

35) Nachrichten von Juvavia S. 194.

fügte ſich der Biſchof auch zur Kirche hinaus, ſprach die Todten vom Bann los, und ſagte, ſie ſollen zurückkehren, und im Frieden die Ankunft ihres Richters erwarten, 36) dergleichen fabelhafte Geſchichten, die von den Mönchen noch heut zu Tag wie das Evangelium geprediget werden, waren freylich ganz darauf angelegt, dem Volk die Bannſprüche nicht nur fürchterlich, ſondern auch demſelben glaubbar zu machen, daß die Biſchöfe noch jenſeits des Grabes ihre Amtsgewalt ausüben können.

Erzbiſchof Arnold zu Mainz that 1155. den Pfalzgraf Herrmann wegen dem der Wormſer Kirche, und dem Clerus allda zugefügten Gewaltthätigkeiten in den Kirchenbann. 37)

Biſchof Ekbert zu Bamberg erhielt vom Pabſt Innocenz III. 1203 die Gewalt ſo gar wider die Biſchöfe, ſeine Amtsbrüder mit den Bann zu verfahren, welches auſſerordentliches Aufſehen in der Kirche erregte. 38)

Ludolf Biſchof zu Minden machte 1302 eine Statute, daß alle diejenige Cenſiten, welche der Geiſtlichkeit die ſchuldige Zinße nicht zur gehörigen Zeit entrichten würden, ſollten mit dem Kirchenbann belegt werden. Dieſe Statute ſetzte nun die Layen in Bewegung, und man fieng an von dem Kirchenbann nicht am beſten zu ſprechen. Die Biſchöfe machten ſich aber nichts daraus, wenn der Cenſit nur zahlte. 39)

Pabſt Johann XXII. beſtättigte 1330. die Bannſprüche, welche Erzbiſchof Friedrich III. zu Salzburg gegen die Herzogen von Baiern ergehen ließe, und zwar in der Maaße, daß der Erzbiſchof mit Beyſeitſetzung des an den Pabſt zu nehmenden Recurs

36) Godeau Kirchengeſch. Thl. 25. S. 68.
37) Ioann. rer. mog. tom. 1. S. 560.
38) Godeau Thl. 20. S. 138
39) Lünig R. A ſpicil. eccl. Fortſ 3. S. 51.

curs mit der Excommunication gegen die Herzogen fürfahren könne. In dieſer Bulla fällt mir insbeſondere noch auf, daß der Pabſt jedoch ſich vorbehielt, wenn er jemand ein Indult geben wolle, daß er nicht ſuſpendirt, oder excommuniciret werden könne, 40) welches wiederum einen Beweis von den auſſerordentlichen Mißbrauch des Kirchenbannes darſtellt.

Die Biſchöfe muſten auch manchmal vor die Lücke ſtehen, wenn der Pabſt mit ſeinen Bannſprüchen nicht directe losbrechen wollte. Pabſt Innocenz IV. gab dem Biſchof Albert I. zu Regensburg 1284 ein Breve, daß er den Herzog in Baiern als einen Anhänger K. Friederichs II. in Bann thun ſolle. 41)

Im J. 1535. machte Erzbiſchof Udalrik zu Cölln eine Statute, daß der Official zu Cölln keine Macht haben ſolle, einen wegen der Thurnierſpiele, oder ungebührlichen Kleidung mit dem Kirchenbann Belegten, eher zu abſolviren, wenn er nicht vorher eine juratoriſche Caution geleiſtet, künftig gehorſam zu ſeyn. 42) Hieraus läßt ſich abnehmen, daß mit dem Kirchenbann ohne Rückſicht des Gegenſtandes oder Vergehens nur geſpielt wurde.

1337. machte der Erzbiſchof Wilhelm zu Cölln eine Statute, daß keine Perſon aus einen unter dem General Interdict ſtehenden Orte an einen andern mit ſolchem nicht belegten zum Gebrauch der heil. Sacramente gelaſſen werden ſolle. Die Biſchöfe wollten hierdurch ihre Diöceſanen zwingen, daß ſie zum Creutz kriechen, und ſich ganz allein von ihren Biſchöfen tiranniſiren laſſen muſten.

1429. that Biſchof Conrad zu Regensburg einige Bürger und ihre Anhänger in den Kirchenbann, die

40) Lünig l. c. Fortſ. 1. S. 978.
41) l. c. S. 686.
42) Lünig Fortſ. Thl. 1. S. 444.

die ſich an einen Geiſtlichen vergriffen. 44) Seit der Reformation muß ſich ein Geiſtlicher der angreifender Theil iſt, gefallen laſſen, wenn er in flagranti tod geſchlagen wird; denn ſonſt könnte jeder muthwilliger Geiſtliche auf Rechnung des Kirchenbannes ſeinen Nebenmenſchen mißhandeln.

Manchmal bedienten ſich die Biſchöfe der päbſtlichen Autorität, wenn ſie die Schwäche ihrer Bannſprüche einſahen. Biſchof Johann II. zu Lüttich belegte 1284 die ganze Stifts Cleriſey mit dem Kirchenbann. Er ſtarb, vor Aufhebung deſſelben, und war ſowohl wegen dieſer Bannſprüche, als weil er ein Feind der kapituliſchen Freyheiten geweſen ſeyn ſoll, nicht in die Domkirche begraben. Sein Nachfolger Johann III. von Enghien ſprach das Domkapitul und die Geiſtlichkeit von dem Bann los, weil es den vorigen Biſchof nicht erlaubt geweſen ſey in ſeiner eigenen Sache ein Interdict zu erkennen, ſondern dieſes Recht dem Pabſt alleine zugeſtanden habe. 45)

Biſchof Walram zu Münſter belegte den After Biſchof Grafen von Hoya 1350 mit dem Bann, um vor ihm Ruhe zu haben, und unterſagte ihm alle geiſtliche Verrichtungen in dem Cleviſchen. In dieſem Fall ward ſchon wieder nicht daran gedacht, daß Walram in propria cauſa den Bannſpruch gethan hatte. 46)

Ganz raſch excommunicirte der geiſtliche Conſervator zu Cölln 1512. den Biſchof zu Worms wegen den Vollzug eines Reichscammergerichtlichen Auftrags, kraft deſſen er einige geiſtliche Perſonen arretiren laſſen muſte. 47)

44) Lünig l. c. S. 690.
45) Godeau Thl. 24. S. 148. 149.
46) Godeau l. c. Thl. 26. S. 144.
47) Reuß Staatsk. Th. 4. S. 108.

Churfürſt Philipp Chriſtoph zu Trier belegte den Erzſtift Trieriſchen Domherrn Damian Hatard von der Layen und noch mehr andere Domherren, weil ſie das Sigill des Domkapituls aus wichtigen Urſachen zu Handen genommen, im J. 1646. mit dem Kirchenbann. Man war ſogar zu Rom über dieſen Vorgang betroffen. Der Cardinal Karaffa erließ an den Nuntius zu Cölln 1647 ein Schreiben, den Erzbiſchof ſchleunig zur Aufhebung des Bannes zu vermögen, welches auch durch ganz beſondere Wendungen mit vieler Mäßigung, und Nachgiebigkeit geſchah. 48)

Es wäre überflüſſig dieſen Beyſpielen noch beſondere Bemerkungen beyzufügen, in wie vielfachem Betracht von den Biſchöffen der Kirchenbann mißbraucht, und auf Gegenſtände angewendet worden, wo man andere als geiſtliche Zwangsmittel hätte zur Hand nehmen ſollen. Die Zuſammenſtellung der Geſchichtsbeweiſe dienen mir in dergleichen Fällen zum richtigſten Abmaße, auf was für eine unfügliche Art die geiſtliche Gewalt um ſich gegriffen, und ihre vorgeblich heilige Zwangsmittel ſelbſt abgewürdiget habe. Die Päbſte und Biſchöfe fühlten das Unrecht, und die Uebertreibung ihrer Bannſprüche nur gar oft ſelbſt. Schon im J. 1108. ſchrieb Pabſt *Paſcal* II. in einem Breve an den Biſchof Gebhard zu Coſtanz, daß nicht alle, ſo im Kirchenbanne lebten, gänzlich gemieden werden müſſen. 49)

§. 1837.

Maaßregeln gegen die Bannſprüche.

Die Reformation hat dem Unweſen der Bannſprüche in Deutſchland ſehr enge Gränzen geſetzt. Gegen die Proteſtanten iſt der Zwang des Kirchenbannes unwirkſam, und die geiſtlichen Reichsbiſchöfe müſſen

48) Die Verhandlungen über dieſen Vorgang liefert Lünig l. c. Fortſ. 2. S. 121 ; 127.

49) Lünigs R. A. l. c. Thl. 2. S. 156.

müſſen aus eben dieſer Urſache gegen ihre Glaubens-verwandte mit gröſſerer Schonung zu Werk gehen. Die Reichsconſtitutionen ſtehen nicht nur allen geiſtlichen Machtſprüchen in weltlichen Sachen entgegen, ſondern verbieten ſolche ausdrücklich. Die Kaiſerliche und Reichsgerichtliche Erkenntniſſe ſetzen den Bannſprüchen beſonders gegen die Layen ſchon einen mächtigen Damm entgegen. Selbſt die Domkapitul und die übrige Geiſtlichkeit erkennen einen Bannſpruch nicht ſo leicht mehr an. Das Domkapitul zu Worms, um welches ſich der Churfürſt von Mainz im J. 1699. annahm, ſagte in ſeiner Vorſtellung: „der päbſtliche Bann in der Bovilliſchen Canonicats-„ſache ſey ihren Statuten, Rechten und alten Ge-„wohnheiten zuwider, und gereiche allen deutſchen „Domſtiftern zu einem unleidentlichen Präjudiz.“ 50) Der Kaiſer kaſſirte im J. 1630. einen Kirchenbannſpruch, den der Biſchof zu Coſtanz in einer bloßen Schuldſache des Baron von Spåths von Zwyfalten, und Conſorten ergehen ließ. 51) Desgleichen geſchahe durch ein kaiſerliches Mandat gegen den Churfürſten zu Cölln im J. 1677. in einer der vorigen ähnlichen Sache eines gewiſſen Renſings. 52) Im J. 1653. hob der Reichshofrath den Bannſpruch des geiſtlichen Conſiſtoriums zu Coſtanz in der Baron von Steiniſchen Eheſache auf. 53) Im J. 1725 wurden dem Erzbiſchof zu Cölln durch ein Reichshofräthliches Mandat die in cauſa ſeculari contra manifeſtas leges et conſtitutiones imperii ergangene Bannerkenntniſſe verwieſen und aufgehoben. 54) Im Jahr 1771. muſte ſich Churcölln in puncto banni contra cives colonenſes nulliter re-

 laxati

50) Fabri Staatskanzl. Thl. 5 S. 124.
51) Maders Samml Reichsgerichtl Erkenntniſſe Thl. 1 S. 812.
52) Fabri Staatskanzl Thl 4. S. 697.
53) Moſers Zuſätze B. 3 S. 969
54) Deſſen Reichshofraths Proceß Thl. 1. S. 156.

laxati abermahl einer Reichshofräthlichen Verfügung nachleben. 55) Das neueſte Erkenntnis des Reichshofraths vom J. 1780 in cauſa der Abtey Schwarzach gibt noch mehreren Auſſchluß: indem es heißt: — „dann verſieht man ſich nochmahlen zum Intervenientiſchen Herrn Churfürſten zu Mainz, daß „derſelbe ſeinem Erzbiſchöflichen Vicariat alles weitere Verfahren wider den Abten und Religioſen zu „Schwarzach, ſonderlich aber alles dahier ohnehin „ganz unzuläſige excommuniciren, oder ſonſtiges „cenſuriren, ſelbſt alles Ernſtes verweiſen, und inhibiren, auch über die ihrem eigenen beſchloſſenen Viſitationsreceß wiederſprechenden, mithin in ſummum vilipendium autoritatis Caeſareae nachgeſchobenen Entſetzung des Abtes um ſo gewiſſer zur „Verantwortung ziehen werde, als widrigenfalls gegen daſſelbe wegen ſchnöder Verachtung aller kaiſerlichen Verbot, ſogleich mit wirklicher Verdammung in geſchärfte fiſcaliſche Strafe, auch ſonſtiger „in den Reichsſatzungen wieder ſolch ſchädlichen Mißbrauch der geiſtlichen Gewalt beſtimmten empfindlichen Zwangmitteln unnachſichtlich verfahren werden „ſolle.“ 56)

Ueberhaupt kommt es darauf an, ob der Gegenſtand, weswegen der Bann erkannt wird, ganz geiſtlich, oder von vermiſchter Eigenſchaft ſey, in welch letzterm Fall, beſonders wenn es unmittelbare Perſonen und auch mittelbare betrift, die geiſtliche Gerichtsbarkeit nicht wirkend ſeyn kann.

§. 1838.

Was Verträge wirken?

Nur in ganz geiſtlichen Dingen können die Interdicten, und canoniſche Cenſuren von den Biſchöfen

55) Moſers Staatshandbuch Thl. 1. S. 458.
56) deſſen Zuſätze Thl. 1. S. 761.

ſen erkennt werden. Der Vertrag zwiſchen dem Haus Baiern und dem Hochſtift Paſſau vom J. 1690. §. 16. beſtimmt z. B. folgendes: gleichwie die Erkenntniß der Excommunication, und andern canoniſchen Cenſuren, dem judicio eccleſiaſtico anhängig, alſo ſollen die weltliche Gerichte in dergleichen Fällen, ſonderlich die Excommunicatos tam ipſo facto tales, quam per ſententiam declaratos, aut declarandos dem geiſtlichen Officio pro correctione canonica et abſolutione zu ſtellen, nicht verweigern.

Aus dieſen folgt ſo viel, daß alle andere Gegenſtände, beſonders in weltlichen Sachen, den geiſtlichen Cenſuren nicht unterworfen ſeyn können. In dem Vertrag zwiſchen Churpfalzbaiern, und dem Hochſtift Augsburg vom J. 1785. wird zwar die Materie von Bannſachen nicht berührt: es heißt aber, daß dem Biſchof als Diöceſano privative alles zugeſtanden werde, wodurch der übernatürliche Endzweck des Chriſtmenſchen erreicht werden könne. Hiedurch wird per indirectum ſchon beſtimmt, daß temporelle und auch vermiſchte Gegenſtände nicht dazu gezogen werden können. Die Verträge, derer einige faſt in allen Ländern mit den Diöceſanen errichtet worden, wirken im Hauptweſen ſo vieles, daß der Biſchof ſich keiner Zwangsmittel in Fällen anmaſſen könne, welche zu ſeiner privativen Gerichtsbarkeit nicht gehören, und wodurch der Unterthan eines Staats zur Ungebühr gedruckt werden könnte, beſonders wenn der Biſchof einen Unterthan in einer Sache excommuniciren würde, die zwiſchen demſelben, und dem Biſchof ſtreitig wäre, und dieſer gleichſam den Richter in ſeiner eigenen Sache machte. In einem Vertrag zwiſchen dem Biſchof von Paſſau und K. Rudolph II. vom J. 1592. iſt enthalten, daß der Ordinarius zum Kirchenbann, und Strafen eines Prälaten ohne des Kaiſers Conſens

und

und Bewilligung nicht ſchreiten dürfe. 57) K. Joſeph I. befahl dem Erzbiſchof zu Prag 1706, daß er von den Banndrohungen abſtehe. 58) Die Kaiſerinn Maria Thereſia befahl 1768. daß, wenn die Frage von den Schlägen eines Geiſtlichen entſtehe, die Sache durch geiſtlich- und weltliche Commiſſarien von gleicher Anzahl unterſucht werden müße. 59) Ueberhaupt bringt es die Pflicht eines Fürſten mit ſich, daß er durch Verträge, und Conſtitutionen dafür ſorge, damit ſein Volk nicht durch die mit dem Misbrauch ſo nahe verbundene geiſtliche Kirchenbannſtrafen zu ſehr gedruckt werde.

§. 1839.

Schriften. Von Excommunications- und Kirchenbannſachen, ſo weit ſie auf die deutſchen Stifter einen unmittelbaren Bezug haben, iſt mir keine Abhandlung bekannt, wohl kann aber beyzugsweiſe dienen:

Rieger (Paul. Joſ.) diſſert. de poenitentiis et poenis eccleſiaſticis Viennae 1772. in Schmids theſ. diſſ. tom. 7. S. 157 - 221.

Ein

57) Corpus Jur. eccleſ. auſtriaci S. 237.
58) Corpus Jur. eccl. Bohem. S. 172.
59) Ebend. S. 184. 186.

Ein und ſiebenzigſtes Capitel.

Von dem Erbfolgrecht der C. G. Reichsſtifter geiſtlichen Perſonen in geiſtlichen und weltlichen Gütern.

Inhalt.

§. 1840.) Einleitung. 1841.) Zuſtand der Erbſchaften in dem erſten und mittlern Zeitalter. 1842.) Ob die Geiſtliche weltliche Güter erben können? 1843.) Auch die Ordensritter? 1844.) Sie haben Sitz und Stimme bey dem Reich und Kreißen? 1845.) errichten fidei commiſſa familiae, 1846.) und führen die Primogenitur ein, 1847.) ſuccediren in den Lehen. 1848.) ſind Vormünder, 1849.) können adoptiren. 1850.) Teſtamente der Geiſtlichen. 1851.) Beſchaffenheit der Teſtamente der geiſtlichen Reichsfürſten. 1852.) Teſtamente und Verlaſſenſchaften der niedern Geiſtlichen. 1853.) Streitigkeiten: 1854.) Schriften.

§. 1840.

An und vor ſich iſt in dieſem Capitel die Hauptfrage nur: Ob geiſtliche Perſonen in den Stiftern überhaupt weltliche Güter und Sachen durch Erbſchaft an ſich bringen und beſitzen können? Da aber die Teſtamentsſache mit dieſem Erbſchaftsrechte ir zu genauer, und faſt unzertrennlicher Verbindung ſtehet, ſo will ich auch in ſo weit, als es erforderlich iſt, hievon Meldung thun. Einleitung.

§. 1841.

In dem erſten Zeitalter der deutſchen Stifter ward die Freygebigkeit die gröſte Tugend; alles ſtrebte darnach, dieſen Ruhm zu erlangen. Haupſächlich geſchah Zuſtand der Erbſchaften im erſten u. mitlern Zeitalter.

geſchah es durch Vermächtniſſe. Jeder wollte es dem andern bevorthun. Carl der Große gieng mit dem bekannten Beyſpiel voran, da er in ſeinem Teſtament verordnete, daß die in ſeinen deutſchen Reichslanden befindliche 21. Erz- und Bißthümer ſeinen ganzen Nachlaß erhalten, und ſolcher unter ſie vertheilt werden ſolle, dabey Maynz, Trier und Cölln vorzüglich genannt wurden. 1) Man ſah es in der Folge bey den Erz- und Hochſtiftern gern, wenn die hohe und niedere Stiftsgeiſtlichkeit viele weltliche Güter an ſich brachte, weil die Stifter hiedurch Hofnung bekamen, nach Abſterben des Erblaſſers, wie es insgemein geſchah, von dem ganzen ererbten Gut Erbe zu werden. Allein ſo bald es ſchien, daß die Stifter in Anſehung ihres Reichthums und großen Güterſtandes nicht mehr Urſach haben dürften, die Verlaſſenſchaften der Biſchöfe an ſich zu ziehen, und die Miniſterialen an den geiſtlichen Höfen ſehr ſtark überhand nahmen, ſo geſchah es insgemein, daß die Marſchälle, Cämmerer, Truchſeße, Schenken und andere Hofbediente den ganzen Haußrath, Küche und Keller des verſtorbenen Biſchofs ſich zueigneten. Kaiſer Friederich unterſagte es im J. 1226 ſchon den Hildesheimiſchen Beamten, 2) ſie kehrten ſich aber nicht daran, weil Biſchof Otto es für nöthig fand, ihren Verzicht auf dieſes Recht im J. 1268. auszuwirken. 3) So ſehr als Kaiſer Friederich ſchon im J. 1220. durch ſeine Conſtitution wehrte, daß die Verlaſſenſchaft eines Biſchofs nicht mißbraucht werden ſollte, ſo war es dennoch nicht zu erzwingen, 4) ſo bald die Domkapitul die Miniſterialen der Stifter von den Wahlen der Biſchöfe hinweg gedrängt hatten, ſo glaubten ſie auch, das erſte Recht über die Ver-

1) Lehmann Speyer. Chronik. S. 56.
2) Harenbergs hiſt. Gandersheim. S. 429.
3) Mader antiquit. Brunsvicenſ. S. 262.
4) Hontheim hiſt. trev. tom. 1. S. 657.

Verlaſſenſchaften der Biſchöfe zu haben, und da fiengen die Spolien an, die in gewiſſer Art bis auf gegenwärtiges Jahrhundert fortdauerten, in welchem man ſelbigen, wie ich in dem 138ſten Capitul umſtändlich zeigen werde, zum Grabe geläutet hat.

§. 1842.

Ob die Geiſtliche weltliche Güter erben können?

Heut zu Tag waltet gar kein Zweifel mehr ob, daß ein Geiſtlicher vom Erzbiſchof bis auf den gemeinen Weltprieſter hinab nicht weltliche Herrſchaften, und Güter durch die Erbfolge an ſich bringen könne. Die Particulargeſchichte der deutſchen Stifter iſt voll von Beyſpielen. Ich will daher blos noch einige in ſelbiger nicht angeführte hier nachtragen. Erzbiſchof Uladislaus zu Salzburg, da er ſeine beſeſſene eigenthümliche Erbgüter dem Erzſtift 1270. vermachen wollte, ward von ſeinen Verwandten mit Gift aus der Welt geſchaft. 5) Biſchof Leopold zu Paſſau, Erzherzog von Oeſterreich, nahm 1618. die tyroliſche Regierung über ſich, 1627. die Regierung der Markgrafſchaft Burgau, 1619. die Niederöſterreichiſche Stadthalterſchaft. Endlich legte er die Bißthümer Straßburg und Paſſau ab, und verehlichte ſich. 6) Erzbiſchof Sigismund Franz Biſchof zu Augsburg, ein Erzherzog von Oeſterreich, erhielt nach Abſterben ſeines Bruders die Grafſchaft Tyrol, die Markgrafſchaft Burgau, und die öſterreichiſchen Lande im Elſas. 7) Churfürſt Lothar Franz Graf von Schönborn, Erzbiſchof von Maynz war Univerſalerbe der Familie Truchſes von Pomersfeld, und trat 1709. die ganze Erbſchaft an. 8) Biſchof Friederich Carl zu Bamberg kaufte 1710. von dem letzten Grafen von Buchheim die Herrſchaft Gollers-

5) Meichelbeck hiſt. Friſing. Thl. 2. S. 70.
6) Godeau Thl. 18. S. 212.
7) Ebend. Thl. 19. S. 237.
8) Ioann. rer. mog. Thl. 1. S. 991.

lersdorf nebſt dem Erbrecht des oberſten Erbtruchſeſſenamts in Oeſterreich, nahm auch mit ſeiner ganzen Familie den Titel der von Buchheim als Biſchof an. 9) Eben dieſer groſſe Biſchof nahm 1726. die beyden Herrſchaften Surzin, und Surduck in Ungarn in Beſitz, die ihm der Kaiſer geſchenkt hatte. Zu dieſem kam noch die große Herrſchaft Munkatſch, die ihm nach dem Tode ſeines Onkels des Churfürſten zu Mainz erblich anfiel. Er trat als ein Ungariſcher Reichsſtand auf, nachdem ihn Carl VI. unter die Ungariſche Magnaten aufnahm. 10) Dieſe Beyſpiele haben wir von den großen Erz- und Biſchöfen in Anſehung des Erbrechts eigener Länder und Herrſchaften vor ſich. Von andern geiſtlichen Perſonen und zwar von Domherren könnte ich eine Menge Beyſpiele, als von dem Fürſt Joſeph Anton von Hohenloh Domherrn zu Augsburg, dem Grafen Franz von Oettingen-Baldern Domherrn zu Cölln, der wirklich regierender Herr der Graſſchaft Baldern iſt, u. a. m. anführen.

§. 1843.

Auch die Ordensritter.

In vorigen Zeiten ward auſſerordentlich viel geſchrieben, ob auch die Deutſche und Johanniterordensritter in weltlichen Herrſchaften, und Gütern ſuccediren können. Heut zu Tage iſt gar keine Frage mehr; Ihre Ordensregeln, und Gelübde ſtehen ihnen nicht entgegen, weil ihr ganzer Ordensſtand militariſch iſt; und ſie ſind eben deswegen zur Lehensfolge vor andern weit fähiger, weil ſie als Kriegsleute der Lehenspflicht mehr Vorſtand leiſten können. 11)

Ueberhaupt kann der Pabſt den Ordensrittern ſo wie den Domherren, wenn dieſe nicht Prieſter ſind, noch diſpenſiren, daß ſie ſich verehlichen können.

§. 1844.

9) Godeau Thl. 20. S. 230.
10) l. c. Thl. 20. S. 251.
11) wolff. de ſacris ord. equeſtr. eorumque juribus §. 26.

§. 1844.

Vorausgeſetzt: daß die Geiſtlichen Fürſten, und Domherren ohne allen Anſtand die weltliche Fürſtenthümer und Herrſchaften durch Erbrecht an ſich bringen, und in ſelbigen ſuccediren können, ſo ergibt ſich auch die Frage: ob ſie fähig ſind wegen ſelbigen Sitz und Stimme auf Reichs- und Creißtägen zu führen? der geheime Juſtitzrath Pütter hat dieſe Frage in einem ſtattlichen Reſponſo gelegenheitlich der Salmiſchen Succeßionsſache 12) affirmative erlediget: da dieſes Reſponſum eigentlich einen der wichtigſten Gegenſtände in dem deutſchen Staatsrecht ausmachet, ſo finde ich für ſchicklich einen Auszug zur gänzlichen Erſchöpfung dieſer Materie hier einzurücken. Sie haben Sitz und Stimme bey dem Reich und Creißen.

Bey der Frage: Ob ein Geiſtlicher in einem Fürſtenthume, worauf Sitz und Stimme auf der weltlichen Bank im Reichsfürſtenrathe haftet, zur Succeßion gelangen könne? möchte man vielleicht einen Anſtand daher nehmen, weil nach dem einmahl in unſerer Reichsverfaſſung hergebrachten Unterſchiede der Bänke alle geiſtliche Stände auf der geiſtlichen Bank, und hinwiederum keine andere, als weltliche Stände, auf der weltlichen Bank ihren Platz haben; wie dann ſelbſt die Stimmen derer im Weſtphäliſchen Frieden ſeculariſirten Erz- und Bißthümer Magdeburg, Bremen, Verden, Halberſtadt, als nunmehrige weltliche Stimmen von der geiſtlichen Bank auf die weltliche herüber geſetzt worden, woraus zu folgen ſcheint, daß hinwiederum kein geiſtlicher Herr auf der weltlichen Fürſtenbank zu Sitz und Stimme gelaſſen werden könne.

Zu Hebung dieſes Anſtandes könnte man gleich anfangs die Inſtanz machen, wie gleichwohl ſelbſt Oeſter-

12) Auserleſene Rechtsfälle B. 2. S. 575. 577.

Oeſterreich und Burgund, als öffentlich weltliche Reichsſtände dennoch auf der geiſtlichen Bank ſitzen; woraus man folgern könnte, daß der Unterſchied der beyden Bänke nach denen darauf Sitz und Stimme habenden Perſonen geiſtlichen und weltlichen Standes doch nicht ſo weſentlich ſeyn müſſe, daß nicht ein Weltlicher auf der geiſtlichen Bank, mithin auch hinwiederum ein Geiſtlicher auf der weltlichen Bank Sitz und Stimme haben könnte, und daß alſo wenigſtens deswegen ein geiſtlicher Herr, den die Reyhe der Succeßion in einem weltlichen Land träfe, davon nicht ausgeſchloſſen werden dürfte. Es bleibt jedoch der Oeſterreichiſche Platz auf der geiſtlichen Fürſtenbank eine bloße Ausnahm von der Regel, weil dabey eine ganz beſondere Bewandniß obwaltet.

Die Hauptſache beſteht darinn, daß bey dem Unterſchiede der beyden Bänke im Reichsfürſtenrathe nicht ſowohl auf den perſönlichen Stand derjenigen, die Sitz und Stimme auf der einen, oder der andern Bank haben, als vielmehr auf die Eigenſchaft des Landes, auf welchem ſolche haftet, geſehen wird.

Wenn alſo ein weltliches Land in geiſtliche Hände kömmt, ſo fehlt es ſelbſt in ſolchen Fällen, da nicht bloß zufälliger Weiſe einmal ein Beſitzer für ſeine Perſon geiſtlich iſt, ſondern auch alsdann, wenn ein weltliches Land auf beſtändig an eine geiſtliche Stiftung gekommen, nicht an Beyſpielen, daß geiſtliche Herren wegen weltlichen Stimmen ihren Platz haben. Die Abtißin zu Buchau als Erbfrau der Herrſchaft Straßberg, nimmt unter den Schwäbiſchen Grafen die zweyte Stelle auf der weltlichen Fürſtenbank ein. 13) Der Landcommenthur der deutſchen Ordensballey Elſaß, und Burgund wegen Alſchhauſen, hat

13) Moſer von Reichsſtänden S. 741. 830. Büſchings Erdbeſchreibung Thl. 3. (Ausg. 1761.) S. 1420.

hat den Platz unter den Schwäbiſchen Grafen, 14) und der Abt zu St. Blaſius, wegen der im J. 1613 erkauften Reichsgrafſchaft Bondorf in Schwaben. 15) Auch der Biſchof zu Münſter, iſt ein Candidat im Reichsfürſtenrathe, wegen der Burggrafſchaft Stromberg, deswegen er ſchon ein kaiſerl. Commißionsdecret vom J. 1653. vor ſich hat, 16) und wovon 1754. eine Anregung geſchehen iſt. 17) Dieſe Stimme würde ohne allen Zweifel auf der weltlichen Fürſtenbank abgegeben werden, um ſo weniger würde es einen Anſtand haben, wenn nur zufälliger Weiſe einmal ein Land an einen Herrn fällt, welcher für ſeine Perſon Geiſtlich iſt. Der Pfalzgraf Birkenfeld hat in ſeinem Teſtament vom J. 144. die Succeßion ſammt Sitz- und Stimmrecht den geiſtlichen Agnaten feſtgeſetzt: 18) Man hat bekanntermaſſen 3. ganz neue Fälle vor ſich, der verſtorbene Fürſt Biſchof Franz Carl zu Chiemſee, als gebohrner Reichs-Erbtruchſes Graf von Waldburg, und als regierender Graf zu Trauchburg und Scheer hatte im Schwäbiſchen Grafen-Collegio ſeine eigene Stimme mithin auf der weltlichen Fürſtenbank ſeinen Antheil. Der §pho praeced. gemeldte Fürſt Joſeph Anton von Hohenlohe, Pfedelbach, Domherr in mehreren Stiftern, führte als regierender Herr in dem fränkiſchen Grafen-Collegio auf der weltlichen Fürſtenbank ſeine Stimme. Der Graf Franz von Oettingen Baldern, Domherr zu Cölln, hat als regierender Herr Antheil an der Stimme in dem Schwäbiſchen Grafen-Collegio, welche das geſammte Haus Oettingen, wegen der Grafſchaft Bal-

14) Moſer l. c. S. 823. Büſching l. c. S. 1141.
15) Büſching l. c. S. 1508.
16) Londorps acta publ. Thl. 3. S. 8. Peſſinger ad Vitr. tom. 2. S. 699. Moſers Staatsrecht Thl. 35. S. 294. 633.
17) Moſer von Reichsſtänden S. 633.
18) Moſers Staatsrecht. Thl. 13. S. 29.

Baldern führet, welches Beyſpiel den Pütteriſchen noch beyzuſetzen iſt.

Da nun auch der Unterſchied zwiſchen votis curiatis, und virilibus nicht hindert, daß nicht auf gleiche Art ein votum virile von einem Geiſtlichen ſollte geführt werden können, zumahl, (wenn ſie gleich perſönlich erſcheinen könnten) jetzt nur durch Geſandten geſtimmt wird, dazu ſchon mehrmahl ſelbſt Geiſtliche von weltlichen Fürſten ſchon von Alters her gebraucht werden, wie die Unterſchriften der Reichsabſchiede von den J. 1497. 1498. und 1500 zeigen, daß ein gewißer Johann Nagel Probſt zu Oßnabrück; die herzoglich Cleviſche, und der Probſt von Ellwangen, die herzoglich-Würtembergiſche Stimme zu führen gehabt. 19)

Aus diesem allen ergibt ſich klar, daß ein geiſtlicher Herr auf der weltlichen Fürſtenbank Sitz und Stimme haben, und dem Reichsherkommen nach, in weltlichen Ländern ſuccediren könne. Ich habe bey verſchiedenen Ereignißen es bemerkt, daß die Geiſtliche nach Erbsanfällen weit begieriger, als weltliche Perſonen, haſchen.

§. 1845.

Errichten fideicommiſſi familiae.

Wenn ſchon die geiſtliche Fürſten und Herren diejenige nicht ſind, welche wegen ihrer geiſtlichen Würde und eheloſen Stand die Familie nicht fortpflanzen können; ſo ſind ſie dennoch nach dem offenkündigen Reichsherkommen nicht nur allein fähig, in dem fideicommiſſo zu ſuccediren, ſondern auch ſelbſt als Agnaten berechtigt, ohne Rückſicht ob ihre oder eine andere Branſche ſuccedirt, ein Familien-Fideicomiß zu errichten. Ein Beyſpiel gibt uns die Geſchichte an dem Erzbiſchof *Paris* zu Salzburg, einem Grafen

19) Sammlung der Reichsabſchiede Frankf. 1747. F. Thl. 2. S. 38. 53. 90.

fen von Lodron, welcher für ſeine Familie als Erzbiſchof 1631. eines errichtet hat. 20)

§. 1846.

Insgemein ergibt ſich der Fall, daß die geiſtliche Fürſten und Domherren, wenn ihnen weltliche Herrſchaften erblich anfallen, ſolche beſſern, und vermehren; Sie wollen deswegen auch das Vergnügen haben, ſich bey der Nachwelt einen Ruhm, durch irgend eine Diſpoſition zu machen. Man kann ihnen daher das Recht nicht abſprechen, dieſe oder jene Succeßionsordnung auch die Primogenitur, wenn ſie ältern pactis domus nicht entgegen ſteht, in ihrer Familie einzuführen. Erzbiſchof Paris zu Salzburg, machte 1645. ein Primogeniturſtatut zum beſten der Lodroniſchen Familie. 21) Fidecomiß- und Primogenitur-Verordnungen ſind im Grund betrachtet immer die beſten Mittel, wie auch ein geiſtlicher Agnat die Familie in ihrer Aufnahme erhalten, und der Güter Zerſplitterung vorbeugen kann. und führen die Primogenitur ein.

§. 1847.

Die Geiſtlichen ſuccediren auch in den Lehengütern, ſo gut als die weltlichen Herren, ſo lang von Schild, Nahmen, und Wappen einer Familie, oder von dem männlichem Geſchlecht eines Stammes überhaupt die Rede iſt. Nur alsdenn trift die geiſtliche Agnaten die Lehensfolge nicht, wenn in dem Lehensmachungsinſtrument abſolute nur die Diſcendenten in grader Linie zur Succeßion gelaſſen werden; wiewohl dergleichen Satzungen äußerſt ſelten ſind, weil ſie von der allgemeinen Regel, welche auch die Agnaten zur Lehensfolge ruft, zu ſehr abweichet. Succediren in den Lehen

20) Lünig R. Arch. Spicil. eccl. Thl. 1. S. 1051.
21) Lünig l. c. Thl. 1. S. 1059.

Vor Zeiten muſten die Geiſtlichen Provaſallos, oder Lehenträger haben, wovon man mehrere Beyſpiele hat. 22) Heutzutag ſteht es aber bey jedem geiſtlichen Lehenserben, ob er die Lehen perſönlich, oder durch einen Lehenträger empfangen will, ſo wie er ſolche auch ohne Widerrede ſelbſt beſitzt. Können die Geiſtliche in Reichslehnbaren Ländern als Fürſtenthümer und Grafſchaften ſuccediren, ſo iſt von geringern Lehen ſchon gar die Frage nicht.

§. 1848.

Sind Vormünder. Es war auch einem heftigen Streit unterworfen, ob Biſchöfe, oder geiſtliche Perſonen Vormünderſchaften übernehmen, und wirklich Vormünder weltlicher Perſonen ſeyn können. Gegenwärtig beſtättigt das Reichsherkommen, daß den geiſtlichen Herren dießfalls kein Hinderniß im Weg gelegt werde. Die Beyſpiele von Böhmen, Heſſen, Bentheim, Mark, Rekheim, u. a. beſtättigen den affirmativen Satz ſchon hinlänglich. 23)

Die Domherren erhalten entweder Agnationis jure, oder von den Ritterkantonen die Vormundſchaften über Ritterbürtige Mündlinge, und ich wollte faſt kein Domſtift finden, in welchem ſich nicht einige mit Vormundſchaften verſehene Domherren befinden. Freylich müſſen Geiſtliche in dieſen Gegenſtänden ſich ihres fori gänzlich begeben. Mönche, oder die Regularen ſind aber weder des Erbrechts in Gütern, nach der Lehensfolge, der Vormundſchaften, und anderer annexum fähig.

§. 1849.

Können adoptiren. Unter andern Wirkungen weltlicher Rechte können die geiſtlichen Fürſten, und Domherren auch adoptiren.

22) Bey Lünig. Corp. jur. feudal. tom. 1. S. 494. 845. tom. 2. S. 1027. tom. 3. S. 75.
23) Mosers Staatsrecht. Thl. 18. S. 262.

ren. Nur muß hierdurch der Succeßion ihres Stammes, oder der Agnaten nichts zum Nachtheil gereichen. Ein entſcheidendes Beyſpiel haben wir an den Cardinal Franz von Dietrichſtein: dieſer erhielte zu Anfang des vorigen Jahrhunderts den Reichsfürſtlichen Character mit der Begnadigung, daß ihm freyſtehen ſollte, einen ſeinen Vettern zu adoptiren, und ihm alſo den Reichsfürſtenſtand zuzuwenden, worauf er auch ſeines älteſten Bruders Sigmunds Sohn Maximilian zum Erben ſowohl der fürſtlichen Würde, als auch aller ſeiner Güter und Herrſchaften einſetzte. Welches anno 1631. von dem Kaiſer beſtätiget, und verordnet wurde, daß allemahl der älteſte Sohn weltlichen Standes in abſteigender Linie den Reichsfürſtenſtand beſitzen ſollte. 24)

§. 1850.

Teſtamenten der Geiſtlichen.

Sowohl vor Alters, als noch heutzutage können die geiſtliche Fürſten, Domherren, und überhaupt alle Geiſtliche nicht ohne Erlaubniß in Anſehung ihrer Erſparnis von Kirchengütern teſtiren. Der Biſchof ſucht die Erlaubniß zu Rom, (§. 589.) manchmal hält ihn die Wahlcapitulation an, ſolche von dem Domkapitul nachzuſuchen. Die Domherren erhalten die Erlaubniß von ihren Capitul, und der Clerus minor von dem Biſchof. Die mehrſten Erz- und Biſchöfe haben, wegen der Erlaubniß zu teſtiren mit ihren Erz- und Domkapituln, Verträge errichtet; Erzbiſchof Wolf Dieterich zu Salzburg, machte 1605 mit dem Domkapitul hierüber ein Statut. 25) Da die Erzbiſchöfe ſich hierüber vorher mit Indulten von Rom verſahen. Dem Biſchof Jodok zu Hildesheim gab Pabſt Innocenz XIII. 1691. die Erlaubniß zu teſtiren. 26) In der Stift-Ellwangi-

24) Moſers Staatsrecht. Thl. 22. S. 402.
25) Nachrichten von Juvavia. S. 209.
26) Lünig. l. c. Thl. 2. S. 174.

ſchen Wahlcapitulation Art. 4. wird verordnet: „Mobilien müſſen bey dem Stift bleiben, wovon dem „Capitul ein Verzeichniß zuzuſtellen iſt, über Geld, „Früchten, und anderes kann cum Conſenſu capi„tuli teſtirt werden.“ Und auf dieſe Art verhält ſich die Sache in den mehrſten Domkapituln, wie ich (§. 589.) von Regensburg ſchon gemeldet habe.

Die Teſtamente der geiſtlichen Fürſten ſind von verſchiedener Beſchaffenheit. Zum theil erſtrecken ſie ſich auf ihr Patrimonialvermögen, zum theil auf das Vermögen, welche ſie ſich durch ihr Erſparniß aus den geiſtlichen Einkünften verſchaffet haben, wie (§. 588.) ſchon umſtändlich bemerket wurde.

Wegen dem Patrimonialvermögen inſonderheit ererbten Gütern, und Fidecommißen iſt ihnen das Diſpoſitionsrecht unbenommen. Stammgüter fallen ohnehin auf die Familie mit allen Nutzungen zurück, und gehen das verlaſſene Stift nichts an. Hievon iſt (§§. 587. 90. u. 594.) ſchon ausführlich gehandelt worden. Selbſt in den Capitulationen iſt in manchen Stiftern dießfalls klare Vorſehung zur Sicherheit des Regenten geſchehen. In der Ellwangiſchen Capit. §. 4. heißt es: „die Patrimonial, „und andere auſſer der Probſtey erworbene Güter „können an des Neoelecti Erben, oder in an„dere Wege veräußert, und damit willkührlich Di„ſponirt werden.“

Was die Obſervanz bey Teſtamenten der geiſtlichen Stiftsregenten] mit ſich bringe (§. 589.) wie es mit der Verlaſſenſchaft eines Reſignirten (§. 591.) ſodann auch eines Ordensmeiſters (§. 595.) gehalten werde, iſt ſchon vorgekommen.

Von den Teſtamenten der Domherren gibt das 121. Capitel umſtändlichen Aufſchluß.

§. 1851.

§. 1851.

Man kann über die Beſchaffenheit der Teſtamente, welche von geiſtlichen Reichsſtänden errichtet worden, eine hinlängliche Notiz erhalten, wenn man diejenige, welche in actis publicis vorkommen, hierüber zur Hand nimmt. Ich will zur Erleichterung des Nachſchlagens und der Vollſtändigkeit meiner Behandlung nur einige derſelben anführen: Das Teſtament des Biſchof Eddo von Straßburg, vom J. 761. zeigt, was dieſer Biſchof dem Hochſtift an Gütern vermacht hat. 27) In dem Teſtament des Biſchofs Tello zu Chur kommt eine groſſe Anzahl der dem Stift geſchenkten Güter vor. 28) Erzbiſchof Bruno zu Cölln hat das Erzſtift bey Lebzeiten ſchon ſehr bereichert, (§. 610.) ſein Teſtament ſtellt aber noch gröſſere Beweiſe der Grosmuth eines für ſein Erzſtift gutgeſinnten Fürſtens dar. 29) Biſchof Friederich zu Straßburg, ſo unruhig und kriegeriſch er auch war, und unerachtet man ihn vom Stift verſtieß, und nach Utrecht verſetzte, vermachte demſelben im J. 1306. dennoch 40,000 Ducaten. 30) Erzbiſchof Conrad zu Maynz bedachte in ſeinem Teſtament vom J. 1434. das Domkapitul mit Gütern. 31) Biſchof Erich zu Münſter vermachte in ſeinem Teſtament vom J. 1522. dem Hochſtift zur öffentlichen Kaſſe 7000 Ducaten, und ſeinem Nachfolger 4000 Stück. 32) Aus dem Teſtament des Erzbiſchofs Johann Jacob erhielt 1586. das Erzſtift ſehr viel Silbergeſchirr und Kleinodien, die er aus Ungarn brachte, ingleichen der Domchor ein koſtbares Creuz von 7. Mark Gold und koſtbaren Steinen.

Beſchaffenheit der Teſtamente geiſtl. Reichsfürſten.

27) Lünig R. A. Spicil. eccl. Thl. 2. S. 166.
28) l. c S. 150.
29) l. c. S. 322.
30) Godeau Thl. 22. S. 212.
31) Ioannis rer. mog. Thl. 1. S. 747.
32) Godeau Thl. 26. S. 165.

nen. 33) Das Teſtament des Erzbiſchofs Schweikers von Cronberg vom J. 1620. iſt ein Beweis, wie ein geiſtlicher Stiftsregent ſeiner Familie ohne Nachtheil des Stifts aufhelfen kann. 34) Erzbiſchof Paris Lodron zu Salzburg regierte in den traurigſten Zeiten des deutſchen Kriegs, und ungeachtet er dem Erzſtift bey Lebzeiten groſſe Schenkungen gemacht, (§. 611.) ſo erhielt es dennoch aus ſeinem Teſtament vom J. 1653. noch den gröſten Schatz an Geldbaarſchaften. 35) Biſchof Wenzel zu Paſſau erhielt von dem Pabſt Alexander VII. durch eine Bulle die Erlaubniß zu teſtiren, das Capitul machte aber ſein Teſtament 1667. dennoch ſtreitig, 36) weil er zuviel von den Stiftsmobilien veräußerte. Die Legaten in dem Teſtament des Churfürſtens Maximilian Heinrich zu Cölln vom J. 1688. betrugen 6,679000. Rsthlr. wobey, wenn ſchon ſein Bruder Univerſalerbe war, das Erzſtift nicht zu kurz kam. 37) Der Churfürſt Joſeph Emerich vermachte der Armenanſtalt in Maynz ſeinen Geſchmuck von 40,000 fl. Der letztverſtorbene Churfürſt von Cölln gab in ſeinem Teſtament vom J. 1784. der Armenanſtalt 12000 Rthlr. Biſchof Anton Ignaz zu Regensburg, unerachtet er alle Schulden des Hochſtifts zahlte, und nahmhafte tauſend Gulden zum Bau des Biſchofhofes hinterlegte, vermachte zum Beſten der Armen mehr als 30,000 fl. 38) Aus allen dieſen Teſtamenten läßt ſich die allgemeine Bemerkung machen, daß die Stiftsregenten zur Erhaltung ihrer Stifter durch ihre Sparſamkeit und Freygebigkeit in ihren letzten Diſpoſitionen ſehr vieles, wo nicht das mehrſte beygetragen haben.

§. 1852.

33) Ebend. Thl. 17. S. 161.
34) Lünig R. Arch. Thl. 1. S. 154.
35) Godeau Thl. 17. S. 179.
36) Ebend. Thl. 18. S. 219.
37) Godeau Thl. 16. S. 154.
38) Statiſtiſche Abhandlung über die Mängel S. 120.

§. 1852.

In einem Stiftsland, wo der Regent zugleich Biſchof iſt, müſſen die Geiſtliche die Erlaubnis zu teſtiren von ihm nachſuchen. Auch wo er nur Diöceſanus iſt, ſind ſie verbunden ſolche zu begehren. In den Stiftern, wo der Biſchof zugleich Landesherr iſt, werden die Teſtaments= und Erbſchaftsſachen der geiſtlichen Gerichte, ohne concurrente Jurisdiction des Landesherrn abgemacht. In einem andern Land hingegen kann der Ordinarius in Teſtament= und Verlaſſenſchaftsſachen, beſonders, wenn es auf die Execution oder Streitigkeiten ankommt, ohne den Landesherrn nicht vorfahren. Die Verträge, oder das Herkommen müſſen hierinnfalls Ziel, und Maas geben. Der Receß vom J. 1583 zwiſchen Baiern und den Erz= und Hochſtiftern Salzburg, Paſſau, Freyſingen, Regensburg, Augsburg, und Chiemſee beſtimmt ſchon Cap. 6. S. 13. wie es in geiſtlichen Teſtamentſachen ſolle gehalten werden. 39) Der baieriſche Receß mit Augsburg vom J. 1684. S. 21. und 22. geht der Sache noch näher, und in dem neueſten Concordat zwiſchen Baiern und Augsburg vom J. 1785 iſt die Concurrenz §. 41. bis 53. gänzlich auseinander geſetzt, pro venia teſtandi wird dem biſchöflichen Siegelamt 3 fl. bezahlt. In dem Receß mit Freyſingen und Baiern vom Jahr 1718. iſt die Concurrenz S. 32. ebenfalls beſtimmt. In den Regensburgiſchen Receß vom J. 1539. S. 45. in dem Salzburgiſchen Receß vom J. 1628. S. 49. in dem Paſſauiſchen vom J. 1690. S. 55. ward mit Baiern wegen der Cumulative bey Teſtament= und Erbſchaftsſachen der Geiſtlichen ausdrücklich Vorſehung gethan. Wenn ein Adelicher als Pfarrer verſterben, und ererbte Familiengüter hinterlaſſen

Teſtamente und Verlaſſenſchaften der niedern Geiſtlichen.

39) Concordaten und Receſſe zwiſchen Augsburg und Baiern neue Auflage, München 1769. f.

laſſen würde, ſo ſuccediren ſeine Familienerben, wenn er auch keine veniam teſtandi vom Biſchof erhalten, oder kein Teſtament hinterlaſſen hat. Der Biſchof ſuccedirt nur dem Geiſtlichen, aber nicht dem Edelmann. Von der concurrenten Gerichtsbarkeit des Biſchofs und Landesherrn in Teſtamentsſachen habe ich (§. 1380) ſchon umſtändlich gehandelt. Im J. 1295. machten die Herzogen in Baiern ſchon eine Verordnung, daß ſich ihre Richter der Güter und Verlaſſenſchaften verſtorbener geiſtlicher Perſonen nicht anmaſſen, ſondern ſolche dem Biſchof überlaſſen ſollten. 40) Der Biſchof Ernſt zu Hildesheim verſchafte den Stiftsgeiſtlichen im J. 1600. durch eine ſtrenge Verordnung Sicherheit für ihre Verlaſſenſchaften gegen die Vorgriffe des Domkapituls. 41) In jedem Stiftsland hat man gewiſſe Normen, Verträge, Statuten oder Gewohnheiten, nach welchen man ſich insgemein benimmt.

§. 1853.

Streitigkeiten.

Wenn es über die Teſtamenten der unmittelbaren geiſtlichen Reichsfürſten zwiſchen den Domkapituln, oder einen dritten zum Streit kommt, ſo iſt insgemein der Kaiſer der competirende Richter. Es müſte nur ſeyn, daß über die päbſtliche Licenz zu teſtiren ein Streit entſtünde, wo der Pabſt den Ausſchlag zu geben hätte.

Das Teſtament des Churfürſtens Friederich Maximilian zu Cölln ward 1767. von dem Kaiſer als rechtsbeſtändig gegen Baiern erkläret. 42)

An die Erbſchaft des verſtorbenen Churfürſtens Clemens Auguſt zu Cölln als Biſchofen von Paderborn machte ſein Nachfolger Churfürſt Maximilian Friederich zu Cölln 1761. nahmhafte Forderungen,

40) Lünig R. Arch. l. c. Thl. 2. S. 830.
41) l. c. Thl. 2. S. 1104.
42) Fabri neue Staatskanzl. Thl. 20. S. 310.

rungen, 43) die Sache gieng vor dem Reichshofrath 1786 ad Comitia.

Die Verlaſſenſchaft und Concursſache des Biſchofs Arnold Franz zu Paderborn und Münſter ward 1776. von dem Reichshofrath an des damals regierenden Hn. Fürſten ſeine Regierung ſubdelegationis modo auseinander zu ſetzen verwieſen. 44)

Zu Eichſtätt ſtritte man 1744. durch öffentliche Druckſchriften in dem über des Biſchofs Johann Anton Armenvermächtniß entſtandenen Proceſſe: ob die Sache für ein weltlich- oder geiſtliches Gericht gehöre, oder wenigſtens mixti fori ſey? und die Armen muſten inzwiſchen zuwarten. Von den Verlaſſenſchaftsſtreitigkeiten der Domherren iſt Cap. 121. nachzuſehen. Bey Streitigkeiten in Teſtament- und Erbſchaftsſachen der Stiftsregenten kommt man nicht ſchneller zum Ziel, als wenn man dasjenige was zur Staats- und Privaterbſchaft gehöret, vor allen auseinander ſetzt. 45) Allein, da man in Stiftern, und überhaupt die Streitigkeiten über die Verlaſſenſchaften der Stiftsregenten gerne hat, weil es hiebey etwas zu verdienen gibt, ſo kann nur die Rechtſchaffenheit eines Regierungsnachfolgers dem Streit ſchnell ein Ende machen, wenn er die Sache auf den Punct, wo ſie zu faſſen iſt, mit Entſchloſſenheit angreift, und verhandeln läßt. Auſſer dem, wenn mehrere Perſonen in der Verlaſſenſchaftsſache die Hände einſchlagen können, mag ein eben ſo betrübter Erfolg wie nach dem Tod des Fürſt Biſchofs Joſeph zu Augsburg eines Prinzen von Heſſen heraus kommen, (§. 587 n. 3) da der Coadjutor ſeinen Coadjuvantum zur Dankbarkeit und zur ewigen Schande des Hochſtifts vergantet hat. Der Reichshofrath

43) Reus Staatsk. Thl. 20. S. 1.
44) Moſers Zuſätze B. 2. S. 358.
45) Moſers Staatsrecht. Thl. 26. S. 60.

hofrath hat 1719 in der Paderborniſchen Verlaſſenſchaftsſache deswegen ungerne geſehen, daß ſich das Domkapitul in ſolche miſche. Es iſt eine Sache, die den künftigen Regenten angehet, und dieſen muß es überlaſſen werden.

§. 1854.

Schriften. Von dem Succeſſions- und Erbſchaftsrecht der deutſchen geiſtlichen Stiftsregenten, und ihrer Stiftsgeiſtlichkeit, weiß ich keine unmittelbar in dieſe Materie einſchlagende Schriften, auſſer einigen Deductionen, wovon eine wegen dem Eichſtättiſchen Falle in der Deductionsbiblioth. von Deutſchland B. 1. S. 251. vorkommt.

Auſſerdeme gehören auch hieher:

Ditterich Diſſ. de ſucceſſione primogeniti clerici in feuda imperii Romano germanici. Argent. 1771.

Nelleri diſſ. de Epiſcoporum teſtamenti factione activa trev. 1761.

— de clericorum ſecularium teſtamenti factione activa trev. 1761.

— de teſtamento clerici trevirenſis 1751.

Dieſe ſämtliche Diſſertationen ſtehen in dem ſechſten tomo des Schmidiſchen theſauri diſſertationum.

Zwey

Zwey und ſiebenzigſtes Capitel.

Von den Diſciplinarſachen in E. G. Reichsſtiftern.

Inhalt.

§. 1855.) Einleitung. 1856.) Umfang der Diſciplin. 1857.) Recht des Biſchofs. 1858.) Bierſchenke, und Beſuch der Gaſthöfe ꝛc. 1859.) Mißbräuche. 1860.) Sittenverbeſſerung. 1861.) Kleidung. 1862.) Hinderniſſe. 1863.) Cautelen. 1864.) Schriften.

§. 1855.

In dieſem Capitel iſt eigentlich die Rede von der Diſciplin in Kirchenſachen, welche ſich im kirchlichen und ſtatiſtiſchen Verſtande, auf die äußere Verwaltung und Regierung der Kirche beziehet, und nicht unter die Glaubensſachen gehöret; weswegen auch von Zeit zu Zeit Abänderungen ſelbſt mit Beywirkung des Landesherrn können gemacht werden. Wie die äuſſerliche Kirchenzucht der erſten Jahrhunderte in den Stiftern beſchaffen geweſen und was ſie für Schickſale gehabt, habe ich in der Geſchichtsüberſicht gezeiget, und es läßt ſich anderwärts 1) eine Beſchreibung davon finden. Einleitung.

§. 1856.

Die Kirchenzucht hat einen ſehr ausgebreiteten, und groſſen Umfang. Sie erſtreckt ſich nicht nur allein auf das äuſſerliche in Religionsſachen, ſondern auch vorzüglich auf die Sitten, das Betragen, und den Umgang der hohen und niedern Geiſtlichkeit in den Umfang der Diſciplin.

1) Schannat hiſt. fuldenſ. S. 7.

den Stiftern. Das Ganze eines Geiſtlichen ſoll ſeinem ehrwürdigen Stande, in dem er ſich befindet, in allen einzelnen Theilen vollkommen anpaſſen. Das Tridentinum macht ſowohl in Anſehung der Biſchöſe, als der Domherren, und übrigen Stiftsgeiſtlichkeit ziemlich klare Verordnungen, wie ſie ſich verhalten ſollen. „Die Biſchöfe (§. 107. n. 1.) ſollen ihr „ſittliches Weſen dergeſtalten einrichten, daß die übri„gen von ihnen wahre Beyſpiele der Sparſamkeit, „der Eingezogenheit, Enthaltſamkeit und Demuth „erſehen können, deswegen ſollen ſie mit anſtändigem „Hausweſen und ſparſamer Koſt ſich begnügen.“ Seſſ. 25. C. 1. „und der Domherren (§. 110. n. 16.) „ihre Kleidung und Aufführung ſoll untadelhaft ſeyn, „damit ſie den Nahmen des Kirchenraths verdienen. „Seſſ. 24. C. 12.“

Es muß überhaupt eine Mitelſtraße in der Diſciplin gehalten werden, daß man auf keine Extreme verfalle, welche der beſten Sache ihre Würde benehmen. Biſchof Wazo zu Lüttich ein Graf von Jülich hatte eine ſo ſtrenge Lebensart, daß er eine ſteinerne Bank zur Liegerſtatt, Waſſer zum Getränk, und Haberbrod zur Speiße hatte; 2) dies iſt ein Extremum der Strenge, die für einen heutigen Biſchof, der zugleich einen Landesfürſten macht, nicht mehr angemeſſen. Hingegen iſt der jetzige Abſtand z. B. der Lütticher Geiſtlichkeit von jener Strenge auch als ein Extreme in Bezug auf alle Arten der Ausſchweifung anzuſehen. 3) Im Ganzen genommen iſt die äußerliche Kirchenzucht in den Stiftern hauptſächlich durch den Luxus und Müßiggang der höhern Geiſtlichkeit vollkommen in Verfall gerathen, und es iſt nicht zu erwarten, daß ſie im Ganzen gebeſſert werde.

§. 1857.

2) Godeau Thl. 24. S. 95.
3) Meine Statiſtiſche Abhandlung über die Mängel S. 164

§. 1857.

Die Kirchenzucht im äuſſerlichen zu erhalten, gehört zu den biſchöflichen Rechten und Pflichten. (§. 1261.) Das Mittel die Kirchenzucht zu handhaben, waren die Synoden, welche zu dieſem Ende in allen Diöceſen abgehalten wurden. (§. 1397.) Mit dem Verfall der Synoden nahm auch die äuſſerliche Kirchenzucht ab, und ſie iſt gegenwärtig mehr nach den Umſtänden der Politik als dem Verhältniß des geiſtlichen Standes beſchaffen. Daß Geſetze, allgemeine Obſervanz, und ſelbſt die Reichsgerichtliche Erkenntniſſe die Diſciplinarſachen dem Biſchof unmittelbar zueignen, habe ich (§. 1826.) dargethan, und wie weit der Landesherr in Sachen, ſo die äuſſerliche Kirchenzucht betreffen, concurrire, hievon geſchah (§§. 1370 - 1390.) ſchon hinlängliche Meldung. Rechte des Biſchofs.

§. 1858.

An und vor ſich iſt es für einen Geiſtlichen, beſonders einen Ordensmann nicht anſtändig in den Wirthshäuſern herum zu ziehen, oder ſelbſt ſich mit Bier- und Weinſchenken zu befaſſen. Man muß aber Zeit, Umſtände und Perſonen zuſammen nehmen. Es würde zu den Extremen der äuſſerſt rauhen Kirchenzucht gehören, wenn einem Geiſtlichen der anſtändige Beſuch der Gaſthöfe unterſagt würde. Man fand nur die Gelegenheit anſtößig, wenn die Geiſtlichen an allen öffentlichen Luſtbarkeiten in den Gaſthöfen Theil nehmen würden. 4) Biſchof Georg Ludwig zu Lüttich unterſagte 1725. bey großer Strafe den Geiſtlichen von höhern Weyhen allen Beſuch Bierſchenken und Beſuch der Gaſthöfe ꝛc.

4) Dem Biſchof Ludwig zu Bamberg ſchlug das Tanzen 1376 zu Kalbe an der Saale nicht gut an. Das Zimmer und die Treppe fiel zuſammen, und der Biſchof brach den Hals. Godeau Thl. 20. S. 173.

Beſuch der Wirthshäuſer. In der Folge ward nichts Gutes hiedurch gemacht. 5) Mit dem Wein- und Bierſchenken hat es gleiche Bewandniß. Alle Stifter und Clöſter haben dieſes Recht nunmehr hergebracht. Im J. 1346 und 1353. eiferten die Erzbiſchöfe zu Cölln Walream und Wilhelm 6) heftig dagegen. Es nützte nichts. Gegenwärtig kann das Recht des Wein- und Bierſchenkens der Geiſtlichkeit in Anſehung ihres Güterſtandes nicht widerſprochen werden; die äuſſere Kirchenzucht hat nur darauf zu ſehen, daß ſich die Geiſtlichen, und beſonders Ordensleute nicht perſönlich mit dieſem Geſchäfte abgeben.

§. 1859.

Mißbräuche.

In allen Jahrhunderten, wie man es aus der Geſchichtsüberſicht der deutſchen Stifter abnehmen kann, ward an der Kirchenzucht und an der Abſtellung der Mißbräuche gearbeitet, bis man es dahin brachte, wie ſich die Sache gegenwärtig verhält. Wie man ſich mit der Reformation der geiſtlichen Gerichte beſchäftigt, habe ich im 48ſten Capitel umſtändlich gezeiget. Eben ſo gieng es auch mit Abſtellung der Mißbräuche in der äuſſerlichen Kirchenzucht. Kaiſer Ludwig trug dieſes Geſchäft 817. ſchon dem Erzbiſchof Arno zu Salzburg auf. 7) Im J. 1233. gieng es im Hochſtift Paderborn durch die päbſtliche Viſitatoren heftig darüber her. 8) Zu Cölln ſchafte man 1356 alle Ordensleute, die ſich auſſer ihren Clöſtern befanden, in ſelbige zurück, und man durfte ihnen keine Herberge geben. 9) Das Geſchäft des päbſtlichen Nuntius Compegii gieng

5) Godeau Thl. 24. S. 221.
6) Lünig R. A. l. c. Thl. 1. S. 484. Fortſ. Thl. 1. S. 461.
7) Lünig. l. c. Thl. 1. S. 946.
8) l. c. Thl. 2. S. 742.
9) l. c. Thl. 1. S. 500.

1524. ganz allein dahin, die Mißbräuche ab- und die Kirchenzucht herzuſtellen. Ein gleiches geſchah auch im J. 1594. wiewohl ganz ohne Wirkung. 10) Zu Lüttich und zu Hildesheim hofte man 1556, und 1668 von der Herſtellung der Kirchenzucht alles gutes, aber auch ohne Erfolg. 11) So lang die Biſchöfe nicht die Synoden wieder in Aufnahm bringen, und ſolche den jetzigen Zeitbedürfniſſen gemäs einrichten, ſo wird auch in Anſehung der Kirchenzucht der Endzweck niemals erreichet werden. Es ſcheint, die Biſchöfe wollen der äuſſerlichen Kirchenzucht keine engere Gränzen mehr ſetzen, weil ſie ſich am erſten ſelbſt zu ſehr gegen ihren Fürſtenſtand einſchränken müſten.

§. 1860.

Sittenbeſſerung.

Die Biſchöfe haben ſich zwar zu allen Zeiten Mühe gegeben, ſo viel an ihnen lag, die Sitten ihrer untergebenen Stiftsgeiſtlichkeit zu beſſern. Bis auf das 18te Jahrhundert geſchah dieſes gröſtentheils durch öffentliche Verordnung und Strafedicte. Von allen Bißthümern kommen ſolche in einer großen Anzahl vor; a) gegen das ärgerliche und unordentliche Leben der Domherren und der Stiftsgeiſtlichkeit, b) das Herumvagiren während des Gottesdienſtes, c) die Simoniehandlungen, d) Contracte, e) Wucherey, f) den Concubinat, g) und die viele Freyheiten der Geiſtlichkeit. Umſtändlich alles anzuführen bringt mein Zweck nicht mit ſich. Ich will nur die Stellen meinen Leſern in Kürze anzeigen, und zwar 1574. von Augsburg, 12) im J. 1075. 1300. 48. 53. 54. 57. 1360. 1527. 35. 1602. und 1604. von Cölln, 13)

10) l. c. Thl. 1. S. 395. Fortſ. 3. S. 264.

11) l. c. Thl. 2. S. 541. 1107.

12) Lünig R. Arch. ſpicil. Fortſ. 2. S. 379.

13) l. c. Fortſ. Thl. 1. S. 331. 393. 471. Fortſ. 2. 483. 487. 498. Fortſ. Thl. 1. 502. Fortſ. 2. 661. 692. Fortſ. Thl. 1. S. 183. 867.

Im J. 1346. von Lübeck. 14) Im J. 1158. und 1561. von Freyſingen. 15) Im J. 1277. und 1446. von Lüttich. 16) Im J. 1658. von Mainz. 17) Im J. 1233. von Münſter. 18) Im J. 1653. von Oßnabrück. 19) Im J. 1073. 1258. 1566. und 1616. von Salzburg. 20) Im J. 1690. von Trier. 21) Im J. 1701. von Worms 22) und im J. 1521. von Würzburg. 23) Zu Mainz giengen die Erzbiſchöfe Gerhard II. im J. 1290. 1298. und Erzbiſchof Uriel 1412. mit allen Ernſt, und ſogar mit Excommunicationsſtrafen auf den Concubinat los. 24) Allein es nützte nicht viel. Die Aufführung der Biſchöfe, wie der Fall bey Augsburg im J. 1099 eintrat, war oft ſelbſt ſehr übel beſchaffen, 25) und wenn dieſe nicht mit einem ſehr erhabenen Beyſpiel vorangehen, (§. 1258) ſo iſt alle Mühe wegen Wiederherſtellung der Kirchenzucht vergeblich. Biſchof Berchtold zu Coſtanz ſoll der einzige geweſen ſeyn, welcher der Ausgelaſſenheit der Domherren zu Beobachtung der geiſtlichen Kirchenzucht 1182. Meiſter geworden. 26) Manchmal wenn die Sache in Anſehung des Sittenverderbniß zu laut wird, und der Ordinarius ſeine Schuldigkeit nicht thut, ſo tritt die Pflicht und das Recht des Landesherrn ein, den Gebrechen abzuhelfen. Die Concordaten

14) l. c. Thl. 2. S. 367.
15) l. c. Fortſ, 2. S. 233. 696.
16) l. c. Thl. 2. 507. Fortſ. 3. S. 1087.
17) l. c. Fortſ. 2. S. 37 Thl. 1. S. 164.
18) l. c. Fortſ. 3. S. 950.
19) l. c. Thl. 2. S. 685.
20) l. c. Fortſ. Thl. 1. S. 951. 972. Fortſ. 2. S. 236.
21) l. c. Thl. Fortſ 1. S 78.
22) l. c Fortſ. 3. S. 1318.
23) l. c. Thl. 2. S. 1019.
24) Ioann. rer. mog. tom. 1. S. 626. 821. Gudenus. S. 912.
25) Lünig l. c. Thl. 2. S. 1057.
26) Godeau Thl. 23. S. 140.

ten zwiſchen Baiern und den 5 Hochſtiftern geben hierinnfalls Ziel und Maas. 27)

§. 1861.

Kleidung.

Wegen der Kleidung der Geiſtlichkeit und ſonderheitlich gegen die Ausſchweifung in der Kleidertracht der Domherren hatten die Biſchöfe immer in Stiftern vieles zu beſſern und zu verordnen. In den erſten Jahrhunderten ſcheint die Tracht der Geiſtlichkeit noch weit übertriebener geweſen zu ſeyn als dermahlen, indem ſie goldene Leibgürtel, Meſſer mit Edelgeſteinen, und ſchwere Sporn getragen hatten, welches alles K. Ludwig der Fromme 717. abſtellte. 28) Was dem Erzbiſchof Poppo zu Trier, der ſich ein Kleid durch die Medea, einer Nonne, machen ließ, ſonderbares begegnet, läßt ſich an der angezeigten Stelle 29) finden. Bey der Synode zu Paſſau ward 1293. verbotten, daß die Geiſtliche keine ſchlackige Hüte tragen ſollen, 30) und nun ſind ſie bey den Geiſtlichen die gröſte Mode. Zu Maynz befahl Churfürſt Gerhard II. daß die Geiſtliche, und ſonderheitlich die Canonici, keine gekraußte Haare tragen ſollen; 31) und Churfürſt Clemens Wenzeslaus zu Trier befahl bey ſeiner Hinkunft in das Bißthum Augsburg im J. 1789. daß alle Geiſtliche, ſogar die Chorvicarien, mit gekraußt- und gepuderten Haaren in der Kirche erſcheinen ſollen. Zu Cölln wurde in Anſehung der Kleidertracht 1336. 37. 54. 57. und 1360 ſehr vieles verordnet. 32) Erzbiſchof Conrad III. zu Maynz erließ 1424. gegen die unanſtändige Kleidung der Geiſtlichkeit eine äuſſerſt ſcharfe Verordnung. Auch

27) Concordaten und Receſſe. l. c. S. 8. 23. 25.
28) Lehmann Speyr. Chronik. S. 252.
29) Kolb in Scr. epiſc. trevirenſ. S. 109.
30) Hanſitz tom. 1. S. 443.
31) Gudenus S. 913.
32) Lünig l. c. Fortſ. 2. S. 450. 455. 485. Fortſ. 2. S. 573.

der päbſtliche Legat machte deswegen eine beſondere Einrichtung. 33) In neuern Zeiten glaubten die Biſchöfe der Kleidertracht der höhern Stiftsgeiſtlichkeit durch Hofuniformen Gränzen zu ſetzen, um nicht grade zu ihnen eine anſtändige Kleidertracht anzubefehlen. 34) Im Ganzen genommen, kann man allerdings behaupten, daß die Kleidung der Domherren mit jedem Jahr eine mehr vernünftige Geſtalt an ſich nehme. Ueberhaupt iſt dabey auch zu betrachten, daß die Verſchiedenheit der Verhältniſſe, in welchen ſich die Domherren als Miniſter, geheime Räthe, Ritterordensglieder, Geſandte, Ritterräthe u. d. befinden, auch zu der Verſchiedenheit der Kleidung vieles beytrage, und daß diejenigen, welche nicht Prieſter ſind, auch ſo feſt an eine ganz geiſtliche Kleidung nicht gebunden werden können.

§. 1891.

Hinderniſſe.

In den deutſchen Domſtiftern ſtellen ſich aber ſo viele Hinderniſſe dar, wodurch die Einführung einer wahren Kirchenzucht gleichſam auf immer vereitelt wird. Hiezu rechne ich, a) die vielen Immunitäten, b) die auſſerordentlichen Exemtionen und Freyheiten, c) die Verbindungen des Biſchofs mit dem Adel ihn zu ſchonen, d) die Adeliche Geburt der mehrſten Geiſtlichen, e) die Herabwürdigung des gemeinen Prieſters, f) die Hofhaltungen der Biſchöfe, g) die Mehrheit der Beneficien, und der hieraus reſultirende unbeſtändige Aufenthalt, h) die wegen dem Reichthum unbegnügſame hohe Geiſtlichkeit, i) der ſchon zum Geſetz und Gewohnheit erwachſene Luxus u. m. d. Alles dieſes ſteht der Diſciplin in den deutſchen Domſtiftern entgegen, und endlich geht dem-

33) Ioann. rer. mog. tom. 1. S. 737. Moſers Maynz. Staatsrecht. S. 201.

34) Statiſtiſche Abhandlung über die Mängel ꝛc. S. 236.

demjenigen Biſchof der immerwährende Haß und Verfolgung auf den Fuß nach, welcher ſich nur beyfallen läßt, bey den ſo genannten Grund- und Erbherrn eine Reform oder Diſciplinar-Zurechtweiſung vorzunehmen. Wigilius, Domdechant zu Paſſau ſtellte die bey einigen Domherren eingeriſſene Unordnung ab, zog ſich aber den Haß der Domherren dergeſtalt über den Hals, daß er hierüber in Arreſt gerieth. Nachdem ſie ſich an ihm abgekühlt hatten, wählten ſie ihn im J. 1500 dennoch einmüthig zum Biſchof. 35) Es iſt etwas ſonderbares, daß die Domkapitul von einem untadelhaften Fürſten keine Correction in dem Punkt der Kirchenzucht erdulten können, von einem Herrn hingegen der von Gegenvorwürfen nicht ganz frey iſt, alles annehmen aber nichts befolgen; weil ſie wiſſen, daß von dieſen nichts zum Vollzug gebracht wird, und ſie ihm das in aliquando converſus, confirma fratres tuos, immer vorwerfen können, und ſo bleibt die Einführung einer guten Kirchenzucht forthin ein eitler Wunſch.

§. 1863.

Da die Kirchendiſciplin allerdings, wie in verſchiedenen Puncten gezeigt worden, ſehr vielen Veränderungen unterworfen iſt, ſo wird jedem geiſtlichen Stiftsregenten zu einer Norm hierinnfalls dienen: Cautelen.

a) daß in Diſciplinarſachen jedes Stiftsland bey ſeiner Gewohnheit verbleibe:

b) der Stiftsregent aus dem Anlaß der Bißthümer Pluralität, keine Einförmigkeit in der Kirchenzucht zu erzwingen ſuche, und

c) mit Excommunications- und Cenſurſtrafen nur äußerſt ſelten gegen die Verletzer der Kirchenzucht

35) Godeau Kirchengeſ. Thl. 18. S. 197.

zucht fürfahre, welches auch *Dupin* in ſeinem Tractat 36) öfter erinnert.

§. 1864.

Schriften. Von der Kirchenzucht in den C. G. Reichsſtiftern iſt mir niemals eine beſondere Abhandlung bekannt geworden; indem ſie gröſtentheils auf beſonderen Verhältniſſen beruhet. In Subſidium mögen hier benützt werden:

Niemejeri, (Ioh. Barth.) diſſ. de diſciplina eccleſiaſtica Tanov. 4. 1702.

du Pin, (Ludov.) tractatus de antiqua et univerſa eccleſiae diſciplinae tom. 2 Mainz. Ausb. 4. 1788.

Drey

36) de antiqua eccleſiae diſciplinae tom. 2. S. 214. 215. der Maynzer Ausgabe.

Drey und ſiebenzigſtes Capitel.

Von der Kirchenpolicey in den C. G. Reichsſtiftern.

Inhalt.

§. 1865.) Einleitung. 1866.) Verminderung der Geiſtlichkeit. 1867.) Viſitationen. 1868.) Seminarien. 1869.) Collecten, und Bettelabſtellung. 1870.) Bücherſachen, und noch mehreres. 1871.) Schriften.

§. 1865.

Die Kirchenpolicey iſt mit der Kirchenzucht zwar verbunden aber doch weſentlich unterſchieden: diese dringt etwas mehr in die geiſtliche Verfaſſung ein, und liegt gröſtentheils in den Pflichten des Biſchofs, weil er mit dem Beyſpiel ſelbſt vorangehen muß; jene beſchränkt ſich aber mehr in Handhabung der äußerlichen Subordination, und Ordnung, wobey der Landesherr oft nothwendig mitwirken muß. Einleitung.

Die Kirchenpolicey iſt zur Erhaltung der hierarchiſchen Verfaſſung eben ſo nothwendig, als die Staatspolicey zu Handhabung der allgemeinen Staatswohlfarth. Die Urſachen von der Nothwendigkeit einer gutgewählten, und ſtrengen Kirchenpolicey liegen ſchon in dem Alterthum der Geſchichte. Man nahm von jeher als einen richtigen Grundſatz an, daß Furcht und Faulheit ſehr viele Leute zum geiſtlichen Stand bewege.

Vornehme und hohe Standesperſonen, wie Leute von der niedern Claſſe fanden den geiſtlichen

Stand des reichen Unterhalts, und der Einkünfte wegen ſehr bequem. In ältern Zeiten konnte man dieſen Hang noch mit dem Frömmigkeits-Eifer bemänteln; Nachdem aber dieſer allmählig zu erkalten anfieng, ſah man den Beweguyrſachen mehr auf den Grund. Aus dem koniglich-Merovingiſchen Stamme ward Arnulf Biſchof zu Metz; Clodulf Herzog vom Moſelland 639. Biſchof zu Metz und Trier. Crodogundus Königs Childerik, Pfalzgrafen Sohn gleichfalls 641. Biſchof zu Metz; und ſo gieng es bis auf unſere Zeiten fort. 1) Die Abneigung zum Kriegsdienſt, und zur Anſtrengung in Wiſſenſchaften, und die Liebe zur Bequemlichkeit lag ſchon aus der Erziehung in dem Geblüt des Adels. Dieſes bewog inſonderheit den König Ludwig zu einer Verordnung, „daß ohne die Einwilligung der Kö„nige keiner von Adel in das Cloſter gehen, oder auf„genommen werden ſollte, weil der Reichs-Kriegs„dienſt hierdurch geſchmälert, und die Güter an die „Stifter kämen. Das Stift ſoll von dem in das „Cloſter getrettenen Edelmann den Kriegsdienſt über„nehmen, und wenn er wiederum aus dem Cloſter „trette, ihm ſeine Güter zu Vollbringung derſelben „zurückgeben.“ 2)

In der Folge der Zeiten fand man für nothwendig auch gemeinen Perſonen den geiſtlichen Stand zu erſchweren; weil die Trägheit manchmal der ſtärkſte Beweggrund hiezu war, und die Kirche mit unwiſſenden Leuten zum offenbaren Nachtheil überſetzt wurde. Bey höheren Perſonen aus königlich- und fürſtlichem Geblüte drückte die Politik ein Auge zu, weil man ihnen Männer an die Seite gab, die das Ruder der geiſtlichen und weltlichen Geſchäfte führen muſten. Man wählte einen großen Fürſtenſohn zum

1) Lehmann Speyr. Chronik. S. 78.
2) Ebend. l. c. S. 179.

zum Biſchof, damit das Stift gegen äußerliche Anfälle durch die Macht ſeines Hauſes geſchützt werde. Der Seelennutze muſte politiſchen Urſachen weichen; wie die Religion überhaupt zum Finanzſiſtem gemacht wurde. Alles dieſes trift in den Domſtiftern noch heutzutage ſo ziemlich zu. Bey dieſen Verhältniſſen, und beſonders um der niedern Geiſtlichkeit die Beweggründe der höhern nicht ſo auffallend zu machen, ſo dann auch die Ruhe und Ordnung zu erhalten, gab die Kirchenpolicey das beſte Mittel ab.

§. 1866.

Verminderung der Geiſtlichkeit.

Zu den Kirchenpoliceyrechten gehört vorzüglich, daß der Biſchof, und der Landesherr darauf ſehen, damit die Anzahl der Geiſtlichen nicht über das Bedürfnis des Staats vermehret werde; Indem es eine entſchiedene Sache iſt, daß beſonders die Bettelmönche, ſobald ihre Anzahl über das erſte Inſtitut ſich erſtreckt, dem Staat zum Nachtheil ſey. Einige Stifter ſind mit Geiſtlichen auſſerordentlich überſetzt, unter dieſen das Erzſtift Cölln am ſtärkſten, wie wir aus den Verzeichniſſen der Geiſtlichkeit in Bonn, Cölln, 3) und Münſter 4) wiſſen. Die Erzbiſchöfe Walram, Udalram, und Wilhelm zu Cölln haben ſchon von 1335 bis 1357. durch verſchiedene Verordnungen 5) die Zahl der Geiſtlichkeit zu vermindern ſich angelegen ſeyn laſſen; ſie konnten es aber nicht dahin bringen. Baiern hat mit den inngelegenen Bißthümern, wegen der Weyhe der Geiſtlichen zur Verminderung des Clerus eine Vorſehung (§. 1364.) getroffen. In der Eichſtättiſchen vom Reichs-

3) Materialien zur geiſt- und weltlichen Statiſtik des Niederrhein und Weſtphäl. Kreißes. B. 1. S. 170. B. 2. S. 88.
4) Meine ſtatiſtiſche Abhandl. über die Mängel. Münſter zählt allein 40. Clöſter ohne Collegiaten. S. 214. 215.
5) Lünig R. Arch. Spicil. eccl. Thl. 1. S. 447. 457. Fortſ. 2. S. 449. Fortſ. Thl. 1. S. 485. 496.

Reichshofrath beſtättigten Wahlcapitulation ward ad art. 19. verordnet, „daß der Biſchof zu Anlegung „eines fundi für die Vermehrung des Clerus von „dem Domkapitel nicht verbunden werden könne.“ Man ſieht hieraus, daß es eine nicht geringe Sorge für den Biſchof, und den Landesherrn ſeyn müſſe, den Staat nicht zu ſehr mit der Zahl der Geiſtlichkeit, beſonders der Clöſter beſchweren zu laſſen, und ſolche auf ihre erſte Fundation einzuſchränken, die nicht fundirte Clöſter aber nach der Erfordernis des Stiftsſtaats zu reduciren. Die Urſachen, und Beweggründe habe ich anderwärts umſtändlich ausgeführet. 6)

§. 1867.

Viſitationen. Die Kirchenpolicey kann durch kein beſſeres Mittel als durch die Viſitationen ſowohl in geiſtlich- als weltlichen Dingen befördert werden. Unter K. Ludwig II. ward ſchon in einem Synodalcanon einverleibet, daß an den Biſchöfen zu tadeln ſey, wenn ſie ihre Geiſtlichkeit nicht alle Jahr einmahl viſitiren, um die eingeriſſene Mängel zu beſſern und abzuſchaffen. Es ward deßwegen für die Biſchöfe ein Viſitations- und Zehrungstax gemacht, damit die Geiſtlichkeit nicht zu ſehr beſchweret werde. 7) Selbſt die Biſchöfe waren mit einer gewißen Beſchränkung von den Viſitationen nicht befreyet. 8) Auch die Päbſte nahmen an den biſchöflichen Viſitationen zur Erhaltung der Kirchenpolitie Theil; Man kann es aus einem Brief des Pabſt Zacharias vom J. 742. abnehmen, 9) zu Cölln ward 1536 und 1550. ein Viſitationsformular entworfen, 10) und unter Erzbi-

ſchof

6) Statiſtiſche Abhandl. S. 215.
7) Lehmann Speyriſche Chronik. S. 127.
8) Staat von Salzburg. S. 68. u. c.
9) Lünig. R. A. l. c. Thl. 1. S. 9.
10) l. c. Fortſ. 3. S. 548. Fortſ. 1. S. 716.

ſchof Conrad III. zu Mainz, da er mit Reichsgeſchäften zu thun hatte, wurde die Erzdiöceß 1422. durch den Cardinal Branda viſitirt. 11)

Man ſah aber ein, daß mit den fremden Viſitatorn, wie Branda, und ſeines gleichen waren, der ſich den Titel als reformator generalis eccleſiarum metropolitanarum epiſcop. aliarumque, monaſteriorum, ac piorum locorum regularium, et irregularium alemanniae beylegte, wenig oder gar nichts ausgerichtet worden. Die Erz- und Biſchöfe vindicirten ſich dieſes Recht aus den beſten Gründen, da es für annexum des iuris metropolitici und epiſcopalis 12) allgemein gehalten wird. Das Concilium Tridentinum weißt die Biſchöfe hiezu an (§. 108 n. 1.) und das Herkommen aller Diöceſen beſtättigt dieſes Recht; weil nur hiedurch die Kirchenpolicey kann gepfleget werden. Man hat in allen Diöceſen nunmehr die ſogenannte Viſitationscharten, 13) wobey nur zu wünſchen wäre, daß ſelbige ſich auch auf die Viſitationen der Clöſter erſtreckten. Die Biſchöfe lieſen es auch in einigen Stiftern an dem Viſitationseifer nicht fehlen. Biſchof Joſeph Dominikus zu Paſſau gab das in ſeiner Art ganz einzige Beyſpiel, da er 3. Jahre nacheinander im J. 1723. ſein in 32. Creiſen beſtehendes Bißthum ohne Rückſicht der Jahrszeit und Witterung viſitirte, und ſolche 199 mahl fortſetzte.

In wie weit der Landesherr bey den Viſitationen der Biſchöfe aus dem Schutzrecht der Kirchenpolicey con-

11) Ioannis rer. mogunt. Thl. 1. S. 738.

12) In der Badiſch- und Mainziſchen Recursſache. Reuß deutſche Staatskanzley. Thl 1. S. 203.

13) Die Viſitationscharten des 9ten Jahrhunderts enthielten folgende Rubrikenzahl der Kirchen, Altäre, Creuze, Leinwaten, Kapslen, Kelche, Meßbücher, Glocken, Höfe, Zehenden, Leibeigenſchaften, Knechte, Mägde, Ochſen, Stier, Schweine, Früchten ꝛc. Meichelbek hiſtor. friſing. tom. 1. S. 126.

concurrire, und was für Verträge zwiſchen Baiern, und den oftbenannten 5. Hochſtiftern in Anſehung der Viſitationen des Ordinarii errichtet worden, iſt in ſelbigen des mehrern 14) nachzuſehen, und (§. 1826.) wegen den Klöſterviſitationen ſchon angeführt worden.

§. 1868.

Seminarien. Ein weſentliches Stück zur Erhaltung der Kirchenpolicey ſind die Seminarien oder Prieſterhäuſer, in welchen der Clerus zur practiſchen Uebung ſeiner künftigen Amtsverrichtungen unterrichtet wird. Pabſt Pius V. hat der Cleriſey im Hochſtift Freyſingen 1567 ein Seminarium nach der Vorſchrift des Conciliums von Trient zu ſtiften, und zu dotiren aufgetragen, 15) und es iſt kein Bißthum, wo nicht wenigſtens ein Seminarium errichtet worden. Der Pabſt hat ſelbſt in einigen Stiftern z. B. zu Dillingen 12. päbſtliche Alumnate geſtiftet, und läßt ſolche zu ſeinem Gebrauche unterhalten. Selbſt in den Reichsunmittelbaren Ritterſchaften, wurden Seminarien errichtet. Man trug allerorten vorzüglich darauf an, daß in ſelbigen die Landeskinder untergebracht wurden. In dem bieriſche Concordat mit dem Hochſtift Freyſingen, vom J. 1684. wegen des dortigen Seminariums, welches durch die Collectation des Clerus errichtet worden, verwilligte das Haus Baiern, die Collectation mit der Bedingung, daß die baieriſchen Landeskinder nicht davon ausgeſchloſſen werden. Im nehmlichen Jahr ward eben dieſes mit Augsburg verhandelt. 16) Zu Ellwangen ward in der Wahlcapitulation vom J. 1756. bedungen; daß das Seminarium mit $\frac{1}{3}$ von Capituliſchen Unterthanenkindern be-

14) Receſſe und Concordaten. l. c. S. 4. 5. 6.
15) Lünig. l. c. Fortſ. 2. S. 696.
16) Concordaten und Receſſen. München. 1769. S. 25. 31.

beſetzt werden ſolle. Der Biſchof zu Augsburg ließ 1790 das ſogenannte Prieſterhaus zu Göggingen vom Grund neu erbauen, welches für ein Haus der ſtrafſälligen (demeritorum) und ausgedienten (emeritorum) Prieſter beſtimmt wurde. Dieſes Inſtitut iſt nach der Kirchenpolicey eine Haupterforderniß. Nur dürſte auch der Bedacht dahin genommen werden, daß die vacirende Prieſter, welche mit keinem Beneficio, oder mit keiner Pfarrhelferſtelle (Cooperatura) verſehen ſind, auch ihre Unterkunſt in einem dergleichen Seminario allenfalls, gegen die Verbindlichkeit des Koſtgeld Erſatzes, wenn ſie einmahl zu einer Pfarrey oder einem beneficio gelangen, finden könnten, damit ſie nicht müßig, und Beſchäftigungs frey herumzuziehen veranlaſſet werden. Auch für ſtudirende ſind in den mehrſten Bißthümern, als zu Lüttich von Biſchof Ernſt Albrecht, im J. 1589. und zu Dillingen von Biſchof Heinrich zu Augsburg 1614. und ſo in andern Stiftern Seminarien errichtet worden, welches alles dahin abzielet, den Zweck der Kirchenpolicey zu erreichen.

§. 1869.

Zur Kirchenpolicey gehört auch die Aufſicht des Biſchofs die übermäßigen Collecten der Geiſtlichkeit, und beſonders die Betteleyen der Mönche abzuſtellen, denen es an Vorwänden niemals fehlet, den gemeinen Mann in Contribution zu ſetzen. Zu Cölln wurden 1256 und 1357. ſchon verſchiedene Verordnungen gemacht, 17) daß von den Mönchen zu den Kirchenbaulichkeiten nicht ſolle geſammelt werden, wie nachtheilig für den Staat die Collecten der Clöſter ſeyn, hab ich anderwärts 18) weitläufig gezeiget. Collecten und Betelabſtellung.

In

17) Lünigs R. A. ſpicil. eccl. Thl. 1. S. 493. Fortſ. 2. S. 501.
18) Statiſtiſche Abhandlung von den Mängeln ꝛc. S. 37. 38. 133. 34. 35. 137.

In dieſem Punct hat der Landesherr ein mehreres als der Biſchof zu ſagen.

§. 1870.

Bücherſachen und noch mehreres

In wie ferne Bücherſachen zur Kirchenpolicey gehören, hab ich in vorhergehenden Capiteln ſchon gemeldet. Die Begünſtigung der Preſsfreyheit könnte den Stiftern äußerſt nachtheilig ſeyn, und ſelbſt ihren Verfall nach ſich ziehen; indem der gemeine Mann (oder der in Stiftern ſo verhaßte dritte Stand) auf die ſchlechte Verwendung der Kirchengüter, auf die Unwürdigkeit ſo vieler Perſonen, welche ſie genießen, und auf die Pflichtsauſſerachtlaſſung der erſten Staatsglieder zu ſehr aufmerkſam gemacht wird.

Es würde überhaupt ein ganzes Regiſter erfordern, alle diejenige Stücke nahmhaft zu machen, welche zur Kirchenpolicey im äußerlichen gehören. Als z. B. die Aufſicht über die Kirchendiener, Elemoßinarien, vacirende Prieſter, Beſcheidenheit bey Religionshandlungen, Wohlſtand in den Kirchen, das Kirchengehen der Domeſtiken, Preiſe der geiſtlichen Bücher, äußerlicher Dienſt in der Kirche, Feilhaben unter dem Gottesdienſt, Feyerung der Feſttäge, Sicherheit der Geiſtlichen, Beſchaffenheit ihrer Haushaltung, Tüchtigkeit der Hebammen, Krankenwärter, gute Verwaltung der Stiftungen, Verpflegung i den Spitälern, Bequemlichkeit der Seelſorge für den Landmann, Beförderung einer guten Volksmoral, Vertilgung der Mönchsgeſchichten, und des Aberglaubens, und über mehr andere dergleichen Gegenſtände, dabey auch der Landesherr oft unmittelbar concurriret, und wovon in vorhergehenden Capiteln ſchon gehandelt worden iſt.

§. 1871.

Das Feld von der Materie der Kirchenpolicey iſt bisher noch ganz unbearbeitet geblieben. Man zog insgemein dasjenige, was unmittelbar zur Kirchenpolicey gehörte, zur Kirchenzucht, und kümmerte ſich um jene ſehr wenig, oder gar nichts. Das bekannte Werk des *Renati Choppini* de ſacra Politia forenſi Lib. III. Pariſiis 1606. iſt das einzige, welches in dieſer Materie kann gebraucht werden, unerachtet es auf Deutſchland, und auf die deutſche Stifter keinen beſonderen Bezug hat. Schriften.

Vier und ſiebenzigſtes Capitel.

Von den Amortizationsgeſetzen und Statuten gegen- und in den C. G. Reichsſtiftern.

Inhalt.

§. 1872.) Einleitung. 1873.) Grund des Amortizationsgeſetzes. 1874.) Auch in dem Alterthum der Geſchichte, 1875.) und in der neuern Geſchichte der Stifter. 1876.) Worauf es ankömmt? 1877.) Hauptſätze. 1878.) Colliſion der Pflichten. 1879.) Streitigkeiten. 1880.) Schriften.

§. 1872.

Einleitung. Das Amortizationsgeſetz iſt nach dem ſtaatsrechtlichen Verſtand, „dasjenige Verbott (lex prohibitiva) gemäs deſſen keine geiſtliche Stiftung oder „Cloſter eines Landes ein unbewegliches Gut ohne „landesherrlichen Conſens kaufen, oder je auf eine „Art erwerben kann." 1) Dieſes Verbot kommt in den deutſchen Domſtiftern in einem zweyfachen Betracht vor, a) wie es von einem geiſtlichen Reichsſtand, und Landesfürſten gegen ſeine eigene im Stiftslande gelegene geiſtliche Stiftungen ausgeübet wird, und b) wie ein weltlicher Landesherr ſolches gegen ein

1) Iſt daher nicht abſolute eine facultas aquirendi bona immobilia corpori ſacrso a principe conceſſa wie Friederich in ſeiner diſſ. de eo quod juſtum eſt, circa amortizationem §. 2. herkommen läßt.

ein geiſtliches-Erz- und Hochſtift überhaupt contra manus mortuas in Ausübung bringt. a)

§. 1873.

Das Amortizationsgeſetz gründet ſich auf eine ſehr vernünftige Staatsurſache: da die Kirchen- und geiſtliche Stiftungen alles anwenden, daß von geiſtlichen Gütern nichts an die Layen komme, ſo hat der Landesfürſt ebenfalls das Recht zu verbieten, daß von weltlichen Gütern nichts an die Geiſtlichkeit ohne ſeine Bewilligung gelange. Es iſt ein falſcher Satz der Canoniſten, welche das Amortizationsgeſetz platterdings als ein Verbot anſehen, gemäß deſſen keine geiſtliche Gemeinheit ein weltliches Gut zu erkaufen befugt ſeyn ſolle. Nach den natürlichen, und bürgerlichen Geſellſchaftsrechten können die Geiſtliche, und ihre Stiftungen eben ſo gut als ein Laye Güter kaufen und erwerben; Nur ſteht ihnen nach dem Amortizationsgeſetze entgegen, daß ſie der landesfürſtlichen Einwilligung hierzu bedörfen, weil der Landesherr darauf ſehen muß, damit nicht der Staat durch dergleichen Güterkäufe, und den Verluſt der Territorial- und anderer Anlagen zu ſehr geſchwächt, und die Laſten auf andere Glieder des Staats gewälzet werden.

Grund des Amortizationsgeſetzes.

§. 1874.

Es behaupten einige ſehr irrig, als wenn das Amortizationsgeſetz erſt eine Geburt der neuern Zeiten wäre. Die Geſchichte lehrt uns aber das Gegentheil. König Ludwig machte ſchon aus kurz gedachter Staatsabſicht wegen der Unveräußerlichkeit der Staatsgüter an die Geiſtlichkeit, ſonderheitlich an die

Auch in dem Alterthum der Geſchichte.

a) Manus mortuae ſeu perpetuae, todte Hände werden alle Kirchen, milde Stiftungen, jeder Cörper, jedes Collegium jede geiſtliche Gemeine (ſie mögen Nahmen haben, wie ſie wollen) genennet.

die Clöſter eine Verordnung (§. 1864.) die folgenden Könige beſtättigten ſolche. Die Päbſte gaben hierzu in den folgenden Zeiten den Hauptbeweggrund durch die Exemtionen, 3) und Immunitäten. Hellfeld 4) führt ein Diplom K. Wenzeslai vom J. 1382 an, daß die Güter der Friedberger Bürger nicht an die Geiſtlichkeit können veräußert werden. Biſchof Ludwig zu Münſter gab 1320 den Ciſterzienſern die Erlaubniß (ohne Rückſicht auf das in Mitte liegende Amortizationsverbot) einige Güter zu erwerben. Man hatte alſo nach dieſen klaren Beweiſen ſchon in dem erſten, und mittleren Alter der Kirche Amortizationsgeſetze beſonders gegen die Klöſter feſtgeſetzt.

§. 1875.

Und in der neuern Geſchichte der Stifter.

In den neuern Zeiten haben die deutſchen Reichsſtifter, oder vielmehr ihre Stiftsregenten als Landesherren das Amortizationsgeſetz in allen Fällen gegen die in ihren Stiftslanden geltend gemacht, ich beweiſe es durch Beyſpiele, die mir in der Stiftergeſchichte auffielen.

Chur-

3) Auf der dritten von P. Alexander III. im J. 1179. im Lateran gehaltenen allgemeinen Kirchenverſammlung wurde im 19 Canon feſtgeſetzt, daß die Kirchen mit gar keinen bürgerlichen Auflagen beläſtigt werden ſollten, und daß es ihnen nur vorbehalten bleibe freywillige Beyſteuren fürs gemeine Weſen zu thun: unter P. Innocenz III. wurde im 46 Canon des 4. allgemeinen Conciliums im Lateran 1215. dieſe Immunität der Geiſtlichen von allen Abgaben wiederholt angeordnet, und nachher hat ſie Alexander IV. von neuem beſtättigt. Die Päbſte Bonifaz VIII. und Clemens V. haben dieſe Verordnung bey Strafe des Kirchenbannes erneuert, und befeſtiget.

4) In repertorio. voce Amortization. Moſer gibt in ſeinem großen Staatsrecht Thl. 4. S. 61. mehrere Beyſpiele an Handen, daß die Reichsſtädte inſonderheit Ulm 1300. Augsburg 1306. Gelnhauſen 1333. Eßlingen 1345. Frankfurt 1376. dergleichen Amortizations-Privilegien von den Kaiſern erhalten haben.

Churfürſt Daniel zu Mainz machte den 2 Jan. 1574. ein Amortizationsgeſetz, „daß denen piis corporibus, und auch freyen Perſonen, ſie ſeyn Geiſt„liche, oder Weltliche, nun hinführo bürgerliche„ſchoßbare- und dienſtbare Güter zu kaufen, zu „tauſchen, oder durch andere Mittel, wie es nur „Nahmen haben, oder ein Vorwand ausgeſonnen „werden mag an ſich zu bringen, mit nichten zugelaſ„ſen werden ſolle.“ Churfürſt Johann Schweikard erneuerte den 19. Jun. 1615. dieſe Verordnung. Churfürſt Johann Philipp beſtätigte ſolche den 3. Juli 1660. desgleichen auch Churfürſt Lothari Franz, und andere. 5) 1746. kam ein neues Churmainziſches Amortizationsedict heraus; im J. 1772. ward eine neue Churfürſtliche Verordnung bekannt gemacht, und in ſelbiger allen Clöſtern aufgegeben, die ſeit dem J. 1615. an ſich gebrachte Güter abzutreten, es ſey dann, daß ſie gute Urkunden von dem Beſitz derſelben aufweiſen.

Von Trier iſt mir die Verordnung bekannt, wodurch Erzbiſchof Richard 1528. verbot, daß an die Clöſter fernerhin keine Güter ſollen verkauft werden. 6) Den 24. Merz 1656 verordnete Churfürſt Carl Caſpar zu Trier, daß gegen alle Stifter, Clöſter, und freye Perſonen wegen unbeweglichen Gütern das Auslößrecht ausgeübt werden ſolle, und verbot die alienationem ad manus mortuas. Eine gleiche Vorſehung geſchah in dem Trieriſchen Landrecht vom J. 1713. Churfürſt Franz Ludwig wiederholte dieſes Amortizationsgeſetz den 20 Feb. 1727. durch ein neues Edikt. 7)

Von Churcölln ſind ſchon Statuten, und Concordaten vom J. 1385 vorhanden, in welchen die

5) Hahn. diſſ. de eo quod juſtum eſt circa bonorum immobilium ad manus mortuas translatione in Schmids theſ. diſſ. tom. 6. S. 682.
6) Hontheim hiſt. trev. dipl. tom. 2. S. 619.
7) Moſers Trieriſches Staatsrecht. S. 246.

Amortization feſtgeſetzt wurde. 8) Im J. 1726. 3. Dec. ließe K. Karl VI. auf Anſuchen der weltlichen Stände des Erzſtifts Cölln ein Mandat ergehen: daß in dem Erzſtift, und Churfürſtenthum Cölln keine liegende unbewegliche Güter an geiſtliche Gemeinheiten gebracht werden ſollten; der Churfürſt ließ dieſes Mandat den 1. Merz 1728. publiciren. Im J. 1727. erhielten die Landſtände des Weſtphäliſchen Theils des Erzſtifts Cölln eben ein ſolches kaiſerliches Mandat. In der gleich folgenden Churfürſtlichen Reſolution wird ferner eines kaiſerlichen unterm 22. Feb. 1729. erlaſſenen Edicti prohibitorii de non alienando bona immobilia ad manus mortuas gedacht; welches der Churfürſt auch in dem Erzſtift Cölln angenommen, und darauf zu halten geboten hat; jedoch, mit der beygefügten Erklärung, „daß diejeni„ge Geiſtliche, welche einen Statum patriae wirklich „abgeben, unter ſolchem Edicto prohibitorio nicht „mit begriffen, ſondern davon ausgenommen ſeyn, „und bey ihrer hergebrachten Freyheit, und Gewohn„heit bona immobilia aquiriren zu können, verblei„ben ſollen.“ Den 22. Jul. 1733. folgte ſodann noch eine weitere Erklärung dahin: „Wenn auch andere geringere Stifter, Clöſter, oder geiſtliche Gemeinheiten ſtandhafte Urſachen würden vorbringen können, warum ihnen die Aquirirung liegender Grundſtücke für ſelbiges mahl zu geſtatten ſey, ſoll ihnen zugelaſſen ſeyn, um die Erlaubnis darzu anzuhalten. 9)

Von Münſter hab ich ſchon gemeldet. Die Landſtände dieſes Hochſtifts baten 1728. den Kaiſer neuerdings um ein Privilegium und Edictum prohibitorium de non alienando bona immobilia ad manus mortuas.

Im Hochſtift Paderborn ſuchten die weltlichen Stände den Kaiſer um eine Verordnung an, daß hin-

8) Freyh. v. Cramer. Nebenſt. Thl. 43. S. 41.
9) Moſers Tract. von der Landeshoheit im Geiſtlichen S. 308. Freyherr v. Cram. Nebenſtunden. l. c.

hinfüro keine immobiliar Güter ad manus mortus (mit Ausnahme derjenigen, welche Statum patriae mit abgeben,) wie auf was immer für eine Weiſe geſchehen möge. Der Biſchof ward als Landesfürſt darüber gehört, und da er auch dafür hielt, daß dem völligen Ruin der Unterthanen durch ein ſolches Edict müſte vorgebeugt werden, ſo erließ es der Kaiſer den 22. Feb. 1729. 10)

Das Domkapitul zu Oßnabrück, welches beſorgte, daß die weltlichen Stände nach dem Beyſpiel von Münſter ein dergleichen Edict nachſuchen möchten, kam im J. 1732. bey dem Reichshofrath mit einer Vorſtellung ein: daß in daſigem Hochſtift ein Edictum prohibitorium de non alienando bona immobilia ad manus mortuas nicht Plaz grife; mit Bitte, im Fall, daſige Ritterſchaft, und der Magiſtrat zu Oßnabrück ſich dieſerhalben melden ſollte, ſelbige nicht zu hören, ſondern es bey dem libero Commercio, wie vorhin, zu laſſen.

In dem Hochſtift Würzburg, ergieng 20. April 1720 ein landesherrliches Edict, wodurch den geiſtlichen Stiftern und Clöſtern verbotten wurde, keine bürgerliche Immobiliargüter, unter was immer für „einem Prätext es ſeyn möchte, ohne landesherrlichen „Conſens an ſich zu ziehen, ſondern daß derley Con„tracte an ſich ſelbſten 11) unkräftig und nichtig ſeyn „ſollen.“

Merkwürdig iſt unter allen andern Verordnungen das Amortizations-Mandat, welches K. Karl V. 1521. dem Hochſtift Lüttich ertheilte, daß keine unbewegliche Güter und Einkünfte an die Klöſter, geiſtliche Stiftungen, und Collegiaten für die Zukunft mehr veräußert werden können, es wäre dann, der

 Bi-

10) In Moſers Reichsfama Thl. 5. S. 545.
11) Von Cramers Nſt. Thl. 10. S. 122.

Biſchof, und das Capitul würden hierinn ausdrücklich diſpenſiren. 12)

§. 1876.

Worauf es ankommt? Die Freyheiten, und Immunitäten der Stifter, Klöſter und geiſtlichen Gemeinheiten gründen ſich größtentheils auf Privilegien und Freyheitsbriefe. Dieſe konnten aber nicht anders als Salvo iure tertii ertheilt werden, und es iſt eine in den allgemeinen Rechten bekannte Sache, daß alle Privilegien durch den Mißbrauch ihre Kraft verliehren. Wenn die geiſtliche Stiftungen auch wirklich ſolche Vergünſtigungen vor ſich haben, daß ſie Güter erwerben können, ſo kommt es doch darauf an, ob dieſes Recht nicht dem allgemeinen Staatsweſen zum Nachtheil gereiche. Allein da man wirklich überzeugt iſt, daß der allzu große Güterſtand der Geiſtlichkeit, welche ſich von allen Staatsverbindlichkeiten und Abgaben abzuziehen ſuchet, dem gemeinen Staatsweſen äußerſt nachtheilig ſey, und daß von der Geiſtlichkeit das Recht Güter zu erkaufen äußerſt mißbraucht werde, ſo muſte dieſes nothwendig durch das Amortizationsgeſetz eingeſchränket werden. Das Amortizationsgeſetz iſt daher keine Verordnung, welches die Geiſtlichkeit, des Rechts, Güter zu erwerben, vollkommen unfähig macht, ſondern es iſt nur eine Einſchränkung des mißbrauchten Rechts. In der vorgedachten Churcöllniſchen Amortizationsverordnung vom J. 1729. heißt es ausdrücklich, daß die Geiſtlichkeit, wenn ſie ſtatum patriae abgibt, (das iſt die gemeine Onera präſtirt, und ſich ſelber nicht entziehet) bey ihrem Recht, Güter zu kaufen, verbleiben ſolle. Alle (§. 1874.) angezogene Amortizationsverordnungen beweiſen es klar, daß die geiſtlichen Reichsſtände, blos des Wohls ihrer Unterthanen wegen, genöthiget

12) Lünigs R. Arch. ſpicil. eccl. Fortſ. 1. S. 202.

nöthiget worden ſind, dieſe Amortizationsgeſetze feſtzuſetzen. Churbaiern erneuerte und erweiterte im J. 1764. und 65. dieſes Geſetz, weil es ſich zeigte, daß die Clöſter von der Stadt München allein an Capital und Intereſſe in 50 Jahren fünf Millionen hundert 77252 fl. bezogen haben. 13) Nun ſoll man ſich vorſtellen, was die Clöſter von allen deutſchen Stiftern nur in einer Zeit von 50 Jahren bezogen haben.

§. 1877.

Es haben allerdings ſehr wichtige Beweggründe die Einführung des Amortizationsgeſetzes veranlaſſet, welche hauptſächlich darinn beſtehen: Hauptſätze.

a) Der Kirche gebührt kein Erwerbungsrecht, welches dem gemeinen Weſen zum Schaden gereicht; denn es iſt zuverläßig, daß Chriſtus ſeine Kirche zum Nachtheil deſſelben nicht geſtiftet habe.

b) Ein Erwerbungsrecht, welches ohne einige Einſchränkung in das Unendliche fortgeht, widerſtrebt der allgemeinen Staatswohlfarth. Denn, wenn die Geiſtlichkeit ohne Ziel und Maaß alle weltliche Güter erwerben könnte, ſo würden ſich in kurzer Zeit zum Abbruch der Gewerbe, des Handels, und der Bevölkerung die mehrſten Ländereyen in ihren Händen befinden.

c) Ein ſolches uneingeſchränktes Erwerbungsrecht iſt an und vor ſich der Stiftung der erſten Kirche, dem Geiſt Chriſti, der Kirche, und der h. h. Canonen zuwider, nach welchen der geiſtliche Stand, der ſeiner Belohnung würdig iſt, und von dem Altar (das iſt von ſeinem hinlänglichen Unterhalt) aber nicht in einem Ueberfluß von Gütern und Reichthümern leben ſolle.

13) Fabers neue Staatsk. Thl. 13. S. 173.

d) Muß das Amortizationsgeſetz nach der Erforderniß eines jeden einzelnen Landes eingerichtet ſeyn, und der Landesfürſt darauf ſehen, daß der Geiſtlichkeit, wenn ſie die allgemeine Laſten wegen ihrem Güterſtande trägt, oder wegen der neu erkauften auf ſich nimmt, das Gütererwerbungsrecht gegen die natürliche und bürgerliche Geſellſchaftsrechte nicht gänzlich benommen werde.

e) Beruht es allzeit auf der Erkenntniß des Landesherrn, ob das zu erwerbende Gut nicht zum Nachtheil des gemeinen Weſens an die Geiſtlichkeit übergehe, und was für Bedingungen hiebey nothwendig müſſen geſetzt werden. Endlich

f) iſt zu bemerken, daß die Geiſtlichkeit in den Stiftern von dem Gütererwerbe nicht ausgeſchloſſen, ſondern dießfalls dem landesherrlichen Diſpenſationsrecht unterworfen ſey.

§. 1878.

Colliſion der Pflichten

Man ſollte dafür halten, ein geiſtlicher Reichsſtand müſſe in Anſehung ſeiner Pflichten in eine offenbare Colliſion gerathen. Er hat einerſeits die Pflicht auf die Vermehrung des Wohlſtandes und ſeiner Kirchengüter zu ſehen, und andererſeits ſoll er verhindern, daß die Kirche keinen Zuwachs der Güter mehr erhalte.

Allein, wenn man die kurz gedachten Hauptgrundſätze erwegt, ſo fällt die Colliſion der Pflichten hinweg. Der geiſtliche Stiftsregent hat als Biſchof die Obliegenheit zu wachen, und zu ſorgen, daß die Güter ſeiner Kirche im Ganzen beyſammen bleiben, und aufrecht erhalten werden; und als Landesfürſten liegt ihm ob, darauf zu ſehen, und zu verhüten, daß ſeine Landesſtände und Unterthanen durch den Erwerb weltlicher Güter von der Geiſtlichkeit nicht geſchwächt, beſchwert, und benachtheiliget werden. Die

ange-

angezogenen Beyſpiele von Amortizationsgeſetzen in den Erzſtiftern Maynz und Cölln ſtellen hievon den klärſten Beweiß dar, daß ein Stiftsregent ſolche habe feſtſetzen können, ohne ſeinen Pflichten als Erz- und Biſchof im geringſten Abbruch zu thun.

Es iſt in einigen geiſtlichen Stiftern das Amortizationsgeſetz ſelbſt auch auf bewegliche Güter, Verlaſſenſchaften, Vermächtniſſe, und vorzüglich auf das Einbringen der Cloſtercanditaten erweitert, und dahin erſtreckt worden, daß dieſe nur eine beſtimmte Summe ihres Vermögens in die Clöſter bringen dürfen. Eben die Extenſion zeigt, daß der Biſchof den Clöſtern den Erwerb eines verhältnißmäßigen Vermögens bey der Aufnahme eines Candidatens, oder bey den Frauenklöſtern einer Candidatin nicht entziehen wolle; hingegen als Landesfürſt aber auch nicht zugeben könne, daß durch eine excedirende Abgabe an die Clöſter, die Vermögensumſtände ſeiner weltlichen Unterthanen geſchwächt, und ſelbige am Ende gar in den Nothſtand (wie es Beyſpiele in einer Menge zeigten) verſetzt werden ſollen.

Im Ganzen genommen iſt zu bemerken, daß alle Amortizationsgeſetze nur dahin abzielen, um den Mißbrauch der Veräußerung ſowohl von beweglich- als unbeweglichen Gütern an die Geiſtlichkeit zu verhindern und abzuſtellen.

Die Frage: ob der Pabſt auch gegen die landesfürſtliche Amortizationsgeſetze einen Einſpruch machen könne? mit welcher ſich die Canoniſten hauptſächlich abgeben, verdient in dem Staatsrechte der Stifter keine Ruckſicht, indem der Pabſt den weltlichen Fürſtenrechten der deutſchen Landesherren durch ſeine Kirchenoberhauptlichen Rechte (die ſich nur auf geiſtliche Sachen erſtrecken) keinen Abbruch thun kann.

§. 1879.

§. 1879.

Streitigkeiten. Die deutſchen Erz- und Hochſtifter werden eben auch wegen dem Amortizationsgeſetze, welches die Reichsritterſchaft durch kaiſerliche Privilegien inſonderheit von dem J. 1688. und 1718. gegen die Veräuſſerung der Rittergüter hergebracht hat, in viele Proceſſe verflochten. Ich habe einige Streitigkeiten beſonders der ältern (im 33ſten Cap.) ſchon berührt: unter den neuern iſt der Proceß des Hochſtifts **Würzburg** wegen der Erwerbung des Ritterguts **Kirſchſchönbach** 14) in welchem der Reichshofrath den Fürſt Biſchof 1784 auffordert, ſich über dieſes der Ritterordnung, und den kaiſerlichen Privilegien zuwider laufende Unternehmen zu verantworten. Faſt alle Stifter haben in dieſem Jahrhundert gegen die Ritterſchaftliche Amortizationsprivilegien zu kämpfen gehabt, und faſt in allen Fällen muſten die Stifter den Kürzern ziehen; da die Ritterſchaften den Stiftern mit ihren Amortizationsprivilegien ſo ſehr zuſetzen, ſo muſten die Stifter nothwendiger Weiſe in ordine repreſaliarum auch auf ihre Amortizationsgeſetze ſtrenger halten, und ein Stand machte es dem andern zur Nothwendigkeit ſich mit dergleichen Geſetzen gegen die Güter-Veräuſſerungen zu ſchützen.

§. 1879.

Schriften. Zu den allgemeinen Schriften, welche in das Amortizations-Geſetz Recht der geiſtlichen Stifter einſchlagen, gehören:

Vorzügliche Wirkung des juris regii in eccleſiaſticis der Herzoge in Baiern bey dem lege amortizationis in Freyherrns v. **Cramer** Nebenſtunden Thl. 50. S. 1.

Neubergers (Joh. Ge.) Abhandlung von den Einkünften der Clöſter, und dem Amortizationsgeſetze. München 1767.

Schwe-

14) Reuß Staatsk. Thl. 10. S. 416.

Schweder (Gabr.) de ſtatuti alienationem in eccleſiam et clericos prohibentis validitate, in dem tom. II. ſeiner Diſputationen, diſſ. 39. S. 636. Sie iſt eine der beſten Schriften in dieſem Gegenſtand.

Beſondere Schriften, welche die Stifter unmittelbar angehen.

Freyherrns v. Cramer Abhandlung von übler Auslegung des Iuris amortizationis in der Würzburger Sache contra das Cloſter Büdenhaußen, in den Nebenſtunden Thl. 10. S. 121.

— deſſen Abhandlung: ob geiſtliche Lehen, ſie mögen data oder oblata ſeyn, und insbeſondere im Churcöllniſchen Curmedlehen oder ſimple Curmedgüter, dem legi amortizationis unterworfen ſind, in ſeinen Nebenſtunden Thl. 43. S. 41.

Hahnii (Joh. Philipp) diſſ. de eo, quod juſtum eſt circa bonorum immobilium ad manus mortuas translationes; occaſione ordinationis moguntinae de annis 1574. 1615. 1660. Maynz 1746. 4.

Actenmäßige und rechtliche Ausführung, daß die von der Geiſtlichkeit nachgeſuchte unumſchränkte Freyheit bürgerliche Güter zu acquiriren, weder in den Verträgen, noch Urtheln, noch Obſervanz, noch in den Rechten und in der Billigkeit gegründet ſeyn, und dem anno decretorio entgegenſtehen, ad cauſam der Reichsſtadt Worms c. das dortige Domkapitul 1750. F.

Anon. diſcuſſio quaeſtionis: an princeps imperii catholicus, eccleſiaſtici praeſertim ordinis, in territorio ſuo legem aut ſtatutum vigore cujus monaſteria et ordines religioſi ab haereditatibus per profeſſos aquirendis, ſive in totum, ſive pro parte excluduntur, jure ac conſcientia ſalva, concedere valeat? 1750. 4to.

Anon. brevis diſcuſſio quaeſtionis: an princeps poſſit ſine praevio pontificis conſenſu generalem amortiſationis valide ſtatuere legem? cuncta Rimando. 1758. 8.

Fünf

Fünf und ſiebenzigſtes Capitel.

Von den geiſtlichen Ritterorden in den E. G. Reichsſtiftern.

Inhalt.

§. 1881.) Einleitung. 1882.) Rechte Orden zu errichten. 1883.) Rechte des Pabſtes und des Kaiſers dabey. 1884.) Beyſpiele. 1885.) Und zwar von Fuld. 1886.) Salzburg. 1887.) und Cölln, 1888.) Aufhebung dieſer Orden. 1889.) Schriften.

§. 1881.

Einleitung.

Deutſchland war von jeher auf ſeinen Adel ſtolz. Es hatte auch vor andern Reichen hiezu allen Fug; denn nur der deutſche Adel hat ſeine Reinigkeit vor allen andern am längſten, und in dem größten Glanze erhalten. Man benutzte alle Anläße dem deutſchen Adel ſeine Vorzüge beſonders erhaben zu machen, weil es ſehr viel zu deſſen Aufrechterhaltung beytrug. Beſonders in den Stiftern wurden auch nach dem Beyſpiel der Königlichen und großen Höfe eigene Ritterorden errichtet, um das Anſehen der Stifter hierdurch zu verherrlichen. Von der Eigenſchaft des deutſchen- und Johanniterordens, welche geiſtliche Orden ſind, und Stände des deutſchen Reichs ausmachen, iſt ſchon gehandelt worden. Ich werde nun blos noch von einigen in den Stiftern befindlichen Ritterorden das hierher gehörige anführen.

§. 1882.

Rechte Orden zu errichten.

Die in den Stiftern errichtet wordene Orden ſind nicht geiſtlich, auch nicht ganz weltlich; weil in ſelbige

bige von beiden Ständen Glieder aufgenommen werden. Ein Erz- und Biſchof hat als ein geiſtlicher Herr kein Recht einen Orden in ſeinem Land zu errichten. Dieſes Recht gehört zu den landesfürſtlichen Regalien, oder zum Theil auch zur Landeshoheit im Geiſtlichen, in ſo weit von der Errichtung eines geiſtlichen oder weltlichen Ordens die Frage entſteht.

§. 1883.

Bey der Errichtung eines Ritterordens hat ein geiſtlicher Reichsfürſt weder des päbſtlichen noch des kaiſerlichen Conſenſes nöthig, weil dieſes Recht aus den Regalien reſultirt, welche einen geiſtlichen Reichsſtande aus dem Beſitz ſeines Reichslandes, und der kaiſerlichen Regalien Belehnung von ſelbſt zuſtändig ſind. Will er aber dennoch einen errichteten Orden vom Pabſt und dem Kaiſer beſtättigen laſſen, ſo trägt es zum Anſehen des Ordens zwar vieles bey; niemal iſt es aber eine weſentliche Erforderniß. Rechte des Pabſts und des Kaiſers dabey.

§. 1884.

Es ſind zwar nur wenige Stifter, welche ihre eigene Orden errichtet haben. Die Urſach mag ſeyn, weil die Unterhaltung und das Anſehen, welches ein Orden erfordert, mit Koſten verknüpft iſt. Es gehören Stiftungen, und Einkünfte dazu, die von einem grosmüthigen Fürſten angewieſen werden müſſen; indem ſich das Land zu dergleichen Aufwänden nicht verſteht. Die Domkapitul ſind auch nicht nach eigenen Stiftsorden mehr lüſtern, da ſie ihre Capitulinſignien haben, und öfter ſelbſt noch ihre fürſtliche und gräfliche Hausorden, oder als Ritterglieder die Ritterorden tragen. Indeſſen haben doch Fuld, Salzburg und Cölln ihre eigene Orden; von denen ich das mir bekannt gewordene anführe. Beyſpiele.

§. 1885.

§. 1885.

und zwar von Fuld. Abt Johann von Merlaux ſtiftete im J. 1403. den Simplicius, und Fauſtinsorden, welcher auch unter dem Nahmen der Simplicius Geſellſchaft erſchien. Gedachter Abt gab dem Orden beſondere Regeln. Er ward zur nähern Verbindung der Buchiſchen landſäſſigen Ritter, und zum Glanz des fuldiſchen Hofes errichtet, und es wurden auch Damen aufgenommen. Nunmehr ſcheint es aber, daß ſelbiger erloſchen und auſſer dem Angedenken nichts mehr davon übrig ſey. Eine umſtändliche Nachricht von dieſen Orden hab ich (§. 231.) ſchon ertheilet.

§. 1886.

Salzburg. Von dem Salzburgiſchen St. Rupertsorden haben wir folgende Nachricht: 1) „Dieſen militariſchen St. Rupertsorden ſtiftete Erzb. Johann Ernſt zu Ehren des heilgen Ruperts als des Erzſtifts Patroni primarii, und zum beſten des Landadels laut der von ihm unterzeichneten Urkunde de dato Salzburg 12 May 1701. der Inhalt iſt in Punkten und Statuten getheilt. Das weſentliche davon zieht ſich dahin zuſammen; die Zahl der Ritter ſolle in 12 adelichen Landeskindern, die nicht preſthaft, oder defectuos ſind, und 4 Ahnen probieren, ſie ſeyen darnach der Landtafel einverleibet oder nicht beſtehen, wovon ſechs, die man groß Creuz nennt, nach erlangten Alter, und Kräften wirklich in das Feld gehen, und ſich von der Pike an durch 12 Jahr lang in wirklichen Kriegsdienſten unausgeſetzt, und ohne Unterbruch vor allem wieder die Erbfeinde des chriſtlichen Nahmens qualificirt machen, und einen Jährlichen adjuto, der nach Beſchaffenheit der Einkünfte zu mehren, zum Genuß haben ſollen. Die übrige ſechs

1) Nachrichten von Juvavia. S. 436.

ſechs, oder die ſogenannten klein Creutz ſind Expectanten gegen jährliche fixirte mindere Beyhilfe, und wenn einer der erſtern Sechs abgeht, tritt ein tauglicher aus den Expectanten gegen Erfüllung obiger Bedingniſſe ein. Ihr ſonſtiges Obliegen der Ritter beſtehet in einem täglichen Gebete, doch ohne ſtrenge Verbindlichkeit (Sünde) vor den Stifter, und in der Pflicht auf jedesmahliges Erfordern perſönlich bey dem Erzbiſchof zu erſcheinen: dann in Deponirung 50 fl. bey dem Antritte. Das Ordenszeichen iſt ein an violetfarben Band hangendes Kreuz, an deſſen Mitte die Bildnis des heil. Ruperts angebracht iſt. Der Komentur, welchen die Ritter in Gegenwart eines Landesfürſten, und zweyer landſchaftlichen Commiſſarien und gegen Confirmation des Landesherrn zu wählen haben, beziehet nebſt dem Genuß des Ritter- oder Kreuzhofes das Döppelte der übrigen Ritter, und vertritt eines Verordneten Stelle bey der Landſchaft mit dem Rang nach den vier Erbämtern. Dem Orden ſelbſt wurde neben obigen Hofe ein anſehnliches Stiftungskapital beſtimmet, und auf der Landſchaft inveſtiret, auch ſo fern das gräfliche thuniſche achleutniſche Majorat in Oberöſterreich erlöſchet 50,000 fl. angewieſen. Auf den unverhoften Fall der Erlöſchung dieſes Ordens aber iſt das Johannisſpital mit 40, 000 fl. und das Prieſterhaus mit 20, 000 fl. ſubſtituirt. Die Ritter können übrigens reſigniren, und frey, doch gegen Verluſt des Ordens heurathen. Endlich hängt es in zweifelhaften Fällen blos von dem Erzbiſchof ab, auf Gutachten der Landſchaft, der Fundation zu Guten, obige Puncten und Statuten zu erläutern, und zu ändern. 2) Ueber dieſe Stiftungsurkunde wurde bey

2) Eine ſo geſtalte Declaration erfolgte in gewiſſer Maſſe im Jahr 1767 vor Erzbiſchof Sigmund, vermög welcher insonders das violetfarbe Band in ein rothes ſchwarz eingefaßtes verwechſelt wurde

bey K. Leopold die Beſtättigung erſucht, und ſolche von kaiſerlicher Machtsvollkommenheit de dato Wien 23 Auguſt 1701 mitgetheilet.

§. 1887.

und Cölln Churfürſt Joſeph Clemens zu Cölln, der auf das Anſehen, und den Glanz ſeines Hofs vieles verwandte, hat nicht gar lange vor ſeinem Tode einen Ritterorden der Beſchützer der göttlichen Ehre, unter dem Schutz des Erzengels Michaels geſtiftet, davon ein jedesmaliger Churfürſt der Grosmeiſter iſt. Unter den Rittern geiſt- und weltlichen Standes aber ſich auch groß Creuze befinden. Die Ritter tragen ein blaufärbiges Band, und dieſer Orden wird aller Orten ſehr hoch geſchätzt, weil der Hof mit der Ertheilung deſſelben ſehr ſparſam iſt, und ſolchen nur an die beſten Familien vergibt.

§. 1888.

Aufhebung dieſer Orden Einem Stiftsregenten ſteht es nicht frey, einen ſolchen von ſeinen Vorfahrern geſtifteten Orden aufzuheben, weil der Wille des Stifters, ſolang als die Mittel zu deſſen Unterhaltung vorhanden ſind, erfüllet werden muß; nur alsdann wenn dieſe fehlen, kann er zur Aufhebung ſchreiten. Wohl aber iſt der Landesfürſt, und um ſo mehr wenn er Großmeiſter des Ordens iſt, berechtiget nach den Umſtänden, und der Zeitbedürfnis dem Orden eine beſſere Einrichtung zu geben, oder nützliche Aenderungen, und Verfügungen zu treffen, wenn nur die Grundlage des Ordens nicht verſtaltet wird. Daß der eingeſeſſene Stiftsadel vor auswärtigen auf die Reception Anſpruch machen kann, und gleichſam ein jus quaeſitum auf die Beybehaltung des Ordens vor ſich hat, iſt keinen Zweifel unterworfen. Wiewohl die Ordens-

Satzun-

Satzungen hierinnfalls immer den ſtärkſten Aufſchlus geben.

Von den Ordensinſignien iſt noch zu bemerken, daß ein geiſtlicher Reichsſtand, der einmahl das Recht hat einen Orden zu ſtiften, auch berechtiget iſt, demſelben mit gewiſſen Ordenszeichen mitzutheilen, ohne daß es hiebey einer päbſtlich oder kaiſerlichen Begnehmigung bedarf. In dieſer Art hat Churfürſt Berthold von Mainz 1492 eine *fraternitatem queſtrem S. Georgii* geſtiftet, und nachher 1497 eine St. Martinsbruderſchaft, und beyde Brüderſchaften mit Ordenszeichen verſehen. Allein wenn ſolche Ordensinſignien zu tragen vernachläßiget werden, und wenn ſie insbeſondere durch ein kaiſerliches Privilegium beſtättiget worden, ſo muß die Erneuerung in allen Fällen immer wieder bey dem Kaiſer nachgeſucht werden. 3)

§. 1889.

Von den Ritterorden der geiſtlichen Stifter iſt bisher nichts geſchrieben worden, auſſer was Moſer in ſeinem groſen Staatsrecht Theil 35. B. 3. C. 169. S. 484 von der Fürſten perſönlichen Gerechtſamen, und Thl. 4 B. 2 C. 47. von dem Recht des Kaiſers bey geiſtlichen Ritter und Mönchsorden überhaupt gemeldet hat. Hieher gehört auch Pütters rechtliches Bedenken die Herſtellung eines ehemaligen Ordenszeichens für ein Goslariſches Stift betreffend. In der Sammlung auserleſener Rechtsfälle. B. 2. S. 1015. Schriften.

3) Pütters auserleſene Rechtsfälle. B. 2. S. 1015.

Sechs und ſiebenzigſtes Capitel.

Von den Geſetzen und Verordnungen der C. G. Reichsſtifter im Geiſtlichen.

Inhalt.

1890.) Einleitung. 1891.) Verſchiedenheit der Kirchengeſetze. 1892.) Recht ſie in den Stiftern zu geben. 1893.) und auſſer dem Stiftslande. 1894.) Was die Obſervanz wirke? 1895.) Was unter dieſen Geſetzen verſtanden wird? 1896.) Noch andere Rückſichten. 1897.) Schriften.

§. 1890.

Einleitung. In dem 45ſten Capitel habe ich die Geſetze und Normen dargeſtellt, welchen alle deutſche Kirchen unterworfen ſind, und die eigentlich von der Geſetzgebung der ganzen Kirche, und auch des Reichs abhangen. Gegenwärtig iſt von der Legislation die Rede, welche ein geiſtlicher Stiftsregent theils als Biſchof, theils als Landesfürſt in ſeinem Stiftsland, oder als Diöceſan in einem fremden ausübet, und welcher ſeine Unterthanen, und Untergebene nachleben müſſen.

§. 1891.

Verſchiedenheit der Kirchengeſetze. Aus dieſem ergiebt ſich der Unterſchied von allgemeinen Kirchengeſetzen, und von beſondern. Jene ſind auf die Verfaſſung der ganzen deutſchen Kirche, dieſe aber nur auf das beſondere Verhältnis einzelner Kirchen gerichtet. Diejenige Geſetze, welche von den geiſtlichen Stiftsregenten in ihren Stiftern, und beſonders von den Diöceſanen in ihren Diö-

Diöceſen in Bezug auf geiſtliche Dinge gemacht werden, pflegt man insgemein nur **Verordnungen** zu nennen.

§. 1892.

Ein jeder Biſchof hat das Recht in ſeinem Bißthum Geſetze und Verordnungen zu machen, ſo weit es a) zur Regierung ſeiner Untergebenen nöthig iſt, und b) dieſe neue Geſetze und Verordnungen dem Allgemeinen der deutſchen Kirche, und auch dem Herkommen ſeines Stiftslandes nicht entgegen ſind. Es läßt ſich von einem Stiftsregenten auch nicht allzeit ſagen, daß er das Geſetzgebungsrecht in ſeinem Stiftslande blos als Biſchof ausübe. Gar oft iſt es der Fall, daß der Stiftsregent vermöge der Landeshoheit im Geiſtlichen (die er als Landesfürſt, und nicht als Biſchof hat) gewiſſe Geſetze und Verordnungen erläßt. Auch die gefürſtete und unmittelbare Pröbſte und Aebte, als **Berchtolsgaden**, **Kempten**, Ellwangen, Corvey rc. machen ſo weit ihre Exemtion ſich erſtreckt, Verordnungen und Geſetze in geiſtlichen Sachen, und in ſo weit ſie von einigen Stücken der biſchöflichen Rechte Theil zu nehmen berechtiget ſind. Recht ſie in den Stiftern zu geben,

§. 1893.

Dem Diöceſan kann zwar das Geſetzgebungsrecht in ſeiner Diöceſe, wenn ſich ſelbige ſchon in ein fremdes Land erſtrecket, was ganz geiſtliche Sachen betrift, nicht in Anſpruch genommen werden; nur kann er nicht ſo fürfahren, wie in ſeinem eigenen Stiftsland, weil der Landesherr überhaupt vorher wiſſen muß, was der Diöceſan verordnen oder verfügen will. Die Sätze von der biſchöflich- und landesherrlichen concurrenten Gerichtsbarkeit ſind im 43. Capitel ſchon vorgetragen worden. und auſſer dem Stiftslande.

§. 1894.

Was die Obſervanz wirke?

Ein geiſtlicher Stiftsregent könnte oft in ſeinem Stiftslande ſehr viele nützliche und gute Verordnungen und Geſetze machen. Er muß aber vorzüglich darauf ſehen, ob ſie der Obſervanz ſeines Stifts nicht entgegen ſtehen. Jedes Stift hat gewiſſe beſondere Gebräuche ſowohl in Liturgie als Diſciplinarſachen, wodurch dem Stiftsregenten die Hände gebunden ſind, nach ſeiner Willkühr, und oft beſſern Einſichten etwas zu verordnen. **Böhmer** 1) hat dieſes ſehr umſtändlich gezeigt, wovon ich verſchiedenes anführen würde, wenn es nicht mehr auf das Kirchen- als das Staatsrecht Bezug hätte Z. B. der Biſchof könnte vielleicht die Kirchengebetter ſtatt der lateiniſchen Sprache in der deutſchen vortragen laſſen; er könnte verſchiedene Gebräuche inſonderheit Ceremonien, Feyertägehaltung, Proceſſionen, Wallfahrten u. d. abſtellen. Allein die Obſervanz der beſondern Kirchen ſeines Stifts liegen ihn im Wege. Es haben ſich in unſern Zeiten und beſonders in den Jahren von 1780 bis 1790 verſchiedene bekannte Vorgänge ereignet, wo die Erz- und Biſchöfe Geſetze und Verordnungen in dergleichen Liturgie und Diſciplinarſachen gemacht haben, welche ohne alle Wirkung geblieben ſind, oft wieder revocirt werden muſten, weil ſich das Stiftsvolk auf das Herkommen berufen, und denſelbigen widerſetzt hat. Dem Diöceſan ſtehen noch gröſſere Hinderniſſe entgegen, indem er die Bewilligung des Landesherrn insgemein nöthig hat, und dieſe nicht erreichen kann, wenn das neue Geſetz oder Verordnung ſich mit dem Herkommen des betreffenden Landes, oder derſelbigen Kirche nicht verträgt. In der Coblenzer Punctation vom J. 1769. und der Emſer vom J. 1785. ſind ſehr viele Verordnungen

gen

1) de obſervantia eccleſiaſtica cap. 1. §. 23. 26. c. 2. §. 13. 22.

gen zum Vortrag gekommen, welche in allen Stücken klar das Gepräg einer weiſen Geſetzgebung auf ſich haben, aber dennoch keine Aufnahme gefunden haben, weil ſie der Obſervanz der beſondern Kirchen entgegen ſtanden.

§. 1895.

Was unter dieſen Geſetzen verſtanden wird

Die Geſetze, und Verordnungen der geiſtlichen Stiftsregenten beziehen ſich auf all dasjenige, was ſowohl in ganz kirchlichen Sachen, als Kirchendiſciplinar- und Policey Gegenſtänden zur Führung des Kirchenregiments erfordert wird. Ich glaube von dem Umfange der Geſetze und Verordnungen eines Biſchofs keinen beſſern Begriff geben zu können, als durch die Geſetze und Verordnungen, welche der Fürſt Biſchof von Fuld Heinrich von Bibra vom J. 1759. bis zur letztern Stiftserledigung vom J. 1788. gab. Im geiſtlichen Fache erſchiene eine Verordnung wegen Kleidung der Pfarrer; wegen Inventarien und der Zierrathe bey derſelben Sterbfällen, oder Abzuge; die förmlichen Paſtorale; ein erneuertes gereinigtes Ritual; das Geſangbuch mit dem vorangehenden Landesgeſetze; eine Firmungsordnung; Beſchränkungs- und Verhaltungsbefehle der Mendicanten bey Aushilfe der Seelſorge. Er verordnete förmliche Pfarrbeſchreibungen; gab Geſetze wegen Einrichtung richtiger Pfarr- und Kirchenrepoſituren; wegen Frohnden zu Kirchen, Pfarr- und Schulhäußern; ſetzte zwiſchen der geiſtlichen und weltlichen Gerichtsbarkeit in Bezug auf geiſtliche Güter eine Gränzlinie feſt; verordnete die Nothwendigkeit der lehnherrlichen Bewilligung bey Veräuſſerung des einer Kirche, einem Pfarrer, oder andern milden Stiftung zu Lehen gehenden Gutes; ſchrieb wegen Kirchenrechnungen, wegen der Kapitalien der Kirchen, und milden Stifter, wegen Verlegung der

Feyertäge, vom Verhalten der Juden auf Sonn- und Feyertagen Geſetze vor; machte eine allgemeine Verordnung wegen pünctlicher und feyerlicher Haltung derſelben; wider das Tanzen und den Müſſiggang auf verlegten Feyertägen; eine Sonn- und Feyertagsordnung für die Hirten; wegen Abſchaffung der Wallfahrt nach Walthüren, und Einführung einer feyerlichen Octave; wider das Wallfahrten über Nacht überhaupt; Convertiten, und Proſeliten Verordnung, geſchärftes Verbot wider Geldannahme für ein Gebet; wider Exorciſten; wider Peitſchen, und Creuzſchleppen; wider Meſſencollecten auf Brüderſchaften; von der Kirchenzucht u. ſ. w. 2) Von den Verordnungen dieſes Hochſtifts hat man nun ein ziemlich genaues Verzeichnis vor ſich. Alle geiſtliche Stiftsländer ſind mit ähnlichen Verordnungen verſehen. Allein da ſie der Publizität noch vorenthalten, wovon ich ſchon in vorhergehenden Capiteln bey einzelnen Gegenſtänden Meldung gethan habe, ſo will ich, weil man doch von allen Stiftern hier keine vollſtändige Nachricht geben kann, die einzelne nicht anführen, indem ſie ohnehin mehr zu dem Kirchen- als Staatsrecht gehörig ſind.

§. 1896.

Noch andere Rückſichten.

Hiezu kommen noch andere Rückſichten, die der geiſtliche Stiftsregent bey der Geſetzgebung zu betrachten hat. Die Erb- und Landesverträge, die Verhältniſſe mit ſeinen geiſtlichen Stiftsſtänden, der Beſitzſtand, die Wahlcapitulationen, die Verträge mit Landesherren, der Hang und Geiſt ſeines Stiftsvolks, die Verſchiedenheit der Religionen, die Folgen, welche ſich aus der Nichtüberzeugung einer an ſich guten Verordnung ergeben, die innerliche Gährung,

2) Thomas Siſtem aller Fuldiſchen Privatrechten. B. 1. §. 7. ein Werk, welches in Rückſicht anderer Stifter in ſo weit vortreflich iſt, weil die Verfaſſung aller Stiftsländer nach dieſem Muſter ſollten dargeſtellt und zum allgemeinen Nutzen bearbeitet werden.

rung. Mißvergnügen und Abneigung gegen alle Neuerungen beſonders in kirchlichen Reformationen, die Exemtionen und Immunitäten der Clöſter und anderer Gemeinen, welche die Einförmigkeit und allgemeine Beobachtung einer Verordnung nicht erwarten laſſen. Alle dieſe Hinderniſſe haben ſich in den Stiftern zu allen Zeiten dargeſtellt; wie ich in denen vorhergehenden Capiteln bey allen einzeln Gegenſtänden gezeigt habe. Man nehme aus der Geſchichte des Hochſtifts Straßburg nur ein Beyſpiel vor Augen, wie es oft den Stiftsregenten bey den beſten Abſichten ergehe. Biſchof Berthold zu Straßburg zog ſich nicht nur ſehr viele Feinde zu, ſondern kam ſogar noch in die Gefangenſchaft, weil er 1337. eine Verordnung ergehen ließ, daß alle Kirchenvorſteher, und alle diejenige, ſo eine Kirchenpfründe genieſen, das Prieſterthum annehmen ſollten. 3) Wenn es nun freylich heut zu Tag wegen der veränderten Denkart und zum Theil auch der Conſtitution der Stifter nicht zu ſolchen Extremen mehr kommt, ſo iſt es ſchon für einen Regenten äußerſt empfindlich, und ſeiner Ehre nachtheilig, wenn er eine Verordnung nicht durchſetzen kann, oder gar zurück nehmen muß.

Das Reſultat bey allen Geſetzen und Verordnungen eines Stiftsregenten beſteht alſo darinn, daß er vorher alle Hinderniſſe und Bedenken überſteige, die einer neuen Verordnung entgegen ſtehen können, und dann ſolche in der Art abfaſſe, daß man ſich eine Fortdauer, Feſtigkeit und vorzüglich einförmige Beobachtung davon verſprechen könne.

§. 1897.

Von den Geſetzen und Verordnungen der geiſtlichen Reichsſtifter haben wir weder im Allgemeinen noch im Einzeln beſondere Schriften. Was ich (§. 1994.) von dem Fuldiſchen Privatrecht geſagt, wäre wünſchenswerth. Das 44 und 45 Capitel meines Schriften.

3) Godeau Kirchengeſch. Thl. 22. S. 190.

Staatsrechts muß in ſubſidium hieher gezogen werden, und nicht ohne Nutzen können auch hierinfalls dienen:

Friederichs (Philipp) diſſ. de idea Nomotheſiae eccleſiaſticae. Heidelberg. 1746.

Boehmeri (Philipp.) diſſ. de obſervantia eccleſiaſtica Halae. 1723. wenn ſchon dieſe beyde Schriften ſich auf das allgemeine Verhältniß der deutſchen Kirchen, und nicht auf das beſondere der Reichsſtifter beziehen.

Sieben und ſiebenzigſtes Capitel.

Von den Mängeln und Gebrechen in der geiſtlichen Regierungsverfaſſung der C. G. Reichsſtifter.

Inhalt.

§. 1898.) Einleitung. 1899.) Von was für Mängeln die Rede ſey? 1900.) und welche zu den offenbaren gehören? 1901.) Die erſte Rubrik. 1902.) Die zweyte. 1903.) Die dritte. 1904.) Wer berechtigt ſey ſie zu beſſern? 1905.) und durch welche Mittel? 1906.) Schriften.

§. 1898.

Einleitung.

Ein Privatſchriftſteller ſollte bey dieſer Materie gleich die Feder weglegen; denn es erreget zu viel Senſation, wenn man ſich auch nach dem Wahrheitsgefühl die Mängel und Gebrechen einer Verfaſſung zergliedern will, und beſonders der Geiſtlichen; da die Geiſtlichkeit, im Ganzen genommen, ſo viel Eigenliebe ſowohl für ihre geiſtliche als weltliche Regierungsart hat, als wenn ſie die klügſte und beſte auf dem ganzen Erdkreiße wäre; und bey allem deme iſt man des Gegentheils vollkommen überzeugt. Die Regierung im Geiſtlichen entſpricht dem Grundſiſtem und der Originalität des Biſchofsthum einmal

gar

gar nicht, und jene im Weltlichen bedarf einer eben ſo großen Beſſerung. Die veränderte Denkart, und die Freymüthigkeit, mit welcher man heut zu Tag jeden Gegenſtand behandeln kann, tragen das mehrſte bey, daß man es auch wagen darf, über dieſe ſehr ſeltne Materie einige Betrachtungen anzuſtellen.

§. 1899.

Unter den Mängeln und Gebrechen der geiſtlichen Regierungsverfaſſung wird alles dasjenige verſtanden, was dem reinen Syſtem, und dem Endzweck der biſchöflichen Regierung im Ganzen, und in den Haupttheilen nicht entſpricht. Zufällige Mängel, Exceſſe, und Mißbräuche, die ſich in jeder, und auch der beſten Regierungsverfaſſung darſtellen, kommen hiebey in keinen Anſchlag, indem ſolche öfter nicht aus der Verfaſſung, ſondern von andern Urſachen z. B. aus Nachläßigkeit, oder Pflichtvergeſſenheit einzelner Glieder eines Staates reſultiren.

Von wa ür Män eln die Rede ſey,

§. 1900.

Es würde frevelhaft ſeyn, von der Regierungsverfaſſung derjenigen geiſtlichen Wahlſtaaten von denen in dieſem Werke die Rede iſt, Mängel, und Gebrechen anzugeben, wenn keine wahre und offenbare vorhanden wären. Da aber ſelbſt die klügſte, und Einſichtsvolle Kirchenvorſteher nicht in Abrede ſtellen, daß die kirchliche Regierungsverfaſſung in gewißen Haupttheilen einer ſehr ſtarken Reforme bedörfen, ſo müßen ſich nothwendig, und offenbar gewiße Hauptmängel, und Gebrechen darſtellen. Dieſe ſind zwar in bereits vorliegenden 5. Theilen dieſes Werks ſchon gezeigt worden. Allein die Beſtimmung dieſes Capitels erfordert auch eine beſondere Anzeige derſelben.

und die z offen ren g ren.

Größtentheils ſind dieſe Mängel, und Gebrechen aus dem Geſtändniſſe der vereinigten Erzbiſchöfe nach der vorliegenden Punctation des Coblenzer-

(§. 151.)

(§. 151.) und Emſer Congreſſes (§. 166.) von den J. 1769, und 1785. bekannt geworden. Da aber dieſe Mängel, welche von den vereinigten Erzbiſchöfen zum Vorwurf ihrer Verhandlungen gebracht worden, größtentheils nur den Römiſchen Hof angehen, und von dieſem herrühren, und diejenige Mängel übergangen werden, welche die deutſche Kirchenvorſteher, und Geiſtlichkeit ſelbſt betreffen, und gleichſam ſie zu Urhebern haben, ſo kann man dieſe offenbare Gebrechen in drey Hauptrubriken zuſammen faſſen, wovon

Die erſte: die Mängel und Gebrechen des päbſtlichen Einfluſſes enthält.

Die zweyte: die Mängel und Gebrechen der deutſchen Kirchenvorſteher und Geiſtlichkeit.

Und die dritte: die Mängel und Gebrechen, welche als Folgen und Wirkungen aus den beyden vorhergehenden ſich ergeben, aber in ſo ferne als Mängel und Gebrechen anzuſehen ſind, weil ſie gleichſam die Art einer Conſtitution bereits angenommen haben, und ohne eine beſondere Reformation ſchwerlich mehr abgeſtellt werden können.

§. 1901.

Die erſte Rubrik. Zu der erſten Rubrik gehöret die Ausdehnung der päbſtlichen und Kirchen-oberhauptlichen Gewalt in die geiſtliche Verfaſſung der Stifter überhaupt, und insbeſondere 1) durch übertriebene Indulten, 2) Reſervationen, 3) Diſpenſationen beſonders in der Beneficien Mehrheit, 4) Aufdringung verſchiedener Bullen, und Conſtitutionen. 5) Ungebürliche Eide. 6) Empfindliche Contributionen und Taxen für Annaten, Pallien, und verſchiedene Bequemlichkeiten. 7) Handhabung der Exemtionen der Clöſter und Bettelorden 8) Diſpenſen in Abſtinenz, und Eheſachen. 9) Losſprechung von Cenſuren, und anderen Strafen mit Uebergehung des Ordinarii. 10) Verhinderung

rung der Kirchenzucht durch inhibitorial, und andere Briefe 11) Einmiſchung in Appellationsſachen über weltliche Dinge 12) Annehmung unſtatthafter Recurſe. 13) Beſondere Schutzertheilungen. 14) Nichthaltung der Concordaten. 15) Erweiterung der Nunciatur-Facultäten, und Vermehrung der Inſtanzen. 16) Unfügliche Provißionen. 17) Verhinderung der Provinzial-Concilien, und Synoden. 18) Durch zu ſtarke Beförderung des Adels zu geiſtlichen hohen Beneficien mit Ausſchluß der Gelehrten vom bürgerlichen Stande.

§. 1902.

Die gedoppelte Eigenſchaft der geiſtlichen Stiftsregenten als Biſchöfe, und Fürſten macht den vorzüglichſten Conſtitutionsfehler aus, dem aber noch andere folgen, die in dieſe Rubrik einzuſchalten ſind: als: 1) Mangel an Kenntniſſen des geiſtlichen Staates beſonders bey Prinzen und Poſtulirten. 2) Zu große Theilung der Pflichten wegen der weltlichen Regierungsſorge. 3) Der größere Hang zum Fürſten- als Biſchofthum 4) Uebertragung der wichtigſten Regierungsgeſchäfte an dritte Perſonen wegen der Mehrheit der Bißthümer. 5) Vernachläßigte allgemeine Kirchenzucht aus Abgang der Concilien, und Synoden 6) Ueberlaſſung der Seelſorge an Mönche. 7) Erſchwerte Selbſthandlung an dem biſchöflichen Amt durch Vervielfachung der Regierungsarbeiten. 8) Zu wenige Kenntniß des Volksgeiſtes in Anſehung auf die Seelenpflege. 9) Vernachläßigte Erziehungs-Grundſätze ſelbſt in Bezug auf die Religion. 10) Zu große Nachſicht bey der Kirchenzucht der hohen Stiftsgeiſtlichen 11) zu viele Freyheits-Verſtattung in Anſehung der Beneficien Mehrheit. 12) Zu wenige Achtung für den gemeinen Prieſterſtand. 13) Unüberlegte Reformirungsluſt mit Vergeſſung der eigenen Pflicht. 14) Zu viel

Die zweyte.

Ueber-

Ueberzeugung von eigener Amtskenntniß. 15) Oft übertriebene Ausdehnung der biſchöflichen Gewalt. 16) Verkennung der eigenen biſchöflichen Subordination. 17) Nachläßigkeit, und mangelhafte Selbſtkenntniß der angeſtellten Kirchendiener, und Amtsbrüder. 18) Zu große Beruhigung bey Empfehlungen 19) zu wenig Muth, und Standhaftigkeit zur Einſchränkung der Ordensleute, und zur Abänderung der größtentheils auf dermalige Zeiten nicht mehr paſſenden Verfaſſung.

§. 1903.

Und die dritte.

Zur dritten Rubrik kann man mit allem Fug folgende Mängel ziehen. 1) Zu ſtarker Zuwachs der Clöſter Freyheiten 2) Bedrückung des Stiftvolks durch ihre Inſtitut- und Stiftungswidrige Anzahl. 3) Geſtattung der unfundirten Clöſter auf bloße Collecten 4) Einmiſchung der Mönche in alle weltliche Händel. 5) Laſten in Anſehung der ſtarken Stipendien Bedürfnis. 7) Willkührliche Verwendung der Kircheneinkünfte. 8) Schmälerung der Einkünfte bey den Curaten 9) Erhöhung der Einkünfte bey nicht Curaten, und Verſtattung des Genußes unwürdig- und unfähigen Perſonen. 10) Schlechte Verwaltung der Kirchengüter 11) auſſerordentliche Zahlungen nach Rom zur Erhaltung aller Freyheiten, und Diſpenſen. 12) Disharmonie der ſecularen und regularen Geiſtlichkeit. 13) Eiferſucht und Verbitterung der Collegiaten gegen die Domkirchen. 14) Schlechte Beſchaffenheit der Landgeiſtlichen in Anſehung der Volksleitung. 15) Zu diſcrete Geſinnungen über die Simonie. 16) Uebertriebene Anhänglichkeit an die päbſtliche zum theil auch falſche Decretalen. 17) Große Unerfahrenheit der ſogenannten Caßuiſten und Beichtväter. 18) Zu wenige Prüfung in den Berufsfähigkeiten, und Urſachen zum geiſtlichen Stand. 19) Zu großer Müßiggang hoher geiſtlicher Perſonen, inſonderheit der Domherren.

20)

20) Mangel an Amtsmäßigen Beſchäftigungen 21) Unerſättlichkeit der hohen Geiſtlichkeit in Anſehung der Einkünſte. 22) Unrichtige Begriffe von dem Coelibat 23) Standeswidrige Modeſucht, und Luxus. 24) Falſche Idee von der Eigenſchaft der Adelichen Doctorn.

§. 1904.

Die Frage: wer dieſe Mängel, und Gebrechen zu beſſern habe? iſt von ſelbſt ſchon aufgelößt, wenn man auf dasjenige zurückſieht, was in dem ganzen 40ſten Capitel von der Gewalt der Biſchöfe ihre Diöceſen zu regieren geſagt worden iſt. Dieſen allein ſtehet das Recht zu, und ſie haben auch die Mittel in Handen dieſen offenbaren Gebrechen, und beſonders derjenigen, die von ihnen herrühren, abzuhelfen. Allein es iſt nicht voraus zu ſehen, daß es auſſer einer nochmahligen Reformation in der deutſchen Kirche jemals anders werde. Die Erz- und Biſchöfe wollen nicht an ſich ſelbſten den Anfang machen, und die übrige Geiſtlichkeit ſetzt ihnen immer den Spruch: et tu aliquando converſus, confirma fratres tuos entgegen, und ſo wälzt ſich die ſehr maſchinen mäßige geiſtliche Regierung auf ihrer dermaligen fehlerhaften Laufbahn fort. wer berechtigt ſey ſie zu beſſern?

§. 1905.

Um alle Weitläuſtigkeit in einem Gegenſtande zu vermeiden, bey dem man der Politik ohne Nutzen in die Augen greift, können die Abhelfmittel eben ſo kurz als die Mängel beſtimmt werden: und durch welche Mittel.

Dieſe Mittel liegen erſtens: in der Uebereinkunft mit dem päbſtlichen Hof durch das Einverſtändnis des geſammten deutſchen Epiſkopats.

zweytens: In dem Ernſt des deutſchen Epiſkopats die urſprüngliche Hirtenamts Pflichten mit Verläugnung des weltlichen Fürſtenſtandes ſelbſt zu erfüllen.

drittens: und in einer zweckmäßigen, und einförmigen Reformation der niedern Geiſtlichkeit, und

Wie-

Wiederherſtellung der Kirchenzucht durch Provinzial- und Diöceſanſynoden.

Alle Mittel, welche zur Beſſerung der vorausgeſetzten Mångel nur erdacht werden können, ſind unter dieſen 3. vorausgeſetzten begriffen.

Die Mångel in der geiſtlichen Regierung der Domkapitul kommen in dem 130ſten Capitel vor. Die weſentliche kann man aber (§. 1902) ſchon erſehen.

§. 1906.

Schriften. Seit einigen Jahren, und vorzůglich in dem J. 1787. als in dem Journal von und fůr Deutſchland die ſehr intereſſante Preisfrage ůber die eigentliche Mångel, und Gebrechen in der Regierungsverfaſſung der geiſtlichen deutſchen Wahlſtaaten aufgeworfen wurde, hat man ſehr vieles ůber dieſen Gegenſtand geſchrieben, auch manche ſehr intereſſante Entwickelungen und Aufſchlůſſe erhalten. Allein die im Druck gekommene Schriften haben gröſtentheils mehr einen Bezug auf die weltliche, als auf die geiſtliche Regierungsverfaſſung, wiewohl keiner der Schriftſteller die letztere ganz aus dem Auge gelaſſen hat, weil die Verbindung des Fůrſtenhuts mit der Inful zu ſtark iſt. Die hieher gehörige, und bekannt gewordene Schriften ſind:

Von Moſer (Friederich Carl) ůber die Regierung der geiſtlichen Staaten in Deutſchland. Frankfurt und Leipzig 1787.

Klenks, Abhandlung: Auch etwas ůber die Regierung der geiſtlichen Staaten in Deutſchland. Frankf. und Leipzig 1787.

Meine gekrönte Preisſchrift: eine ſtatiſtiſche Abhandlung ůber die Mångel in der Regierungsverfaſſung der geiſtlichen Wahlſtaaten, und von den Mitteln ſolchen abzuhelfen. Nebſt der Fortſetzung zweyte Auflage. Augsburg bey Doll. 1788. S. 244. 4.

Ende des zweyten Bandes zweyten Theils erſten Abſchnitts.

Staats-Bibliothek Bamberg

BSB Bayerische StaatsBibliothek

MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Sartori, Joseph von, 1749-1812

Geistliches und weltliches Staatsrecht der Deutschen,
Catholischgeistlichen Erz-, Hoch- und Ritterstifter

Bd.: 2,2,1

Nürnberg (1790)

Bamberg, Staatsbibliothek -- J.p.o.101(4
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11707186-1
VD18 80376304-001